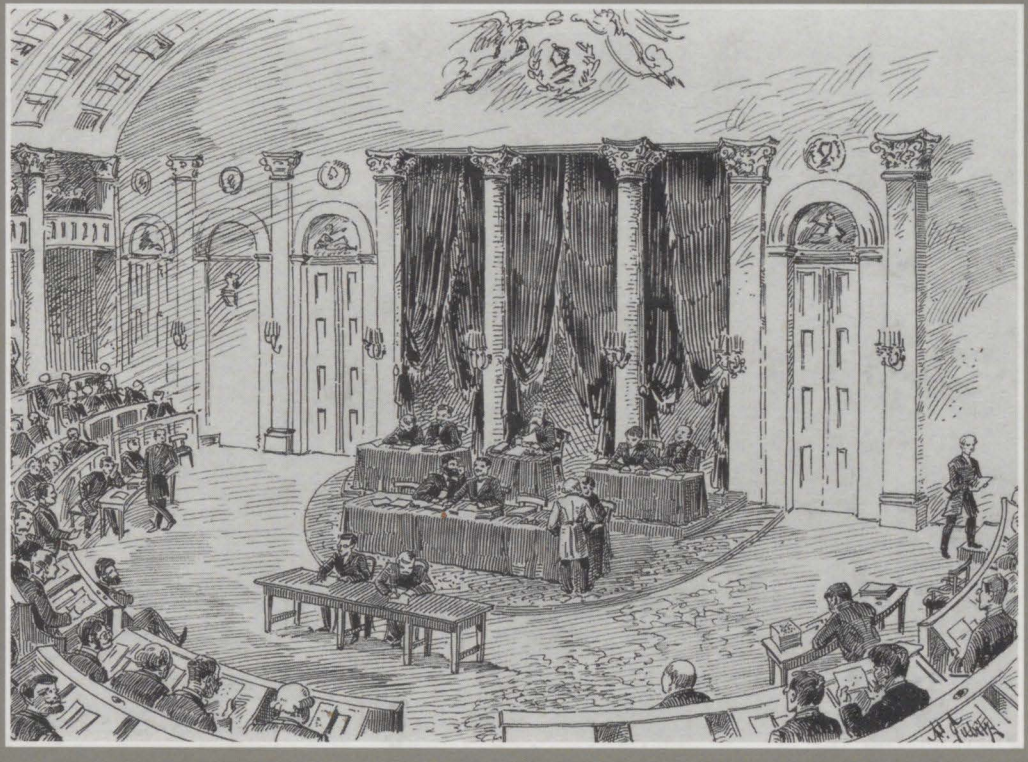
Folkert Nanninga

Wählen in der Reichsgründungsepoche

Die Landtagswahlen vom 8. Juli 1868 und 5. Dezember 1870 im Königreich Württemberg



Kohlhammer

Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

Reihe B

Forschungen

157. Band

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

REIHE B

Forschungen

157. Band

Redaktion:
Johanna Butters
Uwe Sibeth

Folkert Nanninga

Wählen in der Reichsgründungsepoche

Die Landtagswahlen vom 8. Juli 1868 und 5. Dezember 1870 im Königreich Württemberg

2004

W. KOHLHAMMER VERLAG STUTTGART

Einband:
Halbmondsaal des Landtags
Federzeichnung von F. Gubitz (1890)
(Vorlage: Stadtarchiv Stuttgart – Alle Rechte vorbehalten)

Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier gedruckt

Alle Rechte vorbehalten
© 2004 by Kommission für geschichtliche Landeskunde
in Baden-Württemberg, Stuttgart
Kommissionsverlag W. Kohlhammer Stuttgart
Kartographie: Gerd Schefzik, Christiane Peh, Eppelheim
Gesamtherstellung: Gulde-Druck GmbH, Tübingen
Printed in Germany
ISBN 3-17-018495-4

Vorwort

Als ich mir im Frühjahr 1972 die Analyse der württembergischen Landtagswahlen von 1868 und 1870 zum Thema wählte, damals noch für eine Dissertation, hatte ich keine Vorstellung vom Umfang des Unternehmens. Nach drei Jahren Arbeit waren Fundamente gelegt, doch ein Ende ließ sich nicht absehen. Zweiundzwanzig Jahre später bot sich unerwartet eine Möglichkeit, die Arbeit wieder aufzunehmen, dazu noch unter besseren Bedingungen: Die Technologie der Datenverarbeitung hatte sich so weit entwickelt, dass nicht mehr nur Spezialisten ihre Vorzüge nutzen konnten.

Wenn das Projekt nun zu einem vorläufigen Abschluss gediehen ist, so bin ich mir doch bewusst, dass ich die sehr umfangreiche und weit verstreute Überlieferung nur punktuell ausschöpfen konnte: Der Einzelkämpfer, der zudem noch etliche hundert Kilometer vom Forschungsobjekt entfernt arbeitet, stößt sehr schnell an die Grenzen seiner Möglichkeiten.

Um so herzlicher ist mein Dank an die Mitarbeiter der württembergischen Staatsarchive, des Landtagsarchivs, des landeskirchlichen Archivs in Stuttgart, der Kreis-, Stadt- und Gemeindearchive, der Landesbibliothek in Stuttgart, des Statistischen Landesamtes und der verschiedenen kirchlichen und gemeindlichen Behörden, die meine zahllosen Anfragen beantwortet und mich so mit wichtigen Detailinformationen versorgt haben. Mein ganz besonderer Dank gilt Herrn Professor Hartmut Lehmann, Max-Planck-Institut Göttingen, für seine großherzige Förderung sowie der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg dafür, daß sie meine Arbeit in ihre Forschungsreihe aufgenommen hat. Nicht zuletzt danke ich Dieter Zilske, dass er mir zugehört hat, meiner Frau für die Korrekturarbeit und ihr und unseren beiden Kindern vor allem dafür, dass sie das alles so lange ertragen haben.

Im Januar 2004 Folkert Nanninga

Inhalt

Abkürzungen und Siglen XV
Quellen und Literatur XVII
1. Ungedruckte Quellen XVII
2. Periodika, Zeitungen XIX
3. Gedruckte Quellen und Literatur XXI

Einleitung 1

Teil 1. Die Landtagswahl vom 8. Juli 1868 13

I. Die Ebene der Wahlkreise 15
1. Das Wahlergebnis im Überblick 15
2. Die Kandidaten 21
3. Wahlrecht, Wahlkampf, Wahlkultur 41
a) Das Wahlrecht 41
b) Wahlkampf und Wahlkultur 46
4. Wahlprogramme und Strategien 65
5. Die Wahlbeteiligung 76
6. Die Stimmenanteile der Kandidaten und Parteien 95
a) Konfessionsstruktur und Schwerpunkte der Parteien 96
α) Die Deutsche Partei 96
β) Die Volkspartei 99
γ) Die Großdeutschen 102
δ) Die Ministeriellen 103
b) Die Stimmenanteile der Parteien und die Sozialstruktur 104

II. Die Ebene der Wahlbezirke und Gemeinden 123
1. Die konfessionelle Struktur 123
a) Paritätische Wahlkreise 124
b) Kandidaten in Wahlkreisen mit abweichender Konfession 126
α) Katholische Wahlkreise – protestantische Kandidaten 127
β) Protestantische Wahlkreise – katholische Kandidaten 138
2. Gemeindegrößen 146
3. Die Ergänzungswahlen 159
a) Oberamt Horb 160
b) Oberamt Ravensburg 162
c) Oberamt Esslingen 164
d) Stadt Reutlingen 173
4. Die Stichwahlen 175
a) Oberamt Marbach 176

b) Oberamt Waldsee ... 184
c) Oberamt Spaichingen ... 189
d) Oberamt Gaildorf ... 192
e) Oberamt Göppingen ... 196
f) Oberamt Heilbronn ... 204

III. Die Ebene der Individualdaten: Das Wählerverzeichnis des Oberamts Leonberg ... 211
1. Die „Wahlabstinenzler" ... 211
a) Im Königreich Württemberg ... 211
b) Wahlabstinenzler im Oberamt Leonberg ... 213
2. Wähler und Nichtwähler im Oberamt Leonberg ... 217

IV. Ergebnisse ... 233

Teil 2. Die Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 ... 237

I. Die Ebene der Wahlkreise ... 239
1. Das Wahlergebnis im Überblick ... 239
2. Die Kandidaten ... 240
3. Positionen, Wahlprogramme und Strategien 1870 ... 258
4. Die Wahlbeteiligung ... 276
5. Die Konfessionsstruktur und die Schwerpunkte der Parteien ... 277

II. Die Ebene der Wahldistrikte und Gemeinden ... 291
1. Wählerentscheidung und Sozialstruktur ... 291
a) Die Ergebnisse der Wahldistrikte ... 291
b) Die Ergebnisse der Gemeinden ... 300
2. Wahlkreise mit gleichen Kandidaten 1868 und 1870 ... 304
a) Oberamt Tettnang ... 305
b) Oberamt Waldsee ... 311
c) Oberamt Geislingen ... 319
d) Oberamt Tuttlingen ... 337
e) Oberamt Heidenheim ... 349
f) Tübingen/Amt ... 359
g) Stadt Ulm ... 366
h) Oberamt Göppingen ... 371
i) Oberamt Besigheim ... 377
j) Oberamt Aalen ... 387
3. „Linke" Hochburgen ... 402
a) Oberamt Balingen ... 403
b) Oberamt Nürtingen ... 413
c) Oberamt Gerabronn ... 423
d) Oberamt Vaihingen ... 431
4. Die Ergänzungswahlen ... 440
a) Oberamt Ellwangen ... 441
b) Oberamt Heilbronn ... 443
c) Stadt Heilbronn ... 455
d) Oberamt Kirchheim ... 461
e) Oberamt Leutkirch ... 468
f) Oberamt Wangen ... 473

5. Die Stichwahlen 483
a) Oberamt Crailsheim 483
b) Oberamt Oberndorf 499

III. Die Ebene der Individualdaten: Die Wählerverzeichnisse der Oberamtsstädte Kirchheim u.T., Marbach und Urach 513
1. Kirchheim u.T. 513
2. Marbach 528
3. Urach 540

IV. Ergebnisse und Ausblick 559

Anhang 571
A. Ergebnisse der Landtagswahlen von 1868 und 1870 in den einzelnen Wahlkreisen, Wahldistrikten und Gemeinden 573
B. Personenregister 675

Inhalt des Datenträgers

Datensatz 1: Korrelationstabellen der Landtagswahlen 1868–1895
Datensatz 2: Wahldaten der 70 Wahlkreise 1876–1895
Datensatz 3: Kurzbiographien der Landtagskandidaten und Abgeordneten 1876–1900
Datensatz 4: Sozialstatistische Daten der Oberämter 1867–1871(–1895)
Datensatz 5: Sozialstatistische Daten der Gemeinden und Wahldistrikte 1867–1871(–1895)

Verzeichnis der Karten, Übersichten, Tabellen, Diagramme und Schaubilder

Übersicht 1: Die Kandidaten und ihre Stimmenanteile, Landtagswahl 1868 18
Diagramm 1a: Die Mandatsverteilung aufgrund der Landtagswahlen vom Juli 1868 .. 23
Diagramm 1b: Die Sitzverteilung im württembergischen Landtag Ende Dezember 1868 24
Diagramm 2: Altersstruktur der Kandidaten, gewählten Abgeordneten und Fraktionen 39
Tabelle 1: Wahlbeteiligung und Anzahl der Kandidaten 78
Tabelle 2: Wahlbeteiligung und Kandidatenpaarungen 80
Tabelle 3: Wahlbeteiligung und konfessionelle Struktur (N = 70) 81
Tabelle 4: Wahlbeteiligung und konfessionelle Struktur (N = 64) 81
Tabelle 5: Wahlbeteiligung, durchschnittliche Betriebsgrößen, Konfession (N = 64) 82
Tabelle 6: Wahlbeteiligung; Anteil der Agrarbetriebe von 1–5 ha; Konfession (N = 64) ... 84
Tabelle 7: Wahlbeteiligung, Grundbesitzer unter 1 ha, Konfession 85
Tabelle 8: Wahlbeteiligung; Anteil der selbstwirtschaftenden Landwirte an den Wahlberechtigten; Konfession 86

Tabelle 9: Wahlbeteiligung; Bevölkerungsanteil in Gemeinden über 2000; Konfession .. 89
Diagramm 3a: Theoretischer Q-Q Plot der Variablen „Wahlbeteiligung am 8. Juli 1868“ 93
Diagramm 3b: Theoretischer Q-Q Plot der Variablen „Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe“ 94
Diagramm 3c: Theoretischer Q-Q Plot der Variablen „Katholischer Bevölkerungsanteil“ 94
Übersicht 2: Ergebnisse des 1. Wahlgangs in Wahlkreisen mit DP-VP-Konfrontation ... 106
Übersicht 3: Ergebnisse des 1. Wahlgangs; städtische und industrialisierte Wahlkreise .. 107
Tabelle 10: Häufigkeit der Kandidaturen und Mandatsgewinne; Anzahl der selbstständigen Landwirte (1. Quartil) 110
Tabelle 11: Häufigkeit der Kandidaturen und Mandatsgewinne; Anzahl der selbstständigen Landwirte (2. Quartil) 111
Tabelle 12: Häufigkeit der Kandidaturen und Mandatsgewinne; Anzahl der selbstständigen Landwirte (3. Quartil) 111
Tabelle 13: Häufigkeit der Kandidaturen und Mandatsgewinne; Anzahl der selbstständigen Landwirte (4. Quartil) 112
Übersicht 4: Stimmenanteile der Parteien in Distrikten unterschiedlicher Konfession ... 125
Übersicht 5: Ergebnisse der Stimmbezirke der Stadt Ulm bei der Landtagswahl 1868 (geschätzt) 145
Übersicht 6: Die Wahlbeteiligung in protestantischen und katholischen Wahldistrikten verschiedener Größen 148
Übersicht 7: Wahlbeteiligung und Kandidatenzahl in protestantischen und katholischen Distrikten 149
Übersicht 8: Wahlbeteiligung, Ortsgröße, Konfession, Agrarstruktur 150
Diagramm 4: Die Altersstruktur der Wahlberechtigten, Nichtwähler und katholischen/protestantischen Nichtwähler Magolsheims 1868 153
Übersicht 9: Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien nach Ortsgrößen und Konfessionen 154
Übersicht 10: Wahlbeteiligung und Parteistimmenanteile in protestantischen und katholischen Distrikten mit Gemeinden über/unter 1000 Einwohnern. 156
Übersicht 11: Parteistimmenanteile in Wahldistrikten mit unterschiedlicher Betriebsstruktur, Gemeindegröße und Konfession. 158
Tabelle 14: Struktur und Wahlbeteiligung der Esslinger Wähler am 8./9. Juli 1868 167
Diagramm 5: Wahlbeteiligung nach 5-jährigen Altersklassen 180
Diagramm 6: Anteile der Wähler, Nichtwähler und Wechselwähler in den beiden Wahlgängen nach 5-jährigen Altersklassen 180
Schaubild 1: Mögliche Wählerwanderung bei der Landtagswahl vom 8. und 21. Juli 1868 im Wahlkreis Gaildorf 195
Übersicht 12: Ergebnisse der Landtagswahl vom 8./21. Juli 1868, Wahlkreis Heilbronn/Amt 207
Tabelle 15: Die Entwicklung der Bevölkerung und Wahlbevölkerung (Landtagswahlen) seit 1867 212

Diagramm 7: Die Altersstruktur der Wahlberechtigten des Oberamts Leonberg und der wahlfähigen Bevölkerung Württembergs 1868/67 in 5-jährigen Altersstufen 214
Diagramm 8: Die Wahlbeteiligung der 25- bis 75-jährigen im Oberamt Leonberg 1868 217
Übersicht 13: Die Wahlbeteiligung im Oberamt Leonberg 1868 nach Altersklassen, Berufsgruppen und Gemeindegrößen (agrarische Bevölkerung und Handwerker) 220
Übersicht 14: Die Wahlbeteiligung im Oberamt Leonberg 1868 nach Altersklassen, Berufsgruppen und Gemeindegrößen (Beamte und Tagelöhner, N = 488) 221
Übersicht 15: Das Wahlergebnis des Oberamts Leonberg 1868 230
Übersicht 16: Die Kandidaten und ihre Stimmenanteile, Landtagswahl 1870 242
Diagramm 9a: Die Mandatsverteilung Mitte Dezember 1870 245
Diagramm 9b: Die Sitzverteilung in der württembergischen Abgeordnetenkammer am 23. Dezember 1870 245
Diagramm 10: Die Altersstruktur der Kandidaten und gewählten Abgeordneten 1870 .. 247
Karte 1: Zu-/Abnahme des Wählerinteresses am 5. Dezember 1870 gegenüber 1868 (1. Wahlgang) 278
Karte 2: Gewinne und Verluste der Deutschen Partei 1870 280
Karte 3: Stimmenanteile der Volkspartei und der Großdeutschen 1870 287
Karte 4: Gewinne/ Verluste der Volkspartei 288
Übersicht 17: Die Verteilung der Mandate bei den Landtagswahlen von 1868 und 1870 im Vergleich 290
Übersicht 18: Wahlbeteiligung und Kandidatenzahl in den Wahldistrikten 1870 291
Übersicht 19: Wählerinteresse und Kandidatenkonstellation 1870 292
Diagramm 11: Theoretischer Q-Q Plot des %-Anteils der katholischen Bevölkerung in den Wahldistrikten 1871 293
Tabelle 16: Zusammenhänge zwischen Stimmenanteilen der Befürworter/Gegner des Reichseintritts und ausgewählten Zensusvariablen 294
Übersicht 20: Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien nach Ortsgrößen und Konfessionen, 1870 296
Übersicht 21: Wählerinteresse, Anzahl und Kombination der Kandidaten 300
Übersicht 22: Die Wahlbeteiligung in protestantischen und katholischen Gemeinden ... 301
Übersicht 23: Wahlbeteiligung, Konfession und Gemeindegrößenklassen 302
Diagramm 12: Theoretischer Q-Q Plot des %-Anteils der katholischen Bevökerung in den Gemeinden 1871 304
Tabelle 17: Konfessionsstruktur und Parteistimmenanteile in den acht Wahldistrikten des Oberamts Geislingen bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 325
Tabelle 18: Konfessionsstruktur und Parteistimmenanteile in den acht Wahldistrikten des Oberamts Geislingen bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 327
Übersicht 24: Das Wahlergebnis vom 1.2. 1895 im Wahlkreis Geislingen nach Konfession der Gemeinden 335
Übersicht 25: Das Wahlergebnis vom 14. Februar 1895 (Stichwahl) im Wahlkreis Geislingen nach der Konfession der Gemeinden 335
Übersicht 26: Stimmenverteilung 1882 und 1889 im Wahlkreis Tuttlingen 346

Übersicht 27: Stimmenverteilung bei der Landtagsnachwahl 1890 im Wahlkreis Tuttlingen ... 347
Übersicht 28: Eigenkorrelationen der Parteistimmenanteile [N = 23, gewichtet] ... 347
Übersicht 29: Stimmenverteilung bei der Landtagswahl vom 1./14. Februar 1895 ... 348
Diagramm 13: Stimmenanteile der Wahlsieger bei den Landtagswahlen 1868 bis 1895 in vier „linken" Hochburgen ... 402
Diagramm 14: VP-Stimmenanteile 1868 bis 1895 in den Wahldistrikten Balingen (I), Ostdorf (VI), Ebingen (II) und Tailfingen (IV) ... 409
Übersicht 30: Das Abstimmverhalten der katholischen Wähler im Oberamt Balingen bei Landtags- und Reichstagswahlen ... 412
Übersicht 31: Parteistimmenanteile 1882–95 im Vergleich (Gruppe 1) ... 420
Übersicht 32: Parteistimmenanteile 1882–95 im Vergleich (Gruppe 2) ... 420
Übersicht 33: Parteistimmenanteile 1882–95 im Vergleich (Gruppe 3) ... 421
Übersicht 34: Stimmenverteilung im Wahldistrikt Isny bei der Landtagswahl von 1868 (Schätzung) ... 478
Übersicht 35: Wahlergebnisse in drei katholischen Gemeinden des Oberamts Crailsheim 1870–1899 ... 498
Diagramm 15: Altersstruktur der Gesamtbevölkerung über 25 Jahre (3. 12. 1867) und der Wahlberechtigten 1868 und 1870 in Kirchheim u. T. ... 515
Diagramm 16: Die Berufsstruktur der Wahlberechtigten 1868 in den einzelnen Stadtbezirken Kirchheims ... 517
Diagramm 17: Der Altersdurchschnitt aller Wahlberechtigten der Stadt Kirchheim 1868 und 1870 in den Stadtbezirken ... 518
Diagramm 18: Der Altersdurchschnitt der Abstimmenden 1868/70 in den Wohnbezirken der Stadt Kirchheim u. T. ... 519
Diagramm 19: Abweichungen zwischen dem Durchschnittsalter der Wahlberechtigten und dem der Abstimmenden 1868 und 1870 in den Distrikten der Stadt Kirchheim u. T. ... 519
Diagramm 20: Zu-/Abnahme der Wahlbeteiligung am 5. Dezember 1870 gegenüber dem 8. Juli 1868 in der Stadt Kirchheim u. T. nach Berufsgruppen und Stadtdistrikten ... 521
Diagramm 21: Kontinuität und Wandel im Stimmverhalten der Wähler Kirchheims 1868/70 in den verschiedenen Altersklassen [N = 855] ... 523
Diagramm 22: Die Altersstruktur der „Wechselwähler" 1868/70 ... 525
Diagramm 23: Das Abstimmverhalten der Wahlberechtigten bei der Hauptwahl 1868 und 1870 [N = 349] ... 532
Diagramm 24: Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 1868–81 nach Altersklassen in der Stadt Marbach ... 535
Diagramm 25: Kontinuität/Diskontinuität im Abstimmverhalten der Marbacher 1870–1876 [N = 308] ... 536
Diagramm 26: Kontinuität/Diskontinuität im Abstimmverhalten der Marbacher 1876–1881 [N = 355] ... 537
Diagramm 27: Die Wahlbeteiligung 1868–1881 in den Berufsgruppen [Alterskohorte; N = 217] ... 538

Diagramm 28: Der Altersaufbau der Bevölkerung über 25 Jahre (1867/1880) im Oberamt Urach und der Wahlberechtigten der Stadt Urach 1868 bis 1876 542
Diagramm 29: Die Wahlbeteiligung der „Alteingesessenen" 1868–1870 546
Diagramm 30: Das Abstimmverhalten der Stimmberechtigten bei der Zollparlamentswahl und der Landtagswahl 1868 [N = 616] 548
Diagramm 31: Das Abstimmverhalten der Stimmberechtigten bei der Zollparlamentswahl 1868 und der Landtagswahl 1870 [N = 536] 549
Diagramm 32: Das Abstimmverhalten der Stimmberechtigten der Landtagswahlen von 1868 und 1870 [N = 577] 550
Diagramm 33: Das Abstimmverhalten der Stimmberechtigten der Landtagswahlen von 1870 und 1876/1 [N = 551] 552
Schaubild 2: Die Zusammensetzung der Stammwähler der Deutschen Partei in der Stadt Urach 1868–1876 553

Abkürzungen und Siglen

ABV	Arbeiterbildungsverein
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
Bd./Bde.	Band/Bände
BdL	Bund der Landwirte
Bl.	Blatt
Bü	Büschel
DP	Deutsche Partei
DV	Deutsches Volksblatt, Stuttgart
Erg.	Ergänzungswahl
Fasz.	Faszikel
fl.	Gulden
Gd	Großdeutsche
Hg./Hgg.	ein/mehrere Herausgeber
HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
HZ	Historische Zeitschrift
IM	Innenministerium
Jbb.	Jahrbücher
kath.LP	katholische Landespartei
kr.	Kreutzer
Lbb.	Lebensbilder
LKAS	Landeskirchliches Archiv Stuttgart
LP	Landespartei
LT	Landtagswahlen
masch.	maschinenschriftlich
Min	Ministerielle
min.	ministeriell
N	Gesamtzahl der Gruppenglieder
ND	Nachdruck
NDB	Neue Deutsche Biographie
NF	Neue Folge
NL	Nationalliberale
Nl	Nachlass
OA	Oberamt
OBM	Oberbürgermeister
Part	Parteistimmenanteile
Reg. Bl.	Regierungsblatt
RT	Reichstagswahlen
RTSt	Reichstagsstichwahlen
Schw. Kronik	Schwäbische Kronik
Sp.	Spalte
St	Stichwahl
StAL	Staatsarchiv Ludwigsburg
StASig	Staatsarchiv Sigmaringen

SVZ	Schwäbische Volkszeitung, Stuttgart
VP	Volkspartei
VSWG	Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VV	Volksverein
Wb	Wahlbeteiligung
Württ. Jbb.	Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde
Württ. Vjh.	Württembergische Vierteljahrshefte für Landeskunde
Z	Zentrum
ZP	Zollparlament
Zu Ar	Zulassungsarbeit
ZWLG	Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

Bad Buchau
Stadtarchiv

Best. 554	Wählerlisten I–IV (Gemeindeexemplare)
Best. 555	Wählerliste zur Landtagswahl 1882 (Gemeindeexemplar)
Best. 556	Wählerliste für Abgeordnetenwahlen (Gemeindeexemplare)

Esslingen
Stadtarchiv

Best. I_2 B 11	Landtagswahlen

Göppingen
Stadtarchiv

AEDGP	Akten Evangelisches Dekanatsamt Göppingen

Kirchheim u.T.
Stadtarchiv

Best. A 31	Wählerverzeichnis der Stadt Kirchheim u.T. 1868ff.
Best. B 47	Stadtratsprotokolle 1839–1842
Best. P-A 13	Planreproduktion des Stadtplans von Kirchheim u.T. von 1828

Künzelsau
Stadtarchiv

Best. A 40/41	Wählerverzeichnis der Stadt Künzelsau (Gemeindeexemplar)

Ludwigsburg
Staatsarchiv (StAL)

Best. E 179/II	Kreisregierung Ulm: Verwaltungsakten. 20.1.1.7 Ortsvorsteher im Oberamt Kirchheim
Best. F 151	Oberamt Aalen. Politische Verhältnisse
Best. F 157	Oberamt Böblingen. Politische Verhältnisse
Best. F 164/II	Oberamt Esslingen
Best. F 176/II	Oberamt Kirchheim
Best. F 179	Oberamt Leonberg. Politische Verhältnisse
Best. F 210/I	Oberamt Waiblingen. Politische Verhältnisse

Marbach
Stadtarchiv

Best. A 36	Wählerverzeichnis der Stadt Marbach 1868–81
Best. A 37	Akten betr. die Wahl eines Abgeordneten zum Landtag

Münsingen
Stadtarchiv
Best. Boe 2-13 [Wählerliste von Böttingen, 1868–70]
Best. Ma 1-465 [Wählerliste von Magolsheim, 1868]

Sigmaringen
Staatsarchiv (StASig)
Best. Wü 65/4 Oberamt Balingen T 2 Deutsches Reich: Wahlen
Best. Wü 65/9 Oberamt Ehingen
Best. Wü 65/13 Oberamt Horb
Best. Wü 65/20 Oberamt Münsingen
Best. Wü 65/22 Oberamt Neuenbürg
Best. Wü 65/24 Oberamt Oberndorf
Best. Wü 65/27 Oberamt Reutlingen
Best. Wü 65/32 Oberamt Spaichingen
Best. Wü 65/34 Oberamt Sulz
Best. Wü 65/36 Oberamt Tübingen
Best. Wü 65/37 Oberamt Tuttlingen
Best. Wü 65/40 Oberamt Urach
Best. Wü 65/41 Oberamt Waldsee

Stuttgart
Hauptstaatsarchiv (HStAS)
Best. E 14 Königliches Kabinett II
Best. E 33 Geheimer Rat II
Best. E 130a Staatsministerium, Landstände
Best. E 146 Ministerium des Innern III/2
Best. E 150 Ministerium des Innern IV
Best. Q 1/2 Nachlass Dr. Conrad Haußmann

Landeskirchliches Archiv (LKAS)
Best. A 12 Diener- und Stellenbücher Nr. 25
Best. A 26 Allgemeine Kirchenakten
Best. A 29 Ortsakten Nr. 802
Best. F Dekanat Leonberg: Abt. 2

Statistisches Landesamt
Oberamt Leonberg:
Zusammenstellung der Gemeindeübersichten über die Aufnahme der ortsanwesenden Bevölkerung für die Zwecke des Zollvereins auf den 3. Dezember 1867.
Zusammenstellung der Gemeindeübersichten über die Aufnahme der ortsanwesenden Bevölkerung auf den 1. Dezember 1871.

Württembergische Landesbibliothek (WLB)
Cod. Hist. Fol. 880: Nachlass Hölder
Cod. Hist. 4° 604: Wilhelm Lang, Erinnerungen

Urach
Stadtarchiv
Best. 1034 F Wählerverzeichnis der Stadt Urach

2. Periodika, Zeitungen[1]

Albbote. Amts- und Unterhaltungsblatt für den Oberamtsbezirk Münsingen und Umgegend [Stadtarchiv Münsingen]
Alb- und Filsthalbote. Amts- und Intelligenzblatt für die Oberamtsstadt und den Bezirk Geislingen [Kreisarchiv Göppingen]
Allgemeine Zeitung. Stuttgart und Augsburg [Staatsarchiv Ludwigsburg]
Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamtsbezirk Aalen und Umgegend [Stadtarchiv Aalen]
Amts- und Intelligenzblatt für das Oberamt Crailsheim und Umgegend [Stadtarchiv Crailsheim]
Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamtsbezirk Waiblingen [Kreisarchiv Waiblingen]
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Tettnang [Stadtarchiv Tettnang]
Der Argenbote. Zugleich Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Wangen [Stadtarchiv Wangen im Allgäu]
Beiträge zur Heimatkunde des Bezirks Kirchheim u.T.
Der Beobachter. Ein Volksblatt aus Württemberg [Landesbibliothek Stuttgart]
Biberacher Amts- und Intelligenzblatt [Stadtarchiv Biberach]
Der Blaumann [Kreisarchiv Biberach]
Calwer Wochenblatt [Stadtarchiv Calw]
Der Christenbote [Landesbibliothek, Stuttgart]
Deutsche Revue über das gesamte nationale Leben der Gegenwart, hg. v. Richard Fleischer
Deutscher Nekrolog
Deutsches biographisches Jahrbuch
Deutsches Volksblatt [Wilhelmstift Tübingen]
Esslinger Wochenblatt. Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamtsbezirk Eßlingen und Umgegend [Stadtarchiv Esslingen]
Esslinger Zeitung [Kreisarchiv Esslingen]
Fränkischer Grenzbote für den Oberamtsbezirk Crailsheim [Stadtarchiv Crailsheim]
Der Gäubote. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Herrenberg [Stadtarchiv Herrenberg]
Glems- und Filderbote. Amts- und Anzeigeblatt für die Oberamtsbezirke Leonberg und Stuttgart [Stadtarchiv Ditzingen; Kreisarchiv Böblingen]
Göppinger Tagblatt/ Der Hohenstaufen [Stadtarchiv Göppingen]
Göppinger Wochenblatt zugleich Amtsblatt für Stadt und Land [Stadtarchiv Göppingen]
Gränzbote. Zugleich Amts- und Intelligenzblatt für das Oberamt Tuttlingen [Stadtarchiv Tuttlingen]
Der Grenzbote. Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamtsbezirk Heidenheim [Stadtarchiv Heidenheim]
Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur, Berlin 1841ff.
Der Grenzer. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Freudenstadt [Kreisarchiv Freudenstadt]
Haller Tagblatt. Amtsblatt für den Oberamts- & Kreisgerichtsbezirk Hall [Stadtarchiv Schwäbisch Hall]
Heuberger Bote. Politisches Volksblatt vom obern Schwarzwald. Amtsblatt für das Oberamt Spaichingen [Archiv des Heuberger Boten in Spaichingen]
Hirth's Parlaments-Almanach, Berlin 1867–1869; Fortsetzung: Deutscher Parlaments-Almanach, Leipzig 1871–1887.
Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Württemberg, hg. v. Statistisch-Topographischen Bureau, Stuttgart 1866, 1869, 1912 (2 Teile), 1913, 1914.

---

[1] Hier sind auch die Zeitungen verzeichnet, aus denen nur einzelne Informationen/Seiten genutzt werden konnten; der jeweilige Umfang ergibt sich aus den Fußnoten.

Der Hohenloher Bote [Kreisarchiv Hohenlohekreis, Neuenstein]
Der Hohenstaufen. Ein politisches und unterhaltendes Volksblatt [Stadtarchiv Göppingen]
Horber Chronik. Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamtsbezirk Horb [Stadtarchiv Horb]
Jagst-Zeitung. Amts- und Anzeigeblatt für den Jagstkreis [Stadtarchiv Ellwangen]
Der Kocherbote. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Gaildorf [Stadtarchiv Gaildorf]
Die Landpost. Amts- und Intelligenzblatt für den Bezirk Vaihingen [Stadtarchiv Vaihingen a.E.]
Ludwigsburger Zeitung [Stadtarchiv Ludwigsburg]
Murrthal-Bote. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Backnang und Umgegend [Stadtarchiv Backnang]
Neckarbote [Stadtarchiv Rottenburg]
Neckar- und Enzbote für den Oberamtsbezirk Besigheim [Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen]
Neckarzeitung [Stadtarchiv Heilbronn]
Nürtinger Wochenblatt [Stadtarchiv Nürtingen]
Der Oberländer. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Saulgau [Stadtarchiv Saulgau]
Der Postillon [Stadtarchiv Marbach]
Preußische Jahrbücher, Berlin
Regierungsblatt für das Königreich Württemberg, Jg. 1824ff.
Remszeitung. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Gmünd [Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd]
Schwäbische Kronik (= Schwäbischer Merkur, Teil 2) [Landesbibliothek Stuttgart]
Schwäbische Tagwacht
Schwäbische Volkszeitung [Landesbibliothek Stuttgart]
Schwäbischer Nekrolog (= Schwäbischer Merkur)
Schwarzwälder Bote [Stadtarchiv Oberndorf; Redaktionsarchiv des Schwarzwälder Boten in Oberndorf]
Schwarzwälder Bürgerzeitung. Rottweiler Anzeiger für Stadt und Land [Stadtarchiv Rottweil]
Schwarzwälder Kreiszeitung. Oberamtsblatt für den Bezirk Reutlingen [Stadtarchiv Reutlingen]
Seeblatt [Stadtarchiv Tettnang]
Staatsanzeiger für Württemberg [Landesbibliothek Stuttgart]
Tauber-Zeitung. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Mergentheim [Stadtarchiv Bad Mergentheim]
Der Teckbote. Amts-, Intelligenz- und Unterhaltungsblatt für den Oberamtsbezirk Kirchheim unter Teck [Stadtarchiv Kirchheim u.T.]
Tübinger Chronik [Stadtarchiv Tübingen]
Ulmer Schnellpost [Stadtarchiv Ulm]
Ulmer Tagblatt [Stadtarchiv Ulm]
Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten, Stuttgart 1868ff.
Der Volksfreund. Ein Volksblatt für Stadt und Land. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Balingen [StA Sigmaringen Wü 65/4 Oberamt Balingen T. 2 Bü 39]
Volksfreund für Oberschwaben zugleich Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Ehingen [Stadtarchiv Ehingen]
Wochenblatt für den Oberamtsbezirk Waldsee und Umgegend [Stadtarchiv Bad Waldsee]
Württembergischer Landtagsalmanach für 1895–1901, Stuttgart 1895.
Württembergischer Nekrolog
Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, 1863ff.

3. Gedruckte Quellen und Literatur

In den Anmerkungen verwendete Kurztitel sind durch die Kursive kenntlich gemacht.

Abendroth, Wolfgang, Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 300–306.

[achtzehnhundertfünfundsiebzig bis neunzehnhundertfünfundsiebzig] 1875–1975 Grüninger & Prem Eisengießerei KG Kirchheim-Teck, Kirchheim 1975.

Ackermann, Hugo (Hg.), Rosenberg. Geschichte und Kultur einer Gemeinde im Virngrund, Ellwangen 1994.

Ackermann, Stefan, 1200 Jahre Nagold, hg. v. der Stadt Nagold, Konstanz 1985.

Adam, Albert Eugen, Ein Jahrhundert württembergischer Verfassung, Stuttgart 1919.

Adreßbuch der Kaufleute, Fabrikanten und Gewerbsleute von Württemberg und Hohenzollern, Nürnberg 1872.

Akermann, Manfred, Der Göppinger Raum vom Ende der Staufer bis zum Ersten Weltkrieg, in: Der Kreis Göppingen, Stuttgart/Aalen 1973, S. 54–62.

Albertin, Lothar (Hg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980.

Allerbeck, Klaus (u.a.), Die alte und die neue FDP: Historische Vergleichsdaten zur Entwicklung der Wählerschaft in Baden-Württemberg, in: Lothar Albertin (Hg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980, S. 151–168.

Allgaier, August, *Die Stände Württembergs*. Ein Rückblick auf die Verfassungsgeschichte nebst biographischem Verzeichnis sämtlicher Mitglieder beider Kammern, Stuttgart 1890.

Andersen, Uwe, Woyke, Wichard (Hgg.), *Handwörterbuch des politischen Systems* der Bundesrepublik Deutschland, Opladen ^{2}1995.

Andre, Doris, Indikatoren des technischen Fortschritts. Eine Analyse der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland von 1850–1913, Göttingen 1971.

Angerbauer, Wolfram, Die Amtsvorstände des Oberamtes Brackenheim von 1803 bis zur Kreisreform 1938, in: Zeitschrift des Zabergäuvereins 1991, H. 4, S. 53–64.

Ders., Die Amtsvorstände des Oberamtes Neckarsulm von 1807 bis 1938, in: Wolfgang Schmierer, Aus südwestdeutscher Geschichte. Festschrift für Hans-Martin Maurer, Stuttgart 1994, S. 644–652.

Ders., Die Amtsvorstände des Oberamtes Weinsberg von 1806 bis zu dessen Aufhebung 1926, in: Jahrbuch für schwäbisch-fränkische Geschichte, Historischer Verein Heilbronn 33 (1994), S. 89–94.

Ders. (Red.), Die *Amtsvorsteher* der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Würtemberg 1810–1972, hg. v. der Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchivare beim Landkreistag Baden-Württemberg, Stuttgart 1996.

Aus der Geschichte des Stuttgarter Gewerbevereins 1848–1900, hg. vom Vereinsausschuß am 10. März 1901, Stuttgart 1901.

Aus Eduard Laskers Nachlass. Sein Briefwechsel in den Jahren 1870/71, in: Deutsche Revue Jg. 17 (1892), Bd. 2, S. 46–317; Bd. 3, S. 59–301; Bd. 4, S. 60ff.

Axthelm, Rolf von, Verschiebungen in der beruflichen Gliederung der Bevölkerung des württembergischen Schwarzwaldkreises 1852 bis 1907, Diss. Erlangen 1922 (masch.).

Bachem, Karl, Adolf Gröber, in: Deutsches Biographisches Jahrbuch 2 (1917–1920), S. 388–392.

Ders., Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, Bd. 2, Köln 1927 (ND Aalen 1967).

Bachteler, Kurt, Die öffentliche Meinung in der italienischen Krisis und die Anfänge des Nationalvereins in Württemberg 1859, Diss. Tübingen 1934.

Bartel, Hans, *Statistik* für Psychologen, Pädagogen und Sozialwissenschaftler, Bd. *I* und *II*, Stuttgart 1971/1972.

Bartel, Horst, Engelberg, Ernst, Weber, Rolf (Hgg.), Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen, 2 Bde., Berlin 1971.

Bartens, Karl, Die wirtschaftliche Entwicklung des Königreichs Württemberg mit besonderer Berücksichtigung der Handelsverträge, Frankfurt a.M. 1901.
Bassler, Siegfried (Hg.), Mit uns für die Freiheit. 100 Jahre SPD in Stuttgart, Stuttgart/Wien 1987.
Baudisch, Markus, Vom Vogt der Herrschaft Heidenheim zum Landrat des Landkreises Heidenheim, Heidenheim 1989.
Bauer, Clemens, Politischer Katholizismus in Württemberg bis zum Jahr 1848, Freiburg 1929.
Bauer, Karlheinz, Geschichte der Stadt *Geislingen* an der Steige, *Bd. 2*: Vom Jahre 1803 bis zur Gegenwart, Geislingen 1975.
Ders., Hermann Bauer (1814–1872). Der Vater der Aalener Geschichtsschreibung, in: Aalener Jahrbuch (1986), S. 105–135.
Ders., *Parteien und Wahlen*. Die politischen Kräfte in Aalen und Wasseralfingen im Spiegel der Wahlergebnisse, in: Aalener Jahrbuch (1986), S. 226–260.
Ders., Die Revolution von 1848/49 in Aalen, in: Aalener Jahrbuch (1988), S. 146–172.
Ders., *Vorwärts ist die große Losung*. Die Arbeiterbewegung im Raum Aalen. Von den Anfängen bis 1933, Heilbronn 1992.
Bauer, Max (Hg.), Die Schwäbische Volkspartei. Beleuchtet von Rusticus, Berlin 1899.
Bauert-Keetmann, Ingrid, Albert Böhringer, Chemiker, Gründer der chem. pharm. Fabrik C.H. Böhringer u. Sohn, Ingelheim/Rhein, 1861–1939, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken XI, Stuttgart 1969, S. 368–391.
Dies., 100 Jahre C.A. Leuze, Mönchengladbach [1961].
Baun, Friedrich, *Schultheiß Klaß* von Beuren (1822–1888). Ein schwäbischer Gemeinschaftspfleger, Stuttgart 1909.
Baur, Günter, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Rottenburg a.N. 1806–1914, Zu Ar Tübingen 1969.
Bausinger, Hermann (u.a.), Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, Stuttgart ^{3}1985.
Bazlen, Otto (Bearb.), Landwirtschaftliche Betriebsverhältnisse in Württemberg und Untersuchungsergebnisse über die Rentabilität landwirtschaftlicher Betriebe, H. 1–10, Stuttgart 1928ff.
Becht, Hans-Peter, Wahlen, Wahlkämpfe und „politische Öffentlichkeit" als Auslöser und Indikatoren politischen Wandels in Baden, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik, Düsseldorf 1997, S. 17–61.
Becker, Hubert, *Die Esslinger „Fabrikarbeiter"* in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Soziale Lage, Mobilität und Verhalten, in: ZWLG 37 (1978), S. 205–260.
Beck-Wörner, Walter, Die Strickwarenindustrie in Reutlingen, Diss. Tübingen 1950.
Beiträge zur Geschichte der Industrie und Industriebauten im Landkreis Tuttlingen, hg. vom Geschichtsverein für den Landkreis Tuttlingen in Zusammenarbeit mit der VHS Tuttlingen, Tuttlingen [1994].
Benzing, Otto, Schwenningen am Neckar. Geschichte eines Grenzdorfs auf der Baar, Villingen-Schwenningen 1985.
Berg-Schlosser, Dirk, Schissler, Jakob (Hgg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987.
Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 2, hg. v. Wilhelm Mommsen, München/Wien ^{11}1965.
Best, Heinrich, Organisationsbedingungen und Kommunikationsstrukturen politischer Partizipation im frühindustriellen Deutschland, in: Peter Steinbach (Hg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozess, Stuttgart 1982, S. 114–134.
Ders., Politik und Milieu. Wahl und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989.
Biefang, Andreas, Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994.

Biege, Hans-Peter (u.a.), *Zwischen Persönlichkeitswahl und Parteientscheidung*. Kommunales Wahlverhalten im Lichte einer Oberbürgermeisterwahl, Königstein/T. 1978.

Binder, Hans-Otto, Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871–1890. Ein Untersuchung zum Problem der bundesstaatlichen Organisation, Tübingen 1971.

Ders., Württembergs Weg zur Industrie. Eine zeitgenössische Diskussion, in: Franz Quarthal, Wilfried Setzler (Hgg.), Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik. Festschrift für Eberhard Naujoks zum 65. Geburtstag, Sigmaringen 1980, S. 191–203.

Birker, Karl, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870, Berlin 1973.

Bischoff-Luithlen, Angelika, Dorf war nie gleich Dorf, in: Der Bürger im Staat 30 (1980) H. 1, S. 46–49.

Dies., *Von Amtsstuben*, Backhäusern und Jahrmärkten. Ein Lese- und Nachschlagebuch zum Dorfalltag im alten Württemberg und Baden, Stuttgart 1979.

Bittel, Karl, Eduard von Pfeiffer und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung, München/Leipzig 1915.

Bitzer, Friedrich von, *Die Bedeutung des Gemeindebürgerrechts* nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 3. Dezember 1868, in: Württ. Jbb. 1867 (1869), S. 150–173.

Blackbourn, David, *Class, Religion, and Local Politics* in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914, Wiesbaden 1980.

Blank, Robert, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 20 (1905), S. 507ff.

Bleicher, Walter, Schwäbische Kunde aus der Geschichte des Kreises Saulgau, Scheer 1972 (masch.).

Blickle, Peter, Bauer und Staat in Oberschwaben, in: ZWLG 31 (1972), S. 104–120.

Ders., Katholizismus, Aristokratie und Bürokratie im Württemberg des Vormärz, in: Historisches Jahrbuch 88 (1968), S. 369–406.

Ders. (Hg.), Politische Kultur in Oberschwaben, Tübingen 1993.

Ders. (u.a.), Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg, hg. v. der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1982.

Blos, Wilhelm, Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten, 2 Bde., München 1914–19.

Blum, Hans, Vorkämpfer der deutschen Einheit. Lebens- und Charakterbilder, Berlin 1899.

Blumberg, Horst, Die deutsche Textilindustrie in der Industriellen Revolution, Berlin 1965.

Blümcke, Martin (Hg.), Abschied von der Dorfidylle?, Stuttgart 1982.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang (Hg.), Probleme des Konstitutionalismus im 19. Jahrhundert, Berlin 1975.

Bodamer, Georg, Franz Hopf – Pfarrer, Bauer, Demokrat, in: Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch 1986, S. 65–80.

Bodewig, Hartmann, Geistliche Wahlbeeinflussung in ihrer Theorie und Praxis, München 1909.

Boelcke, Willi A., *Bevölkerung und Beschäftigungsstrukturen im Wandel*, in: Ulrich Hartmann (Hg.), Der Kreis Ludwigsburg, Stuttgart 1977, S. 243–255.

Ders., *Friedrichshafens industrieller Aufstieg*, in: ZWLG 47 (1988), S. 457–494.

Ders., *Handbuch Baden-Württemberg*. Politik, Wirtschaft, Kultur von der Urgeschichte bis zur Gegenwart, Stuttgart (u.a.) 1982.

Ders., *Industrialisierung* im Kammerbezirk Schwarzwald-Baar-Heuberg vom 17. Jahrhundert bis 1945, in: ZWLG 42 (1883), S. 282–303.

Ders., *Industrieller Aufstieg* im mittleren Neckarraum zwischen Konjunktur und Krise. Das Beispiel der Werkzeug-, Maschinen- und elektrotechnischen Industrie, in: ZWLG 43 (1984), S. 287–326.

Ders., *Sozialgeschichte Baden-Württembergs* 1800–1989. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart 1989.

Ders., *Die Stadt Vaihingen* im Spiegel ihrer Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1789–1989, in: Ernst Eberhardt Schmidt (Hg.): 750 Jahre Stadt Vaihingen. Aufsätze zur Entwicklung der Stadt, Vaihingen a.d. Enz 1989, S. 151–182.

Ders., *Wege und Probleme* des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg, in: ZWLG 32 (1973), S. 436–520.

Ders., *Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs* von den Römern bis heute, Stuttgart 1987.

Böhme, Helmut (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879, Köln/Berlin 1968.

Böhmert, Viktor, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden, Dresden 1886.

Böhringer, Wilhelm, Die Eßlinger Amtsvorstände von 1803 bis heute, Esslingen 1959.

Boldt, Hans, Die Stellung des Abgeordneten im historischen Wandel, in: Politik als Beruf? Das Abgeordnetenbild im historischen Wandel, Bonn 1979, S. 15–43.

Boldt, Werner, Die württembergischen *Volksvereine* von 1848 bis 1852, Stuttgart 1970.

Booms, Hans, Die deutschkonservative Partei. Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff, Düsseldorf 1954.

Borcherdt, Christoph, Geographische Landeskunde von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983.

Ders. (u.a.), *Die Landwirtschaft in Baden und Württemberg* 1850–1980. Veränderungen von Anbau, Viehhaltung und landwirtschaftlichen Betriebsgrößen 1850–1980, Stuttgart (u.a.) 1985.

Bormann, Regina, Arbeiterinnen und Arbeiter beim Eisenbahnbau im Raum Schwäbisch Hall um 1860. Eine Kulturanalyse, Tübingen/Stuttgart 1994.

Borscheid, Peter, Arbeitskräftepotential, Wanderung und Wohlstandsgefälle, in: Rainer Fremdling, Richard Tilly (Hgg.), Industrialisierung und Raum, Stuttgart 1979, S. 230–250.

Ders., Lebensstandard und Familie. Partnerwahl und Ehezyklus in einer württembergischen Industriestadt im 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 22 (1982), S. 227–262.

Ders., Schomerus, Heilwig, *Mobilität und soziale Lage* der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert, in: Paul J. Müller (Hg.), Die Analyse prozeß-produzierter Daten, Stuttgart 1977.

Ders., *Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung*. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg, Stuttgart 1978.

Borst, Otto, Geschichte der Stadt Esslingen am Neckar, Esslingen ^{2}1977.

Ders., Karl Pfaff. Der deutsche Sängervater, Esslingen 1966.

Ders., *Mein Land hat kleine Städte*. Dreißig schwäbische Städteportraits, Stuttgart 1994.

Ders., Der Reichsstädter Hermann Kurz, in: Reutlinger Geschichtsblätter NF 1 (1958/59), S. 62–69.

Ders., Schwäbische Zeitungen und ihre Leser zwischen Spätaufklärung und Gründerzeit, in: Klaus Dreher (Red.), Von der Preßfreiheit zur Pressefreiheit. Südwestdeutsche Zeitungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1983, S. 101–128.

Ders., Staat und Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie, in: Tradition 11 (1966), S. 105–126, 153–174.

Ders., Stuttgart. Die Geschichte der Stadt, Stuttgart/Aalen 1973.

Ders., Der Weg in die Welt. Geschichte der Pressenfabrik Fritz Müller, Esslingen am Neckar, Esslingen 1982 [nach einem Manuskript von 1964].

Ders., Weil der Stadt, Stuttgart 1994.

Ders., Württemberg. Geschichte und Gestalt eines Landes, Konstanz 1978.

Bosl, Karl, Die Verhandlungen über den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund und die Entstehung der Reichsverfassung, in: Theodor Schieder, Ernst Deuerlein (Hgg.), Reichsgründung 1870/71, Stuttgart 1970.

Bradler, Günther, Quarthal, Franz (Red.), Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen, Stuttgart 1982.

Brandt, Hartwig, *Parlamentarismus* in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags, Düsseldorf 1987.

Ders., *Politische Partizipation* am Beispiel eines deutschen Mittelstaates im 19. Jahrhundert. Wahlrecht und Wahlen in Württemberg, in: Peter Steinbach (Hg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, Stuttgart 1982, S. 135–155.

Braun, Helga (Bearb.), Die eigene Kraft erkennen. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Geislingen 1783–1963, Kösching 1986.

Braun-Wiesbaden, Karl, *Bilder aus der deutschen Kleinstaaterei, Bd. 3*: Bilder aus Nassau, Württemberg und Hessen-Darmstadt 1860–1871, Hannover 1881.

Breslauer, Berthold, Die Notenbanken in Württemberg 1876–1900, München 1903 (Diss. Heidelberg 1903).

Bruder, Karl, Heimatgeschichtliche Aufsätze und Vorträge, hg. v. Karoline Bruder, Backnang 1974.

Buch, Gisela, Sozialgeschichte der Städte Esslingen und Reutlingen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1976.

Buchheim, Karl, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1959.

Ders., Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert, München 1963.

Buchhofer, Bernd, Friedrichs, Jürgen, Lüdtke, Hartmut, Hypothese über die *Ursachen geringer Wahlbeteiligung* von jüngeren Altersgruppen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1 (1970) H. 1, S. 164–170.

Buhl, Johannes, Grundbuch der evangelischen Schulstellen und Schullehrer in Württemberg, Stuttgart 1895.

Bühler, Max, Die Stellung Württembergs zum Umschwung in der Bismarckschen Handelspolitik 1878/79, Göppingen 1935 (Diss. Tübingen 1934).

Bührlen-Grabinger, Christine, Kraus, Dagmar, Zurowski, Martin, Vaihingen, Rohr, Büsnau und Dürrlewang. Aus der Geschichte eines Stuttgarter Stadtbezirks, Stuttgart 1993.

Buob, Adolf, Grundbuch der evangelischen Schulstellen und Schuldiener in Württemberg, Stuttgart 1885 (^{2}1890).

Bürk, Richard, Die Schwenninger Uhrmacher bis ums Jahr 1850, Schwenningen 1907.

Burkart, Odi, Die Zusammensetzung des württembergischen Landtags in der geschichtlichen Entwicklung, Diss. Würzburg 1922 (masch.).

Burmeister, Karl Heinz, *Geschichte der Stadt Tettnang*, Konstanz 1997.

Büsch, Otto, Der Beitrag der Historischen Wahlforschung zur Geschichte der deutschen und europäischen Wählerbewegung. Eine Einführung, in: Ders. (Hg.), Wählerbewegung in der europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz, Berlin 1980, S. 3–22.

Ders., Industrialisierung und Geschichtswissenschaft. Ein Beitrag zur Thematik und Methodologie der historischen Industrialisierungsforschung, Berlin 1969.

Ders., Steinbach, Peter (Hgg.), Vergleichende europäische Wahlgeschichte. Eine Anthologie. Beiträge zur historischen Wahlforschung vornehmlich West- und Nordeuropas, Berlin 1983.

Ders. (Hg.), *Wählerbewegung in der deutschen Geschichte*. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871–1933, Berlin 1978.

Ders. (Hg.), Wählerbewegung in der europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz, Berlin 1980.

Büttner, Karl, Verschiebungen in der beruflichen Gliederung der Bevölkerung des Jagstkreises 1852 bis 1907, Diss. Erlangen 1922 (masch.).

Buzengeiger, Walter, Die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der politischen Entwicklung in Württemberg um die Mitte des 19. Jahrhunderts, Diss. München 1949 (masch.).

Camerer, Wilhelm, Die *Gantungen* in Württemberg, in: Württ. Jbb. 1873 (1874), H. 2, S. 116–126.

Ders., *Direkte Staatssteuern* und Amts- und Gemeindeumlagen in Württemberg im Etatsjahr 1. Juli 1868–1869, in: Württ. Jbb. 1868 (1870), S. 313–372.

Cardauns, Hermann, Adolf Gröber, Mönchengladbach 1921.

Christ-Gmelin, Maja, Die württembergische Sozialdemokratie 1890–1914, Diss. Stuttgart 1975.

Christmann, Helmut, Ferdinand Steinbeis – Gewerbeförderer und Volkserzieher, in: Schwäbische Lebensläufe, Bd. 3, Heidenheim 1970.

Ders., Ferdinand Steinbeis. Erziehung zur Arbeit am Anfang der Industrialisierung, Diss. Stuttgart 1967.

Class, Helmut, Blumhardt – Vater und Sohn. Anruf und Anstoß heute. Nachwort von Walther Günther, Metzingen 1967.

Coetzee, Marilyn Shevin, *Erneuerung oder Niedergang*? Die politische Verwandlung der liberalen Parteien in Göppingen 1871–1912. in: Hohenstaufen/Helfenstein. Historisches Jahrbuch für den Kreis Göppingen, Bd. 1, Weißenhorn 1991, S. 121–135.

Conze, Werner, Wahlsoziologie und Parteigeschichte. Neue französische Forschungen, in: Alfred Herrmann, Aus Geschichte und Politik. Festschrift für Ludwig Bergsträsser zum 70. Geburtstag, Düsseldorf 1954, S. 243–251.

Cordes, Günter (Bearb.), Das Jahr 1881 aus dem Tagebuch von Julius Hölder (1819–1887). Zum 100. Geburtstag, in: ZWLG 46 (1987), S. 253–350.

Ders., Württembergischer Landtag bis 1918, in: Günther Bradler, Franz Quarthal (Red.), Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament, Stuttgart 1982, S. 123–152.

Dann, Otto (Hg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984.

Decker, Gustav, Diedrich Schrempf, in: Württembergischer Nekrolog 1913 (1916), S. 7–18.

Decker-Hauff, Hansmartin, Eberl, Immo (Hgg.), Blaubeuren. Die Entwicklung einer Siedlung in Südwestdeutschland, Sigmaringen 1986.

Ders., Die geistige Führungsschicht in Württemberg, in: Günther Franz (Hg.), Beamtentum und Pfarrerstand 1400–1800, Limburg 1972, S. 51–80.

Dehlinger, Alfred, *Württembergs Staatswesen* in seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute, 2 Bde., Stuttgart 1951/53.

Dehlinger, Gustav, Überblick über die *Entwicklung der Landwirtschaft* in Württemberg seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Württ. Jbb. 1897 (1898), H. 1, S. 49–76.

Denkschrift zur 50jährigen Jubelfeier des Gewerbevereins Nürtingen 1856–1906. Aus den Protokollen und anderen Quellen zusammengestellt, bearbeitet und im Auftrag des Gewerbevereins hg. unter Mitwirkung von Motz und Völmle, Nürtingen [1907].

Denkschrift zur Hundertjahrfeier 1828–1928. Württembergische Feuerversicherung AG in Stuttgart, Stuttgart 1928.

Dessauer, Lothar, Die Industrialisierung von Groß-Stuttgart, Diss. Tübingen 1916.

Diederich, Nils, Empirische Wahlforschung. Konzeptionen und Methoden im internationalen Vergleich, Köln/Opladen 1965.

Ders., Hölder, Egon, Kunz, Andreas (u.a.), Historische Statistik in der Bundesrepublik, Stuttgart 1990.

Ders. (u.a.) (Bearb.), *Wahlstatistik in Deutschland*. Bibliographie der deutschen Wahlstatistik 1848–1975, München 1976.

Die Diener der evangelischen Kirche in Württemberg 1880, Stuttgart 1880.

Dieterle, Georg, Die Stadt Nagold, ihr Werden und Wachsen bis in die Gegenwart, hg. v. Felix Schuster, Nagold 1931.

Dillmann, Christian Heinrich, Der Schulmeister von Illingen. Ein Zeit- und Sittenbild des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1901.

Döbele-Carlesso, Isolde, Dürrenzimmern. Ein Dorf und seine Geschichte, hg. v. der Stadtverwaltung Brackenheim, Brackenheim 1994.

Döhn, Lothar, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim 1970.

Dornheim, Andreas, Adel in der bürgerlich-industrialisierten Gesellschaft. Eine sozialwissenschaftlich-historische Fallstudie über die Familie Waldburg-Zeil, Frankfurt a.M. 1993.

Dörtenbach, Georg, Die Familie Dörtenbach, Stuttgart 1896.
Ders., Die Württembergische Baumwollspinnerei und Weberei bei Eßlingen a.N. Ihre Entstehung und Entwicklung. Festschrift anläßlich ihres 50jährigen Betriebsjubiläums, Esslingen 1908.
Drees, Annette, Die Ärzte auf dem Weg zu Prestige und Wohlstand. Sozialgeschichte der württembergischen Ärzte im 19. Jahrhundert, Münster 1988.
Dreher, Alexander, *Die gewerbliche Entwicklung der Stadt Göppingen* im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung bedeutender Einflußfaktoren, Diss. Tübingen 1970.
Düding, Dieter, Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808–1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung, München 1984.
Dürr, Birgit, Die Judenemanzipation in Württemberg 1828 bis 1864 und ihre Diskussion in der öffentlichen Meinung, Zu Ar Tübingen 1978.
Dürr, Friedrich, *Heilbronner Chronik, I. Teil*, enthaltend den Zeitraum von den Anfängen der Stadt bis zum Jahr 1895, Heilbronn ^{2}1926.
Ebensperger, Susanne, Die Bedeutung und der Umfang des Eninger Hausierhandels im 19. Jahrhundert (1803–1878), Wirt. Wiss. Dipl. Arbeit Tübingen 1958.
Eckard, Joseph, Die württembergische Zentrumsfraktion auf dem Landtage von 1901–1906. Eine systematische Übersicht über ihre Tätigkeit. H. 1: Die Reformen des letzten Landtags. H. 2: Die weitere Tätigkeit des Zentrums, Stuttgart 1906.
Ders., Volksparteiliche Presse und Religion, eine quellenmäßige Darstellung, Stuttgart 1897.
Egelhaaf, Gottlob, Karl Mayer, in: ADB 52, S. 275–279.
Ders., Lebenserinnerungen. Zum Druck bearbeitet von Adolf Rapp, Stuttgart 1960.
Ders., Württemberg in den fünfundzwanzig Jahren 1891–1916, in: Württ. Vjh. NF 25 (1916), S. 606–615.
Ders., Württembergische Geschichte, Stuttgart 1922.
Ehrenfeuchter, Bernhard, Politische Willensbildung in Niedersachsen zur Zeit des Kaiserreiches. Ein Versuch aufgrund der Reichstagswahlen von 1867–1912, insbesondere seit 1890, Diss. Göttingen 1953.
Eisenbacher, Hugo, Die Stellung der württembergischen Presse zu den Anfängen von Bismarcks Kolonialpolitik in den Jahren 1878/1885, Diss. Tübingen 1926.
Eisfeld, Gerhard, Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858–1870. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten, Hannover 1969.
Eitel, Peter, Bilder aus dem Schussental. 50 historische Skizzen, Ravensburg 1987.
Elben, Karl, Otto von Sarwey, in: Deutsches Biographisches Jahrbuch 5 (1900), S. 42–46.
Elben, Otto, *Lebenserinnerungen* 1823–1899, Stuttgart 1931.
Ders., Der volksthümliche deutsche Männergesang. Geschichte und Stellung im Leben der Nation, Tübingen ^{2}1887.
Ders., Dr. Hermann Freiherr von Mittnacht, in: Deutsches Biographisches Jahrbuch 14 (1909), S. 60–76.
Ders., Erinnerungen aus der Geschichte des Stuttgarter Liederkranzes, Stuttgart 1894.
Ders., Geschichte des Schwäbischen Merkurs 1785–1885, Stuttgart 1885.
Elias, Otto-Heinrich, *Vaihingen als Oberamtsstadt* (1810–1938), in: Ernst Eberhardt Schmidt (Hg.), 750 Jahre Stadt Vaihingen. Aufsätze zur Entwicklung der Stadt, Vaihingen a.d. Enz 1989, S. 127–150.
Elsas, Fritz, Der Kampf um die Gründung einer Notenbank in Württemberg (1847–1871), in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 40 (1916) H. 4, S. 129–211.
Elsässer, Erich, Die Wirtschaftsentwicklung von Esslingen a.N. seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Diss. Köln 1931.
Engelbert, Günther, Der Konstitutionalismus in den deutschen Kleinstaaten, in: Ernst Wolfgang Böckenförde (Hg.), Probleme des Konstitutionalismus im 19. Jahrhundert, Berlin 1975, S. 103–121.

Engelhardt, Ulrich, „Nur vereinigt sind wir stark". Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70, 2 Bde., Stuttgart 1977.

Engelsing, Rolf, Zur Sozialgeschichte deutscher *Mittel- und Unterschichten*, Göttingen [2]1978.

Ergebnisse der Erhebungen über die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft in den Gemeinden Willsbach OA. Weinsberg, Öschelbronn OA. Herrenberg, Oberkollwangen OA. Calw, Wiesenbach OA. Gerabronn, Ingerkingen OA. Biberach und Christazhofen OA. Wangen des Königreichs Württemberg, Stuttgart 1886.

Ernst, Fritz, 500 Jahre Stuttgarter Landtag 1457–1957, in: ZWLG 17 (1958), S. 1–16.

Faber, Karl-Georg, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866 bis 1871. Eine kritische Bibliographie, 2 Bde., Düsseldorf 1963.

Ders., Realpolitik als Ideologie. Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland, in: HZ 203 (1966), S. 1–45.

Ders., Strukturprobleme des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Der Staat 14 (1975), S. 201–227.

Facius, Friedrich, Staat und Landwirtschaft in Württemberg 1780–1920. Zur Entstehung und Entwicklung der agrarischen Interessenvertretung, Berufsorganisation und Selbstverwaltung, in: Heinz Haushofer, Willi A. Boelcke (Hgg.), Wege und Forschungen der Agrargeschichte, Festschrift für Günther Franz, Frankfurt a.M. 1967, S. 288–313.

Falter, Jürgen W., *Hitlers Wähler*, München 1991.

Feederle, Eugen, Der Schwarzwälder Bote 1835–1935. Zeitungs- und Zeitgeschichte, München 1935

Fehrenbach, Elisabeth, Die Reichsgründung in der deutschen Geschichtsschreibung, in: Theodor Schieder, Ernst Deuerlein (Hgg.), Reichsgründung 1870/71, Stuttgart 1970, S. 259–290.

Dies., Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815–1871, München 1992.

Feil, Wilhelm, *Geschichte der Oberamtsstadt Vaihingen* an der Enz im Rahmen der Landesgeschichte, [Vaihingen] 1933–35 (ND Vaihingen a.d. Enz 1978).

Fenske, Hans, Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790–1933, Stuttgart 1981.

Ders., Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Frankfurt a.M. 1972.

Festschrift aus Anlaß des 25. Jahrestages der fabrikmäßigen Herstellung von Uhren durch Schlenker & Kienzle, frühere Firma Joh. Schlenker Schwenningen a.N. 1883–1908, Heilbronn 1908.

Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der Stuttgarter Metallwarenfabrik Wilhelm Mayer und Franz Wilhelm. Stuttgart 1861, 2. März 1911, Stuttgart [1911].

Fetzer, Karl August, Über die Stellung und Aufgaben der National-Demokratie in Württemberg, Stuttgart 1868.

Feuchte, Paul, Staat und Verfassung, in: Das Land Baden-Württemberg, amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden Bd. 1, Stuttgart 1973, S. 264–286.

Feussner, Heinrich, Entwicklung und Statistik der württembergischen Arbeiterkolonien, Diss. Frankfurt 1922 (masch.).

Finckenstein, Hans Wolfram Finck von, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800–1930, Würzburg 1960.

Finckh, Ludwig, Wilhelm Grathwohl, Stadtschultheiß in Reutlingen und württembergischer Landtagsabgeordneter (1815–1867), in: Schwabenspiegel 20 (1926), S. 84f.

Firderer, Wilhelm, Das fünfzigjährige Jubiläum der Bürger-Gesellschaft Stuttgart am 7. und 8. März 1874, Stuttgart [1874].

Fischer, Erhard, Lebensbilder aus Schorndorf. Eine personen- und familiengeschichtliche Dokumentation, Schorndorf 1988.

Fischer, Heinz, Siedlungen religiöser Gruppen in Württemberg, in: Jbb. f. Statistik u. Landeskunde von Baden-Württemberg 8 (1964) H. 1, S. 12–22.

Fischer, Hermann, Friedrich Notter, in: ADB 24, S. 44f.
Ders., Wilhelm Vollmer, in: ADB 40, S. 253–54.
Fischer, Joachim, Das württembergische Offizierskorps 1866–1918, in: Hans Hubert Hofmann (Hg.), Das deutsche Offizierskorps 1860–1960, Boppard 1980, S. 99–138.
Fischer, Wolfram, Ansätze zur Industrialisierung in Baden 1770–1870, in: VSWG 47 (1960), S. 186–231.
Flad, Max, Professor Doktor Julius von Leemann 1839–1913. Ein Beitrag zur Geschichte des Genossenschaftswesens in Württemberg, Stuttgart 1989.
Fleischmann, Kurt, Das Industriegebiet des württembergischen Unterlandes, Diss. Tübingen 1930.
Flick, Reiner, Industrialisierung in Calw und Heidenheim. Manuskript zum 7. Stipendiatentreffen der Robert-Bosch-Stiftung.
Flugschriften des Liberalen Landesverbandes für Württemberg. I. Die liberalen Vereine in Württemberg, Stuttgart 1907.
Forderer, Josef, Reutlingen. Leben und Streben einer schwäbischen Reichsstadt: Schwäbische Städtebilder, Bd. 2, Reutlingen 1948.
Ders., Josef, *Tuttlingen* im Wandel der Zeiten, Reutlingen 1949.
Fraas, Oscar, Nekrolog des Carl Deffner, in: Jahreshefte des Vereins für vaterländische Naturkunde in Württemberg 34 (1878), S. 61–75.
Franck, Fritz, Die *Veränderungen in den Betriebsgrößen* und Anbauverhältnissen sowie in der Viehhaltung der württembergischen Landwirtschaft in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, Diss. Jena 1902.
Frank, Ludwig, Liberalismus und Mittelstand, hg. vom Landesverband der Liberalen Vereine Württembergs, Heilbronn 1908.
Franz, Eugen, Die Entstehungsgeschichte des preußisch-französischen Handelsvertrages vom 29. 3. 1862, in: VSWG 25 (1932), S. 1–37.
Ders., Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung Deutschlands (1856–1867), München 1933.
Franz, Günther, Die *Bauern in den deutschen Landtagen* des 19. Jahrhunderts, in: Friedrich Prinz (Hg.), Geschichte in der Gesellschaft, Festschrift für Karl Bosl zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1974, S. 28–49.
Ders., Hohenheim – Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1979.
Ders., Hundert Jahre Landesproduktenbörse Stuttgart e. V., Stuttgart 1963.
Frasch, Werner, *Kirchheim unter Teck*. Aus Geschichte und Gegenwart einer Stadt und ihrer Bewohner, Kirchheim u. T. 1985.
Fremdling, Rainer, Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840–1879. Ein Beitrag zur Entwicklungstheorie und zur Theorie der Infrastruktur, Dortmund 1975.
Frick, Eugen, Vom königlich-württembergischen Oberamt zum Landkreis Esslingen, Stuttgart ^{2}1992.
Frick, Joseph, Allgemeine katholische Statistik der Einwohnerzahlen mit besonderer Berücksichtigung Württembergs, Stuttgart 1893.
Fricke, Dieter, Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, 2 Bde., Leipzig 1970.
Friederich, Gerd, *Die Volksschule in Württemberg* im 19. Jahrhundert, Weinheim/Basel 1978.
Friedländer-Abel, Hedwig von, Vom deutschen Männergesang, in: Die Gegenwart 58 (1900), S. 35, S. 135f.
Friedrich, Claudia, Die Handwerkspolitik der Königreiche Bayern und Württemberg 1871–1914, Wirt. Wiss. Zu Ar Tübingen 1979.
Frisch, Friedrich, Handbuch der Vermögens-Verwaltung und des Rechnungswesens der bürgerlichen Kollegien im Königreich Württemberg nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung, Waiblingen ^{2}1891.
Fröbel, Julius, Ein Lebenslauf, 2 Bde., Stuttgart 1890/91.
Fuchs, Erwin, Der wirtschaftliche und soziale Wandel Böckingens. Vom Bauern- und Wein-

gärtnerdorf zur Arbeiterwohngemeinde bis heute, in: Das war'n noch Zeiten ... und Böckingen heute? Hg. vom Gewerbe- und Handelsverein Böckingen, Heilbronn 1982, S. 29–99.

Futter, Silvia, Die Industrialisierung Ebingens (1850–1914) als kommunalpolitisches und wirtschaftliches Problem, Zu Ar Tübingen 1980.

Gagel, Walter, Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien (1848–1918), Düsseldorf 1958.

Gall, Lothar (Hg.), Liberalismus, Köln 1976.

Ders, Langewiesche, Dieter (Hgg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995.

Ders., Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Wiesbaden 1968.

Ders., Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionalen zur modernen Gesellschaft, München 1993.

Gammerdinger, Ludwig, Hermann Freiherr von Mittnacht. Ein Versuch, Vaihingen a. d. Enz 1937.

Ders., Mittnacht und Bismarck, Vaihingen a.d. Enz 1938.

Gawatz, Andreas, *Wahlkämpfe in Württemberg*. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1889–1912), Düsseldorf 2001.

Gegner, Martin, Der Eisenbahnbau in Württemberg bis zur Reichsgründung und sein Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, Wirt. Wiss. Zu Ar Tübingen 1979.

Gehring, Paul, Acht württembergische Gefolgsleute Friedrich Lists. Ein Beitrag zur Geschichte der württembergischen Textilindustrie, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 31 (1963), S. 317–338.

Ders., Die Anfänge des Zeitschriftenwesens in Württemberg, in: Württ. Jbb. 1936/37, S. 1–63.

Ders., Georg Peter Bruckmann, in: NDB 2 (1955), S. 647–648.

Ders., Heilbronn auf dem Wege zur Industrie- und Handelsstadt. Von der Reichsstadt zur Stadt des Deutschen Reichs 1802–1871, Heilbronn 1949.

Ders., Johannes Bürk und Erhard Junghans – ein Beitrag zur Frühgeschichte der Schwäbischen Uhrenindustrie, in: ZWLG 14 (1955), S. 145–161.

Ders., Sammelrezensionen zur Wirtschaftsgeschichte Württembergs, in: ZWLG 16 (1957), S. 413–421; 18 (1959), S. 418–453; 23 (1964), S. 272–299; 27 (1968), S. 228–241.

Ders., Steinbeis und die Zentralstelle für Gewerbe und Handel. Zum Gedenken an Ferdinand Steinbeis. Sondernummer der Mitteilungen des Landesgewerbeamts Baden-Württemberg, Nr. 12, hg. anläßlich der Feierstunde zum 150. Geburtstag von Ferdinand Steinbeis, 25. 10. 1957.

Ders., Von List bis Steinbeis. Aus der Frühzeit der württembergischen Industrialisierung, in: ZWLG 7 (1943), S. 405–444.

Ders., Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. (1816–1864), in: ZWLG 9 (1949/50), S. 196–257.

Geiger, Theodor, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1932 (ND Darmstadt 1967).

Gellately, Robert, The Politics of Economic Despair. Shopkeepers and German politics 1890–1914, London 1974.

Georgii-Georgenau, Eberhard Emil von, Biographisch-genealogische Blätter aus und über Schwaben, Stuttgart 1879.

Geppert, Karlheinz, Heusch, Heide, Hailfingen 1093–1993. Ein Gäudorf und mehr als 900 Jahre Geschichte, Rottenburg/Hailfingen 1993.

Ders., Mühleisen, Jürgen, Rasche, Jörg-Michael (Red.), 700 Jahre Oberndorf 1292–1992. Ein Geschichts- und Heimatbuch, Rottenburg/Oberndorf 1992.

Gerok, Karl (u.a.), Das Schwabenland und seine kulturelle Entwicklung in der Neuzeit, Stuttgart 1891.

Gestrich, Andreas, *Alltag im pietistischen Dorf*. Bürgerliche Religiosität in ländlicher Lebenswelt, in: Die alte Stadt 20 (1993), S. 47–59.

Ders. (Hg.), Biographie – sozialgeschichtlich. Sieben Beiträge, Göttingen 1988.
Ders., Die Industrialisierung der Stadt Ravensburg im 19. Jahrhundert (1810–1895), Zu Ar Tübingen 1978.
Gförer, Wilhelm (Hg.), Der Kreis Tübingen, Stuttgart 1988.
Glässner, Wilhelm, Die Stadt Waiblingen 1970 und ihr Umland in Zahlen, in: Waiblingen in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 6 (1974), S. 174–182.
Ders., Oberamtmänner bzw. Landräte des früheren Oberamtsbezirks bzw. Kreises Welzheim im 19. und 20 Jahrhundert, in: Blätter des Welzheimer Waldvereins Nr. 75 (1969), S. 602f.
Glück, Horst, Parteien, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion. Die Stadt Esslingen und der mittlere Neckarraum, Esslingen 1991.
Gmelin, Maja, Die Entwicklung der freien Gewerkschaften im Königreich Württemberg in den Jahren 1890–1906, Zu Ar Tübingen 1966.
Goessler, Peter, Gottlob Egelhaaf †, in: Württ. Vjh. 40 (1934), S. 136–145.
Gollwitzer, Heinz, Die Standesherren. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918, Göttingen ^{2}1964
Goltz, Theodor von der, Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich. Das Einkommen der ländlichen Arbeiter in Württemberg, Berlin 1875.
Gönner, Margarete S., Die katholische Minderheit in Tübingen 1806–1879, Zu Ar Tübingen 1980.
Göttmann, Frank, Sachs-Gleich, Petra, Bäuerliche Wirtschaft und Kornhandel am Bodensee, Tettnang 1991.
Gräter, Hans, Die *Güterzertrümmerung* in Württemberg, ihre Bekämpfung und die Frage der Einführung des Anerbenrechts, Weimar 1913.
Grauer, Karl-Johannes, König Wilhelm I. von Württemberg und die europäischen Dynastien, in: ZWLG 15 (1956), S. 253–278.
Ders., Wilhelm I., König von Württemberg. Ein Bild seines Lebens und seiner Zeit, Stuttgart 1960.
Grees, Hermann, Die Bevölkerungsentwicklung in den Städten Oberschwabens (einschließlich Ulms) unter besonderer Berücksichtigung der Wanderungsvorgänge, in: Ulm und Oberschwaben 40/41 (1973), S. 123–198.
Greiffenhagen, Sylvia, Die *politische Kultur Isnys* im Allgäu. Auf den Spuren einer Freien Reichsstadt, Kehl/Straßburg 1988.
Griesinger, Karl-Theodor, Schwäbische Arche Noah. Eine heitere Charakterkunde, Stuttgart ^{2}1979.
Griesmeier, Josef, Bevölkerungsentwicklung, Landflucht und Verstädterung in Württemberg seit Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift 16 (1936), S. 405–408.
Ders., Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert, in: Württ. Jbb. 1954, H. 1, S. 121–242.
Ders., Die Reichstagswahlen im Wahlkreis Württemberg von 1919–1930, in: Württ. Jbb. 1930/31, S. 77–158.
Griewank, Theodor, Württemberg und die deutsche Politik in den Jahren 1859–1861. Mit einem Überblick bis zum Thron- und Regierungswechsel von 1864, Stuttgart 1934.
Ders., Hellwag, Fritz, Württemberg und die deutsche Politik in den Jahren 1859–1866, Stuttgart 1934.
Grosse, Carl, Raith, Carl, *Beiträge zur Geschichte und Statistik* der Reichsstags- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871. Nebst einem Anhang, enthaltend die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1912 und der Landtagswahlen 1906/07 nach einzelnen Gemeinden, Stuttgart 1912.
Grosshans, Albert, 100 Jahre SPD Heilbronn 1874–1974, Heilbronn 1974.
Groth, Otto, Die politische Presse Württembergs, Stuttgart 1915.
Grotz, Reinhold, Entwicklung, Struktur und Dynamik der Industrie im Wirtschaftsraum Stuttgart. Eine industriegeographische Untersuchung, Stuttgart 1971.

Grube, Walter, Aus der Geschichte der Einheitsbewegung in Württemberg, in: Württ. Vjh. NF 42 (1936), S. 323–356.
Ders., Staat und Wirtschaft im Königreich Württemberg. Die Aktenüberlieferung der Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart, in: Der Archivar 14 (1961) H. 4, S. 343–348.
Ders., *Der Stuttgarter Landtag* 1457–1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament, Stuttgart 1957.
Ders. (Bearb.), *Vogteien, Ämter, Landkreise* in Baden-Württemberg, 2 Bde., Stuttgart 1975.
Ders., Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands, Stuttgart ^{2}1960.
Grünzweig, Fritz, Die evangelische Brüdergemeinde Korntal. Weg, Wesen und Werte, Metzingen 1957.
Gubitz, Adolf (Hg.), Grundbuch der evangelischen Schulstellen und Schuldiener in Württemberg, Stuttgart 1876.
Gühring, Albrecht, *Johann Friedrich Richter* (1794–1853). Ein Marbacher Lateinschulmeister in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Marbach 1994.
Häcker, Friedrich, Über die Musterschätzung von Acker und Wiesen in Württemberg auf Grund des Gesetzes vom 28. April 1873. Ihre Bedeutung für die Beurteilung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, Diss. Tübingen 1927 (masch.).
Haering, Hermann, Zu den Arbeiten von Theodor Griewank, Fritz Hellwag und Walter Schübelin, in: Württ. Vjh. NF 41 (1935), S. 184–187.
Hafner, Tobias, Geschichte der Stadt Ravensburg, Ravensburg 1887.
Hagen, August, *Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus*, 3 Bde., Stuttgart 1948–1954.
Ders., Rudolf Probst, in: Ebd. Bd. 1, S. 290–325.
Hahn, Joachim, Erinnerungen und Zeugnisse jüdischer Geschichte in Baden-Württemberg, Stuttgart 1988.
Hähnle, Andrea, Brocks, Gerald, Reinhard, Lothar, Möhringen. Aus acht Jahrhunderten Ortsgeschichte, Stuttgart 1985.
Hamburger, Ernest, *Juden im öffentlichen Leben* Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit, Tübingen 1968.
Hamerow, Theodore S., Restoration, Revolution, Reaction. Economics and politics in Germany 1815–1871, Princeton 1958.
Ders., The Social Foundations of German Unification 1858–1871, Princeton 1969.
Hammer, Otto, Schwäbisches Beamtentum. Bilder aus seiner Geschichte, Stuttgart 1923.
Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchie, hg. von Hansmartin Schwarzmaier, Stuttgart 1992.
Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der württembergische Landtag 1895–1900, hg. v. Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs, Stuttgart [1900].
Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Zur Landtagswahl 1906, hg. v. Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs, Stuttgart 1906.
Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Zur Landtagswahl 1912, hg. v. Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs, Stuttgart 1912.
Hartke, Wolfgang, Die geographischen Funktionen der Sozialgruppe der Hausierer am Beispiel der Hausiergemeinden Süddeutschlands, in: Karl Heinz Schröder (Hg.), Studien zur südwestdeutschen Landeskunde, Bad Godesberg 1963.
Hartmann, Julius, Bibliographie der Statistik des Königreichs Württemberg, in: Württ. Jbb. 1875 (1876) H. 1, S. 15–40.
Ders., *Regierung und Stände* im Königreich Württemberg 1806–1894, in: Württ. Vjh. (1894) H. 1, S. 1–92.
Ders., Robert Römer, in: ADB 29, S. 125.
Haspel, Jörg (u.a.) (Red.), Arbeiter – Kultur und Lebensweise im Königreich Württemberg, Tübingen 1979.
Hausherr, Hans, Der Zollverein und die Industrialisierung, in: Karl Erich Born (Hg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln 1966, S. 55–66.

Haushofer, Hans, Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter, Stuttgart 1963.
Haussmann, Conrad, Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, Frankfurt a.M. 1924.
Haux, Rolf, Die Entwicklung von Handel und Industrie, Kreditwesen und textiler Forschung in Reutlingen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Eine Darstellung anhand der Entwicklungsgeschichte bedeutender Reutlinger Unternehmungen, Wirt. Wiss. Dipl. Arbeit Tübingen 1958.
Heberle, Rudolf, From Democracy to Nazism. A regional case study on political parties in Germany, New York 1970.
Ders., *Hauptprobleme* der politischen Soziologie, Stuttgart 1967.
Ders., Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932, Stuttgart 1963.
Ders., Social Movements. An introduction to political sociology, New York 1951.
Heck, Eugen, Ensinger Bilderbogen, Ensingen 1971.
Hegelmaier, Leopold, Die direkten Steuern in Württemberg. Einkommensteuer, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer nebst Wandergewerbesteuer und Kapitalsteuer mit Berücksichtigung der allgemeinen Lehren der Finanzwissenschaft und der Gemeindebesteuerung, Stuttgart 1906.
Heger, Klaus, Die *Deutsche Demokratische Partei* in Württemberg und ihre Organisation, Leipzig 1927 (ND Leipzig 1970).
Heidegger, Hermann, Die Deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870–1920, Göttingen 1956.
Heimatbuch Hemmingen, hg. v. der Gemeinde Hemmingen aus Anlass des 1000-jährigen Jubiläums im Jahre 1991, Horb a.N. 1991.
Heimberger, Fritz, Geschichte der politischen Parteien in Sindelfingen, in: Stadt Sindelfingen, Jahresbericht 1968, S. 264–294; Jahresbericht 1969, S. 368–386; Jahresbericht 1970, S. 259–291.
Ders., Schönaich. Geschichte einer Wachstumsgemeinde im Kreis Böblingen, hg. im Gemeindeauftrag von Heinz Erich Walter, Ludwigsburg 1970
Heinen-Tenrich, Jürgen, *Die Entwicklung Ludwigsburgs* zur multifunktionalen Mittelstadt 1860–1914, Stuttgart 1976.
Heinrichs, Bruno, Die württembergische Cattun-Manufaktur Heidenheim a.d. Brenz. Ihre Entstehung und Entwicklung 1856–1906, Stuttgart [1906].
Heitz, Ernst, *Die Gestaltung der Bevölkerungsverhältnisse* und die steuerliche Belastung der politischen Gemeinden Württembergs, in: Württ. Jbb. 1894 (1895), H. 1, S. 251–302.
Hellwag, Fritz, Varnbüler und die deutsche Frage 1864–1866, in: Theodor Griewank, Fritz Hellwag, Württemberg und die deutsche Politik in den Jahren 1859–1866, Stuttgart 1934.
Henning, Friedrich, *August Becher* – ein schwäbischer Anwalt für Freiheit und Demokratie, in: ZWLG 50 (1991), S. 412–418.
Ders., Die Haußmanns. Die Rolle einer schwäbischen Familie in der deutschen Politik des 19. und 20. Jahrhunderts, Gerlingen 1988.
Ders., *Liberalismus und Demokratie* im Königreich Württemberg, in: Paul Rothmund, Erhard R. Wiehn (Hgg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979.
Hentschel, Volker, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse in Sachsen, Baden und Württemberg vor dem Ersten Weltkrieg (1890–1914), VSWG 66 (1979), S. 26–73.
Ders., *Prosperität und Krise* in der württembergischen Wirtschaft 1871–1879, in: VSWG 63 (1976), S. 339–388.
Ders., Wirtschaftsgeschichte der Maschinenfabrik Esslingen AG 1846–1918. Eine historisch-betriebswirtschaftliche Analyse, Stuttgart 1977.
Hepach, Wolf-Dieter, Ulm im Königreich Württemberg 1810–1848. Wirtschaftliche, soziale und politische Aspekte, Ulm 1979.
Ders., Von der Reichsstadt zur „zweiten" Stadt im Königreich Württemberg. Wandel bürgerli-

cher Kultur in Ulm von 1803 bis 1918, in: Hans Eugen SPECKER (Hg.), Stadt und Kultur, Sigmaringen 1983, S. 108–121.

HERMELINK, Heinrich, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart. Das Reich Gottes in Wirtemberg, Stuttgart/Tübingen 1949.

DERS., Kirche und Schule unter der Regierung Wilhelms I. von Württemberg, in: ZWLG 9 (1949/50), S. 175–195.

HERMES, Gertrud, Statistische Studien zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur des zollvereinten Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik 63 (1930), S. 121–162.

HERRMANN, Ulrich (u.a.), Kindheit, Jugendalter und Familienleben in einem schwäbischen Dorf im 19. und 20. Jahrhundert (bis zum Ersten Weltkrieg), in: Peter BORSCHEID, Hans J. TEUTEBERG (Hgg.), Ehe, Liebe, Tod, Münster 1983, S. 66–79.

HESSE, Johannes, Korntal einst und jetzt, Stuttgart 1910.

HETTLING, Manfred, Reform ohne Revolution. Bürgertum, Bürokratie und kommunale Selbstverwaltung in Württemberg von 1800 bis 1850, Göttingen 1990.

HEUSS, Theodor, Ludwig Pfau. Umrisse, in: Patria. Bücher für Kultur und Freiheit 12, Berlin 1912, S. 187–205.

DERS., Robert Bosch. Leben und Leistung, Stuttgart 1986.

DERS., Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn, Diss. München 1906 (ND Neustadt 1950).

HEYDERHOFF, Julius (Hg.), Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, Bd. I, Bonn 1925 (ND Osnabrück 1967).

HILDEBRAND, Bernhard, Episoden aus der Geschichte der Stadt Aalen, Stuttgart/Aalen 1971.

DERS., Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Aalen, in: Ellwanger Jahrbuch 1969/70, S. 373–386.

HILDEBRANDT, Gunther, Programm und Bewegung des süddeutschen Liberalismus nach 1830, in: Jahrbuch für Geschichte 9 (1973), S. 7–45.

HILTENKAMP, Erich, Die württembergischen Bodenkreditinstitute und der von ihnen gewährte Grundkredit 1826–1904, Stuttgart 1906 (Diss.Heidelberg).

HIPPEL, Wolfgang von, *Bevölkerungsentwicklung* und Wirtschaftsstruktur im Königreich Württemberg 1815/65, in: Ulrich ENGELHARDT, Volker SELLIN, Horst STUKE (Hgg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976.

DERS., Die Bauernbefreiung im Königreich Württemberg, 2 Bde., Boppard 1977.

DERS., Industrieller Wandel im ländlichen Raum. Untersuchungen im Gebiet des mittleren Neckars 1850–1914, in: Archiv für Sozialgeschichte 19 (1979), S. 43–122.

HIRSCHFELD, Paul, Württembergs Großindustrie und Großhandel, Leipzig 1889.

HOFFMANN, Hildegard, Landwirtschaft und Industrie in Württemberg insbesondere im Industriegebiet der Schwäbischen Alb, Berlin 1935.

HOFFMANN, Walther G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin (u.a.) 1965.

HOFFMANN, Wilhelm, Erinnerungen an und um König Wilhelm II. von Württemberg anläßlich seines 60. Todestages am 2. Oktober 1981, in: ZWLG 42 (1983), S. 304–321.

HOFMANN, Emil, Die Industrialisierung des Oberamtsbezirkes Göppingen, Diss. Heidelberg 1910.

HOFMANN, Richard, Die Industrialisierung des Raumes Aalen unter besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie (bis 1885), Zu Ar Tübingen 1979.

HOFMANN, Wilhelm, *Von Parteien und Wahlen* vor dem I. Weltkrieg, in: Schwaben und Franken, heimatgeschichtliche Beilage der „Heilbronner Stimme" Jg. 6 (1960) Nr. 4.

HOFSAEHS, Rudolf, Die Abwanderung aus wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten in Baden-Württemberg, Diss. Mannheim 1957.

HÖGERLE, Christiane, ZOLLER, Sabine, *Bad Herrenalb*. Vom Kloster zum Kurort. Die Geschichte, Bad Liebenzell 1990.

Holder, August, Dr. Friedrich von Hack, Oberbürgermeister von Stuttgart; in: Vierteljahreshefte des Zabergäuvereins 12 (1911), S. 12–35.
Holzmann, Michael, Die Gliederung der Oberämter im Königreich Württemberg, in: ZWLG 38 (1979), S. 164–187.
Hörner, Manfred, Die Wahlen zur badischen zweiten Kammer im Vormärz (1819–1847), Göttingen 1987.
Hössle, Friedrich von, Württembergische Papiergeschichte. Beschreibung des alten Papiermacherhandwerks sowie der alten Papiermühlen im Gebiet des Königreichs Württemberg, Biberach [1926].
Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 1: Reform und Restauration 1789–1830, Stuttgart 1957; Bd. 2: Der Kampf um Einheit und Freiheit, Stuttgart 1960; Bd. 3: Bismarck und das Reich, Stuttgart 1963.
Huber, Franz Carl, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der württembergischen Handelskammern, Teil 2: Großindustrie und Großhandel in Württemberg, Stuttgart 1910.
Hudelmaier, Walter, Die Landtagswahl in Ludwigsburg anno 1862, in: Hie gut Württemberg, 14. Februar 1970, S. 7f., 10, 20f.
[Hundert] 100 Jahre Gutekunst Verbindungsteile. Festvortrag von Hans Gutekunst, Kirchheim 1982.
[Hundert] 100 Jahre Oberschwäbische Industrie- und Handelskammer Ravensburg 1867–1967, Ravensburg 1967.
Hunt, James Clark, *The People's Party in Württemberg* and Southern Germany, 1890–1914. The possibilities of democratic politics, Stuttgart 1975.
Ders., The „Egalitarianism" of the Right: The Agrarian League in Southwest Germany, 1893–1914, in: Journal of Contemporary History 10 (1975), S. 513–530.
Huss, Hans-Peter, Gründung und Entwicklung der württembergischen Konsumvereine bis zum Jahre 1871, Diss. Tübingen 1977.
Huttenlocher, Friedrich, Baden-Württemberg. Kleine geographische Landeskunde, Karlsruhe ^{3}1968.
Ders., Zusammenhänge zwischen ländlichen Siedlungsarten und ländlichen Wirtschaftsformen Südwestdeutschlands, in: ZWLG 1 (1937), S. 68–87.
Hutter, Franz-Josef, *Neuere Veröffentlichungen* zum historischen Wahlverhalten in Deutschland, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 33 (1997), S. 103–115.
Ihme, Heinrich, Südwestdeutsche Persönlichkeiten, 2 Teile, Stuttgart 1988.
Immerfall, Stefan, Territorium und Wahlverhalten. Zur Modellierung geopolitischer und geoökonomischer Prozesse, Opladen 1992.
Die Industrie des Königreichs Württemberg. Sammlung gewerblicher Adressen des Landes, hg. v. der K. Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Prag 1873.
Jacobs, Ferdinand, Deutsche Bauernführer, Düsseldorf 1958.
Jaeckh, Ernst, Die Geschichte des Salzwerks Heilbronn A.G. 1883–1908 und seine wirtschaftliche Bedeutung für Heilbronn und Württemberg. Festschrift zur 25. Wiederkehr des Gründungstages am 16. November 1908, Heilbronn [1908].
Jaeger, Hans, Unternehmer in der deutschen Politik (1890–1918), Bonn 1967.
Jakob, Karl, Landtagswahlen und Reichstagswahlen in Württemberg, in: Süddeutsche Monatshefte 4. Jg. (1907) Bd. 1, S. 517–524.
Jarausch, Konrad H., Möglichkeiten und Probleme der Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: Ders. (Hg.), Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft. Probleme und Möglichkeiten, Düsseldorf 1976, S. 11–30.
Jeggle, Utz, *Judendörfer in Württemberg*, Tübingen 1999.
Ders., Kiebingen – Eine Heimatgeschichte, Tübingen 1977.
Jeserich, Kurt G.A. (u.a.) (Hgg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, 4 Bde., Stuttgart 1982–85.
Jeske, Regina, Kommunale Amtsinhaber und Entscheidungsträger – die politische Elite, in:

Lothar GALL (Hg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionalen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 273–294.

Jubiläumsbericht zur Feier des 50jährigen Bestehens des Gewerbevereins Backnang, Backnang [1899].

KAELBLE, Hartmut (Hg.): Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978.

DERS., Sozialer Aufstieg in Deutschland 1850–1914, in: VSWG 60 (1973), S. 41–71.

KAESER, Robert, Die Industrialisierung des Oberamtes Esslingen, Diss. Heidelberg 1923.

KAISSER, Bernhard, Geschichte des Volksschulwesens in Württemberg, 2 Bde., Stuttgart 1895/97.

KALKOFF, Hermann (Hg.), Nationalliberale Parlamentarier 1867–1917 des Reichstags und der Einzellandtage. Beiträge zur Parteigeschichte, hg. aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der nationalliberalen Partei Deutschlands, Berlin 1917.

Die Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufs-Einkommensteuer in Württemberg, Stuttgart 1885.

KASCHUBA, Wolfgang, Zwischen Deutscher Nation und Deutscher Provinz. Politische Horizonte und soziale Milieus im frühen Liberalismus, in: Dieter LANGEWIESCHE (Hg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, S. 83–108.

DERS., LIPP, Carola, Die Anfänge der Heilbronner Industrialisierung, in: Heilbronn-Journal 2 (1978), S. 48–55.

KATEIN, Werner, Das Verhältnis von Staat, Kirche und Volksschule im Königreich Württemberg, in: ZWLG 15 (1956), S. 53–117.

KAULLA, Rudolf, Die Organisation des Bankwesens im Königreich Württemberg in ihrer geschichtlichen Entwicklung, Stuttgart 1908.

KECK, Rudolf W., Geschichte der mittleren Schule in Württemberg. Motive und Probleme ihrer Entwicklung von der Reformation bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung von Stuttgart und Ulm, Stuttgart 1968.

KEIL, Wilhelm, *Erlebnisse eines Sozialdemokraten*, 2 Bde., Stuttgart 1947/48.

KEIPER-KNORR, Heinrich, Carl Heinrich Knorr, in: NDB 12 (1980), S. 222–223.

KELLNER, Roman, Strukturveränderungen in der württembergischen Landwirtschaft besonders seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1941.

KENNERT, Christian, Die Gedankenwelt des Paul Achatius Pfizer, Berlin 1986.

KERKHOFF, Joseph, Bevölkerungsentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Städte 1834–1970. Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Beiwort zu Karte XII, 3, Stuttgart 1977.

KERN, Eduard, Karl Georg Wächter, in: Schwäbische Lebensbilder I, Stuttgart 1940, S. 545–552.

KEY, Valdimer O., *A Theory of Critical Elections*, in: The Journal of Politics 17 (1955), S. 3–18.

KEYSER, Erich (Hg.), Württembergisches Städtebuch, Stuttgart 1962.

KIEFNER, Theo, Die Waldenser in Württemberg, Berlin 1990.

KIENE, Johann B., Viktor Rembold, Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter in Schwäbisch Hall, Stuttgart 1920.

K[IENLIN], J.G. Ch., Statistik über die Entwicklung Esslingens zur Fabrikstadt, Esslingen 1882.

KIESEWETTER, Hubert, Erklärungshypothesen zur regionalen Industrialisierung in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: VSWG 67 (1980), S. 305–333.

DERS., Staat und regionale Industrialisierung. Württemberg und Sachsen im 19. Jahrhundert, in: DERS., Rainer FREMDLING (Hgg.), Staat, Region und Industrialisierung, Ostfildern 1985, S. 108–139.

KILIAN, Rainer (Hg.), Ötlingen. Bauerndorf, Industriegemeinde, Stadtteil, Kirchheim u.T. 1995.

KIRCHER, Walter-Siegfried, Adel, Kirche und Politik in Württemberg 1830–51. Kirchliche Bewegung, katholische Standesherren und Demokratie, Göppingen 1973.

DERS., Ein fürstlicher Revolutionär aus dem Allgäu. Fürst Constantin von Waldburg-Zeil 1807–62, Kempten 1980.

Kirsch, Peter, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg in der Zeit vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, Tübingen 1982.
Kirschmer, Karl, Die *Geschichte der Stadt Göppingen*, Teil 2, Göppingen 1952.
Kistler, Franz, Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Baden 1849–1870, Freiburg 1954.
Kittler, Gustav, Aus dem dritten württembergischen Reichstags-Wahlkreis. Erinnerungen und Erlebnisse, Heilbronn 1910.
Klagholz, Bernd, *Die Industrialisierung der Stadt Heilbronn* von den Anfängen bis zum Jahr 1915, Heilbronn 1986.
Ders., Heilbronn und seine Bürgermeister in der Zeit vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, Zu Ar Tübingen 1980.
Klein, Ernst, *Die akademischen Lehrer* der Universität Hohenheim 1818–1968, Stuttgart 1968.
Ders., Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Raumordnung im 19. Jahrhundert, Teil 2, Hannover 1967.
Klein, Ludwig, Die Entwicklung des Gemeindebürgerrechts in Württemberg, Diss. Tübingen 1933.
Kleine, Georg H., Der württembergische Ministerpräsident Freiherr Hermann von *Mittnacht* (1825–1909), Stuttgart 1969.
Klingemann, Hans-Dieter, Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung im Bundestagswahlkreis Heilbronn. Eine regionale Wahlanalyse, Meisenheim a.G. 1969 (Diss. Köln 1966).
Knapp, Theodor, Neue Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des württembergischen Bauernstandes, 2 Bde., Tübingen 1919 (ND Aalen 1964).
Kobitzsch, Carl, Linksliberalismus und Sozialdemokratie – Wahlbündnisse und Wählerverhalten bei den Reichstagswahlen in Württemberg von 1903, 1907 und 1912, Zu Ar Tübingen 1974.
Koch, Rainer (Hg.), Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handlexikon der Abgeordneten der deutschen verfassungsgebenden Reichs-Versammlung, Kelkheim 1989.
Kochendörfer, Jürgen, Die Finanzierung der Esslinger Maschinenfabrik. Eine Fallstudie über die Südwestdeutsche Industrie im 19. Jahrhundert, Diss. Hohenheim 1975.
Koepff, Georg, Bevölkerungsziffern der 20 größten Städte Württembergs von 1813 bis 1880 nebst der Einwohnerzahl der übrigen 122 Städte als Anhang, Stuttgart 1884 (^{2}1887).
Köhle-Hezinger, Christel, Sauer, Paul, Schiele, Siegfried, Baden-Württemberg. Bundesland mit parlamentarischen Traditionen. Ausstellung des Landtags von Baden-Württemberg aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Landes. Katalog, Stuttgart 1982.
Dies., *Evangelisch-Katholisch*. Untersuchungen zu konfessionellem Vorurteil und Konflikt im 19. und 20. Jahrhundert vornehmlich am Beispiel Württembergs, Tübingen 1976.
Köhler, Joachim, Das Bistum Rottenburg von der Gründung bis zur Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Heinz Sproll, Jörg Thierfelder (Hgg.), Die Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg, Stuttgart 1984, S. 89–115.
Köhler, Ludwig, Das württembergische Gewerberecht von 1805–1870, Tübingen 1891.
Kohlhaas, Wilhelm, Hundert Jahre Gemeinnütziger Bau- und Wohlfahrtsverein Stuttgart, ehemals Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen, 1866–1966, Stuttgart 1966.
Kohut, Adolph, Otto von Bismarck in seinen Beziehungen zu Württemberg und zu württembergischen Staatsmännern, Blaubeuren 1909.
König, Martin, Kirchliches Leben in Ulm, in: Hans Eugen Specker (Hg.), Ulm im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1990, S. 355–441.
Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat, hg. v. dem Königlichen Statistisch-Topographischen Bureau, Neubearbeitung 3 Bde., Stuttgart 1884–1885; Neubearbeitung 4 Bde., Stuttgart 1904–1907.
Körner, Bernhard (Hg.), Schwäbisches Geschlechterbuch, Görlitz 1930.
Körner, Theodor, sen., Oekonomierat Rudolf Schmidt. Ein Lebensbild eines württembergischen Bauernführers nach seinen Aufsätzen, Worten und seinem Wirken für die Landwirtschaft, Stuttgart 1927.

Ders., Wahl-Handbuch. Zum Gebrauch und zur Orientierung bei Landtagswahlen für den württembergischen Wähler, Stuttgart 1912.
Körner, Wilhelm, Die Organisation der württembergischen Staatseisenbahnen bis zu ihrem Übergang an das Deutsche Reich. Ein Beitrag zur Geschichte des württembergischen Eisenbahnwesens, Diss. Tübingen 1922 (masch.).
Koziol, Klaus, Badener und Württemberger. Untersuchungen zur regionalen politischen Kultur, Stuttgart 1987.
Krauss, Rudolf, Die Entwicklung des deutschen Einheitsgedankens in Württemberg, in: Konservative Monatsschrift für Politik, Literatur und Kunst 64 (1906/07), S. 123–135.
Ders., Friedrich Ammermüller, in: Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog 3 (1898), S. 199f.
Ders., Ferdinand von Steinbeis, ADB 35, S. 789–791.
Ders., Franz Offterdinger, in: Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog 1 (1896), S. 99–100.
Ders., Karl von Hohl, in: Ebd. 4 (1899), S. 79f.
Ders., Karl von Leibbrand, in: Ebd. 3 (1898), S. 198f.
Ders., Oskar von Wächter, in: Ebd. 7 (1902), S. 94–98.
Ders., Otto Elben, in: Ebd. 4 (1899), S. 41–55.
Ders., Rudolf Probst, in: Ebd. 4 (1899), S. 70–72
Ders., Rudolph Knosp, in: Ebd. 2 (1897), S. 277–278.
Ders., *Die schwäbische Demokratie*, in: Deutsche Zeitschrift. Monatshefte für Volkswirtschaft, Kultur und Kunst, H. 8 (Mai 1900), S. 457–462 [früher: Der Kynast].
Ders., Württembergische Parteiverhältnisse, in: Die Gegenwart (1900), S. 100.
Kraz, Dr., Nekrolog des Präsidenten Dr. E. von Zeller in Stuttgart, in: Jahreshefte des Vereins für vaterländische Naturkunde 41 (1885), S. 30–38.
Kreckel, Reinhard, Soziologische Erkenntnis und Geschichte. Über Möglichkeit und Grenzen einer empirisch-analytischen Orientierung der Humanwissenschaften, Opladen 1972 (Diss. Hohenheim 1971).
Kreidler, Robert, Die staatliche Förderung der Landwirtschaft im Königreich Württemberg, München 1972.
Krüger, Michael, Die Geschichte der Firma Voith bis zum Tode Friedrich Voiths – ihre Stellung im Industrialisierungsprozeß Heidenheims, Zu Ar Tübingen 1979.
Ders., *Heidenheim* – die Stadt und ihre Industrie im 19. Jahrhundert, Diss. Tübingen 1984.
Kühbauch, Friedrich, Vom *Königreich* bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, in: Ingo Stork (u.a.), Renningen und Malmsheim. Eine Stadt und ihre Geschichte, Stuttgart 1991, S. 183–230.
Küchler, Manfred, Multivariate Analyseverfahren, Stuttgart 1979.
Kuhn, Elmar L., Industrialisierung in Oberschwaben und am Bodensee, 2 Bde., Friedrichshafen 1984.
Kühne, Thomas, *Dreiklassenwahlrecht* und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994.
Ders., *Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur*. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 33 (1993), S. 481–547.
Kühr, Herbert (Hg.), Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, Königstein 1979.
Kull, Emil, *Die Bevölkerung Württembergs vom 1. Dezember 1871* nach Haupt-Berufs- und Erwerbsklassen, in: Württ. Jbb. 1876 (1877), H. 4, S. 1–68.
Kürschner, Joseph (Hg.), Staats-, Hof- und Kommunal-Handbuch des Reichs und der Einzelstaaten, zugleich statistische Jahrbücher 4 (1888); 8 (1893); 10 (1895); 12 (1897).
Lahnstein, Peter, *Die unvollendete Revolution* 1848–49. Badener und Württemberger in der Paulskirche, Stuttgart 1982.
Ders., Württemberg anno dazumal, Stuttgart 1964.
Die Landesversammlung der Deutschen Partei am 10. Januar 1904 in Stuttgart. Protokoll auf

Grund stenographischer Aufzeichnungen nebst Jahres-Bericht der Deutschen Partei, hg. v. der Geschäftsstelle der DP, Stuttgart [1904].
LANDHERR, Roland, Gewerbliche Wirtschaft und industrielle Entwicklung der Stadt Ulm im 19. Jahrhundert, Wirt. Wiss. Zu Ar Tübingen 1980.
LANDMESSER, Paul, PÄSSLER, Peter (Bearb.), Wir lernen im Vorwärtsgehen! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Reutlingen 1844–1949, Heilbronn 1990.
LANG, Hans, Die Entwicklung der Bevölkerung in Württemberg und Württembergs Kreisen, Oberamtsbezirken und Städten im Laufe des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1903.
LANG, Klaus, Die württembergische *Landwirtschaftsverwaltung* im 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, Stuttgart 1971 (Diss. Hohenheim 1970).
LANG, Wilhelm, Albert Schäffle, in: Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog 8 (1903), S. 106–117.
DERS., *Die Deutsche Partei* in Württemberg. Festschrift zum fünfundzwanzigjährigen Bestande der Partei. 1866–1891. Im Auftrag des Landesausschusses verfaßt, Stuttgart 1891.
DERS., Friedrich von Geß, in: Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog 10 (1905), S. 238–240.
DERS., Gustav Siegle, in: Ebd., S. 240–246.
DERS., *Julius Hölder*. Vier Jahrzehnte württembergischer Politik, in: Preußische Jbb. 61 (1888), S. 213–243.
DERS., Von und aus Schwaben. Geschichte, Biographie, Litteratur, 7 Bde., Stuttgart 1885–1890.
[DERS.], *Die Wahlen zum württembergischen Landtag*, in: Die Grenzboten 27 (1868), 2. Sem. Bd. 1, S. 147–155, 228–232.
DERS., *Württemberg und das deutsche Verfassungswerk*, in: Preußische Jbb. 26 (1870), S. 696–712.
LANGE, Josef, Die Stellung der überregionalen katholischen Tagespresse zum Kulturkampf in Preußen (1871–1878), Bern/Frankfurt a.M. 1974.
LANGEWIESCHE, Dieter, *Julius Hölder* (1819–1887), in: ZWLG 36 (1977), S. 151–166.
DERS. (Hg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988.
DERS., *Liberalismus und Demokratie* in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974.
DERS., Liberalismus und Region, in: Lothar GALL, Dieter LANGEWIESCHE (Hgg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 1–18.
DERS. (Hg.), *Das Tagebuch Julius Hölders* 1877–1880, Stuttgart 1977.
LANGHANS, Manfred, Der Schurwald: Land und Leute einst und jetzt, Stuttgart 1980.
LAUCHERT, Friedrich, Martin Joseph Mack, in: ADB 52, S. 148–150.
DERS., Wenzeslaus Mattes, in: ADB 52, S. 231–232.
LAVIES, Ralf-Rainer, *Nichtwählen* als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht, Düsseldorf 1973.
Lebensbilder aus Baden-Württemberg, Bde. XVIIIff., Stuttgart 1994ff.
Lebenbilder aus Schwaben und Franken, Bde. VII–XVII, Stuttgart 1960–1991.
Lebensbilder hervorragender Heilbronner. (Sonderabdruck aus dem Heilbronner General-Anzeiger), Heilbronn 1912.
LECHLER, Paul, Zur Fortbildung der öffentlichen Armenpflege. Mit besonderer Darlegung der Verhältnisse in Württemberg, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 58 (1902), S. 459–489.
LEEMANN, Julius, Die Entwicklung des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg e.V. 1881–1906, Stuttgart [1906].
LEHMANN, Hartmut, *Pietismus und weltliche Ordnung* in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Stuttgart 1969.
LEINER, Wolfgang (Hg.), Beiträge zur Technikgeschichte Württembergs: Industrialisierung in

Württemberg und der Einfluß des Württembergischen Ingenieurvereins im VDI, Stuttgart 1978.

Lemke, Bernd, Die Ulmer Garnison, in: Hans Eugen Specker (Hg.), Ulm im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1990, S. 586–641.

Lepsius, Rainer M., Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel (Hg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Festschrift für Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393; auch in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80.

Leser, G., Konrad Haußmann, in: Deutsches Biographisches Jahrbuch 4 (1922), S. 90–95.

Leube, Martin, Das Tübinger Stift (1770–1950), Stuttgart 1954.

Leuchs Adreßbuch aller Länder der Erde, der Kaufleute, Fabrikanten, Gewerbetreibenden, Gutsbesitzer etc., Bd. 3: Württemberg und Hohenzollern, 10. Ausgabe für 1892–1895, Nürnberg 1892.

Lewin, Hans, Moriz Mohl als Handelspolitiker, Diss. Halle 1922 (masch.).

Liefmann, Robert, Ein hundertjähriges Kartell: Der Neckarsalinenverein, in: VSWG 21 (1928), S. 414–437.

Löffler, Klemens, Geschichte der katholischen Presse Deutschlands, Mönchengladbach 1924.

Longueville, Hans-Peter de, Die Geschichte des Sparkassenwesens in Württemberg und Baden im 19. Jahrhundert, in: Erich Maschke, Jürgen Sydow (Hgg.), Zur Geschichte der Industrialisierung in den südwestdeutschen Städten, Sigmaringen 1977, S. 80–161.

Lorenz, Sönke (u.a.), Holzgerlingen. Von der Schönbuchsiedlung zur Stadt, Stuttgart 1995.

Ders., Rudersberg. Das mittlere Wieslauftal und seine Ortschaften, Sigmaringen 1995.

Loreth, Hans, Das *Wachstum der württembergischen Wirtschaft* von 1818 bis 1918, in: Jbb. f. Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 19 (1974), S. 3–116, (Diss. Heidelberg 1974).

Losch, Hermann Julius, Die Entwicklung der Bevölkerung Württembergs von 1871–1890, in: Württ. Jbb. 1994, S. 169–247.

Ders., *Das Ergebnis der Reichstagswahlen in Württemberg* am 16. und 24. Juni 1898, in: Württ. Jbb. 1898 (1899), H. 1, S. 201–251.

Löwenstein, Arthur, Geschichte des württembergischen Kreditbankwesens und seiner Beziehungen zu Handel und Industrie (1850–1870), Tübingen 1912.

Luttenberger, Karl, Grundlinien der württembergischen Wirtschaftsgeschichte 1600–1906, Stuttgart 1907.

Lutz, Heinrich, Zwischen Habsburg und Preußen, Deutschland 1820–1866, Berlin 1985.

Lutz, Thomas, Aspekte der Industrialisierung Heilbronns, Zu Ar Tübingen 1979.

Mack, Eugen, König Karl I. von Württemberg, Rottenburg 1925.

Maentel, Thorsten, Reputation und Einfluss – die gesellschaftlichen Führungsgruppen, in: Lothar Gall (Hg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionalen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 295–322.

Maier, Kurt, Das Zeitungswesen in Württemberg. Seine Entstehung und seine Entwicklung, Diss. Tübingen 1921 (masch.).

Mann, Bernhard, Nüske, Gerd, Das Königreich Württemberg 1864–1914, in: Kurt G. A. Jeserich (u.a.) (Hgg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, Stuttgart 1984, S. 733–753.

Ders., Das Königreich Württemberg 1816–1918, in: Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815–1933, Boppard 1983, S. 31–46.

Ders., Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung 1848 im Wahlkreis Hall – Gaildorf – Crailsheim, in: Württembergisch Franken 53 (1969), S. 109–122.

Ders., *Die Württemberger* und die deutsche Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1975.

Ders., *Ferdinand Nägele* (1808–1879), in: Franz Quarthal, Wilfrid Setzler (Hgg.), Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik, Festschrift für Eberhard Naujoks, Sigmaringen 1980, S. 349–358.

Ders., *Stuttgart und die Neuwürttemberger*, in: Württembergisch Franken 72 (1988), S. 77–90.

Marchtaler, Kurt E. von, Georg Peter Bruckmann (1778–1850) und seine Söhne Wolfgang August Peter (1818–1891) und Ernst Dietrich Bruckmann (1829–1870), Silberwarenfabrikanten in Heilbronn, in: Schwäbische Lebensbilder IV, Stuttgart 1948, S. 15–31.

Ders., Gustav Hauck, Tabakindustrieller 1837–1911, in: Schwäbische Lebensbilder II, Stuttgart 1941, S. 208–215.

Marquardt, Ernst, *Geschichte Württembergs*, Stuttgart 1961.

Ders., Kämpfer für Deutschlands Zukunft und Ehre. Umrißzeichnungen aus der Geschichte der Deutschnationalen Volkspartei Württembergs, Stuttgart 1934 (masch.).

Martenson, Sten, Württemberg und Rußland im Zeitalter der deutschen Einigung 1856–1870. Die diplomatischen und dynastischen Beziehungen eines deutschen Mittelstaates, Göppingen 1970.

Martin, Ewald, Die militärischen Beziehungen Preußens zu den süddeutschen Staaten und zu Hessen zur Zeit des Norddeutschen Bundes, Diss. Kiel 1939 (masch.).

Martin, Rudolf, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Württemberg mit Hohenzollern, Berlin 1914.

Maschke, Erich, Die Industrialisierung Deutschlands im Spiegel der Parlamentszusammensetzungen von 1848 bis heute, in: Tradition 10 (1965), S. 230–245.

Ders., Sydow, Jürgen (Hgg.), Zur Geschichte der Industrialisierung in den südwestdeutschen Städten, Sigmaringen 1977.

Mathys, Roland, Die französische Süddeutschlandpolitik von der Regelung der Luxemburger Frage Mai 1867 bis zum Abschluß der ersten Session des Zollparlaments Mai 1868, Winterthur 1964.

Matz, Klaus-Jürgen, Pauperismus und Bevölkerung. Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1980.

Mauch, C.G., Eine Stimme aus dem Volk zur geplanten württembergischen Verfassungsrevision, Stuttgart 1889.

Mayer, Carl, Fingerle, Walter, Tuchfabrik J.J. Müller, Kirchheim/Teck 1853–1953, Stuttgart 1953.

Mayer, Gustav, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland (1863–1870), Leipzig 1911.

Mayer, Hans-Otto, August Ludwig Reyscher als Politiker, Diss. Tübingen 1928.

Mayer, Karl, 175 Jahre Kolb & Schüle AG. Ein Beitrag zur Wirtschaftgeschichte Württembergs, Kirchheim u.T. 1935.

Ders., Vom Handwerk zum Großbetrieb der Otto Ficker AG, Kirchheim u.T. 1948.

Ders., Zoeppritz, Ernst, Gottlieb Hoyler sen. 1838–1938, Göppingen. 1938.

Mayer, M., Geschichte des württembergischen Realschulwesens, Stuttgart 1923.

Meck, Karl Kaspar, Die Industrie- und Oberamtsstadt Heidenheim, Bd. 1, Heidenheim1904; Bd. 2, Stuttgart 1910 (ND Heidenheim 1978).

Medick, Hans, *Weben und Überleben* in Laichingen 1650–1900, Göttingen 1996.

Megerle, Klaus, Ökonomische Integration und politische Orientierung deutscher Mittel- und Kleinstaaten im Vorfeld der Reichsgründung, in: Helmut Berding (Hg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984, S. 102–127.

Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands. Ein Beitrag zur regionalen Differenzierung der Industrialisierung, Stuttgart 1982.

Ders., *Der Beitrag Württembergs* zur Industrialisierung Deutschlands, in: ZWLG 34/35 (1975/76), S. 324–357.

Mehmke, Rolf L., Entstehung der Industrie und Unternehmertum in Württemberg, in: Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftskunde 4 (1939), S. 113–131.

Ders., Karl Scheufelen, Papierfabrikant, 1823–1902, in: Schwäbische Lebensbilder I, Stuttgart 1940, S. 462–469.

Ders., Schwäbische Bahnbrecher in Technik und Wirtschaft, Esslingen 1937.

Menzinger, Rosemarie, *Verfassungsrevision* und Demokratisierungsprozeß im Königreich

Württemberg. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland, Stuttgart 1969.
Militzer-Schwenger, Lisgret, Armenerziehung durch Arbeit. Eine Untersuchung am Beispiel des württembergischen Schwarzwaldkreises 1806–1914, Tübingen 1979.
Miller, Max, Sauer, Paul, Die württembergische Geschichte von der Reichsgründung bis heute, Stuttgart 1971.
Missenharter, Hermann, Hundert Jahre Scheufelen in Oberlenningen 1855–1955, Oberlenningen 1955.
Mittnacht, Freiherr Hermann von, Erinnerungen an Bismarck, Stuttgart/Berlin [4]1904.
Ders., Rückblicke, Stuttgart/Berlin 1909.
Mohl, Robert von, Lebenserinnerungen 1799–1875, 2 Bde., Stuttgart/Leipzig 1902.
Mommsen, Wilhelm (Hg.), Deutsche Parteiprogramme, München [2]1964.
Ders., Bismarcks kleindeutscher Staat und das großdeutsche Reich, in: Helmut Böhme (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit, 1848–1879, Köln/Berlin 1968, S. 355–368.
Ders., Die deutsche Einheitsbewegung. Ein Auswahl zeitgenössischer Äußerungen, Berlin [1930].
Morlock, Georg von, Die königlich württ. *Staatseisenbahnen*. Rückschau auf deren Erbauung während der Jahre 1835–89 unter Berücksichtigung ihrer geschichtlichen, technischen und finanziellen Momente und Ergebnisse dargestellt, Stuttgart (u.a.) 1890.
Moser, Rudolf, Beschreibung des Oberamts Kirchheim, Stuttgart/Tübingen 1842 (ND Magstadt 1962).
Mosthaf, Walter, Die württembergischen *Industrie- und Handelskammern* Stuttgart, Heilbronn, Reutlingen, Ulm 1855–1955. Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer Stuttgart, *Bd. I* (1855–1899), Stuttgart 1955; Bd. II (1900–1933), Stuttgart 1962.
Mühl, Albert, Seidel, Kurt, Die Württembergischen Staatseisenbahnen, Stuttgart [2]1980.
Mülberger, Carl, *Die Bahneröffnungen* der K. württembergischen Staatseisenbahnen vom Beginn derselben bis jetzt (30. 6. 1872), in: Württ. Jbb. 1871 (1873), S. 274–279.
Müller, Ernst, Kleine Geschichte Württembergs. Mit Ausblicken auf Baden, Stuttgart [2]1963.
Ders., Württemberg und die deutsche Frage, in: Schwäbische Heimat 17 (1966), S. 81–91.
Müller, Friedrich, Ferdinand von Steinbeis. Sein Leben und Wirken 1807–1893. Eine Gedenkschrift. Mit einem biographischen Begleitwort von R. Piloty, Tübingen 1907.
Müller, Hans Peter, *August Oesterlen* (1819–1893). Linksliberaler Politiker und Genossenschaftspionier im Königreich Württemberg, Stuttgart 1998.
Ders., Friedrich Hartmann aus Schwäbisch Hall-Wackershofen (1841–1901). Landtags- und Reichstagsabgeordneter der württembergischen Volkspartei, in: Württembergisch Franken 75 (1991), S. 265–286.
Ders., Johann Haigold aus Schwäbisch Hall-Tüngental (1817–1903). Schultheiß, Förderer der Landwirtschaft, Landtagsabgeordneter, in: Württembergisch Franken 73 (1989), S. 179–201.
Ders., Landwirtschaftliche Interessenvertretung und völkisch-antisemitische Ideologie. Der Bund der Landwirte/Bauernbund in Württemberg 1893–1918. In: ZWLG 53 (1994), S. 263–300.
Ders., Wilhelm Vogt. Württembergischer Bauernbundpolitiker und bäuerlicher Standesvertreter im Kaiserreich und in der Weimarer Republik 1854–1938, in: Lebensbilder aus Baden-Württemberg XVIII, Stuttgart 1994, S. 395–417.
Müller Paul J. (Hg.), Die Analyse prozeß-produzierter Daten, Stuttgart 1977.
Müller, Peter, *Württemberg und die badischen Erhebungen* 1848/49, Diss. Tübingen 1952 (masch.).
Mundorff, Martin, *Industrialisierung in Klein-Eislingen*, in: Hohenstaufen, Helfenstein 3, (1993), S. 117–145.
Munz, Eugen, Kleinknecht, Otto, *Geschichte der Stadt Marbach* am Neckar, Bd. 1, Stuttgart 1972.

Naber, Franziska, Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter im Amtsbezirk Wiesloch, Diss. Heidelberg 1943.

Nachtrieb, Gabriele, Das Remstal als Wirtschaftsraum im 19. und 20. Jahrhundert, Zu Ar Tübingen 1979.

Nanninga, Folkert, Zur ‚deutschen' Politik des württembergischen Außenministers von Varnbüler in den Jahren 1864 bis 1870, in: ZWLG 32 (1973), S. 113–149.

Naujoks, Eberhard, Bismarcks auswärtige Pressepolitik und die Reichsgründung (1865/1871), Wiesbaden 1968.

Ders., *Der ‚Staatsanzeiger'* und die württembergische Regierungspresse in der Krise der Reichsgründungszeit (1864–1871), in: ZWLG 50 (1991), S. 271–304.

Ders., *Stadt und Industrialisierung* im Bereich der Schwäbischen Alb. Ansätze und Charakteristika dieser Entwicklung im 19. Jahrhundert, in: Hans-Martin Maurer, Franz Quarthal (Hgg.), Speculum Sueviae. Festschrift für Hansmartin Decker-Hauff zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1982, [= ZWLG 41 (1982)], S. 165–193.

Ders., Württemberg 1864 bis 1918, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 3, hg. v. Hansmartin Schwarzmaier, Stuttgart 1992, S. 333–432.

Ders., Württemberg im diplomatischen Kräftespiel der Reichsgründungszeit (1866/70). Zur Problematik der deutschen Politik des Freihern von Varnbüler, in: ZWLG 30 (1971), S. 201–240.

Nassmacher, Karl-Heinz, *Zerfall einer liberalen Kultur*. Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg, in: Herbert Kühr (Hg.), Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, Königstein 1979

Negele, Gebhard, Ergebnis der Landtagswahlen in Württemberg vom Dezember 1906 und Januar 1907, Ravensburg 1907.

Neher, Alfons, Die katholische und evangelische Geistlichkeit Württembergs (1813–1901). Beitrag zu einer Sozialstatistik des geistlichen Standes, Ravensburg 1904.

Neher, Franz Ludwig, Johannes Bürk, ein schwäbischer Wegbereiter industrieller Fertigung. Zum hundertjährigen Bestehen der Württembergischen Uhrenfabrik Bürk Söhne, Schwenningen am Neckar 1855–1955, Schwenningen 1956.

Neth, Ulrich, Standesherren und liberale Bewegung, Stuttgart 1970.

Neun, Uwe, Der Bau der Ermstaleisenbahn, Wirt. Wiss. Zu Ar Tübingen 1974.

Niehuss, Merith, Historische Wahlstatistik 1849–1987, in: Nils Diederich, Egon Hölder, Andreas Kunz (u.a.), Historische Statistik in der Bundesrepublik, Stuttgart 1990, S. 127ff.

Nipp, Luitgard, Landwirtschaftlicher Nebenerwerb – Hemmfaktor der Gewerbeentwicklung. Kapitalstruktur des ländlichen Kleingewerbes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Südbayern, in: VSWG 67 (1980), S. 153–176.

Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

Nitschke, August (Hg.), Verhaltenswandel in der industriellen Revolution. Beiträge zur Sozialgeschichte, Stuttgart (u.a.) 1975.

Nohlen, Dieter, Schulze, Rainer-Olaf, Vogel, Bernhard, Wahlen in Deutschland. Theorie – Geschichte – Dokumente 1848–1970, Berlin/New York 1971.

Nübling, Eugen, Zehn Jahre Währungs- und Wirtschaftsgeschichte (1891–1900). Mit besonderer Berücksichtigung Württembergs. Ein Beitrag zur Währungsfrage, Ulm 1908.

Oberamtsbeschreibungen, hg. v. dem K. Topographisch-Statistischen Bureau, Stuttgart 1824ff.

Die Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart und ihre Ahnen, in: Südwestdeutsche Blätter für Familien- und Wappenkunde 12 (1965) H. 1, S. 1–8.

Öhngren, Bo, *Individual Dynamics and Aggregate Observations*. Some aspects on political mobilization in Sweden 1868–1920, in: Peter Steinbach (Hg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozess, Stuttgart 1982, S. 197–213.

Öhringen. Stadt und Stift, hg. v. der Stadt Öhringen, Sigmaringen 1988.

Olga, Königin von Württemberg, Traum der Jugend goldner Stern. Aus den Aufzeichnungen der Königin Olga von Württemberg, Pfullingen 1955.

Oncken, Hermann, Ein großdeutscher Politiker. Albert Schäffle, in: Ders., Historisch-politische Aufsätze und Reden, Bd. 1, München/Berlin 1914, S. 145–163.
Opitz, Dieter, Die Staatseisenbahnen in Württemberg bis 1870, Tübingen 1971 (Wirt. Wiss. Dipl. Arbeit Tübingen).
Osterroth, Franz, *Biographisches Lexikon des Sozialismus*, Bd. 1, Hannover 1960.
Ott, M., Das Zubringerdorf Nellingen zwischen 1850 und 1914, Zu Ar PH Esslingen 1975.
Ott, Wilfried, Die Entwicklung der Forstorganisation in Württemberg seit 1803, Stuttgart 1979.
Ott, Wolf-Rüdiger, *Grundlageninvestitionen* in Württemberg. Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Infrastruktur in der Zeit vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Diss. Heidelberg 1971.
Ottnad, Bernd, Der Landtag im Zerrspiegel, in: Schwäbische Heimat 22 (1971), S. 116–118.
Palm, Adolf, König Karl von Württemberg in seinem Wesen und Wollen, in: Schwäbische Heimat 11 (1960), S. 57–63.
Palmer, Boris, *Das Recht zur Wahl* in der Zeit des Kaiserreichs. Auswirkungen des kommunalen Wahlrechts im Königreich Würtemberg auf die Zusammensetzung der Wählerschaft und die Stimmergebnisse – am Beispiel der Stadt Tübingen, in: ZWLG 59 (2000), S. 141–175.
Pankoke, Eckart, Sociale Bewegung – Sociale Frage – Sociale Politik. Grundfragen der deutschen „Socialwissenschaft" im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1970.
Pappi, Franz Urban, Aggregatdatenanalyse, in: Peter Höhmann, Datenanalyse, München 1977, S. 78–110.
Die Parteien in Württemberg, in: Preußische Jbb. 54 (1884), S. 85–91.
Pauli, Reinhard, *Lebenserinnerungen* nach Briefen und Tagebüchern zusammengestellt und hg. von Elisabeth Pauli, Halle/S. 1895.
Paulus, Karl J., Das landwirtschaftliche Unterrichtswesen in Württemberg. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens überhaupt, Eßlingen 1907.
Payer, Friedrich (1847–1931), Autobiographische Aufzeichnungen und Dokumente, bearb. v. Günther Bradler, Göppingen 1974.
Ders., *Vor 50 Jahren*. Aus der Entstehungsgeschichte der Württembergischen Volkspartei, Stuttgart 1914.
Ders., Die Deutsche Volkspartei und die Bismarck'sche Politik, in: Patria. Jahrbuch der „Hilfe" [8], Berlin 1908, S. 1–20.
Ders., Erinnerungen an Ludwig Pfau, in: Von Schwäbischer Scholle, Kalender für 1922, S. 65–67.
Ders., *Mein Lebenslauf*, Stuttgart 1932 [als Manuskript vervielfältigt].
Pfaff, Karl Hermann, Chronik der Stadt Eßlingen, 1802–1895. Anhang zu Karl Pfaffs „Geschichte der Reichsstadt Eßlingen", Eßlingen 1896.
Pfeiffer, Eduard, Württemberg und sein Verhältnis zum Zollparlament und zum Nordbund. Eine Wahlrede, Ulm 1868.
Pfizer, Theodor (Hg.), Baden-Württemberg. Staat, Wirtschaft, Kultur, Stuttgart 1963.
[Pleiderer, Wolfgang], 100 Jahre Lederfabrik C.F. Roser, Stuttgart-Feuerbach 1834–1934, Stuttgart 1934.
Pfost, Ulrich, Die staatlichen Mittelbehörden im ehemaligen Württemberg unter besonderer Berücksichtigung der Kreisregierungen und ihrer Aufhebung, Diss. Tübingen 1955 (masch.).
Philipp, Karl, Burschenschaft Germania Tübingen. Gesamtverzeichnis der Mitglieder seit der Gründung am 12. Dezember 1816, Stuttgart 1989.
Philippi, Hans, Das Königreich Württemberg im Spiegel der preußischen Gesandtschaftsberichte 1871–1914, Stuttgart 1972.
Phillips, A. (Hg.), *Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1883*. Statistik der Wahlen zum konstituierenden und Norddeutschen Reichstage, zum Zollparlament sowie zu den ersten fünf Legislaturperioden des Deutschen Reichstages, Berlin 1883.
Piloty, Robert, Gustav Siegle. Ein Lebensbild, Stuttgart [1911].

Plieninger, Martin, Die württembergische Presse und die Wendung der Bismarck'schen Innenpolitik 1876–1881, Diss. Tübingen 1921 (masch.).
Plumpe, Gottfried, *Die württembergische Eisenindustrie* im 19. Jahrhundert. Eine Fallstudie zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Wiesbaden 1982.
Pohl, Manfred, *Baden-Württembergische Bankgeschichte*, Stuttgart/Berlin/Köln 1992.
Politische und wirtschaftliche Fragen. Ein Wahlhandbuch. Im Auftrag der Deutschen Partei herausgegeben, Stuttgart 1900.
Poschinger, Heinrich von, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, 3 Bde., Breslau 1894/95.
Programm der württembergischen Zentrumspartei nach den Feststellungen durch die Landtagsfraktion und den Parteivorstand vom 8. November 1906, Stuttgart 1906.
Programm und Aufruf der württembergischen Zentrumspartei, Stuttgart 1894.
Ptak, Horst-Günter, *Die nordwürttembergische Industrie*. Ursachen für ihre Entstehung und räumliche Verteilung, in: Ernst Weigt (Hg.), Wirtschaftsgeographischer Wandel in Deutschland, Festschrift für Erwin Scheu, Nürnberg 1957, S. 100–133.
Quarthal, Franz (Hg.), Zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb. Das Land am oberen Neckar, Sigmaringen 1984.
Rabenstein-Kiermaier, Karin, Conrad Haußmann (1857–1922). Leben und Werk eines schwäbischen Liberalen, Frankfurt 1993.
Raberg, Frank, *Adolf Gröber*. Zentrumsgründer und Zentrumsführer in Württemberg. 1854–1919, in: Lebensbilder aus Baden-Württemberg XIX, Stuttgart 1998, S. 403–436.
Ders., *Biographisches Handbuch* der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933, Stuttgart 2001.
Ders., *Vom Härtsfeld in die „große Politik"* – Karl von Hohl (1825–1899) in: Aalener Jahrbuch 10 (1996), S. 95–132.
Rahlf, Thomas, Statistische Graphik: ausgewählte Beispiele, in: Geschichte und EDV: Probleme und Fortschritte – Probleme mit dem Fortschritt? 1. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Geschichte und EDV 1994 in Göttingen, Bochum 1997, S. 160–188.
Raichle, Gerhard (u.a.), Die „ausgesperrte" Geschichte. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Nationalsozialismus in Friedrichshafen, Friedrichshafen 1985.
Raith, Carl, Die Wahlen zur verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung und Deutschen Nationalversammlung am 12. und 19. Januar 1919 nach Oberämtern und Gemeinden, Stuttgart 1919.
Rapp, Adolf, Die Ausbildung der württembergischen Eigenart, in: Archiv für Kulturgeschichte 11 (1914), S. 196–240.
Ders., Die Bedeutung der Konfession in der Geschichte Württembergs, Tübingen 1926.
Ders. (Bearb.), *Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf*, Stuttgart 1960.
Ders., Die *Württemberger* und die nationale Frage 1863–1871, Stuttgart 1910.
Ders., Württembergische Politiker von 1848 im Kampf um die deutsche Frage, in: Württ. Vjh. NF 25 (1916), S. 572–605.
Rau, Ulrich, Die SPD und die Verfassungsreform im Königreich Württemberg 1895–1906, Zu Ar Tübingen 1973.
Rauch, Moritz von, Geschichte der Familie von Rauch in Heilbronn, Heilbronn 1919.
Ders., Die Heilbronner Kauf- und Ratsherrenfamilie Orth, in: Bericht. Historischer Verein Heilbronn 15 (1922–25), S. 57–94.
Rauh, Manfred, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973.
Real, Willy, Der Deutsche *Reformverein*. Großdeutsche Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz, Hamburg 1966.
Rees, Werner, E. G. Schüle und Korntals erste Fabrik, in: Zur Geschichte von Korntal und Münchingen, Bd. 2, Korntal-Münchingen 1995, S. 93–137.
Reile, Adolf, Geschichte der Sensenfabrik Neuenbürg, Stuttgart 1953.
Reineke, Ina, Das rote Esslingen. Geschichte der Esslinger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik, Esslingen 1976 (Zu Ar PH Esslingen).

Reuter, Bärbel, Die gewerbliche Entwicklung der Stadt Sindelfingen (1850–1914) – Einflußfaktoren und Auswirkungen, Zu Ar Tübingen 1979.
Reyscher, August Ludwig, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit, 1802–1880, Freiburg/Tübingen 1884.
Richter, Gregor, Der Staat und die Presse in Württemberg bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: ZWLG 25 (1966), S. 394–425.
Rieber, Christof, Das Sozialistengesetz und die Sozialisten in Württemberg 1878–1890, Stuttgart 1979.
Ders., Walther-Dulk, Ilse, Albert Dulk, in: Siegfried Bassler (Hg.), Mit uns für die Freiheit. 100 Jahre SPD in Stuttgart, Stuttgart/Wien 1987, S. 160–163.
Riebl, Reinhold, Kuhn, Axel, Die Anfänge der Gewerkschaften in Esslingen bis 1878, Esslingen 1979.
Riecke, Karl von, August Ludwig Reyscher, in: ADB 28, S. 360–368.
Ders., Statistik der Industrie des Königreichs Würtemberg nach dem Stande vom 1. 12. 1875, Stuttgart 1878.
Ders., *Verfassung und Landstände*, in: Württ. Jbb. 1879 (1879), H. 1, S. 1–71.
Riede, Hugo, Die Entwicklung der württembergischen Textilindustrie, Diss. Heidelberg 1937.
Rienhardt, Albert, Das Universitätsstudium der Württemberger seit der Reichsgründung. Gesellschaftswissenschaftliche und statistische Untersuchungen mit einer Darstellung und Beurteilung akademischer Gegenwartsfragen, in: Württ. Jbb. 1916, S. 160–282.
Ritter, Gerhard A. (Hg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973.
Ders., Gesellschaft, Parlament und Regierung, Düsseldorf 1974.
Ders., Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik, Düsseldorf 1997.
Ders., Niehuss, Merith, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch*. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918, München 1980.
Röckelein, Hedwig (Hg.), Biographie als Geschichte, Tübingen 1993.
Rödel, Albert, Die Anfänge der Textilindustrie im Kreise Nürtingen, Tübingen 1951 (masch.).
Rohe, Karl, *Politische Kultur* und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: HZ 250 (1990), S. 321–346.
Ders., *Wahlanalysen* im historischen Kontext. Zu Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten, in: HZ 234 (1982), S. 337–357.
Röhm, Hans, *Stellung und Bedeutung des bodenverbundenen Industriearbeiters* in Vergangenheit und Gegenwart, in: Berichte über Landwirtschaft 37 (1959), S. 1–20.
Röhm, Helmut, Die Auswirkungen der Industrialisierung auf die Siedlungsstruktur und die Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen in Südwestdeutschland, in: Hans-Jürgen Seraphim (Hg.), Deutsche Siedlungs- und Wohnungspolitik, Köln 1956, S. 277–308.
Roemer, Hermann, Die Familie Römer aus Sindelfingen 1559–1959, Freiburg i. Br. 1959.
Ders., Geschichte der Stadt *Bietigheim* a.d. Enz, Stuttgart ^{2}1961.
Romer, Franz, Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Spiegel der Erhebungen der Cenralstelle für Gewerbe und Handel 1870–1875, Zu Ar Tübingen 1973.
Rommel, Hans, *Die Landtagsabgeordneten des Oberamts Freudenstadt* 1815–1918, in: Freudenstädter Heimatblätter 8 (1957) Nr. 12, Sp. 81–88, 93–96.
Ders., Eine *Landtagswahl in Freudenstadt* vor 100 Jahren, in: Freudenstädter Heimatblätter 8 (1957) Nr. 11, Sp. 78–80.
Rommel, Otto, Aus dem politischen Tagebuch eines Süddeutschen 1863–84. Festgabe zum hundertjährigen Jubiläum des Schwäbischen Merkurs, Stuttgart 1885.
Rooschüz, Paul, Owen. Seine Geschichte und seine Denkwürdigkeiten, Stuttgart 1884.
Rosenbaum, Louis, Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den Deutschen und Preußischen Parlamenten 1847 bis 1919. Ein Beitrag zur Geschichte des Deutschen Parlaments, Frankfurt a.M. 1923.
Rosenberg, Hans, Honoratiorenpolitiker und „großdeutsche" Sammlungsbestrebungen im

Reichsgründungsjahrzehnt, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 19 (1970), S. 155–233.

Ders., Political and Social Consequences of the Great Depression of 1873–1896 in Central Europe, in: Economic History Review 13 (1943), S. 58–73.

Ders., Wirtschaftskonjunktur, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin 1966, S. 225–253.

Rössger, Alban, *Statistik der Landtagswahlen* in Württemberg vom Februar 1895, Stuttgart 1895.

Roth, Dieter, *Empirische Wahlforschung*. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden, Opladen 1998.

Roth, Karl, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg mit besonderer Berücksichtigung der industriellen Entwicklung des Landes, Stuttgart 1968.

Rothmund, Paul, Wiehn, Erhard R. (Hgg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen des Liberalismus bis heute, Stuttgart 1979.

Rückert, Joachim, August Ludwig Reyschers Leben und Rechtstheorie. 1802–1880, Berlin 1974.

Rudolf, Hans-Ulrich, Der Landkreis Ravensburg im Spiegel des Schrifttums. Eine Kreisbibliographie, Ravensburg 1990.

Rümelin, Gustav, Die Bevölkerungsstatistik des Königreichs Württemberg, Stuttgart 1884.

Runge, Gerlinde, Die *Volkspartei* in Württemberg von 1864–1871. Die Erben der 48er Revolution im Kampf gegen die preußisch-kleindeutsche Lösung der nationalen Frage, Stuttgart 1970.

Ruppert, Wolfgang (Hg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum „Wirtschaftswunder", München 1986.

Salomon, Felix, Die deutschen Parteiprogramme, Leipzig/Berlin 1907.

Sauer, Paul, Das württembergische Heer in der Zeit des Deutschen und des Norddeutschen Bundes, Stuttgart 1958.

Ders., 200 Jahre Württembergische Gebäudebrandversicherungsanstalt 1773–1973, Stuttgart 1973.

Schaab, Meinrad, Die Herausbildung einer Bevölkerungsstatistik in Württemberg und in Baden während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: ZWLG 30 (1971), S. 164–200.

Schadt, Jörg, Schmierer, Wolfgang (Hgg.), Die *SPD* in Baden Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute, Stuttgart 1979.

Schaeble, Otto Eugen, Die industrielle Entwicklung der Stadt Eßlingen a. N., Rottenburg 1931 (Diss. Tübingen 1931).

Schäfer, Gerhard, Das Ringen um neue kirchliche Ordnungen der württembergischen Landeskirche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Blätter für württembergische Kirchengeschichte 62 (1962), S. 282–308.

Ders., Die Württembergische Landeskirche und die Deutsche Einigung 1864–1871, in: ZWLG 26 (1967), S. 421–431.

Schäffle, Albert, *Aus meinem Leben*, Bd. 1, Berlin 1905.

Schäller, Gerhard, Untersuchungen über die Verflechtung zwischen Industrie und Landwirtschaft im Raume Reutlingen-Tübingen, Diss. Tübingen 1955 (masch.).

Schaller, Peter, Zur Wirtschaftsgeschichte Ulms, in: Hans Eugen Specker (Hg.), Ulm im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1990, S. 105–168.

Scharfe, Martin, Kaschuba, Wolfgang, Lipp, Carola, Infrastrukturpolitik und Wirtschaftsentwicklung. Eine Fallstudie aus der Zeit der württembergischen Frühindustrialisierung, in: Der Bürger im Staat 27 (1977) H. 1, S. 45–53.

Ders., Die Religion des Volkes. Kleine Kultur- und Sozialgeschichte des Pietismus, Gütersloh 1980.

Scherer, Peter, Schaaf, Peter (Bearb.), Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848–1949, Stuttgart 1984.

Scheurle, Albert, *Der politische Katholizismus* in Württemberg während der Jahre 1857–1871, Diss. Tübingen 1922 (masch.).

Ders., Wangen im Allgäu. Das Werden und Wachsen der Stadt, Wangen 1950.

Schibor, Karlheinz, Die soziale Zusammensetzung der Württembergischen Zweiten Kammer in der Zeit des Kaiserreiches, Wirt. Wiss. Dipl. Arbeit Tübingen 1966.

Schick, Hermann, Geschichte der Stadt Marbach am Neckar, Bd. 2 (1871–1959), Marbach 1992.

Schieder, Theodor, Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, München ^{3}1974.

Schierbaum, Hans-Jürgen, Die politischen Wahlen in den Eifel- und Moselkreisen des Regierungsbezirks Trier, 1849–1867, Düsseldorf 1960.

Schiller, Herbert, Johann Friedrich Cotta. Verleger, Politiker, Staatsmann und Unternehmer 1764–1832, in: Schwäbische Lebensbilder III, Stuttgart 1942, S. 72–122.

Schindler, Hermann, *Die Reutlinger Wirtschaft* von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, Diss. Tübingen 1969.

Schlatter, Walter, Dr. Otto Elben als Politiker, Diss. Tübingen 1934.

Schlemmer, Hannelore, Die Rolle der Sozialdemokratie in den Landtagen Badens und Württembergs und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Gesamtpartei zwischen 1890 und 1914, Diss. Freiburg i.Br. 1953.

Schleuning, Hans (Hg.), Stuttgart-Handbuch, Stuttgart 1985.

Schmädecke, Jürgen, *Wählerbewegung* im Wilhelminischen Deutschland, Bd. 1: Die Reichstagswahlen von 1890 bis 1912. Eine historisch-statistische Untersuchung; Bd. 2: Die Reichstagswahlen von 1890 bis 1912. Wahlergebnisse und Strukturen im Kartenbild, Berlin 1995.

Schmid, Ernst, Die gewerbliche Entwicklung in der Stadt Heilbronn seit Beginn der Industrialisierung, Heilbronn 1993.

Schmid, Eugen, Geschichte des württembergischen evangelischen Volksschulwesens von 1806–1910, Stuttgart 1933.

Schmid, Eugen, *Die Universitätsstadt Tübingen*, in: Görer, Wilhelm (Hg.), Der Kreis Tübingen, Stuttgart 1988, S. 281–284.

Schmid, Jürgen, Die Entwicklung der Industrie in Württemberg von 1850 bis zur Gründerkrise, Wirt. Wiss. Zu Ar Tübingen 1973.

Schmid, Rudolf, Erinnerungen aus meinem Leben, Konstanz 1909.

Schmidt-Buhl, Karl, *Schwäbische Volksmänner*, Vaihingen a.d. Enz [1907].

Schmidgall, Georg, *Geschichte und Mitgliederverzeichnis* burschenschaftlicher Verbindungen in Tübingen 1816–1936, Görlitz 1940.

Schmidlin, E. (Bearb.), *Firmenbuch* des Königreichs Württemberg, Stuttgart 1867, (neubearbeitet v. A. Brettinger, Stuttgart ^{7}1892).

Schmidt, Ernst Eberhardt (Hg.), 750 Jahre Stadt Vaihingen. Aufsätze zur Entwicklung der Stadt, Vaihingen 1889.

Schmidt, Siegfried, Zur Frühgeschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland, in: ZfG 13 (1965), S. 973–991.

Schmidt, Uwe, Arbeiterbewegung in Ulm, in: Hans Eugen Specker (Hg.), Ulm im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1990, S. 239–254.

Ders., Skizzen zur Sozialgeschichte, in: Ebd., S. 255–279.

Schmierer, Wolfgang, Karl Kloß, in: Siegfried Bassler (Hg.), Mit uns für die Freiheit. 100 Jahre SPD in Stuttgart, Stuttgart/Wien 1987, S. 168–170.

Ders., *Von der Arbeiterbildung* zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878, Hannover 1970.

Schmolz, Helmut, Weckbach, Hubert, *Heilbronn*. Geschichte und Leben einer Stadt, Weißenhorn ^{2}1973.

Ders., Johann Jakob Widmann. Ein Pionier der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts aus Heilbronn, Heilbronn 1968.

Schnabel-Schüle, Helga, Calvinistische Kirchenzucht in Württemberg? Zur Theorie und Praxis der württembergischen Kirchenkonvente, in: ZWLG 49 (1990), S. 169–223.

Schneider, Eugen, Adolf Seeger, in: ADB 33, S. 570.
Ders., Dr. Freiherr Hermann von Mittnacht, in: Eugen Schneider, Aus der Württembergischen Geschichte. Vorträge und Abhandlungen, Stuttgart 1926, S. 250–262.
Ders., Friedrich Römer, in: ADB 28, S. 117–120.
Ders., Gustav Heinrich Duvernoy, in: ADB 48, S. 217–219.
Ders., Sigmund Schott, in: ADB 54, S. 166.
Ders., Württembergische Geschichte, Stuttgart 1896.
Ders., *Württembergs Beitritt* zum Deutschen Reich 1870, in: Württ. Vjh. NF 29 (1920), S. 121–184.
Schoch, Siegfried, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770–1870, Stuttgart 1975 (Diss. Freiburg/Schweiz 1975).
Schomerus, Heilwig, *Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen*. Forschungen zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert, Diss. Stuttgart 1977.
Dies., Soziale Differenzierung und Nivellierung der Arbeiterschaft Esslingens 1846–1914, in: Hans Pohl (Hg.), Forschungen zur Lage der Arbeiterschaft im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1978, S. 20–64.
Schön, Theodor (Bearb.), Geschichte der Familie Duvernoy, Stuttgart 1909.
Schönleber, Dorothea, Das Industriegebiet der Schwäbischen Alb und ihres Vorlandes, Stuttgart 1926.
Schott, Artur, Die Ergebnisse der Landtags- und Reichstagswahlen in Württemberg im Winter 1906 auf 1907, in: Württ. Jbb. 1907, H. 2, S. 1–47.
Schott, Otto, Die Versuche einer Verfassungsrevision in Württemberg, geschichtlich dargestellt, Ulm 1890.
Schott, Theodor, Die Zeitungen und Zeitschriften Württembergs im Jahre 1876 mit einem Rückblick auf die periodische Presse des Landes, in: Württ. Jbb. 1877, H. 4, S. 94–142; Fortsetzung: Württ. Jbb. 1887 (1889) H. 3, S. 26–78.
Schöttle, Johann Evangelist, Geschichte von Stadt und Stift Buchau samt dem stiftischen Dorfe Kappel, – Beschreibung und Geschichte der Pfarrei Seekirch mit ihren Filialen Alleshausen, Brasenberg und Tiefenbach. – Bilder aus Alt-Buchau, Bad Buchau 1977 [ND der Ausg. Waldsee 1884 und Freiburg 1866].
Schraut, Sylvia, *Sozialer Wandel* im Industrialisierungsprozeß. Esslingen 1800–1870, Esslingen 1989.
Schremmer, Eckart, Die Auswirkung der Bauernbefreiung hinsichtlich der bäuerlichen Verschuldung, der Gantfälle und des Besitzwechsels von Grund und Boden, in: Karl Erich Born (Hg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln 1966, S. 67–85.
Ders., Zusammenhänge zwischen Katastersteuersystem, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 19. Jahrhundert – Das Beispiel Württemberg: 1821–1877/1903, in: Ingomar Bog (Hg.), Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkularen Wandel. Festschrift für Wilhelm Abel zum 70. Geburtstag, Bd. 3, Hannover 1974, S. 679–706.
Schröder, Karl Heinz, Realteilung und Industrialisierung als Ursachen agrargeographischer Wandlungen in Württemberg, in: Zeitschrift für Erdkunde 10 (1942), S. 542–548.
Ders. (Hg.), Studien zur südwestdeutschen Landeskunde, Bad Godesberg 1963.
Schröder, Wilhelm-Heinz, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933, Düsseldorf 1995.
Schröter, Moritz, Die gewerkschaftliche Tätigkeit der Buchdruckergehilfen Württembergs im neunzehnten Jahrhundert. Festgabe zum 40jährigen Jubiläum des Gauvereins Württemberg, Verband der deutschen Buchdrucker, Stuttgart 1907.
Schübelin, Walter, Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg 1866–1870, Berlin 1935.
Schulte, Wolfgang, *Struktur* und Entwicklung des Parteisystems im Königreich Württemberg. Versuch einer quantitativen Analyse der Wahlergebnisse, Diss. Mannheim 1970.
Schultze, Rainer-Olaf, Funktionen von Wahlen und Konstitutionsbedingungen von Wahlver-

halten im deutschen Kaiserreich, in: Otto Büsch (Hg.), Wählerbewegung in der europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz, Berlin 1980, S. 125–158.
Ders., Wahlanalyse im historisch-politischen Kontext, in: Ebd., S. 60–94.
Ders., *Wahlforschung*, in: Uwe Andersen, Wichard Woyke, Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen ²1995, S. 623–628.
Ders., Semrau, Frank W., *Wählerverhalten*, in: Ebd. S. 611–623.
Schulz, Andreas, Wirtschaftlicher Status und Einkommensverteilung – die ökonomische Oberschicht, in: Lothar Gall (Hg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionalen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 249–271.
Ders., *Landtagswahlen 1855 und 1868* im Oberamt Besigheim, in: Hie gut Württemberg. Beilage der Ludwigsburger Kreiszeitung 43. Jg. (28. 3. 1992), S. 6–8.
Schulze, Winfried (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikrohistorie. Eine Diskussion, Göttingen 1994.
Schumann, Fritz, Die Notenbankfrage in Württemberg seit 1847, Gera 1909 (Diss. Heidelberg 1909).
Schüssler, Wilhelm, Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867, Berlin 1929.
Schwäbische Lebensbilder, Bde. I–VI, Stuttgart 1940–1957.
Schwarz, Max, *MdR*. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.
Schweier, Gerhard, Namhafte Heidenheimer, Bd. 1, Heidenheim 1968.
Schwenkel, Hans (Hg.), Heimatbuch des Kreises Nürtingen, 2 Bde., Würzburg 1950/1953.
Sedatis, Helmut, Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland. Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1979.
Seefried, Walter, Der Ministerwechsel in Württemberg im März 1870, in: Besondere Beilage des Staatsanzeigers, Jg. 1929, S. 246–251.
Ders., *Mittnacht und die Deutsche Frage* bis zur Reichsgründung, Diss. Tübingen 1928.
Sensch, Jürgen, *Statistische Modelle* in der Historischen Sozialforschung I: Allgemeine Grundlagen – Deskriptivstatistik – Auswahlbibliographie, Köln 1995.
Setzler, Wilfried, Die Geschichte, in: Wilhelm Gfrörer (Hg.), Der Kreis Tübingen, Stuttgart 1988, S. 99–133.
Ders. (u. a.), *Leonberg*. Eine altwürttembergische Stadt und ihre Gemeinden im Wandel der Geschichte, Stuttgart 1992.
Siebert, Albert, Die Entwicklung der direkten Besteuerung in den süddeutschen Bundesstaaten im letzten Jahrhundert, in: Zeitschrift für die gesamte Staaatswissenschaft 68 (1912), S. 1–52.
Siebertz, Paul, Ferdinand von Steinbeis, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken III, Stuttgart 1942, S. 486–508.
Ders., Ferdinand von Steinbeis. Ein Wegbereiter der Wirtschaft, Stuttgart 1952.
Sigloch, Lothar, *Siedlungsaspekte* der Gemeinde Korntal, in: Zur Geschichte von Korntal und Münchingen, Bd. 1, Korntal-Münchingen 1993, S. 85–135.
Simon, Hermann, Geschichte der Ulmer Presse von den Anfängen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Diss. München 1954 (masch.).
Simon, Klaus, Die soziale Struktur der württembergischen Volkspartei und ihre Auswirkung auf Programm und Politik der Partei (1882–1914), in: Gerhard A. Ritter, Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 224–242.
Ders., *Die württembergischen Demokraten*. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890–1920, Stuttgart 1969.
Smend, Rudolf, Maßstäbe des parlamentarischen Wahlrechts in der deutschen Staatstheorie des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1912 ; wieder abgedruckt in: Ders., Staatsrechtliche Abhandlungen, Berlin 1955, S. 19–38.
Specht, Friedrich, Schwabe, Paul, Die Reichstags-Wahlen von 1867–1903. Eine Statistik der Reichstagswahlen nebst den Programmen der Parteien und einem Verzeichnis der gewählten Abgeordneten, Berlin ²1904.

Specker, Hans Eugen (Hg.), Ulm im 19. Jahrhundert. Aspekte aus dem Leben der Stadt. Zum 100. Jahrestag der Vollendung des Ulmer Münsters. Begleitband zur Ausstellung, Stuttgart 1990.

Spies, Felix, 125 Jahre Papierfabrik Scheufelen 1855–1980, Stuttgart 1980.

Spitznagel, Peter, Wähler und Wahlen in Unterfranken 1919–1969. Versuch einer Analyse der Wählerstruktur eines Regierungsbezirkes auf statistischer Grundlage nach den Erhebungen der Volkszählungen 1925, 1950, 1961 und 1970, Würzburg 1979.

Sporhan-Krempel, Lore, Papier aus dem Filstal. Einst und heute, Göppingen 1955.

Springer, E[duard], Königreich Württemberg, (= Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte, Bd. 4, H. 2), Leipzig 1905 (ND 1990).

Sproll, Heinz, Katholische und evangelische Parteien in Württemberg seit dem 19. Jahrhundert, in: Paul Ludwig Weinacht (Hg.), Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978, S. 63–80.

Ders., Thierfelder, Jörg (Hgg.), Die Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg, Stuttgart 1984.

Stälin, Paul Friedrich, Geschichte der Stadt Calw, Calw/Stuttgart 1888.

Ders., Karl, König von Württemberg, in: ADB 51, S. 57–65.

Ders., Leben und Regierung König Karls bis zum 25jährigen Jubiläum, in: Jubiläumsbeilage des Staatsanzeigers für Württemberg 1864–1889, Stuttgart 1889, S. 9–30.

Stambolis, Barbara, Nationalisierung trotz Ultramontanisierung oder: „Alles für Deutschland. Deutschland aber für Christus". Mentalitätsleitende Wertorientierungen deutscher Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, in: HZ 269 (1999), S. 57–97.

Statistisches Handbuch für das Königreich Württemberg, Jg. 1910/1911, Stuttgart 1912; Jg. 1912/13, Stuttgart 1914.

Stäudle, Monica, Württemberg und die Frage des Bismarckschen Sozialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 im Vergleich mit den bundesstaatlichen Partnern Bayern und Baden, Mag. Arb. Tübingen 1980.

Steger, Karl, Die politischen Gedanken Moriz Mohls, Diss. Tübingen 1923 (masch.).

Steimle, Theodor, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der württembergischen Brüdergemeinden Korntal und Wilhelmsdorf, Korntal 1929.

Steinbach, Peter (Hg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, Stuttgart 1982.

Ders., *Die Politisierung der Region*. Reichs- und Landtagswahlen im Fürstentum Lippe 1866–1881, 5 Bde., Passau 1989.

Ders., Historische Wahlforschung und regionalspezifische Politikrezeption. Diskussionsbeitrag über einen Forschungsansatz, in: Otto Büsch (Hg.), Wählerbewegung in der europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz, Berlin 1980, S. 23–39.

Ders., *Politisierung und Nationalisierung* der Region im 19. Jahrhundert. Regionalspezifische Politikrezeption im Spiegel historischer Wahlforschung, in: Ders. (Hg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, Stuttgart 1982, S. 321–349.

Ders., *Stand und Methode* der historischen Wahlforschung, in: Hartmut Kälble (Hg.), Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 171–234.

Steinhilber, W., *Die Heilbronner Stadtvorstände* seit 1803 (Beitrag VI), in: Schwaben und Franken. Heimatgeschichtliche Beilage der „Heilbronner Stimme" Jg. 6, Nr. 4 vom 30. April 1960, S. 3f.

Stetter, F.J., Anfänge einer konservativen Partei in Württemberg, in: Besondere Beilage des Staatsanzeigers, Jg. 1926, S. 281–289.

Stettner, Walter, Ebingen. Die Geschichte einer württembergischen Stadt, Sigmaringen 1986.

Steudel, Hans, Geschichtliche Entwicklung der Maschinenindustrie in Württemberg bis zum Weltkrieg, Diss. Tübingen 1923 (masch.).

Stieler, Karl, Stieler-Goppeltsche Erinnerungen, in: Bericht. Historischer Verein Heilbronn 12 (1915–18), S. 53–71.

Stievermann, Dieter (Hg.), Geschichte der Stadt Biberach, Stuttgart 1991.
Straub, Alfred, Geschichte der Stadt Bretten in neuerer Zeit, Bretten 1990.
Streng, Ernst, *Die Tuttlinger Stadtschultheißen* und Bürgermeister seit 1829, in: Tuttlinger Heimatblätter 55 (1992), S. 21–32.
Ströbel, R., *Johannnes Bürk*. Ein Leben für Schwenningen, in: Monatsblätter der Schwenninger Trachtengruppe 3 (Dez. 1955), S. 4f.
Stumpf, Friedrich, Die geschichtliche Entwicklung des württembergischen Staatssteuerwesens in allgemeinen Zügen, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 61 (1905), S. 710–724.
Stürmer, Michael, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918, Berlin 1983.
Stützel, Gebhardt, Erinnerungen aus der guten alten Zeit Aalens. Aalen 1909.
Suckow, Albert von, Rückschau, hg. v. Wilhelm Busch, Tübingen 1909.
Supper, Otto, Die Entwicklung des Eisenbahnwesens im Königreich Württemberg, Stuttgart 1895 (ND Stuttgart 1981).
Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Württembergischen Landtag in der Zeit vom 15. Januar 1901 bis 8. Februar 1902, Stuttgart 1902.
Theiss, Konrad, 100 Jahre Industrie- und Handelskammer Heidenheim 1867–1967, Aalen 1967.
Thoma, Hermann, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Reutlingen 1803–1914, Diss. Tübingen 1929.
Thränhardt, Dietrich, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems, Düsseldorf 1973.
Thudichum, Friedrich, Klar und wahr. Zuruf an die Wähler Württembergs, Tübingen 1870.
Tiessen, Henrich, *Industrielle Entwicklung*, gesellschaftlicher Wandel und politische Bewegung in einer württembergischen Fabrikstadt des 19. Jahrhunderts. Esslingen 1848–1914, Esslingen 1982 (Diss. Konstanz 1974).
Tilly, Richard, Banken und Industrialisierung in Deutschland 1815–1870: Ein Überblick, in: Ders., Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1980, S. 29–54.
Trautwein, Joachim, *Religiosität und Sozialstruktur*. Untersucht anhand der Entwicklung des württembergischen Pietismus, Stuttgart 1972.
Trende, Adolf, Geschichte der deutschen Sparkassen bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1957.
Trieb, Karl-Otto, Wirtschaft und Bevölkerung in Deutschland während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in ihren Wechselwirkungen dargestellt an Württemberg, Sachsen und der Provinz Preußen, Diss. Gießen 1928 (masch.).
Trox, Eckhard: *Bürger in Ulm*: Vereine, Parteien, Geselligkeit, in: Hans Eugen Specker (Hg.), Ulm im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1990, S. 169–237.
Trüdinger, Otto, Das Hausiergewerbe in Württemberg, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik 80 (1899), S. 123–179.
Ders., Die Kommunalbesteuerung in Württemberg, in: Gemeindefinanzen Bd. 1, Leipzig 1908, S. 55–112.
Ders., Moriz Mohl, in: ADB 52, S. 430–34.
Ders., Zwei württembergische Hausiergemeinden, in: Württ. Jbb. 1897, S. 250ff.
Tuschinski, Karl, Albert Schäffles Werdegang als Sozialpolitiker, Diss. Hamburg 1921 (masch.).
Ulmer, Karl, Albus, J., Statistisches Handbuch über die katholischen Volksschulen Württembergs, Stuttgart 1885.
Ders., Bärle, A., Statistisches Handbuch über die katholischen Volksschulen Württembergs, Stuttgart 1880.
Unkelbach, Helmut, Wildenmann, Rudolf, Kaltefleiter, Werner, Wähler, Parteien, Parlament. Bedingungen und Funktionen der Wahl, Frankfurt/Bonn 1965.
Veit, Hermann, Die gewerbliche Wirtschaft, ihre Entwicklung und ihre Zukunft, in: Reinhard

Appel, Max Miller, Jan Ph. Schmitz, Baden-Württemberg, Land und Volk in Geschichte und Gegenwart, Karlsruhe 1961, S. 156–163.

Verhandlungen der Landesversammlung von Angehörigen der deutschen Fortschrittspartei in Württemberg zu Esslingen am 14. Dezember 1862, Stuttgart 1863.

Viebahn, Georg von, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschland, 3 Bde., Berlin 1858–1868.

Vierhaus, Rudolf (Hg.), *Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg*, geb. Freiin v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches, mit einem Vorwort v. Peter Rassow, Göttingen ^{3}1963.

Vischer, Ludwig, Die industrielle Entwicklung im Königreich Württemberg und das Wirken seiner Centralstelle für Gewerbe und Handel in den ersten 25 Jahren, Stuttgart 1875.

Vogler, Emil, *Leutkirch im Allgäu*. Geschichte, Wirtschaft und Kultur im Spiegel der Jahrhunderte, Leutkirch 1963.

Die Volkspartei und die Verfassungsrevision im Halbmondsaal, Stuttgart 1894.

Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden Württemberg, hg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1982.

Wacker, Theodor, Die Entwicklung der Sozialdemokratie in den ersten 10 Reichstagswahlen (1871–1898). Auf Grund der amtlich geprüften Wahlziffern dargestellt, Freiburg/Br. 1903.

Wagner, Fritz, Geschichte des Eßlinger Gewerbevereins 1842–1902, Eßlingen 1902.

Die Wahlen zum württembergischen Landtag, in: Die Grenzboten 27 (1868) II. Sem., Bd. 1, S. 147–55, 228–232.

Wahlhandbuch der Deutschen Partei für die Landtagswahlen 1906. Politische und wirtschaftliche Fragen, Stuttgart 1906.

Wahlhandbuch der Nationalliberalen Partei – Deutschen Partei – in Württemberg für die Landtagswahlen 1912. Politische und wirtschaftliche Fragen, hg. v. d. Geschäftsstelle der NL/DP Stuttgart, Stuttgart 1912.

Waibel, Raimund, Frühliberalismus und Gemeindewahlen in Württemberg (1817–1855). Das Beispiel Stuttgart, Stuttgart 1992.

Ders., Gemeindewahlen in Ulm (1817–1900). Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Basis der bürgerlichen Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, in: Ulm und Oberschwaben 47/48 (1991), S. 254–373.

Ders., Stadt und Verwaltung. Das Bild des Ulmer Gemeinwesens im 19. Jahrhundert, in: Hans Eugen Specker (Hg.), Ulm im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1990, S. 279–354.

Waldmüller, Gustav, Württembergs Kreditinstitute für Handel und Industrie, Diss. Tübingen 1915.

Wannenwetsch, Walter, Das Württembergische Landjägerkorps und die reichseinheitliche Gendarmerie in Württemberg mit einer Rückschau auf die Anfänge der Landespolizei, Stuttgart 1986.

Wauschkuhn, Friedrich-Franz, Staatliche Gewerbepolitik und frühindustrielles Unternehmertum in Württemberg von 1806–1848, in: Erich Maschke, Jürgen Sydow (Hgg.), Zur Geschichte der Industrialisierung in den südwestdeutschen Städten, Sigmaringen 1977, S. 14–24.

Weber, Josef, Die katholische Presse Südwestdeutschlands und die Begründung des Deutschen Reiches 1866–1872, Diss. Straßburg 1918.

Weber, Rolf, Demokratische Volkspartei 1863–1866, in: Dieter Fricke (Hg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1968, S. 285–293.

Ders., Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863–1866, Berlin 1962.

Ders., Ultramontanismus und Demokratie in Süddeutschland 1866–1870, in: Horst Bartel u.a. (Hgg.), Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871, Bd. 1, Berlin 1971, S. 411–437.

Weh, Paul, 150 Jahre Landkreis Ravensburg. Markante Gestalten unter den Oberamtmännern im letzten Jahrhundert, in: Schwäbische Zeitung (Ausg. Ravensburg) vom 23. 12. 1960.

Ders., Ein Amt erlebt fünf verschiedene Staatsformen. Von Oberamtmann Hoyer bis Landrat Sailer, in: Schwäbische Zeitung (Ausg. Ravensburg) vom 3.12. 1964.
Wehler, Hans-Ulrich (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin ^{2}1968.
Wehling, Hans-Georg (Hg.), *Regionale politische Kultur*, Stuttgart 1985.
Ders., Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, Stuttgart 1975.
Ders., *Barock* – bäuerliches Oberschwaben. Elemente einer politischen Kultur, in: Ders. (Hg.), Regionale politische Kultur, Stuttgart 1985, S. 130–145.
Ders., Konfession – eine Nebensache? Politische, soziale und kulturelle Ausprägungen religiöser Unterschiede in Deutschland, Stuttgart 1984.
Ders., *Oberschwaben oder Württemberger*? Integrationsprobleme zweier politischer Kulturen, in: Peter Blickle (Hg.), Politische Kultur in Oberschwaben, Tübingen 1993, S. 287–307.
Ders. (Hg.), *Wahlverhalten*, Stuttgart 1991.
Weinacht, Paul Ludwig (Hg.), Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978.
Weinmann, Arthur, Die *Reform der* württembergischen *Innenpolitik* 1866–70, Göppingen 1971.
Weinstock, Erich, Ludwig Pfau – Leben und Werk eines Achtundvierzigers, Heilbronn 1975.
Weisser, Lothar, Rottweils Wirtschaft und Gesellschaft vom Ende der Reichsstadt bis zum Ersten Weltkrieg, Rottweil 1978.
Weller, Arnold, Wohlfahrtspflege in Württemberg 1817–1966, in: 150 Jahre Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, Stuttgart 1967, S. 7–19.
Weller, Karl, Württembergische Geschichte, neubearb. v. Arnold Weller, Stuttgart ^{5}1963.
Ders., Weller, Arnold, Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum, Stuttgart ^{10}1989.
Weltin, Karin, *Die Ulmer Presse* im Überblick, in: Hans Eugen Specker (Hg.), Ulm im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1990, S. 464–477.
Wernicke, Immo H., *Die Bedingungen politischer Partizipation*. Eine international vergleichende Kontext- und Aggregatdatenanalyse für Großbritannien, Norwegen, Deutschland (BRD) und Frankreich, Diss. Köln 1974.
Westermayer, Jörg, Moriz Mohl (1802–1888). Abgeordneter und Ehrenbürger der Stadt Aalen, in: Aalener Jahrbuch (1998), S. 103–109.
Ders., Moriz Mohl im Wahlkampf. Die Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung in Aalen, in: Ebd., S. 110–117.
Ders., *Politik als Beruf*. Der Parlamentarier Moriz Mohl 1802–1888, Düsseldorf 1998.
Weyrauch, Erdmann, *Datenverarbeitung als Quellenkritik*? In: Paul J. Müller (Hg.), Die Analyse prozess-produzierter Daten, Stuttgart 1977, S. 141–178.
Widmer, Sabine, *Kirchheim unter Teck* zwischen Handwerk und Industrie 1806 bis 1914, Kirchheim u.T. 1987.
Wiegandt, Herbert, Ulm. Geschichte einer Stadt, Weißenhorn ^{2}1989.
Wieler, Christian, Schulmeisterbuch. Nachrichten über die persönlichen Verhältnisse der ständigen und unständigen evangelischen Lehrer in Württemberg, sowie über die einzelnen evangelischen Schulstellen und deren Besetzung, Spaichingen ^{2}1871.
Ders., Statistisches Handbuch der evangelischen Volksschulen in Württemberg, Spaichingen 1876.
Wilhelm, Rolf, Das Verhältnis der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund (1867–1879), Husum 1978 (Diss. Mainz 1976).
Willburger, August, Tüchle, Hermann, Geschichte der katholischen Kirche in Württemberg, Rottenburg 1954.
Windell, George G., The Catholics and German Unity 1866–1871, Minneapolis 1954.
Winkel, Harald, Geschichte der Württembergischen Industrie- und Handelskammern Heilbronn, Reutlingen, Stuttgart/Mittlerer Neckar und Ulm 1933–1980, Stuttgart 1981.
Ders., Zur Entwicklung des nordwürttembergischen Raumes – Heilbronn: Stadt und Region 1802–1980, in: Jahrbuch für Schwäbisch-Fränkische Geschichte 30 (1983), S. 167–184.

Winkler, Jürgen R., *Sozialstruktur*, politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871–1933, Opladen 1995.
Winterlin, Friedrich, Friedrich Freiherr von Varnbüler, in: ADB 39, S. 492–496.
Ders., Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg, 2 Bde., Stuttgart 1902–06.
Wochner, Georg, Von der Reichsstadt zur Stadtgemeinde. Die Gemeindeverwaltung in der ehemaligen Reichsstadt Rottweil nach der Mediatisierung durch Württemberg im Jahre 1803, Rottweil 1994.
Wolfframm, Peter (u.a.), Zweihundert Jahre Kolb & Schüle AG. 1760–1960, Darmstadt [1960].
Wölk, Monika, Länderdifferenzierte Elementarbildung und nationale Wählerentscheidung als Problem der deutschen Reichsgründung. Diskussionsbeitrag zur Determinantenproblematik in der Historischen Wahlforschung, in: Otto Büsch (Hg.), Wählerbewegung in der europäischen Geschichte. Ergebnisse einer Konferenz, Berlin 1980, S. 39–53.
Dies., *Wahlbewusstsein* und Wahlerfahrungen zwischen Tradition und Moderne, in: HZ 238 (1984), S. 311–352.
Wolter, Elisabeth, Die Bevölkerungsverteilung in den einzelnen Landschaften Württembergs von 1834–1925. Ein Beitrag zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeographie, Stuttgart 1934 (Diss. Stuttgart 1933).
Wunder, Bernd, Die Landtagswahlen von 1815 und 1819 in Württemberg. Landständische Repräsentation und Interessenvertretung, in: Württembergisch Franken 58 (1974), S. 264–293.
Wurster, Karl Heinz, Wahlen in Württemberg zur Zeit der Kanzlerschaft Heinrich Brünings, Zu Ar Tübingen 1968.
Würtemberg in den Jahren 1869 bis 1874, in: Unsere Zeit, NF 11 (1875) Bd. 1, S. 18–40, 181–212.
Das württembergische Gesetz vom 19. September 1852, betreffend die Steuer von Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufseinkommen nebst den dasselbe ergänzenden oder abändernden Gesetzen und den hierzu ergangenen allgemeinen Vollzugsverfügungen. Handausgabe nach dem Stande vom 1.1. 1891, Stuttgart 1891.
Württembergisches Verkehrsbuch enthaltend sämtliche Städte, Dörfer, Weiler, Häuser, Mühlen, Kapellen etc. etc. mit Angabe der Einwohnerzahl, Religion, Gemeinde-, Oberamts-und Postbezirke, Eisenbahnstationen für Personen- wie Güter-Beförderung und Frachtboten-Verkehr, Stuttgart [1903].
Würzburger, Eugen, Die „*Partei der Nichtwähler*", in: Otto Büsch (Hg.), Wählerbewegung in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871–1933, Berlin 1977, S. 208–216.
Zekorn, Andreas, Oberamtmänner und Landräte im Gebiet des heutigen Zollernalbkreises 1806–1992, in: Zollernalb-Profile, Balingen 1993, S. 27–69.
Zeller, Alfred, Die Lage der industriellen Arbeiter in Süddeutschland und das Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juni 1890, Diss. Tübingen 1892.
Ders., Über die Entwicklung der württembergischen Verwaltungseinrichtungen im XIX. Jahrhundert, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 54 (1898), S. 441–466.
Zeller, Bernhard, Karl Mayer, sein Freundes- und Familienkreis, [Marbach 1954].
Zeller, Gustav, Handbuch der gesamten württembergischen Gemeindeverwaltung, hg. v. Hermann Gugel, Stuttgart [4]1910.
Zeller, Hermann, Die württembergischen Finanzminister von 1864–1919, in: Württ. Jbb. 1927 (1928), S. 403–424.
Zorn, Wolfgang, Handels- und Industriegeschichte Oberschwabens 1648–1870. Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte des schwäbischen Unternehmertums, Augsburg 1961.
Ders., Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit, in: HZ 197 (1963), S. 318–342.
Zur Erinnerung an die Feier des 50jährigen Bestehens der Maschinenfabrik Fr. Hesser, Cannstatt, Stuttgart 1911.
Zur Erinnerung an die Feier des 100jährigen Geburtstages des Geheimen Kommerzienrats L. Fr. Chevalier, Stuttgart, den 11.Oktober 1910, Stuttgart [1911].

Zur Lage der Württembergischen Industrie. Denkschrift des Württembergischen Industrieverbandes, Stuttgart 1909.

Zweckbronner, Gerhard, Ingenieurausbildung im Königreich Württemberg. Vorgeschichte, Einrichtung und Ausbau der Technischen Hochschule Stuttgart und ihrer Ingenieurwissenschaften bis 1900, Stuttgart 1987.

Einleitung

Nach der Niederlage des Deutschen Bundes gegen Preußen und seine Verbündeten im Krieg von 1866 machte das Königreich Württemberg eine Existenzkrise durch, die erst durch Württembergs Beitritt zum Deutschen Reich 1871 überwunden wurde[1]. Die Auflösung des Deutschen Bundes und Österreichs Rückzug aus Deutschland ließen das Land in einer international isolierten Position zwischen den Großmächten zurück. Wollte man die Unabhängigkeit wahren, so geboten die Sorge um die Sicherheit, die wirtschaftliche Interessenlage und nicht zuletzt auch das nationale Interesse die Annäherung an Preußen und den Norddeutschen Bund. Der Preis dafür schien hoch: Abschluss des Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen und Einführung des preußischen Wehrsystems, Erneuerung des Zollvereins zu den Bedingungen der preußischen Regierung, und das hieß, man musste ein Zollparlament in Kauf nehmen, das nach allgemeinem Wahlrecht zusammengesetzt war. Gegen eine antipreußische Öffentlichkeit gelang es der Regierung Varnbüler nur mit Mühe, das neue, teure Wehrsystem im Paket mit dem Zollvereinsvertrag über die parlamentarischen Hürden zu heben. Die Regierung wusste sich jedoch einig mit König Karl, den großdeutsch-partikularistischen Hofkreisen und dem ganz überwiegenden Teil der Öffentlichkeit in dem Bemühen, jede weitere Annäherung an Preußen und den Norddeutschen Bund zu verhindern: Das Bündnis dieser Kräfte gewann alle 17 württembergischen Mandate für das Zollparlament.

Die militärische Niederlage von 1866 und im Besonderen die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für die Wahlen zum Zollparlament setzten die Regierung einem gewissen Druck zur Modernisierung im eigenen Land aus, wo ohnehin der Wunsch nach einer zeitgemäßen Verfassungsreform auf der Tagesordnung stand. 20 Jahre nach der Revolution von 1848 wurde daher in Württemberg das allgemeine Wahlrecht wieder eingeführt und damit der Kreis derjenigen, die an der Politik teilhaben konnten, stark ausgeweitet; die Machteliten waren jedoch bereits bei kommunalen oder Landtagswahlen in eine feste Tradition politischer Partizipation eingebunden. Seit 1859 nahm die nationale Frage das Interesse der Öffentlichkeit wieder verstärkt in Anspruch; mit der Aufhebung der Pressezensur und der Liberalisierung des Vereinswesens in Württemberg formierten sich National- und Reformverein, vor allem aber auch wieder die Fortschrittspartei, teilweise in personeller Kontinuität mit den 48ern, die aus dem Exil zurückgekehrt waren oder in scheinbar unpolitischen Vereinen gleichsam überwintert hatten. 1866 spaltete sich die Fortschrittspartei auf in eine

[1] Vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 735–800.

propreußische und eine preußenfeindliche Richtung, die sich beide als „Deutsche Partei" und „Volkspartei" eine relativ moderne Parteistruktur gaben. Die parteieigene Presse verlieh ihnen Durchschlagskraft und Breitenwirkung[2].

Die Volkspartei mit ihrem Fernziel, Freiheit vor Einheit zu verwirklichen, verfolgte eine eindeutige Stoßrichtung: Sie unterstützte die Regierung, soweit diese eine antipreußische Politik verfolgte, sie bekämpfte sie dagegen bei der Einführung des preußischen Wehrsystems. Und ging es in Württemberg um die Verwirklichung von Freiheitsrechten, so standen Regierung und Demokraten vollends in feindlichen Lagern. Demgemäß war das Zweckbündnis zwischen Regierung und Großdeutschen aus der Zollparlamentswahl bei der Landtagswahl vom Juli 1868 wieder zerbrochen. Die Regierung erlitt eine schwere Niederlage und hatte es fortan mit einer Abgeordnetenkammer zu tun, die im Frühjahr 1870 zum Angriff auf das Kriegsdienstgesetz antrat, nachdem die Volkspartei die württembergische Öffentlichkeit in einem denkwürdigen Adressensturm in diesem Sinne mobilisiert hatte. Der Rücktritt der Regierung und die Vertagung der Kammer verhinderten eine weitere Verschärfung der Krise. Nach dem Ausbruch des Krieges mit Frankreich, dem Umschwung der öffentlichen Meinung und dem Eintritt Württembergs in das Deutsche Reich wendete sich aber das Blatt, und die Auseinandersetzung endete in einer vollständigen Niederlage der Opposition.

Die Landtagswahlen von 1868 und 1870 bilden gleichsam Schnittstellen für diese vielschichtigen Abläufe. Die Bedeutung der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 war von jeher anerkannt[3], und Hartwig *Brandts* Urteil, diese Wahlen stellten eine *Zäsur in der Wahlgeschichte* des Königreichs Württemberg dar[4], dürfte den Forschungsstand zutreffend zusammenfassen. Wenn aber die beiden bisher ausführlichsten Untersuchungen – die Arbeiten Gerlinde *Runges* und Hartwig *Brandts* – schon hinsichtlich wesentlicher Grundtatsachen, nicht nur in deren Bewertung, voneinander abweichen, ja einander widersprechen[5], so mag dies als ein Indiz dafür gelten, wie sehr der Gegenstand als ganzer noch einer genauen Erforschung bedarf. Die Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 stand hingegen stets im Schatten der außen- und deutschlandpolitischen Ereignisse, als deren Vollzug sie verstanden werden. Angesichts der überwältigenden Wählerentscheidung für den Eintritt ins Deutsche Reich schien sich eine genaue Analyse zu erübrigen, das Verhalten der Wähler sich geradezu der Analyse zu

---

[2] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 285ff.

[3] Rapp, Württemberger, S. 303; Grube, Der Stuttgarter Landtag, S. 541; Runge, Volkspartei, S. 141; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 354; Brandt, Parlamentarismus, S. 170; Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik", S. 102; vgl. dagegen: Boelcke, Handbuch Baden-Württemberg, S. 224: Dort werden die Zollparlamentswahlen, nicht aber die Landtagswahlen von 1868 und 1870 erwähnt. Ritter, Niehuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, berücksichtigt das Königreich Württemberg ebenso wenig wie Diederich, Wahlstatistik in Deutschland.

[4] Brandt, Parlamentarismus, S. 170.

[5] Beispielsweise bezüglich der Höhe der Wahlbeteiligung: Brandt, Parlamentarismus, S. 169, gegen Runge, Volkspartei, S. 147f.

entziehen, wie Klaus *Heger* im Anschluss an die ältere Literatur argumentierte[6]. Neuere Untersuchungen führen über Ansätze ebenfalls kaum hinaus[7]; selbst die grundlegenden Zahlen sind nur lückenhaft dokumentiert[8]. So außergewöhnlich uns jedoch diese beiden Landtagswahlen von 1868 und 1870 auch erscheinen mögen, für die meisten Wähler waren es weder die ersten noch die letzten Wahlen. Um abschätzen zu können, ob es sich im Dezember 1870 um eine „kritische Wahl" handelte[9], um zu verstehen, inwieweit die Wähler sich im Sommer 1868 und im Dezember 1870 außergewöhnlich, inwieweit typisch verhielten, wird man das Wählerverhalten beispielhaft auch im Längsschnitt betrachten müssen. Diese Überlegung weist auch schon darauf hin, dass erst die Verwendung verschiedenartiger methodischer Ansätze einen erheblichen Erkenntnisgewinn verspricht.

In der historisch orientierten Wahlforschung zeichnet sich seit einigen Jahren eine gewisse Rückbesinnung auf qualitative Methoden ab[10]. Die Überlegung, dass nicht die soziostrukturellen Merkmale an sich, sondern erst die subjektive Wahrnehmung dieser Merkmale durch Individuen und Kollektive das Wählerverhalten determinieren[11], gibt zwar den qualitativen Faktoren mehr Raum, macht aber die quantitativen Ansätze nicht überflüssig, die ihre Brauchbarkeit in zahllosen Untersuchungen bewiesen haben[12]. Ob quantitative Verfahren allerdings auf *Taschenrechnerniveau*[13] verwendet werden und so gewonnene Erkenntnisse andere nur ergänzen oder ob ausschließlich elaborierte statistische Modelle herangezogen werden können, entscheidet sich in erster Linie an der Qualität und Quantität der Quellen. Jürgen *Falter* hat durch seine Studie über Hitlers Wähler[14] beispielgebend gezeigt, was moderne statistische Verfahren zu leisten vermögen, bei Forschungsgegenständen aus der Frühzeit der Demokratisierung wird angesichts der deutlich schlechteren Quellenlage dagegen ein rein statistisch-quantitativer Ansatz kaum zu sinnvollen Ergebnissen führen;

---

[6] Heger, Deutsche Demokratische Partei, S. 54; vgl. Grosse, Raith, Beiträge zur Geschichte und Statistik, S. 12.

[7] Neben Runge, Volkspartei, S. 169–175, Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 405–407, Brandt, Parlamentarismus, S. 795, vor allem: Kleine, Mittnacht, S. 10–12; Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 152–154.

[8] Grosse, Raith, Beiträge zur Geschichte und Statistik, S. 37–44, es wird nicht kenntlich gemacht, in welchen Wahlkreisen Ergänzungswahlen durchgeführt werden mussten; siehe unten, S. 239, Anm. 4.

[9] Key, A Theory of Critical Elections, S. 3–18.

[10] Eine kritische Zusammenfassung des Forschungsstandes bei: Kühne, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur, S. 481–547; Hutter, Neuere Veröffentlichungen, S. 103–115.

[11] Rohe, Wahlanalysen, S. 337–357.

[12] Zuletzt: Winkler, Sozialstruktur; Schmädeke, Wählerbewegung; zu den verschiedenen methodischen Ansätzen: Bd. 1, S. 19ff.; Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg.

[13] Vgl. Steinbach, Die Politisierung der Region; in seiner Einleitung (S. 13–70) skizziert er den Forschungsstand, die Aufgaben sowie die theoretischen und praktischen Probleme einer regional ausgerichteten historischen Wahlanalyse; vgl. auch ders., Stand und Methode der historischen Wahlforschung, S. 171–234. Heberle, Hauptprobleme, S. 209–223. – Büsch, Wählerbewegung in der deutschen Geschichte.

[14] Falter, Hitlers Wähler.

zur gegenseitigen Absicherung der Ergebnisse müsste vielmehr auf möglichst verschiedenartige Quellen zurückgegriffen werden, sofern diese verfügbar sind.

Der Versuch, das politische Verhalten und die Motive von Wählergruppen oder sogar einzelnen Wählern zu beschreiben und zu erklären, steht und fällt zunächst mit den überlieferten Wahldaten[15] und dann mit der Kenntnis und Erfassbarkeit der Faktoren, die das Verhalten der Wähler beeinflussten. Individualdaten von ganzen Wählergruppen in den jeweiligen Gebietseinheiten sind bei historischen Wahlen allerdings nur äußerst selten greifbar und/oder nur mit so hohem Aufwand zu ermitteln oder zu vervollständigen, dass die für jeden einzelnen Wähler verfügbaren Informationen sich zwangsläufig auf eine geringe Zahl reduzieren. Wegen der geheimen Stimmabgabe fehlt zudem in der Regel die letztlich wichtigste Information, für welchen Kandidaten bzw. welche Partei die einzelnen Wähler sich entschieden. Für ganze Wahlkreise hingegen umfasst die Überlieferung gewöhnlich nicht nur die Zahl der Wahlberechtigten und der Abstimmenden, sondern auch die Parteistimmenanteile. Auf dieser Ebene der Aggregation verbergen die Wahlergebnisse dann aber die möglicherweise typische Stimmenverteilung innerhalb der Wahlkreise. Sofern und soweit die Quellen das zulassen, sollte die Analyse der Wahlergebnisse daher auch unterhalb der Wahlkreisebene erfolgen[16].

Wählerentscheidungen bilden sich im Spannungsverhältnis von langfristigen sozialstrukturellen und politisch-situativen Faktoren, wahrgenommen und interpretiert durch die Wahlberechtigten[17]. Die Vielfalt der situativen Determinanten des Wählerverhaltens von den politischen Sachfragen, über die Kandidaten, die Kandidatenkonstellationen und den Wahlkampf bis hin zu den ganz speziellen Bedingungen der Abstimmung für eine bestimmte Wählergruppe erfordert ein überaus reichhaltiges Quellenmaterial; dieses wird aber nicht in allen Gebietseinheiten in gleichem Maße vorhanden sein, und daher wird man sich auf exemplarisches Vorgehen beschränken müssen, wenn nicht eine repräsentative Auswahl möglich ist. Unser Wissen über die Sozialstruktur einer Gebietseinheit beruht meist im Wesentlichen auf den amtlichen Zensusdaten, die beispielsweise im Rahmen der Zollvereinsstatistik in regelmäßigen Abständen erhoben wurden[18]. Für die Zwecke einer Wahlanalyse sind solche Daten allerdings nur zu verwenden, wenn sich die Wahlergebnisse und die Zensusdaten auf dieselben Gebietseinheiten beziehen oder umrechnen lassen. Trifft diese Voraussetzung zu, so liefern die amtlich erhobenen Zahlen dann die wichtigste und eine schlechterdings unverzichtbare Quellengrundlage.

---

[15] Vgl. den Überblick über die Entwicklung der Wahlstatistik: Roth, Empirische Wahlforschung, S. 7–21; Diederich, Wahlstatistik in Deutschland.

[16] Nassmacher, Zerfall einer liberalen Kultur, S. 29–278.

[17] Schultze, Wahlforschung; ders. u. Semrau, Wählerverhalten, in: Andersen, Woyke, Handwörterbuch des politischen Systems, S. 623–628 u. S. 611–623; Roth, Wahlforschung, S. 23–56. Schultze (ebd. S. 626) wie Roth (ebd. S. 23) weisen zu Recht darauf hin, dass die gängigen Theorien des Wählerverhaltens zwar unterschiedliche Schwerpunkte setzen, sie sich aber nicht wechselseitig ausschließen.

[18] Bis 1867 (Stichtag 3. Dezember) alle drei Jahre, wegen des Krieges dann um ein Jahr auf 1871 (Stichtag : 1. Dezember) verschoben, ab 1870 alle fünf Jahre.

Wo in der sozialwissenschaftlichen Forschung große Datenmengen anfallen, ist die Verwendung quantitativ-statistischer Verfahren unverzichtbar, um die Daten durch Reduktion überschaubar und damit interpretierbar zu machen. Während aber deskriptive Verfahren wie Kreuztabellen lediglich herausarbeiten, ob zwischen zwei Datenreihen überhaupt Zusammenhänge bestehen, zielt die Korrelationsstatistik[19] darauf, die Stärke des Zusammenhangs zwischen je zwei Datenreihen zu bestimmen; der Korrelationskoeffizient „r" kann dabei Werte zwischen „0" (kein Zusammenhang) und ±1 (maximaler positiver bzw. gegenläufiger Zusammenhang) annehmen; der quadrierte Koeffizient gibt in Prozentwerten an, wie stark die Ausprägung der einen Variablen durch die andere bestimmt wird ($r = 0.9$; $r^2 = 81\%$). Die Sozial- und Wirtschaftsstruktur eines Gebietes, die etwa in den amtlichen Volkszählungen und Erhebungen zur Struktur des landwirtschaftlichen Besitzes quantifiziert ist, stellt sich so als ein Bündel interdependenter Faktoren dar; diese lassen sich wiederum mit den Wahldaten – Wahlbeteiligung, Parteistimmenanteilen – in Zusammenhang bringen, so dass letztlich eine Matrix entsteht, in der jeder Faktor mit jedem korreliert ist[20]. Vergleicht man auf diese Weise die Verteilung der Stimmenanteile einer Partei – oder unterschiedlicher Parteien – in einem Wahlkreis bei zwei unterschiedlichen Wahlen (Eigenkorrelation), so bieten sich möglicherweise Einsichten in die Kontinuität oder Diskontinuität der Wählerschaft. Der Einfluss einzelner Faktoren auf das gesamte System lässt sich aus dem Modell entfernen, indem man diese(n) konstant hält (Partialkorrelation); das Verfahren lässt sich schließlich auch umkehren, indem man durch „Regression" abzuschätzen versucht, durch welche sozioökonomischen Faktoren etwa das Wahlergebnis am sichersten und treffendsten vorauszusagen ist.

Die Verwendung dieser Verfahren, hier vor allem der Korrelation, birgt jedoch eine Reihe von Problemen. Bei der Deutung der Korrelationskoeffizienten ist zunächst zu berücksichtigen, dass sich in ihnen kein Kausalitätsverhältnis zwischen den Variablen ausdrückt und dass sie sich in der Regel nur auf die Gebietseinheiten, nicht auf Individuen beziehen. Eine ausgeprägte Korrelation von $r = 0.9$ etwa zwischen dem Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe über 5 ha und der Wahlbeteiligung in einem Wahlkreis bedeutet weder, dass das eine die Ursache des anderen ist, noch dass „die Landwirte" – oder gar jeder Landwirt – mit Betrieben über 5 ha besonders wahlfreudig waren[21]. „Signifikante" Ergebnisse sind zudem durchaus nicht immer für die Interpretation relevant. Je größer die Anzahl der untersuchten Fälle ist, um so geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Korrelationskoeffizient nur zufällig von „0" ab-

[19] Aus der sehr umfangreichen Literatur seien zwei Einführungen genannt: Bartel, Statistik I; ders., Statistik II; Sensch, Statistische Modelle.

[20] Vgl. den anliegenden Datenträger, Datensatz 1. In der Regel wurde die Produktmomentkorrelation nach Pearson mit einer vereinfachten Version von SPSS (7.5) errechnet, einige Male auch der Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman. Die Rohdaten wurden „standardisiert" (Ausschaltung der Streuung der Variablen) und mit der Bevölkerungszahl der Wahlkreise gewichtet, so dass auch sehr kleine und sehr große Wahlkreise angemessen in die Berechnung eingehen.

[21] Zum Problem des ökologischen Fehlschlusses und der Frage der „ökologischen Regression": Falter, Hitlers Wähler, S. 441ff.; Roth, Wahlforschung, S. 94ff.

weicht[22]. Bei acht berücksichtigten Fällen bedürfte es eines sehr hohen Korrelationskoeffizienten für einen statistisch signifikanten Zusammenhang; bei 1 000 Fällen wäre eine Korrelation von r = 0.4 etwa zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe an der Gesamtbevölkerung hoch signifikant (Irrtumswahrscheinlichkeit deutlich unter 1%), die Ausprägung der einen Variablen würde aber nur zu 16% durch die der anderen bestimmt. Man täte also gut daran, die Beweiskraft der Aussage als gering einzustufen.

Das statistische Modell setzt ferner lineare Zusammenhänge zwischen den Variablen voraus und gilt nur für „normalverteilte" Variablen; ob die letztere Bedingung – mehr oder weniger gut – erfüllt ist, muss getestet werden. Besonders kritisch ist das Verhältnis des statistischen Modells zu der Wirklichkeit zu betrachten, die es repräsentieren soll; hier kommt wiederum die Menge und die Qualität der verfügbaren Daten ins Blickfeld. Gerade der Quellenwert der Aggregatdaten ist oft sehr beschränkt. Abgesehen von den Unzulänglichkeiten der zeitgenössischen Statistik[23] sei daran erinnert, dass die Zensusdaten meist alle ortsanwesenden Einwohner[24] einer Gebietseinheit erfassen, von denen die Wahlberechtigten nur einen Teil ausmachen. Hinter den nackten Zahlen der Einwohnerstatistik verbergen sich äußerst differenzierte und je unterschiedliche und unterschiedlich wahrgenommene soziale Realitäten. Das Zahlenverhältnis zwischen weiblicher und männlicher Bevölkerung zum Beispiel variiert erheblich, je nachdem, welche Altersgruppe man betrachtet und je nachdem, ob es sich bei der betreffenden Gemeinde um ein Zuwanderungs- oder Abwanderungsgebiet handelt, was wiederum unter anderem durch die – subjektiv wahrgenommenen – ökonomischen Chancen und etwa auch durch die Eigentumsstruktur dieser Gemeinde beeinflusst wird. Wenn bei allgemeinem Wahlrecht nur Männer vom vollendeten 25. Lebensjahr an wahlberechtigt waren[25], so schwankte ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zwischen etwa 16 und 24%. Ob nun die Wahlberechtigten einer Gemeinde nach Alter, Konfession, Beruf, Status etc. dieselben Strukturmerkmale aufwiesen wie die Gesamtheit der Einwohner derselben Gemeinde, muss bestenfalls fraglich bleiben und kann jedenfalls nicht vorausgesetzt werden. Als Korrektiv würde sich bei entsprechender Quellenlage eine Sozialstatistik der Wahlberechtigten anbieten[26], wie überhaupt angesichts der unvermeidbaren Mängel der Aggregatdaten nicht die Verfeinerung des statistisch-methodischen Instrumentariums, sondern eher ein mikrohistorischer Zugriff vertiefte Erkenntnisse erbringen kann.

Die so umrissenen Voraussetzungen für eine Wahlanalyse auf mehreren Ebenen sind für das Königreich Württemberg seit 1868 erfüllt, eine Untersuchung der würt-

---

[22] Vgl. Datenträger; wo nötig, ist das Signifikanzniveau (1% oder 5%) angegeben.

[23] von Hippel, Bevölkerungsentwicklung, S. 270–371.

[24] Bei den Zollvereinszählungen bleiben die am Stichtag nur zufällig oder vorübergehend Anwesenden unberücksichtigt.

[25] Weitere Gründe für den Wahlausschluss – Empfang öffentlicher Unterstützung etc. – bleiben hier zunächst außer Betracht.

[26] Auch dies wäre eine Form der „Wahlarchäologie": vgl. Steinbach, Politisierung und Nationalisierung, S. 344.

tembergischen Landtagswahlen in der Reichsgründungszeit fehlt aber bisher, obwohl die Quellenlage außerordentlich gut ist. Seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Landtagswahlen im März 1868 sind die Ergebnisse aller Wahlvorgänge einschließlich der Ergänzungs-, Stich- und Nachwahlen[27] in den 70 Wahlkreisen lückenlos überliefert, allerdings nicht in einer amtlichen Wahlstatistik[28]. Darüber hinaus berichteten viele Oberamtmänner, die höchsten Beamten in den „Wahlkreisen", dem Innenministerium im Juni/Juli 1868 über den Wahlkampf, und mancher fühlte sich dann auch genötigt, Erklärungen für überraschende Wahlergebnisse zu finden und auch eigene Handlungen und Fehleinschätzungen zu rechtfertigen. Der für die Regierung enttäuschende Wahlausgang, häufige Wahlanfechtungen[29] und nicht zuletzt der öffentliche Vorwurf, die Regierung habe „Wahlbeherrschung" betrieben, veranlassten das Innenministerium, von allen Oberamtmännern besondere Wahlberichte anzufordern, die teilweise tiefere Einblicke in die Hintergründe der Wahl erlauben. Mit dem gestiegenen Interesse der Regierung an fundierten Analysen der Wahlergebnisse wurden auch die Wahlberichte der Oberamtmänner detailreicher, so dass dem Innenministerium schon anlässlich der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 nicht mehr nur die Ergebnisse der Wahlkreise, sondern auch die Resultate der einzelnen Kandidaten in 90% der Wahldistrikte[30] mitgeteilt wurden, dazu die Wahlbeteiligung in fast 800 der 1911[31] politischen Gemeinden Württembergs. Zwei Jahre zuvor hatten die Wahlakten des Innenministeriums gerade einmal zu neun Wahlkreisen die Einzelergebnisse der Distrikte enthalten, und für einen Wahlkreis hatte der Oberamtmann sogar die Ergebnisse der meisten Gemeinden erfasst. Aus der überregionalen und regionalen Presse ließen sich mittlerweile die Wahlergebnisse des Juli 1868 für etwa drei Viertel der Wahldistrikte ermitteln[32]. Und schließlich sind mehrere Wählerverzeichnisse, die Wahlen von 1868[33] bis 1876 einschließlich einer Nachwahl von 1881 abdeckend, erhalten geblieben, durch die für 1868 etwa 11 000,

---

[27] Siehe unten: Kapitel „Wahlrecht", S. 41f.

[28] In Anhang A, S. 573ff. werden erstmals die Detailergebnisse der Landtagswahlen von 1868 und 1870 im Zusammenhang dokumentiert; solche Dokumentationen stellen nach Kühne, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur, S. 498 ein dringendes Forschungsdesiderat dar.

[29] StASig Wü 65/34 T1 Oberamt Sulz Akten betr. die Landtagsabgeordnetenwahl vom 8. Juli 1868 und 5. Dezember 1870. Zur Vorbereitung der Landtagswahl von 1870 legt das Innenministerium den Oberämtern einen Aufsatz vor, der die Erfahrungen mit Wahlanfechtungen bei der Landtagswahl 1868 zusammenfasst, damit 1870 Anfechtungen möglichst vermieden werden. Der Aufsatz sollte nach Ansicht des Innenministeriums *besser nicht veröffentlicht* werden.

[30] Die Wahlkreise waren in bis zu acht Stimmbezirke mit je einem Abstimmort unterteilt, in dem die Wähler ihre Stimme abgeben konnten; für jede einzelne Gemeinde war dabei ein Zeitrahmen festgesetzt. Ab 1882 konnten die Wähler i.d.R. in ihren Gemeinden abstimmen.

[31] Stand im Jahre 1898.

[32] Siehe Anhang A, unten S. 573ff. Dort sind auch alle Veränderungen der Wahldistrikteinteilung ausgewiesen. Wo wegen lückenhafter Überlieferung mit Schätzwerten gearbeitet werden muss, ist dies vermerkt.

[33] In einem Fall bot sich sogar die wohl einmalige Gelegenheit, das Wählerverzeichnis einer Oberamtsstadt für die Zollparlamentswahl 1868 mit dem für die Landtagswahl 1868 zu vergleichen.

für 1870 noch etwa 2000 Wahlberechtigte mindestens nach Namen, Alter, Beruf und Wahlteilnahme erfasst werden können. Genauer werden sich individuelle Wahlentscheidungen größerer Wählerkollektive im historischen Raum wohl kaum noch rekonstruieren lassen.

Die Wahlkreiseinteilung des Königreichs Württemberg entsprach in wesentlichen Aspekten der Verwaltungsstruktur[34] des Landes, so dass Wahldaten und Zensusdaten sich über mehr als 30 Jahre in der Regel auf dieselben Gebietseinheiten beziehen. Ausnahmen bildeten die sieben „guten" Städte Stuttgart, Ulm, Reutlingen, Heilbronn, Tübingen, Ludwigsburg und Ellwangen, die je einen eigenen Abgeordneten wählten.

Die Ergebnisse der amtlichen Bevölkerungs- und Berufszählungen, die Verteilung und Nutzung von Grund und Boden, Art und Höhe der Ernteerträge usw. wurden in den „Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde" und den „Hof- und Staatshandbüchern" veröffentlicht; unklare Klassifizierungskriterien, Mängel bei der Datenerhebung, ungeeignete Aggregierungsebenen und schlichte Irrelevanz reduzieren die Menge der tatsächlich verwendbaren Datensätze auf sehr wenige. Dennoch erlauben es die Wahl- und Zensusdaten, eine auch quantitativ angelegte Untersuchung der württembergischen Landtagswahlen seit 1868 nicht nur für einzelne Wahlkreise, sondern durchgängig auf den drei Ebenen der Wahlkreise, der Wahldistrikte und Gemeinden sowie der Individualdaten durchzuführen in der Erwartung, dass sich die Ergebnisse gegenseitig ergänzen und kontrollieren. Gerade die Analyse der Individualdaten verspricht dabei vertiefte Einblicke in die Wahlentscheidung größerer Wählergruppen.

Es wird jedoch kritisch zu prüfen sein, ob und inwieweit die Zensusdaten die Eigenarten der württembergischen Wirtschafts- und Sozialstruktur spiegeln. Vorab lassen sich bei diesen langfristig-strukturellen Determinanten des Wählerverhaltens deutliche Unschärfen und Grenzen der Aussagekraft ausmachen. Schon die Gleichsetzung der Wahlkreise mit den Oberämtern führte eine ganze Reihe nicht quantifizierbarer Faktoren in die Entscheidungsprozesse der Wähler ein. Die Oberämter, die besonders in den altwürttembergischen Landesteilen auf eine lange Tradition der Selbstverwaltung zurückblicken konnten, hatten in den neuwürttembergischen Gebieten maßgeblichen Anteil an deren Integration und an der Ausbildung eines ausgeprägten Gemeinschaftsbewusstseins. Anders als bei den Wahlen zum Zollparlament und zum Reichstag, für die die 17 württembergischen Wahlkreise nach Bevölkerungszahl und teilweise ohne Rücksicht auf die bestehenden Verwaltungseinheiten gebildet wurden, spiegelt sich in der Wahlkreiseinteilung der Landtagswahlen also ein Stück historisch gewachsene Identität der Bewohner[35]. Diese konnte jedoch innerhalb des Wahlkreises gleichsam als historische Reminiszenz Rivalitäten zwischen Gemeinden – etwa zwischen einer ehemaligen freien Reichsstadt und der Oberamts-

[34] Ausgenommen ist hier in einem Teil des Landes allerdings die Steuerverwaltung.

[35] Grube, Vogteien, Ämter, Landkreise, Bd. 1, S. 75; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 21, 24.

stadt – zulassen; sie konnte sich aber auch in misstrauischer Ablehnung von „Fremden" aus anderen Oberämtern und besonders aus der Hauptstadt äußern.

Die Oberämter ordnen sich wiederum größeren Strukturen ein, je nachdem, welcher Konfession die Einwohner zugehörten. Die Zahlen über die Konfessionszugehörigkeit der Bevölkerung, wie sie amtlich erhoben wurden, geben freilich weder Auskunft über die Kirchennähe der Menschen – und damit etwa über die Beeinflussbarkeit von Wählern durch die Pfarrer – noch über die Verteilung innerhalb der Wahlkreise (Enklaven oder verstreut) noch gar über die verschiedenen Richtungen innerhalb der Kirchen; Größe und Einfluss der deutsch-katholischen Gemeinde in Ulm unter ihrem Prediger Friedrich Albrecht[36] lassen sich somit ebenso wenig quantifizieren wie die der pietistischen Zirkel. Die Konfessionen bedeuteten für die Menschen zweifellos weit mehr als die bloße Zugehörigkeit zu ihnen. Wie Hans-Georg *Wehling* betont, stellen sie Kulturen dar, *die die Menschen in all ihren Lebensäußerungen tiefgreifend prägen*; sie waren folglich mit konstitutiv für die Unterschiede zwischen den politischen Kulturen Württembergs: Alt-Württemberg war ein geschlossenes evangelisch-lutherisches Territorium im ansonsten katholischen Süddeutschland, es war adelsfrei und wegen des Erbrechts der Realteilung kleinbäuerlich/handwerklich strukturiert; Oberschwaben war mit wenigen Ausnahmen katholisch, es gab eine Fülle überwiegend katholischer Adelsfamilien, das vorherrschende Anerbenrecht förderte eine mittel- bis großbäuerliche Sozialstruktur, Ansätze zur gewerblichen Entwicklung blieben gering[37]. Für alle 70 württembergischen Wahlkreise lässt sich dieses Erklärungsmodell jedoch nicht verwenden. Was nämlich – idealtypisch – für oberschwäbische Wahlkreise gelten mag, trifft nicht für andere neuwürttembergische Wahlkreise mit katholischer Bevölkerung zu[38], und man wird gleichfalls nicht voraussetzen dürfen, dass die katholischen Minderheiten in altwürttembergischen Wahlkreisen dieselbe Mentalität haben wie die katholischen Bevölkerungsmehrheiten in Mergentheim oder Oberschwaben. Die Variable Konfessionszugehörigkeit „misst" also außer der formalen Zugehörigkeit möglicherweise in verschiedenen Teilen des Landes unterschiedliche katholische bzw. evangelische Mentalitäten.

Ähnliches gilt für das nicht einheitliche Erbrecht, das – über Jahrhunderte gewohnheitsrechtlich befolgt – die Wirtschaftsstruktur eines Gebietes prägte und darüber die Mentalitäten der Menschen bestimmen konnte. Die Gleichung Realteilungsgebiet = protestantisch, Anerbengebiet = katholisch wird durch zahlreiche Ausnahmen widerlegt[39], so dass sich auch von hier kein Mentalitätsbegriff für alle Wahlkreise herleiten ließe. Gemäß den unterschiedlichen Erbrechtsgewohnheiten formieren sich die Wahlkreise vielmehr zu eigenen Strukturen.

---

[36] Friedrich Albrecht (1818–1890); NDB 1, S. 180f.

[37] WEHLING, Oberschwaben oder Württemberger, S. 292f.; vgl. auch DERS., Barock, S. 130–145; ROHE, Politische Kultur, S. 321–346.

[38] MANN, Stuttgart und die Neuwürttemberger, S. 77–90.

[39] GRÄTER, Die Güterzertrümmerung, S. 53–58.

Was schließlich die Wirtschaftsentwicklung betraf, so stand der Agrarstaat Württemberg zur Reichsgründungszeit am Beginn der Industrialisierung, mit höchst unterschiedlichen Ausprägungen in den verschiedenen Landesteilen[40]. Der Entwicklungsstand, der etwa 1868/1870 erreicht war, wird allenfalls durch eine amtliche Erhebung der Hauptberufs- und Erwerbsklassen aus dem Jahre 1871[41] greifbar. Sie differenziert zwar für die einzelnen Oberämter nach dem Geschlecht, die Klassifikationskriterien erlauben jedoch nur eine sehr grobe Einteilung der – männlichen – Bevölkerung. Geringe Unterschiede zwischen zwei Oberämtern im Zahlenverhältnis der landwirtschaftlichen zu den industriellen (einschließlich der handwerklichen) Hauptberufen würde man etwa nicht ungeprüft auf einen unterschiedlichen Industrialisierungsgrad zurückführen; und selbst wenn dies der Fall wäre, bliebe immer noch die Frage zu klären, inwieweit sich das in der Struktur der Wählerschaft und der politischen Eliten niederschlug.

Dadurch dass die Variablen vorgegeben und nicht veränderbar sind, wird der Deutungsspielraum erheblich weiter und muss von anderen Quellen aus gefüllt werden. Es wird zu prüfen sein, inwieweit sich beim Betrachten von großen Fallzahlen dennoch plausible – wenn nicht statistisch abgesicherte – Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten erkennen lassen. Der Blick auf einzelne Wahlkreise, Distrikte und Gemeinden sowie individuell erfasste Wählergruppen stellt dagegen deren Besonderheiten heraus. Durch den Wechsel der Perspektive entsteht ein facettenreiches Bild, dessen Bestandteile gewiss nicht exakt zu gewichten sein werden.

Und schließlich: Nicht nur die großen politischen Fragen, die uns heute im Rückblick als wichtig erscheinen, bestimmten damals die Wähler in ihrem Verhalten, sondern auch ganz handfeste materielle Interessen, wie etwa der Bau einer bestimmten Eisenbahnverbindung, die Neuregelung der Besteuerungsgrundlagen für Agrar- und Gewerbebetriebe oder ganz banal die Person des aufgestellten Kandidaten. Da die Wahlen an einem Werktag durchgeführt wurden, konnte die Teilnahme an der Wahl beispielsweise für einen Landwirt bedeuten, dass er einen wichtigen Viehmarkt nicht besuchen konnte oder dass die Heuernte nicht rechtzeitig abgeschlossen würde; ein langer Anmarschweg zum Abstimmungsort bei Winterwetter konnte ebenso zu einer geringen Wahlbeteiligung beitragen wie politisches Desinteresse oder persönliche Abneigung gegen den Kandidaten. Häufig geben lokale Presseberichte Hinweise auf solche Ursachen von Wählerverhalten. Letztlich aber wissen wir nicht, wie die Wähler die verschiedenen Faktoren für sich wahrgenommen und gewichtet haben, selbst

[40] Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft, S. 3–116; Boelcke, Wege und Probleme, S. 436–520; ders., Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs; ders., Industrieller Aufstieg, S. 287–326; ders., Handbuch Baden-Württemberg.; ders., Industrialisierung, S. 282–303; ders.: Bevölkerung und Beschäftigungsstrukturen im Wandel; ders., Friedrichshafens industrieller Aufstieg, S. 457–494; Naujoks, Stadt und Industrialisierung, S. 165–193; Hentschel, Prosperität und Krise, S. 339–388; Ott, Grundlageninvestitionen; Plumpe, Die württembergische Eisenindustrie; Megerle, Der Beitrag Württembergs, S. 324–357; Ptak, Die nordwürttembergische Industrie.

[41] Die Bevölkerung Württembergs vom 1. Dezember 1871 nach Haupt-Berufs- und Erwerbsklassen, Württ. Jbb. 1876/IV (1877), S. 1–68.

dann nicht, wenn uns in Einzelfällen Privatbriefe oder andere persönliche Dokumente ein Stück weit Einblick gewähren. Wir schließen aus Ursache und Wirkung, aus Motiv und Handlung auf das, was in der „black box" Wähler vor sich gegangen sein könnte; wir machen Aussagen über Wahrscheinlichkeiten oder auch Möglichkeiten, die mehr oder weniger plausibel und abgesichert sind, und stehen bei der Interpretation qualitativer Faktoren damit nicht prinzipiell besser da als bei der Deutung der quantitativen Merkmale.

Nach dem derzeitigen Forschungsstand entwickelte sich im Königreich Württemberg ein modernes, der Sozial- und Wirtschaftsstruktur des Landes gemäßes Parteiensystem erst am Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Anwachsen der SPD und der Gründung der Zentrumspartei auf Landesebene; die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 1./14. Februar 1895 belegen danach den Durchbruch dieses neuen Systems[42]. Die vorliegende Studie unternimmt es, anhand der Detailanalyse der Landtagswahlen vom 8. Juli 1868 und der „Reichsgründungswahl" vom 5. Dezember 1870 mögliche Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und politischer Struktur bis hinunter zur mikrohistorischen Ebene zu erhellen; sie geht von der klassischen Fragestellung der Wahlforschung aus, wer was wann/wo warum gewählt hat, forscht dann aber ebenso nach möglichen Gründen des Nichtwählens und versucht lokale Wahltraditionen zu erkennen. Sie leistet damit auch einen Beitrag zur Entstehungsgeschichte der württembergischen Parteienstruktur. Da sich in den Ergebnissen dieser beiden Wahlen die Stimmung der (Wahl-) Bevölkerung viel umfassender und differenzierter greifen lässt als etwa in dem Adressensturm vom Frühjahr 1870 oder der „veröffentlichten Meinung" vom Sommer 1868 oder 1870, kehrt diese Untersuchung gleichzeitig auch wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurück, der vor 30 Jahren liegt: Der Frage nämlich, wie der unerhörte Umschwung der öffentlichen Meinung im Juli 1870 zu erklären ist.

[42] Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 116ff.

Teil 1.

Die Landtagswahl vom 8. Juli 1868

I. Die Ebene der Wahlkreise

1. Das Wahlergebnis im Überblick

Nach Abschluss des Wahlvorgangs, der Auszählung der Stimmen und der Konstatierung des Wahlergebnisses durch die Oberamtswahlkommission[1] – dies somit das amtliche Endergebnis – stellten die Oberamtmänner den siegreichen Bewerbern die Wahlurkunde aus, von der eine Kopie beim Innenministerium einzureichen war[2]. Unabhängig davon meldeten die Oberamtmänner die Ergebnisse meist telegrafisch nach Stuttgart; gleichzeitig wurden die detaillierten Resultate in den lokalen Zeitungen – häufig in Extrablättern – bekannt gegeben, und sie wurden schließlich auch in den überregionalen Presseorganen, der „Schwäbischen Kronik", dem „Beobachter", dem „Staatsanzeiger" usw., veröffentlicht. Es fehlt freilich eine offizielle Zusammenstellung nach Kriterien, die es ermöglichen würden, die Einzelergebnisse der Wahlkreise miteinander zu vergleichen. Ein doppelseitiges Extrablatt des „Beobachters"[3] bietet dem Leser zwar eine solche Synopse; da aber zum Zeitpunkt seines Erscheinens ein Dutzend Wahlvorgänge noch gar nicht abgeschlossen und manche Ergebnisse anscheinend noch nicht veröffentlicht waren[4], sind viele Angaben lückenhaft und ungenau; die Auswahl der Informationen scheint zudem etwas einseitig[5]; und schließlich wird das Wahlergebnis auf den Gegensatz „Volkspartei/Großdeutsche" einerseits und „Regierungspartei/Preußen" andererseits hin stilisiert, eine Vereinfachung, die zwar propagandistisch wirksam den Wahlkampf fortführte, aber allein nicht als Grundlage zu einer Wahlanalyse taugt.

Drei Tage später veröffentlichte der „Beobachter" eine weitere Ergebnisübersicht[6], die immer noch etliche Lücken und Unrichtigkeiten aufwies. Unberücksichtigt blie-

---

[1] Regierungsblatt für das Königreich Württemberg Nr. 14 vom 6. April 1868, S. 184: Art. 18 Wahlgesetz.

[2] Wahlgesetz Art. 20, (wie Anm. 1). Diese Kopien finden sich fast ausnahmslos in den Wahlakten; die darin enthaltenen Zahlenangaben wurden als „amtliches Endergebnis" weiter unten (S. 17) zur Berechnung der Anzahl der Wahlberechtigten und der Wahlbeteiligung herangezogen; die Wahlurkunde enthielt allerdings nur die Anzahl der Wahlberechtigten im ganzen Wahlkreis, die Zahl der Abstimmenden und die Stimmenzahl des Wahlsiegers.

[3] Nr. 161, 12. Juli 1868.

[4] Das Ergebnis für das Oberamt Leonberg fehlt; hier hatte der konservative Gutsbesitzer Bayha mit 53,92% der verfügbaren Stimmen das beste Einzelergebnis für die Deutsche Partei erreicht.

[5] „Nebenkandidaten" der eigenen Richtung werden angeführt, solche der DP nicht; dadurch erscheint die erreichte Stimmenzahl höher.

[6] Beobachter Nr. 163, 15. Juli 1868; vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 780, Anm. 204.

ben beispielsweise der ministerielle Bewerber Wilhelm Metzger aus dem Oberamt Nürtingen und für Freudenstadt Christoph Hegel (VP)[7]; Egelhaaf, Pantle und Knittel wurden für die Volkspartei vereinnahmt, die gemeinsamen Kandidaturen mit der Deutschen Partei jedoch unterschlagen, und Duvernoy in Schorndorf der DP, Mayer/Kirchheim jeweils hälftig der Deutschen Partei und den Großdeutschen zugerechnet[8]. Wenn auch keine durchgehende Darstellungstendenz erkennbar ist, so wurde doch die Stimmenzahl der Deutschen Partei eher niedrig dargestellt, indem Michael Metzger aus Backnang, Lemppenau, Bayha, Braunmüller, Ankelen und Burkhardt der ministeriellen Richtung zugeschlagen wurden, so dass ein erheblicher Stimmenschwund der Deutschen Partei gegenüber der Zollparlamentswahl ausgewiesen werden konnte[9].

Die folgende Übersicht ordnet die Wahlkreise den geografischen Gegebenheiten gemäß an[10] und macht die wichtigsten politischen Richtungen der damaligen Zeit kenntlich[11]. Sodann war zu entscheiden, welche Kandidaten mit ihren Stimmenanteilen in sie aufzunehmen waren. Die „offiziellen" Kandidaten, die etwa seit Beginn des Wahlkampfes oder schon vorher feststanden und sich zur Annahme des Mandats verpflichtet hatten – in Übersicht 1 in den grau unterlegten Feldern –, stellen dabei kein Problem dar. Zu dieser Gruppe wären aber auch jene Kandidaten zu zählen, die erst wenige Tage vor dem Wahltermin auftraten und sich zur Annahme des Mandats verpflichteten; geschah das erst vor dem Ergänzungswahltermin, so sind sie mit 1) gekennzeichnet. In einer weiteren Gruppe – mit 2) gekennzeichnet – werden die zusammengefasst, die, obschon vor dem Wahltag von ihrer Kandidatur zurückgetreten, dennoch viele Wählerstimmen erhielten. Eine dritte Gruppe lässt sich als „Zählkandidaturen" auffassen, die im Wesentlichen die politische Einstellung einer Anzahl von Wählern demonstrieren will, wobei der Kandidat Exponent einer überregionalen politischen Richtung ist – mit 3) gekennzeichnet. Schließlich finden sich solche Kandidaturen, die von vornherein nicht auf Breitenwirkung angelegt sind und die tatsächlich nur im unmittelbaren Umfeld der Kandidaten – meist lokalen Honoratioren – Wählerstimmen binden, mit 4) gekennzeichnet. Da auf Kandidaten dieser letzten drei Gruppen teilweise erhebliche Stimmenanteile entfielen und sich auch in der Entschei-

---

[7] Dazu Keefer, Kurz, Rahmer, Zöppritz, Mäulen, von Malchus.

[8] Combe und Schwaderer werden als Ministerielle statt als Großdeutsche geführt; Gackstatter, der Konkurrent Egelhaafs, erscheint als „Preuße", ist aber *der entschiedenere Kandidat der Volkspartei* (Beobachter, Nr. 166, 18. Juli 1868); für Spaichingen werden jetzt die 184 Stimmen für Steidle angeführt, nicht die 15 Stimmen des „offiziellen" Kandidaten Häring.

[9] Die Antwort der Deutschen Partei (Schwäbische Volkszeitung Nr. 166, 19. Juli 1868 „Zahlen, aber richtige Zahlen") errechnet in den 27 Wahlkreisen mit ernstlichen DP-Kandidaten 36746 Stimmen (dabei fehlen z.B. Urach und Ravensburg), auf alle 70 Wahlkreise hochgerechnet ca. 57000 Anhänger.

[10] Statt auf die mehr administrative Einteilung in die vier Kreise wird hier auf die Gliederung in acht „natürliche" Landesteile zurückgegriffen, die Heitz, Die Gestaltung der Bevölkerungsverhältnisse, S. 259, in Anlehnung an Rümelin abgeleitet hat.

[11] Durch die Position der Namen in den Feldern von Übersicht 1 wird versucht anzudeuten, ob die Kandidaten bei dieser Wahl eher „nach links" oder „nach rechts" tendierten.

dung für chancenlose Kandidaten der Wählerwille manifestiert, gibt es keinen Grund, diese Kandidaten zu übergehen. Einzelne „zersplitterte" Stimmen wurden hingegen nicht berücksichtigt. Die Prozentwerte wurden auf der Grundlage der Wahlakten[12] errechnet; wo die Akten Lücken aufweisen, wurde u.a. auf Veröffentlichungen in der Presse zurückgegriffen[13]. Die gewählten Kandidaten sind unterstrichen; fehlt die Unterstreichung, wie hier im Falle von Riedlingen und Ellwangen/Amt, so wurde die Wahl angefochten und für ungültig erklärt.

Am 8./9. Juli 1868[14] nahmen hiernach 212 918 von den 345 755 Berechtigten[15], also 61,58%, an der Wahl teil; unter 50% blieben beim ersten Wahlgang 6 Wahlkreise, und zwar Esslingen 41,72%, Freudenstadt 45,72%, Horb 49,57% und Reutlingen/Stadt 45,51%; Ravensburg mit 33,95% und Tettnang mit 33,44% bildeten die Schlusslichter. In diesen Wahlkreisen mussten daher Ergänzungswahlen stattfinden, und denjenigen Wählern, die grundlos nicht gewählt hatten, wurde eine ärgerliche „Ganggebühr" abverlangt[16]. Es ist nicht verwunderlich, dass unter solchen Umständen dann insgesamt eine hohe Beteiligung erreicht wurde: Ravensburg 71,09%, Tettnang 75,64%, Reutlingen/Stadt 76,67%, Esslingen 78,60%, Horb 82,38% und Freuden-

---

[12] HStAS E 146, IM III, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, 6, 8; E 150, Bü 857, Fasz. 3 und 6.

[13] Geringe Abweichungen sind möglich, da nicht immer zuverlässig zu entscheiden ist, ob die ungültigen Stimmen einbezogen sind. Für Göppingen würde zudem das „amtliche Endergebnis" um 34 Stimmen niedriger liegen. Hölders Wahl in Göppingen war angefochten worden, weil Wähler bestochen worden sein sollten. Hölder selbst konnte man nichts nachweisen, einigen seiner Wahlhelfer wurden jedoch kleinere Verfehlungen angelastet, so dass Hölder besagte 34 Stimmen abgezogen wurden: vgl. Verhandlungen der Württembergischen Kammer der Abgeordneten in den Jahren 1868 und 1870. Beilagenband. Stuttgart 1870, S. 465ff.

[14] Nach der amtlichen Wahlausschreibung, Art. 6, waren die Wahlen *am Mittwoch, dem 8. Juli 1868 gleichzeitig vorzunehmen, und* [...], *wenn möglich, an diesem Tag, jedenfalls aber am 9. Juli zu beendigen* (z.B. Der Grenzer. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Freudenstadt, Nr. 67, 11. Juni 1868, S. 269); mit Runge, Volkspartei, S. 141 datiert auch Brandt, Parlamentarismus, S. 779 die Wahl irrtümlich auf den 7. Juli; ebenso: Naujoks in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 3, S. 348. Wenn im Folgenden auf den 8. Juli als Wahltermin verwiesen wird, so schließt dies auch den 9. Juli ein.

[15] Das ist die Summe der in den 70 Wahlurkunden (HStAS E 146, IM III, Bü 1432 (alt), Fasz. 6 und 5) angeführten Wahlberechtigten. In der Presse werden z.T. erheblich abweichende Zahlen genannt: Der „Staatsanzeiger" Nr. 161, 9. Juli 1868, Extra-Beilage abends 8 Uhr meldet für Künzelsau 5700 statt 5388, die „Schwäbische Kronik" für Laupheim 5795 statt 5195 oder für Hall 5400 statt 4979 Wahlberechtigte. Als Gesamtzahl ermittelt der „Beobachter" (Nr. 163, 15. Juli 1868) 346 222 Wahlberechtigte und 213 112 abgegebene Stimmen, d.i. eine Wahlbeteiligung von 61,6% und nicht, wie der Beobachter selbst meldet, 65,5%; der „Staatsanzeiger" Nr. 172, 22. Juli 1868, S. 1786 nennt 346 333 Berechtigte und 222 671 Abstimmende (nach den Ergänzungswahlen); dabei bleiben aber die ungültigen Stimmen einige Male unberücksichtigt (z.B. Stuttgart/Stadt 11; Ellwangen/Stadt 6; Heidenheim 30; Hall 11 ungültige und 12 „andere").

[16] Stadtarchiv Esslingen, Bestand I_2 B11, Landtagswahlen; 1868, Juli 11: Listen der Stimmberechtigten, die nicht zur Wahl erschienen (a–r); enthalten sind hier auch Vermerke über Entschuldigungsgründe und die Bezahlung/Verweigerung der Ganggebühr von 4 kr, die im Übrigen von der jeweiligen Wahlkommission festgesetzt wurde und bis zu 6 fl. betragen konnte. Zum Vergleich: Der Tageslohn eines Esslinger Textilarbeiters betrug 26–30 kr. im Jahre 1868, etwa der Preis von 6 Pfund Weißbrot; siehe: Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 156 und S. 148.

Übersicht 1: Die Kandidaten und ihre Stimmenanteile, Landtagswahl 1868

Wahlkreis				Deutsche Partei	Ministerielle	Großdeutsche		Volkspartei
	Wb	Erg.	St.			konservativ	lib/dem	
Neckarsulm	73,42			&	Schwandner 39,13			Vogt 34,12
Heilbronn/Amt	56,86		56,97	Haag 25,94/35,77	Nickel 11,39	&		Bachmann 17,41/20,88
Heilbronn/Stadt	53,44				&		Reibel 49,66	&
Brackenheim	69,47			&	Schneider 39,16		Winter 11,64	Stoll 18,46
Maulbronn	68,87			Fetzer 16,80				Habermaß 3,53 4) /Bareiß 48,36
Vaihingen	71,55			Braunmüller 10,14	&			Hopf 60,99
Besigheim	67,25			Hölder 4,21 3)	Single 15,29			Mayer 47,75
Marbach	68,99		68,38	E. Müller 13,8	&		Schwaderer 13,1/Pantle 14,02/28,89	Weith 26,94/36,72
Backnang	59,63			M. Metzger 18,02				Nägele 39,58
Weinsberg	64,47			&	Seyffer 29,79			Niethammer 33,33
Ludwigsburg/Amt	68,36				Groß 28,49			G.Körner 38,97
Ludwigsburg/Stadt	73,00			V. Körner 45,99	Baumgärtner 26,43			
Stuttgart/Amt	52,13			&	Flammer 25,22			Wiedemann 26,77
Stuttgart/Stadt	57,81			G. Müller 12,17	Sick 36,05		Schott 9,42	&
Eßlingen	41,72	78,6		[Georgii 0,79 2)]	Wolff 4,42			Deffner 68,06
Cannstatt	61,29			Mäulen 7,96 3)/ Lemppenau 49,11				
Schorndorf	69,53			Duvernoy 10,28	Hofacker 38,20	Kern 20,40		[& DP]
Waiblingen	73,09			&	Ritter 21,95		Keefer 9,15	Heß 41,26
Böblingen	67,3			Elben 49,52	&		Schott 14,70 2)	
Leonberg	66,2			Bayha 53,92	&			Diefenbach 11,78
Herrenberg	56,25			Wächter 8,3				Renschler 47,15
Rottenburg	62,28				Vogt 33,22		Holzherr 28,82	&
Tübingen/Amt	58,64			H.v.Weber 17,38	Hörner 31,20		[Wucherer 3,36/Hoch 6,10] 4)	
Tübingen/Stadt	79,58			Fr.v.Weber28,49			Schott 50,81	&
Nürtingen	56,03			Claß 6,35 3)	W. Metzger 5,43		Eberhardt 43,42	&

& = Unterstützung

Kirchheim	69,59			Mayer 44,01	Hirzel 10,28	Faber 14,39		[& DP]
Neuenbürg	56,16			[&]	Beutter 25,77 2)		Cavallo 30,29	
Calw	78,41			&	Stälin 33,82			Georgii 44,43
Nagold	64,24			Silber 20,84	Geigle 42,90			
Freudenstadt	45,72	86,78		Walther 62,08				Hegel 22,16 1)
Horb	49,57	82,38		Heiler 1,81 4)				Erath 76,13
Sulz	60,85			&	Schoffer 16,75			Pfäfflin 43,94
Oberndorf	69,56			&	Platz 32,90			Gutheinz 36,56
Rottweil	52,91			Burkhardt 10,19	&	Hirth 5,85		Bürk 36,69
Tuttlingen	65,71			[& Storz]	Schall 4,92		Storz 34,09	Villinger 25,72
Spaichingen	51,66		62,18	&	Bühler 22,21/29,77		Vaihinger 24,16/32,26	Steidle 4,73 2)
Balingen	64,75			&	Nagel 12,31			Schwarz 52,19
Reutlingen/Amt	60,72			&	Rehm 33,60			Aickelin 26,70
Reutlingen/Stadt	45,51	76,67		Ankelen 12,22				Stumpp 63,80
Urach	65,70			E. Adam 19,30	&		Fricker 46,19	&
Blaubeuren	67,36				Rüdinger 19,82			Nüßle 47,38
Ehingen	61,19			Schmid 42,7			Wiest 18,35	
Münsingen	72,14				Idler 26,84			Geiger 45,24
Tettnang	33,44	75,64		Rahmer 5,73 1)	v. Malchus 4,01 1)	Maier 63,22		&
Wangen[17]	50,54			[Schnitzer 2,47]		Dentler 47,36		&
Leutkirch	55,01			&	Böckeler 22,55			Völmle 31,73
Ravensburg	33,95	71,09		Zöppritz 7,18	&	Lupberger 60,28		&
Waldsee	63,06		57,65	Golther 14,43			Sauter 19,25/16,58	Uhl 29,38/39,59
Biberach	58,92			Hölder 7,54 3)			Probst 51,25	
Laupheim	62,83			&	Boscher 19,31			Vollmer 42,83

& = Unterstützung

[17] Schnitzer wurde gegen seinen Willen in Isny als Kandidat angesehen.

Übersicht 1: (Fortsetzung)

Wahlkreis				Deutsche Partei	Ministerielle	Großdeutsche		Volkspartei
	Wb	Erg.	St.			konservativ	lib/dem	
Riedlingen[18]	54,42				Bockmayer 26,30		Knittel 27,82	&
Saulgau	77,94			&	Schlierholz 28,36			Küble 49,54
Ulm/Amt	59,66			&	v.Horn 32,47			Wolbach 27,07
Ulm/Stadt	59,49			Pfeiffer 31,57		Ph.L. Adam 27,76		&
Heidenheim	63,03			Fink 22,87	&		Ammermüller 36,31/ Gräslen 2,1	
Neresheim	51,43							Ruf 51,31
Aalen	63,73			Bäuerle 8,91	&	Mohl 54,45		&
Gmünd	67,11				&	Karle 36,25	Streich 30,33	
Göppingen	62,59		79,44	Hölder 21,55/41,14	Haußmann 11,89			Beckh 28,95/38,05
Geislingen	72,44			Römer 38,44	Zeh 2,84		Bucher 31,06	
Oehringen	57,34			Möricke 30,89	Kurz 9,85			Kirchdörffer 16,4
Künzelsau	66,26			&	Speidel 24,70			Becher 41,20
Mergentheim	70,90			&	v. Mittnacht 50,49			Pflüger 18,72
Gerabronn	52,40						Egelhaaf 39,87	Gackstatter 10,76
Crailsheim	69,90			&	Sarwey 35,51			Abelein 33,77
Hall	68,95			Happold 27,35	&			Österlen 41,13
Ellwangen/Am[19]	58,18				&	Zimmerle 30,79		Retter 27,04
Ellwangen/Stadt	68,44					Bayrhammer 64,31		&
Gaildorf	57,64		58,21	Kausler 21,17/22,4	&		Combe 7,81 Lanzberg 15,16/35,5 Schließm. 13,27	
Welzheim	59,09			&	Friz 34,60			Tafel 23,80

& = Unterstützung

[18] Die Wahl wurde am 15. 12. 1868 wegen eines Formfehlers für ungültig erklärt; bei der Nachwahl unterlag Knittel knapp gegen Bockmayer, der noch vor Eintritt in den Landtag starb. Bei der weiteren Nachwahl am 18. 12. 1869 siegte Wolbach (VP) mit 34,75% über Schimpf (DP, Min) 23,22%, Beteiligung 58,15%.

[19] Die Wahl wurde im Frühjahr 1870 kassiert; bei der Neuwahl am 14. 7. 1870 siegte Retter (VP) mit 41,25% über Zimmerle (kons.kler.) 22,90%; Beteiligung 68,74%.

stadt 86,78%. Lässt man diese 6 Wahlkreise bei der Ermittlung der durchschnittlichen Wahlbeteiligung unberücksichtigt, so ergeben sich 63,25%, also etwa der Wert, den Gerlinde *Runge*[20] angibt; die Ergebnisse der Ergänzungswahlen eingeschlossen, nahmen 222 843 Männer an der Abstimmung teil (64,45%), annähernd der Wert, den Hartwig *Brandt*[21] errechnet, sozusagen das „amtliche" Ergebnis nach Abschluss des gesamten ersten Wahlgangs[22], das allerdings den Willen der Wähler vom 8. Juli möglicherweise nicht völlig angemessen wiedergibt[23].

2. Die Kandidaten

Alle Nachwahlen der Legislaturperiode 1868/70 eingeschlossen[24], stellten sich 161 Bewerber dem Wählervotum, 7 Kandidaten zweimal[25], Hölder und Schott sogar in drei Wahlkreisen[26]. Die Zuordnung dieser Männer zu den großen politischen Richtungen erfolgt in erster Linie auf der Grundlage der zeitgenössischen Einschätzung[27]. Dabei muss freilich eine gewisse Unschärfe hingenommen werden, denn bei den unbekannteren Kandidaten fehlen des Öfteren exakte Informationen[28], und selbst bei

[20] Runge, Volkspartei, S. 148.

[21] Brandt, Parlamentarismus, S. 169; vgl. auch besonders Anm. 134; Menzinger, S. 70, Anm. 5; die geringen Abweichungen entstehen dadurch, dass gelegentlich die ungültigen Stimmen nicht, wie gewöhnlich, in der Zahl der Abstimmenden enthalten, sondern gesondert ausgewiesen sind und dann den Abstimmenden hinzugefügt werden müssen.

[22] Gemäß der vorliegenden Zuordnung der Kandidaten entschieden sich für die DP 42 182 (12,20%) Wähler, für die Ministeriellen 48 876 (14,14%), für die konservativen Großdeutschen 18 678 (5,40%), für die demokratischen Großdeutschen 29 490 (8,53%) und für die Volkspartei 82 333 (23,81%). Es muss natürlich unberücksichtigt bleiben, dass sich die Parteien z. T. gegenseitig unterstützten.

[23] Siehe unten, S. 82, 92.

[24] Die Nachwahlen sind einbezogen, weil unter den Kandidaten nur wenige neue Männer waren: so Oberamtsgeometer Gottlieb Friedrich Schimpf aus Riedlingen (geb. Riedlingen 4. August 1840), der bei der Nachwahl vom 20. Dezember 1869 in Riedlingen kandidierte und der DP nahe stand; vgl. Schw. Kronik Nr. 296, 15. Dezember 1869, S. 3793; Carl Hahn (1819–1899), Hospitalverwalter und Gemeinderat in Gmünd, der die Regierungslinie vertrat; Eduard Forster (1811–1872), Fabrikant in Gmünd, Gründer des dortigen Volksvereins, Landtagsabgeordneter für Gmünd 1848–1850, vgl. Runge, Volkspartei, S. 43, und unten S. 113, Anm. 597.

[25] Zimmerle, Wiest, Wolbach, Franz von Weber, Retter und Knittel jeweils bei Nachwahlen.

[26] Die gewählten Abgeordneten sind zusammengestellt in: von Riecke, Verfassung und Landstände, S. 1–71; Hartmann, Regierung und Stände, S. 1–92; Allgaier, Die Stände Württembergs; neuerdings mit detaillierten Angaben über den biografischen Quellenbestand: Raberg, Biographisches Handbuch.

[27] Extrablatt des Beobachters, Nr. 161, 12. Juli 1868; HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Schreiben Innenministers von Gessler an Kabinettschef von Egloffstein vom 2./3., 7., 10. Juli 1868; Anbringen des Gesamtministeriums betr. das Ergebnis der Landtagswahlen, Stuttgart, 14. Juli 1868; Hinweise finden sich auch in den Berichten der Oberämter sowie den überregionalen und lokalen Zeitungen. – Viele Gemeindeverwaltungen, Stadt-/Gemeindearchive und die heutige Redaktion des „Heuberger Boten" haben die benötigten Informationen sehr bereitwillig zur Verfügung gestellt; ihnen sei sehr herzlich gedankt.

[28] Unsicher ist z. B. die Parteistellung des Gutsbesitzers und Kronenwirts Maximilian Böcke-

gewählten Abgeordneten fällt die Einordnung gelegentlich schwer, da sich die Quellen widersprechen.

Bierbrauer und Kleinbärenwirt Christian Storz[29] aus Tuttlingen beispielsweise, schloss sich im Landtag zunächst dem großdeutschen Klub an[30]; sein Wahlprogramm ordnete ihn außenpolitisch freilich der Regierungslinie zu, innenpolitisch präsentierte er sich als Vertreter von Gewerbe und Landwirtschaft, er trat ferner wie die Volkspartei für ein Einkammersystem, die Abschaffung aller Privilegien und gegen die Wahl von Beamten und Advokaten ein[31]. Sein Programm war aber so unverbindlich gehalten, dass sich die Deutsche Partei Hoffnungen machen konnte, ihn zu sich herüberzuziehen[32]; die „Schwäbische Volkszeitung" vereinnahmte jedenfalls seine Stimmen für die Deutsche Partei[33]. Der „Beobachter" rechnete ihn nicht zu den Großdeutschen, sondern, wohl nach Storz' Haltung anlässlich der Zollparlamentswahlen[34], zu den „Preußen", nach der Wahl beanspruchte er aber einen Teil von Storz' Stimmen für sich[35]; das „Deutsche Volksblatt" schrieb ihn der Volkspartei zu[36]; die Minister zählten ihn mit Sick[37], Schneider[38], Bayha, Sarwey u.a. zu den Rechten und

---

ler (1799–1877) in Aichstetten: nach der Einschätzung des Innenministers (HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Schreiben v. 2./3. Juli 1868) großdeutsch-konservativ; vgl. auch Brandt, Parlamentarismus, S. 158.

[29] Christian Storz (1832–1907), Landtagsabgeordneter für Tuttlingen 1868–1876; Stadtschultheiß von Tuttlingen ab 1877; Forderer, Tuttlingen, S. 244 hierzu leider sehr unergiebig; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 905.

[30] Brandt, Parlamentarismus, S. 788; vgl. aber Nl Hölder Fasz. XIV, Stück 254: Im Oktober/November 1870 zählte Hölder Storz zu den nationalen Abgeordneten; 1870 kandidierte Storz für die DP und trat auch der DP-Fraktion bei (Nl Hölder Fasz. XIV, Stück 513).

[31] Heuberger Bote. Amtsblatt für das Oberamt Spaichingen, Nr. 73, S. 303, Nr. 78, S. 320; die Gegenkandidaten waren ein Postrat und ein Advokat; Gränz-Bote, zugleich Amts- und Intelligenzblatt für das Oberamt Tuttlingen, Nr. 77, 1. Juli 1868; Staatsanzeiger Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1620f.

[32] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 31 und 34.

[33] SVZ Nr. 162, 15. Juli 1868, S. 686.

[34] Deutsches Volksblatt Nr. 156, 7. Juli 1868 „Von der obern Donau, 4. Juli": Alle Stimmen, die dem ministeriellen Kandidaten Schall gegeben und dem volksparteilichen Kandidaten Villinger entzogen würden, *machen es* [...] *am Ende möglich, dass Storz siegt, der* [...] *bei der Zollparlamentswahl auf einer andern Seite stand, als wir.* SVZ Nr. 162, 15. Juli 1868, S. 686: Storz habe sich schon 1866 dahin ausgesprochen, dass ein Sieg Österreichs ein Unglück wäre.

[35] Der Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Der Ausfall der Wahlen": Dem Vernehmen nach habe ein Teil der Volkspartei für Storz gestimmt; Nr. 163, 15. Juli 1868 „Aus Tuttlingen" betont ebenfalls Storz' Nähe zur VP, er werde auf keinen Fall in eine feindliche Stellung zur VP treten.

[36] Deutsches Volksblatt Nr. 162, 14. Juli 1868.

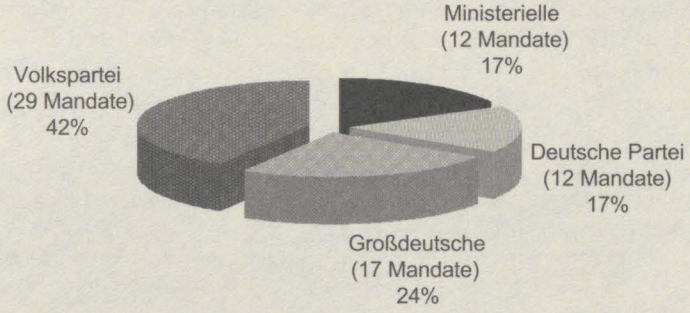
[37] Heinrich (von) Sick (1822–1881), 1848/49 Mitglied im Stuttgarter Volksverein, Stadtrichter in Stuttgart, 1862–1872 Oberbürgermeister von Stuttgart, 1872–1881 Innenminister; Landtagsabgeordneter für Stuttgart/Stadt 1868–1872, Landtagsvizepräsident 1871–1872; Landtagsabgeordneter für Blaubeuren 1875–1881; Schw. Kronik (1881), S. 1926; Staatsanzeiger (1881), S. 1722; Elben, Lebenserinnerungen, S. 117; Brandt, Parlamentarismus, S. 788, Anm. 226; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 865.

[38] Georg (von) Schneider (1816–1893), Kameralverwalter, seit 1865 Finanzrat, seit 1869 Oberfinanzrat in Stuttgart; 1881–1886 Direktor des Statistischen Landesamtes; Landtagsabgeordneter für Brackenheim 1862–1876; Schw. Kronik (1893), S. 57; Staatsanzeiger (1893), S. 47;

betonten, dass die Deutsche Partei ihn sich nicht zurechnen dürfe[39]. Die Grenzen zwischen den politischen Richtungen sind also damals gelegentlich durchaus fließend[40] und zudem abhängig vom Standpunkt des Betrachters und vom Zeitpunkt der Betrachtung[41].

Die Wahlsieger lassen sich nach ihren Wahlaussagen folgendermaßen politisch zuordnen[42]:

Diagramm 1 a: Die Mandatsverteilung aufgrund der Landtagswahlen vom Juli 1868



Die Wahlen in den Oberämtern Riedlingen und Ellwangen/Amt wurden jedoch wegen Formfehlern bzw. unzulässiger Einwirkungen auf die Wähler annulliert, zwei siegreiche Bewerber schlossen sich in der Abgeordnetenkammer der DP-Fraktion

---

Raberg, Biographisches Handbuch, S. 814f.; Schneider wurde von der DP unterstützt: SVZ Nr. 147, 27. Juni 1868, S. 622; SVZ Nr. 162, 15. Juli 1868, S. 686.

[39] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Anbringen des Gesamtministeriums (14. Juli 1868) betr. das Ergebnis der Landtagswahlen.

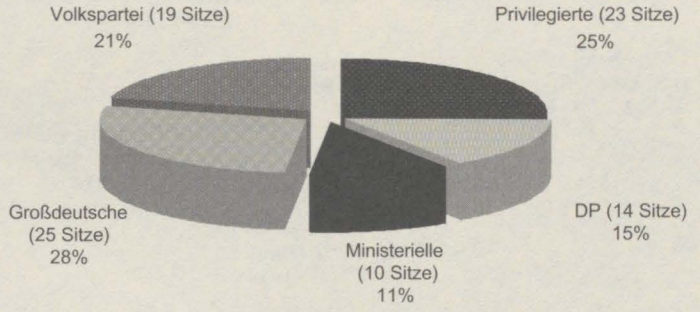
[40] Christian Single (1816–1869), Weingärtner und Gemeinderat in Stuttgart, Vorstand der im Frühjahr 1868 gegründeten Weinbauschule in Weinsberg (zu Single: K. Lang, Landwirtschaftsverwaltung, S. 70ff.); Single kandidierte im Wahlkreis Besigheim gegen Karl Mayer, nach dem Bericht des Oberamtmanns auch von den Pietisten unterstützt (HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8; auch Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 267), als ausgewiesener Vertreter der Landwirtschaft (Neckar- und Enzbote, Nr. 74, 27. Juni 1868, S. 295f., 299f.); der „Beobachter" ordnete ihn der Regierungspartei zu. Am selben Tag schlug ihn der Volksverein von Winnenden als gemeinsamen Kandidaten der Volkspartei im Wahlkreis Waiblingen vor, von Österlen, Niethammer, Tafel etc. empfohlen; man stelle ihn auch deswegen auf, *weil er damit zugleich unserem Carl Mayer den Bezirk Besigheim überließ* (Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamtsbezirk Waiblingen, Nr. 51, 27. Juni 1868, S. 201); Single entsprach dieser Erwartung jedoch nicht. Österlen trat in der Folge mit eben dieser Begründung den geordneten Rückzug an und rückte von seiner Empfehlung ab. – Hermann Niethammer (1835–1876), Neffe Kerners, „Germania" Tübingen Jg. 1854, Rechtskonsulent in Stuttgart; Landtagsabgeordneter für Weinsberg 1868–1870. – Gottlob Tafel (1801–1874) „Germania" Tübingen Jg. 1817; 1824 als Demagoge auf dem Asperg; Rechtsanwalt in Stuttgart; Mitbegründer und Haupteigentümer des „Beobachters"; Abgeordneter des Frankfurter Vorparlaments; Landtagsabgeordneter für Schorndorf (1833), 1848–1849, für Welzheim 1849, 1850, 1851–1855, 1864–1868; Zollparlamentsabgeordneter für Weinsberg, Neckarsulm etc. 1868–1870; siehe: Hirth's Deutscher Parlaments-Almanach 7 (1868), S. 220f.

[41] Brandt, Parlamentarismus, S. 780, Anm. 205.

[42] Rapp, Württemberger, S. 304ff.; Brandt, Parlamentarismus, S. 780ff.

und nicht den Ministeriellen an und zehn der 29 demokratischen Abgeordneten traten während bzw. nach der ersten Landtagssession aus der VP-Fraktion aus[43], so dass sich am Ende des Jahres 1868 das Kräfteverhältnis unter den 23 Privilegierten und 70 (68) Volksvertretern in der württembergischen Abgeordnetenkammer als Pattsituation darstellte:

Diagramm 1 b: Die Sitzverteilung in der württembergischen Kammer der Abgeordneten Ende Dezember 1868



Außer für eine betont großdeutsche Politik würde die Regierung aus diesem Landtag für kaum eine Maßnahme die Unterstützung der Mehrheit finden.

Die Berufsstruktur der gewählten Abgeordneten ist von Dieter *Langewiesche*[44] und Hartwig *Brandt*[45] dargestellt und in einigen Punkten durchaus kontrovers ausgewertet worden[46]. Unstrittig zwischen ihnen dürfte jedoch sein, dass im Landtag *die Vertreter von Amt, Besitz und Bildung* dominierten[47]. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1868 habe zwar, wie *Brandt* schreibt, den Landtag institutionell stark verändert, aber seine berufliche Struktur doch nur wenig beeinflusst. *Die Begünstigten der Neuerung, Bauern und Handwerker, blieben auch nach der Neuerung so*

[43] Brandt, Parlamentarismus, S. 782ff.

[44] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 225.

[45] Brandt, Parlamentarismus, S. 68.

[46] Als Ergänzung zu Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 372 sei hier auf eigene Erhebungen zur Sozialschichtung derjenigen hingewiesen, die sich zwischen 1867 und 1870 öffentlich zur DP zu bekennen wagten. Es dürfte sich bei ihnen meist um Mitglieder der lokalen DP-Vereine gehandelt haben. Bei 1420 Männern (von 1532) ließen sich die Berufsangaben ermitteln, hinter 41 Gemeinde-/Stadträten dürften sich meist noch Kaufleute, Fabrikanten etc. – Angehörige der Führungsschicht – verborgen haben. Kaufleute: 22–25%; Fabrikanten 15–20%; handwerkliche Berufe: 8–10%, mit fließender Grenze zu den Fabrikanten und Kaufleuten. Innerhalb der Handwerker: 1/3 Bäcker und Konditoren; meist selbstständige Handwerker (von 9 Maurern sind 8 ausdrücklich als Meister bezeichnet); Brauer, Brenner, Wirte: 7%; Landwirte: 4–5% (davon etwa 50% „Gutsbesitzer"), Ärzte und Apotheker: 5%; Rechtsanwälte, Lehrberufe und Stadtschultheißen/Schultheißen: je ca. 3,5%; hohe Beamte/Direktoren: 1,8%; öffentl. Diener (Oberamt): 1,1%; Kommunalbeamte: 6,5%.

[47] Brandt, Parlamentarismus, S. 75.

schwach repräsentiert wie zuvor[48]. Wer diese Diskrepanz zwischen der Struktur der Wählerschaft und der der gewählten Abgeordneten beleuchten will, tut gut daran, den Prozess der Kandidatenauswahl vom Wahlakt bis hin zu den Anfängen zurückzuverfolgen. Die Erklärung nämlich, dass die Mehrzahl der Wähler *jene Kandidaten zu Abgeordneten wählte, die bereits ein Stück Obrigkeit darstellten*[49], impliziert, dass sich den Wählern überhaupt entsprechende Alternativen boten, aus denen sie auswählen konnten. Es ist somit nicht nur zu fragen, warum sich nicht mehr Handwerker und Bauern zu einer Landtagskandidatur bereit fanden, sondern vor allem auch, welcher Personenkreis die Kandidatenfindung maßgeblich beeinflussen konnte.

Die Kandidatenaufstellung ging im Jahre 1868 bekanntlich in sehr vielfältigen, heute meist nicht mehr nachvollziehbaren Formen vonstatten[50]. Auch jene typischen Wählerversammlungen *zum Zweck der Erforschung der Stimmung des Bezirks*[51], die angeblich der Kandidatenfindung dienen sollten, erweisen sich bei genauerer Betrachtung oft schon als Teil einer Wahlkampfstrategie: Interessierte Gruppen beriefen sie ein und präsentierten ihren Kandidaten als vorgeblichen Vertreter aller Interessen; konkurrierende Gruppen schlugen einen eigenen Bewerber vor oder veranstalteten ihre Versammlung gleich auf eigenem Territorium, wo die Zustimmung der Anwesenden gesichert schien. Dem eigentlichen, öffentlichen Nominierungsakt durch eine solche Wählerversammlung oder die Amtsversammlung sind also in der Regel noch private und vertrauliche Sondierungen und Verhandlungen vorangegangen. Die Quellen erlauben einen tieferen Einblick in einige dieser Vorgänge.

Aus Besigheim schrieb etwa am 12. Juni 1868 Oberamtspfleger Carl Seeger[52] an Julius Hölder, dass nach Hölders Hinwendung zu Preußen seine früheren Anhänger unentschlossen seien; niemand, nicht einmal Sonnenwirt Schmid sei bereit, ihn zur erneuten Kandidatur schriftlich aufzufordern[53]. Aus den Reihen der Deutschen Partei im Oberamt wurde Hölder dann doch um eine Kandidatur gebeten; Hölder selbst sah die Bewerbung zwar als aussichtslos an, er ließ sich aber zunächst umstimmen, um zwei Tage später endgültig zurückzutreten, nachdem er aus Göppingen zur Kandidatur eingeladen worden war. Dort aber trat zunächst ein lokaler Rivale aus dem eigenen Lager gegen ihn auf, der dann jedoch in einen anderen Wahlkreis überwechselte und loyal versuchte, die Bauern zur Wahl Hölders zu bewegen[54].

---

[48] Ebd., S. 69.

[49] Ebd., S. 76.

[50] Runge, Volkspartei, S. 143ff.; Brandt, Parlamentarismus, S. 166f.

[51] So eine charakteristische Formulierung aus dem „Glems- und Filderboten", Nr. 77, 4. Juli 1868, S. 312.

[52] Kaufmann in Besigheim, seit September 1867 im Landeskomitee der DP, Vertrauensmann.

[53] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 311; für das Folgende: Stück 275, 316, 312 und Stück 255; vgl. dagegen die Darstellung in der Schwäbischen Kronik, Nr. 155, 1. Juli 1868, S. 1846.

[54] Es war dies Karl Adam Paul Braunmüller (1824–1892), Gutsbesitzer von Waldeck (Schaafhof) und Vorstand der Wanderversammlung württembergischer Landwirte; er übernahm die Kandidatur gegen Franz Hopf in Vaihingen. Vgl. Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 300 und Stück 294, Brief Braunmüllers an Hölder, 17. Juni 1868. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1625 (Beilage): Nach den Worten eines Mitgliedes der Wanderversammlung war Braunmüller *der*

Die Kandidatur Karl Mayers im Oberamt Besigheim war dagegen schon im Mai 1868 vorbereitet worden. Der Besigheimer Demokratenführer und Redakteur des „Neckar- und Enzboten", Gottlob Müller, und sein Freund, der Bietigheimer Kaufmann und Stadtrat Friedrich Grimm[55], hatten sich zunächst mit anderen führenden Demokraten des Oberamts abgesprochen: *Sie zogen am folgenden Sonntag miteinander auf den Asperg* - Mayer verbüßte dort gerade eine Haftstrafe wegen Beleidigung des preußischen Königs – *und leiteten dort im Wallgraben der Festung eine Landesausschußsitzung ihrer Partei in die Wege, die die Kandidaten aufstellte. Mayer wurde hiezu freigelassen*[56].

Von der akuten Gefahr einer Gegenkandidatur aus dem eigenen Lager durch einen Landwirt auch gegen Robert Römer in Geislingen berichtete Rechtskonsulent Kleinknecht aus Göppingen[57] dem Landeskomitee der Deutschen Partei Anfang Juni 1868; er werde sie aber verhindern[58]. Tatsächlich verzichtete dieser Konkurrent auf einer gemeinsamen Wählerversammlung öffentlich zu Gunsten Römers, was der Korrespondent des „Deutschen Volksblattes" als Bündnis gegen den „ultramontanen" Kandidaten Joseph Bucher interpretierte[59].

Aus der Deutschen Partei in Reutlingen wurde von einem „bedauerlichen Zwischenfall" berichtet, der nicht bereinigt werden konnte. Während der bisherige Abgeordnete Heinrich Finckh[60] noch als Kandidat im Gespräch war, bewarb sich Oberamtsrichter Georg Ankelen um die Kandidatur, wohl vom Landeskomitee der DP empfohlen und gestützt von seinen Reutlinger Verwandten[61]. Finckh verzichtete da-

---

Vorkämpfer für die landwirtschaftliche Organisation und hatte Ende 1866 im „Schwäbischen Merkur" einen Artikel zu dem Thema veröffentlicht.

[55] Friedrich Grimm (1831–1904); vgl. Roemer, Bietigheim, S. 217.

[56] Roemer, Bietigheim, S. 220, nach einem Artikel, den Gottlob Müller 40 Jahre später in seiner Zeitung veröffentlichte. – Kandidaten wurden meist nicht vom Landeswahlkomitee der Volkspartei aufgestellt. – Mann, Die Württemberger, S. 383 siehe unter: „Mayer, Karl (junior)" spricht irrtümlich davon, dass Mayer 1868 Landtagsabgeordneter von Esslingen gewesen sei.

[57] Eberhard Kleinknecht (1822–1897), Rechtsanwalt in Göppingen, Mitbegründer und langjähriger Vorstand der DP in Göppingen, seit September 1867 im Landeskomitee der DP und Vertrauensmann.

[58] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 384.

[59] Deutsches Volksblatt Nr. 156, 7. Juli 1868; Dr. Joseph Bucher (geb. Oeffingen/OA Cannstatt 20. April 1829) war Redakteur des Deutschen Volksblattes; ab 1. Juni 1874 für die Augsburger Allgemeine Zeitung in Augsburg tätig, zog er im September 1882 mit der AAZ nach München um (Auskunft durch das Stadtarchiv Augsburg).

[60] Heinrich Finckh (1819–1888), Kaufmann, Fabrikant und Gemeinderat; Landtagsabgeordneter 1867/68, 1870–1876; aus einer der ältesten und einflussreichsten Reutlinger Familien; Mosthaf, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern, Bd. I, S. 172 verwechselt ihn mit Carl Friedrich Finckh (1806–1869); vgl. Deutsches Geschlechterbuch, Bd. 34, S. 168; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 205f.

[61] Johann Georg Ankelen (geb. 21. Januar 1818) war der Schwiegersohn des Kaufmanns Philipp Jakob Knapp („Eisen-Knapp", Älterer Unterzweig), dessen Großneffe, Wilhelm Knapp (1829–1897) war einer der Mitbegründer der DP und Mitglied des Landeskomitees; vgl. Nl Hölder Fasz. XI, Stück 289, 288; Deutsches Geschlechterbuch, Bd. 41 (1927), S. 328, 332f.; vgl. auch: Beobachter Nr. 129, 5. Juni 1870.

raufhin, und seine Anhänger in der DP nahmen anscheinend verstimmt an der Wahl nicht teil.

Die Kandidatur Wilhelm Vollmers[62] in Laupheim für die Volkspartei wurde nach dem Bericht des Oberamtmanns durch einen befreundeten Pfarrer und den Stadtschultheißen, beide an der Spitze des katholischen Bürgervereins stehend, durchgesetzt und durch den Bürgerverein unterstützt[63].

Im Oberamt Crailsheim versuchte die Regierung, die Kandidatur eines Oppositionellen, der dem ministeriellen Bewerber, Otto Sarwey[64], gefährlich werden konnte, zu verhindern, während sich der Betroffene und seine Wahlhelfer darum bemühten, den amtlichen Pressionen die Wirkung zu nehmen. Am 10. Juni hatte sich Oberkonsistorialrat Demmler bei Bezirksschulinspektor Betz von Gröningen erkundigt, ob Andreas Abelein[65], Schullehrer in Gröningen, wieder wie 1864 gegen den ministeriellen Kandidaten Otto Sarwey[66] kandidieren werde, was Betz entschieden verneint hatte[67]. Drei Tage später wurde Abelein jedoch von Freunden und Gesinnungsgenossen im Amtsblatt[68] zur Kandidatur aufgefordert, nachdem schon im „Beobachter" eine entsprechende Notiz erschienen war[69]. Als Abelein die Kandidatur öffentlich übernahm und sich wiederum mit nur wenigen Abweichungen zum Programm des „Beobachters"[70] bekannte, stellte ihn der Bezirksschulinspektor zur Rede und hielt ihm vor, *dass es sich mit seinem Beruf als Lehrer nicht vertrage, als Anhänger der Volkspartei öffentlich aufzutreten.* Auf ausdrückliche Anweisung Demmlers wurde Abelein einige Tage später noch einmal *mit allem Ernst auf das Bedenkliche seines Vorlebens aufmerksam gemacht; insbesondere ihm nahe gelegt, welchen Undank die*

---

[62] Dr. Wilhelm Vollmer (1828–1887), Schriftsteller in Stuttgart, Redakteur der Augsburger Allgemeinen Zeitung; kath.; Landtagsabgeordneter für Laupheim 1868–1876; siehe auch: Schwäbische Lbb. I (1940), S. 539–545; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 959.

[63] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 471–466; Bericht des Oberamts betr. angebliche Wahlumtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Laupheim, 17. September 1868; Runge, Volkspartei, S. 123; Deutsches Volksblatt Nr. 152, 2. Juli 1868 „Laupheim, 29. Juni" und die Gegendarstellung Vollmers zu einem Bericht im Staatsanzeiger, Nr. 159, 10. Juli 1868 „Laupheim, 7. Juli", vgl. auch Staatsanzeiger Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1599f. und Nr. 167, 16. Juli 1868, S. 1733.

[64] Nach dem Bericht des „Beobachters" Nr. 174, 28. Juli 1868 „Zu den Wahlen. Aus Crailsheim" hatte Oberamtmann Schweizer Sarweys Kandidatur lanciert; Brandt, Parlamentarismus, S. 166 spricht zu Recht von *gestrigen Verhältnissen.*

[65] Andreas Abelein (geb. 17. April 1824), verheiratet, 2 Kinder.

[66] Otto Sarwey (1825–1900), Dr. jur.; Rechtskonsulent und Gemeinderat in Stuttgart; Mitbegründer und Aufsichtsratsmitglied der Württembergischen Hypothekenbank (siehe: Pohl, Baden-Württembergische Bankgeschichte, S. 86f.); 1869 Obertribunalrat; 1870 wirkl. Staatsrat; 1885 Kultusminister; Landtagsabgeordneter für Sulz 1856–1861; für Crailsheim 1864–1876; Reichstagsabgeordneter für Gmünd, Göppingen, Schorndorf, Welzheim 1874–1877; Mitglied der Kammer der Standesherren 1883–1890; Brandt, Parlamentarismus, S. 675, Anm. 228; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 758ff.

[67] LKAS A 26, Nr. 150 Bezirksschulinspektor Betz an Oberkonsistorialrat Demmler, Gröningen 24. Juni 1868.

[68] Amts- und Intelligenzblatt für das Oberamt Crailsheim, 13. Juni 1868, S. 286.

[69] Nr. 135, 12. Juni 1868 „In Crailsheim".

[70] Beobachter Nr. 154, 4. Juli 1868 „Aus Crailsheim, 30. Juni".

Lehrer auf sich [lüden], *eine Regierung zu bekämpfen, welcher sie so vieles zu verdanken* hätten[71]. Trotz dieser Warnungen, ja Drohungen hielt Abelein seine Kandidatur aufrecht und wurde dabei zwar vom „Beobachter"[72], nicht aber durch den Crailsheimer Volksverein[73] gefördert, der sich von Abelein übergangen fühlte[74]. Hinter seiner Kandidatur standen vielmehr *einflussreiche Wirte und Bauern*[75], *mit welchen Abelein als Bauernsohn und Angehöriger des Bezirks schon seit langem in genauer Bekanntschaft* stand; auch viele Lehrer, *bei welchen er als Vorstand des Lehrervereins großes Vertrauen* genoss, hätten für ihn Partei ergriffen[76]; Abelein selbst erklärte, er sei von einigen Freunden in Rechenberg und Jagstheim, wo er von 1853–1859 Unterlehrer gewesen war[77], zur Kandidatur aufgefordert worden; Ehre und Pflicht geböten ihm die Zusage, er werde aber für sich keine Schritte tun[78]. In diesem Sinne hatten Abeleins Freunde und Gesinnungsgenossen bereits die Meldung des „Beobachters" berichtigt: Sie hätten sich in den letzten Wochen schriftlich und mündlich dahin vereinbart, für Abelein zu stimmen und zu wirken; das sei aber völlig ohne Vorwissen Abeleins geschehen[79]. Auch dieser betonte öffentlich, dass er ohne sein Zutun aufgestellt worden sei: *Es wird nun aber auch kein Mensch beweisen* [sic!] *können, dass ich ir-*

---

[71] Bezirksschulinspektor Betz an Oberkonsistorialrat Demmler, Gröningen 24. Juni 1868 (wie Anm. 67).

[72] Dessen Bericht in Nr. 174, 28. Juli 1868 beschreibt das Vorgehen des Schulinspektors sehr treffend.

[73] Runge, Volkspartei, S. 76 datiert die Gründung eines Volksvereins in Crailsheim auf den 3. Oktober 1869; der Gröninger Pfarrer und Bezirksschulinspektor J. Betz, der im Bezirk seit 20 Jahren tätig war, berichtet hingegen schon am 24. Juni 1868 ausdrücklich von einem Volksverein in Crailsheim (wie Anm. 67).

[74] Beobachter Nr. 143, 21. Juni 1868 „Aus Crailsheim, 14. Juni 1868"; die Crailsheimer VP hatte wahrscheinlich mit Friedrich Retters Auftreten gerechnet; vgl. auch Deutsches Volksblatt Nr. 136, 13. Juni 1868 „Von der Crailsheimer Hardt, 11. Juni" und Schw. Kronik Nr. 158, 4. Juli 1868, S. 1881, „Crailsheim, d. 29. Juni"; Beobachter Nr. 174, 28. Juli 1868 „Aus Crailsheim"; SVZ Nr. 164, 17. Juli 1868, S. 694 „Crailsheim. 14. Juli".

[75] Wenn Abelein tatsächlich ca. 400 fl. für den Wahlkampf, speziell für freie Getränke der Wähler, aufgewendet hat, wie der Oberamtmann ausdrücklich als „allgemeines Gerücht" berichtet (HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 51–54, Bericht des Oberamts betr. die Wahlumtriebe, Crailsheim, 28. September 1868, vgl. auch Brandt, Parlamentarismus, S. 168), so dürften diese Mittel im Wesentlichen von diesen Männern stammen; es handelte sich aber um einen vergleichsweise geringen Betrag: Im Oberamt Nagold sollen *die Schenkpatrioten* (d.h. Geigle und seine Verwandten) *2–3000 fl. dem teuren Vaterlande zum Opfer gebracht haben*, vgl. SVZ Nr. 160, 12. Juli 1868 und Nr. 262, 15. Juli 1868, S. 686.

[76] Diesen Aspekt strich Oberamtmann Schweizer [Josef Schweizer (1820 – nach 1882), kath., 1858–1861 Sekretär bei der Kreisregierung Ellwangen, Oberamtmann in Crailsheim 1861–1873, in Mergentheim 1873–1882; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 522] in seinem Wahlbericht besonders (wie Anm. 75) heraus.

[77] LKAS A 26, Nr. 150 Vortrag Bitzers im Konsistorium, 16. Dezember 1881.

[78] Ebd., Bezirksschulinspektor Betz an Oberkonsistorialrat Demmler, Gröningen 24. Juni 1868 und Betz an das Konsistorium, 24. Juni 1868.

[79] Amts- und Intelligenzblatt für das Oberamt Crailsheim, 13. Juni 1868, S. 286, dieser Teil fett gedruckt.

gend einen Schritt getan oder ein Wort gesprochen hätte, damit mein Name wieder für die bevorstehende Wahl genannt würde[80]. Abeleins Schulaufsichtsbeamter attestierte ihm dagegen *unbegrenzten* und *ungeheuren Ehrgeiz*, der ihn so verblendet habe, dass er alles daran setzen wolle, *um die süße Frucht einer Abgeordnetenstelle zu pflücken, nach welcher sein Herz seit langem* gelüste *und welche seit Jahren der Gegenstand seines heißesten Sehnens und Hoffens* sei[81]; und Abeleins Crailsheimer Parteigenossen empfanden dessen *großes Selbstgefühl* als hinderlich[82].

Diese Einschätzungen lassen zweifeln, dass Abelein tatsächlich so unbeteiligt am Zustandekommen seiner Kandidatur gewesen war, wie öffentlich demonstriert wurde. Seine Zurückhaltung wirft aber ein bezeichnendes Licht auf die Umstände, die die Kandidatur eines kleinen Beamten begleiteten, wenn er für die falsche Partei eintrat. Schon anlässlich seiner Kandidatur gegen den ministeriellen Bewerber im Jahre 1864 war Abelein dienstlich verwarnt worden[83]. Er wusste also, dass er bei einer erneuten Kandidatur wiederum erheblichem Druck durch die Schulaufsicht, wahrscheinlich auch Disziplinarmaßnahmen – *bitteren Erfahrungen*, wie der Bezirksschulinspektor formulierte[84] – ausgesetzt sein würde[85]. Man konnte diesen Druck verringern, wenn man keine Angriffspunkte bot, und so hielt sich Abelein im Hintergrund, übte seine Dienstpflichten gewissenhaft aus und vermied besonders, in seinem unmittelbaren

---

[80] Amts- und Intelligenzblatt für das Oberamt Crailsheim, 16. Juni 1868, S. 289.

[81] LKAS A 26, Nr. 150 Bezirksschulinspektor Betz an Oberkonsistorialrat Demmler, Gröningen 24. Juni 1868.

[82] Beobachter Nr. 143, 21. Juni 1868 „Aus Crailsheim, 14. Juni 1868"; im „Staatsanzeiger" Nr. 159, 7. Juli 1868, S. 1650 „Aus Crailsheim" heißt es, Abelein sei *aus eigener Berufung* aufgetreten, seine *Anmaßung* habe ihn großen Teilen selbst seiner eigenen Partei entfremdet; nach der Wahl machte der Beobachter (Nr. 162, 14. Juli 1868 „Aus Crailsheim") die *Gleichgiltigkeit der Parteigenossen* und den *althergebrachten Zwiespalt zwischen Stadt und Land* für Abeleins knappe Niederlage verantwortlich; Staatsanzeiger Nr. 159, 7. Juli 1868, S. 1650.

[83] LKAS A 26, Nr. 150 Vortrag Bitzers im Konsistorium, 16. Dezember 1881; hier wird auf einen Erlass des Kultusministers vom 14. September 1864 verwiesen.

[84] Ebd., Bezirksschulinspektor Betz an Oberkonsistorialrat Demmler, Gröningen 24. Juni 1868.

[85] Tatsächlich wurden gegen sechs evangelische Lehrer, darunter auch Abelein, disziplinarische Untersuchungen eingeleitet, Abeleins Alterszulage von 25 fl. zum 1. Juli 1868 wurde anfangs einbehalten; Disziplinarmaßnahmen wurden zunächst auf Weisung des Ministeriums als politisch inopportun hinausgeschoben, ein Jahr später vom Konsistorium wegen des zeitlichen Abstands abgelehnt – eine Kurzfassung der Personalakte Abeleins mit diesen Vorgängen: LKAS A 26, Nr. 150 Vortrag Bitzers im Konsistorium, 16. Dezember 1881. – Entsprechende Vorgänge um die katholischen Lehrer Johannes Uhl (siehe unten, S. 184ff., 311ff.) und Zephyrin Steidle (siehe unten, S. 189ff.) sind wahrscheinlich durch Kriegseinwirkung verloren gegangen (Auskünfte der Staatsarchive Ludwigsburg und Sigmaringen). Eine Korrespondenz aus Marbach (SVZ Nr. 164, 17. Juli 1868 und Nr. 165, 18. Juli 1868, jeweils Frontseite) stellte heraus, dass Oberreallehrer Daiber aus Cannstatt, der bei der Zollparlamentswahl für Reyscher eingetreten war, vom Kultusminister verwarnt worden sei, dagegen könne der Esslinger Reallehrer Raff in Marbach ganz ungeniert für Wilhelm Weith (VP) wirken. 1876 wurde der Schullehrer Ramminger aus Dietingen, Oberamt Rottweil, mit einer Ordnungsstrafe von 6 Mark belegt, nachdem er den Schulkindern ein Flugblatt der *ultramontanen Landespartei* gegen von Boscher zur Verteilung mitgegeben hatte; HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 10, Wahlumtriebe: Oberamt Rottweil.

Umfeld Wahlkampf zu betreiben, wenn auch der Bezirksschulinspektor argwöhnte, dass Abelein mit seinen Freunden über Briefe verkehrte[86]. Hatte mancher am Anfang noch über Abeleins Kandidatur gelacht[87], so musste man ihm am Ende wenigstens Respekt dafür zollen, dass er, der kleine Schullehrer, dem Druck standgehalten hatte[88] und schließlich nur sehr knapp geschlagen wurde[89].

Die Oberamtmänner von Cannstatt, Weinsberg und Oberndorf waren ihren eigenen Berichten zufolge die Drahtzieher hinter den Kandidaturen von Johann Ludwig Lemppenau, Friedrich Seyffer und Friedrich Franz Platz[90]. Aus Cannstatt meldete der Oberamtmann, er habe mit seinem Kandidaten ziemlich leichtes Spiel gehabt, nachdem die Volkspartei wohlweislich auf eine Kandidatur verzichtet hatte. Oberamtmann Schubart[91] von Oberndorf teilte dem Innenministerium mit, er habe sich am 14. Juni mit Platz geeinigt, *daß er von Wahlmännern des Bezirks aufgefordert werden müsse, als Kandidat aufzutreten.* Die entsprechende Aufforderung sei von ihm und Postinspektor Bölz entworfen worden. Oberamtmann Bürger[92] setzte im Oberamt Weinsberg seinen Favoriten, Friedrich Seyffer[93], gegen mehrere konservative Interessenten durch, namentlich auch gegen den Schultheißen von Unterheimbach, Frisch, der für sich eine Empfehlung der Kreisregierung in Ludwigsburg und die Unterstützung durch den scheidenden Abgeordneten Troll[94] erreicht hatte[95]. Für Rottenburg wurde berichtet, *nirgends dürfte der Druck von oben herunter größer gewesen sein*, der Oberbeamte sei der Oberwerber für den ministeriellen Kandidaten

---

[86] LKAS A 26, Nr. 150 Bezirksschulinspektor Betz an Oberkonsistorialrat Demmler, Gröningen 24. Juni 1868.

[87] Ebd., Bezirksschulinspektor Betz an das Konsistorium, Gröningen 24. Juni 1868.

[88] Wie Anm. 87: Einem Lehrer wurde vom Oberamtmann bedeutet, seine Konzession als Mehlhändler würde nicht verlängert werden, wenn er weiterhin für Abelein wirke; vgl. die ähnliche Darstellung im Beobachter Nr. 174, 28. Juli 1868 „Aus Crailsheim".

[89] Vgl. Beobachter Nr. 174, 28. Juli 1868 „Zu den Wahlen. Aus Crailsheim", wo die Einflussnahme der verschiedenen Beamten auf die Wahl zusammengefasst ist.

[90] Zu Cannstatt: HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 48–49; siehe unten, S. 97f.; auch: Brandt, Parlamentarismus, S. 166; zu Oberndorf: E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 365–375; siehe unten, S. 252; zu Weinsberg: siehe unten, S. 68, Anm. 352.

[91] Wilhelm Schubart (1808–1884), kath., Oberamtsaktuar in Tuttlingen 1834/40, Rottenburg 1834/35, Nagold 1835–1839, Oberamtmann von Wangen 1842–1850, von Neckarsulm 1850–1858, von Oberndorf 1858–1871, von Ravensburg 1871–1877; Landtagsabgeordneter für Laupheim 1845–1848; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 514f.

[92] Ferdinand Bürger (1804–1870), Oberamtmann von Aalen 1839–1852, von Weinsberg 1852–1870; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 201.

[93] Friedrich Seyffer (auch: Seiffer oder im „Beobachter" ‚Seuffer'), Lammwirt, Ökonom und Gemeinderat in Ellhofen; Nachforschungen zu seiner Person blieben ergebnislos; vgl. auch Staatsanzeiger Nr. 149, 25. Juni 1868, S. 1517.

[94] Johann Karl Friedrich Troll (1801–1868), Stadtschultheiß in Löwenstein; Landtagsabgeordneter für Weinsberg 1851–1868; zu dessen politischer Haltung: Brandt, Parlamentarismus, S. 644; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 931f.

[95] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 514ff. Bericht des Oberamts vom 14. Juli 1868 betr. die Wahlbewegung.

Vogt gewesen, und spottend reimte der Korrespondent des „Beobachters“: *Wie Pallas einst sprang aus Jupiters Hirn,/ so Herr Vogt aus dem Kopfe des Herrn von Kirn.*[96]

In der ministeriellen Partei war die Kandidatur des Oberamtmanns von Heidenheim, Oswald Bockmayer[97], im Wahlkreis Riedlingen von langer Hand vorbereitet worden. Schon zehn Monate vor der Wahl hatten *sich Sympathien für seine Kandidatur kundgegeben*, während Bockmayer an einem landwirtschaftlichen Bezirksfest in Riedlingen, seinem ehemaligen Amtssitz, teilnahm[98]. Als er Anfang 1868 von einem der Riedlinger Honoratioren wegen der Übernahme der Kandidatur gefragt wurde, bat er sich eine offizielle Einladung dazu aus, die *von einer großen Zahl angesehener Wähler aus den verschiedenen Teilen des Bezirks* unterschrieben sein sollte. Ein *einflussreicher Ortsvorsteher* verfasste ein entsprechendes Papier und brachte es in Umlauf; binnen drei Wochen war es von *gegen 200 Wählern aus allen Ständen* unterzeichnet. Bis Ende Mai, also lange bevor der eigentliche Wahlkampf begann, *hatten schon viele Schultheißen für Bockmayer gewirkt; man hatte seine Kandidatur bei Gemeinderatsmitgliedern und bedeutenden Gutsbesitzern zur Sprache gebracht*; neben dem Oberamtmann war auch der Oberamtsrichter in diesem Sinne tätig gewesen[99].

In dem Bemühen, sein Verhalten im Wahlkampf und den hohen Sieg des VP-Kandidaten zu rechtfertigen, schilderte auch der Oberamtmann von Balingen den Prozess der Kandidatenaufstellung sehr ausführlich[100]. Nach seinen Informationen hatte die demokratische Partei im Oberamt die Kandidatur von Louis Schwarz[101] schon lange geplant. Auf den Vorschlag zu einer Bezirkswählerversammlung habe sie sofort zu einer solchen Versammlung nach Lautlingen eingeladen, die fast nur von Demokraten besucht gewesen sei. *Die ganze Komödie war so abgekartet, daß man vermutet, der Bericht darüber habe schon v o r der Versammlung sich unter der Presse be-*

---

[96] Beobachter Nr. 165, 17. Juli 1868 „Rottenburg“; als weitere Beispiele werden im Beobachter Nr. 174, 28. Juli 1868 „Aus Crailsheim“ Crailsheim (Sarwey), Leonberg (Bayha), Künzelsau (Speidel) genannt. – Karl von Kirn (1805-nach 1870), kath., Oberamtmann von Welzheim 1837–1842, von Herrenberg 1842–1848, von Rottenburg 1848–1870; Pensionierung nach Beschwerden wegen nachlässiger Untersuchung gegen einen Schultheißen; ANGERBAUER, Amtsvorsteher, S. 348.

[97] Oswald Bockmayer (1820–1869), kath., Lehrer in Hohenheim 1850–1858; Oberamtmann Riedlingen 1858–1864, dann Heidenheim; er gewann 1869 die Nachwahl in Riedlingen, starb aber am 28. September 1869 vor Eintritt in den Landtag. Vgl. KLEIN, Die akademischen Lehrer, S. 142; ANGERBAUER, Amtsvorsteher, S. 189; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 88.

[98] Er war also ca. 100 km gereist, um an dem Fest teilzunehmen!

[99] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 409–416 Bericht des Oberamts betr. die Art und Weise der Wahlbewegung, Riedlingen 27. Juli 1868; die ausführliche Darstellung dieser Vorgänge dient mit dazu, die überraschende Niederlage Bockmayers gegen Knittel (großdeutsch demokratisch) zu erklären und die Maßnahmen des Verantwortlichen zu rechtfertigen.

[100] HStAS, E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 20–23 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Balingen 19. Juli 1868. Sofern nicht besonders vermerkt, stammen Hervorhebungen in Quellentexten aus den Vorlagen.

[101] Louis Schwarz (1819–1889), Schönfärber, Vorstand des Gewerbevereins und des Volksvereins; Landtagsabgeordneter für Balingen 1868–1888, Reichstagsabgeordneter für Balingen, Rottweil etc. 1874–1887; Hirth's Deutscher Parlamentsalmanach 10 (1874), S. 253; 12 (1877), S. 228; 15 (1884), S. 220; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 849f.

funden. So war also Schwarz' Kandidatur und deren demokratische Legitimierung sichergestellt.

Auf ministerieller Seite stellte sich die Kandidatensuche viel schwieriger dar. Nachdem Rechtskonsulent Nagel[102] entgegen der allgemeinen Erwartung und trotz der *eindringlichen Zusprache* des Oberamtmanns eine erneute Kandidatur abgelehnt hatte, schlug der Oberamtmann auf einer Konferenz mit den übrigen Bezirksbeamten den Stadtschultheißen von Ebingen als Kandidaten vor – ein sehr geschickter Schachzug, den Kandidaten der Volkspartei, Schönfärber Schwarz aus Ebingen, von seinem eigenen Territorium aus zu bekämpfen und die Rivalität zwischen Balingen und Ebingen zu neutralisieren. Der Stadtschultheiß war jedoch nicht zur Übernahme der Kandidatur bereit, und so bemühte sich der Oberamtmann – wiederum vergeblich – um einen hochrangigen Kandidaten von außerhalb, wobei er sogar die Vermittlung von Staatsrat von Scheurlen in Anspruch nahm. Eine Wahlversammlung der Volkspartei in Balingen gab schließlich den Anstoß dazu[103], dass Nagel sich doch noch zur Kandidatur überreden ließ[104], worauf *das Komitee für die Wahl Nagels*, das offenbar bereits vorher ins Leben gerufen worden war, sofort mit dem Wahlkampf begann. Auch der Oberamtmann und die übrigen hohen Beamten unterstützten die Bewerbung Nagels *kräftigst*, indem sie sich *teils mündlich, teils schriftlich an die Ortsvorsteher, an einflussreiche Geistliche sowie an eine größere Anzahl sonstiger Personen* [wandten], *von welchen ein Einfluss erwartet werden konnte.*

Deutliche Anhaltspunkte für Absprachen im Hintergrund erkannte auch der Oberamtmann von Spaichingen. Im Oberamt habe der Wahlkampf mit einer Wählerversammlung des Lehrers Zephyrin Steidle aus Denkingen[105] begonnen, auf der er das Programm der Volkspartei vertreten habe, ohne aber von den Anwesenden unterstützt zu werden. Kurz darauf sei von anderen Wählern des Bezirks Oberamtspfleger Bühler[106] nominiert worden, den auch der Oberamtmann förderte. Zusätzlich traten

---

[102] Johann Friedrich Nagel (1810–1884), Rechtskonsulent und Vorstand des Gewerbevereins in Balingen; Abgeordneter der Paulskirche Februar-Mai 1849; Landtagsabgeordneter 1856–1861; SCHWARZ, MdR, S. 83; vgl. auch BRANDT, Parlamentarismus, S. 142; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 600.

[103] Die Versammlung *gab dem Gewerbeverein (dessen Vorstand RK Nagel ist) sowie außerdem noch einer größeren Zahl von Bürgern Veranlassung, in den RK Nagel zu dringen, sogleich als Kandidat aufzutreten*, wie der Oberamtmann schreibt. Da der Gewerbeverein wohl kaum ohne oder gar gegen seinen Vorstand tätig geworden sein dürfte, stellen die Formulierungen des Oberamtmanns keinen Beweis dar für eine Kandidatur Nagels aus dem Gewerbeverein (vgl. RUNGE, Volkspartei, S. 144, Anm. 3), sondern sie gehören zu den verbreiteten Versuchen, einer Kandidatur eine Legitimation zu verschaffen.

[104] Staatsanzeiger Nr. 156, 3. Juli 1868 „Balingen, 1. Juli".

[105] Zephyrin Steidle, geb. 24. August 1828 (frdl. Auskunft des Bürgermeisteramts Denkingen); die Kandidatur Steidles wurde auch vom „Deutschen Volksblatt" (Nr. 148, 27. Juni 1868 „Vom Heuberge 22. Juni" und Nr. 152, 2. Juli 1868 „Vom Fuße des Heubergs") begrüßt.

[106] Leodegar Bühler (1826–1908), Oberamtspfleger und Oberamtssparkassier, katholisch; Mitte Juni 1868 zum Obmann des Bürgerausschusses gewählt; Landtagsabgeordneter für Spaichingen 1870–1876, 1882–1894; er machte in den 80er-Jahren in Stuttgart Karriere und brachte es bis zum tit. Rechnungsrat; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 108.

für die Volkspartei noch der Sattler und Gemeinderat Merkt aus Wehingen und A. Häring, Bahnhofswirt in Spaichingen[107], als Kandidaten auf; Anton Kupferschmid, der Redakteur des „Heuberger Boten", hatte wegen beruflicher Überlastung eine Kandidatur im Sinne der Volkspartei abgelehnt[108]. Nach dem Bericht des Oberamtmanns habe die Spaichinger Volkspartei[109] dann eine Vorversammlung gehalten, aber keinen eigenen Kandidaten aufstellen können, sie habe statt dessen die aufgetretenen Kandidaten zu einer allgemeinen Wählerversammlung am 29. Juni eingeladen. Da Bühler es vorgezogen habe, eine andere Versammlung zu besuchen, sei er sogar von der Liste der Kandidaten gestrichen worden. Der Oberamtmann berichtet weiter: *Zu jener Versammlung erschien auch – angeblich ungerufen – Obersteuerrat Vayhinger*[110]. Als seine Rede bei den Zuhörern Anklang gefunden habe, sei Steidle von der Kandidatur zurückgetreten[111]; die Geistlichen und die Schulmeister hätten Vayhinger danach im Wahlkampf unterstützt[112].

Auch der „Beobachter" witterte eine Intrige in Spaichingen, wo *eine Menge verdeckter Motive durcheinander und Parteien wie Personen ein höchst langsames Schach gegeneinander* spielten. Das „Deutsche Volksblatt" hätte die in den Reihen der Volkspartei noch offen gelassene Lücke längst bemerkt und ein Projektil schwerster Gattung für Spaichingen vorbereitet: den Obersteuerrat Vayhinger. Seine Kritik richtete der „Beobachter" dann jedoch vor allem gegen *jene Führer des Volks, welche zuerst vor einigen Monaten diesen Obersteuerrat zu einer Volkswahl empfohlen* hatten, gefolgt von einem Aufruf zur Wahl Härings[113]. Unverhüllt treten hier zwischen dem „Beobachter" und Teilen der Spaichinger Volkspartei Meinungsunterschiede zu Tage, die Vayhingers Auftreten als Landtagskandidat beleuchten können. Unmittel-

---

[107] Die Volkspartei führte Häring in ihrem Aufruf zur Landtagswahl (HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 455) als offiziellen Kandidaten auf; er war freilich in den Wochen vor der Wahl auf einer Geschäftsreise als Versicherungsagent: Heuberger Bote, Nr. 77, 3. Juli 1868, S. 319; Beobachter Nr. 154, 4. Juli 1868. Biografische Daten über Häring waren nicht zu ermitteln.

[108] Beobachter Nr. 141, 19. Juni 1868.

[109] Um Rechtsanwalt Ernst Friedrich Dietzsch (1807- nach 1873) und Anton Kupferschmid (1835–1903) Buchhändler, Verleger und Redakteur des „Heuberger Boten" in Spaichingen; Vorstand des Gewerbevereins, der Gewerbebank und der Handwerkerbank; Landtagsabgeordneter für Spaichingen 1877–1882 (RABERG, Biographisches Handbuch, S. 486f.); nach RUNGE, Volkspartei, S. 77 wurde hier aber erst im März 1870 ein Volksverein gegründet.

[110] Wilhelm Vayhinger (1803–1877), „Germania" Tübingen Jg. 1823; 1848 Mitglied des Stuttgarter Volksvereins; Großdeutscher und Demokrat; Protestant; Zollparlamentsabgeordneter für Balingen, Spaichingen etc.; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 946f.

[111] Heuberger Bote, Nr. 76, 1. Juli 1868, S. 312: Er halte es für unwürdig, einen Mann zu bekämpfen, für den er bei der Zollparlamentswahl so eifrig gewirkt habe.

[112] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 443–445 Bericht des Oberamts betr. angebliche Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Spaichingen, 26. Juli 1868; vgl. auch Schw. Kronik, Nr. 157, 3. Juli 1868, S. 1689.

[113] Beobachter Nr. 154, 4. Juli 1868; wörtlich heißt es: *Der Volkspartei in Spaichingen bleibt nun nichts übrig – und darin liegt eine Strafe für diejenigen, welche allzu lange zauderten in der Unterwerfung unter die von der Mehrzahl ihrer Mitbürger längst ausgesprochene Kandidatur –, als dass sie sich alle samt und sonders auf unseren Parteigenossen Häring vereinigen* [...].

bar nach der Spaichinger Wählerversammlung, die von etwa 600 Männern besucht war, hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, Vayhinger sei durch die VP eingeladen worden, was diese energisch dementierte, während der Regierungskandidat in dasselbe Horn stieß[114]. Auch dem Oberamtmann erschien das plötzliche Auftreten Vayhingers als Kandidat am 29. Juni gar nicht zufällig; angesichts der hervorragenden Aussichten des ministeriellen Kandidaten und der misslichen Situation der Volkspartei lassen das Auftreten des Großdeutschen, Zollparlamentsabgeordneten und Fachmanns für Steuerfragen sowie der prompte Verzicht des lokalen Konkurrenten aus dem volksparteilichen Lager eine lenkende Hand im Hintergrund vermuten, zumal die örtliche Volkspartei schon am 2. Juli öffentlich zur Unterstützung Vayhingers aufrief[115], während der „Beobachter" auch noch in der Stichwahl an seiner Ablehnung des Großdeutschen festhielt[116].

Oberamtmann Bürger[117] von Weinsberg schließlich führte die Kandidatur Niethammers[118] auf die Machenschaften Theobald Kerners[119] zurück; dieser habe Niethammers Kandidatur langfristig geplant und *es wurde namentlich das ganze Heer der 1848er Demokraten von Weinsberg in Sold genommen, welche in alle Gemeinden versendet wurden, um speziell Stimmen für Niethammer zu sammeln*[120].

Den angeführten Beispielen aus den verschiedenen politischen Richtungen ist gemeinsam, dass die entscheidenden Weichenstellungen für die Kandidaturen hier – und vermutlich auch in den übrigen Fällen[121] – innerhalb der regionalen oder auch überregionalen politischen Eliten erfolgten, die auf diese Weise ihre Machtposition wiederum absicherten. Wählerversammlungen konnten besonders am Beginn des Wahlkampfes durchaus eine Hürde für den Kandidaten sein, die selbst ein Karl Mayer[122] erst bewältigen musste; die eigentliche Auswahl des Kandidaten lag aber davor[123] und war für die Masse der Wähler nicht zu beeinflussen.

---

[114] Heuberger Bote, Nr. 76, S. 312 und 315.

[115] Ebd., S. 340 und 344.

[116] Brandt, Parlamentarismus, S. 780 wertet diese Ereignisse hingegen als eines von drei Beispielen einer „konkurrierenden Bewerbung innerhalb des Bündnisses" von Volkspartei und Großdeutschen.

[117] Ferdinand Bürger (1804–1870), Oberamtmann von Aalen 1839–1852, von Weinsberg 1852–1870; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 201.

[118] Hermann Niethammer (1835–1876), „Germania" Tübingen Jg. 1854; Rechtsanwalt in Stuttgart; Neffe von Justinus Kerner; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 615f.

[119] Theobald Kerner (1817–1907), Dr. med. in Weinsberg; Sohn von Justinus Kerner; Mitglied des Landeskomitees der Volkspartei 1869/70 und später; Elsassland 18 (1938), S. 305–310; Jahrbuch für die Stadt Weinsberg 13 (1968), S. 143–152.

[120] HStAS E 146, Bü 432, Fasz. 8, Bl. 514ff. Bericht des Oberamts vom 14. Juli 1868 betr. die Wahlbewegung.

[121] Spontane Nominierungen aus einer Wählerversammlung heraus scheinen eher selten zu sein und würden sich bei genauer Betrachtung vermutlich auch meist als vorgeplant erweisen.

[122] Karl Mayer (1819–1889), „Germania" Tübingen Jg. 1837, Redakteur des Beobachters; Organisator und Führer der Volkspartei; Abgeordneter der Paulskirche Juni 1849; Landtagsabgeordneter für Besigheim 1868–1870, für Esslingen 1877–1882; Reichstagsabgeordneter für Crailsheim, Gerabronn etc. 1881–1887; ADB 52, S. 275–279; Schmidt-Buhl, Schwäbische

Wenn die Bewerber Breitenwirkung erzielen wollten – und nach dem neuen Wahlrecht schien das noch wichtiger als nach dem alten –, so mussten sie bestimmte Qualifikationen vorweisen können. Dazu gehörte neben Bildung[124] und Intelligenz, neben Selbstbewusstsein und sicherem Auftreten, Rednertalent usw. bei den lokalen Kandidaten ein gewisser Bekanntheitsgrad im Oberamt durch verdienstvolle Tätigkeit für die Allgemeinheit, als Vorsitzender von wichtigen Vereinen, als Lokalpolitiker; dazu gehörten ebenfalls verwandtschaftliche, freundschaftliche, wirtschaftliche Beziehungen. Die auswärtigen Bewerber mussten zusätzlich noch ihre Verbundenheit mit dem Bezirk, seinen Interessen und spezifischen Problemen belegen[125]. Hohe Staatsbeamte, die nur außerhalb ihres Amtsbezirks kandidieren durften, empfahlen sich zum Beispiel als ehemalige Bezirksbeamte, als im Bezirk Geborene, durch verwandtschaftliche Beziehungen, über die örtlichen Honoratioren und Institutionen; die unbekannteren Kandidaten bedurften zudem der Unterstützung durch solche Politiker, deren Namen schon Programm waren, sie präsentierten sich als erfahrene Fachleute oder Vertreter bestimmter Interessen, die im Bezirk wichtig waren.

Volksmänner, S. 1–7; Runge, Volkspartei, S. 28–30; Brandt, Parlamentarismus S. 715, Anm. 392; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 556f.

[123] Runge, Volkspartei, S. 144f.; dort auch zu den unterschiedlichen Funktionen der Wählerversammlungen.

[124] Staatsanzeiger Nr. 155, 2. Juli 1868, S. 1606: *Geschichtliche, staatsrechtliche und volkswirtschaftliche Studien sind die Grundbedingungen zur intellektuellen Befähigung eines Abgeordneten.* Es geht hier um den Beweis, dass Louis Schwarz, der es in Ebingen trotz aller Anstrengungen nicht einmal zum Gemeinderat gebracht habe, zum Abgeordneten ungeeignet sei.

[125] Exemplarisch fasst Oberamtmann Vogel von Brackenheim diese Eigenschaften positiv gewendet über den ministeriellen Kandidaten Finanzrat Schneider zusammen: Schneider hatte *auch jetzt noch viele warme Anhänger in dem Bezirke, dessen Verhältnisse* [er] *als früherer langjähriger Kameralverwalter in Güglingen und als früherer Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins des Näheren kannte, wozu noch des Weiteren kam, dass derselbe auch nach seiner Versetzung* [sc. nach Stuttgart] *ein besonderes Interesse für den von ihm vertretenen Bezirk an den Tag legte, und* [...] *stets bereit war, auch einzelnen Bezirksangehörigen, welche sich an ihn wendeten, beratend und unterstützend an die Hand zu gehen.* Über den Kandidaten der Volkspartei, Otto Stoll [(1834–1891) „Germania" Tübingen Jg. 1852, Rechtsanwalt in Stuttgart, Sekretär des Landeskomitees der VP], schreibt er u. a.: *Gewiss der höchste Grad der Anmaßung gehörte dazu, ohne besondere Berufung* [...] *den Versuch zu machen, in einem Bezirke, wie der diesseitige, in welchem bisher die Beobachterpartei jedenfalls keinen tiefen Boden hatte, wie denn auch ein Volksverein, von welchem eine Berufung hätte ausgehen können, tatsächlich nicht bestanden hat, überhaupt einen Mann dieser Partei aufzudrängen, und überdies einen Mann, der in dem Bezirk, welcher ihm so Wichtiges anvertrauen solle, eine gänzlich unbekannte Größe ist, der das Volksleben und die Bedürfnisse des Volkes aus eigener Anschauung noch gar nicht kennen gelernt hat, überhaupt im öffentlichen Leben noch gar nicht hervorgetreten ist, und dem die Stelle des Abgeordneten für den diesseitigen Bezirk* [...] *als Belohnung für treu geleistete Dienst als Sekretär des Landeskomitees der so genannten Volkspartei zugedacht wurde* [...]: HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 36–41, Oberamt Brackenheim. – August Ludwig Vogel (1812 – nach 1872) Oberamtmann von Riedlingen 1850–1853, von Brackenheim 1853–1872, danach Ruhestand; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 564.

Durch all diese Anforderungen wurde der Kreis der möglichen Kandidaten von vornherein stark eingegrenzt[126], und dass es sich bei ihnen auch unter dem neuen Wahlrecht nicht um neue Personengruppen, sondern tatsächlich um die Angehörigen der bisherigen politischen Eliten handelte, wird sichtbar, wenn man die Berufsstruktur der Bewerber betrachtet: Von den 161 Kandidaten der Legislaturperiode 1868–70 stammten weit über 95% aus den Bereichen Besitz, Bildung und Beamte[127]. Ihnen standen ganze sechs Bauern gegenüber, die nicht gleichzeitig Schultheißen waren; von den drei Handwerkern unter allen Kandidaten war einer gleichzeitig Bauer und Schultheiß[128], ein weiterer wurde bereits als Fabrikant angesehen[129]. Der Wahlakt selbst konnte dann also das beruflich-soziale Spektrum der Gewählten nicht mehr grundlegend verändern.

Bei Kandidaten und Abgeordneten zeigen sich aber ganz spezifische soziale Profile, wenn man sie den politischen Richtungen zuordnet. Unter den ministeriellen Bewerbern lag die Anzahl der Beamten bei fast 70%, davon die Hälfte Staatsbeamte, jene *Bastion des Regierungsinteresses*[130]. Von den gewählten Abgeordneten dieser Richtung machten die Beamten ebenfalls 70% aus. Wenn es der „liberalen Mittelpartei" tatsächlich nicht gelungen ist, *die große Zahl konservativer bäuerlicher Wähler für das gemäßigt-liberale Regierungsprogramm zu gewinnen*[131], so hat sie möglicherweise durch diese einseitige Kandidatenauswahl maßgeblich selbst dazu beigetragen. Auch die großdeutschen Bewerber entstammten zu fast 60% der Beamtenschaft, freilich mit deutlichem Schwerpunkt bei den mittleren Rängen (Oberamtspfleger) und den (Bauern-) Schultheißen; unter den großdeutschen Abgeordneten machten die Beamten zwei Drittel aus, „Intelligenz" und „Besitz" folgten mit deutlichem Abstand. Der Anteil der Beamten erreichte hingegen bei den Kandidaten und Abgeordneten der beiden liberalen Parteien nur 25–30%. Staatsbeamte fehlten bei der *extremen und regierungsfeindlichen* Volkspartei völlig, sie stellten unter den Bewerbern der DP aber immerhin 10%[132]. Kaufleute, Fabrikanten und Bankiers waren unter den

---

[126] Vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 76.

[127] Staatsbeamte 16,1%; sonstige Beamte 12,4%; Schultheißen 16,1% (zusammen ca. 45%); Kaufleute, Fabrikanten, Bankiers 18,7%; Professoren, Oberlehrer, Redakteure etc. 9%; Rechtsanwälte 13,7%; Gutsbesitzer, Pächter 13%.

[128] Karl Adam Pantle (1825–1884), Zimmermeister, Bauer, Schultheiß von Oberstenfeld; Rentamtmann; Mitglied der Handels- und Gewerbekammer; Versicherungsagent (Angaben lt. Gemeindearchiv Oberstenfeld).

[129] Louis Schwarz (1819–1889), Eigentümer einer Wollfärberei; Stadtrat Ebingen; Landtagsabgeordneter für Balingen 1868–1888; Reichstagsabgeordneter 1874–1887. – Es bleibt dann nur noch Schlossermeister Nägele, der schon in der Paulskirche der einzige Handwerker gewesen war; vgl. Mann, Ferdinand Nägele, besonders S. 352f.

[130] Brandt, Parlamentarismus, S. 69.

[131] Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 119, auch S. 121.

[132] Die Ansicht, hohe Beamte hätten es damals noch nicht wagen können, sich zur DP zu bekennen (Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 160f.), ist schon von Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 374 widerlegt worden; allerdings mussten solche Beamten mit einer Verwarnung „in höherem Auftrag" rechnen (vgl. SVZ Nr. 163, 16. Juli 1868, S. 690 „Aus dem Musterstaat").

Bewerbern und Abgeordneten der VP mit 34 bzw. 32% vertreten[133], bei denen der DP freilich nur mit 15 bzw. 25%; in der Deutschen Partei hatten dafür die Anwälte, Professoren und Redakteure mit 36 bzw. 35% ein Übergewicht (VP: 28 bzw. 25%).

Überraschend hoch ist die Zahl der Gutsbesitzer und Gutspächter. Von den insgesamt 23, die sich um ein Mandat bewarben, standen vier auf ministerieller und drei auf großdeutscher Seite; sie blieben erfolglos. Für die VP traten sieben Gutsbesitzer als Bewerber auf, drei wurden gewählt; die übrigen neun Gutsbesitzer kandidierten – und drei gewannen das Mandat – für die DP, mindestens sechs von ihnen arbeiteten gleichzeitig führend in der Wanderversammlung württembergischer Landwirte mit oder standen ihr nahe[134].

Für die Volkspartei zeigt sich ein deutlicher Schwerpunkt bei den kleinbürgerlich-bäuerlichen Berufen, sofern man die offiziellen Berufsangaben und die Mehrfachnennungen zu Grunde legt. 37 bzw. 46% der volksparteilichen Bewerber und Abgeordneten kämen dann aus diesen Bereichen, gegenüber 9,5 bzw. 8% bei der DP, 18 bzw. 15% bei den Ministeriellen und 25 bzw. 22% bei den Großdeutschen. Da die verfügbaren Informationen über die persönlichen Verhältnisse vieler Kandidaten jedoch sehr beschränkt sind, ist hier große Vorsicht geboten. Friedrich Retter[135], um nur ein Beispiel anzuführen, firmierte offiziell als ehemaliger Posthalter, er war jedoch auch Landwirt und Wirt, dazu ab 1866 ebenfalls noch Wein- und Sandsteinhändler[136], anscheinend eher ein sozialer Aufsteiger als ein Kleinbürger.

Erwähnenswert sind schließlich die drei Schullehrer, die 1868 als Einzige von allen Lehrern des Landes kandidierten, und dann noch für die Volkspartei; sie mussten mit Disziplinarmaßnahmen rechnen[137], wenn ihnen auch ihre öffentliche Stellung als Landtagskandidaten einen gewissen Schutz bot.

---

[133] Nach einem Artikel des „Beobachters" Nr. 247, 23. Oktober 1869 über die Öhringer Wahl hatte die VP bei der Landtagswahl 1868 *hauptsächlich auf die Vertretung industrieller Kreise in der Kammer hingewirkt.*

[134] Braunmüller, Zöppritz (Vorstände); Bayha, Burkhardt, Eduard Happold [(1815–1883) Gutsbesitzer und Posthalter in Ilshofen; frdl. Auskunft des Standesamts Ilshofen; vgl. auch Nl Hölder Fasz. VIII, Stück 266], Julius Speidel (geb. 1828; Gutsbesitzer in Garnberg); Gustav (von) Horn (1807–1886) „Feuerreiter" Tübingen Jg. 1829, 1. Vorstand der Wanderversammlung, Vorstand der Ackerbauschule Ochsenhausen, der in Ulm/Amt als ministerieller Kandidat gewählt wurde, stand ebenfalls der DP nahe (Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 298); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 399; vgl. auch Franz, Bauern in den deutschen Landtagen, S. 34 und 48f.

[135] So bei: von Riecke, Verfassung und Landstände, S. 55; Hermann Heß (1812–1884) firmiert als „Posthalter und Gemeinderat" (ebd. S. 69), war aber tatsächlich auch Wirt, Landwirt und betrieb obendrein noch eine Tonwarenfabrik und eine Ziegelei; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 351f.

[136] „Zur Erinnerung an Friedrich Retter", Ellwanger Jahrbuch (1915/16), S. 83; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 718.

[137] Runge, Volkspartei, S. 79; vgl. auch z.B. LKAS, A 26, Nr. 150 Bezirksschulinspektor J. Betz an das Konsistorium, Gröningen, 24. Juni 1868; siehe oben, S. 27ff.

Die Altersstruktur der Kandidaten, der gewählten Abgeordneten und der Mitglieder der Fraktionen am Ende der Landtagssession ist in Diagramm 2 dargestellt[138]. Es fällt ins Auge, wie sehr sich die Großdeutschen von den übrigen Parteien unterscheiden[139]. Der Anteil der Kandidaten, die jünger als 50 Jahre alt sind, unterschreitet bei ihnen mit 40% den entsprechenden Prozentsatz bei den anderen Parteien erheblich. Das Wählervotum verstärkt diese Tendenz noch: Der Anteil der fünfzig- und sechzigjährigen Abgeordneten ist jeweils größer als derjenigen, die jünger sind als 50 Jahre. Durch Zuzug aus der volksparteilichen Fraktion im Verlaufe der Landtagssession nimmt der Anteil der Jüngeren dann leicht zu. Vom Lebensalter her finden sich also bei den Großdeutschen vorwiegend diejenigen zusammen, die die Revolution von 1848/49 und die Reaktionsjahre bewusst miterlebt hatten, profilierte Volksvertreter mit durchschnittlich fast zehn Jahren Landtagserfahrung, unter ihnen zwei Abgeordnete der Frankfurter Paulskirche[140] und sieben des Zollparlaments[141], insgesamt al-

[138] Stichtag für die Berechnung des Alters ist der 8. Juli 1868; bei drei Bewerbern ließ sich das Geburtsdatum bisher noch nicht exakt ermitteln; die mögliche Abweichung von den Schätzwerten verändert das Diagramm jedoch kaum noch. Es handelt sich dabei in erster Linie um den Landwirt, Wirt und Gemeinderat Friedrich Seyffer in Ellhofen, der im Wahlkreis Weinsberg als ministerieller Bewerber knapp gegen Niethammer (VP) unterlag. Jakob Hoch, Hopfenhändler in Gönningen/OA Tübingen (30 J. gemäß Wählerliste des Oberamts Tübingen, Zollparlamentswahl: StASig Wü 65/36 T 1; als Mitglied einer verzweigten Familie ist seine Identität allerdings unsicher) und Heinrich Heiler, Gutsbesitzer in Horb, waren nicht offiziell aufgetreten und hatten nur marginale Stimmenanteile erreicht.

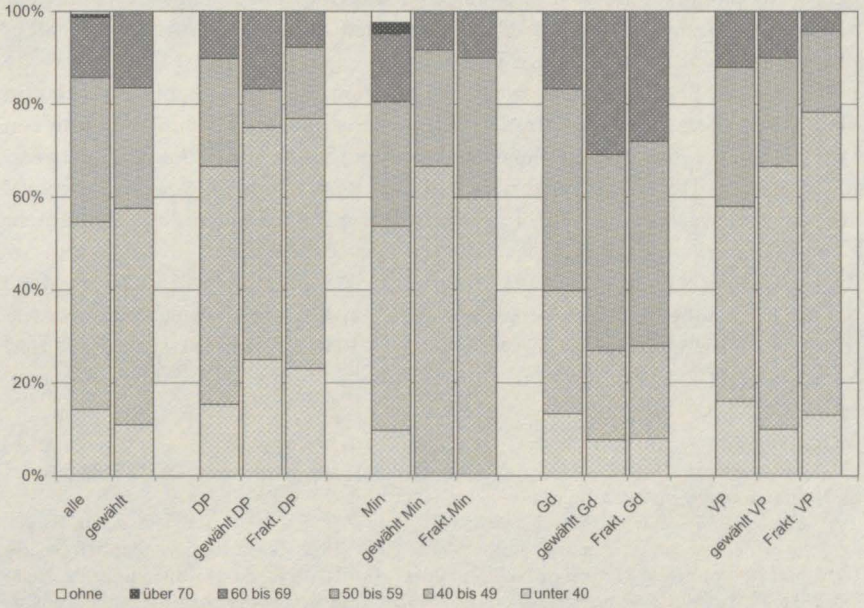
[139] Brandt, Parlamentarismus, S. 783.

[140] Moriz Mohl und Ferdinand Nägele. Moriz Mohl (1802–1888), Dr. jur., bis 1848 Obersteuerrat, Publizist; Landtagsabgeordneter für Aalen 1849/I.–1887; Abgeordneter der Paulskirche 1848/49; Zollparlamentsabgeordneter 1868–1870; Reichstagsabgeordneter für Aalen, Ellwangen etc. 1871–1874; Schw. Kronik Nr. 44 (1888), S. 404f.; ADB 52, S. 430–434; Runge, Volkspartei, S. 20 Anm. 33; Brandt, Parlamentarismus, S. 153, Anm. 86; Westermayer, Politik als Beruf; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 575ff.; Ferdinand Nägele (1808–1879), Schlossermeister, Stiftungspfleger in Murrhardt, Gemeinderat; 1853 zum Stadtschultheißen gewählt, aber nicht bestätigt; Landtagsabgeordneter für Weinsberg 1848/49, für Backnang 1849/50 und 1863–1870; Abgeordneter der Paulskirche 1848/49; Schmidt-Buhl, Schwäbische Volksmänner, S. 56–61; Brandt, Parlamentarismus, S. 700, Anm. 331; Mann, Ferdinand Nägele, S. 349–358; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 599f.

[141] August Becher (1816–1890), „Suevia" Tübingen Jg. 1834; Rechtskonsulent in Ravensburg und Stuttgart; 1848er, 1849 einer der Reichsregenten; Landtagsabgeordneter für Blaubeuren 1847–1849, für Künzelsau 1862–1870, für Besigheim 1877–1890; Zollparlamentsabgeordneter 1869/70 (für Schäffle); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 42f. Wilhelm Erath. Moriz Mohl. Ludwig August Österlen (1819–1893), „Germania" Tübingen Jg. 1837; Schwiegersohn G. Tafels; Rechtskonsulent in Stuttgart; 1848er; Landtagsabgeordneter für Waiblingen 1850/II und III, für Hall 1862–1876; Zollparlamentsabgeordneter für Backnang, Marbach etc. 1868–1870; Schw. Kronik Nr. 51 (1893) S. 426; Staatsanzeiger Nr. 52 (1893), S. 361; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 624ff. Rudolf Probst (1817–1899), seit 1851 Rechtskonsulent in Stuttgart, Direktor der Lebensversicherungs- und Ersparnisbank; Landtagsabgeordneter für Biberach 1849, 1850, 1851–1894; Zollparlamentsabgeordneter für Saulgau, Riedlingen etc. 1868–1870; Reichstagsabgeordneter für Ravensburg etc. 1871–1874; Schw. Kronik (1899), S. 873; Staatsanzeiger (1899), S. 641; Brandt, Parlamentarismus, S. 157, Anm. 96; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 676ff. Wilhelm Vayhinger. Karl Reibel (1824–1895), Kaufmann in Heilbronn, Kommerzien-

lerdings wohl eine aussterbende Gattung, denn der Nachwuchs war auch schon im Jahre 1868 spärlich.

Diagramm 2: Die Altersstruktur der Kandidaten, gewählten Abgeordneten und Fraktionen



Auch bei den ministeriellen Bewerbern liegt der Altersdurchschnitt hoch; viele der Älteren, wie der Oberamtmann Heinrich Idler[142], Oberamtspfleger Christian Groß[143], Waldinspektor Christian Nickel[144], aber auch Jakob Friedrich Zeh[145] oder

rat; Landtagsabgeordneter für Heilbronn/Stadt 1866–1870; Zollparlamentsabgeordneter für Heilbronn, Brackenheim etc. 1868–1870; Schw. Kronik (1895), S. 1209; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 704.

[142] Heinrich Idler (1802–1878), Landtagsabgeordneter 1839–1848, 1852–1868; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 409f.; Idler unterlag 1868 deutlich gegen Johann Christian Geiger (1822–1879), Landwirt, Wirt, Bierbrauer in Mehrstetten; Landtagsabgeordneter für Münsingen 1868–1870; Schw. Kronik (1880), S. 33 (VP); BRANDT, Parlamentarismus, S. 669; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 250.

[143] Christian Groß (1799–1892), Oberamtspfleger in Ludwigsburg, Landtagsabgeordneter 1839–1843 und 1851–1868; er unterlag 1868 deutlich gegen Gustav Körner (VP); RABERG, Biographisches Handbuch, S. 288f.

[144] Christian Bernhard Nickel (1794–1879), Landtagsabgeordneter 1851–1868; er gelangte 1868 gegen Haag (DP) und Bachmann (VP) nicht einmal in die Stichwahl; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 616.

[145] Jakob Friedrich Zeh (1807–1875), Oberamtspfleger in Geislingen, Mitbegründer der

Franz Hirzel[146] schienen freilich den Anforderungen des neuen Wahlrechts nicht voll gewachsen[147] und scheiterten, so dass sich der Durchschnitt etwas verbesserte.

Anders als bei den Großdeutschen liegt unter den Ministeriellen das Schwergewicht bei den 40–49jährigen, da die berufliche Karriere zumal der Staatsbeamten, wie es scheint, zu einem gewissen Abschluss gekommen sein musste, ehe eine politische Betätigung möglich war, die wiederum dem beruflichen Fortkommen nützte. Nicht nur in der volksparteilichen Fraktion[148], gerade auch bei den Ministeriellen gab es Ehrgeizige.

Das niedrige Durchschnittsalter der VP-Fraktion von 44,9 Jahren[149] erscheint im Vergleich mit dem der DP-Fraktion so ungewöhnlich nicht zu sein; dem Altersaufbau nach stehen beide nahezu gleich, und der Anteil der Jüngeren unter den gewählten Abgeordneten der Deutschen Partei übertrifft den entsprechenden Prozentsatz der VP deutlich. Wenn sich im Normalfall der Anteil der unter 40-jährigen, der ohnehin recht klein ist, durch den Wahlakt noch verringert, so weicht die DP als Einzige von dieser Regel ab. Unter ihren Kandidaten liegt der Anteil der Jüngsten bei 15,4%, und diese werden sogar auf Kosten der Älteren gewählt. Trotz ihrer relativ geringen Lebenserfahrung galten ehrgeizige Männer wie Eduard Pfeiffer[150], Friedrich Bayha[151] und Karl Joseph Schmid[152] wegen ihres öffentlichen Ansehens schon als wählbar; sie waren, mehr noch als die Namenlosen in der Volkspartei, die Männer der Zukunft.

Oberamtssparkasse, Unternehmer beim Eisenbahnbau, Ehrenbürger der Stadt Geislingen; siehe: Bauer, Geislingen, Bd. 2, S. 264, 268, 273, 364, 537, 540.

[146] Franz Hirzel (1809–1898), „Germania" Tübingen Jg. 1827, Oberamtspfleger in Kirchheim, Wertpapierhändler; Landtagsabgeordneter 1851–1855; Staatsanzeiger Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1599: An der Spitze seines Wahlkomitees stand Stadtschultheiß Johann Georg Heim (1812–1878), der das Oberamt Kirchheim seit 1856 im Landtag vertreten hatte (Raberg, Biographisches Handbuch, S. 340); Hirzel unterlag sehr deutlich gegen Faber (Gd) und Chr. Mayer (DP/VP); vgl. SVZ Nr. 151, 2. Juli 1868 „Vom Lande", gegen Hirzel wird angeführt: Man brauche keinen Abgeordneten, der königlicher gesinnt sei als der König, und aristokratischer sei als der starrste Reichsbaron; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 363f.

[147] Nickel unternahm z.B. keine Wahlreise (Bericht des Oberamts vom 3. August 1868, HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 239–242); der Wahlkampf Idlers zielte nicht auf das Proletariat und war im Einsatz der Mittel dem der VP nicht gewachsen (Bericht des Oberamts vom 18. Juli 1868, Bl. 338–341).

[148] Brandt, Parlamentarismus, S. 783.

[149] Brandt, ebd., errechnet 43,4 Jahre, allerdings ohne die Nachwahlen und anscheinend mit einem anderen Stichtag, so dass Bürk und Schwarz, die einige Monate älter sind als Mayer, mit ihm als gleichaltrig gerechnet werden.

[150] Eduard Pfeiffer (1835–1921), Bankier; Mitglied des ABV Stuttgart, Vorstand des Konsumvereins Stuttgart; Schwäbische Lbb. XV, S. 316; Brandt, Parlamentarismus, S. 781; Hamburger, Juden im öffentlichen Leben, S. 232–235; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 656f.

[151] Friedrich Bayha (1832–1902), Gutsbesitzer in Merklingen, ab 1870 Hotelier in Tübingen; siehe unten, S. 227ff.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 39.

[152] Karl Joseph Schmid (1832–1893), Rechtskonsulent Tübingen, Stadtschultheiß Munderkingen; Oberfinanzrat; Innenminister; Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 59: Hölder urteilte über Schmid: *Er ist eine warme leidenschaftliche, brennend ehrgeizige Natur, der seinen persönlichen Zwecken alles unterordnen würde*; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 798f.

3. Wahlrecht, Wahlkampf, Wahlkultur

a) Das Wahlrecht

Das Verfassungsgesetz vom 26. März 1868, das Kapitel IX der Württembergischen Verfassung abänderte, führte in Württemberg das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht für alle männlichen württembergischen Staatsbürger ein; sie konnten in dem Wahlkreis ihr Stimmrecht ausüben, in dem sie ihren Wohnsitz oder nicht nur vorübergehenden Aufenthaltsort hatten. Von der Ausübung des aktiven Wahlrechts war ausgeschlossen, wer noch nicht volljährig war (d.h. wer das 25. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hatte), wer unter Vormundschaft stand, gegen wen ein Konkurs- (Gant-)verfahren durchgeführt wurde, wem durch ein rechtskräftiges Urteil die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen waren und wer öffentliche Armenunterstützung bezog oder im Jahr zuvor bezogen und noch nicht zurückgezahlt hatte[153]. Eine gültige Wahl kam gemäß Artikel 6 des Verfassungsgesetzes *am ersten Wahltermine nur durch Abstimmung von mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten zu Stande*[154]. Blieb die Wahlbeteiligung darunter, so waren *Ergänzungswahltermine so lange anzuberaumen, bis jene Zahl erreicht war*; die unentschuldigt Ausgebliebenen sollten speziell dazu geladen werden[155] *unter Erhebung einer von dem Wahlvorsteher festzusetzenden Ganggebühr*[156].

Gewählt war der Kandidat, der mehr als die Hälfte der abgegebenen, gültigen Stimmen auf sich vereinigte[157]. Hatte keiner der Bewerber die absolute Stimmenmehrheit erreicht, so musste der Oberamtmann *eine neue Wahl* anordnen, wie es im Gesetzestext heißt[158]; bei dieser *neuen Wahl* konnten sich die Wahlberechtigten dann aber nur zwischen den beiden Kandidaten entscheiden, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten hatten: Es handelte sich also um eine *engere Wahl* oder, wie bei späteren Wahlen um der begrifflichen Klarheit[159] willen gesagt wurde, um eine *Stichwahl*[160]. Eine *Neuwahl* im Sinne des Artikel 23 Wahlgesetz war in den Wahlkrei-

---

[153] Verfassungsgesetz betreffend einige Abänderungen des IX. Kapitels der Verfassungsurkunde, Regierungsblatt für das Königreich Württemberg, Nr. 14, 6. April 1868, S. 175–178.

[154] Reg. Bl. Nr. 14, S. 176 und S. 196.

[155] Reg. Bl. Nr. 14, S. 177.

[156] So Artikel 16 des Wahlgesetzes, Reg. Bl. Nr. 14, S. 183.

[157] Art. 7 des Verfassungsgesetzes (Reg. Bl. Nr. 14, S. 177 und S. 197).

[158] Art. 12 des Verfassungsgesetzes (Reg. Bl. Nr. 14, S. 177), Art. 19 des Wahlgesetzes (Reg. Bl. Nr. 14, S. 184).

[159] In der Wahlberichterstattung z.B. der „Schwäbischen Kronik" geht die Begrifflichkeit z.T. noch sehr durcheinander; in Nr. 164, 11. Juli 1868, S. 1949 heißt es unter der Überschrift „Neuwahlen nötig", in Esslingen sei eine Nachwahl nötig, weil weniger als die Hälfte abgestimmt habe; in Gaildorf sei eine Neuwahl/Nachwahl zwischen Kausler und Lanzberg erforderlich; im Falle Esslingens war eine Ergänzungswahl gemeint, im Falle Gaildorfs eine Stichwahl; in einem kurzen Resümee der Ergebnisse am folgenden Tag wird dagegen die korrekte Terminologie verwendet (Nr. 165, 12. Juli 1868, S. 1961); ähnlich sogar im „Staatsanzeiger" Nr. 163, 11. Juli 1868, S. 1695 oder Nr. 164, 12. Juli 1868, S. 1705.

[160] Zum Beispiel: Schw. Kronik (1870), S. 3568.

sen durchzuführen, in denen der Gewählte die Wahl nicht annahm, er nicht wahlfähig war oder er wegen Wahlbestechung etc. gerichtlich verurteilt wurde[161]. Auch *nach dem Eintritt eines Gewählten in die Abgeordnetenkammer* konnten Umstände eintreten, die eine neue Wahl notwendig machten[162]; zu denken war dabei in erster Linie an den Tod eines Abgeordneten während der Legislaturperiode, den Mandatsverzicht aus Alters- oder Gesundheitsgründen oder die Mandatsniederlegung wegen Gant. Im Zuge der Angleichung der württembergischen Gesetze an die Reichsgesetzgebung wurde seit 1874 auch dann eine Neuwahl nötig, wenn ein beamteter Mandatsträger befördert wurde[163]. Für diesen Typ der Neuwahl wurde meist der Begriff *Ersatzwahl* oder *Nachwahl* verwendet[164].

Zuletzt hat Andreas *Gawatz* die Wahlrechtsänderung von 1868 auf ihre Vorzüge und Mängel hin untersucht, die, angepasst an die Reichsverfassung und allmählich weiterentwickelt, das politische Leben in Württemberg bis über die Jahrhundertwende hinaus prägte. *Gawatz'* Urteil fällt zu Recht positiv aus: Aus der ständischen Tradition habe das Königreich Württemberg einen historischen Partizipationsvorsprung gegenüber anderen deutschen Staaten gehabt; mit dem Wahlgesetz von 1868 habe sich Württemberg wieder an die Spitze der verfassungs- und speziell der wahlrechtlichen Entwicklung in Deutschland gesetzt[165]. Hinsichtlich der Landtagswahlen von 1868 und 1870 bedürfen *Gawatz'* Ausführungen allerdings der Nuancierung, da er sich überwiegend auf die Wahlrechtssituation nach 1882 bezieht.

Wahlberechtigt waren vor 1876 noch die „Angehörigen vom Militärstande, welche sich bei der Fahne befanden"; sie wählten an ihrem Garnisonsort. Im Winter 1870 wurde diese Bestimmung beibehalten, das Wahlrecht von allen Soldaten, die nicht in ihrer Garnison waren – also zum Beispiel aller Frontsoldaten – oder dorthin innerhalb von sechs Tagen vor dem Wahltermin zurückkehrten, wurde jedoch suspendiert[166].

Das Gesetz, betreffend die Wahlen der Städte und Oberamtsbezirke für den Landtag vom 26. März 1868, das gemäß Artikel 9 des Verfassungsgesetzes das Wahlverfahren vorschrieb[167], sowie die Ausführungsbestimmungen vom 20. April 1868[168] schränkten den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl noch ein Stück weiter ein, als

---

[161] Reg. Bl. Nr. 14, S. 185f.

[162] Art. 24 Wahlgesetz, Reg. Bl. Nr. 14, S. 186.

[163] Gesetz vom 23. Juni 1874 (Reg. Bl. Nr. 20, S. 177).

[164] In der vorliegenden Wahlanalyse werden durchgängig die gesperrten Termini verwendet.

[165] Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 81 und 39; positiv urteilt auch: Raberg, Biographisches Handbuch, Einleitung, S. XXIV.

[166] Erlass des Innenministers an alle Oberämter, 14. November 1870; StASig Wü 65/37 Bü 110 Oberamt Tuttlingen, Normalia.

[167] Reg. Bl. Nr. 14, 6. April 1868, S. 178–186; eine hervorragende Zusammenstellung der für die Wähler wichtigsten Bestimmungen bietet: Schwäbische Volkszeitung (SVZ) Nr. 141, 20. Juni 1868 „Kammerwahlen" (Frontseite u. S. 602).

[168] Verfügung zu dem Gesetz vom 26. März 1868, betreffend die Wahlen der Städte und Oberamtsbezirke für den Landtag, Reg. Bl. Nr. 17, 13. Mai 1868, S. 193–197.

Gawatz schreibt. §7 der Ausführungsverfügung lautet: *Bei der Wahl ist jeder unbedingt zurückzuweisen, welcher in der Wählerliste nicht enthalten ist, mag letzteres auch im offenbarsten Versehen seinen Grund haben*[169]. Wahlberechtigt war also letztlich nur derjenige, der in die Wählerliste aufgenommen worden war.

Hinsichtlich der Kriterien für den Wahlausschluss bezog sich das Wahlgesetz auf Artikel 4 des Verfassungsgesetzes (Volljährigkeit, Unbescholtenheit etc.); Raum für Interpretationen bot darin vor allem die Formulierung, dass sich zur Aufnahme in die Wählerliste württembergische Staatsbürger eigneten, die in einer Gemeinde *ihren nicht bloß vorübergehenden Aufenthalt* hätten. Der Innenminister stellte hierzu auf dem Erlasswege klar, durch diese Formulierung solle *insbesondere Gewerbegehilfen, Dienstboten, Arbeitern, die an einem Orte mit der Absicht eines nicht nur vorübergehenden Aufenthalts sich befinden, das Wahlrecht gesichert* werden. Nicht wahlberechtigt seien dagegen beispielsweise Badegäste, Saisonarbeiter, für kurze Zeit angeworbene Dienstboten. Auch den Eisenbahnarbeitern könne das Wahlrecht nicht abgesprochen werden, *wenn nach den Verhältnissen des einzelnen Falles sich ergibt, dass diejenigen, welche darauf Anspruch machen, nicht zu den fort und fort fluktuierenden Elementen dieser Klasse von Arbeitern in der Gemeinde gehören*[170]. Trotz des erkennbaren Bemühens des Innenministers, einer engen Auslegung des Wahlgesetzes Vorschub zu leisten, blieb den Oberämtern und Gemeinden doch immer noch Raum, die Zusammensetzung der Wählerschaft zu beeinflussen.

Des Weiteren – und dieser Punkt wurde durch das Wahlgesetz von 1882 nicht verändert[171] – unterschied das Wahlgesetz von 1868 hinsichtlich der Aufnahme in das Wählerverzeichnis grundsätzlich zwei Personengruppen: *Wahlberechtigte, welche in der Gemeinde ihres Wohnsitzes oder ihres nicht bloß vorübergehenden Aufenthalts direkte Staatssteuer, Wohn- oder Bürgersteuer entrichten, sind von Amtswegen in die Wählerliste aufzunehmen.* [...] *Dagegen ist die Aufnahme der übrigen Wahlberechtigten durch ihre Anmeldung zur Aufnahme und erforderlichen Falls durch den Nachweis ihrer Wahlberechtigung bedingt.* Vor der zweiten Personengruppe, der wenigstens 20 Jahre lang keine Partizipationsrechte zugestanden worden waren, von der aber nun Eigeninitiative und politisches Interesse erwartet wurden und der sogar im Zweifelsfall der Berechtigungsnachweis auferlegt werden konnte, wurden so psychologische und bürokratische Hürden errichtet, die erwarten lassen, dass diese Personengruppe in erster Linie für die auch von *Gawatz* konstatierte Diskrepanz zwischen Wahlfähigen und Wahlberechtigten verantwortlich ist und nicht etwa nur eine nachlässige Führung der Wählerverzeichnisse durch die Gemeindebehörden[172].

Die Wählerlisten mussten innerhalb von 10 Tagen nach Erscheinen des Wahlausschreibens fertiggestellt sein und dann sechs Tage lang auf dem Rathaus öffentlich ausliegen. *Innerhalb dieses Zeitraums ist jeder Einwohner der Gemeinde befugt, ge-*

---

[169] Ministerialverfügung (wie Anm. 168), S. 195.

[170] Erlass des Innenministers an das Oberamt Tuttlingen, 20. Mai 1868; StASig Wü 65/37 Bü 110 Oberamt Tuttlingen, Normalia.

[171] Reg. Bl. (1882), S. 212–217.

[172] Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 55.

gen die aufgelegten Listen wegen Übergehung von Personen, welche in dieselben aufzunehmen gewesen wären, sowie gegen Aufnahme unberechtigter Personen bei der Kommission für Abfassung der Liste schriftlich oder mündlich Vorstellung zu erheben. Über einen Widerspruch entschied zunächst die Distriktswahlkommission, in letzter Instanz die Oberamtswahlkommission[173]. Der Widerspruchszeitraum von sechs Tagen mag für einen Tagelöhner oder Knecht, der dazu noch während der Arbeitszeit aufs Rathaus gehen musste, um die Wählerliste zu prüfen, zu knapp bemessen gewesen sein, um noch Geburtsdokumente, Wanderbuch oder Ähnliches herbeizuschaffen; der spätere Landtagsabgeordnete für das Oberamt Kirchheim, Eugen Faber, jedenfalls verdankte im Sommer 1868 seine Aufnahme in das Wählerverzeichnis einem solchen Widerspruch[174].

Die Wählerverzeichnisse, die ja ohnehin nicht mehr als eine Momentaufnahme der sich dynamisch entwickelnden Wählerschaft darstellen können, enthielten notwendigerweise Fehler. In der Stadt Vaihingen a. E. versuchte Gustav Körner im November 1870, eine Gruppe von 30–40 Knechten in das Wählerverzeichnis eintragen zu lassen, er scheiterte aber, da er die Meldefrist nicht beachtet hatte[175]; bei der persönlichen Ladung der säumigen Wahlberechtigten zur Ergänzungswahl am 15. Juli 1868 in der Stadt Esslingen stellte sich heraus, dass 14 Männer, die als wahlberechtigt verzeichnet waren, tatsächlich inzwischen weggezogen waren, einer war wegen Gant nicht wahlberechtigt, 12 gaben an, sie hätten abgestimmt[176]. Fehlerhafte Einträge in der Wählerliste konnten das Wahlergebnis also in verschiedenen Richtungen beeinflussen. Nach den überlieferten Wählerverzeichnissen zu urteilen, lag die Anzahl der Widersprüche nur im unteren Promillebereich, sie konnten nicht wesentlich dazu beitragen, die Diskrepanz zwischen Wahlfähigen und Wahlberechtigten zu erklären.

Was die konkrete Durchführung der Wahlen betrifft, so galten vor 1882 zum Teil andere Bestimmungen als danach. Das Wahlgesetz von 1868 legte zum Beispiel fest, dass die einzelnen Wahlkreise für die Zwecke der Wahl in bis zu acht Distrikte eingeteilt wurden[177]. In jedem Distrikt wurde eine Gemeinde festgelegt, in der alle Wähler dieses Wahldistrikts abstimmten. Für die einzelnen Gemeinden wurde dabei ein teilweise enger Zeitrahmen zur Stimmabgabe angesetzt, in dem ein offizieller Vertreter der betreffenden Gemeinde zugegen sein musste, um die Wähler zu identifizieren[178]. Amtlicherseits erhielt jeder Wähler ein gestempeltes Kuvert, in das er den von ihm geschriebenen oder mitgebrachten Stimmzettel tat; das verschlossene Kuvert übergab er dann dem Wahlvorstand, der es in die Wahlurne warf[179]. Über einen besonders

[173] Reg. Bl. Nr. 14, 6. April 1868, S. 180, Art. 8.

[174] Siehe unten: S. 524 Anm. 45.

[175] Siehe unten: S. 216 Anm. 34.

[176] Stadtarchiv Esslingen, Bestand I_2 B11, Landtagswahlen; 1868, Juli 11; eigene Auswertung.

[177] Reg. Bl. Nr. 14, 6. April 1868, S. 181, Art. 10.

[178] Ebd., S. 180ff., Art. 10, 12, 14.

[179] Ebd., S. 182, Art. 14. nach einer Meldung aus Göppingen (Beobachter Nr. 163, 15. Juli 1868) warf ein Leichenbeschauer dabei irrtümlich einen Totenschein in die Wahlurne; in Leutkirch (Wochenblatt f. d. OABezirk Waldsee Nr. 57, 17. Juli 1868, S. 274) stand auf einem Wahlzettel: *Herr Völmle und Herr Böckeler,/Bringt man als Kandidaten her;/ Der eine spricht an je-*

eklatanten Fall missbräuchlicher Anwendung der letzteren Bestimmung berichtete der „Beobachter" aus dem Oberamt Ulm. Dort hatte der Lehrer die Aufgabe, die Kuverts auszuhändigen; er habe aber jedem Wähler den Stimmzettel abgenommen, hochgehalten und erst dann in das Kuvert gesteckt. *So kam es, daß der scharfblickende Wahlkommissär* [...] *jeden einzelnen Zettel schon an der Farbe des Papiers erkannte und als der letzte Mann zur Türe hinaus war, sprach er beruhigt: Horn* [d.i. der ministerielle Kandidat] *ist gesichert*[180].

Die Einteilung der Wahldistrikte, für die der Oberamtmann Vorschläge machte, erfolgte in der Regel nach rein wahl-praktischen Gesichtspunkten. Zu den wenigen Ausnahmen zählt ein Änderungswunsch gegenüber 1868, den Oberamtmann Daser[181] von Maulbronn Anfang Juli 1870 folgendermaßen begründete: *Es müßte aber solche Abweichung sich dadurch rechtfertigen, daß in Dürrmenz-Mühlacker vorzugsweise die Beobachter-Partei vertreten ist und sich dort als „Volksverein" organisiert hat, und daß es also darauf ankam, diesen Ort möglichst zu isolieren. Wenn gleichwohl demselben auch Illingen (1868 Abstimmungsort) zugeteilt ist, so hat dies seinen Grund darin, daß dort ebenfalls viele Anhänger der Beobachter-Partei sich befinden und also nur Gleichartiges zu Gleichartigem kommt*[182].

Ungeachtet solch politisch-taktischer Überlegungen konnten die Einteilung der Wahldistrikte und die Festlegung des Abstimmungsortes je nach geografischen Gegebenheiten für viele Wähler durchaus eine Benachteiligung mit sich bringen. Im protestantischen Teil des Oberamts Geislingen beklagten sich beispielsweise einige Wähler, dass sie gegenüber dem katholischen Teil benachteiligt würden, indem ihnen nur drei Stimmbezirke zugeteilt seien; demzufolge müssten viele Wähler einen Fußmarsch von 2½ bis 3 Stunden je Richtung in Kauf nehmen[183]. Ein bis zwei Wegstunden dürften für viele Wähler auf dem Lande nicht ungewöhnlich gewesen sein, Klagen darüber sind allerdings nur selten zu hören; dieser Faktor wird jedoch bei der Interpretation der Wahlbeteiligung zu berücksichtigen sein.

---

dem Ort,/ Der andre kaum mit Not ein Wort;/ Und keiner paßt zu meinem Jammer,/ Von beiden in die Ständekammer;/ Deshalb erfüll' ich meine Pflicht/ Als Wähler, stimme aber nicht!

[180] Beobachter Nr. 163, 15. Juli 1868 „Vom Ulmer Bezirk"; Gegendarstellung im Beobachter Nr. 174, 28. Juli 1868 „Berichtigung nach dem Gesetz vom 26. August 1849". Im Oberamt Crailsheim führte ein ähnlicher Vorgang zur Wahlanfechtung; die Kammermehrheit folgte aber am 8. März 1870 dem Antrag der Legitimationskommission nicht, die Wahl für ungültig zu erklären (Verhandlungen der Württ. Kammer der Abgeordneten. Protokolle, Stuttgart 1870, S. 225ff.); weitere Fälle werden im Verlauf der Untersuchung behandelt.

[181] Franz Paul Daser (1805–1892), Oberamtmann von Nagold 1842–1848, von Maulbronn 1848–76; dann pensioniert; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 213; vgl. auch: HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein 2./3. Juli 1868, der Innenminister äußert sich dort sehr kritisch über Dasers Fähigkeiten.

[182] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 5, Bl. 383f. Bericht des Oberamts betr. die Einteilung des Oberamts in Abstimmungsdistrikte, Maulbronn, 3. Juli 1870; in Maulbronn sollte eine Nachwahl durchgeführt werden, da Bareiß sein Mandat wegen Gant niedergelegt hatte.

[183] SVZ Nr. 145, 26. Juni 1868, S. 614, Nr. 153, 4. Juli 1868, S. 650; Nr. 295, 13. Dezember 1870, S. 1209 „Geislingen, 8. Dezember".

b) Wahlkampf und Wahlkultur

Das allgemeine Mehrheitswahlrecht vor dem Hintergrund der kontroversen Parteistandpunkte in der nationalen und inneren Politik begründete eine neue Einstellung gegenüber „dem Wähler". Dieser Zäsur waren sich die Zeitgenossen durchaus bewusst, wenn etwa die „Schwäbische Kronik" nach der Wahl als etwas Neues heraushob, dass nun der Wähler umworben werde[184].

Etlichen Oberamtmännern fiel es besonders schwer, sich darauf einzustellen, dass nun die Stimmen des „Proletariats", das sie verachteten, denselben Wert hatten wie die der Wohlhabenden und Gebildeten. So berichtete Oberamtmann Haug[185] aus dem Oberamt Münsingen, wo sich sein Kollege Idler aus dem Oberamt Kirchheim mit dem Rösslewirt Geiger von der Volkspartei auseinandergesetzt und verloren hatte, von einem sehr lebhaften Wahlkampf der Volkspartei: *In ihrem Tun und Treiben hatte die Volkspartei zur Erreichung ihres Zwecks in dem Umstand eine bedeutende Unterstützung, als allgemeines Stimmrecht eingeführt und damit eine Masse Proletariat hereingezogen wurde, welches man für die* [...] *Volkspartei zugänglich zu machen wußte, von dem aber ein politisches Verständnis oder eine richtige Auffassung unserer öffentlichen äußeren und inneren Zustände nicht zu erwarten gewesen*, [...]. *Diese Umwandlung der Stimmung der Wahlberechtigten* [sc. kurz vor dem Wahltermin] *lag in ungewöhnlichen Verhältnissen, die nicht vorhergesehen werden konnten und die eine solche Macht und Größe angenommen hatten, daß ein Gegengewicht nicht mehr möglich oder irgendwie erfolgreich gewesen, denn diese Partei wälzte sich gleich wie ein Löwe in den Wahlkampf* [...][186]. Die Kritik des Oberamtmanns fällt allerdings auf die ministeriellen Wahlhelfer und ihn selbst zurück, da ihre Anstrengungen in der Schlussphase des Wahlkampfes nicht ausgereicht hatten, den Stimmungsumschlag zu Gunsten der Volkspartei zu verhindern.

Wie unsicher die Oberamtmänner und andere hohe Beamte angesichts des neuen Wahlrechts in ihrem Urteil über den Verlauf des Wahlkampfes und die Siegeschancen der Kandidaten waren, zeigt sich an ihren Meldungen, die Innenminister Gessler zur Grundlage von zwei umfangreichen Wahlprognosen für Kabinettschef Egloffstein machte[187]. Lässt man die Einzelkandidaturen unberücksichtigt, deren Resultat ohnehin feststand, so traf die Prognose des Innenministers nur in der Hälfte der Fälle zu!

---

[184] Schw. Kronik Nr. 1668, 16. Juli 1868, S. 1997 „Stuttgart, den 15. Juli".

[185] Georg Christian Wilhelm Haug (1807–1885), ev., Oberamtmann in Münsingen 1853–69, in Nürtingen 1869–75; im April 1875 Versetzung in den Ruhestand auf eigenen Wunsch, um einer Amtsenthebung zuvorzukommen; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 305.

[186] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 338ff. Bericht des Oberamts vom 18. Juli 1868 betr. die Umtriebe bei der letzten Abgeordnetenwahl; Haug hielt es auch für erwähnenswert, dass in den acht Wahldistrikten des Oberamts *solche Wahlvorsteher bestimmt* [waren], *welche durchgängig der konservativen Richtung angehörten;* ähnlich stellte Oberamtmann Carl Lang (1801–1882; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 371f.) von Ludwigsburg den Zusammenhang zwischen Wahlkampf der VP und dem allgemeinen Wahlrecht dar (ebd. Bl. 263ff.).

[187] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein 2./3. Juli und 7. Juli 1868.

Im Wahlkampf lernten die Parteien voneinander, so dass sich in der Schlussphase des Wahlkampfes die eingesetzten Wahlkampfmittel auf den verschiedenen Seiten kaum noch voneinander unterschieden. Hatte anfangs noch mancher Bewerber vor allem konservativer Ausrichtung in Honoratiorenmanier angekündigt, er werde zwar eine auf ihn fallende Wahl annehmen, aber selbst nicht aktiv tätig werden, so sah er sich zu einer Wahlreise und zum öffentlichen Auftreten in Wahlversammlungen genötigt, wenn ein Konkurrent auftrat, oder er endete abgeschlagen[188].

Wahlwerbung in den regionalen und landesweiten Zeitungen, gelegentlich begleitet von heftigen Pressefehden, Leserbriefe, Zeitungsbeilagen, Flugblätter, Wahlplakate mit Bildern der Kandidaten, öffentliche Wahlempfehlungen unterzeichnet von zahlreichen und einflussreichen Persönlichkeiten, Ausgabe gedruckter Stimmzettel gehörten ebenso zum Arsenal der Wahlkampfmittel wie ein schlagkräftiges und engagiertes Wahlkomitee, möglichst auch mit potenten Geldgebern, wie das überzeugende Auftreten der Kandidaten in kleinen und großen Wahlversammlungen, wo diese sich auch gegen anwesende Gegner und Kritiker behaupten mussten. Auch das Aufsuchen der Wähler in ihren Gemeinden und sogar in ihren Häusern gehörte dazu; dieses „Hausieren" wurde jeweils immer dem politischen Gegner vorgeworfen, doch keine Seite verzichtete darauf[189]. Eine solche persönliche Ansprache des Wählers war nun nichts grundlegend Neues. Wahlverfahren, die als öffentliche Bekenntnisakte ausgelegt waren und nur einem überschaubaren Personenkreis offenstanden[190], gaben dem persönlichen Element viel Raum. Da aber die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe den einzelnen Wahlberechtigten der Einflussnahme durch Kandidaten und Institutionen beim Wahlakt[191] weitgehend entzog, musste die direkte Bearbeitung des Wählers verstärkt im Wahlkampf erfolgen[192]. Dieser Verlagerung des Schwerpunktes waren sich die Zeitgenossen durchaus bewusst[193].

Gerüchte, Lügen, Übertreibungen, persönliche Beleidigungen und Verunglimpfungen, aber auch sachliche Auseinandersetzung und Fairnessabkommen[194] kennzeichneten den Umgang der Parteien und Kandidaten miteinander. Hermann Niet-

---

188 So etwa Bayha, dagegen Hirt oder Nickel.

189 Beobachter Nr. 164, 4. Juli 1868 „Auch in Spaichingen": über die Ministeriellen; Beobachter Nr. 175, 29. Juli 1868 „Aus Göppingen": Herr Hölder habe sich nicht geschämt, förmlich nach Stimmen hausieren zu gehen; HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 252ff. der Oberamtmann über Bechers Wahlkampfmethode etc.

190 Brandt, Parlamentarismus, S. 42.

191 Vgl. etwa: ebd., S. 43.

192 Dagegen: Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 209f. unter Berufung auf Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 117ff.; *Gawatz* setzt die Zäsur erst etwa mit der Jahrhundertwende an, als *die persönliche Bearbeitung des Wählers in den Dienst der Massenagitation gestellt, systematisch und in großem Stil betrieben wurde.* Im Einzelfall dürfte der Zeitpunkt schwer zu bestimmen sein, in dem die reine Quantität in eine neue Qualität umschlug.

193 Siehe Anm. 189.

194 In Göppingen z. B., nachdem es zuvor bei einer Wählerversammlung zu Tätlichkeiten gekommen war: SVZ Nr. 157, 9. Juli 1868, S. 666 „Aus Göppingen".

hammer beklagte beispielsweise, dass seine Gegner immer neue Verdächtigungen über ihn verbreiteten, und erkannte als ihre Absicht: *Das treibt man so weiter, in der Hoffnung darauf, daß auch von den grundlosesten Nachreden doch immer etwas hängen bleibt*[195]. Als Mittel der Wählermobilisierung und Abgrenzung gegenüber dem Kontrahenten griffen vor allem DP und VP auf Stereotypen und Feindbilder zurück. Die Deutsche Partei wies den Demokraten einen Platz unter den Vaterlandsverrätern zu. Die DP lehnte beispielsweise eine Zusammenarbeit mit der Regierung oder der Volkspartei ab, *so lange Stuttgart der Tummelplatz einer vaterlandslosen Demokratie und bezahlter Welfenagenten bleibt*[196]. An anderer Stelle ist von der VP als der *demokratisch-französischen Partei* die Rede[197] oder von den *verkappten Franzosen*, die in der Stadt Reutlingen gesiegt hätten[198].

In einem Plakat zur Stichwahl am 25. Juli 1868 in Göppingen rief die Volkspartei ihrerseits die Wähler eindringlich auf, „**keinen Preußen**" zu wählen, sondern denselben entgegenzutreten *und die namenlosen Schmähungen einer landesverräterischen Partei öffentlich zu beantworten*[199]. Der Hass gegen Preußen[200], das als Symbol für Reaktion und Unfreiheit, für Unrecht und Gewalt, für Militarismus und überlegene Macht galt, wird wieder, wie schon bei der Zollparlamentswahl, für die Ausgrenzung der Deutschen Partei und ihrer Anhänger genutzt, wobei einige Male auch noch die Affekte gegen die „Herren" angesprochen werden. In einem Artikel gegen den Gutsbesitzer Möricke[201] im Oberamt Öhringen heißt es: *Als 1848 dieser Möricke, der einer aristokratischen Familie entstammt, demokratisch wurde, meinten manche, es sei aus Furcht geschehen, allein die Erklärung davon liegt viel näher. Wer ein kolossales Hofgut besitzt, für den war es ganz natürlich, sich der Partei anzuschließen, welche die Ablösungsgesetze betrieb. Jetzt ist der Besitz mit Hilfe der schwäbischen Demokratie ins Trockene gebracht und nun fügt sich so ein reicher Herr gern darein unter der Hut und Wacht preußischer Soldatokratie dieses Gutes zu genießen, und wer die Grenzen seines Besitzes selbst immermehr auszubreiten und zu arrondieren verstand, der hat gegen die Arrondierungsannexionen des mächtigen Großstaats nicht* [viel] *einzuwenden*[202].

Zu den weniger feinen Methoden der Wählerwerbung gehörte auch das Stören der gegnerischen Wahlveranstaltungen, wie es Karl Mayer schon im Juli 1868 in Erligheim und Bönnigheim erlebte[203]. Johannes Uhls Methode, in die Wählerversamm-

---

[195] Beobachter Nr. 154, 4. Juli 1868 „Aus Weinsberg, den 1. Juli".

[196] SVZ Nr. 144, 24. Juni 1868 (Frontseite) „Es zogen drei Burschen wohl über den Rhein"; zum Internationalismus der VP, der zu solchen Vorwürfen einlud: Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 413f.

[197] SVZ Nr. 161, 14. Juli 1868, S. 683 „11. Juli".

[198] SVZ Nr. 162, 15. Juli 1868, S. 686 „Reutlingen, 14. Juli".

[199] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 224 Wahlplakat der Volkspartei.

[200] Siehe: Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 410ff.

[201] Otto Möricke (1820–69), Gutsbesitzer auf Hohebuch; Landtagsabgeordneter für Öhringen 1868–1869; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 573.

[202] Beobachter Nr. 155, 5. Juli 1868 „In Oehringen".

[203] Beobachter Nr. 154, 4. Juli 1868 und Schw. Kronik Nr. 157, 3. Juli 1868, S. 1689; vgl. Schw.

lungen der politischen Konkurrenten einzudringen und mit ihnen zu diskutieren, trug ihm dagegen die Anerkennung der oberschwäbischen Bauern ein[204]. Auch die Behinderung des politischen Gegners gehörte zum Wahlkampfalltag. Wegweiser wurden verdreht, um einen vielleicht nicht ganz ortskundigen Wahlkandidaten mit seiner Entourage in die Irre zu leiten[205]. Schultheißen weigerten sich, die Wählerversammlung eines „Gegners" ausschellen zu lassen[206]; ein Schultheiß störte eine Versammlung der Volkspartei in seiner Gemeinde, indem er Drehorgel spielte. Den Postbediensteten warf die Volkspartei vor, dass sie ihre Sendungen nur schleppend und an falsche Adressen auslieferten[207]. In Calw triumphierte dagegen die VP, weil es ihr gelang, den Oberamtmann zu zwingen, ein Flugblatt und ein Wahlplakat des ministeriellen Kandidaten wegen eines Formfehlers – der Name des Druckers und des Druckortes fehlte – zu verbieten und zu beschlagnahmen[208].

Die Regierung setzte ihre Machtmittel nicht nur gegenüber Lehrern ein, die für die „falsche" Partei agitierten. Der demokratische Kandidat von 1868 im Oberamt Neresheim, Joseph Ruf, übte als Werkmeister im Oberamt auch feuerpolizeiliche Aufgaben aus. Innenminister Gessler schrieb dem Kabinettschef über ihn, Ruf sei eine einflussreiche Persönlichkeit, so sei *es dem Oberamtmann* [...] *schwer, etwas gegen ihn zu tun*; wegen der vielen Brandfälle im Oberamt habe der Innenminister wiederholt die Weisung zu genauester Untersuchung gegeben, bisher sei es aber noch nicht gelungen, Ruf eine Nachlässigkeit nachzuweisen[209].

Auch Lockmittel hatte die ministerielle Seite einzusetzen. Baurat Schlierholz, der ministerielle Bewerber im Oberamt Saulgau, ließ *gerade den Tag vor der Wahl* [...] *einen Richtschmaus feiern für das neue Verwaltungsgebäude in Altshausen*[210]. Der Oberamtmann von Künzelsau, Hermann Carl Baumann[211], berichtete dem Innenminister von einer „Studienreise" nach Weinsberg zum Besuch der Weinbauschule und nach Heilbronn, die er am 8. Juni 1868 mit etwa 80 Landwirten aus dem Oberamt unternommen habe. *Auf dieser Reise verständigten sich viele Landwirte, Becher* [den bisherigen, demokratischen Abgeordneten] *nicht mehr zu wählen*[212]. – Gutsbesitzer

---

Kronik Nr. 155, 1. Juli 1868, S. 1846: In Bietigheim zwangen die Zuhörer Seeger (DP), seine Gegenrede gegen Carl Mayer abzubrechen, obwohl Mayer sie bat, Seeger reden zu lassen. *Der Terror war 1848 nicht größer.*

[204] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 508ff. Bericht des Oberamts vom 29. Juli 1868 betr. die Wahlbewegung.

[205] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 186 Bericht des Oberamts [Ellwangen] vom 30. Juli 1868 betr. die Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl.

[206] Beobachter Nr. 158, 9. Juli 1868 „Besigheim"; Nr. 163, 15. Juli 1868 „Aus dem Amt Reutlingen"; Beobachter Nr. 266, 10. November 1870 (Waldsee).

[207] Beobachter Nr. 167, 19. Juli 1868 (Frontseite) „Wahlen und Namen".

[208] Beobachter Nr. 165, 17. Juli 1868.

[209] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 2./3. Juli 1868.

[210] Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Oberamt Saulgau".

[211] Hermann Carl Baumann (1818–1907), ev., Oberamtmann in Laupheim 1852–64, in Künzelsau 1864–1871; bis 1888 bei der Kreisregierung in Ludwigsburg; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 168.

[212] Von einer ähnlichen Reise nach Hohenheim, wo „zufällig" der ministerielle Kandidat Sar-

Speidel, der Favorit des Oberamtmanns, erhielt am 25. Juni Gelegenheit, vor einer Anzahl Ortsvorsteher sein Programm zu entwickeln, bevor er am 30. Juni in einer Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins[213] zu den Landwirten sprechen konnte[214].

Wohlverhalten der Wähler konnte man auch durch ökonomische Druckmittel zu erreichen suchen. So drohte ein Oberamtmann schon einmal damit, einem Lehrer die Lizenz zum Mehlhandel nicht zu verlängern, wenn er weiterhin für die Volkspartei agitiere[215]. In Hall soll Fabrikant Weber[216] seine Arbeiter einzeln in sein Büro gerufen und sie eine Erklärung gegen Österlen zu unterschreiben veranlasst haben[217]. Der Oberamtmann von Künzelsau berichtete, demokratische Emissäre aus der Oberamtsstadt hätten in Niedernhall und Criesbach mit *Aufkündigung aller Kapitalien* gedroht, weil die Wähler sich dort für den Gegenkandidaten Speidel ausgesprochen hatten; die Criesbacher hätten darauf ihre Unterschriften zurückgezogen[218]. In Calw wurden nach dem Wahlsieg der Volkspartei *allerhand Unlauterkeiten* festgestellt, unter anderem, *daß jetzt nach der Wahl gegen die Handwerksleute der Volkspartei eine auffallende Arbeitsentziehung, die z. T. schon vorher angekündigt war, organisiert und dadurch neue Erbitterung geschaffen wird*[219]. Und aus Göppingen hörte man über die „Umtriebe" der Deutschen Partei: *Ein Hauptmittel, namentlich der jüdischen Fabrikanten, war das, den vielen Webern im Bezirk (etwa 1500) die Angst einzujagen, daß, wenn Beckh gewählt werde, die Fabriken kein Geschäft mehr haben und die Weber brotlos werden*[220].

Hart an der Grenze des Legalen bewegte sich das „Freizechen", dass nämlich bei Wählerversammlungen den Anwesenden die Getränke bezahlt wurden, nicht – beweisbar – vom Kandidaten, denn das wäre Wählerbestechung gewesen, sondern von einem Mitglied des Wahlkomitees oder Freunden des Kandidaten. Bestechung der Wähler legte die DP dem ministeriellen Kandidaten Geigle in Nagold zur Last, gegen den ihr Kandidat Professor Silber[221] unterlegen war[222]; die Oberamtmänner von Ell-

---

wey zugegen war, wird aus Crailsheim berichtet: Beobachter Nr. 174, 28. Juli 1868 „Aus Crailsheim"; vgl. Beobachter Nr. 178, 1. August 1868 „Musterberichtigung", in der Kameralverwalter Linsenmann den Sachverhalt bestätigt.

213 Häufig gehörten die Oberamtmänner zu den führenden Vereinsmitgliedern; vgl. auch den Vorwurf im „DV" Nr. 155, 5. Juli 1868 (Frontseite) „Die Wahlbewegung": *Einseitig ist es, daß die Regierungspartei den Landtag zu einem Extract der landwirtschaftlichen Vereine zu gestalten sich bemüht.*

214 HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 252ff. Bericht des Oberamts vom 26. Juli 1868 betr. die bei der Abgeordnetenwahl stattgehabten Umtriebe; vgl. auch Staatsanzeiger Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1599 und Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1625.

215 Siehe oben, S. 30, Anm. 87.

216 Ferdinand Weber, Kaufmann und Fabrikant in Schw. Hall; 1868 V-Mann der DP.

217 Beobachter Nr. 157, 8. Juli 1868 „In Hall".

218 Wie Anm. 214.

219 Beobachter Nr. 165, 17. Juli 1868 „Aus Calw, den 13. Juli 1868".

220 Beobachter Nr. 174, 28. Juli 1868 „Aus Göppingen, den 26. Juli".

221 Friedrich Karl Silber (1821–1878), Baumeister und Professor in Stuttgart. Siehe unten, S. 190, Anm. 445: Nach einer Meldung im „Heuberger Boten" wurden die Wähler durch Branntwein für den ministeriellen Kandidaten Bühler gestimmt.

wangen und Kirchheim beklagten „Freizechen" bei den Gegenkandidaten Retter (VP) und Mayer (DP/VP), aber niemand sei bereit, das zu bezeugen[223]. Bestechung von Wählern lautete die Begründung für die Anfechtung der Wahl Hölders im Oberamt Göppingen[224]. Eine Folge des Alkoholkonsums während der Wahltage in Münsingen prangerte der „Albbote" an: *Namentlich am zweiten Wahltag machte sich der größere Teil von Geigers Anhängern durch Trunkenheit und Geschrei bemerklich und machte daher die erste Ausübung des allgemeinen Wahlrechts auf jeden ruhigeren Bürger einen höchst mißlichen Eindruck*[225].

Die verschiedenen Druckerzeugnisse, die Reisen und nicht zuletzt auch das „Freizechen" erforderten einen erheblichen finanziellen Aufwand; es sind allerdings kaum Einzelheiten darüber bekannt, wie die Kandidaten ihren Wahlkampf finanzierten. Vereinzelt erwähnen Oberamtmänner, dass die Wahlwerber der Volkspartei mit Geldmitteln reichlich ausgestattet waren[226]. Ein einfacher Lehrer und Familienvater mit zwei Kindern wie Andreas Abelein, der etwa 400 fl. – mehr als ein Jahresgehalt – für seinen Wahlkampf ausgegeben haben soll, hätte eine derartige Summe um so weniger aus eigenen Mitteln aufbringen können, als er auch 1864, 1870 und 1876 als Kandidat auftrat. Seine Geldgeber dürften daher in seinem Wahlkampfkomitee und unter befreundeten reichen Bauern zu suchen gewesen sein. Sinngemäß dürfte das auch für Christoph Geigle gelten, einen wohlhabenden Holzsamenhändler (mit Staatsmonopol) aus Ebhausen, Oberamt Nagold; die 2–3000 fl., die er angeblich für Getränke ausgegeben hat, dürften auch seine finanziellen Möglichkeiten überstiegen haben[227]. Unter diesem Gesichtspunkt war es für alle, die sich um ein Mandat bewerben wollten und den Wahlkampf nicht aus eigenen Mitteln bestreiten konnten, eine Voraussetzung zum Erfolg, dass hinter ihnen vermögende Geldgeber standen, die in der Regel den einflussreichen Gruppen im Wahlkreis angehörten.

In einem vertraulichen Rundschreiben an die Vertrauensleute der Volkspartei vom 10. Juni 1868, das die „Schwäbische Volkszeitung" veröffentlichte[228], sprach Karl Mayer auch die Frage der Finanzierung des Wahlkampfes an. Die Parteikasse sei schwach bestellt; die Ausgaben für den Wahlkampf würden voraussichtlich bedeutend sein und zum Teil den Grad der Tätigkeit der Partei bestimmen; er bat daher die Parteimitglieder dringend um Spenden („Selbstbesteuerung"); im Kreise der Stuttgarter Parteigenossen habe man mit gutem Erfolg eine Subskriptionsliste zirkulieren

---

[222] SVZ Nr. 162, 15. Juli 1868, S. 686 „Nagold, 13. Juli".

[223] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 186 und Bl. 250; vgl. auch ebd. Bl. 42ff. Bericht des Oberamts [Calw] betr. angebliche Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Calw, 3. August 1868: Der Oberamtmann *konnte keine sicheren Anhaltspunkte gewinnen*, dass eine Meldung der SVZ zutraf, *die Wähler des Georgii hätten pro Mann 16 kr. verzehren dürfen.*

[224] Siehe unten, S. 204.

[225] Albbote, Nr. 62, 11. Juli 1868, S. 251f.

[226] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 419ff. Bericht des Oberamts [Rottweil] vom 28. Juli 1868, betr. die Abgeordneten-Wahlbewegung; Bl. 344ff. Bericht des Oberamts [Neckarsulm] betr. den Gang der Wahlbewegung.

[227] Siehe oben, S. 28, Anm. 75.

[228] SVZ Nr. 141, 20. Juni 1868, S. 602.

lassen; die Ortsvereine sollten ähnlich verfahren und das gesammelte Geld der Parteikasse zur Verfügung stellen.

Vereinzelte Hinweise legen die Vermutung nahe, dass auch die Parteiorganisationen der DP sich an der Finanzierung des Wahlkampfes beteiligt haben könnten. So waren der Ludwigsburger und der Reutlinger Ortsverein der DP wohlhabend genug, um seit dem Frühjahr 1870 bzw. während der Landtagswahl 1870 ein eigenes Parteiblatt herauszugeben[229], und Julius Weizsäcker regte Ende November 1870 an, Friedrich Thudichums Broschüre „Klar und wahr" auf Parteikosten drucken zu lassen[230], er unterstellte also, dass der Partei genügend Mittel zur Verfügung standen[231].

Die Ministeriellen standen hinsichtlich der Finanzierung des Wahlkampfes vermutlich besser da als die Bürgerlichen, denn die Regierung nahm die Dienstleistungen der verschiedenen Beamten für den Wahlkampf unentgeltlich in Anspruch; sie leistete sich aber auch für 900 fl. aus öffentlichen Mitteln in Scheurlen einen Wahlkampfkoordinator und setzte den „Staatsanzeiger" und die verschiedenen Amtsblätter für ihre Wahlwerbung ein[232]; wenn etwa Oberamtmann Kegelen von Cannstatt die Wahlberechtigten durch den Amtsdiener mit 5000 Stimmzetteln, bedruckt mit dem Namen Lemppenau, versorgen ließ[233], so stammten die Gelder vermutlich nicht aus seinem Privatvermögen. Der „Beobachter" nahm zwar Anstoß daran, dass das Geld der Steuerpflichtigen zum Fenster hinausgeworfen wurde, gab aber zunächst anderen Aufgaben Vorrang[234].

Eine Lehre zogen alle Parteien – früher oder später – aus der Modernisierung des Wahlrechts: Dass ad hoc zusammengetretene Wahlkomitees nicht mehr ausreichten, um die Wähler im Wahlkampf erfolgreich zu beeinflussen, dass vielmehr dauerhafte Organisationen notwendig seien. Volkspartei und Deutsche Partei waren mit ihren Parteiorganisationen vorangegangen, drängten aber auf weiteren Ausbau[235]. Das „Deutsche Volksblatt" klagte: *Eine Schuld endlich an der Konfusion und Unsicherheit der Wahlbewegung trägt der Mangel einer festen Organisation der großdeutschen Partei, des Mangels an Energie nicht zu gedenken. Gerade weil diese schon so oft*

---

[229] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 351; Nl Hölder, Fasz. XIII, Stück 179; Fasz. XIV, Stück 377 „Der Wähler", Nr. 1, Reutlingen, d. 20. November 1870 „Erscheint über die Dauer der Wahl, unentgeltlich"; vgl. auch SVZ Nr. 278, 23. November 1870, S. 1144; Nr. 280, 25. November 1870, S. 1152f.; Nr. 284, 30. November 1870, S. 1168f.

[230] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 394.

[231] Siehe auch: Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 349, Anm. 6.

[232] Naujoks, Der Staatsanzeiger, S. 297ff.

[233] Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Aus dem Neckartale ..."; HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 48f.

[234] Beobachter Nr. 156, 7. Juli 1868 „Dem Staatsanzeiger"; Beobachter Nr. 255, 2. November 1869 „Der Oehringer Wahlsieg": Man sei einverstanden, dass Regierung und Volk zunächst einmal Erfahrungen mit dem neuen Wahlrecht sammeln wollten. Wenn es aber die Beamten *gar zu bunt treiben mit Aufbietung und Ausbeutung ihrer amtlichen Stellung und der ihnen ärarisch zu Gebot stehenden Werkzeuge und Mittel, so muß natürlich solchem Mißbrauch ein gesetzlicher Riegel geschoben werden.*

[235] SVZ Nr. 137, 16. Juni 1870 (Front) „Deutsche Partei"; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 342ff.

in diesen Blättern dringend empfohlene Organisation fehlt, wird die Partei auch nicht den ihrer Kraft und Zahl entsprechenden Einfluß auf die Wahl haben. Wäre die Partei einmal organisiert, so wäre man in manchen Bezirken nicht so peinlich verlegen um die entsprechenden Kandidaten, würden nicht in diesem Bezirk zwei Großdeutsche zugleich auftreten, um dem dritten Gegner den Sieg zu erleichtern, würde nicht in jenem Bezirk ein weniger beliebter Kandidat an der Bewerbung zähe festhalten und dadurch einem beliebteren und begabteren Parteigenossen das Auftreten unmöglich machen[236]. Und die Minister schlossen ihren Wahlbericht an den König mit der Bemerkung, *daß das allgemeine Stimmrecht bei der diesmaligen Wahl der Landesvertretung die Probe nicht in befriedigender Weise bestanden hat.* Aus früheren Erfahrungen mit der Änderung des Gemeindewahlrechts wisse man, dass sich bessere Ergebnisse erst allmählich einstellten, *und so darf man insbesondere dann, wenn die konservative Partei wie die demokratische die Notwendigkeit einer festeren Organisation erkannt* [hat], *die Hoffnung* auf ein befriedigenderes Ergebnis nicht aufgeben[237].

Anlässlich der wichtigen Nachwahl im Oberamt Öhringen, die der Kandidat der Volkspartei gewann[238], schrieb der „Beobachter" über den Zusammenhang zwischen Wahlerfolg und Parteiorganisation: *Was beim Landvolk allein zieht, das ist jahrelang fortgesetzter Verkehr, durch den allmählich sein Vertrauen erworben wird. Daher sind auch bei allen Wahlen die Beamten, die in vielfachen Beziehungen zum Volke und seinen nächsten Interessen stehen, so sehr im Vorsprung, und wo sie in ihrem Beruf Autorität wirklich verdienen und Vertrauen erwerben, da ist in der Regel auch gegen ihre politische Einwirkung nicht aufzukommen. Nur ein ununterbrochenes und unermüdliches Fortwirken der Volkspartei durch Vereine, durch die Presse, durch persönlichen Umgang vermag ein Gegengewicht gegen den Einfluß der Regierung zu schaffen*[239]. Entsprechend wurden bittere Niederlagen bei der Landtagswahl von 1868 mit Fehlern in der Breitenarbeit erklärt[240].

Oberamtmann Daniel[241] von Hall erkannte sehr scharfsichtig, dass die Volkspartei ihre Gegner im Wahlkampf nicht nur durch Aktivität und Siegeswillen ausstach: Es war *die Volkspartei, welche das allgemeine Stimmrecht für ihre Zwecke am klügsten*

---

[236] DV Nr. 155, 5. Juli 1868 (Frontseite) „Die Wahlbewegung".

[237] HStAS E 46, Bü 537 Anbringen des Gesamtministeriums betr. das Ergebnis der Landtagswahlen, Stuttgart, 14. Juli 1868.

[238] Siehe unten, Anhang A, S. 641.

[239] Beobachter Nr. 258, 4. November 1869; vgl. Beobachter Nr. 165, 17. Juli 1868 „Aus Calw, den 13. Juli"; HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 270ff. (Marbach), Bl. 344ff. (Neckarsulm); Bl. 419 (Rottweil) jeweils mit positiven Aussagen über die Organisation der VP.

[240] Beobachter Nr. 191, 18. August 1868 „Aus Heilbronn": *Überhaupt ergibt sich aus dem ganzen Ausfall dieser Wahl, wie so mancher andern im Lande, daß auch die tüchtigste und tätigste Agitation, zu der sich die Partei während der Wahlperiode zusammenrafft, da nichts vermag, wo jahrelange Versäumnisse in der Pflege der Presse wie des Vereins- und Versammlungswesens auf dem Lande vorhergegangen sind.*

[241] Adolf Friedrich Daniel (1816–1893), Oberamtmann von Backnang 1846–1849, von Hall 1849–1883; Landtagsabgeordneter für Backnang 1851–1855; 1859 leitete er den Grundstücksankauf für die Eisenbahnverwaltung im Raum Hall; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 212.

zu verwerten wußte [...]. *Es wurde von dieser Volkspartei ein Wahlkomitee in der Stadt gebildet, in welches sie Männer hineinköderte, die der Volkspartei entschieden* **nicht** *angehören, die aber in der deutschen Frage zu ihr stehen und unter den Wählern von Stadt und Amt einen Namen haben,* [...]. *Dieses Wahlkomitee wählte aus allen Gemeinden 1 oder 2 Vertrauensmänner, wieder Männer, welche in den Gemeinden Ansehen genießen, wenn sie auch gleich zur Volkspartei nicht zu zählen waren, luden sie auf einen Tag nach Hall ein und bekomplimentierten sie über ihren Einfluß auf die Wähler. Wenn sie auch nicht alle auf ihre Seite brachten, so waren es doch viele, die sie für ihre Absichten gewannen*[242]. Zusätzlich wurden die Landbewohner, die in die Stadt kamen, angesprochen; in der Stadt selbst gingen Österlens Freunde „hausieren", Österlen hielt in 12 Gemeinden Wahlreden usw. An diesem Beispiel wird zweierlei deutlich: Die Volkspartei machte sich hier das herkömmliche Honoratiorensystem zu Nutze, indem sie die angesehenen Männer des Oberamts um den Preis politischer Kompromisse in innenpolitischen Fragen zu sich herüberzog; auf diese Weise gelang zudem auch eine gewisse Verklammerung der Landgemeinden mit der Oberamtsstadt. Nach den wenigen Fällen zu urteilen, in denen die personelle Zusammensetzung von Wahlkomitees bekannt ist[243], scheint eine solche Organisationsstruktur zur Durchsetzung von VP- und DP-Kandidaten kein Einzelfall gewesen zu sein; großdeutsche Bewerber werden sich dagegen, je nach den Verhältnissen im Wahlkreis, auf ihre Wahlkomitees und Kontaktleute in den Wahlkreisen gestützt haben[244], teilweise auch auf die Geistlichen oder die Beamtenschaft.

Alle Beamten waren angewiesen, die Wahl von konservativen Kandidaten diskret zu unterstützen[245]. Ministerielle Kandidaten wussten daher in der Regel die Beamten und die Amtsblätter ihres Wahlkreises hinter sich. Die „Schwäbische Volkszeitung" urteilte: *Es ist natürlich in einem Ländchen wie Württemberg nicht schwer, mit Hilfe eines überall hinreichenden Beamtenapparats und mit Hilfe einer in allen Schichten verbreiteten abhängigen Presse sich regierungsfreundliche Wahlen zu schaffen*[246]. Der „Beobachter", der hinsichtlich des *Wahl-Leitungs-Manövers* sogar eine Schwerpunktverlagerung von den Beamten des Innen-, Finanz- und Justizministeriums hin zu den Verkehrsbeamten (Varnbülers Ministerium) feststellte[247], sekundierte: *Wie viele Kanzleistunden sind während der letzten acht Tage vor der Wahl geschwänzt worden! wie viele Besuche in Wohnungen von Bürgern abgestattet, wohin sonst nie ein Strahl solcher Gnade gedrungen, wahrlich die Bureaukraten waren so höflich geworden, daß man wünschen möchte, es sei alle vier Wochen Wahl*[248].

---

[242] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 227f. Bericht des Oberamts vom 6. September 1868 betr. die Wahlbewegung.

[243] Siehe unten, S. 226f.

[244] Siehe unten, S. 387.

[245] StAL F 210/I, Bü 6, OA Waiblingen, Landtagswahlen 1848–1868, Schreiben des Regierungspräsidenten an Oberamtmann Häberlen in Waiblingen, Ludwigsburg, den 22. Mai 1868.

[246] SVZ Nr. 154, 5. Juli 1868, S. 655 „Vom Neckar".

[247] Beobachter Nr. 167, 19. Juli 1868 „Wahlen und Namen II" (Frontseite).

[248] Beobachter Nr. 174, 28. Juli 1868 „Aus Crailsheim".

Das folgende Beispiel illustriert in mehrfacher Hinsicht, welchen Einfluss die Beamten auf den Wahlkampf nahmen. Finanzminister Renner[249] hatte seine Beamten am 2. Juli 1868 noch einmal zu einem Wahlbericht aufgefordert und sie gleichzeitig angewiesen, sich nicht öffentlich zu engagieren. Wenige Tage zuvor war jedoch im Oberamt Crailsheim ein Flugblatt zu Sarweys Gunsten erschienen, das u.a. von Umgeldskommissariatsverweser Aichele in Crailsheim unterzeichnet war. Dieser wandte sich am 7. Juli brieflich an den Finanzminister, der den Brief „wegen des Schulmeisters Abelein" am 8. Juli an den Kultusminister weiterreichte. Aichele unterstellte zunächst, dass Kameralverwalter Linsenmann den Finanzminister bereits über die Wählerversammlung Sarweys und Abeleins am 28. Juni[250] unterrichtet habe. Trotz seiner dort erlittenen Niederlage fahre Abelein fort, den Bezirk zu bereisen und Lügen zu verbreiten. Aichele versicherte daher: *Überall, wo ich hinkomme, höre ich ein und dasselbe lügenhafte Gerede, versäume aber deshalb nie, die Leute über diesen Schwindel aufzuklären.*

Über den Wahlkampf des Regierungskandidaten schrieb er: *Bei der Partei des Dr. Sarwey wird kein Mittel unterlassen, um ihm den Sieg zu verschaffen. Ich erlaube mir, ein Flugblatt und das Tagblatt für Euer Exzellenz hier anzuschließen. Bei Beratung des Flugblattes waren die Bezirksbeamten zugegen und wurde auch solches vom Kameralverwalter und Forstmeister unterzeichnet, die Unterschriften aber wieder auf Anraten zurückgezogen, die der Inspektoren und die meinige stehen zu lassen für gut befunden. Da ein öffentliches Interesse an der Wahl nach Euer Exzellenz Schreiben nicht gewünscht ist, so bitte ich untertänigst, mir gütige Entschuldigung zu Teil werden zu lassen*[251]. Aichele, in seiner Position als Amtsverweser besonders abhängig, hatte gegenüber den Bezirksbeamten nicht verhindern können, dass sein Name auf dem Flugblatt erschien, und versuchte nun, sich das Wohlwollen des Finanzministers zu bewahren. Verglichen mit Andreas Abelein, machte er keine so gute Figur.

Es ist sehr schwierig, Länge und Intensität des Wahlkampfes vom Sommer 1868 abzuschätzen nicht nur, weil gegenüber früheren Wahlen der Vergleichsmaßstab fehlt, sondern vor allem wegen der höchst unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen. So fand etwa in den Oberämtern Horb, Herrenberg, Gerabronn oder Freudenstadt fast keine Wahlagitation statt, weil die Kandidaten keine ernstliche Konkurrenz zu fürchten brauchten. Stadtschultheiß Schmid aus Munderkingen führte im Oberamt Ehingen dagegen einen sehr intensiven Wahlkampf durch, obwohl ihm erst sehr spät der Großdeutsche Wiest gegenübergestellt wurde, der in nur einer Wählerversammlung auftrat[252]. Da Schmid im katholischen Ehingen für die Deut-

[249] Dr. Andreas (von) Renner (1814–1898), Finanzminister von 1865 bis 1891; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 714ff.

[250] Zu dieser Versammlung auch: Beobachter Nr. 174, 28. Juli 1868 „Aus Crailsheim".

[251] LKAS A 26, Nr. 150 Umgeldskommissariatsverweser C. Aichele an Finanzminister von Renner, Crailsheim, den 7. Juli 1868.

[252] DV Nr. 157, 8. Juli 1868 „Ehingen, 5. Juli".

sche Partei antrat – wenn auch mit stark abgeschwächtem Programm[253] und moderat im Ton –, hätte er ohne einen intensiven Wahlkampf nicht bestehen können. Wiedemanns[254] Kandidatur in Stuttgart/Amt war den Wählern schon durch den Wahlkampf für die Zollparlamentswahl im Frühjahr 1868 mundgerecht gemacht worden, indem er den ministeriellen Kandidaten Knosp[255] im Wahlkampf begleitet und in dessen Versammlungen geredet hatte. Christian Mayer, der spätere Wahlsieger im Oberamt Kirchheim, trat dagegen am 3. Juli überhaupt erst auf[256]. Gewöhnlich begann etwa 7–10 Tage vor dem Wahltermin die heiße Phase des Wahlkampfes. Meist hatten sich bis dahin die Kandidaten herauskristallisiert, für die in dieser Phase besonders intensiv agitiert wurde und die dann auch ihre Wahlreise durch den Bezirk absolvierten, um sich und ihr Programm den Wählern vorzustellen. Wer dem politischen Konkurrenten in den Tagen unmittelbar vor dem Wahltermin das Feld überließ, hatte meist seine Siegeschancen verspielt[257].

Kontroverse Landtagswahlkämpfe hatte es in verschiedenen Oberämtern auch schon vor 1868 gegeben[258]. Vor diesem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen ist zu erklären, dass der Wahlkampf vom Sommer 1868 durchaus nicht bei allen Zeitgenossen als besonders heftig empfunden wurde, dass die Spannweite der Meinungen groß war. Otto Elben schrieb über den Wahlkampf in Göppingen: *Das war ein Wahlkampf, erfüllt von heftiger Leidenschaft, begleitet von Schlägereien*[259]. Ein Korrespondent „Vom Neckar" behauptete dagegen kurz vor der Wahl: *Teilnahmslos verhält sich die große Masse des Volkes zur Wahl, und die angeblich heftige Wahlagitation spukt nur in den Köpfen hungriger Zeitungskorrespondenten*[260]. Das „Deutsche Volksblatt" formulierte auf seinem Titelblatt am 7. Juli 1868 „Zu den Wahlen": *Die Wahlbewegung war in einigen Bezirken, wie uns mitgeteilt wird, bis in den letzten Tagen ganz flau; besonders zeigte das Landvolk viel Gleichgültigkeit*[261]. Am 1. Juli hatte das Blatt an gleicher Stelle in seiner „Rundschau" noch festgestellt, dass die Wahlbewegung nun das ganze Land ergriffen habe[262], und am 5. Juli hatte es gehei-

---

[253] DV Nr. 161, 12. Juli 1868 „Ehingen, 10. Juli": Schmid wolle weder Großpreuße noch Großdeutscher sein, sondern nur *der Politiker des praktischen Verstandes.*

[254] Wilhelm Wiedemann (1821–1886), Kaufmann in Stuttgart, Vorstand des Schwäbischen Sängerbundes (seit 1859) und des Stuttgarter Liederkranzes (1879–1881); Aufruf Wiedenmanns an die Wähler des Oberamts Stuttgart, 1. Juli 1868 (HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 461); Wiedemann brach nach der Reichsgründung mit der VP; Schw. Kronik (1886), Nr. 186; Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 119, Anm. 324; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 1015.

[255] Rudolph Knosp (1820–1897), Farbenfabrikant in Stuttgart (Teilhaber der BASF); Kommerzienrat; Gemeinderat; Zollparlamentsabgeordneter für Stuttgart/Stadt und Amt 1868–1870; Schwager Sigmund Schotts; Lbb. aus Schwaben und Franken VIII, S. 272–293.

[256] Siehe unten, S. 464f.

[257] Idler in Münsingen (siehe oben, S. 40, Anm. 147) oder Rüdinger in Blaubeuren.

[258] Brandt, Parlamentarismus, S. 116ff.

[259] Elben, Lebenserinnerungen, S. 150.

[260] SVZ Nr. 154, 5. Juli 1868, S. 655.

[261] DV Nr. 156, 7. Juli 1868.

[262] DV Nr. 151, 1. Juli 1868.

ßen: *Die Wahlbewegung wird von Tag zu Tag erregter, aber auch wirbeliger als je einmal. Die Parteien verwirren sich unter einander, daß bald Freund und Feind sich nicht mehr auskennen*[263]. Nach den Wahlberichten der Oberamtmänner, die eine grobe Einschätzung der „Heftigkeit der Wahlbewegung" vornahmen, war der Wahlkampf in 22 von den 70 Wahlkreisen (31%) nur schwach ausgeprägt oder fehlte ganz; allzu übertriebene Vorstellungen vom Ausmaß der Wahlbewegung im Sommer 1868 werden damit korrigiert.

Diesem differenzierten Bild entsprechend, verlangte der Wahlkampf den Kandidaten höchst unterschiedlichen Einsatz ab. Wer ohne Gegenkandidat blieb, wie Leonhard Bayrhammer in der Stadt Ellwangen, der konnte sich auf einen Wahlauftritt beschränken[264] oder, wie Dentler in Wangen, ganz ohne Wahlversammlungen auskommen und lediglich eine Erklärung veröffentlichen, dass er eine auf ihn fallende Wahl annehmen werde. Deffner, der in Esslingen kandidierte, und Eberhardt in Nürtingen fanden nebenher noch Zeit, für Weith im Oberamt Marbach zu agitieren[265]. Mittnacht hielt am 5. und 6. Juli 1868 in Weikersheim, Creglingen und Mergentheim seine Wahlrede, die auch gedruckt veröffentlicht wurde[266]; im Übrigen überließ er seinen Anhängern den Wahlkampf.

Dagegen stellt Otto Elben – im Zusammenhang mit der Zollparlamentswahl – die Strapazen eines Wahlfeldzugs heraus: Er habe manchmal bis zu sechs Wählerversammlungen an einem Tag gehalten[267]. Karl Mayer veranstaltete noch am 7. Juli vier Versammlungen in den Weinorten des Oberamts Besigheim (Hessigheim, Gemmrigheim, Kaltenwesten, Kirchheim), nachdem er seit dem 24. Juni mindestens in jedem der Wahldistrikte eine größere Wählerversammlung durchgeführt hatte, nicht zu reden von den kleineren Aufenthalten in den verschiedenen Gemeinden, die an seinem Weg lagen[268]. Auf August Österlens Plan standen für die letzten drei Tage vor der Wahl noch 11 Versammlungen[269]; er hielt *in nicht weniger als 12 Distrikten Reden* [...] *und stellte sich den Wählern vor*, während sich sein Gegner Happold nicht in einer Versammlung zum Reden zu bewegen war[270]. August Becher trat im Oberamt Künzelsau erst am 3. Juli persönlich auf und begann am 4. Juli seine angekündigte Rundreise durch den Bezirk: *Diese Reisen waren ein förmliches Hausieren, nicht nur kleine Orte wurden aufgesucht, sondern Becher ging sogar in einzelne Privathäuser in Niedernhall mit der Anmeldung „ein Reisender"; besonders hatten die katholischen Pfarrhäuser, in welchen Probsts Empfehlungsschreiben lag, sich stets des Besuchs des*

---

263 DV Nr. 155, 5. Juli 1868 (Frontseite) „Die Wahlbewegung".

264 DV Nr. 145, 24. Juni 1868 „In Ellwangen".

265 Siehe unten, S. 176, Anm. 345.

266 HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 334ff. Bericht des Oberamts vom 24. Oktober 1868 betr. die der letzten Abgeordnetenwahl vorangegangene Wahlbewegung; diese Auswahl war bestimmt durch die *alte Eifersucht der Städte gegenüber dem Kandidaten der Oberamtsstadt.*

267 Elben, Lebenserinnerungen, S. 148.

268 Beobachter Nr. 158, 9. Juli 1868 und verschiedene weitere Berichte seit Ende Juni.

269 HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 2./3. Juli.

270 HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 227f. Bericht des Oberamts vom 6. September 1868 betr. die Wahlbewegung.

Herrn Becher zu erfreuen. Becher hatte eine ansehnliche Begleitung von hier [sc. aus der Stadt Künzelsau] *aus bei sich, so daß es an Claque nicht fehlte*[271]. Bareiß besuchte im Oberamt Maulbronn 17 Gemeinden und hielt allein am 3. Juli neun Wählerversammlungen[272]. Aber auch Regierungsrat Rüdinger[273], der im Oberamt Blaubeuren als Ministerieller gegenüber dem ortsansässigen Nüßle Fuß zu fassen suchte, hielt in 18 Wählerversammlungen Ansprachen[274].

Wie wichtig das persönliche Auftreten des Kandidaten sein konnte, belegt folgendes Beispiel aus dem Oberamt Saulgau; Oberamtmann Elwert[275] berichtete: *Ein Umschwung der Stimmung trat bei der Mehrzahl der Wähler erst ein mit dem Auftreten des Herrn Küble in den Wählerversammlungen, in welchen er nach dem Urteil seiner Anhänger die glänzende und zündende Beredsamkeit an den Tag legte, welche ihm zum Siege verholfen hat*[276]. Andererseits übten mehrere Oberamtmänner Kritik an konservativen Kandidaten, zum Beispiel an Eugen Müller in Marbach, Platz in Oberndorf, Böckeler in Leutkirch, Nickel in Ludwigsburg/Amt oder Hirt in Rottweil, dass diese den Wahlkampf zu wenig energisch betrieben hätten. Bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Wahlkreisen und Persönlichkeiten scheinen insgesamt die „Linken" eher als die „Konservativen" bereit und fähig, einen auf die Wählermasse zielenden Wahlkampf durchzuführen.

Ob die Masse der Wahlberechtigten durch den Wahlkampf auch erreicht wurde, lässt sich nur schwer beurteilen. Die Grundlage für einen groben Schätzwert könnten Angaben über die Zahl der Teilnehmer an Wählerversammlungen liefern; doch die meisten Presseberichte enthalten nur unbestimmte Informationen, dass „viele" oder „zahlreiche" Teilnehmer zugegen gewesen seien. So sprach der DP-Kandidat Schmid am 28. Juni 1868 auf einer „größeren" Wählerversammlung in Untergriesingen, auf der Wähler aus 17 Gemeinden „zahlreich" vertreten gewesen sein sollen; am Abend habe er dann in Kirchbierlingen vor „der ganzen Wählerschaft" gesprochen. Im Wahldistrikt Griesingen entschieden sich 1868 mehr Wähler für den „ultramontanen" Wiest als für den „Preußen" Schmid; in Kirchbierlingen waren am 5. Dezember 1870 88 Bürger stimmberechtigt, nur 18 beteiligten sich an der Wahl und stimmten

---

[271] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 252f. Bericht des Oberamts vom 26. Juli 1868 betr. die bei der Abgeordnetenwahl stattgehabten Umtriebe.

[272] Beobachter Nr. 156, 7. Juli 1868. – Carl Weizsäcker beklagte sich 1870 darüber, dass er in 22 Gemeinden des Oberamts Balingen auftreten sollte: Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 394.

[273] Friedrich Rüdinger (1835–1894); kandidierte 1868 im Oberamt Blaubeuren, 1889 im Oberamt Münsingen; Schw. Kronik (1895), S. 1.

[274] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 28f. Bericht des Oberamts betr. angebliche Umtriebe bei den Landtagswahlen, Blaubeuren 5. August 1868; im „Staatsanzeiger" Nr. 151, 27. Juni 1868, S. 1566f. werden 10 Versammlungen für den 27.–30. Juni angekündigt.

[275] Ludwig Philipp Elwert (1826– nach 1892), ev., 1852–1867 Aktuar in Kirchheim, Ulm, Sulz, Urach; 1867–1892 Oberamtmann von Saulgau; Pensionierung; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 234f.

[276] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 433ff. Bericht des Oberamts vom 11. Oktober 1868 betr. die Wahlbewegung.

für Schmid. Die konkreten Wahlergebnisse deuten also in diesem Fall eher auf eine verhaltene Reaktion der Bürger gegenüber Schmids Versammlungen.

Auch die gelegentlich angeführten konkreten Teilnehmerzahlen, die an sich recht glaubwürdig erscheinen, da offenkundige Verfälschungen der Wirklichkeit sofort aufgefallen wären, gehören zur Wahlkampfmunition der Parteien. Von einer Wählerversammlung „zur Erforschung der Stimmung des Bezirks", die am 24. Juni 1868 in Kirchentellinsfurt/OA Tübingen durchgeführt wurde und die sich mehrheitlich für den ministeriellen Kandidaten Hörner entschied, meldete der „Staatsanzeiger" die Anwesenheit von *über 60 Wahlberechtigten*[277], genug, um Hörners Kandidatur zu legitimieren. In einem Bericht über eine Wählerversammlung der Volkspartei am 21. Juni 1868 in Weikersheim/Oberamt Mergentheim – wo Mittnacht kandidierte – heißt es dagegen, die Versammlung sei *sehr schwach, nur von etwa 100 Wählern besucht* worden[278].

Der „Beobachter" berichtete über eine Wählerversammlung des ministeriellen Kandidaten von Boscher[279] in Laupheim, bei der nur 50 Zuhörer zugegen gewesen seien, und verweist dabei auf eine Versammlung des VP-Kandidaten Vollmer am 28. Juni , an der „über 2000 Wähler" teilgenommen hätten[280]. „2000 Männer" waren in einem Telegramm aus Laupheim[281] genannt worden, und in einer längeren Korrespondenz aus Laupheim wurden daraus „wenigstens 2000 Männer"[282]. In der Stadt Laupheim und einem Radius von etwa 1½ bis 2 Stunden Fußmarsch um die Stadt herum hätten sich wohl mit einiger Mühe etwa 2000 Männer finden lassen, es ist jedoch unwahrscheinlich, dass sie alle den Sonntag zum Besuch der Wählerversammlung nutzten; um Wahlberechtigte oder Wähler Vollmers, wie das einhellige Votum der Versammlung vermuten ließe, wird es sich allerdings wohl eher nicht gehandelt haben, denn Vollmers Stimmenzahl aus dem ganzen Oberamt lag nur bei 2226; „2000 Wähler" wären zwei Drittel derjenigen, die sich im Amt an der Wahl beteiligten.

Eine ähnlich hohe Teilnehmerzahl wird nur noch einmal aus der Stadt Göppingen gemeldet, wo wohl am Sonntag, den 5. Juli in der Turnhalle eine Wählerversammlung stattfand, von der es hieß: *Es mögen leicht 1000 Personen erschienen sein*[283]. Zu dieser Versammlung waren alle drei Kandidaten eingeladen worden, und Hölder (DP) und Beckh (VP) waren als Redner aufgetreten. Der Wahldistrikt Göppingen – d.h. die Stadt mit Faurndau, der Heimatgemeinde Beckhs, und Jebenhausen – umfasste 1868

---

277 Staatsanzeiger Nr. 151, 27. Juni 1868, S. 1567; DV Nr. 148, 27. Juni 1868 „Aus dem Tübinger Amt": *Die Versammlung war* [...] *nicht zahlreich besucht.*

278 Staatsanzeiger, Nr. 149, 25. Juni 1868, S. 1546.

279 Anton (von) Boscher (1814–1887), kath., er war Oberamtsrichter in Laupheim und Esslingen gewesen und durchlief in den 70er Jahren eine steile Karriere am Kreisgericht in Ulm und am Landgericht Tübingen; seit 1884 Mitglied des Staatsgerichtshofs; 1849 Landtagskandidat in Ehingen; Landtagsabgeordneter für Rottweil 1870–1882; Schw. Kronik Nr. 93 (1887), S. 693f.; Mann, Die Württemberger, S. 377; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 94f.

280 Beobachter Nr. 158, 9. Juli 1868 „Laupheim, d. 5. Juli".

281 DV Nr. 150, 30. Juni 1868.

282 DV Nr. 152, 2. Juli 1868 „Laupheim, 29. Juni".

283 SVZ Nr. 157, 9. Juli 1868, S. 666; auch schon Nr. 156, 8. Juli 1868, S. 662.

etwa 1800 Wahlberechtigte; eine Versammlung von 1000 Personen bei zwei Kandidaten mit ihrem Anhang erscheint unter diesen Umständen realistischer als eine doppelt so hohe Teilnehmerzahl bei deutlich ungünstigeren demografischen Gegebenheiten und nur einem Kandidaten. Im Übrigen schwanken die Teilnehmerzahlen der Wählerversammlungen von „etwa 600" Männern in Spaichingen oder „über 400 Männern" für eine Versammlung der Deutschen Partei in Stuttgart, die am 3. Juli 1868 Gustav Müller als Konkurrenten von Sick nominierte[284], bis zu „30–40 Wählern" auf einer Versammlung der Volkspartei in der Stadt Tübingen[285] – ein Durchschnittswert von 100–120 Wählern[286]. Bei 10 bis 15 Wählerversammlungen in einem Wahlkreis hätten demnach – grob geschätzt – 1000 bis 1800 Wahlberechtigte an Versammlungen teilgenommen. Die Meldung aus Besigheim, in den 14 Tagen vor dem Wahltag hätten „etliche tausend Männer" (bei etwa 5000 Wahlberechtigten) die Wahlreden Carl Mayers gehört, scheint nicht völlig aus der Luft gegriffen[287].

Darüber hinaus erreichten die Wahlkampfkomitees sowie die Verwandten und Freunde der Kandidaten durch ihre Agitation „im Stillen" oder „unter der Hand" weitere Wahlberechtigte. In ähnlicher Weise bearbeiteten auch die politischen Konkurrenten und deren Helfer die Wahlberechtigten – in Böckingen/Heilbronn Amt fanden beispielsweise fünf Wählerversammlungen statt –, so dass in den Brennpunkten der Wahlschlacht wohl nahezu alle Wahlberechtigten durch die Wahlagitation erreicht worden sein könnten.

Im Urteil vieler Zeitgenossen verband sich eine Landtagswahl mit allerlei „Widerwärtigkeiten"[288], „Aufregungen"[289], „Agitationen, Belästigungen, Feindschaften"[290], mit „stürmischer Aufregung"[291]. Es ist die Rede von „ungemütlichen Wahlumtrieben", die „leidenschaftlich tobten"[292]. Aus Calw schrieb der Korrespondent

---

[284] SVZ Nr. 155, 6. Juli 1868 (Frontseite).

[285] Staatsanzeiger Nr. 148, 24. Juni 1868, S. 1537.

[286] Weitere Beispiele: Spaichingen: etwa 600 Männer (siehe oben, S. 33); Besigheim (beide Kandidaten): 3–400 Teilnehmer; Weikersheim/OA Mergentheim: etwa 100 Wähler; Kirchentellinsfurt/Tübingen Amt: über 60 Wahlberechtigte; Sontheim/Heilbronn Amt: über 100 Wähler; Wiesensteig/Oberamt Geislingen: 300 Teilnehmer; Weil der Stadt/Oberamt Leonberg: 40 Menschen; Plieningen/Stuttgart Amt: ca. 100 Personen; Vaihingen/Oberamt Münsingen: gegen 150 Männer; Ingelfingen/Oberamt Künzelsau: 80–90 Männer; Waldmössingen/Oberamt Oberndorf: 150 Wähler; Waiblingen: 50–60 Wähler; Klein Gartach/Oberamt Brackenheim: 200 Zuhörer; Schura/Oberamt Tuttlingen: ca. 400 Personen; Leonberg: ca. 60 Anwesende; Mainhardt/Oberamt Weinsberg: ca. 40 Wähler; Güglingen/OA Brackenheim: etwa 70 Köpfe; Cleebronn/OA Brackenheim: 70–80. Zum Vergleich: An der Wanderversammlung der Landwirte in Ravensburg nahmen ca. 200–300 Personen teil.

[287] Beobachter Nr. 159, 10. Juli 1868.

[288] Der Oberländer Nr. 102, 12. September 1871, S. 420.

[289] Amts- und Intelligenzblatt Crailsheim, 17. Dezember 1870, S. 610.

[290] DV Nr. 265, 11. November 1870 „Waldsee".

[291] Schw. Kronik Nr. 161, 8. Juli 1868, S. 1917f.

[292] Amts- und Intelligenzblatt Crailsheim, 16. Juni 1868, S. 289: So fasst Abelein seine Erfahrungen als Kandidat im Jahre 1864 zusammen. Vgl. auch HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 4, Reutlingen/Stadt Bl. 4: Innenminister Hölder versucht den Reutlinger OBM Benz von der Niederlegung seines Mandats mit dem Argument abzuhalten, Benz habe seinen Wählern zugesichert,

der „Schwäbischen Kronik", der Wahlkampf sei *von beiden Seiten mit Energie und Erbitterung geführt* worden: *Wenn die Bürgerschaft in zwei Lager geteilt ist, die sich aufs heftigste bekämpfen, ist es nicht im Interesse des Friedens, wenn sich der Ortsvorsteher auf eine Seite stellt*[293]. Nach der Meinung des „Staatsanzeigers" habe der Wahlkampf der Volkspartei dem öffentlichen Leben schweren Schaden zugefügt und sei maßgeblich für die Stimmengewinne der Deutschen Partei verantwortlich[294]. Das „Deutsche Volksblatt" meldete aus Crailsheim: *Der Wahlkampf regt alle Leidenschaften heftig auf und so müssen wir gar manches mit in den Kauf nehmen, was auf dem Parquet eines Stuttgarter Salons nachgerade nicht gang und gäbe ist*[295]. Dem „Beobachter" wurde dagegen aus Saulgau geschrieben: *Der lebhafte Wahlkampf, dessen Wogen gerade durch das Stürmen der Regierungspartei erregt wurden, erscheint dem empfindlichen Herrn Baurat* [Schlierholz] *gleich als leidenschaftlicher Hader*[296]. Ein lebhafter Wahlkampf wird also als normal angesehen.

Bei Lebhaftigkeit blieb es allerdings nicht immer. In verschiedenen Orten des Oberamts Balingen *kollidierten die Agenten der beiden Parteien, und soll es verschiedene Male fast zu Tätlichkeiten gekommen sein.* In der Stadt Ebingen habe ein regelrechter Meinungsterror geherrscht[297]. In Niedernhall kam es am 7. Juli zu einer Prügelei zwischen Anhängern Bechers und Speidels[298]. Aus dem Oberamt Crailsheim wurde gemeldet, dass in Satteldorf *zwei Anhänger Sarweys insultiert, einer sogar tätlich angegriffen* worden seien[299]. In Betzgenriet wurde ein Anhänger der Volkspartei *von einer fanatisierten Rotte blutig* geschlagen[300]; vor der Stichwahl zwischen Hölder und Beckh in Göppingen kam es im Anschluss an konkurrierende Wählerversammlungen zu einer Schlägerei: *Dem Treiben auf der Straße machte die Polizei durch energisches Einschreiten, um weiteres Unheil zu verhüten, ein Ende*[301]. Nach vollzogener Wahl – wohl unter Alkoholeinfluss – gab es in Göppingen eine weitere *großartige*

---

daß er insbesondere die Wähler nicht vorzeitig in die Notwendigkeit einer neuen Wahl mit all ihren Unannehmlichkeiten und Widerwärtigkeiten versetzt.

[293] Schw. Kronik Nr. 164, 11. Juli 1868, S. 1945 „Calw, den 9. Juli"; die Kritik richtete sich gegen Stadtschultheiß Christian Friedrich Schuldt (1804–1886), Landtagsabgeordneter für Calw 1862–1868 und 1870–1876, der pietistischen Kreisen und der DP nahe stand; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 839.

[294] Staatsanzeiger Nr. 165, 14. Juli 1868, S. 1712 „Heilbronn, 12. Juli".

[295] DV Nr. 152, 2. Juli 1868 „Aus dem Bezirk Crailsheim, 29. Juni".

[296] Beobachter Nr. 174, 28. Juli 1868 „Aus dem Lande Saul".

[297] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 20ff. Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Balingen 19. Juli 1868.

[298] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 252ff. Bericht des Oberamts; Schw. Kronik Nr. 291, 9. Dezember 1870, S. 3419: In Rottweil hinterließ die Wahlschlacht in mehreren Gemeinden *blutige Spuren.* Aus dem Oberamt Aalen wurde eine Prügelei zwischen zwei Brüdern gemeldet, die unterschiedliche Kandidaten unterstützten: DV Nr. 289, 9. Dezember 1870 „Aus dem Bezirke Aalen – aus den Wäldern, 5. Dez."

[299] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 51ff. Bericht des Oberamts vom 28. September 1868.

[300] Beobachter Nr. 175, 27. Juli 1868.

[301] Schw. Kronik Nr. 174, 23. Juli 1868, S. 2073.

Schlägerei[302]; die DP-Anhänger aus Jebenhausen griffen die Landerer'sche Anstalt an, und Heininger Bürger verprügelten einen VP-Anhänger in Dürnau[303]. Oberamtmann Ehemann von Balingen entrüstete sich: In der Oberamtsstadt *entblödete sich Rechtsanwalt Ruoff*[304] *nicht, an der Spitze von Proletariern, lauthals singend, durch die Straßen von Wirtshaus zu Wirtshaus zu ziehen – zum Ärger aller anständigen Menschen*[305].

Die Kritik an den Begleitumständen von Wahlen wurde gelegentlich ausgeweitet. In Marbach erschien anlässlich der Stichwahl ein Artikel, der die *unehrenhaften Wahlumtriebe* verdammte und fortfuhr: *Ein Sturm ist oft notwendig, um stagnierende Gewässer frisch zu beleben. Freilich ist es für uns Schwaben fast des Guten zu viel, denn nichts als Wahlen auf Wahlen! Wer wird nicht endlich ermüden, wenn gar kein Ruhepunkt eintritt! Was darüber ist von Übel. Denn die vielen Wahlen nehmen viele Zeit weg, und Zeit ist Geld*[306]. Und im „Deutschen Volksblatt" ist mit Blick auf die Bevölkerung auf dem Lande die Rede von *viel Gleichgiltigkeit, ja Widerwillen gegen das viele Wählen*[307]. Bei allem Ruhe- und Harmoniebedürfnis, das sich hier in der „veröffentlichten Meinung" artikuliert, wird dennoch nur sehr selten der Ausweg der Vereinigung aller politischen Gruppen auf einen Kandidaten gesucht; und erfolgreich waren solche Versuche schon gar nicht. Eine Wählerversammlung in Beilstein/Oberamt Marbach wollte versuchen, *zur Herbeiführung möglichster Einigkeit in der Abgeordnetenwahlsache* beizutragen[308]; doch keiner der vier Kandidaten wollte verzichten. Aus Gerabronn berichtete der Oberamtmann, *alle Klassen von Einwohnern* [seien] *in der Wiedererwählung* [...] *Egelhaafs einig* gewesen, eine kleine Zahl von Anhängern der Volkspartei hätten ihm aber Konkurrenz gemacht[309].

Ein flammender Aufruf an die Wähler gegen die Wahl von Beamten postulierte u.a.: *Kann einer sagen, er sei ein Patriot, welcher Partei er sonst angehöre, so muß er heute alles Volk um sich sammeln und einigen, damit man den* ***Besten*** aus dem Volk und für das Volk in die Kammer bringe[310]. Da dieser Aufruf auf der Frontseite der „Schwäbischen Volkszeitung" erschien, musste er für Anhänger der Volkspartei unglaubwürdig erscheinen, denn DP und VP gingen gerade in der nationalen Frage unterschiedliche Wege.

Abweichend von der allgemeinen Stimmung der Bürgerschaft für die Wiederwahl Dentlers, von der der Oberamtmann nach Stuttgart berichtete, artikulierte sich in der

---

302 Elben, Lebenserinnerungen, S. 150.

303 Beobachter Nr. 175, 27. Juli 1868; Hohenstaufen Nr. 61, 31. Juli 1868 (Frontseite) „Nach der Wahl".

304 Johann Jakob Ruoff (1800–1882), Verwaltungsaktuar, Ratsschreiber, Rechtsanwalt in Balingen; Landtagsabgeordneter für Balingen 1845–1855; 1869 und 1870 Mitglied des Landeskomitees der VP; Freund von Franz Hopf; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 751.

305 HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 20ff. Bericht des Oberamts vom 19. Juli 1868.

306 Postillon Nr. 84, 18. Juli 1868, S. 332.

307 DV Nr. 156, 7. Juli 1868 (Frontseite) „Zu den Wahlen".

308 Postillon Nr. 77, 2. Juli 1868, S. 308.

309 HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl, 203 Bericht des Oberamts vom 18. Juli 1868

310 SVZ Nr. 154, 5. Juli 1868 (Frontseite) „Noch habt ihr die Wahl zur ‚Wahl'!"

Stadt Isny demonstrativ eine Gegenposition[311]. Aus Backnang berichtete ein Korrespondent im „Beobachter" von beispielhafter Einmütigkeit des Bezirks für Nägele; unter anderem heißt es: *Nachdem Herr Schmückle*[312] *sich als Mann des Volkes selber unmöglich und unschädlich gemacht hat, werden bei der geschlossenen Haltung des Bezirks diesmal auch alle anderen Kandidaten überflüssig*[313]. Die Wähler werden aufgefordert, als „Parteiabzeichen" wie schon 1862 und 1848 (!) eine Nelke („Nägele") am Hut und im Knopfloch zu tragen. Die Absicht dahinter ist unverkennbar: Die Reihen der Anhänger sollten geschlossen, die politische Konkurrenz – *die kleine Schar der Bismärcker und sonstiger Machtanbeter* – abgeschreckt und mutlos gemacht werden. Die Konkurrenz wurde als solche aber gesehen, und sie war durchaus aktiv. Auf ministerieller Seite wurde zunächst Oberamtmann Wernle[314] ins Gespräch gebracht[315], und kurzfristig trat der Gutsbesitzer Michael Metzger[316] vom Ungeheuerhof als Kandidat an[317]. Die 968 Stimmen für Metzger[318] belegen, dass es mit der *Einmütigkeit des Bezirks* nicht so weit her war, dass die Volkspartei das Wunschbild von der Übereinstimmung aller in dem Volksabgeordneten lediglich für die Wahlagitation instrumentalisiert hatte.

Thomas *Kühne*[319] hat in Anlehnung an Monika *Wölk*[320] und andere vor allem drei Elemente herausgearbeitet, durch die sich „vormoderne" von „modernen" Wahlen unterscheiden. „Vormoderne" Wahlen kennzeichnet danach

- *eine korporative Wahlpraxis und das damit zusammenhängende konsensuale Wahlbewusstsein; Wahlkampf im modernen Sinne einer offenen Konkurrenz von Parteiungen wird abgelehnt;*
- *ein ausgeprägtes Kosten-Nutzen-Denken.* [...] *Wahlbeteiligung war in der traditionalen Gesellschaft ein lästiges, zeitaufwendiges Geschäft;*
- *das lokalistisch definierte imperative Mandatsverständnis, also die Vorstellung einer Verfügungsgewalt der Wähler über ‚ihren' Abgeordneten als eines Vertreters der ökonomischen Interessen des Wahlkreises.*

---

311 HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 512 Bericht des Oberamts vom 15. Juli 1868 betr. die Wahlbewegung.

312 C.D. Schmückle war der Stadtschultheiß von Backnang; er war nach 1866 zur DP gewechselt, war 1876 Vertrauensmann der Partei.

313 Beobachter Nr. 134, 11. Juni 1868.

314 Georg Christian Wernle (1825–1879), Oberamtmann von Laupheim 1867–1875, von Tuttlingen 1875- Dez. 1878; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 579.

315 Schw. Kronik Nr. 154, 30. Juni 1868, S. 1834.

316 Michael Metzger (1825–1895), Gutsbesitzer und Gemeinderat auf dem Ungeheuerhof; er hatte den Aufruf der DP zur Zollparlamentswahl unterschrieben: Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868; Staatsanzeiger Nr. 160, 8. Juli 1868, S. 1661 unter Berufung auf den „Murrthalboten" Nr. 79.

317 Schw. Kronik Nr. 164, 11. Juli 1868, S. 1949.

318 Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868: Die Stimmen stammten danach von den Preußen; *der Rest verteilt sich auf die weit verzweigte Verwandtschaft und solche Bauern, hauptsächlich aus dem benachbarten Weissacher Tal, welche sich von jeher die Parole von oben geben ließen.*

319 Kühne, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur, S. 544f. für den folgenden Absatz.

320 Wölk, Wahlbewusstsein, S. 311–352.

Die Landtagswahl vom 8. Juli 1868 war im Lichte dieser drei Merkmale nicht nur hinsichtlich des neuen Wahlrechts eine „moderne" Wahl: „Modern" – aber durchaus nicht mehr neu – war auch, dass in der ganz überwiegenden Zahl der Wahlkreise Kandidaten miteinander konkurrierten, die sich meist offen einer der Parteien zuordneten.

Wenn es auch vereinzelte Beispiele dafür gibt, dass Wahlberechtigte eher die Ganggebühr von 4-6 kr. bezahlen wollten, als die Erntearbeiten zu unterbrechen[321], so widerspricht es solchem Kosten-Nutzen-Denken, dass beispielsweise etliche Wähler in Isny, Biberach oder Besigheim ihre Stimmen demonstrativ dem Wangener Rechtsanwalt Schnitzer oder dem Führer der Deutschen Partei, Julius Hölder, gaben, obwohl diese weder kandidierten noch Siegeschancen hatten[322].

Was schließlich das Mandatsverständnis betrifft, so wurde das Argument, der Abgeordnete habe oder der Kandidat werde die ökonomischen Interessen des Wahlkreises vertreten, 1868 nicht vorrangig zur Begründung einer Kandidatur verwendet, vielmehr wurde politisch argumentiert. Volkspartei und Deutsche Partei machten zum Beispiel ihre Unterstützung für einen konservativ-großdeutschen bzw. einen ministeriellen Kandidaten in erster Linie davon abhängig, ob dieser gemäß ihren politischen Hauptforderungen gehandelt hatte oder zu handeln versprach. Über eine lokalistische Sichtweise ging das weit hinaus. So schrieb „Ein alter Volksmann" aus Ravensburg: *Herr* ***Lupberger*** *hat zwar früher durch seine Abstimmungen der Volkspartei Grund zur Unzufriedenheit gegeben, in letzter Periode dagegen hat derselbe durch seine konsequente Haltung gegen die* ***Verpreußung*** *des Landes vieles wettgemacht und es wäre Unrecht, ihm entgegen zu treten*[323]. – „Eine größere Anzahl Wähler aus dem Bezirk Wangen" erklärte öffentlich: *Da der seitherige Landtagsabgeordnete des Bezirks Wangen, Herr Schultheiß Dentler in Sommersried, bei den Kammerverhandlungen gegen die Zollvereins- und Allianz-Verträge gestimmt hat, wodurch die wichtigsten Interessen unseres Vaterlandes verletzt worden wären, so bedauern wir, demselben unsere Stimmen nicht geben zu können. Sie würden statt dessen für Rechtsanwalt Schnitzer in Wangen stimmen*[324]. Aus Calw schrieb ein Korrespondent unterm 3. Juli: Die ministerielle Partei habe *in neuester Zeit ihr Programm dem der deutschen Partei so sehr genähert, daß die gesammte, durch die Unterstützung der pietistischen Gemeinschaften bedeutend verstärkte deutsche Partei ihre Bedenklichkeiten fallen lassen und Hrn. Stälin*[325] *auch zu ihrem Kandidaten machen konnte*[326].

---

[321] DV Nr. 161, 12. Juli 1868 „Von der untern Schussen, 10. Juli".

[322] SVZ Nr. 155, 6. Juli 1868, S. 659; siehe oben: Anm. 311.

[323] Beobachter Nr. 155, 5. Juli 1868 „Ein alter Volksmann".

[324] SVZ Nr. 155, 6. Juli 1868, S. 659.

[325] Julius Stälin (1837–1889), Fabrikant und Kaufmann in Calw; Gemeinderat; Vorstand der Handels- und Gewerbekammer; Beirat der Centralstelle für Gewerbe und Handel; Landtagsabgeordneter für Calw 1876–1889; Reichstagsabgeordneter für Calw, Herrenberg, Nagold, Neuenbürg 1877–1889; Hirth's Deutscher Parlaments-Almanach 12 (1877), S. 253; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 884f.

[326] SVZ Nr. 154, 5. Juli 1868, S. 654.

Auch in dieser Hinsicht enthielt also die Landtagswahl vom Juli 1868 ein „modernes" Element.

Ein imperatives Mandat im modernen, basisdemokratischen Sinne, das den Abgeordneten an die Instruktionen der Wähler bindet – dies könnte durchaus in der Konsequenz des ökonomisch motivierten Verfügungsanspruchs der Wähler über ihren Abgeordneten liegen –, selbst ein solches Mandat wurde im Wahlkampf des Sommer 1868 vereinzelt[327] von Kandidaten der Volkspartei wie Küble[328] in Saulgau oder Niethammer in Weinsberg gefordert. Der „Staatsanzeiger" kritisierte unter anderem auch diesen Punkt aufs Schärfste als *nackten Kommunismus*: *Als ernsthaftes politisches Programm eines mindestens 30jährigen, einer höheren, und zwar rechtswissenschaftlichen Bildung sich erfreuenden Mannes können sie* [sc. die Sätze des Programms] *nur mit Entrüstung aufgenommen werden*[329]. Dennoch entschied sich in Saulgau fast die Hälfte, in Weinsberg ein Drittel der Wahlberechtigten für die Kandidaten der Volkspartei, die die ministeriellen Bewerber besiegten.

4. Wahlprogramme und Strategien

Die politische Lage des Sommers 1868 verlangte von allen Parteien programmatische Wahlaussagen zur Innenpolitik wie zur nationalen Frage. Für die Anhänger der Regierung mit dem „Staatsanzeiger" im Rücken[330] stand dabei die Sicherung des Status quo im Mittelpunkt; außenpolitisch hieß das: Bewahrung der Selbstständigkeit Württembergs und strikte Einhaltung der Allianzverträge mit Preußen; innenpolitisch setzte man auf „gemäßigten Fortschritt"[331], auf die Kräfte der Ordnung[332] und Sachthemen wie Steuerreform und Eisenbahnbau[333]. Wer den Status quo infrage stellte, musste bekämpft werden. Nachdem die Gefahr gebannt war, durch die Wahlen zum Zollparlament zu nahe an den Norddeutschen Bund herangezwungen zu werden, lag es in der Konsequenz dieser Politik, nun auch gegen den Zweckverbündeten aus der

---

[327] Wiedemann verspricht seinen Wählern in Stuttgart/Amt, *daß* [er] *in stetem Verkehr mit* [ihnen] *bleiben und bei allen wichtigen Fragen* [ihre] *Meinung und* [ihren] *Rat einholen werde.* (HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 461): Dies dürfte eher der Norm entsprochen haben; vgl. auch Beobachter Nr. 250, 27. Oktober 1869 „Die Oehringer Wahl IV". Die Wähler verpflichten sich durch ihre Unterschrift, den VP-Kandidaten zu wählen; dieser gibt ihnen sein „Manneswort" (es soll sein *wie ein Eid*), dass er sich in der Kammer verhalten werde, wie er es den Wählern versprochen habe (d.h. er soll die Ziele der Volkspartei vertreten); halte er seine Versprechungen nicht, so werde ihn der Fluch des Volkes treffen; als Beweismittel dient die namentliche Benennung eines Augen- und Ohrenzeugen.

[328] DV Nr. 153, 3. Juli 1868 „Saulgau, 1. Juli": *P 4: Ich bin für das Abberufungsrecht der Wähler ihren Vertretern gegenüber*; dazu: Boldt, Volksvereine, S. 190ff.

[329] Staatsanzeiger Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1587.

[330] Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 113; Naujoks, Der Staatsanzeiger, S. 271–304.

[331] Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 111, z.B. Entfernung der Privilegierten aus der 2. Kammer.

[332] Rapp, Württemberger, S. 304; Brandt, Parlamentarismus, S. 167.

[333] Staatsanzeiger Nr. 173, 23. Juli 1868, S. 1797 in der Rückschau.

Zollparlamentswahl vorzugehen. So distanzierten sich die Regierung und der „Staatsanzeiger" sowohl von der Deutschen Partei, obgleich sich schon Möglichkeiten der Zusammenarbeit anbahnten[334], als auch von der Volkspartei[335]. Diese hatte – ihre bisherige Politik konsequent weiterverfolgend – in ihrem Wahlprogramm vom 10. Mai 1868[336] die schärfste Gegenposition zur Regierung eingenommen: Schaffung eines föderalistischen, parlamentarisch kontrollierten Südbundes mit einheitlicher Zentralgewalt und Milizheer nach Schweizer Vorbild; Aufhebung der Allianzverträge mit Preußen; durchgreifende Verfassungs- und Verwaltungsreform in Richtung Demokratisierung[337].

Die Deutsche Partei hielt an dem außenpolitischen Kernpunkt ihres Parteiprogramms fest: bundesstaatliche Einigung Deutschlands auf der Grundlage der Norddeutschen Bundesverfassung[338]. Wenn die inneren Reformen[339] nur durch den allgemeinen Hinweis auf das Parteiprogramm angesprochen werden, so spiegelt sich darin nicht nur die absolute Priorität, die die Partei der Lösung der nationalen Frage zumaß, sondern auch die Uneinigkeit der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei über die Notwendigkeit und den Inhalt solcher Reformen[340]. Die Deutsche Partei hatte also dem Wähler auf diesem Gebiet nur wenig anzubieten.

---

[334] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 397.

[335] Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 112; HStAS E 146, 1432, Fasz. 9, Bl. 70; Schwarzwälder Bote, Nr. 156, 8. Juli 1868 „An die Wähler"; in dieser Stellungnahme zu dem Flugblatt der VP „Bürger! Wählt einen Abgeordneten" heißt es, die Regierung sei gegen DP wie gegen VP, weil beide die Selbstständigkeit des Landes bedrohten. Die Regierung *hält fest an der vertragsmäßigen Verbindung mit dem deutschen Norden, fest aber auch an der staatlichen Selbstständigkeit Württembergs, worin unsere Freiheit, unser Recht und unser Volkswohl begründet ist.* Wie Innenminister von Gessler dem Kabinettschef am 7. Juli berichtete (HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8), sei diese *im Staatsanzeiger erscheinende Erwiderung in je 200 Exemplaren in jeden Bezirk versendet worden;* Staatsanzeiger Nr. 143, 18. August 1868, S. 1484; in Nr. 160, 8. Juli 1868, S. 1660f. wird *der angebliche Bund der Regierung mit den Großpreußen* als reine Erfindung bezeichnet; in Nr. 173, 23. Juli 1868, S. 1797f. „Nach den Wahlen II" wird ein Bündnis zwischen Regierung und Deutscher Partei wiederum geleugnet. Tatsächlich existierte kein formelles Bündnis. – Schulte, Struktur, S. 67 schreibt dagegen: *Beiden Parteien* [sc. DP und VP] *kann* [...] *ihr Erfolg nicht primär ihren Programmen oder ihrer Strategie der Wählermobilisierung zugerechnet werden, sie sind gleichermaßen abhängig von der wechselnden Haltung des Königs und seiner Minister, die mit ihrer Bürokratie wirkungsvoll die jeweils erwünschte Partei, d.h. die sie symbolisierende Politik, unterstützten.*

[336] Beobachter Nr. 133, 10. Juni 1868.

[337] Runge, Volkspartei, S. 141f.; Rapp, Württemberger, S. 304; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 420; Brandt, Parlamentarismus, S. 167f. und 779.

[338] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 352 Rundschreiben des Landeskomitees an die Vertrauensmänner der DP, Stuttgart, 9. Juni 186; W. Lang, Die Deutsche Partei, S. 86f.

[339] SVZ Nr. 142, 21. Juni 1868, Nr. 148, 28. Juni 1868, Nr. 157, 9. Juli 1868; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 332.

[340] Brandt, Parlamentarismus, S. 766 unterscheidet grob drei große Gruppen (die Verfassungsliberalen, die Nationalliberalen und die Pietisten), die fast nur durch die „Preußendevotion" zusammengehalten wurden; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 386ff. ähnlich.

Nicht viel besser stellte sich die Lage bei den Großdeutschen dar. Diese nahezu unorganisierte[341] Gruppierung bestand aus prominenten Persönlichkeiten[342], aus Demokraten, Liberalen, Konservativen und Ultramontanen, aus Protestanten und Katholiken, die nur die großdeutsche Idee und als deren Kehrseite der Hass auf Preußen verband. Im „Deutschen Volksblatt" hieß es: *Die Frage, welche in dem letzten Landtage die große Scheidung der Geister verursachte und ohne Rücksicht auf innere Fragen, die einen auf die großdeutsch föderalistische Seite, die andern in das zentralistisch kleindeutsche Lager führte, diese Frage ist heute, wie vordem die entscheidende, der sich alle andern von selbst unterordnen.* [...] *Die Genossen der großdeutschen Föderation können nie in einer nur einigermaßen erheblichen Frage auseinander gehen. Wie Kleindeutschland die Zentralisation und diese die Unfreiheit bedingt, so ist die Föderation auch das gestaltende lebensvolle Prinzip für den inneren Ausbau unseres Staats- und Volkslebens.* [...] *Wählet also großdeutsch und keinen Preußen, denn dessen, was der liberalste Kleindeutsche fähig ist, dessen ist der hartgesottenste großdeutsche Aristokrat nicht fähig*[343].

Aus diesen Grundpositionen leiteten sich die Wahlkampfstrategien der Parteien ab[344]. Für die Regierung und die ministerielle Partei ging es darum, Verbündete zu gewinnen und die Gegner möglichst zu schwächen, strategische Ziele, die weit über den Wahltag hinauswiesen. Der „Staatsanzeiger" unter der Regie von Karl Scheurlen[345], dem Lenker des ministeriellen Wahlkampfes[346], verfolgte von Beginn des Wahlkampfes an den Feldzugsplan, die extremen Beobachtersmänner von den gemäßigten zu isolieren; und auch eine Woche nach dem Wahltag schrieb Scheurlen, wenn auch vom Wahlausgang ernüchtert: *Ob es gelingen wird, unter der Volkspartei eine Spaltung herbeizubringen, steht dahin; im Augenblick sind die Aussichten nicht günstig*[347]. Der spätere Erosionsprozess unter den Abgeordneten der Volkspartei bestätigte die mi-

---

[341] Deutsches Volksblatt Nr. 155, 5. Juli 1868 „Die Wahlbewegung": [...] *Eine Schuld endlich an der Konfusion und Unsicherheit der Wahlbewegung trägt der Mangel einer festen Organisation der großdeutschen Partei, des Mangels an Energie nicht zu gedenken. Gerade weil diese schon so oft in diesen Blättern dringend empfohlene Organisation fehlt, wird die Partei auch nicht den ihrer Kraft und Zahl entsprechenden Einfluss auf die Wahlen haben* [...].

[342] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 356.

[343] Deutsches Volksblatt Nr. 138, 16. Juni 1868 „Die Wahlen".

[344] Es versteht sich von selbst, dass jede Partei möglichst viele Mandate gewinnen wollte und die jeweils verfügbaren Mittel dafür einsetzte.

[345] Karl Friedrich (von) Scheurlen (1824–1872), seit 1867 Staatsrat, seit 1870 Innenminister; Landtagsabgeordneter für Gaildorf 1870–72; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 782f.

[346] SVZ Nr. 155, 6. Juli 1868, S. 659: Scheurlen wird als *Württembergischer Centralwahldirigent* bezeichnet; Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 113; Naujoks, Der Staatsanzeiger, S. 297.

[347] HStAS E 14, Bü 1186, Bl. 403 Schreiben Scheurlens an Kabinettschef von Egloffstein (seinen Freund), Stuttgart 15. Juli 1868; vgl. Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 112f., den Sachverhalt etwas verkürzend; Naujoks, Der Staatsanzeiger, S. 299; die dortige Quellenangabe ist zu berichtigen; Staatsanzeiger Nr. 169, 18. Juli 1868, S. 1786f. „Nach den Wahlen"; in einer Fußnote zu diesem Artikel (S. 1787) werden die großdeutschen und demokratischen Abgeordneten namentlich angeführt, die vom „Beobachterprogramm" abwichen.

nisterielle Strategie[348]. Potentielle Verbündete sah die Regierung in allen konservativen Abgeordneten: den konservativen Katholiken und dem Protestanten Moriz Mohl, die im Wahlkampf von den Regierungsorganen unterstützt wurden, dann aber auch in den „gemäßigten" Kandidaten und Abgeordneten der Deutschen Partei, zu denen letztlich nur wenige nicht gezählt wurden[349].

Trotz der wechselseitigen öffentlichen Distanzierung[350] beschränkte sich die konkrete Zusammenarbeit zwischen Ministeriellen und Deutscher Partei keineswegs auf jenen spektakulären Fall, dass der Oberamtmann und die Beamtenschaft des Oberamts Göppingen auf Beschluss des Ministerrats Julius Hölder zum Sieg über die Volkspartei verhalfen[351]. Im „Staatsanzeiger" erschien ein Appell an den Posthalter und Ökonomen Stücklen aus Löwenstein (DP), er möge von seiner Kandidatur zurücktreten und seinen Einfluss geltend machen, *um durch Vereinigung der Stimmen auf Herrn Seyffer den gemeinsamen Feind* [nämlich Niethammer (VP)] *aus dem Feld zu schlagen*[352]. Dann waren da jene „heimlichen Preußen", wie der „Beobachter" sie nannte, die als ministerielle Kandidaten antraten und nach gewonnener Wahl der DP-Fraktion beitraten[353].

Einige Male arbeitete die Deutsche Partei den Ministeriellen sodann regelrecht in die Hände. In Ludwigsburg/Amt trat der Kandidat der DP, Dr. Gußmann, in der heißen Phase des Wahlkampfes zu Gunsten des ministeriellen Bewerbers zurück und verminderte so die Gefahr der Stimmenzersplitterung. Dr. Gußmann, der Vertrauensmann Hölders im Bezirk, war der Hausarzt Varnbülers und genoss auch die Unterstützung von dessen Pächter, dem Ökonomierat Ramm[354]. Gußmann verfügte über so enge Beziehungen zur ministeriellen Seite, dass man seinen Verzicht als gezielte Hilfe für die Ministeriellen ansehen kann[355]. Mehrfach wirkte die Deutsche Partei im Wahlkampf für ministerielle Kandidaten – meist musste dies freilich sehr

---

[348] Brandt, Parlamentarismus, S. 782ff.

[349] Anbringen des Gesamtministeriums (HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8).

[350] SVZ Nr. 158, 10. Juli 1868 „Die preußenfeindliche Tendenz der württembergischen Regierung" gegen einen Artikel im „Staatsanzeiger" Nr. 160; ferner: SVZ Nr. 142, 21. Juni 1868, Nr. 143, 23. Juni 1868, Nr. 147, 27. Juni 1868.

[351] Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 113f.; Rapp, Württemberger, S. 305; Runge, Volkspartei, S. 150; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 397; Brandt, Parlamentarismus, S. 780; siehe unten, S. 200f.; Elben, Lebenserinnerungen, S. 150.

[352] Staatsanzeiger Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1538.

[353] Zu nennen sind hier neben Friedrich Bayha vor allem Jakob Friz (1828–1915) Schultheiß in Alfdorf (Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 293, 259; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 225f.); Stadtpfleger Johannes Rehm (1826–1900) von Pfullingen (Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 8; Staatsanzeiger Nr. 157, 4. Juli 1868, S. 1633, Programm Rehms u.a.: *Ich will ehrliches Halten an den Verträgen, aber kein weiteres Hindrängen zum Nordbund;* Raberg, Biographisches Handbuch, S. 703); aber auch der Cannstätter Stadtschultheiß Johann Ludwig Lemppenau, siehe unten, S. 97f.

[354] Siehe unten, S. 229, Anm. 104.

[355] Vgl. HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Schreiben des Innenministers vom 2./3. Juli, Weinsberg betreffend.

dezent geschehen, um deren Wahlchancen nicht zu schmälern[356]. So wollte die DP in Nagold den Regierungsrat Flammer[357] für eine Kandidatur gewinnen[358]; dieser hatte sich aber bereits für Stuttgart/Amt entschieden, wo er, weil er *ganz gut deutsch*[359] war, von der Deutschen Partei unterstützt wurde[360].

Und schließlich lassen sich auch Beispiele anführen, dass Oberamtmänner die Kandidaturen von Männern anregten und förderten, die der DP – zumindest – sehr nahe standen: Der Oberamtmann von Cannstatt förderte Lemppenau[361], Oberamtmann Klett von Marbach machte den Fabrikanten Eugen Müller von Burgstall zu seinem Kandidaten[362], und auf Veranlassung des Oberamtmanns von Vaihingen wurde *in der Person des Gutsbesitzers Braunmüller ein Gegenkandidat gegen Hopf*[363] *aufgestellt*[364]. Braunmüller war wenige Tage zuvor bewogen worden, auf seine Kandidatur in Göppingen zu Hölders Gunsten zu verzichten[365]. Die Entscheidung des Oberamtmanns für Braunmüller ließ sich im Sinne der Regierungslinie, die Zusammenarbeit mit den Konservativen zu suchen, noch am leichtesten nachvollziehen, denn Braunmüller gehörte zum Vorstand der „Wanderversammlung württembergischer Landwirte"[366]. Diese hatte in Ravensburg am 8. Juni, rechtzeitig für die Landtagswahl, eine von Braunmüller mitverfasste Aufforderung an alle Landwirte gerichtet, bei der bevorstehenden Landtagswahl *freisinnige und unabhängige Landwirte zu wählen*, [...] *um in der Kammer der Abgeordneten ihren Ansichten Geltung verschaffen zu können*[367]. Der „Beobachter" verurteilte diesen Aufruf als reines Standesinteresse und sah

---

[356] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 261, 258.

[357] Christian Heinrich Flammer (1832–1877); vgl. auch Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 111.

[358] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 340; der Gegenkandidat – ebenfalls der ministeriellen Richtung angehörend – war der langjährige Abgeordnete für Nagold, der Holzsamenhändler Christoph Geigle (1809–1874); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 251.

[359] SVZ Nr. 143, 23. Juni 1868, S. 610; Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 322. SVZ Nr. 159, 11. Juli 1868: Flammer *wäre der Mann unseres Vertrauens gewesen ... aber seine Eigenschaft als Regierungskandidat mußte auf seine Kandidatur ungünstig einwirken.*

[360] Weitere Beispiele: Neckarsulm (Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 349), Saulgau (ebd., Stück 309/308), Oberndorf (ebd., Stück 279); Calw (ebd., Stück 264).

[361] Siehe unten: S. 97f.; vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 161, 166; die Pointe der Sache ist, dass sich Oberamtmann von Kegelen auch in Lemppenaus politischer Einstellung anscheinend getäuscht hatte.

[362] Siehe unten, S. 176ff.; Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 301.

[363] Franz Hopf (1807–1887), „Germania" Tübingen Jg. 1824, Pfarrer, seit 1853 Gutsbesitzer; Herausgeber des „Gradaus", Redakteur; Landtagsabgeordneter für Vaihingen 1849, 1850; 1856–1861; 1864–1876; Lbb. aus Baden-Württemberg XVIII (1994), S. 250–284; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 286; Brandt, Parlamentarismus, S. 674f.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 398f.

[364] HStAS E 46, 1432, Fasz. 8, Bl. 502–503 Bericht des Oberamts betr. die Art und Weise der Wahlbewegung, Vaihingen, 15. Juli 1868.

[365] Siehe oben, S. 25.

[366] W. Lang, Deutsche Partei, S. 91ff.

[367] Der Aufruf dürfte in allen großen Zeitungen Württembergs veröffentlicht worden sein; Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 348 = Göppinger Wochenblatt, Nr. 49 (2), 13. Juni 1868, S. 203; Deutsches Volksblatt Nr. 136, 13. Juni 1868, S. 1 Text, S. 2 Bericht; Staatsanzeiger Nr. 139, 13. Juni

Machenschaften der Regierung am Werk[368], ein nahe liegender Verdacht, denn im Vorstand der Wanderversammlung saß neben dem Schorndorfer Oberamtmann Zais[369] ein Vetter Varnbülers[370], Freiherr Theodor von Süßkind. Zu der Ravensburger Versammlung war zudem eigens Innenminister Gessler[371] mit drei hoch gestellten Beamten erschienen, um die Anwesenden über die geplante Änderung der Grundsteuer zu informieren, und die Regierung versuchte tatsächlich „unabhängige Landwirte" als Kandidaten aufzustellen[372], wie das „Deutsche Volksblatt" missbilligend feststellte.

Doch die weiteren Vorstandsmitglieder der Wanderversammlung fügen sich nicht so ohne Weiteres in das volksparteiliche Propagandabild ein. Bei Georg Zöppritz[373], der die Ravensburger Versammlung leitete, handelte es sich um den Vertrauensmann der Deutschen Partei im Oberamt Ravensburg. Er nutzte nun den Aufruf der Wanderversammlung für seine eigene Landtagskandidatur gegen Lupberger aus[374]. Benedikt Sauter, der Pächter des Freiherrn von König in Sommershausen, Oberamt Biberach, war den liberalen Großdeutschen eher zuzurechnen als den konservativen[375].

1868, S. 1445; Nr. 140, 14. Juni 1868, S. 1456f.: Unter den etwa 200 bis 300 Teilnehmern werden namentlich hervorgehoben: Oberamtspfleger Zeh (min. Kandidat in Geislingen), Gemeinderat Single (min. Kandidat in Besigheim), Gutsbesitzer Sauter (großdeutscher Kandidat in Waldsee), Gutsbesitzer Gräslen (volksparteilicher Kandidat in Heidenheim, Konkurrent von Ammermüller) und Autenrieth von Münsingen (1869 und 1870 Mitglied des Landeskomitees der VP); auch von einer Exkursion der Tagungsteilnehmer zum Ganterhof (Zöppritz, Deutsche Partei) wird berichtet – beim Leser entsteht so der Eindruck, dass die Wanderversammlung Grundbesitzer aus allen Parteien vereinigte, vgl. Staatsanzeiger Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1601 und Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1625.

[368] Nr. 138, 16. Juni 1868 „Ein Wahlaufruf an die Bauern"; Nr. 141, 19. Juni 1868 „Aus Sulz, den 17. Juni"; das DV Nr. 155, 5. Juli 1868 (Frontseite) „Die Wahlbewegung" argumentierte ähnlich: *Einseitig ist es, daß die Regierungspartei den Landtag zu einem Extract der landwirtschaftlichen Vereine zu gestalten sich bemüht.* [...] *Jede einseitige Bevorzugung einer Klasse oder eines Standes erregt wie von selbst Mißgunst und Mißtrauen.* – Der landwirtschaftliche Verein Biberach hatte schon 1866 beschlossen, sich an der Kandidatenauswahl zu beteiligen und setzte diesen Beschluss auch um: für 1868 siehe folgende Seite; für 1870: DV Nr. 277. 25. November 1870 „Von der Riß, 24. Nov.".

[369] Eberhard Friedrich Zais (1801–1888), Oberamtmann von Weinsberg 1842–1852, versetzt wegen *schuldhafterweise gegebenen groben Ärgernisses;* Oberamtmann von Spaichingen 1852–1860, von Schorndorf 1860–1869; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 596.

[370] Beobachter Nr. 141, 19. Juni 1868 „Aus Sulz, den 17. Juni". – Karl Freiherr von Varnbüler (1809–1889), Rittergutsbesitzer in Hemmingen, Höfingen und Ludwigshöhe/OA Münsingen; Ritterschaftlicher Abgeordneter 1845–1849, 1851–1889; Vizepräsident des Landtags 1862–1868; seit 1864 (bis 31. August 1870) Minister des Kgl. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten; Reichstagsabgeordneter für Canstatt, Ludwigsburg etc. 1872–1881; Schw. Kronik (1889), S. 74; Württ. Jbb. 1889 (1891), S. VI.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 943ff.

[371] Ernst (von) Gessler (1818–1884), seit 1861 Mitglied der Kammer der Standesherren; Innenminister 21. September 1864 bis 23. März 1870; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 264f.

[372] Deutsches Volksblatt, Nr. 142, 20. Juni 1868 „Zu den Wahlen" und „Vom Neckar, 17. Juni".

[373] Georg Zöppritz (1835–1888), Gutsbesitzer auf dem Ganterhof (ca. 130 ha), Gemeinde Schmalegg; SVZ Nr. 145, 25. Juni 1868, S. 604.

[374] Deutsches Volksblatt Nr. 146, 25. Juni 1868 „Von der untern Schussen, 22. Juni".

[375] Siehe unten, S. 187ff.

Gemeinsam mit Ökonomierat Gustav von Horn, dem Vorstand der Ackerbauschule in Ochsenhausen und des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Biberach, trat er auf einer Versammlung der Landwirte für die Kandidatur Rudolf Probsts ein[376]. Allem Anschein nach wurden die Landwirte nicht nur von der Regierung, sondern von allen Parteien als wichtigste Wählergruppe umworben.

Die Volkspartei folgte in der Landtagswahl weiter ihrer *Doppelstrategie der unterschiedlichen Allianzen in der Innen- und der Nationalpolitik*[377]. Gegenüber der Zollparlamentswahl hatte sich die Konstellation freilich entscheidend gewandelt und eine Akzentverlagerung mit sich gebracht. Da die Volkspartei nun die Regierung gerade auch wegen ihrer Außenpolitik angriff und Koalitionen mit Regierungsanhängern grundsätzlich ausschloss, standen als mögliche Bündnispartner für eine antipreußische Sammlungspolitik nur noch die Großdeutschen zur Verfügung. Wer aber eine pflegliche Behandlung der Großdeutschen durch die Volkspartei erwartete, sah sich getäuscht[378]: Die Volkspartei steckte ihre Claims aggressiv ab, indem sie ihre Kandidaten ohne Rücksprache mit den Großdeutschen platzierte und dabei auch in die Interessensphäre der Großdeutschen – Ellwangen/Amt, Rottweil, Leutkirch – einbrach; gleichzeitig machte sie öffentlich bekannt, welche großdeutschen Kandidaten von ihr unterstützt oder wenigstens nicht bekämpft werden würden[379], und warnte die Großdeutschen vor einer konkurrierenden Kandidatur beispielsweise in Neresheim[380]. Sammlungspolitik hieß für die Volkspartei also, dass sich die verbliebenen Verbündeten nach den politischen Bedingungen der VP zu richten hätten, eine Vorgehensweise, die das gegenseitige Verhältnis gerade deswegen erheblich belastete, weil sich die Großdeutschen nur unzureichend wehren konnten: Das Deutsche Volksblatt beklagte sich bitter, suchte sich abzugrenzen[381], kündigte die Bundesgenossenschaft auf[382], stellte heraus, wie loyal die Großdeutschen den volksparteilichen Kandidaten in Laupheim unterstützt hätten[383], und nutzte auch einmal eine Schwäche der Volkspartei, um ihr einen eigenen Kandidaten vor die Nase zu setzen[384]. Nach allen Reibereien ließen 15 großdeutsche Kandidaten es dennoch zu, dass die Volkspartei sie in ihren landesweiten Wahlaufruf aufnahm[385].

---

[376] Deutsches Volksblatt Nr. 145, 24. Juni 1868 „Von der Riß, 22. Juni".

[377] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 420.

[378] Deutsches Volksblatt Nr. 142, 20. Juni 1868 „Vom Neckar, 17. Juni".

[379] Beobachter Nr. 135, 12. Juni 1868 „Summarischer Wahlbericht"; Deutsches Volksblatt Nr. 136, 13. Juni 1868 „Nach dem Beob.": Genannt werden *Reibel*, Pfäfflin, Tafel, *Mohl*, *Bayrhammer*, Beckh, *Egelhaaf*, Hopf, Nägele, *Wiest*, *Lupberger*, *Dentler*, Becher, Deffner, *Probst*, Ruf, Österlen, Erath, Wolbach, *Maier*/Tettnang [*kursiv* = großdeutsch (meine Kennzeichnung)].

[380] Beobachter Nr. 134, 11. Juni 1868 „Bezirk Neresheim".

[381] Deutsches Volksblatt Nr. 148, 27. Juni 1868 „Unsere Stellung zur Volkspartei".

[382] Beobachter, Nr. 141, 19. Juni 1868 „Zu den Wahlen".

[383] Deutsches Volksblatt, Nr. 140, 18. Juni 1868 „Stuttgart, 15. Juni"; Nr. 142, 20. Juni 1868 „Aus dem Bezirk Laupheim, 17. Juni"; vgl. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 420: Hier ein Beispiel für gelungene Zusammenarbeit, wenn nicht ein lokales Bündnis, zwischen VP und großdeutschen Katholiken.

[384] Nämlich Vayhinger in Spaichingen, siehe unten, S. 189ff.

[385] HStAS E 146, Fasz. 8, Bl. 455 „Mitbürger! Wählt einen Abgeordneten"; die 10 ausdrück-

Im Hinblick auf die Gegner im Wahlkampf musste die Volkspartei differenziert vorgehen. Das Motiv des Preußenhasses mochte weiterhin als Kampfmittel gegen die Deutsche Partei taugen, gegen Regierung und ministerielle Kandidaten, die sich für die Einhaltung der Verträge stark machten und bei der Zollparlamentswahl ihren Unabhängigkeitswillen bewiesen hatten, musste man stärker innenpolitisch argumentieren. Die Parteiführung erreichte dies mit der Parole *Keinen Preußen, vor allem aber keinen Beamten*[386]! Es lag in der Konsequenz dieses Ansatzes, dass die Volkspartei Regierung und Deutscher Partei Komplizenschaft unterstellte, was diese natürlich weit von sich wiesen, wenn auch die Zeichen tatsächlich auf eine partiell gemeinsame Interessenlage deuteten. Der Preußenhass konnte im Wahlkampf also nach wie vor breiten Raum einnehmen; wo aber diese Argumentation nicht voll traf, konnte man gegen die Beamtenkandidaturen ins Feld ziehen. Das Feindbild, das hier vermittelt wurde, zielte auf die antigouvernementalen Affekte der Wähler und suchte die Ministeriellen an einer kritischen Stelle zu treffen; die Parteiführung argumentierte: *Der Abgeordnete ist der Diener des Volks und muss über dem Minister stehen, der Beamte muss der Diener der Regierung sein und steht unter dem Minister. Niemand kann zwei Herren dienen*[387]! Das Argument spielte überall dort eine Rolle, wo Beamte sich um eine Abgeordnetenstelle bewarben; es kehrte sich damit aber auch gegen die Großdeutschen[388] und schließlich gegen die Volkspartei selbst, die in ihren Reihen ebenfalls Beamte, wenn auch keine hohen, hatte[389]. Die Unabhängigkeit vieler volksparteilicher Kandidaten wurde dann vor allem auch wegen des Anspruchs der Parteiführung infrage gestellt, dass die Abgeordneten politisch dem Willen der Parteiorganisation verpflichtet seien[390].

Die Art und Weise, wie die Volkspartei Themen und Positionen besetzte, wie sie durch ihr offensiv vertretenes Programm Inhalt und Tempo des Wahlkampfs in großen Teilen des Landes bestimmte, mutet modern an; die anderen Parteien konnten le-

---

lich als großdeutsch gekennzeichneten Männer gehörten überwiegend zu den Konservativen; die liberalen und demokratischen Großdeutschen wie Probst, Schott, Egelhaaf, Knittel wurden für die Volkspartei vereinnahmt. [Josef Anton Knittel (geb. 11. Mai 1808), 1848er, ehemals Schulmeister; Gutsbesitzer, Gemeindepfleger in Kappel; Landtagsabgeordneter für Riedlingen 1868, die Wahl wurde annulliert; Beobachter Nr. 138, 16. Juni 1868; Nr. 11, 15. Januar 1869; Nr. 18, 23. Januar 1869; Runge, Volkspartei, S. 148; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 454].

386 Rapp, Württemberger, S. 304.

387 HStAS E 146, Fasz. 8, Bl. 455 „Mitbürger! Wählt einen Abgeordneten"; Beobachter Nr. 156, 7. Juli 1868.

388 Deutsches Volksblatt Nr. 138, 16. Juni 1868 „Die Wahlen"; Beobachter, Nr. 155, 5. Juli 1868 „Spaichingen" – mit scharfer Kritik an der Kandidatur des Staatsdieners Vayhinger.

389 SVZ Nr. 149, 30. Juni 1868, S. 634 „Vom Neckar, 27. Juni"; Staatsanzeiger Nr. 158, 5. Juli 1868, S. 1640f.; auch die DP sprach sich im Übrigen gegen Beamtenwahlen aus: SVZ Nr. 154, 5. Juli 1868.

390 Deutsches Volksblatt Nr. 142, 20. Juni 1868 „Vom Neckar, 17. Juni": Würde man sich den Terrorismus der VP gefallen lassen, so wäre die Abgeordnetenkammer zusammengesetzt [...] *2) aus sog. ‚Volksmännern', deren Unabhängigkeit bei den Verhandlungen namentlich darin sich zeigen würde, dass sie den Leithämmeln ihrer Partei urteilslos nachstimmen* [...]; SVZ Nr. 166, 19. Juli 1868 „Die beleidigte Rosine".

diglich reagieren. Dennoch bleibt festzuhalten, dass bei außen- und nationalpolitischen Themen sich nur die Großdeutschen als Verbündete anboten und dass sich deren Zahl bei innenpolitischen Fragen noch weiter verringern würde, da die Konservativen dann gewöhnlich mit der Regierung stimmten. Die Strategie der Volkspartei wäre also letztlich nur dann kein Fehlschlag, wenn entweder durch außenpolitische Ereignisse die antipreußische Einheitsfront wiederhergestellt würde oder wenn die Volkspartei einen überzeugenden Wahlsieg erringen könnte.

Es kam noch ein weiterer Unsicherheitsfaktor hinzu. Die Parteiführung mochte ein Wahlprogramm beschließen und Machtansprüche gegenüber den Kandidaten und Abgeordneten formulieren, entscheidend war zunächst, ob die Bewerber gewillt und in der Lage waren, dieses Programm den Wählern gegenüber unverändert zu vertreten und durchzusetzen. Die Meldungen der Beamten aus den Wahlkreisen und in ihrer Folge die Schreiben des Innenministers an den Kabinettschef registrierten aufmerksam jede Abweichung der volksparteilichen Kandidaten vom Programm des „Beobachters": Nach diesen Meldungen hatte etwa die Hälfte der gewählten VP-Männer das Wahlprogramm modifiziert[391]. Nicht ohne Häme meldete der Oberamtmann von Aalen, dass Moriz Mohl, der auf seiner Wahlreise von zwei bis drei Mitgliedern der Volkspartei begleitet wurde, in seinen Reden der VP zahlreiche *bittere Pillen zum Verschlucken* eingab[392]. Und Innenminister Gessler wusste dem Kabinettschef von einer Wahlversammlung in Ludwigsburg/Amt zu berichten, es sei *das Kuriosum eingetreten* [...], *dass der Gegenkandidat Ökonom Körner*[393] *in Vaihingen sich* [...] *in einem längeren Vortrag von dem Beobachtersprogramm in mehreren Punkten feierlich losgesagt* habe; während der folgenden Rede eines Gegners seien Julius Haußmann[394] und Karl Mayer *in die Versammlung eingetreten, die in längerem Vortrag das Beobachterprogramm seinem ganzen Umfang nach aufrecht erhielten und auf Grund hiervon Körner empfahlen*[395].

---

[391] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Schreiben Gesslers an den Kabinettschef v. 7. Juli 1868, genannt werden: Erath, Becher, Eberhardt, Küble, Heß, Nägele, Körner, Österlen, Völmle, Georg Renschler [(1825–1890), Landwirt und Schultheiß in Unterjettingen, Landtagsabgeordneter für Herrenberg 1868–1870; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 716]; Nüßle, Ammermüller, Geiger, Gutheinz, überwiegend diejenigen, die später auch die VP-Fraktion verließen (BRANDT, Parlamentarismus, S. 782); Staatsanzeiger Nr. 172, 22. Juli 1868, S. 1787.

[392] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 15–17 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Aalen, 24. Juli 1868; vgl. auch HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Schreiben Gesslers an den Kabinettschef v. 7. Juli 1868.

[393] Gustav Körner (1824–1882), Vetter von Viktor Körner; Gutsbesitzer und Gemeinderat in Vaihingen, Kassier der Bezirksgewerbebank; Landtagsabgeordneter für Ludwigsburg/Amt 1868–1870, für Vaihingen 1877–1882; enger Freund von Hopf; Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 15, 40; Schw. Kronik (1882), S. 619, 631; RUNGE, Volkspartei, S. 82; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 464.

[394] Julius Haußmann (1816–1889), „Suevia" Tübingen Jg. 1834, Rechtskonsulent, Bleichebesitzer in Blaubeuren; Mitorganisator und Stratege der Volkspartei; Redakteur des Beobachters; NDB 8, S. 130; SCHMIDT-BUHL, Schwäbische Volksmänner, S. 8–18; RUNGE, Volkspartei, S. 28f.; BRANDT, Parlamentarismus, S. 717, Anm. 399 mit weiteren Belegen.

[395] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Schreiben Gesslers vom 7. Juli 1868.

Wenn keine eigene Kandidatur möglich war, musste die Parteiführung lokales Zusammenwirken selbst mit der Deutschen Partei dulden: in Kirchheim unkommentiert[396], in Tübingen/Amt dementiert[397], in Schorndorf als „Missehe" kritisiert[398]. Vereinzelt setzten sich lokale Organisationen sogar über die ausdrücklichen Wünsche der Stuttgarter Parteizentrale hinweg und mussten sich dann harte öffentliche Zurechtweisungen gefallen lassen: Die *Führer des Volks* in Spaichingen wurden wegen unentschuldbarer Inkonsequenz getadelt; einem Bewerber, der vorzeitig verzichtet hatte, wurde mangelnder Mut vorgeworfen und unterstellt, *dass er überhaupt die nötige Entschiedenheit für den Posten nicht oder noch nicht besitzt*[399]. Den Demokraten in Stadt und Amt Ulm – die in der Stadt hatten im Wahlkampf einen konservativen Großdeutschen unterstützt[400] – schrieb der „Beobachter" ins Stammbuch: *Für unsere Ulmer Parteigenossen in Stadt und Amt liegt in beiden Wahlen eine ernste Lehre. Jahrelange Versäumnis in der Pflege des Vereinswesens und das widerstandslose Dulden einer feindseligen Presse lassen sich nicht durch plötzliche Aktion bei eintretender Wahl einbringen. Durch Kompromisse lässt sich niemals die eigene Hingebung der Parteigenossen ersetzen. Ihre Strafe wird sein, dass die ganze Partei, das ganze Land sie verantwortlich erklärt für den Verlust zweier leicht zu sichernder Kammersitze an zwei feindliche Parteien*[401].

Eine eigene Wahlkampfstrategie der Großdeutschen fehlte. Diese Gruppierung lässt sich nämlich am besten ex negativo beschreiben als diejenigen Kandidaten, die sich – auf dem konservativen Flügel – von der Regierung absetzen und – zur liberaldemokratischen Seite hin – nicht der Volkspartei zugerechnet werden wollten, eine Ansammlung von Individualisten ohne formelle übergreifende Organisation und mithin ohne Führung, die ein gemeinsames Programm oder eine Strategie hätte entwickeln können[402]. Zum Sprachrohr der Großdeutschen – wenigstens des katholischen Teils – hatte sich das frühere Hausorgan des Reformvereins[403], das „Deutsche

---

[396] Beobachter Nr. 144, 24. Juni 1868 „Weilheim u. T." enthält über das Oberamt Kirchheim einen Wahlbericht, wonach der Weilheimer Stadtschultheiß und Rechtskonsulent Albert Friedrich Faber (geb. Weilheim 16. Mai 1824, Sohn des Amtmanns und Amtsnotars) nicht der Volkspartei zuzurechnen sei; im Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Der Ausfall der Wahlen" wird bestätigt, dass es in Kirchheim einen Kompromiss gegeben und ein Teil der VP für den Kandidaten der DP gestimmt habe; vgl. Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 88 Schreiben des gewählten Abgeordneten Chr. Mayer an Hölder, 15. Oktober 1868.

[397] HStAS E 146, 1432, Bl. 488–489 Bericht des Oberamts betr. die Art und Weise der Wahlbewegung, Tübingen, 16. Juli 1868; Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Aus Tübingen, den 11. Juli 1868".

[398] Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868 „Schorndorf, d. 9. Juli 1868"; Nr. 167, 19. Juli 1868 „Wahlen und Namen II": Das Landeskomitee habe sich in Schorndorf nach vergeblichen Mahnungen aller weiteren Einmischungen enthalten.

[399] Beobachter Nr. 154, 4. Juli 1868 „Auch in Spaichingen"; siehe oben, S. 33.

[400] Runge, Volkspartei, S. 123; siehe unten, S. 142ff.

[401] Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868 „Die beiden Ulmer Wahlen".

[402] Real, Reformverein, S. 19: Heterogenität der Großdeutschen im Allgemeinen, S. 104f. der Württemberger im Besonderen.

[403] Real, Reformverein, S. 104f.; Brandt, Parlamentarismus, S. 705, Anm. 359.

Volksblatt", gemacht[404], das die Konfession in den Hintergrund stellte (aber nicht verleugnete) und den überkonfessionellen, großdeutschen Aspekt betonte[405]. Was die Großdeutschen – nach der Definition des „Deutschen Volksblattes" – über alle konfessionellen und innenpolitischen Unterschiede hinweg zusammenhielt, war ihre antipreußische Haltung; daher formulierten sie für den Wahlkampf als ihre wichtigste Aufgabe, *die nationalliberalen Niederlassungen und die bismarckischen Horste zu nehmen*[406]. Ihr positives Ziel freilich, den *großdeutschen Gedanken einer kräftigen Einigung Deutschlands durch eine freie Bundesverfassung*[407], sahen sie in immer weitere Ferne rücken. Wenigstens für die Konservativen unter ihnen folgte daraus, dass sie dazu beitragen mussten, die selbstständige Existenz Württembergs zu sichern, also die Regierung zu unterstützen, solange die nicht gegen das Wohl des Volkes handelte[408]. Für diesen Teil der Großdeutschen boten sich auch in Hinblick auf die Außenpolitik also Bündnisse mit den Ministeriellen eher an als mit der Volkspartei[409], während die großdeutschen Demokraten ihre Heimat in der Nähe der Volkspartei ansiedelten. Auf Grund der inneren Widersprüche stellten die Großdeutschen als Gruppe keinen letztlich berechenbaren, erstrebenswerten Bündnispartner dar, auf den man Rücksicht nehmen musste. Die einzelnen Persönlichkeiten waren dagegen im Wahlkampf sehr ernsthafte politische Konkurrenten und wurden daher auch von der Volkspartei vehement bekämpft, wo beide aufeinander trafen.

Die Deutsche Partei als kleindeutsche Sammlungsbewegung hatte anders als die Großdeutschen wenigstens eine konkrete nationalpolitische Perspektive, für die sie arbeiten konnte: *keine Trennung nach der Mainlinie; Schaffung eines kräftigen deutschen Staatswesens durch den Anschluss sämtlicher deutscher Staaten an den Norddeutschen Bund*[410]. In den meisten anderen Fragen herrschte Uneinigkeit zwischen den Parteiflügeln[411] – wie unter den Großdeutschen. Für die Landtagswahlen und darüber hinaus musste man also versuchen, die Differenzen innerhalb der Partei zu überbrücken und die eigene Position zu stärken, auch wenn dazu Kompromisse zu schließen waren. So empfahlen die Vertrauensmänner der Deutschen Partei zwar Anfang Juni 1868, nicht nur formelle Parteimitglieder als Kandidaten zu unterstützen, sondern auch solche Männer, *welche überhaupt die bundesstaatliche Einigung Deutschlands auf Grund der norddeutschen Bundesverfassung als Ziel der nationalen Bestrebungen anerkennen*[412]; um den Sieg eines Gegners der Verträge zu verhindern, galten aber de facto auch solche Bewerber als unterstützenswert, die die Verträge mit

---

[404] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 418.

[405] Siehe unten, S. 102f.

[406] Deutsches Volksblatt Nr. 138, 16. Juni 1868 „Die Wahlen".

[407] Deutsches Volksblatt Nr. 151, 1. Juli 1868 „Rundschau".

[408] Deutsches Volksblatt Nr. 151, 1. Juli 1868 „Rundschau".

[409] Eine Wahlempfehlung für Oberamtmann Bockmayer im Oberamt Riedlingen als *entschieden großdeutsch* ist da nur konsequent (vgl. Deutsches Volksblatt Nr. 150, 30. Juni 1868 „Buchau, 27. Juni"), zumal Bockmayer katholisch war.

[410] SVZ Nr. 142, 21. Juni 1868: Aufruf zum Abonnement der Schwäbischen Volkszeitung.

[411] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 386ff.

[412] Nl Hölder Fasz. XI, Stück 356 und 352.

Preußen nicht infrage stellten[413]; ministerielle Bewerber boten sich demzufolge in erster Linie als Verbündete an. Um ihre Wahlchancen zu erhöhen, sahen sich auch Parteimitglieder, die sich um ein Mandat bewarben, zu Kompromissen gezwungen: Einige hielten ihre Zugehörigkeit zur Partei geheim[414], andere rückten vom Parteiprogramm ab[415] und ein gewählter Abgeordneter ging sogar auf Distanz zur Partei mit der bemerkenswerten Begründung, er sei nicht nur von der Deutschen Partei gewählt worden, sondern habe seinen Wahlsieg der Volkspartei zu verdanken; er verstehe sich als Vertreter des gesamten Bezirks[416].

Insgesamt wurde das Gesicht des Wahlkampfes zwar geprägt durch die modifizierte Strategie der Volkspartei, die darauf zielte, die Deutsche Partei nationalpolitisch und Regierung und Ministerielle innenpolitisch zu isolieren, die Verlagerung des Schwerpunktes auf die Auseinandersetzung mit der Regierung ließ aber den nationalpolitischen Gegensatz zwischen Großdeutschen und Deutscher Partei fast zu einem Nebenkriegsschauplatz[417] werden und rückte die Konservativen in beiden Parteien näher an die Regierung heran. So bot sich den Kandidaten, die in diesem komplexen Geflecht ihre Positionen bezogen, eine Vielzahl von Möglichkeiten, die Wähler je nach konkreter Interessenlage des Wahlkreises anzusprechen.

5. Die Wahlbeteiligung

Man mag darüber streiten, ob es angemessen ist, die Wahlbeteiligung von 61,58% bzw. 64,45% als – gemessen an dem Propagandaaufwand[418] oder nach heutigen Maßstäben – niedrig[419] oder – nach dem Durchschnitt sämtlicher deutscher Staaten

---

[413] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 264 für Calw; Stück 349; vgl. Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Bezirk Neckarsulm": [...] *Diejenigen, mit denen wir früher oft bei Tag und Nacht Zusammenkünfte hielten, um uns zum Kampfe gegen denselben Regierungskandidaten Herrn Schwandner zu rüsten, die sind mit ihm und für ihn herumgereist* [...], *die sind's, die's jetzt über uns gewonnen haben.* Ludwig (von) Schwandner (1823–1880), Regierungsrat in Stuttgart, 1868 Oberregierungsrat, 1870 Regierungsdirektor in Reutlingen, 1879 Regierungspräsident; Landtagsabgeordneter für Neckarsulm 1862–1876, für Reutlingen/Stadt 1877–1880; Schw. Kronik (1880), S. 1761, (1881), S. 18; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 847f.

[414] Nl Hölder Fasz. XI, Stück 258; Stück 302.

[415] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 2./3. Juli 1868: In Waldsee werde Rechtskonsulent Golther voraussichtlich den Sieg erlangen, *nachdem er seine Hinneigung zur deutschen Partei bedeutend modifiziert hat;* siehe auch unten, S. 228f. (zu Bayha) und S. 206, Anm. 552 (zu Haag).

[416] Nl Hölder Fasz. XI, Stück 88 Christian Mayer an Hölder, Kirchheim 15. Oktober 1868.

[417] Brandt, Parlamentarismus, S. 779.

[418] Staatsanzeiger Nr. 172, 22. Juli 1868, S. 1786 „Nach den Wahlen I": Weniger als zwei Drittel sei schon an sich keine starke Beteiligung, die aber noch schwächer erscheine, wenn man bedenke, wie eifrig von Seiten der extremen Parteien die Wahlagitation betrieben worden sei.

[419] Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 119; Blackbourn, Class, Religion and Local Politics, S. 73 spricht von *popular indifference to parliament and elections.*

(1871) – als hoch[420] einzuschätzen; aus einer speziell württembergischen Sicht stellt sich viel eher die Frage, ob die Höhe der Wahlbeteiligung dem Politisierungsgrad der Bevölkerung entsprach. Das Feld für die Politisierung der Wahlberechtigten war wohl nicht einmal in erster Linie durch die Zollparlamentswahlen vorbereitet[421]: Zeitgenössische Beobachter berichteten sogar von einer gewissen Wahlmüdigkeit und Ruhebedürftigkeit der Wähler als Folge der Zollparlamentswahlen[422]. Schon vor Einführung des allgemeinen Wahlrechts standen vielen Württembergern[423] in ihren Gemeinden als Gemeindebürgern[424] und am Staat als Urwählern[425] umfangreiche Partizipationsmöglichkeiten offen. Gerade auch unter den Pressionen der Obrigkeit, so darf man also zunächst voraussetzen, hat sich bei einer großen Zahl von Württembergern politisches Bewusstsein herausgebildet, über das diese Männer je nach politischer Lage zur Teilnahme an der Landtagswahl mobilisiert werden konnten. Im Weiteren wird demnach also auch nach möglichen Motiven des Nichtwählens zu fragen sein und schließlich ist ebenfalls noch zu klären, welche gesellschaftlichen Gruppen vom Wahlrecht ausgeschlossen blieben, weil sie nicht in die Wählerlisten aufgenommen waren.

Zunächst geht es jedoch um die Frage, welche Faktoren die Wahlberechtigten am 8. Juli 1868 zur Wahlteilnahme mobilisierten, genauer: in welche dieser Faktoren die Quellen Einblick gestatten. *Im Allgemeinen wird man feststellen können*, so formuliert Gerlinde *Runge* als Grundtendenz, *dass Interesse und Mobilisierung der Wähler eher von der Intensität des Wahlkampfes als von der Schärfe der politischen Gegensätze zwischen den Kandidaten abhingen*[426]. *Runges* Aussage wird untermauert durch die amtlichen Berichte der Oberamtmänner über die Wahlumtriebe[427]; sie enthalten unter anderem – wenn auch unsystematische – Einschätzungen der Intensität der Wahlkämpfe: In den 22 Wahlkreisen, in denen danach kein oder nur wenig Wahlkampf stattfand, erreichte die Wahlbeteiligung im Durchschnitt 53,6%, in den restlichen 48 Wahlkreisen dagegen 64,9%. Einzelne Wahlkreise wichen von diesen Mittelwerten jedoch beträchtlich ab. Ohne Wahlkampf brachte es etwa Bayrhammer in Ellwangen/Stadt[428] auf 68,44%, und trotz intensiven Wahlkampfes gingen in Reutlingen/Stadt nur 45,51%, in Ulm/Stadt 59,49% der Berechtigten zur Abstimmung, in

---

[420] Runge, Volkspartei, S. 148; Brandt, Parlamentarismus, S. 169.

[421] Runge, Volkspartei, S. 141.

[422] Schw. Kronik Nr. 168, 16. Juli 1868, S. 1997.

[423] Brandt, Politische Partizipation S. 140f.: Zu den Urwählern gehörten etwa 13–14% der Bevölkerung, durch das allgemeine Wahlrecht stieg der Anteil auch nur auf etwa 20% an. Es sei hinzugefügt, dass dieser Anteil in den Wahlkreisen nach beiden Seiten erheblich abweichen konnte, was teils durch die Bevölkerungsstruktur, teils durch den Zählmodus bedingt war.

[424] Dehlinger, Württembergs Staatswesen, Bd. 1, S. 269.

[425] Brandt, Partizipation, S. 135–155; ders., Parlamentarismus, S. 127ff.

[426] Runge, Volkspartei, S. 147f.

[427] Das Innenministerium hatte durch die Erlasse vom 12. und 18. Juli 1868 die Oberämter aufgefordert, über die Umtriebe der Volkspartei zu berichten; vgl. z.B. StASig Wü 65/34 T1 Oberamt Sulz, Akten betreffend die Landtagswahl vom 8. Juli 1868.

[428] Siehe unten, Anhang A, S. 596.

Heilbronn/Amt 56,86%, in Spaichingen 51,66%. Ein intensiv geführter Wahlkampf machte anscheinend zwar eine höhere Wahlbeteiligung wahrscheinlich, ob die Wahlberechtigten aber tatsächlich von der Agitation erreicht wurden und sie sich auch wunschgemäß verhielten, war eine Frage, die durch andere Einflüsse entschieden wurde.

Runge wies sodann auf einen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Bewerber und der Höhe der Wahlbeteiligung hin[429]. In der Anzahl der Kandidaten könnte sich durchaus *die Schärfe der politischen Gegensätze* manifestieren – fehlte die Konkurrenz, wäre eine niedrige Wahlbeteiligung zu erwarten; bei zunehmender Zahl der Bewerber stiege das Wählerinteresse.

Ordnet man die 70 Wahlkreise je nach Höhe der Wahlbeteiligung vier etwa gleichstarken Gruppen zu, so ergibt sich hinsichtlich der Anzahl der Kandidaten folgende Verteilung:

Tabelle 1: Wahlbeteiligung und Anzahl der Kandidaten

	1. Quartil		2. Quartil		3. Quartil		4. Quartil		
	absol	%	absol	%	absol	%	absol	%	Summe
1 Kandidat	7	87,5	0	0	1	12,5	0	0	8
2 Kandidaten	7	16,7	12	28,6	12	28,6	11	26,2	42
3 und mehr Kandidaten	3	15,0	6	30,0	4	20,0	7	35,0	20
	17		18		17		18		70

Unter den Wahlkreisen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (33,44%–56,16% = 1. Quartil) finden sich sieben von den acht Wahlkreisen, in denen am 8. Juli 1868 jeweils nur ein Bewerber auftrat[430]. *Runges* Beobachtung, dass eine geringe Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen mit nur einem Kandidaten zu verzeichnen sei, lässt sich so durchaus bestätigen; Konkurrenz macht offenbar schon damals eine niedrige Wahlbeteiligung unwahrscheinlicher, schließt sie aber keineswegs aus, denn ein unterdurchschnittliches Wählerinteresse liegt ebenso häufig auch bei zwei, gelegentlich sogar bei drei und mehr Kandidaten vor[431].

---

[429] Brandt, Parlamentarismus, S. 169 gegen Runge, Volkspartei, S. 148.

[430] Esslingen, Freudenstadt, Heilbronn/Stadt, Horb, Neresheim, Reutlingen/Stadt, Tettnang und Wangen. Biberach und Cannstatt bleiben hier unberücksichtigt, obwohl Probst bzw. Lemppenau offiziell als Einzige kandidierten. Der Ortsverein der DP in Biberach warb jedoch für Julius Hölder und erreichte 7,54%; im Oberamt Cannstatt wurden 7,96% für den bisherigen Abgeordneten und Schultheißen von Untertürkheim Karl Mäulen abgegeben, der den Bezirk 19 Jahre lang im Landtag vertreten hatte und von der Kandidatur zurückgetreten war. Ohne diese Stimmen wären beide Bezirke ebenfalls dem 1. Quartil zuzuordnen.

[431] Der Durchschnittswert bei 1 Kandidaten beträgt 47,4%, bei 2 Kandidaten 48,9%, bei drei und mehr Kandidaten aber 53,5%.

Andererseits besteht zwischen der Zahl der Bewerber und der Höhe der Wahlbeteiligung insgesamt nur ein schwacher Zusammenhang. Das Auftreten von drei und mehr Bewerbern kann nämlich auch ein Indiz für das Fehlen von zugkräftigen Kandidaten sein: In Tübingen/Amt wurde etwa dem Regierungskandidaten Karl von Hörner[432] nach Schäffles[433] Absage noch kurz vor der Wahl Professor Heinrich von Weber[434] entgegengestellt, für den die Deutsche Partei, aber verschiedentlich auch die Volkspartei warb[435]. Weber unternahm keine Wahlreise im Bezirk, es blieb sogar unklar, ob er das Mandat annehmen würde[436]. Ferner bewarben sich zwei Kaufleute um das Mandat, die allerdings fast nur unmittelbar in ihren Wohnorten Resonanz fanden[437].

Hatte nun die Kombination der Kandidaten Einfluss auf die Höhe der Wahlbeteiligung? Artikulierte sich darin die *Schärfe der politischen Gegensätze*? In 42 Wahlkreisen standen sich je zwei Konkurrenten um das Mandat gegenüber. Kandidaten der Deutschen Partei hatten sich neunmal mit solchen der Volkspartei, achtmal mit Großdeutschen und zweimal mit ministeriellen Bewerbern auseinander zu setzen. In Cannstatt gaben fast 8% der Wähler ihre Stimme lieber dem bisherigen Abgeordneten (DP nahe), der gar nicht mehr kandidierte, als dem von DP und Oberamtmann gestützten Bewerber. Ministerielle Kandidaten trafen 15-mal auf Vertreter der VP, viermal auf Großdeutsche[438]. Es ergibt sich folgende Verteilung:

---

[432] Karl (von) Hörner (1809–1880), Regierungsrat in Stuttgart, Landtagsabgeordneter für Tuttlingen 1854–55, für Tübingen/Amt 1866–1876; nach einer Meldung des Deutschen Volksblattes vom 29. Juni 1868 (Nr. 152, 2. Juli 1868) war Hörner bereits von seiner Kandidatur zurückgetreten, als Schäffles Verzicht wegen eines Rufs nach Wien die Lage erneut veränderte; vgl. auch Staatsanzeiger Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1538; Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1600; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 321; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 369f.

[433] Albert Schäffle (1831–1903); Professor in Tübingen; Landtagsabgeordneter für Tübingen/Amt 1862–65; Zollparlamentsabgeordneter; prominenter Großdeutscher. Siehe: Lbb. aus Schwaben und Franken XIII, S. 341ff.; Brandt, Parlamentarismus, S. 701, Anm. 335; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 766f.; Real, Reformverein, S. 76 zum Verhältnis zwischen Schäffle und Varnbüler.

[434] Heinrich (von) Weber (1818–1890), seit 1853 Professor der Landwirtschaft in Tübingen; Gutspächter auf dem Bläsiberg; Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins Tübingen; Bruder von Franz von Weber; siehe: Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Aus Tübingen, den 11. Juli 1868"; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 990f.

[435] Der Beobachter, Nr. 161, 12. Juli 1868, Extrablatt nimmt Heinrich von Weber als Großdeutschen in Anspruch.

[436] HStAS. E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 488–489 Bericht des Oberamts betr. die Art und Weise der Wahlbewegung, Tübingen 16. Juli 1868. – Wegen seines Rufs nach Österreich hatte Schäffle die Kandidatur abgelehnt.

[437] Jakob Hoch (geb. um 1825), Hopfenhändler in Gönningen, erreichte insgesamt 6,10%, in seinem Heimatdistrikt aber immerhin 54,91% der verfügbaren Stimmen; ein Kaufmann Wucherer erhielt 162 Stimmen, davon 102 in seinem Heimatdistrikt Lustnau. Beide hatten nicht formell kandidiert; siehe: Tübinger Chronik Nr. 133, 11. Juli 1868, S. 611.

[438] Die Einordnung der „ultramontanen" Bewerber Zimmerle in Ellwangen/Amt gegen Retter (VP) und Karle (konservativ, vom Oberamtmann unterstützt) gegen den eher liberalen Karl von Streich (Schwager von Rudolf Probst) in Gmünd ist hier nur bedingt möglich, daher die Klammern, Runge, Volkspartei, S. 148, Anm. 146; Scheurle, Der politische Katholizismus,

Tabelle 2: Wahlbeteiligung und Kandidatenpaarungen

	1. Quartil		2. Quartil		3. Quartil		4. Quartil		
Kombination	absol	%	absol	%	absol	%	absol	%	Summe
DP : VP	3	33,3	2	22,2	2	22,2	2	22,2	9
DP : Gd	1	12,5	3	37,5	3	37,5	1	12,5	8
DP : Min	0	0	0	0	1	50,0	1	50,00	2
DP : DP(min.)	0	0	1	100	0	0	0	0	1
Min : VP	0	0	3[1]	20,0	5	33,3	7	46,7	15[16]
Min : Gd	2	50,0	2	50,0	0[1]	0	0	0	4[5]
									39[41]

Ein hoher durchschnittlicher Mobilisierungsgrad der Wähler wurde hiernach überwiegend dort erreicht, wo Kandidaten der Deutschen Partei oder der Volkspartei auf ministerielle Konkurrenten trafen, ein Befund, der Hartwig *Brandts* Analyse des Wahlkampfes bestätigt[439]. Gerade auch die personelle Zuspitzung der traditionellen politischen Gegensätze machte den Wahlkampf intensiver und umgekehrt. Bei der Kombination ministerieller Kandidat gegen Großdeutschen wurde hingegen eher eine geringe Mobilisierung der Wähler erreicht.

Während sich bei den übrigen Kombinationen keine auffällige Verteilung ergibt, fällt mit 73% Beteiligung nur noch die Stadt Ludwigsburg aus dem Rahmen, wo gerade nicht die *Geschlossenheit* der Bürger[440], sondern offene Rivalität zwischen verschiedenen Gruppen ähnlicher politischer Richtung[441] fast drei Viertel der Wahlberechtigten zum Urnengang anregte.

S. 213; Egelhaaf in Gerabronn hatte es mit einem eher bedeutungslosen Konkurrenten aus der Volkspartei zu tun (siehe unten, S. 100); auch er fehlt hier.

[439] Brandt, Parlamentarismus, S. 166 u. 779; vgl. auch Runge, Volkspartei, S. 147.

[440] Heinen-Tenrich, Die Entwicklung Ludwigsburgs, S. 63–65; vgl. auch Anhang Tab. 20, die Wahlen von 1868 und 1870 werden dort übergangen.

[441] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Schreiben Gesslers an Kabinettschef von Egloffstein, 2./3. Juli 1868: Gessler vergleicht die Auseinandersetzung zwischen Körner und Baumgärtner mit der zwischen den Montagues und den Capulets; Viktor Körner [(1810–1871), Kaufmann und Gemeinderat in Ludwigsburg; Landtagsabgeordneter für Ludwigsburg/Stadt 1862–1871; Schw. Kronik Nr. 79 (1871); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 466]; Körner prangerte Baumgärtner als Regierungsmann an (Nl Hölder, Fasz XI, Stück 256); Friedrich Baumgärtner [(1823–1881), in Ludwigsburg geboren; Bauunternehmer, Werkmeister; Professor an der Baugewerkeschule in Stuttgart, Gutsbesitzer in Hoheneck/OA Ludwigsburg; Landtagsabgeordneter für Ludwigsburg/Stadt 1871–1881; Schw. Kronik (1881), S. 893; Staatsanzeiger (1881), S. 113]; vgl. Runge, Volkspartei, S. 154; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 32; *ihm, dem Professor nämlich*, meldet die SVZ Nr. 150, 1. Juli 1868, S. 638 „Aus Ludwigsburg", *leuchten am hiesigen Verwandtschaftshimmel mehrere Sterne unterschiedlicher Größe;* Baumgärtner verwahrte sich besonders dagegen, *irgendwie der Deutschen Partei anzugehören* (SVZ Nr. 154, 5. Juli 1868, S. 654; ähnlich: Staatsanzeiger Nr. 152, 28. Juni 1868, S. 1579).

Die konfessionelle Struktur der Wahlkreise[442] scheint ebenfalls von Bedeutung für die Höhe der Wahlbeteiligung. Der Durchschnittswert der 17 katholischen Bezirke liegt bei 55,92%, der der protestantischen Bezirke erreicht 62,40%, und in den gemischten Wahlkreisen gaben durchschnittlich 68,38% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Im Einzelnen ergibt sich folgende Verteilung:

Tabelle 3: Wahlbeteiligung und konfessionelle Struktur (N=70)

	1. Quartil		2. Quartil		3. Quartil		4. Quartil		
Merkmal	absol	%	absol	%	absol	%	absol	%	Summe
kath. > 70%	9	52,9	3	17,6	4	23,5	1	5,9	17
pari. 30–70%	0	0	1	10,0	4	40,0	5	50,0	10
prot. > 70%	8	18,6	14	32,6	9	20,9	12	27,9	43

In 12 der 17 katholischen[443] Wahlkreise bleibt die Wahlbeteiligung unter dem Durchschnitt[444] aller Wahlkreise, dagegen in neun von zehn paritätischen Wahlkreisen[445] darüber, während sich die überwiegend protestantischen Bezirke recht gleichmäßig auf die Quartile verteilen[446]. Im ersten Quartil liegt der Durchschnitt der neun katholischen Wahlkreise (48,1%) zudem deutlich unter dem der acht protestantischen Bezirke (50,4%). Ohne die sechs Wahlkreise, in denen Ergänzungswahlen stattfinden mussten, ergibt sich kein grundlegend abweichender Befund:

Tabelle 4: Wahlbeteiligung und konfessionelle Struktur (N=64)

	1. Quartil		2. Quartil		3. Quartil		4. Quartil		
Merkmal	absol	%	absol	%	absol	%	absol	%	Summe
kath. > 70%	6	42,9	5	35,7	2	14,3	1	7,1	14
pari. 30–70%	0	0	1	10,0	4	40,0	5	50,0	10
prot. > 70%	10	25,0	10	25,0	10	25,0	10	25,0	40

Die oben aufgezeigten Tendenzen treten hier jedoch noch deutlicher hervor, wie denn auch im ersten Quartil die durchschnittliche Wahlbeteiligung der katholischen

---

[442] Errechnet nach: Württ. Jbb. 1867 (1869), S. 185–188.

[443] Mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von mehr als 70%.

[444] Darunter sind 4 (23,5%) mit einem Kandidaten, in der protestantischen Gruppe beträgt deren Anteil nur 9,3%.

[445] Mit einem katholischen Bevölkerungsanteil zwischen 30 und 70%.

[446] Der statistische Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und konfessioneller Struktur ist für die 70 Wahlkreise mit r = 0.236 daher auch nur gering; für die 27 katholischen und gemischten Wahlkreise beträgt er r = 0.534.

Wahlkreise mit 52,66% noch etwas ausgeprägter unter dem protestantischen Schnitt von 55,61% liegt.

Auch zwischen der Eigentumsstruktur der Wahlkreise und der Wahlbeteiligung scheinen Zusammenhänge zu bestehen[447]. Die Struktur der Landwirtschaft wird zunächst durch die durchschnittlichen Betriebsgrößen grob charakterisiert. In den 18 Wahlkreisen mit den größten Betrieben (durchschnittlich 21–37 Morgen[448]) zeigt sich eher eine geringe Wahlbeteiligung; die leichte Tendenz (11:7) verstärkt sich für die katholischen Wahlkreise deutlich (9:2).

Wiederum treten die Tendenzen markanter hervor, wenn man nur die 64 Wahlkreise betrachtet, in denen am 8. Juli bereits gültige Wahlen erreicht wurden:

Tabelle 5: Wahlbeteiligung, durchschnittliche Betriebsgrößen, Konfession (N=64)

	1. Quartil		2. Quartil		3. Quartil		4. Quartil			
Merkmal	absol	%	absol	%	absol	%	absol	%	Summe	%
0,63–2,17 ha	6	42,9	1	7,1	3	21,4	4	28,6	14	100
davon: kath.	0	0	0	0	1	100	0	0	1	7,1
pari.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
prot.	6	46,2	1	7,7	2	15,4	4	30,8	13	92,9
2,26–2,90 ha	1	5,6	5	27,8	7	38,9	5	27,8	18	100
davon: kath.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
pari.	0	0	1	100	0	0	0	0	1	5,6
prot.	1	5,9	4	23,5	7	41,2	5	29,4	17	94,4
2,97–5,30 ha	4	25,0	5	31,3	4	25,0	3	18,8	16	100
davon: kath.	2	50,0	1	25,0	1	25,0	0	0	4	25,0
pari.	0	0	0	0	3	50,0	3	50,0	6	37,5
prot.	2	33,3	4	66,6	0	0	0	0	6	37,5
5,60–9,22 ha	5	33,3	5	33,3	2	11,1	4	22,2	16	100
davon: kath.	4	44,4	4	44,4	0	0	1	11,2	9	56,3
pari.	0	0	0	0	1	33,3	2	66,7	3	18,7
prot.	1	25,0	1	25,0	1	25,0	1	25,0	4	25,0

[447] Ergebnisse der Grundbesitzaufnahme vom 10. Januar 1873, in: Württ. Jbb. 1881/I (1881), S. 1–238; erhoben wurde dabei *die Zahl und Größe der vorhandenen Wirtschaften durch die Feststellung des Umfangs der von der Haushaltung aus betriebenen Landwirt-*

Mit Ausnahme der Stadt Ellwangen weisen alle katholischen Wahlkreise durchschnittliche Betriebsgrößen von mehr als 2,97 ha auf; in elf dieser 13 Wahlkreise bleibt das Wählerinteresse niedrig. Bei neun der zehn konfessionell gemischten Wahlkreise mit Betriebsgrößen über 2,97 ha liegt die Wahlbeteiligung hingegen hoch. Die protestantischen Wahlkreise dagegen zeigen weder hinsichtlich der großen noch der kleinen Betriebsgrößen eine auffällige Verteilung, auch dann nicht, wenn man aus der letzteren Gruppe die sechs städtischen Wahlkreise herausnimmt. Wo die Betriebsgrößen zwischen 2,26 und 2,9 ha liegen, wird in den protestantischen Wahlkreisen meist eine hohe Beteiligung erreicht (12:5), in der nächsthöheren Größenklasse liegt für alle 6 protestantischen Wahlkreise nur eine geringe Beteiligung vor.

Entsprechend stellt sich die Verteilung bezüglich des Anteils der Betriebe über 5 ha dar. Die konfessionell gemischten Wahlkreise mit einem hohen Anteil von Betrieben über 5 ha erreichen eine hohe Beteiligung (8:0); zehn von zwölf katholische Wahlkreise zeigen in dieser Gruppe dagegen nur niedrige Beteiligungswerte. Dort, wo in den protestantischen Wahlkreisen der Anteil der Grundbesitzer dieser Gruppe zwischen ca. 10 und 16% liegt, ist das Wählerinteresse hoch (11:2); die Beteiligung ist jedoch immer dann niedrig (8:0), wenn der Anteil der Betriebe über 5 ha zwischen 16,55% und 31,47% liegt.

In den katholischen und protestantischen Wahlkreisen mit mittel- und großbäuerlicher Prägung scheint demnach das Interesse an der Wahl meist gering. In den konfessionell gemischten Wahlkreisen der gleichen Prägung werden jedoch hohe Beteiligungswerte erreicht. Dies könnte wiederum ein Indiz dafür sein, dass der konfessionelle Gegensatz für diesen Unterschied im politischen Verhalten verantwortlich ist.

Bei den erwähnten protestantischen Wahlkreisen mit hoher Wahlbeteiligung handelt es sich in der Mehrzahl (10:3) um solche, in denen der Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 1 und 5 ha mehr als 50% aller Betriebe ausmachte, deren Struktur also überwiegend kleinbäuerlich geprägt war. Ein oder zwei Hektar Ackerfläche werden in der Regel nicht ausgereicht haben, um allein eine Familie zu ernähren[449]. Die Eigentümer solcher Betriebe waren daher auf zusätzliche gewerbliche Tätigkeit angewiesen. In dieser Gruppe finden sich also vielfältige Übergänge zwischen Landwirtschaft und Gewerbe/Handwerk. Durch das doppelte Standbein waren diese Grundeigentümer zwar besser gegen wirtschaftliche Krisen abgesichert, andererseits aber durch das Grundeigentum auch in ihrer Mobilität eingeschränkt.

Betrachtet man die landwirtschaftlichen Betriebe unter 1 ha, so dürfte es sich bei deren Besitzern ganz überwiegend um Nebenerwerbslandwirte gehandelt haben, meist also wohl um Handwerker. Wo ihr Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe gering ist, liegen in protestantischen wie in katholischen Wahl-

---

schaft (S. 4), vgl. Schulte, Struktur, S. 86, Anm. 2; – die Werte für die „guten" Städte wurden auf der Grundlage späterer Erhebungen geschätzt.

[448] 1 Morgen = 0,25 ha, nicht, wie damals üblich, 0,315 ha.

[449] Vgl. Boelcke, Sozialgeschichte Baden-Württembergs, S. 119.

Tabelle 6: Wahlbeteiligung; Anteil der Agrarbetriebe von 1–5 ha[450]; Konfession (N=64)

	1. Quartil		2. Quartil		3. Quartil		4. Quartil			
Merkmal	absol	%	absol	%	absol	%	absol	%	Summe	%
13,13–35,09%	5	31,2	4	25,0	4	25,0	3	18,8	16	100
davon: kath.	2	40,0	2	40,0	1	20,0	0	0	5	31,2
pari.	0	0	0	0	2	100	0	0	2	12,5
prot.	3	33,3	2	22,2	1	11,1	3	33,3	9	56,3
35,66–41,62%	3	5,6	6	27,8	2	38,9	5	27,8	16	100
davon: kath.	1	16,7	3	50,0	1	16,7	1	16,7	6	37,5
pari.	0	0	0	0	1	20,0	4	80,0	5	25,0
prot.	2	33,3	3	66,7	0	0	0	0	5	37,5
41,90–50,92%	7	43,8	2	12,5	4	25,0	3	18,8	16	100
davon: kath.	2	100	0	0	0	0	0	0	2	12,5
pari.	0	0	0	0	0	0	1	100	1	6,3
prot.	5	35,7	2	14,3	4	28,6	2	7,4	13	81,2
51,10–58,74%	1	6,3	4	25,0	6	37,5	5	31,2	16	100
davon: kath.	1	100	0	0	0	0	0	0	1	6,3
pari.	0	0	1	50,0	1	50,0	0	0	2	12,5
prot.	0	0	3	23,0	5	38,5	5	38,5	13	81,2

kreisen die Beteiligungswerte niedrig (3:0; 9:1); wo ihr Anteil am höchsten ist, bleibt die Beteiligung meist ebenfalls niedrig (11:4; ohne die städtischen Wahlkreise 8:2).

In den mittleren Gruppen liegt dagegen die Wahlbeteiligung der protestantischen und konfessionell gemischten Wahlkreise hoch (prot.: 6:2; 10:4; gemischt: 4:1; 2:0). Bei den protestantischen Wahlkreisen handelt es sich wiederum mehrheitlich um die, in denen der Anteil der Betriebe zwischen 1 und 5 ha überwiegt.

[450] Die zeitgenössische Statistik lässt eine weitere Eingrenzung nur eingeschränkt zu. Zwar wird in der Aufnahme von 1873 die Größenkategorie 1–1,5 ha gesondert ausgewiesen, leider fehlen aber die Werte für die „guten" Städte. Schätzungen gemäß späterer Aufnahmen, so fehlerträchtig sie ohnehin sind, werden noch dadurch erschwert, dass die Erhebungskategorien von 1882 und 1895 gegenüber 1873 verändert wurden (1–2 ha statt 1–1,5 ha). Mit aller Vorsicht lässt sich sagen, dass in den Wahlkreisen mit einer geringen Anzahl von Grundbesitzern der Kategorie 1,5–5 ha die Beteiligung eher gering ist (8:3), die Tendenz also deutlich zunimmt.

Tabelle 7: Wahlbeteiligung, Grundbesitzer unter 1 ha, Konfession

	1. Quartil		2. Quartil		3. Quartil		4. Quartil			
Merkmal	absol	%	absol	%	absol	%	absol	%	Summe	%
16,82–28,34%	7	43,7	5	31,2	1	6,3	3	18,8	16	100
davon: kath.	5	50,0	4	40,0	0	0	1	10,0	10	62,5
pari.	0	0	0	0	1	33,3	2	66,6	3	18,7
prot.	2	46,2	1	7,7	0	0	0	0	3	18,8
29,65–35,19%	2	12,5	3	18,8	6	37,5	5	31,2	16	100
davon: kath.	0	0	1	33,3	1	33,3	1	33,3	3	18,8
pari.	0	0	1	20,0	2	40,0	2	40,0	5	31,2
prot.	1	12,5	1	12,5	3	37,5	3	37,5	8	50,0
35,26–41,46%	1	6,3	3	18,8	8	50,0	4	25,0	16	100
davon: kath.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
pari.	0	0	0	0	1	50,0	1	50,0	2	12,5
prot.	1	7,1	3	21,4	7	50,0	3	21,4	14	87,5
43,63–85,40%	6	37,5	5	31,2	1	6,3	4	25,0	16	100
davon: kath.	0	0	0	0	1	100	0	0	1	6,2
pari.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
prot.	6	40,0	5	33,3	0	0	4	26,7	15	93,8

Dieser Befund bestätigt sich, wenn man den Anteil der Grundbesitzer an den Wahlberechtigten betrachtet, wenn man also weniger auf die Eigentums- und Betriebsstruktur der Wahlkreise, als vielmehr die der Stimmberechtigten abhebt. In den Oberämtern und Städten, in denen der Anteil an Kleinstbetrieben[451] besonders niedrig oder besonders hoch war, blieb das Interesse an der Wahl gering (12:4; prot. 4:1; kath. 7:0; gemischt 1:4; bzw. 11:5; prot. 10:4; kath.: 1:1). In den übrigen Gebieten zeigt sich die umgekehrte Tendenz (4:12; prot. 3:7; kath. 1:2; gemischt 0:3, bzw. 5:11; prot. 3:8; kath. 2:0; gemischt 0:3).

Was den Anteil der Grundbesitzer an den Wahlberechtigten insgesamt betrifft, so verfügte in den städtischen Wahlkreisen und dort, wo im Anerbengebiet größere Hö-

[451] Betriebe unter 1 Morgen; hier bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten.

fe vorherrschten, nur ein Teil der Wahlberechtigten[452] über landwirtschaftlichen Besitz. Hier dürfte sich unter den Wahlberechtigten neben den selbstständigen Handwerkern auch ein erheblicher Anteil städtischen bzw. ländlichen Proletariats befunden haben. Im Realteilungsgebiet hingegen übersteigt die Zahl der Grundeigentümer die der Wahlberechtigten zum Teil erheblich (124:100), so dass praktisch jeder Württemberger über 25 Jahre hier Eigentümer eines, wenn auch noch so kleinen, Grundstücks war, das ihm einen gewissen Rückhalt in Krisenzeiten bot[453]. In dieser Gruppe von 16 Wahlkreisen manifestierte sich das höchste Wählerinteresse: Von den

Tabelle 8: Wahlbeteiligung; Anteil der selbstwirtschaftenden Landwirte an den Wahlberechtigten; Konfession

	1. Quartil		2. Quartil		3. Quartil		4. Quartil			
Merkmal	absol	%	absol	%	absol	%	absol	%	Summe	%
3,17–25,47%	3	18,8	3	18,8	6	37,5	4	25,0	16	100
davon: kath.	0	0	0	0	2	100	0	0	2	12,5
pari.	0	0	0	0	2	50,0	2	50,0	4	25,0
prot.	3	27,3	3	27,3	2	18,2	2	18,2	10	62,5
25,48–33,82%	4	25,0	6	37,5	3	18,8	3	18,8	16	100
davon: kath.	4	50,0	3	37,5	0	0	1	12,5	8	50,0
pari.	0	0	1	33,3	1	33,3	1	33,3	3	18,8
prot.	0	0	2	40,0	2	40,0	1	20,0	5	31,2
34,88–43,50%	6	37,5	6	37,4	2	12,5	2	12,5	16	100
davon: kath.	1	20,0	2	60,0	0	0	0	0	3	18,8
pari.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
prot.	5	38,5	4	30,8	2	15,4	2	15,4	13	81,2
43,83–59,67%	3	18,8	1	6,3	5	31,2	7	43,7	16	100
davon: kath.	1	100	0	0	0	0	0	0	1	6,3
pari.	0	0	0	0	1	33,3	2	66,7	3	18,8
prot.	2	16,7	1	8,3	4	33,3	5	41,7	12	75,0

[452] In Ulm nur ca. 5%, in Stuttgart 19%, in Ludwigsburg 25%; in den OÄ Gmünd, Hall etc. ca. 70%.

[453] Hans Röhm, Stellung und Bedeutung des bodenverbundenen Industriearbeiters, S. 1–20, besonders, S. 7; Boelcke, Sozialgeschichte Baden Württembergs, S. 117ff.

15 protestantischen Wahlkreisen weisen 10 eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung auf (Mittelwert 68,71%), während das katholische Spaichingen mit 51,63% weit unter dem Durchschnitt blieb. Im Rahmen der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 wurde auch die Anzahl der selbstwirtschaftenden Landwirte erhoben[454]. Betrachtet man die Höhe der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit vom Anteil der selbstwirtschaftenden Landwirte und der Konfessionszugehörigkeit (Tabelle 8), so zeigt sich für die städtischen und am wenigsten agrarisch geprägten Wahlkreise eine hohe Beteiligung in den beiden katholischen und vier konfessionell gemischten Wahlkreisen. In allen anderen katholischen Wahlkreisen, Saulgau ausgenommen, liegt die Wahlbeteiligung niedrig. Geringes Interesse an den Wahlen findet sich auch in den protestantischen Wahlkreisen mit ca. 35–43% selbstständigen Landwirten. Liegt ihr Anteil an den Wahlberechtigten jedoch hoch, so erreicht meist auch die Wahlbeteiligung hohe Werte (12:4; prot. 9:3, kath. 0:1; gemischt 3:0). Diese protestantischen Wahlkreise stimmen wiederum meist mit denen überein, die einen hohen Anteil an Betrieben zwischen 1 und 5 ha aufweisen. Es kristallisiert sich also eine Gruppe von protestantischen Wahlkreisen heraus, in denen eine ähnliche agrarische Betriebsstruktur/Sozialstruktur der Wahlberechtigten mit einer hohen Wahlbeteiligung koinzidiert. Vier der sechs protestantischen städtischen Wahlkreise weisen hingegen ein geringes Wählerinteresse auf; ein Blick auf die Landtagswahlergebnisse der folgenden Jahre belegt, dass es sich dabei durchaus nicht um Ausnahmen handelt. In Reutlingen erreicht die Wahlbeteiligung mit 61,3% im Jahre 1870 einen Spitzenwert, sie liegt bei fünf Wahlen dreimal unter 50% bis hin zu 19,6% (!) im Jahre 1884; Ulm pendelt zwischen 59,2 und 24,6%; Heilbronn erreicht 1870 und 1875 nicht die 50%-Grenze, 1876 wird die 80%-Marke überschritten, die beiden folgenden Wahlen bringen dann aber wieder nur knapp über 50%. Stuttgart unterschreitet 1870 die 50% und liegt in der Folgezeit zwischen 68 und 40%. Auch in Ludwigsburg wird bis in die neunziger Jahre nur zweimal ein Ergebnis über 60% erreicht: nämlich 1868 und 1876; 1870 wird sogar eine Ergänzungswahl nötig.

Nur Tübingen fällt dauerhaft aus dem Rahmen; hier machen fast durchgängig[455] etwa 70–88% der Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch; freilich war es nicht nur die Weltoffenheit der Universitätsstadt, die auch das politische Interesse der Wähler wach hielt[456]. In diesen Jahren vor der Reichsgründung wurde innerhalb der Professorenschaft ein erbitterter Streit um die richtige Lösung der deutschen Frage ausgetragen, der bis in die Hörsäle und die Stadt hineinreichte[457]. Der großdeutschen Frak-

[454] Württ. Jbb. 1876/IV (1877), S. 6ff.

[455] Einzige Ausnahme bildet die Nachwahl vom 16./17. Oktober 1872, als nur 45,96% der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnahmen; durch die Ergänzungswahl am 22. Oktober 1872 stieg die Wahlbeteiligung auf 82,3%.

[456] Eugen Schmid, Die Universitätsstadt Tübingen, S. 284; vgl. Lavies, Nichtwählen, Kap. 15, S. 131–136.

[457] Vgl. SVZ Nr. 289, 6. Dezember 1870, S. 1188 und Beobachter Nr. 281, 27. November 1870 „Aus Tübingen, 22. Nov."; siehe auch Runge, Volkspartei, S. 70f. und Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 33, 339.

tion um Schäffle, Fricker, von Brinz[458] und Mandry[459], die sich politisch auf die „untere Stadt" und die Weingärtner stützte, standen die „Norddeutschen" Thudichum[460], Michaelis[461] und Hoppe[462] gegenüber, sodann Robert Römer, Seeger[463] sowie Carl und Julius Weizsäcker.[464] Römers wöchentlichen Vorträge zu politischen Themen warben für die kleindeutsche Lösung[465]. So dürfte der Meinungsstreit innerhalb der politischen Elite Tübingens die Motivation der Wähler beeinflusst haben[466].

Unterteilt man die Bevölkerung der Wahlkreise[467] nach der Größe der Gemeinden in „städtisch", d.h. Gemeinden über 2000 Einwohner[468], und „ländlich", so verteilen sich zum Beispiel die 16 Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung nahezu gleichmäßig auf die vier Quartile, die den Urbanisierungsgrad beschreiben; zwischen Wahlbeteiligung und Urbanisierung scheint also kein Zusammenhang zu bestehen[469].

---

[458] Alois von Brinz (1820–1887), Professor in Tübingen von Herbst 1866 bis 1871; vorher in Österreich auch als Abgeordneter tätig. ADB 47, S. 241–259.

[459] Gustav Mandry (1832–1902), kath., vgl. Schwäbische Lbb. IV, S. 76–85.

[460] Friedrich Thudichum (1831–1911), seit 1862 Professor in Tübingen. Württ. Nekrolog (1913), S. 79–84.

[461] Adolph Michaelis (1835–1910), 1865 bis 1872 Professor für Klassische Philosophie und Archäologie in Tübingen, vgl. NDB 17, S. 429–431.

[462] Ernst Felix Hoppe (1825–1895), 1861–1872 Professor für angewandte Chemie in Tübingen, vgl. ADB (Nachtrag) S. 464f.

[463] Hermann Seeger (1829–1903), „Germania" Tübingen Jahrgang 1847, Professor in Tübingen.

[464] Carl Heinrich (von) Weizsäcker (1822–1899), Professor der Kirchengeschichte; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 1002f.; Julius von Weizsäcker (1828–1889), Professor für Geschichte; zur isolierten Stellung der „Preußen": Pauli, Lebenserinnerungen, S. 241ff.

[465] Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 14ff. u. S. 25 zu Julius Weizsäcker, S. 21f. zu Robert Römer; W. Lang: Erinnerungen, Heft X, S. 13; vgl. auch Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 339, Anm. 33: Durch die Oberjustizprokuratoren Hermann Lammfromm und Felix Pfeilsticker [(1813–1877), „Kleine Burschenschaft" Jg. 1832] oder den Gymnasialprofessor Wilhelm Müller [1820–1892; Schw. Kronik (1892), S. 256] war auch die Verbindung zum städtischen Großbürgertum hergestellt. Für die Gegenseite berichtet Friedrich Payer aus diesen Jahren vor der Reichsgründung von seinen Verbindungen zu den Demokraten in der Tübinger Bürgerschaft einerseits und andererseits zu den demokratischen Professoren (Payer, Mein Lebenslauf, S. 7f.).

[466] DV Nr. 165, 17. Juli 1868 „Tübingen, 14. Juli": *Nachdem jetzt die äußerst lebhafte Wahlbewegung abgeschlossen ist, sucht man im Überblick über die Einzelheiten, welche vor und während der Wahl die Gemüter beschäftigten, ein Gesamtbild von dem Treiben der letzten Tage zu gewinnen.* Die Kritik gilt dabei besonders den „Norddeutschen". Palmer, Das Recht zur Wahl, S. 141–175 (besonders S. 155ff.): In den achtziger Jahren des Jahrhunderts war der soziale Gegensatz zwischen oberer und unterer Stadt immer noch entscheidend für die Parteienpräferenz der Wähler.

[467] Die Strukturierung der Wähler gemäß den Gemeindegrößen (vgl. unten, S. 146ff.) ist nur für eine geringe Zahl an Gemeinden möglich.

[468] Alternativ wird auch mit „städtisch II" – unter Berücksichtigung der Kleinstädte – gerechnet.

[469] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Landtagswahl 1868 Wahlkreise: Der statistische Zusammenhang beträgt r = –0.1218.

Tabelle 9: Wahlbeteiligung; Bevölkerungsanteil in Gemeinden über 2000; Konfession

	1. Quartil		2. Quartil		3. Quartil		4. Quartil			
Merkmal	absol	%	absol	%	absol	%	absol	%	Summe	%
0,0–11,10%	6	37,5	3	18,8	4	25,0	3	18,8	16	100
davon: kath.	2	50,0	2	50,0	0	0	0	0	4	25,0
pari.	0	0	0	0	1	50,0	1	50,0	2	12,5
prot.	4	40,0	1	10,0	3	30,0	2	20,0	10	62,5
12,52–20,63%	4	25,0	4	25,0	1	6,3	7	43,7	16	100
davon: kath.	2	40,0	3	60,0	0	0	0	0	5	31,2
pari.	0	0	0	0	1	33,3	2	66,6	3	18,8
prot.	2	25,0	1	12,5	0	0	5	62,5	8	50,0
21,68–32,88%	4	25,0	2	12,5	6	37,5	4	25,0	16	100
davon: kath.	2	50,0	0	0	1	25,0	1	25,0	4	25,0
pari.	0	0	0	0	1	50,0	1	50,0	2	12,5
prot.	2	20,0	2	20,0	4	40,0	2	20,0	10	62,5
35,04–100%	2	18,8	7	6,3	5	25,0	2	43,7	16	100
davon: kath.	0	0	0	0	1	100	0	0	1	6,3
pari.	0	0	1	50,0	1	50,0	0	0	2	12,5
prot.	2	15,4	6	46,1	3	23,1	2	15,4	13	81,2

Das Bild ändert sich freilich, sobald man die konfessionelle Struktur der Wahlkreise berücksichtigt. Für die protestantischen Wahlkreise liegt dann zwar anscheinend keine eindeutige Verteilung vor, und die konfessionell gemischten Wahlkreise erreichen eine hohe Wahlbeteiligung durchweg unabhängig vom Urbanisierungsgrad. Nahezu alle katholischen Wahlkreise mit einem niedrigen Urbanisierungsgrad aber weisen nur eine niedrige Wahlbeteiligung auf (9:2[470] bzw. 9:1), bei einem hohen Urbanisierungsgrad liegt auch die Beteiligung hoch (3:0 bzw. 3:1).

Den sozio-ökonomischen Merkmalen entsprechend lassen sich die Wahlkreise also folgendermaßen gruppieren:

[470] Gemeinden über 2000 Einwohner; die Stadt Wangen überschreitet diese Grenze 1867 nur wegen der 253 gezählten Ausländer.

- Die katholischen Wahlkreise kennzeichnet durchweg ein geringeres Wählerinteresse. Innerhalb dieser Gruppe liegt die Wahlbeteiligung in den Oberämtern am weitesten unter dem Durchschnitt, wo der Urbanisierungsgrad gering und der Anteil der Klein- und Kleinstbetriebe in der Landwirtschaft niedrig ist, d.i. im Anerbengebiet.
- In den gemischt-konfessionellen Wahlkreisen wird durchschnittlich der höchste Grad an Wählerinteresse erreicht. Dies gilt anscheinend unabhängig von den anderen untersuchten Merkmalen.
- Unter den 43 protestantischen Wahlkreisen nehmen die sechs städtischen eine Sonderstellung ein: Mit Ausnahme Tübingens wird in diesen Städten meistens und über die Jahre nur eine geringe Wahlbeteiligung erreicht. Ein geringes Wählerinteresse lässt sich ebenfalls in den Wahlkreisen erkennen, wo die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen hoch und der Anteil des Kleinbesitzes niedrig ist (Anerbengebiet), oder in den Oberämtern mit sehr weit fortgeschrittener Besitzzersplitterung. Im Mittelbereich ist die Wählermotivation eher hoch, es handelt sich dabei meist um die Oberämter mit dem höchsten Anteil an Betrieben von 1–5 ha. Hier liegt auch der Anteil der selbstwirtschaftenden Landwirte hoch.

Die festgestellten Häufigkeitsverteilungen werden durch die errechneten Korrelationen zwischen denselben Variablen allenfalls der Tendenz nach bestätigt[471]. Dieser Befund entspricht den älteren Untersuchungen der württembergischen Wahlen um die Jahrhundertwende[472], aus denen dann recht weit reichende Folgerungen über die württembergische Parteienstruktur abgeleitet werden. In diesen Untersuchungen wird als eine mögliche Ursache für die durchweg nur schwachen Zusammenhänge zwischen Stimmenanteilen und Zensusvariablen u.a. auch die mangelhafte Güte der für diese Zeit verfügbaren amtlichen Statistiken diskutiert[473]. Moderne Untersuchungen lokal begrenzt auf der Basis von Individualdaten oder verbesserte Datensätze auf Reichsebene lassen dagegen deutliche Zusammenhänge zwischen Parteienpräferenz und Sozialstruktur hervortreten[474].

---

[471] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Landtagswahl 1868 Wahlkreise.

[472] Schulte, Struktur, S. 163: Nur für das Zentrum und die SPD werden höhere Werte errechnet; Simon, Die württembergischen Demokraten, S. 30ff.; dagegen: Palmer, Das Recht zur Wahl, S. 141–175. Palmer weist für die Wählerschaft der Stadt Tübingen sehr eindrucksvolle Zusammenhänge zwischen der Sozialstruktur und der Parteienpräferenz nach.

[473] Schulte, Struktur, S. 163f.

[474] Palmer, Das Recht zur Wahl, S. 141ff., Schmädecke, Wählerbewegung; *Schultes* Arbeit (Schulte, Struktur) zeigt, dass ein rein quantitativer Ansatz bei einer historischen Analyse recht schnell an die Grenzen möglichen Erkenntnisgewinns stößt (vgl. auch Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 31). Keineswegs überholt ist dagegen *Schultes* Hinweis, dass sich die Analyse auf die Wählerkollektive beschränken sollte, die sich zwischen vergleichbaren politischen Alternativen entscheiden konnten. Gerade bei der Landtagswahl vom 9. Januar 1889, die z.B. auch *Gawatz* in seine Untersuchung einbezieht, fehlt diese Voraussetzung: In 28 von den 70 Wahlkreisen trat nur jeweils ein (Haupt-)Kandidat auf (Zählkandidaten der SPD, die nur vereinzelte Stimmen auf sich zogen, nicht gerechnet); vergleichbare politische Alternativen (DP:VP) lagen streng genommen nur in elf Wahlkreisen vor.

Für die Reichsgründungszeit ist die Lage jedoch in dieser Hinsicht bei weitem schlechter als für die Jahrhundertwende[475]. Das Beispiel Konfessionsstruktur mag dies verdeutlichen. Zwar wurde bei den wiederkehrenden Volkszählungen die Anzahl der Protestanten, Katholiken etc. pro Wahlkreis erhoben, die jeweiligen Minderheiten können allerdings das Wahlergebnis allein schon wegen ihrer geringen Zahl, aber auch wegen der meist fehlenden politischen Alternative nicht nachhaltig beeinflusst haben; in die relevanten Konflikte innerhalb der konfessionellen Mehrheiten – etwa die Haltung pietistischer Gruppen[476] in den Wahlkreisen Leonberg und Herrenberg oder die Auseinandersetzung zwischen der liberal-demokratischen und der konservativ-ultramontanen Richtung im Katholizismus[477] – gewähren diese Zensusdaten keinen Einblick; nur für die wenigen gemischt-konfessionellen Wahlkreise könnten Angaben über die Konfessionsstruktur daher von Belang sein[478].

Bisher sind zwei Wege versucht worden, den offenkundig „störenden" Einfluss des konfessionellen Faktors auszuschalten. Klaus *Simon* hat seine Untersuchung auf die protestantischen Wahlkreise beschränkt, dabei aber gleich Stuttgart/Stadt weggelassen und die fünf protestantischen „guten" Städte mit ihren Oberämtern verschmolzen[479], so dass in seiner Untersuchung die städtischen Wahlkreise fehlen. Wolfgang *Schulte* hat einer „homogenen" Gruppe von 41 protestantischen Wahlkreisen eine „Restgruppe" von 27 „katholischen" Wahlkreisen gegenübergestellt, eine Einteilung, die zwar der methodischen Forderung noch möglichst großer Fallzahl Genüge tut, aber inhaltlich fragwürdig ist, da von diesen 27 „katholischen" Wahlkreisen tatsächlich acht protestantische Bevölkerungsmehrheiten aufweisen[480]. Unbefriedigend bleibt letztlich auch der Versuch, den Einfluss der Variablen „Konfessionszugehörigkeit" aus dem Modell „herauszurechnen".

Bei den statistischen Verfahren[481], die hier angesprochen sind, handelt es sich sehr stark vereinfacht darum, aufgrund bestimmter Modellannahmen[482] die Ausprägung einer Variablen durch ein Bündel anderer Variablen vorauszuschätzen (multiple Regression) bzw. die Stärke des Zusammenhangs (Korrelation) zwischen Variablen zu bestimmen, die in ein komplexes System von Wechselwirkungen eingebettet sind[483].

---

[475] Schulte, Struktur, S. 86 zählt die Berufszählung von 1871 zu den unbrauchbaren Erhebungen, weil die Klassifikationskriterien nicht zu rekonstruieren seien.

[476] Trautwein, Religiosität und Sozialstruktur, S. 50–55; Gestrich, Alltag im pietistischen Dorf, S. 47–59.

[477] Scheurle, Der politische Katholizismus, S. 213.

[478] Dabei wird zudem vorausgesetzt, dass Konfessionszugehörigkeit und Stärke der Bindung an die Kirche weitgehend übereinstimmen, vgl. Lavies, Nichtwählen, S. 85–88.

[479] Simon, Die württembergischen Demokraten, S. 30ff.

[480] Schulte, Struktur, Anhang, S. 4: Anteil Protestanten 1890: Blaubeuren 66,4%; Geislingen 55,6%; Mergentheim 64,3%; Münsingen 61,9%; Neckarsulm 54,2%; Tuttlingen 59,5%; Ulm/Stadt 71%. Ulm/Amt wird dagegen der protestantischen Gruppe zugerechnet, der Wahlkreis hat 1890 75,2% Protestanten, 1885 und 1895 allerdings knapp unter 75%.

[481] Für Einzelheiten sei hier summarisch auf die einschlägige Fachliteratur verwiesen.

[482] Skalenniveau (Intervall) und Normalverteilung der Variablen: vgl. oben, S. 5f.

[483] Produkt-Moment-Korrelationen; stärkster Zusammenhang = ±1.000; kein Zusammen-

Wenn zu vermuten ist, dass der Zusammenhang zwischen zwei Variablen durch eine dritte, vierte usw. bedingt sein könnte, so lässt sich deren Einfluss „herausrechnen" (Partialkorrelation); man würde also den Zusammenhang zwischen zwei Variablen unter der Voraussetzung betrachten, dass die dritte, vierte usw. Variable konstant bleibt.

Zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung am 8. Juli 1868 (wb68a) und den verfügbaren sozialstatistischen Variablen bestehen zwar signifikante, doch nur sehr schwache Zusammenhänge von höchstens r = ±0.229; diese nehmen für das Endergebnis des ersten Wahlgangs, einschließlich der Ergänzungswahlen (wb68b), noch weiter ab[484]. Der Einfluss der Konfessionszugehörigkeit auf das Wählerinteresse scheint demnach nur sehr gering gewesen zu sein; entsprechend erreicht die multiple Korrelation, d.h. die gemeinsame Korrelation der sozialstatistischen Variablen mit der Wahlbeteiligung nur r = 0.655: Aufgrund der sozialstatistischen Variablen könnten gerade einmal ca. 43% der Variable „Wahlbeteiligung" vorausgeschätzt werden; der Faktor „Konfessionszugehörigkeit" für sich würde nur etwa 5% der „Wahlbeteiligung" erklären.

Welches Gewicht kommt der Anzahl der konkurrierenden Kandidaten[485] für die Höhe der Wahlbeteiligung zu? Der Faktor „Kandidatenzahl" lässt den multiplen Zusammenhang auf r = 0.69 ansteigen; damit wären aber immer noch weniger als 48% der Ausprägung der Variablen „Wahlbeteiligung" erklärt.

Da eine Stimmabgabe immer auch eine Entscheidung für (oder gegen) einen Kandidaten und dessen Parteirichtung darstellte, wird die Höhe der Wahlbeteiligung weitgehend auch durch die Höhe der Parteistimmenanteile beeinflusst: Die multiple Korrelation der Stimmenanteile der drei großen politischen Richtungen – Deutsche Partei, Min+Großdeutsch-Konservative und Volkspartei+Großdeutsche Demokraten – mit der Wahlbeteiligung bleibt mit r = 0.650 nur wenig unter dem Koeffizienten für die Gesamtheit der sozialstatistischen Variablen[486]. Den Wählern boten sich aber in den verschiedenen Wahlkreisen nicht Kandidaten aller Richtungen an: Konservative Großdeutsche traten beispielsweise nur in 13 der 70 Wahlkreise (18,6%) auf, der Volkspartei nahe stehende Bewerber in 46 (65,7%), einschließlich der demokratischen Großdeutschen in 58 (82,9%) Wahlkreisen. Aussagen über den Einfluss der Konfessionszugehörigkeit auf die Wahlbeteiligung unter Berücksichtigung der Kan-

---

hang = 0; die Wahlkreise sind gewichtet mit ihrer Bevölkerungszahl, so dass z.B. Ellwangen/Stadt mit 678 und Stuttgart/Stadt mit 12 214 Wahlberechtigten zur Wahl jeweils eines Abgeordneten angemessen in die Rechnung eingehen. Wegen der (fiktiv) hohen Zahl der Gruppenglieder sind auch sehr schwache Korrelationen „signifikant", d.h. nicht nur zufällig von 0 unterschieden; die Variablen wurden standardisiert; vgl. oben, S. 5.

[484] Die Korrelationskoeffizienten liegen zwischen r = 0.163 und r = –0.142. Auf den Abdruck der entsprechenden Korrelationsmatrizen wird verzichtet. Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Landtagswahl 1868 Wahlkreise; die grau unterlegten Variablen erwiesen sich bei der Regression als redundant; vgl. auch oben, S. 90.

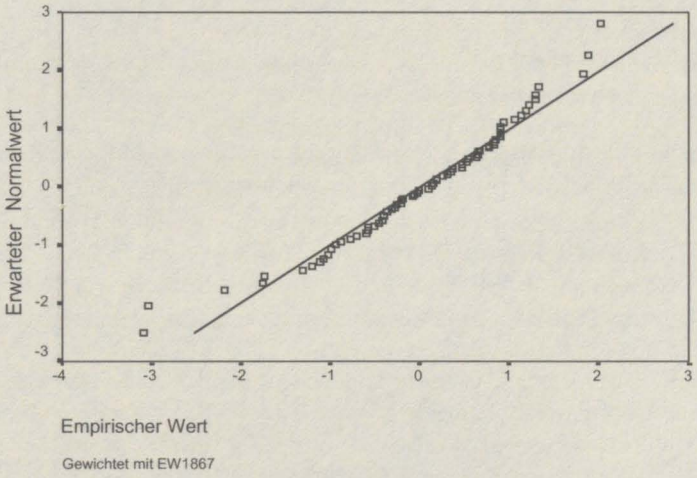
[485] Siehe oben, S. 78f.

[486] Um die Höhe der Wahlbeteiligung zu 100% vorauszuschätzen, wären dann nur noch fünf Variable nötig: Konfessionszugehörigkeit, Anzahl der Kandidaten, Urbanisierung, Anteil der agrarischen Bevölkerung und Steueraufkommen pro Wahlberechtigtem.

didatenzahl und Parteienpräferenz lassen sich daher immer nur für die jeweils unterschiedlich großen Teilmengen der 70 Wahlkreise machen. In allen diesen Fällen weisen die Korrelationskoeffizienten, auch die der Partialkorrelationen, nur auf einen geringen Einfluss der Konfessionszugehörigkeit hin.

Ein Blick auf die Datenstruktur hilft, das Missverhältnis zwischen den Kreuztabellen und dem statistischen Modell zu erklären. Das Rechenmodell setzt normalverteilte Variablen voraus. Inwieweit diese der Modellanforderung entsprechen, lässt sich zum Beispiel durch „Probability Plots" prüfen, bei denen die theoretische (Normal-) Verteilung gegen die empirischen Daten geplottet wird. Die so gewonnenen Datenpunkte nähern sich einer Geraden an, je besser die empirischen Werte der Normalverteilung folgen.

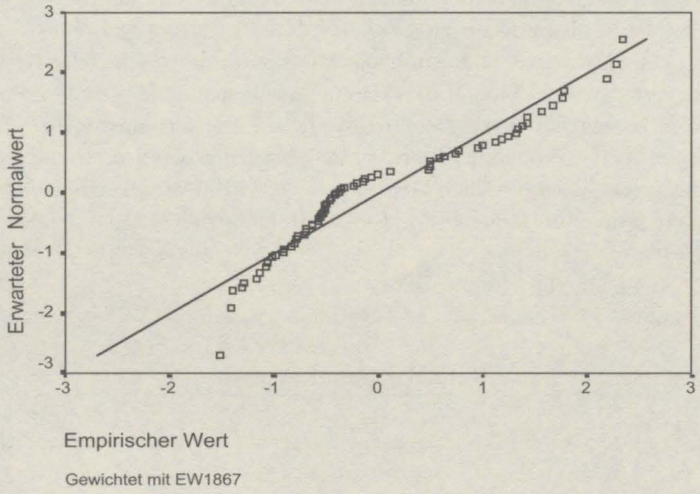
Diagramm 3a: Theoretischer Q-Q Plot der Variablen „Wahlbeteiligung am 8. Juli 1868"



Die Variable „Wahlbeteiligung am 8. Juli 1868" entspricht der Normalverteilung vor allem im Mittelbereich recht gut, während die „Ausreißer" an den Enden ins Auge fallen. Deutlich schlechter folgt die Variable „Durchschnittliche Betriebsgrößen in der Landwirtschaft", die hier beispielhaft für andere landwirtschaftliche Strukturdaten angeführt ist[487], der Modellvorgabe. Vollends weicht die Variable „Katholischer Bevölkerungsanteil" so erheblich von der geforderten Normalverteilung ab, dass es wenig sinnvoll erscheint, sie in das Modell aufzunehmen. Es wäre also unbegründet zu behaupten, die Konfessionszugehörigkeit habe das Wählerverhalten nur sehr ge-

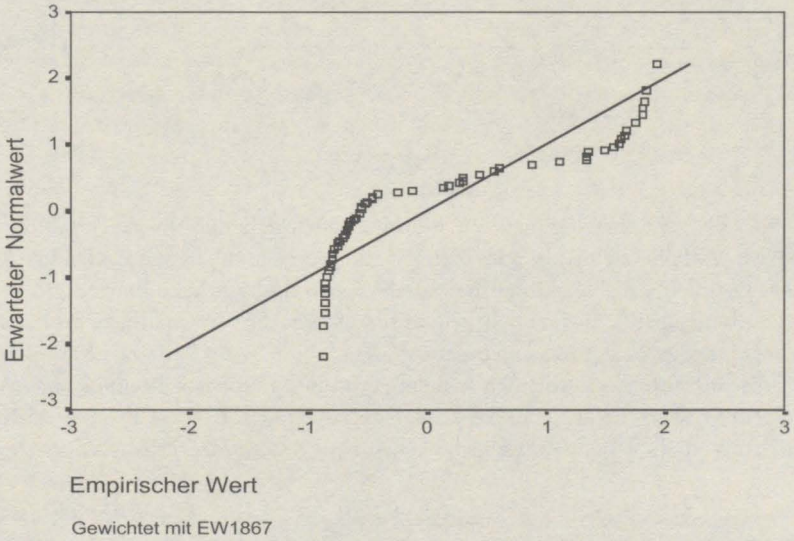
[487] Insbesondere die Variablen „Anteil der Betriebsgrößen von 1–2 ha an den Wahlberechtigten" und „Anteil der Betriebe über 10 ha"; die übrigen Variablen entsprechen der Normalverteilung recht gut.

Diagramm 3b: Theoretischer Q-Q Plot der Variablen „Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe“



ringfügig beeinflusst; vielmehr lässt sich ein solcher Zusammenhang nicht angemessen durch das Modell der Normalverteilung beschreiben.

Diagramm 3c: Theoretischer Q-Q Plot der Variablen „Katholischer Bevölkerungsanteil“



Strukturelle Ähnlichkeiten – die S-Form – und die charakteristischen Unterschiede in der Ausprägung zwischen der konfessionellen und der agrarstrukturellen Variable (Diagramme 3b und 3c) deuten auf eine weitere, bisher meist unbeachtete Eigenart der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Königreichs Württemberg hin: Diese wird nämlich nicht allein durch die scharfe Separierung der Konfessionen, durch tief greifende Mentalitätsunterschiede[488] in den Landesteilen geprägt, sondern ebenso durch die völlig unterschiedliche Eigentums- und Agrarstruktur in den Realteilungs- und Anerbengebieten[489]. Konfessions- und Eigentumsstruktur laufen in Teilen des Landes parallel, in anderen überlagern sie sich, so dass es auch unter den katholischen Oberämtern höchst unterschiedlich strukturierte Wahlkreise gab[490], deren Wähler sich ebenfalls ihren unterschiedlichen ökonomischen Interessen entsprechend verhalten haben mochten.

6. Die Stimmenanteile der Kandidaten und Parteien

Hartwig *Brandt* hat das Fluktuieren des Wahlverhaltens als charakteristisch für diese Epoche württembergischer Geschichte herausgestellt und darauf zurückgeführt, dass die württembergische Gesellschaft noch *keine konfessionelle und soziale ‚Segmentierung'* oder nur Ansätze dazu kannte[491]; soziale Verfestigungen seien erst für die Kaiserzeit kennzeichnend[492]. *In dem Maße, wie das Wahlverhalten sozialständischer Zwänge entriet, war es abhängig von Konstellationen und Unwägbarkeiten*; mithin: *Die württembergischen Landtagswahlen der Epoche waren Persönlichkeitswahlen*[493].

Grundsätzlich lassen sich Kontinuitäten des Wählerverhaltens freilich nur in Ausnahmefällen erkennen, solange lediglich die Wahlsieger betrachtet werden. Ein Stimmenanteil von beispielsweise 26% für einen Kandidaten oder eine Partei über mehrere Wahlen könnte durchaus auf stabile Wählerstrukturen hindeuten und doch nur selten oder gar nicht zum Wahlsieg gereicht haben. Wenn auch ferner die Bedeutung der Kandidatenpersönlichkeit nicht geleugnet werden soll, so mag man doch zweifeln, ob etwa für die Niederlage des Kirchheimer Oberamtmanns Idler gegen den Gastwirt Johann Christian Geiger im Wahlkreis Münsingen ausschließlich die unterschiedlichen Persönlichkeiten der Bewerber ursächlich waren[494]. Im Zusammenhang mit der

---

[488] Wehling, Oberschwaben oder Württemberger, S. 287–307.

[489] Borcherdt, Die Landwirtschaft in Baden und Württemberg, S. 75.

[490] Spaichingen sowie überwiegend auch Horb und Ehingen gehörten zum Realteilungsgebiet.

[491] Brandt, Parlamentarismus, S. 174f.

[492] Ebd., S. 170.

[493] Ebd., S. 175.

[494] Ebd., S. 170, 781: Danach wird Geiger als ziemlich unbedeutend angesehen. Bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung (72,14%) siegte Geiger mit 45,24% gegen Idler mit 26,84%.

Frage nach den langfristig-sozialstrukturellen und kurzfristig-situativen Motiven des Wählerverhaltens[495] muss also auch versucht werden abzuschätzen, inwieweit das Verhalten der Wähler als Persönlichkeitswahl oder als Partei-/Programmwahl zu verstehen ist.

a) Konfessionsstruktur und Schwerpunkte der Parteien

α) Die Deutsche Partei

Die Deutsche Partei blieb in den katholischen Wahlkreisen weitgehend ohne Resonanz. Nur in sieben der 17 katholischen Oberämter entfielen überhaupt Stimmen auf Kandidaten dieser Richtung, die durchschnittlich lediglich 14,19% erreichten. Einen ausgesprochenen Demonstrationswert hatten dabei die Kandidaturen Julius Hölders in Biberach[496] (7,54%), Schnitzers in Wangen[497] (2,47%) und Jakob Rahmers in Tettnang[498], der überhaupt erst zur Ergänzungswahl antrat[499] (5,73%). Nur Stadtschultheiß und Rechtskonsulent Schmid von Munderkingen[500] konnten sich im Wahlkreis Ehingen gegenüber dem bisherigen Abgeordneten und liberal-konservativen Großdeutschen Alois Wiest[501] durchsetzen. Im Wahlkampf ging es freilich nicht nur um einen *Streit zwischen zwei Vormännern und ihren Koterien*[502], vielmehr scheinen die Großdeutschen dem „Löwen von Munderkingen" das Terrain und den Sieg fast kampflos überlassen zu haben: Erst am 5. Juli hielt Wiest die erste und einzige Wahlversammlung im Bezirk ab, und so erwartete man seine Niederlage[503].

---

[495] Die verschiedenen Ansätze in der modernen Wahlforschung ergänzen sich weitgehend; vgl. Wehling, Wahlverhalten.

[496] Schw. Kronik, Nr. 160, 7. Juli 1868, S. 1905; Nr. 164, 11. Juli 1868, S. 1949; HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 26–27 Bericht des Oberamtmanns betr. die Wahlbewegung, Biberach, 17. Juli 1868.

[497] Nl Hölder, Fasz. VIII, Stück 206; Bernhard Schnitzer (1831–1880), Dr. jur., Rechtsanwalt in Biberach, kath., aus der VP kommend (nach Mitteilung des Stadtarchivs Biberach); Schnitzer war gegen seinen Willen vom Ortsverein der DP in Isny aufgestellt worden, er hatte dort 85 Stimmen erhalten, dazu zwei in Wangen; vgl. SVZ Nr. 155, 6. Juli 1868, S. 659.

[498] HStAS E 146, 1432, Fasz. 5, Bl. 99/98; Jakob Rahmer (1822–1889), Domänepächter auf dem Schäferhof, ev. (frdl. Mitteilung der Stadt Tettnang).

[499] HStAS E 146, 1432; Fasz. 8, Bl. 484 Bericht des Oberamts betr. angebliche Wahlumtriebe, Tettnang, 24. Juli 1868.

[500] Karl Joseph Schmid (1832–1893), kath., Rechtskonsulent, Stadtschultheiß, Oberfinanzrat, ab 1887 Staatsminister des Innern; Landtagsabgeordneter Ehingen 1868–1882, 1889–1893; Reichstag 1871–1879; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 382; SVZ Nr. 154, 5. Juli 1868, S. 654; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 798f.

[501] Alois (von) Wiest (1810–1890), kath., Obertribunalrat Stuttgart; Ersatzmann für die Paulskirche; Landtagsabgeordneter 1848/49 Saulgau, 1851–1868 Ehingen; 1869–1870 Gmünd; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 1017f.

[502] Brandt, Parlamentarismus, S. 166f., Anm. 121; HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 181f.

[503] Deutsches Volksblatt Nr. 157, 8. Juli 1868: Korrespondenz vom 5. Juli; Staatsanzeiger Nr. 152, 28 Juni 1868, S. 1578: Nachdem Apotheker Dr. Schmidt aus Ehingen eine Kandidatur für die VP abgelehnt hatte, erklärte sich Wiest zur Kandidatur bereit.

In den zehn gemischt-konfessionellen Wahlkreisen traten zwei Bewerber der Deutschen Partei an, von denen nur einer, Robert Römer in Geislingen, mit 38,44% das Mandat gewann[504]. Die Deutsche Partei in Aalen hatte „in elfter Stunde" den Schultheißen J.B. Bäuerle aus Essingen[505], Mitglied der DP, gegen Moriz Mohl aufgeboten. Bäuerle erklärte allerdings öffentlich, der Vorschlag, ihn zu wählen, sei gegen seinen Willen erfolgt; er werde völlig passiv bleiben; zu Moriz Mohl stehe er in freundschaftlicher Beziehung[506]. Die 8,91% Stimmen für Bäuerle lassen sich somit in die Kategorie Zählkandidatur einordnen.

Die 43 protestantischen Wahlkreise wurden zu drei Vierteln mit Bewerbern der Deutschen Partei besetzt. Doch auch hier gilt es zu differenzieren. Julius Hölder erhielt in Besigheim, seinem Wahlkreis seit 1856, nur 213 Stimmen = 4,21%. Nachdem er zunächst seiner Kandidatur zugestimmt hatte, war er dann doch nach Göppingen ausgewichen, vermutlich weil er angesichts der Stimmung im Bezirk seine Chancen gegenüber Karl Mayer als schlecht einschätzte. Hölder trat im Bezirk natürlich nicht auf, und die Wähler kannten seine Entscheidung für Göppingen[507]. Die 213 Stimmen für Hölder sind somit die seiner treuesten Anhänger um Carl Seeger[508] und Karl Bälz[509], *welche unter allen Umständen an ihm festhalten und ihm ihre Stimme geben*, wie es unterm 5. Juli in der „Schwäbischen Kronik" des Wahltages als Verhaltensmaxime für die Anhänger der DP in Besigheim formuliert ist[510].

Der Sieger im Wahlkreis Cannstatt, Stadtschultheiß Johann Ludwig Lemppenau[511], war nach dem Bericht von Oberamtmann Kegelen[512] dessen Kreatur[513], was aber den Wählern nach seiner Darstellung verborgen blieb: *Aber meine Handlungen bezüglich Aufstellung des rechten Kandidaten und der Festhaltung an demselben waren so still und vorsichtig, dass keine Partei den rechten Täter entdecken kann und da-*

---

[504] Brandt, Parlamentarismus, S. 176 weist auf *die fast dynastische Kontinuität* des Römer-Clans im Oberamt hin.

[505] J. Balthas Bäuerle (1812–1891), Landtagsabgeordneter für Aalen 1845, 1847, 1848; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 22.

[506] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 250/247; Staatsanzeiger Nr. 161, 9. Juli 1868, S. 1673; Nr. 165, 14. Juli 1868, S. 1713.

[507] Schw. Kronik, Nr. 156, 2. Juli 1868, S. 1857; Staatsanzeiger Nr. 152, 28. Juni 1868, S. 1578 unter Berufung auf das Göppinger Wochenblatt Nr. 53. In der Bewertung der Vorgänge anders: Schulz, Landtagswahlen 1855 und 1868, S. 6–8.

[508] Siehe oben, S. 25.

[509] Karl Gottlob Bälz (1820–1881), Oberamtswerkmeister, Gründer und Kommandant der Feuerwehr, Mitbegründer des Gewerbevereins, 48er Demokrat; Landtagsabgeordneter für Besigheim 1870–1876; vgl. Roemer, Bietigheim, S. 201, 211, 213, 216, 221; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 20.

[510] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 311, 275, 317, 316, 313, 312, 255ff.; Schw. Kronik Nr. 161, 8. Juli 1868, S. 1918.

[511] Johann Ludwig Lemppenau (1801–1870), Landtagsabgeordneter für Cannstatt 1868–1870; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 501f.

[512] Heinrich Friedrich Karl (von) Kegelen (1811– nach 1877), 1843–1844 Polizeikommissär Ulm, 1844–1850 Oberpolizeikommissär der Stadtdirektion Stuttgart, Oberamtmann von Cannstatt 1850–1877; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 342.

[513] Vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 166.

her hoher Staatsregierung auch keinerlei Ungelegenheit aus denselben erwachsen kann[514]. Die Deutsche Partei hatte sich schon am 15. Juni in einer der wenigen Wählerversammlungen des Bezirks[515] für Lemppenaus Kandidatur ausgesprochen[516]. So muss die Stimmabgabe für Lemppenau als Abstimmung für die DP verstanden werden, und Lemppenau trat auch Ende 1868 in die DP ein[517]. Karl Mäulen, der bisherige Abgeordnete[518], verzichtete während der erwähnten Wählerversammlung öffentlich auf eine Kandidatur neben Lemppenau. In einem Artikel des „Beobachters", hinter dem Oberamtmann Kegelen Mäulen selbst vermutete, wurde dem Beamten u.a. vorgeworfen, Mäulen zu diesem Verzicht gezwungen zu haben[519], wie schon 1855, muss man hinzufügen[520]. Fast 8% der Stimmen für Mäulen bezeugen die Treue seiner Anhänger; sie sind aber auch ein Protest gegen die Methoden des Oberamtmanns und letztlich auch Stimmen für die „nationale Richtung".

Als nach Lemppenaus Tod[521] eine Nachwahl für den 30. Juli 1870 anberaumt wurde, kandidierte Mäulen erneut mit einem gemäßigt kleindeutschen Programm[522] gegen Obertribunalrat Franz von Weber[523], prominentes Mitglied der DP. Da Weber auf die Unterstützung wichtiger Vereine des Bezirks bauen konnte, die ihrerseits von bekannten Vertretern der Deutschen Partei geleitet wurden[524], schien Mäulens Kandidatur jedoch wiederum ziemlich aussichtslos. Unter dem Eindruck des Krieges gegen Frankreich trat er von der Kandidatur zurück, um eine Stimmenzersplitterung zu vermeiden. Dass diese Befürchtung nur zu berechtigt war, zeigt das Wahlergebnis

---

[514] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 48–49; vgl. aber Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Aus dem Neckartale oberhalb der Cannstatter Brücke".

[515] Nach einer Meldung im „Staatsanzeiger" Nr. 161, 9. Juli 1868, S. 1673 ließ sich Lemppenau in den letzten Tagen vor der Wahl auch noch in den Landorten hören.

[516] SVZ 145, 25. Juni 1868, S. 614; Schw. Kronik, Nr. 143, 17. Juni 1868, S. 1703; für den Oberamtmann war das „pfiffig".

[517] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 54 Hartenstein an Hölder, 29. Dezember 1868; der Oberamtmann hatte sich also verrechnet.

[518] Karl Mäulen (1811–1881), Schultheiß in Untertürkheim; Landtagsabgeordneter für Cannstatt 1849–55, 1862–68; er hatte sich bei den Zollparlamentswahlen für Reyscher eingesetzt und war im Oktober 1870 Delegierter der DP; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 533.

[519] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 48–49 Bericht das Oberamts betr. die Wahlumtriebe bei der letzten Abgeordnetenwahl, Cannstatt, 22. Juli 1868; Schw. Kronik, Nr. 143, 17. Juni 1868, S. 1703.

[520] BRANDT, Parlamentarismus, S. 161.

[521] 20. Juni 1870.

[522] Nl Hölder, Fasz. XIII, Stück 139; Beobachter Nr. 171, 24. Juli 1870 mit den Programmen Mäulens und Webers; Beobachter Nr. 185, 10. August 1870 „Cannstatter Wahl".

[523] Franz (von) Weber (1812–1874), Burschenschaft Concordia, Landtagsabgeordneter für Hall 1851–1855, für Tübingen/Stadt 1861–1868, für Cannstatt 1870–1874; Kammerpräsident 1863–1868, 1870–1874; Reichstagsabgeordneter 1871–1873, 1874; Vizepräsident 1871–1874; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 989f.

[524] Nl Hölder, Fasz. XIII, Stück 139; Vorstand des einflussreichen Gewerbevereins war Paul Krauß, Papierfabrikant in Pfullingen († 1913), Mitglied der Landeskomitees der DP seit 1866; Vorstand des Gesangvereins Concordia in Cannstatt war Dr. Theodor Tritschler (1830–1884), „Germania" Tübingen Jg. 1848, im Oktober 1870 Delegierter der DP Cannstatt.

dann in zweifacher Hinsicht. Zum einen war am 30. Juli 1870 die Wahlbeteiligung mit 35,74% so gering, dass am 6. August eine Ergänzungswahl notwendig wurde: also kein Signal nationaler Geschlossenheit. Zum anderen folgten die Anhänger Mäulens trotz seines Verzichts dem Aufruf in der „Schwäbischen Kronik", Weber zu wählen, keineswegs: Er erhielt 1259 Stimmen (21,22%)[525] – auch dies kein Beispiel von Geschlossenheit. Wie in Ludwigsburg wurde anscheinend auch in Cannstatt der Wahlkampf stark geprägt durch die Rivalität zwischen einem lokalen Favoriten und einem „Stuttgarter", beide ähnlichen politischen Richtungen angehörend.

β) Die Volkspartei

Wie die Deutsche Partei hatte auch die Volkspartei von den absoluten Zahlen her ihre Schwerpunkte in den protestantischen Wahlkreisen: In 31 von diesen 43 Wahlkreisen (72,1%) trat mindestens ein volksparteilicher Kandidat auf; 19 gewannen das Mandat[526]; in weiteren sechs Wahlkreisen wurde der großdeutsche Bewerber unterstützt[527]; in Tübingen/Amt, Kirchheim und Schorndorf traten Parteimitglieder für den Kandidaten der Deutschen Partei ein[528], in Ludwigsburg/Stadt, Cannstatt, Nagold und auch Neuenbürg[529] fand sich dagegen nicht einmal ein Kandidat, für den man hätte wirken können.

Nicht in allen diesen Wahlkreisen konnte das Landeswahlkomitee der Volkspartei[530] erfolgreiche Koordinationsarbeit[531] leisten. So konkurrierten in Gaildorf Lanzberg und Schließmann miteinander, obwohl beide Mitglieder der Volkspartei waren[532]; in Heidenheim kandidierte neben Ammermüller[533] der Gutsbesitzer Karl

---

525 Schw. Kronik, Nr. 173, 24. Juli 1870, S. 2365; Nr. 180, 2. August 1870, S. 2421; Nr. 187, 10. August 1870, S. 2477. Im November 1870 kandidierte Mäulen erneut, verzichtete dann aber wiederum (wohl nicht ganz freiwillig), um gegen Weber eine Stimmenzersplitterung zu vermeiden: Schw. Kronik, S. 3287; Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 385.

526 Darunter Hopf, Ammermüller, Gottlob Eberhardt (1817–1889), Mühlebesitzer, Schultheiß in Linsenhofen, Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins, Landtagsabgeordneter für Nürtingen 1851–1870 (Raberg, Biographisches Handbuch, S. 154) und Friedrich Wilhelm Pfäfflin (1799–1883), Rechtskonsulent und Stadtschultheiß in Sulz, Landtagsabgeordneter für Sulz 1833/I-1838, für Horb 1848–1850, für Sulz 1862–1870; vgl. Schw. Kronik (1883), S. 805; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 651f.

527 Reibel in Heilbronn/Stadt; Schott in Stuttgart/Stadt, Böblingen und Tübingen/Stadt; Adam in Ulm/Stadt; in Urach Karl Fricker (1830–1907) Dr. jur., Professor in Tübingen, Landtagsabgeordneter für Urach 1868–1870; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 223.

528 Siehe unten, S. 360f. (Heinrich von Weber), S. 465f. (Mayer/Kirchheim), S. 113, Anm. 597 sowie S. 140f. (Duvernoy).

529 Beobachter Nr. 130, 6. Juni 1868 „Bericht eines Handlungsreisenden (II)".

530 Runge, Volkspartei, S. 142; im Staatsanzeiger Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1625 (Beilage) wurde es als *demokratische Central-Landes-Abgeordneten-Fabrik* bezeichnet.

531 Beispiele: Beobachter Nr. 143, 21. Juni 1868 (allgemein); Nr. 137, 14. Juni (Neckarsulm); Nr. 141, 19. Juni (Oberndorf).

532 Siehe unten, S. 192f.

533 Friedrich Ammermüller (1809–1898), „Feuerreiter" Tübingen Jg. 1826; Dr. med.; Oberreallehrer; Fabrikant; 1848er; Landtagsabgeordneter für Urach 1850, für Heidenheim

Heinrich Gräslen[534], und Friedrich Habermaß[535] hielt seine Kandidatur gegen Bareiß im Oberamt Maulbronn bis zum Ende aufrecht[536].

Der Oberamtmann von Gerabronn berichtete von dem *Versuch einer kleinen Zahl von Anhängern der Volkspartei, das Programm des Beobachters zur Geltung zu bringen*, ein Versuch, der aber *an dem gesunden Sinn des Abgeordneten* [sc. Gottlob Friedrich Egelhaafs][537] *und der Bezirksangehörigen gescheitert* sei[538]. Gegen Egelhaaf war Johann Michael Gackstatter, Gutsbesitzer und Schultheiß in Brettheim[539], aufgestellt worden; die Kandidatur wurde freilich nicht ernsthaft betrieben[540]. Wenn dennoch 584 Stimmen (10,76%) für den „radikalen" Gackstatter abgegeben wurden, so ist dies sicherlich als ein taktisches Mittel des neugegründeten Bezirksvolksvereins[541] zu werten, bei Egelhaaf mehr Einfluss zu gewinnen und ihn zu einem entschiedeneren Programm zu drängen. Egelhaaf entzog sich freilich dem Druck, indem er der Einladung zu einer Versammlung des Volksvereins nicht folgte. Der „Beobachter", der Gackstatter zunächst *den Regierungskandidaten und Preußen* zugeordnet hatte, veröffentlichte erst nach der Wahl eine Korrespondenz, worin Gackstatter *als der entschiedenere Kandidat der* Volkspartei charakterisiert wurde[542]; die Parteileitung konnte so den offenen Konflikt mit Egelhaaf vermeiden.

In neun der 17 katholischen Wahlkreise stellten sich Kandidaten der Volkspartei zur Wahl[543], von denen sieben den Sieg davontrugen. Die Wahl in Ellwangen/Amt

---

1862–1870, für Öhringen 1877 (ungültig); Zollparlamentsabgeordneter. Schw. Kronik (1898) S. 1637, 1641; (1909), S. 5; Staatsanzeiger (1898), S. 1353; Runge, Volkspartei, S. 10; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 433; Brandt, Parlamentarismus, S. 693; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 10f.

534 Karl Heinrich Gräslen (1813–1889), Gutsbesitzer auf dem Seegartenhof (frdl. Mitteilung des Standesamts Königsbronn); 1870 und später Mitglied des Landeskomitees der Volkspartei.

535 Friedrich Habermaß (1799–1870), Gutsbesitzer und Gemeinderat in Illingen (frdl. Mitteilung der Gemeinde Illingen); Staatsanzeiger Nr. 146, 21. Juni 1868, S. 1515: *Der Volksverein von Illingen empfiehlt* [...] *den langjährigen Agitator der Volkspartei Friedrich Habermaß von da.*

536 Beobachter Nr. 156, 7. Juli 1868 „Aus Mühlacker": *In Illingen allein hielten wir keine eigentliche Versammlung, aus Rücksicht auf unsern alten biedern Freund Habermaaß, der sich noch immer nicht entscheiden kann, seine hoffnungslose Kandidatur aufzugeben. Möchte er sich doch eines andern besinnen, damit ihm der Schmerz erspart würde, sich von seinen eigenen Gesinnungsgenossen verlassen zu sehen.*

537 Gottlob Egelhaaf (1804–1891), Stadtschultheiß und Oberamtspfleger in Gerabronn, Landtagsabgeordneter für Gerabronn 1843–1890; nach dem Zeugnis seines Sohnes war er nicht Mitglied der Volkspartei, er unterstützte aber den Beobachter mit 50 fl. pro Jahr (Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 23); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 158f.

538 HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 203 Bericht betr. die Wahlbewegung, Gerabronn, 18. Juli 1868.

539 Johann Michael Gackstatter (1811–1881) (frdl. Mitteilung des Kreisarchivs Hall).

540 HStAS E 146, 1432, Fasz. 5, Bl. 657 Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Gerabronn, 9. Juli 1868.

541 Runge, Volkspartei, S. 76; die Gründung war am 26. April erfolgt.

542 Beobachter Nr. 166, 18. Juli 1868 „Aus dem Amt Gerabronn".

543 Runge, Volkspartei, S. 149 mit etwas anderer Einteilung der Wahlkreise; die VP trat in 6 von 15 Wahlkreisen auf, also in 40% der katholischen Wahlkreise, nicht 10%, wie *Runge* schreibt.

wurde erfolgreich angefochten und im Juli 1870 vom volksparteilichen Bewerber gewonnen[544]. Der Kandidatur des Lehrers Zephyrin Steidle aus Denkingen/OA Spaichingen, an dem seine Anhänger trotz seines Verzichts festhielten, stellten der „Beobachter" und einige Parteimitglieder aus der Oberamtsstadt ihren eigenen Bewerber entgegen, und zwar den Gastgeber A. Häring. Die äußerst geringe Stimmenzahl für beide belegt, dass die Volkspartei in diesem Oberamt neben einem Großdeutschen fast keinen Boden hatte. Dennoch bleibt insgesamt festzuhalten, dass die Volkspartei – anders als die Deutsche Partei – in den katholischen Wahlkreisen durchaus wählbar war.

Von den zehn konfessionell paritätischen Wahlkreisen besetzte die Volkspartei sieben mit eigenen Kandidaten; vier errangen das Mandat. In Aalen wurde – zähneknirschend – Moriz Mohl unterstützt, obwohl der mit dem Programm der Volkspartei nicht gerade rücksichtsvoll umging[545]. Der großdeutsche Bewerber im Wahlkreis Rottenburg, Gustav Holzherr[546], stand der Volkspartei ohnehin sehr nahe und wurde von ihr unterstützt[547]. Einzig im Oberamt Geislingen scheint es zwischen dem nationalliberalen Robert Römer[548] und dem Redakteur des Deutschen Volksblattes, Dr. Joseph Bucher[549], keinen Boden für einen volksparteilichen Kandidaten gegeben zu haben. Insgesamt konnte sich die Volkspartei somit 50 Kandidaten in 47 Wahlkreisen (67%) zurechnen – geringfügig unterrepräsentiert mit 53% nur in den katholischen Wahlkreisen.

---

[544] Siehe unten, S. 136ff.

[545] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 15–17 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Aalen, 24. Juli 1868.

[546] Gustav Holzherr (1831–1908), kath., Guts- und Mühlenbesitzer, Partikulier in Rottenburg; am 23. November 1870 dort mit 80%er Mehrheit u.a. gegen den „Preußen" Rechtskonsulent A. Hofmeister aus Rottenburg zum Stadtschultheißen gewählt (Deutsches Volksblatt Nr. 281, 30. November 1870), aber nicht bestätigt; Landtagsabgeordneter für Rottenburg 1877–1882 und 1888–1894; Schw. Kronik Nr. 184 (1908), S. 6; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 394; Michael Holzherr (1824–1892), Ratsschreiber in Rottenburg, wurde 1872 zum Stadtschultheißen von Rottenburg gewählt (frdl. Auskunft des Standesamts Rottenburg).

[547] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Schreiben des Innenministers vom 2./3. Juli; Beobachter Nr. 148, 27. Juni 1868; HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 417–418: Unterstützung durch Ammermüller; Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 325/326: große Nähe zu Probst. Hölders Gewährsmann aus Rottenburg meldete im November 1870, Holzherr sei der Vorstand des dortigen Volksvereins (Nl Hölder Fasz. XIV, Stück 402; nach RUNGE, Volkspartei, S. 76 war der Volksverein im Januar 1869 gegründet worden.).

[548] Robert Römer (1823–1879), Dr. jur., Professor in Tübingen, Landtagsabgeordneter für Geislingen 1864–1871; Reichstagsabgeordneter für Geislingen/Heidenheim/Ulm 1871–1877; seit August 1871 am Reichsoberhandelsgericht in Leipzig; ADB 29, S. 125; BRANDT, Parlamentarismus, S. 174; KLEINE, Mittnacht, S. 31f.; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 736f.

[549] Joseph Bucher (geb. 20. April 1829) ab 1874 in Augsburg, ab 1882 in München (frdl. Auskunft des Stadtarchivs Augsburg).

γ) Die Großdeutschen

Die Großdeutschen waren in 13 protestantischen Wahlkreisen mit 12 Kandidaten[550] und in 12 katholischen Wahlkreisen mit 13 Bewerbern[551] vertreten; in den zehn paritätischen Wahlkreisen bewarben sich insgesamt vier Großdeutsche. Anteilmäßig waren sie also in 30% der protestantischen, 40% der paritätischen, aber in 70% der katholischen Wahlkreise präsent[552]. Trotz dieses Schwerpunkts in den katholischen Landesteilen wollte die großdeutsche Partei nach dem Verständnis des „Deutschen Volksblattes" jedoch keine „katholische" Partei sein, sondern alle diejenigen umfassen, die *die Föderation als gestaltendes Prinzip* für die inneren Verhältnisse und für die Außenpolitik ansahen[553]. Ihr politisches Spektrum reichte dementsprechend vom ausgewiesenen Demokraten Sigmund Schott[554] bis zum partikularistischen Sonderling Moriz Mohl, mit einem deutlichen Übergewicht bei den Demokraten und Liberalen. Unter den katholischen Kandidaten verband sich die mehr demokratische oder mehr konservative Ausrichtung zusätzlich mit der Frage, welche Rolle die Konfession in der Politik spielen sollte. Die Distanz zwischen den Flügeln – etwa Probst und Streich[555] auf dem einen, Zimmerle und Karle auf dem anderen, spiegelte sich auch darin, dass Letztere sich im Landtag der ministeriellen Fraktion anschlossen, eine Entscheidung, die ebenfalls durch das Föderationsprinzip abgedeckt wurde, da die Regierung die selbstständige Existenz Württembergs garantierte, ohne die eine deutsche Föderation unerreichbar sein würde[556].

Unter dem gemeinsamen Dach der großdeutschen Idee erfolgte die Kandidatenauswahl nur ausnahmsweise nicht danach, welche Konfession in dem jeweiligen Wahlkreis vorherrschte. In den 13 protestantischen Wahlkreisen mit großdeutschen Kandidaten traten mit Peter Paul Cavallo[557], Philipp Ludwig Adam[558] und Carl Cu-

---

[550] Sigmund Schott kandidierte in Böblingen, Stuttgart/Stadt und Tübingen/Stadt; in Marbach konkurrierten zwei großdeutsche Demokraten mit Wilhelm Weith (VP); siehe unten: S. 176ff.

[551] In Gmünd standen sich mit Albert Karle [(1824–1869), Oberamtsgeometer; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 420] und Streich (RABERG, Biographisches Handbuch, S. 909f.) zwei Großdeutsche unterschiedlicher Richtung gegenüber.

[552] Ähnlich sah die Relation hinsichtlich der gewonnenen Mandate aus: 14%, 20%, 41%.

[553] Deutsches Volksblatt Nr. 138, 16. Juni 1868 „Die Wahlen".

[554] Sigmund Schott (1818–1895), Rechtskonsulent in Stuttgart; Landtagsabgeordneter für Freudenstadt (1850, II/III); für Böblingen 1851–1868; für Tübingen/Stadt 1868–1870; Reichstagsabgeordneter für Stuttgart (Amt und Stadt 1881–1887); ADB 54, S. 166f.; BRANDT, Parlamentarismus, S. 155, Anm. 92; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 832f.

[555] Karl (von) Streich (1826–1917), Stifter „Walhalla" 1844, Schwiegersohn Rudolf Probsts; Oberjustizrat in Ellwangen, seit 1871 Obertribunalrat in Stuttgart, seit 1879 Reichsgerichtsrat in Leipzig; Landtagsabgeordneter für Gmünd 1866–1868, 1870–1879; Reichstagsabgeordneter für Aalen, Ellwangen etc. 1871; Württ. Nekrolog (1917), S. 75–89; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 909f.

[556] Deutsches Volksblatt Nr. 151, 1. Juli 1868 „Rundschau".

[557] Peter Paul Cavallo (1799–1873), Papierfabrikant in Wildbad, Landtagsabgeordneter für

no Kern[559] lediglich drei katholische Bewerber auf, von denen einer das Mandat gewann; in den 12 katholischen Wahlkreisen mit großdeutschen Kandidaten stellte sich mit Wilhelm Vayhinger[560] nur ein Protestant zur Wahl. In den vier paritätischen Wahlkreisen siegten die beiden Protestanten Moriz Mohl und Christian Storz, die Katholiken Joseph Bucher und Gustav Holzherr unterlagen.

δ) Die Ministeriellen

Der ministeriellen Richtung lassen sich 40 Bewerber zuordnen, von denen nur 12 gewählt wurden und zudem noch zwei sich später der Kammerfraktion der Deutschen Partei anschlossen[561]. In den 17 katholischen Wahlkreisen fanden die Kandidaten dieser Richtung noch weniger Rückhalt als die der Deutschen Partei: Es traten überhaupt nur vier Bewerber an, von denen – letztlich – keiner siegte[562]. Der Innenminister konnte lediglich darauf verweisen, dass etliche der großdeutsch-konservativen Bewerber von den Regierungsorganen unterstützt worden seien[563]. Dieser Befund unterstreicht noch einmal nachdrücklich, wie wenig die katholischen Wahlkreise noch *Bastionen der Regierung* waren[564]; gleichzeitig wird die organisatorische Leistung der Volkspartei bei der Durchdringung der katholischen Regionen ins rechte Licht gerückt[565].

Die paritätischen Wahlkreise wurden hingegen zu 90% mit ministeriellen Bewerbern besetzt[566], die immer dann Stimmenanteile zwischen 19,8% und 50,5% und drei

---

Neuenbürg 1857–1870; vgl. Schw. Kronik (1873), S. 294; Brandt, Parlamentarismus, S. 165; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 116.

[558] Philipp Ludwig Adam (1813–1893), Dr., Rechtskonsulent; Bankier, Verlagsbuchhändler; Vorsitzender der Handels- und Gewerbekammer Ulm 1868–1875; früher Vorstand des Großdeutschen Vereins für Württemberg; Mitglied der Paulskirche April/Mai 1849; vgl. Runge, Volkspartei, S. 123; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 3f.: Nicht Ph. L. Adam kandidierte 1868 im Oberamt Urach, sondern Eduard Adam, Professor am Seminar in Urach.

[559] Carl Cuno Kern (1816–1883), Verwaltungsaktuar in Winterbach/OA Schorndorf (frdl. Auskunft des Standesamts Winterbach).

[560] Siehe oben, S. 33f. und unten, S. 189.

[561] Nämlich: Jakob Friz (1828–1895), Schultheiß in Alfdorf/OA Welzheim und Johannes Rehm (1826–1900), Stadtpfleger und Verwaltungsaktuar in Pfullingen/OA Reutlingen.

[562] Vgl. oben, S. 31: Die Wahl in Riedlingen (Sieg der Gd) musste zweimal wiederholt werden und wurde schließlich von Johann Philipp Gustav Wolbach [(1826–1890), „Germania" Tübingen Jg. 1843, Rechtskonsulent in Ulm, ab 9. Juli 1868 in Stuttgart; Landtagsabgeordneter für Ulm/Amt 1864–68, für Riedlingen 1870; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 1032] (VP) gewonnen.

[563] SVZ Nr. 158, 10. Juli 1868 „Die preußenfeindliche Tendenz der württembergischen Regierung", der Artikel richtet sich gegen Staatsanzeiger Nr. 160 mit der Wahlempfehlung der Regierung; HStAS E 14, Bü 537 Anbringen des Gesamtministeriums betr. das Ergebnis der Landtagswahlen, Stuttgart, 14. Juli 1868, unterstützt worden seien: Lupberger, Bayrhammer, Dentler, Maier, Fricker und Mohl.

[564] Brandt, Parlamentarismus, S. 172.

[565] Siehe oben, S. 100f.

[566] Zudem wurde Moriz Mohl in Aalen auch von den Regierungsorganen unterstützt, siehe oben, S. 68.

Mandate erringen konnten, wenn sie es mit nur einem Gegenkandidaten zu tun hatten. Sobald aber ein weiterer Kandidat hinzutrat, änderte sich die Frontrichtung und die Wahl lief am ministeriellen Bewerber weitgehend vorbei: so in Tuttlingen und Geislingen, wo durchaus bekannte ministerielle Kandidaten mit nur 4,9% und 2,8% der verfügbaren Stimmen endeten[567].

Für die 24 protestantischen Wahlkreise mit ministeriellen Bewerbern gilt diese Regel ebenfalls, wenn auch mit Modifikationen. In einzelnen Fällen konnten sich hier nämlich Ministerielle gegenüber der Konkurrenz von Volkspartei und Großdeutschen behaupten, wenn sie von der Deutschen Partei unterstützt wurden; in Stuttgart/Stadt und Schorndorf vermochten sich Regierungskandidaten sogar gegen Deutsche Partei und Volkspartei/Großdeutsche durchzusetzen[568]. Zum andern fielen die Niederlagen der ministeriellen Kandidaten, wenn sie zwischen Deutsche Partei und Volkspartei gerieten, meist nicht gar so deftig aus wie in den paritätischen Wahlkreisen. Die besten Siegeschancen für Regierungskandidaten bestanden, wenn es gelang, einen Opponenten in direkter Auseinandersetzung zu stellen und so dem Wähler eine klare Alternative vorzugeben – von den 12 Mandaten gewannen die Ministeriellen sieben gegen die Volkspartei und je eins gegen Großdeutsche und Deutsche Partei.

Wenn sich die Oberamtmänner verschiedentlich bemühten, die konkurrierenden konservativeren Richtungen zu einer gemeinsamen Kandidatur gegen die Volkspartei zu vereinen[569], so verfolgten sie damit an sich ein Erfolg versprechendes taktisches Konzept. Dessen Realisierungsmöglichkeit hing aber ganz wesentlich von der Politik der Regierung ab, die in den meisten Fragen auf Bewahrung angelegt war. Die Anzahl möglicher Bündnispartner musste daher gering bleiben. Wenn man aber taktische Bündnisse mit Bewerbern der Deutschen Partei, dem erklärten Gegner aus der Zollparlamentswahl, einging, stand die Glaubwürdigkeit der Regierung auf dem Spiel. Der geringe politische Bewegungsspielraum der ministeriellen Kandidaten beeinträchtigte ihre Wahlchancen, ein Problem, das durch noch so sorgfältige Kandidatenauswahl, geschlossenes Verhalten der Beamten im Wahlkampf oder eine erfolgreichere Pressepolitik[570] nicht zu beseitigen war.

b) Die Stimmenanteile der Parteien und die Sozialstruktur

Für die Landtagswahlen von 1868 und 1870 hat Gerlinde *Runge* bisher als Einzige ernsthaft versucht, die Zusammenhänge zwischen Wählerverhalten und sozio-öko-

---

[567] Es waren dies: Johann Konrad Schall (geb. 1817), Postrat in Stuttgart, früher Oberamtsaktuar in Tuttlingen (HStAS 14, Bü 184 Bericht des Innenministers an den König, 28. April 1841) und Jakob Friedrich Zeh (1807–1875), Oberamtspfleger in Geislingen; Mitbegründer der Oberamtssparkasse, Unternehmer beim Eisenbahnbau, später Ehrenbürger der Stadt Geislingen (Bauer, Geislingen, passim).

[568] Etwas anders: Brandt, Parlamentarismus, S. 165.

[569] So etwa in Heilbronn/Amt, siehe unten, S. 204f.

[570] Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 119.

nomischer Struktur der Wahlkreise aufzuhellen[571]. In Bezug auf die sechs württembergischen Städte über 10000 Einwohner[572] und die am stärksten industrialisierten Oberämter[573] stellt sie hinsichtlich der gewonnenen Mandate einen Gleichstand zwischen Deutscher Partei und Volkspartei fest; anteilmäßig sei die Deutsche Partei in diesen Wahlkreisen jedoch überrepräsentiert gewesen; die DP habe ihre Hauptstützpunkte in städtischen und gewerbetreibenden Bezirken gehabt. In acht Wahlkreisen hätten sich Deutsche Partei und Volkspartei direkt gegenübergestanden; das Wahlergebnis in diesen acht Wahlkreisen deute darauf hin, *dass die Entscheidung des Wählers für die eine oder andere Partei nicht primär von seiner Zugehörigkeit zu einer der Wirtschaftsgruppen bestimmt war*[574]. Denn unter diesen Wahlkreisen seien fünf halbgewerbliche und drei ländliche gewesen, von denen die VP sechs (75%) gewonnen habe, was ihrem Anteil an sämtlichen gewerblich-agrarischen Wahlkreisen entsprochen habe[575].

An dieser Beweisführung werden einige grundsätzliche Probleme greifbar, zunächst: Die Wahlberechtigten eines zum Beispiel als „agrarisch" eingestuften Wahlkreises gehören keineswegs einer homogenen Gruppe von Landwirten an, sondern sie differenzieren sich in selbstständige und unselbstständige Landwirte, Handwerker, Beamte usw. Von der Zuordnung der Wahlkreise zu bestimmten Wirtschaftsgruppen lässt sich daher nicht ohne weiteres auf die Wählerstruktur in diesen Wahlkreisen, oder gar auf „den Wähler" schließen. *Runge* erkennt aber durchaus die Notwendigkeit, die sozio-ökonomische Lage der Wahlberechtigten möglichst genau zu erfassen.

Bei der Interpretation der Wahlergebnisse sollte man ferner die Höhe der Wahlbeteiligung und der Stimmenanteile der Parteien berücksichtigen. In den sechs Städten mit mehr als 10000 Einwohnern betrug beispielsweise die Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang nur 55,9%[576] und lag deutlich unter dem Landesdurchschnitt. In Reutlingen und dem Stadtbereich Esslingens machten nur 45,5% bzw. 46,3% der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch, so dass Ergänzungswahlen notwendig wurden, deren Ergebnisse nicht mehr mit den normalen Resultaten vergleichbar sind. Von den elf Kandidaten, die sich in diesen sechs Städten um das Mandat bewarben, konnte zudem nicht einer mehr als die Hälfte der verfügbaren Stimmen erringen. Selbst wenn also die sozio-ökonomische Struktur der Wählerschaft genau bekannt wäre, ließe sich aus den Stimmenanteilen allein noch nicht ableiten, welche soziale Gruppe für welchen Kandidaten votierte.

---

[571] Runge, Volkspartei, S. 150ff.; vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 171ff.

[572] Stuttgart, Ludwigsburg, Ulm, Reutlingen, Heilbronn, Esslingen.

[573] Heidenheim, Esslingen, Göppingen, Geislingen, Aalen; Runge, Volkspartei, S. 151, Anm. 153: Datenbasis ist das Jahr 1861.

[574] Ebd., S. 151.

[575] Insgesamt habe die VP 16 agrarische Wahlkreise, elf in gewerblich-agrarischer Mischlage und einen gewerbereich-städtischen Wahlkreis gewonnen.

[576] Ohne Ludwigsburg, wo 73% abstimmten, liegt der Durchschnittswert bei 52,6%.

Die Ergebnisse der acht Wahlkreise, in denen sich Deutsche Partei und Volkspartei gegenüberstanden, lassen sich ferner nicht ohne weiteres miteinander vergleichen. Zu diesen rechnet *Runge* auch die Stadt Tübingen, wo Sigmund Schott überlegen gewann. Schott selbst distanzierte sich aber seit 1866 von der Volkspartei[577], so sollte der Wahlkreis nicht der Volkspartei zugeschlagen werden. Von den verbleibenden sieben Wahlkreisen kam es nur in Hall und Reutlingen Stadt zu einer direkten Auseinandersetzung zwischen den beiden liberalen Parteien[578], in den übrigen fünf zogen weitere Kandidaten Stimmen auf sich, so dass in Göppingen, Marbach und Gaildorf Stichwahlen stattfinden mussten, deren Ergebnisse dann ganz wesentlich durch Absprachen zwischen den beteiligten Parteien bestimmt wurden. Vergleichbar, weil unter gleichen Bedingungen zustande gekommen, sind Stichwahlen, Ergänzungswahlen und „normale" Wahlen nur in Bezug auf die Ergebnisse des ersten Wahlgangs. Für die fraglichen sieben (acht) Wahlkreise ergibt sich dann folgendes Bild:

Übersicht 2:
Ergebnisse des 1. Wahlgangs in Wahlkreisen mit DP-VP-Konfrontation

Wahlkreis		DP	Min	Gd	VP
[*Tübingen/Stadt*		*28,49*	/	*50,81*	/]
Göppingen	St	21,55	11,89	/	28,95
Hall		27,35	/	/	41,13
Heidenheim		22,87	/	/	36,31/2,1
Reutlingen/Stadt	Erg	ca. 9	/	/	ca. 36
Gaildorf	St	21,17	[21,17]	7,81	15,16/13,27
Marbach	St	13,8	[13,8]	14,02/13,1	26,94
Öhringen		30,89	9,85	/	16,4

Was die drei agrarischen Wahlkreise betrifft, so liegen die Verhältnisse für Marbach (deutliche „linke" Mehrheit) und Öhringen (überzeugender Sieg der DP) klar; dem Stimmenvorteil der DP in Gaildorf steht gegenüber, dass sich seitens der VP zwei Bewerber gleicher Richtung, darüber hinaus noch ein demokratischer Großdeutscher, um die Wähler bemühten, die sich in der Stichwahl wahrscheinlich vereinigen würden. Die drei agrarischen Wahlkreise wären also den beiden Parteien je zur Hälfte zuzurechnen. In allen vier halbgewerblichen Wahlkreisen erreichte die Volkspartei jeweils deutlich höhere Stimmenanteile als die Deutsche Partei; die VP wäre also, anders als *Runge* schreibt, in diesen Wahlkreisen eher überrepräsentiert. Zudem liegen die Stimmenanteile der Parteien nicht zu hoch, um die Möglichkeit auszuschließen,

[577] Brandt, Parlamentarismus, S. 155, Anm. 92; S. 165; Runge, Volkspartei, S. 148, Anm. 143.
[578] In Reutlingen unterstützte nur ein Teil der Deutschen Partei den Kandidaten, vgl. oben, S. 26f.

dass die Kandidaten überwiegend von bestimmten sozialen Gruppen gewählt worden seien.

Auch *Runges* These vom Gleichstand der DP und VP in den am stärksten industrialisierten Gebieten bedarf der Differenzierung. In acht von den zehn Wahlkreisen bewarben sich eigene Kandidaten der DP um das Mandat, die damit alle anderen Parteien übertraf. Im Durchschnitt vermochte die DP etwa ein Viertel der Wähler für sich zu mobilisieren[579], eine erstaunlich breite Basis. Nach dem ersten Wahlgang konnte die Deutsche Partei dennoch nur drei Mandate für sich verbuchen, nämlich die in den beiden Garnisonsstädten Ludwigsburg und Ulm sowie in Geislingen; ohne fremde Unterstützung bestand auch in Göppingen keine begründete Aussicht auf ein weiteres Mandat, denn Hölder lag um 7,4 Punkte hinter seinem Widersacher von der Volkspartei[580].

Übersicht 3:
Ergebnisse des 1. Wahlgangs; städtische und industrialisierte Wahlkreise

		Beteiligung	DP	Min	Gd	VP
Stuttgart/Stadt		57,81	12,17	36,05	9,42	/
Reutlingen/Stadt	Erg	45,51	ca. 9	/	/	ca. 36
Ulm/Stadt		59,49	31,57	/	27,76	/
Heilbronn/Stadt		53,44	/	/	49,66	/
Ludwigsburg/Stadt		73,00	45,99	26,43	/	/
Stadt Esslingen	Erg	46,29	/	/	/	46,29
Heidenheim		63,03	22,87	/	/	36,31/2,1
Göppingen	St	62,59	21,55	11,89	/	28,95
Geislingen		72,44	38,44	2,84	31,06	/
Aalen		63,73	8,91	/	54,45	/

Bei der geringen Zahl von Wahlkreisen, die hier betrachtet wird, fallen die Kontexteffekte, die speziellen Umstände einer Wahl, zudem besonders stark ins Gewicht. Robert Römer hatte beispielsweise seinen Sieg im Wahlkreis Geislingen möglicherweise dem glücklichen Umstand zu verdanken, dass während der Sommermonate 600–700 katholische Gipser des Bezirks abwesend waren; sie hätten ausreichen können, die 436 Stimmen Rückstand wettzumachen, die der katholisch-großdeutsche Kandidat Bucher gegenüber Römer hatte[581]. Die Wahlsiege Hölders und Römers „wider-

[579] Die DP in Esslingen hatte auf einen Kandidaten verzichtet und ihren Anhängern Stimmenthaltung empfohlen, siehe unten, S. 166; die Reutlinger DP war wegen des Kandidaten gespalten und übte ebenfalls teilweise Stimmenthaltung, siehe oben: S. 26f. und unten, S. 173ff.

[580] Runge, Volkspartei, S. 150, Anm. 151; sie zieht aber daraus nicht die Konsequenz.

[581] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 201–202 Bericht des Oberamts betr. die letzte Abgeordne-

sprechen" also möglicherweise zu einem Teil der sozialen Struktur der Wahlberechtigten.

Die Kandidaten der Volkspartei errangen viermal die Stimmenmehrheit (drei Mandate) mit durchschnittlich ca. 37% der verfügbaren Stimmen; es traten aber überhaupt nur vier Bewerber an. Gerade in der Mehrheit der städtischen Wahlkreise scheint die Position der VP schwächer gewesen zu sein, als die Endergebnisse in Reutlingen und Esslingen – nach Ergänzungswahlen – suggerieren[582]. In Ludwigsburg fand sich weder ein eigener Bewerber noch überhaupt ein Kandidat, den man hätte fördern können; in Stuttgart und Heilbronn[583] wirkte die Volkspartei für die großdeutsch-demokratischen Bewerber; in Ulm schließlich sahen sich die Demokraten – gegen den Rat des „Beobachters" – genötigt, einen konservativen großdeutschen Katholiken zu unterstützen[584]. Insgesamt scheint also die Deutsche Partei in diesen Wahlkreisen mehr und breiteren Boden erobert zu haben als die Volkspartei.

Zu einer Antwort auf die Frage, welche Wählergruppen welchen Kandidaten gewählt haben, können solche Überlegungen insgesamt allerdings nur wenig beitragen, da die gewählten Klassifikationsmerkmale nicht die Struktur der Wahlberechtigten beschreiben. Bessere Dienste leisten zwei amtliche Erhebungen aus den Jahren 1871 und 1873.

Mit der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 wurden auch die Hauptberufs- und Erwerbsklassen der Bevölkerung erhoben, wobei in jedem Haupterwerbszweig, nach Geschlechtern getrennt, die Selbstständigen und die Gehilfen, Dienenden und sonstigen Angehörigen aufgeführt sind[585]. Die Erhebung ist freilich nur eingeschränkt verwendbar, da die Werte für die „guten" Städte nicht von denen ihrer Oberämter getrennt wurden. Eine nachträgliche Aufteilung auf Grund späterer Erhebungen[586] lässt sich lediglich für die Gruppe der selbstständigen Landwirte mit hinreichender Verlässlichkeit vornehmen.

---

tenwahl, Geislingen, 5. August 1868. Der Oberamtmann bezieht sich vermutlich auf die ortsangehörige Bevölkerung, wenn er schreibt, das Amt habe nach der letzten Volkszählung eine leichte katholische Mehrheit gehabt; nach der Zählung vom 3. Dezember 1867 belief sich die ortsanwesende männliche Bevölkerung auf 6979 Protestanten und 6547 Katholiken.

582 Runge, Volkspartei, S. 150 spricht von einem großen Vorsprung der VP in Esslingen.

583 Vgl. Staatsanzeiger Nr. 157, 4. Juli 1868, S. 1633 zu dem Versuch der Volkspartei, in Stuttgart einen Kandidaten zu gewinnen; zu Reibel in Heilbronn/Stadt: Staatsanzeiger Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1537: Bei Reibels *gemäßigter Haltung* (werden) *die verschiedenen Richtungen leicht sich einigen können.* Reibel war danach auch für Konservative wählbar.

584 Runge, Volkspartei, S. 123; siehe unten, S. 142.

585 Kull, Die Bevölkerung Württembergs vom 1. Dezember 1871, S. 1–5, 39ff. zu den Klassifizierungskriterien und der Interpretation der Ergebnisse. Die Urschriften der Erhebung waren leider nicht mehr auffindbar. *Schultes* Kritik an dieser Erhebung (Schulte, Struktur) wird durch *Loreths* Studie (Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft, S. 34) nicht bestätigt.

586 Württ. Jbb 1896/98, Ergänzungsband II (1998).

Zwei Jahre später wurden in einer weiteren Erhebung die Struktur und die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe ermittelt[587]. Es zeigte sich, dass die Landwirtschaft mit 54% aller Beschäftigten immer noch der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes war. Unter den Wahlberechtigten muss der Anteil der Landwirte noch erheblich höher gelegen haben, denn im Jahre 1873 standen den 313 519 landwirtschaftlichen Betrieben etwa 350 000 wahlberechtigte Württemberger gegenüber (80–90%).

Für die Zwecke einer Wahlanalyse sind die genannten amtlichen Erhebungen besonders wertvoll, weil sie für alle Wahlkreise Angaben über die Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie deren unterschiedliche Betriebsgrößen machen. Da die Landwirte als Grundsteuerpflichtige von Amts wegen in die Wählerverzeichnisse aufzunehmen waren, sofern sie das Alterskriterium etc. erfüllten, gibt ihr Anteil an den Wahlberechtigten wahrscheinlich ein angemesseneres Abbild der Wählerschaft wieder als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung, der durch weitere Einflüsse wie den unterschiedlich starken Frauenüberschuss oder Binnenwanderung auf Grund des Eisenbahnbaus verzerrt wird[588]. Lässt sich so zwar – in Ansätzen – eine Sozialstatistik der Wahlberechtigten erstellen, so fehlen andererseits die wichtigsten Voraussetzungen für die Beschreibung der Zusammenhänge durch Korrelations- oder Regressionskoeffizienten: Es boten sich nämlich den Wählern in den 70 Wahlkreisen nur in Ausnahmefällen vergleichbare politische Alternativen[589].

Häufigkeitsverteilungen, wie sie also im Folgenden untersucht werden, können gewiss nur ein grobes Bild liefern; sie lassen aber Raum für die Gewichtung der Kontexteinflüsse, die sich beispielsweise in den Stimmenanteilen der Kandidaten nicht immer sichtbar niederschlagen. Unterteilt man die 70 Wahlkreise zunächst nach ihrem Anteil selbstständiger Landwirte an den Wahlberechtigten in vier annähernd gleichgroße Gruppen, so sollten sich die Kandidaturen und die von den Parteien gewonnenen Mandate in etwa gleichmäßig über die Quartile verteilen, sofern kein Zusammenhang zwischen den Variablen besteht; auffällige Häufungen können dagegen auf einen Zusammenhang hindeuten.

In Abhängigkeit von dem Anteil der selbstständigen Landwirte zeigt sich für die Deutsche Partei durchaus eine auffällige Verteilung der Mandate. Im 1. Quartil, das die Wahlkreise mit dem geringsten Anteil selbstständiger Landwirte umfasst, eroberte die DP zwei ihrer vier Mandate in den beiden Garnisonsstädten Ludwigsburg und Ulm[590]. Außer Freudenstadt, das zum Anerbengebiet gehörte, kam mit Robert Rö-

[587] Ergebnisse der Grundbesitzaufnahme vom 10. Januar 1873, in: Württ. Jbb. 1881/I (1881), S. 1–238; vgl. Anm. 447, S. 82.

[588] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 1a: Dort sind für 1895 die Korrelationskoeffizienten nebeneinander gestellt, die sich bei den unterschiedlichen Bezugsgrundlagen errechnen.

[589] Siehe oben, S. 18–20, Übersicht 1.

[590] Zur Bedeutung des Militärs: Nach Heinen-Tenrich, Ludwigsburg, Anhang, Tabelle 2 waren 1867 in Ludwigsburg 3542 Soldaten stationiert; von ihnen waren 10–13% älter als 25 Jahre und somit in der Garnison wahlberechtigt [vgl. Württ. Jbb. 1887/II (1889) S. 19, wo für 1885 die Altersstruktur der Militärpersonen aufgeschlüsselt ist], bei 1922 Wahlberechtigten im Jahre 1868 ein Anteil von ca. 18%. In Ulm *stimmten zumindesten 371 Angehörige des Militärs für Pfeiffer*

Tabelle 10: Häufigkeit der Kandidaturen und Mandatsgewinne; Anzahl der selbstständigen Landwirte (1. Quartil)

	1. Quartil: 3,57–24,77 selbstständige Landwirte je 100 Wahlberechtigte										
	insg.	DP		Min		Gd kons		Gd dem		VP	
		Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat
alle	17	8	4	8	2	4	3	6	3	6	5
%			23,5		11,8		17,6		17,6		29,4
prot.	11	7	3	5	2	1	/	3	2	4	4
%			27,3		18,2				18,2		36,4
Stadt	5	4	2	1	1	1	/	2	1	1	1
%			40		20				20		20
Land	6	3	1	4	1	/	/	1	1	3	3
%			16,7		16,7				16,7		50
pari.	4	1	1	3	/	1	1	2	1	2	1
%			25				25		25		25
kath.	2	/	/	/	/	2	2	1	/	/	/
%							100				

mers glücklichem Sieg in Geislingen zu den beiden Städten noch ein weiterer industrialisierter Wahlkreis hinzu, in dem jedoch vor allem der konfessionelle Gesichtspunkt den Wahlkampf geprägt hatte. So lassen sich diese vier Wahlkreise grob durch die Merkmale „städtisch, gewerblich, protestantisch" charakterisieren.

Im 2. und 3. Quartil steigt der Anteil der selbstständigen Landwirte bis auf 42% an, während der Anteil der Mandate für die DP wie auch ihr durchschnittlicher Stimmenanteil pro Bewerber kontinuierlich absinkt[591]. Alle drei Wahlsieger im 2. Quartil weichen von den „typischen" Kennzeichen des 1. Quartils ab: Hölder, indem er die Stichwahl in Göppingen nicht aus eigener Kraft, sondern nur mit Hilfe der Regierung gewinnen konnte; Schmid, indem er als Katholik das katholische Ehingen für die DP eroberte, und Otto Elben[592], der nach der Einschätzung des Innenministers in Böblingen *nicht als Preuße, sondern als entschiedener Kämpfer für die Böblinger Eisen-*

(HStAS, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 5 Schreiben des Innenministers an den Kabinettschef, Stuttgart 12. Juli 1868) – Pfeiffer siegte mit 203 Stimmen Vorsprung vor dem konservativen Großdeutschen Adam; siehe unten: S. 143ff.; vgl. auch BRANDT, Parlamentarismus, S. 171.

[591] Ohne die Zähl- und Demonstrationskandidaten sowie ohne die Ergebnisse der Ergänzungswahlen. – 28,33% – 26,06% – 19,55%.

[592] Otto Elben (1823–1899), Walhalla Tübingen Jg. 1844, Dr. jur., Redakteur in Stuttgart, Gründer und Präsident des Schwäbischen Sängerbundes; Landtagsabgeordneter für Böblingen 1868–1882, Reichstagsabgeordneter für Böblingen, Leonberg etc. 1871–1877; ADB 48, S. 329–338, NDB 4, S. 434f.; Schwäbische Lbb. III, S. 124–155; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 170ff.

Tabelle 11: Häufigkeit der Kandidaturen und Mandatsgewinne; Anzahl der selbstständigen Landwirte (2. Quartil)

	2. Quartil: 24,83–31,21 selbstständige Landwirte je 100 Wahlberechtigte										
	insg.	DP		Min		Gd kons		Gd dem		VP	
		Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat
alle	18	8	2, St	8	3	2	/	7	4, St	10	7
%			16,7		16,7				27,8		38,9
prot.	8	5	1, St	4	3	1	/	3	2	4	1
%			25		37,5				25		12,5
Stadt	1	1	/	/	/	/	/	1	1	/	/
%									100		
Land	7	4	1, St	4	3	1	/	2	1	4	1
%			28,6		42,9				14,3		14,3
pari.	1	/	/	1	/	/	/	/	/	1	1
%											100
kath.	9	3	1	3	/	1	/	4	2, St	5	5
%			11,1						33,3		55,6
St = Stichwahl											

Tabelle 12: Häufigkeit der Kandidaturen und Mandatsgewinne; Anzahl der selbstständigen Landwirte (3. Quartil)

	3. Quartil: 31,43–42,00 selbständige Landwirte je 100 Wahlberechtigte										
	insg.	DP		Min		Gd kons		Gd dem		VP	
		Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat
alle	18	8	1	10	3	3	2	3	1	14	9, 2 St
%			5,6		16,7		11,1		5,6		61,1
prot.	12	7	1	7	2	1	/	1	1	10	7, St
%			8,3		16,7				8,3		66,7
Stadt	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
%											
Land	12	7	1	7	2	/	/	1	1	10	7, St
%			8,3		16,7				8,3		66,7
pari.	2	/	/	2	1	1	/	1	/	1	1
%					50						50
kath.	4	1	/	1	/	2	2	1	/	3	1, St
%							50				50
St = Stichwahl											

bahn gewählt wurde[593], Schmid und Elben übrigens ohne eigentliche Gegenkandidaten.

Auf nur einen Mandatsgewinn im 3. Quartil (Kirchheim), zu dem die Volkspartei ganz maßgeblich beigetragen hatte[594], folgen vier überzeugende Wahlsiege im 4. Quartil: in Cannstatt ohne offiziellen Gegenkandidaten und vom Oberamtmann maßgeblich gefördert; in Öhringen, Leonberg und Heilbronn/Amt durch aktive Landwirte, die durch die etwa 50% Landwirte unter den Wahlberechtigten wahrscheinlich eher gewählt wurden als von den Gewerbetreibenden[595]. Neben den protestantisch-städtisch-gewerblichen Wahlkreisen verfügte die Deutsche Partei also noch über eine zweites Standbein in protestantisch-agrarischen Gebieten.

Tabelle 13: Häufigkeit der Kandidaturen und Mandatsgewinne; Anzahl der selbstständigen Landwirte (4. Quartil)

	4. Quartil: 44,07–60,11 selbstständige Landwirte je 100 Wahlberechtigte										
	insg.	DP		Min		Gd kons		Gd dem		VP	
		Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat	Kand	Mandat
alle	17	8	3, St	11	4	3	2	2	/	13	6, St
%			23,5		23,5		11,8				41,2
prot.	12	8	3, St	8	2	1	/	2	/	10	5, St
%			33,3		16,7						50
Stadt	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
%											
Land	6	8	3, St	8	2	1	/	2	/	10	5, St
%			33,3		16,7						50
pari.	4	/	/	3	2	/	/	/	/	3	1
%					66,7						33,3
kath.	2	/	/	/	/	2	2	/	/	/	/
%							100				
St = Stichwahl											

[593] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Schreiben des Innenministers an den Kabinettschef 2./3. Juli 1868; ähnlich: HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 30 Bericht des Oberamts betr. die Landtagswahlen, Böblingen, 16. Juli 1868; ELBEN, Lebenserinnerungen, S. 149f. berichtet dagegen, Schott habe die Kandidatur abgelehnt, *weil er sich mit den nationalgesinnten Wählern nicht mehr einig wußte;* als einflussreiche Nationalliberale aus dem Amt nennt er: Stadtschultheiß Fink von Böblingen, Stadtschultheiß Frank von Sindelfingen, der im Februar 1870 Geschäftsführer des DP-Vereins war, Oberamtspfleger Chr. H. Hartranft (1806–1889), der ab 1874 im Landeskomitee der DP vertreten war; dazu die Böblinger Fabrikanten Ernst Bonz und August Kissel, der zu den Mitbegründern der DP gehörte; Staatsanzeiger Nr. 172, 22. Juli 1868, S. 1786 „Nach den Wahlen I".

[594] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 88, der gewählte Abgeordnete, Christian Mayer [(1820–1901); Kaufmann in Kirchheim; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 553] teilte Hölder am 15. Ok-

Es bedurfte aber auch geeigneter Kandidaten, die glaubhaft machen konnten, dass sie die Interessen der Wähler besser vertreten würden als die Konkurrenten. Unter den drei gescheiterten Bewerbern der DP in diesem Quartil, die zwischen 10,1 und 13,8% der verfügbaren Stimmen erhielten, befand sich nur ein Landwirt, dessen 10,14% gegen Franz Hopf in Vaihingen durchaus als Achtungserfolg einzuschätzen sind. Die Kandidaturen des Burgstaller Fabrikanten Eugen Müller in Marbach[596] oder von Staatsrat Duvernoy in Schorndorf[597] fanden in diesen überwiegend agrarisch geprägten Wahlkreisen unter dem neuen Wahlrecht nur wenig Resonanz[598].

Die Anzahl der ministeriellen Mandate nimmt hingegen mit dem steigenden Anteil selbstständiger Landwirte leicht zu[599]. Diese Tendenz tritt etwas deutlicher hervor, wenn man berücksichtigt, dass Stuttgart/Stadt zu den beiden Wahlkreisen des 1. Quartils gehörte, in denen ein Ministerieller siegte; in Tübingen/Amt (Quartil 2) war Professor Schäffle, der eigentliche Favorit aus dem großdeutschen Lager, von der

---

tober 1868 mit, er wolle nicht an der Spitze des DP-Ortsvereins stehen. Er verstehe sich als Vertreter des gesamten Bezirks, er sei nicht nur von der DP, sondern auch ganz maßgeblich von Mitgliedern der Volkspartei unterstützt und gewählt worden; ihnen habe er seinen Sieg zu verdanken; vgl. auch Schw. Kronik Nr. 167, 15. Juli 1868, S. 1985, die Frontstellung gegen den ministeriellen Bewerber ermöglichte offenbar den Demokraten die Unterstützung. Ähnlich auch schon: Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Der Ausfall der Wahlen".

595 Zu Heilbronn/Amt: siehe unten S. 204ff.; zu Leonberg: siehe unten S. 218ff., 231.

596 Zu Marbach: siehe unten S. 176ff.

597 Gustav Duvernoy (1802–1890), Dr. jur.; Staatsrat, Stadtrat Stuttgart; Landtagsabgeordneter für Öhringen 1833/I–1848; für Schorndorf 1851–1868; Brandt, Parlamentarismus, S. 194; ADB 48, S. 217–219; Raberg, BiographischesHandbuch, S. 151ff.; wenn auch die Volkspartei ihn unterstützte, so war dies wohl weniger ein taktischer Zug (Brandt, Parlamentarismus, S. 165), als vielmehr Kandidatenmangel, nachdem der vom Landeskomitee vorgeschlagene Gmünder Fabrikant Eduard Forster (siehe oben, S. 21, Anm. 24) im Volksverein keinen Anklang gefunden hatte (E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 438 Bericht des Oberamts betr. angebliche Umtriebe, Schorndorf, 4. August 1868). Während die Schw. Kronik (Nr. 155, 1. Juli 1868, S. 1845) vom Zusammengehen der beiden Parteien in Schorndorf berichtet (gemeinsame Basis: um die Wahl eines Beamten zu verhindern), schweigt der „Beobachter" im Wahlkampf dazu und schreibt dann nach der Wahl (Nr. 160, 11. Juli 1868), ein großer Teil der Volkspartei habe gar nicht agitiert, das vereinigte Wahlkomitee von Volks- und preußischer Partei habe das Verhängnis nicht aufhalten können, denn eine Missehe werde immer wenig bewirken.

598 In Marbach und Vaihingen arbeitete die DP eng mit den Ministeriellen zusammen; Eugen Ritter [(1828–1895), Gerichtsnotar in Aalen, später in Stuttgart] in Waiblingen wurde auch von der DP unterstützt; in Weinsberg sorgte die vorübergehende Kandidatur des Postmeisters von Löwenstein, J. Stücklen, Hölders Verbindungsmann im Bezirk, für Verwirrung: Er verzichtete zwei Tage vor der Wahl (er erhielt 34 Stimmen), am Wahltag erschien eine Wahlempfehlung mit seinem Namen für den Kandidaten der VP (HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 518–521 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Weinsberg 14. Juli 1868; Bl. 242 Bericht des Oberamts betr. angebliche Wahlumtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Heilbronn 3. August 1868); in Besigheim stimmten die Getreuen Hölders (4,21%) für ihn; in Ludwigsburg/Amt trat der von der DP geförderte Bewerber Dr. Gußmann, der Hausarzt Varnbülers, kurz vor der Wahl zu Gunsten des ministeriellen Kandidaten zurück (Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 346, 269); SVZ Nr. 147, 27. Juni 1868, S. 622: *Soviel wir hören, bekennt sich dieser Herr durchaus zum Programm der deutschen Partei.*

599 2 – 3 – 3 – 4 Mandate; 23,94% – 25,73% – 21,82% – 28,05%.

Kandidatur zurückgetreten und hatte dem Regierungskandidaten, der bereits resigniert hatte, das Feld fast kampflos überlassen[600]. Es waren jedoch die ministeriellen Erfolge in den paritätischen Wahlkreise mit einem hohen Anteil an selbstständigen Landwirten, die die Tendenz ausmachen[601]. Hier siegten die Regierungskandidaten mal mit der protestantischen Bevölkerungsmehrheit (Neckarsulm), mal mit der katholischen Mehrheit (Mergentheim), mal gegen sie (Rottenburg): Den Konfessionen standen die ministeriellen Bewerber anscheinend neutral gegenüber.

Auffällig ist, dass sich im 4. Quartil die ministeriellen Kandidaturen häufen. In zwei Dritteln der Wahlkreise stellten sie eigene Kandidaten und drei weitere gemeinsam mit der DP, ferner förderten sie zwei konservative Katholiken: Die Ministeriellen sahen in diesem Bereich, wo 44–60% der Wahlberechtigten selbstständige Landwirte waren, ihren Schwerpunkt. Mit durchschnittlich 28,05% pro Bewerber erreichten die Ministeriellen hier auch ihr bestes Ergebnis und lagen deutlich vor der DP, die gleichfalls auf vier Mandate kam.

Bei den Großdeutschen beider Richtungen nimmt die Anzahl der gewonnenen Mandate mit dem steigenden Anteil selbstständiger Landwirte ab[602]. Die Konservativen unter diesen Bewerbern stellten dabei meist ein Element der Stabilität dar. Im 1. Quartil waren dies Moriz Mohl, der einzige Protestant in dieser Gruppe, der den Wahlkreis Aalen von 1849 bis 1887 ununterbrochen im Landtag vertrat, und Leonhard Bayrhammer[603], der Abgeordnete für Ellwangen/Stadt von 1862 bis 1881; im 3. und 4. Quartil Konrad Lupberger, Abgeordneter für Ravensburg 1851–1870, Xaver Dentler[604], Abgeordneter für Wangen 1858–1894, und Alois Maier, Abgeordneter für Tettnang 1863–1876: Sie wurden – ohne ernsthafte Konkurrenten – meist mit sicheren Mehrheiten wieder gewählt. Wenn diese Männer von ministerieller Seite und gleichermaßen seitens der Volkspartei unterstützt wurden, so spiegelt sich auch darin die Stärke ihrer Position.

In Gmünd (1. Quartil) kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der konservativen und der liberalen Richtung innerhalb des großdeutschen Lagers, die zu Gunsten des Konservativen ausging[605]. Eine ernsthafte Herausforderung stellte nur die

---

[600] Siehe unten, S. 360f.

[601] In Quartil 1 und 2 gewannen die Ministeriellen kein Mandat (von fünf), in Quartil 3 und 4 dagegen drei (von fünf).

[602] 6 – 5 – 3 – 2.

[603] Johann Leonhard Bayrhammer (1822–1881), Rechtskonsulent und Stadtschultheiß in Ellwangen; Landtagsabgeordneter für Ellwangen/Stadt 1862–1881; Reichstagsabgeordneter für Aalen/Ellwangen etc. 1874–1876; Schw. Kronik (1881), S. 189; Staatsanzeiger Nr. 147, 23. Juni 1868, S. 1524 und Nr. 149, 25. Juni 1868, S. 1546; Runge, Volkspartei, S. 20; Brandt, Parlamentarismus, S. 173; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 39f.

[604] Xaver Dentler (1814–1905), Landwirt, Schultheiß und Acciser in Sommersried/Kißlegg; Landtagsabgeordneter für Wangen 1858–1894; vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 173; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 137.

[605] Streich wurde seine Zustimmung zu den „Preußenverträgen" als Abfall vom großdeutschen Standpunkt und mangelnde Charakterfestigkeit angelastet (z.B. Deutsches Volksblatt Nr. 143, 21. Juni 1868 „Gmünd, 18. Juni").

Kandidatur des Ellwanger Demokraten und Protestanten Friedrich Retter in Ellwangen/Amt gegen den großdeutsch-konservativen Katholiken Franz Joseph Zimmerle dar; doch auch in diesem Falle siegte zunächst der Konservative[606].

Demgegenüber konzentrierten sich die Mandate der Großdeutschen liberaler und demokratischer Ausrichtung fast ausschließlich (neun von zehn Mandate) in Wahlkreisen mit einem geringen Anteil selbstständiger Landwirte. Großdeutsche Demokraten siegten in zwei der sechs protestantischen Städte (33,3%), in zwei der 13 ländlichen Wahlkreise (15,4%), in einem von fünf paritätischen Wahlkreisen (20%) und drei von elf katholischen Oberämtern (27,3%) mit Stimmenanteilen, die im Durchschnitt höher als 30% lagen. Die Wahlsieger beider Richtungen entstammten sichtlich verschiedenen sozialen Milieus. Unter den sieben Konservativen fanden sich zwei Schultheißen und Landwirte, ein Stadtschultheiß, ein Oberamtsgeometer und ein Oberamtspfleger, dazu ein Jurist und ein ehemaliger Obersteuerrat; auf demokratischer Seite statt dessen ein Kaufmann, ein Fabrikant, ein Wirt, zwei Rechtskonsulenten, ein Professor und nur ein hoher Beamter und ein Landwirt.

Die Volkspartei eroberte in allen 4 Quartilen den jeweils größten Teil der Mandate, jedoch mit stark unterschiedlicher Gewichtung: Im 3. Quartil lag ihr Anteil doppelt so hoch wie im ersten; insgesamt gewann die VP 40% ihrer Mandate in den ersten beiden Quartilen, 60% in den beiden anderen, ihre Verteilung (5 – 7 – 11 – 7) deutet freilich nicht auf einen durchgehenden linearen Zusammenhang zwischen dem Anteil selbstständiger Landwirte und dem volksparteilichen Wahlerfolg. In den städtischen Wahlkreisen war die VP etwas unterrepräsentiert, denn sie war nur einmal mit einem Kandidaten vertreten, der dann auch siegte.

Die Streuung der Mandate wird durch die Konfessionsstruktur der Wahlkreise wiederum erheblich beeinflusst. Von den 19 Mandaten, die die VP in protestantischen Wahlkreisen gewann, entfielen fünf (26,3%) auf die ersten beiden Quartile, 14 (73,7%) dagegen auf Wahlkreise mit einem hohen Anteil an selbstständigen Landwirten[607].

Im 2. Quartil stammten fünf der insgesamt sieben Mandate, die die VP hier gewann, aus den neun katholischen Wahlkreisen, von denen im Übrigen nicht einer mit einer konservativen Mehrheit aus der Wahl hervorging. Wenn die Volkspartei in diesem Viertel der Wahlkreise bei den protestantischen Wählern auf wenig Resonanz stieß[608], bei den katholischen Wählern aber selbst für protestantische Kandidaten große Zustimmung fand, so lässt dies auf unterschiedliche Wahlmotive bei protestantischen und katholischen Wählern schließen.

Das gemeinsame Auftreten bestimmter Stimmenanteile/Mandatsgewinne mit bestimmten Ausprägungen der Variable „selbstständige Landwirte" muss nun aber nicht auf einen kausalen Zusammenhang zwischen den beiden Variablen hindeuten.

---

606 Die Wahl wurde annulliert; siehe unten, S. 134ff.

607 Bezogen auf die Anzahl der verfügbaren Wahlkreise sind das 26,3 bzw. 58,3%.

608 Sie gewann nur ein Mandat (Esslingen) von acht (12,5%); in Göppingen erreichte sie 28,95%, in Ulm/Amt 27,07%, in Reutlingen/Amt 26,7% und blieb damit ca. 10 Prozentpunkte unter ihrem Gesamtdurchschnitt in diesem Quartil.

Theoretisch könnten sich – wenigstens in den ersten beiden Quartilen – die Landwirte sogar der Stimmabgabe enthalten haben. Die Ergebnisse der Einzelanalysen liefern jedoch Indizien dafür, dass das Stimmverhalten der Landwirte den Wahlausgang tatsächlich erheblich beeinflusst hat[609]. Da schließlich die Korrelationen nicht verschwinden, sondern sich lediglich verändern, wenn ein dritter Faktor (hier die Konfession) hinzugenommen wird, handelt es sich anscheinend nicht um Scheinkorrelationen.

Die Grundbesitzaufnahme von 1873, die erste verwertbare württembergische Agrarstatistik[610], bietet nun auf anderer Datengrundlage[611] die Möglichkeit, das bisherige Ergebnis zu überprüfen und im Hinblick auf besondere Teilgruppen der agrarischen Bevölkerung zu differenzieren. Die Gruppe der Landwirte, die nach eigener Einschätzung selbstständig waren, schließt naturgemäß viele aus dem Grenzbereich zur unselbstständigen Existenz ein. Indem man ausschließlich die Betriebe mit mehr als 5 ha betrachtet[612], definiert man eine bäuerliche Mittel- und Oberschicht, die in den städtischen Wahlkreisen und im Realteilungsgebiet zahlenmäßig nur schwach vertreten war, im Anerbengebiet jedoch bis zu 49% der Wahlberechtigten ausmachte.

Die Anzahl der Wahlsiege volksparteilicher Bewerber steigt in den ersten 3 Quartilen mit dem zunehmenden Anteil der bäuerlichen Oberschicht an; im 4. Quartil geht sie wieder zurück [6 (35,3%) – 8 (44,4%) – 10 (55,6%) – 6 (35,3%)][613]. Ähnlich hatte sich auch die Mandatsverteilung im Hinblick auf den Anteil aller selbstständigen Landwirte dargestellt. Für die protestantischen Wahlkreise tritt diese Tendenz noch deutlicher hervor, indem die Volkspartei in den ersten drei Quartilen 37,5%, 50% und 62,5% der verfügbaren Mandate gewinnt, aus den drei protestantischen Wahlkreisen in Quartil 4 (Anerbengebiet) aber keines, wenn hier auch in der Auseinandersetzung mit ministeriellen Kandidaten hohe Stimmenanteile erzielt werden und im Oberamt Gerabronn, dem Wahlkreis Egelhaafs, in dem ohnehin traditionell „links" gewählt wurde.

Bewerber der Volkspartei fanden in den vier katholischen Wahlkreisen mit dem geringeren Anteil an Landwirten über 5 ha anscheinend bessere Wahlchancen als in solchen mit hohem Anteil: Dort gewannen sie von vier möglichen Mandaten drei, hier aber mit vier von elf Mandaten (36,4%) ebenso viele wie die konservativen Großdeutschen.

Für die Verteilung der Mandate der Deutschen Partei scheint der Anteil der Landwirte ohne bedeutenden Einfluss zu sein. In den ersten drei Quartilen erobert sie je-

---

609 Siehe z.B. unten, S. 218ff.

610 Borcherdt, Die Landwirtschaft in Baden und Württemberg, S. 74; vgl. auch Gräter, Güterzertrümmerung, S. 53ff.

611 Die weiblichen Grundbesitzer lassen sich hier nicht eliminieren.

612 Vgl. Borcherdt, Die Landwirtschaft in Baden und Württemberg, S. 111. Selbstverständlich wird diese Klassifizierung den wirklichen Verhältnissen (Bodenqualität, Klima, intensive/extensive Bewirtschaftung, Schulden, Stellung in der örtlichen sozialen Hierarchie etc.) nur unzureichend gerecht.

613 Die Anzahl der Kandidaturen entspricht diesem Trend: 6 – 13 – 15 – 10.

weils ein Viertel der protestantischen Wahlkreise. Nur im 4. Quartil kann sie unter den protestantischen Wahlkreisen weder Bewerber noch Sieger vorweisen, das einzige gewonnene Mandat ist dort das katholische Ehingen. Auch die Verteilung der Mandate der übrigen Parteien bietet keine neuen Gesichtspunkte.

Aus der Differenz zwischen der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und den selbstständigen Landwirten[614] errechnet sich die Gruppe der Nebenerwerbslandwirte, jene Untergruppe der Gewerbetreibenden[615] und Arbeiter, deren Landwirtschaft allein nicht mehr ausreichte, um eine Familie zu ernähren, denen aber der landwirtschaftliche Betrieb in Krisenzeiten eine Grundversorgung sicherte und sie gleichzeitig freilich auch in ihrer räumlichen Mobilität einschränkte[616]. Ihr Anteil lag in den meisten städtischen Wahlkreisen, Cannstatt eingeschlossen, niedrig; aber auch Wahlkreise des Anerbengebiets gehören in das 1. Quartil. Das andere Extrem bildeten die Wahlkreise des Realteilungsgebiets, in denen die Aufteilung der Grundstücke so weit fortgeschritten war, dass fast jeder Wahlberechtigte Eigentümer eines – kleinen – Grundstücks war.

Im 1. Quartil verteilen sich die Mandate recht gleichmäßig auf die Parteien; ein bemerkenswert hoher Anteil von 47% ergibt sich nur, wenn man die beiden großdeutschen Richtungen als Aktionseinheit zusammenfasst. Die Konfessionszugehörigkeit der Wähler begründet dann aber sehr eindeutige Parteipräferenzen: Die Deutsche Partei gewann ihre vier Mandate ausschließlich in protestantischen Wahlkreisen, davon zwei Städte; die konservativen Großdeutschen siegten ausnahmslos in fünf katholischen Wahlkreisen. Die Volkspartei, die im 1. Quartil drei Mandate gewann, war unter den protestantischen Wahlkreisen nur einmal siegreich (12,5%).

Im 2. Quartil, wo die Nebenerwerbslandwirte 46–57% der Wahlberechtigten ausmachten, dominierte die Volkspartei mit zehn Wahlsiegen, wenn sie sich auch in Gaildorf selbst Konkurrenz machte und somit erst in der Stichwahl das Mandat eroberte. Die Ministeriellen waren hier mit vier Mandaten ihre schärfsten Rivalen; aber auch die Stimmenanteile, die die Bewerber im Durchschnitt erreichten, sprachen für die Volkspartei (32,23% gegen 27,14%). Die Deutsche Partei fand in diesen Wahlkreisen fast keinen Boden: Ihre Stimmenanteile lagen durchschnittlich bei 18,4% (sieben Wahlkreise); ihr einziger Mandatsgewinn gelang in dem katholischen Ehingen.

Im 3. Quartil ordnen sich die Wahlkreise den beiden Polen DP und VP zu, nur drei von 18 Wahlkreisen fielen an die Ministeriellen und großdeutschen Demokraten; die

---

[614] Bei der Gesamtzahl der Betriebe sind die weiblichen Grundeigentümer nicht gesondert aufgeführt, daher wurden auch bei den selbstständigen Landwirten nun die weiblichen Eigentümer berücksichtigt. Die errechneten Anteile an den Wahlberechtigten sind daher deutlich überhöht, aber immer noch genauer, als wenn man den Anteil an der ortsanwesenden Bevölkerung vom 3. Januar 1867 errechnet.

[615] Daneben gibt es natürlich Gewerbetreibende ohne eigene Landwirtschaft; ihre Zahl lässt sich aber für die „guten" Städte und ihre Oberämter nicht getrennt ermitteln. Für die übrigen 58 Oberämter beträgt die Korrelation zwischen der Anzahl der selbstständigen Gewerbetreibenden und den Nebenerwerbslandwirten $r = 0.582$ (1%-Niveau; gesonderte Berechnung), die eine Variable kann die andere also nur zu 33,87% erklären.

[616] Borcherdt, Die Landwirtschaft in Baden und Württemberg, S. 64f.

Volkspartei erreichte jedoch auch in Welzheim und Ulm/Amt, wo ministerielle Bewerber siegten, hohe Stimmenanteile (23,8% und 27,07%). Von der Anzahl der Kandidaten her stellten die Ministeriellen den Hauptgegner der Volkspartei dar; sie traten in acht Wahlkreisen allein gegen die VP an, in zwei weiteren gemeinsam mit der DP. Der Wahlerfolg sprach dann freilich deutlich für die VP, die mit zehn Mandaten (55,6%) doppelt so viele gewann wie die Deutsche Partei und fünfmal so viele wie die Ministeriellen. Die Übermacht der VP in diesem Quartil fällt noch deutlicher aus, wenn man die Siege Römers in Geislingen und vor allem Hölders in Göppingen in Perspektive betrachtet und weniger stark gewichtet.

Was Reutlingen, der einzige städtische Wahlkreis, von den anderen „guten" Städten unterscheidet, kristallisiert sich hier heraus: 61% der Wahlberechtigten Reutlingens betrieben nebenberuflich Landwirtschaft; in Tübingen erreichte dieser Anteil nur 39%[617], in Heilbronn 26%, in Ludwigsburg 20%, in Stuttgart (15%) und Ulm (2%) blieb er noch deutlich darunter. Es liegt nahe, die unterschiedliche Stellung der Volkspartei bei den Wählern in diesen Städten auf diesen Strukturunterschied zurückzuführen.

Eine deutlich stärkere Streuung der Mandate zeigt sich im 4. Quartil. Die konservativen Großdeutschen konnten auch hier kein Mandat erringen; die VP siegte zwar in sieben der 17 Wahlkreise (41,2%), von denen aber drei zu den paritätischen (Blaubeuren) und katholischen Oberämtern (Horb und Rottweil) gehörten. In den elf protestantischen Wahlkreisen verteilten sich die Mandate mithin recht gleichmäßig auf die Parteien.

Überblickt man die Streuung der Mandate insgesamt, so fielen die katholischen Oberämter im 3. und 4. Quartil an die großdeutschen Demokraten oder die Volkspartei[618], während die großdeutschen Konservativen ihre 6 Mandate (62,5% – 33,3% – 0 – 0) ausschließlich in solchen Wahlkreisen erlangten, die einen geringen Anteil von Nebenerwerbslandwirten aufwiesen.

Von den protestantischen Wahlkreisen konnte die Volkspartei im 1. Quartil nur ein Mandat erringen (12,5%), im 2. Quartil jedoch sieben (63,6%); mit steigendem Anteil der Nebenerwerbslandwirte sinkt dann aber die Anzahl der eroberten Mandate über 53,8% auf 36,4% ab. Dieser Befund widerspricht dem Anschein nach *Runges* Vermutung, *dass nicht gutgestellte mittlere Landwirte, sondern kleinste Bauern und Weingärtner* [...] *den größeren Teil der ländlichen Wähler* der Volkspartei gestellt hätten[619]; er bezieht sich aber möglicherweise auf einen zu großen Teil der Wahlberechtigten.

Aus der Gruppe der Nebenerwerbslandwirte lassen sich noch weitere Teilgruppen – Agrarbetriebe von 1–5 ha, 1 ha bis 1 Morgen und weniger als 1 Morgen – herausfil-

---

[617] Darunter eine große Zahl von Weingärtnern. Sie machten ca. 27% der Wahlberechtigten aus und stimmten 1868 en bloc demokratisch (vgl. HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 489 Bericht des Oberamts betr. die Art und Weise der Wahlbewegung, Tübingen, 16. Juli 1868).

[618] Bei beiden eine leichte Zunahme mit steigendem Anteil der Nebenerwerbslandwirte: Gd 12,5% – 0% – 33,3% – 33,3%; VP 25% – 33,3% – 66,7% – 66,7%; die Fallzahlen sind aber zu niedrig, um zu überzeugen.

[619] Runge, Volkspartei, S. 152.

tern, die den von *Runge* angesprochenen *kleinsten Bauern und Weingärtnern* als Wählern der Volkspartei genauer entsprochen haben mögen. Die Betriebsgröße von 1 bis 5 ha umfasst die Landwirte im Bereich des Existenzminimums[620]; sie waren größtenteils auf Verdienst aus anderen Tätigkeiten angewiesen, vielen von ihnen drohte sozialer Abstieg, andererseits dürfte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts vielen von ihnen erstmals politische Teilhabe ermöglicht haben. Der Anteil dieser Landwirte an den Wahlberechtigten beeinflusst die Verteilung der Mandate meist nur wenig. Zwar steigt die Zahl der von der Volkspartei in den protestantischen Wahlkreisen eroberten Mandate von Quartil zu Quartil an, doch fällt diese Zunahme von 33,3% auf 46,7% der verfügbaren Mandate wenig spektakulär aus. Bemerkenswert ist lediglich, dass die Ministeriellen im 4. Quartil, wo 54 bis 66% der Wahlberechtigten zu dieser Gruppe von Landwirten gehörten, die Hälfte ihrer insgesamt 12 Mandate gewinnen konnten und nur knapp der Volkspartei unterlagen, die es hier auf sieben Mandate brachte. Deutsche Partei und Ministerielle zusammen eroberten mehr Mandate als großdeutsche Demokraten und Volkspartei. Die Polarisierung, die sich hier abzeichnet, spiegelt sich auch in den hohen Stimmenanteilen, die die Sieger im Durchschnitt erreichten: DP 49,15%, Ministerielle 36,38% und Volkspartei 50, 57%[621].

Erwartungsgemäß findet sich nur eine geringe Anzahl von Grundbesitzern der Klasse 0,25–1 ha in den städtischen Wahlkreisen Stuttgart, Ulm, Ludwigsburg und Heilbronn, dazu aber auch in den Wahlkreisen des Anerbengebiets[622]. In den Städten Tübingen und Reutlingen sowie in den Oberämtern mit fortgeschrittener Güterzertrümmerung gehörten bis zu 43% der Wahlberechtigten[623] zu den Eigentümern von Zwergbetrieben.

Während die Deutsche Partei durch die Wahlsiege in Ulm und Ludwigsburg für die protestantischen Städte einen hohen Anteil erreichte, verteilen sich ihre Anteile ansonsten recht gleichmäßig über die Quartile. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die großdeutschen Demokraten. Die konservativen Großdeutschen sind mit Ausnahme von Ellwangen/Stadt (3. Quartil) nur unter den elf katholischen Wahlkreisen des 1. Quartils vertreten, wo sie allerdings von Demokraten (zwei Mandate) und Volkspartei (vier Mandate) zusammen überrundet werden. Die Ministeriellen konzentrieren

---

620 Borcherdt, Die Landwirtschaft in Baden und Württemberg, S. 111 nimmt für das Anerbengebiet 2–5 ha als Grenzbereich an; Franck, Veränderungen in den Betriebsgrößen, S. 2 geht mit der zeitgenössischen Literatur von einem „Unterhaltsminimum" für eine 5-köpfige Familie von 4,2 württembergischen Morgen = 1,33 ha bei sehr intensiver Bewirtschaftung aus. Um (zur Schätzung der Werte für die „guten" Städte") die Vergleichbarkeit mit der Erhebung von 1895 [Grundlagen einer württembergischen Gemeindestatistik, in: Württ. Jbb. 1896/98, Ergänzungsband II (1898).] zu gewährleisten, wurde hier die Klassifizierung 1–5 ha gewählt; die Korrelation mit dem Anteil der Nebenerwerbslandwirte beträgt r = 0.7525 (siehe Datenträger, Datensatz 1: Wahlkreise 1).

621 Ohne die Stich- und Ergänzungswahlen.

622 Gräter, Güterzertrümmerung, S. 53ff.

623 Da zu den Grundeigentümern auch Frauen und noch nicht wahlberechtigte Männer gehörten, liegt der Prozentwert zu hoch.

sich im 3. Quartil, wo sie 5 ihrer 12 Mandate gewinnen. In diesen Punkten unterscheidet sich diese Klasse von Grundbesitzern wenig von denen mit Betriebsgrößen von 1–5 ha.

Die siegreichen Kandidaten der Volkspartei verteilen sich anscheinend ebenfalls recht gleichmäßig über die Quartile[624]; berücksichtigt man jedoch die Konfessionszugehörigkeit der Wahlberechtigten, so ändert sich das Bild. Wo der Anteil der Zwergbetriebe in den protestantischen Wahlkreisen niedrig ist (1. Quartil), erringt die Volkspartei nur 1 Mandat (20% der verfügbaren Mandate); mit steigendem Anteil der Zwergbetriebe nimmt auch die Anzahl der eroberten Mandate zu, über drei (37,5%), sechs (42,9%) auf neun (56,3%); von diesen 19 Mandaten der Volkspartei stammten also 15 (83,3%) aus Wahlkreisen mit einem hohen Anteil an Zwergbetrieben[625]. Die noch kleinere Klasse der Parzellenbetriebe unter 1 Morgen scheint dann insgesamt nur noch sehr geringen Einfluss auf die Streuung der Mandate auszuüben. *Runges* Vermutung, kleinste Bauern und Weingärtner hätten die Mehrheit der ländlichen VP-Wähler ausgemacht, lässt sich also am ehesten für die Klasse der Zwergbetriebe von 0,25–1 ha bestätigen. Zu den Wählern der Volkspartei müssen jedoch auch die selbstständigen Landwirte in großer Zahl gehört haben.

Zusammengenommen lässt sich für die Parteien jeweils ein recht spezifisches Wählerprofil ausmachen. Die Wähler der Deutschen Partei waren in der Regel Protestanten; sie kamen einerseits aus städtisch-gewerblichen Wahlkreisen, andererseits aus agrarischen, wo sie zu den besser gestellten selbstständigen Landwirten über 5 ha oder zu den Gewerbetreibenden mit Nebentätigkeit in der Landwirtschaft gehörten. Um diese agrarischen Wählergruppen warben auch Volkspartei und Ministerielle.

Bei katholischen Wählern konnten ministerielle Kandidaten selbst dann nur wenig Boden gewinnen, wenn sie gleichfalls katholisch waren. In paritätischen Wahlkreisen, in denen die Konfessionszugehörigkeit den Wahlkampf prägte, verkörperten die Ministeriellen glaubwürdig Neutralität gegenüber den Konfessionen und waren somit für beide Gruppen wählbar. Der typische, meist protestantische Wähler der Regierungspartei gehörte zu den selbstständigen Landwirten über 5 ha, aus der Gruppe der Kleinbetriebe (1–5 ha) scheinen gleichfalls eher die selbstständigen Landwirte als die Nebenerwerbler gouvernemental abgestimmt zu haben.

Die großdeutschen Wähler, die konservativ wählten, entstammten ganz überwiegend dem katholischen Milieu des Anerbengebiets, selbstständige Landwirte zumeist mit Betrieben über 5 ha: das „Bauernprotzentum“[626]. Katholische Wählergruppen, unter denen der Anteil der selbstständigen Landwirte geringer war und die als Nebenerwerbslandwirte stärker gewerblich orientiert waren, wählten anscheinend eher demokratisch. Um diese Wählergruppen konkurrierten großdeutsche Demokraten und Volkspartei. Protestantische Wähler, die großdeutsch-demokratisch wählten,

---

[624] 6 (35,3%) – 8 (44,4%) – 7 (38,9%) – 9 (52,9%).

[625] Für die katholischen Wahlkreise gilt die gleiche Tendenz: 2 (33,3%) – 3 (42,9%) – 2 (100%) – 0 (–).

[626] Siehe: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 662/664 Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Saulgau, 7. Dezember 1870.

stammten eher aus städtisch-gewerblich geprägten Wahlkreisen mit einem geringen Anteil selbstständiger Landwirte.

Auch für die Wähler der Volkspartei lassen sich je nach Konfession unterschiedliche Profile erkennen. In katholischen Wahlkreisen, in denen der Anteil der selbstständigen Landwirte – speziell der über 5 ha – gering und der Anteil der Zwergbetriebe hoch war, in Wahlkreisen also, die stärker gewerblich geprägt waren, konnten sich Kandidaten der Volkspartei häufiger durchsetzen als in stärker agrarisch strukturierten Oberämtern. Demgegenüber zeigten sich die Wähler in protestantischen Wahlkreisen gegenüber der Volkspartei besonders aufgeschlossen, wenn der Anteil selbstständiger Landwirte unter ihnen groß war (allerdings im 4. Quartil mit abnehmender Tendenz). Es handelte sich bei ihnen freilich nicht um die großen, wohlhabenden Landwirte, denn wo deren Anteil (im protestantischen Anerbengebiet) am größten war, gewann die Volkspartei kein Mandat, dort siegten die Ministeriellen. Vielmehr dürften sich gerade im Realteilungsgebiet noch viele kleinere Landwirte der Klasse 1–5 ha zu den Selbstständigen gezählt haben. Kleine und mittlere, aber selbstständige Landwirte stellten demnach eine große Gruppe von VP-Wählern[627]. Eine zweite Gruppe machten die Eigentümer von Zwergbetrieben von 1 Morgen bis 1 ha aus, im Hauptberuf wohl überwiegend kleine Handwerker[628].

Wenn nun der Wahlerfolg der Volkspartei in dem Maße sinkt, wie der Anteil der Nebenerwerbslandwirte steigt, so lässt sich schließen, dass dieser gegenläufige Zusammenhang verstärkt durch Nebenerwerbslandwirte außerhalb der Gruppe der Zwergbetriebe bedingt wird, also durch die Nebenerwerbler über 1 ha und unter 1 Morgen. Der „agrarische" Hintergrund der VP-Wähler hilft auch zu verstehen, warum die Partei in den Städten durchweg wenige Wähler fand, aber gerade in Reutlingen einen so überzeugenden Sieg, dazu noch mit einem Landwirt als Spitzenkandidat landen konnte: In Reutlingen dürfte nahezu jeder Wahlberechtigte auch gleichzeitig Grundstückseigentümer gewesen sein.

Ob *die Volkspartei von allen Parteien den größten Teil der Arbeiterstimmen erhalten hat*[629], lässt sich auf der Grundlage des überlieferten statistischen Materials nicht abschließend entscheiden. Angesichts der großen Zahl von Grundstückseigentümern unter den Wahlberechtigten sind jedoch erhebliche Zweifel angebracht, ob überhaupt „echte" Fabrikarbeiter in so großer Zahl in die Wählerlisten aufgenommen waren, dass sie Wahlen hätten entscheiden können[630]. Diese Zweifel werden illustriert

---

[627] Anders: Runge, Volkspartei, S. 152; vgl. Palmer, Das Recht zur Wahl, S. 155ff. für die Stadt Tübingen.

[628] Runge, Volkspartei, S. 152. Das Oberamt Balingen befindet sich mit 33,2% dieser Zwergbetriebe in der Spitzengruppe. Der Oberamtmann führt den hohen Wahlsieg des volksparteilichen Kandidaten u.a. darauf zurück, dass dessen Wahlparolen *bei dem im hiesigen Bezirk (leider!) sehr überwiegenden, sittlich wie ökonomisch verkommenen Proletariat*, das von den Ebinger Fabrikanten abhängig sei, auf fruchtbaren Boden gefallen sei (HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 20–23 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Balingen 19. Juli 1868); zu weiteren Einzelheiten: unten S. 406ff.

[629] Runge, Volkspartei, S. 153.

[630] Siehe unten, S. 167f. (Esslingen); S. 219f. (Leonberg).

durch folgende Meldung aus Stuttgart in der „Schwäbischen Volkszeitung": ***Die politische Indifferenz unseres Volkes*** *erhellt unter anderem daraus, dass trotz ausdrücklicher Bekanntmachung unsererseits und im Beobachter sich kaum ein Dutzend hiesiger Arbeiter zur Aufnahme in die Wahlliste gemeldet hat. Trauriges Zeichen!*[631]

[631] SVZ Nr. 147, 27. Juni 1868.

II. Die Ebene der Wahlbezirke und Gemeinden

Für zwei Drittel der Oberämter sind auch die Wahlergebnisse der 5–8 Stimmbezirke überliefert[1], in die die Wahlkreise aufgeteilt waren[2]; in einigen seltenen Ausnahmefällen reichen die Angaben sogar bis zur Ebene der Gemeinden hinunter. Die amtliche Statistik hält für die Wahldistrikte und Gemeinden allerdings nur wenige Zensusdaten bereit, darunter die Gemeindegröße und die Bevölkerungsanteile der verschiedenen Konfessionen. Unterstellt man, dass sich die Struktur der württembergischen Landwirtschaft erst nach 1895 nachhaltig veränderte[3], so lassen sich auch die Ergebnisse der Erhebung vom 14. Juni 1895 nutzen[4], um die Agrarstruktur in den Wahldistrikten zu beschreiben und eine grobe Zuordnung der Wahlberechtigten des Jahres 1868 zu erreichen.

1. Die konfessionelle Struktur

Für die Gesamtheit der 312 Wahldistrikte aus 46 Oberämtern, deren Einzelergebnisse überliefert sind[5], zuzüglich der sieben „guten Städte", lässt sich zunächst praktisch kein Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Konfessionsstruktur feststellen[6]. In den 186 Distrikten mit protestantischer Bevölkerungsmehrheit betrug zwar die durchschnittliche Wahlbeteiligung nach Beendigung des ersten Wahltages

---

[1] Insgesamt 44 von 63, in mehreren Fällen aber nur Teilergebnisse. Zahlreiche Stadtarchive haben aus ihren Beständen die Angaben ergänzt. Häufig fehlen dennoch die exakten Zahlen über die Wahlberechtigten, so dass mit Schätzungen auf der Grundlage späterer Wahlen gearbeitet werden musste. Dabei wurde der Anteil der einzelnen Distrikte an der Gesamtzahl der Berechtigten eines Wahlkreises konstant gehalten. Steinbach, Die Politisierung der Region, Bd. 1, S. 143 und S. 189 hat für seine Schätzung dagegen die Bevölkerungsverschiebung benutzt, die freilich für die Zu-/Abnahme der Zahl der Wahlberechtigten gar nicht ursächlich sein muss.

[2] Die Einteilung wurde jeweils im Regierungsblatt bekannt gegeben (vgl. Anhang A, Anmerkungsapparat); ab 1882 liegen die Wahlergebnisse für die meisten Gemeinden gesondert vor.

[3] Vgl. Borcherdt, Die Landwirtschaft in Baden und Württemberg, S. 102ff.

[4] Württ. Jbb. 1896/98, Ergänzungsband II (1898); siehe Datenträger, Datensatz 5.

[5] Das sind 71% aller Distrikte; für folgende Oberämter liegen bisher keine Detailergebnisse vor: Cannstatt, Crailsheim, Freudenstadt, Gerabronn, Herrenberg, Leutkirch, Marbach, Münsingen, Neckarsulm, Neresheim, Nürtingen, Öhringen, Riedlingen, Schorndorf, Tettnang, Stuttgart/Amt, Weinsberg.

[6] $r = -0.151$ (gesonderte Berechnung).

63,62%, in denen mit katholischer Mehrheit hingegen nur 60,83%[7], dieser deutliche Unterschied wird allerdings im Wesentlichen durch die Zusammensetzung der vorliegenden Stichprobe hervorgerufen. Von den insgesamt 14 Distrikten mit nur einem Kandidaten und demzufolge meist geringer Wahlbeteiligung fallen 13 in die katholische Gruppe und senken dort den Durchschnittswert[8]. Ohne diese Distrikte kommen die verbleibenden 170 protestantischen Distrikte auf 64,61%, die 109 katholischen auf 63,90%. Wo zwei Kandidaten sich um die Wähler bemühten und ihnen eine klare Alternative boten, wurde in den katholischen Distrikten mit 65,52% sogar noch eine geringfügig höhere Mobilisierung erreicht als in den protestantischen (65,02%). Konkurrierten aber drei oder mehr Kandidaten, so ging das durchschnittliche Wählerinteresse zurück, in den protestantischen Distrikten auf 64,10%, in den katholischen sogar auf 58,58%[9].

a) Paritätische Wahlkreise

Die 50 Wahldistrikte, in denen der Anteil der Konfessionen zwischen 30 und 70% lag, stammen aus acht von den zehn gemischt-konfessionellen Oberämtern[10]. Unterteilt man diese Distrikte in mehrheitlich katholische und solche, in denen weniger als 50% Katholiken wohnten, so zeigt sich, dass die Wahlbeteiligung in den mehrheitlich katholischen Bezirken um 5%-Punkte unter dem Durchschnitt der protestantischen Bezirke lag, und dies, obwohl diese Durchschnittswerte durch die Ergebnisse des Oberamts Mergentheim, den Wahlkreis von Justizminister Mittnacht[11], angehoben werden, wo in den drei Distrikten mit katholischen Mehrheiten jeweils über 80% der Wähler ihre Stimmen abgaben, während in den fünf mehrheitlich protestantischen Bezirken nur zwischen 56 und 65% der Berechtigten wählten[12]. Auch die Stimmenanteile der Kandidaten werden durch die konfessionelle Struktur der Bezirke sehr weitgehend mitbestimmt, wie Übersicht 4 verdeutlicht:

---

[7] Für das Oberamt Horb fehlen die Detailergebnisse der Ergänzungswahl, für Ravensburg dagegen die des ersten Wahlgangs; um Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurde Ravensburg eliminiert; die Aussagen beziehen sich also auf 185 mehrheitlich protestantische und 106 mehrheitlich katholische Distrikte.

[8] Bei den 12 Wahlkreisen, in denen nur ein ernsthafter Bewerber antrat, war das Verhältnis 5:7.

[9] Vgl. oben, S. 90.

[10] Für Künzelsau liegt nur das Ergebnis eines Distrikts vor; für Riedlingen nur die Wahlbeteiligung eines Distrikts.

[11] Hermann von Mittnacht (1825–1909), „Suevia" Tübingen Jg. 1843, seit 1865 Obertribunalrat, seit April 1867 Chef des Departement der Justiz, seit 1868 Justizminister, seit 1873 auch Außenminister etc.; 1887 in den Freiherrnstand erhoben; Landtagsabgeordneter für Mergentheim 1861–1900; Zollparlamentsabgeordneter für Crailsheim, Gerabronn etc. 1868–1870; seit 1871 Württ. Bevollmächtigter beim Bundesrat; Seefried, Mittnacht und die deutsche Frage; Kleine, Mittnacht, S. 3; Brandt, Parlamentarismus, S. 701, Anm. 336; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 568ff.

[12] Durchschnitt der katholischen Distrikte = 84,75%, der protestantischen 62,09%.

Übersicht 4: Stimmenanteile der Parteien in Distrikten unterschiedlicher Konfession

	DP		Min		Gd		VP	
Oberamt	kath. Bezirke	prot. Bezirke	kath. Bezirke	prot. Bezirke	kath. Bezirke	prot. Bezirke	kath. Bezirke	prot. Bezirke
Aalen	0,76	24,47			61,52	37,75		
Blaubeuren			27,86	16,19			33,51	52,19
Geislingen	6,43	70,99	1,27	4,24	57,11	4,9		
Künzelsau				28,98				33,28
Mergentheim			82,54	33,05			2,2	29,01
Oberndorf			27,07	40,59			36,73	31,46
Rottenburg			21,55	58,45	41,79	0,3		
Tuttlingen	[0,09]	[1,65]	3,63	6,05	19,33	47,09	37,86	14,84
Durchschnitt	3,6	47,73	27,32	26,79	44,94	22,51	27,58	32,16

Hiernach kann keinesfalls davon die Rede sein, dass *in den paritätischen Bezirken der Wahlausgang 1868 wenig von konfessionellen Unterschieden beeinflusst worden* sei[13]. Wer die Wahl gewinnen wollte, brauchte in der Regel Stimmen aus beiden Gruppen. Bewerber der Deutschen Partei erhielten in den protestantischen Distrikten erheblich mehr Unterstützung als in den katholischen, während großdeutsche Kandidaten ihre Stimmen ganz überwiegend von katholischen Wählern erhielten. Die Konfessionszugehörigkeit des Kandidaten war dabei – wenigsten im Falle von Moriz Mohl – weniger wichtig.

Die Kandidaten der Regierung und der Volkspartei waren dagegen im Durchschnitt nicht so einseitig auf Wähler einer Konfession ausgerichtet; je nach Konfession des Bewerbers waren vielmehr verschiedene Kombinationen möglich:

- katholische Regierungskandidaten gegen protestantische Volksparteiler in Blaubeuren und Mergentheim;
- in Oberndorf zwei katholische Bewerber – Postmeister Platz[14] gestützt vom Oberamtmann und der Beamtenschaft, und Rechtsanwalt Gutheinz (VP)[15], als ehemaliger Konviktszögling wohl auch von der katholischen Geistlichkeit gefördert[16];

[13] Runge, Volkspartei, S. 173.

[14] Friedrich Franz Platz (1813–1873), Landwirt, Hotelbesitzer in Spaichingen, Postverwalter in Rottweil, Postmeister in Harthausen; Landtagsabgeordneter für Spaichingen 1848/49; für Rottweil 1851–1855; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 671f.; im „Beobachter" Nr. 143, 21. Juni 1868 wird Platz als der *frühere Kammer-Komiker* bezeichnet.

[15] Augustin Gutheinz (1827–1901), Rechtsanwalt und Kommandant der Feuerwehr in

– in Tuttlingen schließlich der Katholik Villinger (VP)[17], auch er am Ende von den Geistlichen unterstützt, gegen den protestantischen Postrat Schall aus Stuttgart, den ehemaligen Oberamtsaktuar von Tuttlingen[18].

Es erhellt noch einmal die Bedeutung der Konfessionszugehörigkeit, dass in jedem einzelnen der genannten Fälle, mit Ausnahme Oberndorfs, die Kandidaten von den Wählern der eigenen Konfession mehr Stimmen erhielten als von denen der anderen. Die geringere Stimmenzahl für Platz in den katholischen Distrikten erklärt sich dadurch, dass der Kandidat in den wichtigen Orten nicht aufgetreten war, was ihn in den Augen des Oberamtmanns den Sieg gekostet habe[19]. Die Kandidatur Villingers im Oberamt Tuttlingen scheint einen Teil der volksparteilichen Wähler aus dem protestantischen Lager dazu veranlasst zu haben, lieber den Protestanten und Großdeutschen Storz als den Katholiken zu wählen[20]; und der Korrespondent des „Deutschen Volksblattes" schrieb ausdrücklich: *Die Protestanten, besonders auf dem Lande, legen Wert auf die Gemeinsamkeit der Konfession*[21]. Von einer *nachgeordneten Rolle* des religiösen Bekenntnisses in den paritätischen Wahlkreisen kann demnach insgesamt nicht die Rede sein[22].

b) Kandidaten in Wahlkreisen mit abweichender Konfession

Als Nagelprobe für die Bedeutung des konfessionellen Faktors gelten das Auftreten und vor allem die Wahlsiege von protestantischen Kandidaten in katholischen Wahlkreisen und umgekehrt. *Brandt* schließt daraus, dass *durchweg andere Trennlinien und Zuordnungen* den Ausgang der Wahlen bestimmten[23].

Das „Deutsche Volksblatt", das Sprachrohr *des offiziös katholischen Interesses*[24], hatte den katholischen Wählern klar gestufte Entscheidungskriterien für die Stimmabgabe an die Hand gegeben. Der oberste Grundsatz lautete: *Wählt keinen Preussen-*

Oberndorf; Landtagsabgeordneter für Oberndorf 1868–1876; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 296.

[16] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 365–375 Bericht des Oberamts betr. die Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Oberndorf, 2. August 1868.

[17] Johannes Villinger, Rechtsanwalt in Tuttlingen, katholisch, geb. etwa 1834; laut Auskunft des Stadtarchivs Tuttlingen, der katholischen Kirchengemeinde Wurmlingen und des Diözesanarchivs liegen dort keine Informationen über Villinger vor.

[18] Johann Konrad Schall, geb. Anfang 1817, seit 1841 Aktuar in Tuttlingen (HStAS E 14, Bü 184 Bericht des Innenministers an den König, 28. April 1841); vgl. oben, S. 103f.; HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 486–487 Bericht des Oberamts betr. die Art und Weise der Wahlbewegung, Tuttlingen 23. Juli 1868.

[19] Wie Anm. 16.

[20] Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Der Ausfall der Wahlen".

[21] Deutsches Volksblatt Nr. 154, 4. Juli 1868 „Von der obern Donau, 1. Juli"; der Ansicht, dass nun Schall die besten Aussicht habe, wurde in Nr. 156, 7. Juli 1868 „Von der obern Donau, 4. Juli" entschieden widersprochen.

[22] Anders BRANDT, Parlamentarismus, S. 174.

[23] Ebd.

[24] Ebd., S. 173.

freund! Großdeutsche Wahlen müssen es sein![25] und dann erst am konkreten Einzelfall eines katholischen Oberamts entwickelt: Da im Landtag auch konfessionelle Fragen behandelt werden würden, brauche man katholische Vertreter[26]. Daraus folgte die schon anlässlich der Zollparlamentswahlen aufgestellte Regel: *Wenn wir die Wahl zwischen zwei Vertretern unserer großdeutschen Richtung haben, dann wollen wir so frei sein, uns für den Katholiken zu entscheiden, besonders wenn der Kandidat, welcher ihm Konkurrenz macht, bei jeder Gelegenheit eine bittere antikatholische Gesinnung zeigt*[27].

Das Verhältnis der Großdeutschen zur Volkspartei war schon seit den Zollparlamentswahlen belastet, weil sie sich durch die rücksichtslose Art und Weise, wie die Volkspartei ihr Programm und ihre Kandidaten aufstellte, brüskiert fühlten. So wollte man zwar weiterhin mit der Volkspartei zusammenarbeiten, *wo Prinzipien und Personen uns mit der Volkspartei gemeinsam sind.*[...] *Andererseits aber werden wir, wo wir im Programm und in den Kandidaten nicht harmonieren können, unsere Kräfte gegeneinander in offenem Kampf messen*[28]. Dem Abrücken von der Volkspartei entsprach die Annäherung – jedenfalls der Konservativen – an die Regierung, *solange die Regierung nichts gegen das Wohl des Volkes beabsichtigt oder unternimmt.* Was sonst großdeutsche Partei hieß, sei zur spezifisch württembergischen geworden, die Partei müsse mit der Regierung gehen, um die unabhängige Existenz des Landes zu bewahren[29]. Den großdeutschen, den katholischen Wählern wurde also ein Wahlverhalten nahe gelegt, das sich nach den jeweiligen Umständen in ihren Wahlkreisen richtete, aber immer unter großdeutschem Aspekt, mochten auch die sich ergebenden Allianzen unnatürlich erscheinen[30].

α) Katholische Wahlkreise – protestantische Kandidaten

In fünf katholischen Wahlkreisen traten protestantische Bewerber auf, von denen vier die Wahl gewannen. Zu diesen gehörte Wilhelm Vayhinger im Oberamt **Spaichingen**, der mit dem Katholiken Leodegar Bühler von der ministeriellen Gruppe konkurrierte[31]. Vayhinger, obschon Protestant, wurde vom „Deutschen Volksblatt" unterstützt. In einer Anmerkung zu einer Korrespondenz „Vom Fuße des Heubergs" erklärte die Redaktion den Wählern noch einmal ihre Prioritäten: *Konfessionelle Be-*

[25] Deutsches Volksblatt, 27. Mai 1868, nach SCHEURLE, Der politische Katholizismus, S. 211; so auch: Deutsches Volksblatt Nr. 138, 16. Juni 1868 „Die Wahlen".

[26] Deutsches Volksblatt, 3. Juli 1868, Korrespondenz „Von der Jaxt", von SCHEURLE, Der politische Katholizismus, S. 212 irrtümlich auf den 1. Juli datiert.

[27] Deutsches Volksblatt, 24. März 1868, nach SCHEURLE, Der politische Katholizismus, S. 201; die Spitze richtete sich gegen Moriz Mohl.

[28] Deutsches Volksblatt Nr. 148, 27. Juni 1868 „Unsere Stellung zur Volkspartei".

[29] Deutsches Volksblatt Nr. 151, 1. Juli 1868 „Rundschau".

[30] Deutsches Volksblatt Nr. 138, 16. Juni 1868 „Die Wahlen"; die Führung der Deutschen Partei hatte für ihre Anhänger ebenfalls Verhaltensrichtlinien erstellt: Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 356 und 352.

[31] Siehe oben, S. 33f.

denken dürfen nicht abhalten von der Wahl Vayhingers, da derselbe seit Jahren nicht bloß als entschieden konsequent großdeutsch gesinnt [gilt] *und in dieser Richtung auch tätig ist, sondern auch ebenso unverrückt die echte konfessionelle Parität in Wort und Schrift vertritt*[32]. Gemäß den dargelegten Prinzipien sollte also der großdeutsche Aspekt vor dem konfessionellen rangieren. Die Mehrheit der Wähler war freilich am 8. Juli nicht bereit, diesen Empfehlungen Folge zu leisten[33].

Ähnlich dürfte die niedrige Wahlbeteiligung im Oberamt **Leutkirch** zu erklären sein[34]. Von großdeutscher Seite war hier zunächst Professor Dr. Bumüller[35] aus Ravensburg, ein liberaler Katholik[36], aufgestellt worden, den die Volkspartei jedoch nicht zu unterstützen bereit war. Die Volksvereine von Leutkirch und Wurzach[37] wollten vielmehr ihren eigenen Kandidaten, den protestantischen Stadtschultheißen und Posthalter von Wurzach Ernst Völmle[38], durchsetzen und begannen, gegen Bumüller im Besonderen[39] und gegen *den katholischen Klerus des Bezirks und dessen Partei* im Allgemeinen zu agitieren. Bumüller wurde im „Beobachter" als Konvertit[40] und Kandidat der *fürstlichen Standesherrschaft Zeil und eines Teils der Geistlichkeit* diffamiert; die hohe standesherrliche Protektion mache ihn den Bauern und Handwerkern nicht genehmer[41]. Die großdeutsche Seite antwortete auf diese Provokation mit einem Appell an die katholische Solidarität: *Für uns steht fest, dass wir bei dieser Wahl katholische Interessen, und zwar sehr wichtige, zu wahren haben.* [...] *Darum ist und bleibt es Ehrensache und Pflicht aller gutgesinnten Katholiken des Bezirks, bei gleicher Tüchtigkeit für die Ständekammer dem Katholiken den Vorzug zu geben*[42]. Ganz im Sinne der Maximen des „Deutschen Volksblattes" traten hier also die spezifisch katholischen Interessen in den Vordergrund, da die Forderung nach „großdeutschen Wahlen" erfüllt war. Der überraschende Verzicht Bumüllers auf die Kandida-

---

[32] Deutsches Volksblatt Nr. 155, 5. Juli 1868, ähnliche Formulierungen anlässlich der bevorstehenden Stichwahl: Deutsches Volksblatt Nr. 167, 19. Juli 1868 „Aus dem Oberamt Spaichingen".

[33] Siehe unten, S. 189ff. zur Wahl in Spaichingen, die für Vaihinger nur 990 Stimmen erbrachte.

[34] Leider fehlen die detaillierten Wahlergebnisse.

[35] Johann Bumüller [Bumiller] (1811–1890), Privatier in Ravensburg; vorher Oberlehrer am Lehrerseminar Kreuzlingen; 1857 brachte Bumüller in Freiburg/Breisgau ein Lesebuch für katholische Volksschulen und eine Geschichte des Altertums für Mittelschulen heraus (frdl. Auskunft und Bestätigung durch das Stadtarchiv Ravensburg).

[36] Deutsches Volksblatt Nr. 140, 18. Juni 1868 „Aus dem Oberamt Leutkirch 14. Juni".

[37] Runge, Volkspartei, S. 48f., gegründet im Juli/August 1866; Beobachter Nr. 137, 14. Juni 1868.

[38] Ernst Völmle (1816–1982), seit 1853 Stadtschultheiß von Wurzach; vgl. Staatsanzeiger (1892), S. 244; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 950.

[39] Beobachter Nr. 143, 21. Juni 1868; Deutsches Volksblatt Nr. 142, 20. Juni 1868 „Vom Neckar, 17. Juni".

[40] Beobachter Nr. 146, 25. Juni 1868.

[41] Beobachter Nr. 137, 14. Juni 1868; vgl. auch Beobachter Nr. 168, 21. Juli 1868 „Aus Leutkirch" über die Gegner der VP: An die schwarze Garde (viele Geistliche, Lehrer und Messner) *schließen die fürstlichen Standesherrschaften Waldburg-Zeil und Waldburg-Wurzach mit ihrem Tross sich an.*

[42] Deutsches Volksblatt Nr. 140, 18. Juni 1868 „Aus dem Oberamt Leutkirch, 14. Juni".

tur beendete diese Phase des Wahlkampfes; für ihn wurde kein angemessener Ersatz gefunden[43].

Der Gutsbesitzer und Wirt Maximilian Böckeler[44] in Aichstetten, der *von anderer Seite* vorgeschlagen wurde[45], war zwar katholisch, als Wahlkämpfer aber ein Fehlgriff: Als seelisch und körperlich angeschlagen sowie schüchtern bei den öffentlichen Auftritten stellte ihn die Volkspartei dar; ähnlich vernichtend urteilte der Korrespondent der „Schwäbischen Volkszeitung"[46], und der Oberamtmann kritisierte dazu noch die *Gleichgültigkeit und nachlässige Tätigkeit* des Kandidaten[47].

Anlässlich der Landtagswahl von 1870 führte der Oberamtmann drei weitere Ursachen für das Wahlverhalten des Oberamts an, die auch den Wahlausgang von 1868 beleuchten können. Seiner Meinung nach fehlte es in dem ausgedehnten Bezirk an Beamten, die die Einwohner nachhaltig beeinflussen könnten[48], im Jahre 1870 hätten auch religiöse Rücksichten bei den meist streng katholischen Wählern auf die Wahl eingewirkt und von früherer Zeit bestehe noch eine besondere Anhänglichkeit an Österreich[49].

Nachdem durch Bumüllers Rücktritt der konfessionelle Zündstoff aus dem Wahlkampf herausgenommen war, wirkten der geringe Einfluss der Beamten und die prooösterreichische Einstellung der Bewohner des Oberamts anscheinend zu Gunsten des volksparteilichen Kandidaten. Die recht niedrige Wahlbeteiligung von 55,01% entsprach den Erwartungen[50] und deutet allerdings darauf hin, dass sich ein erheblicher Teil der Wahlberechtigten durch die gebotene Alternative nicht zur Abstimmung motiviert fühlte. Die Entscheidung zwischen zwei Bezirksangehörigen – der eine offen-

---

[43] Deutsches Volksblatt Nr. 147, 26. Juni 1868 „Aus Leutkirch 23. Juni": Weder Professor Hetzel aus Ellwangen, noch der bisherige Abgeordnete Albert von Schmidsfeld (1819–1904), Gutsbesitzer und Glasfabrikant (der DP nahe stehend), fanden Anklang.

[44] Maximilian Böckeler (1799–1877); vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 158: Böckeler war 1851 zum Abgeordneten für Leutkirch gewählt worden, er hatte das Mandat jedoch zurückgegeben, *weil er sich hierzu nicht fähig erachtete.*

[45] Deutsches Volksblatt Nr. 147, 26. Juni 1868 „Aus Leutkirch 23. Juni"; diese „andere Seite" ordnete ihn auf dem politischen Niveau des Abgeordneten Dentler/Wangen ein (konservativ; großdeutsch): Schreiben des Innenministers vom 2./3. Juli (HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8).

[46] SVZ Nr. 158, 10. Juli 1868 „Leutkirch, 7. Juli", von Böckeler heißt es, er sei ein *betagter Landwirt, weit entfernt auch nur ein Programm aufstellen noch verteidigen zu können, und den selbst seine Freunde nur wählen, weil eben kein passender Kandidat vorhanden ist.*

[47] HStAS, E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 261–262 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Leutkirch 31. Juli 1868.

[48] Der Korrespondent des „Beobachters" (Nr. 168, 21. Juli 1868 „Aus Leutkirch") lobte allerdings, dass der Oberamtmann sich strikt neutral verhalten habe; für die Regierung sei ein nachgeordneter Beamter tätig gewesen, ein Freischärler von 1848, der nun seine Loyalität beweisen wolle.

[49] HStAS, E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 449/452 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Leutkirch, 6. Dezember 1870.

[50] SVZ Nr. 151, 2. Juli 1868 „Leutkirch": ... *In Leutkirch selbst wird sich ein großer Teil der Wähler der Wahl enthalten, da diesen keiner der beiden Kandidaten entsprechend zu sein scheint.*

kundig vom Oberamtmann gestützt, ziemlich senil und unbefähigt, aber katholisch, der andere ein fähiger Schultheiß und Posthalter, eifriger Wahlkämpfer, Protestant, aber überzeugter Großdeutscher und Demokrat – fiel bei der Mehrheit der Wähler zu Gunsten des Letzteren aus: Für Völmle stimmten 31,73%, für Böckeler 22,55%. Es mag ein Fehler der Ministeriellen gewesen sein, nicht die konfessionelle Karte gespielt zu haben – die Volkspartei konnte daran jedenfalls kein Interesse gehabt haben. 1870 war dies dann anders, doch der Erfolg war mäßig, denn die Wahlbeteiligung blieb unter 50%.

Das Oberamt **Saulgau** erlebte hingegen einen äußerst lebhaften Wahlkampf zwischen zwei Kandidaten, die es verstanden, die Wähler mitzureißen[51]. Für die ministerielle Seite kandidierte Baurat Joseph von Schlierholz[52] aus Stuttgart, als Experte für den Eisenbahnbau mit dem Bezirk verbunden[53] und geradezu ein Symbol für die praktische, sachbezogene und „fortschrittliche" Politik der württembergischen Regierung, als Katholik und geborener Oberschwabe[54] anscheinend für die Kandidatur in dem katholischen Oberamt prädestiniert[55]. Die Wahlberichte im „Deutschen Volksblatt" blieben jedoch recht zurückhaltend. Schlierholz wurde dann vor allem in der Endphase des Wahlkampfes aktiv durch die Deutsche Partei unterstützt[56], die in der Oberamtsstadt zwar erst 1870 formell einen Ortsverein gründete[57], aber etwa durch den Stadtschultheißen von Saulgau, Konrad Neidlein[58], oder den Kaufmann Joseph Pischl sen.[59] erheblichen Einfluss ausüben konnte; mehrere weitere Schultheißen – darunter die der Städte Scheer und Mengen[60] – neigten ebenfalls der Deutschen Partei zu. Innenminister Gessler rechnete mit einem Sieg des ministeriellen Bewerbers.

---

[51] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 433–436 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Saulgau 11. Oktober 1868; Schw. Kronik Nr. 161, 8. Juli 1868, S. 1918.

[52] Joseph (von) Schlierholz (1817–1907), Landtagsabgeordneter für Tettnang 1877–1888; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 790f.

[53] Deutsches Volksblatt Nr. 147, 26. Juni 1868 „Von der Donau, 22. Juni"; Staatsanzeiger Nr. 148, 24. Juni 1868, S. 1536.

[54] In Biberach geboren; Deutsches Volksblatt Nr. 147, 26. Juni 1868 „Von der Donau, 22. Juni".

[55] DV Nr. 265, 11. November 1870 „Von der Schussen, 10. November": Darin wird ein spezifisch württembergischer mit einem pointiert katholischen Standpunkt verbunden und als geeigneter Vertreter neben Bumüller auch Schlierholz genannt.

[56] Schreiben des Innenministers vom 7. Juli (HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8); Nl Hölder Fasz. XI, Stück 309/308; SVZ Nr. 159, 11. Juli 1868, S. 674, der Korrespondent lässt allerdings Distanz erkennen, stellt aber Schlierholz' Verdienste um den Eisenbahnbau heraus.

[57] LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, S. 340.

[58] Konrad Neidlein (1816–1874), Landtagsabgeordneter für Saulgau 1849/50; Vertrauensmann der Deutschen Partei Mai 1868; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 604.

[59] Joseph Pischl sen. (1812–1888), Vorstand des Saulgauer Gewerbevereins, Mitglied der Handels- und Gewerbekammer Ravensburg; Mitbegründer der DP, im September 1867 im Landeskomitee der Partei, Vertrauensmann und Geschäftsführer.

[60] Sie fochten die Wahl vom 5. Dezember 1870 erfolgreich an: vgl. Verhandlungen der württ. Kammer der Abgeordneten, Beilagenband 1, Stuttgart 1870, Beilage 2, S. 3–5.

Der Gegenkandidat von der Volkspartei, der Gutsbesitzer und Posthalter Friedrich Küble[61], war Protestant, stammte aber aus dem Oberamt, und zwar aus Altshausen, das mit der Oberamtsstadt Saulgau rivalisierte[62]. Kübles Beteuerungen, dass er nicht Kandidat der Beobachterpartei, sondern Großdeutscher sei und sich im Landtag an Probst anschließen werde, stießen im „Deutschen Volksblatt" auf große Skepsis[63]; tatsächlich vertrat er das Programm der Volkspartei, und der „Beobachter"[64] unterstützte ihn beispielsweise durch einen langen Artikel, der diejenigen als Angstmacher und Lügner bezeichnete, die durch Kübles Wahl die Religion in Gefahr sähen. Küble konnte auf keine feste Parteiorganisation zurückgreifen, verfügte aber über eine *ungemein zahlreiche und im ganzen Bezirk verbreitete Verwandtschaft*[65]. Nach dem Bericht des Oberamtmanns verwertete Küble in seinem Wahlkampf vor allem auch das Misstrauen der Bevölkerung gegen die Beamten[66].

Die Intensität des Wahlkampfes spiegelt sich in der Höhe der Wahlbeteiligung, die mit 77,94% den landesweit drittbesten Wert an diesem 8. Juli erreichte[67]. Hinter diesem Durchschnittswert verbergen sich dann aber noch erhebliche Abweichungen[68]: So stimmten in Distrikt III (Hohentengen), bestehend aus elf Dörfern zwischen 512 und 169 Einwohnern mit zum Teil erheblichen Entfernungen zum Abstimmungsort, nur 64,6% der Berechtigten ab; in Altshausen, dem Heimatdistrikt Kübles, waren es hingegen 95,1%[69].

Der Katholik von Schlierholz erreichte seine besten Ergebnisse nicht etwa auf dem Lande, sondern mit 46,5% und 50,3% in den Distrikten Saulgau (I) und Mengen (II), jenen also mit einem hohen Anteil städtischer Bevölkerung, gefolgt mit großem Abstand von Herbertingen (IV) mit einem Stimmenanteil von 31,4%. Es waren dies drei der vier Distrikte, durch die die im Bau befindlichen Eisenbahnverbindungen von Waldsee nach Riedlingen/Scheer führen würden[70]. Der vierte Distrikt an der neuen

---

[61] Friedrich Küble (1827–1880), Posthalter, Gutsbesitzer in Altshausen; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 481.

[62] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 662/664 Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Saulgau, 7. Dezember 1870.

[63] Deutsches Volksblatt Nr. 150, 30. Juni 1868 „Aus dem Bezirk Saulgau 26. Juni", Nr. 153, 3. Juli 1868 „Saulgau, 1. Juli".

[64] Beobachter Nr. 134, 11. Juni 1868; Nr. 143, 23. Juni 1868, Nr. 155, 5. Juli 1868.

[65] Wie Anm. 62.

[66] Wie Anm. 51.

[67] Übertroffen nur durch Tübingen/Stadt 79,58 und Calw 78,41%.

[68] Ergebnisse aus: Der Oberländer. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Saulgau, 11. Juli 1868 – vom Stadtarchiv Saulgau freundlicherweise zur Verfügung gestellt; die Zahl der Wahlberechtigten wurde geschätzt auf der Grundlage der Angaben für 1870.

[69] Der protestantische Bevölkerungsanteil lag hier bei 14,3%, der höchste im ganzen Oberamt.

[70] Die Strecke Waldsee-Aulendorf-Saulgau wurde am 25. Juli 69 eröffnet; Saulgau-Herbertingen und Riedlingen-Herbertingen-Mengen folgten am 10. Oktober 1869, Mengen-Scheer am 13. November 1870; im Beobachter Nr. 144, 23. Juni 1868 war gemeldet worden, dass die Bahnarbeiter bereits zur Anmeldung bei der Wahlkommission kommandiert worden seien. Vgl. StA-Sig Wü 65/37, Bü 110 Oberamt Tuttlingen, Normalia: In einem Erlass vom 20. Mai 1868 hatte das Innenministerium den Oberämtern zur Frage des Wahlrechts der Eisenbahnarbeiter ge-

Bahnverbindung war Altshausen, die Heimat Kübles, der dort fast 85% der verfügbaren Stimmen gewann und somit in allen ländlichen Distrikten die absolute Stimmenmehrheit erreichte, während von Schlierholz es dort lediglich auf 7,6% bis 11,8%, nur in Königseggwald einmal auf 20,3% brachte.

Aus dem Angebot widersprüchlicher Motive – hier: Katholik und Eisenbahnfachmann, jedoch Beamter, „Stuttgarter" und Ortsfremder, dort: Protestant, aber Großdeutscher und Demokrat, Vertreter der Landwirtschaft und Bezirksangehöriger – entschied sich gemäß der liberaldemokratischen Wahltradition des Oberamts[71] fast die Hälfte der Wahlberechtigten, und zwar ganz überwiegend die ländliche Bevölkerung, für Letzteren. Der Ausbeutung sozialer Ressentiments kam dabei offenbar ganz besondere Bedeutung zu, wie der fast schon klassenkämpferische Siegesbericht des Saulgauer Korrespondenten im „Beobachter" belegt: Bürger und Bauer habe einsehen gelernt, was er, vereinigt, gegen die Honoratioren und Bürokraten vermöge; den Ackerbauern[72] sei es vornehmlich zu verdanken, dass die vereinigten Eisenbahner, Bauhandwerksleute, Förster mit Holzmachern, samt allen „Herren"[73] und Preußen die Demokraten nicht überstimmt hätten[74].

Anders als diese drei Wahlkreise wiesen die Oberämter Rottweil und Ellwangen/Amt protestantische Bevölkerungsanteile auf, die den Wahlausgang beeinflussen konnten. Im Oberamt **Rottweil**[75] ließ sich der bisherige Abgeordnete Anton Hirt, Bauer und Schultheiß in Lackendorf[76], nach den Worten des Innenministers *nicht bestimmen, eine Wiederwahl abzulehnen*[77]; und in einer Zeitungsmeldung vom 4. Juli aus Rottweil heißt es bissig: Hirt bleibe in häuslicher Zurückgezogenheit und warte, ob wie früher die Wahl auf ihn fallen werde[78]. Kurz vorher hatte dieser als seinen Bei-

---

schrieben: *Auch den Eisenbahn-Arbeitern kann ein Wahlrecht nicht abgesprochen werden, wenn nach den Verhältnissen des einzelnen Falles sich ergibt, daß diejenigen, welche darauf Anspruch machen, nicht zu den fort und fort fluktuierenden Elementen dieser Classe von Arbeitern in der Gemeinde gehören.*

[71] Beobachter Nr. 155, 5. Juli 1868 „An die Bewohner des Oberamts Saulgau": Erinnert wird an die Landtagswahlen seit 1850, bei denen die freisinnigen Kandidaten Neidlein, Wiest und Adolf Walter [(1829–1870), Rechtskonsulent in Saulgau, Schw. Kronik (1870) Nr. 135, Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 305, 308; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 983] vom politischen Gegner jeweils als Gefahr für Ordnung, Sicherheit, Religion diffamiert wurden.

[72] Das „Bauernprotzentum", wie der Oberamtmann 1870 schrieb (wie oben, S. 131, Anm. 62).

[73] Genannt wird der Graf von Linden; dazu ein Teil der Geistlichkeit.

[74] Ähnlich noch einmal in Beobachter Nr. 174, 28. Juli 1868 „Aus dem Lande Saul".

[75] Zur wirtschaftlichen Entwicklung: Boelcke, Industrialisierung, S. 296f.

[76] Anton Hirt (geb. 16. Januar 1812), katholisch, Landtagsabgeordneter für Rottweil 1856–1868; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 363; Lackendorf hatte damals 260 Einwohner; im Deutschen Volksblatt Nr. 142, 20. Juni 1868 wird Hirt charakterisiert als Mann *aus dem Volke, der sich mit der Eigenartigkeit seiner Tracht auch die Volkstümlichkeit seiner Haltung jederzeit wahrte;* vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 76.

[77] HStAS E 14, Bü 537 Schreiben Gesslers vom 2./3. Juli 1868.

[78] Schw. Kronik, Nr. 160, 7. Juli 1868, S. 1905; vgl. auch: Deutsches Volksblatt Nr. 144, 23. Juni 1868.

trag zum Wahlkampf ein großdeutsch-konservatives Programm veröffentlicht[79]; er wurde vom „Deutschen Volksblatt" unterstützt. Ihm standen zwei Mitbewerber gegenüber: der katholische Gutsbesitzer Germain Burkhardt[80], der von der Deutschen Partei und auch den Bezirksbeamten gefördert wurde, und für die Volkspartei der protestantische Uhrenfabrikant Johannes Bürk[81]. Dieser war nicht nur einer der profiliertesten Schwenninger Kommunalpolitiker[82], sondern als Mitbegründer der Rottweiler Handelskammer im ganzen Bezirk geachtet. Für ihn warb die Volkspartei sehr intensiv, *auch mit Geldmitteln reichlich versehen*, wie der Oberamtmann zu berichten wusste[83], während sich die beiden anderen Kandidaten im Wahlkampf kaum engagierten. In dieser misslichen Lage konnten sich die katholischen Wähler, sofern sie nicht ohnehin einem der Kandidaten nahe standen, entweder der Abstimmung enthalten oder gemäß den Entscheidungshilfen des „Deutschen Volksblattes" den Kandidaten wählen, der ihren Anschauungen am nächsten kam.

52,91% der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Dieser Durchschnittswert verschleiert jedoch die Tatsache, dass sich die Mehrheit der katholischen Wähler für die Verweigerung entschied: In fünf der sieben Wahldistrikte blieb die Wahlbeteiligung bei 41–48%; im protestantischen Schwenningen, das einen Distrikt für sich bildete, stimmten hingegen etwa 87% ab, davon für Bürk 796 Stimmen, für seine Gegner lediglich acht bzw. fünf[84]. Hirt konnte nur in seiner unmittelbaren Umgebung – den Distrikten Dunningen (17,7%) und Dietingen (12,9%) – namhafte Stimmenanteile verbuchen, ansonsten blieb er unter 4%. Weder sein Programm noch sein Wahlkampf oder seine bisherige Abgeordnetentätigkeit hatten die Wähler nachhaltig beein-

---

[79] Schw. Kronik, Nr. 158, 4. Juli 1868, S. 1881.

[80] Germain Burkhardt (1821–1890), Gutsbesitzer in Oberrotenstein, Ökonomierat in Rottweil; Reichstagsabgeordneter für Balingen, Rottweil etc. 1887–1890; er stand der DP nahe und wurde wohl auch von ihr unterstützt; im Beobachter, Nr. 138, 16. Juni 1868, wird Burkhardts „preußische Gesinnung" betont; die SVZ Nr. 166, 19. Juli 1868 nennt Rottweil nicht unter den Wahlkreisen mit einem DP-Kandidaten, wie auch andere mit den Ministeriellen gemeinsame Kandidaturen unerwähnt bleiben; eine Korrespondenz im „Staatsanzeiger" Nr. 155, 2. Juli 1868, S. 1607 bezeichnet Burkhardt als einen *Mann von gemäßigten Grundsätzen, gut katholisch, ohne jedoch der extremen Richtung anzugehören*; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 112 zu G. Burkhardts Vater, der das Oberamt von 1819–1830 im Landtag vertreten und in Rottweil in hohem Ansehen gestanden hatte.

[81] Johannes Bürk (1819–1872), Landtagsabgeordneter für Rottweil 1868–1870; NDB 2, S. 747f.; RUNGE, Volkspartei, S. 79f.; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 108f.

[82] STRÖBEL, Johannnes Bürk, S. 4f.: Gründer/Vorstand des Gewerbevereins, der Feuerwehr, des Turnvereins; RUNGE, Volkspartei, S. 77: wohl auch Gründer des Volksvereins im Februar 1870.

[83] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 419/432 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordneten-Wahlbewegung, Rottweil, 28. Juli 1868.

[84] Zahlenangaben für die Distrikte nach: „Schwarzwälder Bürger-Zeitung. Rottweiler Anzeiger für Stadt und Land", Nr. 81, 12. Juli 1868, vom Stadtarchiv freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Die Anzahl der Wahlberechtigten wurde geschätzt auf der Grundlage der Angaben für 1882, der frühesten verfügbaren Quelle. Da so die Landflucht unberücksichtigt bleibt, ist vermutlich die Anzahl der Berechtigten in den ländlichen Gemeinden für 1868 zu niedrig angesetzt, die Wahlbeteiligung wäre also vor allem in den Distrikten II, V und VII noch geringer.

druckt. Burkhardt, der zweite Katholik und Vertreter der Landwirtschaft, erreichte seine besten Ergebnisse in den Distrikten Schömberg (15,3%), Dietingen (12,8%) und vor allem in Rottweil (20,3%), wo er geboren war, wo sein Gut lag und die Beamten großen Einfluss hatten. Anders als die Bezirksbeamten hatte Innenminister Gessler Burkhardts Chancen realistisch eingeschätzt. Am Tag vor der Wahl hatte er geschrieben, er rechne *nicht so unbedingt* mit einem sicheren Sieg Burkhardts über Bürk, weil der Protestant sei[85]. Dagegen sprach für Bürk neben seinem Ansehen und der intensiven Wahlkampfführung seine großdeutsche Ausrichtung, die ihn – trotz seiner Konfession – auch für viele der katholischen Wähler wählbar machte: Von den etwa 5000 katholischen Wahlberechtigten hatten 2800 nicht abgestimmt, etwa 1300 hatten sich für Bürk entschieden, 357 für Hirt, 540 für Burkhardt.

In **Ellwangen/Amt** siegte eine Koalition aus Beamten und katholischen Geistlichen mit ihrem Kandidaten Franz Zimmerle[86] über den Protestanten Friedrich Retter, den Führer der Ellwanger Demokraten seit 1848[87]. Beide Seiten hatten einen intensiven Wahlkampf geführt. Zur Durchsetzung der Kandidaten sei geschehen, *was möglich war*, meldete der Oberamtmann nach Stuttgart[88]. Allerdings bewegte sich manches hart an der Grenze des Erlaubten. So berichtete der Oberamtmann von einem *gewissen Maß an Freigebigkeit* der Anhänger Retters bei den Wahlreisen und den Wahlversammlungen *durch Zahlung von Zechen in den Wirtshäusern*, ein damals sehr verbreitetes Mittel der Wählerbeeinflussung; auch sollten Wegweiser verändert worden sein. Die Gegenseite prangerte den sehr intensiven Einsatz der Beamten – vom Oberamtspfleger über die Forstbeamten[89] bis zu den Schultheißen – zu Zimmerles Gunsten an, und unzulässiges Agitieren von drei Geistlichen gegen Retter lieferte schließlich den Anlass zur Beanstandung und Neuansetzung der Wahl durch die Landtagsmehrheit[90].

---

[85] Siehe HStAS E 14, Bü 537, Gesslers Schreiben vom 7. Juli.; Gesslers Formulierung ist an dieser Stelle missverständlich; wörtlich heißt es: *Ob, wie die Bezirksbeamten annehmen, Burkhardt von Rothenstein in Rottweil sicher über Hirt und Bürk von Schwenningen siegen werde, möchte ich noch nicht so unbedingt annehmen, weil er Protestant ist* [...].

[86] Franz Joseph Zimmerle (1832–1907), Dr. jur.; seit 1866 Oberjustizassessor in seiner Geburtsstadt Ellwangen; Landtagsabgeordneter für Ellwangen/Amt 1862–1868; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 1071.

[87] Friedrich Retter (1816–1891), ehemal. Thurn und Taxis'scher Posthalter und Wirt in Ellwangen; Wirt und Landwirt in Pfahlheim; Wein- und Sandsteinhändler; Rittergutsbesitzer in Ellwangen; Landtagsabgeordneter für Ellwangen/Amt 1870–1876, für Heidenheim 1878–1882; Reichstagsabgeordneter für Esslingen etc. 1877–1878, für Cannstatt etc. 1881–1884; siehe auch: RUNGE, Volkspartei, S. 150; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 718.

[88] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 185/190 Bericht des Oberamts betr. die Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Ellwangen, 20. Juli 1868; im „Deutschen Volksblatt" Nr. 153, 3. Juli 1868 ist von „gewalttätigen Umtrieben", „Wühlereien", „Schmähungen, Verdächtigungen" gegen Zimmerle die Rede.

[89] Beobachter Nr. 165, 17. Juli 1868 „Ellwangen": Den Holzhauern in den Wäldern habe man mit Arbeitsentziehung gedroht, wenn sie den Zimmerle nicht wählten; nach einem ebd. zitierten Artikel aus der Jagst-Zeitung hätten die Revierförster von Ellwangen, Adelmannsfelden und Schrezheim hauptsächlich den Sieg für Zimmerle errungen.

[90] Verhandlungen der Württ. Kammer der Abgeordneten in den Jahren 1868 und 1870. 1.

Über die jeweiligen Organisationen und Helfer hinaus konnten beide Bewerber als Bezirksangehörige auch auf ihre verwandtschaftlichen Verbindungen bauen. Retter hatte in einen Gasthof in Pfahlheim eingeheiratet[91], Zimmerle – in Ellwangen geboren und mit ausgedehnter Verwandtschaft im Amt[92] – besaß zudem in Rosenberg eine Glasfabrik und war verheiratet mit der Tochter des Kameralverwalters Rau, der ihn im Wahlkampf fast ständig begleitete[93]; einer der Revierförster war zudem ein Onkel seiner Frau[94].

Der konfessionelle Gesichtspunkt spielte im Wahlkampf von vornherein eine zentrale Rolle. Retter, der demokratische Kandidat, attackierte den Gegner als Beamten und Ultramontanen und suchte die Wähler gleichzeitig dadurch zu gewinnen, dass er ihre Toleranz und Aufgeklärtheit rühmte. Zimmerles Anhang setzte „Ultramontaner" mit „guter Katholik" gleich und argumentierte, dass *ein durchaus katholischer Bezirk die Vertretung durch einen Protestanten vielleicht nicht ganz passend finden* werde[95]. Da beide Bewerber in der Außenpolitik großdeutsche Standpunkte vertraten, bot sich den Wählern schwerpunktmäßig die primär innenpolitische Alternative, sich der Abstimmung zu enthalten und andernfalls demokratisch-protestantisch oder konservativ-klerikal zu wählen: 41,8% blieben der Abstimmung fern, 30,9% entschieden sich für Zimmerle und 27,1% für Retter[96]. Die Abstimmenden ließen sich anscheinend jedoch nicht auf die gebotene Alternative festlegen, denn die Zusammenhänge zwischen den Parteistimmenanteilen und dem Katholikenanteil bleiben schwach[97].

In der einen Hälfte der acht Wahldistrikte lagen die beiden Bewerber fast gleichauf, bei hoher wie bei niedriger Wahlbeteiligung[98], und jeder von ihnen gewann hier je

---

Beilagenband, Stuttgart 1868–1870, S. 3–8, 483–495; die Abstimmung fand am 9. März 1870 statt.

[91] „Zur Erinnerung an Friedrich Retter", in: Ellwanger Jahrbuch (1915/16), S. 83.

[92] Schw. Kronik Nr. 61, 13. März 1870, S. 779.

[93] Verhandlungen (wie Anm. 90), S. 3–8, Anfechtungsschreiben des Rechtskonsulenten Löwenstein in Ellwangen.

[94] Beobachter Nr. 165, 17. Juli 1868 zitiert einen Artikel aus der Jagst-Zeitung.

[95] Deutsches Volksblatt Nr. 146, 25. Juni 1868 „Aus dem Ellwanger Amte"; Beobachter Nr. 165, 17. Juli 1868 „Ellwangen". – Anfangs hatte man auch versucht, die VP als die Partei der Advokaten und Fabrikanten hinzustellen, die die Interessen der Bauern gerade hinsichtlich der Steuerreform nicht vertreten werde (Staatsanzeiger Nr. 149, 25. Juni 1868, S. 1546 nach der „Jagst-Zeitung" Nr. 73).

[96] Die Einzelergebnisse für die Wahldistrikte sind veröffentlicht in: „Jagst-Zeitung. Zugleich Amts- u. Anzeigeblatt für den Jagst-Kreis", Nr. 81, 11. Juli 1868 – vom Stadtarchiv Ellwangen freundlicherweise zur Verfügung gestellt – und Beobachter Nr. 165, 19. Juli 1868. Die Anzahl der Wahlberechtigten für Distrikt I nach „Verhandlungen" (wie Anm. 90), ansonsten geschätzt auf der Grundlage der Werte von 1882. Für die Nachwahl am 14. Juli 1870 wurden 4 Wahldistrikte in ihrer Zusammensetzung verändert. Um die Anzahl der Wahlberechtigten in diesen neuen Distrikten (bei 201 zusätzlichen Stimmberechtigten) schätzen zu können, wurde ebenfalls auf die Werte von 1882 zurückgegriffen.

[97] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Ellwangen/Amt 2: für Zimmerles Stimmenanteil: r = 0.2206; für Retters Stimmenanteil sogar: r = 0.5211 (nicht sign.).

[98] Ellenberg (Distrikt II): Wb 46,5%, Retter 21,7%/ Zimmerle 24,5%; Röhlingen (VI): Wb 65,9%, Retter 34,5%/ Zimmerle 31,4%.

zwei Distrikte. In den Distrikten Lauchheim (IV) und Zipplingen (VIII) siegte Retter mit 10–14 Punkten Differenz, Jagstzell (III) und Neuler (V) gaben Zimmerle Mehrheiten von 16 und 18 Punkten. In einzelnen Fällen deuten sich mögliche Ursachen für diese Stimmenverteilung an. So lassen sich die hohen Anteile für Retter in Distrikt VI (Röhlingen, Pfahlheim) und für Zimmerle in Distrikt III (Jagstzell, Rindelbach, Rosenberg) mit ihren familiären Beziehungen in Verbindung bringen. In Unterschneidheim (Distrikt VII) und Hohenberg/Gemeinde Rosenberg (Distrikt III), vor allem aber in Neuler (Distrikt V) wirkten zudem die katholischen Geistlichen sehr entschieden für Zimmerle: Pfarrer Baur und sein Vikar gingen beispielsweise *in Neuler und sämtlichen Filialen von Haus zu Haus, wo die Wähler und insbesondere auch deren Weiber unter Betonung des Glaubens und der Seligkeit gegen den Protestanten Retter bearbeitet wurden*[99].

Wie die etwa 480 Wahlberechtigten protestantischen Glaubens abstimmten, lässt sich nur vermuten[100]. Die beiden fast rein protestantischen Gemeinden Walxheim und Benzenzimmern und auch diejenigen, die einen erheblichen protestantischen Bevölkerungsanteil aufwiesen[101], verteilten sich so über die Distrikte, dass ihr Einfluss in der Regel nicht fassbar wird. Eine mögliche Ausnahme stellt der Distrikt II (Ellenberg, Stödtlen, Wörth) dar; unter 591 stimmberechtigten Bürgern dürften sich etwa 160 Protestanten befunden haben, von denen vermutlich der größte Teil der 128 Stimmen für Retter stammte. Da die Wahlbeteiligung nur bei 46,5% lag, hätten sich zwei Drittel der Katholiken der Abstimmung enthalten, ein Drittel für Zimmerle votiert.

Der Landtag erklärte diese Wahl am 9. März 1870 für ungültig und setzte die Neuwahl auf den 14. Juli 1870 an. Sie fand dann unter ganz besonderen äußeren Voraussetzungen statt. Die außenpolitische Krise zwischen Frankreich und Preußen schien nach der offenen Kriegsdrohung des französischen Außenministers Gramont am 6. Juli und dem Verzicht des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern auf die spanische Thronkandidatur seines Sohnes am 12. Juli mit einer diplomatischen Niederlage, ja Demütigung Preußens zu enden. Dass Bismarck am Abend des 13. Juli die „Emser Depesche" an die diplomatischen Vertretungen und die internationale Presse übergeben hatte und damit Frankreich zur Kriegserklärung am 19. Juli zwang, kann den Wählern an diesem 14. Juli 1870 nicht bekannt gewesen sein[102]. – Innenpolitisch hatten der Adressensturm der Volkspartei im Frühjahr 1870, die Vertagung des Landtags und die Regierungsumbildung, die gerade von Großdeutschen als Provokation emp-

[99] Verhandlungen (wie S. 134, Anm. 90), S. 4.

[100] Da Retter möglicherweise in den Wahldistrikten mit hohem Katholikenanteil, in denen auch die Wahlbeteiligung höher lag (r = 0.6756), eher hohe Stimmenanteile gewann als in Distrikten mit einem hohen Protestantenanteil (r = 0.5211), wäre auch eine insgesamt niedrige Wahlbeteiligung der Protestanten denkbar.

[101] Bühlerzell 17,1%, Stödtlen 33,9%, Wörth 29,6%, Rosenberg 22,8%.

[102] Der Beobachter Nr. 161 vom 14. Juli 1868 bringt die Meldung vom Verzicht des Erbprinzen von Hohenzollern, zeigt sich aber misstrauisch; Rapp, Württemberger, S. 371: Das Siegesbankett Retters in Ellwangen wurde durch die Nachricht von der Kriegserklärung „gestört" (Beobachter 18. Juli 1870).

funden werden musste[103], zu einer verstärkten Politisierung und Polarisierung der Bevölkerung geführt. Die nächste Landtagssession würde den Konflikt zwischen Regierung und Landtag wahrscheinlich auf die Spitze treiben, und die Ellwanger Wahl bedeutete auch eine Stellungnahme in diesem Konflikt[104].

Die stärkere Politisierung der Bevölkerung drückte sich in der um 10 Prozentpunkte gestiegenen Wahlbeteiligung aus[105]. An der Kandidatenkonstellation[106] und dem Wahlergebnis[107] ließ sich schließlich die schwierige Lage der Regierung ablesen: Neben Zimmerle trat nun nämlich ein liberaler katholischer Bewerber auf, Franz Josef Wohlfromm[108], ein Bauer und Gemeinderat aus Dettingen, Gemeinde Röhlingen. Zimmerle, der sich im Landtag der ministeriellen Fraktion angeschlossen hatte und von den Beamten des Oberamts massiv unterstützt worden war[109], verlor 328 Stimmen (22%!), die meisten (301) in den Distrikten Lauchheim (IV), Neuler (V) und Röhlingen (VI)[110], jenen also, in denen der neue liberale und ortsansässige Konkurrent den weitaus größten Teil seiner Stimmen (169 von 207) gewann[111]. Speziell in Neuler (Bezirk V) dürfte Zimmerle zudem bei dieser Wahl die Unterstützung des Pfarrers gefehlt haben. In den übrigen Distrikten beliefen sich Zimmerles Verluste auf nur wenige Stimmen, anscheinend konnte er hier auf einen recht stabilen Wählerkreis von etwa einem Viertel der Berechtigten zählen. Während also Zimmerles Stimmenanteile bestenfalls stagnierten, votierten bei dieser Abstimmung 2039 Wähler für Retter, ein Zuwachs von 63% gegenüber 1868. Wo Retters Stimmenanteile hoch lagen, erreichte meist auch die Wahlbeteiligung hohe Werte[112]. Angesichts der politischen Lage scheint es Retter demnach gelungen zu sein, bisherige Nichtwähler in größerer Zahl für sich zu mobilisieren. Die Befürchtung des „Beobachters", das Auftre-

---

[103] Rapp, Württemberger, S. 346f.

[104] Ebd., S. 345ff.; Runge, Volkspartei S. 137ff.; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 401ff.; Brandt, Parlamentarismus, S. 791ff.

[105] Die Zahl der Stimmberechtigten lag 1870 um 201 (4,2%) höher, auch dies möglicherweise ein Indiz für gestiegenes politisches Interesse.

[106] Beobachter Nr. 150, 1. Juli 1870 „Die Ellwanger Wahl-Agitation" und Nr. 158, 10. Juli 1870 „Aus Ellwangen" vermitteln einen guten Überblick über den Wahlkampf und Hintergründe der Kandidatenaufstellung.

[107] Wahlergebnis nach Distrikten in: Beobachter,. 40. Jg., Nr. 165, 19. Juli 1870; die Zahl der Wahlberechtigten wurde geschätzt (siehe: S. 135 Anm. 96).

[108] Franz Josef Wohlfromm (1825–1876), lt. einer Mitteilung des Standesamts Ellwangen; sein Wahlprogramm: Jagst-Zeitung. Amts- und Anzeigeblatt für den Jagstkreis, Nr. 80, 9. Juli 1870; vgl. auch Beobachter Nr. 158, 10. Juli 1870.

[109] Jagst-Zeitung, Nr. 80, 9. Juli 1870.

[110] Die beiden letzteren waren neu zusammengesetzt worden.

[111] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Ellwangen/Amt 3: Die Korrelation zwischen den Stimmenanteilen der beiden katholischen Bewerber lag bei: r = –0.7032; Zimmerle, der Ministerielle, verlor Stimmen vor allem in den Distrikten mit dem höchsten Katholikenanteil (r = –0.7241); Wohlfromms Wähler stammten überwiegend aus Distrikten mit großen Agrarbetrieben (r = 0.8206), Zimmerles Anhänger aus Distrikten mit einem hohen Anteil an Agrarbetrieben zwischen 1 und 5 ha (r = 0.7130; Wohlfromm: r = –0.6973).

[112] Der statistische Zusammenhang liegt bei r = 0.8929 (für Zimmerle r = –0.5812, für Wohlfromm r = 0.0060).

ten Wohlfromms werde Retter wie Zimmerle schaden[113], hatte sich nicht bestätigt; und auch die *konfessionelle Leidenschaft und Gehässigkeit*, die das letzte Stadium des Wahlkampfes geprägt hatte[114], hatte dem Protestanten Retter eher genützt als geschadet.

β) Protestantische Wahlkreise – katholische Kandidaten

Seltener traten katholische Bewerber in mehrheitlich protestantischen Wahlkreisen auf; nur einer von ihnen, der Papierfabrikant Peter Paul Cavallo[115] aus Wildbad, konnte ein Mandat gewinnen. Gegen Cavallo, einen der bedeutendsten Fabrikanten des durch Forstwirtschaft und Gewerbe geprägten Oberamts **Neuenbürg**[116], kandidierte zunächst, wie 1862, der Schultheiß und Postverwalter von Herrenalb, Erhard Beutter[117]. Der „Beobachter" sprach sich gegen beide Kandidaten aus, wenn auch Beutters Fähigkeiten als tüchtiger Verwaltungsmann gewürdigt wurden[118]. Das „Deutsche Volksblatt" enthielt sich einer Stellungnahme.

Seitens der Deutschen Partei war vergeblich versucht worden, einen geeigneten Kandidaten zu finden[119]. Nun sah man sich *in einer äußerst verfahrenen Lage. Auf der einen Seite Cavallo, der viele seiner früheren Wähler durch unhöfliches Benehmen und arrogantes Auftreten verletzt und vor den Kopf gestoßen, sowie dessen politisches Verhalten auch manchem nicht behagt, auf der anderen Seite einen äußerst rührigen, ehrgeizigen Schultheißen, dem als Lohn für sein Auftreten und Verhalten in der Zollparlamentswahl die Unterstützung der Regierung unbezweifelt in Aussicht steht, wahrlich, die Aussichten sind trübe.* Die Anhänger der Deutschen Partei entschlossen sich daher wohl oder übel, an Cavallo festzuhalten, dessen Wahlchancen der geringen Motivation der Parteimitglieder wegen jedoch als schlecht eingeschätzt wurden, zumal *einem Regierungs-Protegé gegenüber, denn wohl in keinem Bezirk kann die Regierung größeren Einfluss auf die Wahlen ausüben als im hiesigen, mit seinen vielen Bediensteten, Waldarbeitern und ergebenen Schultheißen*[120]. Tatsächlich sah die Regierung jedoch keinen Grund, *dem Cavallo einen Gegenkandidaten gegen-*

[113] Beobachter, Nr. 158, 10. Juli 1870.

[114] Beobachter, Nr. 164, 17. Juli 1870.

[115] Peter Paul Cavallo (1799–1873), Landtagsabgeordneter für Neuenbürg 1857–1870: Schw. Kronik (1873), S. 294; BRANDT, Parlamentarismus, S. 165; S. 193 (nach W. LANGS Erinnerungen): Danach gehörte Cavallo zu den Altliberalen; vgl. auch: HÖGERLE, ZOLLER, Bad Herrenalb, S. 102; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 116.

[116] Vgl. Beschreibung des Oberamts Neuenbürg, Stuttgart 1860, S. 70ff.; daher war auch die Struktur der Wahlmänner des Oberamts untypisch, vgl. BRANDT, Parlamentarismus, S. 63ff.

[117] Erhard Beutter (1829–1891), Badinspektor, seit 1887 Stadtschultheiß; Landtagsabgeordneter für Neuenbürg 1870–1888; vgl. Schw. Kronik (1891), S. 1315; HÖGERLE, ZOLLER, Bad Herrenalb, S. 114; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 66f.

[118] Beobachter Nr. 130, 6. Juni 1868 „Bericht eines Handlungsreisenden (II)".

[119] Eduard Leo (1817–1883), reicher Holzhändler und Sägemüller in Höfen, im Juni 1868 Vertrauensmann der Deutschen Partei; Leo hatte die Kandidatur entschieden abgelehnt.

[120] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 389 Kaufmann Lutz an Hölder, Neuenbürg, 6. Juni 1868; vgl. auch Stück 334.

überzustellen, und so wurde Beutter *vermocht, nicht heimlich als Bewerber aufzutreten*[121]. Demgemäss konnte der Oberamtmann melden, *dass bei der letzten Abgeordnetenwahl im hiesigen Bezirk keine politischen Gegensätze zu Tage getreten sind*[122]. Angesichts dieser Umstände spielte Cavallos Konfession im öffentlichen Wahlkampf keine Rolle[123], denn es fehlten die politischen Gegner, die diesen Aspekt gegen ihn hätten ausnutzen können, während seine Förderer alles vermeiden mussten, was seine Wahlchancen verringern konnte.

Im Wahlergebnis spiegelte sich jedoch wider, dass Cavallos Position keineswegs unangefochten war, wozu auch seine Konfessionszugehörigkeit beigetragen haben mochte. Trotz der ministeriellen Unterstützung für den Papierfabrikanten entschieden sich nämlich 45,9% der Wähler, die überhaupt ihr Wahlrecht ausübten, gegen ihn und gaben ihre Stimme dem „heimlichen" Mitbewerber Beutter.

Insgesamt gesehen, zerfiel der Wahlkreis Neuenbürg in zwei Teile[124]. Drei Viertel der 1415 Wähler Cavallos stammten aus dem „Tal", den Wahldistrikten Neuenbürg (I) und Wildbad (VII); Beutter, der Schultheiß des Konkurrenten Herrenalb[125], brachte es hier nur auf 40 von insgesamt 1204 Stimmen (3,3%). In diesen städtischen Distrikten war der Einfluss der Beamten bzw. des Kandidaten besonders groß; hier konzentrierten sich die bedeutenderen Gewerbebetriebe und der Holzhandel des ansonsten armen Oberamtes[126]; die Deutsche Partei hatte hier ihre Anhänger[127]; nur hier lebte aber auch ein namhafter katholischer Bevölkerungsanteil[128]. In den übrigen

---

[121] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 2./3. Juli; vgl. Schw. Kronik Nr. 151, 26. Juni 1868, S. 1797.

[122] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 352 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Neuenbürg 15. Juli 1868.

[123] DV Nr. 161, 12. Juli 1868 „Wildbad, 10. Juli": Die Wahl sei fast unbemerkt vorübergegangen, das Badeleben stehe im Mittelpunkt; viele katholische Kurgäste besonders auch aus den höheren Ständen kämen nach Wildbad. Trotz einer gewissen Unzufriedenheit auf katholischer Seite, weil z.B. eine eigene Kirche fehlte, wollte man anscheinend keine religiösen Auseinandersetzungen, um die Kurgäste nicht zu verprellen.

[124] Vgl. StASig Wü 65/22 T.1 Oberamt Neuenbürg, Zollparlamentswahl: Mit dem Stuttgarter Kaufmann und Fabrikanten Georg Martin Dörtenbach [(1822–1891), geb. in Calw; Hirth's Deutscher Parlaments Almanach 7 (1868), S. 138f.] für die ministerielle Seite und Otto Elben für die Deutsche Partei kandidierten bei der Zollparlamentswahl zwei Ortsfremde; dennoch zeichnete sich auch schon bei dieser Gelegenheit eine ähnliche Zweiteilung ab: In den drei „Wald"-Distrikten fielen nur 109 von 1218 abgegebenen Stimmen bei 1712 Wahlberechtigten an die DP, 1109 an die Ministeriellen; im Distrikt Neuenbürg stimmten von 662 Wahlberechtigten 491 (74,17%) ab, 77 (11,63%) für Dörtenbach, 412 (62,24%) für Elben; Wildbad stimmte mit kleiner Mehrheit für Dörtenbach, Conweiler und Gräfenhausen entschieden sich mehrheitlich für Elben; siehe: Anhang A, S. 635.

[125] Die Rivalität zwischen Wildbad und Herrenalb wird z.B. in einem Telegramm mit dem Wahlergebnis greifbar: Deutsches Volksblatt Nr. 160, 11. Juli 1868 „Neuenbürg, 9. Juli".

[126] Vgl. Beschreibung des Oberamts Neuenbürg, Stuttgart 1860, S. 70ff.; z.B. Holzhandel in Höfen, Neuenbürg; Calmbach und Wildbad.

[127] Kaufmann Lutz und Fabrikverwalter Loos in Neuenbürg; Eduard Leo in Höfen (vgl. S. 138, Anm. 119); Schultheiß Hosch in Calmbach; auch Stadtschultheiß Wessinger von Neuenbürg scheint der DP nahe gestanden zu haben.

[128] Nach dem Stand vom 3. Dezember 1867 lebten in der Oberamtsstadt 11,5%, in Wildbad

fünf Distrikten fiel die Mehrheit der Stimmen an Beutter; in seinem Heimatdistrikt Herrenalb waren es 58,3%, in den anderen beiden „Wald"-Distrikten Schömberg (VI) und Grunbach (IV) 32,3% und 28,99%, in Conweiler (II) 37,91% und Gräfenhausen (III) 25,99%.

Die Wahlbeteiligung blieb mit 56,16% niedrig; sie erreichte den Landesdurchschnitt in den Distrikten mit einem hohen Stimmenanteil für Cavallo[129] und sank in den Distrikten Grunbach und Gräfenhausen auf 40,53% und 33,61%, wo nur 10,06% und 7,62% für Cavallo gestimmt hatten[130]. Das geringe Wählerinteresse in der Mehrzahl der Distrikte ist demnach als eine Stellungnahme der Wahlberechtigten gegen Cavallo zu interpretieren; dabei mag vor allem auch in den ländlichen Gemeinden der konfessionelle Faktor eine Rolle gespielt haben.

Auch im Oberamt **Schorndorf** kandidierte in der Person des Winterbacher Verwaltungsaktuars Kern[131] ein Katholik, der der konservativen großdeutschen Richtung zugerechnet werden muss[132]. Die überaus schlechte Quellenlage[133] gestattet nur wenige begründete Vermutungen über die Rolle, die Kerns Konfession bei der Wählerentscheidung spielte.

Der Wahlkampf im Oberamt Schorndorf war vor allem deswegen von Bedeutung, weil hier – einmalig im Königreich Württemberg – Deutsche Partei und Volkspartei ein gemeinsames Wahlkomitee gebildet hatten, um die Wahl eines Staatsdieners zu verhindern[134], – eine „Missehe", wie der „Beobachter" im Nachhinein urteilte[135]. Ihr gemeinsamer Kandidat, der *Preuße und Ständeveteran Duvernoy*[136], wurde jedoch mit einer krachenden Niederlage nach Hause geschickt: Bei hoher Wahlbeteiligung

---

4,7% Katholiken.; vgl. Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Neuenbürg 2: Cavallos Stimmenanteil (Gd68) stand aber in leicht negativem Zusammenhang mit dem katholischen Bevölkerungsanteil (r = -0.2353).

[129] Wildbad 67,10%; Neuenbürg 64,03%.

[130] Beutters Heimatdistrikt Herrenalb fällt etwas aus dem Rahmen; mit Herrenalb liegt der Zusammenhang bei r = 0.65, ohne Herrenalb bei r = 1.00 (gesonderte Berechnung); zwischen Beutters Stimmenanteilen und der Wahlbeteiligung besteht ein positiver Zusammenhang (r = 0.7895); vgl. Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Neuenbürg 2.

[131] Carl Cuno Kern (1816–1883) (frdl. Auskunft durch das Standesamt Winterbach).

[132] Innenminister Gessler (HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Schreiben vom 7. Juli) bezeichnet ihn als „sehr konservativ"; Kern wurde aber nicht durch das „Deutsche Volksblatt" unterstützt (vgl. Nr. 154, 4. Juli 1868).

[133] Weder im Stadtarchiv Schorndorf noch im Kreisarchiv Waiblingen ließen sich weiterführende Informationen, wie z.B. die detaillierten Wahlergebnisse, auffinden.

[134] Schw. Kronik Nr. 155, 1. Juli 1868, S. 1845.

[135] Nr. 160, 11. Juli 1868, „Schorndorf, den 9. Juli 1868"; die SVZ übergeht die Vorgänge in diesem Wahlkreis mit Stillschweigen.

[136] Brandt, Parlamentarismus, S. 165; Gustav Heinrich Duvernoy (1802–1890), Dr. jur.; „Germania" Tübingen Jg. 1820; Märzminister; Landtagsabgeordneter für Öhringen 1833/I-1848, für Schorndorf 1851–1868; Vizepräsident der Kammer 1857–1861 und 1864–1868; Präsident der I. und II. ev. Landessynode; vgl. ADB 48, S. 217–219; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 151ff.

von 69,53% entschieden sich nur 524 (10,3%) Wähler für ihn, während Kern 20,8% und der ministerielle Bewerber Hofacker[137] 38,20% erreichten.

Die Gründe für diese Niederlage waren vielfältig. Zum einen scheint Duvernoys Auffassung von seiner Rolle gegenüber seinen Wählern noch nicht auf der Höhe der Zeit gewesen zu sein. Innenminister Gessler schrieb Anfang Juli: *Wenn* [Duvernoy] *geglaubt hatte, auf Grund seines Nimbus sich nicht in den Bezirk begeben zu müssen, so ist er davon geheilt*[138]. Und auch der Oberamtmann deutete an, dass Duvernoy den Kontakt zu etlichen seiner Wähler hatte abreißen lassen: Die Sympathien für ihn seien *in den meisten Landgemeinden erloschen, insbesondere auf dem Schurwald und im Wieslauftal, wohin er niemals kam*[139]. Als Duvernoy dann schließlich Ende Juni persönlich in den Wahlkampf eingriff, hatten seine Gegner schon einen großen Vorsprung erarbeitet, und der Oberamtmann hatte für Hofacker Partei ergriffen. In Duvernoys Wahlkampfkomitee, gebildet aus den Ortsvereinen der Deutschen Partei und der Volkspartei, hatte bis zu diesem Zeitpunkt Unentschlossenheit geherrscht. Der Volksverein hatte sich nicht dazu durchringen können, die vom Landeskomitee vorgeschlagene Kandidatur des Gmünder Fabrikanten Eduard Forster zu übernehmen, aber auch keinen eigenen Kandidaten präsentieren können[140]. Da beide Parteivereine anscheinend nur wenig Rückhalt in der Bevölkerung gefunden hatten[141], konnte jeder für sich hoffen, durch die gemeinsame Unterstützung des vermutlichen Wahlsiegers[142] die Basis der Vereine zu verbreitern. Das Wahlergebnis zeigte, wie wenig die Erwartungen des Innenministers oder taktische Überlegungen der liberalen Parteien[143] mit der Wirklichkeit übereinstimmten. Nur ein kleiner Teil der Wahlberechtigten, anscheinend auch nicht alle Anhänger der Volkspartei[144], waren noch bereit, für den *Preußen* zu stimmen; bei der Entscheidung zwischen dem Großdeutschen und dem Ministeriellen mögen, wie der Innenminister für den Fall einer Stichwahl vermutete[145], die Konfession Kerns und seine *sehr konservative* Einstellung zu Hofackers Gunsten gewirkt haben, zumal der ministerielle Bewerber aus der Oberamtsstadt stammte.

---

[137] August Ludwig (von) Hofacker (1824–1906), geboren in Schorndorf; Postrat in Stuttgart; Landtagsabgeordneter für Schorndorf 1868–1894; Schw. Kronik (1890), S. 1621 und Nr. 174, Nr. 176 (1906), S. 5; Staatsanzeiger (1906), S. 643; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 371f.

[138] HStAS E 14, Bü 537, Gessler an von Egloffstein 2./3. Juli.

[139] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 437/440–442 Bericht des Oberamts betr. die Bewegung bei der letzten Abgeordnetenwahl, Schorndorf, 15. Juli 1868.

[140] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 438 Bericht des Oberamts betr. angebliche Umtriebe, Schorndorf, 4. August 1868.

[141] Runge, Volkspartei, S. 72.

[142] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 2./3. Juli 1868; am 7. Juli rechnete er immer noch mit einer Stichwahl, die Hofacker gewinnen würde.

[143] Vgl. auch Brandt, Parlamentarismus, S. 165.

[144] Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868, „Schorndorf, den 9. Juli 1868"; wenigstens gehörte dieser Korrespondent des „Beobachters" zu den Gegnern der Zusammenarbeit mit der DP.

[145] Wie Anm. 142.

Die Konfessionszugehörigkeit prägte die Landtagswahl in der Stadt **Ulm** schließlich in ganz besonderer Weise, indem sich hier – auch dies einmalig im Königreich Württemberg – mit Philipp Ludwig Adam und Eduard Pfeiffer ein Katholik und ein Vertreter der jüdischen Religion um die Stimmen einer mehrheitlich protestantischen Wählerschaft bewarben[146].

Adam, einer der maßgeblichen Männer im öffentlichen Leben Ulms[147], personifizierte geradezu die großdeutsche Idee als ehemaliger Vorsitzender des „Großdeutschen Vereins für Württemberg" mit Sitz in Ulm[148]; der konservative Großdeutsche[149] kandidierte jedoch mit einem *ultrademokratischen Programm.*[150] Als Kompromisskandidat[151] bezahlte er so anscheinend den Preis dafür, dass die Ulmer Volkspartei seine Kandidatur unterstützte[152]. Dieses freisinnige Programm rief aber auch Zweifel an seiner Zuverlässigkeit und das Misstrauen vieler Konservativer[153] wie auch das des „Beobachters" hervor. Als schließlich am Tag vor der Wahl der Ulmer Oberbürgermeister von Heim[154] am Ende einer Gemeinderatssitzung die Ulmer öffentlich zur Wahl Adams aufrief[155], entschied sich der „Beobachter" vollends gegen den großdeutsch-katholischen Bewerber[156]. Das „Deutsche Volksblatt", vormals das Vereinsorgan des Großdeutschen Vereins[157], verhielt sich während des Wahlkampfes auffällig zurückhaltend und meldete lediglich, dass Dr. Adam wahrscheinlich siegen und sein Konkurrent nur wenig Anhang finden werde[158]. Der Stuttgarter Bankier Eduard Pfeiffer trat für die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage ein und wurde

---

[146] Am 3. Dezember 1867 belief sich der katholische Bevölkerungsanteil auf 21,55%, der protestantische auf 76,18%, „übrige" auf 2,27% (561).

[147] Real, Reformverein, S. 106, Anm. 84: Ph. L. Adam war Gründungsmitglied und Vorstand des Vereins für Kunst und Altertum, des Ulmer Handelsvereins, der Ulmer Handels- und Gewerbekammer (1868/1874); vgl. auch Raberg, Biographisches Handbuch, S. 3f.

[148] Wie Real, Reformverein, S. 106f. herausarbeitet, stand Adam für die katholisch-konservative Ausrichtung des Vereins; Trox, Bürger in Ulm, S. 217ff.

[149] Vgl. oben, S. 103, Anm. 558.

[150] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 490/497 Bericht des Oberamts betr. die Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Ulm 6. November 1868; E 14, Bü 537, Bl. 5 Gessler an von Egloffstein, 12. Juli 1868; Stadtarchiv Ulm G5/52 1868; Ulmer Tagblatt Nr. 161, 12. Juli 1868, S. 668 „Ulm, 11. Juli (Einges.)".

[151] Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868 „Die beiden Ulmer Wahlen".

[152] Runge, Volkspartei, S. 123, die diesen Aspekt nicht anspricht.

[153] Ulmer Tagblatt Nr., 161, 12. Juli 1868, S. 668 „Ulm, 11. Juli (Einges.)".

[154] Karl (von) Heim (1820–1895), Reichstagsabgeordneter (DRP) für Geislingen/Heidenheim/Ulm 1877–1881; Schw. Kronik (1895) Nr. 84, S. 709; Nr. 111, S. 940f.

[155] Staatsanzeiger Nr. 161, 9. Juli 1868, S. 1674f.; SVZ Nr. 159, 11. Juli 1868: *„Nach solchen Opfern, heilig großen – durchgefallen. Gratulationsschreiben an den würdigen Gemeindevorstand und die ehrsamen Ratsverwandten einer einst freien, später nach dem Grundsatze ‚Macht geht vor Recht' von Bayern und Württemberg annektierten Reichsstadt".*

[156] Beobachter Nr. 159, 10. Juli 1868 „Der Bürgermeister von Ulm"; Heims Rede wurde sofort als Flugblatt verbreitet.

[157] Real, Reformverein, S. 106.

[158] Nr. 149, 28. Juni 1868.

aktiv von der Deutschen Partei Ulms unterstützt[159]. Auf Grund seiner Position in der württembergischen Arbeiterbewegung dürfte Pfeiffer auch für den einfachen Bürger wählbar gewesen sein[160].

Nach dem zusammenfassenden Bericht des Oberamtmanns[161] wurde der Wahlkampf von beiden Seiten auch über die „Ulmer Schnellpost" und das „Ulmer Tagblatt" mit äußerster Heftigkeit geführt[162]; dennoch blieb die Wahlbeteiligung mit 59,6% deutlich unter dem Landesdurchschnitt[163]. Entgegen den Erwartungen des Innenministers[164] siegte Pfeiffer mit 31,57% gegen 27,76% der verfügbaren Stimmen[165]. Das „Deutsche Volksblatt", das sich nun mit zwei langen Artikeln zu Wort meldete, führte zwei Gründe für die Niederlage Adams an: einerseits *die Flauheit der Bürgerschaft*, über 2000 Wahlberechtigte hätten sich der Abstimmung enthalten[166]; andererseits habe *nicht die Mehrzahl der Bürgerschaft Ulms* [...] *den jungen Achilles der preußischen Partei gewählt, sondern nur eine Minderzahl* [sei] *Meister über* [die Ulmer] *geworden durch die Verstärkung, welche ihr die vom Staate Württemberg unterhaltenen Kanzleien, Schulen und Kasernen lieferten.* [...] *Die Stadt nicht, die Festung gab den Entscheid*[167]. Was das Abstimmverhalten des Militärs betrifft, das der Innenminister vor der Wahl für Adam hatte beeinflussen wollen[168], so musste Gessler dem Kabinettschef nun berichten, dass nachweislich *zumindesten 371 Angehörige des Militärs für Pfeiffer gestimmt* hätten; entschuldigend fügte er hinzu: *Das Programm des Dr. Adam bot jedenfalls vom konservativen Standpunkt aus mehr Anlass*

---

159 Vgl. Runge, Volkspartei, S. 71f.; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 341; Trox, Bürger in Ulm, S. 220; Staatsanzeiger Nr. 161, 9. Juli 1868, S. 1674: Pfeiffers Auftritt am 6. Juli war vom Wahlkomitee der DP regelrecht inszeniert worden; als Kaufmann Magirus Pfeiffer das Wort erteilte, wurde der Hauptgashahn stärker geöffnet, und *alle Flammen an den Kronleuchtern der Halle strahlten in erhöhtem Glanz. Hervortrat der junge Redner, begrüßt vom jubelnden Zuruf seiner Verehrer, umleuchtet vom blendenden Kerzenlicht* [...].

160 Schmierer, Von der Arbeiterbildung, S. 85ff.; Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868 „Die beiden Ulmer Wahlen"; es heißt dort über Pfeiffer: *Von jeher mit dem Studium der sozialen Frage vorzugsweise beschäftigt, ist er in der eigentlichen Politik auf falsche Bahn geraten* [...] *vom Stande der Arbeiter hoch geschätzt wegen der Liebe, mit der er seinen Interessen gedient hat. Eine solche Kraft weiß auch der Gegner zu achten.*

161 HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 490/497; Staatsanzeiger Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1600.

162 Vgl. Weltin, Die Ulmer Presse, S. 468.

163 Das Wählerinteresse blieb in Ulm gering: Bis 1900 wurde das Ergebnis von 1868 nur einmal – in der Stichwahl vom 20. März 1894, als 66,8% erreicht wurden – überboten; 1882 wurden nur 24,6% erreicht.

164 HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Schreiben Gesslers an von Egloffstein vom 2./3. Juli und 7. Juli 1868.

165 SVZ Nr. 159, 11. Juli 1868 (Frontseite: „Nach solchen Opfern...."): Von allen Kandidaten der DP fürchte die Regierung keinen so sehr wie Pfeiffer.

166 Deutsches Volksblatt Nr. 163, 15. Juli 1868 „Ulm, 12. Juli".

167 Deutsches Volksblatt Nr. 166, 18. Juli 1868 „Aus Stadt Ulm".

168 HStAS E 14, Bü 1185/86 Gessler an von Egloffstein, 24. Juni 1868, zitiert nach Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 118.

zur Bemängelung als das Pfeiffers, und so kann ich Offizieren es nicht allzu sehr verübeln, wenn sie sich an demselben gestoßen haben sollten[169].

Der Vorwurf der *Flauheit*, erhoben von katholischer Seite, an die Adresse der mehrheitlich protestantischen Ulmer Bürger, weil sie ihre Stimme nicht dem katholischen Bewerber gegeben, sondern der Abstimmung ferngeblieben waren und so dem jüdischen Kandidaten den Sieg ermöglicht hatten, führte unterschwellig den konfessionellen Gesichtspunkt in die Argumentation ein und lief auf den Vorwurf mangelnder Solidarität der Christen gegenüber dem Juden hinaus[170].

Pfeiffers Konfessionszugehörigkeit kam in der Tat besondere Bedeutung zu. Der Innenminister hatte vor der Wahl vermutet, Adam werde siegen, *da der Ur-Ulmer auf den Juden nicht abstimmen* wolle[171]. Der „Beobachter" stellte den emanzipatorischen Aspekt von Pfeiffers Kandidatur und Wahlsieg heraus: *Er ist der erste Jude, der in Württemberg in die Kammer gewählt wird. Das Landeskomitee der Volkspartei hatte in dem an seine Vertrauensmänner gerichteten Wahlausschreiben vom 10. Mai dringend die Wahl eines Juden empfohlen, aber in keinem einzelnen Wahlbezirk wollte es sich fügen, die Parteigenossen auf eine solche Kandidatur zu vereinigen. Unsern Gegnern* [...] *war es vorbehalten, zuerst das alte Vorurteil zu brechen. In diesem Sinne wenigstens können wir uns ihres Sieges mit erfreuen*[172]. Das „Ulmer Tagblatt", das Adam unterstützt hatte und das Lob des „Beobachters" für Pfeiffer als unbegründet und taktlos zurückwies, entgegnete darauf: *Auch die Ehre, den ersten Juden in die Abgeordnetenkammer gewählt zu haben, hätten wir der ersten Stadt des Landes, von wo er ist, gegönnt, die zweite Stadt wäre darauf nicht eifersüchtig gewesen*[173]. Die öffentliche Meinung[174], zumal in Ulm, reagierte also durchaus zwiespältig auf die beiden Kandidaten, und so scheint es verständlich, dass ein großer Teil der Wahlberechtigten der Entscheidung zwischen den Bewerbern durch Enthaltung auswich. Der Blick auf das Wahlergebnis bestätigt diesen Befund in einigen Punkten.

Leider liegt nur die Stimmenzahl der beiden Bewerber in den vier Ulmer Stimmbezirken vor. Die fehlenden Angaben – die jeweilige Anzahl der Wahlberechtigten wie auch die der Abstimmenden[175] – lassen sich aber auf der Grundlage der Wahlergeb-

[169] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 5 Gessler an von Egloffstein, 12. Juli 1868; anlässlich der Landtagswahl von 1870 bat Oberbürgermeister von Heim den Kabinettschef um eine entsprechende Einwirkung auf das Militär, vgl. Bü 537, Bl. 1 Heim an von Egloffstein, Ulm, 28. November 1870; DV Nr. 163, 15. Juli 1868 „Ulm, 12. Juli": Danach haben die Stabsoffiziere nicht gewählt.

[170] Der Ulmer Korrespondent des DV bemühte für das „Volk" das Bild des Pilatus, der seine Hände in Unschuld wäscht.

[171] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 2./3. Juli 1868.

[172] Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868 „Die beiden Ulmer Wahlen"; die SVZ Nr. 161, 14. Juli 1868 „Rote Schlauköpfe"; Nr. 166, 19. Juli 1868, S. 701f. „Die beleidigte Rosine" wirft dem Beobachter in dieser Hinsicht vor, verlogen zu sein. – Die Haltung der VP gegenüber den jüdischen Wählern richtete sich im Übrigen nicht nach grundsätzlichen, emanzipatorischen Gesichtspunkten, sondern danach, ob diese die Volkspartei oder deren Gegner unterstützten.

[173] Ulmer Tagblatt Nr. 161, 12. Juli 1868, S. 668.

[174] Dazu besonders: Rapp, Württemberger, S. 306ff. auch mit einigen kritischen Tönen.

[175] In SVZ Nr. 166, 19. Juli 1868, S. 701f. „Die beleidigte Rosine" fehlen diese Zahlen ebenfalls; acht zersplitterte Stimmen lassen sich nicht zuordnen.

nisse von 1870 recht fundiert schätzen, so dass für 1868 wenigstens die Trends greifbar werden. Wenn die Anzahl der Zivilwähler auch bei der Landtagswahl von 1868 bei etwa 4000 gelegen hat[176], so betrug die Zahl der wahlberechtigten Militärangehörigen etwa 1300; diese haben, wie 1870, in Distrikt 4 „Theatersaal" abgestimmt[177].

Auf der Grundlage der Anzahl der Wahlberechtigten von 1870 ergibt sich für die vier Wahldistrikte folgendes Ergebnis:

Übersicht 5: Ergebnisse der Stimmbezirke der Stadt Ulm bei der Landtagswahl 1868 (geschätzt)

Wahldistrikt	Beteiligung	Pfeiffer		Adam	
	%	absol.	%	absol.	%
1. Münsterbauhütte	57,6	329	28,6	333	28,9
2. Rathaus	50,7	416	27,2	360	23,5
3. Markthalle	57,5	338	29,4	323	28,1
4. Theatersaal	71,1	598	40,1	462	31,0
Stadt insgesamt	59,6	1681	31,57	1478	27,76

Die geringe Wahlbeteiligung in den drei „zivilen" Distrikten macht die Zurückhaltung eines sehr großen Teils der Ulmer noch einmal augenfällig, eine Zurückhaltung, von der Adam anscheinend nachhaltiger betroffen war als Pfeiffer. Im Wahldistrikt der Garnison (mit nur 100–200 zivilen Wählern) lag die Wahlbeteiligung dagegen um 15 Punkte über dem Durchschnitt der „zivilen" Distrikte; von dem erheblich größeren Interesse der Garnison profitierte Pfeiffer wiederum mehr als Adam und konnte hier seinen Vorsprung von 67 Stimmen aus den „zivilen" Distrikten auf 203 Stimmen ausbauen. Ein sehr erheblicher Teil der Soldaten stimmte freilich auch für den großdeutschen Kandidaten, und so erweist sich die Deutung des Ulmer Wahlergebnisses im „Deutschen Volksblatt" als verzerrt: Das Desinteresse eines großen Teils der Wahlberechtigten war noch größer, als es der Durchschnittswert der ganzen Stadt ausdrückt, andererseits gewann Pfeiffer die Wahl nicht etwa nur im Garnisonsdistrikt, sondern in drei von vier Distrikten[178].

[176] Heim an von Egloffstein, Ulm, 28. November 1870 (wie S. 144, Anm. 169): 1870 standen den ca. 3400 Garnisonsangehörigen etwa 4000 zivile Wähler gegenüber.

[177] SVZ Nr. 166, 19. Juli 1868, S. 701 f. „Die beleidigte Rosine"; Ulmer Tagblatt Nr. 288, 8. Dezember 1870, S. 1212; die Zuordnung der Wahlberechtigten zu den Distrikten erfolgte nach dem Anfangsbuchstaben des Nachnamens.

[178] SVZ Nr. 166, 19. Juli 1868, S. 701 f. „Die beleidigte Rosine"; der Artikel argumentiert ähnlich, um die Behauptung des „Beobachters" zu widerlegen, Pfeiffer sei gegen den Willen der Bürgerschaft nur durch das illoyale Verhalten des Militärs gewählt worden.

2. Gemeindegrößen

In der Stadt Ellwangen, der *sichersten Festung des offiziös katholischen Interesses*, erreichte der Rechtsanwalt und Stadtschultheiß Leonhard Bayrhammer[179] Stimmenanteile von *schwindelnder Höhe*[180]. Die 64,1% der verfügbaren Stimmen, die für Bayrhammer abgegeben wurden, liegen tatsächlich in einer Größenordnung, die in den anderen Wahlkreisen nur sehr selten und meist allenfalls bei Ergänzungswahlen zu verzeichnen war[181]; im Normalfall reichten die höchsten Stimmenanteile eines einzelnen Kandidaten an 54% heran[182].

Der Wahlkreis Ellwangen/Stadt umfasste 1868 nur 678 Wahlberechtigte, von denen 464 (68,44%) abstimmten, 436 für Bayrhammer. Die geringe Größe des Wahlkreises erklärt das scheinbar außergewöhnliche Wahlverhalten. Offensichtlich ist es viel einfacher, eine Wählerschaft von 678 Bürgern anzusprechen und in ihrer Mehrheit für einen Kandidaten, der zudem noch ihr Stadtschultheiß war, zu gewinnen als eine acht- oder zehnfach höhere Anzahl von Wählern, die obendrein noch auf eine Vielzahl von Gemeinden verstreut waren. Verglichen aber mit Wahldistrikten, die der Stadt Ellwangen hinsichtlich der Zahl der Wahlberechtigten entsprachen, erscheint dann der Stimmenanteil Bayrhammers so ungewöhnlich nicht: Für Moriz Mohl wurden zum Beispiel in drei Wahldistrikten zwischen 61% und 69% der verfügbaren Stimmen abgegeben, Robert Römer brachte es in der Stadt Geislingen auf 80,94%, in Kuchen auf 74,8%, Louis Schwarz erreichte in Ebingen 75,5%, in Tailfingen 62,67% und für Mittnacht schließlich stimmten in drei Distrikten des Oberamts Mergentheim 78,41%, 86,83% und 82,39% der Wahlberechtigten.

Solch homogenes Verhalten bestimmter Wählergruppen wurde zudem durch das Wahlverfahren gefördert. Die Wähler konnten nämlich am Wahltag nicht zu einer beliebigen Zeit abstimmen; vielmehr war recht genau vorgeschrieben, wann wer seine Stimme abgeben durfte. In der Stadt Freudenstadt etwa war das Wahllokal von 7 Uhr bis 14 Uhr geöffnet; die Wähler des Rathaus-Viertels durften ausschließlich zwischen 7.00 und 8.30 Uhr abstimmen, die des Kirchen-Viertels von 10.00 bis 11.30 Uhr usw. Für die kleineren Gemeinden, deren Bürger zum Teil erhebliche Wegstrecken zum Abstimmungsort zurücklegen mussten, stand oftmals noch weniger Zeit zur Verfü-

---

[179] Leonhard Bayrhammer (1822–1881), Landtagsabgeordneter für Ellwangen/Stadt 1862–1881; Reichstagsabgeordneter für Aalen, Ellwangen etc. 1874–1876; Ausschussmitglied des „Großdeutschen Vereins", vgl. Real, Reformverein, S. 106; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 39f.

[180] Brandt, Parlamentarismus, S. 173; Brandt nennt 94%, er bezieht sich dabei aber auf die abgegebenen Stimmen!

[181] In Vaihingen fielen 60,99% der verfügbaren Stimmen auf Franz Hopf; bei der Ergänzungswahl erreichte Erath im OA Horb 76,13%, Deffner im OA Esslingen 68,06%. – Bayrhammers Anteil von 94% an den abgegebenen Stimmen wird noch übertroffen von Ruf im OA Neresheim (99,9%) allerdings bei einer Wahlbeteiligung von nur 51,43%! [Joseph Laurentius Ruf (1817–1886), Werkmeister in Neresheim, Landtagsabgeordneter für Neresheim 1862–1886; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 746].

[182] Bayha im Oberamt Leonberg mit 53,92%, siehe unten, S. 230.

gung. Im Wahldistrikt Loßburg/Oberamt Freudenstadt, der aus sechs Gemeinden mit Einwohnerzahlen zwischen 835 und 309 bestand, konnte zwischen 7 und 12 Uhr abgestimmt werden. Für drei Gemeinden waren dafür je 30 Minuten reserviert, für zwei Gemeinden je 60 Minuten und für die größte Gemeinde schließlich 90 Minuten. Während dieser Abstimmzeiten musste der Schultheiß oder ein von ihm bestimmtes Mitglied der bürgerlichen Kollegien anwesend sein, um gegebenenfalls Wähler zu identifizieren[183].

Berufliche Zwänge schließlich konnten den Zeitdruck noch erhöhen. Der Korrespondent des „Beobachters" berichtete lobend von einem Beispiel in Aalen, wo das Gegenteil der Fall war: *Am hiesigen Rathaus war* [...] *abends von 4–6 Uhr, als die Arbeiter anrückten, ungeheurer Andrang; es trug übrigens das Entgegenkommen der Verwaltungen Wasseralfingen und der hiesigen Reparatur-Werkstätte – welche den Arbeitern rechtzeitigen Abgang gestatteten – viel dazu bei*[184]. Ohne dieses Entgegenkommen, so darf man folgern, wäre es einem Teil der Arbeiter nicht mehr möglich gewesen, ihre Stimme abzugeben[185]. Unter solchen Bedingungen machten sich die Wahlberechtigten oftmals gemeinsam auf den Weg zur Wahlurne[186] und feierten auch den vollzogenen Wahlakt miteinander. Der Bericht des Oberamtmanns von Blaubeuren ist einer der wenigen, die ausnahmsweise einmal diesen Aspekt der Wahlhandlung berühren; es heißt darin: *Die Wahlmänner einiger Orte kamen in geschlossenen Zügen mit Abzeichen an den Hüten (Nussblättern)*[187]*, eine Inschrift tragend und dergleichen, aber im Übrigen in ruhiger Haltung zur Wahlurne und begaben sich von da in das Wirtschaftslokal des Kandidaten* [...]*, wo auch frei gezecht worden sein soll*[188].

Nach einem Bericht des „Beobachters" über die Wahl August Bechers im Oberamt Künzelsau zogen *die Berlichinger* [...] *mit 11 Mann Musik zur Wahl nach Schöntal, die Musik spielte, während sie ihre Stimmzettel für Becher abgaben, und dann stimmten die Musiker ab unter Gesangbegleitung der anderen Wähler. Die Braunsbacher zogen unter Voraustragung eines riesigen Bechers nach Döttingen*[189].

Im Oberamt Waldsee hatten sich die „Wählergemeinden" Ziegelbach, Arnach und

---

[183] Der Grenzer. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Freudenstadt, Nr. 74, 27. Juni 1868.

[184] Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868 „Aalen".

[185] Beobachter Nr. 163, 15. Juli 1868 „Aus dem Amt Reutlingen": In Pfullingen hätten die preußischen Fabrikanten ihre Arbeiter auf einige Stunden für die Wahl beurlaubt.

[186] Der Rottenburger Korrespondent des „Beobachters" (Nr. 165, 17. Juli 1868) kritisiert, dass *bei unserem Landvolke noch der urväterliche Brauch existiert, daß die Bauern stimmen, wie der Schultheiß stimmt.*

[187] Es handelte sich um Anhänger des volksparteilichen Kandidaten Karl Nüßle (1816–1892), Bierbrauer, Löwenwirt und Stadtrat in Blaubeuren, Landtagsabgeordneter für Blaubeuren 1850 (II, III), 1851–1855; 1868–1870; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 621f.

[188] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 28–29 Bericht des Oberamts betr. angebliche Umtriebe bei den Landtagswahlen, Blaubeuren, 5. August 1868.

[189] Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868 „Künzelsau, den 9. Juli"; Staatsanzeiger Nr. 168, 17. Juli 1868, S. 1744: Schultheiß Faas von Berlichingen und fünf Gemeinderäte verwahrten sich gegen diese Darstellung des „Beobachters".

Haidgau – also wohl die Wahlberechtigten dieser Gemeinden[190] – vor der Wahl öffentlich durch ihre Schultheißen verpflichtet, für den Kandidaten Sauter zu stimmen[191]. Die Wählerschaft von Ziegelbach, die anscheinend geschlossen in den Abstimmungsort gekommen war, entschloss sich dann jedoch auf Anraten ihres Pfarrers kurzfristig, für den volksparteilichen Kandidaten zu stimmen, um die Wahl des protestantischen Bewerbers von der Deutschen Partei zu verhindern[192].

Die genannten Beispiele belegen den Anpassungsdruck, dem die Wahlberechtigten in kleineren Gemeinden, wo jeder jeden kannte, ausgesetzt waren. Dieser Druck konnte sich freilich auch in kollektiver Wahlenthaltung äußern, und so ist es unwahrscheinlich, dass dieses Verhalten in den Durchschnittswerten der Wahlbeteiligung auf Landes- oder Wahlkreisebene greifbar wird.

Betrachtet man die Wahlbeteiligung in den Wahldistrikten aufgeschlüsselt nach den Gemeindegrößen[193], so zeigt sich ein deutlicher, aber anscheinend nicht linearer Zusammenhang zwischen den Ortsgrößenklassen und der Höhe der Wahlbeteiligung:

Übersicht 6: Die Wahlbeteiligung in protestantischen und katholischen Wahldistrikten verschiedener Größen

		Alle Distrikte		
		N=	% Wb	
	>20000	2	58,32	
	>2000	19	64,29	
	>1500	34	65,04	
	>1000	99	63,01	
	<1000	137	62,18	

prot. Distrikte (N= 185)				kath. Distrikte (N= 106)		
	N=	% Wb		N=	% Wb	
>20000	2	58,32		0	0,0	>20000
>2000	14	63,68		5	66,81	>2000
>1500	28	65,91		6	59,97	>1500
>1000	67	64,36		32	60,17	>1000
<1000	74	63,54		63	60,62	<1000

[190] Einwohnerzahl am 3. Dezember 1867: Ziegelbach 444, Arnach 607 (40 Teilgemeinden), Haidgau 646 (28 Teilgemeinden).

[191] Wochenblatt für den Oberamtsbezirk Waldsee und die Umgegend, Nr. 53, 3. Juli 1868.

[192] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 508–510 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Waldsee 29. Juli 1868; zur Stichwahl in Waldsee: siehe unten, S. 188f.

[193] Für die Wahldistrikte, zu denen die Gemeinden zusammengefasst waren, wurde der Mit-

Während das Wählerinteresse in Stuttgart und Ulm, den beiden größten Städten des Landes, gering blieb, verzeichneten die übrigen städtischen Gemeinden über 2000 Einwohner eine rege Wahlbeteiligung, obwohl der Durchschnitt durch die schlechten Ergebnisse in Esslingen und Reutlingen/Stadt gesenkt wird[194]. Gerade im Hinblick auf die Konfessionsstruktur sind hier die Unterschiede augenfällig. Die städtischen Gemeinden mit katholischen Mehrheiten erreichen mit 66,81% den höchsten Durchschnitt aller Distrikte und liegen um 6 bis 7 Punkte über den übrigen katholischen Distrikten, und in den drei Größenklassen unter 2000 Einwohnern liegt die durchschnittliche Wahlbeteiligung der protestantischen Gemeinden um bis zu 6 Punkte über derjenigen der katholischen Distrikte. Da diese Unterschiede durch die Zusammensetzung der Stichprobe verursacht sein können, wird in Übersicht 7 wiederum nach der Anzahl der Kandidaten differenziert:

Übersicht 7: Wahlbeteiligung und Kandidatenzahl in protestantischen und katholischen Distrikten

	protestantische Distrikte				katholische Distrikte					
		2 Kand.		3 Kand.		1 Kand.		2 Kand.		3 Kand.
	N=	%	N=	%	N=	%	N=	%	N=	%
über 2000	24	66,85	17	65,19	1	68,44				
1000–2000	30	65,18	31	63,48	5	48,11	27	65,44	13	58,99
< 1000	46	63,06	21	63,29	7	51,44	53	64,19	12	58,08

Allgemein scheint danach das Wählerinteresse in den kleineren Gemeinden etwas geringer gewesen zu sein als in denen über 1000 Einwohner. Während es aber in den protestantischen Distrikten nur wenig Unterschied machte, ob zwei oder drei Bewerber auftraten, blieb die Wahlbeteiligung in katholischen Distrikten auch dann niedrig, wenn mehr als zwei Bewerber auftraten. Man wird also nicht verallgemeinernd sagen können, „die Katholiken" seien im Jahre 1868 deutlich weniger an Politik interessiert gewesen als „die Protestanten"; anscheinend unterschieden sich aber die Bedingungen, unter denen Protestanten und Katholiken politisch mobilisiert werden konnten.

Um mögliche Zusammenhänge zwischen Konfessionszugehörigkeit, Gemeindegröße und Agrarstruktur zu erhellen, wurden die ländlichen Distrikte in zwei Gruppen zusammengefasst, und zwar eine mit Distrikten, deren Gemeinden 1000 bis 2000

telwert der Ortsgrößenklassen errechnet; wie damals üblich umfasste die Klasse 10 die Gemeinden von 0 bis 500 Einwohnern; 9 = 500 bis 1000; 8 = 1000 bis 1500; 7 = 1500 bis 2000; 6 = 2000 bis 5000; 5 = 5000 bis 10000; 4 = 10000 bis 20000; 3 = 20000 bis 50000; 2 = 50000 bis 100000; 1 = über 100000.

[194] Andererseits fehlt Ravensburg.

Übersicht 8: Wahlbeteiligung, Ortsgröße, Konfession, Agrarstruktur

				Gemeinden 2000 – 0 EW				
				prot. N=169				
				Wb = 64,34%				
	>1000 EW; N= 95					<1000 EW; N= 74		
	Wb = 64,83					Wb = 63,54		
	1.Qu.	2.Qu.	3.Qu.	4.Qu.		1.Qu.	2.Qu.	3.Qu.	4.Qu.
	Wb %	Wb %	Wb %	Wb %		Wb %	Wb %	Wb %	Wb %
% über 5ha	66,18	66,54	64,39	61,02		61,22	65,72	62,11	67,90
% 1–5 ha	66,50	64,20	64,60	63,69		67,08	65,08	60,84	61,50
				kath. N= 101				
				Wb = 60,42%				
	>1000 EW; N= 38					<1000 EW; N= 63		
	Wb = 60,14					Wb = 60,62		
	1.Qu.	2.Qu.	3.Qu.	4.Qu.		1.Qu.	2.Qu.	3.Qu.	4.Qu.
	Wb %	Wb %	Wb %	Wb %		Wb %	Wb %	Wb %	Wb %
% über 5ha	57,69	67,33	59,9	51,28		55,55	63,21	61,20	63,70
% 1–5ha	61,44	55,53	66,8	55,33		65,96	58,92	62,84	54,70
% agr.Selb.	61,26	64,46	61,4	49,13		64,11	63,64	60,52	53,90

Einwohner umfassten, und eine mit solchen unter 1000 Einwohnern[195]. Gemäß dem Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe über 5 ha, von 1 bis 5 ha sowie der selbstständigen Landwirte an den Wahlberechtigten[196] in diesen Distrikten wurden Quartile gebildet; die Höhe der Wahlbeteiligung in diesen Quartilen sollte dem Mittelwert entsprechen, wenn sie nicht durch die Merkmale der Sozialstruktur beeinflusst wird.

Tatsächlich weicht die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den Distrikten mit den größeren Gemeinden nur wenig von den Distrikten mit den Gemeinden unter 1000 Einwohnern ab. Betrachtet man aber einzelne Gruppen der landwirtschaftlichen Be-

[195] Die katholischen Distrikte mit niedriger Wahlbeteiligung (mit einem oder mehr als zwei Kandidaten) verteilen sich etwa je zur Hälfte auf die beiden Gruppen.

[196] Vgl. oben, S. 123, Anm. 3; Grundlage sind hier die Zahlen von 1895; in den Kategorien „über 5 ha" und „1–5 ha" dürften die Strukturveränderungen gegenüber 1868 am geringsten gewesen sein; die Gesamtzahl der selbstständigen Landwirte hat im Realteilungsgebiet hingegen im Zuge der Industrialisierung erheblich abgenommen; im Anerbengebiet war das nicht der Fall; für die katholischen Distrikte, die überwiegend im Anerbengebiet lagen, wurde daher auch der Anteil selbstständiger Landwirte berücksichtigt.

völkerung, so differenziert sich das Bild. Während die Wahlbeteiligung in den protestantischen Distrikten abnimmt, wenn der Anteil der Landwirte mit Betriebsgrößen von 1 bis 5 ha zunimmt – in den kleineren Gemeinden etwas ausgeprägter als in den größeren, weicht das Verhalten der Landwirte über 5 ha in den kleineren Gemeinden von dieser Regel ab: In den kleineren Gemeinden steigt die Wahlbeteiligung tendenziell mit dem zunehmenden Anteil der Großbauern, in den größeren Gemeinden ist eher das Gegenteil der Fall.

In den Distrikten mit katholischer Bevölkerungsmehrheit liegt die durchschnittliche Wahlbeteiligung unter denen mit protestantischer Mehrheit; andererseits sind aber die Abweichungen vom Mittelwert in den katholischen Distrikten ausgeprägter. Wie in den protestantischen Distrikten, die vorwiegend Gemeinden unter 1000 Einwohner umfassen, korreliert auch bei diesen katholischen Distrikten die Höhe der Wahlbeteiligung positiv mit dem Anteil der Landwirte über 5 ha; im Übrigen liegt die Wahlbeteiligung immer dann am niedrigsten, wenn der Anteil der verschiedenen Gruppen der agrarischen Bevölkerung die höchsten Werte erreicht.

Beispielhaft lassen sich diese Zusammenhänge an den benachbarten Gemeinden Böttingen und Magolsheim auf der Münsinger Alb verfolgen, für die die Wählerverzeichnisse überliefert sind[197]. Beide Gemeinden ähnelten sich hinsichtlich der Einwohnerzahl – am 3. Dezember 1867: Böttingen 578, Magolsheim 545 – und der Wirtschaftsstruktur[198]; sie unterschieden sich in ihrer konfessionellen Zusammensetzung: In Böttingen lebten fast ausschließlich Protestanten, Magolsheim wies eine katholische Bevölkerungsmehrheit von 58,35% auf. Dieser Unterschied beeinflusste anscheinend auf mehreren Wegen die Verhaltensweisen der Dorfbewohner.

Die Altersstruktur der Wahlberechtigten beider Gemeinden weicht bei den Geburtsjahrgängen 1823 und früher stark voneinander ab. Wenn dies angesichts der geringen Fallzahlen nicht nur eine zufällige Erscheinung ist, so scheinen die Einwohner Magolsheims eher bodenständig, die Böttinger in den wirtschaftlichen und politischen Krisenzeiten der 40er-Jahre eher zur Abwanderung bereit gewesen zu sein. Trotz des größeren Wanderungsverlustes betrug in Böttingen der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung jedoch 21,11% und übertraf damit den Durchschnittswert des Oberamts von 21,06%, während dieser Anteil in Magolsheim nur 18,72% ausmachte: Ein erheblicher Teil der dörflichen Unterschicht hatte sich hier anscheinend nicht in die Wählerliste aufnehmen lassen.

In Böttingen machten am 8. Juli 1868 111 der 122 Berechtigten (90,98%) von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Die elf Nichtwähler verteilen sich recht gleichmäßig auf die verschiedenen Alters- und Berufsgruppen, so dass durchweg persönliche Gründe für das Nichtwählen angenommen werden dürfen. Die Wahlbeteiligung in Magolsheim

[197] Stadtarchiv Münsingen Boe 2–13, Ma 1–465; die sozialen Verhältnisse in diesen beiden Gemeinden dürften ähnlich gewesen sein wie die im nahe gelegenen Laichingen, vgl. dazu: Medick, Weben und Überleben.

[198] Nach dem Stand von 1895 (vgl. oben, S. 123, Anm. 4) standen in Böttingen 96 selbstständigen, hauptberuflichen Landwirten 17 Handwerker gegenüber, in Magolsheim 69 und 33; in Böttingen waren 51% der landwirtschaftlichen Betriebe größer als 5 ha, in Magolsheim 68%.

blieb hingegen mit 67,65% (69 von 102) deutlich dahinter zurück und weit unter dem Durchschnittswert des Oberamts Münsingen (74,23%). Zwei Drittel der Nichtwähler stammten hier aus der Altersgruppe derjenigen, die 50 Jahre und älter waren: Von den Jüngeren stimmten 82,5% ab, von den Älteren nur 43,6%. Die ärmeren Dorfbewohner, die unter den Wahlberechtigten ohnehin unterrepräsentiert waren, scheinen sich besonders häufig gegen die Stimmabgabe entschieden zu haben: Von fünf Webern, die in der Wählerliste verzeichnet sind, wählte nicht einer; von 15 Tagelöhnern stimmten nur vier (26,7%) ab, die alle jünger als 50 Jahre waren, von den sieben Tagelöhnern, die älter waren als 50 Jahre, nahm keiner an der Wahl teil. Doch auch das politische Interesse der Magolsheimer Bauern (Wahlbeteiligung 76,5%) und Handwerker (68,6%) blieb hinter dem der Böttinger zurück, von denen in den entsprechenden Berufsgruppen jeweils mehr als 90% der Berechtigten abstimmten. Unter den 33 Nichtwählern befanden sich zehn Protestanten[199] (30,3%), die, gemessen am Anteil der Protestanten an der Gesamtbevölkerung, hier somit unterrepräsentiert waren[200]. Das hohe Durchschnittsalter dieser Gruppe von 58,7 Lebensjahren – nur zwei waren jünger als 50 Jahre, aber sechs älter als 60 – legt ferner die Vermutung nahe, dass diese Männer der Abstimmung vorwiegend aus Altersgründen fernblieben.

In Diagramm 4, das die Altersstruktur aller Wahlberechtigten Magolsheims sowie der Nichtwähler insgesamt und aufgeschlüsselt nach Konfessionszugehörigkeit veranschaulicht, erscheinen daher die protestantischen Nichtwähler in den Altersklassen über 60 Jahre überproportional vertreten. Unter den katholischen Nichtwählern, deren Altersdurchschnitt bei 53,3 Jahren lag, machte die Gruppe derjenigen, die 60 Jahre und älter waren, die also möglicherweise aus Altersgründen nicht abgestimmt hatten, nur ein Drittel aus; bei den Übrigen kommen andere, zum Beispiel auch soziale Gründe in Betracht: Bei der Hälfte dieser Männer handelte es sich um Tagelöhner; es kamen ein Weber und zwei Schuster hinzu, die gleichfalls zu den ärmeren Dorfbewohnern gezählt haben dürften. Konfessionszugehörigkeit und soziale Stellung beeinflussten also das Wahlverhalten gemeinsam[201].

Auch ein Blick auf die personelle Alternative, die sich den Wählern bot, kann dazu beitragen, das unterschiedliche Verhalten der Wähler beider Gemeinden verständlich zu machen. Gegen den bisherigen Abgeordneten Heinrich Idler[202], *einen Bürokraten*

---

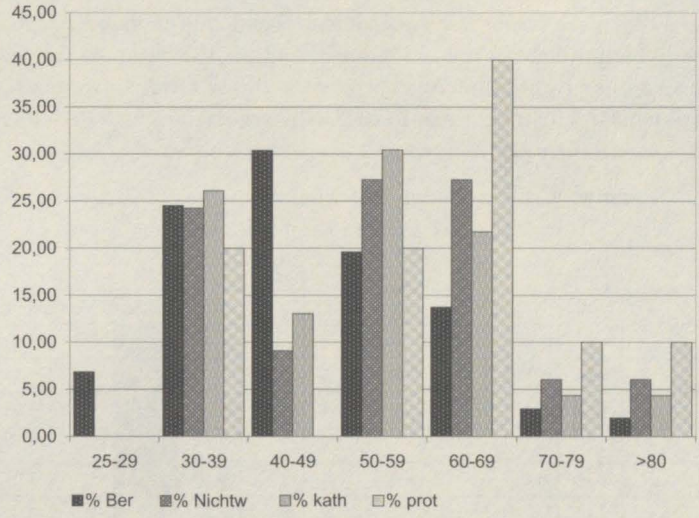
[199] Mein besonderer Dank gilt Herrn Hermann Schuster, Böttingen, der die Recherche in den Kirchenbüchern von Magolsheim durchgeführt hat.

[200] Die konfessionelle Struktur der Wahlberechtigten könnte freilich auf Grund stärkerer Mobilität des protestantischen Bevölkerungsteils durchaus davon abgewichen sein.

[201] Je vier Wahlberechtigte dieser beiden Gemeinden hatten sich im August 1867 öffentlich für die Beibehaltung der Verträge und den Anschluss an den Norddeutschen Bund ausgesprochen und sich somit als Parteigänger der Deutschen Partei bekannt (Schw. Kronik Nr. 208, 1. September 1867); alle Böttinger – ein Handwerksmeister, zwei Wirte und der Schulmeister – machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Die vier Magolsheimer gehörten zu einer protestantischen Bauernfamilie (Gutsbesitzer), die offenbar in öffentlichem Ansehen stand (einer von ihnen war zum Stiftungspfleger gewählt worden). Nur der Älteste (65 J.) blieb der Abstimmung fern.

[202] Heinrich Idler (1802–1878), Stadtschultheiß von Cannstatt 1828–1848, Oberamtmann in

Diagramm 4: Die Altersstruktur der Wahlberechtigten, Nichtwähler und katholischen/protestantischen Nichtwähler Magolsheims 1868



und Regierungsmann der härtesten Sorte[203], kandidierte für die Volkspartei der Landwirt, Wirt und Bierbrauer Johann Christian Geiger[204] aus Mehrstetten; beide Bewerber waren protestantisch, die Sympathie der katholischen Wähler soll aber, nach dem undifferenzierten Urteil eines Zeitzeugen[205], bei Idler gelegen haben. Während die personelle und politische Alternative – Konservativer, Beamter, Ortsfremder einerseits und Demokrat, Landwirt und Wirt, Ortsangehöriger andererseits – die Böttinger zu hoher Beteiligung reizte[206], blieben in Magolsheim vor allem die Älteren und Ärmeren gleichgültig, wenn sie katholisch waren. Die abweichende Konfession hin-

---

Münsingen 1850–1852, in Kirchheim 1852–1877; Landtagsabgeordneter für Cannstatt 1839–1848, für Urach 1852–1855, für Münsingen 1856–1868. Schw. Kronik (1878), S. 85; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 330; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 409; vgl. Staatsanzeiger Nr. 150, 26. Juni 1868, S. 1558: *Daß er* [sc. Idler] *Oberamtmann ist, was er vor 12 und 6 Jahren schon war, sollte im 13. Jahre kein Hindernis mehr sein.*

[203] Brandt, Parlamentarismus, S. 170, 669.

[204] Johann Christian Geiger (1822–1879), Landtagsabgeordneter für Münsingen 1868–1870. Schw. Kronik (1880), S. 33; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 250; vgl. Beobachter Nr. 156, 7. Juli 1868 „Aus Münsingen": ein fast drei Spalten langer Bericht über eine Wählerversammlung Idlers in Münsingen am 1. Juli.

[205] Nl Hölder Fasz. XI, Stück 383 und 257: Wie Schullehrer Koch aus Auingen Hölder am 2. und 28. Juni 1868 berichtete, hingen die Katholiken an Idler.

[206] Nach einer Korrespondenz im Beobachter Nr. 157, 8. Juli 1868 „Aus Münsingen" nahm Schultheiß Bögel von Böttingen für Idler Partei; ob die Dorfbewohner ihm darin folgten, ist nicht bekannt.

derte sie offenbar daran, den Demokraten zu wählen, während sie dazu noch ihr sozialer Status gegen den konservativen Beamten einnahm.

Wie die Wahlbeteiligung so wurde auch die Verteilung der Stimmenanteile der Kandidaten durch die Größe der Gemeinden erheblich beeinflusst. In Übersicht 9 sind die durchschnittliche Wahlbeteiligung[207] und die Parteistimmenanteile in Abhängigkeit von der Konfessionszugehörigkeit und den Ortsgrößen jeweils in den Wahldistrikten dargestellt, in denen Kandidaten der verschiedenen Parteirichtungen auftraten, – sofern diese Einzelergebnisse überliefert sind[208].

Übersicht 9: Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien nach Ortsgrößen und Konfessionen

	DP			Min			VP			Gd		
	N=	%Wb	%DP	N=	%Wb	%Min	N=	%Wb	%VP	N=	%Wb	%Gd
>20000	2	58,30	18,06	1	57,81	36,05	0	0	0	1	59,49	27,76
>2000	9	77,86	24,65	12	73,85	12,84	10	75,00	57,42	11	72,05	48,89
>1500	25	66,26	20,21	20	67,78	20,27	23	67,74	45,34	20	62,53	27,75
>1000	63	62,37	24,56	64	65,79	22,41	79	63,10	33,14	39	61,05	20,14
<1000	62	62,12	23,25	102	63,05	23,79	98	62,70	34,85	54	61,00	26,24
	protestantische Distrikte											
	DP			Min			VP			Gd		
	N=	%Wb	%DP	N=	%Wb	%Min	N=	%Wb	%VP	N=	%Wb	%Gd
>20000	2	58,30	18,06	1	57,81	36,05	0	0	0	1	59,49	27,76
>2000	8	77,47	25,36	8	75,16	9,88	8	75,80	57,25	7	72,21	45,32
>1500	18	67,49	26,11	19	68,08	20,63	20	68,69	46,06	11	62,99	10,88
>1000	46	63,27	27,93	49	66,88	21,47	54	64,79	35,49	20	63,83	12,93
<1000	35	63,86	25,86	62	63,61	25,42	56	64,59	32,45	20	62,70	23,64
	katholische Distrikte											
	DP			Min			VP			Gd		
	N=	%Wb	%DP	N=	%Wb	%Min	N=	%Wb	%VP	N=	%Wb	%Gd
>20000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
>2000	1	81,43	18,23	4	70,51	20,42	2	68,00	58,77	4	73,23	56,00
>1500	7	62,62	2,65	1	52,76	2,45	3	57,51	37,57	9	61,88	51,79
>1000	17	59,82	15,02	15	62,57	25,18	25	59,37	27,96	19	57,73	29,01
<1000	27	59,62	19,49	40	62,20	21,33	42	60,09	38,17	34	60,00	27,77

[207] Wegen der unterschiedlichen Bezugsgrundlagen stimmen die hier angeführten Werte für die Wahlbeteiligung nur ausnahmsweise mit den in Übersicht 7 genannten Werten überein.

[208] In streng mathematisch-statistischem Sinne sind diese Wahldistrikte nicht repräsentativ

Die Kandidaten der Deutschen Partei erreichten danach in allen Distrikten der verschiedenen Ortsgrößenklassen recht konstante Stimmenanteile von 18 bis 25%; in den protestantischen Distrikten nimmt die Varianz zwar etwas zu, bleibt aber insgesamt erheblich geringer als die der anderen Parteien. Die Wähler der Deutschen Partei entstammten demnach nicht einmal in erster Linie den städtischen/großstädtischen Distrikten, sondern öfter kleinen, ländlichen Gemeinden. Wenn auch auf niedrigerem Niveau trifft dies selbst für die katholischen Distrikte zu, in denen die Deutsche Partei ansonsten nur wenig Boden gewinnen konnte[209].

Die Volkspartei, deren Kandidaten in fast allen Bereichen mit Ausnahme der großstädtischen die höchsten Durchschnittswerte erreichten, gewann ihre weitaus höchsten durchschnittlichen Stimmenanteile in den Gemeinden von über 1500, vor allem aber in den mehr urbanen mit über 2000 Einwohnern. In den katholischen Distrikten wählte jedoch auch ein großer Teil der ländlichen Wähler „links"[210]. Die Stimmenanteile der ministeriellen Kandidaten nehmen insgesamt und in den protestantischen Distrikten zu, wenn die Gemeindegröße abnimmt; nur das Ergebnis der Stadt Stuttgart weicht von dieser Regel ab. In den katholischen Distrikten konnten die Ministeriellen auch in den städtischen Bereichen – wohl den Oberamtsstädten mit ihren Beamten – vermehrt Stimmen gewinnen. Die Schwerpunkte der Großdeutschen lagen insgesamt und in Bezug auf die protestantischen Distrikte in den städtischen und großstädtischen Gemeinden, in den katholischen Distrikten dagegen viel mehr in den Gemeinden über 1500 und 2000 Einwohnern als in den dörflich geprägten Distrikten.

Übersicht 10 veranschaulicht noch einmal speziell das Verhalten der protestantischen und katholischen Wähler in den dörflichen Distrikten. Auf der ersten Ebene sind die durchschnittliche Wahlbeteiligung und die Parteistimmenanteile der drei großen Parteien[211] dargestellt. Abgesehen davon, dass die Stimmenanteile des Wahlsiegers Volkspartei die der anderen beiden Parteien deutlich übertreffen, weichen die Werte nicht auffällig voneinander ab.

Nach den Konfessionen differenziert, liegt die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den protestantischen Distrikten für alle drei Parteien erheblich höher als in den katholischen Distrikten. Was also für die Wahlkreise insgesamt gilt[212], bestätigt sich für die Wahldistrikte. Die Stimmenanteile der beiden liberalen Parteien lagen in den protestantischen Distrikten jeweils höher – am deutlichsten mit fast 10 Punkten bei der Deutschen Partei – als in den katholischen Distrikten. Wenn die Ministeriellen hingegen in protestantischen und katholischen Distrikten nahezu identische Stimmenan-

---

für die Gesamtheit. Zwar liegen die Einzelergebnisse für 72–85% der Distrikte vor, in denen sich Kandidaten der verschiedenen Richtungen zur Wahl stellten, doch die Ziehung der Stichproben ist nicht kontrolliert. Vgl. Weyrauch, Datenverarbeitung als Quellenkritik, S. 141–178.

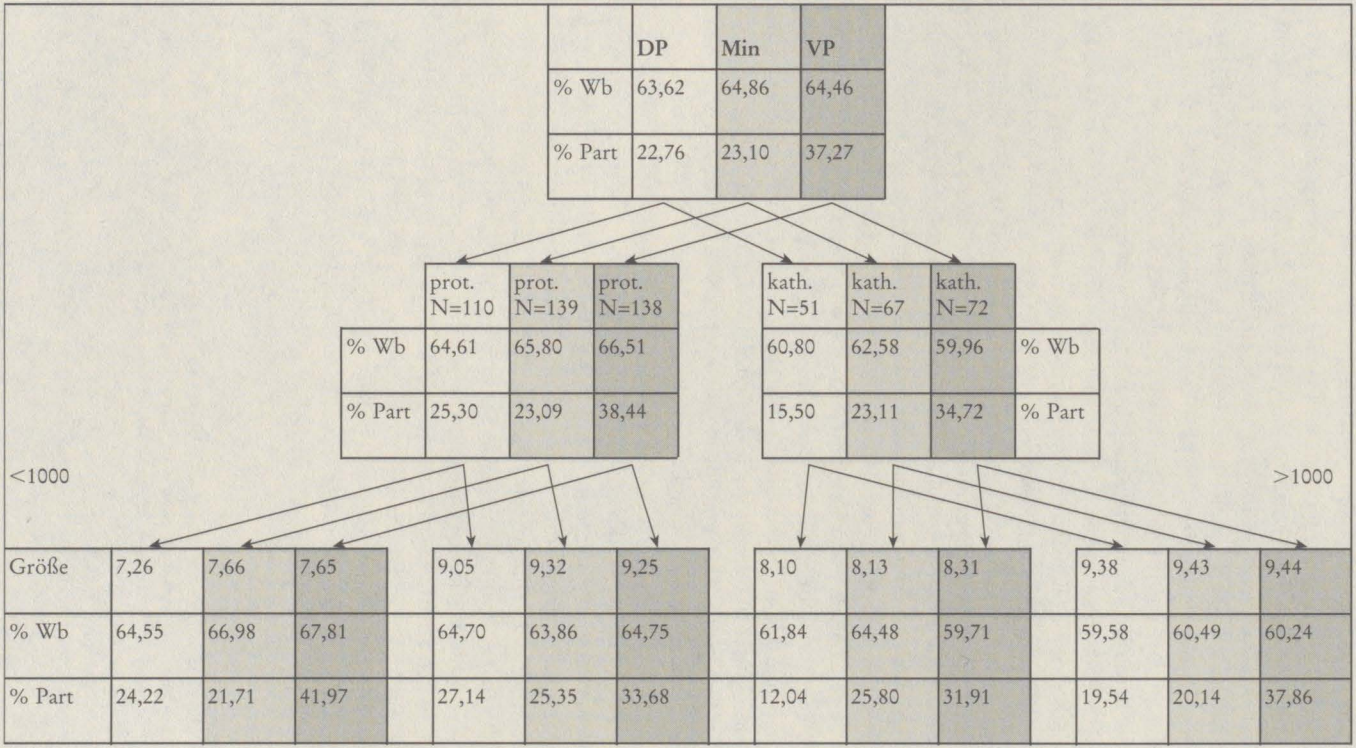
[209] Siehe oben, S. 96f.

[210] Vgl. oben, S. 100f.

[211] Bei den Großdeutschen hätte man nach konservativer oder mehr demokratischer Ausrichtung unterscheiden müssen; dann wären die Fallzahlen sehr klein geworden.

[212] Siehe oben, S. 90.

Übersicht 10: Wahlbeteiligung (Wb) und Parteistimmenanteile (Part) in protestantischen und katholischen Distrikten mit Gemeinden über/unter 1000 Einwohnern.



teile erringen konnten, so bestätigt dies die Beobachtung, dass ministerielle Kandidaten meist nicht unter konfessionellen Gesichtspunkten gewählt wurden.

Auf der dritten Ebene werden jeweils in den protestantischen und den katholischen Gebieten die Distrikte mit Gemeinden unter 1000 Einwohnern den übrigen gegenübergestellt. Die katholischen Distrikte scheinen durchweg stärker dörflich geprägt zu sein als die protestantischen. Was die Höhe der Wahlbeteiligung betrifft, so liegt das Wählerinteresse in den größeren Gemeinden durchweg um 4–5 Punkte höher als in denen unter 1000 Einwohnern; die Abweichungen zwischen katholischen und protestantischen Distrikten übertreffen aber die Differenzen zwischen großen und kleinen Gemeinden erheblich; dies deutet darauf hin, dass der konfessionelle Faktor das Wählerverhalten nachhaltiger beeinflusste als die Gemeindegröße.

Die Kandidaten der Deutschen Partei gewannen in den protestantischen wie in den katholischen Distrikten jeweils in den kleineren Gemeinden höhere Stimmenanteile als in den großen Gemeinden bei erheblich niedrigeren Stimmenanteilen in den katholischen Distrikten. Die Volkspartei hatte ihre Hochburgen in den Gemeinden über 1000 Einwohnern, sofern sie protestantisch waren, und in den dörflichen Distrikten, wenn sie katholisch waren. Ministerielle Kandidaten erreichten dagegen höhere Stimmenanteile in den dörflichen protestantischen und den katholischen Distrikten über 1000 Einwohnern.

Die Parteienpräferenz der Wähler in den Gemeinden über/unter 1000 Einwohnern wurde auch durch ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftsgruppen beeinflusst[213]. Übersicht 11 gibt Aufschluss über einige Tendenzen:

In den protestantischen Wahldistrikten, die aus Gemeinden über 1000 Einwohnern bestanden, nimmt der Stimmenanteil der Volkspartei ab, wenn der Anteil der Landwirte mit Betrieben über 5 ha und 1–5 ha zunimmt; in den katholischen Distrikten zeigt sich ein solcher Zusammenhang in den größeren Gemeinden bei den selbstständigen Landwirten[214], während die Volkspartei in den kleineren Gemeinden durchweg hohe Stimmenanteile für sich verbuchen konnte. Die Stimmenanteile der Deutschen Partei nehmen in den größeren protestantischen Gemeinden zu, wenn der Anteil der Landwirte von 1–5 ha steigt, in den dörflichen Gemeinden korreliert die Stimmenzunahme mit dem steigenden Anteil der Landwirte über 5 ha. Die dominierende Stellung der konservativen Großdeutschen in den katholischen Anerbengebieten manifestiert sich darin, dass sich in den dörflichen Wahldistrikten ihr Stimmenanteil mehr als verdoppelt, wenn der Anteil der Landwirte über 5 ha zunimmt. Diese Befunde ergänzen und bestätigen die obigen Aussagen über das Wählerprofil der Parteien[215].

---

[213] Es sei hier noch einmal auf die sehr eingeschränkte Datengrundlage hingewiesen: vgl. oben, S. 150, Anm. 196.

[214] Hier sind auch die selbstständigen Landwirte aus dem Realteilungsgebiet eingeschlossen, deren Betriebe kleiner als 5 ha waren.

[215] Siehe oben, S. 104ff.

Übersicht 11: Parteistimmenanteile in Wahldistrikten mit unterschiedlicher Betriebsstruktur, Gemeindegröße und Konfession.

			protestantische Distrikte				katholische Distrikte			
Partei	Merkmal	Größe	Q.1	Q.2	Q.3	Q.4	Q.1	Q.2	Q.3	Q.4
DP	1–5 ha	>1000	23,83	24,59	28,17	31,68	*16,03	13,38	3,24	12,41
		<1000	33,99	25,95	15,73	25,71	18,57	18,05	13,98	19,23
Min	1–5 ha	>1000	22,27	19,64	22,49	14,55	*20,58	33,58	21,28	18,33
		<1000	29,36	22,71	22,48	34,90	34,27	26,18	25,70	19,05
Gd	1–5 ha	>1000	25,06	8,91	9,11	16,77	46,71	41,89	39,95	34,88
		<1000	*15,18	18,07	17,69	15,85	25,26	45,14	58,36	22,98
VP	1–5 ha	>1000	46,94	35,53	38,36	37,60	37,48	28,68	37,50	13,09
		<1000	32,80	32,00	40,27	22,79	*39,95	41,29	29,39	37,73
DP	über 5 ha	>1000	25,70	30,73	23,88	24,30	*16,82	13,26	7,42	6,81
		<1000	15,53	22,36	27,74	38,27	17,80	33,49	10,74	17,50
Min	über 5 ha	>1000	22,03	20,49	19,08	16,89	*15,25	26,02	31,22	22,21
		<1000	38,38	21,97	22,12	26,98	18,34	37,01	22,78	25,84
Gd	über 5 ha	>1000	26,12	8,68	13,24	10,87	43,57	36,81	42,46	40,37
		<1000	*8,20	18,66	9,09	30,52	24,80	40,36	38,46	52,07
VP	über 5 ha	>1000	50,37	38,38	37,15	29,23	28,68	29,01	35,13	25,71
		<1000	28,76	36,16	27,40	36,34	*42,52	30,46	41,59	32,70
DP	Selbst.	>1000					*17,27	14,15	8,88	2,19
		<1000					29,54	17,20	9,41	21,45
Min	Selbst.	>1000					*13,55	37,38	23,20	17,59
		<1000					24,28	33,64	21,24	23,82
Gd	Selbst.	>1000					47,57	39,86	43,28	29,03
		<1000					33,71	52,16	41,14	25,96
VP	Selbst.	>1000					41,70	28,33	27,70	17,07
		<1000					*41,39	36,10	38,71	31,15

* Durchschnittswert errechnet auf der Grundlage niedriger Fallzahlen

3. Die Ergänzungswahlen

In den Wahlkreisen Esslingen, Freudenstadt, Horb, Ravensburg, Reutlingen/Stadt und Tettnang mussten Ergänzungswahlen durchgeführt werden[216], da jeweils weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht hatten. Fragt man nach Erklärungen für die geringe Mobilisierung der Wähler in diesen sechs Wahlkreisen, so ist zunächst festzuhalten, dass außer für Reutlingen die Oberamtmänner übereinstimmend berichteten, in ihren Wahlkreisen habe kein Wahlkampf stattgefunden[217]. Die bisherigen Vertreter dieser Bezirke im Landtag – Karl Deffner in Esslingen[218], Wilhelm Erath in Horb[219], beide auch Zollparlamentsabgeordnete, Alois Maier für Tettnang[220], Konrad Lupberger für Ravensburg[221] und Wilhelm Walther für Freudenstadt[222] – verfügten über eine so gefestigte Position, dass ihnen auch unter dem neuen Wahlrecht keine oder keine ernsthaften Konkurrenten entgegengestellt werden konnten[223]. Maiers und Lupbergers Wahlkampf wurde sogar *von den Organen der Regierung unterstützt*[224], und ihre sowie Deffners und

---

[216] Siehe oben, S. 17f., 41; vgl. BRANDT, Parlamentarismus, S. 169.

[217] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8: Esslingen: Bl. 191f.; Freudenstadt: Bl. 193; Horb: Bl. 248; Ravensburg: Bl. 403; Tettnang: Bl. 484.

[218] Karl Deffner (1817–1877), Schwager Karl Mayers; Fabrikant in Esslingen, Landtagsabgeordneter seit 1856. Zu ihm auch: RUNGE, Volkspartei, S. 48, 80; BRANDT, Parlamentarismus, S. 175f.; Schwäbische Lbb. XIV, S. 181ff.; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 130ff.

[219] Wilhelm Erath (1820–1908), Kaufmann und Stadtrat in Horb, Landtagsabgeordneter seit 1862; 1874 zum Stadtschultheißen von Horb gewählt. Vgl. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, S. 296, Anm. 30; BRANDT, Parlamentarismus, S. 705; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 181.

[220] Alois Maier (1813–1888), Schultheiß in Hemigkofen; Landtagsabgeordneter seit 1863; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 534.

[221] Konrad Lupberger (1813–1879), Schultheiß in Eschach, seit 1857 Oberamtspfleger in Ravensburg; Landtagsabgeordneter seit 1851; BRANDT, Parlamentarismus, S. 670; Schw. Kronik (1880), S. 33; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 529.

[222] Wilhelm Walther (1805–1885), bis 1854 Amtsnotar in Dornstetten, Gutsbesitzer, Müller und Schultheiß in Aach; Landtagsabgeordneter 1866–1876; siehe unten, S. 251; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 986.

[223] Sigmund Schott, der Freudenstadt 1850 im Landtag vertreten hatte, lehnte eine Kandidatur ab, vgl. HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Schreiben Gesslers an Kabinettschef von Egloffstein, 2./3. Juli 1868.; in Esslingen konnte sich die DP nicht zu einer ernsthaften Kandidatur des Oberjustizprokurators Theodor Georgii (1826–1892, Rechtsanwalt, Turner und Nationalvereinsmitglied; LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, S. 388f.) entschließen: Schw. Kronik Nr. 170, 18. Juli 1868, S. 2021; Zöppritz schätzte seine Aussichten in Ravensburg gegen Lupberger selbst als sehr gering ein: Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 376. Gegen Maier/Tettnang war nur kurze Zeit die Bewerbung des Freiherrn von Malchus im Gespräch: Staatsanzeiger Nr. 146, 21. Juni 1868, S. 1515; Deutsches Volksblatt Nr. 146, 25. Juni 1868 „Von der Schussen, 22. Juni".

[224] HStAS E 46, Bü 537, Anbringen des Gesamtministeriums vom 14. Juli 1868; am 14. Juni legte der Zollparlamentsabgeordnete Konstantin Freiherr von Neurath (1807–1876) in Tettnang Rechenschaft über seine Tätigkeit ab und forderte die Wähler auf, das Ministerium in seinem Kampf gegen Preußen zu unterstützen; der Freiherr galt damals als Vertrauensmann des Königlichen Hofes, vgl. DV Nr. 140, 18. Juni 1868 „Tettnang, 15. Juni" und SVZ Nr. 147, 27. Juni 1868,

Eraths Wiederwahl war von ministerieller Seite öffentlich als *erwünscht oder wenigstens nicht missfällig* bezeichnet worden[225].

Mit dem Auftreten von Konkurrenten bei der Ergänzungswahl wurde der Wahlkampf in zweien dieser Oberämter dann freilich doch noch lebhafter. In Tettnang empfahlen sich nun zwei Gutspächter/-besitzer als Interessenvertreter der Landwirtschaft und bekämpften sich auch gegenseitig[226]. Sie konnten zwar nur 5,7 und 4,0% der Stimmen auf sich vereinigen, insgesamt stieg die Wahlbeteiligung auf 75,64% an. Wegen des Beginns der Ernte erwartete man, *dass mancher Vater es vorzieht, seine 6 kr. Ganggebühr zu bezahlen, als 1 Stunde Wegs in den Wahlort zurückzulegen*[227]. In Freudenstadt wurde noch am Tag vor dem Wahltermin seitens der Volkspartei der Kaufmann Christoph Hegel aus Dornstetten[228] vorgeschlagen, für ihn wurde aber erst nach dem 8. Juli systematisch agitiert in der erklärten Absicht, eine Stichwahl zu erzwingen[229]. Die 1116 Stimmen (22,16%) für Hegel bedeuteten immerhin einen Achtungserfolg[230]. In der Regel dürfte freilich die Ganggebühr den Wahleifer der säumigen Wähler am nachhaltigsten beflügelt haben, nachdem zunächst die wiederholten Hinweise auf diese Neuerung offenbar wenig Wirkung gezeigt hatten.

a) Oberamt Horb

Als sich im Oberamt Horb abzuzeichnen begann, dass Wilhelm Erath der einzige Kandidat blieb und damit praktisch kein Wahlkampf stattfand[231], ließ Oberamtmann Lindenmayer[232] im Amtsblatt mehrfach Aufforderungen zum Wählen ergehen und die Wahlberechtigten, *um dieselben vor Schaden zu bewahren*, auf die drohende

---

S. 623 „Aus dem Oberamtsbezirk Saulgau", sonst gab es keine Wahlversammlung: Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868 „Aus Tettnang".

[225] Staatsanzeiger Nr. 160, 8. Juli 1868, S. 1660; Schwarzwälder Bote Nr. 156, 8. Juli 1868, S. 738: Stellungnahme zum Flugblatt der Volkspartei ‚Bürger! Wählt einen Abgeordneten!'.

[226] Staatsanzeiger Nr. 146, 21. Juni 1868, S. 1515 und Nr. 166, 15. Juli 1868, S. 1719; HStAS E 146, 1432, Fasz. 5, Bl. 99f., Fasz. 8, Bl. 484. Die Kandidaten waren: Jakob Rahmer (1822–1889), Domänepächter auf dem Schäferhof, Protestant, DP nahe und der großdeutsche Freiherr Carl von Malchus, Gutsbesitzer Oberhof (1806–1885); Beobachter Nr. 164, 16. Juli 1868 (Frontseite) „Zahlen. II."; Nr. 165, 17. Juli 1868 „Von der Schussen"; Nr. 167, 19. Juli 1868 „Aus Tettnang": Die Anzahl der „Preußen" sei gegenüber der Zollparlamentswahl fast gleich geblieben; DV Nr. 164, 16. Juli 1868 „Aus dem Bezirk Tettnang, 14. Juli"; DV Nr. 166, 18. Juli 1868 „Von der untern Schussen, 16. Juli"; DV Nr. 167, 19. Juli 1868 (Frontseite) „Aus dem Bezirk Tettnang, 17. Juli".

[227] DV Nr. 161, 12. Juli 1868 „Von der untern Schussen, 10. Juli".

[228] Christoph Hegel (1818–1895), Kaufmann in Dornstetten; in der Presse anfänglich als „Hezel" angekündigt.

[229] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 193 Bericht des OA betr. angebliche Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Freudenstadt d. 24. Juli 1868; Schw. Kronik 10. Juli 1868, S. 1941; Rommel, Die Landtagsabgeordneten des Oberamts Freudenstadt, siehe unter: Walther, Wilhelm.

[230] Vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 169.

[231] Beobachter Nr. 167, 19. Juli 1868 „Aus Horb, den 16. Juli".

[232] Christian Heinrich Lindenmayer (1798–1876), Oberamtmann von Tuttlingen 1836–1845, von Horb 1845–1870; vgl. Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 386.

Ganggebühr hinweisen[233]. Dennoch wurde am 8. Juli das Quorum von 50% knapp verfehlt. Das Amtsblatt veröffentlichte nun die Wahlbeteiligung der einzelnen Gemeinden, um Druck auf die Wahlberechtigten jener Gemeinden auszuüben, die die Ergänzungswahlen und die Ganggebühr in erster Linie verantworten mussten[234].

Diese Ergebnisse erlauben einige vorsichtige Rückschlüsse auf mögliche Motive des Wählerverhaltens, die über die Vermutung hinausgehen, die Bauern würden *zu jetziger Jahreszeit* [sc. wegen der Feldarbeit/Heuernte] *die Blätter nicht lesen* und manche hätten den Wahltag vergessen, weil sie von den Schultheißen nicht noch einmal erinnert worden seien[235]. Es fällt zunächst auf, dass die Wahlbeteiligung in Gemeinden mit einem hohen Anteil an Protestanten meist niedrig war. Am ausgeprägtesten war dies bei dem fast rein protestantischen Hochdorf der Fall, wo von 144 Berechtigten überhaupt nur sieben (4,86%) ihre Stimme abgaben. Der Horber Korrespondent des „Beobachters" führt dieses Ergebnis auf den *im Bezirk Horb erst seit etwa einem Jahr gekannte*[n] *und geweckten*[n] *konfessionelle*[n] *Unterschied* zurück: *Diese Aufstachelung ist das Betrübendste, was schon bei Gelegenheit der Zollparlamentswahl und jetzt wieder zum Vorschein kam*[236]. Aber auch in Mühlen (62% Protestanten; Beteiligung 58,7%), Baisingen (29%/43,4%), Mühringen (36%/57,4%) und Rexingen (36%/21,8%) blieb das Wählerinteresse niedrig. Vermutlich fühlten sich die protestantischen Wähler durch den katholischen Demokraten Wilhelm Erath nicht unmittelbar angesprochen.

Als Kaufmann, Handelsrichter, Stadtrat, Vorstand des Bezirksgewerbevereins, des Gewerbeschulrates und des Feuerwehrverwaltungsrates genoss Erath in der Oberamtsstadt so hohes Ansehen, dass er 1874 zum Stadtschultheißen gewählt wurde[237]; in Horb und zwei Gemeinden aus dem unmittelbaren Einflussbereich der Oberamtsstadt gaben ihm bei der Wahl am 8. Juli mehr als 70% der Wähler ihre Stimme. Dagegen blieb die Beteiligung im exponierteren Rexingen wie in den südlich des Neckar gelegenen Gemeinden Nordstetten und vor allem in Isenburg gering; auch die ländlichen Gäugemeinden in Wahldistrikt II fühlten sich durch Erath nur wenig angesprochen (Durchschnitt 29,8%): Man verübelte ihm hier, dass er keine Wahlreise unternommen hatte[238].

Eine hohe Wahlbeteiligung von über 70% findet sich dagegen in der Gemeinde Rohrdorf. Dieses Ergebnis ist vermutlich auf das Wirken des Schultheißen Peter

---

[233] Horber Chronik. Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamtsbezirk Horb, Nr. 78, 79 und 80, jeweils auf der Frontseite.

[234] Horber Chronik, Nr. 83, 15. Juli 1868, S. 331.

[235] Beobachter Nr. 164, 16. Juli 1868 „Aus Horb".

[236] Beobachter Nr. 164, 16. Juli 1868 „Aus Horb"; der Korrespondent war wahrscheinlich Dr. med. Eduard Ott (1840–1890), „Germania" Tübingen Jg. 1859, Mitglied des Landeskomitees der VP; Ott meldete den Wahlsieg Eraths telegrafisch nach Stuttgart mit den Worten: „Erath est et erit quod erat" (Beobachter Nr. 166, 18. Juli 1868 „Horb 16. Juli").

[237] Hirth's Deutscher Parlaments-Almanach 7 (1868) 143f.; Runge, Volkspartei, S. 20, Anm. 33; Brandt, Parlamentarismus, S. 704f.

[238] Beobachter Nr. 167, 19. Juli 1868 „Aus Horb, den 16. Juli".

Schweizer[239] zurückzuführen, der politisch engagiert und ambitioniert war und 1870 selbst als „nationaler" Kandidat gegen Erath antrat[240].

In einigen Fällen scheint die Wahldistrikteinteilung zur Verstimmung der Wähler beigetragen zu haben[241]. Beispielsweise wurde im Distrikt III, bestehend aus den Gemeinden Lützenhardt, Salzstetten, Altheim, Grünmettstetten und Bittelbronn, Salzstetten zum Abstimmungsort bestimmt, obwohl Altheim von der Lage her geeigneter gewesen wäre. Dort wie in der am weitesten westlich gelegenen Nachbargemeinde Lützenhardt blieb die Wahlbeteiligung mit 28,71% und 22% erheblich unter dem Durchschnitt dieses Distrikts (43,2%). Ähnlich mag man sich in Sulzau (29,27%) dadurch übergangen gefühlt haben, dass Bierlingen Abstimmungsort wurde. Lässt man die genannten Fälle unberücksichtigt, so liegt die Wahlbeteiligung in den Gemeinden, die mehr als 5 km vom Abstimmungsort entfernt waren, um etwa 6 Prozentpunkte niedriger als in den übrigen Gemeinden.

b) Oberamt Ravensburg

Im Oberamt Ravensburg wurde der Wahlkampf durch ein Zerwürfnis zwischen zwei großdeutschen Bewerbern überschattet. Da Konrad Lupberger, der bisherige Abgeordnete, zunächst nicht wieder antreten wollte, übernahm der Ravensburger Rechtsanwalt Albert Khuen[242] die Kandidatur, bei der ihn Lupberger unterstützen sollte. Überraschend erklärte Lupberger dann aber doch, dass er eine Wiederwahl annehmen würde, woraufhin zwischen Khuen und Lupberger ein heftiger „Federkrieg" in der Presse entbrannte und Khuen schließlich verzichtete[243]. Auch Georg Zöppritz, der Kandidat der Deutschen Partei und Interessenvertreter der Landwirtschaft[244], trat am Ende von seiner Bewerbung zurück; die DP Ravensburg erklärte aber, sie werde an ihm festhalten[245].

Am 8. Juli nahmen im Oberamt Ravensburg nur 35,95% der Berechtigten an der Wahl teil. Der Ravensburger Korrespondent der „Ulmer Schnellpost"[246] machte zu Recht *die Unentschlossenheit und das Schwanken sämtlicher aufgetauchter Kandidaten und in Folge dessen auch der Parteien* für das geringe Interesse verantwortlich; die

[239] Peter Schweizer (1816–1890), frdl. Auskunft des Standesamts Eutingen.

[240] Horber Chronik, Nr. 141 (30. November 1870), S. 564, Nr. 142 (2. Dezember 1870), S. 568.

[241] Der Oberamtmann strebte allerdings keine Änderung an: HStAS E 150, IM IV, Bü 857, Fasz. 3, Bl. 25.

[242] Albert Khuen (1829–1880), seit März 1870 Stadtschultheiß von Ravensburg; Landtagsabgeordneter für Ravensburg 1870–1880; bei den Reichstagswahlen von 1871 unterlag er deutlich gegen Rudolf Probst; Schw. Kronik (1880), S. 1246, (1881), S. 18; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 437.

[243] Staatsanzeiger Nr. 152, 28. Juni 1868, S. 1579 und Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1538 unter Berufung auf den „Oberschwäbischen Anzeiger" Nr. 73 und 74.

[244] Georg Zöppritz (1835–1888), Gutsbesitzer auf dem Ganterhof, Gemeinde Schmalegg; 2. Vorstand der Wanderversammlung württembergischer Landwirte.

[245] Staatsanzeiger Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1538 und Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1620.

[246] Nr. 160, 11. Juli 1868, S. 638 „Ravensburg, 9. Juli" (Stadtarchiv Ulm G5/30).

Zahlen, die er anführt, deuten auf eine Wahlbeteiligung von 42,7% in der Stadtgemeinde Ravensburg und von 26,92% im Distrikt Weingarten.

Auch bei der Ergänzungswahl am 13. Juli blieb das Wählerinteresse recht gering: Insgesamt wurden 71,09% der verfügbaren Stimmen abgegeben, von denen 375 (7,18%) auf Georg Zöppritz und 3149 (60,28%) auf den bisherigen Abgeordneten Konrad Lupberger entfielen. Das Endergebnis liegt nach den acht Wahldistrikten aufgeschlüsselt vor, so dass wenigstens grobe Tendenzen der Wählerentscheidung greifbar werden. Spitzenwerte erreichte die Wahlbeteiligung in der Oberamtsstadt (81,43%) sowie in den beiden westlich gelegenen Distrikten Hasenweiler (81,07%) und Zogenweiler (88,21%!); am geringsten war das Wählerinteresse in den Distrikten Weingarten (62,80%) und Waldburg (53,38%). Soweit sich sagen lässt, setzte sich die Tendenz aus dem ersten Wahlgang fort.

Lupberger erreichte in allen Distrikten die absolute Stimmenmehrheit, allerdings mit erheblichen Abweichungen. Während im Distrikt Waldburg nur 50,06%, in Weingarten 51,39%, in Ravensburg 56,05% und in Blitzenreute 62,95% der Wähler für ihn stimmten, gaben ihm in Zogenweiler sogar 84,5%, in Hasenweiler 72,5%, in Weißenau 71,64% und in Vogt 69,1% ihre Stimme. Zöppritz errang nur in der Stadt Ravensburg (18,2%) sowie in den Bezirken Hasenweiler (8,21%) und Weingarten (8,8%) nennenswerte Stimmenanteile, ansonsten blieb er unter 2%.

Die hohe Wahlbeteiligung in der Stadt Ravensburg war mithin durch die relativ hohe Stimmenzahl für Zöppritz bedingt, für den die Ravensburger DP gewirkt hatte[247]. In den Bezirken Zogenweiler[248] und Hasenweiler tritt die hohe Wahlbeteiligung hingegen zusammen mit den höchsten Stimmenanteilen Lupbergers auf. Die 23 Stimmen für Zöppritz in letzterem Bezirk dürften aus der pietistischen Gemeinde Wilhelmsdorf[249] stammen, der Filialgründung von Korntal. Allen Gemeinden in diesen beiden Bezirken mit hoher Wahlbeteiligung ist gemeinsam, dass sie kleiner als 1000 Einwohner waren, mit Ausnahme von Wilhelmsdorf, dazu noch aus einer Vielzahl von Teilgemeinden[250] bestanden und ferner hinsichtlich der Konfession zu über 95% katholisch waren. In den größeren Gemeinden fiel Lupbergers Stimmenanteil meist gerin-

---

[247] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 366, 233: Seit 1867 bestand ein Ortsverein der DP, der im Juni 1870 102 Mitglieder hatte; Vorstand: Rechtskonsulent Dr. Karl August Golther (1822–1890), ev., Landtagsabgeordneter für Waldsee 1862–1868; Rechtskonsulent Karl Adrian Kiderlen (1830–1876), „Germania" Tübingen Jg. 1848; Gutsbesitzer Paul (Otto?) Wetzler († 1881) in Großbaumgarten, Gemeinde Berg, Oberamt Ravensburg. Auch in Weingarten hatte die DP einen Vertreter; vgl. auch Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 342f.; vgl. SVZ 145, 25. Juni 1868, S. 614 „Vom Schussenthal, 22. Juni": Danach wurde Zöppritz' Bewerbung durch die DP-Ravensburg beraten und gefördert; an der Beratung hätten auch viele nicht zur deutschen Partei gehörige Fabrikanten, Kaufleute und Gewerbetreibende teilgenommen.

[248] Zum Abstimmungsort Zogenweiler gehörte Zöppritz' Heimatgemeinde Schmalegg; er erhielt hier ganze acht Stimmen (1,75%).

[249] Gestrich, Alltag, S. 52ff.; Lehmann: Pietismus und weltliche Ordnung, S. 197f.; 213ff.

[250] Schmalegg z.B. hatte 754 Einwohner und bestand aus 44 Teilgemeinden; vgl. auch: Boldt, Volksvereine, S. 132f. zu möglichen Zusammenhängen zwischen Siedlungsform und politischen Strukturen.

ger aus[251]. Seine Hochburgen lagen demnach insgesamt eher im ländlich-katholischen als im städtischen Bereich, wo auch der protestantische Bevölkerungsanteil deutlich höher lag[252].

c) Oberamt Esslingen

Die Sozialstruktur der Stadt Esslingen am Beginn der Industrialisierung ist gut erforscht[253], über das politische Verhalten und namentlich das Wahlverhalten der verschiedenen sozialen Gruppen liegen bisher jedoch nur recht unscharfe, teilweise sogar widersprüchliche Erkenntnisse vor. Was zum Beispiel die Arbeiter betrifft, so hat Sylvia *Schraut* für die Jahre vor 1870 die geringe Homogenität und die ausgesprochen hohe regionale Mobilität dieser Gruppe herausgearbeitet. In der großen Mehrzahl unverheiratet, sozial entwurzelt, von den selbstständigen Handwerkern und Weingärtnern der Stadt abgelehnt, suchten die Arbeiter *Verbündete im Kampf um sozialen Fortschritt* [...] *bei den Fabrikanten* [und standen der] *demokratischen Bewegung positiv* [gegenüber, während sich die] *vielfach konservative und restaurative Haltung* der Weingärtner und Handwerker wenigstens zum Teil daraus erklären lasse, dass sie befürchteten, ihre soziale Sicherheit zu verlieren[254].

Entsprechend hatte schon Arthur *Weinmann* verallgemeinernd festgestellt, die Industriearbeiterschaft sei zahlreich bei den Wahlversammlungen vertreten gewesen und habe vorwiegend für Kandidaten der Volkspartei gestimmt[255]. Und auch Henrich *Tiessen* schreibt speziell zur Landtagswahl von 1868 in Esslingen, Deffners Wählerversammlungen in den Landorten seien nur schwach, in der Stadt jedoch rege, besonders von den Fabrikarbeitern besucht worden[256]. Wenn *Tiessen* dann das hohe (sic!) Wählerinteresse des Juli 1868 und Deffners überwältigenden Stimmenanteil mit dem Wahlergebnis vom Dezember 1870 kontrastiert, so legt dies den Schluss nahe, die Arbeiter seien für Deffners Erfolg verantwortlich gewesen[257].

In den oberen Schichten der Esslinger Gesellschaft macht *Schraut* u.a. anhand der Heiratskreise zwei in sich geschlossene Gruppen aus. Zum Großbürgertum gehörten danach neben der alten patrizischen Kaufmannschaft und den hohen Beamten die großen Esslinger Unternehmer; diese waren mit Teilen der alten Elite und *miteinander verwandt, verschwägert oder wirtschaftlich verbunden und bildeten so einen fa-*

---

[251] Sein gutes Ergebnis in Weißenau (d.h. in den Gemeinden Eschach und Taldorf) ist vermutlich durch die persönlichen Beziehungen zu erklären, die ihn besonders mit Eschach verbanden, wo er bis 1857 Schultheiß gewesen war.

[252] In Ravensburg (3. Dezember 1867) 26,8%; in Weingarten 10% (Garnison).

[253] Becker, Die Esslinger „Fabrikarbeiter", S. 203–260; Tiessen, Industrielle Entwicklung; Schomerus, Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen; Borscheid, Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung; Ders. und Schomerus, Mobilität und soziale Lage, S. 199–224; Schraut, Sozialer Wandel.

[254] Schraut, Sozialer Wandel, S. 335; vgl. auch Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 154.

[255] Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 121f.; vgl. hierzu auch unten, S. 182, Anm. 382.

[256] Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 161.

[257] Ebd., S. 165.

miliären »Multi«, der durchaus in der Lage war, auch wirtschaftlich gemeinsam zu handeln[258]. Unterhalb des eigentlichen Großbürgertums manifestierte sich in Esslingen *ein finanzkräftiger gesellschaftlicher Kreis von Kaufleuten, Beamten und kleineren Unternehmern, in den auch die Großhandwerker integriert waren, die finanziell wohl eher der Oberschicht zuzurechnen gewesen waren, aber offensichtlich von dieser nicht als gleichwertig anerkannt wurden*[259].

Während nun Gerlinde *Runge* meint, bei *der Mehrzahl der großen Unternehmer und Kaufleute mit spezifisch großbürgerlichem Schichtenbewusstsein* habe die Volkspartei keinen Eingang gefunden[260], betont *Tiessen*, dass in Esslingen die politische Trennung von Volkspartei und Deutscher Partei *nicht zugleich auch eine soziale war*. Zwischen 1867 und 1870 sei die DP *noch nicht in dem späteren Maße von den Großindustriellen, Unternehmern, Beamten und Akademikern bestimmt gewesen*[261].

Eine genaue Analyse der Landtagswahl von 1868 kann zur Klärung einiger der angesprochenen Probleme beitragen. Für Esslingen waren von vornherein zwei Wahltage angesetzt worden[262]. Doch schon am Ende des ersten Tages begann sich das insgesamt geringe Wählerinteresse abzuzeichnen: Die „Schwäbische Kronik"[263] meldete, dass nur ungefähr ein Viertel der Wahlberechtigten abgestimmt habe. Für die Oberamtsstadt standen schließlich 46,29% zu Buche; in den übrigen fünf Wahldistrikten lag die durchschnittliche Beteiligung zwischen 33,6 und 40,9%[264].

Dem Bericht des Oberamtmanns zufolge begann *die ruhig verlaufene* [Wahl]*Bewegung* [...] *mit einem Wahlvorschlag, welchem einige Wählerversammlungen folgten, die auf dem Lande auffallend schwach und in der Stadt größtenteils von Fabrikarbeitern besucht waren.* [...] *Flugschriften und Programme wurden nicht ausgegeben*[265]. Mit diesen Formulierungen begründete der Oberamtmann, warum die Wahlbeteiligung die 50%-Grenze unterschritten hatte und eine Ergänzungswahl nötig wurde; es lässt sich daraus schwerlich ableiten, dass Deffners Wählerversammlungen in der Stadt *rege besonders von den Fabrikarbeitern besucht* wurden, wie *Tiessen* meint[266].

Nach dem scharfen Kampf zwischen Deffner und Julius Hölder um den Sitz im Berliner Zollparlament[267] scheint sich unter den Wahlberechtigten eine gewisse Wahlmüdigkeit verbreitet zu haben. Angesichts der überlegenen Stellung der Volks-

---

[258] Schraut, Sozialer Wandel, S. 284, vgl. auch S. 286, Schaubild 35.

[259] Ebd., S. 287.

[260] Runge, Volkspartei, S. 152f.

[261] Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 160.

[262] Vgl. oben, S. 17, Anm. 14.

[263] Schw. Kronik Nr. 163 (10. Juli 1868), S. 1941.

[264] Einzelergebnisse liegen vor für Berkheim (46,88%) und Nellingen (36,75%), die beiden Pendlergemeinden auf dem südlichen Neckarufer.

[265] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 191f.

[266] Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 161; SVZ Nr. 160, 12. Juli 1868 „Esslingen, 11. Juli": Deffners Wählerversammlung sei in einem *ziemlich beschränkten Lokal abgehalten* worden.

[267] Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 161.

partei in der Stadt[268] unterlag die Wiederwahl Karl Deffners, der sich durch seine vielseitige Tätigkeit in Wirtschaft und Politik einen Namen gemacht hatte und dessen Vater[269] das Oberamt schon im Landtag vertreten hatte, so wenig einem Zweifel, dass die Deutsche Partei auf eine Gegenkandidatur und überhaupt auf die Teilnahme an der Wahl verzichtete[270]. Auch die Regierung, der Deffner durchaus genehm war[271], wollte ihn nicht bekämpfen und hielt nur für den Fall einen eigenen Kandidaten in Reserve[272], dass Deffner, wie man argwöhnte, zu Gunsten von Karl Mayer[273] verzichten könnte[274], um dessen Wahl in den Landtag zu gewährleisten, falls dieser in Besigheim scheitern sollte.

Das Wählerverzeichnis der Stadt Esslingen für 1868, das Aufschluss geben könnte über Struktur und Verhalten der Wählerschaft, ist zwar nicht erhalten geblieben, es lässt sich aber in einigen wesentlichen Teilen erschließen. Zum einen liegen nämlich die Listen vor, nach denen die 1549 säumigen Wähler der Stadt Esslingen und ihrer Teilgemeinden zur Ergänzungswahl geladen wurden[275]. Anders als bei den amtlichen Wählerverzeichnissen fehlen hier freilich die Altersangaben, so dass sich die Altersstruktur der Nichtwähler nicht erhellen lässt; zudem überschneiden sich einige Listen, und etwa bei einem Viertel der aufgeführten Männer fehlt die Berufsangabe. Andererseits erfasst das Esslinger Adressbuch von 1868[276] den Bevölkerungsbestand nach den Berufen zeitnah zum Wahltermin: Adressbuch und Wählerverzeichnis müssen also in großem Umfang deckungsgleich gewesen sein. So lassen sich denn

---

[268] Ebd., S. 153ff.; vgl. auch Runge, Volkspartei, S. 174, wenn hier aber die Abstimmung der Gesamtkonzeption der Politik der Volkspartei gegolten hatte, wie *Runge* schreibt, so muss diese Abstimmung als Fehlschlag gewertet werden.

[269] Karl Christian Ulrich Deffner (1789–1846), Fabrikant in Esslingen; Landtagsabgeordneter für Esslingen 1833/I, 1833/II-1848; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 129f.

[270] Schw. Kronik Nr. 170, 18. Juli 1868, S. 2021; SVZ Nr. 156, 8. Juli 1868, „Esslingen, 5. Juli" und „Esslingen, 6. Juli": *Die Deutsche Partei, der es weder an Anhang noch an Mut fehlt, wird sich passiv verhalten;* so finden sich namhafte Anhänger der DP (vgl. Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 159ff.), wie der Handschuhfabrikant Daniel Jeitteles, der Wollgarnfabrikant Johannes Merkel sen., Stadtpfleger Jakob Hiller, Professor Theodor von Soden, Rechtskonsulent Leopold Heiden, Konditor Jonathan Studenmund, Wilhelm Weitbrecht usw. unter denen, die zur Ergänzungswahl geladen wurden. Siehe Anm. 275.

[271] Runge, Volkspartei, S. 80.

[272] Nämlich den ehemaligen Oberamtmann von Esslingen (1858–1866), damaligen Stadtdirektor von Stuttgart, späteren Regierungspräsidenten des Donaukreises Christoph Anton (von) Wolff (1818–1893), Landtagsabgeordneter für Esslingen 1870–1876; Schw. Kronik (1893) Nr. 231, S. 1963, 2039; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 1034; siehe auch Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 164, Anm. 274.

[273] Esslingen war Karl Mayers Geburtsort; er hatte dort 1848 eine bedeutende Rolle gespielt (Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 83ff.) und wurde durch diesen Wahlkreis 1876 in den Landtag gewählt.

[274] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Schreiben Gesslers an Kabinettschef von Egloffstein, 2./3. Juli 1868.

[275] Stadtarchiv Esslingen, Bestand I_2 B11, Landtagswahlen; 1868, Juli 11.

[276] Adress-Buch und Wohnungsanzeiger von Esslingen. Nebst einigen kaufmännischen Adressen aus der Umgebung. Esslingen 1868.

auch die fehlenden Berufsangaben in den Ladungslisten recht zuverlässig aus dem Adressbuch ergänzen[277].

Da jeder Bürger über 25 Jahre, der eine direkte Steuer bezahlte, von Amts wegen in das Wählerverzeichnis aufzunehmen war, bieten die Berufsangaben in vielen Fällen schon sichere Hinweise, ob ein Bürger wahlberechtigt war oder nicht: Weingärtner, Landwirte, Fabrikanten, Kaufleute und Wirte dürften also in der Regel zu den Wahlberechtigten gehört haben. Das Adressbuch verzeichnet in der zweiten und dritten Abteilung darüber hinaus die „Geschäfts- und Gewerbetreibenden" sowie „Besondere Behörden und Berufe", so dass sich auch die Beamten und vor allem die selbstständigen Handwerker identifizieren lassen[278]. Über die Einwohner der Filialgemeinden enthält das Adressbuch leider keine detaillierten Angaben. Im Jahre 1862 stellten diese Gemeinden 577 Aktivbürger von insgesamt 2074; am 3. 12. 1867 wurden dort 3669 ortsanwesende und 3831 ortsangehörige Bewohner in 737 Familien registriert; die Zahl der Wahlberechtigten dürfte hier unter dem neuen Wahlrecht danach etwa bei 650–750 gelegen haben[279]. Die Wähler Esslingens lassen sich auf dieser Grundlage folgendermaßen einordnen:

Tabelle 14: Struktur und Wahlbeteiligung der Esslinger Wähler am 8./9. Juli 1868

	Wahlberechtigte	1. Wahlgang		Beteiligung
		nicht abgestimmt	abgestimmt	%
Stadt Esslingen insgesamt	2884	1549	1335	46,29
Filialen	750 700 650	312	438 388 338	58,4 55,4 52,0
Stadtgebiet	2134 2184 2234	1237	897 947 997	42,0 43,4 44,6
darunter				
Selbstständige	901	383	518	57,5
Weingärtner	140	88	52	37,1
Beamte	265	114	151	57,0
Bahnpersonal	144	93	51	35,4
Unselbstständige	684 734 784	560	124 174 224	18,1 23,7 28,5

[277] Zusätzlich wurde verwendet: Stadtarchiv Esslingen, Bestand I_2 B11, Verzeichnis der Aktivbürger, 3. Januar 1862; SCHMIDLIN, Firmenbuch, S. 87ff.

[278] Vgl. *Schrauts* (DIES., Sozialer Wandel, S. 345f.) Bedenken hinsichtlich der Verwendung der Berufsangaben.

[279] Verzeichnis der Aktivbürger (wie Anm. 277); Bevölkerungszahlen nach dem Adressbuch,

Die Anzahl der Unselbstständigen (die auch noch die höheren Angestellten einschließt) ergibt sich hier als Differenz zwischen der Gesamtzahl der Wahlberechtigten bzw. Säumigen und den Selbstständigen, Weingärtnern usw. Sollte beispielsweise die Zahl der Selbstständigen im amtlichen Wählerverzeichnis niedriger gelegen haben, weil etwa der Altersfaktor unberücksichtigt geblieben ist[280], so würden sich die Werte für die Wahlbeteiligung der einzelnen Gruppen zwar annähern, die grundlegende Tendenz bliebe jedoch erhalten.

Unter den beschriebenen Voraussetzungen machte der Anteil der Unselbstständigen/Arbeiter an den Wahlberechtigten nur 25–30% aus; bei einer Gesamtzahl von etwa 1200 Arbeitern[281] war nahezu jeder Zweite nicht in die Wählerliste aufgenommen. Nur etwa ein Viertel der wahlberechtigten Arbeiter[282] dokumentierte zudem politisches Interesse durch die Teilnahme am ersten Wahlgang, – deutlich weniger als alle anderen Gruppen[283].

An der Ergänzungswahl nahmen im Distrikt Esslingen dann weitere 1012 Berechtigte teil, von denen ein großer Teil Arbeiter gewesen sein muss. Als – unpolitisches – Wahlmotiv wird man dabei aber vor allem die Ganggebühr von 4 kr. berücksichtigen müssen, die jeder bezahlen musste, der der Wahl unentschuldigt ferngeblieben war[284]. Für Karl Deffner, der, wohl um sich nicht offen selbst wählen zu müssen, nicht abgestimmt hatte, war der Betrag bedeutungslos, ein Textilarbeiter musste für 4 kr. dagegen mehr als eine Stunde arbeiten. Insgesamt wird man also das Interesse der Esslinger Arbeiter an der Landtagswahl von 1868 als eher gering einschätzen müssen; es entsprach damit ihrem Zustand sozialer Entwurzelung und fehlender Integration in die Gesellschaft der Stadt. Die Möglichkeiten des Bahnpersonals, an der Wahl teilzunehmen, hingen sehr weitgehend vom Dienstplan ab. In einer der Ladungslisten, die die Verhinderungsgründe verzeichnen, tragen 17 von 19 Lokomotivführern und Heizern den Vermerk „Dienst". Wenn dieser Prozentsatz von fast 90% auch nicht die Regel gewesen sein dürfte, so erklärt er dennoch die geringe Wahlbeteiligung des Bahnpersonals.

Die Staats- und Kommunalbeamten[285] bewiesen mit 56,1% Wahlbeteiligung ein verhältnismäßig hohes Interesse an der Wahl, das aber je nach beruflicher Stellung stark variierte. Unter den hohen Staatsbeamten und den kirchlichen Würdenträgern –

S. VI und SCHRAUT, Sozialer Wandel, S. 355f.; ein Wahlberechtigter pro Familie wird als ungefähre Obergrenze angenommen, die Untergrenze orientiert sich am Anwachsen der männlichen Bevölkerung seit 1862.

[280] Bei den Unselbstständigen dürfte dies häufiger zutreffen als bei den „Etablierten".

[281] SCHRAUT, Sozialer Wandel, S. 358, Tabelle 8 errechnet für 1870/71 1233 Wohnsteuer zahlende Arbeiter; der Altersfaktor muss hier wiederum unberücksichtigt bleiben.

[282] Die vorliegenden Zahlen erlauben keine Differenzierung nach Branchen oder Qualifikation.

[283] SVZ Nr. 160, 12. Juli 1868 „Esslingen, 11. Juli": Die Vermutung des Korrespondenten, 5–600 Arbeiter hätten im ersten Wahlgang für Deffner gestimmt, entbehrt also jeder Grundlage.

[284] Vgl. oben, S. 17, Anm. 16.

[285] Darunter sind hier alle gefasst, die in der Stadt eine öffentliche Aufgabe versahen, also z. B. auch die Gemeinderäte oder Nachtwächter.

beginnend mit Staatsminister von Wiederhold[286], über Gerichtshofdirektor von Kern[287] und die Richter, vom Dekan über den Kameralverwalter, den Oberförster bis hin zum Oberamtmann – erreichte die Beteiligung nur 37,7%. Von den 62 Lehrern stimmten 37 ab, d.h. 59,7%; während aber unter den Schulmeistern, Schullehrern und Hilfslehrern 73,6% von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, blieben die höheren Dienstränge der Wahl mehrheitlich fern (Wahlbeteiligung 45,5%). Die kommunalen Amtsträger und niederen Beamten gaben demgegenüber zu 62,4% ihre Stimme ab. Deffner war für diese ein bekannter und sehr geachteter Mitbürger, für den Oberamtmann und die Mehrzahl der hohen Beamten blieb er hingegen anscheinend *der Kandidat der Umsturzpartei*[288]; wollte man nicht für ihn – oder auch gegen ihn – stimmen, so musste man der Wahl fernbleiben; dazu forderte der „Staatsanzeiger" die Wähler am Tag vor der Wahl ganz offen auf[289]. Insbesondere die Richter, die Esslingen im Zuge der Gerichtsreform würden verlassen müssen, warfen Deffner zudem vor, sich nicht genügend um die Einrichtung eines neunten Gerichtshofs in der Stadt bemüht zu haben[290].

Neben den Weingärtnern des Stadtgebiets gab es die der Filialgemeinden, die den weitaus größten Teil der dortigen Wahlberechtigten ausmachten[291]. Beiden Gruppen war gemeinsam, dass sie ganz überwiegend arm waren, dass sie, um überleben zu können, zahlreiche Nebentätigkeiten auch in der Industrie ausübten und dass sie schließlich durch das Bevölkerungswachstum und die Industrialisierung zunehmend in ihrer Existenz bedroht wurden. Beide waren die *Repräsentanten traditionsbezogener, vorindustrieller Verhaltensweisen*[292]. Anders als unter den städtischen Weingärtnern entstand jedoch als Folge *traditioneller Berufs- und Partnerwahl in den Filialen eine geschlossene homogene Gesellschaft*[293], *die sich durch ihr Brauchtum und ihre Religiosität von den Städtern absetzte*[294] und deren Mitglieder von den Städtern als *Bürger zweiter Klasse* behandelt wurden[295]. Das Verhalten beider Gruppen bei der Landtagswahl vom 8./9. Juli 1868 scheint diesen Bedingungen teilweise zu entspre-

---

[286] Karl Friedrich Kuno Freiherr von Wiederhold (1809–1885), Kriegsminister September 1865 – Juni 1866; Schw. Kronik (1886), Nr. 21; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 1015f.

[287] Maximilian (von) Kern (1813–1887), Gerichtshofdirektor, seit 1879 Präsident des OLG Stuttgart, Geheimer Rat; 1848 Stellvertreter für die Paulskirche; Landtagsabgeordneter für Gaildorf 1872–1879 (Deutsche Partei); Württ. Jbb. 1887 (1889), S. VI; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 434.

[288] So der Oberamtmann in seinem Bericht, HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 191f.

[289] Staatsanzeiger Nr. 159, 7. Juli 1868, S. 1651; gegen Deffner wird u.a. vorgebracht: *Namentlich verursacht seine merkwürdige Freundschaft mit unserem Polizeikommissär Weith vielfaches Kopfschütteln.*

[290] Staatsanzeiger Nr. 147, 23. Juni 1868, S. 1523.

[291] SCHRAUT, Sozialer Wandel, S. 188ff.; nur bei 16% der 312 angemahnten Wähler ist der Beruf verzeichnet; anscheinend war es so selbstverständlich, dass es sich um Weingärtner handelte, dass der Beruf lediglich bei Abweichungen von der Norm genannt wurde.

[292] Ebd., S. 38.

[293] Ebd., S. 203.

[294] Ebd., S. 223.

[295] Ebd., S. 217ff.; siehe auch: BORST, Mein Land hat kleine Städte, S. 20–34, vor allem S. 28ff.

chen. Beide hatten zunächst von Karl Deffner, dem bekannten Industriellen, Demokraten und Angehörigen der Oberschicht, wenig Positives zu erwarten: Von den 140 städtischen Weingärtnern[296] scheinen sich nur 52 (37,1%) an der Wahl beteiligt zu haben. Überraschenderweise lag jedoch in den Filialen die Wahlbeteiligung mit mehr als 50% deutlich höher als in der Stadt insgesamt und bei den städtischen Weingärtnern. Die Quellen erlauben leider keinen so genauen Einblick, dass dieses Verhalten schlüssig erklärt werden könnte. Wahrscheinlich wollten die Wähler aus den Filialen sich von ihren städtischen Berufskollegen absetzen und durch ihre Teilnahme an der Wahl demonstrieren, dass sie vollgültige Staatsbürger waren.

Unter den Selbstständigen Esslingens erreichte die Wahlbeteiligung mit 57,5% von allen Gruppen den höchsten Wert; innerhalb dieser Gruppe zeigt sich wiederum eine deutliche Staffelung. Ein eher hohes Interesse an der Wahl findet sich in den Kreisen des Besitzbürgertums. Von den 166 Männern, die 1862 zu den Höchstbesteuerten[297] gezählt hatten, nahmen 58,4% an der Wahl vom 8./9. Juli 1868 teil[298]. Das Adressbuch von 1868 gestattet eine genauere Einteilung. Trotz des Wahlboykotts der Deutschen Partei nahmen danach zwei Drittel der Fabrikanten und 58% der Kaufleute an der Wahl teil und stimmten somit für den Kandidaten der Volkspartei. Es folgten die selbstständigen Handwerker mit 56,6% und die Wirte mit 52,3%.

Für die geringe Wahlbeteiligung im 1. Wahlgang waren also in erster Linie die städtischen Weingärtner, die unselbstständigen Handwerker und Arbeiter sowie die hohen Staatsbeamten verantwortlich; die Wahlberechtigten der Filialen, die kommunalen Amtsträger und vor allem die Selbstständigen waren dagegen mehrheitlich zur Wahlurne gegangen und hatten wahrscheinlich für den Kandidaten der Volkspartei gestimmt.

Die Deutsche Partei hatte sich entschlossen, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen und der Wahl fernzubleiben; sie vermied also die erneute Auseinandersetzung mit den Demokraten[299]. Tatsächlich lag die Wahlbeteiligung der DP-Anhänger deutlich unter dem Durchschnitt: Von den 54 Esslinger Bürgern, die die Resolution vom 4. August 1867 unterzeichnet und sich dadurch offen zur Deutschen Partei bekannt hatten[300], stimmten am 8./9. Juli 1868 nur 27,8% ab, von den 86 Esslinger Parteimitgliedern der DP, die im Mai 1870 an die Stuttgarter Parteizentrale gemeldet wurden[301],

---

[296] 1862 werden in der Liste der Aktivbürger 147 Weingärtner genannt; die Anzahl von 140 erscheint daher angemessen.

[297] Esslinger Wochenblatt. Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamtsbezirk Esslingen und Umgegend, Jg. 42, Nr. 3, 6. Januar 1862, S. 9f.; von den dort aufgeführten 198 Wahlmännern 1. Klasse stammen die Fehlenden aus den Filialgemeinden.

[298] Schmidlin, Firmenbuch, S. 87ff.: Hier werden 165 Unternehmer angeführt, von denen 72 die Wahl versäumt hatten, Wahlbeteiligung also 56,4%.

[299] Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 160 verallgemeinert ohne Rücksicht auf diesen Tatbestand.

[300] Schw. Kronik Nr. 208, 1. September 1867.

[301] Nl Hölder, Fasz. XIII, Stück 195.

waren es 31,4%[302]. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse gerade unter den Selbstständigen[303] liegt die Vermutung nahe, dass sich die Esslinger DP nach der enttäuschenden Niederlage in der Zollparlamentswahl keine Siegeschancen für einen eigenen Kandidaten ausrechnete.

Zudem kollidierten die politischen Gegensätze zwischen den beiden politischen Parteien mit den verwandtschaftlichen und wirtschaftlichen Verbindungen innerhalb der Führungsschicht[304]. Denn entgegen *Runges* Annahme[305] konnten sich beide politischen Parteien namhafte Persönlichkeiten auch aus den höchsten Kreisen der Esslinger Gesellschaft zurechnen: Patrizischer Abstammung waren in den Reihen der Deutschen Partei Dr. Philipp Nagel, der ehemalige Stadtpfleger, in den Reihen der Volkspartei die Kaufleute Steudel und Stierlen; zum Großbürgertum zählten Deffner (VP), Grünzweig, Merkel, Stitz, Weiß, Wagner und Fabrikdirektor Kessler[306] (alle DP)[307]. So dürfte *Tiessens* Folgerung weitgehend zutreffen, dass der politische Gegensatz zwischen Volkspartei und Deutscher Partei vor der Reichsgründung nicht zugleich auch ein sozialer gewesen sei[308].

Durch die Ergänzungswahl am 15. Juli stieg die Wahlbeteiligung auf durchschnittlich 78,6% an. Der Oberamtmann führte das darauf zurück, dass die Lüge verbreitet worden sei, die Ausbleibenden würden gestraft werden; nur der intelligentere Teil der Bevölkerung habe sich ferngehalten[309]. Das tatsächliche Wahlergebnis entsprach dieser Deutung allerdings nur wenig. In den sechs Wahldistrikten lag die Wahlbeteili-

---

[302] Bei der Ergänzungswahl wurden 102 leere Stimmzettel abgegeben, vermutlich von DP-Anhängern, siehe unten, S. 172, Anm. 316.

[303] SCHRAUT, Sozialer Wandel, S. 361: Mehrheitsverhältnisse im Esslinger Stadtrat 1870: 50% VP, 16,7% DP.

[304] Ebd., S. 286 und S. 361.

[305] RUNGE, Volkspartei, S. 80; vgl. SVZ Nr. 160, 12. Juli 1868 „Esslingen, 11. Juli": Der Korrespondent zählte Deffner zur *hiesigen Aristokratie, welcher* (er) *mit Herz und Sinn angehört;* die Volkspartei wird deutlich davon abgesetzt.

[306] Emil (von) Kessler (1841–1895); er war 1867 seinem Vater (1813–1867) als Direktor der Maschinenfabrik nachgefolgt; Landtagsabgeordneter für Esslingen 1883–1885, Reichstagsabgeordneter für Esslingen, Kirchheim etc. 1871–1874; Staatsanzeiger (1895), S. 859; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 434f.

[307] SCHRAUT, Sozialer Wandel, S. 286, Schaubild 35.

[308] TIESSEN, Industrielle Entwicklung, S. 160; hier ist freilich Vorsicht geboten: Nach *Schrauts* Schaubild hätte die DP eine klare Mehrheit für sich; auch das breit gefächerte Sozialprofil der Esslinger DP, das LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, S. 372, anhand der Berufsangaben entwirft, bedarf der Korrektur. Den Wirt Andreas Häberle rechnet er z.B. dem Kleinbürgertum zu, in der Steuerliste von 1862 stand Häberle auf Rang 21, er gehörte also zu den reichsten Männern Esslingens. Berücksichtigt man die Steuerlisten und die Angaben aus dem Adressbuch, so kann man dem Bürgertum 79% zurechnen, dem Kleinbürgertum 12%, den Arbeitern allenfalls 9%. – Vgl. WESTERMAYER, Politik als Beruf, S. 280–299; *Westermayer* belegt überzeugend, dass *zwischen den Führungsgruppen der Demokraten und Nationalliberalen in Aalen keine erkennbaren sozialen Unterschiede bestanden* (S. 298); dagegen: W. LANG, Die Wahlen zum württembergischen Landtag, S. 147f.

[309] Siehe oben, S. 165, Anm. 265; vgl. TIESSEN, Industrielle Entwicklung, S. 103: ein ähnliches Ereignis bei der Wahl vom 24./25. April 1851.

gung jetzt zwischen 87 und 59% und übertraf viermal die 80%-Marke. Die Oberamtsstadt mit ihren Filialen und der Distrikt Nellingen brachten es nun auf 81 bzw. 85%; Deffners Stimmenanteil erreichte hier 74,4 und 72,3%. Im Bezirk II (Altbach), bestehend aus fünf Gemeinden unter 1000 Einwohnern, wurde ebenfalls eine Beteiligung von 81% gezählt; für Deffner wurden aber nur 65,7% der verfügbaren Stimmen abgegeben. In Köngen und Wendlingen, die dem Einfluss der Stadt am stärksten entzogen waren und zu den ärmeren Gemeinden gehörten, stimmten 75% ab, 65,6% für Deffner. Beide Extremwerte traten in den gemischt-konfessionellen Distrikten auf. In Distrikt VI, wo mit 87% die höchste Wahlbeteiligung erreicht wurde, standen mit Plochingen und Deizisau zwei protestantische Gemeinden (ca. 3000 Einwohner) den beiden katholischen, neuwürttembergischen Gemeinden Pfauhausen und Steinbach (ca. 1100 Einwohner) gegenüber, die offenbar lebhaft von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht hatten. Bezirk V bestand aus dem protestantischen Denkendorf (1329 Einwohner) und dem katholischen, neuwürttembergischen Neuhausen a.d.F. (2514 Einwohner)[310]. Da viele Neuhausener als Maurer, Gipser usw. abwesend waren[311], nahmen hier im Durchschnitt nur 59% der Wahlberechtigten an der Abstimmung teil[312]. Wie zwei Jahre später scheinen die drei genannten katholischen Gemeinden einheitlich und sehr entschieden für den volksparteilichen Kandidaten eingetreten zu sein[313].

Im Übrigen sollte man die Bedeutung solcher Mehrheiten bei Ergänzungswahlen nicht überbewerten. Da die Ergebnisse durch den erheblichen Druck einer Ganggebühr beeinflusst wurden und insofern „irregulär" sind, kann man sie nicht ohne weiteres mit „normalen" Ergebnissen vergleichen[314]. Unter allen Ergänzungswahlergebnissen des Jahres 1868 nimmt Esslingen tatsächlich nur einen Mittelplatz ein. Zudem enthält das Wahlergebnis auch einige Warnungen an die Sieger. In den ländlichen Gemeinden mit hoher Wahlbeteiligung beispielsweise erreichte der ministerielle Ersatzmann Wolff, der gar nicht offiziell kandidiert hatte, 6–10% der verfügbaren Stimmen[315]; in drei Wahldistrikten (Altbach, Köngen und Plochingen) lag der Anteil der „verlorenen Stimmen" – teilweise unbeschriebene Stimmzettel[316] – bei 7–10%, bei-

[310] Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 165 übersieht bei seinem Vergleich, dass die Abstimmungsdistrikte 1868 und 1870 nicht übereinstimmen; gerade die Werte für Neuhausen sind nicht vergleichbar!

[311] Beobachter Nr. 166, 18. Juli 1868 „Esslingen, 16. Juli".

[312] Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 102. Seine Aussage, Neuhausen habe *bis zur Gründung der Zentrumspartei in Württemberg stets demokratisch, d.h. antigouvernemental gestimmt*, bedarf der Differenzierung. Der Stimmenanteil der VP sackte von 1870 = 68,8% bis 1895 = 3,94% kontinuierlich ab (jeweils 1. Wahlgang); die SPD erhielt 1882 2,08%, 1886 18,18%, 1889 33,33%; 1895 im 1. Wahlgang 21,26%, in der Stichwahl 49,21%; ein Teil dieser Stimmen kam von Wählern des Zentrum, das im 1. Wahlgang 47,83% erhalten hatte.

[313] HStAS E 150, Innenministerium IV, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 180–184 Bericht des Oberamts vom 7. Dezember 1870 betr. das Wahlergebnis.

[314] Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 165 vergleicht die Ergebnisse von 1868 und 1870.

[315] Beobachter Nr. 166, 18. Juli 1868 „Esslingen, 16. Juli": In Plochingen stimmten die Pietisten für ihn.

[316] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 191f.; Beobachter Nr. 166, 18. Juli 1868 „Esslingen, 16. Ju-

des Anzeichen von Protest gegen den offiziellen Kandidaten, wie er sich bei Ergänzungswahlen vermehrt artikuliert[317].

d) Stadt Reutlingen

Obwohl in Reutlingen/Stadt Kandidaten der Deutschen Partei und der Volkspartei einander gegenüber standen, blieb das Interesse der Wähler gering: Am 8. Juli gaben 45,51% der Berechtigten ihre Stimme ab, und selbst bei der Ergänzungswahl wurde mit 76,67% nur ein Mittelplatz erreicht. Der Vertreter der Volkspartei, der Reutlinger Landwirt und Gemeinderat Georg Stumpp[318], siegte letztlich mit 63,80% über den Kandidaten der Deutschen Partei, Oberamtsrichter Georg Ankelen aus Göppingen[319].

Der hohe Wahlsieg der Volkspartei veranlasste Oberamtmann Schippert[320] zu ausführlicher Ursachenforschung; sein Bericht an das Innenministerium[321] enthält schließlich auch einige Hinweise, warum im ersten Wahlgang keine gültige Wahl zustande gekommen war. Der Oberamtmann nimmt darin alle drei Wahlen in den Blick, die die Reutlinger innerhalb von neun Monaten erlebt hatten: Nachdem ihr Stadtschultheiß und Landtagsabgeordneter Wilhelm Grathwohl[322] gestorben war, musste am 7. Oktober 1867 eine Landtagsnachwahl stattfinden, die der Reutlinger Kaufmann und Fabrikant Johann Heinrich Finckh mit 116 von 204 Stimmen gewann[323]. Nach dem Bericht des Oberamtmanns war jedoch *jedermann klar, dass dieser Sieg lediglich eine Folge des alten Wahlgesetzes sei und dass bei allgemeinem Stimmrecht die rührige Volkspartei ihren Kandidaten durchgesetzt hätte*[324]. Bei der Zollparlaments-

---

li": Rechtskonsulent Cammerer, der Korrespondent des „Beobachters", erkennt in diesen 186 leeren Stimmzetteln die der „Preußen" (102 in der Stadt, 51 in Plochingen), was durchaus plausibel erscheint.

[317] In Horb z.B. 6,25%; wo weitere Kandidaten auftraten, gab es deutlich weniger verlorene Stimmen: Freudenstadt 2,58%, Ravensburg 3,63%, Tettnang 2,68%, Reutlingen/Stadt 0,65%.

[318] Georg Stumpp, geb. 1827, früher Sonnen-Wirt und Ökonom; in der Schw. Kronik Nr. 158, 4. Juli 1868, S. 1881 wird er als „Partikülier", d.h. Rentner bezeichnet; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 915; nach RUNGE, Volkspartei, S. 82 gehörte er zur Führung des Reutlinger Volksvereins; der Innenminister nennt ihn einen *aufgeblasenen Hohlkopf mit Phrasen* (HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8).

[319] Siehe oben, S. 26, Anm. 61.

[320] Gottlob Friedrich Bernhard (von) Schippert (1820–1893), Oberamtmann von Welzheim 1856–1861, von Calw 1861–1866, von Reutlingen/Amt 1866–1872, dann bis 1887 Regierungsrat bei der Kreisregierung in Ellwangen; ANGERBAUER, Amtsvorsteher, S. 497.

[321] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 405f. Bericht des Oberamts betr. die Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Reutlingen, 31. Juli 1868.

[322] Wilhelm Grathwohl (1815–1867), Landtagsabgeordneter 1856–1867; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 283.

[323] Siehe oben, S. 26, Anm. 60; MOSTHAF, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern, Bd. I, S. 172 schreibt diesen Wahlsieg irrtümlich Carl Friedrich Finckh zu.

[324] Wie Anmerkung 321. – Vgl. BRANDT, Parlamentarismus, S. 171: Dieses Beispiel belegt noch einmal, wie problematisch es ist, die Verhältnisse unter dem alten und dem neuen Wahlrecht zu vergleichen.

wahl wie dann auch bei der Landtagswahl am 8. Juli sei es gleichfalls nur um den Gegensatz zwischen Volkspartei und DP gegangen, *einen von den extremen Parteien unabhängigen Kandidaten* [hätte man] *mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg nicht aufstellen können. Selbst wenn ein solcher zu finden gewesen wäre, es hätte an geeigneten Agitatoren für seine Wahl vollständig gefehlt.* Dem Oberamtmann geht es hier zunächst also in erster Linie darum, dem Innenminister zu erklären, warum er nicht für einen ministeriellen Kandidaten gesorgt hatte.

Wenn seine Beobachtungen zutreffen und nicht lediglich seine sozialen Vorurteile reflektieren, wurde das politisch-soziale Klima in dieser Frühphase der Industrialisierung durch den Gegensatz zwischen Großbürgertum und kleinbürgerlich-gewerblichen Interessen geprägt, deren Exponenten die beiden politischen Parteien waren[325]. Der Ortsverein der Deutschen Partei war zwar zahlenmäßig klein[326], er umfasste aber Mitglieder der prominentesten Reutlinger Familien – Wilhelm Knapp[327], Louis Bantlin[328], Carl und Heinrich Finckh[329] –, die zum Beispiel über die Handelskammer und den Gewerbeverein erheblichen Einfluss ausüben konnten. Ihre bisherige politische Machtstellung schien durch das allgemeine Wahlrecht bedroht. Demgegenüber konnte die Volkspartei[330], wie der Oberamtmann ausführt, auf die Nutznießer des neuen Wahlrechts setzen: *die große Zahl kleiner Gewerbetreibender.*

Die Missstimmung der Wähler, so der Oberamtmann weiter, sei noch dadurch gesteigert worden, dass das (Kreis)-Gericht nicht nach Reutlingen verlegt worden sei und die dortige Eisenbahnreparaturwerkstätte sowie die Wohnsitze des Zugpersonals nach Tübingen abgezogen worden seien. Vor dem Hintergrund der jahrelangen Benachteiligung Reutlingens seitens der Regierung[331] stifteten diese neuerlichen Entscheidungen gegen die Interessen der Stadt Solidarität gegenüber der Regierung, so dass eine ministerielle Kandidatur unmöglich war, die Regierung leistete so der Agitation der Volkspartei („Keinen Beamten") Vorschub und nahm dem bisherigen Abgeordneten Heinrich Finckh *die Lust, sich in den Wahlkampf zu stürzen.* Letztlich

---

[325] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 433; Schindler, Die Reutlinger Wirtschaft, S. 144.

[326] Nl Hölder, Fasz. VIII, Stück 373, 80, 234: September 1866: 8 Mitglieder, Vorstand: W. Knapp und H. Finckh; Mai 1867: 20 Mitglieder; 1. Januar 1870: 44 Mitglieder, Vorstand: H. Finckh.

[327] Wilhelm Knapp (1829–1897), Mitinhaber der Eisenhandlung; einer der Gründer der DP und Mitglied im Landeskomitee.

[328] Louis Bantlin (1818–1896), Fabrikbesitzer, Kommerzienrat; Mitbegründer der DP; Mosthaf, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern, Bd. I, S. 307.

[329] Carl Friedrich Finckh (1819–1888); Mosthaf, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern, Bd. 1, S. 172: Carl Finckh war Mitbegründer und kurze Zeit Vorstand des Gewerbevereins, bis 1869 Vorstand der Handels- und Gewerbekammer Reutlingen; vgl. Deutsches Geschlechterbuch, Bd. 34, S. 179, dort dann aber die fehlerhafte Eintragung, dass Heinrich Finckh von 1867–1876 Landtagsabgeordneter gewesen sei.

[330] Runge, Volkspartei, S. 48, Anm. 88: Seit 1865 bestand ein informeller Volksverein.

[331] Schindler, Die Reutlinger Wirtschaft, S. 154; Biege, Zwischen Persönlichkeitswahl und Parteienentscheidung, S. 57–59.

macht also der Oberamtmann die Politik der Stuttgarter Regierung für das Reutlinger Wahlergebnis verantwortlich.

Des Weiteren sieht er die Ursachen für den Sieg der Volkspartei in der Kandidatenkür und der Wahlkampfführung der beiden Parteien. Die VP habe die Kandidatur Stumpps *seit Jahren* vorbereitet, den Wahlkampf zielgerichtet, rührig und aggressiv geführt, während bei der Deutschen Partei statt dessen Uneinigkeit über den Kandidaten herrschte und der Wahlkampf daher nur wenig energisch und defensiv ohne öffentliche Auftritte des Kandidaten geführt wurde. Der Oberamtmann kam mit seiner Erklärung für die regelrechte Lähmung der DP der Wahrheit ziemlich nahe, wenn ihm auch die wahren Hintergründe für den Kandidaturverzicht Heinrich Finckhs verborgen blieben[332]. Der Oberamtsrichter Georg Ankelen von Göppingen erfüllte zwar als geborener Reutlinger eine der grundlegenden Anforderungen an eine Erfolg versprechende Kandidatur; durch Heirat war er ferner mit der Knapp-Familie verbunden, die ihn im Wahlkampf unterstützte[333]. Da seine Kandidatur aber vom Landeskomitee der DP, dessen Mitglied Wilhelm Knapp war, angeregt worden war, während Heinrich Finckh noch überlegte, ob er kandidieren sollte, musste sie als Affront aufgefasst werden[334], und sie spaltete die Reutlinger DP, zumal es der Kandidat durch sein Auftreten nicht verstand, *die alten Demokraten* für sich zu gewinnen. Die Anhänger Finckhs hielten sich aus dem Wahlkampf heraus und blieben anscheinend der Wahl fern[335]. Für die Volkspartei war die Bekämpfung dieses Kandidaten dann um so leichter, als ihm ein Makel anhaftete, der seine Aufstellung und Wahl in Reutlingen selbst in den Augen eines Parteifreundes unmöglich machte: Er war Staatsbeamter[336]. So ist insgesamt die geringe Wahlbeteiligung in Reutlingen auf die Spaltung innerhalb der DP zurückzuführen, die in der Stadt einen mobilisierenden Wahlkampf verhinderte.

4. Die Stichwahlen

In sechs Wahlkreisen – in Heilbronn/Amt, Marbach, Spaichingen, Waldsee, Göppingen und Gaildorf – mussten Stichwahlen zwischen den beiden Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl durchgeführt werden, da dort keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hatte. Alle Parteien waren sich zudem der weit reichenden Bedeutung dieser Stichwah-

---

[332] Vgl. auch Staatsanzeiger Nr. 148, 24. Juni 1868, S. 1536, dort ist von *verschiedenen Gründen* die Rede.

[333] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 288 Louis Bantlin an Hölder, 24. Juni 1868; Staatsanzeiger Nr. 149, 25. Juni 1868, S. 1546f.; in Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1600 wird Ankelens Programm vorgestellt.

[334] SVZ Nr. 143, 23. Juni 1868 „Reutlingen" – harmonisierend.

[335] SVZ Nr. 162, 15. Juli 1868, S. 686: *Ein beträchtlicher Teil der besseren Bürgerschaft hat sich der Wahl enthalten.* Nach Gründen wird – wohlweislich – nicht geforscht.

[336] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 296, 288, 262, 234; vgl. Runge, Volkspartei, S. 147.

len bewusst; im „Beobachter" hieß es zum Beispiel: *Von diesen* [Stichwahlen] *sind nur drei der Volkspartei und den Großdeutschen gesichert. Heilbronn, Waldsee, Gaildorf aber sind unsere Schicksalsbezirke. Ohne sie haben wir von den 92 Stimmen der Kammer nur 45 – nur mit ihnen die absolute Majorität*[337].

Der Wahlkampf wurde also in diesen Oberämtern erneut aufgenommen, mit frischen Kräften und in neuen politischen Konstellationen. Dennoch scheint dies nicht automatisch zu erhöhter Mobilisierung der Wähler geführt zu haben: In Heilbronn/Amt, Marbach und Gaildorf blieb die durchschnittliche Wahlbeteiligung annähernd gleich[338], in Waldsee verringerte sie sich sogar um 5,4 Punkte[339], nur in Spaichingen und noch deutlicher in Göppingen verursachte der erneute Wahlkampf eine erhebliche Zunahme des Wählerinteresses[340]. Die wirklichen Verhältnisse hinter diesen Durchschnittswerten für die Wahlkreise stellen sich freilich ganz anders dar.

a) Oberamt Marbach

Im Oberamt Marbach bewarben sich vier Kandidaten um das Abgeordnetenmandat, von denen drei der demokratischen Richtung angehörten[341]: der bisherige Abgeordnete Christian Ludwig Schwaderer[342], der Schultheiß von Oberstenfeld, Karl Adam Pantle[343] und Wilhelm Weith, seit 1865 Polizeikommissär von Esslingen[344].

Weith war der offizielle Kandidat der Volkspartei und wurde im Wahlkampf speziell durch Karl Deffner[345] und vom „Beobachter" unterstützt[346]. Mit dem Oberamt

---

[337] Beobachter Nr. 164, 16. Juli 1868 „Zahlen II." – Siege der VP in Göppingen und Marbach, der Großdeutschen in Spaichingen werden also vorausgesetzt. – Wegen der Niederlagen bei den Kommissionswahlen und der Adressdebatte (Brandt, Parlamentarismus, S. 784ff.) machte sich in der VP eine gewisse Ernüchterung breit und man sah nur noch die vereinigte großdeutsche Linke als Bündnispartner; die VP hielt aber an ihrem Ziel fest, die Landtagsmehrheit zu erobern; Beobachter Nr. 255, 2. November 1869 „Der Oehringer Wahlsieg".

[338] Heilbronn/Amt: 56,86/56,97%; Marbach 68,99/68,38%; Gaildorf 57,64/58,21%.

[339] Von 63,06 auf 58,21%.

[340] Spaichingen: 51,66/62,18%; Göppingen: 62,59/79,44%.

[341] *Brandts* Bemerkung, die Großdeutschen hätten in Marbach auf einen Kandidaten verzichtet (Brandt, Parlamentarismus, S. 780), bedarf der Korrektur: Pantle wie auch Schwaderer werden in der Presse als Großdeutsche bezeichnet.

[342] Christian Ludwig Schwaderer (1818–1876), Gutsbesitzer in Burgstall, OA Marbach; Innenminister Gessler stellte ihn politisch mit Weith auf eine Stufe: vgl. HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 10. Juli; Brandt, Parlamentarismus, S. 700, 731, 762; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 846.

[343] Karl Adam Pantle (1825–1884), Bauer, Zimmermeister und Rentamtmann der Herren von Gaisberg; 1865 Mitglied der Handels- u. Gewerbekammer; Beobachter Nr. 144, 24. Juni 1868 „Großbottwar".

[344] Wilhelm Weith (1832–1891); Runge, Volkspartei, S. 82–83; Tiessen, Industrielle Entwicklung, S. 162, Anm. 250; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 1001.

[345] Als Gegenleistung dafür, dass Weith Deffners Wahl in das Zollparlament nachhaltig gefördert hatte; SVZ Nr. 160, 12. Juli 1868 Esslingen, 11. Juli"; Beobachter Nr. 144, 24. Juni 1868; Beobachter Nr. 156, 7. Juli 1868: Weith wurde begleitet von Rechtskonsulent Ernst Cammerer (1836–1919), „Germania" Tübingen Jg. 1855, Ausschussvorstand der Gewerbebank, Mitglied

Marbach verband ihn seine elfjährige Tätigkeit als Verwaltungsaktuar von Großbottwar und als Schultheiß von Kleinbottwar, eine Zeit, die durch Auseinandersetzungen mit der Regierungsbehörde und der Gutsherrschaft gekennzeichnet war[347]. Darüber hinaus hatte sich Weith für das Projekt einer Murrtal-Eisenbahn besonders hervorgetan; der Landtag hatte diese Pläne aber im Frühjahr 1868 verworfen[348].

Christian Schwaderer, als Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins einer der einflussreichsten Männer des Oberamts, war bei einem Teil der Wähler umstritten. Man warf ihm vor, dass er in der Ständeversammlung nie den Mund aufgemacht habe[349]. Doch auch das Scheitern seines Antrags für den Bau der Murrtalbahn[350] und sein Votum für die Verträge mit Preußen[351] wird man ihm angelastet haben. Schwaderers Tätigkeit als Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins könnte den Anlass für Pantles Kandidatur abgegeben haben. Innerhalb des Vereins wuchs nämlich die Opposition gegen Schwaderers Geschäftsführung, da sich die Gemeinden des Bottwartals durch diese benachteiligt fühlten[352]. So erscheint die Kandidatur des Schultheißen von Oberstenfeld im Bottwartal als ein Ausfluss dieser Spannungen.

Der Wahlkampf dieser drei Bewerber richtete sich nicht in erster Linie gegeneinander, sondern gegen den Kandidaten der „gemäßigten Partei"[353], den Fabrikbesitzer Eugen Müller[354], dessen Wollgarnspinnerei in Burgstall das größte industrielle Unternehmen im Oberamt war[355]. Er stand dem Bezirksgewerbeverein und der Gewerbebank vor und hatte in der Oberamtsstadt mit dem Stadtschultheißen Robert Si-

---

der bürgerlichen Kollegien, Vorstand des Schw. Albvereins ab 1890; seit Januar 1870 im Landeskomitee der Volkspartei; ferner Reallehrer Ferdinand Raff (SVZ Nr. 165, 18. Juli 1868 „Esslingen, 16. Juli"), Fabrikant Mangold und Dählinger (wohl Buchhalter Wilhelm Dehlinger). Weith wurde ferner unterstützt durch Präzeptor Klemm von Großbottwar und durch den Abgeordneten von Nürtingen, Gottlob Eberhardt (Bericht des Oberamtmanns, wie Anm. 347).

[346] Der Postillon. Amts- und Intelligenzblatt für die Stadt und den Bezirk Marbach, Nr. 79, 7. Juli 1868 (Stadtarchiv Marbach); vgl. auch Staatsanzeiger Nr. 146, 21. Juni 1868, S. 1515 und Nr. 148, 24. Juni 1868, S. 1536.

[347] Postillon, Nr. 78, 4. Juli 1868, S. 312; Oberamtmann Klett spricht in diesem Zusammenhang von einer *befleckten Vergangenheit* Weiths, die einen Teil der Wähler zum Lachen über Weiths Kandidatur brachte; der andere Teil habe die Kandidatur als *Unverschämtheit und Anmaßung* angesehen, so dass sich ein lebhafter Wahlkampf entwickelt habe (HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 270–274, Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Marbach 8./11. August 1868).

[348] Munz, Kleinknecht, Geschichte der Stadt Marbach, Bd. 1, S. 271–272.

[349] Ebd., S. 297; Postillon Nr. 84, 18. Juli 1868.

[350] Munz, Kleinknecht, Geschichte der Stadt Marbach, S. 272.

[351] Ebd., S. 296; der Beobachter (Extrablatt, Nr. 161, 12. Juli 1868) ordnet ihn infolgedessen den „Preußen/Ministeriellen" zu.

[352] Munz, Kleinknecht, Geschichte der Stadt Marbach, S. 263.

[353] So der Oberamtmann in seinem Bericht (wie Anm. 347); Staatsanzeiger Nr. 151, 27. Juni 1868, S. 1567.

[354] Eugen Müller (1819–1878), ab 1871 in Ötlingen/OA Kirchheim; Landtagsabgeordneter für Marbach 1870–1876; Müller war 1870 Vertrauensmann der Deutschen Partei; vgl. auch Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 301; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 589.

[355] Munz, Kleinknecht, Geschichte der Stadt Marbach, S. 267.

gel[356], dem Farbenfabrikanten Adolph Planck[357], dem Apotheker Dr. Theodor Rieckher[358], Diakon Robert Kern[359], dem Oberamtsarzt Dr. Friedrich Schwandner[360] und Kaufmann Karl Richter[361] einflussreiche Parteigänger.

Nach sehr heftigem Wahlkampf[362] nahmen mit 68,99% überdurchschnittlich viele Wahlberechtigte an der Abstimmung vom 8./9. Juli teil; keiner der vier Bewerber konnte jedoch die absolute Stimmenmehrheit erringen: Müller erhielt 752 Stimmen (13,8%), Schwaderer 714 (13,1%), Pantle 764 (14,02%) und Weith 1468 (26,94%), so musste am 24. Juli eine Stichwahl zwischen Pantle und Weith entscheiden. Der Wahlkampf entbrannte mit erneuter Heftigkeit[363] und sparte auch Angriffe auf die Person nicht aus. Gegen Weith wurde beispielsweise aus den Kreisen der Deutschen Partei angeführt, *dass er sich in einer Untersuchung wegen Verdachts der Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder zu verteidigen* gehabt habe[364], ein Vorwurf, gegen den Weith gerichtlich vorzugehen ankündigte[365]. Andererseits wurde Pantle nun als nicht *so ganz radikal, so blutig rot und demokratisch als Herr Weith*[366] dargestellt, um ihn auch für konservativere Wähler akzeptabel zu machen[367].

---

[356] Robert Sigel (1820–1869), Rechtsanwalt; Teilnehmer an der Reutlinger Pfingstversammlung; Landtagsabgeordneter für Marbach 1851–1855; Vorstand der Schützengesellschaft und des Eisenbahnkomitees; seit September 1867 im Landeskomitee der Deutschen Partei; Boldt, Volksvereine, S. 69; Brandt, Parlamentarismus, S. 158, 438, 631; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 867.

[357] Adolph Planck (1835–1889), Vorstand des Eisenbahnvereins, der Gewerbebank; Mitglied der Handels- und Gewerbekammer; er hatte den Wahlaufruf der DP zur Zollparlamentswahl unterzeichnet; war im Oktober 1876 Vertrauensmann der Partei.

[358] Theodor Rieckher (1818–1888), 1881 war er Vertrauensmann der Deutsch-Konservativen.

[359] Robert Kern (geb. 21. Dezember 1834), ab Mai 1871 in Höpfigheim.

[360] Friedrich Schwandner (1815–1891) – ein glühender Verehrer Bismarcks.

[361] Karl Richter (1827–1907), Mitglied der Handels- und Gewerbekammer; er hatte im Februar 1868 den Wahlaufruf der DP zur Zollparlamentswahl unterzeichnet; siehe auch: Gühring, Johann Friedrich Richter, S. 58ff.; Munz, Kleinknecht, Geschichte der Stadt Marbach, S. 294: Es ist aber nicht zu erkennen, dass nur diese Anhänger Preußens, nicht auch Mitglieder oder Anhänger der Volkspartei zu *der gebildeten, wohlhabenden Oberschicht* der Stadt gehört haben sollen.

[362] Schw. Kronik Nr. 169, 17. Juli 1868, S. 2001; Postillon, Nr. 84, 18. Juli 1868.

[363] Vgl. HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 277–331: Schriftwechsel zwischen Oberamtmann Klett und verschiedenen Schultheißen und Bezirksbeamten über die Wahlumtriebe.

[364] Postillon Nr. 85, 21. Juli 1868, S. 340; dieser Artikel ruft zur Wahl Pantles auf, der Verfasser teilt aber Pantles politische Anschauung *im Allgemeinen nicht*.

[365] Postillon Nr. 86, 23. Juli 1868, S. 344: Telegramm Weiths; wie Weith richtig bemerkte, war der Artikel gegen ihn zeitlich so angesetzt, dass er den Angriff vor der Stichwahl nicht mehr würde parieren können; 1872 wurde Weith als Polizeikommissär entlassen.

[366] Postillon Nr. 84, 18. Juli 1868, S. 336 „Blumenlese zur Abgeordneten-Wahl" (4. Artikel).

[367] Im Beobachter Nr. 168, 21. Juli 1868 wird gemeldet, dass Pantle nun von den Ministeriellen gestützt werde; Postillon Nr. 85, 21. Juli 1868, S. 340 „Ein Wahlvorschlag zur Güte" und Nr. 86, 23. Juli 1868, S. 344 beide Artikel von F. Pfitzenmaier, Schultheiß in Erbstetten/OA Marbach, der im Februar 1868 den Aufruf der Deutschen Partei zur Zollparlamentswahl unterzeichnet hatte; vgl. auch Postillon Nr. 86, 23. Juli 1868, S. 344 „Einige Beleuchtungen in der Wahlsache".

Bei der Stichwahl stimmten von 5449 Berechtigten 3726 ab (68,38%); Pantle erhielt 1574 Stimmen (28,89%), Weith 2001 (36,72%), 151 Stimmen (2,77%) waren ungültig[368]. Diese hohe Zahl ungültiger Stimmen findet ihre Erklärung vermutlich in einem Zeitungsartikel aus DP-Kreisen[369], der die Wähler zur Stimmabgabe aufrief, sie sollten aber Duvernoy, also ungültig wählen, um so möglicherweise eine neue Hauptwahl zu erreichen. Jedenfalls aber bot ihnen die ungültige Stimmabgabe die Möglichkeit, ihr Bürgerrecht auszuüben, ohne sich für einen ungeliebten Kandidaten entscheiden zu müssen[370].

Da leider die Einzelergebnisse für die Wahldistrikte fehlen, lassen sich die Auswirkungen der aufgezeigten Motive für das Abstimmverhalten nicht verfolgen. Allerdings liegt das vollständige Wählerverzeichnis der Stadt Marbach[371] vor, so dass sich wenigstens für diesen begrenzten Bereich Aussagen über Struktur und Verhalten der Wähler machen lassen. Die Zahl der Wahlberechtigten lag danach bei 395, von denen nach den Eintragungen im Wählerverzeichnis am 8./9. Juli 1868 287 abstimmten (72,66%), am 24. Juli 1868 bei der Stichwahl 288 (72,91%)[372]. Das politische Interesse der Wahlberechtigten Marbachs[373] übertraf somit sowohl den Durchschnitt des Oberamts wie auch den Landesdurchschnitt.

In Diagramm 5 ist die Wahlbeteiligung der Marbacher in 5-jährigen Altersgruppen dargestellt. In beiden Wahlgängen zeigt die Gruppe der 25–29jährigen Wähler danach ein etwas geringeres Interesse an der Wahl. Auffällig ist aber vor allem das Verhalten der Senioren. Im ersten Wahlgang sinkt die Wahlbeteiligung bei denen deutlich ab, die 60 Jahre und älter sind; in der Stichwahl verschiebt sich diese Grenze dann um 10 Jahre nach hinten: Von den Senioren über 70 Jahre wählten nur noch wenig über 40%, Altersgebrechlichkeit und Krankheit dürften in diesen Fällen meistens die Ursachen des Nichtwählens sein. Die Gruppe der 60–69jährigen stellte hingegen für die Kandidaten das größte Reservoir, um in der Stichwahl weitere Stimmen zu gewinnen und den Verlust vor allem unter den 40–44jährigen und 50–54jährigen auszugleichen.

---

368 Wahlergebnis gemäß HStAS E 146, 1432, Fasz. 5, Bl. 420/409–405 Bericht des Oberamts vom 29. Juli 1868 betr. die Abgeordnetenwahl; hiernach zu ergänzen und hinsichtlich der Stimmenzahl Pantles zu korrigieren: MUNZ, KLEINKNECHT, Geschichte der Stadt Marbach, S. 297.

369 Postillon Nr. 85, 21. Juli 1868, S. 340; vgl. auch Anm. 366.

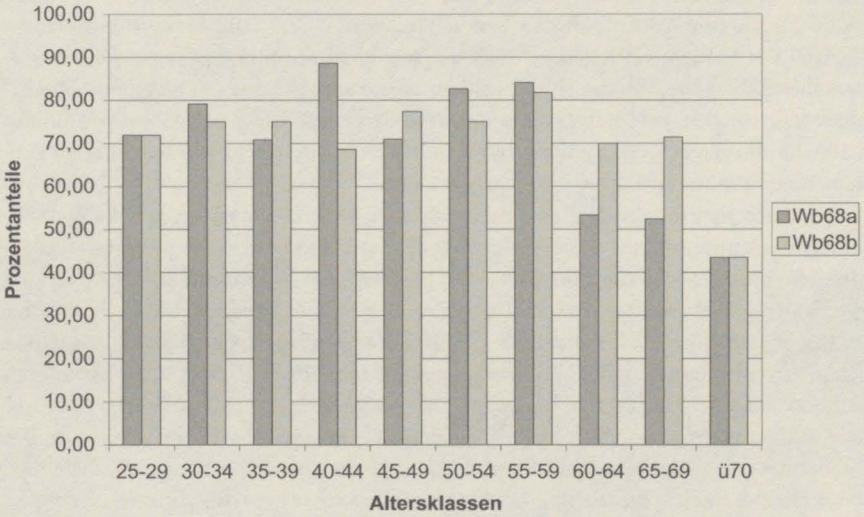
370 Postillon Nr. 84, 18. Juli 1868, S. 336: *„So bedauerlich es ist, dass wir nochmals vor die Wahlurne müssen, dürfen und können wir uns unserer hohen Verpflichtung nicht entziehen. Es mag manchen Wähler sauer ankommen, den Kandidaten ändern zu sollen, wir werden es ihm angesichts der Sachlage nicht ersparen können.“* Der Artikel stammt ebenfalls aus Kreisen der Deutschen Partei.

371 Stadtarchiv Marbach A 36.

372 Stadtarchiv Marbach A 37: Gemäß den Angaben des Oberamtmannes (nach mehrmaliger Auszählung der Stimmen) hatten 290 bzw. 291 abgestimmt.

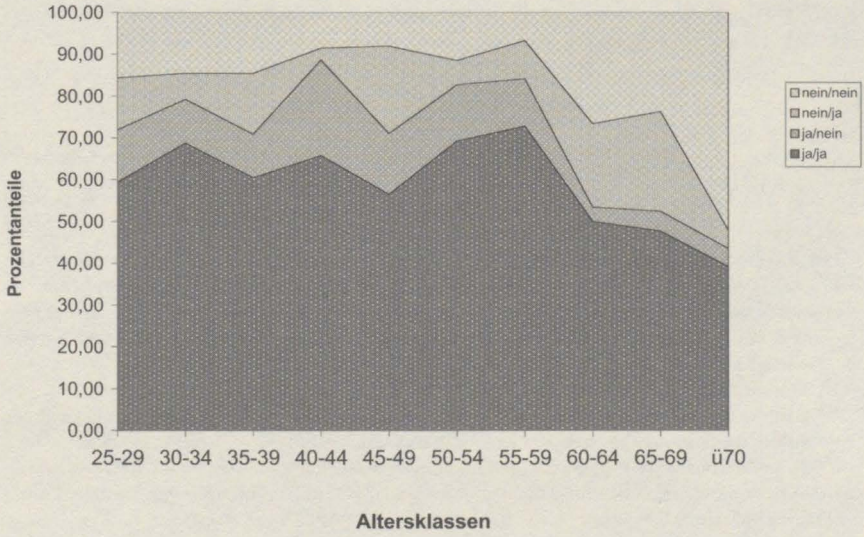
373 In Erdmannshausen, Murr und Steinheim muss die Wahlbeteiligung am 8./9. Juli gering gewesen sein, denn im „Postillon“ (Nr. 84, 18. Juli 1868, S. 336) wird über die geringe Beteiligung im **Distrikt** Marbach geklagt.

Diagramm 5: Wahlbeteiligung nach 5-jährigen Altersklassen



Wenn auch die durchschnittliche Wahlbeteiligung in beiden Wahlgängen also nahezu gleich blieb, hinter diesen Werten verbergen sich dennoch erhebliche Verschiebungen innerhalb der Wählerschaft, die im folgenden Diagramm 6 genauer aufgeschlüsselt werden.

Diagramm 6: Anteile der Wähler, Nichtwähler und Wechselwähler in den beiden Wahlgängen nach 5-jährigen Altersklassen



Das Diagramm veranschaulicht, wie viele der Wahlberechtigten je Altersklasse sich in beiden Wahlgängen gleich verhielten, also beide Male abstimmten oder nicht zur Wahl gingen, und wie viele ihr Wahlverhalten änderten. Im Durchschnitt blieben nur 15,44% der Wahlberechtigten beiden Wahlgängen fern; unter den jüngsten Wählern waren es 16%, ein Anteil, der sich bei den 40–59jährigen auf 7–11,5% einpendelte, um bei den älteren auf bis über 50% anzusteigen. Politische Abstinenz oder Wahlteilnahme hing anscheinend eng mit dem Lebensalter zusammen: Von den familiär und beruflich Etablierten nahmen mehr an der Politik teil als bei den jüngeren Altersgruppen; jenseits der 60 nehmen Krankheit und Gebrechen zu und somit die Wahlbeteiligung ab. Dementsprechend lag der Anteil der Senioren über 60, die in beiden Wahlgängen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten, bei 50% und darunter, während alle anderen Altersgruppen zwischen 56% und 73% erreichten[374]. 23% der Berechtigten schließlich stimmten nur in einem Wahlgang ab. In den verschiedenen Altersgruppen fluktuiert dieser Anteil zwischen 17 und 35%, nur bei den Ältesten ab 70 sinkt er unter 10% ab.

Zusammengenommen bewiesen also 84,56% der Wahlberechtigten durch ihre Teilnahme an wenigstens einem der Wahlgänge ihr politisches Interesse, erheblich mehr als die durchschnittliche Wahlbeteiligung ausdrückt. Diese Beteiligungswerte stellen demnach nicht in jedem Fall einen verlässlichen Maßstab für den Grad der Wählermobilisierung dar; Politisierungsgrad und Partizipation klaffen auseinander[375]. Fragt man nach den Ursachen für das unterschiedliche Verhalten vieler Marbacher Wähler in den beiden Wahlgängen, so liegt es nahe, die veränderte Kandidatenkonstellation in Betracht zu ziehen: Von den ursprünglich vier Kandidaten waren zwei Demokraten, der eine sehr radikal, der andere gemäßigt, übrig geblieben. Wie sollten sich die Wähler der unterlegenen Bewerber in der Stichwahl entscheiden?

Die Gruppe der „Beamten“[376] erreichte von allen Berufsgruppen im ersten Wahlgang mit 84,4% die höchste Wahlbeteiligung, in der Stichwahl sackte die Beteiligung auf 75,55% ab, ein Rückgang, der ganz wesentlich darauf zurückzuführen war, dass profilierte Anhänger der Deutschen Partei in Marbach wie Stadtschultheiß Sigel[377], Dr. Föhr[378] und Dr. Friedrich Schwandner[379] der Abstimmung fernblieben. Die Mehrheit dieser Gruppe scheint den Richtungswechsel nach dem Ausscheiden des ministeriellen Kandidaten jedoch mitgemacht zu haben. – Die Wahlbeteiligung der Kaufleute/Wirte (74,2%), Handwerker (73,1%) und Weingärtner (73,4%) lag am 8./9. Juli 1868 über dem Durchschnitt[380], während die Landwirte (57,1%) und die Ar-

[374] 59% bei den 25–29jährigen, 56% bei den 45–49jährigen; bei letzteren liegt der Anteil der „Wechsler“ bei 35%

[375] Vgl. Öhngren, Individual Dynamics and Aggregate Observations, S. 197ff.

[376] Das sind alle, die eine öffentliche Aufgabe versahen; dazu hier auch die Freiberufler.

[377] Robert Sigel (1820–1869).

[378] Hermann Föhr, geb. 10. Oktober 1836.

[379] Friedrich Schwandner, geb. 21. Juli 1815.

[380] Munz, Kleinknecht, Geschichte der Stadt Marbach, S. 266 führen die Höchstbesteuerten von 1855 an; die Wahlbeteiligung dieser Männer (sofern sie in der Wählerliste genannt sind) oder ihrer Nachfolger liegt bei 78,3% bzw. 82,6% in der Stichwahl.

beiter[381] (61,4%) deutlich weniger Interesse an der Wahl zeigten. Unter den Weingärtnern und den Handwerkern war die Fluktuation zwischen den beiden Wahlgängen am größten. Von den 69 Weingärtnern, die im 1. Wahlgang abgestimmt hatten, blieben der Stichwahl 20,2% fern, aber 11,7% kamen hinzu, so dass per Saldo in der Stichwahl 64,89% ihre Stimme abgaben. Vermutlich hatten sich etliche Weingärtner nach dem Ausscheiden ihres Kandidaten – Schwaderer wohl eher als Müller – nicht mehr auf einen anderen Kandidaten umorientieren mögen. Von den Handwerkern, die im 1. Wahlgang gewählt hatten, blieben der Stichwahl 8,2% fern, es kamen aber 14,3% hinzu, so dass die Wahlbeteiligung dieser Berufsgruppe insgesamt auf 79,1% anstieg. Es lässt sich freilich nicht entscheiden, welchem der Kandidaten diese Fluktuation nützte.

Die Ursachen für den Sieg Weiths liegen unbestritten auch in dem glänzenden Wahlkampf der Volkspartei. Man sollte diesen Aspekt aber nicht überbewerten[382]; mancher politische Gegner lernte nämlich schnell hinzu und kopierte den modernen und recht effektiven Wahlkampfstil der Demokraten. So schrieb schon Anfang Juli der „Beobachter" über den ministeriellen Kandidaten in Spaichingen: Statt zu einer allgemeinen Wählerversammlung zu gehen, habe der Kandidat es vorgezogen, *in der jetzt bei Regierungskandidaten üblich gewordenen Hausiererweise von Dorf zu Dorf und von Haus zu Haus zu schlüpfen*[383]. Im Einzelfall kam es also durchaus darauf an, wie der Kandidat, sein Wahlkampfkomitee und dessen Hintermänner – bei ministeriellen Bewerbern häufig der Oberamtmann – den Wahlkampf anlegten, und Oberamtmann Klett[384] von Marbach hatte dabei durchaus unglücklich agiert.

Im Vorfeld der Wahl hatte er dem Innenminister gegenüber offenbar vorsichtigen Optimismus über die Wahlchancen seines Kandidaten Eugen Müller verbreitet[385]. Als dieser Bewerber nun lediglich 752 Stimmen (13,8%) erzielte und nicht einmal in die Stichwahl vordrang, bedurfte dies einer ausführlichen Erklärung. In seinem Bericht an das Innenministerium arbeitete der Oberamtmann dazu heraus, dass Müllers und Weiths *Waffen und Mittel* [...] *zu ungleich* gewesen seien. Zu Weiths Gunsten führte er an: die gute Organisation der demokratischen Partei, die intensive Wahlkampfführung durch das Auftreten des Kandidaten in großen und kleinen Versamm-

---

[381] Tagelöhner und Fabrikarbeiter.

[382] Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 121f.; *Weinmanns* These, dass *die Industriearbeiterschaft* [...] *vorwiegend für Kandidaten der Volkspartei* [stimmte], *die einen glänzenden Wahlkampf organisiert hatte*, wird durch den Hinweis auf Weiths Wahlkampf in Marbach nicht gestützt, denn in Marbach fehlte die „Industriearbeiterschaft" fast völlig. Der ABV Aalen hatte einstimmig beschlossen, für Moriz Mohl tätig zu sein (Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868 „Aalen"), der sich vom Programm der VP deutlich distanzierte; in Stuttgart/Stadt rief das „Arbeiter-Wahlcomité" zur Wahl Gustav Müllers (DP) auf (SVZ Nr. 156, 8. Juli 1868, Nr. 157, 9. Juli 1868).

[383] Beobachter Nr. 154, 4. Juli 1868 „Auch in Spaichingen".

[384] Adolph Klett (1818–1880), Oberamtmann von Vaihingen 1861–1866, von Marbach 1866–80; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 350.

[385] Schreiben Gesslers vom 2./3. Juli 1868 (HStASE 14, Bü 537, Bl. 8): Müller, *ein sehr zuverlässiger Mann, hat, da die Stimmen der extremen Parteien sich zersplittern werden, bis jetzt die meiste Aussicht;* Staatsanzeiger Nr. 151, 27. Juni 1868, S. 1567; Nr. 155, 2. Juli 1868, S. 1608.

lungen sowie Besuche in jedem Ort, ein schlagkräftiges Wahlkampfkomitee bestehend aus angesehenen Männern[386], die Hilfe angesehener Demokraten aus benachbarten Oberämtern und schließlich die Unterstützung durch mehrere regierungsfeindliche Schultheißen[387] und Schulmeister[388]. Auch die gemäßigte Partei habe alles aufgeboten, um ihrem Kandidaten Müller zum Sieg zu verhelfen[389]. Müller aber habe zunächst gar nicht kandidieren wollen; auf seiner Seite habe es dann an energischer Tätigkeit gefehlt, – Unterschiede also nicht nur in den verfügbaren Mitteln, sondern ebenfalls in der Person des Kandidaten: Müller sei *eine geachtete, durchaus redliche und ehrenhafte Persönlichkeit, der Kandidat des Beobachters Weith aber* [sei] *eben der Kandidat der Demokratie.*

Das Erklärungsmodell des Oberamtmanns passt freilich nicht völlig bruchlos zu den Fakten. Die Stilisierung auf den Gegensatz Müller – Weith übergeht zunächst einmal die Tatsache, dass sich im ersten Wahlgang zwei weitere demokratische Bewerber mit Weith um die Wählergunst bewarben, eine Konkurrenz, die der Oberamtmann ursprünglich als für Müller günstig eingeschätzt hatte, die aber nun demonstrierte, wie wenig Rückhalt Müller bei den Wählern hatte. In der Stichwahl spielte sodann der Gegensatz Müller – Weith keine Rolle mehr, da Müller ja nicht mehr zur Wahl stand. Vielmehr sah sich die ministerielle Partei nun gezwungen, für Pantle, einen jener gegnerischen Demokraten, einzutreten, um die Wahl des noch radikaleren Weith möglichst zu verhindern. Eine solche Strategie wird die Wähler wohl schwerlich überzeugt haben. Auch die Entscheidung des Oberamtmanns, auf Müllers Kandidatur zu setzen, erwies sich als problematisch. Müller war bei der Bevölkerung als „Preuße" bekannt[390], spätestens seit er den Wahlaufruf der Deutschen Partei zur Zollparlamentswahl unterzeichnet hatte. Ein so offenes Zusammengehen der Ministeriellen mit der Deutschen Partei, ihrem erklärten Gegner aus der Zollparlamentswahl, musste viele Wähler abschrecken und bestätigte den zuvor mehrfach geäußerten Verdacht des „Beobachters"[391]. Zudem befürchtete man in dem ganz überwiegend agrarisch geprägten Oberamt, dass die Interessen der Weingärtner und Landwirte durch den Industriellen Müller nicht angemessen repräsentiert werden

[386] Genannt werden: Hirschwirt Adam Barth (1804–1877), einer der reichsten und angesehensten Männer Marbachs, Oberamtswerkmeister Friedrich Cleß (1808–1870), Färbermeister Wilhelm Glocker (geb. 1. Mai 1815) und Verwaltungsaktuar Joseph Schreiber (geb. 3. März 1826); hierher gehört aber auch der ehemalige Stadtschultheiß von Marbach, Carl Chr. L. Klein (geb. 28. Januar 1800).

[387] Namhaft gemacht werden: Emil Gock (1829–1911), ab 1856 Schultheiß in Höpfigheim, ab 1869 Schultheiß in Großaspach, ab 1878 Stadtschultheiß von Backnang, 1889–1895 Landtagsabgeordneter (DP) für Backnang (Raberg, Biographisches Handbuch, S. 273), und dessen Bruder, der Schultheiß von Mundelsheim.

[388] Vgl. auch SVZ Nr. 164, 17. Juli 1868, S. 694 „Bezirk Marbach".

[389] Einen anderen Eindruck gewann die Deutsche Partei: Postillon Nr. 84, 18. Juli 1868, S. 332.

[390] Im Postillon Nr. 79, 7. Juli 1868 wies Müller diesen Vorwurf zurück.

[391] Beobachter Nr. 156, 7. Juli 1868 „Die Bürgerzeitung".

würden[392]. Ein weiterer Grund für das schlechte Abschneiden der Ministeriellen im Oberamt Marbach liegt also in der Entscheidung des Oberamtmanns für einen Kandidaten, der in mehrfacher Hinsicht ungeeignet war[393].

Andererseits stellte der Oberamtmann den gegnerischen Kandidaten selbst dann noch als lächerlich und anmaßend dar, als dieser sehr überzeugend gesiegt hatte: Seine Einstellung gegenüber dem politischen Gegner, sein soziales Vorurteil verbaute ihm den Blick für die Wirklichkeit. Wie etliche seiner Amtskollegen unterteilte Oberamtmann Klett die Wählerschaft in eine Minderheit mit den Attributen „Überlegung, Ruhe, Mäßigung, Loyalität und klare Einsicht" und „den großen Haufen" ohne diese Eigenschaften. Mochte er sich auch als moralischer Sieger fühlen, weil der „bessere Teil" der Bürger für seinen Kandidaten gestimmt hatte, wer in Wahlen nach allgemeinem Stimmrecht bestehen wollte, musste eben diese verachtete Masse zu gewinnen suchen.

Für die Oberämter Waldsee[394] und Spaichingen[395] sind wenigstens die Ergebnisse des ersten Wahlgangs in den fünf bzw. sieben Wahldistrikten überliefert, so dass hier genauere Einblicke möglich sind.

b) Oberamt Waldsee

In Waldsee sei der Wahlkampf, wie Albert *Scheurle* schreibt, am heftigsten von allen Oberämtern unter konfessionellen Gesichtspunkten ausgetragen worden[396]. Dem Protestanten Dr. Karl August Golther[397], der den Bezirk seit 1862 in der Kammer vertreten hatte und zu den Gründungsmitgliedern der Deutschen Partei zählte, wurden zwei katholische Bewerber gegenübergestellt, der *konservativ-kirchlich gesinnte Sauter* und der *mehr freisinnige, zur Volkspartei hinneigende Lehrer Uhl.* Da die Kandidatur Sauters im demokratisch gesinnten Oberschwaben sich bald als aussichtslos herausgestellt habe, hätten sich die Katholiken auf Uhl geeinigt. Wie früher, so sei auch diesmal gegen den Protestanten Golther besonders von Seiten der Geist-

---

[392] Postillon Nr. 78, 4. Juli 1868, S. 312. Müller scheint im Wahlkampf auch über seine religiösen Anschauungen gesprochen zu haben, weswegen er im Postillon Nr. 84, 18. Juli 1868, S. 332 verteidigt wird.

[393] Von demokratischer Seite wurde Müller vorgehalten, dass er 1851 beim Prozess gegen August Becher der Obmann der Geschworenen gewesen war, vgl. Beobachter Nr. 290, 8. Dezember 1870. – Zu Becher: Henning, August Becher, S. 412–418.

[394] Wochenblatt für den Oberamtsbezirk Waldsee und Umgebung, Nr. 57, 18. August 1868, S. 274; die Anzahl der Wahlberechtigten wurde auf der Grundlage der Landtagswahl von 1876 geschätzt.

[395] Einzelergebnisse der Distrikte nach: Heuberger-Bote. Politisches Volksblatt vom obern Schwarzwald. Amtsblatt für das Oberamt Spaichingen, 21. Jg., Extrablatt vom 10. Juli 1868 – von der Redaktion des heutigen Heuberger Boten großzügig zugänglich gemacht. Anzahl der Stimmberechtigten geschätzt auf der Grundlage der Zahlen von 1870.

[396] Scheurle, Politischer Katholizismus, S. 212.

[397] Karl August Golther (1822–1890), Rechtskonsulent in Ravensburg; Schw. Kronik (1890), S. 272; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 278.

lichkeit agitiert worden. *So erzielten die Katholiken einen vollen Erfolg: Golther musste seinen Platz im Landtag dem Katholiken Uhl abtreten*[398].

Diese Darstellung bedarf der Korrektur schon deshalb, weil die beiden Wahlgänge vom 8. und 21. Juli nicht voneinander geschieden werden, der konfessionelle Gegensatz aber überhaupt nur im ersten Wahlgang eine Rolle gespielt haben kann. Richtig ist zunächst, dass der Wahlkampf bis zum 8. Juli gegen den Protestanten Golther geführt wurde. Einem Artikel in der „Schwäbischen Volkszeitung" zufolge, der im Waldseer Amtsblatt *den Wählern* [...] *zur Beherzigung* wieder abgedruckt wurde[399], hatte Rudolf Probst von Biberach aus den Wählern empfohlen, einen freisinnigen Katholiken zu wählen; sein „Schildträger", Rechtskonsulent Neher in Biberach, sei in den Bezirk Waldsee gekommen und habe in den Wahlkampf gegen Golther eingegriffen; auch Professor Mack in Ziegelbach[400] habe gegen seinen Abgeordnetenkollegen gewirkt; aus Furcht vor einem Sieg Golthers sei schließlich sogar als Vertreter der Amtskirche Domkapitular Bendel[401] aus Rottenburg im Bezirk erschienen. Der Oberamtmann berichtete, *unter der Geistlichkeit* [scheine] *die Losung gegeben worden zu sein, die Wahl Golthers unter allen Umständen zu hintertreiben*[402]. Erfolglos blieb auch ein Versuch der „Schwäbischen Volkszeitung", den Wählern Golther trotz seiner Haltung in der deutschen Frage wegen seiner Charaktereigenschaften schmackhaft zu machen[403]. Für Golther entschieden sich nur 14,4% der Wahlberechtigten, und so erreichte er nicht einmal die Stichwahl; die „Schwäbische Volkszeitung" wertete dieses Ergebnis als *gänzlichen Mangel eines Nationalbewusstseins*[404].

Die Dankbarkeit vieler Waldseer für Golthers Tätigkeit in Eisenbahnsachen, noch wenige Tage vor dem Wahltermin der entscheidende Grund für den Oberamtmann, Golthers Sieg vorauszusagen[405], spiegelte sich dennoch im Wahlergebnis wider. Golther erreichte seine höchsten Stimmenanteile in der Oberamtsstadt (18,5%) und in Wolfegg[406] (27,2%), also in den beiden Wahldistrikten, die am augenfälligsten von

---

[398] Scheurle, Politischer Katholizismus, S. 212.

[399] Wochenblatt, Nr. 57, 17. Juli 1868, S. 273f.; SVZ Nr. 162, 15. Juli 1868, S. 686 „Zur Wahl in Waldsee".

[400] Joseph Martin Mack (1805–1885), Universitätsprofessor; Pfarrer in Ziegelbach; Landtagsabgeordneter für Riedlingen 1845–1850, 1862–1868; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 531f.; Brandt, Parlamentarismus, S. 611ff.: „Märtyrer" der katholischen Sache; wegen seines Gutachtens im Mischehenstreit 1840 nach Ziegelbach strafversetzt.

[401] Alois (von) Bendel (1817–1889), Dr. theol., kath. Stadtpfarrer in Isny, dann Domkapitular in Rottenburg; Landtagsabgeordneter für Wangen I. und II. LV 1849/50; Staatsanzeiger (1889), S. 99; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 49.

[402] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 508–510 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Waldsee, 29. Juli 1868.

[403] SVZ Nr. 146, 26. Juni 1868, S. 618.

[404] SVZ Nr. 160, 12. Juli 1868 (Frontseite) „Aus dem Oberamt Waldsee".

[405] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 2./3. Juli 1868.

[406] Nach dem Beobachter Nr. 129, 5. Juni 1868 Bericht des „Handlungsreisenden I." und dem Beobachter Nr. 295, 14. Dezember 1870 „Aus dem Bezirk Waldsee, 10. Dezember" hatte Golther in diesem Distrikt möglicherweise ein Landgut.

der im Bau befindlichen Allgäubahn[407] profitierten. Es folgten Schussenried (17,2%) und Aulendorf (12,4%), die zwar schon seit 1849 an der Bahnlinie Biberach-Ravensburg lagen, nun aber erst ihre Bahnverbindung mit der Oberamtsstadt erhielten[408]. In den übrigen drei Distrikten – Eberhardzell (4,7%), Unterschwarzach (9,2%) und Bergatreute (8,1%) – wurden für Golther jeweils deutlich weniger Stimmen abgegeben. Gerade gegenüber der Landbevölkerung, so betonte der Oberamtmann ferner, sei Golthers liberale und propreußische Einstellung gegen ihn ausgebeutet worden: Man habe verbreitet, er sei für die Zivilehe; bei seiner Wiederwahl müssten die Rekruten demnächst nach Berlin.

Den Gegenpol zu Golther bildete der Kandidat der Volkspartei, Johannes Uhl, Schullehrer in Esbach, Gemeinde Schindelbach[409]. Den Informationen des Oberamtmanns zufolge hatte Uhl beim Landeskomitee der Volkspartei in Stuttgart um Zustimmung zu seiner Kandidatur nachgesucht[410], er habe sich zwar den Wählern zunächst aufgedrängt, es jedoch verstanden, *im Laufe der Wahlbewegung das Vertrauen der Mehrheit der Wähler zu erwerben*. Uhl habe seine Gegner aufgesucht und sie unerschrocken und gewandt bekämpft, was den Bauern gefallen habe[411]. Daher mag es einleuchten, dass Uhl in Distrikt V (Unterschwarzach), bestehend aus vier Gemeinden unter 1000 Einwohnern, 44,1% der verfügbaren (65% der abgegebenen) Stimmen erhielt, in Distrikt VII (Bergatreute)[412] 39,6% (70,7% der abgegebenen) und in Distrikt II (Aulendorf) sogar 48,5% (68% der abgegebenen) erreichte. Dieser Distrikt bestand etwa zur Hälfte aus Gemeinden von 500–600 Einwohnern; zudem konnte Uhl, der in einer dieser Gemeinden als Lehrer tätig war, hier seinen Heimvorteil voll nutzen[413]. Der Kandidat der Deutschen Partei hatte in diesen drei Distrikten hingegen nur 8–12% der verfügbaren Stimmen zu verzeichnen gehabt. Im Distrikt I (Waldsee) erzielte Uhl 25,9%, die zu einem erheblichen Teil aus den ländlichen

[407] Mülberger, Die Bahneröffnungen, S. 277: Die Strecke Saulgau-Waldsee wurde am 25. Juli 1869 eröffnet, Waldsee-Kißlegg am 15. September 1870.

[408] Die genannten Abstimmungsorte waren gleichzeitig auch die größten Gemeinden des Oberamts; leider lassen die vorliegenden Daten nicht mehr erkennen, ob Golthers Stimmen eher aus den kleinen oder den großen Gemeinden stammten.

[409] Johannes Uhl (1832–1890), Landtagsabgeordneter für Waldsee 1868–1876, 1882–1890; ab Frühjahr 1877 Standesbeamter, seit November 1879 auch Armenratsschreiber in Esslingen, ab 1881 Schultheiß im katholischen Neuhausen a.d.F./OA Esslingen (StAL F 164 II, Bü 62 Bericht des Oberamts Esslingen an die Kreisregierung Ludwigsburg betr. die Schultheißenwahl in Neuhausen a.d.F., 24. Mai 1881); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 932f.

[410] Der Oberamtmann bezieht sich auf einen Brief Karl Mayers an Neher, in dem es heiße, der dritte Kandidat, Sauter, gehöre auch zur Volkspartei; da er aber eigenmächtig aufgetreten sei, solle man ihn fallen lassen.

[411] Staatsanzeiger Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1600: Uhl habe keine Wahlversammlung ausgeschrieben, *weil er vorziehe, mit seinem Gegenkandidaten in offener Wahlschlacht zusammenzutreffen;* in Nr. 155, 2. Juli 1868, S. 1607 vertritt der Korrespondent des „Staatsanzeigers" die Ansicht, schon Uhls Stand bilde bei den Bauern ein großes Hindernis.

[412] Drei der vier Gemeinden (=2/3 der Wähler) unter 1000 Einwohner.

[413] Wochenblatt für den Oberamtsbezirk Waldsee, 19. Juni 1868: Uhl war von Wählern der Gemeinden Aulendorf, Schindelbach, Tannhausen und Haisterkirch vorgeschlagen worden, siehe auch folgende Anmerkung.

Gemeinden stammten[414]. Sein schlechtestes Ergebnis erreichte er mit 7,3% im Distrikt Wolfegg, *wo die Beamten der Herrschaft Wolfegg* gegen ihn gewirkt haben sollen[415].

Der dritte Kandidat, wie Uhl ein Katholik, war der Gutspächter des Freiherrn von König in Sommershausen, OA Biberach, Benedikt Sauter[416], im Bezirk von früher als landwirtschaftlicher Wanderlehrer bekannt[417]. Ein Mitglied seines Wahlkomitees in Schussenried kennzeichnete Sauters politischen Standort, indem er darauf verwies, dass Sauter *bei der Zollparlamentswahl nicht für den Freiherrn von König, sondern für Herrn Professor Schäffle in Wort und Schrift gewirkt* habe[418]. In einem anderen Artikel wurde Sauter für diejenigen als wählbar empfohlen, die bei der Zollparlamentswahl für Neurath und Probst gestimmt hätten[419]. Demgemäss wäre Sauter als liberaler, der Regierung kritisch gegenüberstehender Großdeutscher anzusprechen[420], also weder als ein *entschiedener Anhänger der beobachterlichen Volkspartei*[421] noch als Regierungskandidat[422] oder gar *Klerikal-Konservativer*[423], wenn sich auch Domkapitular Bendel für ihn aussprach. Ihm – und nicht Uhl – galt anscheinend auch die Unterstützung Probsts und Nehers[424]. Als Vorstandsmitglied der Wander-

---

[414] Der Oberamtmann führt die Gemeinde Haisterkirch an, deren Pfarrer *mit dem größten Teil seiner Gemeinde für Uhl gestimmt haben soll*; nach dem Wahlakt habe der Pfarrer seinen Pfarrkindern das Bier bezahlt.

[415] Wochenblatt, Nr. 57, 17. Juli 1868, S. 273f.; die Behauptung wird in SVZ Nr. 165, 18. Juli „Aus der Gemeinde Wolfegg" dementiert.

[416] Benedikt Sauter (1811–1883) (frdl. Auskunft des Kreisarchivs Biberach).

[417] Wochenblatt, 26. Juni 1868, S. 244; Stadtpfleger Engel von Waldsee, der hier im Namen von Sauters Wahlkomitee zu Wahlversammlungen einlädt, war selbst als großdeutscher, der VP nahe stehender Kandidat vorgeschlagen worden, hatte aber abgelehnt; er war Protestant, vgl. Beobachter Nr. 134, 11. Juni 1868 als Korrektur zum „Bericht eines Handlungsreisenden I" (Beobachter Nr. 129 , 5. Juni 1868).

[418] Wochenblatt, Nr. 57, 17. Juli 1868, S. 273; in Wahlkreis 3 (OÄ Biberach [Teil], Laupheim, Ulm, Blaubeuren [Teil] hatten Schäffle (Gd), Eduard Pfeiffer (DP) und der Freiherr von König (Min?) kandidiert. Zu Schäffles Einstellung gegenüber der Regierung: Schäffle, Aus meinem Leben, Bd. 1, S. 128ff. und Beobachter Nr. 155, 5. Juli 1868 „Aus Laupheim, den 3. Juli": Das Empfehlungsschreiben Schäffles für Vollmer umreißt dessen eigenen Standpunkt.

[419] Wochenblatt, 19. Juni 1868, „Eingesendet".

[420] Der Korrespondent des „Staatsanzeigers" (Nr. 155, 2. Juli 1868, S. 1607) schreibt: *Ein Teil der sog. Volkspartei und die konservative großdeutsche Partei haben sich auf Gutspächter Sauter vereinigt, welcher mit einigen mildernden Abweichungen das Programm des Beobachters vertritt.*

[421] Wochenblatt, Nr. 57, 17. Juli 1868, S. 273: Golther hatte dies dem Sauter vorgeworfen. In Karl Mayers Brief (vgl. S. 186, Anm. 410) geht es darum, Probst und Neher zur Unterstützung Uhls statt Sauters zu bewegen; Beobachter Nr. 142, 20. Juni 1868 „Aus Waldsee": Die Meldung, dass Sauter zur VP gehöre, sei ein Manöver der Regierung, um die VP zu spalten.

[422] Runge, Volkspartei, S. 149 wohl gemäß der Einordnung des Beobachters (Extrablatt, Nr. 161, 12. Juli 1868); natürlich wäre Sauter der Regierung viel genehmer gewesen als Uhl: Staatsanzeiger Nr. 155, 2. Juli 1868, S. 1607.

[423] Scheurle, Politischer Katholizismus, S. 212.

[424] So: SVZ Nr. 162, 15. Juli 1868, S. 686 „Zur Wahl in Waldsee" und die Meinung des Oberamtmanns; vgl. Anm. 402; auch der Korrespondent des Deutschen Volksblattes (Nr. 15, 5. Juli 1868 „Aus dem Bezirk Waldsee") ordnet Sauter auf Probsts Linie ein; der genannte Artikel ist

versammlung württembergischer Landwirte trat Sauter zudem für die Interessen der Bauern ein. Dieser Aspekt stand für die „Wählergemeinden" von Ziegelbach, Arnach und Haidgau, die durch ihre Schultheißen öffentlich ihre Stimmabgabe für Sauter ankündigten, an vorderster Stelle[425]. Seine Hochburgen lagen in den nördlichen Distrikten Schussenried (25,1%, Uhl 18,4%) und Eberhardzell (29,7%, Uhl 30,2%), wo er Uhl sogar teilweise überflügelte. In den Distrikten Waldsee (21,8%) und Wolfegg (21,5%) hielt er sich im Mittelbereich, während er in den Hochburgen Uhls nur wenig Zuspruch bei den Wählern fand.

Eine Begebenheit, die Oberamtmann Grözinger[426] anführt, kennzeichnet beispielhaft den Entscheidungsprozess vieler Wähler. Pfarrer Mack in Ziegelbach hatte sich mit seiner Gemeinde zunächst für Sauter erklärt. Als sie aber im Abstimmungsort Unterschwarzach angekommen seien, hätten sie erfahren, dass unter den anderen Wählern ein bedeutender Meinungsumschwung für Uhl stattgefunden habe, *und da habe Mack erklärt, nun bleibe eben nichts übrig, als dem Uhl ebenfalls die Stimme zu geben, damit Golther nicht in die Kammer komme*[427]. Die Stimmen werden dem aussichtsreicheren, wenn auch radikaleren Kandidaten gegeben, weil eine Stimmenzersplitterung dem gemeinsamen Gegner nützen könnte. Von einer Einigung der Katholiken auf Uhl kann aber keinesfalls die Rede sein, denn für Sauter entschieden sich 19,25%, für Uhl 29,38% der Wahlberechtigten.

Die Stichwahl zwischen Sauter und Uhl am 21. Juli fand unter neuen Vorzeichen statt, da der gemeinsame protestantische und kleindeutsche Gegner aus dem Feld geschlagen war und somit die durchaus heterogenen Richtungen im katholischen Lager stärker zum Tragen kommen mussten. Leider gestatten die Quellen nur sehr allgemeine Beobachtungen. Uhls Stimmenanteil kletterte in der Stichwahl von 29,38% auf 39,59%; Sauter hingegen verlor Stimmen und unterlag deutlich mit nur 16,6%; die Wahlbeteiligung sank ebenfalls von 63% auf 57,65%. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich allerdings eine erhebliche Fluktuation innerhalb der Wählerschaft. Wie der Oberamtmann berichtete, waren *unter den Wählern vom 21. Juli 629* [...], *welche bei der ersten Wahl* gefehlt hatten[428]; 887 Wähler vom 8. Juli – fast jeder Dritte also – blieben der Stichwahl fern, ganz überwiegend wohl die Anhänger Golthers. Uhls Stimmengewinne (+450) stammten nach Ansicht des Oberamtmanns mehrheitlich von den frisch mobilisierten Wählern; Sauters Einbußen werden auf seinen am Ende we-

---

übrigens die einzige und dazu sehr neutral gehaltene Äußerung des DV zur Waldseer Wahl vor dem 8. Juli (ein weiterer Artikel mit dem Wahlergebnis folgt in Nr. 162, 14. Juli 1868), ein klares Indiz dafür, dass Scheurle die Bedeutung des konfessionellen Aspekts zu stark herausstellt.

[425] Wochenblatt, Nr. 53, 3. Juli 1868.

[426] Theodor Grözinger (1828–1893), ev., 1855–1861 Aktuar in Tuttlingen und Heilbronn; 1862–1866 Hilfslehrer in Hohenheim, Oberamtmann von Waldsee 1866–1871, von Ellwangen 1871–1877; Regierungsrat bei der Kreisregierung in Ulm 1877–1893; ANGERBAUER, Amtsvorsteher, S. 286.

[427] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 508–510 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Waldsee, 29. Juli 1868.

[428] Wie Anm. 427.

nig engagiert geführten Wahlkampf zurückgeführt: Erklärungen, die wenig Raum lassen für die Annahme, die Katholiken hätten sich auf Uhl geeinigt.

Angesichts der recht geringen programmatischen Unterschiede zwischen den beiden katholischen Kandidaten ist verständlich, dass die Erklärungen des Oberamtmanns für dieses Ergebnis ausschließlich auf die Person der Kandidaten zielen. Golther sei unbeliebt gewesen; ein Mann von allgemeinem Ansehen hätte über Uhl gesiegt. Sauter sei – anders als Uhl – weniger gewandt im Auftreten gewesen und sei obendrein seinen Gegnern ausgewichen. Darüber hinaus dürfte im demokratisch gesinnten Oberschwaben aber gegen Sauter durchaus seine Eigenschaft als Gutspächter des Freiherrn von König gesprochen haben[429], zumal offenbar auch *die Beamten der beiden Herrschaften Wolfegg und Aulendorf* für ihn gewirkt hatten und dieses Argument schon vor dem ersten Wahlgang eine Rolle gespielt hatte[430]. In einem mundartlich abgefassten „Wahlgespräch" über die drei Kandidaten wurde das Misstrauen der Bauern gegenüber Sauter dadurch geschürt, dass er durchgängig als „Herrabaur" apostrophiert wird, der bald „bäurisch" und bald „herrisch" geredet habe[431].

c) Oberamt Spaichingen

Im Oberamt Spaichingen stimmten im ersten Wahlgang nur 51,55% der Wahlberechtigten ab, obwohl der Wahlkampf von allen Seiten sehr intensiv geführt worden war[432]. Hier hatte Obersteuerrat Wilhelm Vayhinger[433], Zollparlamentsabgeordneter und großdeutscher Demokrat, die Kandidatur gleichsam im Handstreich übernommen[434]. Vayhinger, obschon Protestant, wurde vom „Deutschen Volksblatt" empfohlen und gefördert; zu seinem Wahlkampfkomitee gehörte u.a. der einflussreiche Verleger und Redakteur des „Heuberger Boten" Anton Kupferschmid, ein Katholik[435], und er wurde in seinem Wahlkampf auch durch die Lehrer sowie die katholische Geistlichkeit unterstützt *wegen seiner entschieden großdeutschen Richtung*[436].

---

[429] Beobachter Nr. 169, 22. Juli 1868 „Waldsee": *Sauter macht jetzt auch noch den Fürsprecher für den Adel und der Adel für ihn".*

[430] Zum Gegensatz zwischen Bauern und Standesherren: Runge, Volkspartei, S. 152.

[431] Wochenblatt Nr. 54, 7. Juli 1868; es handelte sich um einen Wahlaufruf für Golther.

[432] Schw. Kronik Nr. 157, 3. Juli 1868, S. 1689; zahlreiche Berichte, Aufrufe, Polemiken im „Heuberger Boten".

[433] Zu Vaihinger: siehe oben, S. 33, Anm. 110.

[434] Zur Kandidatenkür: oben S. 32ff.

[435] Vgl. oben, S. 33, Anm. 109; Kupferschmid hatte eine Kandidatur aus geschäftlichen Gründen abgelehnt (Beobachter Nr. 140, 19. Juni 1868 „In Spaichingen"), ebenso Gutheinz (Beobachter Nr. 143, 21. Juni 1868 „Aus dem Oberamt Spaichingen"); bei der Landtagswahl 1876 siegte Kupferschmid über Bühler, 1882 unterlag er demselben Konkurrenten; vgl. auch Raberg, Biographisches Handbuch, S. 486f.

[436] HStASE 14, Bü 537, Bl. 8 Schreiben Gesslers, 2./3. Juli; HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 443–445 Bericht des Oberamts betr. angebliche Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Spaichingen, 26. Juli 1868.

Sein Gegenspieler, der Katholik Leodegar Bühler[437], wurde vom Oberamtmann und den Beamten gefördert; er hatte aber ein gespanntes Verhältnis zur Amtskirche. Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang eine Polemik aus dem Bühlerschen Wahlkampfkomitee gegen das Deutsche Volksblatt, *dieses von einem Priester redigierte Organ der Geistlichkeit*[438], eine Formulierung, gegen die sich *mehrere Geistliche des Heubergs* öffentlich verwahrten[439]. Auf die Wähler des Heubergs scheint Bühler seinen Wahlkampf besonders abgestellt zu haben[440]. *Wähler vom Heuberg* hätten ihm die Kandidatur angetragen[441], und einer Einladung von dort war er lieber gefolgt, als auf der Wählerversammlung mit allen Kandidaten in Spaichingen am 29. Juni zu erscheinen, was ihm als Feigheit ausgelegt wurde[442]. Während einer Versammlung in Frittlingen am 1. Juli machte schließlich Schultheiß Hengstler von Aldingen den Vorschlag, *es möchten bei der bevorstehenden Wahl das Tal und der Heuberg Hand in Hand gehen* und sich auf Bühler vereinigen, was von allen 80 Anwesenden begrüßt worden sei[443]. Dieser Vorschlag verdeutlicht die Wahlkampfstrategie der Ministeriellen, lässt aber auch auf erhebliche Rivalitäten innerhalb des Oberamts schließen.

Beide Parteien warfen einander vor, ihre Kandidaten seien von der Regierung abhängig; gegen Bühler wurde ferner ins Feld geführt, er strebe die Abgeordnetenstelle nur an, um Karriere zu machen, und er tauge nicht zum Abgeordneten, *weil er nicht nur im Jahre 1866 durch und durch dick preußisch gesinnt* gewesen sei[444]; im Oberamt sei er entgegen seinem moderaten Wahlprogramm allenthalben als streng konservativer Regierungskandidat bekannt und verschrien[445]. Die schrillen Polemiken scheinen aber die Wähler nur wenig beeindruckt zu haben. Hinter dem niedrigen Durchschnittswert von 51,66% für die Wahlbeteiligung des Oberamts verbirgt sich zwar für den Distrikt I Spaichingen der hohe Wert von 68,97%[446], gefolgt von Aldingen mit 54,6% und Egesheim mit 52,7%; in Wehingen und Böttingen übten jedoch nur 40,2% und 41,1% ihr Stimmrecht aus.

Hinsichtlich der Stimmenanteile Bühlers zeigt sich eine deutliche Zweiteilung des Oberamts in „Tal" und „Heuberg". Im „Tal", den Bezirken Spaichingen und Aldin-

---

[437] Zu Bühler: siehe oben, S. 32, Anm. 106.

[438] Heuberger Bote Nr. 84, 19. Juli 1868, S. 344, Artikel des Rechtskonsulenten Saurer; darin wird auch auf Vayhingers Unterstützung durch das Deutsche Volksblatt abgehoben.

[439] Heuberger Bote Nr. 86, 24. Juli 1868, S. 352.

[440] Schw. Kronik Nr. 157, 3. Juli 1868, S. 1689.

[441] Heuberger Bote Nr. 74, 26. Juni 1868, S. 304: Wahlvorschlag von 40 Wählern aus Gemeinden des Distrikts III, Wehingen; in Nr. 77, 3. Juli, ebenso von 14 Wählern aus Obernheim.

[442] Heuberger Bote, Extrablatt vom 27. Juni 1868 – zu der Versammlung hatte das Wahlkampfkomitee Vayhingers aufgerufen.

[443] Heuberger Bote, Nr. 77, 3. Juli 1868, S. 315.

[444] Ebd. S. 316; ähnlich: Beobachter Nr. 143, 21. Juni 1868 „Aus dem Oberamt Spaichingen".

[445] Heuberger Bote, Nr. 77, 3. Juli 1868, S. 315; vgl. DV Nr. 162, 14. Juli 1868: *Sogar das „edle Getränke" des Branntweins soll manche Wahlmänner für Bühler begeistert haben.*

[446] Das Ergebnis auf Distriktsebene ist veröffentlicht in: Heuberger Bote Nr. 80, 10. Juli 1868; die Zahl der Stimmberechtigten wurde geschätzt auf Grund der Zahlen von 1870.

gen, votierten 44,1% und 28% für ihn; auf dem „Heuberg", den Bezirken Wehingen, Egesheim und Böttingen, erhielt er nur 14,4%, 6,3% und 13,6% der verfügbaren Stimmen. Die Bemühungen der ministeriellen Seite, in den Gemeinden des Heubergs gegen den Einfluss der Geistlichen Wähler für ihren Kandidaten zu gewinnen, hatten demnach nur geringen Erfolg gebracht.

Vayhingers Wähler machten in drei Distrikten zwischen 22,4% und 26,4% aus. Wehingen fiel aus dem Rahmen, weil hier 46,3% (317) für Vayhinger stimmten, während Bühler mit 6,3% (43) sein schlechtestes Ergebnis zu verzeichnen hatte. Im Distrikt Aldingen fiel Vayhingers Stimmenanteil dagegen mit 7,1% (68) ungewöhnlich gering aus. Dies ist um so überraschender, als der Abstimmungsort Aldingen die einzige altwürttembergische, protestantische Gemeinde des Oberamts war, so dass also die 957 Wahlberechtigten dieses Distrikts zu etwa einem Drittel protestantisch waren. Allenfalls ein kleiner Teil (20%) dieser protestantischen Wähler kann demgemäss für Vayhinger gestimmt haben; die große Mehrheit blieb der Abstimmung fern oder stimmte mit ihrem Schultheißen für Bühler.

Als Vayhingers gefährlichster Konkurrent erwies sich in diesem Distrikt Zephyrin Steidle, der, obwohl er öffentlich von der Kandidatur zurückgetreten war[447], hier 19,2% der verfügbaren Stimmen, 184 von seinen insgesamt 194 Stimmen gewann. Zeitungsartikel über die Treue der Wähler Steidles in Denkingen[448] legen den Schluss nahe, dass die 184 Stimmen tatsächlich überwiegend von dort stammten (Wahlbeteiligung 75–80%). Von den übrigen 727 Wahlberechtigten dieses Distrikts hätten dann 336 (46,2%) abgestimmt, 36,9% für Bühler, ein Befund, der einerseits die Zweiteilung des Oberamts unterstreicht, andererseits aber noch einmal verdeutlicht, dass außerhalb der Oberamtsstadt – und ohne den Sonderfall Denkingen – sich nur eine Minderheit von 42% der Wahlberechtigten durch die personelle und politische Alternative zur Abstimmung aufgefordert fühlte.

Die Volkspartei spielte im Oberamt Spaichingen bei dieser Landtagswahl keine Rolle[449]. Für ihren offiziellen Kandidaten, den Gastgeber A. Häring in Spaichingen, der während des Wahlkampfes im Übrigen abwesend war, wurden insgesamt nur 15 Stimmen abgegeben, davon zehn in der Oberamtsstadt[450]; Steidle, der zweite Bewerber der Volkspartei, erhielt außer den 184 Stimmen seiner Getreuen in Denkingen nur noch acht Stimmen in Spaichingen[451].

Die Stimmenzersplitterung zwischen den drei oppositionellen Kandidaten machte eine Stichwahl nötig, die Vayhinger mit 102 Stimmen Vorsprung für sich entschied[452].

---

[447] Heuberger Bote Nr. 76, 1. Juli 1868, S. 312.

[448] Heuberger Bote Nr. 84, 19. Juli 1868, S. 348; die Wähler werden aufgefordert, ihre Stimme bei der Stichwahl Vayhinger zu geben; Deutsches Volksblatt Nr. 167, 19. Juli 1868 „Aus dem Oberamt Spaichingen 16. Juli".

[449] Vgl. oben, S. 33ff.; der „Staatsanzeiger" (Nr. 158, 5. Juli 1868, S. 1643) unterscheidet nicht so fein und rechnet Vayhinger pauschal „der Demokratie" zu.

[450] Anscheinend war man der Empfehlung des „Beobachters" (Nr. 154, 4. Juli 1868) nicht gefolgt.

[451] Dazu in Böttingen und Egesheim je eine Stimme.

[452] Wahlbeteiligung 62,18%; Bühler 1220 (29,77%), Vayhinger 1322 (32,26%).

Über Einzelheiten geben die Quellen keinen Aufschluss. – Die Quellenlage erlaubt ausnahmsweise einen begrenzten Blick auf kleinere Gebietseinheiten, da die Ergebnisse der Stichwahlen und des ersten Wahlgangs in Gaildorf, Göppingen und Heilbronn/Amt für die Distrikte, in Teilen auch für die Gemeinden vorliegen[453].

d) Oberamt Gaildorf

Im Oberamt Gaildorf standen sich zunächst nur zwei Kandidaten gegenüber. Der bisherige Abgeordnete, Rechtskonsulent Friedrich Kausler[454] aus Gaildorf, bewarb sich wiederum um das Mandat, nachdem er im Frühjahr 1868 seine antipreußische Haltung aufgegeben und für das neue Militärgesetz gestimmt hatte[455]. Er wurde nun der Deutschen Partei und den Ministeriellen zugerechnet[456]. Er hatte sich mit seinem politischen Konkurrenten von 1862 auseinander zu setzen, dem Gaildorfer Stadtschultheißen Karl Lanzberg[457], der der Volkspartei angehörte[458]. Dieser war ihm 1862 unterlegen gewesen, weil er, nach dem Bericht des „Beobachters"[459], noch neu und unbekannt im Bezirk gewesen war; inzwischen sei er aber in verschiedene öffentliche Ämter gewählt worden, beispielsweise zum Feuerwehrkommandanten, Bürgerausschussobmann, Gemeinderat und schließlich zum Stadtschultheißen – ein junger, ehrgeiziger Mann, wie es schien. Lanzberg wurde vom „Beobachter" unterstützt[460],

---

[453] Für Göppingen fehlt allerdings für 1868 die Anzahl der Wahlberechtigten, so dass hier mit Schätzwerten auf der Grundlage der Zahlen von 1870 gerechnet werden muss.

[454] Friedrich Kausler (1806–1883), Landtagsabgeordneter für Gaildorf 1856–1868; Schw. Kronik (1883), S. 309; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 422.

[455] BRANDT, Parlamentarismus, S. 754f.; ähnlich: Beobachter, Nr. 136, 13. Juni 1868: „Bericht eines Handlungsreisenden (III)" und Beobachter, Nr. 155, 5. Juli 1868 „Aus Gaildorf".

[456] SVZ Nr. 146, 26. Juni 1868, S. 618: Kausler *wird von der deutschen Partei des Bezirks mit Recht unterstützt*; die SVZ Nr. 166, 19. Juli 1868 vereinnahmt die 895 Stimmen Kauslers für die DP; Kausler war dann im Ausschuss des DP-Ortsvereins Gaildorf, der am 19. Mai 1870 gegründet wurde (Nl Hölder, Fasz. XIII, Stück 199). Im November 1870 schrieb der Vertrauensmann der DP in Gaildorf, Apotheker Carl Buhl (1836–1918; „Germania" Tübingen Jg. 1859) vertraulich an Julius Hölder (Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 310): *Privatim füge ich bei, dass zur Steigerung der Verwirrung Herr Kausler, Mitglied unseres hiesigen Ausschusses, ebenfalls wieder auftreten will, natürlich ohne jede Aussicht auf Erfolg, denn mit mir ist die überwiegende Mehrzahl unserer Parteimitglieder in Stadt und Land darüber einig, uns nicht durch wiederholte Aufstellung und Unterstützung des im Übrigen ehrenwerten, aber zum Abgeordneten unfähigen Herrn Kausler ein Armutszeugnis zu geben.* Beobachter Nr. 165, 17. Juli 1868 „Gaildorf, den 15. Juli" und Beobachter Nr. 166, 18. Juli 1868 „Gaildorf den 15. Juli": Danach wurde die ministerielle Ausrichtung Kauslers für die Stichwahl ausgeprägter.

[457] Karl Lanzberg, geb. 18. Juli 1826; nach einer Meldung im „Staatsanzeiger" Nr. 276, 19. Dezember 1870 wurde am 15. Dezember 1870 Hermann Kleinknecht in Vichberg zum neuen Stadtschultheißen von Gaildorf ernannt; Lanzberg, der im Januar 1870 noch ins Landeskomitee der VP gewählt wurde, war dann Friedensrichter im Elsass und soll Amtsgerichtsrat in Straßburg geworden sein; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 494.

[458] Er war Mitglied des Landeskomitees der Volkspartei im Januar 1869 und 1870.

[459] Nr. 136, 13. Juni 1868 „Bericht eines Handlungsreisenden (III)".

[460] Schw. Kronik, Nr. 149, 24. Juni 1868, S. 1773.

Oberamtmann Billich[461] traute ihm freilich keinen Erfolg bei den Wählern zu, *weil man ihn im Bezirk* kenne[462].

Kurz vor dem Wahltag traten zwei weitere Bewerber auf, nämlich der Amtsnotar von Gschwend, Pierre Combe[463], der der großdeutsch-demokratischen Richtung zugerechnet wurde[464], und der demokratische Gutsbesitzer Georg Schließmann[465] aus Oberrot, seinem Geburtsort. Als ortsangehöriger Vertreter der Landwirtschaft aus der größten Gemeinde des Oberamts mochte er sich gegenüber dem Stadtschultheißen der Oberamtsstadt, der erst wenige Jahre im Amt lebte, gute Chancen ausrechnen.

Nach dem Bericht des Oberamtmanns[466] bereisten alle vier Kandidaten den Bezirk und warben über die Presse für ihre Sache; trotz aller ihrer Bemühungen blieb jedoch das Wählerinteresse meist gering. Am 8. Juli gingen in den Distrikten Eutendorf (II) und Laufen (IV) nur je 51,1% der Berechtigten zur Abstimmung, in Eschach (V) waren es 55,2%, in Gaildorf (I) 58,2% und in Mittelfischach (III) 58,5%; nur in Oberrot (VII) und Gschwend (VI) wurden mit 61,5% und 64,2% Ergebnisse erreicht, die dem Landesdurchschnitt annähernd entsprachen[467]. Für die Kandidaten zeichneten sich dabei folgende Schwerpunkte ab: Kauslers Hochburgen lagen in den Distrikten Gaildorf (I) und Laufen (IV); außer in Eschach (V) und Oberrot (VII), wo nur 3,9% und 2,1% der Berechtigten für ihn stimmten, lag sein Stimmenanteil ansonsten zwischen 20 und 24%. Lanzberg erreichte seine besten Ergebnisse mit 33,09% und 29,08% in den Distrikten Eschach (V) und Mittelfischach (III), nicht jedoch in der Oberamtsstadt, deren Wähler nur zu 9,74% für ihren Stadtschultheißen votierten.

Combe war ganz wesentlich auf seinen Herkunftsort und dessen nähere Umgebung beschränkt. Im Distrikt Gschwend (VI), seinem Heimatort, erreichten die konkurrierenden demokratischen Bewerber zusammen nur 23 Stimmen (3,7%). Hier setzten sich in erster Linie Kausler und Combe auseinander, ein Duell, das Combe

---

[461] Georg Friedrich Karl Billich (1816–1877), Oberamtmann von Gaildorf 1857–1877; Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 186f.

[462] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Schreiben Gesslers vom 2./3. Juli 1868; vgl. SVZ Nr. 154, 5. Juli 1868, S. 654: *Nach den bisherigen Erfahrungen der Gaildorfer ist ihm* [sc. Lanzberg] *die Besoldung des Stadtschultheißen viel lieber als die Arbeit des Stadtschultheißen.* Daher säße er auch so gerne im Halbmondsaal.

[463] Pierre Combe, geb. Großvillars 24. Februar 1826, 1853–1871 Amtsnotar in Gschwend, 1871–75 in Oberesslingen, 1875 nach Schorndorf übergesiedelt (Familienregister Esslingen, Bd. IV, S. 188); vgl. Raberg, Biographisches Handbuch, S. 118: Pierre Combe ist nicht identisch mit Louis Combe (geb. 29. März 1833).

[464] Beobachter, Nr. 161 (Extrablatt) ordnet ihn zunächst der ministeriellen Richtung zu, in Nr. 169, 22. Juli 1868 wird dies korrigiert.

[465] Georg Schließmann (1823–1887), Gutsbesitzer in Oberrot; 1848er; Mitglied des Landeskomitees der Volkspartei im Januar 1869 und 1870.

[466] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 198–199 Bericht des Oberamts betr. die Landtagsabgeordnetenwahl, Gaildorf den 16. Juli 1868.

[467] Die Stimmenanteile der vier Bewerber nach Distrikten sind im Beobachter, Nr. 162, 14. Juli 1868 veröffentlicht; zehn zersplitterte Stimmen lassen sich hier nicht zuordnen, und so liegen die Werte für die Wahlbeteiligung geringfügig zu niedrig; siehe auch: Anhang A, S. 598.

mit 229 (37,24%) gegen 143 Stimmen (23,25%) für sich entschied. In Distrikt V (Eschach) war Combe dann mit 95 Stimmen (13,6%) der schärfste Konkurrent von Lanzberg, der hier mit 231 Stimmen sein bestes Ergebnis verzeichnen konnte. Schließmann als ortsgebürtiger Landwirt galt anscheinend bei manchem Wähler als Alternative zu dem umtriebigen Stadtschultheißen, denn er konnte in allen Distrikten 2–9% der Stimmen gewinnen. In Oberrot (VII) aber wurden für Schließmann 368 Stimmen (58,79%) abgegeben, während die drei Mitbewerber hier keinen Boden gewinnen konnten: Combe ging leer aus, und die beiden Kandidaten aus der Oberamtsstadt brachten es zusammen gerade einmal auf 14 Stimmen (2,7%). Anscheinend spielte dabei die Konkurrenz zwischen Oberrot, der größten(!) Gemeinde des Oberamts, und der Oberamtsstadt eine Rolle.

Für die Stichwahl am 21. Juli 1868 bereisten Kausler und Lanzberg, die mit der höchsten Stimmenzahl aus dem ersten Wahlgang hervorgegangen waren, und auch ihre Anhänger den Bezirk erneut. Lanzberg genoss dabei nicht nur die Unterstützung des „Beobachters" und Julius Haußmanns, der auf mehreren Wahlversammlungen für Lanzberg warb; auf gemeinsamen Versammlungen am 19. Juli sprachen sich Combe und Schließmann für Lanzberg aus und baten ihre Wähler, in der Stichwahl für diesen zu stimmen[468]. Der „Beobachter" versuchte, die Wähler besonders gegen ihren bisherigen Abgeordneten Kausler einzunehmen, indem dessen Anklammern an die Regierung als wenig vorteilhaft für den Bezirk dargestellt wurde. Es müsse endlich ein anderer Weg gefunden werden, um die herkömmliche Vernachlässigung Gaildorfs seitens der Regierung zu beenden[469]. Trotz allem rechnete Innenminister Gessler nach seinen Informationen aus dem Oberamt mit einem Sieg Kauslers[470].

Das Ergebnis der Stichwahl vom 21. Juli 1868[471] bot dann eine Reihe von Überraschungen, die sich freilich erst durch einen Blick auf die Wahldistrikte erschließen. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung im ganzen Oberamt nahm beispielsweise nur geringfügig von 57,6% auf 58,2% zu, hinter diesen Werten verbergen sich aber dramatische Veränderungen. Eine erhebliche Abnahme des Wählerinteresses um 7,5 bzw. 15,3 Punkte war in den Distrikten Gschwend (VI) und Oberrot (VII) festzustellen. In diesen Hochburgen der beiden ausgeschiedenen demokratischen Kandidaten Combe und Schließmann zeigte sich ein erheblicher Teil der Wähler nicht bereit, für einen anderen Kandidaten zu stimmen. In Distrikt VI (Gschwend) hatten Combe und Schließmann im ersten Wahlgang 229 bzw. 13 Stimmen (37,24%, 2,11%) erhalten; in der Stichwahl gewann nun Kausler 18 Stimmen hinzu (161 = 26,18%), Lanzberg steigerte seine Stimmenzahl hingegen von zehn auf 188 (1,63% auf 30,57%)!

---

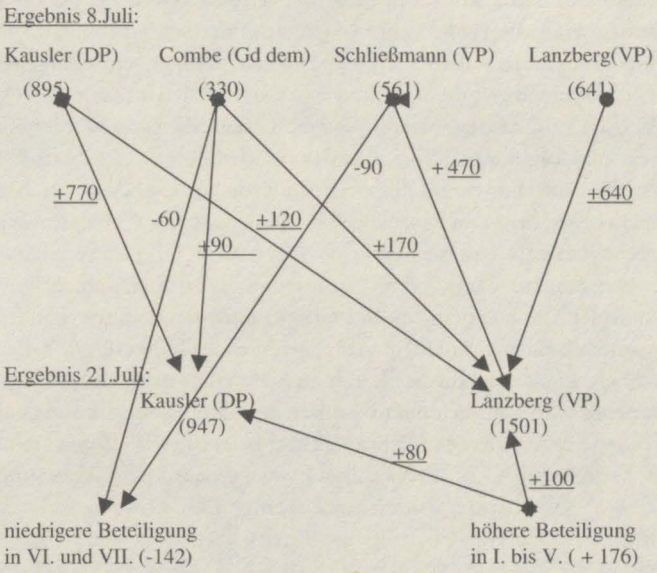
[468] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 197/200 Bericht des Oberamts betr. den Gang der Wahlbewegung, Gaildorf, den 28. Juli 1868; Brandt, Parlamentarismus, S. 164; Beobachter Nr. 169, 22. Juli 1868 „Im Bezirk Gaildorf".

[469] Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868 „In Gaildorf".

[470] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Anbringen des Gesamtministeriums betr. das Ergebnis der Landtagswahlen, Stuttgart, 14. Juli .

[471] Stadtarchiv Gaildorf; Der Kocherbote. Amts-Blatt für den Oberamtsbezirk Gaildorf, Nr. 77, 11. Juli 1868 und Nr. 83, 25. Juli 1868.

Schaubild 1: Mögliche Wählerwanderung bei der Landtagswahl vom 8. und 21. Juli 1868 im Wahlkreis Gaildorf



Lanzbergs Zugewinn dürfte also überwiegend von ehemaligen Wählern Combes stammen, von denen aber auch etwa ein Drittel an der Stichwahl nicht mehr teilgenommen hat[472]. Im Distrikt Oberrot (VII) waren für Schließmann am 8. Juli 368 Stimmen (58,79%) abgegeben worden; Kausler verbesserte sich in der Stichwahl um 26 Stimmen auf 39 (6,23%), während Lanzbergs Stimmenzahl von vier auf 245 (39,14%) anwuchs! Auch hier muss ein gutes Drittel (oder mehr) der Anhänger Schließmanns bei der Stichwahl im Hause geblieben sein: Sie grollten noch wegen der Niederlage ihres Kandidaten[473].

In den weiteren fünf Wahldistrikten stieg das Wählerinteresse an – um etwa 2 Punkte in Gaildorf (I) und Eschach (V), um 7–8 Punkte in Eutendorf (II) und Mittelfischach (III), um 12,6 Punkte in Laufen (IV). Dort baute Kausler seine gute Position auf 43,8% aus; von der höheren Wahlbeteiligung profitierte jedoch auch sein Opponent, dessen Stimmenanteil von 10,54% auf 20,38% anstieg. Auch in Eschach (V), Lanzbergs bisheriger Hochburg, konnte Kausler in erheblichem Maße Stimmen hinzugewinnen (von 27 auf 118); diese Stimmen dürften überwiegend von den früheren Wählern Combes oder Nichtwählern stammen, während Lanzberg seinen Zugewinnen von 231 auf 284 Stimmen wohl meist den Anhängern Schließmanns zu verdanken hatte. In Mittelfischach (III) stagnierte Kauslers Stimmenanteil (20,26/20,59%);

[472] Denkbar wäre auch, dass sich nun erheblich mehr Wähler Combes der Abstimmung enthielten; dann hätte Lanzberg entsprechend mehr Nichtwähler für sich mobilisiert.

[473] Beobachter Nr. 166, 18. Juli 1868 „Gaildorf, den 15. Juli".

Lanzberg konnte demgegenüber seinen Anteil hier von 29,08% auf 43,63% schrauben, da offenbar nicht nur die Anhänger Schließmanns (9,15%), sondern auch viele bisherige Nichtwähler für ihn stimmten. Ein regelrechtes Debakel erlebte Kausler in den Bezirken Eutendorf (II) und Gaildorf (I), wo er in der Stichwahl 25 Stimmen (5,7 Punkte) bzw. 104 Stimmen (15,9 Punkte) gegenüber dem ersten Wahlgang einbüßte. Lanzberg verdoppelte dagegen seine Stimmenzahl im Distrikt Eutendorf von 93 auf 191 (43,21%); in Gaildorf (I) gaben ihm sogar 208 statt bisher 64 Wähler ihre Stimme: ein triumphaler Erfolg des Gaildorfer Stadtschultheißen.

Das obige Schaubild 1 veranschaulicht die Quellen, aus denen sich Lanzbergs Wahlsieg speiste, und lässt den Prozess der Polarisierung der Wähler greifbar werden. Trotz der recht guten Datenbasis kann ein solches Modell für die Wählerwanderung aber nur oberflächliche Vorgänge repräsentieren. Es lässt sich zum Beispiel nicht mehr feststellen, ob die Wähler, die Kausler in der Stichwahl untreu wurden, für Lanzberg stimmten oder der Abstimmung fernblieben. In letzterem Falle wären die bisherigen Nichtwähler für die Stichwahl in sehr viel stärkerem Maße mobilisiert worden, als dies die Zahlen vermuten lassen. In diese Richtung weist auch die Überlegung, dass es etwa innerhalb der Wähler Lanzbergs eine gewisse Fluktuation gegeben haben wird, dass er also in der Stichwahl sehr viel mehr aus dem Reservoir der Nichtwähler geschöpft haben muss, als dies aus dem Modell hervorgeht.

e) Oberamt Göppingen

Im Oberamt Göppingen stand zunächst dem bisherigen Abgeordneten Rudolf Beckh, Papierfabrikant in Faurndau[474], der Göppinger Rechtskonsulent Dr. Paul Haußmann[475] gegenüber; Beckh bekannte sich zur Volkspartei, während Haußmann die Regierungslinie vertrat und vom Oberamtmann unterstützt wurde[476]. Als Interessenvertreter der Landwirtschaft wurde dazu noch der Gutsbesitzer Karl Adam Braunmüller[477] durch eine Versammlung von Landwirten nominiert.

Prominente Mitglieder der Deutschen Partei in der Stadt Göppingen boten nun auch Julius Hölder[478] eine Kandidatur an: Die DP in Göppingen sei stärker als ge-

---

[474] Rudolf Beckh (1804–1886), Landtagsabgeordneter 1862–1868; Schw. Kronik (1886), S. 228; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 45.

[475] Paul Haußmann, geb. 7. November 1827; 1854 zugezogen, 1868 nach Ulm verzogen (Stadtarchiv Göppingen, AEDGP Nr. 608.7, Bl. 31), vgl. Beobachter, Nr. 129, 5. Juni 1868 „Bericht eines Handlungsreisenden (I)": Er war ein Vetter von Julius Haußmann und der Schwager von Karl Freisleben (geb. 1819, Rechtsanwalt, bekannter 1848er).

[476] Göppinger Wochenblatt, zugleich Amtsblatt für Stadt und Land, Nr. 49, 13. Juni 1868; Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 315.

[477] Karl Adam Braunmüller (1824–1896), Gutsbesitzer in Waldeck bei Göppingen (Schaafhof); Vorstandsmitglied der Wanderversammlung Württembergischer Landwirte (Stadtarchiv Göppingen, AEDGP Nr. 608.1, Bl. 329); Staatsanzeiger Nr. 146, 21. Juni 1868, S. 1514.

[478] Julius (von) Hölder (1819–1887), „Germania" Tübingen Jg. 1837, Rechtskonsulent in Stuttgart, Innenminister seit 1881; Landtagsabgeordneter für Stuttgart/Amt 1849, 1850/II, für Besigheim 1856–68, für Göppingen 1868–81; Kammerpräsident 1875–1881; Reichstagsabge-

glaubt, und auch der Oberamtsrichter[479] sei für Hölder[480]. Da Hölders Position in seinem bisherigen Wahlkreis Besigheim angeschlagen war[481] und auch die Sondierungen in anderen Wahlkreisen wenig Ermutigendes ergeben hatten[482], sagte er zu. Die Deutsche Partei in Göppingen trat mit dieser Zusage an die Öffentlichkeit[483], nachdem Braunmüller auf seine Kandidatur verzichtet[484] und sich bereit erklärt hatte, im Oberamt Vaihingen, wo er geboren war, gegen Franz Hopf anzutreten[485]. Seine Chancen auf einen Sieg gegen Franz Hopf waren sicherlich noch schlechter als gegen Beckh; es spricht für Braunmüller, dass er dennoch solidarisch versuchte, die Stimmen der Bauern auf Hölder zu lenken[486].

Zwischen den drei Bewerbern und ihren Anhängern entbrannte nun ein sehr lebhafter Wahlkampf[487], der seinen besonderen Reiz sicherlich dadurch erhielt, dass Sieg oder Niederlage des Führers der Deutschen Partei als politisches Signal interpretiert werden würde. Ein öffentliches Forum fanden die drei Kandidaten in den beiden lokalen Zeitungen, dem „Göppinger Wochenblatt" und dem demokratischen „Hohenstaufen" sowie der überregionalen Presse. Alle drei Kandidaten konnten ferner auf recht schlagkräftige Organisationen zurückgreifen. Die Volkspartei verfügte in der Stadt Göppingen seit 1865 über einen Volksverein, mit dem der Arbeiterverein politisch auf einer Linie stand[488]. Der ministerielle Bewerber genoss die Unterstützung des Oberamtmanns und damit wenigstens eines Teils der Beamtenschaft, die von höchster Stelle dazu angehalten war, für die der Regierung genehmen Kandidaten ein-

---

ordneter für Gmünd, Göppingen etc. 1871–1873, für Stuttgart 1875–1881. Zu Hölder: Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, Einleitung, S. 2–36; ders., Julius Hölder, S. 151–166; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 366f.

[479] Zu Georg Ankelen, siehe oben: S. 26, Anm. 61.

[480] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 315.

[481] Siehe oben, S. 25.

[482] Im Gespräch waren Crailsheim (Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 331, 351, 343, 342) und Gaildorf (Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 325; Staatsanzeiger Nr. 146, 21. Juni 1868, S. 1514). Gustav Müller unternahm anscheinend eine Sondierungsreise und berichtete, auch in Böblingen sei Hölder *zu stark prononciert* (Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 330); Gustav Müller (1823–1875), Mitglied der Römer-Gesellschaft; Großkaufmann in Stuttgart, Landtagsabgeordneter für Stuttgart/Amt 1870–1875; Reichstagsabgeordneter für Stuttgart/Stadt u. Amt 1871–1875; Schw. Kronik (1875), Nr. 119, Mosthaf, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern, Bd. I, S. 166; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 590f.

[483] Göppinger Wochenblatt, Nr. 52, 24. Juni 1868, S. 215; auch Schw. Kronik, Nr. 156, 2. Juli 1868, S. 1857 und SVZ Nr. 146, 26. Juni 1868, S. 618; Staatsanzeiger Nr. 149, 25. Juni 1868, S. 1546 und Nr. 152, 28. Juni 1868, S. 1578: Der Korrespondent vermutete: *Nun wird wohl auch Herr C. Mayer in Göppingen auftreten.*

[484] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 294 und 300.

[485] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 502–503: Der dortige Oberamtmann hielt sich diese Kandidatur zugute.

[486] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 300.

[487] Schw. Kronik, Nr. 156, 2. Juli 68, S. 1857; Nr. 160, 7. Juli 68, S. 1905; Nr. 161, 8. Juli 68, S. 1917f.

[488] Runge, Volkspartei, S. 48 und 157; dagegen wurde nach Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 340 der Volksverein erst 1870 gegründet.

zutreten[489], eine Organisation mithin, die der hervorragend organisierten Volkspartei an Schlagkraft und Einfluss durchaus nicht nachstand, sofern die Beamten weisungsgemäß agierten. Oberamtsrichter Ankelen war jedoch als überzeugter Anhänger der Deutschen Partei bekannt[490], mindestens sechs der 34 Schultheißen des Oberamts, der Ratsschreiber von Gruibingen und dazu noch sechs Lehrer[491] hatten sich durch ihre Unterschrift unter Wahlaufrufen[492] als Parteigänger von Volkspartei oder Deutscher Partei festgelegt, so dass kein geschlossenes Handeln der Beamtenschaft zu erwarten stand.

Eine formelle Organisation der Deutschen Partei ist erst für Juni 1870 nachgewiesen[493]. Doch schon im Landtagswahlkampf 1868 präsentierte sich die DP-Göppingen als Einheit und bildete ein schlagkräftiges Wahlkomitee für Hölder, in welchem neben dem Präzeptor Karl Gottlieb Keller[494] vor allem der Rechtskonsulent Eberhard Kleinknecht[495] und der Göppinger Fabrikant D. Rosenthal[496] führend waren.

Volkspartei und Deutsche Partei fanden erheblichen, offenbar auch finanziellen Rückhalt bei führenden Industriellen und Kaufleuten Göppingens und des Oberamts. Auf Beckhs Seite standen zum Beispiel die Kaufleute Karl Linderich und Wilhelm Speiser[497], die Fabrikanten Louis Bareiß[498], Joh. Langbein, Gottl. Roth, Chr.

---

[489] StAL F 210, Bü 6: In einem Erlass des Regierungspräsidenten an den Oberamtmann von Waiblingen heißt es z.B. am 22. Mai 1868, er sei vom Innenminister beauftragt worden, die Beamten bei der Wahl *zu geeigneter Mitwirkung* [...]. *zu veranlassen.* Die Regierung erwarte *vor allem von den Beamten wie von den Ortsvorstehern* [...], *dass sie ihren Einfluss für das Zustandekommen von Wahlen geltend machen, welche geeignet sind, die von der Regierung unternommenen Reformen zu fördern, statt sie zu behindern.* Sie sollten aber keine auffälligen Schritte unternehmen.

[490] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 10 Innenminister Gessler an Kabinettschef von Egloffstein, 31. Juli 1868.

[491] Präzeptor Keller für die DP; Reallehrer Müller und vier Schulmeister für die VP; unter ihnen war der einflussreiche Johannes Betz (1784–1881), Leiter der Bürgergesellschaft; vgl. Schw. Kronik 1881, S. 189, 197; Kirschmer, Geschichte der Stadt Göppingen, Teil 2, S. 60.

[492] Für die DP: Schw. Kronik 1. September 1867, S. 208; für die VP: Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 271 und HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 224.

[493] SVZ Nr. 137, 16. Juni 1870; Nl Hölder XIII, Stück 39; ebd. Stück 206: Am 3. Juni 1870 wird das Bestehen eines Vereins von ca. 100 Mitgliedern mit leitenden Persönlichkeiten in den Bezirksorten gemeldet.

[494] Karl Gottlieb Keller (1822–1882), später Rektor in Ludwigsburg; vgl. Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 94: Im November 1868 bat er das Landeskomitee der DP dafür zu sorgen, dass die „SVZ" ihre Angriffe auf die ev. Landeskirche *insbesondere auf die pietistische Richtung innerhalb derselben unterlassen möge.*[...] *Es ist auch geradezu töricht, Mitbürger vor den Kopf zu stoßen, bei welchen eine bessere Einsicht in die Bedürfnisse des Gesamtvaterlandes Platz gegriffen hat, welche eine solche Einsicht bei den Wahlen kundgegeben haben.*

[495] Eberhard Kleinknecht (1822–1897), Mitgründer und langjähriger Vorstand der DP-Göppingen; seit 1867 im Landeskomitee der Partei.

[496] Seit Dezember 1866 im Landeskomitee der DP. Kirschmer, Geschichte der Stadt Göppingen, Teil 2, S. 131: Rosenthal betrieb 1867 600 Webstühle und beschäftigte nahezu 1000 Personen, meist in der Hausindustrie.

[497] Wilhelm Speiser (1828–1927), auch Fabrikant; Kommerzienrat; Reichstagsabgeordneter

Scheuffelen, G. Feucht, Fr. Hermann, Louis Schuler sen. und jun., J.G. Böhringer wie auch Friedrich Böhringer, der technische Leiter der Beckhschen Papierfabrik; für Hölder wirkten u.a. Josef Gutmann, Max Kaufmann und der Kunstmüller Friedrich Krauß[499].

Nach der Einschätzung des Innenministers[500] hatte Paul Haußmann seine Hauptstützen auf dem Land, Beckh und Hölder dagegen hatten ihre in der Stadt, die ja traditionell demokratisch eingestellt war[501]; Gessler zweifelte aber, dass es gelingen werde, Beckh zu beseitigen. Für den ersten Wahlgang[502] erwies sich diese Prognose in Teilen als zutreffend: Beckh erreichte 28,95% der verfügbaren Stimmen, Hölder 21,4%, Haußmann 11,9% – es war nicht gelungen, den Kandidaten der Volkspartei zu besiegen.

In Distrikt I (Stadt Göppingen, Faurndau, Jebenhausen), wo die Wahlbeteiligung fast 75% erreichte, hatten sich zudem 43,93% der Wahlberechtigten für Beckh und 27,02% für Hölder entschieden. Der Regierungskandidat, der zur zentralen Wahlversammlung in der Göppinger Turnhalle nicht erschienen war[503] und in diesem Distrikt erwartungsgemäß nur 66 Wähler (3,71%) für sich gewinnen konnte, errang jedoch in zwei ländlichen Distrikten, Ebersbach (21,51%) und Hattenhofen (21,7%), mehr Stimmen als jeder der beiden anderen Kandidaten, wenn sich hier auch die Stimmen recht gleichmäßig verteilten[504]. In den übrigen Bezirken stimmten aber nur zwischen 7,14% und 13,6% für ihn.

1890–1898; Geburtsjahr nach Kirschmer, Geschichte der Stadt Göppingen, Teil 2, S. 131; bei Schwarz, MdR, S. 469: 1835.

498 Louis Bareiß (1823–1897), Mitglied und Förderer des Arbeitervereins Göppingen; Landtagsabgeordneter für Maulbronn 1868–1870; Beobachter (1897), Nr. 279, S. 3; Runge, Volkspartei, S. 43, 81; Brandt, Parlamentarismus, S. 781, Anm. 207; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 27.

499 Kirschmer, Geschichte der Stadt Göppingen, Teil 2, S. 83ff. Ob für die politische Richtung auch eine Rivalität zwischen den Alteingesessenen und den Zugezogenen (Jebenhausen!) eine Rolle spielte, ist nicht zu entscheiden.

500 HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 10 Innenminister Gessler an Kabinettschef von Egloffstein, 31. Juli 1868.

501 Kirschmer, Geschichte der Stadt Göppingen, Teil 2, S. 84.

502 Die Anzahl der Stimmen für die drei Kandidaten fehlt in den Wahlakten, sie wurde in einem Extrablatt des Göppinger Wochenblattes vom 10. Juli 1868 (Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 193) und in der Folge auch in der Schw. Kronik Nr. 180, 30. Juli 1868, S. 2135 bekanntgegeben; der Beobachter Nr. 164, 16. Juli 1868 meldet für zwei Distrikte abweichende Zahlen (Hohenstaufen 78 statt 33, Rechberghausen 186 statt 221), die sich mit den übrigen Ergebnissen zu 1490 statt 1480 Stimmen für Hölder summieren.

503 SVZ Nr. 156, 8. Juli 1868, S. 662 „Aus Göppingen"; um den friedlichen Verlauf der Diskussion zu gewährleisten, hatten sich die Parteien im Vorwege auf einen Vorsitzenden und die Verfahrensregeln geeinigt: Redner der Parteien wechseln sich ab; Zuhörer dürfen weder durch Beifall noch das Gegenteil eingreifen; vgl. auch SVZ Nr. 157, 9. Juli 1868, S. 666 „Aus Göppingen".

504 Zu Hölders Wahlkampf im Distrikt Hattenhofen: SVZ Nr. 151, 2. Juli 1868 „Aus Göppingen, 29. Juni".

Beckhs Hochburgen waren neben der Oberamtsstadt die Distrikte IV (Groß-Eislingen) und VI (Hohenstaufen), wo er mit 30,1% und 31,67% die Mehrheit der Stimmen gewann; in Distrikt VI betrug zudem die Wahlbeteiligung lediglich 47,14%. Mit der Ausnahme von Distrikt VII (Rechberghausen) weisen im Oberamt nur diese beiden Distrikte einen hohen Anteil an Katholiken auf[505].

Überraschenderweise gewann Hölder seinen höchsten Stimmenanteil von 36,05% nicht in der Stadt Göppingen, sondern in jenem Distrikt VII. Alle Gemeinden lagen hier unter 1000 Einwohnern und waren noch stark agrarisch geprägt[506]; der Abstimmungsort Rechberghausen war zu 94% katholisch und so fest in der Hand der Volkspartei, dass die Deutsche Partei hier daran gehindert wurde, eine Wahlversammlung durchzuführen[507]. Wenn bei den Landtagswahlen von 1870 und 1876 das deutlich ungünstiger gelegene Wangen statt Rechberghausen zum Abstimmungsort gemacht wurde[508], so liegt der Grund dafür wahrscheinlich darin, dass Wähler aus umliegenden Gemeinden, die in Rechberghausen abstimmen wollten, von fanatisierten Einwohnern bedrängt und unter Druck gesetzt wurden, was aber offenbar einen Solidarisierungseffekt zu Hölders Gunsten hervorrief. Die hohe Wahlbeteiligung von 71,62% in diesem Distrikt deutet jedenfalls darauf hin, dass diese Konflikte das Wählerinteresse gesteigert hatten[509].

Zwischen Hölder und Beckh musste eine Stichwahl entscheiden, die am 25. Juli stattfinden sollte, was den Parteien ausreichend Zeit für einen erneuten Wahlkampf ließ. Die Zeitgenossen empfanden die erneute Agitation als *unerhört heftig*[510], als einen *Wahlkampf sonder gleichen*[511]. Was an neuen Argumenten fehlte, wurde auf beiden Seiten durch die Schärfe der Polemik wettgemacht. Der Behauptung, die „preußische Partei" bestehe *zumeist aus verkümmerten Demokraten*[512], stellte die Deutsche

[505] Katholikenanteil am 3. Dezember 1867 in Groß-Eislingen 62,99%; in Salach 69,32; in Ottenbach 86,87%.

[506] Vgl. SVZ Nr. 149, 30. Juni 1868, S. 635 „Aus Göppingen": Hölder wird darin u.a. als *Rechts-Anwalt des Bauernstandes* gepriesen; SVZ Nr. 154, 5. Juli 1868, S. 655 „Aus Göppingen".

[507] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 251.

[508] Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 119f.

[509] Vgl. Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Göppingen 2 (für die sieben Wahldistrikte): Die DP profitierte am deutlichsten von einer hohen Wahlbeteiligung (r = 0.8582; Koeffizienten größer als 0.760 sind auf dem 5%-Niveau signifikant, solche größer als 0.878 auf dem 1%-Niveau). Die Wahldaten für 1868 beruhen hinsichtlich der Zahl der Wahlberechtigten nur auf Schätzwerten; daher sind auch die errechneten Korrelationskoeffizienten mit Vorsicht zu verwenden. Anders als die ministeriellen stammten Beckhs Wähler vorwiegend nicht aus dem agrarischen Milieu: ministerieller Stimmenanteil/Gemeinden mit hohem Anteil von Agrarbetrieben: r = 0.8789 etc.; für die VP sind die „agrarischen" Korrelationen hoch negativ: z.B. VP/Landwirte 2–5 ha: –0.9883; selbstständige Landwirte: r = –0.9241, landwirtschaftl. Betriebe: r = –0.9705. Die Wähler der DP lassen sich nicht eindeutig klassifizieren; sie gehörten eher nicht dem agrarischen Milieu an (schwach negative Korrelationen).

[510] W. Lang, Die Deutsche Partei, S. 45.

[511] Schw. Kronik Nr. 180, 30. Juli 1868, S. 2135.

[512] Der Hohenstaufen, Nr. 56, 13. Juli 1868.

Partei den Vorwurf der Komplizenschaft mit Frankreich[513] entgegen; die Volkspartei wollte ihrerseits *die namenlosen Schmähungen einer landesverräterischen Partei öffentlich* beantworten[514]. Der Göppinger Korrespondent der „Schwäbischen Kronik" machte insgesamt eine bessere Stimmung für Hölder aus als beim ersten Wahlgang; ein erfreuliches Zeichen sei es beispielsweise gewesen, dass die Einwohner von Jebenhausen am Wahltag *in geschlossener Kolonne mit dem Ruf: Hölder hoch! durch die Stadt* gezogen seien, nach der Abstimmung habe es ein fröhliches Verbrüderungsfest gegeben[515]. Eben jene Jebenhausener Wähler, angeführt, wie es hieß, von ihrem Schultheißen[516], hätten aber, nach einem Bericht der Gegenseite, einen *Überfall* [auf die] *Dr. Landerer'sche Heilanstalt* verübt[517].

Hölder ging mit einem deutlichen Rückstand von 522 Stimmen (7,5%) in die Stichwahl; seinem Wahlkampf lag daher eine dreifache Strategie zu Grunde: Zum einen musste er versuchen, die Wähler in den ländlichen Distrikten, wo die Beteiligung im ersten Wahlgang nur zwischen 47,1% und 61% betragen hatte, stärker anzusprechen. Die Berichte der Schultheißen von Hattenhofen, Hohenstaufen und Großeislingen deuten jedoch an, dass auch der politische Konkurrent diesen Weg mit allen Mitteln verfolgte[518].

Sodann ging es darum, die bisherigen Wähler des ministeriellen Kandidaten zu gewinnen. In einem Aufruf der Deutschen Partei zur Stichwahl hieß es: *Mit den bisherigen Anhängern des Herrn Dr. Haußmann wissen wir uns auf dem Boden einer nahezu völligen Übereinstimmung*, lediglich in der nationalen Frage sei er zu unbestimmt gewesen[519]. Wie Rechtskonsulent Kleinknecht an Hölder zu berichten wusste, zeigte sich jetzt auch der Oberamtmann zur aktiven Zusammenarbeit mit der DP bereit: *Oberamtmann Neudörffer tut alles für Sie, er wünscht von allen unseren Schritten unterrichtet zu werden*[520]. Dieser Kurswechsel geschah auf Weisung des Innenminis-

---

513 Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 207: Beilage zum Göppinger Wochenblatt, Nr. 60, 18. Juli 1868, Zuschrift eines ehemaligen Mitglieds der Volkspartei.

514 HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 224: Wahlplakat der VP zur Stichwahl.

515 Schw. Kronik Nr. 178, 28. Juli 1868, S. 2113.

516 Schultheiß Proß klagte gegen diese Behauptung und da Karl Mayer vor Gericht den Urheber der Behauptung nicht nennen wollte, wurde er als verantwortlicher Herausgeber des „Beobachters" am 7. Dezember 1870 zu 14 Tagen Haft und 60 fl. Buße verurteilt, eine Strafe, die als streng eingeschätzt wurde (vgl. Beobachter Nr. 291, 9. Dezember 1870 „Noch einmal auf den Asperg"); die latente politische Dimension des Verfahrens spiegelte sich auch in den beteiligten Personen wider: Die Interessen des Staates vertrat Dr. Lenz (DP), der zwei Tage zuvor in Urach die Wahl gewonnen hatte; einer der beiden Schöffen war G. Duvernoy; Mayer wurde durch August Becher verteidigt.

517 Beobachter Nr. 175, 29. Juli 1868 „Aus Göppingen"; Der Hohenstaufen, Nr. 61, 31. Juli 1868; dort wird von einem weiteren Überfall von Heininger Wählern der DP (darunter ein Frommer) auf einen Dürnauer Bürger, dessen Frau und Nachbarn berichtet. – Dr. Heinrich Landerer (1814–1877) war ein bekannter 48er Demokrat und Mitglied der Volkspartei : Schwäbische Lbb. VI, S. 337.

518 HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 209–217.

519 Göppinger Wochenblatt Nr. 59, 15. Juli 1868, S. 246.

520 Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 201, 16. Juli 1868. Friedrich Ludwig Ernst Neudörffer (1823–1889), 1864–1870 Oberamtsverweser, dann bis 1872 Oberamtmann; 1872–1882 Ober-

ters. Das Gesamtministerium hatte nämlich die Frage erörtert, ob man neutral bleiben sollte oder nicht, es hatte zwischen den beiden Kandidaten abgewogen und sich für die Unterstützung Hölders entschieden. Dieses Eingreifen der Regierung sollte zwar, wie der Innenminister betonte[521], unter der Hand geschehen[522], es blieb aber dem politischen Gegner nicht verborgen, denn *alles, was Odem von oben hat, wuselt und weibelt für Hölder umher*[523]. Und schließlich konnte man versuchen, dem politischen Konkurrenten seine bisherigen Wähler abzuwerben. Rechtskonsulent Kleinknecht regte zum Beispiel an, über Eduard Pfeiffer[524] und August Hochberger[525] die Göppinger Arbeiter anzusprechen, die „beinahe alle" gegen Hölder gestimmt hätten[526]. Am 21. Juli hielt Pfeiffer bereits eine Arbeiterversammlung in Göppingen ab. Die Volkspartei mit Karl Mayer konterte mit einer parallelen Gegenveranstaltung und dem vergeblichen Versuch, in Pfeiffers Versammlung einzudringen[527]. Eine weitere verabredete Veranstaltung Pfeiffers wurde durch Karl Bürger, einen der Führer der Göppinger Arbeiterbewegung[528] und Mitglied der Volkspartei, verhindert[529]. Der Esslinger Arbeiterführer August Hochberger, der ebenfalls für Hölders Wahl in Göppingen Partei ergriffen hatte, wurde von Karl Mayer im „Beobachter" deswegen scharf und persönlich angegriffen und rechtfertigte sich in einer ausführlichen „Erklärung" in der „Schwäbischen Kronik"[530].

Dass sich der propagandistische Aufwand der Parteien gelohnt hatte, zeigte die mit Spannung erwartete Stimmenauszählung drei Tage nach der Wahl. Die durchschnitt-

---

amtmann Reutlingen/Amt, bis 1889 von Tübingen/Amt; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 427; – vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 780, der von der Unterstützung Hölders durch die Regierung *in letzter Stunde* spricht.

521 HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 10 Innenminister Gessler an Kabinettschef von Egloffstein, 31. Juli 1868; angesichts der Feindschaft des Hofes gegenüber Hölder (vgl. Kleine, Mittnacht, S. 30ff.) ist verständlich, dass Gessler die Bedeutung dieser Entscheidung herunterspielt.

522 Wie oben: S. 198, Anm. 489.

523 Deutsches Volksblatt Nr. 173, 26. Juli 1868 (Frontseite) aus einem Artikel im „Beobachter"; Der Hohenstaufen, Nr. 61, 31. Juli 1868: Hölder *hat gesiegt im Bunde mit einer zweiten Partei, welche kein Vaterland kennt und sich immer und überall nur dahin stellt, wo sie ihr Interesse findet. Der Pakt war also vorher geschlossen, trotzdem die ehrlichen Anhänger der preußischen Partei* [...] *gegen einen solchen Handel sich feierlich verwahrten.* Siehe auch: Beschwerde des RK Otto Stoll, Stuttgart, gegen die Wahl Hölders: Verhandlungen der Württ. Kammer der Abgeordneten in den Jahren 1868 und 1870, 1. Beilagenband, Stuttgart 1868–70, S. 460.

524 Siehe Anm. 529.

525 August Hochberger, geb. 1824, Metalldreher bei Deffner in Esslingen, Begründer des ABV Esslingen 1862; Schmierer, Von der Arbeiterbildung, S. 114f.

526 Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 210 Schreiben Kleinknechts an Hölder, 16. Juli 1868.

527 Schw. Kronik, Nr. 174, 23. Juli 1868, S. 2073; Beobachter Nr. 171, 24. Juli 1868.

528 Kirschmer, Geschichte der Stadt Göppingen, Teil 2, S. 144ff.

529 Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 203 Flugblatt Pfeiffers an die Arbeiter Göppingens; über dieses „Tauziehen um die Arbeiter Göppingens": Runge, Volkspartei, S. 153, Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 376; Brandt, Parlamentarismus, S. 175, Schmierer, Von der Arbeiterbildung, S. 114f.

530 Nr. 178, 28. Juli 1868, S. 2113f.

liche Wahlbeteiligung war auf 79,44% gestiegen und übertraf in vier Wahldistrikten sogar die 80%-Marke. Im Distrikt Hohenstaufen hatten 87,14% der Berechtigten abgestimmt, das waren annähernd doppelt so viele wie im ersten Wahlgang! In zwei Distrikten lag die Beteiligung bei 75%, und nur der Distrikt Ebersbach fiel aus dem Rahmen mit der geringsten Zunahme von 8,8% und nur 69,35% Beteiligung. Für Beckh gaben 2631 Wähler ihre Stimme ab (38,05%); er gewann in allen Distrikten Stimmen hinzu (zwischen 5,3 und 16%) und konnte sich vor allem in seinen bisherigen Hochburgen behaupten[531]. Hölder aber verdoppelte seine Stimmenzahl nahezu und siegte mit 2845, das sind 41,14% der verfügbaren Stimmen. In seinen bisherigen Hochburgen fiel sein Zugewinn mit 14,2% und 9,2% noch vergleichsweise bescheiden aus; in den übrigen Distrikten lag die Zunahme zwischen 18,7% (Ebersbach) und 32,1% (Hohenstaufen), so dass er im Distrikt Göppingen mit 36,24% sein schlechtestes Einzelergebnis erreichte, in Ebersbach 38,2%, Groß-Eislingen 39,7%, Hohenstaufen 40%, Hattenhofen 44,7%, Boll 45,1% und in Rechberghausen sogar 50,24%[532]. In vier der sieben Distrikte – nämlich den westlich gelegenen – hatte er Beckh deutlich besiegt, in Beckhs Hochburgen, der Stadt und den östlichen Distrikten, dazu den Rückstand klein gehalten. Insgesamt hatte Hölder diesen Sieg eher der Landbevölkerung als den Städtern zu verdanken[533]. Während nämlich die Stadt Göppingen mit Faurndau und Jebenhausen 26% der Wahlberechtigten und 28% der Abstimmenden stellte, machte sie unter Hölders Wählern nur 23% aus, unter Beckhs hingegen 33%.

Dass die Wähler des Regierungskandidaten tatsächlich dem Werben der Deutschen Partei und den Empfehlungen der Beamten folgten und Hölder ihre Stimmen gaben, scheint wahrscheinlich; es lässt sich aber zwingend nicht beweisen[534]. In sechs von sieben Wahldistrikten übertraf nämlich Hölders Zugewinn an Stimmen den Stim-

[531] Distrikt I Göppingen +5,28%, Distrikt IV Groß-Eislingen +11,36%, Distrikt VI Hohenstaufen +14,76%. Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Göppingen 2: Wahlbeteiligung/Stimmenanteil Beckhs in der Stichwahl: r = 0.8433.

[532] Schwach negative Korrelation zwischen der Wahlbeteiligung und Hölders Stimmenanteil in der Stichwahl; aber die Zunahme der Wahlbeteiligung steht in Zusammenhang mit der Zunahme der DP-Anteile (r = 0.791, gesonderte Berechnung).

[533] Schon vor der Wahl hatte der „Beobachter" jedoch hier Zusammenhänge gesehen: *Denkt man sich, dass die ganze reiche und den Landorten vielfach Arbeit gebende Judenschaft von Göppingen, die in der Erwählung Hölders einen Akt politischer Emanzipation zu vollziehen wähnt, für diesen die äußersten Anstrengungen macht, so kann man sich vorstellen, von welchem Wahl- und Wühlwesen in diesen heißen Tagen der Bezirk erfüllt ist;* zitiert im „Deutschen Volksblatt" Nr. 173, 26. Juli 1868. Vgl. auch „Beobachter" Nr. 174, 28. Juli 1868 „Göppingen d. 26. Juli". Der Korrespondent der Frankfurter Zeitung (Beobachter Nr. 178, 1. August 1868) schreibt „Zur Göppinger Wahl", Hölders Sieg erkläre sich aus den *sozialen Zerwürfnissen*, [...] *in welchen die zahlreichen Israeliten jenes Bezirks mit der dortigen Gegenpartei* [sc. der VP] *schon seit Jahren leben.* Vgl. auch: Dreher, Die gewerbliche Entwicklung der Stadt Göppingen, S. 111ff.; vgl. auch: Rapp, Württemberger, S. 306. Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Göppingen 2: Hölders Stimmenanteile in der Stichwahl sind sehr ausgeprägt mit den „agrarischen" Variablen korreliert.

[534] Zunahme DP/ministerieller Stimmenanteil: r = 0.548; Zunahme VP/Min.: r = 0.656 (gesonderte Berechnung).

menanteil Haußmanns[535]. Da aber auch Beckh Stimmengewinne zu verzeichnen hatte, könnte mindestens ein Teil der Anhänger Haußmanns theoretisch auch zur Volkspartei übergewechselt sein oder sich der Abstimmung enthalten haben, um dem eigenen Kandidaten die Treue zu halten. In der Tat scheint dies bei einigen Wählern von Distrikt III (Ebersbach), der Hochburg Haußmanns, der Fall gewesen zu sein. Hier blieb die Wahlbeteiligung in der Stichwahl unter 70% und damit ungewöhnlich niedrig. Für Haußmann hatten sich im ersten Wahlgang 200 Wähler entschieden, Hölders Zugewinn in der Stichwahl betrug aber nur 174 Stimmen.

Hölders Wahlsieg hatte ein parlamentarisches Nachspiel. Wenn der Führer der gegnerischen Partei nach erbittert geführtem Wahlkampf mit nur 214 Stimmen Abstand gewinnt, so ist dies geradezu eine Einladung zur Anfechtung der Wahl. Im „Hohenstaufen" wurde schon unmittelbar nach der Stimmenauszählung der Vorwurf der Bestechung gegen Beamte und Mitglieder der Deutschen Partei erhoben[536], ein Vorwurf, der in der offiziellen Beschwerde des Rechtskonsulenten Otto Stoll gegen Hölders Wahl untermauert wurde. Die Legitimationskommission des Landtags fand den Verdacht der Bestechung von Wählern durch Hölders Wahlkampfkomitee in mehreren Fällen bestätigt und aberkannte ihm 34 Stimmen, – zu wenig, um seine Wahl insgesamt ungültig zu machen[537].

f) Oberamt Heilbronn

Im Oberamt Heilbronn betrug die durchschnittliche Wahlbeteiligung nur 56,86%; in den zehn der 16 Gemeinden, für die die Einzelwerte vorliegen, variierte sie jedoch von 32,81% bis 77,32%[538].

Dem Bericht des Oberamtmanns Meurer[539] zufolge hatten die Kandidaten von „preußischer Partei", Schultheiß und Landwirt Karl Haag in Obereisesheim[540], und Volkspartei, Wirt und Landwirt Samuel Bachmann in Neckargartach[541], im ganzen Bezirk intensive Wahlagitation betrieben[542]. Der bisherige Abgeordnete hingegen,

---

[535] Vgl. Anhang A, S. 604: Distrikt I: Hölder +164/ Haußmann 66; II +375/177; IV +239/127; VI +135/30.

[536] Nr. 61, 31. Juli 1868; vgl. auch Beobachter Nr. 193, 22. August 1868 „Ein dritter Skandal zu Ehren St. Hölders aus dem Oberamt Göppingen".

[537] Verhandlungen der Württ. Kammer der Abgeordneten in den Jahren 1868 und 1870, 1. Beilagenband, Stuttgart 1868–70, S. 459–480, bes. S. 465ff.; siehe oben, S. 17, Anm. 13.

[538] In Kirchhausen lag die Beteiligung möglicherweise noch unter 30%.

[539] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 231/239–242 Bericht des Oberamts betr. angebliche Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Heilbronn, 3. August 1868. – Karl Christian Meurer (1815–1892), Oberamtmann von Ulm 1852/53–1855, von Heilbronn 1855–1885; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 406.

[540] Karl Haag (1819–1901), Landwirt und Schultheiß; Landtagsabgeordneter für Heilbronn/Amt 1868–1876; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 299.

[541] Samuel Bachmann (1815–1892), lt. Mitteilung des ev. Kirchenregisteramts Heilbronn; Bachmanns Vater wird den Mennoniten zugerechnet.

[542] Beobachter Nr. 158, 9. Juli 1868 „Vom Amt Heilbronn, den 6. Juli".

der 73-jährige Waldinspektor Christian Bernhard Nickel[543], ein ergebener Anhänger der Regierung, hatte die erneute Kandidatur zögernd übernommen und ließ sich in der Folge auch auf Grund eines Kopfleidens[544] nur schwer dazu bewegen, in die Wahlversammlungen zu gehen; seine Wahlkampfführung war mithin dem modernen Wahlrecht nicht mehr angemessen. Die Planung des Oberamtmanns zielte daher darauf, alle konservativen Bewerber[545], auch Haag, zum Verzicht zu Nickels Gunsten zu bewegen und so die Volkspartei und ihren Kandidaten Bachmann effektiv zu bekämpfen[546]. Haags Kandidatur, die durch das Votum einer Wählversammlung am 28. Juni in Sontheim legitimiert worden war[547], hatte aber inzwischen anscheinend viel positive Resonanz erfahren, so dass Haag *zwar persönlich erklärt*[e], *dass er schließlich zu Gunsten Nickels zurücktrete, dagegen sich* [weigerte], *diese Erklärung schon jetzt öffentlich zu geben*[548]. Haag wollte also seine Chance erst einmal nutzen und seine Ziele nicht schon vor dem Wahltag aufgeben; der Plan des Oberamtmanns war gescheitert, und da Nickel auch nicht mehr durch einen anderen Kandidaten zu ersetzen war, erwarteten Oberamtmann und Innenminister nun mit Recht eine Stichwahl. Man ließ zwar ungesagt, welcher der Kandidaten auf der Strecke bleiben würde; die Kritik an Nickels Wahlkampf machte aber deutlich, dass es der Regierungskandidat sein würde.

Auch öffentlich zeigte sich die ministerielle Seite enttäuscht über den Stand der Dinge, die Kritik sparte aber den Bewerber aus: *Es wäre zu erwarten gewesen, dass vor allem eine ackerbautreibende Bevölkerung erfreut gewesen wäre* über Nickels Kandidatur; statt dessen sei *in einigen Bauern, die eben nichts sind als solche, ... das Bewusstsein* [erwacht], *dass sie selber geeignetere Vertreter ihrer Sache abgeben würden*[549]. Und um Zweifel an der Eignung des ministeriellen Kandidaten zu beseitigen, betonte der Korrespondent des „Staatsanzeigers" in seinem Bericht über Nickels letzte Wahlversammlung in Böckingen am 6. Juli das *frische und kräftige Auftreten* des Kandidaten, der *mit den Interessen des Ackerbaus als Gutsbesitzer wohlvertraut* sei[550].

In Übersicht 12 sind die Wahlergebnisse vom 8. und 21. Juli 1868 in den Distrikten und Gemeinden so angeordnet, dass ihre geografische Lage innerhalb des Oberamts

---

[543] Christian Bernhard Nickel (1794–1879), Landtagsabgeordneter für Heilbronn/Amt 1851–68; vgl. auch Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 396, 435; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 616.

[544] Beobachter Nr. 158, 9. Juli 1868 „Vom Amt Heilbronn, den 6. Juli".

[545] Außer dem Gutsbesitzer Anton Großkinsky von Sontheim (VP), der am 5. Juli zu Bachmanns Gunsten verzichtete (Beobachter Nr. 158, 9. Juli 1868 „Vom Amt Heilbronn, den 6. Juli"), waren noch die Schultheißen Hoffacker von Biberach und Wolf von Flein im Gespräch (Deutsches Volksblatt, Nr. 138, 16. Juni 1868 „Vom Unterland, 13. Juni").

[546] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Innenminister Gessler an Kabinettschef von Egloffstein 2./3. Juli 1868.

[547] Staatsanzeiger Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1599: Haag und Schultheiß Wolf von Flein hatten je 50 Stimmen erhalten, Wolf war zurückgetreten.

[548] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 7. Juli 1868.

[549] Staatsanzeiger Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1537.

[550] Staatsanzeiger Nr. 160, 8. Juli 1868, S. 1661.

annähernd erkennbar wird. Auf diese Weise lassen sich für die drei Kandidaten regelrechte Hochburgen ausmachen.

Bachmanns Wähler konzentrierten sich in den Wahldistrikten VI und III; Böckingen und Neckargartach, die beiden Hauptorte dieser beiden Distrikte auf dem westlichen Neckarufer, gehörten damals mit 2113 und 1801 Einwohnern zu den drei größten Gemeinden des Oberamts. Bei den Gemeinden mit hohem Stimmenanteil für die Volkspartei handelt es sich zudem um solche, in denen der Weinbau nur eine untergeordnete Rolle spielte[551]. In Distrikt VI, wo das Wählerinteresse mit 69,75% von allen Distrikten am größten war, lagen die Heimatgemeinden Bachmanns und Haags, so dass die Kandidaten und ihre Gefolgschaften hier in nachbarschaftlicher Rivalität aufeinander trafen. Neckargartach, Abstimmungsort und Heimat Bachmanns, erreichte eine Beteiligung von 77,32%, wohl überwiegend Stimmen für den lokalen Bewerber. Haags Heimatgemeinde Obereisesheim brachte es auf 64,20%, Untereisesheim dagegen nur auf 51,04%, zumal diese Wähler auch den weitesten Weg zur Wahlurne zurückzulegen hatten. Da Neckargartach mehr Wahlberechtigte stellte als die beiden anderen Gemeinden zusammen, fiel in diesem Wahlbezirk die Stimmenmehrheit Bachmann zu; er brachte es insgesamt auf 271 Stimmen (42,48%), Haag auf 126 (19,75%) und Nickel auf 48 (7,52%). Die zweite Hochburg Bachmanns lag in Distrikt III (Böckingen, Frankenbach). Während in Frankenbach nur 33,78% abstimmten, machten in Böckingen 72,53% der Berechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch, von denen mindestens die Hälfte für den Kandidaten der Volkspartei votiert haben muss. Für Bachmann wurden 220 Stimmen (34,54%) abgegeben, für Haag 83 (13,03%) und für Nickel 73 (11,46%).

Karl Haag, der Kandidat der Deutschen Partei[552], fand am meisten Rückhalt bei den Wählern der Bezirke I, II und V. Seinen höchsten Stimmenanteil mit 40,09% erreichte er in Untergruppenbach/Abstatt (Bezirk II), wo sich nur 47,66% der Berechtigten an der Wahl beteiligten. Bachmann konnte hier nicht eine Stimme gewinnen, Nickel nur 34 (7,57%). Im benachbarten Distrikt I (Flein, Horkheim, Sontheim, Talheim)[553] wurden für die Volkspartei 56 Stimmen abgegeben (6,44%), für den Regierungskandidaten hingegen 165 (18,97%) und für Haag 270 (31,03%). Die Zahlen geben leider keinerlei Aufschluss darüber, ob und wie die katholischen Wähler in Sontheim[554] und Talheim[555] abstimmten, die zusammen etwa ein Drittel der Wahlberechtigten in diesem Bezirk stellten[556]. Die dritte Hochburg Karl Haags war der Distrikt V, bestehend aus den Gemeinden Großgartach und Kirchhausen. Den 216 Stimmen

[551] Der Flächenanteil pro Wahlberechtigtem lag hier durchweg unter 0,1 ha.

[552] Nach der Berichterstattung im „Deutschen Volksblatt", Nr. 169, 22. Juli 1868 „Aus dem Heilbronner Oberamt, 19. Juli" und im „Beobachter" Nr. 158, 9. Juli 1868 „Vom Amt Heilbronn, den 6. Juli" spielte Haag seine Nähe zur Deutschen Partei herunter und betonte, dass er für die Interessen der Bauern sorgen wolle.

[553] Die Einzelergebnisse fehlen hier leider.

[554] Anteil der Katholiken an den Einwohnern der Gemeinde 73,5%.

[555] Katholikenanteil 45,48%.

[556] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 2 für die sechs Wahldistrikte: Die Zusammenhänge sind nur schwach.

Übersicht 12: Ergebnisse der Landtagswahl vom 8./21. Juli 1868, Wahlkreis Heilbronn/Amt

Distrikte/Gemeinden	Berechtigte	Beteiligung 8. Juli	%	DP	%	Min	%	VP	%	Beteiligung 21. Juli	%	DP	%	VP	%
Distrikt IV Bonfeld	**581**	**287**	**49,40**	**104**	**17,90**	**170**	**29,26**	**13**	**2,24**	**169**	**29,09**	**151**	**25,99**	**14**	**2,41**
Fürfeld	128	42	32,81							42	32,81				
Bonfeld	203	130	64,04							106	52,22				
Biberach	250	115	46,00							21	8,40				
Distr. VI Neckargartach	**638**	**445**	**69,75**	**126**	**19,75**	**48**	**7,52**	**271**	**42,48**	**488**	**76,49**	**166**	**26,02**	**321**	**50,31**
Untereisesheim	96	49	51,04												
Obereisesheim	176	113	64,20												
Neckargartach	366	283	77,32												
Distr. III Böckingen	**637**	**376**	**59,03**	**83**	**13,03**	**73**	**11,46**	**220**	**34,54**	**414**	**64,99**	**170**	**26,69**	**241**	**37,83**
Frankenbach	222	75	33,78							144	64,86				
Böckingen	415	301	72,53							270	65,06				
Distr. V Großgartach	**599**	**333**	**55,59**	**216**	**36,06**	**20**	**3,34**	**97**	**16,19**	**268**	**44,74**	**241**	**40,23**	**27**	**4,51**
Kirchhausen	239									20	8,37	[0	0	20	8,37]
Großgartach	360									248	68,89	[241	66,94	7	1,94]
Distr. I Flein	**870**	**491**	**56,44**	**270**	**31,03**	**165**	**18,97**	**56**	**6,44**	**516**	**59,31**	**357**	**41,03**	**157**	**18,05**
Sontheim	217														
Horkheim	129														
Flein	274														
Talheim	250														
Distr. II Untergruppenbach	**449**	**214**	**47,66**	**180**	**40,09**	**34**	**7,57**	**0**	**0,00**	**295**	**65,70**	**265**	**59,02**	**28**	**6,24**
Untergruppenbach	251	112	44,62							169	67,33				
Abstatt	198	102	51,52							126	63,64				
Summe	**3774**	**2146**	**56,86**	**979**	**25,94**	**430**[557]	**11,39**	**657**	**17,4**	**2150**	**56,97**	**1350**	**35,77**	**788**	**20,88**

[557] Die Summe beträgt tatsächlich 510 Stimmen (13,51%). Die Übersicht des Oberamtmanns (HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 235/236) unterscheidet nicht zwischen den Stimmen für Nickel und denen für „andere"; die Quellen bieten auch keinerlei Hinweis, wie sich die 80 Stimmen für »andere« auf die Distrikte und Gemeinden verteilen.

(36,06%) für Haag standen hier nur 20 Stimmen (3,34%) für Nickel und 97 (16,19%) für Bachmann gegenüber. Da dessen Wähler, wie der Oberamtmann andeutet, wahrscheinlich ganz überwiegend aus dem katholischen Kirchhausen stammten, scheint Großgartach mit großer Mehrheit für Haag gestimmt zu haben. Die Hochburgen Karl Haags umfassten also die wichtigsten Weinorte des Bezirks[558].

Der Regierungskandidat konnte zwar auch in Distrikt I fast 19% der Stimmen auf sich vereinigen, sein bestes Ergebnis mit 170 Stimmen (29,26%) erzielte er jedoch im Bezirk IV, den drei Gemeinden im Tal des Böllinger-/Grundelbachs. Bachmann fand hier fast keinen Boden (13 Stimmen; 2,24%), während immerhin 104 Stimmen (17,90%) für Haag abgegeben wurden. In Fürfeld (32,81%) und Biberach (46,00%), dessen Schultheiß Nickel unterstützte[559], blieb das Interesse der Wähler deutlich geringer als in Bonfeld (64,04%).

Für die Stichwahl zwischen Haag und Bachmann am 21. Juli begann der Wahlkampf erneut[560]. Haags Chancen, der mit deutlichem Vorsprung aus dem ersten Wahlgang hervorgegangen war, standen besser als die Bachmanns; entscheidend aber würde sein, wie sich die Wähler des Regierungskandidaten in der Stichwahl verhalten würden und ob es gelingen würde, weitere Wähler anzusprechen. Beide Parteien riefen daher Verstärkung aus Heilbronn und Stuttgart herbei. Für Haag wirkte so zum Beispiel der Vorstand des Heilbronner Ortsvereins der Deutschen Partei, Kaufmann und Gemeinderat Christian Herrmann[561]; für Bachmann traten Karl Mayer aus Stuttgart und Georg Härle[562] aus Heilbronn in neuerlichen Wahlversammlungen auf, über die sich der Oberamtmann von den Schultheißen ausführlich berichten ließ[563].

Bei scheinbar kaum gesteigerter Wahlbeteiligung errang Haag einen deutlichen Sieg über Bachmann. Als Erklärung führte der Oberamtmann Haags größeres Ansehen an, vor allem aber hätten Bachmann *die übertriebenen Empfehlungen* [...] *von Seiten seiner auswärtigen Freunde* mehr geschadet als genützt, und *viele Wähler, die*

---

[558] Die Weinbaufläche pro Wahlberechtigtem lag hier zwischen 0,1 und 0,6 ha. Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 2: Haags Stimmenanteile waren in den Wahldistrikten hoch, in denen der Anteil der kleinen (r = 0.8849) und mittleren Landwirte (r = 0.9461) an den Wahlberechtigten hoch war.

[559] Beobachter Nr. 158, 9. Juli 1868 „Vom Amt Heilbronn, den 6. Juli" – ein ausführlicher Bericht über eine Wahlversammlung in Böckingen vom Vortag.

[560] Deutsches Volksblatt Nr. 169, 22. Juli 1868 „Aus dem Heilbronner Oberamt, 19. Juli": Bachmann hielt allein an diesem Tag Wahlversammlungen in Großgartach, Flein, Bonfeld und Kirchhausen.

[561] Gestorben 1886; vgl. Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 410, vgl. auch Beobachter Nr. 158, 9. Juli 1868.

[562] Georg Härle (1821–1894), Geschäftsführer der von Rauchschen Papierfabrik, Obmann des Bürgerausschusses; Gemeinderat; Mitbegründer des Volksvereins Heilbronn; Landtagsabgeordneter für Heilbronn/Amt 1883–1888; für Heilbronn/Stadt 1889–1894; Reichstagsabgeordneter 1878–1887 und 1890–1893; 1891 Ehrenbürger der Stadt Heilbronn. Runge, Volkspartei, S. 47; Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 469; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 310.

[563] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 232–234, 237–238.

[am 8. Juli] *für den Regierungskandidaten Nickel gestimmt hatten*, [wollten] *lieber den Bezirk durch Haag, einen besonnenen, keiner extremen Richtung angehörigen Mann, vertreten wissen* [...] *als durch den demokratisch gestimmten, von den Führern der Volkspartei ganz und gar abhängigen Bachmann*[564].

Als Beleg für die These, Karl Mayers Auftreten habe Bachmann eher geschadet als genützt, führt der Oberamtmann das Verhalten der Wähler in Distrikt V an. Hier sei Bachmanns Stimmenanteil gegenüber dem 8. Juli von 97 (16,19%) auf 27 (4,51) abgesunken. In der katholischen Gemeinde Kirchhausen hätten von 239 Wählern nur 20[565] (8,37%) abgestimmt, *aber diese unter Anführung des demokratischen Schusters Ziegler wahrscheinlich alle für Bachmann, während die übrigen sich der Abstimmung enthalten* [hätten], *wohl unter Einwirkung ihres Pfarrers.* Der „Beobachter" bestätigte diese Deutung und fügte hinzu, *die preußische Partei* habe sich bei diesem geistlichen Eiferer *für so unerwartete Unterstützung zu bedanken*[566]. Wenn demnach der Stimmenverlust Bachmanns in diesem Distrikt im Wesentlichen auf das veränderte Verhalten der Kirchhausener Wähler zurückzuführen ist, so kann das für Großgartach, wo Karl Mayer ebenfalls aufgetreten war, nicht (oder nur in geringem Maße) zutreffen. In allen anderen Bezirken war im Übrigen eine Zunahme der VP-Stimmen zu verzeichnen, in Bonfeld zwar nur um eine Stimme, in Untergruppenbach jedoch von 0 auf 28, in Flein von 56 auf 157. Wie schon im ersten Wahlgang profitierte Bachmann also von einer hohen Wahlbeteiligung[567]. Die Erklärung des Oberamtmanns lässt sich demnach so allgemein nicht halten, sie beleuchtet vielmehr das spezielle Verhältnis der Demokraten zur konservativen Richtung des Katholizismus und umgekehrt[568].

Die These, viele ministerielle Wähler hätten in der Stichwahl für Haag gestimmt, lässt sich angesichts der schlechten Quellenlage[569] letztlich weder bestätigen noch widerlegen. Dennoch seien einige begründete Vermutungen gewagt, dass sich viele Wähler nun der Stimme enthielten. In Distrikt I waren für Nickel höchstens 165 Stimmen abgegeben worden, die Zunahme Haags belief sich auf 87, die Bachmanns auf 101 Stimmen. Unter der Voraussetzung, dass die Wähler, die im ersten Wahlgang für Haag und Bachmann gestimmt hatten, dies auch bei der Stichwahl taten, müsste sich entweder etwa die Hälfte der ministeriellen Wähler nun für die Volkspartei entschieden oder sich der Abstimmung enthalten haben; in letzterem Falle würden die

---

[564] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 231/239–242, Bericht des Oberamts betr. angebliche Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Heilbronn, 3. August 1868.

[565] Vgl. Runge, Volkspartei, S. 76, Anm. 4: Im Januar/Februar 1867 wurde in Kirchhausen ein Volksverein gegründet; vermutlich gehörten diese 20 zu seinen Mitglieder.

[566] Beobachter Nr. 191, 18. August 1868 „Aus Heilbronn".

[567] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 2: r = 0.8932 und 0.9017.

[568] Hier mag auch der mennonitische Hintergrund Bachmanns hineinspielen; Familienregister Neckargartach, Bd. III, S. 10; das „Deutsche Volksblatt" nahm für Nickel Partei (vgl. Seite 210, Anm. 570).

[569] Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die 430 Stimmen für Nickel sich auf Distrikts- und Gemeindeebene nicht von den „anderen" Stimmen unterscheiden lassen (insgesamt 510).

zusätzlichen VP-Stimmen aus dem Reservoir der bisherigen Nichtwähler stammen. Bezirk IV, die zweite Hochburg des ministeriellen Kandidaten, wies bei nahezu gleichem, niedrigem VP-Anteil in beiden Wahlgängen eine Zunahme der Stimmen für Haag um 47 auf. Höchstens 28% der Wähler, die im ersten Wahlgang für Nickel gestimmt hatten, waren also zu Haag übergewechselt; die große Mehrzahl muss sich der Stimme enthalten haben. Vornehmlich waren dies die Wähler aus Biberach, deren Beteiligung von 46,00% auf 8,4% zurückging. Die Vermutung liegt nahe, dass sich hier die katholischen Wähler ähnlich verhielten wie die im benachbarten Kirchhausen und weder einem „Preußen" noch einem „Extremen" ihre Stimme geben mochten, nachdem ihr Kandidat in der Stichwahl nicht mehr vertreten war[570]. In den übrigen vier Distrikten könnten Nickels Wähler bei der Stichwahl für Haag gestimmt haben, insgesamt handelte es sich dabei jedoch nur um höchstens 175 Stimmen[571].

Anders als es der niedrige Durchschnittswert der Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang nahe legt, erreichte die Wahlagitation der beiden Parteien durchaus das Ziel, für die Stichwahl weitere Wählergruppen anzusprechen. In vier der sechs Wahldistrikte nahm das Wählerinteresse um bis zu 18 Prozentpunkte zu und erreichte einen Spitzenwert von 76,49%. Andere Wählergruppen, in erster Linie wohl die Katholiken, blieben dagegen der Stichwahl fern, so dass die Wahlbeteiligung in zwei Distrikten bis zu 20 Punkte absackte – insgesamt also eine durchaus substanzielle Umschichtung der Wählerschaft. Haag konnte in allen Distrikten Stimmen hinzugewinnen, so dass sein Stimmenanteil nun in drei Distrikten zwischen 25 und 27% lag, in seinen drei bisherigen Hochburgen aber die 40%-Marke übersprang und in Distrikt II sogar 59,02% erreichte. Bachmann konnte in seinen beiden Hochburgen ebenfalls zulegen, in den übrigen Distrikten blieb sein Anteil zwischen 2 und 18% (Durchschnitt 7%). Anders als Haag war es ihm also nicht in ausreichendem Maße gelungen, die Wähler der Weinbaugebiete außerhalb seiner eigentlichen Hausmacht für sich zu gewinnen. Der Korrespondent des „Beobachters" vermochte der Niederlage Bachmanns aber doch eine gute Seite abzugewinnen und schrieb: *Wer die politische Apathie kennt, in die unser Bezirk Jahre lang versunken war, wird erkennen müssen, was die Volkspartei auch hier gleichwohl zu leisten vermochte. Der Bezirk ist nun wenigstens aus seiner Gleichgültigkeit gerissen*[572].

---

[570] Der Korrespondent des „Deutschen Volksblattes" (Nr. 166, 18. Juli 1868 „Aus dem Oberamt Heilbronn, 16. Juli") artikulierte diese Haltung, indem er schrieb: Es sei *eine schwere Aufgabe, zwischen zwei Übeln wählen zu müssen, wenn man nicht einmal sicher unterscheiden kann, welches von beiden das kleinere sei.* Der Korrespondent des „Beobachters" (Nr. 172, 25. Juli 1868 „Heilbronn Amt") führt die geringe Wahlbeteiligung einiger Gemeinden auf dem linken Neckarufer teilweise auf das Erntegeschäft zurück; teilweise werden aber auch regierungstreue Schultheißen und Pfarrer verantwortlich gemacht; für den katholischen Pfarrer in Kirchhausen, den der Korrespondent als Beispiel anführt, scheint das freilich eher nicht zuzutreffen; siehe auch: Beobachter Nr. 191, 18. August 1868 „Aus Heilbronn"; vgl. auch: Köhle-Hezinger, Evangelisch-Katholisch, S. 371 speziell zu Biberach.

[571] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 2: Der statistische Zusammenhang ist nur schwach und negativ.

[572] Beobachter Nr. 172, 25. Juli 1868 „Heilbronn Amt".

III. Die Ebene der Individualdaten: Das Wählerverzeichnis des Oberamts Leonberg

1. Die „Wahlabstinenzler"

a) Im Königreich Württemberg

In seiner Analyse der Wahlen vom 16. und 24. Juni 1898 zeigt Hermann *Losch*[1] auf, dass bei den Reichstagswahlen von 1871 mehr als 82 000 Männer im wahlfähigen Alter nicht in die Wählerlisten aufgenommen worden waren, eine Zahl, die sich bis 1890 auf etwa 40 000 verringert habe. Selbst wenn man jedoch die Ausländer, die Militärpersonen[2], die Armen usw. abziehe, blieben für 1890 immer noch mehr als 20 000 Männer, die nicht registriert worden seien.

Für die württembergischen Landtagswahlen zwischen 1868 und 1895 klafft die Lücke zwischen über 25-jährigen Männern und Wahlberechtigten noch deutlicher auseinander: Nicht nur die Differenz scheint größer als bei den Reichstagswahlen (ca. 98 000 gegenüber 82 000), sie verringert sich bis 1890 auch erheblich langsamer (ca. 71 000 gegenüber 40 000). Dass diese Entwicklung nicht nur einfach durch den zunehmenden Anteil an „Reichsausländern", die ausschließlich bei Reichstagswahlen wahlberechtigt waren, zu erklären ist, wird erkennbar, wenn man statt der Bezugsgröße „Männer über 25", die ja die Angehörigen anderer deutscher Staaten einschließt, „württembergische Staatsbürger" oder „männliche Württemberger"[3] betrachtet: Die Zahl der Württemberger und die der Wahlberechtigten nimmt zwischen 1867 und 1890 annähernd im Gleichschritt zu.

Berücksichtigt man für die Landtagswahl von 1868, dass wegen des Wahltermins im Juli nur etwa der halbe Jahrgang 1843 das 25. Lebensjahr vollendet hatte (–7800[4]), dass wegen Gant ca. 1500[5] und wegen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte

---

[1] Losch, Das Ergebnis der Reichstagswahlen in Württemberg, S. 209; vgl. Schulte, Struktur, S. 86f.; auszugsweise auch in: Büsch, Wählerbewegung in der deutschen Geschichte, S. 454–481.

[2] Bis 1874 waren aktive Militärpersonen bei den württembergischen Landtagswahlen nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen; vgl. Wahlgesetz Art. 5; Reg. Bl. Nr. 14, 6. April 1868, S. 179.

[3] Die kursiv gedruckten Angaben für 1895 lassen sich nur bedingt mit den übrigen Werten vergleichen, da die Erhebungskategorien verändert wurden.

[4] Geschätzt auf Grund der Angaben in Württ. Jbb. 1870 (1872), Anhang, Tabelle I.

[5] Die Anzahl der Gantfälle bei Oberamtsgerichten betrug für 11 Monate des Jahres 1869 = 1241: Württ. Jbb. 1872/I (1872), S. 86.

Tabelle 15: Die Entwicklung der Bevölkerung und Wahlbevölkerung (Landtagswahlen) seit 1867

Zählung	LT	Gesamtbevölkerung	Württemberger	Männer > 25	Männer (Württ.)	Wahlberechtigte	Bevölk. 1867 = 100	Württ. 1867 = 100	Männer 1867 = 100	Männer > 25	Wahlber. 1868 = 100
1867		1778396	1743939	444003	883825		100	100	100	100	
	1868					345755					100
	1870					344381					99,60
1871		1818539	1767318	436497	848099		102,26	101,34	95,96	98,31	
1875		1881505	1836218	444337	879901		105,8	105,29	99,56	100,08	
	1876					365920					105,83
1880		1971118	1916674	448014	919358		110,8	109,9	104,02	100,90	
1882	1882	1957469				368704	110,07				106,64
1885		1995185	1928834	443465	922905		112,19	110,6	104,42	99,88	
	1889					377699					109,24
1890		2036522	1961317	448618	940032		114,51	112,46	106,36	101,04	
1895	1895	2081151	*2068490*		999736	399775	117,02	*118,61*	113,11		115,62

ebenfalls 1500[6] Männer vom Wahlrecht ausgeschlossen waren und weitere 6000[7] nicht wählen durften, weil sie Armenunterstützung erhalten hatten oder unter Vormundschaft standen, so bleiben noch 75–85 000, etwa 22%, die im Jahre 1868 der Wahlurne fernblieben, weil sie nicht in die Wählerlisten aufgenommen waren. Da alle diejenigen, die in ihrer Gemeinde zur direkten Besteuerung herangezogen wurden, von Amts wegen in die Wählerlisten aufzunehmen waren[8], dürfte es sich bei diesen 75–85 000 im Wesentlichen[9] um einfache, ärmere, abhängige Bevölkerungsschichten gehandelt haben. Auch dem neuen Wahlrecht wohnte so noch eine gewisse soziale Auslesefunktion inne[10], wenngleich die Oberämter zu eher großzügiger Interpretation der Bestimmungen angehalten wurden[11].

b) Wahlabstinenzler im Oberamt Leonberg

Die einzige vollständig erhaltene Wählerliste für die Landtagswahlen von 1868[12] – die für das Oberamt Leonberg[13] – gestattet einige Einblicke auch in diese Gruppe der Uninteressierten. Das Wählerverzeichnis erfasst 5862 Männer, davon 5846 Wahlberechtigte[14], nach Familiennamen, Vornamen, Alter oder Geburtsdatum, Stand oder Gewerbe, Wohnung und Teilnahme an der Wahl. Manche Wahlkommissionen fügten noch Hinweise auf Verwandtschaftsbeziehungen oder Familienstand hinzu, wohl um Verwechslungen namensgleicher Wähler auszuschließen. Unter „Bemerkungen" finden sich Gründe für den Ausschluss von der Wahl, so etwa „in Gant", „hat öffentliche Unterstützung" oder „noch nicht 25 Jahre alt"; in einigen Gemeinden wurden auch Gründe für das Fernbleiben einzelner Wähler vermerkt, zum Beispiel „ist krank/ gebrechlich", „auf Reisen", „Soldat". Trotz derartiger Details bleibt aber der Aussagewert eines solchen Wählerverzeichnisses beschränkt, da beispielsweise die Berufsbezeichnungen die konkrete Stellung der einzelnen Wähler im Sozialgefüge

[6] Schätzwert.

[7] 1864 erhielten ca. 5400 Männer Armenunterstützung: Württ. Jbb. 1864 (1866), S. 69.

[8] Gesetz vom 26. März 1868, betreffend die Wahlen der Städte und Oberamtsbezirke für den Landtag, Art. 4, Reg. Bl. Nr. 14, S. 179; die ritterschaftlichen Wahlberechtigten waren 1868 hiervon noch ausgenommen, sie wurden erst gemäß Erlass des Innenministers vom 8. November 1870 in die Wählerlisten aufgenommen (StASig Wü 65/37, Bü 110 „Normalien").

[9] Zu denen, die nicht wahlberechtigt waren, weil sie sich in einer Gemeinde nur vorübergehend aufhielten, gehörten z.B. auch wohl eher wohlhabende Badegäste.

[10] Insofern kann man *Rabergs* Aussage zustimmen, das neue Wahlrecht habe *die Vermögenden einseitig stark bevorzugt* (Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik", S. 102).

[11] StASig Wü 65/37, Bü 110, OA Tuttlingen, Normalien, Erlass des Innenministers vom 20. Mai 1868 an alle Oberämter.

[12] Für die Landtagswahl von 1870 ist kein komplettes Wählerverzeichnis eines Wahlkreises überliefert; für die Zollparlamentswahl 1868 befinden sich die Wählerverzeichnisse von Tübingen Amt und Stadt und des Oberamts Urach im StASig (Wü 65/36 T 1, Bü 42; Wü 65/40, T 1).

[13] StAL F 179 OA Leonberg, Bü 229 und 230.

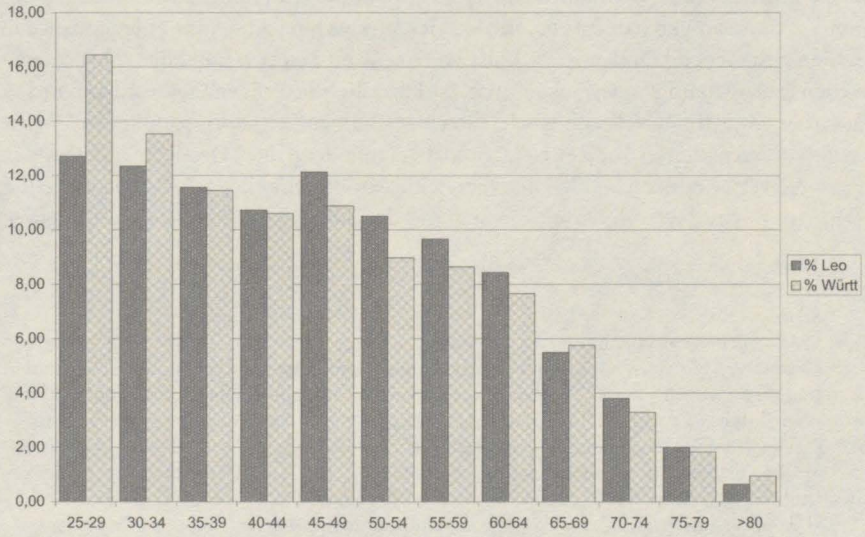
[14] Das war auch die offizielle Zahl der Wahlberechtigten.

nur unzureichend beschreiben[15]. Naturgemäß enthalten die Angaben auch keine Hinweise darauf, welchem Kandidaten der Wähler seine Stimme gegeben hat.

Die Altersstruktur der Wähler des Oberamts Leonberg ist im folgenden Diagramm 7 dargestellt und mit den entsprechenden Werten für das ganze Königreich Württemberg verglichen[16]. Der auffällige Einschnitt bei den 40- bis 44-jährigen Wählern findet seine Entsprechung, wenn auch abgeschwächt, in der allgemeinen Entwicklung und ist wahrscheinlich durch den Wanderungsverlust in den fünfziger Jahren bedingt[17]. Der Anteil der älteren Wähler liegt auffällig hoch, da die 25- bis 34-jährigen Wähler deutlich unterrepräsentiert sind[18], ein klares Indiz dafür, dass in diesen Altersgruppen eine erhebliche Zahl von Männern im wahlfähigen Alter sich nicht in die Wählerlisten hatte eintragen lassen.

Betrachtet man die Jahrgänge einzeln, so findet sich die größte Abweichung bei den 25-, 26- und 28-jährigen Wählern. Die Größenordnung, um die es sich dabei handelt, lässt sich auf zweierlei Weise abschätzen: Auf der Grundlage der Prozentwerte

Diagramm 7: Die Altersstruktur der Wahlberechtigten des Oberamts Leonberg und der wahlfähigen Bevölkerung Württembergs 1868/67 in 5-jährigen Altersstufen



[15] Schraut, Sozialer Wandel, S. 345f.

[16] Württ. Jbb. 1870 (1872) Anhang, Tabelle I; Tabelle IV enthält die Angaben für die einzelnen Oberämter, leider aber nicht nach Geschlecht unterschieden und ab 30 Jahren in 10-jährigen Altersklassen.

[17] Vgl. Loreth, Wachstum der württ. Wirtschaft, S. 14ff. Speziell für das Oberamt Leonberg: Setzler, Oechslen, Leonberg, S. 177ff.; Kühbauch, Königreich, S. 198f.

[18] Leonberg lag in diesen beiden Gruppen etwas unter dem Durchschnitt des Neckarkreises.

für ganz Württemberg ergibt sich für die Altersklasse von 25–29 Jahren ein Fehlbestand von 218 Männern; geht man von den amtlichen Zahlen für das Oberamt Leonberg aus, so umfasste diese Altersklasse 2333 Frauen und Männer, bei 1116 Männern[19], von denen 743 in die Wählerliste aufgenommen waren, belief sich der Fehlbestand auf 373[20]. Im gesamten Oberamt dürfte sich die Zahl der Männer im wahlfähigen Alter danach auf 6800–7000 belaufen haben[21], von denen 200 Ausländer abzuziehen wären; Armenunterstützung erhielten 94 Männer[22], die Zahl der Gantungen lag 1868 bei 5[23], schließlich führt das Wählerverzeichnis noch sieben Fälle von Vormundschaft und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte an, was in der Realität zusammengenommen weiteren 50 bis 100 potenziellen Wählern[24] entsprochen haben mag. Bis zu 800 Männer hätten sich demnach von den Teilnahme an der Wahl dadurch ausgeschlossen, dass sie sich nicht in die Wählerliste hatten aufnehmen lassen[25].

Bei dem hohen Anteil junger Männer in dieser Gruppe muss auch die Anzahl der Ledigen hoch gewesen sein. Deren tatsächliche Anzahl lässt sich freilich nur auf der Grundlage ganz Württembergs ermitteln, so dass sich für die einzelnen Wahlkreise lediglich ein Durchschnittswert von 1700 Ledigen ergibt[26]. Die Wählerliste für das Oberamt Leonberg bezeichnet dagegen nur 256 Wahlberechtigte als ledig; offenbar sind diese Angaben jedoch nicht sehr verlässlich, denn für einige Gemeinden fehlt der Zusatz völlig, in der Oberamtsstadt, Merklingen oder Rutesheim hätte es danach nur sechs bis sieben Ledige gegeben, in Gerlingen hingegen 28, in Weilimdorf 34 und in Münchingen sogar 39. Mag aber auch die Anzahl der Ledigen unter den Wahlberechtigten erheblich höher gelegen haben[27], es bleibt dennoch ein deutlicher Fehlbestand, der den „Wahlabstinenzlern" zugerechnet werden muss. Den gesetzlichen Ehebeschränkungen zufolge konnte von Unselbstständigen der Nachweis eines Vermögens

[19] Bei der Bevölkerung über 14 Jahren im OA Leonberg betrug der Frauenüberschuss 100:109.

[20] Für die 30–39-jährigen, die nächste Gruppe, bei der die amtliche Statistik einen Vergleich zulässt, liegen die Werte zwischen 78 und 259.

[21] Zahl der Wahlberechtigten 5846 × 122%= 7132; Gesamtbevölkerung ab 25 gemäß 100:109 umgerechnet = 6840 Männer.

[22] Letzter verfügbarer Stand: Zollvereinszählung vom 3. Dezember 1864, nach: Württ. Jbb. 1864 (1866), S. 68; für 1871/72 werden 604 Personen angegeben [Württ. Jbb. 1886/I (1887) S. 162f.]; in der Wählerliste einmal vermerkt.

[23] Camerer, Gantungen, S. 119 – im Wählerverzeichnis zwei Fälle.

[24] Hier wird ein eher zu hoher Wert angenommen.

[25] Siehe: Beschreibung des Oberamts Neresheim, Stuttgart 1872, S. 77; dort wird die Altersstruktur der Bevölkerung für das Jahr 1867 nach Geschlecht und Familienstand getrennt überliefert. Am 3. Dezember 1867 betrug danach die Gesamtzahl der männlichen Einwohner 10 356, von denen 5356 älter waren als 25 Jahre, davon 1205 (22,5%) ledig. Der Frauenüberschuss in dieser Gruppe lag mit 100:111 noch höher als in Leonberg. Am 8. Juli 1868 waren 4490 Männer wahlberechtigt; es blieben also etwa 900 Männer aus den verschiedenen Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen.

[26] Württ. Jbb. 1870 (1872), Anhang, Tabelle I; ledige Männer ab 25 Jahre = 117 974, davon 60 419 zwischen 25 und 30 Jahre alt.

[27] Bei etwa 500, wenn man von 10% Ledigen ausgeht, wie es die Angaben für Weilimdorf, Gerlingen, Münchingen nahe legen.

von 200 fl. verlangt werden[28]. Unter den Ledigen werden sich viele befunden haben, die diese Grenze unterschritten.

Da in den Wählerverzeichnissen „Stand oder Gewerbe" der Wähler, naturgemäß ihr Hauptberuf, zu verzeichnen war, lässt sich auch die Berufsstruktur der Wählerschaft Leonbergs darstellen, wenn auch auf Grund fehlender oder mehrfacher Angaben eine gewisse Verzerrung in Kauf genommen werden muss[29]. Zur Kategorie „Landwirtschaft" gehören 2321 Wahlberechtigte (39,7%), zu „Gewerbe/Industrie" 2545 (43,5%), zu „Handel/Verkehr" 206 (3,5%), zu den Kategorien „wechselnde Lohnarbeit" und „Beamte/Sonstige" jeweils 488 (8,3%). Diese Zahlen stimmen sehr gut mit denen der Gewerbeaufnahme vom 1. Dezember 1871 überein, wonach auf die genannten Gruppen 2335 (40,1%), 2399 (41,2%), 230 (3,95%), 547 (9,4%) und 309 (5,3%) entfallen[30]. Da bei dieser Zählung ähnlich wie bei der Eintragung in die Wählerlisten nach dem „Hauptberuf" gefragt wurde, ist diese Übereinstimmung keineswegs zufällig[31]. Folgt man H. *Loreths* Vorschlag, die Anzahl der Knechte und Mägde in ganz Württemberg mit 90 000 anzunehmen und der Berufsgruppe Landwirtschaft zuzuschlagen[32], so würden auf das Oberamt Leonberg etwa 4–500 entfallen. In der Wählerliste tauchen allerdings nur acht Knechte auf[33].

Der typische „Wahlabstinenzler" lässt sich demnach wie folgt beschreiben: Er verdiente sich seinen Lebensunterhalt wahrscheinlich als Knecht, Tagelöhner o.ä.[34], er war arm, jung und unverheiratet. Über seine Motive geben die Quellen keinen Aufschluss. Denkbar wären politisches Desinteresse und Unreife, Bevormundung durch das Familienoberhaupt und den Arbeitgeber, die niedrige Stellung in der Familien- und Gemeindehierarchie, gewiss auch bürokratische Hindernisse und – jahreszeitlich bedingt – hohe regionale Mobilität. In der Tat gibt es Anhaltspunkte dafür, dass

---

[28] Becker, Die Esslinger „Fabrikarbeiter", S. 233.

[29] In der Kategorie „Beamte" finden sich alle, die in den Gemeinden eine öffentliche Aufgabe wahrnahmen, also z.B. auch die Gemeinderäte.

[30] Kull, Die Bevölkerung Württembergs vom 1. Dezember 1871, S. 8–9; die Urschriften dieser Gewerbeaufnahme, die vielleicht genaueren Einblick in die Struktur der einzelnen Gemeinden gestattet hätten, waren weder im Statistischen Landesamt noch im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, im Staatsarchiv Ludwigsburg oder im Wirtschaftsarchiv Hohenheim zu lokalisieren. – Es sei noch einmal betont, dass z.B. auch die Handwerker durchweg eine nebenberufliche Landwirtschaft betrieben; nach der Aufnahme von 1873 (Württ. Jbb. 1881, S. 48–51) betrug die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe rd. 6400, davon 47% kleiner als 1,5 ha, 13% größer als 5 ha.

[31] Vgl. Schulte, Struktur, S. 86.

[32] Loreth, Wachstum der württ. Wirtschaft, S. 39f.

[33] Dazu vier Wege-/Straßenknechte, ein Sägeknecht. Die 28 000 Hausangestellten (in der Liste mit zwei Hausknechten vertreten) werden hier nicht gesondert berücksichtigt, da es sich bei ihnen wohl meist um Frauen gehandelt haben dürfte; vgl. Engelsing, Mittel- und Unterschichten, S. 232.

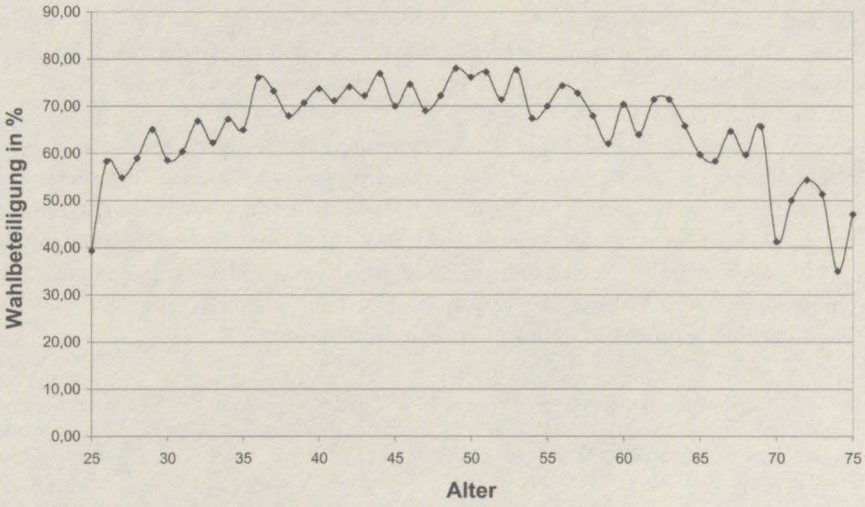
[34] Nach einer Korrespondenz in der SVZ Nr. 281, 26. November 1870, S. 1157 wurden *bei der Anfertigung der Wählerlisten für die Stadt Vaihingen ca. 30–40 Haus-, Ross-, Kuh- und andere Knechte, sowie noch verschiedene andere Wähler* [...] *nicht aufgenommen.* Der Versuch des Volksvereins, diese Männer aufnehmen zu lassen, sei gescheitert, weil die Meldefrist nicht eingehalten wurde.

vor allem junge Leute nach Stuttgart pendelten[35]; gerade aber im Frühjahr und Sommer 1868 wurden im Oberamt Leonberg in erheblicher Zahl zusätzliche Arbeitskräfte für den Bau der Schwarzwaldbahn benötigt[36], so dass die regionale Mobilität vielleicht eher auf den Bezirk selbst beschränkt war.

2. Wähler und Nichtwähler im Oberamt Leonberg

In seiner grundlegenden Studie zum Wahlverhalten vertritt Ralf-Rainer *Lavies* u.a. folgende These: Der Wahleifer der Bürger hänge gemeinhin vom Grad ihrer Integration in die Gesellschaft ab; die Jungen und Ledigen wählten also seltener als die Älteren, Verheirateten und Etablierten[37].

Diagramm 8: Die Wahlbeteiligung der 25- bis 75-jährigen im Oberamt Leonberg 1868



Gemessen am Durchschnittswert von 66,2% liegt die Wahlbeteiligung im Oberamt Leonberg nur bei den 37–63-jährigen hoch, mit Spitzenwerten bis zu 80%. Hierunter fallen auch diejenigen, die 20 Jahre zuvor die Revolution von 1848/49 bewusst miterlebt hatten, ein direkter Zusammenhang wird sich aber schlüssig wohl kaum beweisen lassen. Vom 64. Lebensjahr an nimmt die Wahlbeteiligung dann mehr und mehr ab, und es ist zu fragen, inwieweit biologische Faktoren dabei ursächlich waren.

[35] Setzler, Leonberg, S. 187.

[36] Nach dem Glems- und Filderboten vom 27. und 30. Juni 1868 wurden z.B. im Bereich Weil der Stadt 120 Erdarbeiter und Steinschläger gesucht.

[37] Lavies, Nichtwählen, Kapitel 5 (S. 74–80), 6 (S. 81–84) und 10 (S. 100–104).

Die Wählerliste von Korntal verzeichnet Gründe, warum einzelne Wähler nicht an der Wahl teilgenommen haben. 54 von 112 Stimmberechtigten hatten nicht gewählt; von den 20 Männern, die 64 Jahre alt und darüber waren, hatten 20% ihre Stimme abgegeben, 65% waren als „gebrechlich, alt, krank" entschuldigt, und nur bei 15% könnte man weitere Gründe, darunter auch politische vermuten[38]. Mag auch das Beispiel Korntal nicht repräsentativ sein[39], so wird man bei den Senioren den Faktor Gebrechlichkeit und Krankheit jedenfalls hoch veranschlagen müssen[40].

Der Wahleifer der Jung- und Erstwähler, der Gruppe der 25–29jährigen, liegt mit 56,1% im Oberamt Leonberg um 10 Prozentpunkte ganz erheblich unter dem Durchschnitt. Die 25-jährigen bilden dabei mit 39,4% das Schlusslicht. Mit *hoher regionaler Mobilität und sich daraus ergebenden administrativen Barrieren*[41] lässt sich dieses Verhalten wohl kaum sinnvoll erklären, da nicht zu sehen ist, wie dieser Faktor das unterschiedliche Verhalten der 25-jährigen etwa im Vergleich mit den 26-jährigen erhellen könnte. Von den 256 Ledigen, die die Wählerliste verzeichnet[42], nahmen nur 99 =38,7% an der Abstimmung teil. 132 von ihnen gehörten zu den Jung- und Erstwählern, und in dieser Gruppe lag das Interesse an der Wahl mit 34,8% noch niedriger. Unter den Verheirateten dieser Altersgruppe[43] machten zum Vergleich immerhin 60,6% von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Hier wird noch einmal der von *Lavies* behauptete Zusammenhang zwischen (geringem!) Lebensalter, Familienstand und Wahleifer greifbar.

In Übersicht 13 lässt sich die Wahlbeteiligung der verschiedenen Altersklassen über mehrere Ebenen hinweg verfolgen. Zunächst sind die Durchschnittswerte des ganzen Oberamts dargestellt. Auf der ersten Differenzierungsebene werden dann die beiden größten Berufsgruppen, die agrarischen Wähler[44] und die Handwerker, miteinander verglichen. Während das Abstimmungsverhalten beider Gruppen in den Altersklassen sehr weitgehend übereinstimmt (88%), unterscheidet sich die Höhe der Wahlbeteiligung um 5,3 Punkte zu Gunsten der agrarischen Wähler.

---

[38] Ähnliche Werte für die 55–64-jährigen; von 17 hatten neun nicht gewählt, sieben waren krank etc.; von den restlichen 75 zwischen 25 und 54 Jahren hatten 29 nicht gewählt, aber nur sechs waren als krank etc. entschuldigt.

[39] Siehe unten, S. 224.

[40] Würzburger, „Partei der Nichtwähler", S. 210 schätzt, dass 8% der Wahlberechtigten generell wegen Krankheit oder Abwesenheit entschuldigt nicht wählen.

[41] Buchhofer, Friedrichs, Lüdtke, Ursachen geringer Wahlbeteiligung, S. 164–170, die Überlegungen beziehen sich auf die Bundestagswahlen von 1965 und 1969, als Beleg für die Mobilität der fraglichen Altersgruppen dient die hohe Zahl von unzutreffenden Wohnsitzangaben nach dem Melderegister.

[42] Nicht alle Kommissionen haben den Familienstand vermerkt; die tatsächliche Zahl der Ledigen dürfte etwa doppelt so hoch sein. Zur Kontrolle wurden die Werte für die Gemeinden mit verlässlich hohen Anteilen Lediger ermittelt; danach hatten 63 von 155 Ledigen (=40,7%) abgestimmt.

[43] Vgl. vorstehende Anmerkung; streng genommen werden hier nur diejenigen erfasst, die als „nicht ledig" bezeichnet sind. Subtrahiert man die geschätzte Dunkelziffer, so ergibt sich für den Rest dieser Altersgruppe eine Wahlbeteiligung von 67,7%!

[44] Hier sind neben den Bauern und Weingärtnern auch z.B. die Schäfer einbezogen.

Auf der zweiten Differenzierungsebene kommt zusätzlich die Gemeindegröße als Variable hinzu[45]. Bauern in den kleinen Gemeinden bis 1500 Einwohner zeigen in den Altersgruppen ein weitgehend gleichartiges Verhalten[46]. Besonders auffällig ist hier die hohe Wahlbeteiligung bei den jungen Wählern. In den Gemeinden über 1500 Einwohnern wird das Verhalten deutlich uneinheitlicher, und die durchschnittliche Wahlbeteiligung liegt nur noch bei 55,2 und 36,1%, während in den kleinen Gemeinden 81,9%, 66,5% und 80,3% der agrarischen Bevölkerung ihre Stimme abgaben. Die Handwerker verhielten sich dagegen, insgesamt betrachtet, viel inhomogener. Besonders die Gemeinden unter 500 Einwohner und über 1500 Einwohner fallen aus dem Rahmen, Letztere auch dadurch, dass hier die Beteiligung der Handwerker die der Bauern erheblich übertrifft.

Eine wahrscheinliche Ursache dürfte in der größeren Mobilität der Handwerker zu finden sein. Wenn in den kleinen Gemeinden bis 1000 Einwohner die Anzahl der Handwerker die der Bauern übersteigt – ein Indiz für die Überbesetzung der Gemeinden mit Handwerkern –, so liegt die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei 57,2% gegenüber 69,2% in Gemeinden mit geringem Handwerkeranteil.

Das Verhalten von zwei weiteren Kontrastgruppen, den Beamten und Tagelöhnern, wird in Übersicht 14 dargestellt. Die Tagelöhner schließen auch die wenigen Knechte und Fabrikarbeiter ein. Zu den Beamten werden nicht nur die Staats-, Amtskörperschafts- und Gemeindebeamten gerechnet, sondern alle, die eine öffentliche Aufgabe wahrnahmen, zum Beispiel auch die Gemeinderäte und Stiftungspfleger. Obwohl diese Gruppe sich aus allen Schichten der Gesellschaft rekrutierte[47], zeigt sie doch ein überraschend einheitliches Verhalten. *Lavies'* Feststellung, dass von allen Berufsgruppen die Beteiligung der Beamten die höchste sei[48], bestätigt sich hier eindrucksvoll. Die Beamten übertrafen nicht nur den Durchschnitt des Oberamts um 13 Prozentpunkte, sondern erreichten auch in den meisten Altersklassen und Gemeindegruppen die höchsten Werte. Unabhängig von ihrem sonstigen sozialen Hinter-

[45] Die Klassifizierung der Gemeinden wurde in der zeitgenössischen Statistik meist in Schritten von 500 Einwohnern vorgenommen; dies entsprach dem sehr geringen Grad der Urbanisierung und vermutlich auch dem Bewusstsein der Menschen. Wollte man die 27 Gemeinden des Oberamts Leonberg mechanisch nach dem Stand der Wohnbevölkerung vom 3. Dezember 1867 einteilen, so würde man inhaltliche Verzerrungen in Kauf nehmen. Ditzingen hatte damals z.B. nur ausnahmsweise einmal mehr als 1500 Einwohner, weil dort wohl im Zuge des Eisenbahnbaus die ungewöhnlich hohe Anzahl von 225 ortsfremden Württembergern und 18 Ausländern wohnte. Korntal hatte nominell 1334 Einwohner, von denen freilich nur 560 männlich waren, darunter aber über 100 Ausländer und nur 256 mit Heimatrecht in der Gemeinde. Beide Gemeinden werden also niedriger eingestuft.

[46] 83 bzw. 92% Übereinstimmung.

[47] Besonders in den kleinen Gemeinden boten die zahlreichen Tätigkeiten für die Allgemeinheit z.B. als Nachtwächter den Dorfarmen eine Nebentätigkeit und damit auch ein gewisses Prestige; vgl. auch Bischoff-Luithlen, Von Amtsstuben, S. 188f., siehe unter: „Oberschicht".

[48] Lavies, Nichtwählen, S. 91 – noch höhere Werte erreichten freilich die Wirte, von denen 84,4% abstimmten; sie gehörten nicht nur zu den Honoratioren, sondern bildeten auch einen Mittelpunkt des Gemeindelebens, vgl. Bischoff-Luithlen, Von Amtsstuben, S. 279ff., siehe unter: „Wirte" und „Wirtshäuser".

Übersicht 13: Die Wahlbeteiligung im Oberamt Leonberg 1868 nach Altersklassen, Berufsgruppen und Gemeindegrößen (agrarische Bevölkerung und Handwerker)

	Alle Wähler
25–29	56,1
30–34	62,9
35–39	70,7
40–44	73,7
45–49	72,9
50–54	73,9
55–59	71,0
60–64	68,8
65–69	61,7
70–74	46,4
75–79	32,5
>80	16,2
ø	66,1

	Bauern	Handwerk
25–29	58,7	55,8
30–34	66,7	62,1
35–39	76,8	67,9
40–44	78,8	70,4
45–49	76,8	71,5
50–54	78,3	72,1
55–59	74,6	70,8
60–64	74,2	65,2
65–69	69,1	53,5
70–74	36,3	51,0
75–79	33,3	27,3
> 80	0,0	21,1
ø	69,7	64,4

	unter 500		500–1000		1000–1500		1500–2000		über 2000	
	B	H	B	H	B	H	B	H	B	H
25–29	79,2	63,6	50,0	47,8	75,9	64,6	38,1	56,7	40,0	36,1
30–34	78,1	40,0	60,3	66,7	80,8	76,3	47,1	59,0	60,0	34,5
35–39	85,7	64,3	77,1	62,5	90,1	76,5	61,3	44,9	37,5	62,5
40–44	92,3	70,0	78,0	65,1	86,0	84,0	63,2	70,3	75,0	48,1
45–49	89,3	85,7	62,3	71,9	92,8	82,4	61,8	60,4	8,3	48,3
50–54	89,3	68,2	87,3	61,8	85,7	80,5	58,8	81,8	66,7	50,0
55–59	78,9	69,2	75,9	61,9	80,0	81,4	67,9	72,3	50,0	55,2
60–64	87,5	60,0	76,6	65,2	87,7	78,6	57,4	60,3	42,9	33,3
65–69	76,5	88,9	58,6	44,0	78,3	55,9	61,5	50,0	40,0	18,2
70–74	45,5	45,5	15,8	40,0	42,4	58,6	45,8	48,5	25,0	53,9
75–79	60,0	0,0	30,0	0,0	34,6	20,0	25,0	45,0	0,0	0,0
>80	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	42,9	0,0	25,0	0,0	0,0
ø	81,9	64,6	66,5	60,5	80,3	74,5	55,2	63,3	36,1	44,4

Übersicht 14: Die Wahlbeteiligung im Oberamt Leonberg 1868 nach Altersklassen, Berufsgruppen und Gemeindegrößen (Beamte und Tagelöhner, N = 488)

		Amt	Tagelöhner (Tgl)	
N=488	25–29	86,4	31,2	N=488
	30–34	77,3	44,2	
	35–39	85,4	38,5	
	40–44	72,4	52,3	
	45–49	75,8	48,9	
	50–54	86,6	60,7	
	55–59	84,7	52,6	
	60–64	77,6	42,3	
	65–69	81,4	70,8	
	70–74	65,5	53,3	
	75–79	58,3	37,5	
	> 80	50,0	100,0	
	ø	79,3	46,9	

	unter 500		500–1000		1000–1500		1500–2000		über 2000	
	Amt	Tgl	Amt	Tgl	Amt	Tgl	Amt	Tgl	Amt	Tgl
25–29	100,0	33,3	66,7	25,0	100,0	54,5	100,0	23,3	100,0	0,0
30–34	50,0	80,0	57,1	40,0	83,3	65,2	100	40,6	100,0	0,0
35–39	88,9	75,0	50,0	21,4	93,3	66,7	100,0	33,3	85,7	25,0
40–44	80,0	0,0	61,5	25,0	81,8	86,7	61,5	35,3	100,0	37,5
45–49	77,8	50,0	76,5	54,5	100,0	60,0	88,2	40,0	36,4	50,0
50–54	100,0	80,0	70,8	58,8	100,0	66,7	90,9	60,9	100,0	25,0
55–59	90,0	66,7	71,4	62,5	100,0	70,0	83,3	37,5	100,0	0,0
60–64	71,4	0,0	66,7	42,9	83,3	83,3	80,0	30,0	83,3	0,0
65–69	100,0	0,0	66,7	71,4	100,0	100,0	70,0	33,3	83,3	25,0
70–74	0,0	50,0	66,7	0,0	72,7	100,0	85,7	66,7	33,3	25,0
75–79	0,0	0,0	33,3	100,0	66,7	50,0	66,7	0,0	100,0	0,0
> 80	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0
ø	82,9	61,5	66,9	42,9	89,7	70,6	83,1	37,9	78,6	18,4

grund fühlten sie sich offenbar als Inhaber öffentlicher Ämter in besonderem Maße zur Abstimmung verpflichtet. Die Wahlbeteiligung der Tagelöhner liegt in den Gemeinden bis 1500 Einwohner zwar durchweg um etwa 20 Punkte unter der der Beamten und Bauern, ist aber dennoch beachtlich, verglichen mit den 37,9 und 18,4% in den größeren, städtischen Gemeinden. Dass die Beteiligung mit zunehmendem Alter tendenziell zunimmt und bei den 50- (bis 70)-jährigen durchaus hohe Werte erreichen kann, lässt sich als Indiz für größere Mobilität der Jüngeren interpretieren.

Die Verwurzelung in den Gemeinden scheint die Wähler des Oberamts Leonberg in ihrem politischen Verhalten jedoch nicht messbar beeinflusst zu haben. In der amtlichen Statistik[49] ist die Anzahl der Männer erfasst, die in der jeweiligen Gemeinde heimatberechtigt sind. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der württembergischen Männer in diesen Gemeinden und die Höhe der Wahlbeteiligung hängen nur sehr schwach negativ zusammen[50].

Um an der Wahl teilnehmen zu können, mussten die Stimmberechtigten zum Teil erhebliche Entfernungen bis zu den Abstimmungsorten zurücklegen – in Leonberg immerhin bis zu zwei Stunden Fußweg. Erschwerend kam ein gewisser Zeitdruck hinzu, dass nämlich für die einzelnen Gemeinden der Zeitraum – für kleine Gemeinden zum Beispiel 30 Minuten – vorgegeben war, wann die Bürger ihre Stimme abgeben konnten; während dieser Zeit musste ein offizieller Vertreter der Heimatgemeinde anwesend sein, um die Wähler gegebenenfalls zu identifizieren. Es läge daher nahe zu vermuten, dass die Wahlbeteiligung auch mit von der Entfernung der Wähler vom Abstimmungsort abhängt[51]. Bei 14 von 20 Gemeinden des Oberamts Leonberg liegt die Wahlbeteiligung tatsächlich niedriger als in dem jeweils zugehörigen Abstimmungsort; ein direkter linearer Zusammenhang mit der Entfernung ist allerdings nicht nachzuweisen.

Für einzelne Berufsgruppen könnte die Entfernung aus ganz lebenspraktischen Gründen das Wahlverhalten beeinflusst haben. Im Oberamt nahm beispielsweise durchschnittlich nur jeder zweite Bauhandwerker an der Wahl teil; in Weil der Stadt dagegen stimmten 91% dieser Handwerker ab, möglicherweise, weil sich hier wegen des Eisenbahnbaus gute Verdienstmöglichkeiten boten und die Stadt gleichzeitig Abstimmungsort war. In Leonberg, gleichfalls Abstimmungsort, stimmten nur 24% der Bauhandwerker ab; wer von ihnen zum Beispiel in Weil der Stadt arbeitete, hätte

---

[49] Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, hat mir freundlicherweise Kopien der unveröffentlichten Urschriften der Bevölkerungszählungen vom 3. Dezember 1867 und 1. Dezember 1870 für die einzelnen Gemeinden des Oberamts Leonberg zur Verfügung gestellt.

[50] $r = -0.079$ (gesonderte Berechnung); bei Korntal sind die Angaben durch die Institute und Anstalten stark verzerrt; es wurde daher ausgelassen.

[51] Lavies, Nichtwählen, Kapitel 11, S. 105–111. – Das Stimmverhalten von Wohngemeinschaften (Lavies, Nichtwählen, S. 154ff.) lässt sich am Beispiel von Kirchheim u. T. (Stadtarchiv, Akte A 31) nicht bestätigen, die Wählerschaft ist freilich nur klein und rein männlich. Unter den 970 offiziell Wahlberechtigten ließen sich 55 „Paare" mit demselben Familienname unter jeweils derselben Hausnummer finden. 34 (= 61,8%) zeigten gleichartiges Verhalten; die Wahlbeteiligung entsprach aber dem Durchschnitt.

12 km je Richtung zurücklegen oder, selbst bei günstiger Abstimmzeit, mindestens auf einen halben Tageslohn verzichten müssen, um sein Wahlrecht auszuüben. Bei den Schäfern erreichte die Wahlbeteiligung 45,6%. Gab es in einer Gemeinde mehr als einen Schäfer, so blieb anscheinend mindestens einer von ihnen bei den Tieren, während die anderen zur Wahl gingen. Der Wahleifer der Lehrer aller Kategorien schließlich lag mit 82,5% weit über dem Durchschnitt des Oberamts; von den fünf wahlberechtigten Institutslehrern in Korntal wählte freilich nur einer. Hätten alle den Weg in den etwa 5 km entfernten Abstimmungsort Ditzingen auf sich genommen, wären die Zöglinge über mehrere Stunden unbeaufsichtigt geblieben, denn anders als in den gewöhnlichen Schulen hätte man sie gegebenenfalls nicht einfach nach Hause entlassen können.

Was die Konfessionsstruktur betrifft, so weist das Oberamt mit der Waldensergemeinde Perouse, mit einem besonders hohen pietistischen Bevölkerungsanteil[52] und mit Korntal, dem Zentrum des Pietismus in Württemberg, Besonderheiten auf; zudem sind die Katholiken nicht über die verschiedenen protestantischen Gemeinden verstreut und damit politisch weitgehend bedeutungslos, sondern größtenteils in Weil der Stadt konzentriert. Perouse und Korntal haben eine niedrige Wahlbeteiligung gemeinsam, diese lässt sich jedoch nicht unmittelbar durch konfessionelle Gründe erklären. In Perouse, einer armen Gemeinde auf schlechtem Boden[53], war die Bevölkerung von vornherein viel stärker auf handwerkliche Berufe angewiesen als andere Gemeinden unter 500 Einwohner; naturgemäß konnten diese Handwerker nicht im Ort selbst ihr Auskommen finden. Von den 32 selbstständigen Bauern der Gemeinde, den „Sesshaften" also, stimmten 71,9% ab, von den 48 Handwerkern hingegen nur 45,8%[54]. Mit 12 Maurern, Gipsern und Pflästerern war zum Beispiel das Bauhandwerk stark überbesetzt. Nur ein Viertel dieser Männer machte vom Stimmrecht Gebrauch. Man darf annehmen, dass wenigstens ein Teil dieser Nichtwähler zumal während des Sommers auswärts arbeitete.

Nach der Zählung der Dekane und Pfarrer gehörten im Mittel der Jahre 1865/1868 etwa 1000 Einwohner des Oberamts Leonberg außerhalb von Korntal und dem katholischen Weil der Stadt zu den „Pietisten und Separatisten"[55], das waren etwa 4% der Bewohner dieser Gemeinden; in kleinen, ländlichen Gemeinden lag dieser Anteil sogar doppelt so hoch. Unterstellt man ferner, dass die Hälfte dieser Personen wahlberechtigte Männer waren, so könnte etwa jeder zehnte Wahlberechtigte zu den „Pietisten und Separatisten" gehört haben. Ob und in welcher Weise diese Wähler durch ihr Verhalten das Wahlergebnis beeinflussten, lässt sich nicht mehr zweifelsfrei erkennen. Alle sechs Gemeinden, in denen neben Pietisten auch eine erhebliche Anzahl von Separa-

[52] Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung, S. 254f., bes. Anm. 186 und 187: Für 1865 werden 950 Pietisten genannt.

[53] Camerer, Direkte Staatssteuern, S. 331; auch: Beschreibung des Oberamts Leonberg, Stuttgart 1852, S. 220f.

[54] Beispielsweise stimmten von 19 Webern nur acht ab.

[55] LKAS, Dekanat Leonberg: Abt. 2, Nr. 37 „Statistische Aufstellungen 1828–1883": Die Angaben für 1867 und 1868 berücksichtigen jeweils nur etwa die Hälfte der Gemeinden.

tisten ausgewiesen ist, gehören zu denen mit niedriger Wahlbeteiligung (Durchschnitt 54,7%); die neun Gemeinden mit einem hohen Anteil an Pietisten erreichten durchschnittlich ein Wählerinteresse von 74,9%, unter diesen Gemeinden befindet sich auch Perouse, dessen niedrige Wahlbeteiligung durch die Abwesenheit der Bauhandwerker bedingt ist. Möglicherweise spiegelt sich in diesen unterschiedlichen Werten auch die spezifische Einstellung der verschiedenen religiösen Gruppen zur Politik.

Als im Dezember 1870 Johannes Daur, der weltliche Vorsteher von Korntal, in den Landtag gewählt wurde, verlor er gegenüber Bayhas Ergebnis von 1868 720 Stimmen (23%). Nur im Wahldistrikt Hemmingen (III) konnte er sich behaupten (–0,8%-Punkte), wozu die starken Pietistenzirkel in Hirschlanden, Münchingen und Schöckingen beigetragen haben werden. In seinem Heimatdistrikt Ditzingen (IV) gewann Daur sogar 135 Wähler hinzu (+13,1%-Punkte)[56]; diese Stimmen, die vermutlich ganz speziell ihm als Pietisten galten, konnten nur zu einem kleinen Teil aus Korntal stammen und waren Bayha 1868 anscheinend vorenthalten worden. So bleibt das Bild diffus.

Zu den Privilegien der Gemeinde Korntal gehörte, dass die Brüdergemeindeversammlung über die Aufnahme neuer Mitglieder abstimmte und nur diese Mitglieder auch bei Landtagswahlen das Stimmrecht besaßen[57]. Wer also in die Brüdergemeinde aufgenommen werden wollte, musste sich in den Augen der Gemeinde und gemessen an rigorosen ethischen Normen langfristig bewährt haben. In diesem Auswahlverfahren liegt die Ursache für die hohe Zahl von Senioren in Korntal und dafür, dass der Altersdurchschnitt der Wahlberechtigten dort mit 49,64 Jahren um 3,1 Jahre über dem Mittelwert des ganzen Amtes lag. Die geringe Wahlbeteiligung von 51,8% lässt sich zu einem Gutteil auf diesen Altersfaktor zurückführen, darauf nämlich, dass in Korntal die Anzahl Kranker und Gebrechlicher sehr hoch lag[58]. Nach den Berufen unterschieden, ergibt sich aber auch für die Bauern in Korntal eine „normal" hohe Beteiligung von 66,7%[59], gefolgt von den Handwerkern mit 58,8%[60]. Ausgesprochen schwach war die Beteiligung bei den anderen Berufen (26,3 bzw. 63,2%), u.a. waren die meisten Lehrer, aber auch Knechte, Fabrikarbeiter und Tagelöhner nicht zur Wahl gegangen. Anders als die Glaubensbrüder in Waldenbuch[61] hatten die Korntaler mehrheitlich keine Reserve gegenüber der Wahl[62]. Die Pfarrer selbst scheinen sich überwiegend von der Politik fern gehalten zu haben, von 24 beteiligten sich nur zehn (41,7%) an der Wahl. Eine Ausnahme machte Emil Feuerlein[63], der Pfarrer

[56] Siehe Anhang A, S. 622.

[57] Sigloch, Siedlungsaspekte, S. 110, 114; Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung, S. 197ff.

[58] Vgl. oben, S. 218.

[59] Ohne die Entschuldigten sind es 85,7%.

[60] Bzw. 73,5%; nach Sigloch, Siedlungsaspekte, S. 108f. ist dies Verhalten wohl eher nicht durch Mobilität zu erklären.

[61] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 449–452/480 Bericht des Oberamts betr. die Art und Weise der Wahlbewegung, Stuttgart 14. Oktober 1868.

[62] Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung, S. 225f., 248f.; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 387ff.

[63] Emil Feuerlein (1818–1883), Mitglied der Tübinger „Patrioten" Jg. 1835; bei der Wahl zur

von Weilimdorf, dessen Engagement als Demokrat im „Staatsanzeiger“[64] und seitens der DP im Amtsblatt angeprangert wurde[65].

Das katholische Weil der Stadt[66], bis 1803 Freie Reichsstadt, erreichte mit einer Wahlbeteiligung von 87,5% das beste Einzelergebnis des gesamten Oberamts Leonberg, woran die einzelnen Berufsgruppen nahezu gleichmäßig beteiligt waren. Wenn von den Handwerkern vergleichsweise nur 86,9% die Stimme abgaben, so findet dies seine Erklärung darin, dass unter ihnen – besonders in den Branchen Tuch/Bekleidung und Leder/Schuhe – der Anteil der Älteren hoch war, die vermutlich wegen Krankheit usw. nicht mehr wählten. Bei den 25–59jährigen beträgt nämlich die Beteiligung 92,9%, bei den Älteren dagegen 74,2%. Die ungewöhnlich vollständige Mobilisierung der Wählerschaft ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass der Kandidat der Volkspartei hier noch zwei Tage vor dem Wahltag seine Abschlussversammlung abhielt[67]; vor allem aber war diese Stadt das Zentrum der Volkspartei[68] im Oberamt Leonberg , die VP besaß hier somit eine deutlich akzentuierte katholische, antipreußische und gewerbliche Basis[69]. Es kam hinzu, dass Merklingen, der Wohnort des konservativen, protestantischen, agrarischen, propreußischen Kandidaten Bayha,

---

Nationalversammlung im April 1848 kandidierte er im Wahlkreis Nagold, unterlag aber im 1. Wahlgang gegen Rödinger und Kapff; später Pfarrer in Weilheim, auch als Schriftsteller tätig; vgl. auch Mann, Die Württemberger, S. 404; von Pfarrern, die für die Volkspartei aktiv waren, hört man z.B. aus Brackenheim (Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 276) und aus Nürtingen (HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 559ff.).

[64] Staatsanzeiger Nr. 156, Beilage, 3. Juli 1868, S. 1626: Bericht über die Wahlversammlung der VP in Leonberg am 29. Juni.

[65] Glems- und Filderbote Nr. 76, 2. Juli 1868, S. 307f.; Staatsanzeiger Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1625 (Beilage).

[66] Von 1535 Einwohnern waren am 3. Dezember 1867 1319 (85,9%) katholisch; vgl. auch Borst, Mein Land hat kleine Städte, S. 240–251; vgl. Wernicke, Die Bedingungen politischer Partizipation, S. 169: Wernicke weist anhand der Bundestags- und Landtagswahlen 1961–69 in der Bundesrepublik Deutschland nach, *dass die Bewohner der ehemaligen Reichsstädte eine im Vergleich mit den Bewohnern der anderen Stadt- und Landkreise höhere Disposition zu politischer Partizipation aufweisen*; er führt dies auf ihre traditionelle überregionale politische Orientierung zurück.

[67] Glems- und Filderbote, Nr. 77, 4. Juli 1868, S. 310.

[68] Runge, Volkspartei, S. 83; Elben, Lebenserinnerungen, S. 148 berichtet, dass er bei der Zollparlamentswahl in Weil der Stadt, Merklingen und Heimsheim ganze drei Stimmen erhalten habe; vgl. unten, S. 226, Anm. 74: Nach den amtlichen Wahlunterlagen stimmten im Wahldistrikt Weil der Stadt 8 Wähler, im Wahldistrikt Heimsheim 5 Wähler für ihn.

[69] Diese lokale Tradition erwies sich als sehr beständig. Beide VP-Kandidaten, die bis zum Ende des Jahrhunderts im Oberamt Leonberg antraten, stammten aus Weil der Stadt: Der Postmeister Friedrich Stotz (geb. 10. Juli 1819) kandidierte bei der Nachwahl vom Frühjahr 1874, im Dezember 1882 und dazu bei der Reichstagswahl von 1881; der Spitalverwalter Max Schöninger (geb. 25. November 1840) trat 1895 als Kandidat auf. Die Eigenkorrelationen der Parteistimmenanteile von 1868 über 1870 (Gd70: von der VP unterstützt: Johann Georg Sting, † 20. August 1881, Kaufmann und Gemeinderat in Cannstatt; Vorstand und Mitbegründer der Landesproduktenbörse), 1882 und 1895 (für 1874 fehlen die Zahlen) liegen sehr hoch, ebenso die Korrelationen mit dem Katholikenanteil (siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Leonberg 2 und 1).

nur wenige Kilometer entfernt lag, so dass sich schon durch die räumliche Nähe eine Zuspitzung des Wahlkampfes, eine Polarisierung der Wählerschaft in diesem Distrikt ergab. In Merklingen stimmten 90,7% der Bauern ab, die Handwerker blieben um 9 Punkte dahinter. Münklingen übertraf diese Werte noch; bei durchschnittlich 85,6% Beteiligung gingen nur drei von 39 Bauern nicht zur Wahl[70].

Das Wahlergebnis wurde nicht zuletzt durch die Kandidaten und die Art ihres Wahlkampfes beeinflusst. Die personelle und programmatische Alternative für die Wähler des Oberamts Leonberg stellte sich wie folgt dar: Im östlichen Teil des Oberamts wurde Theodor Diefenbach[71], ein Stuttgarter Rechtsanwalt, vorgeschlagen, der das Programm der Volkspartei vertrat, also Ablehnung der Verträge mit Preußen, Südbund, Milizsystem und Verfassungsreform. Schon Diefenbachs erste Wahlversammlung in Leonberg am 29. Juni, bei der ihm Julius Haußmann assistierte, war nur schwach besucht, darunter von mindestens zwei Herren aus dem Wahlkampfkomitee des politischen Gegners, die unangenehme Fragen stellten und für eine sehr negative Berichterstattung im „Glems- und Filderboten" und der „Schwäbischen Kronik" sorgten. Trotz der Unterstützung durch Karl Mayer und den „Beobachter"[72] scheint Diefenbach nur wenig Anklang gefunden zu haben, nicht nur weil er kein mitreißender Redner war[73], sondern weil, wie im Amtsblatt insinuiert wurde, sich die ortsansässigen Demokraten viel weniger im Wahlkampf engagiert hätten als bei der Zollparlamentswahl[74]; zwischen den Stuttgarter „Beobachter"-Leuten und den Demokraten im Amt herrsche Uneinigkeit[75]. Einen Keil in die gegnerischen Reihen zu treiben, war zwar auch damals schon ein beliebtes Mittel der Politik; eine gewisse Uneinigkeit könnte aber unter den Demokraten durchaus geherrscht haben, da die Kandidatur Diefenbachs durch den Stadtschultheißen von Leonberg und bisherigen Abgeordneten des Oberamtes Franz Offterdinger[76] lanciert worden war, der Volksverein seinen Sitz jedoch in Weil der Stadt hatte[77].

---

[70] Zwei davon waren älter als 70 Jahre, einer Soldat, also wohl abwesend und in seiner Garnisonsstadt wahlberechtigt.

[71] Theodor Diefenbach (1833–1915), „Germania" Tübingen 1851, Rechtskonsulent, später auch Bankdirektor in Stuttgart; 1870 und 1880 im Landeskomitee der VP; 1875 noch einmal Kandidat bei Reichstagsnachwahlen.

[72] Brandt, Parlamentarismus, S. 165.

[73] Glems- und Filderbote, Nr. 76, S. 307 vom 2. Juli 1868: *Man muss es hier sagen: sein* [sc. Diefenbachs] *Vortrag war leidenschaftslos, ruhig.*

[74] StASig Wü 65/22 T 1, Oberamt Neuenbürg Zollparlamentswahl: Im Wahldistrikt Weil der Stadt stimmten von 714 Berechtigten 564 (78,99%) ab, für Dörtenbach (Min/Gd) 544 (76,19%), für O. Elben 8 (1,12%); in Heimsheim 735/543 (73,88%), 530 (72,11%), 5 (0,68%); in Mönsheim 337/309 (91,69%), 309 (91,69%), 0 (0,00%); Georg Martin Dörtenbach (1822–1891), Bankier und Fabrikbesitzer in Stuttgart, Hirth's Deutscher Parlamentsalmanach 7 (1868) S. 138f.

[75] Glems- und Filderbote, Nr. 76, 2. Juli 1868, S. 307f.; Nr. 79, 9. Juli 1868, S. 319.

[76] Franz Offterdinger (1804–1885), Landtagsabgeordneter für Leonberg 1839–1848 und 1856–1868; Brandt, Parlamentarismus, S. 170 zählt ihn freilich zu den Konservativen; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 631. Zu Diefenbachs Wahlkampfkomitee gehörten ferner ein Apotheker und ein Landwirt aus Leonberg sowie ein Gemeinderat aus Ditzingen.

[77] Runge, Volkspartei, S. 76, Anm. 4: Volksverein in Weil der Stadt seit 10. Februar 1867.

Aus dem westlichen Teil des Amtes wurde Diefenbach und der Volkspartei Friedrich Bayha entgegengestellt. 1832 in Echterdingen geboren, war Bayha auf dem Salon bei Ludwigsburg, einem Zentrum des württembergischen Pietismus, erzogen worden, hatte dann in Hohenheim und Stuttgart Landwirtschaft studiert und bewirtschaftete in Merklingen einen größeren Bauernhof[78]. Bayha wurde in der „Schwäbischen Volkszeitung" nicht zur Deutschen Partei oder zu den Ministeriellen gerechnet, sondern zu den „Mittelmännern"[79], er schloss sich jedoch der Landtagsfraktion der Deutschen Partei an[80]. Dass dieser Schritt nicht völlig überraschend kam, lehrt ein Blick auf seine Wahlkampfmannschaft: Für seine Kandidatur wirkten Oberamtsarzt Dr. Theurer[81], Präzeptor Dr. Ruthardt[82], Gerichtsaktuar Gustav Schilling[83], Gemeinderat Friedrich Röcker[84] sowie die Kaufleute und Gemeinderäte Kempter[85] und Sixt[86], alle aus Leonberg[87], dazu der Ratsschreiber von Renningen, Gottlob Friedrich Gasteyger[88] . Es waren dies die führenden Vertreter der Deutschen Partei im Oberamt[89], und so kann es den Wählern nicht verborgen geblieben sein, dass Bayha den

---

[78] Friedrich Bayha (1832–1902), ab 1869 Gasthofbesitzer in Tübingen, dort seit 1884 Gemeinderat; Landtagsabgeordneter für Leonberg 1868–1870; für Tübingen/Amt 1891–1894; Reichstagsabgeordneter 1887–1890 (freikonservativ), Allgaier, Die Stände Württembergs, S. 30; vgl. auch Nl Hölder, Fasz. XVII, Stück 17; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 39.

[79] SVZ Nr. 147, 27. Juni 1868, S. 662: *Über seine politischen Ansichten wußte uns niemand Bestimmtes zu sagen; er wird wohl mit der Regierung gehen;* vgl. auch Nr. 159, 11. Juli 1868, S. 674, Nr. 160, 12. Juli 1868, Nr. 163, 16. Juli 1868; in Nr. 166, 19. Juli 1868 werden auch Bayhas Stimmen nicht für die DP gerechnet; zu den „Mittelmännern" zählen freilich auch Rehm, Reibel, Cavallo und sogar August Österlen; vermutlich war die Parteistellung dieser Männer zunächst unklar.

[80] Beobachter Nr. 281, 2. Dezember 1868 „Aus der Volkspartei": *Den Leonbergern zur Nachricht, dass der von Hrn Ramm durchgesetzte Junker Bayha in dieser Preußenversammlung* [d.i. die Versammlung der DP-Fraktion am 29. November] *mit dabei war.* Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 41; vgl. Stück 254: Im Oktober/November 1870 zählte Hölder ihn zu den bisherigen nationalen Abgeordneten.

[81] Dr. Karl Friedrich Theurer (1800–1871), Burschenschaft „Germania" Tübingen Jg. 1820, wie Julius Hölder.

[82] Dr. Carl Wilhelm Ruthardt, 26 Jahre alt (laut Wählerverzeichnis).

[83] Gerichtsaktuar Gustav Schilling , 36 Jahre alt (laut Wählerverzeichnis) hatte *sich bei den Zollparlamentswahlen als fanatischer Preuße bei der Regierung kompromittiert* (Beobachter Nr. 168, 21. Juli 1868 „Aus Leonberg"); vgl. auch Staatsanzeiger Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1625 (Beilage).

[84] Friedrich Röcker, Gemeinderat, 54 Jahre alt (laut Wählerverzeichnis).

[85] Christian Gottlieb Kempter, Kaufmann und Gemeinderat, 40 Jahre alt (laut Wählerverzeichnis).

[86] Julius Sixt, Kaufmann und Gemeinderat, 35 Jahre alt (laut Wählerverzeichnis); Nl Hölder, Fasz. VIII, Stück 374: Sixt hatte im September 1866 jedoch die Mitgliedschaft in der Deutschen Partei abgelehnt.

[87] Glems- und Filderbote, Nr. 77, 4. Juli 1868, S. 310.

[88] Gottlob Friedrich Gasteyger (1837–1897), ab 1871 Schultheiß in Renningen; 1870 Delegierter auf der Parteiversammlung der DP, in den folgenden Jahren Vertrauensmann etc.; bei den Landtagswahlen von 1889 Kandidat der Deutschkonservativen.

[89] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 340: Die Partei war nur locker organisiert, Ruthardt und Gasteyger waren auch im Wahlkampf 1870 führend tätig (siehe unten,

„rechten" Flügel der Deutschen Partei repräsentierte, zumal Gasteyger die Pressearbeit besorgte, der sich selbst ebenfalls als „gemäßigt liberal", d.h. konservativ bezeichnete.

Der Wahlkampf setzte von vornherein nicht auf Argumente, sondern auf Ressentiments

- gegen den Kandidaten *der Herren aus der Oberamtsstadt*, nach deren Pfeife man diesmal nicht tanzen wolle; – gemeint war natürlich Offterdinger, der öffentlich für die Volkspartei und Diefenbach eingetreten war;
- gegen den bezirksfremden Advokaten, eine bisher im Bezirk ganz unbekannte Persönlichkeit, ein Stadtmensch, der nicht wissen könne, wo die Einwohner des Bezirks der Schuh drücke[90];
- gegen jene Radikalen, die sich nicht scheuten, *an den Fundamenten unseres staatlichen Baues zu rütteln, um auf den Trümmern derselben ihre Herrschaft – ihre Despotie – zu gründen*[91].

Appelle an den württembergischen Patriotismus, an das Wir-Gefühl der Bewohner des Leonberger Bezirks gegen die „Beobachter"-Leute und den Kandidaten[92] standen neben platten Wortspielen mit seinem Namen[93] und Herabwürdigung seines Rufes als Strafverteidiger[94]. Geradezu in Umkehrung der landesweiten Kampagne der Volkspartei, keinen Preußen und keinen Regierungskandidaten zu wählen[95], wurde nun dem Kandidaten der Volkspartei vorgeworfen, von seiner Partei abhängig zu sein[96].

Die Stärken des eigenen Kandidaten wurden hingegen gehörig herausgestrichen, seine möglichen Schwächen geschönt. In der Außenpolitik stehe Bayha *auf dem Boden der gegebenen, nicht zu ändernden Tatsachen*, er sei weder *Preußenfresser, noch Bettelpreuße*, sondern völlig unabhängig. Der Sympathie für Preußen gibt dann die Wahlrede freilich viel handgreiflicher Ausdruck: Bayha wies nach, *wie Preußen gar oftmals seinen Beruf als deutscher Staat treu erfüllt habe*[97]. Innenpolitisch seien ihm als Mann des „gemäßigten Fortschritts" die Verfassungsreform weniger dringlich als die bevorstehenden Gesetze, die die Landwirtschaft betreffen würden. Bayha ent-

---

S. 281f.); mit Ausnahme Dr. Theurers nahmen alle Mitglieder des Wahlkampfkomitees an der Stuttgarter Delegiertenkonferenz der DP am 2. Oktober 1870 teil (Nl Hölder Fasz. XIV, Stück 186–192); auffällig ist, dass es sich meist um recht junge Männer handelt.

[90] Glems- und Filderbote, Nr. 75, 30. Juni 1868, S. 304.

[91] Dies zwar wohl aus der Feder von Sigmund Lindenberger, dem Redakteur des Glemsboten; Nr. 81, 14. Juli 1868, S. 328, ähnliche Formulierungen aber in Gasteygers Zeitungsartikeln.

[92] Glems- und Filderbote, Nr. 77, 4. Juli 1868, S. 311: vgl. folgenden anonymen Vierzeiler: *Den Advokaten wählet nicht, Der ist zu radikal, Doch unser Landwirt, der zerbricht Nicht Alles auf einmal.*

[93] Glems- und Filderbote, Nr. 76, 2. Juli 1868, S. 307: Bei Diefenbach gingen die Gedanken teilweise nicht tiefer als die Tiefe eines Baches.

[94] Glems- und Filderbote Nr. 77, 4. Juli 1868, S. 311.

[95] HStAS, E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 455.

[96] Glems- und Filderbote, Nr. 76, 2. Juli 1868, S. 308.

[97] Glems- und Filderbote, Nr. 78, 7. Juli1868, S. 315.

sprach mit diesen Formulierungen den Anforderungen an Landtagsabgeordnete, wie sie die Wanderversammlung württembergischer Landwirte am 8. Juni 1868 in Ravensburg beschlossen hatte, um die agrarischen Interessen im Landtag stärker zur Geltung zu bringen[98].

Die Veröffentlichung dieser Ravensburger Ansprache an die Landwirte im „Glems- und Filderboten" am 16. Juni eröffnete gleichsam den Wahlkampf. Zunächst hatte wohl der bisherige Abgeordnete Franz Offterdinger an eine erneute Kandidatur gedacht und sich im „Beobachter" empfehlen lassen. Während Bayha, wie schon 1862, noch unentschlossen war, ob er kandidieren sollte[99], verzichtete Offterdinger und empfahl mit anderen den Wählern am 27. Juni, Diefenbach zu wählen, worauf Bayha seine definitive Kandidatur erklärte und sich Gasteyger mit der Deutschen Partei ins Zeug zu legen begann[100]. Da Diefenbach von vornherein sein mehrmaliges öffentliches Auftreten in Wahlversammlungen angekündigt hatte, sah sich Bayha ebenfalls genötigt, den Erfordernissen des allgemeinen Wahlrechts gemäß sich um die Wähler zu bemühen[101]. Nachdem er in mehreren Orten aufgetreten war, nahm er am 5. Juli nachmittags an einer großen Wählerversammlung in Leonberg teil[102], abends folgte noch eine Versammlung in Eltingen[103], auf der Ökonomierat Ramm für Bayha eintrat, eine besonders wertvolle Empfehlung; denn Ramm[104] war nicht nur wenige Monate zuvor auch von Teilen des Oberamts Leonberg ins Zollparlament gewählt worden, als Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins in Leonberg und Verwalter der Güter des Freiherrn von Varnbüler dürfte sein Wort bei der Landbevölkerung von erheblichem Gewicht gewesen sein. Wie der „Beobachter" später vermutete, hatte er *den Junker Bayha* bei den Wählern durchgesetzt[105]. Das Wahlergebnis entsprach den Erwartungen[106]:

---

[98] Siehe oben, S. 69f.

[99] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 322: Auch Johannes Daur, der Gemeindevorsteher von Korntal, war zeitweise als Kandidat im Gespräch. – Johannes Daur (1816–1902), Landtagsabgeordneter für Leonberg 1870–1874; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 129.

[100] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 258/259 Bericht des Oberamts betr. angebliche Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Leonberg, 17. Juli 1868; Glems- und Filderbote, Nr. 75, 30. Juni 1868, S. 304.

[101] Der Glemsbote meldete am 27. Juni noch, Bayha werde nicht auftreten, drei Tage später hieß es, Bayha werde in verschiedenen Orten öffentliche Versammlungen halten, soweit die Zeit noch reiche.

[102] Schw. Kronik Nr. 160, 7. Juli 1868, S. 1905: Hier ist die Rede von 250 Teilnehmern (bei Diefenbach waren 60 gemeldet worden, darunter zahlreiche Gegner: Staatsanzeiger Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1625, Beilage).

[103] Glems- und Filderbote, Nr. 78, 7. Juli 1868, S. 315: *gegen 200 Teilnehmer.*

[104] Johann Friedrich Ramm (1822–1888), Ökonomierat in Stuttgart, Abgeordneter zum Zollparlament 1868–1870; Landtagsabgeordneter für Leonberg 1877–1888; Schw. Kronik (1889), S. 109; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 687f.; vgl. auch: Heimatbuch Hemmingen, S. 212f.

[105] Beobachter Nr. 281, 2. Dezember 1868 „Aus der Volkspartei".

[106] Schw. Kronik, Nr. 161, 8. Juli 1868, S. 1918; Glems- und Filderbote, Nr. 79, S. 319.

Übersicht 15: Das Wahlergebnis des Oberamts Leonberg 1868

Stimmbezirk	Gemeinden	Wahlberechtigte	Wähler	%	Bayha	%	Diefenbach	%
I. Leonberg		1065	584	54,84	501	47,00	82	7,70
	Leonberg	435	203	46,67				
	Höfingen	199	111	55,78				
	Eltingen	343	200	58,31				
	Gebersheim	88	70	79,54				
II. Renningen		1008	606	60,12	580	57,54	24	2,38
	Renningen	390	253	64,87				
	Rutesheim	285	168	58,94				
	Warmbronn	130	72	55,38				
	Malmsheim	203	113	55,67				
III. Hemmingen		801	626	78,15	455	56,80	153	19,10
	Hemmingen	219	176	80,37				
	Heimerdingen	195	131	67,18				
	Schöckingen	94	76	80,85				
	Münchingen	293	243	82,94				
IV. Ditzingen		1172	659	56,23	572	48,81	79	6,74
	Ditzingen	246	186	75,61				
	Hirschlanden	82	61	74,39				
	Weilimdorf	363	137	37,74				
	Gerlingen	369	216	58,54				
	Korntal	112	58	51,79				
V. Weil der Stadt		695	597	85,9	348	50,07	244	35,11
	Weil d. Stadt	320	280	87,50				
	Merklingen	285	240	84,21				
	Münklingen	90	77	85,56				
VI. Heimsheim		603	428	70,98	337	55,89	88	14,59
	Heimsheim	275	234	85,09				
	Hausen	68	40	58,82				
	Flacht	176	104	59,09				
	Perouse	84	50	59,52				
VII. Mönsheim		502	382	76,10	359	71,51	21	4,18
	Mönsheim	217	167	76,96				
	Wimsheim	141	119	84,40				
	Friolzheim	144	96	66,67				
Summe:		5846	3882	66,40	3152	53,92	691	11,82

Mit 53,92% errang Bayha das beste Einzelergebnis für die Deutsche Partei in ganz Württemberg, ein triumphaler Sieg, der gebührend gefeiert wurde[107]. In fünf der sieben Wahldistrikte erlangte Bayha die absolute, in den übrigen beiden die einfache Mehrheit. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf ihn durchschnittlich 81,2% und bis zu 95,7% in einzelnen Bezirken.

[107] Glems- und Filderbote, Nr. 81, 14. Juli 1868, S. 327; Nr. 84, 21. Juli 1868, S. 339.

Diefenbach und die Volkspartei erzielten ihr bestes Ergebnis mit 35,11% der verfügbaren und 40,9% der abgegebenen Stimmen in Bezirk V (Weil der Stadt); in zwei weiteren Bezirken stimmten 14,59 (20,6%) und 19,10% (24,4%) für ihn, in vier Bezirken aber weniger als 10%. Allem Anschein nach konnte Diefenbach bei der agrarischen Bevölkerung keinen Boden gewinnen; er dürfte seine Stimmen am ehesten unter den Handwerkern in größeren Gemeinden gewonnen haben, denn wo die Wahlbeteiligung der Handwerker hoch ist, kann auch er meist größere Stimmenanteile für sich verbuchen[108]. Schwerpunkte waren dabei neben Weil der Stadt vermutlich Münchingen, Ditzingen und – mit Einschränkungen – auch die Oberamtsstadt. Sein „politisches" Wahlprogramm für mehr demokratische Rechte, gegen die württembergische Regierung und Preußen sprach im Oberamt Leonberg keine spezifische soziale Gruppe an; und gerade Diefenbachs Unterstützung aus dem katholischen Weil der Stadt mag die Stimmabgabe für ihn in anderen Teilen des Amtes erschwert haben, zumal jenen, in denen pietistische Kreise Einfluss nehmen konnten.

Bayha muss dagegen vom Wahleifer der agrarischen Bevölkerung profitiert haben, der in 19 der 27 Gemeinden höher lag als der der Handwerker. Tendenziell fand er dabei eher in den kleinen Gemeinden Anklang[109]. In Weilimdorf stimmten nur 45,1% der Bauern[110] (lediglich vier von 16 Weingärtnern) ab, in Leonberg 36,1% (fünf von 19 Weingärtnern) und in Eltingen 59,3%, obwohl Bayha dort zum Abschluss seiner Kampagne gut besuchte Wählerversammlungen abgehalten hatte. Und auch unter den Handwerkern muss er Anhänger gehabt haben, wie das Beispiel Renningen zeigt. Bei etwa gleicher Wahlbeteiligung beider Berufsgruppen konnte Bayha dort fast 96% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, sicherlich ein Verdienst der regen Tätigkeit Gasteygers[111]. Bayhas Wahlkampfstrategie, eine konservative Einstellung und die Interessen der Landwirtschaft in den Vordergrund zu stellen, hatte sich insgesamt als sehr viel erfolgreicher erwiesen als die der Volkspartei.

---

[108] r = 0.79; der Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung der agrarischen Bevölkerung beträgt r = –0.64; die entsprechenden Werte für Bayha liegen bei r = 0.29 und r = 0.54 (gesonderte Berechnung aufgrund der Angaben aus dem Wählerverzeichnis). Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Leonberg 2: Die Zusammenhänge sind durchweg schwach; Diefenbach profitierte jedoch von einer hohen Wahlbeteiligung (r = 0.7895) und gewann seine Stimmen in Gemeinden mit einem hohen katholischen Bevölkerungsanteil (r = 0.8457).

[109] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Leonberg 2: r = 0.7054; in Gemeinden mit vielen selbstständigen Landwirten fand Bayha seine Wähler (r = 0.8285), besonders bei Landwirten von 2–5 ha (r = 0.9004), nicht aber bei solchen unter 1 ha (r = -0.7583).

[110] Damit übertrafen sie aber die Handwerker noch, die es nur auf 36,4% brachten; selbst bei den Beamten blieb die Beteiligung mit 66,7% unter dem Normalwert. Zu den Gründen für die insgesamt sehr niedrige Wahlbeteiligung von 37,74% geben die Quellen keine Hinweise.

[111] Nl Hölder Fasz. XIV, Stück 186–192: Danach engagierten sich u.a. auch Albrecht Gasteyger, der Schultheiß von Renningen und Vater von Gottlob Friedrich Gasteyger, Kaufmann Louis Haueisen (35 J.) und Schulmeister Ernst Bickle (31 J.) für die DP.

IV. Ergebnisse

Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts bedeutete als erste Partizipationsschwelle zweifellos eine Zäsur in der Wahlgeschichte Württembergs. Mit der Modernisierung des Wahlrechts änderten sich die Anforderungen an die Kandidaten und den Wahlkampf; alle Parteien erkannten die Notwendigkeit, sich über die Zeiten der Wahl hinaus zu organisieren und, im Falle der Volkspartei und der Deutschen Partei, die bereits bestehenden Organisationen auszubauen. Bei den liberalen Parteien spielte dabei der Gedanke eine wichtige Rolle, dass man nur durch eine schlagkräftige Organisation den permanenten Einfluss der Beamten auf die Wähler neutralisieren könne. Modern war mindestens bei einem Teil der Wahlberechtigten auch die Einstellung zur Wahl. Zwar wurden die Wochen vor und nach der Wahl als Zeiten des Unfriedens wahrgenommen – dahinter wird als Wunschbild eine harmonische Gesellschaft greifbar –, doch angesichts der kontroversen Positionen in den national- und innenpolitischen Fragen war der offen und erbittert ausgetragene Meinungsstreit eine Realität, die nur selten in Frage gestellt wurde; das Harmoniebedürfnis der Bürger wurde von den Parteien geradezu als Mittel eingesetzt, um Konkurrenten abzuschrecken und den eigenen Kandidaten durchzubringen.

Die unmittelbaren Auswirkungen des neuen Wahlrechts traten bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 allerdings nicht in jeder Hinsicht hervor: Die soziale Herkunft der Kandidaten, die sich zur Wahl stellten, blieb von der Ausweitung der Zugangsberechtigung unberührt, da der Mechanismus der Kandidatenfindung nach wie vor durch die bisherigen Eliten kontrolliert wurde. Hingegen verdoppelte sich der Kreis der Wahlberechtigten durch die Reform nahezu. Hatten bisher 13–14% der Bevölkerung zu den Urwählern gezählt[1], so erfüllten nun etwa 430 000 – das sind ca. 24% der Bevölkerung – vom Alter her die Voraussetzung zum Wählen. Die errechnete Zahl der Wahlberechtigten lag tatsächlich nur bei 345 755: Wahlfähige Männer, die sich in einer Gemeinde nur vorübergehend aufhielten, wurden nicht in die Wählerliste aufgenommen; es waren dies überwiegend Angehörige der Unterschichten sowie jene Wahlfähigen, die nicht wie die Steuerzahler von Amts wegen in die Wählerverzeichnisse aufgenommen worden waren und sich dadurch von der Teilnahme an der Wahl ausschlossen, dass sie sich nicht um die Aufnahme in die Wählerlisten bemüht hatten.

Alle statistischen Untersuchungen der württembergischen Wahlen auf der Grundlage von Aggregatdaten enthalten diesen Fehler[2], der im Durchschnitt bei 18% lag,

[1] Brandt, Parlamentarismus, S. 52; 1862 dürften das etwa 230 000 Urwähler gewesen sein.
[2] Schulte, Struktur, S. 87.

aber in den einzelnen Wahlkreisen beträchtlich variieren konnte[3]. Vor diesem Hintergrund scheinen gesicherte Aussagen vor allem auch über das Wahlverhalten der Arbeiter nur in Ausnahmefällen möglich. Dieses methodische Problem lässt sich wenigstens in Teilbereichen entschärfen, indem man auf eine Sozialstatistik nicht der gesamten Bevölkerung, sondern vielmehr der Wahlberechtigten abhebt. Neben den amtlichen Erhebungen der landwirtschaftlichen Betriebe, deren Eigentümer gleichzeitig von Amts wegen als Wahlberechtigte geführt wurden, bieten in dieser Hinsicht die überlieferten Wählerverzeichnisse punktuell wichtige Einsichten.

Der Politisierungsgrad derjenigen, die in die Wählerverzeichnisse aufgenommen waren, muss für die damalige Zeit außerordentlich hoch gewesen sein, – höher jedenfalls, als es die durchschnittlichen Partizipationswerte in den einzelnen Wahlkreisen vermuten lassen: In einer großen Zahl von Wahldistrikten wurden Partizipationswerte von über 80% erreicht, und auch bei Stichwahlen, die scheinbar kaum höhere Beteiligungswerte aufwiesen als die Hauptwahlen, müssen in erheblichem Umfang bisherige Nichtwähler ihre Stimme abgegeben haben, so dass sich insgesamt wiederum ein hoher Politisierungsgrad ergibt.

Die Höhe der Wahlbeteiligung wurde durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Über individuelle Umstände der Wahlberechtigten hinaus, jenseits der Kandidatenkonstellation und der besonderen Bedingungen der einzelnen Wahlkreise lassen sich auf den verschiedenen Untersuchungsebenen eine Reihe sozio-ökonomischer Faktoren erkennen, die den Partizipationsgrad mitbestimmten. Hier sind Landwirtschaftsstruktur und Gemeindegröße sowie Lebensalter und Beruf der Wähler zu nennen, an vorderster Stelle steht jedoch die Konfessionszugehörigkeit. In sehr viel stärkerem Maße und viel differenzierter, als dies bisher vermutet wurde, prägt diese das politische Verhalten der württembergischen Wähler.

Die älteren Analysen der württembergischen Wahlen um die Jahrhundertwende, soweit sie auf Württemberg insgesamt abzielten, vermochten meist nur recht schwache Zusammenhänge zwischen Wahlbeteiligung oder Parteistimmenanteilen und sozialstatistischen Merkmalen nachzuweisen. Die modernen Analysen, die anscheinend auf verbesserten Datensätzen fußen, bieten sehr viel überzeugendere Lösungen[4]. Für die Reichsgründungszeit fehlen solche verlässlichen Datensätze jedoch bisher. Der Einfluss etwa der Konfessionszugehörigkeit auf das Wählerverhalten lässt sich überzeugend auch nicht dadurch ermitteln, dass man beispielsweise nach Konfessionszugehörigkeit homogene Gruppen von Wahlkreisen bildet und diese dann vergleichend analysiert: Die Zahl der katholischen Oberämter ist letztlich zu gering,

[3] Anhaltspunkte dafür bietet der Anteil der Wahlberechtigten an der ortsanwesenden württembergischen Bevölkerung bzw. männlichen Bevölkerung am 3. Dezember 1867; in Ludwigsburg/Stadt machte dieser 15,80% und 30,72%, in Stuttgart/Stadt 17,34% und 35,50% aus, dagegen in Herrenberg 21,48% und 45,77%.

[4] Vgl. oben, S. 3, Anm. 12; letztlich bleibt aber auch hier unklar, wie in den schon von *Schulte* herausgestellten „Problemfällen" verfahren wird, dass z. B. in vielen Wahlkreisen nur ein Kandidat zur Wahl stand oder sich Kandidaten gleicher politischer Ausrichtung um das Mandat bewarben.

um hinreichend signifikante Aussagen zu gestatten. Die konfessionelle Struktur der 70 württembergischen Landtagswahlkreise lässt sich des Weiteren nur unzureichend durch das mathematisch-statistische Modell der Normalverteilung beschreiben; daher fehlt den errechneten Zusammenhängen zwischen Wahldaten und der Konfessionsstruktur die Beweiskraft.

Das neue Wahlrecht veränderte auch das Verhältnis zwischen Wählern und Kandidaten. *Das Volk fühlt sich: Früher ging es zum Kandidaten, jetzt soll dieser sich bewerben* [...], so fasste ein zeitgenössischer Beobachter in einem Rückblick auf die Landtagswahlen diesen Wandel zusammen[5]. Die Wähler erwarteten nun, dass die Kandidaten persönlich in den Wahlversammlungen erschienen und dass sie ihr politisches Verhalten darlegten, begründeten und rechtfertigten; vielfach sahen sich Bewerber auch gezwungen, ihr Wahlprogramm den Wünschen von Wählerversammlungen entsprechend zu modifizieren und dadurch von der „Parteilinie" abzuweichen. Wenn damit auch das spezifische persönliche Programm des einzelnen Kandidaten im Mittelpunkt stand, so setzten doch die dominierenden politischen Fragen – selbst die Frage der Steuerreform – einer ortsbezogenen Sicht enge Grenzen. Im Verhältnis der Wähler zu „ihrem" Kandidaten behielt die persönliche Treue einen hohen Stellenwert: Bei Stichwahlen beispielsweise verzichteten die Wähler eines unterlegenen Kandidaten oftmals lieber auf die erneute Stimmenabgabe, als für einen anderen Bewerber zu stimmen, selbst wenn dieser eine ganz ähnliche politische Linie vertrat.

Jenseits dieser Aspekte der Persönlichkeitswahl werden durch die Analyse der Wahldistrikte dann aber auch Aspekte der Parteien-/Programmwahl greifbar, indem die einzelnen Wahldistrikte losgelöst von den besonderen Bedingungen der Wahlkreise, zu denen sie gehörten, betrachtet werden. Als bestimmende Faktoren der Wahlentscheidung erweisen sich auf dieser Untersuchungsebene ebenfalls die Konfessionszugehörigkeit („katholisches Milieu")[6], die Gemeindegröße und – mit Einschränkung wegen der unsicheren Quellenbasis – die Landwirtschaftsstruktur. Für die Parteien treten dabei recht differenzierte, aber doch spezifische Schwerpunkte hervor.

Ob es gelingen kann, über die bisher bekannten Tatsachen hinaus Unterschiede zwischen den württembergischen Parteien vor der Reichsgründung in der sozialen Herkunft der Parteiführungen und/oder der Parteimitglieder nachzuweisen, erscheint fraglich, denn dazu müssten neue – statistische und biografische – Quellen erschlossen werden. Zusammengenommen sprechen aber zahlreiche Indizien dafür, dass sich bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 die Wähler der konkurrierenden Parteien auch nach sozio-ökonomischen Kriterien charakterisieren lassen, dass mithin in diesem Sinne das württembergische Parteienspektrum in der Reichsgründungszeit sozio-ökonomisch strukturiert, ansatzweise „modern" ist.

---

[5] Schw. Kronik Nr. 168, 16. Juli 1868, S. 1997.

[6] Vgl. Köhle-Hezinger, Evangelisch-Katholisch, passim: Die Zahl der konfessionellen Konflikte bewegte sich in diesen Jahren zwar auf sehr niedrigem Niveau, das Konfliktpotential war jedoch ständig vorhanden.

Teil 2.

Die Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

I. Die Ebene der Wahlkreise

1. Das Wahlergebnis im Überblick

Verglichen mit dem Meinungsumschwung vom Juli 1870[1] konnte das Ergebnis der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 nur mit Ernüchterung betrachtet werden[2]. 150 000 gegen 60 000 Wählerstimmen für den Einigungsvertrag waren zwar „unzweideutig"[3], aber sie machten doch nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten aus. Etwa 60 000 Stimmberechtigte (18%) hatten anscheinend die Seiten gewechselt, gegenüber 1868 war allerdings das Wählerinteresse merklich abgekühlt: Am 5. Dezember 1870 stimmten von 344 384 Berechtigten zunächst nur 204 420 = 59,36% ab – 1868 hatten die entsprechenden Werte noch bei 212 918 von den 345 755 Berechtigten, also 61,58% gelegen. In neun Wahlkreisen[4] – 1868 waren es sechs gewesen – wurde das Quorum von 50% Wahlbeteiligung unterschritten, so dass Ergänzungswahlen durchgeführt werden mussten, durch die die Wahlbeteiligung auf insgesamt 219 107 Abstimmende (63,62%)[5] zunahm, das waren 3736 weniger als 1868; und selbst der Durchschnitt der Ergänzungswahlen (75,66%) lag deutlich unter dem von 1868 (78,53).

Nun könnte die geringere Wahlbeteiligung ebenso wie die insgesamt um 1371 niedrigere Zahl der Wahlberechtigten einfach als eine Folge der politisch-militärischen Lage angesehen werden: Die Frontsoldaten und weitere Militärangehörige fielen als Wähler aus, da ihr Wahlrecht für die Dauer ihrer Abwesenheit von ihrer Garnison suspendiert war und sie aus den Wählerverzeichnissen gestrichen wurden[6]; die gerin-

---

[1] Vierhaus, Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg, S. 94ff.; W. Lang, Julius Hölder, S. 238f.; Rapp, Württemberger, S. 366ff; Grube, Der Stuttgarter Landtag, S. 542f.; Brandt, Parlamentarismus, S. 795.

[2] Rapp, Württemberger, S. 446.

[3] Ebd., S. 447.

[4] Heilbronn/Amt 39,12%→77,82%, Heilbronn/Stadt 39,48%→79,19%, Ludwigsburg/Stadt 46,51%→70,61%, Stuttgart/Amt 43,65%→78,20%, Stuttgart/Stadt 44,87%→71,93%, Kirchheim 42,68%→78,46%, Wangen 46,48%→72,13%, Leutkirch 48,86%→79,86% und Ellwangen/Amt 29,87%→72,77%.

[5] Grosse, Raith, Beiträge zur Geschichte und Statistik, S. 37–41 errechnen 63,3%, die Abweichung ergibt sich dadurch, dass nicht immer die ungültigen Stimmen berücksichtigt werden; vgl. HStAS E 150 Bü 861, Fasz. 1, Bl. 118 Landesübersicht über die Ergebnisse der Landtagswahlen von 1870, 76, 82, 89, 95 in Württemberg; Wahlberechtigte 1870: 344 384, abgegebene Stimmen 1. Wahlgang: 219 132/mit Ergänzungswahlen: 220 368; DP 147 843/148 031, VP 64 938/66 048 zersplittert und ungültig 6351/6289.

[6] StASig Wü 65/37 Oberamt Tuttlingen, Bü 110 Normalien, Erlass des Innenministeriums an

gere Wahlbeteiligung lässt sich hingegen nicht mit dem Stimmverhalten der Soldaten in Zusammenhang bringen: Weder heben sich die großen Garnisonsstädte[7] von den übrigen Wahlkreisen ab, noch lässt sich die Zu-/Abnahme des Wählerinteresses gegenüber 1868, die in den Wahlkreisen zwischen +31 und –27%-Punkten liegt, vom Ausmaß her als Folge des Verhaltens der Soldaten erklären. – Die Zurückhaltung vieler Württemberger in der Frage des Eintritts in das Deutsche Reich scheint also eher auf bewusstem politischen Verhalten zu beruhen, und es ist zunächst zu klären, inwieweit die Kandidaten und ihre Programme zur Mobilisierung der Wähler beitrugen.

2. Die Kandidaten

Am 5. Dezember 1870 standen 129 Kandidaten zur Wahl – deutlich weniger als noch 1868. Innenminister Scheurlen war in den Wahlkreisen Gaildorf und Künzelsau aufgestellt worden; fünf weitere Kandidaten – davon zwei neue[8] – kamen für die Ergänzungswahlen[9] hinzu, und 19 Männer erhielten Wählerstimmen[10], obwohl sie gar nicht (mehr) kandidierten[11].

Das Wahlbündnis aus Ministeriellen und Deutscher Partei bot die Mehrheit der Kandidaten auf (73); von den 70 württembergischen Landtagswahlkreisen blieben nur drei – Wangen, Neresheim und Ellwangen/Amt – ohne einen Bewerber dieser Richtung.

Von den 47 Männern, die im Juli 1868 mit dem Programm des „Beobachters" kandidiert hatten, traten im Dezember 1870 nur noch 32 wieder an; aber Heß hatte die Seiten gewechselt, und zu den Genannten zählten auch jene, die der VP-Fraktion zu-

---

alle Oberämter vom 14. November 1870; sie wurden wieder in die Verzeichnisse aufgenommen, wenn absehbar war, dass sie innerhalb von 6 Tagen vor der Wahl in die Garnison zurückkehrten. Nach einem Erlass des Innenministers vom 8. November 1870 waren nun auch die ritterschaftlichen Wahlberechtigten zur Teilnahme an der Abgeordnetenwahl der Städte und Oberamtsbezirke berechtigt.

[7] Zu Ulm: siehe unten, S. 366ff.

[8] Neben August Becher in Heilbronn/Amt war dies in Stuttgart/Amt Wilhelm Kick, (1825–1888), Oberlehrer in Bernhausen, Bienenzüchter, Lehrer an der Ackerbauschule Hohenheim. (KLEIN, Die akademischen Lehrer, S. 147). – Für Kicks Kandidatur wurde erst zwei Tage vor dem Ergänzungswahltermin geworben (SVZ Nr. 298, 16. 12. 1870, S. 1225); die Kandidatur wurde scharf kritisiert als *für das Interesse sowohl des Bezirks als des Landes schädlich* [...], *da im äußersten Falle nur eine ärgerliche Stimmenzersplitterung damit erzielt werden konnte.* (SVZ Nr. 300, 18. 12. 1870, S. 1232).

[9] In Übersicht 16 mit „3)" gekennzeichnet.

[10] In Übersicht 16 mit „4)" gekennzeichnet. Im Übrigen folgt die Kennzeichnung der in Übersicht 1 (oben S. 18f.) verwendeten: grau unterlegte Felder= „offizielle" Kandidaten; Unterstreichung = Wahlsieger; 1) der Kandidat ist zum Ergänzungswahltermin angetreten; 2) der Kandidat ist von der Kandidatur zurückgetreten, hat aber trotzdem Wählerstimmen erhalten.

[11] Bei allen Nachwahlen der Legislaturperiode 1870–76 kamen noch einmal 19 weitere Männer hinzu.

vor den Rücken gekehrt und sich der großdeutschen Fraktion angeschlossen hatten[12] und die, wie Pfäfflin, im Wahlkampf von der Volkspartei nicht unterstützt wurden, weil der sie in der Abstimmung über die Militärfrage im Stich gelassen hatte[13].

Weniger als die Hälfte der VP-Kandidaten von 1868 mochte sich also 1870 erneut bewerben. Neben Wilhelm Seeger[14] und Gustav Friedrich Wagner[15] tauchten nun auch einige neue Namen auf: Elsäßer[16], Honold[17], Nübel[18]; doch diese Männer vermochten die Lücken nicht zu schließen. Die Kandidatennot der Volkspartei spiegelte sich auch darin, dass die Volkspartei selbst einen so unsicheren Kandidaten unterstützte wie Wilhelm Römer, dem man Opportunismus vorwarf[19].

Noch schlimmer stellte sich die Lage bei den Großdeutschen dar. Von 31 Bewerbern im Jahre 1868 waren 18 geblieben, doch Storz und Streich hatten die Seiten gewechselt, und die Namen von Kern, Reibel, Vayhinger, Faber oder Zimmerle waren jeweils nur von einer Handvoll Getreuer auf die Stimmzettel gesetzt worden. Von den verbleibenden elf Wahlkreisen lagen nur drei – Urach, Tübingen/Stadt und Gerabronn – im protestantischen Landesteil; Aalen und Geislingen waren paritätisch, Gmünd, Biberach, Ravensburg, Tettnang, Wangen und Ellwangen/Stadt katholisch. Die Großdeutschen hatten mithin den protestantischen Teil der Wählerschaft nicht bloß verloren, sie hatten ihn vielmehr kampflos aufgegeben.

Was die politische Ausrichtung betrifft, so lassen sich die 70 siegreichen Kandidaten wie folgt (Diagramm 9a) einordnen, wobei zu bedenken ist, dass sich Deutsche Partei und Ministerielle einerseits, Großdeutsche und Volkspartei andererseits[20] gewöhnlich wechselseitig unterstützten und daher die Grenzlinien zwischen den kooperierenden Gruppen nicht immer exakt zu bestimmen sind.

Macht Diagramm 9a bereits deutlich, dass es Großdeutschen und Volkspartei nicht gelingen würde, die für die parlamentarische Absegnung des württembergischen Reichseintritts nötige Zweidrittelmehrheit zu verhindern, so stellte sich ihre

---

[12] Brandt, Parlamentarismus, S. 782: Ammermüller, Becher, Erath, Pfäfflin, Ruf, Hopf, Österlen, Nüßle, Heß, Nägele.

[13] Beobachter Nr. 275, 20 November 1870; SVZ Nr. 279, 24. November 1870, S. 1149.

[14] Wilhelm Seeger (1807–1872), Amtspfleger in Maulbronn (frdl. Auskunft des Standesamts Maulbronn).

[15] Gustav Friedrich Wagner (1821–1899), Wollwarenfabrikant in Calw.

[16] Christian Ludwig Elsäßer (1833–1881), Bierbrauer in Kochendorf/OA Neckarsulm (frdl. Mitteilung des Stadtarchivs Bad Friedrichshall).

[17] Georg Gottlob Honold (1828–1912), Oberlehrer in Langenau/OA Ulm; 1893–1908 Vorsitzender des Württembergischen Volksschullehrervereins und zeitweilig Redakteur der „Volksschule"; vgl. Friederich, Die Volksschule in Württemberg, S. 301f. – Der erste Volksschullehrer im Stuttgarter Parlament seit 1868 war freilich nicht Honold, sondern Johannes Uhl.

[18] Friedrich Nübel (1831–1883), Hospitalpfleger in Nürtingen, Gemeinderat, seit 1865 Kassier der Handwerkerbank; Schw. Kronik (1883), S. 317, 337; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 619.

[19] Beobachter Nr. 276, 22. November 1870; SVZ Nr. 280, 25. November 1870, S. 1152.

[20] Mit Runge, Volkspartei, S. 171, Anm. 35 werden hier neben Schwarz, Retter, Völmle, Gutheinz, Küble, Uhl und Vollmer auch Österlen, Egelhaaf, Erath, Nübel und Hopf der VP zugerechnet.

Übersicht 16: Die Kandidaten und ihre Stimmenanteile, Landtagswahl 1870

Wahlkreis				Deutsche Partei	Ministerielle	Großdeutsche	Volkspartei
	5. 12.70	Erg.	St.				
Neckarsulm	63,29				Schwandner 32,30⊕		Elsäßer 30,77⊖
Heilbronn/Amt	39,12	77,82		Haag 56,89⊕		Rauth 4,74 [4]	Becher 6,03 [1]
Heilbronn/Stadt	39,48	79,19		Fr. E. Mayer 65,53⊕		Reibel 1,84 [4]	Becher 1,2 [4]
Brackenheim	55,50				Schneider 52,69⊕	D. Mayer 0,98 [4]	R.Winter 1,02 [4]
Maulbronn	51,59			Fetzer 40,64⊕			Seeger 10,36⊕
Vaihingen	66,74			Vischer 29,36⊕			Hopf 37,15⊖
Besigheim	68,80			Bälz 46,04⊕			K. Mayer 22,77⊖
Marbach	52,81			E. Müller 43,83⊕			Gock 8,04
Backnang	70,16			&	Dillenius 45,82⊕		Nägele 23,89⊖
Weinsberg	58,76			Mühlhäuser 43,38⊕			Niethammer 14,80⊖
Ludwigsburg/Amt	54,20			Paulus 35,89⊕	Groß 17,81⊕		
Ludwigsburg/Stadt	46,51	70,61		V.Körner 62,93⊕			
Stuttgart/Amt	43,65	78,20		G. Müller 63,18⊕	Kick 8,40⊕ [1]		Wiedemann 5,12 [2]
Stuttgart/Stadt	44,87	71,93		G.Müller 4,00 [3]	Sick 67,95⊕		K.Mayer 4,27 [3]
Esslingen	72,48			&	Wolff 40,32		Tafel 31,65⊖
Cannstatt	62,99			Fr. v. Weber 61,58⊕ [Mäulen 0,45]			
Schorndorf	59,53				Hofacker 57,90⊕	Kern 1,24 [4]	
Waiblingen	54,40			Heß 21,78⊕	Simon 31,06⊕		Binz 1,1 [4]
Böblingen	56,82			Elben 55,57⊕			
Leonberg	55,65			Daur 42,18⊕		Sting 13,30⊕	&
Herrenberg	55,14			Schüle 30,59⊕			Renschler 24,19⊖
Rottenburg	57,13				G. Vogt 54,25⊕		
Tübingen/Amt	56,56			H. v. Weber 21,93⊕	Hörner 34,49⊕		

Tübingen/Stadt	77,37			Palmer 53,20⊕		Schott 23,96⊖	
Nürtingen	69,77			Rümelin 26,44⊕			Nübel 43,15⊖
Kirchheim	42,68	78,46		Chr. Mayer 41,64/65,11⊕[Wächter 1,26]		Faber 5,6[4)]	Betz 0,9[4)]
Neuenbürg	67,55			Leo 30,78⊕	Beutter 36,62⊕		
Calw	70,37			&	Schuldt 50,49⊕		Wagner 19,74⊖
Nagold	56,95				Geigle 46,87⊕	Stein 6,54⊕[4)]	
Freudenstadt	65,66			Walther 58,77⊕	Neudörffer 1,73		Hegel 1,34 [4)]
Horb	64,45			Schweizer 11,63⊕			Erath 52,44⊖
Sulz	60,34			T. Vogt 41,26⊕			Pfäfflin 18,92⊖
Oberndorf	60,36		80,6	&	A. Maier 30,09/35,63⊕		Gutheinz 30,09/44,96⊖
Rottweil	60,22			&	Boscher 30,73⊕		Bürk 29,27⊖
Tuttlingen	69,44			Storz 39,75⊕	&		Villinger 29,49⊖
Spaichingen	55,45			&	Bühler 35,63⊕	Vayhinger 1,63 [4)]	Häring 18,08⊖
Balingen	69,11			Weizsäcker 24,84⊕			Schwarz 44,43⊖
Reutlingen/Amt	60,13			Rehm 42,24⊕			W. Römer 17,83(?)
Reutlingen/Stadt	61,33			H.Finckh 31,59⊕			Stumpp 29,46⊖
Urach	69,14			Lenz 50,97⊕		Fricker 18,04⊖	
Blaubeuren	69,92			Auch 54,62⊕			Nüßle 15,16⊖
Ehingen	50,70			Schmid 49,58⊕			
Münsingen	74,23			Bosler 45,46⊕			Geiger 28,65⊖
Tettnang	60,27			Rahmer 14,06⊕	&	Al. Maier 46,01(⊖)	&
Wangen	46,48	72,13				Dentler 64,20⊖	
Leutkirch	48,86	79,86		v. Schmidsfeld 18,46/27,74⊕			Völmle 30,15/51,41⊖
Ravensburg	55,92				Khuen 30,73⊕	Lupberger 25,09⊖	
Waldsee	66,70			Golther 24,66⊕			Uhl 41,89⊖
Biberach	62,29			Imhof 14,82⊕		Probst 47,63⊖	

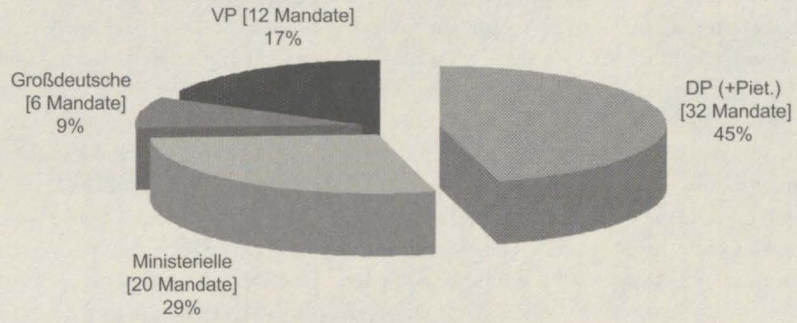
Übersicht 16: (Fortsetzung)

Wahlkreis				Deutsche Partei	Ministerielle	Großdeutsche	Volkspartei
	5. 12.70	Erg.	St.				
Laupheim	58,76				Stetter 29,07⊕		Vollmer 29,30⊖
Riedlingen	52,57				Rath 30,49⊕		Wolbach 21,94⊖
Saulgau	68,86			Pischl 34,28⊕			Küble 34,50⊖
Ulm/Amt	66,49				Kolb 42,03⊕		Honold 24,32⊖
Ulm/Stadt	50,43			Pfeiffer 28,18⊕	Veesenmayer 21,98⊕		
Heidenheim	67,63			Fink 44,05⊕			Ammermüller 22,94⊖
Neresheim	52,40						Ruf 52,30⊕
Aalen	55,30			Österlein 24,71⊕	& Wiedenhöfer 1,92 [4]	Mohl 28,34⊖	
Gmünd	57,66			Streich 32,20⊕		Wiest 25,26⊖	
Göppingen	68,72			Hölder 44,74⊕	&		Amos 23,84⊖
Geislingen	84,32			R. Römer 48,72⊕		J. Bucher 35,55⊖	
Oehringen	56,33			Schall 50,44⊕			Neuffer 5,59⊖
Künzelsau	64,39				Scheurlen 41,08⊕		Becher 23,10⊖
Mergentheim	51,16				v. Mittnacht 50,84⊕		
Gerabronn	68,18			Ankelen 27,84⊕		Egelhaaf 40,02⊖	
Crailsheim	61,70		70,46	Kopp 0,83⊕ [4]	Schmidt 15,02/ Sarwey 23,83/37,96⊕		Abelein 21,67/32,19(⊖)
Hall	66,12			Bockshammer 28,98⊕	&		Österlen 35,83⊖
Ellwangen/Amt	29,87	72,77			Zimmerle 2,04 [4]	Wolfromm 0,5 [4]	Retter 67,59⊖
Ellwangen/Stadt	63,61			H. Bucher 10,04⊕		Bayrhammer 52,55⊖	
Gaildorf	58,44				Scheurlen 50,12⊕	Abt 4,21 [4]	Schließmann 3,69⊖
Welzheim	53,31			Friz 52,06⊕			Tafel 0,21 [4]

& = Unterstützung
⊖ = gegen den Beitrittsvertrag
⊕ = für den Beitrittsvertrag

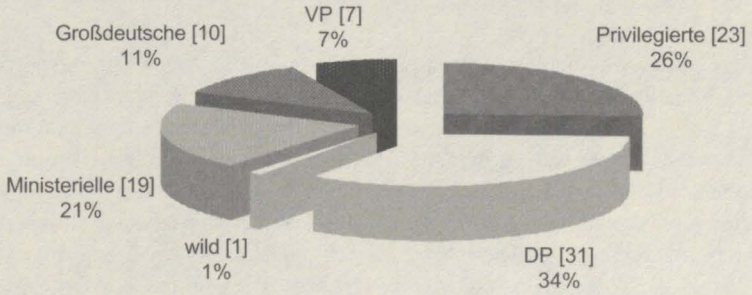
Hinweise 1) bis 4) s. Anm. 9 und 10 auf Seite 240.

Diagramm 9a: Die Mandatsverteilung Mitte Dezember 1870



Position dann in der Abgeordnetenkammer sogar noch schlechter dar (Diagramm 9b[21]). Denn die Wahl im Oberamt Laupheim, wo sich der Kandidat der Volkspartei wieder durchgesetzt hatte, war angefochten und annulliert worden[22]. Zudem hatten einige der Großdeutschen schon im Wahlkampf erkennen lassen, dass sie unter Umständen dem Beitrittsvertrag zustimmen würden und auch von den Privilegierten in der Abgeordnetenkammer durften sich Volkspartei und Großdeutsche kaum Unterstützung erwarten[23].

Diagramm 9b: Die Sitzverteilung in der württembergischen Abgeordnetenkammer am 23. Dezember 1870



[21] Bei dem „wilden" (d.h. fraktionslosen) Abgeordneten handelte es sich um Johannes Daur, den Abgeordneten des Oberamts Leonberg, er schloss sich der DP-Fraktion nicht an, hatte sich aber für den Reichseintritt ausgesprochen; der großdeutsche (VP) Abgeordnete Erath (Oberamt Horb) fehlte am 23. Dezember wegen Krankheit; auch der Bischof von Rottenburg war abwesend; Karl August Fetzer leitete die Sitzung als Alterspräsident und stimmte nicht ab.

[22] Vgl. Runge, Volkspartei, S. 175. – Küble, der VP-Abgeordnete von Saulgau, war zwar legitimiert worden, die Wahl wurde aber ebenfalls angefochten und für ungültig erklärt. Die Neu-

Ihrer sozialen Herkunft nach gehörten die Kandidaten auch im Dezember 1870 fast ausschließlich den Kategorien „Beamte", „Bildung" und „Besitz" an; der einzige Handwerker war nach wie vor Schlossermeister Nägele; Landwirte, die nicht gleichzeitig auch Schultheißen waren, finden sich unter den offiziellen Bewerbern kaum[24]. Hatte 1868 unter den 161 Kandidaten der Anteil der Beamten aller Kategorien bei etwa 48% gelegen – unter den Gewählten waren 34 Beamte –, so stieg er im Dezember 1870 auf etwa 56% an – unter den Gewählten sogar auf fast 66,6%. Unabhängig vom Wahlergebnis, das die Tendenz zum „Beamtenparlament"[25] noch deutlich verstärkte, spiegelt sich in der Veränderung der Berufsstruktur der Kandidaten seit 1868 die veränderte politische Lage: Einerseits fanden sich kaum halb so viele Männer wie 1868 zu einer Kandidatur für die Volkspartei, andererseits wagten nun viel mehr höhere Beamte offen für die Deutsche Partei aufzutreten. Insofern verschob sich das soziale Profil der DP-Kandidaten, während bei den Bewerbern aus den übrigen Parteien keine grundlegenden Veränderungen eintraten: Die ministerielle Gruppe blieb die Partei der hohen Staatsbeamten, unter den Großdeutschen und in der Volkspartei waren eher mittlere und niedere Beamte zu finden, dazu Redakteure und Rechtsanwälte, Gutsbesitzer, Kaufleute und Fabrikanten.

Wer erwartet hätte, dass sich in der Reichsgründungswahl eine Art Aufbruchstimmung niederschlagen würde und unter den Kandidaten nun verstärkt jüngere Männer zu finden sein würden, der sah sich getäuscht. Die großdeutschen Kandidaten waren im Mittel 53,8 Jahre alt, die Gewählten brachten es auf ein Durchschnittsalter von 57 Jahren; für die Ministeriellen lauteten die entsprechenden Werte 50,6 und 49,5 Jahre, für die Volkspartei 48,0 und 49,6 Jahre und für die Deutsche Partei 49,6 und 48,8 Jahre. Gegenüber 1868 lag der Durchschnitt um 2,2 bis 2,4 Jahre höher: 1870 traten also überwiegend nicht jüngere Kandidaten, sondern meist die gleichen Altersgruppen an wie 1868.

Diagramm 10, das die Altersstruktur der Kandidaten bzw. gewählten Abgeordneten veranschaulicht, arbeitet die spezifischen Unterschiede zwischen den vier Parteien heraus. Während die großdeutschen Kandidaten und Abgeordneten zu mehr als 80% älter als 50 Jahre waren, gehörten 56% bzw. 63% der Ministeriellen zu denen, die jünger als 50 Jahre waren. Laufbahnbedingt fehlten bei ihnen diejenigen unter 40 – von allen vier Parteien war aber unter den Ministeriellen der Anteil der Jüngeren am höchsten. Im direkten Vergleich zwischen Kandidaten und Wahlsiegern von Deutscher Partei und Volkspartei schneidet die Deutsche Partei immer etwas mehr zu den

---

wahlen in Laupheim und Saulgau fanden am 20. September 1871 statt. In beiden Wahlkreisen blieb das Wählerinteresse so gering, dass Ergänzungswahlen am 26. bzw. 25. September nötig wurden. Die Neuwahl in Künzelsau, wo Innenminister von Scheurlen das Mandat abgelehnt hatte, fand am 16. Januar 1871 statt.

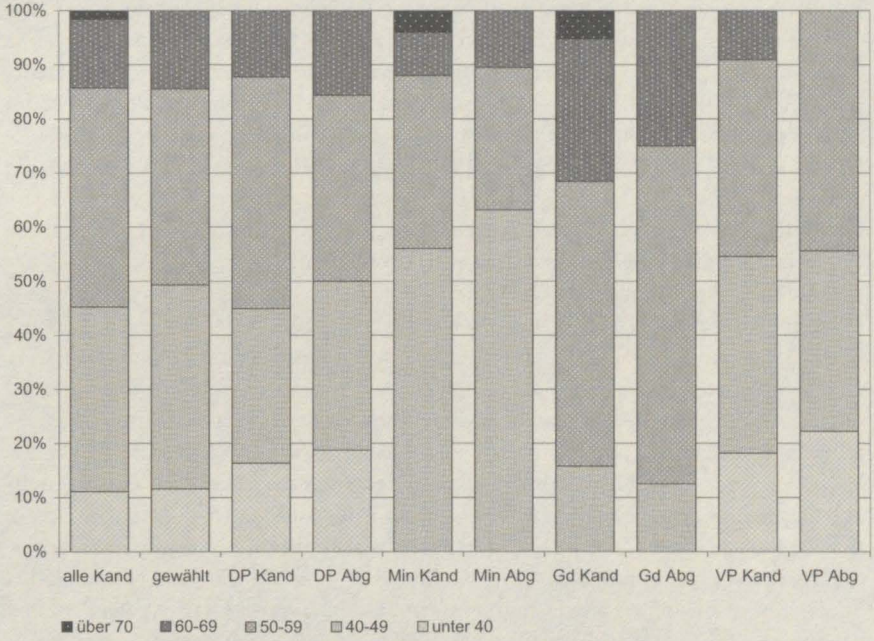
[23] Vgl. Rapp, Württemberger, S. 459f.; die Privilegierten stimmten geschlossen für den Beitritt.

[24] Über Rauth und Abt, die als Ökonomen bezeichnet werden, fehlen genauere Informationen; Wilhelm Römer dürfte Pächter von Gut Alteburg (142 ha) gewesen sein.

[25] Beobachter Nr. 285, 2. Dezember 1870 „Eine Beamtenkammer nach dem Herzen der Regierung".

Älteren hin ab: In der Ausnahmesituation von 1870 wurden aus den Wahlkreisen oftmals die Männer als Kandidaten ausersehen, die sich schon länger für die kleindeutsche Einheit im Sinne der Deutschen Partei eingesetzt hatten: Männer wie Eduard Leo, Peter Schweizer, Friedrich Eduard Mayer oder Joseph Pischl.

Diagramm 10: Die Altersstruktur der Kandidaten und gewählten Abgeordneten 1870



Was den Prozess der Kandidatenaufstellung betrifft, so lassen die Quellen wiederum nur begrenzte Blicke hinter die Kulissen zu. Die führenden Großdeutschen brachten sich selbst als Kandidaten ins Gespräch, als sie am 9. November 1870 mit ihrer Erklärung an die Öffentlichkeit traten, dass sie *in diesem verhängnisvollen Augenblicke* [sc. in dem es um den Beitritt Württembergs zum Norddeutschen Bund ging] *sich der Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen weniger als je entziehen* dürften[26]. Da ihnen keine eigene Parteiorganisation, allenfalls ein Volksverein, zur Verfügung stand, hing ihr Erfolg entscheidend davon ab, inwieweit sie noch von den Honoratioren in den Gemeinden ihrer bisherigen Wahlkreise unterstützt werden würden. Selbst scheinbar sichere Wahlsieger wie Egelhaaf oder Franz Hopf mussten nun feststellen,

[26] Schw. Kronik 11. November 1870, S. 3186; DV Nr. 265, 11. November 1870 „Wahlsache"; Beobachter Nr. 267, 11. November 1870 „Wahlsache"; Beobachter Nr. 271, 16. November 1870 mit einer weiteren Erklärung.

dass Pfarrer und Beamte – darunter ehemalige Freunde – bzw. Schultheißen, Lehrer und Gutsbesitzer gegen sie wirkten[27].

In der Volkspartei herrschte akute Kandidatennot, wie das Landeskomitee in seiner Sitzung vom 13. November feststellen musste[28]. Mindestens in Esslingen und Riedlingen konnte das Landeskomitee aushelfen und Kandidaten vermitteln; gewöhnlich lehnten sich die Kandidaturen jedoch an die noch bestehenden Parteiorganisationen an, so etwa in Crailsheim, Hall, Heidenheim, Neckarsulm, Nürtingen, Rottweil, Saulgau, Spaichingen, Tuttlingen; die Vorstände der Volksvereine in Calw und Winnenden, Gustav Friedrich Wagner und Karl August Binz, übernahmen sogar die Kandidatur[29]; hinter Vollmers Kandidatur in Laupheim standen wiederum Stadtschultheiß Müller und Pfarrer Hepp mit dem Bürgerverein. Fühlten sich aber im Sommer 1868 die Kandidaten der Volkspartei meist im Einklang mit einer breiten Öffentlichkeit, so herrschten im Winter 1870 Trotz und Pflichtgefühl vor; gehörte die demokratische Legitimation einer Kandidatur im Jahre 1868 gerade für die Volkspartei zu den wichtigen Voraussetzungen, so konnte 1870 selbst ein Karl Mayer diese Vorbedingung für seine Kandidatur nur knapp erfüllen.

Das Wahlbündnis zwischen Deutscher Partei und Regierung[30] wies der Parteiführung eine Mittlerrolle zu zwischen den Interessen der recht eigenständigen Parteiorganisationen auf lokaler Ebene und den Wünschen der Regierung. Durchweg ging die Initiative zu Kandidaturen auch in der Deutschen Partei von den Ortsvereinen oder den Vertrauensleuten aus, denn diese konnten die Machtverhältnisse und die Stimmung vor Ort am besten einschätzen. In einer Reihe von Wahlkreisen sahen die Vertrauensleute keine Chance, einen eigenen Bewerber der Deutschen Partei durchzubringen; hier bot sich daher die Unterstützung der anderen „nationalen" (ministeriellen) Kandidaten an, so in den Oberämtern Brackenheim, Mergentheim, Künzelsau, Neckarsulm oder in Ravensburg, wo immerhin noch die Hoffnung bestand, den ministeriellen Bewerber, Stadtschultheiß Khuen[31], im Sinne der Deutschen Partei zu beeinflussen[32].

Vergleichsweise einfach gestaltete sich die Suche nach einem geeigneten Kandidaten in der Stadt Reutlingen, wo man auf den Kommerzienrat Heinrich Finckh zurückgriff[33], der dem Landeskomitee der DP angehörte, im Reutlinger Ortsverein führend tätig war und die Stadt schon 1867/68 im Landtag vertreten hatte. Auch die Kan-

[27] Beobachter Nr. 287, 4. Dezember 1870 (Gerabronn); Isermeyer, Franz Hopf, S. 281.

[28] Beobachter Nr. 270, 15. November 1870.

[29] Binz zog seine Kandidatur freilich schnell wieder zurück, da er nicht gegen seinen Schwager Gebhard Simon kämpfen wollte.

[30] Rapp, Württemberger, S. 438.

[31] Albert Khuen (1829–80), Rechtsanwalt, seit März 1870 Stadtschultheiß von Ravensburg; Landtagsabgeordneter für Ravensburg 1870–1880; Schw. Kronik (1880), S. 1246, (1881), S. 18; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 437; siehe oben, S. 162.

[32] Brackenheim: Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 272; Mergentheim: Rapp, Württemberger, S. 438; Künzelsau: Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 340; Neckarsulm: Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 302; Ravensburg: Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 258.

[33] Beispielsweise: DV Nr. 273, 20. November 1870.

didatur Rehms im Amt scheint unumstritten gewesen zu sein. Maulbronn entschied sich erneut für Fetzer[34], seinen langjährigen Abgeordneten; die Bürgergesellschaft in Ludwigsburg stellte wiederum Körner auf, Waldsee setzte einmal mehr auf Golther, und die DP Tuttlingen nominierte wieder (!) Storz[35].

Vielfach mussten bei der Kandidatensuche die örtlichen Machtverhältnisse und Empfindlichkeiten berücksichtigt werden. Im Oberamt Waiblingen wurde die Aufstellung eines würdigen Gegenkandidaten gegen Heß, der von der Volkspartei zur Deutschen Partei übergewechselt war, durch die Rivalität zwischen der Oberamtsstadt und Winnenden bestimmt[36]. Nachdem Heinrich Schoffer[37] die Kandidatur im Oberamt Sulz abgelehnt hatte, entschied sich die Deutsche Partei für Amtspfleger Vogt[38]; eigentümlich sei, dass seine Aufstellung *zum Teile einer Eifersucht der Stadtgemeinde Rosenfeld auf die Oberamtsstadt zugeschrieben werden* könne[39]. Im Oberamt Heidenheim war die Kandidatur des Schultheißen Fink das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den rivalisierenden DP-Anhängern in Heidenheim und Giengen[40]. Zu den vier „nationalen" Kandidaten im Amt Ludwigsburg kam Ende November noch Philipp Paulus hinzu; trotz aller Bemühungen gelang es nicht, einen gemeinsamen Kandidaten zu finden: Paulus wurde offen von der Deutschen Partei unterstützt, der letztlich verbleibende Gegner, Oberamtspfleger Groß, der den Wahlkreis schon von 1839 bis 1843 und von 1851 bis 1868 im Landtag vertreten hatte, von den Schultheißen[41].

Wenn Konkurrenten für den bereits feststehenden Kandidaten aus der eigenen Partei auftraten, wurden diese gewöhnlich zum Verzicht genötigt, indem an ihren Patriotismus appelliert und auf die Gefahr eines gegnerischen Sieges aufgrund der drohenden Stimmenzersplitterung hingewiesen wurde. So wurde in Urach, wo Professor Adam zugunsten von Staatsanwalt Lenz auf die Kandidatur verzichtete hatte, Dr. Weinland aus Hohenwittlingen vorgeschlagen, der jedoch bald verzichtete[42]. Die DP

---

[34] Karl August Fetzer (1809–1885), „Feuerreiter" Jg. 1827, Rechtsanwalt; Abgeordneter zur Nationalversammlung 1848/49; Landtagsabgeordneter für Maulbronn 1845–1849, 1849, 1850 (I.–III. LV), für Tübingen/Stadt 1851–1855, für Maulbronn 1856–1868 und 1870–1876; Runge, Volkspartei, S. 73; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 389ff.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 199ff.

[35] Reutlingen/Amt: Schw. Kronik (1870), S. 3267; Maulbronn: Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 305; Ludwigsburg/Stadt: Schw. Kronik (1870), S. 3181f.; Waldsee: Schw. Kronik (1870), S. 3192, 3247; Tuttlingen: Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 269.

[36] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 353, 354, 364.

[37] Heinrich Schoffer (1832–1898), Vorstand der Ackerbauschule Kirchberg/OA Sulz; Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins; Landtagsabgeordneter für Sulz 1889–1894; Schw. Kronik (1898), S. 62; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 827.

[38] Schw. Kronik (1870), S. 3232; Tobias Vogt (geb. 16. Juni 1824; lt. Wahlurkunde 16. Juli 1825), Oberamtspfleger in Sulz; Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 498; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 955.

[39] SVZ Nr. 279, 24. November 1870, S. 1149 „Vom Mühlbach, 20. November".

[40] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 335, 370; siehe unten, S. 351ff.

[41] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 386, 411, 422; Schw. Kronik (1870), S. 3307.

[42] Schw. Kronik (1870), S. 3307 und 3369.

Blaubeuren nominierte Stadtschultheiß Auch[43] sehr frühzeitig, um jede andere Kandidatur von vornherein unmöglich zu machen[44]; dennoch trat Oberamtsgeometer Kimmich als Kandidat der DP auf, doch er wurde schnell wieder zum Verzicht genötigt. Auch in Cannstatt drohte zeitweilig Stimmenzersplitterung durch das Auftreten Mäulens[45].

Doch in ganz besonders schwierigen Fällen schalteten die Vereine das Landeskomitee ein. In Horb, wo jede „nationale" Kandidatur aussichtslos schien, baten die Anhänger der DP das Landeskomitee um einen Kandidatenvorschlag, bevor sich Schultheiß Schweizer aufzutreten bereit fand[46]. Ebenso bat die Deutsche Partei in Rottweil um Vermittlung eines Kandidaten[47]; die Deutsche Partei in Gerabronn hatte sich für Ankelen als Gegner Egelhaafs entschieden und bat nun das Landeskomitee um Einwirkung auf Ankelen, dass er zustimme[48]. Für den Wahlkampf gegen Niethammer suchten die DP-Anhänger in Weinsberg einen geeigneten Kandidaten; Stücklen und Regierungsrat von Gärttner lehnten wegen geringer Erfolgsaussichten ab. Hölders Vorschlag, Lautenschlager[49] oder Gustav Müller zu nehmen, stieß auf Ablehnung, da es in Weinsberg keine Gewerbe gäbe. Schließlich fand sich Johannes Mühlhäuser[50] zögernd zu der Kandidatur bereit[51].

Im Oberamt Leonberg war Anfang November 1870 die Kandidatenfrage immer noch offen, wie Ratsschreiber Gasteyger Hölder berichtete; Bayha hatte abgelehnt, Friedrich Notter[52] war zu einer Kandidatur eingeladen worden, doch die Schultheißen Nick[53] von Heimsheim, Holzhäuser[54] von Merklingen und Pantle[55] von Ditzin-

---

[43] Friedrich Auch (geb. 16. April 1833); Stadtschultheiß in Blaubeuren, seit 1874 Ökonomieverwalter der Kgl. Irrenanstalt in Schussenried; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 16; 1868 hatte Auch seine Kandidatur von der Zustimmung der bürgerlichen Kollegien abhängig gemacht (Staatsanzeiger, Nr. 150, 26. Juni 1868, S. 1558).

[44] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 279; Schw. Kronik (1870), S. 3225, 3327; SVZ Nr. 283, 29. November 1870, S. 1165; Schw. Kronik (1870), S. 3335; SVZ Nr. 284, 30. November 1870, S. 1169.

[45] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 385.

[46] Ebd., Stück 357; Schw. Kronik (1870), S. 3287, 3357

[47] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 332, 374.

[48] Ebd., Stück 259, 334.

[49] Ernst Karl Lautenschlager (1828–1895), Rechtsanwalt in Stuttgart, Obmann des Bürgerausschusses, Gemeinderat, seit 1888 Direktor der Lebensversicherungs- und Ersparnisbank; Schw. Kronik Nr. 328, 334 (1909); NDB 9, S. 321; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 495.

[50] Johannes Mühlhäuser (1834–1914), Inspektor der Weinbauschule in Weinsberg; 1879–1881 Lehrer für Weinbau in Hohenheim; Schw. Kronik (1914), S. 155f.; KLEIN, Die akademischen Lehrer, S. 150; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 585.

[51] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 265, 266, 267, 264, 303.

[52] Friedrich Notter (1801–1884); „Germania" Jg. 1819; Dr., Schriftsteller; 48er, Landtagsabgeordneter für Leonberg 1848/49, 1850 (III), 1851–1855; Reichstagsabgeordneter für Balingen, Rottweil etc. 1871–1874; ADB 24 (1887), S. 44; Lbb. aus Schwaben und Franken XI (1969), S. 214–236; ZWLG 25 (1966), S. 214–273; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 618f.

[53] Laut Wählerverzeichnis ca. 40 Jahre alt.

[54] Laut Wählerverzeichnis ca. 47 Jahre alt.

[55] Laut Wählerverzeichnis ca. 64 Jahre alt.

gen konnten sich nicht dazu verstehen, für Notter öffentlich zu wirken[56]; sie wünschten sich statt dessen Ramm als Kandidaten, der ihrer Einschätzung nach nicht mehr zum Regierungslager gehörte[57]. Für die Öffentlichkeit wurde am 13. November 1870 eine Wählerversammlung abgehalten, auf der Ramm und Nick eine Kandidatur ablehnten und beschlossen wurde, für Johannes Daur zu wirken. Gasteyger bat nun das Landeskomitee, über Oskar Wächter auf Daur einzuwirken, dass der überhaupt eine Wahlreise unternehme[58].

Besonders heikel schien die Lage in der Stadt Ulm. Die Parteiversammlung der örtlichen DP hatte sich am 14. November für die Kandidatur des bisherigen Abgeordneten Pfeiffer entschieden. Einen Tag zuvor hatte aber schon Karl Ludwig Schall, der Abgeordnete der Stadt von 1862–1868 und Mitglied der DP, den Großdeutschen und Demokraten eine Kandidatur zugesagt. Beide Kandidaten versuchten das Landeskomitee für sich einzusetzen und den anderen zum Rücktritt zu bewegen; was schließlich die Entscheidung brachte, war Schalls verneinende Antwort auf Pfeiffers Anfrage, ob Schall kandidieren wolle, die Pfeiffer vor Beginn des Wahlkampfes eingeholt hatte[59]. Verborgen blieb den Beteiligten anscheinend, dass Innenminister Scheurlen in die Angelegenheit verwickelt war.

Nicht immer gelang jedoch die Koordination von kontroversen Bewerbungen. Als in Tübingen/Amt Professor Heinrich von Weber (DP) gegen Hörner (Min) aufgestellt wurde, forderte Innenminister von Scheurlen Hölder auf, für den Verzicht Webers zu sorgen. Hölders Initiative blieb jedoch vergeblich, da sich die Tübinger DP für Webers Kandidatur nicht verantwortlich fühlte[60].

In der DP-Hochburg Freudenstadt hatte der bisherige Abgeordnete Wilhelm Walther wegen seines schroffen Auftretens und drohenden Bankrotts an öffentlichem Ansehen verloren; die örtliche DP wandte sich an das Landeskomitee und bat um einen Kandidatenvorschlag. Als Gustav Müller vorgeschlagen wurde, entschied sich die DP am 29. Oktober doch wieder für Walther, weil man befürchtete, man werde im Bezirk keinen nicht ganz bekannten Mann durchsetzen können[61].

Für Volkspartei und Deutsche Partei erwies sich also die Parteiorganisation – Ortsvereine und Landeskomitee/Wahlkampfkoordinator – im Jahre 1870 bei der Kandidatenkür ungleich wichtiger als noch 1868 – für die Volkspartei, weil sie sich in der Defensive befand und die öffentliche Meinung nicht mehr wie 1868 formen konnte; für die Deutsche Partei, weil sie sich vor die Aufgabe gestellt sah, einen teils abwartenden, teils feindlichen Teil der Bevölkerung für sich zu mobilisieren. Erfolgte die Kandidatenauswahl insgesamt ökonomischer, zielgerichteter als 1868, so scheint die Be-

[56] Notter hatte sich als Kritiker der Pietisten hervorgetan, LEHMANN, Pietismus und weltliche Ordnung, S. 356f.

[57] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 304.

[58] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 322, 323.

[59] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 317, 333, 345, 388, 391, 387.

[60] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 385, 406, 442.

[61] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 283, 282, 284, 285.

deutung der lokalen Parteiorganisationen zu wachsen. Zwar versuchte Hölder, der Wahlkampfkoordinator der DP, verdienten Mitgliedern der Partei Kandidaturen zu sichern, die lokalen Organisationen entschieden sich jedoch in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle für den lokalen Bewerber. Anders als den Großdeutschen fehlte es der Deutschen Partei anscheinend noch weitgehend an Persönlichkeiten wie Hölder, die über die Wahlkreisgrenzen hinaus bekannt und profiliert genug waren, auch auf „fremdem" Terrain Wahlen zu gewinnen.

Die Kür der ministeriellen Kandidaten folgte wie schon 1868 einem wiederkehrenden Muster. Die Auswahl der Bewerber richtete sich etwa im Falle von Außen- und Justizminister Mittnacht oder Innenminister Scheurlen nach ihrer Prominenz, die den Wahlkreisen mehr Bedeutung verlieh. Andere Beamtenkandidaten taten gut daran, ihre Bindung an den Wahlkreis aufzuzeigen. Für mittlere Beamte oder Schultheißen aus dem Wahlkreis stellte dies keine Hürde dar; bei hohen Verwaltungsbeamten, die nicht in ihren Amtsbezirken kandidieren durften, machte man sich die besonderen Interessen eines Wahlkreises zunutze, man argumentierte mit der Herkunft des Kandidaten aus dem Wahlkreis[62] oder man griff auf früher im Wahlkreis tätige Beamte zurück, wie das bei Schneider in Brackenheim, Rath in Riedlingen oder Kolb in Ulm/Amt der Fall war[63].

Zur Einführung wurde der Bewerber meist durch den Oberamtmann der Amtsversammlung[64] präsentiert, die ihm zustimmte und ein Wahlkomitee bildete; oft war dem schon – vom Oberamtmann initiiert – ein Aufruf mit vielen Unterschriften aus vielen Gemeinden voraufgegangen. Die zentrale Rolle des Oberamtmanns im Wahlkampf wird wie 1868 durch zahlreiche Beispiele belegt. Der Korrespondent des „Beobachters" berichtete beispielsweise Ende November aus Oberndorf-Schramberg: *Wie es hier allgemein gesagt wird, hat unser Oberamtmann Schubart*[65] *ein Zirkular an sämtliche Ortsvorsteher ergehen lassen, in dem solche zu unterzeichnen aufgefordert werden, dass sie den Herrn Oberregierungsrat von Majer ersuchen, nach Oberndorf zu kommen zu einer bestimmten Amtsversammlung, um eine Kandidatur zur Abgeordnetenstelle im diesseitigen Bezirk entgegenzunehmen*[66].

---

[62] August Ludwig (von) Hofacker (1824–1906), Postrat in Stuttgart, der das Oberamt Schorndorf von 1868 bis 1894 im Landtag vertrat, war in Schorndorf geboren; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 371f.

[63] Die Akten lassen nicht erkennen, ob die Versetzung dieser Männer mit Blick auf die Kandidatur geschah, also als Teil der Wahltaktik des Innenministers anzusehen ist.

[64] GRUBE, Vogteien, Ämter, Landkreise, Bd. 1, S. 72: Die Amtsversammlung *besteht unter dem Vorsitz des Oberamtmanns, der bei Stimmengleichheit die entscheidende Stimme hat, aus zwanzig bis dreißig Abgeordneten der Oberamtsstadt und der übrigen Amtsorte. Unter den Vertretern („Amtsdeputierten") jeder Gemeinde ist stets der Ortsvorsteher.*

[65] Wilhelm Schubart (1808–1884), kath., Oberamtmann in Wangen 1842–1850, Neckarsulm 1850–1858, Oberndorf 1858–1871, Ravensburg 1871–1877; Landtagsabgeordneter für Laupheim 1845–1848; ANGERBAUER, Amtsvorsteher, S. 514f.; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 836f.

[66] Beobachter Nr. 281, 27. November 1870 „Wahlnachrichten"; vgl. auch DV Nr. 268, 15. November 1870.

Die Kandidatur des Präsidenten der Verkehrsanstalten, Friedrich von Dillenius[67], im Wahlkreis Backnang zielte sowohl auf die jahrzehntealten Eisenbahnwünsche des Oberamts als auch die Rivalität zwischen der Oberamtsstadt und Murrhardt[68], der Heimatstadt des bisherigen Abgeordneten, Ferdinand Nägele. Offiziell war Dillenius zwar vom Backnanger Gemeinderat und Bürgerausschuss vorgeschlagen worden[69], ohne mindestens eine Vermittlung durch den Oberamtmann scheint allerdings die Kandidatur des hohen Herrn kaum denkbar.

Aus Neckarsulm wurde berichtet, dass am 6. November 1870 eine Schulzenversammlung in Offenau Schwandner wieder aufgestellt habe[70]. Vom Kandidaten Georg Vogt im Wahlkreis Rottenburg hieß es, er sei durch und durch Regierungsmann und werde wohl wieder vom Oberamt unterstützt[71]. Auch die Deutsche Partei profitierte von der Zusammenarbeit mit dem Oberamtmännern. So wurde in Urach der Kandidat der Deutschen Partei, Staatsanwalt Lenz, vom Oberamtmann der Amtsversammlung vorgestellt und somit offizieller Kandidat[72].

Was in den Presseberichten teilweise nur angedeutet wird, findet beispielhaft Ausdruck in dem Bericht des Oberamtmanns von Spaichingen, Gustav Adolf Bockshammer[73]: *Über die Eigenschaft des Amtspflegers Bühler als Regierungskandidaten habe ich die hiesigen Beamten und öffentlichen Diener in Kenntnis gesetzt und bei allen freundliches Entgegenkommen gefunden.* [...] *Ganz besonders muß ich das Verhalten der übrigen Ortsvorsteher* [außer Stadtschultheiß Grimm] *und der mir zunächst untergeordneten Diener* [...] *hervorheben. Diese alle folgten meinen Weisungen mit wirklicher treuer Hingebung und mit vielem Eifer*[74].

---

[67] Friedrich (von) Dillenius (1819–1884), Präsident der Verkehrsanstalten, seit 30. Dezember 1870 Geheimer Rat in Stuttgart; pensioniert 1880; 1879 und 1880 stellvertretender württembergischer Bevollmächtigten zum Bundesrat; Landtagsabgeordneter für Backnang 1870–1880; Schw. Kronik (1884), S. 1489, 1501; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 145; Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 128f.

[68] Beobachter Nr. 279, 25. November 1870 „Wahlnachrichten" und Nr. 291, 9. Dezember 1870 „Wahlnachrichten" mit sarkastischen Kommentaren auch die Zusammenarbeit der geistlichen und weltlichen Beamten, Pietisten und Preußen betreffend.

[69] Schw. Kronik (1870), S. 3209 nach einer Meldung im „Murrthalboten"; vgl. Rapp, Württemberger, S. 439, Anm. 2: Danach hatte die Deutsche Partei Dillenius aufgestellt.

[70] Beobachter Nr. 268, 12. November 1870.

[71] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 325/326.

[72] DV Nr. 265, 11. November 1870 „Stuttgart, 10. November"; Schw. Kronik (1870), S. 3211 „Urach, den 11. November".

[73] Gustav Adolf Bockshammer (1824–1882), ev., Oberamtmann in Spaichingen 1867–1872, in Urach 1872–1882; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 189f.; Schw. Kronik (1882), S. 619; vgl. Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 371: Danach galt er als national eingestellt.

[74] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 670/675 Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Spaichingen, 7. Dezember 1870; es heißt weiter: Mit Oberamtsarzt Dr. Winter und Stadtschultheiß Grimm von Spaichingen habe er nicht gesprochen, *da beide entschiedene Demokraten und unverbesserliche Menschen* seien. Der Bericht schließt mit einem Hinweis auf zwei Personen, die sich *durch ganz außerordentliche Tätigkeit für den demokratischen Kandidaten ausgezeichnet* hätten und damit *gegen die Regierung und ihr Streben aufgetreten* seien: Der eine heiße Steidle und sei Schulmeister in Denkingen, der andere Schulmeister in Dürbheim. Er habe sie

In Vaihingen, dem Wahlkreis Franz Hopfs, bildete sich Mitte November ein Wahlkampfkomitee für Friedrich Theodor Vischer[75], dem fast alle Schultheißen, viele Lehrer und Gutsbesitzer angehörten[76]. In seinem Wahlbericht führt der Oberamtmann die Schultheißen, Gutsbesitzer und Lehrer namentlich an, die für den Regierungskandidaten gewirkt hätten; doch trotz seiner Warnungen habe ein Pfarrer gegen Vischer agitiert. Wenn *die Opportunität der Kandidatur Vischers nach der Seite seines Glaubensbekenntnisses bezweifelt sein sollte*, müsse er hervorheben, *daß, schon ehe der Vorschlag an die Öffentlichkeit gebracht wurde, eben von Seiten der Geistlichen, auch des Dekans, in dieser Beziehung beruhigende Erklärungen gegeben worden* seien; viele Pfarrer hätten für Vischer gewirkt[77]. Der Oberamtmann hatte also Vischers Kandidatur im Vorwege bei den Geistlichen abgesichert[78].

Die Fäden jedoch liefen im Innenministerium zusammen. Die Oberamtmänner waren wie auch 1868 gehalten, den Innenminister über den Wahlkampf zu informieren[79]; darüber hinaus war Scheurlen bei den Absprachen mit der Deutschen Partei *in aller Form als Partei* aufgetreten, *die ihre Angehörigen in allen Oberämtern und ihre Spitze im Ministerium des Innern* hatte[80], eine Partei zumal, deren Spitze sich neben dem Außen- und Justizminister und unangefochtenen Kandidaten für das Oberamt Mergentheim ebenfalls um ein Abgeordnetenmandat bewarb[81].

Scheurlens Bewerbung im Oberamt Gaildorf war dort durch den Oberamtsrichter, *wohl auf Weisung von Stuttgart*, bekanntgegeben worden, wie der Apotheker Carl Buhl[82] Hölder vertraulich berichtete[83]. Ihren Ursprung hatte Scheurlens Kandidatur vermutlich in einer vertraulichen Vorversammlung einflussreicher Männer des Oberamts Gaildorf am 4. November. Die Versammlung hatte sich entschlossen, keinen Mann der Volkspartei, sondern einen Vertreter des nationalen Programms zu wählen. Unter vier möglichen Kandidaten schien Scheurlen am geeignetsten: Er sei vielfach

absichtlich nicht ermahnt, um sie nicht zu Märtyrern zu machen und weil er bei Schulinspektor Eggmann (1827–1913; Pfarrer und Schulinspektor, ab 1880 in Riedlingen, seit 1889 in Bergatreute, Dekan, Oberkirchenrat; Landtagsabgeordneter für Leutkirch 1876–1906; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 163f.) in Frittlingen nur wenig Unterstützung gefunden hätte.

[75] Friedrich Theodor Vischer (1807–1887), „Germania" Tübingen Jg. 1825, Abgeordneter zur Frankfurter Nationalversammlung 1848/49; Professor in Tübingen und Stuttgart, früher Pfarrvikar in Horrheim, OA Vaihingen; ADB 40, S. 31–64; Lbb. aus Schwaben und Franken VII, S. 252–274; LAHNSTEIN, Die unvollendete Revolution, S. 201–210 über Vischers Wandlung vom Großdeutschen zum Kleindeutschen.

[76] ISERMEYER, Franz Hopf, S. 281.

[77] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 814ff. Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Vaihingen, 7. Dezember 1870.

[78] DV Nr. 282, 1. Dezember 1870 „Stuttgart, den 26. November": Den Geistlichen sei bedeutet worden, für Vischer zu wirken.

[79] Erlass vom 24. November 1870, erwähnt z. B. HStAS, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 45/49 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Besigheim, 8. Dezember 1870.

[80] So schon RAPP, Württemberger, S. 438.

[81] Zu diesem „Systembruch": BRANDT, Parlamentarismus, S. 795ff.

[82] Carl Buhl (1836–1918), „Germania" Tübingen Jg. 1859, Apotheker in Gaildorf; V-Mann Hölders, 1874 Mitglied des Landeskomitees der DP.

[83] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 310 (undatiert).

beliebt; der Bezirk fühle sich materiell zurückgesetzt, viele meinten, man brauche daher einen Mann von Gewicht[84]. Es ist anzunehmen, dass der Innenminister – vielleicht sogar über Hölder – erfuhr, dass die Stimmung im Oberamt Gaildorf für ihn günstig war.

Der Innenminister war aber auch im Oberamt Künzelsau als Kandidat aufgestellt worden; hinter diesem Wahlvorschlag standen sechs Pfarrer, die auf diese Weise den erneuten Wahlsieg Bechers verhindern wollten, der vom demokratischen Gewerbeverein Künzelsau vorgeschlagen worden war. Scheurlen lehnte die Kandidatur zwar ab, man warb aber weiter für ihn, weil man sicher war, dass er die Wahl annehmen werde. Für Scheurlen bedeutete diese doppelte Kandidatur sowohl eine persönliche Absicherung als auch im Falle eines Sieges eine erhebliche Schwächung des politischen Gegners, da die Neuwahl erst nach der Abstimmung über den Beitrittsvertrag erfolgen würde; Scheurlen hatte daher keinen Grund, energischer gegen die doppelte Aufstellung vorzugehen.

Insgesamt bewegte sich hier der Innenminister in dem Rahmen dessen, was man vom Wahlkampf 1868 her gewohnt war. Den Absprachen mit der Deutschen Partei schien auch Scheurlens Aufforderung an Hölder zu entsprechen, die DP-Kandidatur Heinrich von Webers im Wahlkreis Tübingen/Amt gegen den Regierungskandidaten Hörner zu vereiteln[85]. Hölders Antwort ließ freilich erkennen, dass beide in ihren Gesprächen gerade in Bezug auf Tübingen/Amt mit kontroversen Kandidaturen gerechnet hatten und Hölder jedenfalls irgendeine Verbindlichkeit nicht übernehmen mochte, dass dort der Regierungskandidat nicht bekämpft bzw. unterstützt werden würde[86]. Der Innenminister interpretierte hier also die Absprachen extensiver als Hölder, um die Wahl des Regierungskandidaten sicherzustellen.

Diesem Ziel diente ebenfalls Scheurlens Eingreifen im Oberamt Riedlingen. Dort hatte die Regierung Oberamtmann Rath[87] als Kandidaten vorgeschlagen[88], der kurz vorher[89] von Riedlingen nach Weinsberg versetzt worden und somit in Riedlingen wählbar war. Als großdeutscher Gegenkandidat war vorübergehend[90] der Riedlinger Stadtschultheiß Mederle im Gespräch, *der Schildknappe Probsts, von der Geistlichkeit unterstützt*, wie Hölders Gewährsmann vor Ort urteilte[91]. Wenn Mederle auch sofort sein Desinteresse bekundete, so fürchtete man doch seinen Einfluss. Da er sich

[84] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 249 und 307.

[85] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 385; Rapp, Württemberger, S. 438.

[86] Nl Hölder Fasz. XIV, Stück 406.

[87] Andreas Rath (1823–1894), Oberamtmann in Riedlingen 1864–1870, in Weinsberg 1870–1877, in Cannstatt (1877–1894); seit 1861 Sekretär der Centralstelle für Gewerbe und Handel; Schwäbischer Merkur (1894), S. 1071; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 691f.; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 449f., danach war Rath evangelisch; nach Scheurle, Politischer Katholizismus, S. 258 dagegen katholisch.

[88] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 311.

[89] HStAS E 146/1, Bü 2788: Die Ernennung erfolgte am 22. September 1870, die Amtsübergabe am 29. Oktober (frdl. Mitteilung des HStAS).

[90] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 394.

[91] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 328; Riedlinger Zeitung Nr. 92, 16. November 1870, S. 367f.

angeblich *zu der regierungsfreundlichen Bewerbung* [sc. Raths] *unfreundlich verhielt*, bat Innenminister Scheurlen seinen Freund, Kabinettschef von Egloffstein, der wiederum mit Mederle gut bekannt war, um Einwirkung auf Mederle, weil ein Wort von ihm bei Mederle Wunder wirken werde. Mederle wies jeden Verdacht von sich und scheint sich im Wahlkampf wenigstens neutral verhalten zu haben, denn gerade aus der Oberamtsstadt wurde reges Treiben für den Kandidaten Rath gemeldet[92].

Scheurlens Pläne für die Stadt Ulm, die zweitwichtigste Stadt Württembergs, sahen vor, dass Oberbürgermeister Heim selbst die Kandidatur übernehmen sollte. Mit dem Gespräch beauftragte der Innenminister Regierungsrat Kolb, den Oberamtmann von Ulm, der kurz vorher an die Kreisregierung in Reutlingen versetzt worden war und wohl nach Ulm reiste, um seine eigene Kandidatur in Ulm/Amt vorzubereiten. Heim zögerte aber, in der Stadt zu kandidieren, und so wandte sich der Innenminister an den Kabinettschef mit der Bitte, er möge seinen Einfluss auf Heim geltend machen: *Heim schützt sein Amt und seine Gesundheit vor, indem er ablehnt. Man glaubt aber, er werde nicht beharren, wenn ihm im höchsten Auftrag gesagt würde, dass auf seinen Eintritt in die Ständeversammlung Wert gelegt werde*[93]. Das Brisante daran war, dass diese Kandidatur ganz unverblümt darauf zielte, Pfeiffer, einen der Spitzenkandidaten der Deutschen Partei, zu beseitigen, was die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Deutschen Partei in Frage stellte und die späteren Absprachen unterlief. Dem demonstrativen Einvernehmen zwischen beiden war also durchaus das Interesse der Regierung übergeordnet, strategische Positionen zu besetzen: Stuttgart/Stadt – Ulm/ Stadt und Amt – Esslingen; dazu eine Reihe ländlicher Wahlkreise[94].

Die hierarchische Struktur dieser „Ministeriellen Partei", ihre relative Geschlossenheit, ihre Präsenz in allen Wahlkreisen, ihr Einfluss auf Wirtschaftorganisationen, Vereine etc. machte sie den Parteiorganisationen von DP und VP überlegen. Scheurlen, der ministerielle Wahlkampfkoordinator vom Sommer 1868, scheint dieser Ministeriellen Partei dazu im Dezember 1870 ein Konzept angepasst zu haben, das sie auf Erfolg trimmte und über den Tag hinaus die Schlagkraft der ministeriellen Gruppe sicherstellen sollte. Es würde in dieses Bild hineinpassen, wenn dem Abgeordneten von Spaichingen, Vayhinger, ein achttägiger Urlaub für eine Wahlreise von höherer Stelle verweigert worden wäre, so dass er nicht kandidieren konnte[95]. Aber auch

---

[92] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 1a und 1b Privatschreiben Scheurlens an von Egloffstein vom 2. Dezember 1870 und Antwortschreiben Mederles an von Egloffstein vom 4. Dezember 1870; DV Nr. 285, 4. Dezember 1870.

[93] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 1 Privatschreiben Scheurlens an von Egloffstein, 31. Oktober 1870, Schreiben des Oberbürgermeisters von Heim an von Egloffstein, 1. November und 28. November 1870.

[94] Schorndorf, Tübingen/Amt; Mergentheim, Neckarsulm, Brackenheim; Backnang, Gaildorf, Crailsheim, (Künzelsau); Riedlingen, Ravensburg; Spaichingen, Oberndorf; Neuenbürg, Nagold, Calw.

[95] Schw. Kronik (1870), S. 3321 „Spaichingen, 25. November" meldet, dass Vayhinger zu einer Versammlung in Spaichingen am 27. erscheinen werde; DV Nr. 278, 26. November 1870 „Stuttgart 25. November 1870" und „Der Hohenstaufen" Nr. 95, 27. November 1870, S. 384f.

Scheurlens Angebot an die DP, die Bekämpfung Mohls in Aalen zu übernehmen, war kein Beweis dafür, wie weit das Einverständnis zwischen Regierung und Deutscher Partei ging[96], sondern eher eine scheinbar großzügige – taktische – Geste, die Scheurlen nichts kostete, da er offensichtlich nicht mit einem Sieg über Mohl rechnete, ihm aber die Deutsche Partei verpflichtete.

Am Beispiel des katholischen Oberamts Riedlingen werden noch einmal die Positionen und taktischen Überlegungen der beteiligten Parteien bis hin zur Entscheidungsfindung greifbar. Der Wahlkreis hatte 1868 und 1869 drei Landtagswahlen durchgemacht; auf einen knappen großdeutschen Sieg (Wahl annulliert) war – dank zahlreicher Eisenbahnarbeiter – ein ministerieller (Wahlsieger verstorben) und schließlich ein Sieg der Volkspartei mit Wolbach gefolgt. Man musste also auch 1870 mit einem knappen Ergebnis rechnen.

Die Regierung war vorangeprescht, indem sie den soeben von Riedlingen nach Weinsberg versetzten Oberamtmann Rath als Kandidaten ins Gespräch brachte. Nach dem Urteil seines *intimen Freundes* Thaddä Miller[97] in Riedlingen war Rath *innerlich national gesinnt*[98], aber in der Frage der Verfassungsrevision sehr konservativ[99]. Die Deutsche Partei machte sich also auf die Suche nach einem liberaleren, *entschieden nationalen und unabhängigen Kandidaten* und erwartete sogar, dass die Volkspartei einen solchen Bewerber gegen die Regierung unterstützen werde[100]. Auf einer von Thaddä Miller veranstalteten Wählerversammlung am 15. November berichtete dieser zunächst von der vergeblichen Kandidatensuche und brachte dann auch Oberamtmann Rath ins Spiel. Baron von Hornstein stellte heraus, *daß es einem fast durchaus katholischen Bezirk wie Riedlingen nicht übel anstehen würde, bei der Auswahl eines Kandidaten auch den konfessionellen Standpunkt ein wenig in die Waagschale zu legen*[101]. Von den drei katholischen Kandidaten, die der Baron nannte, hielt Miller Dr. Bumüller für am besten geeignet.

Xaver Hartmann[102] von der früheren (!) Volkspartei betonte, dass er bisher bei allen Wahlkämpfen ohne Rücksicht auf die Konfessionen aktiv gewesen sei. Da die beiden liberalen Parteien ein gemeinsames Ziel hätten: Die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes zu schaffen, seien sie berufen, etwaige Schwenkungen der Regierung gemeinsam zu verhindern. Er schlug als gemeinsamen Kandidaten den Riedlinger

---

melden, dass Vayhinger vom Ministerium keinen Urlaub bekommen habe. Eine weitere Bestätigung fehlt. Vgl. auch RABERG, Biographisches Handbuch, S. 946.

[96] RAPP, Württemberger, S. 438f.

[97] Thaddäus Eduard Miller (1819–1883), Kaufmann in Riedlingen; Freischärler; Führer der revolutionären Bewegung in Riedlingen 1848; Mitbegründer der Deutschen Partei in Württemberg, bis 1880 in der Parteiführung oder ihr Vertrauensmann; Schwäbischer Merkur (1918), Nr. 613, S. 6; MÜLLER, Württemberg und die badischen Erhebungen, S. 234ff.

[98] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 311.

[99] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 329.

[100] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 311.

[101] DV Nr. 270, 17. November 1870 „Riedlingen, 15. November".

[102] Xaver Hartmann (1825–98), Ökonom und Gemeinderat in Riedlingen; Landtagsabgeordneter für Riedlingen 1882–88; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 321.

Stadtschultheißen Mederle vor, der anscheinend einer Kandidatur nicht abgeneigt war[103] und als Katholik auch vom „Deutschen Volksblatt" Rückendeckung erhielt[104]. Gegenüber dem Stuttgarter Landeskomitee charakterisierte Miller Mederle als großdeutschen Kandidaten, als *den Schildknappen Probsts, von der Geistlichkeit unterstützt*; die DP werde daher für Rath eintreten[105]. Mederle selbst nahm kurz darauf von einer Kandidatur Abstand[106]; nach dem Urteil des „Beobachters" war der Vermittlungsversuch zwischen den liberalen Parteien gescheitert an der *Abneigung der Bauern und an der Ablehnung des Herrn Stadtschultheißen Mederle*[107]. Wie Miller nach Stuttgart berichtete, kam nun Julius Haußmann in den Bezirk und hielt nicht-öffentliche Versammlungen[108]. Am 23. November lud Xaver Hartmann zu einer Plenarsitzung des Bezirksvolksvereins für den 28. November ein, an der *bis zu 80 Mann* teilgenommen haben sollen, die sich einstimmig für die Kandidatur Wolbachs aussprachen[109]. Dieser führte in der verbleibenden Zeit noch einen sehr lebhaften Wahlkampf durch[110]. Stadtschultheiß Mederle war von sehr hoher Stelle zur Zurückhaltung ermahnt worden[111]; auch so ist zu erklären, warum in der Stadt Riedlingen fast alles im Dienste der nationalen Sache – d.h. für Rath – wetteiferte[112].

Gab es Alternativen und Handlungsspielräume für die verschiedenen Seiten? Die beschworene Gemeinsamkeit zwischen den beiden liberalen Parteien – auf Kosten der Regierung – endete bei der nationalen Problematik: Mederles Eintreten für einen *Föderativstaat, dessen Verfassung die Selbständigkeit jedem der deutschen Staaten und insbesondere unserem geliebten Württemberg garantiert*[113], mochte den Vorstellungen der Volkspartei nahe kommen, für die Deutsche Partei mussten diese Vorstellungen auf die Ablehnung des Beitrittsvertrages hinauslaufen, so dass sie sich – unabhängig von dem Wahlbündnis mit den Ministeriellen – für den „nationalen" Regierungskandidaten entscheiden musste.

3. Positionen, Wahlprogramme und Strategien 1870

Als der württembergische Innenminister am 22. Oktober 1870 die Auflösung der Ständeversammlung und Neuwahlen dekretierte, gab er in seiner Begründung auch

---

[103] Riedlinger Zeitung, Nr. 92, 16. November 1870, S. 367f.; Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 329.
[104] DV Nr. 271, 18. November 1870 „Aus dem Oberamt Riedlingen, 15. November".
[105] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 328.
[106] SVZ Nr. 276, 20. November 1870.
[107] Beobachter Nr. 277, 23. November 1870.
[108] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 379.
[109] Beobachter Nr. 285, 2. Dezember 1870.
[110] Beobachter Nr. 287, 4. Dezember 1870: An fünf Tagen wurden 17 Wahlversammlungen abgehalten; Beobachter Nr. 289, 7. Dezember 1870: 19 Wahlversammlungen werden gezählt.
[111] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 1b, Privatschreiben Mederles an Kabinettschef von Egloffstein, Riedlingen, 4. Dezember 1870.
[112] DV Nr. 285, 4. Dezember 1870 „Riedlingen, 2. Dezember".
[113] Wie Anm. 103.

gleichzeitig das wichtigste Wahlkampfthema vor: Die letzte Abgeordnetenwahl sei zu einer Zeit erfolgt, in welcher die deutsche Frage, so wie sie jetzt liege, von den Wählern nicht berücksichtigt werden konnte; die neue Bundesverfassung dürfe daher nicht der gegenwärtigen, sondern müsse einer neuzubildenden Ständeversammlung vorgelegt werden[114]. Diese neue Bundesverfassung, so musste jedem klar sein, würde allein von den Regierungen ausgehandelt werden; der Reichstag und der württembergische Landtag würden dem Ergebnis zustimmen müssen, jeder Änderungswunsch konnte die Ratifikation jedoch hinauszögern, möglicherweise sogar verhindern. Bei einem späteren Eintritt in das Reich aber würden sich die Eintrittsbedingungen aller Voraussicht nach erheblich verschlechtern. Im Grunde war somit für die Landtagswahl die Parteienkonstellation, war ein „Lagerwahlkampf" zwischen den Befürwortern und den Gegnern des Beitritts vorstrukturiert. Allerdings, solange nicht die konkreten Inhalte der neuen Bundesverfassung mit allen Anlagen veröffentlicht waren, würde im Wahlkampf zunächst nur um die verschiedenartigen Erwartungen an diese Bundesverfassung gestritten werden; durch den Vertragstext selbst begründete Argumente für oder gegen den Beitritt könnten erst spät in die Diskussion Eingang finden. Erst dann würde die Agitation ihre wahre Höhe erreichen[115].

Von ihrem Ende her betrachtet scheinen die Ereignisse auf das Wahlergebnis vom 5. Dezember und die Abstimmung über den Beitrittsvertrag hinzustreben – für die Zeitgenossen jedoch war die Zukunft natürlich offen: Jederzeit konnten eine Einmischung[116] oder gar ein militärisches Eingreifen von Großbritannien, Russland oder Österreich die Lage völlig verändern; die Nachricht von einer schweren militärischen Niederlage konnte die öffentliche Meinung gegen den Krieg und die Einigung wenden[117]; die Beitrittsverhandlungen konnten an unüberbrückbaren Interessengegensätzen scheitern; letztlich war zudem keineswegs auszuschließen, dass die Volkspartei unter dem Druck der Ereignisse ihre Haltung ändern könnte, denn erst wenige Wochen zuvor hatte Karl Mayer in der Debatte über die Bewilligung der Kriegskredite ganz überraschend eine derartige realpolitische Wendung vollzogen[118]. Wie schätzten die Parteien die Lage ein und wie war daher ihr Wahlkampf angelegt?

Über das politische Ziel der Deutschen Partei, den bedingungslosen Eintritt Württembergs in das neue Deutsche Reich, gab es keinen Zweifel. Auch als sich die württembergische Regierung unter dem Druck der Ereignisse diesem Ziel anzunähern

---

[114] Extrablatt des „Staatsanzeigers", 22. Oktober 1870, nachmittags 5 Uhr; Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 241.

[115] Hölder an Lasker, 18. November 1870: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 172.

[116] Rapp, Württemberger, S. 405.

[117] Elben an Lasker, 1. Dezember 1870 abends [Deutsche Revue 17/III (1892), S. 298f.] mit einer optimistischen Deutung: *Die neusten Verluste der Württemberger bei Eréteil e.c. werden für die nationale Richtung wirken, weil die Notwendigkeit der Einheit bestätigend!;* Staatsanzeiger Nr. 302, 20. Dezember 1870, Beilage, S. 3719: Zusammenstellung der württembergischen Verluste aus den Gefechten vom 30. November und 2. Dezember 1870; die Namenslisten waren in der Endphase des Wahlkampfes Tag für Tag in der Presse abgedruckt; W. Lang, Württemberg und das deutsche Verfassungswerk, S. 711.

[118] Rapp, Württemberger, S. 383.

schien, blieb das Verhalten der Deutschen Partei gegenüber der Regierung weiterhin von tiefem Misstrauen geprägt; noch eine Woche vor dem Wahltermin betonte Julius Hölder in Bezug auf den Beitrittsvertrag die Notwendigkeit zur Selbstüberwindung, *wie ja auch wir bei den bevorstehenden Wahlen mit einer Regierung zusammengehen müssen, deren hervorragende Mitglieder uns und die nationale Sache stets bekämpft haben*[119].

Ehe die Regierung den Landtag auflöste, hatte sie einige Schritte auf die Deutsche Partei zu getan[120] und ihre Unterstützung gesucht[121] insbesondere für die Steuerbewilligung über den 31. Oktober hinaus. Die DP-Führung ging zwar davon aus, dass die Regierung eine nationale Politik nur gezwungenermaßen verfolgte, zeigte sich jedoch zur Zusammenarbeit bereit, wenn die Regierung garantierte, dass sie eine „nationale" Politik im Sinne der DP verfolgen werde; dabei wurde schon die Auflösung des Landtags als *Bürgschaft für die unbedingte deutsche Politik* der Regierung gedeutet, denn damit war ihr der Rückweg zur alten großdeutschen Politik abgeschnitten[122]. Hölder war allerdings unsicher, ob die Regierung nur den Anschluss an den Norddeutschen Bund suchte oder den Beitritt[123]. Über die Instruktionen, mit denen die württembergischen Minister zu den Beitrittsverhandlungen nach Versailles gereist waren, war für die DP in Stuttgart *nichts besonders Günstiges* in Erfahrung zu bringen[124]. Mit Erleichterung quittierte Hölder am 2. November den unbedingten Rat Laskers, die deutsche Politik der württembergischen Regierung für vertrauenswürdig zu halten: *Nicht ohne mich vorher auf das Genaueste überzeugt zu haben, bitte ich Sie, jeden Zweifel fallen zu lassen und so zu handeln, als ob der Anschluß bereits eine vollzogene Tatsache wäre*[125]. Die kooperative Haltung der württembergischen Regierung bei den Beitrittsverhandlungen, von der Deutschen Partei über Mittelsmänner argwöhnisch verfolgt[126], schien ihren guten Willen zu bestätigen, bis Mitte November das plötzliche Umschwenken des württembergischen Hofes die Verhandlungen über den fast unterschriftsreifen Beitrittsvertrag ins Stocken brachte – für Hölder der Beweis, dass die Deutsche Partei mit ihren Zweifeln an der Zuverlässigkeit der Regierung Recht gehabt hatte[127].

---

[119] Hölder an Lasker, 28. November 1870: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 285.

[120] Nicht umgekehrt, wie Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 405 schreibt; siehe: Elben, Lebenserinnerungen, S. 161.

[121] Hölder an Lasker, undatiert (10./11. Oktober 1870): Deutsche Revue 17/III (1892), S. 60: Das Angebot der „Komplizenschaft" mit der Regierung – sofortige Kammerauflösung und als Gegenleistung Unterstützung der Regierung bei der Steuererhebung ohne ständische Verwilligung gemäß § 89 der Verfassung – lehnte die DP ab; vgl. auch Hölder an Lasker, 18. Oktober (ebd., S. 67f.).

[122] Hölder an Lasker (Anfang Oktober 1870), Lasker an Hölder, 27. Oktober 1870 (ebd., S. 60, 77).

[123] Hölder an Lasker (Anfang Oktober 1870) (ebd., S. 61).

[124] Hölder an Lasker, 2. November 1870 (ebd., S. 79).

[125] Lasker an Hölder, Berlin, 31. Oktober 1870 (ebd., S. 79).

[126] Vgl. Laskers Briefe von und an Rudolf von Delbrück (1817–1903) (ebd., S. 63ff.).

[127] Hölder an Lasker, 18. November 1870 (ebd., S. 172).

Nach der schließlichen Unterzeichnung des Beitrittsvertrages am 25. November kreisten die Sorgen der recht gut informierten Parteiführung bis zum Wahltag um die Frage, ob Bayern dem Reich beitreten werde, und um die sehr weit gehenden Sonderrechte für Bayern; von beidem befürchtete man eine Ermutigung der großdeutschen Opposition in Württemberg; Mittnacht meinte sogar, *dass diese Bevorzugung Bayerns den Vertrag in Württemberg zu Fall bringen werde*[128]. Auch in der DP-Führung gingen die Meinungen darüber auseinander, und hinsichtlich der württembergischen Sonderrechte[129], die die Regierung durchgesetzt hatte, machte man sich Sorgen, dass der Norddeutsche Reichstag den Vertrag mit Württemberg beanstanden oder ablehnen könnte[130].

Bis zum Wahltag war also die DP-Führung keineswegs sicher, dass sie ihr Ziel, den Eintritt in das Deutsche Reich, erreichen würde; zudem blieb sie auch der Regierung gegenüber vorsichtig und sah ihre Aufgabe weiterhin darin, diese auf eine nationale Politik festzulegen und sie in dieser Richtung voranzutreiben. Der Wahlkampf der Deutschen Partei war daher auch bei Kooperation mit der Regierung zunächst darauf angelegt, möglichst viele Wahlkreise mit eigenen Kandidaten zu besetzen[131] und *beim geringsten Seitensprung der Regierung die Agitation* [sc. gegen sie] *wieder aufzunehmen*[132]. Hölders Kooperationsangebot auf die Initiative der Regierung hin umfasste bei strikter Gegenseitigkeit zunächst nur die Zusage, den Ministern bei ihren Kandidaturen nicht entgegenzutreten und auch *dem einen oder anderen bisherigen Regierungskandidaten* nicht, sofern den Führern der DP nicht entgegengewirkt werde. Bei der Stimmung im Volk und der Abneigung gegen eigentliche Regierungskandidaten werde sich die Regierung in den meisten Fällen ohnehin dem Kandidaten der DP anschließen müssen[133]. Zwei Wochen später, als die Krise in den Verhandlungen aus Sicht der Regierung bereits überwunden schien, bat Innenminister Scheurlen Hölder zu sich, um mit ihm die Kandidaturen abzustimmen; dies war der Beginn einer sehr erfolgreichen Zusammenarbeit[134].

---

[128] Lasker an Hölder, 28. November 1870 (ebd., S. 294): Es ging vor allen Dingen um den selbstständigen Militäretat Bayerns.

[129] Anlass zur Sorge bot die Militärkonvention, deren Wortlaut die Regierung nicht veröffentlicht hatte (vgl. Hölder an Lasker, 3. Dezember 1870 und Hölder an Lasker, 28. November 1870 (ebd., S. 299f. und S. 285f.).

[130] Elben an Lasker, 1. Dezember 1870 abends (ebd., S. 298f.); vgl. DV Nr. 289, 9. Dezember 1870 (Frontseite): Der Reichstag genehmigte den Vertrag mit Württemberg am 7. Dezember 1870.

[131] Hölder an Lasker, 2. November 1870: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 80.

[132] Hölder an Lasker, Anfang Oktober (ebd., S. 60); Hölder an Lasker, 18. November (ebd., S. 172): *Sollten sich unsere Hoffnungen* [sc. auf Vertragsunterzeichnung] *nicht bestätigen, so würde natürlich die Agitation eine kolossale und wohl unwiderstehliche werden.*

[133] Hölder an Lasker, 2. November 1870 (ebd., S. 80); vermutlich war dies über Lasker als Angebot an die württembergische Regierung gedacht.

[134] Rapp, Württemberger, S. 438f.; zu den beiden Treffen am 14. und 18. November: Elben an Lasker, 16. und 18. November 1870; Hölder an Lasker, 18. November: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 170–172.

Die Deutsche Partei drängte zunächst verstärkt auf Unterzeichnung des Beitrittsvertrages, weil sie in der Endphase des Wahlkampfes die Wähler vor die Alternative „Annehmen oder Ablehnen" stellen wollte, dazu musste der Vertrag abgeschlossen und veröffentlicht sein[135]. Was den Wahlausgang betraf, so war die DP-Führung zuversichtlich, dass sie zusammen mit den Ministeriellen die Zweidrittelmehrheit für den Beitrittsvertrag erreichen werde[136]. Otto Elben erwartete mit Recht, dass sich die Deutsche Partei bedeutend verstärken werde, *die ministerielle Partei allerdings auch, aber keinesfalls so stark, dass es die Regierung ohne* [die DP] *mit den Ultramontanen und Demokraten aufnehmen könnte*[137]. Auch nach der Abstimmung über den Beitrittsvertrag sah man also die Regierung in einer gewissen Abhängigkeit von der Deutschen Partei.

Während das Verhältnis der Deutschen Partei zur Regierung viel Raum einnahm in dem Briefwechsel zwischen den Spitzen der DP und denen der norddeutschen Nationalliberalen, äußerte sich Hölder nur einmal über Strategie und Taktik gegenüber den württembergischen Anschlussgegnern. Anlass dazu boten die Beschlüsse des Landeskomitees der Volkspartei vom 9. Oktober 1870, mit denen auch die daran teilnehmenden *bewährten parlamentarischen Vorkämpfer der großdeutschen Richtung* im Wesentlichen einverstanden waren[138]. Gerlinde *Runge*[139] zufolge sollte *das grundsätzliche Einverständnis mit der Schaffung eines deutschen Staates* [...] *offenbar zunächst einmal darüber hinwegtäuschen, dass die Volkspartei nicht bereit war, sich an der Gründung des Deutschen Reiches von 1870/71 zu beteiligen.* Da die VP auf den freiheitlichen Grundlagen eines Nationalstaates beharrte, musste sie *die Entwicklung über sich hinwegrollen lassen.* Hölder stellte dagegen an den Beschlüssen vom 9. Oktober die Abweichungen vom bisherigen Kurs der Volkspartei heraus: Die Notwendigkeit einer Einigung Deutschlands ohne Österreich sei anerkannt; die demokratischen Grundsätze sollten in den bestehenden Staatsformen verfolgt werden; sowohl die Monarchie als auch das bisherige Wehrsystem seien anerkannt worden; die neue

---

[135] Hölder an Lasker, 18. November (ebd., S. 172): *Wir müssen den fertigen Vertrag noch in 10 Tagen vor den Wahlen haben, da nur auf dessen Grundlage die Agitation die wahre Höhe erlangen kann;* Hölder an Lasker, 28. November (ebd., S. 284f.) Hölder bat Lasker um den gedruckten Verfassungsentwurf mit allen Verträgen, *da es unsere Minister der Vorsicht angemessen erachten, vor der Wahl nur den wesentlichen Inhalt, nicht aber den Wortlaut zu veröffentlichen, um nicht durch letzteren, insbesondere durch die einzelnen Bestimmungen der Militärkonvention, den Gegnern eine willkommene Waffe in die Hand zu geben.* Der Verfassungsentwurf wurde in Württemberg ab dem 30. November 1870 veröffentlicht: Staatsanzeiger, Nr. 285, 30 November 1870, Erstes Blatt, S. 3471ff.; Elben an Lasker, 1. Dezember 1870 abends: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 299: *Wir haben unseren ganzen Wahlkampf zugespitzt auf den Gegensatz: Annehmen oder Ablehnen. Was sollten wir also tun, wenn der Reichstag ablehnte!*

[136] Hölder an Lasker, 28. November 1870 (ebd., S. 286); Elben an Lasker , 24. November (ebd., S. 287) und 1. Dezember (ebd., S. 299); Hölder an Lasker, Göppingen 3. Dezember 1870 (ebd., S. 300).

[137] Elben an Lasker, 16. November 1870 (ebd., S. 170).

[138] Rapp, Württemberger, S. 428ff.

[139] Runge, Volkspartei, S. 169.

Verfassung müsse von einem von ganz Deutschland gewählten Reichstag lediglich genehmigt werden.

Von den Großdeutschen erwartete Hölder, dass sie als Realpolitiker letztlich dem Beitrittsvertrag zustimmen würden, auch ohne dass ein konstituierender Reichstag die Verfassung billigte; auf diese Weise würden dann die „besseren Elemente" gezwungen, formell mit dem „Beobachter" und den radikalen Ultramontanen – von denen auch die Regierung einige unterstütze[140] – zu brechen[141]. Hölders Taktik zielte also darauf, die radikalen Demokraten und Ultramontanen zu isolieren; damit deutete sich auch eine Zukunftsperspektive an: Längerfristig werde so der Raum für die Entwicklung einer freisinnig-liberalen Partei gewonnen. Er rechnete damit, dass nach dem Beitritt weitere Fragen nicht ausbleiben würden, daher empfehle sich ein Zusammengehen mit der Regierung und sei die Gewinnung einer ehrlichen, überzeugungstreuen, nationalen Mehrheit von größtem Wert[142]. Im Vordergrund des Interesses stand jedoch der Beitrittsvertrag. Sei die Einheit erst einmal hergestellt, so würden sich Mittel und Wege zur Beseitigung etwaiger Missstände schon rechtzeitig finden lassen[143]. Hölder erkannte anscheinend nicht, dass die Schaffung einer nationalen Sammlungsbewegung durch Zusammengehen mit der Regierung, den Pietisten und weiteren Konservativen[144] dem Fernziel der Errichtung einer freisinnig-liberalen Partei widersprach. Die Beseitigung der offenkundigen Mängel in der neuen Verfassung, die die Volkspartei klar herausstellte, wurde so auf eine unbestimmte Zukunft verschoben.

Dem Ziel, die Wähler über das Nationalgefühl für die Sache der DP zu mobilisieren, den Gegner aber zu stellen und als „antinational" zu isolieren, diente die Veröffentlichung von Soldatenbriefen[145] ebenso wie die Gleichsetzung des innenpolitischen Konkurrenten mit dem außenpolitischen Feind[146], wie dies beispielhaft in einem Siegesartikel der „Schwäbischen Volkszeitung" geschah: *Einen glänzenden Sieg*

---

[140] Hölder an Lasker, 2. November 1870: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 80.

[141] Vgl. auch Otto Elbens fünfteilige Artikelserie „Die Wahlen" in der „Schwäbischen Kronik" (S. 3181, 3187, 3201, 3211, 3217); die Stellung der VP sei dankenswert klar, auch die von DP und Regierung; die Großdeutschen hätten eine unklare Haltung.

[142] Hölder an Lasker, 18. Oktober 1870: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 67f.

[143] Hölder an Lasker, 28. November 1870 (ebd., S. 285).

[144] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 253: Vertrauliches Rundschreiben an die Geschäftsführer und Vertrauensmänner der DP, Stuttgart 25. Oktober 1870: Nach Möglichkeit sollten nationale Kandidaten aufgestellt werden, aber nicht n u r bisherige Mitglieder der DP; der Krieg habe den Kreis national denkender Männer im Lande sehr namhaft verstärkt.

[145] Rapp, Württemberger, S. 439f.; S. 447 zu den Meldungen über die schweren Verluste der württembergischen Truppen, die wenige Tage vor der Wahl veröffentlicht wurden (z.B. DV Nr. 285, 4. Dezember 1870, Nr. 286. 6. Dezember 1870; danach Extrablätter); zur Bedeutung der Soldatenbriefe: Beobachter Nr. 272, 17. November 1870.

[146] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 818 Prälat Kapff, „Warum, wen und wie sollen wir in die Kammer wählen?" Sonderdruck aus „Der Christbote": Die Päpstler oder Ultramontanen und die Republikaner oder Demokraten hätten gerne die Verträge mit Preußen aufgehoben und zu Frankreich hingeneigt, *zu diesem alten Feind von Deutschland, das uns zu vernichten, zu seinem Sklaven zu machen beabsichtigte.*

haben unsere tapfern Kämpfer vor Paris und an der Loire erfochten. [...] *Die Nachricht vom 5. Dezember bedeutet die vollständige Deroute der mit Aufbietung des Äußersten neugeschaffenen Armee.* [...] *Der 5. Dezember brachte auch einen Sieg über die inneren Feinde Deutschlands, wie er so schön und so vollständig von uns nicht erhofft wurde.* Es offenbare sich, *dass es mit dem Schwindel des Südbundes, der Miliz, des heuchlerischen Republikanertums, der Französelei, des Preußenhasses, ein Ende mit Schrecken genommen hat*[147].

Als Konsequenz dieser Gleichsetzung wurden Mitglieder der Volkspartei als Franzosenfreunde stigmatisiert[148], die Partei als landesverräterisch und mitschuldig am Krieg diffamiert. Zur Abgeordnetenwahl im Bezirk Weinsberg, wo Niethammer wieder kandidierte, hieß es beispielsweise, Niethammer gehöre der Partei an, *welcher man nachsagt, daß sie an dem Krieg mit Frankreich wesentlich Schuld trage, sofern sie durch ihre Hetzereien gegen Preußen und ihr erbärmliches Geheul vor dem nordischen Länder- und Menschenfresser, der nur in ihrem Gehirn spukte, in Wirklichkeit aber nicht existiert, unsere feindlichen Nachbarn, die Franzosen, glauben machten, sie werden es in dem mit uns angefangenen Krieg nur mit einem zerrissenen Deutschland zu tun haben, in dem sie, wenn nicht auf tätige Beihilfe, so doch zum Mindesten auf die Neutralität der Südstaaten rechneten*[149]. Es handelte sich hierbei nicht eigentlich um ein bewusst und gezielt eingesetztes demagogisches Mittel, sondern, wie *Langewiesche* überzeugend dargelegt hat, um einen Wesensbestandteil der Ideologie der Deutschen Partei[150]. Der Ausschließlichkeitsanspruch der Deutschen Partei und die Ausgrenzung der Volkspartei dürften in der Folge dazu beigetragen haben, dass die von Hölder ins Auge gefasste Entwicklung einer freisinnig-nationalen Partei unterblieb und der Volkspartei, die ideologisch durch ihren Preußenhass belastet war, die Versöhnung mit den neuen Realitäten erschwert wurde.

Der Wahlkampf der Ministeriellen zielte wie der der Deutschen Partei darauf, gemeinsam mit der DP im Landtag die Zweidrittelmehrheit für die Genehmigung des

---

147 SVZ Nr. 291, 8. Dezember 1870 (Frontseite) „Viktoria!"; vgl. Beobachter Nr. 280, 26. November 1870 „Zur Abwehr": Die Taktik von DP und Regierung wurde erkannt, man wusste dem aber nicht viel entgegenzusetzen.

148 SVZ Nr. 291, 8. Dezember 1870 „Viktoria!": *Mit einer Wucht, wie es die Frechheit verdiente, daß ein Franzosenneuffer in dieser Zeit vor die Wähler trat, wurde zurückgewiesen der frühere volksparteiliche Abgeordnete des Bezirks Oehringen;* die Bezeichnung „Franzosen-Neuffer" bezieht sich auf einen Ausspruch Neuffers im Wahlkampf vom Oktober/November 1869 im Oberamt Oehringen, wonach Neuffer lieber französisch als preußisch werden wolle: Beobachter Nr. 255, 2. November 1869 „Der Oehringer Wahlsieg" [Albert Neuffer (1810–1897), Ablösungskommissar; Oberamtsaktuar; Sparkassenkassier in Öhringen; Landtagsabgeordneter für Öhringen 1869–1870; Mitglied des Nationalvereins; Vorstand des Bezirksvolksvereins; Beobachter Nr. 247, 23. Oktober 1869 „Die Oehringer Wahl I.; Württ. Jbb. 1897 (1898), Nekr. VIII; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 611]; Beobachter Nr. 289, 7. Dezember 1870: Es wird ein Flugblatt der DP aus dem Oberamt Besigheim zitiert.

149 SVZ Nr. 279, 24. November 1870, Frontseite; vgl. auch: Rapp, Württemberger, S. 371 und 410: *So unterstützten Deutsche die neue französische Regierung, die sehr wohl mit dergleichen Gefühlen rechnete.*

150 Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 406f.

Beitrittsvertrages zu erlangen. Diese erklärte der „Staatsanzeiger" zur Hauptfrage bei den Abgeordnetenwahlen, und er kategorisierte dann alle Kandidaten ihrer Haltung entsprechend[151]. Die Position der Regierung war dabei sehr schwierig, weil sie versuchen musste, widerstreitenden Interessen gerecht zu werden.

Widerstand gegen den Beitrittsvertrag war nicht nur von den Großdeutschen, sondern vor allem auch von der Krone und den Hofkreisen zu erwarten, denn der König von Württemberg würde auf den größten Teil seiner Souveränitätsrechte verzichten müssen. Dieser Aspekt stand im Mittelpunkt einer dreiteiligen Artikelserie des „Deutschen Volksblattes", geschrieben von einem *Konservativen, der weder die Revolution von unten, noch die von oben liebt*[152]. Die Artikel wurden veröffentlicht, während die Beitrittsverhandlungen unterbrochen waren und sich Mittnacht und Suckow[153] angeblich zur Berichterstattung in Stuttgart aufhielten[154]. Statt nur um eine „Hofintrige"[155] scheint es sich hier durchaus um einen ernsthaften Versuch konservativ-partikularistischer Kreise gehandelt zu haben, die Beitrittsverhandlungen in Anlehnung an Bayern scheitern zu lassen. Die Minister vereitelten diesen Versuch, indem sie nach Stuttgart zurückkehrten und ihren Rücktritt anboten; die Aussicht, sich außen- und innenpolitisch zu isolieren und die öffentliche Meinung gegen sich aufzubringen, dürfte den König umgestimmt haben[156]. In dieser und ähnlichen Situationen konnte es für die Regierung durchaus sinnvoll sein, als von öffentlicher Meinung und Deutscher Partei getrieben zu erscheinen. Die Ausgestaltung des Beitrittsvertrages durch Aufnahme weit gehender württembergischer Sonderrechte würde dem König die Zustimmung erleichtern und seinen Ministern die Möglichkeit bieten, sich als Sachwalter württembergischer Interessen darzustellen; die Deutsche Partei lehnte allerdings solche Reservatrechte ab, die somit auch das Verhältnis zwischen Regierung und DP belasten konnten; unsicher war gleichfalls, ob der norddeutsche Reichstag diese Sonderrechte genehmigen würde[157].

Der Deutschen Partei gegenüber musste die Regierung des Weiteren durch ihr Verhalten beweisen, dass sie ein verlässlicher Partner war, zumal sie durch die Auflösung des Landtags mit den Großdeutschen gebrochen hatte; gleichzeitig konnten die Mi-

---

[151] Staatsanzeiger Nr. 290, 6. Dezember 1879, S. 3544.

[152] DV Nr. 265, 11. November 1870 (Frontseite); Nr. 266, 12. November 1870, Nr. 268, 15. November 1870 (Frontseite): „Der Eintritt der Süd-Staaten in den Nordbund vom dynastischen Standpunkt aus", Teile I–III.

[153] Albert von Suckow (1828–93), von März 1870 bis 1874 Kriegsminister; BRANDT, Parlamentarismus, S. 752, Anm. 80.

[154] RAPP, Württemberger, S. 436f.; Beobachter Nr. 273, 18. November 1870 unter Berufung auf den Staatsanzeiger.

[155] Lasker an Hölder, 16. November 1870: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 170: *Wir werden doch nicht unmittelbar am Ziele von einer Hofintrige die beinahe vollendete Ordnung der Dinge über den Haufen werfen lassen*; Elben an Lasker, 18. November 1870 mittags (ebd., S. 171): *Die Zögerung Württembergs beruht lediglich auf einer Hofintrige;* vgl. auch: MARQUARDT, Geschichte Württembergs, S. 327f.; ELBEN, Lebenserinnerungen, S. 161.

[156] Vgl. auch W. LANG, Württemberg und das deutsche Verfassungswerk, S. 707f.

[157] Die Genehmigung erfolgte nach der Landtagswahl in Württemberg, am 7. Dezember 1870, DV Nr. 289, 9. Dezember 1870 (Frontseite).

nisteriellen, um Wähler zu gewinnen, jedoch auch nicht völlig darauf verzichten, ihre eigene Position gegenüber der DP abzugrenzen. Die Absprachen mit der DP-Führung über die Besetzung der Wahlkreise mit Kandidaten erfüllten dabei einen doppelten Zweck. Zum einen konnten beide Seiten ihre Kräfte ökonomischer einsetzen und gleichzeitig auf einen Wahlkampf gegeneinander weitgehend verzichten, der die Unterschiede zwischen ihnen thematisiert hätte. Zum anderen stellten die Absprachen eine gewisse Vorentscheidung dar über die zukünftige Stärke der beiden Landtagsfraktionen: Die Regierung begnügte sich mit etwa halb so vielen Kandidaturen wie die DP, legte aber anscheinend Wert auf „Qualität" – die Besetzung der bedeutenden Wahlkreise wie Stuttgart, Ulm oder Esslingen sowie die Platzierung zahlreicher Spitzenbeamter und Männer wie Mittnacht, Scheurlen oder auch Dillenius, die in Person die spezifisch württembergische Position repräsentierten[158].

Mit der Fixierung des Wahltermins auf den 5. Dezember hatte sich die Regierung für die Beitrittsverhandlungen vor allem selbst – zeitlich und moralisch – unter Druck gesetzt. Wie die Deutsche Partei erwartete sie einen günstigen Wahlausgang nur, wenn der fertige Vertrag etwa zehn Tage vor der Wahl vorliege. Mittnacht hatte zunächst sogar den 30. November vorgesehen und diesen Termin mit Delbrück abgestimmt[159], sich dann aber wohl zur Sicherheit für das spätere Datum entschieden. Die unerwartete Verhandlungskrise Mitte November verzögerte die Unterzeichnung des fast fertigen Vertrages dann jedoch bis zum Abend des 25. November; zu diesem Zeitpunkt hatte selbst die bayerische Regierung den Beitrittsvertrag bereits unterschrieben, und der Norddeutsche Reichstag war mit einer Rede eröffnet worden, in der sich Württemberg vor der nationalen Öffentlichkeit *die schlechtere Note gefallen lassen* musste[160].

Im Hinblick auf den Wahltermin war der Vertrag gerade noch rechtzeitig fertig geworden, Uneinigkeit herrschte in der Regierung nun darüber, *was wohl besser sei, vor den Wahlen den ganzen Vertrag oder nur die Hauptsache zu veröffentlichen*[161]. Am 28. November schrieb Hölder an Lasker, die württembergische Regierung wolle vor der Wahl aus Vorsicht nur den Inhalt, nicht aber den Wortlaut der Verträge veröffentlichen, um nicht durch den Wortlaut insbesondere der Militärkonvention den Gegnern Argumente zu liefern. Hölder bat Lasker daher um Zusendung eines Exemplars, sobald der neue Verfassungsentwurf und die Verträge mit den süddeutschen Staaten

---

[158] Hölder an Lasker, 18. November 1870: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 172: Danach wurde Dillenius als Präsident der Verkehrsanstalten in der Endphase der Beitrittsverhandlungen wegen der Sonderrechte Württembergs beim Post- und Telegrafenwesen noch hinzugezogen.

[159] Delbrück an Lasker, 26. Oktober 1870 „vertraulich" (ebd., S. 70); Delbrücks Einverständnis war zugleich ein positives Signal über den Stand der Verhandlungen.

[160] W. Lang, Württemberg und das deutsche Verfassungswerk, S. 708f.

[161] Elben an Lasker, 18. November abends: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 171: Innenminister Scheurlen hatte diese Frage mit Hölder bei ihrem zweiten Treffen am selben Tag besprochen und ihm so zu verstehen gegeben, dass er fest mit der württembergischen Unterzeichnung rechnete.

nebst Beilagen gedruckt seien[162]. Tatsächlich veröffentlichte die Regierung den Wortlaut der Militärkonvention zunächst nicht; ihre Vorsicht galt augenscheinlich auch gegenüber ihrem Bündnispartner.

Das Wahlprogramm der Regierung wurde im „Staatsanzeiger" veröffentlicht, der anders als im Sommer 1868 nur sehr selten für den Wahlkampf der Ministeriellen eingesetzt wurde, da die Regierung weniger offensichtlich, aber effektiver über die Oberämter und die Beamtenschaft auf die Wähler einwirkte. Ehe der Wortlaut des Beitrittsvertrages und der Bundesverfassung zwischen Württemberg und dem Norddeutschen Bund veröffentlicht wurde[163], gab der „Staatsanzeiger" den Lesern eine Interpretationshilfe zum richtigen Verständnis des Vertragswerkes[164], die auch die Wahlkampfposition der Regierung umschreibt:

Nach einem kurzen Rückblick auf die historische Entwicklung seit 1866 wendet sich der Verfasser dem aktuellen Krieg zu. Die Siege und Opfer des deutschen Volkes, das sich durch den von Frankreich unternommenen Krieg zu einer Einheit gefunden habe, begründeten dessen Anspruch auf einen befriedigenden Abschluss der deutschen Verfassungsfrage. Weiter heißt es in Anlehnung an die Erklärung vom 9. Oktober im „Staatsanzeiger": *Getragen von der schon früher öffentlich ausgesprochenen Überzeugung, daß ein für die Dauer befriedigendes deutsches Definitivum durch die Lage geboten sei, daß die Umwandlung des bisher mehr internationalen Verhältnisses in ein staatsrechtliches, die verfassungsmäßige Einigung Deutschlands mit Zentralgewalt, deutschem Parlament, gemeinsamer, bestimmt begrenzter Gesetzgebung und einheitlichem Heer das zu erstrebende Ziel sein müsse, ist die württembergische Regierung in die Verhandlungen mit den Vertretern des norddeutschen Bundes und der übrigen süddeutschen Staaten über die deutsche Bundesverfassung eingetreten; sie hat sich bestrebt, die nationale Zusammenarbeit aller zu wahren, dabei aber die berechtigte Selbständigkeit Württembergs in soweit zur Geltung zu bringen, als solches ohne Verletzung der Rücksichten auf die notwendige Einheit des Ganzen möglich war.*

Im Folgenden werden dann die von der württembergischen Regierung erreichten Abweichungen von der norddeutschen Verfassung herausgestellt, um zu zeigen, dass die Macht Preußens eingeschränkt sei: Preußen könne zum Beispiel im Bundesrat durchaus überstimmt werden; zu einer Kriegserklärung sei außer bei einem gegnerischen Angriff die Zustimmung des Bundesrates erforderlich[165]. Württemberg sei ferner eine angemessene Teilnahme am Bund gesichert, denn es werde in den wichtigen Bundesratsausschüssen für das Landheer und die Festungen permanent vertreten sein. Auch die spezifischen Eigeninteressen des Landes seien gewahrt, ohne dass die Interessen anderer beeinträchtigt seien: Jeder Staat verwalte seine Eisenbahnen mit gewissen Einschränkungen selbst; Württemberg behalte darüber hinaus seine eigene Post- und Telegrafenverwaltung und die daraus fließenden Einnahmen; die württem-

---

[162] Hölder an Lasker, 28. November 1870 (ebd., S. 285).

[163] Beginnend mit Staatsanzeiger Nr. 285, 30. November 1870, II. Blatt, S. 3480ff.

[164] Im I. Blatt von Nr. 285.

[165] Beim Schutz- und Trutzbündnis war das Kognitionsrecht strittig gewesen.

bergischen Truppen bildeten im Bundesheer ein eigenständiges Armeekorps, der König ernenne die Offiziere, die eigene Militärverwaltung bleibe erhalten und Einsparungen fielen der württembergischen Staatskasse zu; auch die Steuern auf Branntwein und Bier blieben in Württemberg. Im Schlussteil wird die neue Verfassung mit der Reichsverfassung von 1849 verglichen, auf die sich die Verfassung von 1870 in wesentlichen Teilen stütze. Während das Fehlen des Grundrechtskatalogs als weniger bedeutend gewertet wird, hebt der Verfasser hervor, dass die neue Verfassung den föderativen Charakter Deutschlands stärker betone als die von 1849: Württembergs Selbstständigkeit sei in dem neuen Bund deutlicher gewahrt als *in jenen Einigungsprojekten von 1848 und 1849, welche gerade in Württemberg einen so fruchtbaren Boden fanden.*

Dieses Programm wandte sich an „gemäßigte" Wähler, solche, die sich als „gute Deutsche" und „gute Württemberger" verstanden, gemäßigte Liberale und Konservative, Partikularisten, geläuterte Preußenhasser und sogar ehemalige 48er, deren Streben nach Ansicht der Regierung durch die neue Verfassung noch vollkommener erfüllt werde als durch die von 1849. Wie sehr sich diese Position von der der Deutschen Partei abgrenzte, wird an Hölders Reaktion auf diesen Beitrittsvertrag greifbar; wie er Lasker schrieb, kostete es ihn einige Selbstüberwindung hinzunehmen, dass *die formellen Befugnisse der Zentralgewalt etwas abgeschwächt* waren und *den süddeutschen Staaten in einigen nicht unerheblichen Punkten eine Sonderstellung gewährt* wurde; er versuchte sogar noch über Lasker durch die Beratungen des norddeutschen Reichstags Änderungen *im Sinne besserer Einheit* zu erreichen, wobei er allerdings keinesfalls das Scheitern des Vertrags riskieren wollte[166].

Was der Deutschen Partei Sorgen bereitete, dass nämlich der Beitrittsvertrag noch in letzter Minute scheitern könnte, nährte umgekehrt in der Volkspartei und bei den Großdeutschen Hoffnungen. Die Sitzung des Landeskomitees der Volkspartei vom 9. Oktober, an der auch namhafte großdeutsche Parlamentarier teilnahmen, mündete acht Tage später in einer parteiamtlichen Erklärung, die der Partei Richtlinien bot für die Bewertung der politischen Lage. Es wurde darin die Einigung des Nordens und des Südens zunächst ohne Österreich akzeptiert, der Eintritt in den Norddeutschen Bund jedoch abgelehnt und statt dessen eine bundesstaatliche und demokratische Lösung gefordert[167]. Hölder fasste diesen Beschluss als einen Kompromiss auf, hinter dem sich aber noch *ultramontane und volksparteiliche Tendenzen* verbargen[168]; unter dem Druck der Verhältnisse hatten Großdeutsche und Volkspartei offenbar den Schulterschluss vollzogen.

---

[166] Hölder an Lasker, 28. November 1870 und 3. Dezember 1870: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 285 und 299f.; ganz ähnlich äußerte sich auch Otto Elben gegenüber Lasker am 24. November und 1. Dezember 1870 (ebd., S. 287 und 298), aber mit noch mehr Betonung des Aspekts der Einheit; vgl. auch W. Lang, Württemberg und das deutsche Verfassungswerk, S. 712.

[167] Runge, Volkspartei, S. 168f.

[168] Hölder an Lasker, 18. Oktober 1870: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 68.

Großdeutsche und VP-Führung reagierten mit der Erklärung vom 9. Oktober auf die Forderungen, die die Deutsche Partei in ihrer landesweiten Kampagne für die Einheit Deutschlands in einem Bundesstaat seit dem 3. September propagierte[169]. Die Erklärung nahm aber gleichfalls Stellung zu einer Verlautbarung der württembergischen Regierung am 9. Oktober im „Staatsanzeiger", in der sich das Ministerium *so klar als derzeit möglich* über die deutsche Verfassungsfrage ausgesprochen hatte[170]. Nachdem die Deutsche Partei in den Tagen zuvor noch festgestellt hatte, dass sich der Wind in Stuttgart gegen die nationale Einigung gedreht habe[171], wurde diese Verlautbarung als *erheblicher Schritt vorwärts* gewertet; sie lasse aber immer noch die Möglichkeit zu, die bundesstaatliche Einigung durch unannehmbare Bedingungen zu verhindern oder lediglich ein weiteres Bundesverhältnis anzustreben[172].

Die Beschlüsse des Landeskomitees der Volkspartei vom 9. Oktober lagen also keineswegs außerhalb der realisierbaren politischen Möglichkeiten. Durch ihre starken Landtagsfraktionen verfügten Volkspartei und Großdeutsche zudem bis zum 22. Oktober immer noch über ein Mittel, um die Regierung in Fragen wie der Steuerbewilligung über den 31. Oktober 1870 hinaus oder der Genehmigung weiterer Kriegskredite unter Druck zu setzen. Sie machten von diesem Mittel freilich keinen Gebrauch, weil sie die Zusammenarbeit mit der Regierung erhalten wollten und wohl auch fürchteten, von der öffentlichen Entrüstung über eine derartige Hilfe für den Feind weggefegt zu werden; um so verärgerter waren sie, als der Innenminister noch am selben Tag die Kammer auflöste[173].

Die Auflösung des Landtags am 22. Oktober 1870 fiel zusammen mit dem Eintreffen Mittnachts und Suckows in Versailles zu den Beitrittsverhandlungen mit dem Norddeutschen Bund. Wenn die „Ultramontanen und Großdeutschen" nur annähernd so gut über die Vorgänge in München informiert waren[174] wie die DP-Führung über den Stand der Dinge in Versailles und Berlin, dann war ihnen bekannt, dass die württembergische Regierung, entgegen den preußischen Vorstellungen, Wert darauf gelegt hatte, in Versailles zusammen mit der bayerischen Delegation aufzutreten, was auf eine gemeinsame Verhandlungsposition hindeutete[175]. Für Großdeutsche und

---

[169] Rapp, Württemberger, S. 408f.

[170] Mittnacht an Lasker, 9. Oktober 1870: Deutsche Revue 17/II (1892), S. 316f.

[171] Elben an Lasker, 7. Oktober 1870 (ebd., S. 314); W. Lang, Württemberg und das deutsche Verfassungswerk, S. 701ff.

[172] Hölder an Lasker (undatiert – 10. oder 11. Oktober): Deutsche Revue 17/III (1892), S. 59.

[173] W. Lang, Württemberg und das deutsche Verfassungswerk, S. 705; Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 85 spricht dagegen von Einklang der Regierung *mit den Parteiführern* in der Frage der Kammerauflösung.

[174] W. Lang, Württemberg und das deutsche Verfassungswerk, S. 707 berichtet für Mitte November von Gesprächen Probsts mit den Ultramontanen in München.

[175] Delbrück an Lasker, 18. Oktober 1870 „vertraulich" und Hölder an Lasker, 18. Oktober 1870: Deutsche Revue 17/III (1892), S. 65 und 67; vgl. W. Lang, Württemberg und das deutsche Verfassungswerk, S. 705: Am 19. fuhr die württembergische Delegation ab im selben Zug wie die badische (*man nahm es als ein günstiges Zeichen*); am 20. folgte die bayrische Delegation. Wie Delbrück Lasker schrieb, wartete dann die württembergische auf die bayrische Delegation, so

Volkspartei gab es auch zu diesem Zeitpunkt keine unmittelbare Veranlassung, von der am 9. Oktober beschlossenen und wenige Tage später öffentlich eingenommenen Position abzugehen. Das Landeskomitee entschied also am 22. Oktober, der Situation angemessen, über die Wahlteilnahme[176]; dazu hieß es im „Hohenstaufen": *Es kann sich* [...] *nicht darum handeln, dass man, wie schon Stimmen laut wurden, sich der Wahl enthält. Abgesehen davon, dass es selten möglich wird, eine allgemeine Wahlenthaltung einer Partei vollständig durchzusetzen, – und im andern Fall hat es gar keinen Wert –, so darf eine Partei ohne die allertriftigsten Gründe den Kampfplatz nie verlassen. Wir leugnen es nicht, die Aussichten für die demokratische Partei sind im Augenblick nicht günstig, ist aber deshalb das Prinzip ein anderes geworden?*[177]

Nachdem die Regierung am 4. November die Landtagsneuwahl auf den 5. Dezember festgesetzt hatte – die Führung der Deutschen Partei hatte zur Vorbereitung der Wahl bereits am 25. Oktober zu einer Delegiertenkonferenz für den 6. November in der Stuttgarter Liederhalle eingeladen[178] –, erschien im „Beobachter" eine fünfteilige Artikelserie „Den Wählern zur Erwägung"[179], in der die Wähler aufgerufen wurden, *aus Vorsicht* die alten Abgeordneten wiederzuwählen. Die Regierung, deren Ziele unklar seien, könne noch nichts über die Bedingungen für den Eintritt in den Nordbund sagen; der Wähler wisse also gar nicht, worüber er abzustimmen habe. Die wichtigste Vorbedingung für eine Wahl – *die vollständige Freiheit der äußeren Erörterung und der inneren Überzeugung* – sei nicht gewährleistet, solange der Krieg fortdauere oder wenn der Wahltermin mit einem Friedensschluss zusammenfalle. Die Artikel erschienen, während die Beitrittsverhandlungen mit Bayern stockten[180]; der fünfte Artikel[181] bezog sich ausdrücklich auf die Nachricht aus Versailles, dass die Verhandlungen mit Bayern abgebrochen bzw. – wie der „Beobachter" vermutete – unterbrochen seien; für die württembergische Regierung ergäben sich daraus nun zwei Möglichkeiten:

Erstens, sollte Württemberg die Verhandlungen allein fortsetzen und ohne Bayern in den Norddeutschen Bund eintreten, so werde es selbstverständlich schlechtere Bedingungen bezüglich seiner Selbstständigkeit erreichen; eine Trennung von Bayern sei gegen die höchsten Interessen des Landes und dürfe von keinem württembergischen Ministerium auch nur als möglich gedacht werden. Jede Verbindung des Südens mit dem Norden ohne Österreich sei mit großen Nachteilen verbunden; um so größer würden die Nachteile sein, wenn Württemberg allein eintrete. Der Bund sei das Werkzeug, um Deutschland Preußen zu unterwerfen; Sache des Volkes sei es, alles aufzubieten, *um eine großdeutsch und demokratisch gesinnte, vor allem auf Erhal-*

---

dass sie gemeinsam eintrafen; anders: Schneider, Württembergs Beitritt, S. 134f.

176 Runge, Volkspartei, S. 170.

177 Der Hohenstaufen, Nr. 88, 3. November 1870, S. 355 (Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 247).

178 Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 253.

179 Beobachter Nr. 265, 9. November 1870; Nr. 266, 10. November 1870; Nr. 267, 11. November 1870; Nr. 268, 12. November 1870; Nr. 269, 13. November 1870.

180 Rapp, Württemberger, S. 436: Seit dem 9. November erschienen Meldungen darüber.

181 Beobachter Nr. 269, 13. November 1870 (Titelseite), – hier auch das Folgende.

tung der Freiheit und Selbständigkeit bedachte Kammer herzustellen, damit an ihrem verfassungsmäßigen Einspruch ein solches mit der Wohlfahrt des Landes unvereinbares Verfahren scheitere. Selbst unter den Anhängern der preußischen Partei wollten viele das württembergische Eigenleben und die Freiheit erhalten.

Zweitens: *Das Wahrscheinliche jedoch ist, daß auch Württemberg, selbst wenn seine Vertreter zu Versailles anfänglich bereit gewesen sein sollten, auf manche Bedingungen einzugehen, welche von Bayern zu hart befunden wurden, sich nach dem Rücktritt des letztern von diesen Unterhandlungen, ebenfalls seine Stellung verwahren und seinen Eintritt in den Nordbund von der seine Zukunft sichernden Zustimmung des Nachbarstaates abhängig machen wird. In diesem Fall, wo als letzte Möglichkeit nur bliebe, den bisherigen Zustand zu erhalten, welcher Württemberg wenigstens, wie die neueste Erfahrung lehrt, von patriotischem Einstehen für Deutschland nicht abhält, wäre rückwärts erwiesen, daß eine Notwendigkeit, die bisherige Kammer aufzulösen, geschweige schon während des Krieges Neuwahlen anzuordnen, gar nicht vorlag.*

Da hier nun völlig eindeutige Wahlaussagen vorlagen[182], beschäftigte sich das Landeskomitee der VP in seiner Sitzung vom 13. November ausschließlich mit dem Stand und der Organisation des Wahlkampfes, wobei wieder die Zusammenarbeit mit den Großdeutschen betont und optimistisch darauf hingewiesen wurde, dass bisher 45 Wahlkreise mit demokratischen und großdeutschen Kandidaten besetzt seien[183]. Angesichts der Verhandlungskrise in den folgenden Tagen, die die Rückkehr Mittnachts und Suckows nach Stuttgart signalisierte[184], schien die Entwicklung auf die letztere der beiden angedachten Möglichkeiten hinauszulaufen.

Der „Beobachter" hatte aber auch deutlich Stellung bezogen für den Fall, dass die württembergische Regierung ohne Bayern dem Bund beitreten würde, wie seit dem 23. November als Gerücht umging und am 27. durch die amtliche Meldung im „Staatsanzeiger" bestätigt wurde[185]. Volkspartei und Großdeutsche demonstrierten in dieser Lage einmal mehr Geschlossenheit; das „Deutsche Volksblatt" druckte einen Artikel ab, der in der demokratischen „Frankfurter Zeitung" kurz vorher („Stuttgart, 26. November") erschienen war und in dem es hieß: *So ungünstig die Strömung auch sein mag, so gefährlich das Bündnis der Regierung und des Nationalliberalismus, die Volkspartei und die Großdeutschen stehen* [...] *auf ihrem Posten; die altbewährten Namen eines Tafel, C. Mayer, Becher, Probst, W. Vollmer, S. Schott und wie sie alle heißen, werden, von dem Volk überall mit Vertrauen genannt und von diesem Geist getragen im Stande sein, die Verteidigungslinie, hinter welcher die preußischen Siege die schwäbische Volkspolitik zurückgedrängt haben, zu behaupten, eine*

---

[182] Von *ausweichender Argumentation*, wie RUNGE, Volkspartei, S. 170, meint, kann keinesfalls die Rede sein.

[183] Beobachter Nr. 270, 15. November 1870.

[184] Beobachter Nr. 273, 18. November 1870 „Die Resultate der Versailler Verhandlungen": Die Verhandlungen seien ins Stocken geraten; die württembergische Regierung wird noch einmal sehr nachdrücklich vor einem Beitritt ohne Bayern gewarnt.

[185] Beobachter Nr. 282, 29. November 1870, nach dem Staatsanzeiger.

Linie, die so lange nicht fällt, als nicht eine Zweidrittelmajorität in der Kammer gegen sie heranstürmen kann[186].

Dass der „Beobachter" den Beitrittsvertrag strikt ablehnte, wurde am 30. November noch einmal herausgehoben, als zur Widerlegung von Verdächtigungen aus der Deutschen Partei die für die Gegenwart wichtigen Punkte des Programms der Deutschen Volkspartei vom 18./19. September 1868 zitiert wurden: in der Freiheitsfrage die Verwirklichung des demokratischen Staates, in der nationalen Frage zur Abwehr der Verpreußung die Gründung eines freiheitlichen Südbundes, im Falle eines Krieges Eintreten für die Unversehrtheit des gesamten deutschen Bodens etc[187]. Damit war aber auch die gemeinsame Basis mit den meisten Großdeutschen in Frage gestellt. Bei der Veröffentlichung der Verträge lag kein weiterer Grund zur Stellungnahme vor: Der „Beobachter" und die Führung der Volkspartei hatten sich auf eben die Position festgelegt, die die DP-Führung für sie vorgesehen hatte, um die „Unverbesserlichen" zu isolieren.

Zwischen den Wahlprogrammen einzelner Landtagskandidaten, die im „Beobachter" abgedruckt und dadurch als vorbildlich herausgestellt wurden, gab es dennoch bemerkenswerte Unterschiede. Karl Mayers Ablehnung des Eintritts in den Norddeutschen Bund fiel völlig kompromisslos aus: Die Natur der Nordbundsverfassung überhaupt sei so weit entfernt von allem dem, was dem Wesen eines wirklichen Bundes entspreche, dass sie diesem durch einige Einräumungen, die sich die Höfe gemacht haben mögen, sicherlich nicht näher gerückt werde. Mayer legte die Messlatte für ein Friedenswerk, dem er zustimmen könnte, so hoch an (Budgetrecht, Ministerverantwortlichkeit), dass er sich selbst in der Position bloßer Verneinung sah. Dies sei keine erfreuliche Stellung, *am wenigsten für diejenigen, welche außer der Freiheit und Selbstbestimmung* [...] *gerne alles hingeben würden, um dem Vaterland zur Einheit zu verhelfen*[188].

Ähnlich sprach sich Johannes Uhl u.a. gegen den **Eintritt** der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund aus; Uhl wünschte sich statt dessen die Verbindung durch einen Staatsvertrag, der gegründet sein solle auf der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten[189]. Da es nun bekanntermaßen bei den Verhandlungen in Versailles um den Eintritt ging, war Uhls Ablehnung im Falle erfolgreicher Verhandlungen vorgezeichnet.

Johannes Bürks Programm fiel weniger grundsätzlich, sehr viel „politischer" aus[190]. Es ließ zunächst keinen Zweifel an seiner patriotischen Haltung: *Stolz, einer Nation anzugehören, welche soeben ihre Kraft und ihren Wert auch auf dem Schlachtfelde, in zahllosen Siegen dartut und die Welt zur Bewunderung hinreißt, und anerkennend den hervorragenden Anteil, der der preußischen Führung an den großen Erfolgen dieses Krieges zuzuschreiben ist, bin ich mir doppelt der Pflicht bewußt, mit al-*

[186] DV Nr. 282, 1. Dezember 1870.
[187] Beobachter Nr. 283, 30. November 1870; Heger, Die DDP, S. 110ff.
[188] Beobachter Nr. 284, 1. Dezember 1870 „An die Wähler des Bezirks Besigheim" (Schluss).
[189] Beobachter Nr. 273, 18. November 1870; siehe unten, S. 312ff.
[190] Beobachter Nr. 274, 19. November 1870.

len Kräften dahin mitzuwirken, daß unsere Söhne und Brüder, die in Feindesland für des Vaterlandes Größe und Glanz kämpfen und bluten, bei ihrer Rückkehr in die Heimat staatliche Einrichtungen finden, welche der gebrachten Opfer Wert sind, und ich müßte vor jedem zurückkehrenden Krieger, vor jeder Witwe und Waise eines auf dem Felde der Ehre Gefallenen erröten, hätte ich nicht eben so mutig und beharrlich in der Heimat gekämpft für den Aufbau eines die Freiheit, wie die von derselben untrennbare sittliche und materielle Wohlfahrt sichernden Staatswesens. Da bis Mitte November über die konkreten Bedingungen der staatlichen Einigung Deutschlands noch nichts bekannt war, formulierte Bürk vier Bedingungen; er werde einer Verfassung Deutschlands *mit Freuden und aufrichtig* seine Zustimmung geben, die

1) *von der Selbständigkeit der Einzelstaaten nicht größere Opfer fordert, als für die Zwecke eines wahren Bundes nötig sind,*
2) *die freiheitliche Entwicklung des Volkes gewährleistet,*
3) *ein echtes, wahres Verfassungsleben in den Einzelstaaten schützt und in den Bund einführt und*
4) *die Möglichkeit eines künftigen Wiedereintritts Deutsch-Österreichs nicht ausschließt.*

In der Nordbundsverfassung, so wie sie sei, vermisse er die Erfüllung dieser Forderungen. Dadurch, dass Bürk die Prinzipien mit Einschränkungen versah (nicht größere ... als; wahres... etc.), hielt er sich die Möglichkeit offen, bei Veröffentlichung des Beitrittsvertrages zu einem sehr differenzierten, abgestuften Urteil zu gelangen, das von entschiedener Ablehnung bis zu einem bedingten Ja würde reichen können.

Noch allgemeiner äußerte sich Georg Renschler in seinem Wahlprogramm von Anfang November über die nationale Frage: Durch den Nationalkrieg sei beim deutschen Volk und seinen Fürsten der berechtigte Wunsch nach einem einigen deutschen Vaterland stark geworden; nur darüber bestehe Uneinigkeit, wie und wie weit die Einigung erfolgen solle. Ein Teil wolle den Eintritt in den Nordbund und dadurch gleichsam eine Diktatur unter Preußen, der andere Teil (zu dem er gehöre) strebe an *einen in Freiheit geeinten deutschen Bundesstaat (mit Parlament), wo jeder bisherige deutsche Staat ein ebenbürtiges Glied in dieser großen und starken Kette bilden und seine berechtigte Selbständigkeit beibehalten solle*[191]. Renschler bewahrte sich also ebenfalls seinen Entscheidungsspielraum.

Wer aber die nationale Frage in den Hintergrund stellen wollte, der bot dem politischen Gegner Angriffspunkte. So berichtete die „Schwäbische Volkszeitung" über eine Wählerversammlung der Volkspartei in Esslingen, auf der Deffner, *nur von persönlichen Verhältnissen geleitet*, auf eine erneute Kandidatur verzichtete und Tafel empfahl. Nach Deffners und auch Tafels Ansicht gehe es bei der bevorstehenden Landtagswahl hauptsächlich um zwei Fragen: die deutsche und die innere, die Revision der Verfassung. Letztere sei wichtiger. Die Regierung sei dieser Frage seit Jahren ausgewichen, der Krieg sei ihr nun sehr gelegen gekommen. Tafel bekannte sich zur

[191] Wahlprogramm Renschlers vom 6. November 1870, abgedruckt im Beobachter Nr. 273, 18. November 1870; vgl. auch Beobachter Nr. 185, 10. August 1870 Erklärung Renschlers.

Einheit Deutschlands, er hob dann aber als Beispiel, wie gefährlich die Norddeutsche Bundesverfassung sei, die Militärverfassung heraus; das bisherige Gesetz gelte bis 1871; eine Änderung sei nur auf gesetzlichem Wege möglich; wenn aber Reichsversammlung und Fürstenrat nicht übereinstimmten, entscheide das Bundeshaupt. War auch die Kritik sachlich durchaus begründet, so konnte die „SVZ" die Bedenken durch den Appell an das Nationalgefühl doch wegfegen: *Die Verfassungsrevision wichtiger als die deutsche Frage!! Wonach alle Herzen in Deutschland sich sehnen, was mit dem Blute unserer Märtyrer und unserer braven Soldaten geheiligt ist, das ist unwichtiger als die Frage, ob Privilegierte in der zweiten Kammer von Württemberg sitzen sollen oder nicht*[192]!

Auch der Volksverein im Oberamt Crailsheim, der Andreas Abelein aufgestellt hatte, versuchte den Wahlkampf auf das Thema der „inneren Freiheit" zu lenken. Zunächst erklärten „die meisten Wähler" von Gröningen, Satteldorf, Tiefenbach, Triensbach und Jagstheim, sie wollten Abelein die Treue halten und empfahlen ihn den anderen Wählern ganz besonders als Kämpfer für die größtmöglichen bürgerlichen Rechte, *da die glückliche Lösung der deutschen Frage keinem Zweifel* unterliege und es sich bei der Wahl nur um die innere Freiheit handele[193]. Abelein vermied es in der Folge, ein schriftliches Wahlprogramm zu veröffentlichen. Als ihn seine politischen Gegner nach der Veröffentlichung der Verträge auf seine bisher vertretenen Thesen festlegen wollten, entgegnete er, auch er habe *ein ehrliches deutsches Herz mit rotem warmem Blut;* als Demokrat habe er immer gesagt, was er über die deutsche Frage denke, er habe jedoch nicht vergessen zu sagen, *daß auch die Demokratie, obwohl sie Grundprinzipien nie aufgibt, mit der Zeit und mit realen Größen zu rechnen versteht. Glücklicherweise ist der längst erwartete Vertrag zwischen Württemberg und dem Nordbund mehr noch nach den Wünschen meiner Partei als nach dem Geschmack der württembergischen Preußen ausgefallen und ich habe nun die Genugtuung, sagen zu können, daß ich in meinen Wahlreden nichts Unmögliches* [...] *verlangte* [...][194].

Vor der Stichwahl erklärte *Einer, der es genau weiß*, Abelein sei nicht gegen den Beitrittsvertrag und werde auch nicht dagegen stimmen[195]. Damit wurde vollends deutlich, dass Abelein und die Crailsheimer VP die Vereinigung Deutschlands begrüßten, obwohl diese nicht voll ihren Vorstellungen entsprach, dass sie die Realitäten akzeptierten und in dem neuen Rahmen weiter für die innere Freiheit wirken wollten. Sie gingen damit noch ein Stück weiter als viele der Großdeutschen. Diese hatten den Aufruf der Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Partei vom 6. November zum Anlass genommen, Stellung zu beziehen. Die DP hatte mit ihrem Aufruf den Wahlkampf gegen die Parteien eingeläutet, *die geflissentlich den Haß gegen deutsche Bruderstämme nährten, mit welchen uns heute ruhmvolle Waffenge-*

[192] SVZ Nr. 276, 20. November 1870, S. 1137 nach einem Bericht im Esslinger Wochenblatt.
[193] Amts- und Intelligenzblatt, 12. November 1870, S. 246; auch RAPP, Württemberger, S. 442.
[194] Amts- und Intelligenzblatt, 3. Dezember 1870, S. 584f.
[195] Amts- und Intelligenzblatt, 17. Dezember 1870, S. 609.

meinschaft verbindet. Der unfruchtbaren Krittelei an der Bundesverfassung sei das Volk in dieser erhebenden Zeit müde geworden[196].

Ammermüller, Becher, Österlen, Probst und Schott appellierten dagegen an die Wähler, sich nicht von den Gefühlen leiten zu lassen: *Deutschland geht einer neuen Gestaltung entgegen, unsere Gesinnungsgenossen werden sich der Mitwirkung hiebei nicht entziehen; die Frage aber, unter welchen Bedingungen eine gedeihliche, des deutschen Charakters und der deutschen Bildung würdige Verbindung der deutschen Staaten möglich sei, bildet ein Problem, zu dessen Lösung nicht der Götzendienst des Erfolgs sondern nur das ruhige staatsmännische Urteil berufen ist*[197]. Diese Formulierungen gaben Hoffnungen auf ein Scheitern der Beitrittsverhandlungen keinen Raum und kamen anscheinend der Anerkennung der Realitäten so nahe, dass Moriz Mohl, dessen Name unter dem Aufruf der Großdeutschen zur Landtagswahl vom 9. November stand[198], hier nicht unterschrieb.

Nach der Veröffentlichung der Verträge stellte sich beispielsweise August Oesterlen vollends den neuen Realitäten: Wegen der Gefahr der Isolierung Württembergs werde die neue Kammer den Verträgen auf jeden Fall zustimmen müssen. *So kommt die deutsche Einheit auf dem Wege der Herstellung eines Verhältnisses der Unterordnung des übrigen Deutschlands unter die Krone Preußens zustande;* [...] *Der bisherige Gegensatz der Parteien über die Neugestaltung Deutschlands verschwindet; die neue deutsche Bundesverfassung ist der nicht mehr bestrittene Boden, auf dem sich neue über den Einzelstaat hinausgehende Parteibildungen vollziehen; an unsere bisherigen nationalliberalen Gegner tritt nunmehr die Aufgabe heran, für die Freiheit einzustehen, nachdem sie* **ihre** *Einheit erreicht haben. Die württembergische Volkspartei wird ihre Fühlung mit dem Norden suchen und finden und als ihre besondere Aufgabe erkennen, die Konsequenzen zu ziehen, welche sich aus der mehr als halben Mediatisierung des Königreichs Württemberg* [...] *ergeben*[199]. Für Oesterlen folgte daraus, dass er aus Überzeugung und weil die Zweidrittelmehrheit nicht in Frage stand, gegen den Beitrittsvertrag zu stimmen hatte, dass er aber – anders als die Dogmatiker in der Führung der Volkspartei – seine politische Arbeit in dem neuen Rahmen fortzuführen bereit war[200]. Andere Großdeutsche wie Becher, Egelhaaf[201], Probst[202] dachten ähnlich; bei Nüßle, Maier/Tettnang und Bayrhammer herrschte mindestens Unsicherheit, wie sie stimmen würden; Ruf war sogar bereit, dem Beitrittsvertrag zuzustimmen[203].

---

196 Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 286.

197 Beobachter, Nr. 271, 16. November 1870 „An die Wähler".

198 Schw. Kronik 11. November 1870, S. 3186 etc.

199 Haller Tagblatt, 3. Dezember 1870, nach: Müller, August Oesterlen, S. 83.

200 Müller, August Oesterlen, S. 85f.

201 Rapp, Württemberger, S. 442f.

202 Hagen, Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus, Bd. 1, S. 313.

203 Nach der Zusammenstellung im Staatsanzeiger Nr. 290, 6. Dezember 1870, S. 3544f.; Verhandlungen der württ. Kammer der Abgeordneten (1870ff.), Protokolle, S. 71: Anders als Bayrhammer, Mohl, Egelhaaf, Hopf, Gutheinz, Maier/Tettnang, Retter, Völmle, Probst, Louis Schwarz, Oesterlen, Küble, Nübel und Uhl stimmte Ruf tatsächlich für den Beitrittsvertrag.

Letztlich war so die Wahlkampftaktik der DP aufgegangen. Die zunehmende Polarisierung des Wahlkampfes überdeckte allerdings auch die Unterschiede innerhalb der beiden Lager und den Gestaltungsspielraum der einzelnen Kandidaten. Geprägt durch die scharfe Konkurrenz der Parteien und die thematische Einengung auf die Alternative Ablehnung oder Billigung des Beitrittsvertrages, die den einzelnen Wahlkreisen wenig Raum bot für die Verfolgung spezifischer Eigeninteressen, scheint die Landtagswahl vom Dezember 1870 noch „moderner" als die von 1868.

4. Die Wahlbeteiligung

Die politische Mobilisierung der Württemberger fiel im Dezember 1870 deutlich geringer aus als noch zwei Jahre zuvor. Wie sich aus den Beteiligungswerten der einzelnen Wahlkreise ergibt, muss innerhalb der Wählerschaft zudem eine erhebliche Umschichtung stattgefunden haben. Zusammenhänge zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und der Sozialstruktur waren auch bei der Landtagswahl von 1868 nur schwach gewesen; wenn man aber nach verschiedenen Motivschichten differenzierte, so ließ sich zeigen, dass das politische Verhalten der Wähler in erster Linie durch die Konfessionszugehörigkeit, dann aber auch durch die Eigentumsstruktur und die Gemeindegröße beeinflusst wurde.

Die Korrelationen zwischen verschiedenen Zensusvariablen und der Höhe der Wahlbeteiligung, bezogen nacheinander auf alle Ergebnisse des 5. Dezember 1870 und auf das Endergebnis des ersten Wahlgangs, also einschließlich der vollendeten Ergänzungswahlen, sind wiederum nur schwach[204]. Da die Variable „katholischer Bevölkerungsanteil" wie schon 1868 und übrigens auch bei den folgenden Wahlen den Anforderungen des mathematisch-statistischen Modells nur unzureichend entspricht, lässt sich der Einfluss des konfessionellen Faktors auf die anderen Variablen nicht dadurch kontrollieren, dass man die Partialkorrelationen berechnet. Dem Augenschein nach hat jedoch die Konfessionszugehörigkeit der Wahlberechtigten[205] ihre Entscheidung, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, im Jahre 1870 in anderer Weise bestimmt, als das 1868 der Fall gewesen war.

In Karte 1[206] ist dargestellt, um wie viele Prozentpunkte sich die Wahlbeteiligung im Jahre 1870 gegenüber 1868 verändert hat; verglichen wird dabei jeweils die spontane Wählerentscheidung, wie sie am ersten Wahltag zum Ausdruck kam. Wahlkreise mit deutlich verminderter Wahlbeteiligung häufen sich im Neckarkreis, während sich in neuwürttembergischen, katholischen Wahlkreisen oft eine Zunahme des Wählerinteresses zeigt: Von den 27 katholischen Wahlkreisen weisen 14 (51,8%) eine höhere Wahlbeteiligung auf als 1868; unter den 43 protestantischen Wahlkreisen waren es

[204] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Württemberg Landtagswahl 1870.

[205] Streng genommen beziehen sich die Aussagen auf die Gebietseinheiten, nicht auf die Individuen.

[206] Siehe unten, S.278.

nur 15 (34,9%). Ob und inwieweit das Verhalten der Wähler dennoch durch ihre Konfessionszugehörigkeit bestimmt wurde, muss bei der Analyse der Feinstrukturen geklärt werden.

Was die Ursachen der Verlagerung des Wählerinteresses anbelangt, so erklärt sich die Zunahme der Wahlbeteiligung in vielen Fällen dadurch, dass großdeutschen oder volksparteilichen Bewerbern anders als im Juli 1868 ernsthafte Konkurrenz entgegentrat: In Esslingen legte das Wählerinteresse um 30,6 Punkte gegenüber dem 8./9. Juli 1868 zu; die bisher dominierende Volkspartei, die in Gottlob Tafel einen neuen Kandidaten hatte gewinnen können, hatte sich hier mit dem Stuttgarter Stadtdirektor Wolff (ministeriell) zu messen und unterlag. Lupbergers Auseinandersetzung mit Khuen im Wahlkreis Ravensburg mobilisierte um 20 Punkte mehr Wähler als 1868, und selbst Gottlob Egelhaaf musste erstmals gegen Ankelen (DP) ernsthaft für seine Wiederwahl kämpfen[207], was die Wahlbeteiligung um 15,8 Punkte steigen ließ.

Umgekehrt führte der Bewerbungsverzicht der politischen Konkurrenz von 1868 in vielen Fällen zu einer deutlichen Abnahme der Wahlbeteiligung: Zimmerle im Amt Ellwangen (Stimmenanteil 1868 31%, Rückgang der Wahlbeteiligung 1870 28,3%), Baumgärtner in Ludwigsburg/Stadt (26,4%/–26,7%), Pflüger in Mergentheim (20,4%/–19,8%), Bachmann in Heilbronn/Amt (17,4/–17,7%), Reibel in Heilbronn/Stadt (49,7%/–13,8%), Wiest in Ehingen (18,35%/–10,5%), Schott in Böblingen (14,7%/–10,5%), Duvernoy in Schorndorf (10,3%/–10,0%) usw. bewarben sich nicht wieder, und viele ihrer früheren Wähler scheinen daher auf die Stimmabgabe verzichtet zu haben. In einer erheblichen Zahl von Wahlkreisen stieg das Wählerinteresse jedoch an, obwohl selbst ein Mann wie Karl Mayer, der in Besigheim sein Mandat zu verteidigen suchte, empfindliche Einbußen hinnehmen musste (+1,55%/–24,98%); in solchen Wahlkreisen muss innerhalb der Wählerschaft eine substanzielle Wanderungsbewegung stattgefunden haben, deren Ursachen, Ausmaß und Richtung weiter unten analysiert werden[208].

5. Die Konfessionsstruktur und die Schwerpunkte der Parteien

Der unbestrittene Sieger der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 war die Deutsche Partei, die die Zahl ihrer Wähler von 42 182 im Jahre 1868 auf 87 686[209] mehr als verdoppeln konnte. Von den 47 Wahlkreisen, in denen sie 1870 mit eigenen oder ihr nahe stehenden Kandidaten vertreten war[210], gewann sie 30, zum Teil mit Stimmenanteilen

---

[207] Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 31; „Br“: Wahlkampf im Oberamt Gerabronn vor 86 Jahren, in: Der Frankenspiegel, Jg. 8, Nr. 2, 11. Februar 1956.

[208] Siehe unten, S. 304ff.

[209] Im ersten Wahlgang waren es ca. 83 400 Stimmen.

[210] Dazu kamen Mäulen in Cannstatt und der Stadtschultheiß von Owen, Wächter, in Kirchheim, die neben einem regulären DP-Kandidaten weitere Stimmen auf sich zogen. In Stuttgart Stadt entschieden sich bei der Ergänzungswahl noch 4% der Wähler für Gustav Müller; zu Müller: Braun-Wiesbaden, Bilder aus der deutschen Kleinstaaterei, Bd. 3, S. 243–252.

Karte 1: Zu-/Abnahme des Wählerinteresses am 5. Dezember 1870 gegenüber dem 8. Juli 1868

Grundlage: Grube, Vogteien, Bd. 1, nach S. 64

jenseits der absoluten Stimmenmehrheit bereits im ersten Wahlgang; in über der Hälfte dieser 47 Wahlkreise stimmten mehr als 39% der Berechtigten für die Deutsche Partei, nur in fünf Wahlkreisen blieb ihr Anteil unter 20%. Während die DP in 33 von 43 protestantischen Wahlkreisen Kandidaten aufstellte, die 24 Mandate eroberten, sank diese Erfolgsquote in den 10 paritätischen Wahlkreisen auf vier (bei fünf Kandidaturen), in den 17 katholischen Wahlkreisen sogar auf zwei (bei 9 Kandidaturen). Trotz einiger durchaus spektakulärer Erfolge in katholischen[211] und paritätischen[212] Wahlkreisen blieb die Deutsche Partei also insgesamt eine protestantische Partei.

Gewinne und Verluste der DP gegenüber 1868 entsprechen jedoch nicht unmittelbar der tatsächlichen Wählerwanderung, da die sehr weit gehenden Absprachen zwischen der Deutschen Partei und den Ministeriellen über die Kandidaturen das Bild verfälschen. Um die Wanderungsbewegung angemessener zu erfassen, wurden in Karte 2 Verluste der Deutschen Partei nur dann berücksichtigt, wenn sie nicht zu Gunsten eines ministeriellen Bewerbers anfielen; umgekehrt wurden Gewinne der DP um die Stimmenanteile des ministeriellen Kandidaten von 1868 gemindert. Wenn bei beiden Wahlen jeweils derselbe Kandidat für unterschiedliche Parteien antrat[213], wurde nur die Differenz zwischen diesen „persönlichen" Stimmen berücksichtigt[214].

Verluste musste die DP in sechs Wahlkreisen hinnehmen; sie fielen aber meist gering aus. Die Anhänger der Partei in Isny verzichteten 1870 darauf, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, so dass sich im Oberamt Wangen ein unbedeutender Stimmenverlust für die DP zeigte. Die Verluste der DP in Stuttgart/Stadt sind darauf zurückzuführen, dass die meisten Anhänger der Partei das Zusammengehen mit den Ministeriellen honorierten; in der Ergänzungswahl, als Sicks Wiederwahl so gut wie sicher schien, demonstrierten dann etliche Wähler doch ihre wirkliche Gesinnung.

In der Stadt Ludwigsburg einigte sich die Bürgergesellschaft auf Viktor Körner als Kandidaten[215]; der 1868 unterlegene ministerielle Konkurrent Baumgärtner wurde anscheinend zum Verzicht auf eine Bewerbung bewogen, was zur Folge hatte, dass das Wählerinteresse unter der 50%-Marke blieb, Körner weniger Stimmen erhielt als 1868 und eine Ergänzungswahl durchgeführt werden musste[216]. Baumgärtner hatte freilich seine Ambitionen keineswegs begraben. Als nach Körners Tod am 30. März 1871 eine Nachwahl durchgeführt werden musste, trat er erneut als Kandidat auf, *von*

---

[211] Neben Schmids erneutem Erfolg mit 49,58% in Ehingen, ist hier auch Streichs Sieg in Gmünd mit 32,20% zu nennen; Pischl in Saulgau unterlag nur denkbar knapp; die Wahl wurde angefochten und kassiert.

[212] Robert Römers Ergebnis in Geislingen (48,72%) wurde noch übertroffen durch die 54,62%, die Friedrich Auch, der Stadtschultheiß von Blaubeuren (geb. 1833), gegen Nüßle erreichen konnte; überraschend deutlich aber auch Boslers (Jakob Bosler, 1822–1893, Stadtschultheiß und Oberamtspfleger in Münsingen) deutlicher Sieg über Geiger in Münsingen.

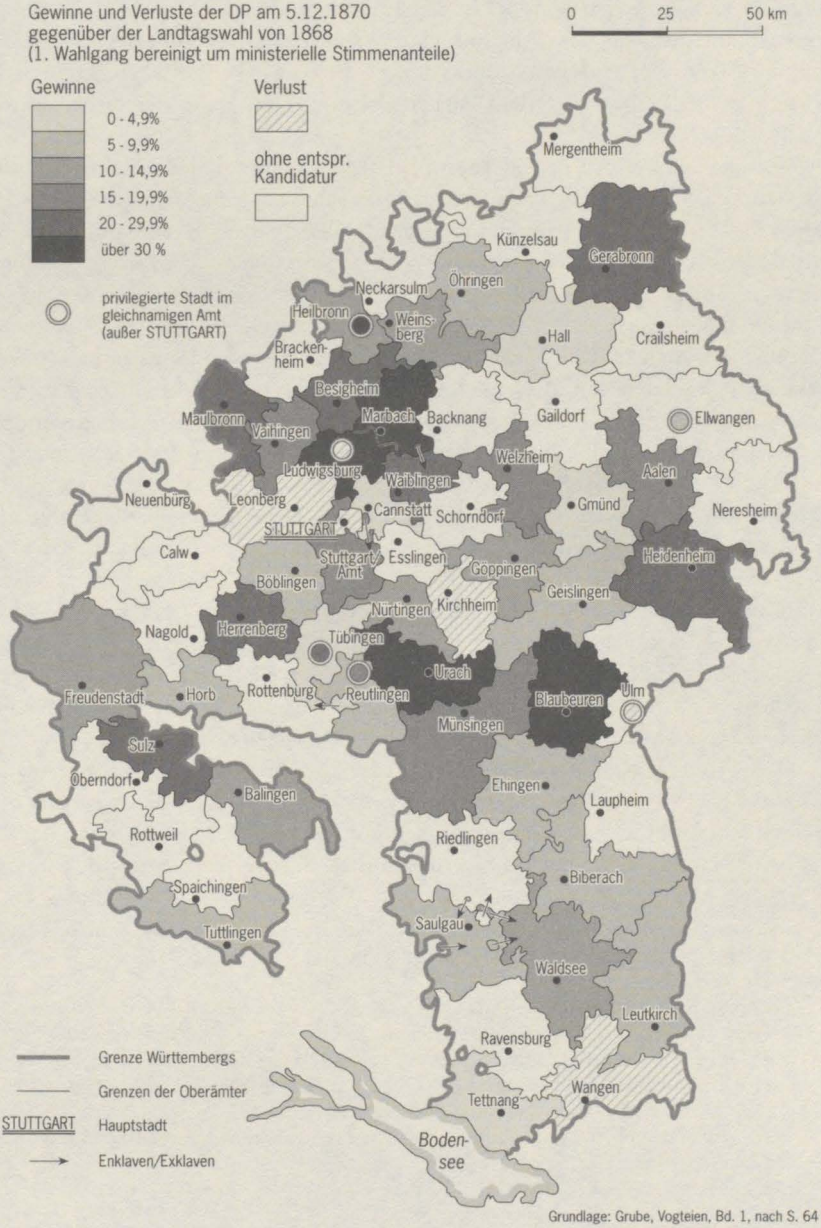
[213] Das war bei Rehm, Friz, Storz und Heß der Fall.

[214] Es wird also unterstellt, dass die Wähler den Empfehlungen Folge leisteten bzw. ihrem Kandidaten treu blieben.

[215] Schw. Kronik (1870), S. 3181f. „Ludwigsburg den 9. November".

[216] Schw. Kronik Nr. 289, 7. Dezember 1870, S. 3405.

Karte 2: Gewinne und Verluste der Deutschen Partei 1870



Grundlage: Grube, Vogteien, Bd. 1, nach S. 64

allen Parteien der Bürgerschaft aufgestellt[217]. Zwei Versuche, Gegenkandidaten zu gewinnen[218], deuten allerdings darauf hin, dass seine Bewerbung in den politischen Kreisen der Stadt keineswegs unumstritten war.

Wenn im Wahlkreis Kirchheim am 5. Dezember 1870 keine gültige Wahl zu Stande kam, weil weniger als 50% der Berechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten und Christian Mayer Einbußen gegenüber 1868 hinnehmen musste, so war das darauf zurückzuführen, dass seine bisherigen volksparteilichen Wähler sich 1870 zunächst zurückhielten[219].

In der Stadt Ulm verlor Pfeiffer gegenüber 1868 3,4%-Punkte bei insgesamt noch geringerem Wählerinteresse als 1868. Innenminister Scheurlen und Kabinettschef von Egloffstein hatten es sich, offenbar in höherem Auftrag, zur besonderen Aufgabe gemacht, Pfeiffer dadurch zu beseitigen, dass sie den Ulmer Oberbürgermeister von Heim zur Kandidatur gegen Pfeiffer bewegen wollten[220]. Heim verweigerte sich jedoch aus Gesundheitsrücksichten und wegen der Belastung durch sein Amt und konnte letztlich nur den Ulmer Professor Gustav Veesenmayer[221] als Kandidaten gewinnen[222]: Die Alternative *ein Ulmer gegen einen Juden*, wie das „Deutsche Volksblatt" formulierte[223], scheint wenigstens die katholischen Wähler gleichgültig gelassen zu haben[224].

Am höchsten fielen die Verluste für die Deutsche Partei im Wahlkreis Leonberg aus, wo Johannes Daur, der Gemeindevorsteher von Korntal, die Wahl mit 11,7%-Punkten weniger für sich entschied als sein Vorgänger Friedrich Bayha[225] im Juli 1868. Auch Daur wurde von Ramm und den Führern der DP unterstützt[226], doch kostete es sie *keine kleine Überwindung, für Daur zu wirken, weil* [ihre] *religiösen*

---

[217] Schw. Kronik (1871), S. 1181 „Ludwigsburg den 30. April".

[218] Schw. Kronik (ebd.): Prof. Mack von der Kriegsschule hatte abgelehnt; Baumgärtner scheint danach nur zweite Wahl gewesen zu sein. Schw. Kronik (1871), S. 1451: Amtspfleger Groß lehnte eine Kandidatur ebenfalls ab.

[219] Siehe unten, S. 466ff.

[220] HStAS E 14 Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 1 Schreiben des Oberbürgermeisters von Ulm an Kabinettschef von Egloffstein, Ulm, 1. November 1870; Privatschreiben Scheurlens an von Egloffstein vom 31. Oktober 1870; siehe unten, S. 366ff.

[221] Gustav Veesenmayer (1814–1901); Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 407 Pfeiffer an Hölder, 28. November 1870: Pfeiffer ordnet ihn als großdeutsch ein; so auch „Beobachter" Nr. 285, 2. Dezember 1870; Schw. Kronik (1870), S. 3369: Er sei parteilos und für den Eintritt; vgl. auch Trox, Bürger in Ulm, S. 222.

[222] HStAS E 14 Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 1 Schreiben des Oberbürgermeisters von Ulm an Kabinettschef von Egloffstein, Ulm, 28. November 1870.

[223] Deutsches Volksblatt Nr. 284, 3. Dezember 1870.

[224] Siehe unten, S. 368.

[225] Beobachter Nr. 268, 12. November 1870: Bayha war inzwischen nach Tübingen gezogen – wo er ein Hotel übernahm – und daher von der erneuten Kandidatur zurückgetreten.

[226] Beobachter Nr. 276, 22. November 1870 mit dem Programm Daurs und dem Bericht über eine Wählerversammlung in Leonberg am 13. November; vgl. Raberg, Biographisches Handbuch, S. 129: Daur befürwortete den Reichseintritt.

Anschauungen eben andere waren[227]; hier wird der Grund liegen, warum fast 11% weniger Wähler von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten als 1868 und die Wähler Daurs sich deutlich von den Wählern Bayhas unterschieden[228].

Das Ausmaß der Stimmengewinne der Deutschen Partei wird sichtlich (vgl. Karte 2[229]) durch die Konfessionsstruktur der Wahlkreise bestimmt. Während in den katholischen Wahlkreisen der Stimmenzuwachs durchweg unter 10%-Punkten blieb, fallen unter den 10 paritätischen Oberämtern drei mit hohen Gewinnen für DP-Kandidaten auf: Aalen (+802 Wähler, 15,8%), Münsingen (+867 Wähler, 18,6%) und vor allem Blaubeuren (+1254 Wähler, 34,8%). Inwieweit dort das Verhalten der Wähler durch die Konfession beeinflusst wurde, kann erst die Analyse auf der Ebene der Wahldistrikte und Gemeinden erweisen. Vier Fünftel der zusätzlichen DP-Wähler rekrutierten sich aus den protestantischen Wahlkreisen, mit sehr hohen Zuwachsraten dort, wo die Deutsche Partei erstmals mit einem eigenen Kandidaten auftrat: zum Beispiel in Heilbronn/Stadt (+1962 Stimmen, 39,4%), Ludwigsburg/Amt (+1662, 35,89%), Gerabronn (+1482, 27,84%), Neuenbürg (+1412, 11,83%, Balingen (+840, 12,53%) oder Waiblingen (+1046, 21,78%), letzteres ist besonders interessant, weil der volksparteiliche Wahlsieger von 1868, Hermann Heß, 1870 für die Deutsche Partei kandidierte und durch diesen Frontwechsel fast die Hälfte seiner Wähler einbüßte. Ein Meinungsumschwung großen Ausmaßes zugunsten der DP-Kandidaten ging vonstatten vor allem in Urach (+1747 Stimmen, 31,67%) und Marbach (+1544, 30,03%), in Herrenberg (+961, 22,29%), Heidenheim (+1477, 21,18%), Tübingen/Stadt (+377, 24,71%), Besigheim (+2086, 26,5%), Göppingen (+1611, 11,3%), Sulz (+842, 24,51%) und Maulbronn (+1021, 23,8%). Man wird die Ursachen für diese auffälligen Ergebnisse u.a. in den besonderen Umständen dieser Wahlkreise suchen dürfen: In Besigheim und Göppingen traten die Führer der großen Parteien an, deren Sieg oder Niederlage grundsätzliche Bedeutung beigemessen würde, so dass der Wahlkampf besonders intensiv geführt wurde; in anderen Wahlkreisen wurden attraktivere Kandidaten aufgestellt: Lenz[230] statt Adam[231] in Urach oder in Herrenberg

---

[227] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 322 Ratsschreiber Gasteyger an Hölder, Renningen, 14. November 1870.

[228] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Leonberg 2: Die Korrelation zwischen Bayhas (DP68) und Daurs Stimmenanteil (Kons70) lag nur bei: r = –0.3235!

[229] Siehe oben, S.280.

[230] Friedrich Georg Lenz (1834–1910), aus einer Uracher Kaufmannsfamilie, Dr. jur., Kreisrichter, seit 1871 Kreisgerichtsrat und Oberstaatsanwalt in Stuttgart, ab 1886 Reichsgerichtsrat in Leipzig; Landtagsabgeordneter für Urach 1870–1886; Reichstagsabgeordneter für Esslingen, Kirchheim, Nürtingen, Urach 1874–1876 und 1884–1886; Schw. Kronik (1910), Nr. 460, S. 5, Nr. 465, S. 7; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 502f.

[231] Eduard Adam (1812–1895), Professor am niederen Seminar in Urach 1859–1884; Abgeordneter der 1. Landessynode 1869; seit 1866 Mitglied der DP; Vorstand der Lehrervereinigung. Schw. Kronik (1895), S. 1221 u. 1233f.; Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 8f.; vgl. Raberg, Biographisches Handbuch, S. 4, der Eduard Adam mit dem Großdeutschen Philipp Ludwig Adam verwechselt.

Rechtsanwalt Schüle[232] anstelle des Pietisten Wächter[233]. Welche Faktoren darüber hinaus die Wahlergebnisse beeinflussten, kann nur die Einzelanalyse zeigen.

Hatten im Jahre 1868 noch 40 Bewerber für die ministerielle Richtung kandidiert, so waren es 1870 nur 26, von denen dann allerdings 21 (80%) das Mandat auch gewannen: Sick in Stuttgart/Stadt siegte durch eine Ergänzungswahl, Sarwey konnte sich in Crailsheim erst wieder in der Stichwahl durchsetzen und Innenminister Scheurlen wurde gleich in zwei Wahlkreisen gewählt. Die Absprachen mit der Deutschen Partei erlaubten insgesamt einen erheblich effektiveren Einsatz der Ressourcen, so dass den Ministeriellen im ersten Wahlgang rechnerisch ca. 20 000, per Saldo[234] 14 400 Wählerstimmen gegenüber 1868 zuwuchsen. Ministerielle Kandidaten erreichten nicht so spektakulär hohe Spitzenwerte wie Bewerber der Deutschen Partei, doch auch sie übersprangen in sechs Wahlkreisen die absolute Stimmenmehrheit. In den meisten übrigen Wahlkreisen konnten die Ministeriellen die Stimmenanteile von 1868 überbieten; da aber gleichzeitig in 16 der 26 Wahlkreise das Wählerinteresse unter dem von 1868 lag, dürften innerhalb der Wählerschaft weitreichende Veränderungen vonstatten gegangen sein.

Als ein weiteres Indiz für einen solchen Wandel konnten die Ministeriellen am 5. Dezember 1870, anders als 1868, in fünf der 17 katholischen Wahlkreise erheblich an Boden gewinnen, so dass in Rottweil und Spaichingen, Ravensburg und Riedlingen die Mandate an regierungstreue Kandidaten fielen, die die Stimmen von etwa einem Drittel der Wahlberechtigten auf sich zogen. Zu den drei Mandaten in den 10 paritätischen Wahlkreisen, die schon 1868 erobert worden waren und nun verteidigt wurden, kam 1870 mit dem Wahlsieg Scheurlens in Künzelsau noch ein weiteres hinzu; da der Innenminister aber auch in Gaildorf gewählt worden war und dort die Annahme der Wahl zugesagt hatte, musste in Künzelsau am 17. Januar 1871 neu gewählt werden. Gegen August Becher trat Dr. Rudolf Bucher[235] an, der als konservativ, gemäßigt katholisch und parteilos[236] geschildert wird und anscheinend als Kompromisskandidat[237] mit 40,23% die Wahl gewann. Von den 13 gewonnenen Mandaten in den 43 protestantischen Wahlkreisen bestätigten sechs – Brackenheim, Stuttgart/Stadt, Schorndorf, Tübingen/Amt, Nagold und Crailsheim – teilweise sehr glanzvoll die

---

[232] Karl Gottlieb Schüle (1823–1873), Landtagsabgeordneter für Herrenberg 1861 und 1870–1871; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 838f.

[233] Oskar (von) Wächter (1825–1902), Rechtskonsulent, Vorstand der Privatfeuerversicherungsgesellschaft in Stuttgart; später Professor in Tübingen. Nach W. LANG, Erinnerungen, Heft 6, S. 13 war Wächter 1848 ein *rot angehauchter Demokrat*, später ein *frommer Eiferer und Beter*. Schw. Kronik (1902), S. 274; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 963f.

[234] „Wählertausch" mit der Deutschen Partei (nach dem Ergebnis von 1868) bleibt unberücksichtigt.

[235] Rudolf Bucher (1826–1889), kath., Dr. jur., Kreisrichter und Staatsanwalt in Hall; ein Verehrer Bismarcks; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 106.

[236] Schw. Kronik Nr. 293, 10. Dezember 1876, S. 2749; vgl. Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 503: Hier handelt es sich um den Schwager Mittnachts, Hermann Bucher (1833–1909), Staatsanwalt in Ellwangen.

[237] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 505.

Machtverhältnisse von 1868, in weiteren sechs hatten ministerielle bzw. konservative Bewerber schon vorher eine erhebliche Machtposition besessen, die nun ausgebaut werden konnte.

Verluste mussten die Ministeriellen in drei paritätischen Wahlkreisen hinnehmen. 64 Stimmen weniger als 1868 – aber +0,35% wegen der geringeren Zahl der Wahlberechtigten – schmälerten nicht den großen Erfolg Mittnachts in Mergentheim, der seine früheren Wähler fast komplett mobilisieren konnte, obwohl er ohne Gegenkandidat blieb. Dagegen ging die Stimmenzahl beider ministeriellen Bewerber in Neckarsulm und in Oberndorf um 6,8 Punkte (397 Stimmen) bzw. 2,8 Punkte (151 Stimmen) zurück. Das Interesse der Wähler in Neckarsulm lag 1870 um 10,1%-Punkte niedriger als 1868; Schwandners Wähler blieben anscheinend der Abstimmung in größerer Zahl fern als die Anhänger Elsäßers[238] und der Volkspartei. August Maiers[239] Verluste im Wahlkreis Oberndorf, ebenfalls eine Folge der geringeren Wählermobilisierung, blieben zunächst unter denen seines Konkurrenten Gutheinz von der Volkspartei. Da jedoch weder Maier noch Gutheinz mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte – beide erreichten 30,09% –, musste eine Stichwahl[240] angesetzt werden[241], in der Maier bei einer Rekordwahlbeteiligung von 80,6% mit 35,63% deutlich unterlag.

Der ministerielle Stimmenverlust in Ludwigsburg/Amt und Crailsheim hatte seine Ursache zum größten Teil darin, dass die politischen Konkurrenten dort aus dem eigenen Lager stammten, was wiederum das gesunkene Wählerinteresse erklärt. Im Amt Ludwigsburg unterschritt die Wahlbeteiligung den Wert von 1868 um 14,2%-Punkte; der Stimmenanteil des ministeriellen Kandidaten Oberamtspfleger Groß, der 1868 gegen Gustav Körner (VP) noch 28,5% erkämpft hatte, erreichte nun gegen den „nationalen" Philipp Paulus[242] nur noch 17,8%. Auch die Verluste Sarweys in Crailsheim waren hausgemacht. Seine Kandidatur war schon 1868 nicht unumstritten, sein Sieg gegen Abelein nur knapp gewesen[243]; 1870 trat als ministerieller Kandidat zunächst Gerichtsnotar Schmidt[244] von Vaihingen auf, der zwei Jahre zuvor Amtsnotar in Jagstheim gewesen war und aus dieser Zeit noch gute Kontakte zu den dortigen Be-

---

[238] Christian Ludwig Elsäßer (1833–1881), Bierbrauer in Kochendorf (frdl. Auskunft des Stadtarchivs Bad Friedrichshall).

[239] August Maier (1819–1882), ev., Oberamtmann in Oberndorf 1852–1858, bis 1864 in Heidenheim; 1864–1872 Regierungsrat bei der Kreisregierung in Ludwigsburg, ab 1873 Kanzleidirektor im Innenministerium; vgl. Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 393f.

[240] Siehe unten, S. 499ff.; § 153 Verfassungsurkunde in der Fassung vom 6. April 1868, Regierungsblatt für das Königreich Württemberg Nr. 14 (1868), S. 177f.

[241] Die Wahl fand am 17. Dezember 1870 statt; siehe unten, S. 502ff.

[242] Philipp Paulus (1809–1878), Direktor auf dem Salon bei Ludwigsburg; Mitglied der DP seit 1866; vgl. Freudenstädter Heimatblätter Jg. 8/17, 4. Juli 1959; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 647f.; Mann, Die Württemberger, S. 392 zählt ihn zur „jüngeren Generation" der 48er, und zwar zu den *besonders einsatzfreudigen bewussten* [...] *Konservativen*.

[243] Die Anhänger der DP im Oberamt Crailsheim hielten sich Sarweys Sieg zu Gute: SVZ Nr. 160, 12. Juli 1868 (Frontseite), Nr. 161, 14. Juli 1868, S. 681f.; Nr. 164, 17. Juli 1868, S. 694.

[244] Nachforschungen zu seiner Person blieben ergebnislos.

amten hatte[245]. Schmidt hielt an seiner Bewerbung unbedingt fest[246], auch nachdem Sarwey wieder aufgestellt worden war und sich die Crailsheimer DP – zögernd – für diesen entschieden hatte[247]. Die Stimmenzersplitterung im ministeriellen Lager – 23,8% für Sarwey, 15,02% für Schmidt – nährte die Hoffnung der Volkspartei, dass ihr Kandidat Abelein gewählt werden könnte. Zu ihrer großen Überraschung entschieden sich die Wähler jedoch erneut in der Stichwahl für Sarwey[248].

Moderate Stimmengewinne erzielten die Ministeriellen in rein protestantischen Wahlkreisen wie Brackenheim (+13,53%/Wahlbeteiligung –13,97%), Calw (+16,67%/–8,04%), Nagold (+3,97%/–7,29%), Neuenbürg (+11,09%/+11,83%), durch die Ergänzungswahl in Stuttgart/Stadt (+8,82%/+12,99%), Tübingen/Amt (3,29%/–2,08%) und Ulm/Amt (+956%/+6,83%); im paritätischen Künzelsau (+16,38%/+7,61%) und Mergentheim (+0,35%/–19,75%) wie auch in den katholischen Oberämtern Laupheim (+9,59%/–3,62%), Riedlingen (+4,19%/–1,85%) und Spaichingen (+13,41%/+3,79%).

Die Stimmengewinne der ministeriellen Kandidaten lagen hoch in Esslingen (+35,90%/+30,61%), Backnang (+27,8%/+10,53%), Gaildorf (+28,95%/+0,8%) und Schorndorf (+19,70%/–10,0%); in Rottenburg (+21,03%/–5,15%); in Ravensburg (+23,55%/+19,97%) und Rottweil (+20,54%/+7,31%)[249]. Wenn in einigen dieser Wahlkreise die Wahlbeteiligung die Werte von 1868 deutlich übertraf, so ist zu vermuten, dass der Zugang an Wählerstimmen zu einem erheblichen Teil aus dem Reservoir der bisherigen Nichtwähler stammte. In Gaildorf blieb das Wählerinteresse jedoch auf dem gleichen niedrigen Niveau wie im Juli 1868 (57,64%/+0,8%), in Rottenburg (–5,15%) und Schorndorf (–10,0%) sogar noch erheblich unter den Werten von 1868. Hier dürfte sich innerhalb der Wählerschaft eine umfassende Verschiebung abgespielt haben.

Die Verluste der Volkspartei gegenüber der Landtagswahl von 1868[250] fielen spektakulär aus: Die Zahl von ca. 37 300 Wählern, die 1870 nicht wieder dem VP-Kandidaten ihre Stimme gaben, wurde zwar noch durch Stimmengewinne in Ellwangen/Amt und Tuttlingen leicht verringert, letztlich stand jedoch ein Verlust von 35 000 ihrer rund 82 000 Wählerstimmen zu Buche. Noch etwas spektakulärer nahmen sich die Einbußen der Großdeutschen aus, die per Saldo fast 21 000 von 48 000 Wählerstimmen des Jahres 1868 verloren, zu 70% allein schon dadurch, dass sich oftmals keine großdeutschen Kandidaten mehr zur Wahl stellten: Statt in 29 Wahlkreisen, wie im

---

[245] Beobachter Nr. 274, 19. November 1870.

[246] Deutsches Volksblatt Nr. 173, 20. November 1870 „Crailsheim, 18. November".

[247] Beobachter Nr. 280, 16. November 1870; Nr. 279, 27. November 1870; Nr. 291, 9. Dezember 1870 zum Wahlergebnis: Ein Crailsheimer Werber für Sarwey habe in Honhardt *schlagende Beweise* für die Anhänglichkeit der dortigen Wähler an Schmidt erhalten; SVZ Nr. 276, 20. November 1870.

[248] Beobachter Nr. 303, 23. Dezember 1870 „Aus Crailsheim, den 19. Dezember".

[249] Jeweils abzüglich der DP-/ ministeriellen Stimmenanteile von 1868.

[250] Bezogen jeweils auf den vollendeten ersten Wahlgang.

Jahre 1868, konnten die Großdeutschen 1870 überhaupt nur noch in 12 Wahlkreisen eigene Kandidaten präsentieren[251].

Karte 3[252] veranschaulicht, wie sehr die Größe der Stimmenanteile von Volkspartei und Großdeutschen gemäß der Konfessionszugehörigkeit der Wähler gestaffelt ist. Was zunächst die Großdeutschen angeht, so setzte sich vor allem in den protestantischen Wahlkreisen der Kandidatenmangel in dem katastrophalen Wahlausgang fort: Hatten 1868 noch sechs Großdeutsche in protestantischen Wahlkreisen gewonnen, so gelang dies 1870 nur noch Egelhaaf in Gerabronn; Fricker in Urach endete abgeschlagen, Schott in Tübingen/Stadt büßte 26,8%-Punkte ein, Reibel, Eberhardt und Cavallo hatten auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Die Siege Maiers in Tettnang, Dentlers in Wangen – wegen fehlender politischer Konkurrenz in der Ergänzungswahl –, Probsts in Biberach und Bayrhammers in Ellwangen/Stadt, dazu die achtbaren Ergebnisse Wiests in Gmünd und Lupbergers in Ravensburg ließen die Großdeutschen in den katholischen Oberämtern kaum schlechter dastehen als 1868. Bucher konnte bei den Katholiken des Oberamts Geislingen seinen Stimmenanteil um 4,5 Punkte steigern, und auch Moriz Mohl in Aalen verdankte seinen knappen Sieg unter anderem dem Stimmverhalten der Katholiken[253].

In Karte 4[254] werden die Gewinne und Verluste der Volkspartei gegenüber 1868 noch einmal gesondert dargestellt. In den neun von den 17 katholischen Wahlkreisen, in denen sich im Dezember 1870 volksparteiliche Kandidaten zur Wahl stellten[255], belief sich der Verlust per Saldo nur auf 1899 Stimmen, durchschnittlich 211 pro Wahlkreis. Wie gefestigt die Stellung der Volkspartei hier noch war, zeigen die Beispiele Neresheim und Ellwangen/Amt, wo Ruf und Retter, die bisherigen Abgeordneten, als einzige volksparteiliche Bewerber in ganz Württemberg ohne Gegenkandidaten wiedergewählt wurden.

Die paritätischen Wahlkreise mit volksparteilichen Kandidaten wiesen gegenüber 1868 Verluste von 4973 Stimmen auf (622 pro Wahlkreis); in Mergentheim trat aber Pflüger gar nicht an, und Nüßle in Blaubeuren scheint erst nach langem Zögern und sehr spät seine Zustimmung zur Kandidatur gegeben zu haben[256]. Ohne diese beiden Sonderfälle liegt der durchschnittliche Verlust nur bei 433 Stimmen je Wahlkreis. Von den 43 protestantischen Wahlkreisen konnte die Volkspartei 1870 nur noch 21 mit eigenen oder ihr nahe stehenden Kandidaten[257] besetzen. Gegenüber 1868 verlor die

---

[251] In mehreren der nun unbesetzten Wahlkreise erhielten die bisherigen großdeutschen Kandidaten bzw. Abgeordneten Stimmenanteile bis zu 2%.

[252] Siehe S. 287.

[253] DV Nr. 268, 15. November 1870 und Nr. 274, 22. November 1870; siehe unten, S. 396ff.

[254] Siehe S. 288.

[255] Einschließlich Riedlingens, das 1868 eine knappe großdeutsche Mehrheit gehabt hatte, dann an die Ministeriellen und schließlich an die Volkspartei gefallen war.

[256] DV Nr. 268, 15. November 1870; SVZ Nr. 283, 29. November 1870, S. 1165 „Blaubeuren, 27. Novbr."; Nüßle war im Dezember 1868 aus der VP-Landtagsfraktion ausgetreten (vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 782 u. 788), seine erneute Kandidatur fand im „Beobachter" keine Erwähnung.

[257] Wilhelm Römer (1814–1874), Ökonom von Altenburgerhof (frdl. Auskunft des Standes-

Karte 3: Stimmenanteile der Volkspartei und der Großdeutschen 1870

Karte 4: Gewinne und Verluste der Volkspartei 1870

Volkspartei hier im Durchschnitt dieser Wahlkreise 883 Wähler mit erheblichen Schwankungen zwischen 5 und 41,5%-Punkten. Die Wahlbeteiligung lag in diesen Wahlkreisen meist hoch[258], in neun Wahlkreisen sogar höher als 1868.

Die Verluste in den Wahlkreisen[259], die nicht mehr mit Bewerbern der VP besetzt wurden, betrugen 9672 Stimmen (1074 je Wahlkreis). Mindestens ein Teil dieser früheren VP-Wähler verzichtete 1870 lieber auf die Wahlteilnahme, als für einen Befürworter des Beitrittsvertrages zu stimmen, denn in sieben dieser acht Wahlkreise ging das Wählerinteresse[260] um bis zu 20 Punkte zurück, und in zweien dieser Wahlkreise mussten sogar Ergänzungswahlen durchgeführt werden. In Gaildorf – mit einer um 0,8% höheren Wahlbeteiligung als 1868 – machten ohnehin nur 58,4% der Berechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch, und in Freudenstadt blieb das Interesse der Wähler um 21,1%-Punkte unter dem Wert, der 1868 durch die Ergänzungswahl erreicht wurde; das entspricht fast genau dem Stimmenanteil des damaligen VP-Bewerbers Hegel, der erst zur Ergänzungswahl angetreten war. Wenn auch die Volkspartei in diesen Wahlkreisen ihr Wählerpotential nicht nutzte, so bleibt doch insgesamt als Ergebnis festzuhalten, dass sich die Verluste der Volkspartei von den katholischen über die paritätischen bis hin zu den protestantischen Wahlkreisen jeweils verdoppelten.

Entsprechend dezimierte die Landtagswahl von 1870 besonders auch den radikaleren Teil der VP-Landtagsfraktion[261]. Weith, Wiedemann, Gustav Körner, Deffner und Georgii[262] verzichteten resigniert auf eine erneute Kandidatur[263]; Karl Mayer selbst erlitt eine spektakuläre Niederlage in Besigheim[264], und auch Niethammer (Weinsberg), Stumpp (Reutlingen/Stadt), Bürk (Rottweil), Geiger (Münsingen), Wolbach (Riedlingen) wurden geschlagen. Einen Erfolg konnte Schwarz im mehrheitlich protestantischen Balingen verbuchen, Gutheinz entschied die Stichwahl im paritätischen Oberndorf für sich, Retter, Völmle und Uhl eroberten wieder die Mandate in den katholischen Wahlkreisen Ellwangen/Amt, Leutkirch und Waldsee. Män-

---

amts Reutlingen) wurde von der VP unterstützt, vgl. Beobachter Nr. 276, 22. November 1870; Johann Georg Sting († 1881), Kaufmann und Gemeinderat in Cannstatt, Vorstand und Mitbegründer der Landesproduktenbörse, angeblich für den Beitrittsvertrag (SVZ Nr. 293, 10. Dezember 1870, S. 1201), *ein Mann von gut deutscher Gesinnung* (Glems- und Filderbote, 1. Dezember 1870, S. 566) wurde im Wahlkreis Leonberg auch von den Großdeutschen unterstützt, wie Gasteyger berichtete (Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 443); sein Stimmenanteil im Distrikt V. mit dem katholisch-demokratischen Weil der Stadt überstieg 46%, sein pietistischer Gegner blieb hier unter 10%.

[258] Dreimal über 70%, zwölfmal über 60%, sechsmal über 50%.

[259] Mit Gerabronn sind es neun; natürlich wurde Egelhaaf 1870 nicht durch einen eigenen VP-Kandidaten bekämpft.

[260] Einmal über 60%, fünfmal über 50%, zweimal unter 50%.

[261] Brandt, Parlamentarismus, S. 782ff.

[262] Emil Georgii (1828–1902), Tuchhändler in Calw; Landeskomiteemitglied der VP seit 1869; Landtagsabgeordneter für Calw 1868–1870. Schw. Kronik Nr. 172 (1902), S. 6; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 258.

[263] Lanzberg war inzwischen ins Elsass abgewandert.

[264] Siehe unten, S. 377ff.

ner wie sie blieben auch über die Reichsgründung hinaus aktiv im Landeskomitee der Volkspartei tätig oder bemühten sich gar als Reichstagsabgeordnete, wie Schwarz und Retter, die neuen Gegebenheiten in ihrem Sinne zu gestalten. Ein Blick auf die Verteilung aller Mandate vervollständigt das Bild.

Übersicht 17: Die Verteilung der Mandate bei den Landtagswahlen von 1868 und 1870 im Vergleich

		DP		Min		Gd		VP	
		1868	1870	1868	1870	1868	1870	1868	1870
prot.	absol.	10	25	9	13	6	1	18	4
	%	83,3	80,6	69,2	61,9	37,5	16,7	62,0	40,0
pari.	absol.	1	4	3	4	2	1	5	1[b]
	%	8,3	12,9	23,1	19,0	12,5	16,7	17,2	10,0
kath.	absol.	1	2	1	4	8 (7)[a]	4	6	5 (7)[c]
	%	8,3	6,5	7,7	19,0	50	66,6	20,8	50,0
Summe		12	31	13	21	16 (15)	6	29	10 (12)

a Die Wahl in Riedlingen (Knittel, Gd) wurde wegen eines Formfehlers annulliert.
b Nach Stimmengleichheit mit A. Maier (min.) im ersten Wahlgang siegte Gutheinz erst in der Stichwahl.
c Die Wahl Vollmers in Laupheim und Kübles in Saulgau wurde annulliert. Vollmer gewann die Neuwahl vom 20./26. September 1871; in Saulgau wurde am 20./25. September 1871 Joseph Mesmer als gemeinsamer Kandidat von Deutscher und Volkspartei gewählt.

Die Deutsche Partei bewahrte also ihr Profil als protestantisch geprägte Partei, obwohl sie die Anzahl der gewonnenen Mandate mehr als verdoppelte. Bei den Ministeriellen spiegelte sich auch in den Wahlsiegen ihr stärkeres Vordringen in die katholischen Gebiete. Großdeutsche und Volkspartei schrumpften auf nahezu ein Drittel und verloren dabei ihren bisherigen Rückhalt in den protestantischen Landesteilen. Für die Großdeutschen bedeutete dies gleichzeitig den fast vollständigen Verlust ihres protestantisch-demokratischen Flügels. Soweit sich 1870 in der Stimmabgabe das großdeutsch-antipreußische Element artikulierte, fand es nunmehr ganz überwiegend im katholischen Landesteil seine Basis[265].

Die auf der Ebene der Wahlkreise vorliegenden Daten lassen noch keinen gesicherten Einblick in die Feinstrukturen der Wahlkreise und die besonderen Umstände der jeweiligen Wahlen zu, gleichwohl deutet sich an, dass ein erheblicher Teil der ehemaligen VP-Wähler 1870 der Abstimmung fernblieb. Auch hier zeigt sich, dass es innerhalb der Wählerschaft zu erheblichen Umschichtungen gekommen sein muss.

[265] Runge, Volkspartei, S. 172.

II. Die Ebene der Wahldistrikte und Gemeinden

1. Wählerentscheidung und Sozialstruktur

a) Die Ergebnisse der Wahldistrikte

Die Ergebnisse der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 einschließlich der Ergänzungs- und Stichwahlen liegen für die 430 Wahldistrikte und 7 „guten" Städte nahezu vollständig vor[1]; sie gestatten einen repräsentativen Einblick in Feinstrukturen der Wahlkreise wie etwa die Verteilung der Konfessionen in ihrer Auswirkung auf die Wählermobilisierung. Wie sehr die politische Mobilisierung der Wahlberechtigten zunächst mit der Anzahl der Kandidaten zusammenhängt, veranschaulicht die folgende Übersicht:

Übersicht 18: Wahlbeteiligung und Kandidatenzahl in den Wahldistrikten 1870

			Alle Distrikte				
			N=401	60,27%			
	1 Kandidat				2 u. mehr Kandidaten		
	N=85	52,65%			N=316	62,75%	
Prot. Distrikte		Kath. Distrikte		Prot. Distrikte		Kath. Distrikte	
N=65	53,05%	N=20	50,94%	N=207	64,36%	N=109	59,31%
N=56	*55,17%*	*N=19*	*52,24%*	*N=207*	*64,36%*	*N=103*	*59,90%*[2]

Erwartungsgemäß mobilisierten konkurrierende Kandidaten deutlich mehr Wähler als Einzelkandidaturen. Ob aber ein oder mehrere Bewerber auftraten, protestantische Wahldistrikte erreichten jeweils eine höhere Wahlbeteiligung als die entsprechenden katholischen Distrikte. Waren katholische Wähler also politisch weniger in-

[1] Es fehlen die Ergebnisse für Ellwangen/Amt (alle acht Distrikte), Maulbronn (nur Fetzers Stimmenanteile sind überliefert) und Wangen (fünf von sechs Distrikten); für Heilbronn/Amt (sechs Distrikte), Kirchheim (sechs Distrikte) und Wangen (sechs Distrikte) liegen die kompletten Resultate der Ergänzungswahlen vor; die folgenden Überlegungen beziehen sich also auf 91,6% (1. Wahlgang) bzw. 95,8% (einschließlich der vollendeten Ergänzungswahlen) aller Wahldistrikte. – Für Münsingen und Stuttgart/Amt fehlen die Parteistimmenanteile.

[2] Ergebnisse in dieser Zeile ohne die Wahldistrikte, in denen Ergänzungswahlen durchgeführt werden mussten.

teressiert als Protestanten, hatten sie möglicherweise angesichts des bevorstehenden Eintritts in das Deutsche Reich resigniert?

Der Blick auf die Kandidatenkonstellation, die die Wähler in ihrem Verhalten ebenfalls beeinflusste, scheint diese Vermutung zunächst zu bestätigen. Die Möglichkeit, sich zwischen einem ministeriellen Bewerber und einem „Preußen" zu entscheiden, weckte nur geringes Wählerinteresse (58,36%); sie betraf aber ausschließlich 27 der 207 protestantischen Wahldistrikte, deren Gesamtdurchschnitt auf diese Weise gesenkt wurde. Auch eine Entscheidung zwischen einem ministeriellen und einem großdeutschen Kandidaten brachte nur 55,93% der Wähler an die Urne; die protestantischen Distrikte lagen dabei jedoch knapp vor den katholischen[3]. Wo Deutsche Partei oder Ministerielle sich mit großdeutschen oder volksparteilichen Kandidaten messen mussten, erreichte das Wählerinteresse 63,39%, mit Abweichungen von weniger als 1%-Punkt für die verschiedenen Kombinationen. Nach Konfessionszugehörigkeit unterschieden, zeigt sich wiederum ein deutlich höheres Wählerinteresse in den protestantischen Wahldistrikten:

Übersicht 19: Wählerinteresse und Kandidatenkonstellation 1870

Kombination		Prot. Distrikte		Kath. Distrikte
DP : VP	N = 106	64,02%	N = 35	61,65%
			N = 29[4]	64,37%
DP : Gd	N = 27	65,23%	N = 32	59,58%
Min : VP	N = 41	68,70%	N = 34	57,79%

Allerdings wird gerade der Durchschnittswert für die Wahlbeteiligung in katholischen Wahldistrikten, in denen Deutsche Partei und Volkspartei konkurrierten, durch sechs Wahldistrikte verringert, in denen am 5. Dezember keine gültige Wahl zu Stande kam. Ohne diese Sonderfälle übertrifft das Wählerinteresse in diesen katholischen Wahldistrikten sogar das der protestantischen Distrikte. So scheint insgesamt der Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und Konfessionszugehörigkeit 1870 weniger eng als 1868. Und erneut stellt sich auch die Frage, wie sich die Ergebnisse der unvollendeten Wahlen[5] in den allgemeinen Trend einfügen.

Das Interesse der Württemberger an der Wahl vom 5. Dezember 1870, so lässt sich für die Gesamtheit der Wahldistrikte sagen, scheint nur unwesentlich durch ihren sozialen Hintergrund beeinflusst worden zu sein; jedenfalls zeigen sich nur sehr schwa-

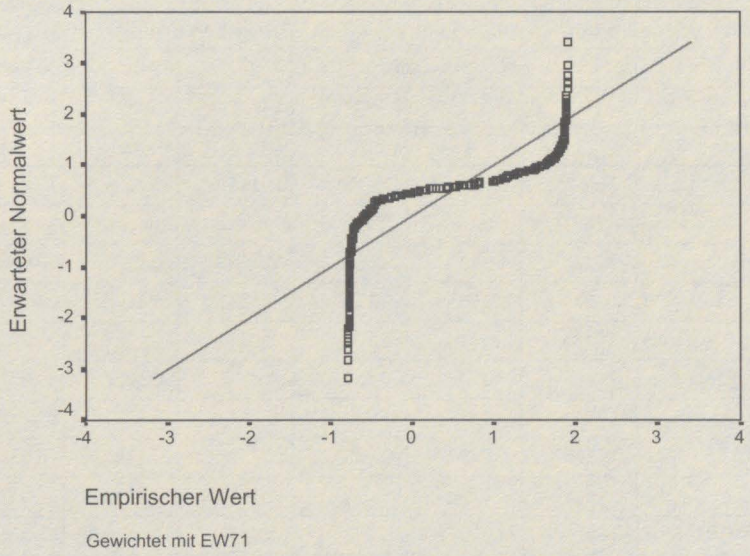
[3] Es handelte sich dabei allerdings nur um die Wahlkreise Nagold (56,95%) und Ravensburg (55,92%).

[4] Ohne Ergänzungswahlen.

[5] Das sind die 9 Wahlkreise, in denen am 5. Dezember 1870 weniger als 50% der Wahlberechtigten abstimmten und in denen daher eine Ergänzungswahl durchgeführt werden musste. Den säumigen Wählern wurde eine „Ganggebühr" abverlangt.

che statistische Zusammenhänge ($r = \pm 0.12$)[6] zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und den verfügbaren sozialstatistischen Variablen[7]. Was aber schon für die Ebene der Wahlkreise festgestellt wurde, gilt auch für die der Wahldistrikte, dass nämlich die Variable „Katholikenanteil" den Anforderungen des Rechenmodells nur sehr unzureichend entspricht und daher der Einfluss dieser Variablen innerhalb des gesamten Variablenbündels nicht zu bestimmen ist.

Diagramm 11: Theoretischer Q-Q Plot des %-Anteils der katholischen Bevölkerung in den Wahldistrikten 1871



Der Wahlkampf spitzte sich in seiner Endphase immer schärfer auf die Alternative „Annehmen oder Ablehnen" des Beitrittsvertrages zu; nahezu alle Kandidaten legten ihre Position in dieser Frage vor dem Wahltermin fest[8], und die Wählerentscheidung dürfte ebenfalls in erster Linie durch sie bestimmt worden sein, selbst wenn in einer

[6] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Württemberg Wahldistrikte 1870.

[7] Die Angaben zur Agrarstruktur – durchschnittliche Betriebsgröße, Anzahl der Agrarbetriebe, Anzahl der selbstständigen Landwirte, Anzahl der Agrarbetriebe unterschiedlicher Größe – wurden für die Wahldistrikte errechnet auf der Grundlage der Gemeindestatistik von 1895 [Württ. Jbb 1896/98, Ergänzungsband II (1898), S. 1–269]; es wird also wiederum (siehe oben, S. 123ff.) unterstellt, dass sich die Agrarstruktur zwischen 1870 und 1895 noch nicht grundlegend gewandelt hat. Die Strukturdaten werden bezogen auf die Anzahl der Wahlberechtigten von 1870, da die Grundbesitzer in der Regel von Amts wegen in die Wählerverzeichnisse aufgenommen wurden.

[8] Zusammengestellt in: Staatsanzeiger Nr. 290. 6. Dezember 1870, S. 3544f.; Beobachter Nr. 290, 8. Dezember 1870 mit einigen Abweichungen.

Reihe von Wahlkreisen nur ein Bewerber oder zwei Kandidaten gleicher Richtung auftraten und die Wähler ihre abweichende Meinung allenfalls durch Wahlverweigerung artikulieren konnten. Insofern – und weil die große Zahl an Wahldistrikten diese unvermeidlichen Mängel partiell ausgleicht – scheint es einen Versuch wert, die Zusammenhänge zwischen den Wählerstimmenanteilen und den Zensusvariablen als Korrelationskoeffizienten auszudrücken:

Tabelle 16: Zusammenhänge zwischen Stimmenanteilen der Befürworter/Gegner des Reichseintritts und ausgewählten Zensusvariablen

1. Wahlgang:	Ohne Ergänzungswahlen			Partialkorrelationen		
	Wb	% für	% gegen	Wb	% für	% gegen
Wb	1	0.3511	0.1957	1	0.3644	0.3143
% für	0.3511	1	–0.7651	0.3644	1	–0.7334
% gegen	0.1957	–0.7651	1	0.3143	–0.7334	1
% kath.	–0.1823	–0.4344	0.3432	konstant	konstant	konstant
Gemeindegröße	–0.0222	–0.1137	0.0558	–0.0508	–0.0173	–0.0074
% 1–2ha	0.0157	0.2162	–0.1302	–0.1574	–0.1077	0.0199
% 1–5 ha	–0.0386	0.1129	–0.1012	–0.2039	–0.1267	0.0070
% 2–5 ha	–0.0667	0.0304	–0.0693	–0.2036	–0.1207	–0.0015
% Agrarbetriebe	0.0701	0.0131	0.0261	–0.0612	–0.1283	0.0895
% selb. Landw.	–0.1153	–0.0477	–0.0283	–0.2818	–0.1360	–0.0316
% >2ha	–0.0818	–0.1750	0.0673	–0.1945	–0.1149	0.0003
% >5 ha	–0.0505	–0.2952	0.1591	–0.0873	–0.0510	0.0020
%<1ha	0.1354	0.1165	–0.0939	0.0812	0.0243	0.0089
%<2ha	0.1022	0.1745	–0.1239	–0.0059	–0.0274	0.0151
Betriebsgröße	–0.0882	–0.2483	0.1490	–0.0352	0.0081	–0.0190

Wenn die Korrelation der Stimmenanteile für und gegen den Beitritt nicht nahe $r = -1$ liegt, sondern nur $r = -0.7651$ erreicht, so spiegelt sich darin die angedeutete Unzulänglichkeit der Daten, verursacht dadurch, dass sich nicht allen Wählern die Möglichkeit bot, einem Gegenkandidaten die Stimme zu geben. Insgesamt lässt sich die Höhe der Stimmenanteile für oder gegen den Beitritt zum Deutschen Reich nur in geringen Ansätzen durch die Zensusdaten erklären; allenfalls katholische Wähler scheinen sich danach eher gegen den Beitritt ausgesprochen zu haben als protestantische Wähler.

Da die Parteien nicht in allen Wahlkreisen Kandidaten ins Rennen schicken konnten, boten sich den Wählern nur in einem Teil der 70 Wahlkreise vergleichbare Alternativen; die Analyse kann sich daher immer nur auf die Wahldistrikte beziehen, in denen Kandidaten der fraglichen Partei zur Wahl standen. Was zunächst die Anzahl der

Wahldistrikte angeht, in denen sich Kandidaten der vier Parteien zur Wahl stellten, so deckten Deutsche Partei und Ministerielle, die ihre Kandidaturen für die Wahl vom 5. Dezember 1870 weitgehend koordiniert hatten, gemeinsam etwa ebenso viele Distrikte ab wie 1868; innerhalb dieser Koalition hatte sich das Verhältnis jedoch erheblich zu Gunsten der DP verschoben, die nun in etwa 300 statt vorher 200 Distrikten mit einem Kandidaten vertreten war. Die Volkspartei konnte nicht mehr so viele Wahldistrikte besetzen wie 1868; der Rückgang von 10% scheint freilich weniger dramatisch als erwartet. Der Verzicht der Volkspartei auf Kandidaturen betraf jedoch ganz überwiegend protestantische Wahlkreise, so dass die VP nun in den katholischen Distrikten überproportional häufig vertreten war. Die größten Verluste mussten die Großdeutschen hinnehmen, die 1870 nur noch in 85 statt in 191 Distrikten antreten konnten, von denen 48 mehrheitlich katholisch waren. Dem Rückzug der Großdeutschen aus den protestantischen Gebieten entsprach ihr Übergewicht in den katholischen Wahldistrikten.

Übersicht 20 schlüsselt die Wahlbeteiligung und die Stimmenanteile der vier Parteien auf nach Gemeindegröße, Konfession und Kandidatenzahl[9], jeweils für die Distrikte, in denen Kandidaten dieser Richtungen antraten[10]. Was die Anzahl der Kandidaten betrifft, so lässt sich hiernach feststellen, dass Einzelkandidaturen die Durchschnittswerte für die Wahlbeteiligung absenken, die für die Parteistimmen dagegen anheben, da sie sich meist durch niedriges Wählerinteresse bei vergleichsweise hohen Parteistimmenanteilen auszeichnen; insgesamt verändern sie jedoch die Grundtendenzen nicht.

Wahlfreudigkeit und Parteienpräferenz der Bürger stehen in engem Zusammenhang mit ihrer Konfessionszugehörigkeit. Beim Vergleich entsprechender protestantischer und katholischer Wählergruppen fällt das politische Interesse katholischer Wähler fast immer erheblich geringer aus als das der Protestanten – die einzige Ausnahme wird durch die Ergebnisse einer Einzelkandidatur hervorgerufen.

Wo Kandidaten der Deutschen Partei sich zur Wahl stellten, erhielten sie bei den Wählern der protestantischen Distrikte außerordentlich hohe durchschnittliche Stimmenanteile bis nahe an die absolute Mehrheit der Stimmberechtigten; am meisten Zustimmung gaben ihnen die Wähler in größeren Gemeinden, weniger die der Großstädte oder Gemeinden unter 1500 Einwohner. In katholischen Distrikten gewann die DP bis zu einem Drittel der städtischen Stimmen, die Wähler der kleineren Gemeinden entschieden sich hingegen nur zu einem Fünftel für die Deutsche Partei. Die Klientel ministerieller Kandidaten differenzierte sich nicht so ausgeprägt nach der Konfessionszugehörigkeit. In protestantischen und katholischen Distrikten entschieden sich Wähler aus kleineren Gemeinden in großer Zahl für ministerielle Bewerber, in den katholischen Distrikten kamen auch die städtischen Wähler hinzu. Die Volkspartei erreichte ihre besten Ergebnisse in den städtischen Gemeinden protes-

[9] Aus Raumgründen werden hier nur die Durchschnittswerte für alle Distrikte und für die mit 2 (und mehr) Kandidaten [+2] ausgewiesen.

[10] Bei DP, VP und Großdeutschen beziehen sich die Angaben auf etwa 90% aller Distrikte, bei den Ministeriellen auf 100%.

Übersicht 20: Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien nach Ortsgrößen und Konfessionen 1870

	alle Distrikte											
	DP			Min			VP			Gd		
	N=	%Wb	%DP	N=	%Wb	%Min	N=	%Wb	%VP	N=	%Wb	%Gd
> 20000	1	50,43	28,18	2	46,95	36,14	0	0	0	0	0	0
+ 2 Kand	1	50,43	28,18	1	50,43	21,98	0	0	0	0	0	0
> 2000	21	68,53	47,79	6	63,75	31,42	11	70,87	32,26	4	63,18	18,69
+ 2 Kand	13	70,84	40,57	5	69,11	32,72	10	73,17	34,66	4	63,18	18,69
>1500	33	63,47	44,78	18	58,95	27,12	17	65,09	26,76	10	57,61	23,68
+ 2 Kand	23	64,19	40,53	15	56,83	19,30	14	66,83	30,88	10	57,61	23,68
>1000	91	60,70	37,88	43	60,03	41,69	75	59,24	22,63	28	61,48	24,05
+ 2 Kand	83	61,32	34,53	29	61,02	35,52	70	59,69	22,25	23	63,64	26,17
<1000	126	62,57	34,06	78	61,33	42,19	121	62,73	26,41	32	62,58	35,03
+ 2 Kand	111	63,01	31,31	62	63,20	39,89	115	62,86	25,59	32	62,58	35,03
	protestantische Distrikte											
	DP			Min			VP			Gd		
	N=	%Wb	%DP	N=	%Wb	%Min	N=	%Wb	%VP	N=	%Wb	%Gd
> 20000	1	50,43	28,18	2	46,95	36,14	0	0	0	0	0	0
+ 2 Kand	1	50,43	28,18	1	50,43	21,98	0	0	0	0	0	0
>2000	19	69,51	49,08	3	70,05	28,60	10	70,80	31,29	1	73,85	18,67
+ 2 Kand	11	72,93	41,64	3	70,05	28,60	9	73,23	33,76	1	73,85	18,67
>1500	29	64,29	47,97	11	62,52	29,72	15	66,72	25,72	3	73,06	10,36
+ 2 Kand	19	65,47	48,68	8	59,85	16,38	12	69,00	30,22	3	73,06	10,36
>1000	68	61,18	40,12	35	60,37	42,32	56	59,65	20,05	14	62,99	13,25
+ 2 Kand	63	61,40	38,89	22	62,38	36,84	52	60,35	20,14	10	65,26	15,03
<1000	77	64,63	39,98	53	63,58	46,49	70	65,87	21,29	13	65,49	24,73
+ 2 Kand	68	64,61	37,65	42	65,96	44,95	68	65,68	21,64	13	65,49	24,73
	katholische Distrikte											
	DP			Min			VP			Gd		
	N=	%Wb	%DP	N=	%Wb	%Min	N=	%Wb	%VP	N=	%Wb	%Gd
> 20000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
+ 2 Kand	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
>2000	2	58,07	34,01	3	53,04	36,22	1	72,25	49,83	3	60,07	18,69
+ 2 Kand	2	58,07	34,01	2	66,23	43,77	1	72,25	49,83	3	60,07	18,69
>1500	4	57,43	19,52	7	53,12	22,88	2	50,99	35,74	7	49,83	30,38
+ 2 Kand	4	57,43	19,52	7	53,12	22,88	2	50,99	35,74	7	49,83	30,38
>1000	22	60,56	24,70	8	58,44	38,76	19	58,08	30,09	14	60,03	34,50
+ 2 Kand	21	60,98	23,81	7	55,83	30,51	18	58,28	29,08	13	62,35	35,09
<1000	49	59,39	25,01	25	51,23	33,58	51	58,65	33,06	19	60,40	42,75
+ 2 Kand	43	60,77	21,00	20	57,74	29,87	47	58,97	31,05	19	60,40	42,75

tantischer und katholischer Bezirke, mit um 10%-Punkten höheren Durchschnittswerten in den katholischen Distrikten. Die Großdeutschen schließlich gewannen in den protestantischen Distrikten von allen Parteien die niedrigsten Stimmenanteile – bei ungewöhnlich hoher Wahlbeteiligung. Ihre Stimmenanteile nehmen in den katholischen Wahldistrikten mit abnehmender Gemeindegröße erheblich zu.

Wie bei der Landtagswahl von 1868 lagen also die Schwerpunkte von Deutscher Partei und Ministeriellen erkennbar im protestantischen Teil der Wählerschaft; Volkspartei und Großdeutsche hatten dort ihre starke Stellung eingebüßt, ihre Hochburgen fanden sich nun ganz ausgeprägt in den katholischen Landesteilen. Deutsche Partei und Volkspartei scheinen ihre Wähler zudem verstärkt aus dem mittel- und kleinstädtischen, Ministerielle und Großdeutsche dagegen eher aus dem dörflichen Bereich rekrutiert zu haben. Es bleibt zu klären, ob es darüber hinaus Hinweise auf Zusammenhänge zwischen der Eigentumsstruktur der Wahldistrikte und der Parteienpräferenz der Wähler gibt. Zu klären bleibt ferner, ob die abtrünnigen protestantischen Wähler von Volkspartei und Großdeutschen sich aus der Politik zurückgezogen oder die Seiten gewechselt hatten.

In den 133 Wahldistrikten, in denen Kandidaten der Deutschen Partei und der Volkspartei miteinander konkurrierten, erreichte die DP im Durchschnitt 10%-Punkte mehr als die Volkspartei. Nach den Gemeindegrößenklassen unterschieden, betrug der Unterschied zwischen beiden Parteien bei nur wenig abweichender Wahlbeteiligung (63,3% gegenüber 62,5%) in den Gemeinden über 1000 Einwohner 13 Punkte, in den Gemeinden unter 1000 Einwohner dagegen nur 6 Punkte; volksparteiliche Bewerber fanden in kleineren Gemeinden deutlich mehr Anklang als in größeren, wenn auch die Mehrheit der Wahlberechtigten jeweils dem DP-Kandidaten ihre Stimme gab. Zusätzlich nach der Konfessionszugehörigkeit der Gemeinden differenziert, erreichten die Kandidaten der Deutschen Partei in den protestantischen Gemeinden über 1000 Einwohner 39,4%, in den protestantischen Gemeinden unter 1000 Einwohner 39% der verfügbaren Stimmen; in den katholischen Gemeinden beider Klassen fiel die Stimmenmehrheit dagegen an die Volkspartei, in den größeren Gemeinden allerdings nur mit sehr knappem Vorsprung. Die jeweils unterlegenen Kandidaten beider Parteien erreichten 23–24%. Für die beiden Parteien zeichneten sich also unter dem Aspekt der Gemeindegröße und der Konfessionszugehörigkeit deutliche Schwerpunkte ab: Die Volkspartei erreichte ihre besten Ergebnisse in katholischen Gemeinden geringer Größe; die Deutsche Partei brachte es in protestantischen Gemeinden auf durchschnittliche Stimmenanteile von 39%, zusätzlich konnte sie aber auch in katholischen Gemeinden über 1000 Einwohner nahezu 30% der Wähler für sich gewinnen.

Bezieht man ferner die Agrarstruktur in die Betrachtung dieser 133 Wahldistrikte mit ein, so ist zunächst allgemein festzustellen, dass die Wahlfreudigkeit mit dem steigenden Anteil selbstständiger Landwirte an den Wahlberechtigten von 67,85% auf 59,73% abnimmt[11]. Ein großer Teil der selbstständigen landwirtschaftlichen Wähler

[11] Es wird hier und im Folgenden darauf verzichtet, die vollständigen Ergebnisse für die Quartile auszuweisen.

wurde anscheinend durch die Alternative, „preußisch" oder „antipreußisch" zu wählen, nicht zum Urnengang mobilisiert. Da die Gruppe der Selbstständigen sehr komplex zusammengesetzt war, bedarf diese Beobachtung der Differenzierung.

Das Wählerinteresse nahm insbesondere auch in den protestantischen Wahldistrikten mit steigendem Anteil der Grundbesitzer von 1 bis 2 ha an den Wahlberechtigten ab; wo der Anteil dieser Kleinbauern zwischen 22 und 46% der Wahlberechtigten ausmachte, lag die Wahlbeteiligung bei 61,3% aller bzw. 61% der protestantischen Wähler; 36,9% Protestanten gaben der DP ihre Stimme. In den Distrikten mit einem Kleinbauernanteil von weniger als 9% der Wahlberechtigten erreichte die Wahlbeteiligung dagegen insgesamt 65,98%, in den protestantischen Distrikten sogar 69,4% mit einem Stimmenanteil der DP von 43,78%[12].

Hinsichtlich der Grundeigentümer von 2 bis 5 ha zeigt sich ein ähnliches Verhalten. Bleibt ihr Anteil an den Wahlberechtigten unter 20%, so wird eine recht hohe Wahlbeteiligung von durchschnittlich 66,5% erreicht; der Stimmenanteil der Deutschen Partei liegt hier bei 37,7%, der der Volkspartei bei 28,3%. Mit dem Ansteigen des Anteils dieser Grundeigentümer auf bis zu 80% der Wahlberechtigten sinkt das Wählerinteresse bis auf 58,8%; die Stimmenanteile der Deutschen Partei und der Volkspartei gehen fast im Gleichschritt auf 33,9% bzw. 24,7% zurück. In den mehrheitlich protestantischen Distrikten sind diese Zusammenhänge noch stärker ausgeprägt hinsichtlich der Wahlbeteiligung (67,3%-59,6%) und des Stimmenanteils der DP (41,4%-36,5%), während der VP-Anteil nur wenig schwankt. Für die katholischen Distrikte ist keine derartige Regelmäßigkeit zu erkennen. Die Stimmenanteile der VP erreichten hier Werte zwischen 31,95% und 39,8% und übertrafen die der DP, nur geringfügig um 3 Punkte im ersten Quartil, in den übrigen Quartilen, wo die DP zwischen 22 und 24% erreichte, jedoch deutlich.

In diesen Wahldistrikten ähnlicher landwirtschaftlicher Struktur scheinen Angehörige dieser beiden Gruppen selbstständiger Landwirte in großer Zahl der Abstimmung ferngeblieben zu sein. Von ihrer Konfessionszugehörigkeit hing es ab, welcher Partei sie zuneigten: Protestantische Wähler dieser Gruppen stimmten eher für DP-Kandidaten, Katholiken eher für die Volkspartei.

In den Wahldistrikten mit einem hohen Anteil an Grundeigentümern über 5 ha, dem typischen Anerbengebiet, entscheidet die Konfessionszugehörigkeit der Wähler ebenfalls und noch stärker ausgeprägt über ihre Parteienpräferenz: In den protestantischen Distrikten mit einem hohen Anteil dieser Mittel- und Großbauern liegt der Stimmenanteil der Deutschen Partei über 40%, der der Volkspartei nur bei etwa 18%; in den katholischen Distrikten übersteigt der Stimmenanteil der Volkspartei dagegen 36%, während die DP es auf 23,3% bringt. Gehört dagegen nur ein kleiner Teil der Wahlberechtigten zu den größeren Bauern, so gewinnt die Deutsche Partei selbst in den katholischen Distrikten die Stimmenmehrheit. Eine höhere Wahlbeteiligung kommt dabei eher der DP als der VP zu Gute, wie auch das Wählerinteresse der ka-

[12] Nur in diesem Quartil sind genügend (18) katholische Distrikte vertreten, um eine sichere Aussage zu gestatten: Die VP brachte es hier auf 35,99%, die DP auf 26,47%.

tholischen Distrikte das der protestantischen Distrikte übersteigt[13]: Indizien dafür, dass die Deutsche Partei eher offensiv agierte und die VP sich meist verteidigte.

Völlig anders verhielten sich die Wähler in den 43 überwiegend protestantischen Wahldistrikten, in denen ein Bewerber der Deutschen Partei ohne Konkurrenz antrat. Das Wählerinteresse und – meist nur geringfügig davon unterschieden – der Stimmenanteil des Kandidaten nahmen hier erheblich zu, je kleiner die Gemeinden waren (von 49,62% auf 63,16%). Ein hohes Maß an Zustimmung erfuhren die Bewerber sodann vor allem bei den selbstständigen Landwirten, denn je größer deren Anteil an den Wahlberechtigten ist, um so höher steigen die Wahlbeteiligung und die Parteistimmenanteile[14]. Bei der Interpretation ist freilich zu berücksichtigen, dass nahezu die Hälfte dieser Distrikte zu Wahlkreisen gehört, in denen am 5. Dezember 1870 keine gültige Wahl zu Stande kam, weil weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnahm. Die besonderen Verhältnisse in diesen Wahlkreisen werden weiter unten gesondert analysiert[15].

In den 75 Wahldistrikten, in denen ministerielle und volksparteiliche Kandidaten um die Wählergunst konkurrierten, lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung mit 63,86% sogar etwas höher als in den Distrikten mit DP- und VP-Kandidaturen. Die Volkspartei gewann hier mit durchschnittlich 25,36% weniger Stimmen als gegen die „Preußen"; von der höheren Wahlbeteiligung profitierten also die ministeriellen Kandidaten. Nach Gemeindegrößen und Konfessionszugehörigkeit aufgeschlüsselt, zeigt sich das Ausmaß des ministeriellen Sieges: Errangen die Ministeriellen in den katholischen Gemeinden über 1000 Einwohner mit 30,11% gegen 29,48% und in denen unter 1000 Einwohner mit 29,64% gegen 26,01% nur knapp die Stimmenmehrheit, so wuchs ihr Vorsprung in den größeren protestantischen Gemeinden auf 7,7%-Punkte (35,71% gegen 28,01%), in den 25 protestantischen Gemeinden unter 1000 Einwohner gar auf nahezu 30%-Punkte (49,03% gegen 19,44%). Dass es sich bei diesen Wählern tatsächlich um selbstständige Landwirte handelte, legt deren Wahlverhalten nahe: In dem Maße, wie ihr Anteil an den Berechtigten zunahm, ging der Stimmenanteil der Volkspartei zurück, in den protestantischen Bezirken von 29,67% auf 15,54%, in den katholischen von 31,05% auf 19,66%, während der Stimmenanteil der ministeriellen Kandidaten zwischen 38,85 und 45,82% in den protestantischen, zwischen 28,12% und 31,55% in den katholischen Distrikten pendelte. In den protestantischen Distrikten gaben dabei die Großbauern den Ausschlag.

---

[13] Im 1. Quartil (weniger als 11% Großbauern) sind keine katholischen Distrikte vertreten; hier erreicht die Wahlbeteiligung hohe 68,82%, DP 38,1, VP 30,6%.

[14] Von 48,27% auf 58,88%; bezüglich des Anteils der Grundeigentümer von 1–5 ha: von 47,57% auf 60,82%; bez. der Grundeigentümer 2–5 ha: von 50%, 59% auf 60,31%; bez. der Grundeigentümer über 5 ha: von 49,22% auf 58,40%.

[15] Siehe unten, S. 440ff.

b) Die Ergebnisse der Gemeinden

Die Wahlakten überliefern für 735 der insgesamt 1911 Gemeinden des Königreichs Württemberg die Wahlbeteiligung des ersten Wahlgangs[16] und erlauben so einen umfassenden, wenn auch nicht strikt repräsentativen Einblick in das Wählerverhalten auf der niedrigsten Aggregatebene.

Übersicht 21: Wählerinteresse, Anzahl und Kombination der Kandidaten

			Alle Gemeinden [N = 735] 59,68%			
	2 Kandidaten [N = 514] 62,76%				**1 Kandidat** [N = 221] 53,50%	
DP : VP	DP : Gd	Min : VP	DP : Min	DP	Min	VP/Gd
[N = 200]	[N = 79]	[N = 172]	[N = 63]	[N = 105]	[N = 83]	[N = 33]
66,71%	56,25%	62,60%	62,15%	51,87%	57,49%	48,32%

Wo sich zwei (oder mehr) Kandidaten um die Wählergunst bewarben, fühlten sich hiernach erheblich mehr Wahlberechtigte zur Abstimmung aufgefordert als in Gemeinden mit nur einem Bewerber. Die direkte Konfrontation zwischen Kandidaten von Deutscher Partei und Volkspartei, die in der Kernfrage des Wahlkampfes die extremen Positionen vertraten, mobilisierte die Wähler am stärksten. Gering blieb hingegen das Wählerinteresse in solchen Gemeinden, die nur für einen volksparteilichen Bewerber stimmen konnten, während ministerielle Bewerber auch dann noch recht hohe Beteiligungswerte erreichten, wenn sie konkurrenzlos auftraten. Mögen die ministeriellen Kandidaten für viele Wähler gerade deswegen attraktiv gewesen sein, weil sie in innen- und außenpolitischen Fragen keine der extremen Richtungen, sondern die partikularen Interessen Württembergs und die „gemäßigte", d.h. konservative Position vertraten, in den geringen Beteiligungswerten der Gemeinden mit nur einem volksparteilichen Kandidaten spiegelt sich jedenfalls auch ein Gutteil Resignation.

Wenn auch die Höhe der Wahlbeteiligung durch die Anzahl und die Kombination der Kandidaten beeinflusst wird, so erübrigt sich damit keineswegs die Frage nach

[16] Aus 29 Oberämtern liegen die Ergebnisse fast komplett vor, für einzelne Gemeinden sind Ergebnisse aus weiteren 13 Oberämtern überliefert; die „guten" Städte bleiben hier unberücksichtigt, da sie eigene Wahlkreise bildeten.

tiefer liegenden Ursachen der Wählermobilisierung. Vorab lässt sich nämlich nicht entscheiden, ob etwa das Auftreten nur eines Kandidaten die Ursache geringer Wahlbeteiligung ist oder ob sowohl das Fehlen politischer Konkurrenz wie auch eine geringe Mobilisierung der Wahlberechtigten nicht gemeinsam durch andere Faktoren verursacht werden.

Bei der Landtagswahl von 1870 übte wiederum die Konfessionszugehörigkeit der Wähler erheblichen Einfluss auf ihr Abstimmverhalten aus. In den 490 protestantischen Gemeinden lag das Wählerinteresse im Durchschnitt bei 61,76%[17], die 245 Gemeinden mit katholischer Bevölkerungsmehrheit erreichten dagegen nur 54,57%[18].

Übersicht 22: Die Wahlbeteiligung in protestantischen und katholischen Gemeinden

DP : VP	DP : Gd	Min : VP	DP : Min	DP	Min	VP
[N=357: 63,95%]		protestantische Gemeinden [N= 490]				[N=133: 57,07%]
[N=145]	[N=54]	[N=95]	[N=63]	[N=63]	[N=64]	[N=6]
66,81%	56,83%	65,31%	62,15%	54,18%	62,39%	46,99%
[N=158: 59,43%]		katholische Gemeinden [N= 245]				[N=87: 46,44%]
[N=58]	[N=24]	[N=76]	[N=0]	[N=43]	[N=19]	[N=25]
66,23%	55,06%	58,68%		44,28%	42,78%	54,04%

Es gilt jedoch zu differenzieren. Wie Übersicht 22 veranschaulicht, lag in den protestantischen wie in den katholischen Gemeinden das Wählerinteresse höher, wenn zwei Kandidaten miteinander wetteiferten; dabei übertrafen die protestantischen jeweils die entsprechenden katholischen Gemeinden. Auch diese Durchschnittswerte verbergen jedoch den spezifischen Einfluss der Kandidatenkonstellationen auf das Abstimmverhalten: In katholischen und protestantischen Gemeinden wurde eine fast gleich starke Mobilisierung der Wähler erreicht, wenn Bewerber von Deutscher Partei und Volkspartei miteinander konkurrierten; um 10–11%-Punkte geringer blieb hingegen die Wahlbeteiligung dort, wo Deutsche Partei und Großdeutsche gegeneinander antraten. Ministerielle Bewerber, die sich in protestantischen Gemeinden zur Wahl stellten, erreichten selbst dann hohe Beteiligungswerte über 62%, wenn sie keine Mitbewerber hatten; in katholischen Gemeinden blieben ihre Ergebnisse weit da-

[17] Katholischer Bevölkerungsanteil unter 50%; bei den 462 Gemeinden mit weniger als 30% Katholiken erreichte die Wahlbeteiligung sogar 62,16%.

[18] In den 235 Gemeinden mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von mehr als 70% waren es 55,00%.

Übersicht 23: Wahlbeteiligung , Konfession und Gemeindegrößenklassen

0–500 Einwohner				500–1000 EW				1000–2000 EW				Über 2000 EW			
N=255				N=267				N=141				N=54			
60,68				58,05				57,09				63,41			
2 Kandidaten		1 Kandidat		2 Kandidaten		1 Kandidat		2 Kandidaten		1 Kandidat		2 Kandidaten		1 Kandidat	
N=189		N=66		N=181		N=86		N=89		N=52		N=34		N=17	
64,01		51,29		61,01		51,99		58,39		55,02		67,19		54,06	
prot		kath		prot		kath		prot		kath		prot		kath	
N=146		N=109		N=182		N=85		N=105		N=36		N=42		N=12	
65,20		54,36		59,83		54,02		57,96		54,25		66,01		55,64	
2 Ka	1 Ka	2 Ka	1 Ka	2 Ka	1 Ka	2 Ka	1 Ka	2 Ka	1 Ka	2 Ka	1 Ka	2 Ka	1 Ka	2 Ka	1 Ka
N=117	N=29	N=72	N=37	N=133	N=49	N=48	N=37	N=64	N=41	N=25	N=11	N=38	N=14	N=9	N=3
65,75	62,99	61,01	41,93	61,84	54,56	58,55	48,40	59,79	55,30	54,42	53,88	68,67	60,05	63,24	29,89

hinter zurück. Kandidaten der Deutschen Partei, die ohne Konkurrenz blieben, fanden in katholischen Gemeinden ebenfalls deutlich weniger Resonanz als in protestantischen, während umgekehrt volksparteiliche Bewerber in katholischen Gemeinden mehr Boden behaupteten als in protestantischen. Verglichen mit 1868 hatten DP und Ministerielle in katholischen Gebieten anscheinend aufgeholt, ohne jedoch entscheidende Einbrüche erzielt zu haben; die Volkspartei hatte in den protestantischen Gebieten ihren Boden verloren.

Zusammenhänge zwischen der Größe und der Konfessionsstruktur der Gemeinden, in denen die Wähler lebten, und der Wahlbeteiligung werden in Übersicht 23 dargestellt. Um die Vergleichbarkeit der Werte zu gewährleisten, wird wiederum nach der Anzahl der Kandidaten unterschieden.

Die Wahlbeteiligung katholischer Wähler liegt in allen Kategorien jeweils niedriger als die der protestantischen Wähler. In den protestantischen Gemeinden, in denen zwei Bewerber kandidierten, sank das Wählerinteresse mit zunehmender Gemeindegröße von 65,75% auf 59,79%, es erreichte dann aber in den städtischen Gemeinden mit 68,67% einen Spitzenwert. Entsprechend verhielten sich die Wähler in den katholischen Gemeinden, freilich auf deutlich niedrigerem Niveau. Wo in katholischen Gemeinden nur ein Kandidat zur Wahl stand, blieb das Wählerinteresse gering, es stieg aber mit zunehmender Gemeindegröße von 41,93% auf 53,88% an, um in den wenigen städtischen Gemeinden auf 29,89% abzusinken. Protestantische Wähler waren hingegen durchweg wahlfreudiger, selbst wenn sie sich nur für oder gegen einen Kandidaten entscheiden konnten. Während unter den katholischen Wählern anscheinend Resignation herrschte, ließen sich protestantische Wähler viel umfassender durch den Wahlkampf von Deutscher Partei und Regierung mobilisieren, die sich meist gegenseitig unterstützten und der Volkspartei oder den Großdeutschen keinen protestantischen Wahlkreis kampflos überließen.

Für die Gesamtheit der Wahldistrikte und Gemeinden lassen sich also nur sehr schwache Zusammenhänge zwischen Wahlergebnissen und den sozialstatistischen Faktoren erkennen. Dies findet eine zusätzliche Bestätigung in den sehr niedrigen Korrelationskoeffizienten[19], wobei auch für diese Ebene der Untersuchung hervorgehoben werden muss, dass vor allem[20] die Variable „katholischer Bevölkerungsanteil" durch das Modell nicht angemessen erfasst wird, wie das folgende Diagramm 12 verdeutlicht.

Dagegen werden an den Wahldistrikten und Gemeinden, die den Wahlberechtigten vergleichbare politische Alternativen boten[21], durchaus deutliche Tendenzen des Wählerverhaltens greifbar:

---

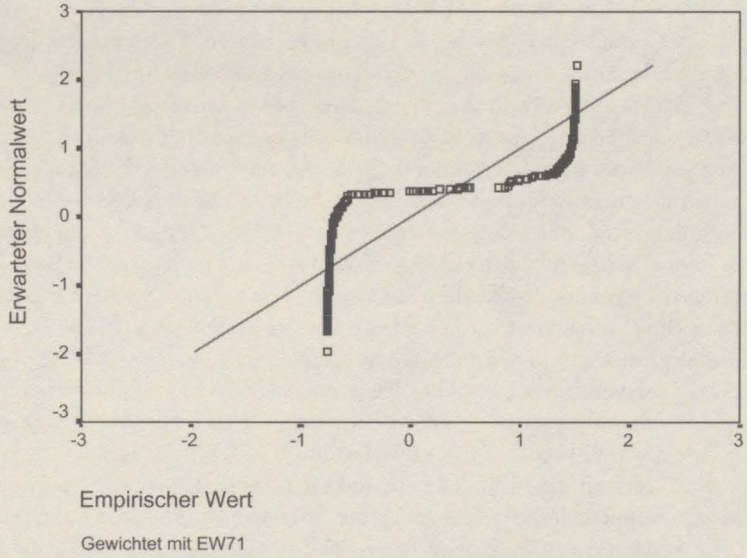
[19] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Württemberg Gemeinden 1870.

[20] Auch die Variablen „Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe" und „Anteil der Betriebe über 5 ha an den Wahlberechtigten" weichen stark von der Normalverteilung ab.

[21] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Württemberg 1870 Gemeinden mit DP/VP-Kandidaten: Auffallend deutliche lineare Zusammenhänge werden im Modell nicht greifbar; wiederum weicht die Variable „Katholikenanteil" stark von der Normalverteilung ab.

- Die politische Mobilisierung der protestantischen Wähler war jeweils ausgeprägter als die der katholischen Wähler; dies bestätigt sich auch, wenn man das Wählerverhalten in einzelnen Gemeinden betrachtet.
- Die Kandidaten der verschiedenen Parteien sprachen in protestantischen und katholischen Wahldistrikten und Gemeinden jeweils unterschiedliche Wählergruppen an. Namentlich die Klientel von Deutscher Partei und Volkspartei unterschied sich nach Konfessionszugehörigkeit, Gemeindegröße und Agrarstruktur, so dass insgesamt ein sehr differenziertes Bild entsteht.

Diagramm 12: Theoretischer Q-Q Plot des %-Anteils der katholischen Bevölkerung in den Gemeinden 1871



In den folgenden Detailanalysen richtet sich der Blick auf die speziellen Verhältnisse in ausgewählten Wahlkreisen, insbesondere auch auf die dort jeweils herrschenden Wahltraditionen. Durch den Vergleich mit anderen Wahlen erschließt sich die besondere Stellung der Reichsgründungswahl.

2. Wahlkreise mit gleichen Kandidaten 1868 und 1870

In sieben Wahlkreisen[22] trafen bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 die Kandidaten wieder aufeinander, die schon 1868 hauptsächlich[23] miteinander konkurriert

[22] Im Folgenden werden hier sechs genauer analysiert; der siebte Wahlkreis, das Oberamt Crailsheim, wird im Kontext der Stichwahlen (unten, S. 483ff.) behandelt.

[23] In sechs dieser Wahlkreise hatte es noch weitere Bewerber gegeben.

hatten; in zahlreichen weiteren Wahlkreisen stellte sich wenigstens ein Bewerber von 1868 erneut dem Wählervotum. Da in diesen Wahlkreisen der Einfluss der Kandidatenpersönlichkeit gleichsam konstant blieb[24], erlauben die Wahlergebnisse möglicherweise genauere Einblicke in die politischen Motive der Wähler. Zwei der katholischen Wahlkreise mit gleichen Kandidaten, die Oberämter Tettnang und Waldsee, lassen sich allerdings nur eingeschränkt mit der Wahl vom Juli 1868 vergleichen, denn für Tettnang fehlen die Wahlergebnisse der Distrikte für das Jahr 1868; für Waldsee liegen zwar alle Ergebnisse der Distrikte vor, die Einteilung der Wahldistrikte wurde jedoch für die Landtagswahl von 1870 geändert, so dass nur noch ein Distrikt bei beiden Wahlen übereinstimmt.

a) Oberamt Tettnang

Im Wahlkreis Tettnang[25] siegte wie bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 auch am 5. Dezember 1870 der Schultheiß von Hemigkofen, Alois Maier, mit 1665 Stimmen (46,01%) gegen 509 Stimmen (14,06%) seines Widersachers Jakob Rahmer, der von der Deutschen Partei und den Ministeriellen unterstützt wurde[26]. Anders als zwei Jahre zuvor – am ersten Wahltag hatten damals nur 1260 von 3768 Wahlberechtigten abgestimmt, so dass eine Ergänzungswahl nötig geworden war – kam eine gültige Wahl schon am 5. Dezember zustande (60,27%). Nahezu doppelt so viele Wähler wie 1868 fühlten sich also durch die politische Situation und den Wahlkampf der beiden Bewerber zu einer Wahlentscheidung aufgefordert[27].

Der bisherige Abgeordnete konnte seine Position behaupten, wenn nicht sogar ausbauen. Gegenüber dem 8. Juli 1868 war sein Stimmenanteil um ca. 12,6%-Punkte angewachsen – im Vergleich mit dem Ergebnis der Ergänzungswahl bedeutete dies freilich einen Verlust von 17,2 Punkten. Seine höchsten Stimmenanteile mit 75,98% erreichte er in seinem Heimatdistrikt Hemigkofen, im benachbarten Langenargen (46,45%) und in der Oberamtsstadt (48,86%), wo der Volksverein für ihn gewirkt hatte[28]. In den weiteren Distrikten stimmten zwischen 31,69% (IV Hirschlatt) und 39,38% der Berechtigten (II Friedrichshafen[29]) für Maier.

---

[24] Es lässt sich freilich nur selten erkennen, ob hinter dem Kandidaten auch die gleiche „Mannschaft" stand wie 1868. Insofern ist diese Sichtweise sehr eingeschränkt.

[25] Zum Wahlergebnis: Anhang A, S. 657; HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 729f.

[26] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 319, Schreiben von Ruepprechts an Hölder, Friedrichshafen 15. Oktober 1870; – Ludwig von Ruepprecht (1818–1895), Kaufmann in Friedrichshafen.

[27] Burmeister, Geschichte der Stadt Tettnang, S. 210–217 geht überhaupt nur auf die Landtagswahlen von 1912 ein und liefert nur wenige Details.

[28] Runge, Volkspartei, S. 76: Der Volksverein war am 13. Februar 1870 gegründet worden; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 340; Beobachter Nr. 271, 16. November 1870.

[29] Auch dort soll der dortige Volksverein für ihn gewirkt haben; vgl. Beobachter Nr. 271, 16. November 1870: *In einem Schreiben des Volksvereins Tettnang an den zu Friedrichshafen* wird vorgeschlagen, den bisherigen Abgeordneten Maier wieder zu wählen und Wählerversammlungen zu veranstalten.

509 Wähler (14,06%) entschieden sich für Jakob Rahmer, den Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins[30], eine Zunahme gegenüber 1868 um 293 Stimmen. Dieser Erfolg relativiert sich allerdings durch die Überlegung, dass Rahmer im Sommer 1868, zunächst sogar ohne sein Wissen vorgeschlagen, erst zur Ergänzungswahl aufgetreten war und selbst am Morgen des Wahltags noch zur Wahl Maiers aufgerufen hatte[31]: Rahmer hatte 1868 also wahrscheinlich sein Wählerpotential nur unzureichend ausgeschöpft. Im Dezember 1870 lag sein Stimmenanteil in vier Wahldistrikten zwischen 15 und 19,2%; nur in den beiden ländlichen Hochburgen Maiers, Hemigkofen und Langenargen, blieb Rahmers Stimmenanteil mit 4,3% und 6,6% weit darunter. Sein bestes Ergebnis erreichte er im Distrikt Friedrichshafen (II), wo der Lokalverein der Deutschen Partei[32] Rahmers Kandidatur initiiert und unterstützt hatte[33]. Auch in der Oberamtsstadt könnte Rahmer Unterstützung gefunden haben[34], denn die Anhänger der DP hatten zunächst den Tettnanger Stadtschultheißen von Mayr[35] zu ihrem Kandidaten erhoben, der dann aber verzichtet hatte[36]. Nach einer Korrespondenz im „Beobachter" befand sich unter den *etlich und fünfzig Nationalliberalen*, die Rahmer im Wahlkampf unterstützten, *alles, was der Bezirk an bedeutenden und hervorragenden Mitgliedern der besitzenden und gebildeten Klassen aufzuweisen* [hatte]*; der Lebenslängliche* [...] *voran mit allen seinen Räten*[37].

Ansonsten gewann Rahmer seine Stimmen tatsächlich eher im ländlich-agrarischen Bereich (III Neukirch, IV Hirschlatt): Gutsbesitzer Paul Wetzler hatte ihm dabei von Ravensburg aus Schützenhilfe geleistet, und auch der *Großhopfenbesitzer des Bezirks, Herr Hofebenist Wirth*[38] *von Stuttgart*, hatte seinen wirtschaftlichen Einfluss geltend gemacht[39]. Als Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins sei Rahmer *beim Landvolk sehr beliebt*, so hatte auch schon die DP ihre Entscheidung für Rah-

[30] Schw. Kronik (1870), S. 3241; SVZ Nr. 276, 20. November 1870, S. 1137 nach dem „Seeblatt".

[31] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 484 Bericht des Oberamts betr. angebliche Wahlumtriebe, Tettnang 24. Juli 1868; DV Nr. 167, 19. Juli 1868 (Frontseite) „Aus dem Bezirk Tettnang, 17. Juli".

[32] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 340f.: gegründet 1868.

[33] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 298, 319.

[34] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 725–726: Auch Oberamtmann Zengerle unterstützte Rahmer. – Max Hermann Zengerle (1822 – nach 1887), katholisch, Oberamtmann von Waldsee 1857–1866, 1862 zurechtgewiesen wegen Unterstützung des katholischen Bewerbers im Oberamt Waldsee; 1866–1873 Oberamtmann in Tettnang; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 597.

[35] Bernhard Mayr (1831–1876), Stadtschultheiß von Tettnang 1862–1876.

[36] DV Nr. 273, 20. November 1870 „Von der untern Schussen, 14. Nov."; Nr. 276, 24. November 1870 „Vom Bodensee, 21. Nov."; Nr. 293, 14. Dezember „Tettnang, 9. Dez.".

[37] Beobachter Nr. 297, 16. Dezember 1870 „Wahlnachrichten. Vom Bodensee"; der Korrespondent war vermutlich Kaufmann J. G. Müller aus Tettnang, der das Oberamt im Landeskomitee vertrat.

[38] Israel Friedrich Wirth (1806–1883), Hofebenist, Möbelfabrikant, Mitbegründer der Stuttgarter Möbelindustrie; Kommerzienrat; Gutsbesitzer auf Kaltenberg, „Hopfenpionier"; Burmeister, Geschichte der Stadt Tettnang, S. 222.

[39] Beobachter Nr. 297, 16. Dezember 1870 „Wahlnachrichten. Vom Bodensee".

mer begründet[40]. Das Haupthindernis zur Wahl Rahmers sah der Vertrauensmann der DP darin, dass Rahmer Protestant sei, während die Landbevölkerung ultramontan eingestellt sei[41]. Wenigstens für die Stadt Friedrichshafen mit ihrem 30%igen Bevölkerungsanteil an Protestanten mag zutreffen, dass die Bevölkerung weniger „ultramontan" dachte und wählte, für das Wahlergebnis blieb das jedoch ohne große Bedeutung, denn Rahmers Stimmenanteil in Distrikt II lag nur unwesentlich höher als beispielsweise der im ländlich geprägten Neukirch (IV). Der Tettnanger Korrespondent des „Deutschen Volksblattes" feierte Maiers glänzenden Sieg, den er errungen habe, *trotz den gewaltigen Anstrengungen der Repräsentanten der sogen. Intelligenz in Tettnang, Friedrichshafen, Langenargen und einiger geschraubten Landpomeranzen;* als Beispiel, wie *der Pietismus* [...] *auch zur Borniertheit werden* könne, führte er den evangelischen Pastor von Tettnang an, der seine Gemeinde zur Wahl eines nationalen Kandidaten verpflichtet und von der Kanzlei mit Emphase geäußert habe, protestantische Waffen hätten das katholische Frankreich niedergeworfen[42].

Bei der Suche nach den Gründen für *das bedauerliche Ergebnis der Abgeordnetenwahl* differenzierte Oberamtmann Zengerle[43] etwas stärker, in der Argumentation aber auch nicht völlig überzeugend, indem er auf Maiers Geschick, die Uneinsichtigkeit der Wähler, die berufliche Position und einen taktischen Fehler Rahmers abhob. Die erste Versammlung zur Vorbereitung von Rahmers Kandidatur sei auf dem Schäferhof unter Ausschluss der Öffentlichkeit nur von einem kleinen Kreis ausgewählter Männer veranstaltet worden; dieses Verfahren habe bei den Wählern Anstoß erregt. Gegen Rahmer habe ferner seine Eigenschaft als hofkämmerlicher Domänepächter gewirkt, die Zweifel an seiner Unabhängigkeit begründet habe[44]. Die Mehrheit der Wähler habe zudem keine Ursache gesehen, mit ihrem bisherigen Abgeordneten Maier unzufrieden zu sein. Gegen Maier wurde zwar angeführt, dass sich die Verhältnisse geändert hätten, der Landtag müsse dem Anschlussvertrag möglichst einhellig zustimmen, Veränderungen seien nicht möglich, da Württemberg es sich nicht leisten könne, isoliert zu werden – Maier wurde also ganz im Sinne der Strategie der Deutschen Partei als Anschlussgegner dargestellt, um die Wähler zu veranlassen, von Maier abzufallen; dieser unterlief diese Taktik, indem er sich in der Endphase des Wahlkampfes ebenfalls für die Annahme des Anschlussvertrages aussprach[45].

Das konfessionelle Moment war nach der Darstellung des Oberamtmanns für den Wahlausgang nicht in erster Linie maßgebend. Die weitaus meisten Vertreter der Amtskirche – also durchaus nicht alle – hätten sich in der Sache neutral verhalten, für

---

[40] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 319, von Ruepprecht an das Landeskomitee, 15. November 1870.

[41] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 298, 466.

[42] DV Nr. 293, 14. Dezember 1870 „Tettnang, 9. Dez.".

[43] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 725f. Schreiben des Vorstands der Oberamtswahlkommission, Tettnang, 10. Dezember 1870.

[44] So auch „Beobachter" Nr. 276, 22. November 1870.

[45] Siehe oben, S. 275, Anm. 203: Tatsächlich stimmte Maier aber am 23. Dezember 1870 gegen den Beitrittsvertrag.

ihre Person aber Maier gewählt. Die Wähler hätten sich an Rahmers Konfession nicht gestoßen, wenn ihm nicht ein katholischer Kandidat gegenübergestellt worden wäre – ein hypothetisches Argument, das lediglich hervorhebt, dass in dem konkreten Fall der Wahlentscheidung vom Dezember 1870 die Konfession wichtiger war, als der Oberamtmann eingestehen mochte[46]. Vor allem aber lässt der Oberamtmann die weitere Option der Wähler außer Acht: die Wahlverweigerung. Gerade in den ländlichen Distrikten, sofern sie nicht zu den Heimatdistrikten der Kandidaten zählten, blieb das Wählerinteresse ausgesprochen niedrig: In Neukirch (III) stimmten 51,94%, in Langenargen[47] (VI) 53,32%, in Hirschlatt (IV) machten nur 48,82% der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch: Wenn dieses Verhalten politisch motiviert war und nicht nur Desinteresse spiegelte, so artikulierte sich darin außer Resignation möglicherweise Kritik mehr noch an Maier als an Rahmer.

Die Landtagswahlen von 1876, 1882 und 1889 standen jeweils im Zeichen der Rivalität zwischen katholischen Bewerbern. 1876 und 1882 kandidierte und siegte[48] Baurat Joseph von Schlierholz[49] für die „gemäßigten" Parteien, darunter auch die Deutsche Partei. Gegen ihn trat 1876 der Kaufmann J.G. Müller aus Tettnang an. Dieser war zunächst von der Volkspartei und der „katholischen Landespartei" aufgestellt worden, nachdem sich aber auch der Katholik Schlierholz zur Kandidatur bereitgefunden hatte, hatte sich das „Seeblatt", das Organ der „katholischen Landespartei", für neutral erklärt, während der „Beobachter" Müller weiterhin stützte[50].

1882 bahnte sich durch den Tettnanger Kaufmann Kaspar Bueble[51] eine weitere „gemäßigte" Kandidatur gegen Schlierholz an; die drohende Stimmenzersplitterung konnte dem Kandidaten der Volkspartei, dem Landwirt und Gemeinderat J. Waggershauser aus Meckenbeuren, helfen, zum Erfolg zu kommen[52]. Mindestens aber drohte eine Abwanderung der Wähler zu dem weniger regierungsfreundlichen Bueble[53]. Da der König Schlierholz anlässlich eines Essens auf die Tettnanger Kandidatur angesprochen hatte, berichtete von Schlierholz Kabinettschef von Gärttner[54] brief-

---

[46] Vgl. SVZ Nr. 289, 6. Dezember 1870, S. 1188f.; Zengerles Zurückhaltung ist in Zusammenhang zu sehen mit der Rüge, die er 1862 wegen Unterstützung des konservativen katholischen Bewerbers Schneider im Oberamt Waldsee erhalten hatte; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 597; Scheurle, Politischer Katholizismus, S. 135.

[47] Vgl. SVZ Nr. 294, 1. Dezember 1870, S. 1205 „Stuttgart, 9. Dez.", Schricker las ein Telegramm aus Langenargen vor.

[48] Wahlergebnisse: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 54 Oberamt Tettnang; Bü 859, Fasz. 5, OA Tettnang, Bl. 2; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tettnang.

[49] Zu Schlierholz: Raberg, Biographisches Handbuch, S. 790f.

[50] Schw. Kronik Nr. 293, 10. Dezember 1876, S. 2749, auch S. 2738.

[51] Kaspar Johann Bueble (1830–1918), kath., Schneidermeister, Kaufmann und Gemeinderat in Tettnang, Mitbegründer, Kassier und Direktor der Gewerbebank; er betrieb nebenbei auch Hopfenbau und Obstkultur; Württ. Nekrolog (1918/19), S. 186; Allgaier, Die Stände Württembergs, S. 32; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 107f.

[52] Kleine, Mittnacht, S. 38 weist darauf hin, wie pessimistisch Mittnacht hinsichtlich des Wahlausgangs 1882 war, weil Volkspartei und linke Katholiken teilweise zusammenarbeiteten.

[53] Ebd., S. 42.

[54] Ebd., S. 21f.

lich über den Wahlkampf und das Wahlergebnis, so dass die Hintergründe der Wahl ungewöhnlich gut belegt sind. Um zunächst Bueble von seiner Kandidatur abzubringen, habe *Herr Dekan Morent*[55] *in unermüdlicher Weise* gearbeitet, *der auch unterstützt von unserem Hochwürdigsten Herrn Bischof auf diejenigen katholischen Pfarrer einwirkte, die Bueble zugetan waren. Bueble ging selbst zum Herrn Bischof nach Rottenburg und erhielt dort den Rat, nicht gegen mich* [Schlierholz] *aufzutreten. Letzteres machte Wirkung und Bueble erklärte endlich gegen Herrn Dekan Morent schriftlich, dass er dem Wunsch des Herrn Bischofs gemäß von einer Kandidatur abstehe*[56]. Für Schlierholz wirkten dann in stetem Verkehr unter sich Oberamtmann Mosthaf[57], die Stadtschultheißen von Tettnang und Friedrichshafen Munding[58] und Miettinger sowie mehrere Schultheißen des Bezirks; dazu Dekan Morent (im Auftrag des Bischofs Hefele), der katholische Stadtpfarrer von Friedrichshafen, die Pfarrer von Langenargen und Oberdorf und als Vertreter der Wirtschaft Ökonomierat Rahmer und Fabrikant Rast aus Langenargen[59]. Dennoch unterlag der demokratische Bewerber, der nicht einmal öffentlich aufgetreten war, mit nur 240 Stimmen Unterschied, so dass das Zusammenwirken von Beamten und Pfarrern zu Schlierholz' Gunsten im Nachhinein gerechtfertigt schien.

Obwohl beide Parteien gegenüber 1876 Stimmen einbüßten – Schlierholz per Saldo 122, die Volkspartei 431[60] –, zeigte sich doch in der Wählerschaft beider Seiten eine deutliche Konstanz[61]. Als Hochburgen der Volkspartei kristallisierten sich die beiden westlichen Distrikte Tettnang – Müller stammte aus der Oberamtsstadt, Waggershauser aus Meckenbeuren – und Hirschlatt[62] heraus, während die früheren „linken" Wähler im Distrikt Hemigkofen 1882 der Wahl in erheblicher Zahl fernblieben[63]. Schlierholz behauptete seine hohen Stimmenanteile in den Wahldistrikten Friedrichshafen, Hemigkofen und Langenargen[64]. Die vereinten Bemühungen der Vertreter von Staat, katholischer Kirche und Wirtschaft für Schlierholz scheinen im Wesentlichen verhindert zu haben, dass dessen Wähler in diesen Distrikten ähnlich wegbra-

---

[55] Sebastian Morent (1822–1887), Stadtpfarrer von Tettnang 1883–1887.

[56] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 538 Schreiben des Oberbaurats von Schlierholz an Kabinettschef von Gärttner, Stuttgart 23. Dezember 1882.

[57] Heinrich Mosthaf, Oberamtmann von Tettnang 1882–1884; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 40f.

[58] Max Munding (1848–1918), seit 1876 Stadtschultheiß von Tettnang.

[59] Vgl. auch Schw. Kronik (1882), S. 2048.

[60] Bei Schlierholz standen 168 Stimmen Verlust 46 Stimmen Gewinn (in Distrikt V) gegenüber; die VP verlor 472 und gewann in Distrikt IV 41 Stimmen hinzu.

[61] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Tettnang 2: für die VP r = 0.8906, für die Ministeriellen: r = 0.9784.

[62] Schw. Kronik (1882), S. 1999: Schultheiß Gessler von Hirschlatt hatte danach zunächst die Kandidatur gegen Schlierholz übernommen.

[63] Wahlbeteiligung 1876/82: 82,5/59,8%; Min: 40,2/47,7%; VP: 42,3/12,1%.

[64] Wenn die Schätzwerte des Oberamtmanns zutreffen (HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 54 Oberamt Tettnang), so stammten 1876 45% (1882 = 42%) aller Wähler von Schlierholz aus den drei Gemeinden Tettnang, Friedrichshafen und Langenargen, die zusammen aber nur 29% aller Wahlberechtigten stellten.

chen wie im agrarischen Neukirch (III), wo nicht einmal jeder Zweite abstimmte (–11%-Punkte) und der Regierungskandidat 15%-Punkte einbüßte.

Bei der Landtagswahl von 1889 kandidierte für die Volkspartei der Lehrer Karl Egger aus Weingarten[65], und auch Kaspar Bueble trat wieder auf, diesmal von fast der gesamten Geistlichkeit unterstützt. Wie Oberamtmann Liebherr[66] wiederum dem Kabinettschef berichtete – Indiz dafür, dass das Wahlergebnis an höchster Stelle aufmerksam registriert wurde –, hatte sich von Schlierholz im ganzen Bezirk dadurch missliebig gemacht, *dass er nie unter seinen Wählern erschien, um über seine Tätigkeit im Landtag zu referieren.* Nachdem Stadtschultheiß Munding von Tettnang die Kandidatur abgelehnt hatte, habe sich leider *für die Ordnungspartei kein anderer Kandidat mehr* [gefunden], *der irgendwelche Aussicht auf Erfolg hätte haben können. Um gegen Kaufmann Bueble anzukommen, hätte unter allen Umständen ein dem Bezirk angehöriger Katholik aufgestellt werden müssen*[67]. Den Sieg[68] des „gemäßigten" Bueble begrüßte der Oberamtmann als *ein Glück für das Oberamt*; Bueble zähle nicht zu denen, die der Regierung grundsätzlich Opposition machten, die Wahl Eggers *hätte den ohnehin mit demokratischen und demagogischen Elementen übergenug ausgestatteten Bezirk immer mehr in diese Richtung hineingedrängt.*

Das Angebot einer „gemäßigt linken", von der Regierung unabhängigen und „ultramontanen" Alternative zur „radikalen" Volkspartei[69] führte zu einer Neuorientierung der Wählerschaft. Während die Demokraten in ihren bisherigen Hochburgen empfindliche Verluste hinnehmen mussten[70], konnten sie gerade in den stärker gewerblich geprägten Wahldistrikten, die bisher mehrheitlich für die Regierung bzw. die Deutsche Partei gestimmt hatten, erhebliche Gewinne verbuchen: Distrikt Friedrichshafen +26,5%-Punkte, Stadt Friedrichshafen +16,7 (bei leicht rückläufigem Wählerinteresse); Distrikt Langenargen +25,52%-Punkte, Gemeinde Langenargen +34,35 (Wahlbeteiligung –15,31 Punkte). Für die 22 Gemeinden des Oberamts werden entsprechend die statistischen Zusammenhänge zwischen den volksparteilichen Stimmenanteilen und der Agrarstruktur schwächer bzw. negativ. Bueble profitierte

---

[65] Bruder von Theophil Egger (1829–1902), Lehrer und Baumschulenbesitzer in Baienfurt, Sekretär und Kassier des landwirtschaftlichen Vereins Ravensburg und des Obstbauvereins; Landtagsabgeordneter für Ravensburg 1883–1902; Staatsanzeiger (1902), S. 1471; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 162.

[66] Karl Liebherr, Oberamtmann von Tettnang 1887–1902; ANGERBAUER, Amtsvorsteher, S. 41.

[67] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 538 Schreiben des Oberamtmanns an Kabinettschef von Griesinger, Tettnang, 12. Januar 1889.

[68] HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 52 OA Tettnang, Bl. 182–177: Wahlbeteiligung 75,53%, Bueble 1941 Stimmen (44,11%), Egger 1364 Stimmen (31,00%); siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tettnang.

[69] Schw. Kronik Nr. 10, 12. Januar 1889, S. 66; zum Wahlergebnis heißt es dort: *Auffallend war auch der Kampf der sonst bei unseren Wahlen stets zusammen gehenden Volkspartei und der ultramontanen Richtung* [...]. *Ob dieses Auseinandergehen für die Zukunft Bestand haben wird, ist zu bezweifeln.*

[70] Distrikt Tettnang –24,4 Punkte, Stadt Tettnang –21,3; Distrikt Hirschlatt –9,55; Gemeinde Hirschlatt –44,92; Ailingen –20,97; Ettenkirch +6,12; Oberteuringen +1,92.

dagegen recht deutlich von höherem Wählerinteresse (r = 0.6646) und fand bei kleinen selbstständigen Landwirten von 2–5 ha Anklang (r = 0.3237).

Bei der Landtagswahl von 1895, bei der Bueble ohne ernsthaften Gegner blieb[71] und nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten zur Abstimmung ging, festigte sich die Bindung der agrarischen Wähler, insbesondere der selbstständigen Landwirte (r = 0.5802) an die Zentrumspartei und Bueble[72]. Die Landtagswahl von 1900[73] demonstrierte dann aber, dass die Interessengegensätze zwischen agrarischen und gewerblich-städtischen Wählern sich auch unter dem Dach der Zentrumspartei keineswegs verflüchtigten. Gegen Bueble kandidierte ebenfalls fürs Zentrum der Tettnanger Fabrikant Georg Locher[74], dazu für die Deutsche Partei der Friedrichshafener Stadtschultheiß Schmid; dessen Wähler verhalfen dann anscheinend dem konservativeren Locher in der Stichwahl zum Sieg über Bueble.

Das Verhalten der Wähler des Oberamts Tettnang seit 1868 lässt sich also keineswegs pauschal als *durch und durch kirchlich-konservativ*[75] beschreiben; auffällig ist vielmehr eine ausgeprägte „linke" Wahltradition der „stolzen Bauern", die sich an mehr liberalen oder auch mehr ultramontanen Kandidaten festmachen konnte. Wer die Wahl gegen diese agrarischen Wähler gewinnen wollte, benötigte die Unterstützung durch den Oberamtmann, die Beamten und Schultheißen, durch die katholische Kirche und die einzelnen Pfarrer sowie durch andere angesehene Persönlichkeiten. Rahmer, dem Protestanten und mutmaßlichen „Preußen", hatte zum Beispiel 1868 und 1870 die Förderung durch die katholische Kirche, 1868 die Unterstützung durch den Oberamtmann gefehlt; das Zusammenwirken von Kirche und Beamten sicherte Schlierholz dagegen 1876 und 1882 den Sieg über die ortsansässigen Kandidaten der Linken.

b) Oberamt Waldsee

Nach seinem überzeugenden Wahlsieg vom Juli 1868[76] wurde Johannes Uhl zum Opfer einer Pressekampagne seitens des politischen Gegners gemacht, in deren Verlauf, wie der „Beobachter" berichtete[77], *Herrn Uhl, ja selbst seiner Frau, mit injuriösen*

---

[71] HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 53 OA Tettnang, Bl. 135–130: Die Wahlbeteiligung betrug 49,53%, Bueble wählten 46,56%, Stadtschultheiß Schmid von Friedrichshafen 25 Stimmen (0,87%), SPD 25 Stimmen (0,52%); Berger (VP) war kurz vor der Wahl zurückgetreten; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tettnang.

[72] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Tettnang 1.

[73] HStAS E 150, Bü 863, Fasz. 5, Bl. 182–178, 905.

[74] Georg Locher (geb. 18. Oktober 1857), Dampfsägewerksbesitzer und Kistenfabrikant, der größte Industrielle in Tettnang; Burmeister, Geschichte der Stadt Tettnang, S. 229; vgl. auch: Blackbourn, Class, Religion und Local Politics, S. 117; Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 140f.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 517.

[75] Burmeister, Geschichte der Stadt Tettnang, S. 216.

[76] Siehe oben, S. 184ff.

[77] Beobachter Nr. 32, 7. Februar 1869 und Nr. 34, 11. Februar 1869 „Der Abgeordnete Uhl und seine Gegner I und II"

Beiworten auf der Adresse, Briefe mit Insulten und Exemplare der ihn verfolgenden „Schwäbischen Volkszeitung" fortgesetzt zugeschickt wurden. Während im Dezember 1868 der Landtag tagte, erschienen in der „Schwäbischen Volkszeitung" angebliche Briefe eines Abgeordneten an seine Gattin, durch die die vom Lande kommenden Abgeordneten der Volkspartei als *beschränkte, auf die radikalen Phrasen unbedingt eingeschworene und in ihnen befangene, von Eitelkeit aufgeblasene Menschen* karikiert wurden. Diese erfundenen Briefe erhielten ihre besondere Spitze gegen Uhl dadurch, dass sie im „Waldseer Wochenblatt" abgedruckt wurden; es wurde auch kolportiert, Uhl selbst sei der Briefsschreiber. Ein *derber Artikel* Uhls gegen diese Unterstellungen im „Waldseer Wochenblatt" lieferte dem Redakteur den Vorwand, Uhl weitere Verteidigungsartikel zu verweigern, worauf der „Beobachter" Uhl durch zwei lange Artikel zur Hilfe eilte. Eine besondere Gehässigkeit habe darin bestanden, dass die Kampagne gegen Uhl begonnen habe, bevor dieser Gelegenheit hatte, seine Fähigkeiten im Landtag zu beweisen: *Den Preußen in Waldsee muss es über alle Maßen schmerzlich sein, einem simplen Landschulmeister allein unterlegen zu sein.* Am Grunde der Kampagne gegen Uhl vermutete der „Beobachter" – ohne freilich den Namen zu nennen – Golther.

Im Dezember 1870 bewarben sich Uhl und Golther erneut um das Mandat. Dieser besondere Hintergrund verlieh ihrem Wahlkampf einen deutlichen Akzent persönlicher Animosität und machte die Wahl in Waldsee gleichzeitig zu einem Prestigekampf der Parteien und ihrer Presseorgane. Die Korrespondenten des „Beobachters"[78] und des „Deutschen Volksblattes" verbreiteten vorsichtigen Optimismus, was Uhls Wahlchancen betraf, man erkannte aber, dass Golther den Kampf gut vorbereitet aufnahm: *Geht man davon aus, dass Uhl der katholischen, Golther dagegen der protestantischen Konfession angehört, dass ersterer zur großdeutschen, letzterer zur nationalen, durch die Herren Hölder und Genossen geführten Partei zählt, so sollte man annehmen dürfen, es werde bei der seither betätigten großdeutschen Gesinnung des katholischen Bezirks Waldsee Herrn Uhl der Sieg diesmal nicht schwerer werden als 1868.* [...] *Allein die Golthersche Partei hat unser Lokalblatt förmlich in Beschlag genommen, und es wird den Uhlschen Wahlmännern äußerst schwer gemacht, ja nur mit großen Opfern kaum möglich, für ihre Zwecke von unserer Presse Gebrauch zu machen, hiedurch ist die Uhlsche Partei entschieden im Nachteil*[79]. Doch „Beobachter" und „Deutsches Volksblatt" sprangen in die Bresche. Nach der Darstellung des „Beobachters"[80] war der Wahlkampf gegen Uhl von langer Hand geplant: *Schon vor*

[78] Beobachter Nr. 266, 10. November 1870; DV Nr. 265, 11. November 1870.

[79] DV Nr. 275, 23. November 1870 „Aus dem Oberamt Waldsee"; im DV Nr. 282, 1. Dezember 1870 erklärt die Redaktion des „Waldseer Wochenblatts", das Blatt stehe beiden Seiten offen, sie müssten aber bezahlen.

[80] Beobachter Nr. 295, 14. Dezember 1870 „Aus dem Bezirk Waldsee, 10. Dez."; der Korrespondent war vermutlich der Gutsbesitzer Anton Beutel (1830–1903) aus Winterstettendorf, Landtagsabgeordneter für das Oberamt Waldsee 1890–1903 (Raberg, Biographisches Handbuch, S. 66), der zusammen mit Peter Paul Hart, Mühlenbesitzer aus Aulendorf und Mitglied des Landeskomitees der VP, Uhls Wahlkampf 1868 und 1870 organisierte; vgl. Beobachter Nr. 156, 7. Juli 1868, wo ein von Beutel unterzeichnetes Telegramm zitiert wird.

Auflösung der Kammer ging das Gerücht durch den ganzen Bezirk: dieses Mal gebe es einen Kampf bis aufs Messer. Alle Regierungsorgane bis herunter zum Polizeidiener seien schon instruiert, um im entscheidenden Augenblick Uhl im Sturm hinwegzufegen. „Der Uhl, muß jetzt in d'Schul", das war die von Mund zu Mund verbreitete Parole der deutschen Partei. Noch nicht als Kandidat aufgestellt, fiel man schon im Wochenblatt über ihn her, als Franzosenfreund, Vaterlandsverräter u.s.f. Anscheinend sollte nicht so sehr die Bevölkerung verblüfft und überrumpelt werden, wie der Korrespondent meint, sondern vielmehr Uhl überhaupt von der Kandidatur abgeschreckt werden.

In einer groß angelegten Kampagne wurden dann im Oberamt Unterschriften für Golther gesammelt[81]; auf Druck des Oberamtmanns hätten viele Schultheißen unterschrieben, keiner habe noch gewagt, für Uhl zu wirken: *Eisenbahninspektoren und Bahnhofsverwalter, Revierförster, die Standesherrschaften Aulendorf und Wolfegg forderten bei Androhung der Arbeitsentziehung von ihren Untergebenen und Arbeitern rund heraus, für Golther tätig zu sein und ihn zu wählen. So war vom k. Oberamtmann bis herab zum Holzmacher, von Sr. Durchlaucht bis zum Torfstecher herab alles darin einig, daß das Vaterland verraten und verloren sei, wenn man den Schulmeister von Esbach wähle. Während das k. Oberamt den Polizeidienern bei Strafandrohung verbot, zu einer Versammlung zu laden und selbst einigen Geistlichen, die im Verdacht standen, für den großdeutschen Schulmeister gestimmt zu sein, die Weisung zukommen ließ, an der Wahl sich nicht weiter als durch Stimmabgabe zu beteiligen, machten die Herren aus der deutschen Partei, voran Waldsee und einige verrannte Nationalliberale in Aulendorf, allüberall und bei jeder Gelegenheit ihren gepreßten Herzen Luft*, indem sie auf Uhl und die Volkspartei schimpften. Auch auf Uhls erfolgreiche Taktik von 1868, überraschend in den Wahlversammlungen der Mitbewerber aufzutreten, was den Bauern sehr imponiert hatte, hatte sich Golthers Mannschaft eingestellt; als Uhl und seine Leute am 20. November 1870 eine Wahlversammlung Golthers in Schussenried zu sprengen suchten, wurde dieser mit seinen Anhängern genötigt, in ein anderes Lokal auszuweichen; seither lief Uhls Wahlkampf meist im Stillen[82].

Trotz der Einheitsfront von Deutscher Partei und Regierung und trotz deren Machtmittel fiel Uhls Wahlsieg deutlich aus: Bei einer Wahlbeteiligung von 66,7% – 3,4 Punkte mehr als im ersten Wahlgang von 1868 – stimmten 1945 Wähler (41,89%) für ihn, er übertraf damit seine Stimmenzahl von 1868 um 593 bzw. 123 (Stichwahl). Auch Golther konnte von einem Erfolg sprechen, denn seine Stimmenzahl von 1145 (24,66%) übertraf sein Ergebnis von 1868 um 10%-Punkte (481 Stimmen)[83]. Sieg und Niederlage wurden von den beteiligten Parteien höchst unterschiedlich gewürdigt.

---

[81] So auch „Schw. Kronik" (1870), S. 3247 „Waldsee, d. 17. Nov.".

[82] SVZ Nr. 279, 24. November 1870, S. 1149 „Von der Schussen"; Beobachter Nr. 278, 24. November 1870; SVZ Nr. 283, 29. November 1870, S. 1165 „Aulendorf, 25. Nov". Dr. Michael Buck (1832–1888), der V-Mann der DP in Aulendorf, stellt hier einen formalen Unterschied zu 1868 heraus.

[83] Zum Wahlergebnis: Anhang A, S. 669.

Der Korrespondent des „Beobachters“[84] teilte zunächst das Wahlergebnis in den nunmehr sechs Wahldistrikten[85] mit und kommentierte das Abschneiden der DP. Golthers gutes Ergebnis im Distrikt Waldsee (28,14%) wurde so mit *Deutsches Hauptquartier, Standesherrschaft, Eisenbahnbeamte* erklärt, zu Aulendorf (28,9%) hieß es *Standesherrschaft, Eisenbahnbedienstete*, zu Schussenried (25,6%) *Hüttenwerk, Kameralamt, Eisenbahn*, zu Wolfegg (33,63%) *Standesherrschaft, Golthersche Domäne*; Golthers geringer Stimmenanteil in Eberhardzell (13,75%) wurde mit *ohne Hochdruck* kommentiert und 12,7% für Golther im Distrikt Unterschwarzach wurden auf *unabhängiges Bürgertum* zurückgeführt. Zusammengenommen: Der Ausgang der Wahl habe gezeigt, dass das Volk in Waldsee seinen unabhängigen Sinn und seine großdeutsche Gesinnung gewahrt habe.

Ein Schmähartikel in der „Schwäbischen Volkszeitung“[86], der auf die Erklärungen des „Beobachters“ Bezug nimmt, sprach dem *unabhängigen Bürgertum des Bezirks Waldsee irgend ein Interesse an sogenannten höheren Ideen, für Nationalbewußtsein und Nationalehre ab.* Nach den üblichen Klagen über die unfairen Wahlkampfmethoden des politischen Gegners heißt es u.a.: *Aber wir müssen* [...] *hervorheben, dass beinahe sämtliche Angehörige der gebildeten Kreise des Bezirks und der um diese Kreise beschäftigten Wähler, einer besseren Einsicht folgend, der Volkspartei den Rücken gekehrt haben.* Der Korrespondent nahm hier – positiv gewendet – das Deutungsmodell des „Beobachters“ auf, wonach die Kandidaten im Wahlkampf wie Herr und Mann des Volkes aufgetreten seien: *Hr. Golther, wie sichs gebührte, in stolzer, stattlicher Begleitung der Waldseer Preußen, – der Schulmeister, wie sich gehörte, einfach und bescheiden in Begleitung einiger Bürger und Bauern.* „Schwäbische Volkszeitung“ und „Beobachter“ stimmten schließlich auch darin überein, dass die Mehrheit der katholischen Geistlichen, entgegen ausdrücklicher Anweisung, für Uhl gewirkt habe. Dazu hieß es seitens der Deutschen Partei: *Dass man sich* [...] *mit dieser großdeutschen Devise bei einem, zumal in Oberschwaben, sehr einflussreichen Stande sehr empfehlen kann, ist auch dem Herrn Lehrer Uhl wohl nicht entgangen. Daher wird es wohl gekommen sein, dass die eine Hand bestrebt war, die andere zu waschen. Nun, wir haben den Kessel nicht gehalten und überlassen es den beiden Parteien, ihre Hände am „Beobachter“ oder am „Deutschen Volksblatt“ abzuwischen*[87].

---

[84] Beobachter Nr. 295, 14. Dezember 1870 „Aus dem Bezirk Waldsee, 10. Dez.“.

[85] Distrikt 2 blieb unverändert, Distrikt 3 wurde um Michelwinnaden (ca. 130 Wahlberechtigte) vermehrt; die Gemeinde Hummertsried (32 Berechtigte) kam von Distrikt 4 zu Distrikt 5; Distrikt 6 vergrößerte sich um ca. 250 Wähler der Gemeinde Bergatreute. Distrikt 1 gab eine Gemeinde ab und bekam drei aus Distrikt 7 hinzu. Der Vergleich zwischen den Wahlergebnissen von 1868 und 1870 muss also mit Schätzwerten arbeiten.

[86] SVZ Nr. 300, 18. Dezember 1870, S. 1233 „Aus dem Oberamt Waldsee“.

[87] SVZ Nr. 300, 18. Dezember 1870, S. 1233 „Aus dem Oberamt Waldsee“; vgl. auch ebd., S. 1232f. „Vom Schussental“: Pfarrer und Schulinspektor Schuler in Reutte soll danach am 30. November vor einer Anzahl Geistlicher geäußert haben: *Der Kirchenratsdirektor hat mir auch geschrieben, dass ich für Herrn Dr. Golther sein soll, aber ich weiß schon, was ich zu tun habe; die Herren da drunten können schreiben, was sie wollen, und wir tun, was wir wollen.*

Uhls Wahlprogramm[88] bot allerdings nur vage Grundlagen für dieses Zusammenwirken von Volkspartei und Geistlichen. *Nach den herrlichen Erfolgen des vereinigten deutschen Heeres* [erstrebte Uhl] *von Herzen eine engere Verbindung aller kriegsverbundenen deutschen Stämme zu einem großen, starken, freien Bundesstaate, würdig der auf dem Schlachtfelde bewährten Waffenbrüderschaft und der vom deutschen Volke gebrachten großen Opfer an Gut und Blut.* Einem Staatsvertrag, der auf Annahme der gegenwärtigen Nordbundsverfassung abzielte, werde er nicht zustimmen; sollten die Regierungen – wider Erwarten [!] – keinen freiheitlichen Bundesstaat begründen, so werde *sich die Arbeit aller deutschen Freiheitsmänner auf eine glückliche volkstümliche Lösung der inneren Fragen konzentrieren müssen.* Uhl wandte sich dabei *gegen jeden gewaltsamen Umsturz der gesetzlichen Ordnung und der bestehenden staatlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse.* Auf seine Einstellung gegenüber der katholischen Kirche und die Stellung der katholischen Kirche in der Gegenwart ging Uhl in seinem Programm nicht ein, und die *großdeutschen Gesinnungen*, zu denen sich Uhl nach wie vor ausdrücklich bekannte, blieben völlig unkonkret, so dass, wie im Sommer 1868, als sichtbare gemeinsame Grundlage von Volkspartei und katholischer Geistlichkeit die Ablehnung des Protestanten und „Preußen" Golther erscheint.

Dementsprechend verhielten sich auch die verschiedenen Wählergruppen bei den Wahlen von 1868 (erster Wahlgang) und 1870 recht ähnlich[89], obwohl 1870 auch als Folge des stärker ins Persönliche gehenden Wahlkampfes die Polarisierung der Wählerschaft viel ausgeprägter war und die Deutsche Partei in den Distrikten Waldsee und Aulendorf, die Volkspartei in den Distrikten III, IV und VI stärker zulegte. Die Zahl der Abstimmenden lag im Dezember 1870 nur um 186 – bei 41 zusätzlichen Wahlberechtigten – höher als 1868 (erster Wahlgang), während Golther und Uhl zusammen 1074 Stimmen mehr auf sich vereinigten als im ersten Wahlgang von 1868. Bei diesen 888 Stimmen handelte es sich wahrscheinlich ganz überwiegend um jene „gemäßigten" Katholiken, die 1868 Sauter gewählt hatten. Da nämlich die Höhe der Stimmengewinne Uhls in den sechs Wahldistrikten sehr weitgehend ($r = 0.89$) der Höhe der Sauterschen Stimmenanteile von 1868 (1. Wahlgang) entsprach, darf man unterstellen, dass sich Uhls zusätzliche Wähler überwiegend aus dieser Gruppe rekrutierten. Anscheinend wurden aber auch bisherige Nichtwähler mobilisiert[90].

Uhls Sieg über den Kandidaten der vereinigten Deutschen und ministeriellen Partei, vor allem aber seine Zugehörigkeit zur Landtagsfraktion der Volkspartei gaben ihm 1875 *Anlass zum Austritt* [...] *aus dem Schulstande*[91]. Hinter dieser vorsichtigen

---

[88] Beobachter Nr. 273, 18. November 1870 „Wahlnachrichten".

[89] Nach gesonderter Berechnung (Rangkorrelation): Eigenkorrelationen DP: $r = 0.93$; VP: $r = 0.81$; für die Zuweisung der Rangplätze ist es nicht so gravierend, dass sich für 1868 natürlich z.T. nur Schätzwerte bilden lassen.

[90] VP-Stimmen und Höhe der Wahlbeteiligung korrelieren $r = 0.64$.

[91] StA Ludwigsburg, F 164 II, Bü 62 Bericht des Oberamts Esslingen betr. die Schultheißenwahl in Neuhausen, Esslingen, d. 24. Mai 1881.

Formulierung Oberamtmann Baurs[92] werden die Zwänge sichtbar, denen Uhl ausgesetzt war: Ehrgeizig und als sechsfacher Familienvater materiell vom Staat abhängig, war er als Vertreter einer stigmatisierten Partei vielfältigem öffentlichem Druck wie auch Pressionen seitens seiner Vorgesetzten ausgeliefert, schon wenn es sich um Vertretungen während der Landtagssessionen handelte. Uhl verminderte diesen Druck, indem er den Lehrerberuf aufgab und aus dem Oberamt fortzog[93]. Im Frühjahr 1877 wurde er in der Stadt Esslingen[94] als Standesbeamter, zwei Jahre später auch als Armenratsschreiber angestellt. In der Zwischenzeit hatte er sich auf die niedere Verwaltungsdienstprüfung vorbereitet, die er im Frühjahr 1878 bestand; das Innenministerium schloss eine Beschäftigung Uhls jedoch auch in späteren Jahren trotz seiner Qualifikationen aus[95], wobei seine politische Tätigkeit maßgebend gewesen sein dürfte. Im Mai 1881 wurde Uhl mit großer Mehrheit zum Schultheißen des katholischen Neuhausen a.d.F. gewählt und auf Antrag von Oberamtmann Baur bestätigt. Dieser beurteilte Uhl als *Mann von ruhiger Besonnenheit, von festem Charakter und tadellosem Wandel* und fuhr dann fort: *Wenn je seine politische Vergangenheit Anstoß erregen könnte, so muss ich ihm das Zeugnis geben, dass er seit seinem 4-jährigen Aufenthalt hier keiner politischen Partei angehört und sich von allem politischem Treiben ferngehalten hat.* Bei der Schultheißenwahl habe er die Konservativen und insbesondere die Geistlichkeit für sich gewonnen[96]. Obwohl sich Uhl den Verhältnissen erkennbar angepasst hatte, so zeigt sein Beispiel doch, dass die stärkere Trennung der beruflichen und landespolitischen Tätigkeitsbereiche seinen Handlungsspielraum vergrößert hatte und er seinen politischen Grundsätzen damit besser treu bleiben konnte: Er wurde 1882 und 1889 erneut als volksparteilicher Kandidat im Oberamt Waldsee aufgestellt und siegte überlegen.

Die Landtagswahl vom Dezember 1876 hatte Uhl jedoch eine deutliche Niederlage und herbe Stimmenverluste von 16,1%-Punkten gebracht[97]. Am Beginn des Wahlkampfes war Uhl von klerikaler Seite gefragt worden, ob er als Katholik die Kultur-

---

[92] Heinrich Ludwig (von) Baur (1817–1904), Oberamtmann von Neuenbürg 1848–1857, von Ravensburg 1857–1866, von Esslingen 1866–1887; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 170f.

[93] Vgl. Schw. Kronik Nr. 293, 10. Dezember 1876, S. 2749: Mehr als ein Jahr nach Uhls Austritt aus dem Lehrerstand ist hier immer noch von „Schullehrer Uhl in Esbach" die Rede.

[94] Man darf vermuten, das die Esslinger Volkspartei ihren Einfluss dabei geltend gemacht hatte.

[95] HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Waldsee, Bl. 8 Schreiben des Innenministers an den Finanzminister; Bl. 7 gleichlautend an den Präsidenten des Staatsministeriums, Stuttgart 29. Mai 1884: Oberamtmann Mayer von Waldsee hatte im Innenministerium angefragt, ob Uhl für die Verwendung im Staatsdienst des Innenministeriums in Aussicht genommen sei; der Innenminister verneinte dies entschieden und fragte bei den genannten Ministerien nach.

[96] StAL F 164 II, Bü 62 Bericht des Oberamts Esslingen betr. die Schultheißenwahl in Neuhausen, Esslingen, d. 24. Mai 1881.

[97] HStAS E 150 Bü 858, Fasz. 9, Nr. 61 Oberamt Waldsee, Bericht des Oberamts vom 21. Dezember 1876, Beilage 1; von 5056 Berechtigten stimmten 3612 ab (71,44%), 2295 für die „kath. LP" (45,39%), 1304 für Uhl (25,79%). Uhl hatte also 641 Stimmen verloren; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Waldsee.

kampfgesetze und die konfessionslose Schule verwerfe[98]. Da Uhl an seinen liberalen Grundsätzen festhielt, wurde ihm seitens der „katholischen Landespartei" der Stadtpfarrer von Weingarten, Prof. Dr. Wenzeslaus Mattes[99], gegenübergestellt, dessen Programm Uhl *mit aller Entschiedenheit* bekämpfte[100]. Ganz anders als im Dezember 1870 forderte die Kandidatenkonstellation 1876 die Wähler also zu einer Entscheidung auf zwischen zwei katholischen Kandidaten, die die linksliberalen und die konservativ-klerikalen Strömungen im Oberamt repräsentierten; das Zweckbündnis dieser beiden Richtungen aus dem Dezember 1870 gegen Golther war also zerbrochen. Uhls Anhängerschaft wurde wieder auf die Stimmenzahl des Jahres 1868 (1. Wahlgang) zurückgeführt, und die deutliche Korrelation zwischen seinen Stimmenanteilen bei beiden Wahlen ($r = 0.9$) deutet an, dass in seiner Stammwählerschaft eine recht hohe Kontinuität herrschte[101]. 1870 und 1876 gab der Einfluss der Geistlichen auf die klerikal ausgerichteten Wähler den Ausschlag, 1870 für Uhl, 1876 gegen ihn.

Bei der Landtagswahl von 1882[102] kandidierte Mattes nicht wieder, an seine Stelle trat der Schultheiß und Landwirt Alois Bloedt von Oberessendorf, ein konservativer Katholik, den Uhl mit 173 Stimmen Mehrheit besiegen konnte. Trotz eines durchschnittlichen Verlustes von 11,4%-Punkten konnte Bloedt ganz überwiegend die klerikal-konservativen Wähler von 1876 für sich gewinnen ($r = 0.99$)[103]; zu Uhls Stammwählerschaft stießen 676 Wähler hinzu (11,5%-Punkte), bei denen es sich teils um „Rückwanderer" aus der „katholischen Landespartei", teils um frühere Nichtwähler gehandelt haben dürfte: In Wahldistrikt I, wo bei einem Rückgang des Wählerinteresses um 6,9%-Punkte die „kath. LP" 20,8%-Punkte einbüßte, hätten Uhls 218 zusätzliche Stimmen – rein rechnerisch – von bisherigen Nichtwählern stammen können[104]; in Distrikt III übertrafen dagegen Uhls Gewinne die Verluste der „kath. LP" und die Anzahl der zusätzlichen Wähler, so dass dort eine Wanderungsbewegung von der „kath. LP" zur VP stattgefunden haben muss[105].

Im Dezember 1889[106] wurde Uhl praktisch ohne Gegenkandidaten wiedergewählt; für Oberamtsbaumeister Friedrich Stifel aus Waldsee, der die Kandidatur ab-

---

[98] Schw. Kronik (1876), S. 2621f. „Waldsee den 18. Nov.".

[99] Wenzeslaus Mattes (1815–1886), Dr. theol., 1846 Professor in Hildesheim, 1860 Pfarrer in Böttingen, seit 1866 in Weingarten; ADB 52, S. 231f.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 546f.

[100] Schw. Kronik (1876), S. 2749, weitere Berichte: S. 2621f., 2657, 2665, 2697, 2698, 2706, 2770; einer nationalen Kandidatur wurden keine Aussichten eingeräumt.

[101] Die Korrelationen zwischen den Stimmenanteilen Sauters und Mattes' bzw. Sauters und Golthers liegen nur bei $r = 0.5$ (gesonderte Berechnung).

[102] HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Waldsee, Bl. 2; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Waldsee.

[103] Gesonderte Berechnung.

[104] In den Gemeinden Gaisbeuren, Haisterkirch, Reute und Unterurbach ging die niedrige Wahlbeteiligung wahrscheinlich zu Lasten von Bloedt.

[105] Die Eigenkorrelation der VP-Stimmenanteile 1876/1882 ist nur schwach, da die Wanderungsbewegung uneinheitlich ist.

[106] HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 61 Oberamt Waldsee, Bl. 18–11 Wahlprotokoll; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Waldsee.

gelehnt hatte[107], wurden nur 222 Stimmen gezählt. Entsprechend erreichte die Wahlbeteiligung nur 41,03%; wenn aber die Mobilisierung der Wähler gelang, dann profitierte eindeutig Uhl (r = 0.8844)[108]. Wenige Wochen nach dieser Wahl verstarb Johannes Uhl. Sein politisches Erbe übernahm sein langjähriger Wahlkampforganisator, Anton Beutel, der die Nachwahl vom 26. März 1890[109] mit großer Mehrheit gegen den Tübinger Landgerichtsrat Theodor Kohlhund gewann. Bei immer noch recht geringem Wählerinteresse (65,6%), das überwiegend zu Beutels Lasten ging (r = 0.8552), konnte Beutel einen Teil der früheren Wähler Uhls für sich gewinnen (r = 0.6246), im Übrigen gehörten seine Wähler etwas deutlicher der Gruppe der größeren Landwirte an[110].

Bei der Landtagswahl vom 1. Februar 1895[111] kandidierte Beutel für die Zentrumspartei. Aus der Volkspartei wurde ihm sein früherer Wahlkampfgenosse Peter Paul Hart gegenübergestellt, der für die Zulassung von Orden und die konfessionelle Schule eintrat[112] und sich nur wenig von den Forderungen des Zentrums abhob. Beutel gewann die Wahl sicher mit 2615 (48,64%) gegen 817 Stimmen (15,2%); die Wahlbeteiligung (65,01%) blieb aber noch unter dem Wert von 1890. Nicht alle Wähler vollzogen Beutels Wechsel mit (r = –0.6101); in seiner neuen Wählerschaft fanden sich nun auch verstärkt kleine Landwirte, während die neuen Wähler der Volkspartei eher nicht aus der Landwirtschaft stammten[113].

Angesichts der ständig wechselnden personellen und programmatischen Angebote an die Wähler sowie der eingeschränkten Datengrundlage ist für das Oberamt Waldsee ein durchgehendes gruppenspezifisches Wählerverhalten nicht sicher zu erkennen. Das Oberamt zeigt jedoch eine ausgeprägte „linke" Wahltradition. Über Jahrzehnte durch dieselben Personen vertreten, konnte die Volkspartei als der wichtigste Kristallisationspunkt dieser „linken" Grundstimmung Wahlen aber nur im Bündnis mit anderen Wählersegmenten gewinnen. Bei der Landtagswahl von 1868 hatte sich die eher demokratische gegen die eher konservative Richtung durchgesetzt; 1870 führten das Zweckbündnis dieser beiden Richtungen und besonders der Einfluss der Geistlichkeit zum Sieg gegen den Protestanten und „Preußen" Golther; 1876 unterlag Uhl gegen eine klerikal geprägte Allianz, ähnlich wie 1895 der volksparteiliche Bewerber gegen das Zentrum chancenlos blieb.

---

[107] Schw. Kronik (1889), S. 2302 „Waldsee, 21. Dezember".

[108] Vgl. Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Waldsee.

[109] HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 61 Oberamt Waldsee, Bl. 44–37 Wahlprotokoll; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Waldsee.

[110] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Waldsee.

[111] HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 60 Oberamt Waldsee, Bl. 28–21; Beutel wurde auch 1900 mit etwas schlechterem Ergebnis gegen den Schultheißen von Bergatreute, Dominikus Feuerstein, gewählt: HStAS E 150, Bü 863, Fasz. 5, Bl. 116–109; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Waldsee.

[112] Beobachter Nr. 21, 25. Januar 1895; Schw. Kronik (1895), S. 186 und 204.

[113] Vgl. Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Waldsee.

c) Oberamt Geislingen

Vom Ergebnis her betrachtet, bestätigten die Landtagswahlen vom 8. Juli 1868 und 5. Dezember 1870 die *fast dynastische Kontinuität*[114] des Römer-Clans, der in Geislingen sicheren Boden zu haben schien: Die Stadt Geislingen galt als Hochburg der Deutschen Partei[115], die *in einer Weise organisiert ist und mit einer Energie geleitet wird, wie dies anderweitig im Lande kaum in diesem Grade stattfinden wird*, wie Oberamtmann Boller urteilte[116]. Auch das Vereinsleben der Stadt wurde anscheinend von der Deutschen Partei dominiert[117]. Es unterlag keinem Zweifel, dass die Deutsche Partei in Geislingen Robert Römer wiederum die Kandidatur anbieten würde[118], ob er allerdings die Wahl gewinnen würde, blieb nach seiner Niederlage bei der Zollparlamentswahl[119] wenige Wochen zuvor ungewiss[120] und hing unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts von mehreren unkalkulierbaren Faktoren ab, unter anderem davon, wie sich die neuen Wählergruppen verhalten würden[121]. Unzweifelhaft war jedoch, dass angesichts von Römers kompromissloser propreußischer Haltung die Ministeriellen und die Großdeutschen wieder gemeinsam gegen ihn kämpfen würden[122]. Als Wahlkampfstrategie bot sich der Deutschen Partei nur ein scharfer

---

[114] Brandt, Parlamentarismus, S. 176.

[115] Runge, Volkspartei, S. 148, Anm. 145; der dort zitierte Bericht des Oberamts befindet sich in Faszikel 8.

[116] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 201f. Bericht des Oberamts betr. die letzte Abgeordnetenwahl, Geislingen, 5. August. – Friedrich Karl Boller (geb. 1830) war bis 1867 Sekretär im Innenministerium gewesen und erst seit wenigen Monaten „provisorischer" Oberamtmann von Geislingen (vgl. Deutsches Volksblatt Nr. 164, 16. Juli 1868), vgl. auch: Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 194.

[117] Schw. Kronik Nr. 169, 17. Juli 1868, S. 2009 „Geislingen, d. 13. Juli" – ein Bericht über die Feier zur Wahl Römers, an der die verschiedenen Vereine Anteil hatten; vgl. K. Bauer, Geislingen Bd. 2, S. 73 und 82: Gesang-, Schützen- und Turnvereine sind schon von ihrer Genese her nicht als „unpolitisch" einzustufen.

[118] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 384, Brief vom 6. Juni 1868.

[119] Phillips, Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1883, S. 147: Neun Gemeinden des Oberamts Geislingen gehörten zu Wahlkreis 4 und waren den Abstimmungsorten Deggingen und Wiesensteig zugeordnet; im Distrikt Deggingen stimmten von 835 Berechtigten 198 (23,71%) ab, für Varnbüler 186 (22,28%), für H. Otto 7 (0,84%); in Wiesensteig stimmten von 717 Berechtigten 466 (64,99%) ab, 460 (64,16%) für Varnbüler, 3 (0,42%) für H. Otto (DP) (Wahlergebnis nach StASig Wü 65/40 Oberamt Urach, Zollparlamentswahl); ein genauer Vergleich wäre aber nur möglich, wenn die Einzelergebnisse der übrigen Gemeinden bekannt wären; auch die Zahl der Wahlberechtigten, die bei Phillips nicht überliefert ist, kann nur geschätzt werden; die Wahlbeteiligung betrug im ersten Wahlgang etwa 75%, die 15 372 abgegebenen Stimmen verteilten sich zu je 1/3 auf Freisleben (VP) und Römer (DP) sowie auf andere; an der fälligen Stichwahl nahmen nur noch 8370 Wähler (ca. 41%) teil, lediglich 165 (0,8%) stimmten für Römer, die DP boykottierte hier die Stichwahl.

[120] Vgl. Staatsanzeiger Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1620 nach dem „Alb- und Filsthalboten" Nr. 53: Römer hatte erst kurz vorher angekündigt, dass er in Wahlversammlungen auftreten werde.

[121] Zumal Römer, anders als 1862, nicht mit der Unterstützung durch Probst würde rechnen können; Scheurle, Politischer Katholizismus, S. 132 und 134.

[122] SVZ Nr. 145, 25. Juni 1868, S. 614 „Von der Alb".

Konfrontationskurs an, der – bei den bestehenden konfessionellen Differenzen[123] im Oberamt ansetzend – die protestantischen Wähler aller Richtungen zu geschlossener Unterstützung Römers zwingen würde. Dass dieser Kurs durchaus riskant sein konnte, weil die Konfrontation auch die Wähler der Gegenseite mobilisieren würde, dessen war man sich bewusst; man kalkulierte aber, dass *während des Sommers die katholischen Gipser des Wiesensteiger Tals* – nach Schätzung des Oberamtmanns etwa 600–700 – *größtenteils ortsabwesend* sein würden, dass also die Mehrheit der anwesenden Wähler protestantisch sein würde[124].

Oberamtmann Boller wies in seinem Wahlbericht[125] auf ein weiteres Detail hin, das das Zahlenverhältnis zwischen protestantischen und katholischen Wählern zugunsten der DP und Römers beeinflussen konnte: In den protestantischen Teilen des Oberamts, in denen sich vorzugsweise die Fabriken befanden, sei der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung deutlich höher gewesen als in den katholischen Teilen. Nach den vom Oberamtmann genannten Verhältniszahlen[126] – umgerechnet auf die Bevölkerungsverhältnisse vom 3. Dezember 1867 – hätte dann die Zahl der katholischen Wahlberechtigten um 600 bis 1000 niedriger gelegen als die der Protestanten. Allerdings lassen sich Unterschiede zumal in diesen Größenordnungen nicht nachweisen. Der Anteil der Wahlberechtigten an der am 3. Dezember 1867 ortsanwesenden Bevölkerung lag in den vier mehrheitlich protestantischen Gemeinden zwischen 22,13% und 19,58%, im Mittel bei 20,98%, in den vier mehrheitlich katholischen Gemeinden zwischen 22,07% und 19,47%, im Mittel bei 20,88%, also um fast 5 Punkte niedriger als angegeben. Der Oberamtmann hatte sich offenbar auf die ortsangehörige Bevölkerung bezogen[127], eine Grundlage, die allerdings keine verlässlichen Angaben über die Struktur der Wählerschaft zuließ, denn für die Aufnahme in die Wählerliste war nicht das Gemeindebürgerrecht maßgebend, es genügte schon, wenn ein württembergischer Staatsbürger in der betreffenden Gemeinde seinen *Wohnsitz oder nicht bloß vorübergehenden Aufenthalt* hatte[128].

Leichte zahlenmäßige Vorteile konnte die Deutsche Partei also im Wesentlichen durch die Abwesenheit der Bauhandwerker des Filstals erwarten; um so zwingender schien als Voraussetzung für Römers Wiederwahl die Notwendigkeit, die eigenen Reihen zu schließen und Abspaltungen zu verhindern. Nach einer Meldung im

---

[123] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 201f. Bericht des Oberamts betr. die letzte Abgeordnetenwahl, Geislingen, 5. August; vgl. SCHEURLE, Politischer Katholizismus, S. 134.

[124] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 384, Brief vom 6. Juni 1868.

[125] Wie Anm. 123.

[126] Wie Anm. 123, der Oberamtmann nennt für die katholischen Gemeinden 5 bzw. 5,5 Einwohner je Wahlberechtigten, für die protestantischen Gemeinden 4 bzw. 4,5.

[127] Für Distrikt I (Geislingen) betrug das Verhältnis der Wahlberechtigten zur ortsangehörigen Gesamtbevölkerung dann 1:4,4 (22,77%), für den katholischen Wahldistrikt V (Böhmenkirch) 1:5,67 (17,63%); zur Definition der Begriffe: VON BITZER, Die Bedeutung des Gemeindebürgerrechts, S. 157.

[128] Regierungsblatt für das Königreich Württemberg Nr. 14, 6. April 1868, Wahlgesetz, S. 179, Art. 4.

„Staatsanzeiger“[129], der sich wiederum auf den „Beobachter“ berief, hatte eine Wählerversammlung den Geislinger Fabrikanten Daniel Straub[130] als Kandidaten vorgeschlagen. Straub war 1849 eines der tatkräftigsten Mitglieder des Geislinger Volksvereins gewesen[131], unterstützte nun aber öffentlich die Deutsche Partei[132]; seine Kandidatur hätte ihren Hintersinn und besonderen persönlichen Reiz darin gefunden, dass Straub bei der Landtagswahl von 1850 schon einmal kandidiert und damals gegen Friedrich Römer[133] verloren hatte. Straub lehnte die Kandidatur jedoch ab und verhinderte so diesen Versuch, einen Keil in die Deutsche Partei zu treiben[134]. Die Aufstellung des landwirtschaftlichen Vereinsvorstands Böhringer, Gutspächter auf dem Christofshof/Eybach, der der Deutschen Partei angehörte und, wie man argwöhnte, die Sympathie des Oberamtmanns genoss, stellte eine weitaus ernstere Gefahr für Römer dar[135], die erst am 4. Juli auf einer landwirtschaftlichen Vereinsversammlung in Eybach beseitigt wurde[136].

Im Wahlkampf wurde dann auch um jeden Wähler gekämpft, allerdings nicht immer mit feinen Mitteln. Ein Artikel in der „Schwäbischen Volkszeitung“ nahm beispielsweise die Wahldistriktseinteilung durch die Regierung aufs Korn: *Orte wie Hoffstetten, Buch, Stubersheim, Braunsheim, Saalbergen, welche 1¼ bis 1½ Stunden von der Oberamtsstadt entfernt liegen, sind nun dem Abstimmungsbezirk Eibach zugeteilt, wohin die Wähler 2½–3 Stunden zu gehen haben.* Nach weiteren Beispielen wurde resümiert: *In diesem Allem aber liegt ein großes System: daß den Alpbewohnern, welche national und freigesinnt wählten* [sc. bei der Zollparlamentswahl], *das Wählen erschwert, den Bewohnern der katholischen Orte erleichtert werden sollte*[137]. Was hier als recht bedeutendes Problem und Beweis für die Machenschaften der politischen Gegner erscheint, war in Wirklichkeit marginal und sachlich verzerrt. Bei den

---

[129] Staatsanzeiger Nr. 146, 21. Juni 1868, S. 1514.; auch „Deutsches Volksblatt“ Nr. 142, 20. Juni 1868.

[130] Daniel Straub (1815–1889), siehe: K. Bauer, Geislingen Bd. 2, S. 271ff. und passim; Hirschfeld, Württembergs Großhandel und Großindustrie, S. 182–184 und Schwäbische Lbb. V, S. 330–353.

[131] K. Bauer, Geislingen Bd. 2, S. 75.

[132] Er hatte die Resolution der Deutschen Partei vom 4. August 1867 und ihren Wahlaufruf zur Zollparlamentswahl unterzeichnet.

[133] Friedrich (von) Römer (1794–1864), der „Märzminister“; Vater von Robert Römer; Lbb. aus Schwaben und Franken XVI, 189ff.; ADB 29, S. 117; Brandt, Parlamentarismus, S. 586ff.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 734f.

[134] Vgl. „Deutsches Volksblatt“ Nr. 156, 7. Juli 1868 „Aus dem Bezirk Geislingen, 5. Juli“: Gegen den aus Geislingen stammenden Vorwurf der „konfessionellen Gehässigkeit“ wird argumentiert: *Hätten nicht die Katholiken gerne einen ihre politischen Gesinnungen teilenden Protestanten Straub gewählt, wenn dieser die Wahl angenommen hätte?*

[135] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 384.

[136] Schw. Kronik Nr. 160, 7. Juli 1868. S. 1905. – Eybach erwies sich bei dieser Landtagswahl mehrfach als Zentrum der „landwirtschaftlichen Interessen“, die der Oberamtmann anscheinend zum Kampf gegen Römer einsetzen wollte.

[137] SVZ Nr. 145, 25. Juni 1868, S. 614; speziell an die Bauern richtete sich der Korrespondent in SVZ Nr. 152, 3. Juli 1868, S. 647: *Unsere Bauern werden ihm* [sc. Bucher] *hoffentlich zeigen, dass zwischen katholisch und bigott ein großer Unterschied ist.*

genannten fünf Orten handelte es sich nämlich tatsächlich um die drei Gemeinden Hofstett-Emerbuch (243 protestantische Einwohner; 48–50 Wahlberechtigte), Stubersheim (318 Einwohner, davon 2 Katholiken; ca. 64 Wahlberechtigte) und Bräunisheim (zusammen mit der Teilgemeinde Sontbergen 250 protestantische Bewohner; ca. 50 Wahlberechtigte) mit zusammen gerade einmal 160 Wahlberechtigten[138]; die angekündigte Beschwerde beim Innenministerium wurde dann auch abgewiesen[139]. Der eigentliche Stein des Anstoßes war vermutlich, dass diese 160 Wähler nicht unter dem Eindruck der durch und durch nationalliberalen Oberamtsstadt abstimmen würden, sondern im stärker ministeriell-großdeutsch beeinflussten Eybach, wo sich mancher Wähler vielleicht anders entscheiden würde als in Geislingen.

Oberamtmann Boller sah Chancen für einen Sieg über Römer nur dann, wenn dessen Gegner *unter entsprechender zusätzlicher* [Wahl]*beteiligung die volle Sympathie der katholischen Bevölkerung und z u g l e i c h die der konservativen protestantischen Bevölkerung erwerben* könnte[140]. Wenn der Oberamtmann diese Einschätzung auch erst nach der Wahl äußerte und diese ihm primär dazu dienen sollte, gegenüber dem Innenministerium die katastrophale Niederlage des ministeriellen Kandidaten zu erklären, so traf sie durchaus zu; aus ihr folgte, dass für die Auswahl eines geeigneten Gegenkandidaten eine besonders glückliche Hand nötig sein würde.

Der erste, der sich zu einer ministeriellen Kandidatur gegen Römer bereit fand, war Karl Hohl[141]. Hinter dieser Kandidatur vermutete der Korrespondent der „Schwäbischen Volkszeitung" Justizminister Mittnacht[142], den Hohl Ende der 50er Jahre am Kreisgerichtshof Ellwangen kennengelernt hatte. Hohl war katholisch und als ehemaliger Oberamtsrichter bei den Wählern des Oberamts Geislingen bekannt[143]. Doch er verzichtete sehr bald, vermutlich, weil er die Aussichtslosigkeit seiner Bewerbung erkannt hatte. Schon am 25. Juni wurde gemeldet[144], Schultheiß Neumayer von Eybach habe erklärt, acht Gemeinden hätten einstimmig den Oberamtspfleger Zeh[145] als großdeutschen Kandidaten aufgestellt. Eine Woche vor dem Wahltag trat schließlich noch der Redakteur des „Deutschen Volksblattes", Dr. Joseph Bucher, der

---

[138] Es passt in dieses Bild, dass – jedenfalls bei der heutigen Straßenführung – die Fahrstrecke von Bräunisheim über Schalkstetten nach Geislingen nicht wesentlich kürzer scheint als der Weg von Bräunisheim über Schalkstetten und Waldhausen nach Eybach; Ähnliches gilt für die anderen Gemeinden. – In SVZ Nr. 152, 5. Juli 1868, S. 647 wird der Kampf zwischen Römer und Bucher als Kampf zwischen *Neuzeit und Mittelalter* präsentiert.

[139] SVZ Nr. 153, 4. Juli 1868, S. 650.

[140] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 201f. Bericht des Oberamts betr. die letzte Abgeordnetenwahl, Geislingen, 5. August.

[141] Deutsches Volksblatt Nr. 139, 17. Juni 1868; Karl Hohl (1825–1899), Oberjustizrat in Ulm; vgl. insbesondere: Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik", S. 95–132.

[142] SVZ Nr. 145, 25. Juni 1868, S. 614.

[143] Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik", S. 100; Hohl war von 1862 bis zum Herbst 1866 Oberamtsrichter in Geislingen.

[144] Deutsches Volksblatt Nr. 146, 25. Juni 1868; Staatsanzeiger Nr. 149, 25. Juni 1868, S. 1546.

[145] Bauer, Geislingen, Bd. 2, S. 273 deutet an, dass Zeh im *Komplott der Geldmacher* beim Eisenbahnbau kräftig verdient hatte, *was zu öffentlichen Verdächtigungen und Beleidigungen führte.*

zuvor eine Kandidatur in Gmünd abgelehnt hatte[146], als großdeutscher, prononciert katholischer Bewerber auf[147]. Der Geislinger Korrespondent des „Deutschen Volksblattes" wie auch Oberamtmann und Innenminister[148] drückten die Erwartung aus, dass sich die beiden großdeutschen Bewerber verständigen würden; sie meinten damit freilich, dass der jeweils andere verzichten solle, so dass in der Folge beide ihre Kandidatur aufrechterhielten.

Dass Buchers Auftreten und sein intensiver, auf die Katholiken abgestellter, von den katholischen Geistlichen massiv geförderter Wahlkampf die Polarisierung der Wähler vorantrieb und damit letztlich Römer Nutzen brachte, wurde vom Oberamtmann wie vom „Deutschen Volksblatt" bestätigt. Boller sah in der Polarisierung die Ursache für die geringe Stimmenzahl des ministeriellen Kandidaten: Konservative Protestanten hätten, um einen Sieg Buchers aufgrund von Stimmenzersplitterung im protestantischen Lager zu vermeiden, für Römer gestimmt. Der Geislinger Korrespondent des „Deutschen Volksblattes", der im Übrigen konfessionelle Wahlmotive auf katholischer Seite in Abrede stellte, betonte, dass Buchers Auftreten den Gegner dazu gezwungen habe, seine Reihen zu schließen. Erst jetzt habe Böhringer auf seine Kandidatur gegen Römer verzichtet; und der Oberamtmann, der einem Schultheißen gegenüber angeblich geäußert hatte, Zeh sei kein empfehlenswerter Kandidat, denn er sei ein Stundenhalter, ein Pietistenhaupt, rufe nun zur Wahl Zehs auf[149]. Unter den gegebenen Umständen schien aber weder der Konfrontationskurs besonders aussichtsreich noch der Versuch des Oberamtmanns, Römers Wählerbasis durch Abspaltungen zu schwächen; möglicherweise wäre Hohl statt Zeh die bessere Alternative gewesen. Die „Schwäbische Volkszeitung" präsentiert ihren Wählern die Meldung von Römers Sieg auf der Frontseite als *verdiente Züchtigung* Buchers: *Römer gewählt. Gegen ihn erkühnte man sich, den ultramontanen Pfaffenredakteur Bucher als Regierungs-Volkspartei-Pfaffenkandidaten aufzustellen, wofür diesem Wackeren denn auch von den braven Geislingern die verdiente Züchtigung bereitet wurde*[150]. Joseph Bucher griff seinerseits, da er am Wahlkampf persönlich beteiligt war, zur Deutung des Wahlergebnisses auf zwei Briefe „unparteiischer Beobachter" aus dem Oberamt zurück, die sich beide mit den *unredlichen lügenhaften Wahlmanövern* des Kandidaten Zeh und seines „Schweifs" auseinandersetzten. Oberamtsarzt Dr. Baur[151] in Wiesensteig habe öffentlich für Bucher, heimlich aber für Zeh gewirkt; er habe die gedruckten Stimmzettel Buchers nicht zur Verteilung weitergegeben. Durch bezahlte Extraboten ausgestreute Fehlinformationen über die Stimmungslage der Wähler hätten in Donzdorf zu einer Verwirrung geführt, aus der heraus 150 Stimmen

---

[146] Deutsches Volksblatt Nr. 143, 21. Juni 1868 „Gmünd, 18. Juni".

[147] Staatsanzeiger, Nr. 157, 4. Juli 1868, S. 1633; Deutsches Volksblatt Nr. 153, 3. Juli 1868.

[148] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein 2./3. Juli 1868: Das Ziel des Innenministers war ausdrücklich, Römer eine Niederlage beizubringen; allerdings scheint es etwas optimistisch, an eine Einigung zwischen dem Pietisten Zeh und dem Katholiken Bucher zu glauben.

[149] DV Nr. 156, 7. Juli 1868 „Aus dem Bezirk Geislingen, 5. Juli".

[150] SVZ Nr. 159, 11. Juli 1868 (Frontseite).

[151] Dr. Baur (1814–1883), später Oberamtsarzt in Blaubeuren; Schw. Kronik (1883), S. 614.

auf Römer fielen. Ferner wird die Vermutung geäußert, dass es sich bei der Kandidatur Zehs nur um ein Scheinmanöver gehandelt habe, um Schwankende ins Lager Römers zu treiben. Für Buchers Niederlage schließlich wird nicht die *lahme Zerfahrenheit* der wahren Großdeutschen verantwortlich gemacht, sondern die Tatsache, dass, *gering angeschlagen, 500* großdeutsche Wähler *auf ihrem Geschäfte abwesend* waren[152].

Der Blick auf das Wahlergebnis[153], das leider nur für die acht Wahldistrikte, nicht aber für die Gemeinden vorliegt, bestätigt diese Sicht der Dinge durchaus nicht. Richtig ist, dass die Wahlbeteiligung in den beiden katholischen Distrikten des Filstals, Deggingen (VII) und Wiesensteig (VIII), mit 40,41% und 65,22% erheblich unter dem Durchschnitt des Oberamts (72,44%) und unter den Werten der beiden übrigen katholischen Distrikte Donzdorf (III; 79,26%) und Böhmenkirch[154] (V; 75,90%) blieb[155]. Doch selbst bei einem Anstieg auf 80% Wahlbeteiligung in diesen beiden Distrikten und Wählerstimmen ausschließlich für Bucher – ca. 425 Stimmen – hätte Römer immer noch knapp die Mehrheit für sich gehabt. Es kommt hinzu, dass auch der Eifer der Wähler in Überkingen (VI), dem protestantischen Wahldistrikt im Filstal, mit 72,14% hinter dem der übrigen protestantischen Bezirke zurückblieb, die alle über 80% lagen. Auch hier fehlten potentielle Wähler vermutlich aus beruflichen Gründen, was aber zu Römers Lasten ging. Unter realistischen Annahmen hätten also die abwesenden Handwerker die Wahl nicht zu Buchers Gunsten entschieden[156]. Eine wesentliche Ursache für Römers Sieg liegt hingegen, wie sich durch den Vergleich mit 1870 bestätigt[157], in der stärkeren Mobilisierung der protestantischen Wählerschaft[158].

Die Verteilung der Parteistimmenanteile richtete sich erwartungsgemäß ganz überwiegend nach der Konfessionsstruktur der Wahldistrikte[159], wie Tabelle 17 belegt. Demgemäss lassen sich die 150 Stimmen (17,88%) für Römer im Wahldistrikt Donz-

---

[152] DV Nr. 164, 16. Juli 1868; in Nr. 160, 11. Juli 1868 hatte ein anderer Korrespondent zum Ergebnis geschrieben, Römers Erfolg sei *allerdings ein glorreicher Sieg der Tätigkeit und Beharrlichkeit über lahme Zerfahrenheit.*

[153] Anhang A, S. 600.

[154] DV 157, 8. Juli 1868 „Weißenstein, 5. Juli" Stadtschultheiß Baur hatte hier wohl erfolgreich zur Wahl Buchers gemahnt.

[155] Vgl. das Ergebnis der Zollparlamentswahl, oben, S. 319, Anm. 119.

[156] Vgl. Weinmann, Reform der Innenpolitik, S. 116f., der die Gipser des Filstals als Beispiel dafür nennt, wie das Verhalten ganzer Berufsgruppen ausschlaggebend für die Wahl sein konnte. Genau genommen handelt es sich freilich gar nicht um „Wahlverhalten", sondern um beruflich bedingte Abwesenheit.

[157] Siehe unten, S. 327f.

[158] Für 1868 kann man sich dabei nur auf die 5 Distrikte außerhalb des Filstals beziehen; der Vergleich aller acht Distrikte zeigt für 1868, als die Handwerker abwesend waren, und 1870, als sie anwesend waren, recht gleichartiges Verhalten ($r = 0.7325$; siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 2).

[159] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 2; der Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem katholischen Bevölkerungsanteil beträgt $r = -0.6593$.

Tabelle 17: Konfessionsstruktur und Parteistimmenanteile in den acht Wahldistrikten des Oberamts Geislingen bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1868

% kath. Bevölkerung (1867)		Römer		Bucher	
		% verfügb. St.	% abgegeb. St.	% verfügb. St.	% abgegeb. St.
VI	0,53	66,15	91,71	0,00	0,00
I	7,09	80,94	93,88	0,24	0,28
II	11,65	74,76	92,77	0,32	0,40
IV	27,48	62,10	75,60	19,05	23,19
III	64,71	17,88	22,56	57,09	72,03
V	89,49	6,17	8,13	69,43	91,47
VIII	94,07	0,13	0,20	63,17	96,86
VII	97,87	1,54	3,82	38,74	95,86

St.=Stimmen

dorf (III) eher als durch „Verwirrung" der Wähler mit der konfessionellen Struktur dieses Distrikts erklären: Die Gemeinde Groß Süßen, die zu 98% protestantisch war, stellte etwa 270 Wahlberechtigte, diese dürften teils für Römer gestimmt, teils Wahlenthaltung geübt haben. Die Stimmenanteile des ministeriellen Kandidaten Zeh blieben mit 2,86% (169 Stimmen) verschwindend klein und variierten ebenfalls nach der Konfessionszugehörigkeit der Wähler: 5 bis 6% betrug sein Stimmenanteil in den drei protestantischen Distrikten Geislingen, Kuchen und Überkingen, weniger als 2% dagegen in den katholischen Distrikten[160]. Wenn es zutrifft, dass sich sein Wahlkampf auf die katholischen Wähler konzentriert hatte[161], so war der Erfolg völlig ausgeblieben. Die erfolgreich betriebene Polarisierung der Wählerschaft war ganz einseitig zu Lasten des ministeriellen Bewerbers gegangen.

Bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870[162] trat kein ministerieller Bewerber auf, aber Römer und Bucher trafen wieder aufeinander. Mitte November ermunterte der „Beobachter" Bucher zur erneuten Übernahme der Kandidatur gegen Römer; die Aussichten seien besser als je zuvor, da im Winter die Handwerker des Wiesensteiger Tals an der Abstimmung teilnehmen könnten und – bei der kriegsbedingten Flaute in den Fabriken – die Heimarbeiter bei der Stimmabgabe weniger abhängig von den Fabrikanten seien[163]. Anzeichen für einen Schulterschluss zwischen Volkspartei und Großdeutschen im Oberamt fanden sich auch in der Berichterstattung des „Deutschen Volksblattes"; in einem Bericht über eine Wählerversammlung Buchers in Deg-

[160] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 2: r = –0.8643.

[161] DV Nr. 164, 16. Juli 1868 „Von der Alb, 12. Juli".

[162] Bauer, Geislingen, Bd. 2, S. 110f. und S. 526 (Tabelle der Landtagswahlergebnisse) übersieht die Wahl von 1870 und hält die Nachwahl von 1872 anscheinend für allgemeine Wahlen.

[163] Beobachter Nr. 270, 15. November 1870 „Wahlnachrichten".

gingen wurde beispielsweise erwähnt, dass der zufällig anwesende Fabrikant Aikele von Reutlingen Bucher unterstützt habe[164].

Bucher bereiste den Bezirk etwa seit dem 27. November, deutlich früher als 1868[165]; sein Wahlkampf, der wiederum von den katholischen Geistlichen nachhaltig unterstützt wurde, richtete sich vorwiegend an die katholischen Wähler. Programmatisch kam er der nationalen Strömung im Oberamt dabei sehr weit entgegen. In dem Bericht über eine Wahlversammlung Buchers am 29. November – also noch vor der Veröffentlichung des Beitrittsvertrages – im katholischen Deggingen hieß es: *Darüber herrschte nur eine Stimme, daß die deutsche Einheit, wie sie sich im gegenwärtigen Kriege in so großartiger und opfermutiger Weise zeige, fürderhin ebenso gewahrt und erhalten werden müsse und ebenso leicht auch erhalten werden könne; daß Preußen die militärische Oberleitung und diplomatische Vertretung des Gesamtbundes nach außen übertragen, gegen alles übrige aber, wo über Gebühr auf den Geldbeutel des Volkes spekuliert werden wolle, mit aller Macht angekämpft werden müsse*[166]. Seine Sympathie für die Bedenken der Volkspartei stellte Bucher in Donzdorf heraus, wenn er von den *Gefahren, die unserem Verfassungsleben drohen*, sprach; die Freiheit und das Recht des Volkes könnten nicht von der Gewalt und dem Unrecht kommen, sondern nur aus des Volkes Boden selbst erwachsen[167]. Als weiteres Motiv speziell für die Wähler außerhalb der Oberamtsstadt wurde wie 1868[168] die Parole ausgegeben: Alles sei entschlossen, *die Bevormundung durch die Oberamtsstadt einmal abzuwerfen.* Selbst in der Stadt sei man des bisherigen Parteitreibens müde[169]. Nach der Veröffentlichung des Beitrittsvertrags[170], gegen den sich Bucher aussprach[171], berichtete das „Deutsche Volksblatt" nicht mehr über den Wahlkampf: Anscheinend herrschte ein gewisser Erklärungsnotstand.

Robert Römer griff erst zwei Tage vor der Wahl persönlich in den Kampf ein, indem er in vier strategisch ausgewählten Distrikten Wählerversammlungen abhielt. Die Oberamtsstadt sparte er aus; dieser glaubte er sich offenbar sicher, zumal ja auch die Beamten für ihn arbeiteten[172]. Seine Reden in der Fabrik Kuchen[173] und in Altenstadt (Distrikt II) richteten sich vermutlich an linksliberale Wähler; im protestanti-

---

[164] DV Nr. 283, 2. Dezember 1870 „Deggingen 29. Nov."; vermutlich handelte es sich um Hans Aickelin; vgl. auch DV Nr. 284, 3. Dezember 1870 „Donzdorf, 29. Nov.": In dem Bericht wird ein Fabrikant Schwarz, der neben und für Bucher auftrat, ganz besonders herausgestellt.

[165] DV Nr. 282, 29. November 1870 „Wiesensteig, 27. Nov.".

[166] DV Nr. 283, 2. Dezember 1870 „Deggingen 29. Nov.".

[167] DV Nr. 282, 29. November 1870 „Wiesensteig, 27. Nov.".

[168] DV Nr. 156, 7. Juli 1868 „Aus dem Bezirk Geislingen, 5. Juli" : *Die Wähler sind fest entschlossen, endlich einmal den Geislinger Terrorismus abzuwerfen und als freie und unabhängige Männer den Mann, welcher ihre politische Gesinnung theilt, zu wählen.*

[169] Beobachter Nr. 285, 3. Dezember 1870; DV Nr. 282, 29. November 1870 „Wiesensteig, 27. Nov." und wieder Nr. 285, 4. Dezember 1870.

[170] Staatsanzeiger Nr. 285, 30. November 1870, Erstes Blatt, S. 3471ff.

[171] Staatsanzeiger Nr. 290, 6. Dezember 1870, S. 3595.

[172] Rapp, Württemberger, S. 439.

[173] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 248: In Kuchen war Ende Oktober 1870 ein DP-Verein mit 35 Mitgliedern gegründet worden.

schen Distrikt Überkingen (VI) sollte sein Auftreten verhindern, dass die Wahlbeteiligung wie 1868 hinter den übrigen protestantischen Distrikten zurückblieb. Zudem hatte der ministerielle Kandidat dort 1868 einen recht gutes Ergebnis erzielt, und Römer richtete seinen Wahlkampf auch ganz gezielt auf die konservativeren Wähler aus, indem er sich *unumwunden als auf dem Standpunkt der Regierung stehend* präsentierte[174]. Seine Versammlung im protestantischen Groß Süßen, das im katholischen „Feindesland" lag, sollte dort die Protestanten in ihrer Treue zu Römer bestärken und unter den Katholiken werben. Eine Wahlversammlung konnte Römer sogar im katholischen Deggingen halten, wohin ihn 33 Wähler schriftlich eingeladen hatten, wie die „Schwäbische Volkszeitung" betonte. Was aber *Römer am Samstag in Deggingen gewonnen, das habe ihm am Sonntag der Pfarrer mit seiner Predigt wieder verdorben*[175]. Obwohl Römer nach dem Urteil des Oberamtmanns *sehr versöhnlich* gesprochen habe und der Wahlkampf insgesamt ohne außerordentliche Agitation ablief[176], blieb die Wählerschaft gemäß der Konfessionszugehörigkeit in zwei feindliche Lager aufgespalten[177], wie die folgende Tabelle mit dem Wahlergebnis ausweist. Der Oberamtmann sah daher seine *Tätigkeit vorzugsweise darauf gerichtet, daß diejenigen katholischen Wähler, bei denen überhaupt etwas zu erreichen war, sich der Abstimmung enthalten haben*[178].

Tabelle 18: Konfessionsstruktur und Parteistimmenanteile in den acht Wahldistrikten des Oberamts Geislingen bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Distrikte	% Kath. 1871	Wahlbeteiligung		*Zeh*	Römer		Bucher	
		% 70	Diff 70/68	*% 68*	% 70	Diff 70/68	% 70	Diff 70/68
VI	0,73	86,0	+13,9	*5,98*	86,0	+19,9	0,0	0,0
I	7,94	93,1	+6,9	*5,04*	92,6	+11,6	0,4	+0,1
II	11,28	92,1	+11,5	*4,96*	91,8	+17,1	0,2	–0,1
IV	26,73	87,4	+5,2	*0,99*	73,6	+11,5	13,8	–5,2
III	66,39	76,1	–3,2	*2,74*	25,1	+7,2	50,7	–6,4
V	89,73	79,7	+3,7	*0,3*	9,0	+2,8	70,7	+1,2
VIII	93,92	81,2	+15,96	*1,92*	2,9	+2,8	78,2	+15,1
VII	97,40	72,8	+32,4	*0,13*	8,1	+6,6	64,7	+25,95

[174] Kleine, Mittnacht, S. 31f.

[175] SVZ Nr. 295, 13. Dezember 1870, S. 1209.

[176] Schw. Kronik Nr. 291, 9. Dezember 1870, S. 3419.

[177] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 2: Der Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem katholischen Bevölkerungsanteil betrug r = –0.8730.

[178] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 257f. Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Geislingen, 7. Dezember 1870.

In sieben der acht Wahldistrikte stieg das Wählerinteresse gegenüber 1868 an, in den Distrikten Geislingen (I) und Kuchen (II) sogar auf Spitzenwerte von 92–93%, in der Stadt Geislingen, wie der Oberamtmann berichtet, sogar auf 96%! Die Zunahme gegenüber 1868 war in den drei Wahldistrikten des Filstals am höchsten, wo die Beteiligung um 13,9 bis 32,4%-Punkte anstieg. Hier hatten die mobilen Handwerker, die im Sommer 1868 unterwegs gewesen waren, an der Abstimmung teilgenommen, wenn auch in deutlich geringerer Zahl als 1868 erwartet[179]. In den vier katholischen Wahldistrikten schwankte das Wählerinteresse zwischen 72,8% und 81,2% (Mittelwert 77,45%) und lag damit um mehr als 12%-Punkte unter dem Mittelwert der vier protestantischen Distrikte (89,65%).

Für Bucher entschieden sich per Saldo 263 Wähler mehr als 1868 (+4,49%-Punkte). Verlusten von 5,2 bzw. 6,4 Punkten in den beiden konfessionell gemischten Wahldistrikten, wo die Bemühungen des Oberamtmanns, Katholiken zur Wahlenthaltung zu bewegen, möglicherweise Früchte getragen hatten, standen dabei hohe Zugewinne von 26%-Punkten (147 Wähler) und 15%-Punkten (95 Wähler) in den katholischen Distrikten des Filstals gegenüber. In den drei rein protestantischen Distrikten stimmten dagegen nur fünf Wähler für den Großdeutschen[180].

Robert Römer gewann demgegenüber verglichen mit 1868 in allen Wahldistrikten Stimmen hinzu, in den protestantischen Distrikten zwischen 11,5 und 19,9%-Punkten: Hier stand *das nationale Saatfeld in der üppigsten Pracht*, wie die „Schwäbische Volkszeitung"[181] das Ergebnis deutete, während in den katholischen Distrikten mit Zunahmen von 2,8 und 7,2%-Punkten nur *einzelne Keime* aufgegangen seien. Diese Stimmengewinne speisten sich nicht nur aus der Gruppe der früheren Nichtwähler. Da Römers Gewinne in den protestantischen Distrikten die Zunahme der Wahlbeteiligung deutlich übertrafen, dürften auch die ehemaligen ministeriellen Wähler diesmal für den Kandidaten der Deutschen Partei gestimmt haben[182]; von ca. 425 zusätzlichen Wählerstimmen würden dann etwa 300 von bisherigen Nichtwählern stammen. In den vier katholischen Distrikten gewann Römer insgesamt 361 Stimmen, davon etwa 120 neue Wähler[183], von denen wiederum 51 auf das Konto ehemaliger Ministerieller gingen. Römers Wahlversammlung in Deggingen wurde mit einem Zugewinn von 36 Stimmen belohnt. Für Robert Römers sicheren Wahlsieg[184] vom 5. Dezember 1870 mit einer Mehrheit von 778 Stimmen über Joseph Bucher lassen sich aus dem Wahlergebnis also mehrere Ursachen erkennen und ansatzweise auch quantifizieren:

---

[179] DV Nr. 164, 16. Juli 1868: Statt mindestens 500 betrug ihre Zahl jedoch höchstens 400.

[180] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 2: Korrelation zw. Katholikenanteil und Stimmenanteil der Großdeutschen: r = 0.9879.

[181] SVZ Nr. 295, 13. Dezember 1870, S. 1209.

[182] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 2: Korrelation zw. dem Stimmenanteil der Ministeriellen 1868 und der DP 1870: r = 0.8212.

[183] Wegen der Veränderung der Anzahl der Wahlberechtigten sind exakte Angaben nicht möglich.

[184] SVZ Nr. 297, 15. Dezember 1870 „Das Ergebnis der Wahlen": Hier wird übrigens Geislingen zu den Bezirken gerechnet, die 1868 noch zweifelhaft waren.

- die erheblich stärker ausgeprägte Mobilisierung der protestantischen Wähler (+350 Stimmen),
- die Unterstützung durch frühere ministerielle Wähler (+170 Stimmen),
- Erfolge in den katholischen Wahldistrikten (+76 Stimmen),
- Erfolglosigkeit Buchers in den protestantischen, Stimmenverluste in den konfessionell gemischten Distrikten,
- Austausch zwischen früheren Nichtwählern und Wählern.

Bucher hätte möglicherweise durch einen stärker polarisierenden Wahlkampf mehr profitiert; letztlich hätte er aber auch dadurch das grundlegende Dilemma der Großdeutschen nicht auflösen können, dass sie gegenüber der klaren Alternative „Annehmen oder Ablehnen" des Beitrittsvertrages den Wählern angesichts der Kriegslage keinen differenzierten Standpunkt vermitteln konnten.

Römers Sieg wurde von den Parteien naturgemäß unterschiedlich bewertet. Die „Schwäbische Volkszeitung" stilisierte das Ergebnis und die Wahlhandlung selbst zum nationalen Bekenntnis, als *Eintreten für das neue Deutschland* und gegen seine Feinde. Weiter hieß es: So wurde *ehrend* [...] *der Gemeinden Groß Süßen und Steinenkirch gedacht, die beide im feindlichen Lager abzustimmen hatten und ihre Pflicht glänzend erfüllten. Die Pferdebesitzer von Groß Süßen hatten den Wählern 18 zwei- und vierspännige Leiterwagen zur Verfügung gestellt, deren erster die weithin wallende deutsche Fahne trug.* [...] *Wahrhaft erhebend war der Anblick, als die Wählerschaft von Giengen, 257 Mann stark, in militärisch geordneten Zügen, die deutsche Fahne voraus, bald unter Trommelschlag, bald patriotische Lieder singend, in Kuchen einrückte, von allen Seiten mit stürmischem Zuruf begrüßt. Ein Gesellschaftswagen, mit dem „roten Kreuz" geschmückt, folgte mit den Alten Gebrechlichen.* [...] *In der Stadt Geislingen ging es verhältnismäßig am prosaischsten her. Freiwillig sich der alphabetischen Reihenfolge bedienend, stiegen in der für jeden festgesetzten Stunde die Wähler die Rathaustreppen hinan* [...]. *Daß dafür gesorgt war, daß jeder noch rechtzeitig von ihm Näherstehenden an seine Pflicht gemahnt und dass nur die allerdringendste Entschuldigung angenommen wurde, braucht nicht erwähnt zu werden*[185]: die Abstimmung, aufgemacht als militärische Operation gegen den inneren Feind.

Der Korrespondent des „Deutschen Volksblattes" suchte nach Erklärungen und berichtete unterm 9. Dezember „Aus dem Geißthäle"[186], dass diesmal auch das jüdische Element zu den üblichen Gegnern hinzugekommen sei: Von Göppingen aus seien nicht nur Römersche Stimmzettel in den Distrikt Deggingen gebracht, sondern auch gedroht worden, wenn man Römer nicht wähle, würden keine Nähaufträge mehr erfolgen. *Der Jude D von J*[ebenhausen] *kam nach Deggingen, um persönlich für Römer zu agitieren.* Ferner wurde von Versuchen der *Römerlinge* berichtet, Stimmen durch Freizechen zu werben und den unterlegenen Gegner durch Mitteilung ei-

[185] SVZ Nr. 295, 13. Dezember 1870, S. 1209 „Geislingen, 8. Dezbr.".
[186] DV Nr. 292, 13. Dezember 1870.

nes irreführenden Wahlergebnisses schließlich auch noch zu demütigen[187]. Nach der erneuten Niederlage blieb dem Korrespondenten insgesamt allerdings nur das enttäuschende Fazit: *Sollte wieder eine Abgeordneten-Wahl stattfinden, so werden wir uns die Mühe der Stimmabgabe ersparen, wenn bis dahin die Verhältnisse des Oberamtsbezirks Geislingen eine Umgestaltung nicht erfahren haben.*

Im Spätsommer des folgenden Jahres wurde Robert Römer an das Reichshandelsgericht in Leipzig berufen[188], er legte daher mit Schreiben vom 13./27. November 1871 sein Landtagsmandat nieder[189]. Die fällige Nachwahl fand am 8. Januar 1872 unter veränderten Bedingungen statt. Zum einen hatte die „nationale Frage", verglichen mit den Wahlen von 1868 und vor allem 1870, ihre Rolle als dominierendes Thema und Wahlmotiv zwar eingebüßt; sie wurde jedoch in modifizierter Form durch die beiden Kandidaten repräsentiert: Die Deutsche Partei setzte ihre Hoffnung auf Dr. Friedrich Ludwig Gaupp[190], der nicht nur *ganz hinter dem neugebildeten kleindeutschen Kaiserreich stand*[191], sondern darüber hinaus zu den entschiedenen Unitariern zählte und die Annäherung zwischen Ministeriellen und Deutscher Partei ablehnte[192]. Von ministerieller Seite[193] wurde, wie schon 1868, Karl Hohl für die Kandidatur gewonnen, der in der damaligen Sprachregelung als „gemäßigt national" und „gemäßigt liberal" galt und damit für die Bewahrung württembergischer Interessen stand.

In dem Liberalen Gaupp und dem Katholiken Hohl verdichteten sich jedoch auch die Grundpositionen des sich verschärfenden Kulturkampfes, so dass der Wahlkampf und das Wahlergebnis wiederum durch die Konfessionsstruktur des Oberamts bestimmt wurden[194]. Die Kandidatenkonstellation erklärte aber ebenfalls das verbreitete öffentliche Interesse an dieser Wahl wie die Interpretation der knappen Niederlage Gaupps als *Rückschritt in der nationalen Entwicklung Würtembergs*[195]. Die „Schwäbische Kronik" versuchte diesen Vorwurf zu entkräften[196], indem sie auf die Ergebnisse von 1868 und 1870 verwies: Die Deutsche Partei habe *in den früheren Wahlkämpfen* [...] *jedesmal nur dadurch eine schwache Mehrheit* [erlangt], *daß sie in dem südlich gleichfalls katholischen Teil des Bezirks, der ehemaligen helfenstein'schen*

---

[187] Vgl. DV Nr. 286, 6. Dezember 1870: Das herrschende strenge Winterwetter wird nicht unter den Einflussfaktoren genannt.

[188] Kleine, Mittnacht, S. 31f. Mittnacht hatte dafür gesorgt, dass Römer aus Württemberg entfernt wurde.

[189] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 252f.

[190] Friedrich Ludwig Gaupp (1832–1901), Dr. jur., Kreisgerichtsrat in Ellwangen; Reichstagsabgeordneter für Reutlingen/Tübingen/Rottenburg 1874–1877; vgl. Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik", S. 104ff. auch für die Literaturnachweise.

[191] Raberg, ebd.

[192] Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 70, Anm. 22; vgl. auch Nl Hölder, Fasz. XVII, Stück 288 und 290/291.

[193] Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik", S. 104 vermutet, dass Innenminister Scheurlen den Anstoß zu der Kandidatur gegeben hatte.

[194] Schw. Kronik (1871), S. 4123 und (1872), S. 197.

[195] Schw. Kronik Nr. 16, 19. Januar 1872, S. 217 und S. 317.

[196] Ebd., S. 217; Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik", S. 105 sieht darin völlig zu Recht einen Beschwichtigungsversuch.

Grafschaft Wiesensteig, sich zahlreiche Anhänger zu verschaffen wußte. Diese Wähler hätten dieses Mal den gemäßigt nationalen und populären Hohl dem unbekannten Gaupp vorgezogen.

Römers angeblich schwache Mehrheit hatte im Jahre 1868 tatsächlich 436 Stimmen (um der Vergleichbarkeit der Ergebnisse willen seien hier auch die 169 ministeriellen Stimmen angeführt), 1870 sogar 778 Stimmen betragen; Römers „zahlreiche Anhänger" in den beiden südlichen katholischen Distrikten Deggingen und Wiesensteig bestanden 1868 aus 13 Wählern (16 Ministeriellen), 1870 immerhin aus 86: jedenfalls aus viel zu wenigen, um Römer seine Mehrheiten zu verschaffen. Auch das Argument, dass sich das Oberamt Geislingen aus ehemals rechbergschen, ulmischen und helfensteinschen Gebieten zusammensetzte, enthält nur mittelbar – über die konfessionelle Struktur – Erklärungen für das politische Verhalten der Wähler in diesen Gebieten.

Fragt man nach den wirklichen Ursachen für Hohls Wahlsieg bzw. Gaupps Niederlage, so muss man zunächst berücksichtigen, dass Hohl der Deutschen Partei wieder die regierungstreuen Wähler entzog, die 1870 für Römer gestimmt hatten; gerade in den katholischen Distrikten konnten sich so deutliche Verluste ergeben (von 86 auf 7 Stimmen in Deggingen und Wiesensteig). Dann fällt die überaus hohe Wahlbeteiligung auf, die vermutlich in allen acht Distrikten 84%, in vier Distrikten sogar 90% übertraf[197]. Anders als 1868 und 1870 gelang die Mobilisierung der katholischen Wähler, soweit sich erkennen lässt, sogar noch etwas vollständiger (89,8%) als die der Protestanten (87,9%)[198]. Zudem hatte sich die Geschlossenheit der Wählergruppen namentlich gegenüber 1870 noch verstärkt: „Gegen" die Konfessionszugehörigkeit verhielten sich neben den *40 Rittern von Hausen*, die als Protestanten Hohl ihre – 39 gültigen! – Stimmen gegeben haben sollen, auch die etwa 90 katholischen Wähler im Distrikt Kuchen, von denen nur 12 für Hohl stimmten[199]. Bei der Vielfalt konkurrierender Interessengruppen im Oberamt, von denen aus eigener Kraft keine eine Wahl gewinnen konnte, kam schließlich der Auswahl der Kandidaten entscheidende Bedeutung zu. Weder war es den großdeutschen Katholiken ohne oder sogar gegen die ministeriellen Wähler gelungen, Robert Römer zu besiegen, noch hatte ein Protestant als ministerieller Kandidat von den katholischen Wählern genügend Unterstützung zu erwarten. Unter den damaligen politischen Umständen vereinigte der Kandidat Hohl in sich die Eigenschaften, die es den konservativen, regierungsfreundlichen Wählern wie auch den Katholiken aller Richtungen ermöglichten, ihm ihre Stimme

[197] Zum Wahlergebnis: Anhang A, S. 601; die Wahldistrikte Geislingen (I), Donzdorf (III), Stubersheim (IV) und Überkingen (VI) wurden neu zusammengesetzt, sie sind also mit den früheren Wahlen nicht mehr unmittelbar zu vergleichen; diese Zusammensetzung blieb 1876 und 1879 bestehen. Die Anzahl der Wahlberechtigten wurde nach den Angaben für die einzelnen Gemeinden bei der Wahl von 1882 geschätzt; Angaben zu den ungültigen und zersplitterten Stimmen fehlen.

[198] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 3: Die Höhe der Wahlbeteiligung ist nur schwach mit dem Katholikenanteil korreliert ($r = 0.4466$).

[199] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 3: Die Korrelation zwischen dem Stimmenanteil der DP und dem Katholikenanteil beträgt $r = -0.9915$; für Hohls Stimmenanteil $r = 0.9949$.

zu geben: Hohl war gemäßigt liberal, gemäßigt national, gläubiger Katholik, aber nicht klerikal und somit zunächst nur im Bezug auf diese Wählergruppe ein „Kompromisskandidat“[200].

Frank *Raberg* hat Karl Hohls weitere politische und berufliche Karriere bis zum Jahre 1899 überzeugend beschrieben und dabei auch *Bauers* Darstellung zurechtgerückt. Die Detailergebnisse der Landtagswahlen bestätigen und ergänzen das von *Raberg* gezeichnete Bild. Während Hohl bei der Landtagswahl vom 13. Dezember 1876[201] in den drei rein katholischen Wahldistrikten Stimmenanteile von 77,8%, 77,5% und 73,7%[202] erreichte – außerordentlich hohe Zustimmungswerte bei einer Wahl ohne Gegenkandidaten –, fielen in Donzdorf (III), mit ¼ protestantischer Bevölkerung, nur 63,7% auf ihn, und in den mehrheitlich protestantischen Distrikten blieben Beteiligungswerte und noch mehr Hohls Stimmenanteile wiederum erheblich dahinter zurück: Kuchen (II) 59,3%/56,2%, Geislingen (I) 57,3%/55,99%, Stubersheim (IV) 45,4%/42,7% und Überkingen (VI) 41,2%/28,1%(!). Wenngleich in dieser Stimmenverteilung die konfessionell bedingte Wertschätzung bzw. Ablehnung des Kandidaten noch immer mit Händen zu greifen ist[203], so konnte Hohl doch gegenüber 1872 in den protestantischen Distrikten Stimmengewinne von 20 bis 55%-Punkten verbuchen. Als Handlungsalternative bot sich aber jedem Wähler, der – auch um eine Ergänzungswahl zu vermeiden – sein Stimmrecht wahrnehmen wollte, die Möglichkeit, irgend einen Namen auf den Stimmzettel zu schreiben. Zu diesem Mittel, die Unzufriedenheit mit dem einen Kandidaten ausdrücken, griffen in größerer Zahl nur die protestantischen Wähler des Filstals (Distrikt VI), von denen lediglich 41,2% abstimmten und 28,1% sich für Hohl entschieden. Die gewachsene Akzeptanz Hohls seitens der protestantischen Bevölkerung belegt die Erfolge seiner parlamentarischen Arbeit[204].

Im Ergebnis der Landtagsnachwahl vom 5. Dezember 1879[205] traten diese konfessionellen Strukturen bereits nicht mehr offen zu Tage: In sechs der acht Distrikte lagen Wählerinteresse und – davon kaum unterschieden – auch Hohls Stimmenanteile zwischen 47,2% und 52,4%; die Extremwerte 44,4%/44,2% und 72,04% stammten dabei aus den katholischen Distrikten Donzdorf[206] und Deggingen. Hohls Verlust

---

[200] Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik“, S. 104.

[201] HStAS E 150, Bü 858, Nr. 17 Oberamt Geislingen, Anlage zum Bericht des Oberamts vom 14. Dezember 1876; Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik“, S. 110; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Geislingen.

[202] Die Wahlbeteiligung lag geringfügig höher.

[203] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 3: Die Korrelation zwischen Hohls Stimmenanteil und dem katholischen Bevölkerungsanteil liegt immer noch bei r = 0.8848.

[204] Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik“, S. 109f.

[205] HStAS E 150, Bü 858, Nr. 17 Oberamt Geislingen, Beilage 1 zum Bericht des Oberamts vom 7. Dezember 1879 betr. die Wahl des Landgerichtsdirektors Hohl zum Landtagsabgeordneten; Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik“, S. 112; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Geislingen.

[206] Hier wahrscheinlich durch die protestantischen Wähler von Groß Süßen.

von 601 Stimmen[207] gegenüber 1876 verteilte sich allerdings höchst ungleichmäßig auf die Wahldistrikte: Dramatische Einbußen erlitt Hohl in drei der vier katholischen Distrikte, bei 2388 Wahlberechtigten entschieden sich hier 722 Wähler weniger für ihn als 1876; nur seine Wähler in Deggingen hielten ihm die Treue (–11 Stimmen). In den protestantischen Distrikten ergab sich für Hohl hingegen per Saldo sogar ein Zugewinn von 21 Stimmen, indem Hohls geringen Verlusten in den Distrikten Geislingen, Kuchen und Stubersheim 91 Stimmen Gewinn im protestantischen Filstal entgegenstand. Der „Kompromisskandidat" war anscheinend vielen Katholiken zu wenig „katholisch" geworden[208].

Die Ergebnisse der folgenden Landtagswahlen vom 20. Dezember 1882 und 9. Januar 1889, die für alle Gemeinden vollständig vorliegen, bieten nur wenige Anhaltspunkte dafür, dass die Wähler der einen oder anderen Konfession unzufrieden mit ihrem Abgeordneten gewesen wären. 1882[209] erzielte Hohl in den protestantischen Gemeinden über 1000 Einwohnern ausgesprochen schlechte Ergebnisse zwischen 35% und 47,8%, während in den kleinen Gemeinden durchschnittlich ¾ der Wahlberechtigten für ihn stimmten (64,6–92,7%)[210]. Die Wähler der kleineren katholischen Gemeinden entschieden sich im Mittel ebenfalls zu 75,7% für Hohl; Donzdorf und Wiesensteig, zwei der fünf katholischen Gemeinden über 1000 Einwohner, fielen aber mit 58,6% und 58,8% aus dem sonst üblichen Rahmen.

Die Einzelergebnisse der Wahl von 1889[211] weisen ein deutliches Anwachsen der Hohlschen Stimmenanteile in den größeren Gemeinden aus, die für 1882 aufgezeigte Tendenz bleibt aber erhalten: Unbeschadet der Tatsache, dass diese Wahl des Jahres 1889 der *größte Triumph Hohls*[212] war, blieb Hohl in diesen Jahren vor allem der Kandidat der bäuerlichen Wähler beider Konfessionen[213].

Bei der Landtagswahl vom 1. Februar 1895 waren seit 1872 erstmals[214] wieder konkurrierende Interessen, die Hohl bisher zu integrieren vermocht hatte, durch eigene Kandidaten vertreten. Hohls Kandidatur wurde wieder von der Deutschen Partei (!)[215] gefördert, um deren Unterstützung[216] sich auch die „Deutsche Wirtschaftspar-

---

[207] Davon gingen 53 auf Kosten der geringeren Anzahl der Wahlberechtigten.

[208] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 3: Die Korrelation zwischen Hohls Stimmenanteil und dem Anteil der Katholiken beträgt nur noch r = 0.3688.

[209] HStAS E 150, Bü 859, Oberamt Geislingen, Bl. 4 Übersicht über das Ergebnis der Abgeordnetenwahl; Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik", S. 116; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Geislingen.

[210] Zur einzigen Ausnahme – Bräunisheim mit 44,4% – weiter unten.

[211] HStAS E 150, Bü 860, Nr. 16 Oberamt Geislingen, Bl. 708–701, Wahlprotokoll; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Geislingen.

[212] Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik", S. 117.

[213] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 3: für 1882 r = 0.4313; für 1889 r = 0.0754; siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 1 (37 Gemeinden): r = 0.5683 und r = 0.2846; Hohls Stimmen stammten verstärkt aus Gemeinden mit einem hohen Anteil an Agrarbetrieben und selbstständigen Landwirten/Betrieben über 5 ha.

[214] Die Zählkandidaturen der SPD 1882 und 1889 bleiben dabei unberücksichtigt.

[215] Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik", S. 119; Bauer, Geislingen, Bd. 2, S. 111.

[216] Schw. Kronik (1895), S. 91f.

tei“[217] bemühte, die nach Rudolf Schmidts[218] Absage den Kuchener Landwirt Jakob Hagmaier als Interessenvertreter der Landwirtschaft für die Kandidatur gewann, der zuvor in Hohls Wahlkampfkomitee tätig gewesen sein soll[219]. Als Kandidat der Volkspartei trat der Landwirt Christian Mohring aus Groß Süßen auf, der – obschon *politisch völlig untalentiert*[220] – auch deswegen mit Wählerstimmen rechnen konnte, weil u.a. Friedrich Payer für ihn im Oberamt agitierte[221]. Zudem würde die Mehrheit der Stimmen für den Kandidaten der SPD, Adam Dietrich[222], aus der protestantischen Wählerschaft stammen. Hohls bisherige katholische Wählerbasis wurde ihm durch den Kandidaten der Zentrumspartei, den Ottenbacher Pfarrer Alfons Schwarz[223], streitig gemacht, – eine bittere persönliche Erfahrung für den gläubigen Katholiken. Angesichts dieser Konkurrenz trat Hohl am 19. Januar 1895 zunächst von seiner Bewerbung zurück[224], ließ sich aber noch einmal umstimmen. Seine beste Chance für eine Wiederwahl bestand nun darin, zunächst die Stichwahl zu erreichen, mit der die Parteien von vornherein taktierten[225].

Das Wahlergebnis des 1. Februar 1895 lässt sich nicht sinnvoll auf den Gegensatz Oberamtsstadt – Oberamt reduzieren[226]; vielmehr wurde es in erster Linie durch die Konfessionsstruktur der Gemeinden beeinflusst; 17 mehrheitlich katholische standen 20 protestantischen Gemeinden gegenüber (Übersicht 24).

Die Kernfrage bei dieser Wahl, wie sich die katholischen Wähler zwischen den beiden katholischen Kandidaten Hohl und Schwarz verhalten würden, wurde sehr eindeutig zu Gunsten der Zentrumspartei beantwortet: Von den 2862 Wahlberechtigten der mehrheitlich katholischen Gemeinden entschieden sich nur 231 (8,07%) für ihren langjährigen Vertreter, aber 2131 (74,74%) für Pfarrer Schwarz; mit weitem Abstand folgten SPD (133 Stimmen; 4,65%) und VP (70 Stimmen; 2,45%); von den 27 Stimmen für den Konservativen stammten 26 aus der paritätischen Gemeinde Eybach wohl eher von Protestanten als von Katholiken. Aus den mehrheitlich protestanti-

---

[217] Schw. Kronik (1895), S. 50: „Antisemiten“, S. 17: „Schnellpostpartei“, nach dem Redakteur der „Ulmer Schnellpost“ Kleemann (Hans Kleemann, 1863–1939?).

[218] Rudolf Schmid, sen. (1826–1907), Ökonomierat und Gutspächter in Maisenhälden/Züttlingen; vorher auf dem Christofshof/Eybach; Landtagsabgeordneter für Neckarsulm 1893–1894; ab 1896 Vorstand des Bundes der Landwirte; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 800f.

[219] Schw. Kronik (1895), S. 147.

[220] Raberg, Vom Härtsfeld in die „große Politik“, S. 119; Bauer, Geislingen, Bd. 2, S. 112f.

[221] Schw. Kronik (1895), S. 165f. und 189f.

[222] Adam Dietrich (1847–1916), Buchbinder und Gemeinderat in Stuttgart; ab 1885 1. Vorsitzender des Unterstützungsverbandes der Vereine der Buchbinder, ab 1890 Redakteur der „Buchbinderzeitung“; SPD-Landesvorsitzender 1891/92, 1895–1899, 1905/06; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 142.

[223] Alfons Schwarz (1858–1911), Landtagsabgeordneter für Gmünd Dez. 1896–1900; Angaben lt. Wahlurkunde: HStAS E 150, Bü 862, OA Gmünd, Bl. 197; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 848.

[224] Schw. Kronik (1895), S. 142.

[225] Schw. Kronik (1895), S, 57, 79, 189f.

[226] Bauer, Geislingen, Bd. 2, S. 113; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Geislingen.

Übersicht 24: Das Wahlergebnis vom 1.2. 1895 im Wahlkreis Geislingen nach Konfession der Gemeinden

	17 kath. Gemeinden					20 prot. Gemeinden			
	Berechtigte: 2862[227]					Berechtigte: 3893			
	abgestimmt: 2595 = 90,67%					abgestimmt: 3402 = 87,39%			
Kons	DP/LP	VP	Z	SPD	Kons	DP/LP	VP	Z	SPD
27	231	70	2131	133	536	1714	798	110	342
0,94%	8,07%	2,45%	74,46%	4,65%	13,77%	44,03%	20,5%	2,83%	8,78%

schen Gemeinden erhielt Schwarz dagegen nur 110 Stimmen (2,83%) und blieb deutlich unter dem katholischen Bevölkerungsanteil[228]. Für Hohl entschieden sich hier 1714 Wähler (44,03%); die Konkurrenz durch die Konservativen (536 Stimmen, 13,77%), die SPD (342/8,78%) und vor allem die VP (798/20,5%) schlug nachteilig zu Buche.

Übersicht 25: Das Wahlergebnis vom 14. Februar 1895 (Stichwahl) im Wahlkreis Geislingen nach der Konfession der Gemeinden

17 kath. Gemeinden		20 prot. Gemeinden	
Berechtigte: 2862		Berechtigte: 3893	
abgestimmt 2701 = 94,37%		abgestimmt 3584 = 92,01%	
DP/LP	Z	DP/LP	Z
258	2434	3175	342
9,01%	85,05%	81,56%	8,78%

Das Ergebnis der Stichwahl zwischen Hohl und Schwarz am 14. Februar[229] wurde noch stärker als das des ersten Wahlgangs durch die Konfessionszugehörigkeit der Wähler geprägt. Hatte der statistische Zusammenhang[230] zwischen Hohls Stimmen-

[227] Dies ist nicht die Anzahl der katholischen Wähler, vielmehr schließt diese Zahl auch etwa 130 protestantische Wähler ein, wie in den protestantischen Gemeinden auch etwa 300 katholische Wähler wohnten.

[228] In der Stadt Geislingen lag der katholische Bevölkerungsanteil (1. Dezember 1895) bei 16,2%; für Schwarz stimmten im 1. Wahlgang hier 5,2%, in der Stichwahl 17,4%.

[229] Siehe: Datenträger, Datensatz 2: Geislingen.

[230] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Geislingen 1; Zusammenhänge mit den Ergebnissen von 1889 sind sehr schwach, mit 1899, besonders hinsichtlich der Z-Stimmen und der Stichwahlen, dagegen sehr hoch; beides unterstreicht den besonderen Charakter der

anteil und dem katholischen Bevölkerungsanteil im ersten Wahlgang r = –0.7509 betragen, so stieg er in der Stichwahl auf r = –0.9886; die entsprechenden Koeffizienten für den Zentrumskandidaten lagen bei r = 0.9165 bzw. r = 0.9886[231].

Die Wähler der katholischen Gemeinden, die wiederum etwas zahlreicher zur Wahl gingen als die der protestantischen Gemeinden (94,37%/92,01%), entschieden sich zu 90% statt vorher 82% für den Zentrumskandidaten (85,05% Anteil an den Berechtigten); 37 Wähler votierten – rechnerisch – im zweiten Wahlgang anders als im ersten; Hohl konnte nur 27 Stimmen hinzugewinnen, Schwarz dagegen 303. Da in der Bilanz nur 120 Wähler in der Stichwahl zusätzlich abstimmten, müssen die restlichen 210 Stimmen von Wählern anderer Parteien stammen, wobei für Hohl die konservativen (r = 0.4294) und die volksparteilichen Stimmen (r = 0.5738) am ehesten in Frage kamen. In den protestantischen Gemeinden konnte Schwarz seine Stimmenzahl verdreifachen (342 Stimmen, 8,78%) und damit etwa sein Wählerpotential ausschöpfen. Hohl gewann 1461 Stimmen hinzu, von denen – rechnerisch – höchstens 182 durch die höhere Beteiligung zu erklären wären; demgemäß müssen 1200–1300 Wähler anderer Parteien in der Stichwahl für Hohl gestimmt haben. Tatsächlich lagen bei der Stichwahl Hohls Stimmenanteile in den Gemeinden hoch, wo im ersten Wahlgang die Konservativen und die Volkspartei hohe Stimmenanteile hatten verbuchen können (r = 0.4294 und 0.5738, signifikant), während Zusammenhänge mit den Stimmenanteilen der SPD (r = –0.0171, nicht signifikant) schwach, zum Teil sogar gegenläufig sind: SPD-Wähler scheinen in der Stichwahl eher unentschlossen. Der Katholik Hohl, der 1872 als entschiedener Gegner der Deutschen Partei angetreten war, verdankte seine Wiederwahl im Jahre 1895 also paradoxerweise der gemeinsamen Abwehrhaltung der protestantischen Parteien und Wähler gegen den Zentrumskandidaten Pfarrer Schwarz. Im Kern – wenn auch mit veränderten politischen Inhalten – war also die Konstellation wieder eingetreten, wie sie 1868 und 1870 geherrscht und zu Gunsten Robert Römers gewirkt hatte und deren Ursprung in der Konfessionsstruktur des Oberamts Geislingen lag[232].

War es Hohl seit 1872 auch immer besser gelungen, die über die Konfessionen vermittelten Interessengegensätze zu glätten, so bargen – aus der Perspektive des Jahres 1895 – doch auch schon die Wahlergebnisse von 1882 und 1889 vereinzelt Hinweise auf Spannungen. Die Hochburgen der Volkspartei in der Wahl von 1895, protestantische Gemeinden über 1000 Einwohner, waren 1882 und 1889 durch sehr geringes Wählerinteresse aufgefallen; beispielsweise hatten zwei Drittel der Wahlberechtigten in Groß Süßen, der Heimat Mohrings, 1882 und 1889 die Wahlen boykottiert[233]. Die kleine Gemeinde Bräunisheim (zwischen 42 und 46 Wahlberechtigte) erreichte 1895 im ersten Wahlgang eine Wahlbeteiligung von 97,8%, 89,1% für Hagmaier und nur 4,4% für Hohl, in der Stichwahl fielen bei leicht rückläufigem Wählerinteresse 84,8%

Wahl von 1895.

[231] Alle vier Werte sind hoch signifikant.

[232] Vgl. BAUER, Geislingen, Bd. 2, S. 111: Es wäre daher angemessener, von einer „Re-Konfessionalisierung" zu reden.

[233] BAUER, ebd.: Die überzeugten Demokraten hatten sich weithin der Stimme enthalten.

an Hohl. Auch 1882 und 1889 hatten sich die Wähler hier zurückhaltend gegen Hohl gezeigt, indem seine Stimmenanteile nur 44,44% (bei 46,7% Beteiligung) und durchschnittliche 69,1% (Beteiligung 69,1%) erreichten. In der kleinen protestantischen Gemeinde Stötten stimmten 1882 von 42 Berechtigten 38 ab (90,5%), und zwar alle für Hohl. 1889 nahmen von 45 wieder 38 an der Abstimmung teil (84,4%), 24 stimmten für Hohl (53,3%), 11 (24,4%) gaben ihre Stimme dem konservativen Protestanten Eduard Elben[234], der gar nicht kandidierte. 1895 lag die Wahlbeteiligung bei 89,6% (43 von 48), 26 Wähler (54,2%) stimmten für den konservativen Interessenvertreter der Landwirtschaft, nur 15 (31,3%) für Hohl. An der Stichwahl beteiligten sich 91,7% und wählten allesamt Hohl.

d) Oberamt Tuttlingen

Wenn Kandidaten im selben Wahlkreis nacheinander bei mehreren Wahlen auftraten, so präsentierten sie – schon um der Glaubwürdigkeit willen – in der Regel politische Programme, die zwar jeweils aktualisiert wurden, in den Grundzügen jedoch übereinstimmten. Der Wirt und Bierbrauer Christian Storz[235] siegte dagegen im Oberamt Tuttlingen[236] zweimal über den Tuttlinger Rechtsanwalt Johannes Villinger, obwohl sich Storz, wie es scheint, zwischen den Wahlen vom Großdeutschen zum Kleindeutschen gewendet hatte.

Bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 hatte er sich mit drei Konkurrenten auseinanderzusetzen. Von dem vorherigen Abgeordneten Wilhelm Friedrich Dinkelacker[237], der noch im Mai 1866 versichert hatte, er wolle auch in der deutschen Frage mit der Fortschrittspartei gehen[238], und sich 1868 erneut zur Wahl stellte[239], hieß es nun in der „Schwäbischen Volkszeitung", er sei *ohne Farbe oder Farbe ohne Halt*[240] – Indiz dafür, dass er die Unterstützung der Deutschen Partei in Tuttlingen verloren hatte[241]. Die ministerielle Seite hatte den Stuttgarter Postrat Schall [242] aufgestellt, den seine frühere Tätigkeit als Oberamtsaktuar mit dem Wahlkreis Tuttlingen verband; man machte ihm aber zum Vorwurf, dass er *für die vernachlässigten Post- und Ver-*

---

[234] Eduard Elben (1825–1902), Redakteur des Schwäbischen Merkur in Stuttgart und führendes Mitglied der Konservativen Partei; Schwäbische Lbb. III (1942), S. 136–141.

[235] Siehe oben, S. 22, Anm. 29; STRENG, Die Tuttlinger Stadtschultheißen, S. 23.

[236] Zur wirtschaftlichen Entwicklung: BOELCKE, Industrialisierung, S. 295f.

[237] Wilhelm Friedrich Dinkelacker (1806–1884), Schullehrer in Tuttlingen; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 145f.

[238] Nl Hölder, Fasz. VII, Stück 152 Brief an Hölder vom 9. Mai 1866.

[239] Staatsanzeiger Nr. 153, S. 1588, nach dem „Gränzboten" Nr. 76.

[240] SVZ Nr. 162, 15. Juli 1868, S. 686 „Tuttlingen 12. Juli".

[241] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 121 Brief des Vertrauensmannes der DP, Kaufmann G.J. Kohler, an Hölder, Tuttlingen, 20. August 1868; er meldet die Gründung eines Parteivereins der DP in Tuttlingen, vgl. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, S. 340 und RUNGE, Volkspartei, S. 74, Anm. 209; der Verein meldete im Mai 1870 60 Mitglieder (Nl Hölder Fasz. XIII, Stück 246 Kaufmann Carl Schwarz an Hölder, Tuttlingen 18. Mai 1870).

[242] Siehe oben, S. 126, Anm. 18.

kehrsangelegenheiten im Bezirk nichts getan habe[243]. Für die Volkspartei und unterstützt vom Tuttlinger Volksverein[244] kandidierte der Tuttlinger Rechtsanwalt Johannes Villinger[245], der als Demokrat und Katholik und aufgrund des intensiven Wahlkampfes[246] zunächst gute Siegeschancen zu haben schien. Wie aber ein Korrespondent des „Deutschen Volksblattes" berichtete, sei die Stimmung nach und nach gegen Villinger umgeschlagen, *weil er sich zu dem nahezu wahnwitzigen Programm des Beobachters Hausmann bekannte und – weil er Katholik ist. Die Protestanten, besonders auf dem Lande, legen Wert auf die Gemeinsamkeit der Konfession.* Daher habe jetzt Schall die besten Aussichten. *Auf ihn werden auch die katholischen Orte ihre Stimmen vereinen, da Schall ein Mann von Charakter und Überzeugung, großdeutsch gesinnt und gegen die Katholiken in allweg gerecht zu sein wollen versichert*[247]. Wenige Tage später trat ein anderer Korrespondent für Villinger ein; Schall sei nicht durchzusetzen, weil er im Bezirk unbekannt sei und ihm keine Empfehlung zur Seite stehe. Villinger habe öffentlich erklärt, er werde mit der Volkspartei nicht durch dick und dünn gehen. Alle Stimmen für Schall seien verloren und könnten Storz' Sieg ermöglichen[248]. In diesen beiden Korrespondenzen spiegelt sich das Dilemma der Katholiken: Konservative und Liberaldemokraten konnten sich nicht auf eine gemeinsame Linie einigen, wenn es auch am Ende wieder einen gewissen Meinungsumschwung zugunsten von Villinger gab, *was wohl hauptsächlich dem Einfluss der Geistlichen zuzuschreiben* war[249].

Alle Prognosen jedoch, die einen Zweikampf zwischen Villinger und Schall erwarteten und Letzterem gute Siegeschancen einräumten[250], erwiesen sich als falsch, weil sie die Kandidatur von Storz unterschätzten. Der *lokalkundige und unparteiische* Korrespondent des „Beobachters"[251] korrigierte post factum die durch das Blatt früher vorgenommene Einordnung von Storz als *Regierungskandidat und Preuße*; zwar habe die Tuttlinger DP für ihn geworben und gestimmt, Storz habe aber sein öffentliches Ehrenwort gegeben, dass er über die bestehenden Verträge nicht hinausgehen werde; innenpolitisch entsprächen Storz' Ansichten denen der Volkspartei. – Tatsächlich schloss sich Storz dann der großdeutschen Fraktion an. – Auf die nahe liegende Frage, warum Villinger dann nicht zu Gunsten von Storz zurückgetreten sei,

---

[243] Staatsanzeiger, Nr. 152, 28. Juni 1868, S. 1579.

[244] Runge, Volkspartei, S. 49, Anm. 88: Seit Juni 1866 bestand hier ein Volksverein.

[245] Siehe oben, S. 126, Anm. 17.

[246] HStAS E 146, Bü 1432 (alt) Fasz. 8, Bl. 486–487 Bericht des Oberamts betr. die Art und Weise der Wahlbewegung, Tuttlingen 23. Juni 1868.

[247] DV Nr. 154, 4. Juli 1868 „Von der obern Donau, 1. Juli"; die Meldung, dass Villinger vorgeschlagen sei, brachte schon DV Nr. 141, 19. Juni 1868.

[248] DV Nr. 156, 7. Juli 1868 „Von der obern Donau, 4. Juli".

[249] So die Einschätzung von Oberamtmann Karl Adolf Camerer (1823–1893) in seinem Bericht: HStAS E 146, Bü 1432 (alt) Fasz. 8, Bl. 486–487; zu Camerer: Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 205.

[250] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Innenminister Gessler an von Egloffstein 2./3. Juli und 7. Juli, DV Nr. 154, 4. Juli 1868.

[251] Beobachter Nr. 163, 15. Juli 1868 „Aus Tuttlingen".

wird als dessen *hauptsächlichster Beweggrund*, die Kandidatur aufrechtzuerhalten, angeführt, die *ganz schlimme Kandidatur des Postrats Schall unmöglich* zu machen. Wenn es noch andere Gründe gegeben habe, sei es nun, nachdem die Entscheidung gefallen sei, überflüssig sie zu erörtern. Diese Formulierungen deuten auf Meinungsverschiedenheiten in der Tuttlinger Volkspartei hin[252], die auch mit der Konfessionszugehörigkeit der Kandidaten[253] zusammenhängen mochten: Der Katholik Villinger würde katholische Wählerstimmen binden, die sonst dem (protestantischen) ministeriellen Bewerber zufallen könnten; allerdings konnte sich diese Wahltaktik letztlich gegen Storz kehren, da Villinger auch fortschrittliche protestantische Wähler ansprechen würde.

Im Folgenden deutet der Korrespondent dann den wohl wichtigsten Streitpunkt an: *Storz gehört einer geachteten und weit verzweigten Familie Tuttlingens*[254] *an, welches(!)*[255] *diesmal seinen Stolz darein setzte, einen Bürger aus seiner Mitte zu senden.* Und mit warnendem Unterton heißt es weiter: *Ein dem echten Bürgertum entsprossener und mit jeder Faser angehöriger Mann wie Storz wird auf keinen Fall in eine feindliche Stellung zur Volkspartei treten. Dies würde weder nach seinem noch seiner Wähler Willen sein.* Als gemeinsamer Kandidat der Tuttlinger Bürgerschaft, der Storz demnach war, sah er sich zu Kompromissen in seinem Wahlprogramm gezwungen, was die Vielgesichtigkeit seines Programms erklärt; von den städtischen Gruppen, die ihn unterstützten, durfte er andererseits jedoch auch eine gewisse Loyalität erwarten. Der Tuttlinger Korrespondent des „Beobachters" ließ keinen Zweifel aufkommen, auf welcher Seite er selbst dabei stand: Storz habe in der Stadt allein 1000 Stimmen bekommen, während Villinger mit 100 abziehen musste; die 1100, welche dieser auf dem Lande erhielt, wo nur 700 auf Storz fielen, vermochten eine solche Anstrengung der Bürgerschaft nicht auszugleichen.

Das detaillierte Wahlergebnis[256] ermöglicht darüber hinaus noch weitere Folgerungen. Was zunächst die Wahlbeteiligung betrifft, so konnten nur die Oberamtsstadt (Distrikt I) mit 87,53% und das benachbarte Wurmlingen (Distrikt VII) mit 72,5% hohe Werte vorweisen, in allen übrigen, dem Einfluss der Oberamtsstadt entrückteren Distrikten nahmen trotz des intensiven Wahlkampfes nur zwischen 48,6% (Distrikt II) und 61% (Distrikt IV) der Wahlberechtigten an der Abstimmung teil. Soweit sich nach den vorliegenden Zahlen erkennen lässt, richtete sich die Verteilung der Parteistimmen in den Distrikten I und VII nicht ausschließlich, aber doch im We-

---

[252] Vgl. auch: Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Der Ausfall der Wahlen": In Kirchheim und Tuttlingen hätten, *wie es scheint Kompromisse stattgefunden* und es habe *ein Teil der Volkspartei dem Vernehmen nach für diese Kandidaten* [sc. Mayer und Storz] *gestimmt.*

[253] Storz wurden anlässlich der Wahlen von 1870 und 1876 pietistische Verbindungen nachgesagt, siehe unten, S. 345, Anm. 285.

[254] Vgl. STRENG, Die Tuttlinger Stadtschultheißen, S. 23: Storz' Großvater z. B. war Stadtpfleger und Stadtschultheiß von Tuttlingen gewesen.

[255] Hervorhebung des Autors.

[256] Siehe unten, Anhang A, S. 660; die Anzahl der Wahlberechtigten in den Distrikten II bis VII wurden aufgrund der Angaben für 1870 geschätzt.

sentlichen nach der Konfessionszugehörigkeit der Wähler[257]. 1013 Tuttlinger Wähler (75,65%) gaben Storz ihre Stimme, Schall wählten 15 (1,12%) und Villingers 98 Stimmen dürften angesichts des Kompromisskandidaten nur zu kleinen Teilen von protestantischen Anhängern der Volkspartei stammen, sein Stimmenanteil von 7,32% entsprach dann auch annähernd dem katholischen Bevölkerungsanteil in der Stadt.

Im Distrikt Wurmlingen erreichte Villinger 41,6% (206 Stimmen), und für Storz entschieden sich 109 Wähler (22%). Entsprechend dem protestantischen Bevölkerungsanteil befanden sich unter den Wahlberechtigten etwa 155 Protestanten, von denen 100–116 (65–75%) abgestimmt haben mögen, in der Mehrzahl für Storz. Wenn dann auch die 44 Stimmen (8,89%) für den ministeriellen Bewerber nicht nur von katholischen Wählern stammten, so verdankte Villinger allenfalls einen kleinen Teil seiner Stimmen protestantischen Wählern. In den restlichen fünf Wahldistrikten, in denen zusammengenommen protestantische und katholische Wähler nahezu gleich stark vertreten waren, gingen durchschnittlich nur 55,3% der Berechtigten zur Wahl. Storz erhielt 18,4%, Schall 5,9% und Villinger 31,0%. Wenn Storz überwiegend die Stimmen von Protestanten, Villinger die von katholischen Wählern erhielt, so hatte Storz sein Potential deutlich weniger ausschöpfen können als sein katholischer Konkurrent.

Zum Wahldistrikt Trossingen (II), wo die Wahlbeteiligung unter 50% blieb, gehörten u.a. die beiden katholischen Dörfer Mühlhausen – Schultheiß Müller[258] war aktives Mitglied der Volkspartei – und Weigheim, die zusammen etwa 115 Wahlberechtigte von 724 stellten. Da Villinger in diesem Distrikt 125 Stimmen erhielt, müssen je nach Wahlbeteiligung auch Protestanten in größerer Zahl für ihn gestimmt haben[259], selbst wenn die Katholiken erheblich wahlfreudiger gewesen sein sollten als die Protestanten[260]. Die geringe Wahlbeteiligung von 48,6% ging jedenfalls weitgehend zu Lasten von Storz. Villingers Stimmenanteil von 29,9% im rein protestantischen Wahldistrikt Tuningen (III) zeigt, dass dort die Wähler nicht nach der Konfession, sondern nach der politischen Ausrichtung des Kandidaten entschieden. Hier erreichte auch der ministerielle Bewerber mit 12,9% seinen höchsten Stimmenanteil; das

---

[257] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Tuttlingen 5: Der Zusammenhang zwischen dem katholischen Bevölkerungsanteil und dem DP-Stimmenanteil beträgt r = –0.5893 und r = 0.8271 mit dem VP-Stimmenanteil.

[258] Er war 1869 und 1870 im Landeskomitee der Volkspartei; bei der Landtagswahl vom Dezember 1870 trat Müller als VP-Kandidat zu Villingers Gunsten zurück und unterstützte ihn im Wahlkampf: Beobachter Nr. 285, 2. Dezember 1870 „Tuttlingen, 29. November" und Schw. Kronik (1870), S. 3369 „Tuttlingen den 30. November".

[259] Vgl. Beobachter Nr. 157, 8. Juli 1868 „Aus Trossingen, den 5. Juli 1868": Die Teilnehmer an einer Wählerversammlung *mit Ausnahme einiger Pietisten* hätten Villinger zugestimmt. Der „Grenzbote" für Trossingen und Tuningen mit dem Programm Villingers sei vom Postamt Tuttlingen konfisziert worden.

[260] Bei 70% Wahlbeteiligung der Katholiken müssten 45 Protestanten für Villinger gestimmt haben; falls Schall noch die Stimmen konservativer Katholiken auf sich gezogen hätte, würde man Villinger entsprechend mehr protestantische Stimmen, wohl aus Trossingen, zurechnen müssen.

günstige Klima für einen konservativen Bewerber hatte sich zuvor schon darin angedeutet, dass auch Schultheiß Wolf von Talheim, *ein geschätzter Ortsvorsteher, Ökonom und Geometer*[261], als ministerieller Kandidat im Gespräch gewesen war. Für Storz entschieden sich in diesem Wahldistrikt nur 87 Wähler (15,1%), eine deutliche Absage an seine Adresse, zumal bei der niedrigen Wahlbeteiligung von 58,1%. Dass Villinger schließlich in den vier Distrikten mit einem hohen katholischen Bevölkerungsanteil viele Stimmen auf sich vereinigen würde, ist weniger verwunderlich als das geringe Wählerinteresse und die hohe Stimmenzahl für den Protestanten Storz: Im fast rein katholischen Distrikt Mühlheim stimmten immerhin 83 Wähler (11,7%) für Storz und 39% blieben der Abstimmung fern; in den Distrikten Fridingen und Seitingen könnten die Storz'schen Wähler theoretisch aus dem protestantischen Teil der Wählerschaft stammen, dann wäre freilich auf katholischer Seite die Wahlbeteiligung eher niedrig anzunehmen.

Dieser insgesamt recht differenzierte Befund legt den Schluss nahe, dass die Konfessionszugehörigkeit das Verhalten der Wähler im Oberamt Tuttlingen bei dieser Landtagswahl viel weniger beeinflusste, als das aus den zeitgenössischen Deutungen hervorgeht. Christian Storz, der Kandidat der protestantischen Oberamtsstadt, wurde von der überwiegenden Mehrheit der protestantischen Wähler in den Distrikten Trossingen und Tuningen abgelehnt: 40 bis über 50% der Berechtigten blieben der Abstimmung fern, und erhebliche Stimmenanteile fielen an den ministeriellen Bewerber sowie an den katholischen Demokraten. Unter den katholischen Wählern war andererseits der katholische Bewerber Johannes Villinger umstritten – wenn auch weniger als Storz bei den Protestanten –, weil er als Demokrat zu radikal schien. 40 bis 45% der Berechtigten blieben der Abstimmung fern, und erhebliche Anteile fielen an die protestantischen Kandidaten Storz und Schall.

Nach der Landtagswahl regte die Tuttlinger DP bei der Stuttgarter Parteiführung an zu versuchen, Storz in die Landtagsfraktion der Deutschen Partei einzubinden; dieser lehnte freilich ab und schloss sich den Großdeutschen an mit der Begründung, Diskussionen über die deutsche Frage würden angesichts der *Schroffheit vieler Mitglieder* (der DP-Fraktion?) *voraussichtlich kein günstiges Resultat* [bringen, durch] *nutzlose politische Streitigkeiten* [würde nur] *die zur Erledigung innerer Fragen so kostbare Zeit verschwendet*[262].

In der Adressdebatte vom Dezember 1868 stimmte Storz für den von Sick eingebrachten Änderungsantrag, der die Haltung der Kammer in der nationalen Frage *in Übereinstimmung mit den Zollvereins- und Allianzverträgen* formulieren sollte[263]. Mag sich darin auch seine parlamentarische Unerfahrenheit niedergeschlagen haben, so stand diese Entscheidung doch auch in Einklang mit seinem Wahlprogramm und war gleichsam der kleinste gemeinsame Nenner für die politischen Gruppen in sei-

[261] Staatsanzeiger Nr., 152, 28. Juni 1868, S. 1579.

[262] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 34 Antwortschreiben von Storz an Hölder, 22. November 1868; vgl. auch Stück 31 und 41.

[263] Brandt, Parlamentarismus, S. 788.

nem Wahlkreis. Während Storz an der Stuttgarter Delegiertenkonferenz der Deutschen Partei im Oktober 1870 nicht teilnahm – aus Tuttlingen war nur Stadtschultheiß Schad[264] zugegen –, stimmte er am 23. Oktober im Landtag für die außerordentlichen Militärbedürfnisse[265].

Seine vermittelnde Stellung in politischen Fragen und seine starke Position in der Stadt veranlassten die Tuttlinger DP schon Anfang November 1870, Storz erneut zu ihrem Kandidaten zu machen[266]; dieser stimmte zu und wurde als „nationaler" Kandidat präsentiert[267]. Aus Storz' Wahlkomitee heraus soll allerdings auch Stadtschultheiß Schad, der ja in der nationalen Frage eine deutlichere Position eingenommen hatte, für die Kandidatur vorgeschlagen worden sein; dieser hatte jedoch verzichtet, um eine Stimmenzersplitterung zu vermeiden[268]. Die Tuttlinger Volkspartei, halbherzig auch vom „Deutschen Volksblatt" unterstützt[269], setzte ihre Hoffnungen wiederum auf Johannes Villinger, nachdem Schultheiß Müller von Mühlhausen verzichtet hatte[270].

Mit dem Ergebnis der Wahl vom 5. Dezember 1870 konnten beide Seiten zufrieden sein: Storz, der die Wahl gewann, übertraf seine Stimmenzahl von 1868 um 313; für Villinger entschieden sich 211 Wähler mehr als 1868, und so konnte der „Beobachter" die Überzeugung äußern, *daß es nur wenige unserer früheren Parteigenossen sind, die der Sache der Freiheit untreu geworden*[271]. Tatsächlich müssen sich jedoch in der Wählerschaft erhebliche Veränderungen abgespielt haben. Der Katholik Villinger verlor in den beiden protestantischen Distrikten Trossingen (II) und Tuningen (III) gegenüber 1868 126 Stimmen (42%), er gewann dafür aber in den vier mehrheitlich katholischen Distrikten 344 Stimmen hinzu (28%). Während die Verluste anscheinend dem „Demokraten" Villinger galten, waren die Gewinne dem „Katholiken" Villinger zuzuschreiben. Storz gab in den mehrheitlich katholischen Distrikten 40 Stimmen ab (9%) und gewann in den protestantischen Distrikten außerhalb der Oberamtsstadt 202 Stimmen (146 hatte dort im Juli 1868 der ministerielle Bewerber erhalten), in der Oberamtsstadt, bei 110 zusätzlichen Wahlberechtigten, 151 Stimmen hinzu. In den beiden protestantischen Distrikten Trossingen und Tuningen boykottierten die meisten Wähler allerdings wiederum die Abstimmung: eine klare Stellungnahme gegen den protestantischen Kandidaten aus der Oberamtsstadt[272]. Insgesamt nahm also 1870 die Polarisierung der Wähler nach der Konfessionszugehörigkeit ge-

---

[264] Vgl. Forderer, Tuttlingen im Wandel der Zeiten, S. 244; Streng, Die Tuttlinger Stadtschultheißen, S. 22: Julius Friedrich Walter Schad (1824–1900).

[265] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 241.

[266] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 269 Schreiben des Kaufmanns Carl Schwarz, Schriftführer des DP-Vereins Tuttlingen, an Hölder, 4. November 1870.

[267] Schw. Kronik (1870), S. 3215.

[268] Schw. Kronik (1870), S. 3321, 3369; Beobachter Nr. 285, 2. Dezember 1870.

[269] DV Nr. 284, 3. Dezember 1870; es blieb der einzige Beitrag.

[270] Beobachter Nr. 285, 2. Dezember 1870 „Tuttlingen, 29. Nov."

[271] Beobachter Nr. 294, 13. Dezember 1870.

[272] In den vier protestantischen Gemeinden lag das Wählerinteresse bei 47,99%, in den beiden katholischen bei 67,3%.

genüber 1868 merklich zu[273] und überlagerte damit andere Wahlmotive, die aber erkennbar blieben: die Konkurrenz zwischen der Oberamtsstadt und anderen protestantischen Gemeinden; die Ablehnung des Demokraten Villinger durch konservative Katholiken.

Oberamtmann Camerer übermittelte dem Innenministerium nicht nur die Abstimmungsergebnisse der Wahldistrikte, sondern auch die Wahlbeteiligung der einzelnen Gemeinden, denen er dazu noch seine Einschätzung der Stimmenverteilung beifügte. Solche inoffiziellen Einschätzungen der Parteistimmenanteile stellen das Äußerste an Genauigkeit dar, das für einen ganzen Wahlkreis auf Gemeindeebene für diese Zeit möglich ist. Legt man solche Daten der Berechnung der statistischen Zusammenhänge zwischen Parteistimmenanteilen und Aggregatdaten zu Grunde, so ist die Beweiskraft der errechneten Koeffizienten notwendigerweise gering[274]; als zusätzliche Indizien sind sie jedoch durchaus willkommen, zumal sie der Wirklichkeit durchaus zu entsprechen scheinen.

Von der Höhe der Wahlbeteiligung[275] in den 23 Gemeinden profitierte keiner der beiden Kandidaten in auffälliger Weise, und sie ist auch der Konfessionsstruktur gegenüber indifferent[276]; die selbstständigen Landwirte scheinen sich, auch unabhängig von der Konfession, meist weniger an der Stimmabgabe beteiligt zu haben ($r = -0.7238$; $r_{part} = -0.6833$)[277], wie überhaupt die Variablen, die die Landwirtschaftsstruktur beschreiben, negativ mit der Höhe der Wahlbeteiligung korreliert sind.

Die Polarisierung der Wählerschaft – der Zusammenhang zwischen den Parteistimmenanteilen von DP und VP beträgt $r = -0.8341$ – gemäß ihrer Konfessionszugehörigkeit, wie sie für die Wahldistrikte festgestellt wurde, bestätigt sich für die Gemeinden ($r = -0.8676$): Je höher der katholische Bevölkerungsanteil einer Gemeinde, um so größer ist der Stimmenanteil Villingers ($r = 0.9609$); über die Konfessionszugehörigkeit hinaus scheint die Agrarstruktur die Höhe des VP-Stimmenanteils nur wenig zu beeinflussen, denn die Partialkorrelationen sind durchweg niedrig. Dieser Befund bestätigt noch einmal die überragende Bedeutung des konfessionellen Faktors für die Verteilung der volksparteilichen Stimmen und begründet Zweifel an der Deutung des „Beobachters", dass nur wenige Freunde der Freiheit die Seiten gewechselt hätten. Die Stimmenanteile für Storz lagen dagegen dort hoch, wo der katholische Bevölkerungsanteil gering war ($r = -0.8563$); der Zusammenhang ist in diesem Fall deutlich schwächer als für die VP-Stimmenanteile, da mehrere ländliche protestantische Gemeinden Storz einen Korb gegeben hatten. Insgesamt erweist sich Storz auch un-

---

[273] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Tuttlingen 5: Für die DP $r = -0.7896$; für die VP $r = 0.9733$.

[274] Hinsichtlich der Stärke und der Richtung der Zusammenhänge ergeben sich aber gute Übereinstimmungen mit den Koeffizienten, die für die sieben Wahldistrikte errechnet wurden.

[275] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrizen Tuttlingen 1 und 5: Storz (für die 23 Gemeinden: $r = 0.4901$; für die sieben Distrikte: $r = 0.5982$) jedoch noch eher als Villinger ($r = 0.0082$ bzw. $r = -0.0570$).

[276] $r = -0.0380$ bzw. -0.0177.

[277] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Tuttlingen 4.

ter diesem Blickwinkel als der Kandidat nicht der kleinen, ländlichen Gemeinden ($r = -0.8571$; $r_{part} = -0.5580$), sondern der Oberamtsstadt und größerer Gemeinden.

Eine „nationale" Wahltradition zeichnete sich mit der Wiederwahl von Christian Storz aber noch nicht ab, denn anlässlich der Landtagswahl vom 13./14. Dezember 1876 legte es Oberamtmann Wernle[278], wohl auf höhere Weisung[279], darauf an, Storz zu beseitigen. Wie Storz nach der Wahl Hölder brieflich mitteilte[280], hätten schon im Oktober und Anfang November Schultheißenversammlungen zum Teil in Anwesenheit des Oberamtmanns wegen der Landtagswahl stattgefunden; am 12. November sei von einer dieser Versammlungen Oberamtspfleger Schad, der zurückgetretene Stadtschultheiß von Tuttlingen, als Kandidat vorgeschlagen worden. Die frühzeitige Bekanntgabe eines Kandidaten aus der Stadt selbst sollte Storz von einem erneuten Auftreten abschrecken.

Als Storz eine Woche später dennoch von einer Wählerversammlung aufgestellt wurde und Schad darauf erklärte, er werde zwar die Wahl annehmen, aber nicht als Kandidat auftreten[281], versuchte man, Storz' Landtagswahlkampf zu stören, indem man mit Unterstützung des Oberamtmanns den Termin der Stadtschultheißenwahl, bei der Storz ebenfalls kandidierte und auch siegreich war, unmittelbar vor die Landtagswahl legte[282]. Mittlerweile war Schad von der Kandidatur zurückgetreten und an seiner Stelle Schultheiß Vosseler[283] von Talheim aufgestellt worden, der, wie Storz zu berichten wusste, überall von den Beamten, Schultheißen und Polizeidienern unterstützt wurde[284]; der Oberamtmann habe in mehreren Gemeinden durch persönliches Eingreifen einen Umschwung gegen Storz bewirkt. Oberamtmann Wernle hatte also versucht, die verschiedenen Gegner von Storz außerhalb der Oberamtsstadt hinter Vosseler zu scharen, was ihm auch gelang: Storz unterlag mit 1659 gegen 1798 Stimmen. Der Oberamtmann führte diese knappe Niederlage darauf zurück, dass Storz, obwohl er das württembergische Volk wegen seiner Volksvertreter in der letzten Kammer bedauert habe, *doch bei dem Landvolk keinen rechten Boden gewinnen*

---

[278] Georg Christian Wernle (1825–1879), Oberamtmann von Tuttlingen 1875–Dezember 1878; ANGERBAUER, Amtsvorsteher, S. 579.

[279] LANGEWIESCHE, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 64: Anlässlich von drei gewonnenen Nachwahlen schreibt Hölder am 28. Dezember 1877 zum Ergebnis der vorjährigen Wahlen: *Sick hat bei diesen Wahlen nicht loyal gegen uns gehandelt. Er suchte vor denselben durch mich ein Zusammengehen der Regierung mit der Deutschen Partei, wobei wir von der selbstverständlichen Voraussetzung ausgingen, dass gegenseitig der Besitzstand geachtet werden solle. Gleichwohl traten die Regierungsorgane in einer Reihe von Bezirken gegen unsere bisherigen Abgeordneten auf.*

[280] Nl Hölder, Fasz. XVII, Stück 483 Schreiben vom 27. Dezember 1876.

[281] Schw. Kronik (1876), S. 2625.

[282] Der Wahltermin war der 8. Dezember: STRENG, Die Tuttlinger Stadtschultheißen, S. 23; die „Schw. Kronik" (1876), S. 2770 meldet die Wahl unterm 9. Dezember.

[283] Johann Martin Vosseler (1842–1905), ev., Schultheiß in Talheim seit 1872; Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog 10 (1905) Totenliste, Sp. 266; Württ. Jbb. (1905) II, S. 2; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 960.

[284] Schw. Kronik (1876), S. 2770: Vosseler wird demgemäss der „(katholischen ?) Landespartei" zugerechnet.

konnte; *wenn er dennoch viele Stimmen in den evangelischen Gemeinden Neuhausen, Trossingen, Schura und Rietheim erhalten* habe, so sei *dies lediglich seinen pietistischen Beziehungen zu den daselbst stark vertretenen Anhängern des Pietismus zuzuschreiben*[285].

Richtig an dieser Darstellung ist, dass verglichen mit 1868 und 1870 Storz außerhalb der Stadt an Boden verloren hatte: 1868 stammten 59% seiner Stimmen aus der Stadt, 1870 waren es 58%, 1876 aber 61%. Seine Verluste richteten sich dabei aber viel weniger nach der Herkunft der Wähler aus der Stadt oder den ländlichen Gemeinden als vielmehr nach deren Konfessionszugehörigkeit. Während in der Stadt Tuttlingen (I) 150, in Trossingen (II) und Tuningen (III) zusammen 256 Wähler weniger für Storz stimmten als 1870, verlor er in den mehrheitlich katholischen Distrikten Fridingen (V), Seitingen (VI) und Wurmlingen (VII) zusammen nur 43 Stimmen und im rein katholischen Mühlheim (IV) gewann er sogar 89 Stimmen hinzu (per Saldo also +46 Stimmen). Vosseler hingegen holte 89,5% seiner Stimmen aus den Distrikten außerhalb der Oberamtsstadt, 51% aus den vier katholischen Distrikten.

Gegenüber 1870 müssen innerhalb der Wählerschaft wiederum erhebliche Verschiebungen vonstatten gegangen sein, wie sich beispielhaft an zwei Wahldistrikten aufzeigen lässt. Die Mehrheit der Wahlberechtigten im protestantischen Distrikt III (Tuningen, Talheim) hatte sich 1870 von der Alternative Storz oder Villinger zu wählen nicht zum Urnengang genötigt gefühlt: Die Wahlbeteiligung erreichte nur 44,8%; in Tuningen stimmten 58,1%, in Talheim gerade einmal 25,96%. Wenn aber 74 Wähler aus Tuningen für Villinger votiert hatten, so galten ihre Stimmen dem Demokraten Villinger. 1876 erreichte in diesem Distrikt, der Heimat Vosselers, das Wählerinteresse mit durchschnittlich 81,1% einen Spitzenwert (Tuningen 76,9%, Talheim sogar 87,4%). Da Storz' Verluste die Zahl der Nichtwähler übertreffen, kann höchstens ein Teil seiner früheren Wähler sich 1876 der Stimme enthalten haben, die übrigen müssen zu Vosseler umgeschwenkt sein. Unterstellt man weiter, dass ein Teil der vormals „demokratischen" Wähler aus Tuningen sich 1876 nicht an der Wahl beteiligte, weil kein geeigneter Kandidat zur Verfügung stand, so muss die Zahl abgewanderter Storz'scher Wähler noch entsprechend höher gewesen sein. Wenn also von 418 Stimmen für Vosseler etwa 40 von ehemals demokratischen Wählern und etwa 100 von Storz stammten, würden 280 Stimmen auf das Konto von früheren Nichtwählern gegangen sein.

In dem rein katholischen Wahldistrikt Mühlheim (IV), der Hochburg Villingers im Jahre 1870, errang Vosseler 295 Stimmen (39,8%) gegenüber 116 (15,6%) für Storz. Wie in anderen katholischen Gemeinden[286] ging in vier der fünf Gemeinden das Wählerinteresse gegenüber 1870 um 16,5 bis 23,4%-Punkte zurück, vermutlich weil sich der „demokratische" Teil der Wähler nicht angesprochen fühlte. Weitere 89 Wähler

[285] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Oberamt Tuttlingen, Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Tuttlingen 16. Dezember 1876. – In Beilage 1 ist das Wahlergebnis zusammengestellt; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tuttlingen.

[286] Der Durchschnitt der katholischen Gemeinden liegt bei 58,6%, der der protestantischen bei 68,3% (Stadt Tuttlingen 75,6%, übrige 61,6%).

stimmten zusätzlich für Storz. Anscheinend war nur der konservativere Teil der katholischen Wähler bereit, gegen den Kandidaten der Oberamtsstadt und für den ministeriellen Bewerber und Interessenvertreter der Landgemeinden zu stimmen, selbst wenn dieser protestantisch war; die „demokratischen" Wähler dagegen blieben der Abstimmung eher fern.

Zwischen 1882 und 1890 standen die Landtagswahlen im Zeichen der Rivalität zwischen Angehörigen der Tuttlinger Eliten. Für die Deutsche Partei kandidierte 1882 und 1889 der Kaufmann und Fabrikant Georg Teufel[287], die Volkspartei war vertreten durch Theodor Ehninger[288], der beide Wahlen gewann[289]. Die Parteistimmenanteile verteilten sich folgendermaßen auf die Gemeinden:

Übersicht 26: Stimmenverteilung 1882 und 1889 im Wahlkreis Tuttlingen

	Wahl	Teufel	Ehninger
Stadt Tuttlingen	1882	41,3	26,3
	1889	55,2	31,0
prot. Gemeinden	1882	38,6	21,4
	1889	60,7	21,1
kath. Gemeinden	1882	14,4	54,3
	1889	11,8	69,7

Nach Ehningers Unfalltod im August 1890 standen sich bei der fälligen Nachwahl für die Deutsche Partei Christian Storz, der Tuttlinger Stadtschultheiß, und sein zwei Jahre älterer Halbbruder Johannes Storz[290] gegenüber, letzterer über Jahre ein treues Mitglied der Volkspartei. Daneben kandidierte erstmals[291] die SPD mit Alfred Agster, und Pfarrer Necker aus Michelbach warb um die Stimmen der Konservativen. In der Stichwahl siegte Johannes Storz mit deutlichem Abstand über seinen Halbbruder[292].

---

[287] Georg Teufel († 14. Januar 1900), Kaufmann, Fabrikant, Mitglied der Handels- und Gewerbekammer Rottweil; er kandidierte 1881 im Wahlkreis 9 für den Reichstag, erhielt aber nur 497 Stimmen gegen Louis Schwarz (Fortschrittspartei) und das Zentrum; Forderer, Tuttlingen im Wandel der Zeiten, S. 243; Staatsanzeiger (1900), S. 109.

[288] Theodor Ehninger (1834–1890); Kaufmann, Hotelbesitzer, Posthalter und Gemeinderat in Tuttlingen; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 165f.

[289] HStAS E 150, Bü 859, Oberamt Tuttlingen, Bl. 2; Bü 860, Oberamt Tuttlingen, Bl. 124–117; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tuttlingen; der Korrespondent der „Schwäbischen Kronik" Nr. 10, 12. Januar 1889 zeigte sich erstaunt, wie stark das Wahlergebnis durch die Konfessionsstruktur bestimmt wurde.

[290] Johannes Storz (1830–1918), Drechslermeister in Tuttlingen, 1874–1877 Gemeinderatsmitglied; Allgaier, Die Stände Württembergs, S. 45; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 906.

[291] 1889 war eine Stimme für Theodor Lutz, Apotheker in Stuttgart, abgegeben worden.

[292] HStAS E 150, Bü 860, Nr. 54 Oberamt Tuttlingen, Bl. 133/132 für Wahl vom 8. Oktober, Bl. 143ff. für die Stichwahl vom 22. Oktober 1890; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tuttlingen.

Übersicht 27: Stimmenverteilung bei der Landtagsnachwahl 1890 im Wahlkreis Tuttlingen

	Wahl	DP	VP	Kons	SPD
Stadt Tuttlingen	1. Wahlgang	33,60	26,5	3,1	4,6
	Stichwahl	46,72	34,1		
prot. Gemeinden	1. Wahlgang	21,87	16,1	18,5	0,24
	Stichwahl	37,89	31,77		
kath. Gemeinden	1. Wahlgang	13,91	45,5	5,2	1,98
	Stichwahl	19,57	61,6		

Die Verteilung der Parteistimmen innerhalb des Oberamts weist auffällige Übereinstimmungen mit den früheren Wahlergebnissen auf. Tatsächlich liegen die Eigenkorrelationen der Parteistimmenanteile seit 1870 ausgesprochen hoch, wie Übersicht 28 ausweist. Wenn sich also den Wählern zwischen 1870 und 1890 eine vergleichbare politische Alternative bot, dann stimmten sie – unabhängig von der Person der Kandidaten – gemäß ihrer Konfessionszugehörigkeit ab: Protestanten eher für die Deutsche Partei, Katholiken eher für die Volkspartei[293].

Übersicht 28: Eigenkorrelationen der Parteistimmenanteile [N= 23, gewichtet]

	DP70	DP82	DP89	DP90	DP90St	VP70	VP82	VP89	VP90	VP90St
DP70	1	0.8334	0.7711	0.6842	0.8993	–0.8676	–0.6644	–0.7452	–0.5727	–0.7836
DP82	0.8334	1	0.8453	0.5882	0.6747	–0.8175	–0.8798	–0.8516	–0.5343	–0.7551
DP89	0.7711	0.8453	1	0.5553	0.6171	–0.8489	–0.8429	–0.9700	–07588	–0.9089
DP90	0.6842	0.5882	0.5553	1	0.8502	–0.5221	–0.4378	–0.4988	–0.3433	–0.6748
DP90St	0.8993	0.6747	0.6171	0.8502	1	–0.6950	–0.5088	–0.5609	–0.3810	–0.6833
VP70	–0.8676	–0.8175	–0.8489	–0.5221	–0.6950	1	0.7721	0.8660	0.6892	0.8613
VP82	–0.6644	–0.8798	–0.8429	–0.4378	–0.5088	0.7721	1	0.8579	0.5996	0.7534
VP89	–0.7452	–0.8516	–0.9700	–0.4988	–0.5609	0.8660	0.8579	1	0.7692	0.9139
VP90	–0.5727	–0.5343	–07588	–0.3433	–0.3810	0.6892	0.5996	0.7692	1	0.8530
VP90St	–0.7836	–0.7551	–0.9089	–0.6748	–0.6833	0.8613	0.7534	0.9139	0.8530	1

In der Landtagswahl vom 1. Februar 1895 veränderte sich dieses Wählerverhalten von Grund auf. Für die Deutsche Partei kandidierte diesmal Schultheiß Vosseler von

[293] DP-Wähler stammten dabei eher nicht aus dem agrarischen Milieu, denn Korrelationen/Partialkorrelationen zwischen den Stimmenanteilen der DP und landwirtschaftlichen Strukturdaten sind durchgängig negativ.

Talheim[294]; für die Volkspartei ging Johannes Storz erneut ins Rennen[295], und die SPD setzte auf August Junge[296]. Was aber die bisherigen Loyalitäten der Wähler in Frage stellte, war die Kandidatur des Waiblinger Oberamtsrichters Betz für die Zentrumspartei[297], indem er die Stimmen der katholischen Wahlberechtigten auf sich zog und somit die bisherige Wählergrundlage der Volkspartei auszuhöhlen drohte. Dennoch siegte Johannes Storz in der Stichwahl glänzend, nachdem er auch schon im ersten Wahlgang die Stimmenmehrheit gewonnen hatte[298]. Zwei Fragen drängen sich auf: Woher kamen die Stimmen für Storz und wie verhielten sich die Zentrums- und SPD-Wähler in der Stichwahl?

Übersicht 29: Stimmenverteilung bei der Landtagswahl vom 1./14. Februar 1895

	Wahl	Beteil.	DP	VP	Zentrum	SPD
Stadt Tuttlingen	1. Wahlgang	71,31	19,49	34,06	3,77	13,85
	Stichwahl	79,40	26,60	52,71		
prot. Gemeinden	1. Wahlgang	74,65	35,28	34,64	0,29	4,38
	Stichwahl	84,52	40,83	45,15		
kath. Gemeinden	1. Wahlgang	83,72	9,74	20,82	49,77	3,3
	Stichwahl	80,48	43,98	34,95		

Trotz der erheblichen Verluste des Johannes Storz von 580 Stimmen in den katholischen Gemeinden gegenüber 1890 blieb sein katholischer Stimmenanteil hoch: Insgesamt machten Katholiken noch ca. 23% aller Wähler des ersten Wahlgangs aus, die Storz ihre Stimme gaben. Diese Verluste glich Storz in der Stadt Tuttlingen und den übrigen protestantischen Gemeinden aus, wo die gestiegene Konkurrenz zu einer erheblich stärkeren Mobilisierung der Wähler als 1890 beitrug. Der Zentrumskandidat konnte selbst in den katholischen Gemeinden nur etwa die Hälfte der Wähler zu sich herüberziehen.

Aus welchen Quellen sich in der Stadt Tuttlingen die Zugewinne von Deutscher Partei (+160) und Volkspartei (+420) in der Stichwahl speisten, lässt sich den Zahlen nicht entnehmen. Außer den 180 Wählern, die in der Stichwahl zusätzlich abstimmten, standen noch weitere 180 als „Wanderungspotential" zur Verfügung. Wahrscheinlich stimmten die SPD-Wähler aber in der Stichwahl für Storz[299], so dass letzt-

[294] Schw. Kronik (1895), S. 131; Beobachter Nr. 21, 25. Januar 1895: Vosseler sei früher links gewesen und nun hochnational.

[295] Schw. Kronik (1895), S. 6.

[296] August Junge, Graveur in Stuttgart; 1894 Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes.

[297] Schw. Kronik (1895), S. 91.

[298] HStAS E 150, Bü 861, Bl. 109–102 Wahl vom 1. Februar, Bl. 117–110 Stichwahl vom 14. Februar 1895; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tuttlingen.

[299] Zusammenhang zwischen SPD-Stimmenanteil und Zunahme der VP-Stimmen r = 0.6159; SPD/Zunahme der DP-Stimmen r = –0.4893.

lich wohl Deutsche Partei und Volkspartei etwa zu gleichen Teilen vom zusätzlichen Wählerinteresse profitierten. Für die übrigen protestantischen Gemeinden ergibt sich ein entsprechender Befund. In den katholischen Gemeinden nahm das Wählerinteresse leicht ab, da der eigene Kandidat in der Stichwahl nicht mehr vertreten war; die große Mehrheit der Zentrumswähler entschied sich nun in der Stichwahl aber nicht für die Volkspartei, sondern für die Deutsche Partei: Wo im ersten Wahlgang der Zentrumskandidat hohe Stimmenanteile erobert hatte, war in der Stichwahl die Zunahme der DP hoch ($r = 0.7974$; Zunahme der VP-Stimmen $r = -0.0777$). Ähnlich wie bei der Landtagswahl von 1868 und wie bei Vosselers Kandidatur im Jahre 1876 scheint für die ländlichen Wähler die Abneigung gegenüber dem Kandidaten der Oberamtsstadt als Wahlmotiv eine wichtige Rolle gespielt zu haben.

e) Oberamt Heidenheim

Obwohl im Oberamt Heidenheim ein „Preuße" und ein großdeutscher Demokrat aufeinander trafen, fand der Wahlkampf in der überregionalen Presse nur wenig Echo, und Oberamtmann Bockmayer berichtete dem Innenministerium von einem *ganz ruhigen Verlauf* der Abgeordnetenwahl[300]. Alle Seiten hatten ein Interesse daran, vorsichtig zu taktieren.

Der Kandidat der Deutschen Partei, Schultheiß Fink[301], hatte sich bei der Zollparlamentswahl *für Römer* [...] *einfangen lassen*[302]; um seine Wahlchancen nun zu verbessern, wollte er seine Zugehörigkeit zur Deutschen Partei herunterspielen und statt dessen *in seinem Programm die landwirtschaftlichen Dinge hervorheben*[303]. Massive Presseunterstützung in der „Schwäbischen Kronik" oder gar der „Schwäbischen Volkszeitung"[304] würde dieser Absicht zuwider laufen. Dr. Friedrich Ammermüller hatte das Oberamt Heidenheim bisher im Landtag vertreten und war kurz zuvor in Reutlingen etc. (Wahlkreis 15) ins Zollparlament gewählt worden. Er stand der

---

[300] HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 8, Bl. 229 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Heidenheim, 18. Juli 1868.

[301] Friedrich Fink (1820–1894), Schultheiß in Gussenstadt, Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins; später Prokurist der Dampf-, Mahl- und Sägemühle Fr. Fink & Co; Landtagsabgeordneter für Heidenheim 1870–1876; Schw. Kronik (1894), S. 1703; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 206.

[302] HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 2./3. Juli 1868.

[303] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 302 Schreiben von Georg Joaß (im Auftrage seines Schwagers Louis Lang) an Hölder, 22. Juni 1868; der Korrespondent des „Deutschen Volksblattes" (Nr. 156, 7. Juli 1868 „Von der württ. Grenze, 3. Juli") stellt Fink als Regierungskandidaten dar, für den auch die Preußen tätig seien. Im „Staatsanzeiger" Nr. 158, 5. Juli 1868, S. 1642 „Heidenheim, 3. Juli" wird Fink nicht nur als tüchtiger Ortsvorsteher empfohlen, sondern auch deswegen, weil er *reiche Kenntnisse und Erfahrungen in der Landwirtschaft besitzt, welche ihn vorzugsweise befähigen, die vielfachen Interessen des Bauernstandes auf dem nächsten Landtage zu vertreten.*

[304] In Heidenheim gab es immerhin 11 Abonnenten (Juni 1867), Nl Hölder, Fasz. VIII, Stück 72/73.

Volkspartei und ihrem Programm sehr nahe[305], wollte sich aber weder ihrer Organisation anschließen noch der Fraktionsdisziplin unterwerfen[306]. Als Interessenvertreter der gewerblichen Wirtschaft war er einem Teil der Heidenheimer Volkspartei[307] willkommen, ein mehr agrarisch ausgerichteter Teil favorisierte dagegen die Kandidatur des Gutsbesitzers Karl Heinrich Gräslen[308], für den im Übrigen seine Mitgliedschaft in der Volkspartei sprach. Eine öffentliche Parteinahme im „Beobachter" für den einen oder anderen Kandidaten würde den Interessengegensatz[309] schüren und möglicherweise dem Gegner Nutzen bringen[310].

Nach dem Eindruck des Oberamtmanns habe die Wählerschaft insbesondere auf dem Lande kein großes Interesse für die Wahl an den Tag gelegt. Ohne die angedrohte Ganggebühr hätte kaum ein Drittel gestimmt[311]. Immerhin übertraf das durchschnittliche Wählerinteresse (63,03%)[312] den Landesdurchschnitt um fast 2%-Punkte; unter den acht Wahldistrikten fielen Heidenheim (I) mit 77,6% und Königsbronn (V) mit 75,2% positiv, Giengen (III) mit 52,4% und das eher agrarisch geprägte Herbrechtingen (IV) mit 50% negativ aus dem Rahmen. Insgesamt könnte also die Einschätzung des Oberamtmanns im Groben zutreffen.

Ammermüller und die Volkspartei profitierten zwar deutlich mehr von einer hohen Wahlbeteiligung als ihr Gegner[313], die Verteilung der Stimmenanteile folgte jedoch nicht ausschließlich dem Muster, dass die Wähler in gewerbereichen Gemeinden eher demokratisch, in agrarischen Gemeinden eher konservativ wählten[314]. Für

---

[305] Staatsanzeiger Nr. 150, 26. Juni 1868, S. 1558 nach „Grenzbote" Nr. 77, wo Ammermüllers Wahlprogramm veröffentlicht wurde; wie im Staatsanzeiger betont wurde, hatte Ammermüller den „Südbund" und die „Abschaffung der Verträge" übergangen.

[306] Beobachter Nr. 6, 9. Januar 1869 Bericht über die Landesversammlung.

[307] Vgl. Runge, Volkspartei, S. 41: Der Volksverein wurde schon am 10. Februar 1865 durch Rechtsanwalt Karl Freisleben (1819–1902) gegründet; in die internen Hintergründe hätte möglicherweise das Protokollbuch des Heidenheimer Volksvereins Einblick gewähren können; entgegen Runges Angabe (ebd., S. 41, Anm. 54) ist aber der erste Teil, der die Jahre 1865–1886 behandelt, im Stadtarchiv Heidenheim nicht erhalten (Auskunft des Stadtarchivs).

[308] Karl Heinrich Gräslen (1813–1889), Gutsbesitzer auf dem Seegartenhof/Gemeinde Königsbronn (frdl. Auskunft des Standesamts Königsbronn); Gräslen wurde 1869 und 1870 ins Landeskomitee der Volkspartei gewählt.

[309] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 302; HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 8, Bl. 229 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Heidenheim, 18. Juli 1868.

[310] Runge, Volkspartei, S. 174 geht auf diesen Konflikt in der Heidenheimer Volkspartei nicht ein; ihre Einschätzung, dass die Abstimmung 1868 der Gesamtkonzeption der Politik der Partei gegolten habe, dürfte den Kern verfehlen.

[311] HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 8, Bl. 229 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Heidenheim, 18. Juli 1868. Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 2: Vor allem scheinen Gemeinden mit einem hohen Anteil an Landwirten von 2–5 ha unter den Wahlberechtigten sich wenig an der Wahl beteiligt zu haben ($r = -0.7735$; statistisch auf 5%-Niveau signifikant).

[312] Zum Wahlergebnis: siehe Anhang A, S. 607.

[313] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 2: $r = 0.7432$ (auf 5%-Niveau signifikant) gegen $r = -0.3194$ (statistisch nicht signifikant).

[314] Fink wurde in den Gemeinden mit einem hohen Anteil von Grundeigentümern unter 1 ha deutlich abgelehnt ($r = -0.7379$); Gräslen und ausgeprägter noch Ammermüller fanden anschei-

Ammermüller entschied sich nämlich in sechs der acht Distrikte die Mehrheit der Abstimmenden, in Heidenheim (I) und dem benachbarten Schnaitheim (VI) sogar die Mehrheit der Stimmberechtigten, wobei die Verteilung keine Hinweise dafür bietet, dass Ammermüller durch Wähler in gewerbereichen Gemeinden bevorzugt wurde. Im Wahldistrikt Königsbronn (V) stimmten zudem noch 20% der Berechtigten für den lokalen Vertreter der Landwirtschaft, Gutsbesitzer Gräslen, dessen Stimmenanteil in allen anderen Distrikten 2% unterschritt. Im gewerbereicheren Distrikt Giengen (III) schließlich votierten nur 70 Wähler (6,45%) für Ammermüller; fast jeder zweite Berechtigte blieb dort der Abstimmung fern. Darin drückt sich eher Protest gegen Ammermüller aus als allgemeines Desinteresse an der Wahl, denn dessen nächst geringste Stimmenzahl lag um 20%-Punkte höher. Die Erklärung für dieses schlechte Ergebnis liegt vermutlich in einer ausgeprägten Rivalität zwischen der ehemaligen freien Reichsstadt und Oberamtsstadt Giengen und der Stadt Heidenheim[315].

Friedrich Fink erreichte seine besten Ergebnisse mit 45,6% und 41% in den Distrikten Giengen (III) und Steinheim (VIII), wo ihn Schultheiß Straub tatkräftig unterstützte[316]. Unter 10% blieb Finks Stimmenanteil in Heidenheim und Schnaitheim[317], den Hochburgen Ammermüllers; ansonsten entschieden sich zwischen 15% und 20% der Berechtigten für ihn – insgesamt ein Votum, das vermutlich eher dem ortsansässigen Schultheißen als dem „Preußen" galt. Reserve gegenüber Fink wird selbst in seinem Heimatdistrikt erkennbar, wo nur 154 von etwa 988 Wählern für ihn stimmten: Selbst wenn alle diese Stimmen aus Finks Heimatgemeinde Gussenstadt (etwa 216 Wahlberechtigte) stammen würden, so wäre das nur eine Zustimmungsrate von 70%; tatsächlich dürften etliche von diesen Stimmen im benachbarten Gerstetten abgegeben worden sein[318], so dass sich gegenüber dem Kandidaten selbst in seiner Heimatgemeinde eine deutliche Zurückhaltung artikulierte.

Für die Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 gestaltete sich die Kandidatenaufstellung viel schwieriger, als dies in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Die Heidenheimer Volkspartei sprach schon am 11. November 1870 – nur zwei Tage, nachdem Ammermüller seine Bereitschaft zur erneuten Kandidatur öffentlich erklärt hatte[319] – in einem Rundbrief ihre Ansicht aus, *daß unser Bezirk sich nicht veranlaßt sehen kann, von unserem seitherigen Abgeordneten, Herrn Dr. Ammermüller abzulassen*[320], was der Parteilinie – *Man schickt die Alten wieder!* – entsprach. In Giengen

---

nend weniger Resonanz bei den größeren Landwirten; signifikant ist aber nur der Zusammenhang zwischen Ammermüllers Stimmenanteilen und der durchschnittlichen Betriebsgröße ($r = -0.7133$).

315 Siehe folgende Seite.

316 Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 302.

317 Krüger, Heidenheim, S. 100f.: In Schnaitheim wohnten viele qualifizierte Arbeiter von Voith.

318 Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 302.

319 DV Nr. 265, 11. November 1870; Schw. Kronik 11. November 1870, S. 3186; ähnlich dann auch im „Beobachter" Nr. 271, 16. November 1870 „An die Wähler".

320 Beobachter Nr. 271, 16. November 1870 „Aus Heidenheim, den 11. November"; man

regte sich jedoch Widerstand gegen Ammermüller[321]. Man brachte zunächst eine Kandidatur Freislebens ins Gespräch[322] und soll sogar die Unterstützung des Giengener Kandidaten der Deutschen Partei, Fabrikant Ehmhardt, erwogen haben[323]. Nachdem aber Ammermüllers Kandidatur am 13. November durch eine Versammlung der Volkspartei noch einmal bestätigt worden war[324], sprach sich am 19. November auch in Giengen eine Wählerversammlung für Ammermüller aus[325]. Was dieses scheinbare Einlenken der Giengener Volkspartei tatsächlich wert war, blieb abzuwarten.

In der Deutschen Partei Heidenheim, die sich im Mai 1870 als Bezirksverein organisiert hatte[326], standen vier Bewerber zur Auswahl: die Heidenheimer Fabrikanten Simon Schäfer und Louis Lang, Papierfabrikant Ehmhardt von Gerschweiler/Gemeinde Hermaringen und, wie 1868, Schultheiß Fink von Gussenstadt, der freilich zögerte. Nach dem Bericht in der „Schwäbischen Kronik"[327] entschied sich eine Wählerversammlung in Mergelstetten am 20. November für Fink, nachdem die drei anderen Kandidaten verzichtet hatten[328]. Einen Blick hinter die Kulissen gestattet ein Schreiben von Louis Lang an die Stuttgarter Parteizentrale der Deutschen Partei. Lang führt darin zwei Gründe für seinen Verzicht auf die Kandidatur an: Er sei unsicher gewesen, wie die Kandidatur eines Fabrikanten von der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung aufgenommen werden würde; zweitens habe er gewusst, dass die Giengener ihren Ehmhardt nicht zu Gunsten eines Göppingers (!) fallen lassen würden. Um Ehmhardt zu beseitigen, der bereits ein *höchst ungeschicktes Programm* verbreitet hatte, habe sich Lang mit Schultheiß Fink in Verbindung gesetzt, der die Kandidatur schließlich zugesagt habe, wenn sich die Versammlung der DP in Mergelstetten am 20. November für ihn ausspreche. Nachdem dies geschehen war, sei Ehmhardt zurückgetreten. Die Einigung zwischen Ehmhardt und Lang über gegenseitige Unterstützung für den, der die meisten Aussichten habe[329], stellt sich in diesem Machtspiel nur als taktische Maßnahme dar. Finks Kandidatur wurde im Übrigen auch *von*

---

darf unterstellen, dass zuvor zwischen Ammermüller und der Heidenheimer Volkspartei Gespräche stattgefunden hatten.

321 Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 335 Karl Zöppritz an Gustav Müller, Heidenheim, 15. November 1870.

322 Schw. Kronik (1870), S. 3185.

323 Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 335.

324 Schw. Kronik 16. November 1870, S. 3241.

325 Schw. Kronik (1870), S. 3273 „Giengen a.d.Br., den 20. November".

326 Nl Hölder, Fasz. XIII, Stück 212; 60 Mitglieder aus Heidenheim und Mergelstetten, Vorstand war Karl Zöppritz (1812–1900), Wollwarenfabrikant in Mergelstetten; Vorstand der Handelskammer Heidenheim, Kommerzienrat; Mitbegründer der Württembergischen Vereinsbank; Beirat der Zentralstelle für Handel und Gewerbe; Hirschfeld, Württembergs Großhandel und Großindustrie, S. 74f., Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 65.

327 Schw. Kronik (1870), S. 3273 „Heidenheim 20. Nov.".

328 Schw. Kronik (1870), S. 3267.

329 Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 335.

fast allen Schultheißen unterstützt[330]; wie 1868 wurde seine Kandidatur offenbar auch von ministerieller Seite gefördert.

Zu den wichtigsten Motiven, die bei der Kandidatenauswahl im Oberamt Heidenheim zu berücksichtigen waren, zählten demnach der Gegensatz zwischen gewerblich-städtischen und bäuerlich-ländlichen Wählern[331], ein ausgeprägter Lokalpatriotismus[332] und die deutliche Rivalität zwischen der Oberamtsstadt und Giengen. Mit der Kandidatur des Schultheißen Fink zielte die Heidenheimer DP also in erster Linie auf die Mehrheit der ländlichen Wähler und vermied es damit, den Rivalitäten innerhalb des Oberamts Nahrung zu bieten.

Nach lebhaftem Wahlkampf siegte – für beide Seiten überraschend[333] – Schultheiß Fink mit 3070 gegen 1599 Stimmen; Fink hatte seine Stimmenzahl gegenüber 1868 also nahezu verdoppelt, Ammermüller hatte 930 Stimmen, die Volkspartei insgesamt 1076 Stimmen verloren[334]. In den einzelnen Distrikten schwankten diese Verluste zwischen 16% und 58,3% (II, Gerstetten), sie trafen aber die früheren Hochburgen Ammermüllers wie seine schwachen Distrikte anteilmäßig etwa gleich, so dass trotz aller Verluste die Grundstruktur des Wählerverhaltens erhalten blieb[335]: In Heidenheim (I), Schnaitheim (VI) und Königsbronn (V), den am stärksten gewerblichen Distrikten, fand die Volkspartei nach wie vor starken Rückhalt; von den Hochburgen war lediglich Gerstetten (II) an die DP gefallen. Wenn man der Einschätzung des Oberamtmanns glauben darf, stimmte auch in Burgberg, der einzigen katholischen Gemeinde des Oberamts, die zudem noch vom Kleingewerbe dominiert war, die Mehrheit für Ammermüller; die übrigen, agrarischen Gemeinden des Wahldistrikts Sontheim (VII) entschieden sich dagegen mehrheitlich für Fink. In Giengen (III) hatte sich die Zahl der Wähler Ammermüllers um 13 auf 57 (5,25%) verringert: Die Giengener Volkspartei hatte sich also keineswegs mit Ammermüllers Kandidatur versöhnt.

Fink konnte in allen Distrikten Zunahmen von 14 bis 28%-Punkten verbuchen. Seine Hochburgen von 1868, Giengen und Steinheim, blieben auch 1870 seine Hochburgen, dazu kamen nun Sontheim (VII) mit 46,32% und Herbrechtingen (IV) mit 40, 97%, während die übrigen Distrikte vergleichsweise geringe 30–40% aufweisen

---

[330] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 383 Kaufmann Friedrich Ludwig Winter an Hölder, Giengen, d. 25. November 1870; ähnlich auch vorher Zöppritz (Stück 335).

[331] Für die demografischen und ökonomischen Strukturveränderungen siehe: Krüger, Heidenheim, S. 87ff. und passim.

[332] Vgl. auch zur Heidenheimer Führungsschicht: Naujoks, Stadt und Industrialisierung, S. 181.

[333] Schw. Kronik Nr. 291, 9. Dezember 1870, S. 3493

[334] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 304 „Übersicht über das Stimmenverhältnis", Oberamtmann Karl Luz (1824–1899) fügte eine grobe verbale Einschätzung der Stimmenanteile in den einzelnen Gemeinden bei, die allerdings nur wenig zur Klärung der Frage beitragen kann, ob die VP-Wähler aus gewerblich oder agrarisch geprägten Gemeinden stammten; zum Detailergebnis: vgl. Anhang A, S. 607.

[335] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 2b: Eigenkorrelation der Anteile Ammermüllers bzw. aller VP-Stimmen: r = 0.9108/ 0.9301.

konnten, insgesamt eine Verteilung, die den Verhältnissen von 1868 recht weitgehend entsprach[336], freilich bei annähernd linearer Verdoppelung seiner Stimmenzahl. Für die Herkunft dieser zusätzlichen Stimmen lässt sich nur ein grober Rahmen erkennen. Sie können nicht allein durch höheres Wählerinteresse erklärt werden, denn die Wahlbeteiligung stieg 1870 gegenüber 1868 nur um 4,6%-Punkte (324 Stimmen, davon 5 zusätzliche Wahlberechtigte), Fink gewann aber 1477 Stimmen hinzu. Andererseits hatten 1868 2575 Wahlberechtigte nicht abgestimmt; Finks Zugewinne könnten sich rechnerisch ganz überwiegend aus dieser Gruppe der Nichtwähler von 1868 gespeist haben, selbst wenn man unterstellt, dass nur etwa 85% der Berechtigten mobilisierbar waren.

Da nun die Zugewinne der Deutschen Partei die Verluste der Volkspartei in sechs von acht Wahldistrikten übertrafen, muss die DP dort aus dem Reservoir der Nichtwähler von 1868 geschöpft haben; der Rückgang der Wahlbeteiligung in den Distrikten II (–1,1%-Punkte) und V (–6,3%-Punkte) bei gleichzeitiger Zunahme der DP-Anteile um 23,8 und 21%-Punkte legt ferner die Vermutung nahe, dass wenigstens ein Teil der 1076 Wähler von 1868, die Ammermüller/der VP 1870 ihre Stimme nicht mehr gaben, nicht zum Gegner überlief, sondern sich der Stimme enthielt: Die Verluste der Volkspartei bleiben gering, wenn die Zunahme des Wählerinteresses hoch ist und umgekehrt ($r = 0.9228$); die Erfolge Finks lassen sich insgesamt jedoch weniger auf die Zunahme der Wahlbeteiligung ($r = -0.5803$) als auf die Verluste Ammermüllers ($r = 0.7735$) bzw. der Volkspartei ($r = 0.7352$) zurückführen, die nun deutlich in den agrarisch geprägten Wahldistrikten anzusiedeln sind[337].

Ob sich diese umfangreichen Verschiebungen innerhalb der Wählerschaft als dauerhaft erweisen würden, darüber musste die Landtagswahl vom 13. Dezember 1876 Auskunft geben. In einer Vorausschau hieß es in der „Schwäbischen Kronik" über die beiden Kandidaten, Oberregierungsrat von Luz[338], zu dessen Gunsten Fink verzichtet hatte[339], und Hans Hähnle[340], der von Karl Mayer persönlich empfohlen wurde: *Während die vorherrschend industriellen Orte mit ohnedieß vorwiegend demokrati-*

---

[336] Eigenkorrelation der Anteile Finks $r = 0.9681$.

[337] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 2b: Die Korrelation zwischen den Stimmenanteilen der VP und der durchschnittlichen Betriebsgröße beträgt $r = -0.7936$; mit dem Anteil an Agrarbetrieben über 5 ha: $r = -0.7981$; mit dem Anteil der selbstständigen Landwirte $r = -0.7478$.

[338] Karl (von) Luz (1824–1899), Oberamtmann von Welzheim 1861–1866, von Neuenbürg 1866–1870, von Heidenheim 1870–1874, dann tit. Regierungsrat in Stuttgart; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 391; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 530f.

[339] Schw. Kronik (1876), S. 2669, S. 2749; vgl. Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 65: Der Innenminister hatte die DP mit dieser Kandidatur anscheinend überrumpelt.

[340] Hans Hähnle (1838–1909), Fabrikant in Giengen und Stuttgart, Kommerzienrat, Mitglied des Beirats der Verkehrsanstalten; Landtagsabgeordneter für Heidenheim 1895–1906; Reichstagsabgeordneter für Geislingen, Heidenheim, Ulm 1882–1883, 1890–1893, 1895–1903; Staatsanzeiger (1909), S. 156; Schw. Kronik (1909), S. 305; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 307f. ordnet Hähnle irrtümlich der DP zu (anders dann S. 727); Hähnle wird in den Wahlakten (HStAS E 150, Bü 861, Bl. 117) zweifelsfrei als Kandidat und Abgeordneter der Volkspartei geführt.

scher Tendenz ihre Interessen am gernsten einem Industriellen anvertrauen, so findet die nationale Partei mit guter Aussicht auf Erfolg ihre Stütze in den zum Teil ebenfalls sehr bevölkerten Landorten mit überwiegend bäuerlicher Beschäftigung, wie sich dies schon bei der letzten Landtagswahl handgreiflich gezeigt hat[341]. Wenige Tage später trat Hähnle jedoch von der Kandidatur zurück[342], worauf die Volkspartei zunächst jede Wahlkampfaktivität einstellte und am 13. Dezember nur 41,04% der Wahlberechtigten abstimmten[343].

Die Verteilung der Stimmen, die nicht ausschließlich für den verbliebenen ministeriellen Kandidaten abgegeben wurden[344], folgt nicht erkennbar dem prognostizierten Schema: In Heidenheim (I) erreichte Luz wohl über 40% (höchstens 46,82%), in den agrarischen Distrikten Gerstetten (II) und Steinheim (VIII) blieb sein Anteil dagegen bei 32,99% und höchstens 36,8%; die Korrelationen mit den DP-Stimmenanteilen von 1868 und 1870 sind obendrein recht schwach und negativ[345].

Für die Ergänzungswahl am 19. Dezember 1876 einigte sich die Heidenheimer mit der Giengener Volkspartei auf Friedrich Retter als Kandidaten, für den die Demokraten noch *heftigste Aktivität* entwickelten[346]. Für Retter stimmten 2520 Wähler[347] – die Volkspartei hatte also ihre Verluste aus der Wahl von 1870 nahezu wieder wettgemacht; sie konnte in ihren bisherigen Hochburgen Heidenheim (I), Königsbronn (V) und Schnaitheim (VI) erneut hohe Stimmengewinne verbuchen; doch absolute Mehrheiten brachten jetzt Steinheim und vor allem Giengen, wo sich vermutlich Hähnles Einfluss geltend machte[348]. Sein Konkurrent Luz siegte dennoch mit 502 Stimmen Mehrheit und behielt in den vier Distrikten Heidenheim (I), Gerstetten(II), Herbrechtingen (IV) und Sontheim (VII) die Oberhand – auch hier zeigt sich keine eindeutige Ausrichtung auf die ländlichen Wähler.

Am 15. Juli 1877 wurde Luz befördert, so dass eine Neuwahl notwendig wurde[349]; am 30. Januar 1878 stellten sich die Gegner von 1876 wieder dem Votum der Wähler. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 81% siegte diesmal Retter mit 3581 gegen 2444 Stimmen[350]. Nur im Distrikt Gerstetten (II) blieb er unter 15%, in allen anderen Dis-

---

[341] Schw. Kronik (1876), S. 2657 „Aus dem OA Heidenheim den 24. Nov.".

[342] Schw. Kronik Nr. 293, 10. Dezember 1876, S. 2749; auch schon S. 2477.

[343] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 22 OA Heidenheim, Bericht des Oberamts vom 21. Dezember betr. das Ergebnis der Abgeordnetenwahl; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Heidenheim.

[344] Distrikt I: 51,04% (Stimmenanteil Luz' einschl. Ergänzungswahl: 46,82%); II: 32,99% (44,33%); III: 31,10% (26,72%); IV: 45,13% (49,24%); V: 40,00% (42,72%); VI: 41,34% (33,74%); VII: 47,51% (48,72%); VIII: 38,20% (36,83%).

[345] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 2.

[346] Schw. Kronik (1876), S. 2861 „Heidenheim, d. 22. Dez.".

[347] Stimmenanteile in den Distrikten: I: 37,91%; II: 23,57%; III: 56,97%; IV: 41,79%; V: 47,99%; VI: 41,36; VII: 31,44%; VIII: 51,87%.

[348] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 2: Die Eigenkorrelation der VP-Stimmenanteile beträgt daher nur r = –0.2115.

[349] Vgl. Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 65.

[350] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 22 OA Heidenheim, Bericht des Oberamts vom 1. Februar 1878 betr. die Landtagsabgeordnetenwahl vom 30. Januar 1878, Beilage I; die Anzahl der

trikten fiel die Stimmenmehrheit an ihn, in fünf Distrikten – darunter auch die drei traditionellen Hochburgen der Volkspartei und Giengen – sogar die absolute Mehrheit. Verglichen mit der Wahl von 1876 zeigte sich die Wählerschaft der VP viel stabiler als die des ministeriellen Kandidaten[351]. Geringere Stimmenanteile für Retter in den agrarischen Distrikten Gerstetten (II), Sontheim (VII) und Steinheim (VIII) deuten darauf hin, dass die Wähler der Volkspartei eher aus dem gewerblich-industriellen Milieu stammten; umgekehrt erreichte Luz, der im Übrigen leicht von einer hohen Wahlbeteiligung profitierte[352], aber auch im gewerblichen Distrikt Königsbronn (V) 35% der verfügbaren Stimmen; die Zahlen lassen nicht erkennen, dass es sich bei diesen Wählern um solche aus dem agrarischen Milieu handelte[353].

Die Ergebnisse der folgenden Landtagswahlen liegen auf Gemeindeebene vor, so dass hier besser abgesicherte Aussagen möglich sind. Für die Deutsche Partei kandidierte bei allen drei Wahlen bis 1895 mit Nikolaus Bantleon[354] ein renommierter Vertreter der Landwirtschaft. Die Volkspartei schickte 1882 noch einmal Retter ins Rennen, 1889 wurde zunächst wieder Hähnle aufgestellt, der letztlich aber verärgert zurücktrat[355], so dass die Volkspartei ohne Kandidat blieb und ihre Wähler zur Wahlenthaltung aufrief[356]. 1895 kandidierte Hähnle dann als Vertreter der gewerblichen Interessen des Oberamts Heidenheim, unterstützt unter anderem auch von Friedrich Payer[357]. Mit Alfred Agster und Adam Dietrich bewarb sich 1889 und 1895 auch die SPD um die Gunst der Wähler[358]. Im Jahre 1882 siegte Bantleon mit 3226 gegen 2226 Stimmen[359], 1889 fiel sein Sieg mit 3987 gegen 982 Stimmen für die SPD noch deutli-

---

Wahlberechtigten in den Distrikten wird nicht angegeben; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Heidenheim.

[351] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 2: Die Eigenkorrelation der VP beträgt r = 0.8008, die des Ministeriellen r = 0.4159; man wird dabei allerdings die besonderen Umstände einer Ergänzungswahl berücksichtigen müssen.

[352] Zusammenhang zwischen Höhe der Wahlbeteiligung und Luz' Stimmenanteilen r = 0.4169; für Retters Stimmenanteile r = –0.1120.

[353] Die entsprechenden Korrelationskoeffizienten sind positiv, aber schwach.

[354] Nikolaus Bantleon (1838–1928), Gutsbesitzer, Bierbrauer, Wirt, Postverwalter, Gemeinderatsmitglied in Waldhausen/OA Geislingen; Landtagsabgeordneter für Heidenheim 1883–1894, für Geislingen 1899–1906; Reichstagsabgeordneter für Geislingen, Heidenheim, Ulm 1893–1895 (Wahl annulliert); Lbb. aus Schwaben u. Franken X, S. 425–442; Bauer, Geislingen, Bd. 2, S. 105f.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 24f.

[355] Neckar-Zeitung, Nr. 305, 29. Dezember 1888, S. 1880 und Nr. 306, 30. Dezember 1888, S. 1888; Schw. Kronik (1888), S. 2317, 2334; (1889), S. 6: Die Volkspartei habe sich erst für Hähnle entschieden, nachdem die Fabrikanten Windrath und Meebold abgesagt hatten. – Vermutlich war Hähnle über diese Meldung, die ihn als „dritte Wahl" hinstellte, so verstimmt, dass er von der Kandidatur zurücktrat.

[356] Schw. Kronik (1889), S. 42 „Heidenheim, 6. Januar".

[357] Schw. Kronik (1895), S. 1 „Heidenheim, 1. Januar 1895".

[358] Eine Versammlung Agsters in Schnaitheim wurde abgebrochen, vgl. Schw. Kronik (1889), S. 22 und „Neckar-Zeitung", Nr. 2, 3. Januar 1889, S. 8.

[359] HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, OA Heidenheim, Bl. 3 Wahlprotokoll; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Heidenheim.

cher aus[360], 1895 war dann jedoch in der Stichwahl Hähnle mit 4468 gegen 2287 Stimmen über Bantleon erfolgreich, nachdem Hähnle bereits im ersten Wahlgang fast 1000 Stimmen mehr erhalten hatte als Bantleon[361]. Die Stimmen der SPD hätte die Volkspartei für diesen Sieg anscheinend nicht benötigt.

Unter den Wählern der Deutschen Partei herrschte in diesen Jahren von Wahltermin zu Wahltermin große Kontinuität. Hatte Bantleon 1882 auch in den Wahldistrikten gute Ergebnisse zu verzeichnen, in denen 1878 schon Luz gesiegt hatte ($r = 0.7401$), so lag der Zusammenhang zwischen den DP-Stimmenanteilen 1882 und 1889 für die 29 Gemeinden des Oberamts bei $r = 0.8282$, zwischen 1889 und 1895 bei $r = 0.7202$[362]. Die Wählerschaft der Volkspartei schien zunächst auch recht stabil. Für 1878 und 1882 betrug die Eigenkorrelation noch $r = 0.7118$, obwohl gerade in den ländlichen Distrikten viele Wähler zu Bantleon abwanderten[363]. Im Jahre 1895 entschieden sich dann jedoch andere Wählergruppen für die Volkspartei als 13 Jahre zuvor ($r = 0.3285$), da nun die SPD als direkte Konkurrentin auftrat. Diese hatte bei der Landtagswahl von 1889 gleichsam das Erbe der Volkspartei angetreten[364] und diese Wähler auch 1895 wieder weitgehend an sich binden können[365]; die Volkspartei konnte statt dessen frühere DP-Wähler zu sich herüberziehen[366], schöpfte aber wohl vor allem aus dem Reservoir der Nichtwähler von 1889[367]. In der Stichwahl von 1895 unterstützten die SPD-Wähler die Volkspartei[368]. – Während die Korrelationen zwischen landwirtschaftlichen Strukturdaten und den Stimmenanteilen der Deutschen Partei schwach positiv ausfallen, liegen für die Anteile der Volkspartei und der SPD die entsprechenden Zusammenhänge stets im negativen Bereich. Die Wähler der beiden „linken" Parteien dürften somit eher nicht aus dem agrarischen Milieu stammen.

Die Gemengelage der sozialstrukturellen Wahlmotive lässt sich ansatzweise am Beispiel der Wählerschaft von Burgberg fassen. Die 901-Seelen-Gemeinde mit rückläufiger Bevölkerung war, wie bereits erwähnt, die einzige katholische Gemeinde des Oberamts Heidenheim. Für 1895 sind dort 177 landwirtschaftliche Betriebe ausgewiesen, aber nur 16 selbstständige Landwirte. Die 209 Gewerbebetriebe wurden in

---

[360] HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 21 OA Heidenheim, Bl. 617–610; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Heidenheim.

[361] HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 22 OA Heidenheim, Bl. 543–36, 551; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Heidenheim.

[362] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 1.

[363] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 2: Die negativen Korrelationen werden von 1878 zu 1882 deutlich stärker.

[364] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 1: VP82/SPD89: $r = 0.9333$.

[365] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 1: SPD89/95: $r = 0.7918$; VP82/SPD95: $r = 0.7101$.

[366] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 1: DP89/VP95 $r = -0.3901$, sonst viel stärker ausgeprägt.

[367] Die Wahlbeteiligung lag 1895 um ca. 16% (1500 Wähler) höher als 1889, der Aufruf der VP zur Wahlenthaltung war also 1889 durchaus befolgt worden.

[368] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heidenheim 1: SPD-Anteil/Stimmenzuwachs der VP $r = 0.9335$.

der überwiegenden Mehrzahl als Alleinbetriebe geführt; 63 selbstständigen Handwerkern standen 145 selbstständige Händler gegenüber[369]. Die 233 Wahlberechtigten gehörten demnach sehr wahrscheinlich zu ca. 95% zu den Selbstständigen; über 90% übten eine gewerbliche Tätigkeit aus, aber vier von fünf Wählern betrieben nebenberuflich eine Landwirtschaft.

Bei der Landtagswahl von 1870 hatte die Mehrheit der Abstimmenden großdeutsch-demokratisch gewählt – ein Votum, das sich mit der Konfession und der gewerblichen Interessenlage erklären lässt. 1882 erreichte die Gemeinde mit 55,65% die geringste Wahlbeteiligung unter allen Gemeinden des Oberamts; die Stimmen verteilten sich fast gleichmäßig auf Nikolaus Bantleon (28,6%), den Vertreter der Landwirtschaft, und Retter (27,02%), der eher gewerbliche Interessen repräsentierte. Angesichts der Landwirtschaftskrise und der Abwesenheit eines volksparteilichen Kandidaten stimmten 1889 68,4% ab, davon 59,3% für Bantleon und damit auch gegen die SPD, die es nur auf 20 Stimmen (8,66%) brachte. Ob sich der Kern der volksparteilichen Wähler der Stimme enthalten hat, lässt sich nicht beweisen; die Zahlen widersprechen aber einer solchen Deutung nicht. 1895 erreichte die Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang 89,27%; der Stimmenanteil für Hähnle, den Kandidaten der Volkspartei aus dem benachbarten Giengen, erreichte mit 74,25% hinter Giengen den zweithöchsten Wert im Oberamt; für Bantleon entschieden sich nur noch 7 Wähler (3,0%). Die Wählerzahl der SPD stagnierte bei 17 (7,3%); noch größer blieb das Desinteresse der Wähler an der Zentrumspartei, für die Zählkandidatur Gröbers stimmten nur 10 Männer (4,3%). In der Stichwahl zwischen Bantleon und Hähnle machten 13 Männer weniger von ihrem Stimmrecht Gebrauch; Hähnles Anteil stieg auf 81,55%, Bantleon erhielt nur noch 5 Stimmen (2,15%). Die Verwurzelung der Wählerschaft Burgbergs in der Landwirtschaft wie auch in Gewerbe und Handel scheint das Eindringen der SPD und des Zentrums zunächst zu erschweren; die Entscheidung zwischen Kandidaten der Deutschen Partei und der Volkspartei scheint dagegen für einen großen Teil der Wähler keine Grundsatzentscheidung darzustellen, wenn auch wohl in der Tendenz eher der Kandidat der Volkspartei bevorzugt wurde.

Insgesamt legen die Indizien die Annahme nahe, dass sich das Verhalten der Wähler im Oberamt Heidenheim danach richtete, ob sie aus dem gewerblich-industriellen Milieu stammten – dann wählten sie meist demokratisch – oder aus dem agrarisch-ländlichen Milieu – dann entschieden sie sich eher für konservative Kandidaten. Diese Grundstruktur konnte allerdings durchaus überlagert werden etwa bei der Landtagswahl von 1868 durch lokale Sonderwege und Eifersüchteleien oder wie 1876 durch die Situation einer Ergänzungswahl. Die nationalpolitische Ausnahmesituation der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 hatte lediglich vorläufige Auswirkungen auf das Wählerverhalten: Zwar wechselte ein erheblicher Teil der großdeutschen Wähler die Seiten, ein großer Teil aber blieb der Abstimmung fern; und schon bei der

[369] Württ. Jbb. 1896/98, Ergänzungsband II (1898), S. 155–159; am 3. Dezember 1867 hatte die Bevölkerung noch 987 betragen und war seither kontinuierlich gefallen.

Landtagswahl von 1876 gewann die Volkspartei ihre frühere Stellung weitgehend zurück.

Regierung und Deutsche Partei – die Gegner der beiden Wahlen des Jahres 1868 – arbeiteten bei der Landtagswahl vom Dezember 1870 bekanntlich eng zusammen[370]; dies trug entscheidend zu ihrem schließlichen Wahlsieg bei. In einzelnen Fällen wurde das Wahlbündnis jedoch durch konkurrierende Bewerbungen getrübt: So etwa im Oberamt Neuenbürg durch die Kandidaturen von Eduard Leo[371] und Beutter, in Ludwigsburg/Amt durch die Konkurrenz zwischen Philipp Paulus und Oberamtspfleger Groß und in Waiblingen durch den Versuch von Hermann Heß, das 1868 gewonnene Mandat auch nach seinem Wechsel zur Deutschen Partei gegen Gebhard Simon[372] zu verteidigen. In keinem dieser drei Fälle bedrohte die Kandidatur der einen Seite den Besitzstand der anderen, so blieben Regierung und Deutsche Partei gelassen. Anders stellte sich die Lage jedoch in Tübingen/Amt und in der Stadt Ulm dar.

f) Tübingen/Amt

Das „Deutsche Volksblatt" hoffte für die Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 zunächst auf die Kandidatur eines großdeutschen Professors in Tübingen/Amt, und für die ministerielle Seite war Regierungsrat Flammer im Gespräch[373], dessen Auftreten gewiss auch von der Deutschen Partei begrüßt worden wäre[374]. Am 16. November stellte die Versammlung der Schultheißen statt dessen den bisherigen Abgeordneten Hörner wieder auf[375]; wenige Tage später antworteten Wähler aus acht Gemeinden des südwestlichen Oberamts, indem sie den „nationalgesinnten" Professor Heinrich von Weber aus Tübingen vorschlugen, der die Kandidatur auch tatsächlich übernahm[376]. Damit war wieder die Kandidatenkonstellation eingetreten, die die Endphase des Wahlkampfes im Juli 1868 bestimmt hatte.

Als Innenminister Scheurlen am 23. November aus der Presse von Webers Kandidatur erfuhr, schrieb er umgehend an Hölder, er dürfe wohl annehmen, dass Hölder *bereits Einleitung getroffen* [habe], *um diese Improvisation zum Schweigen zu brin-*

---

[370] Rapp, Württemberger, S. 438.

[371] Eduard Leo (1817–1883), Holzhändler und resignierter Schultheiß in Höfen, V-Mann Hölders im Juni 1868 (Lebensdaten gemäß frdl. Mitteilung des Standesamts Höfen).

[372] Gebhard Friedrich Simon (1828–1891), Schultheiß in Strümpfelbach (bis 1870), Schultheiß und Verwaltungsaktuar in Schwaikheim (bis 1874), Oberamtspfleger in Waiblingen; 1868 Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins Waiblingen und auch schon im Juni 1868 als Kandidat im Gespräch (Staatsanzeiger Nr. 150, 26. Juni 1868, S. 1559); Landtagsabgeordneter für Waiblingen 1870–1882; unterliegt 1882, 1884 und 1889 als konservativer Kandidat gegen Heß bzw. Karl Weishaar (1830–1900, Landwirt und Gemeinderat in Strümpfelbach, DP); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 869f.

[373] DV Nr. 265, 11. November 1870.

[374] Siehe oben, S. 69, Anm. 357.

[375] Schw. Kronik (1870), S. 3241; DV Nr. 270, 17. November 1870; Beobachter Nr. 276, 22. November 1870.

[376] SVZ Nr. 279, 24. November 1870, S. 1149 nach der Tübinger Chronik.

gen[377]. Hölder versuchte den Schaden zu begrenzen, indem er dem Minister schrieb: *E.E. beehre ich mich in Betreff der Wahlsache im Amt Tübingen die Mitteilung zu machen, daß ich im Einvernehmen mit meinen hiesigen Freunden in einem Schreiben nach Tübingen das freundliche Verhältnis auseinandergesetzt habe, in welchem wir mit der Regierungspartei bei den bevorstehenden Wahlen stehen. Wir knüpften hieran den Wunsch, dieses freundliche Zusammengehen aller, welche in dem Ziele der endlichen nationalen Einigung durch Annahme des Beitrittsvertrags übereinstimmen, nicht unnötiger Weise zu stören und fügten bei, daß von der anderen Seite ein großer Wert auf die Wahl Hörners gelegt werde*[378]. Hölder wies ferner darauf hin, dass er seinen Parteigenossen lediglich Ratschläge erteilen könne und erinnerte Scheurlen daran, dass er ihm *von Anfang an unsere Stellung in dieser Weise bezeichnet und ebendeswegen und besonders in Beziehung auf das Amt Tübingen erklärt habe, irgendeine Verbindlichkeit nicht übernehmen zu können. Indessen scheint allem nach die Wahl Hörners gesichert zu sein.* Danach hatte die Kandidatenfrage im Oberamt Tübingen schon bei den beiden bisherigen Gesprächen zwischen Hölder und Scheurlen Anlass zu Diskussionen geboten, in deren Verlauf Hölder anscheinend seinen begrenzten Einfluss gerade auf die Tübinger DP betont hatte, wohl weil man von dort mit einer eigenen DP-Kandidatur rechnete.

Wer nun Webers Kandidatur gegen Hörner mit der anfänglich unsicheren Haltung der Regierung in der Beitrittsfrage in Zusammenhang zu bringen sucht[379], der müsste erklären, warum es gerade in Tübingen/Amt, nicht aber in einer Vielzahl anderer Wahlkreise zu solchen Doppelkandidaturen kam; ein Hinweis etwa auf die Vielzahl der Akademiker im Tübinger DP-Verein würde allerdings fehlgehen. Wie Hölder nämlich einem Schreiben des Vereins entnehmen konnte, wies dieser die Verantwortung für Webers Kandidatur von sich; Bezirksangehörige, die nicht mit der DP Tübingen verbunden seien, betrieben die Kandidatur; die DP Tübingen unterstütze Weber – mit einer Ausnahme – nicht[380].

Neben Unterschieden in der nationalen Frage hatte der Gegensatz zwischen liberal und ministeriell/konservativ schon die Wahl Hörners im Jahre 1866 bestimmt, nachdem Schäffle sein Landtagsmandat für Tübingen/Amt wegen Unvereinbarkeit mit seinem Beruf niedergelegt hatte. Nach Ansicht des „Deutschen Volksblattes" habe Hörner damals seinen Wahlsieg nur der *nationalvereinlichen Zweideutigkeit seines Gegenkandidaten Herrn Oberjustizprokurators Pfeilsticker* zu verdanken gehabt. Am 8. Juli 1868 werde Hörner gegen Schäffle ohne Aussicht sein, da er nun *schwarzweiß schillert*[381]. Ähnlich hatte auch die „Schwäbische Volkszeitung" nur wenig für Hörner übrig: Schäffle werde ihm den Garaus machen[382]. Nachdem Hörner dann frustriert von der Kandidatur Abstand genommen hatte, Schäffle wegen seiner Beru-

[377] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 385; Rapp, Württemberger, S. 438.
[378] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 406 Konzept des Briefes vom 27. November 1870.
[379] So Rapp, Württemberger, S. 438.
[380] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 442 Lammfromm an Hölder, Tübingen, 28. November 1870.
[381] DV Nr. 148, 27. Juni 1868.
[382] SVZ Nr. 147, 27. Juni 1868, S. 622.

fung nach Wien nicht mehr zur Verfügung stand und Hörner daher wieder kandidierte[383], wurde kurzfristig noch Heinrich von Weber nominiert, dessen klammheimliche Kandidatur der Tübinger Korrespondent des „Beobachters" nach der Wahl als Versuch der „Preußen" wertete, die *große Abneigung aller liberalen Elemente* – also auch der linksliberalen – *gegen Hörner* für sich auszunutzen[384]. Dies deckt sich mit Oberamtmann Bätzners[385] Beobachtung, dass Webers Anhänger und persönlichen Freunde *auch die Wählerschaft in dem größten Amtsorte – Dußlingen, mit 527 Wählern - wo die Volkspartei einigen Einfluß hat, für ihn gewonnen* hätten[386]. Demgemäß war es also durchaus folgerichtig und erfolgversprechend, Hörner, dem *unbedingten Regierungsmann*[387], gerade auch im Dezember 1870 einen liberalen Kandidaten entgegenzustellen, zumal dieser Kandidat noch weitere Vorzüge besaß: Als im Amt praktizierender Landwirt, Professor der Landwirtschaft, Rektor der Universität Tübingen und Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins empfahl er sich vor allem auch den agrarischen Wählern, die die Mehrzahl der Wahlberechtigten ausmachten. Die Frage war allerdings, ob es ihm gelingen würde, die bisher großdeutschen liberalen Wähler für sich zu mobilisieren.

Im Ergebnis der Wahl vom 8. Juli 1868 spiegelte sich eine gewisse Rat- und Richtungslosigkeit der Wähler, die in den sieben Wahldistrikten recht gleichmäßig vom Wahlrecht Gebrauch machten[388]. Von den vier Bewerbern, auf die sich die Stimmen verteilten, konnte keiner die Zustimmung der Wähler in allen Wahldistrikten gewinnen. Am wenigsten schlecht schnitt dabei der Regierungskandidat Hörner ab, der insgesamt mit 1504 Stimmen (31,2%) das Mandat wieder gewann; 63,5% dieser Stimmen stammten aus den drei nördlichen Wahldistrikten Walddorf (I), Pliezhausen (II) und Kirchentellinsfurt (V)[389], ein Drittel aus dem mittleren Amt, den Distrikten Lustnau (IV) und Mähringen (III)[390] und nur 2,9% aus den südlichen Distrikten Dußlingen (VI) und Gönningen (VII)[391]. In Lustnau und Mähringen fielen 142 Stimmen an einen Kaufmann Wucherer, dem insgesamt 162 Wähler zuneigten; 291 Gönninger stimmten für Kaufmann Hoch von dort, der es insgesamt auf 294 Stimmen

---

[383] DV Nr. 152, 2. Juli 1868; vgl. „Staatsanzeiger" Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1538 und Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1600 meldet die Berufung Schäffles, weist darauf hin, dass die Zustimmung des österreichischen Kultusministeriums noch ausstehe. Noch am 2. Juli (Nr. 155, S. 1608) nennt der „Staatsanzeiger" Hörner und Schäffle als Kandidaten, nachdem schon vorher herausgestellt worden war, dass eine Neuwahl drohe, wenn Schäffle gewählt werde; Gessler an von Egloffstein, 2./3. Juli 1868 (HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8).

[384] Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868 „Aus Tübingen. Den 11. Juli 1868": Der Korrespondent beklagt das Fehlen einer Organisation der Volkspartei.

[385] Wilhelm Bätzner (1824–1893), Oberamtmann von Neuenbürg 1857–1866, von Tübingen/Amt 1866–1870, danach im Innenministerium; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 160; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 21f.

[386] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 488–489.

[387] Rapp, Württemberger, S. 438.

[388] Siehe Anhang A, S. 657f.; zwischen 55,8% und 61,9%, durchschnittlich 58,64%.

[389] Diese drei Distrikte stellten 41% der Wahlberechtigten.

[390] 30,2% der Wahlberechtigten.

[391] 28,9% der Berechtigten.

brachte: In diesen Distrikten artikulierte sich somit deutliche Ablehnung des ministeriellen Bewerbers. Obwohl für Heinrich von Weber kaum geworben worden war, stimmten doch 838 Wähler (17,38%) für ihn, die zu über der Hälfte aus dem Distrikt Dußlingen stammten, wo Weber vor allem auch (links-)liberale Wähler für sich gewonnen zu haben scheint, wie der Oberamtmann andeutete. Erhebliche Stimmenanteile hatte Weber sonst nur noch in Distrikt III (Mähringen) aufzuweisen[392].

An der Abstimmung vom 5. Dezember 1870 beteiligten sich weniger Wähler als noch im Juli 1868; verantwortlich dafür waren die Stimmberechtigten in Gönningen (VII), wo die Wahlbeteiligung um 26 Punkte auf 30,53% zurückging[393]. Hörner und Weber konnten ihre Stimmenanteile gegenüber 1868 steigern, da die Wähler nicht auf lokale Kandidaten auswichen; die außerordentliche große Schwankungsbreite des Wählerinteresses zwischen 89,23% in Mähringen und 20,73% in Dettenhausen belegt, dass die beiden Bewerber viele Wahlberechtigte nicht erreichten. Hörner gab im Wahldistrikt I (Walddorf) deutlich Stimmen an Weber ab[394]; im Distrikt Dußlingen (VI) fand die entgegengesetzte Wanderungsbewegung statt: Weber verlor dort 178 Stimmen, Hörner gewann 184 hinzu[395]; die Wähler Wucherers in Lustnau (III) und Mähringen (IV) scheinen sich eher für Weber als für Hörner entschieden zu haben. Trotz dieser Verschiebungen innerhalb des Oberamts blieb aber die politische Grundstruktur, die Verteilung der Stimmenanteile von 1868 weitgehend erhalten[396]: Anscheinend waren die liberaleren Wähler noch nicht bereit, Weber zu wählen, blieb die Mehrheit der Wähler konservativ.

Die Ergebnisse der Landtagswahl vom 13. Dezember 1876 und der Nachwahl vom 5. Dezember 1879 liegen in den Wahlakten nur unvollständig vor[397]. Nachdem Hörner aus Gesundheitsrücksichten auf die erneute Kandidatur verzichtet hatte, stellte die Deutsche Partei den eher konservativen Kreisgerichtsrat Geß[398] auf, der ohne

---

[392] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Tübingen/Amt 2: Da die Anzahl der Wahlberechtigten für 1868 nur geschätzt wurde, sind die Korrelationskoeffizienten nicht sehr verlässlich. Es scheint aber durchaus der Wirklichkeit zu entsprechen, dass Hörner besonders in den kleineren Gemeinden seine Wähler fand (r = 0.9050).

[393] Beschreibung des Oberamts Tübingen (1867), S. 164 u. 379ff.; vermutlich waren viele Wahlberechtigte als Hausierer mit Sämereien etc. geschäftlich unterwegs.

[394] Weber gewann 123 Stimmen hinzu; die Zahl der Nichtwähler ist aber so groß, dass Weber auch ausschließlich daraus geschöpft haben könnte.

[395] Wie sich die linksliberalen Wähler verhielten, ist nicht zu entscheiden.

[396] Kontinuität der ministeriellen Stimmenanteile r = 0.8468; bei der DP r = 0.7532

[397] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 55 Tübingen/Amt, Bl. 1 und 14; die Einteilung der Wahldistrikte III und V war leicht verändert worden (Kusterdingen); siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tübingen/Amt.

[398] Friedrich Ludwig (von) Geß (1828–1905), Kreisgerichtsrat in Tübingen, 1879–1891 Reichsgerichtsrat in Leipzig, seit 1891 Gemeinderat in Esslingen; Landtagsabgeordneter für Tübingen/Amt 1876–1879, Reichstagsabgeordneter für Reutlingen, Tübingen, Rottenburg 1878–1880; Landtagsabgeordneter für Esslingen 1895–1905; Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog 10 (1905), S. 238–240; Schw. Kronik (1905), Nr. 189, S. 7; Nr. 194, S. 5f.; Nr. 373, S. 5f.; Staatsanzeiger (1905), S. 619, 633; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 263f.

Konkurrenz blieb. Diesem *ungewöhnlichen Rednertalent*[399] gelang es aber nicht, die Mehrheit der Wähler zu mobilisieren, so dass am 20. Dezember eine Ergänzungswahl durchgeführt werden musste, die ein charakteristisches Ergebnis brachte: Geß siegte überlegen, doch mehr als 500 der abgegebenen Stimmen (14%) waren ungültig oder zersplittert. Das Wählerinteresse war dabei in den Wahldistrikten auffällig gering, in denen der Anteil der gewerblichen Wähler hoch war ($r = -0.9440$)[400]. Als Geß wegen seiner Berufung ans Leipziger Reichsgericht das Landtagsmandat niederlegte, stellte sich Heinrich von Weber erneut als Kandidat zur Verfügung. Diesmal wurde er bei einer Wahlbeteiligung von 51% mit 48,51% der verfügbaren Stimmen in den Landtag gewählt. Es bleibt aber festzuhalten: Bei keiner dieser Wahlen zwischen 1868 und 1879 hatte die Wahlbeteiligung auf Anhieb die 60%-Marke überschritten; ein erheblicher Teil des Wählerpotenzials hatte auch dann brach gelegen, wenn mehr als ein Kandidat zur Wahl gestanden hatte.

Am 20. Dezember 1882 stellte sich Weber erneut zur Wahl, nachdem sich 600 Wähler in einer Adresse für ihn ausgesprochen hatten[401]. Mit ihm konkurrierte aus den eigenen Reihen Oberamtsbaumeister Riekert, der aus der Deutschen Partei ausgeschlossen wurde, als er auf seiner Kandidatur beharrte[402]. Darüber hinaus präsentierte zum ersten Male auch die Volkspartei einen eigenen Bewerber, den Stuttgarter Rechtsanwalt Wörner. Bei deutlich höherem Wählerinteresse als zuvor (66,41%) konzentrierten sich die demokratischen Stimmen vor allem im südlichen Oberamt (im Neckar- und Steinlachtal), wo die Volkspartei in fünf Gemeinden mehr als die Hälfte ihrer Stimmen holte, in Dußlingen allein 194: Hier offenbarte sich also eine gewisse demokratische Tradition. Riekerts Wähler stammten ganz überwiegend (70%) aus den nördlichen Gemeinden, wo 1868 und 1870 Hörners Anhängerschaft stark gewesen war. Weber holte fast zwei Drittel seiner Stimmen aus dem mittleren Amt, den früheren Distrikten Mähringen und Lustnau und einigen heiß umkämpften Gemeinden des früheren Distrikts Walddorf – und zwar aus den Gemeinden Rübgarten, Häßlach und Gniebel, wo das Wählerinteresse 90,6%, 89,4% und 85,6% erreichte. Ähnlichkeiten zwischen 1870, 1876 und 1882 gab es zudem hinsichtlich der Mobilisierung der Wähler in ihren jeweiligen Gemeinden[403]; Gönningen brachte es wieder nur auf 39,88%; insgesamt deuten sich auch hier tradierte Verhaltensmuster an.

Da keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hatte, wurde am 3. Januar 1883 eine Stichwahl zwischen Weber und Riekert durchgeführt, die Weber mit 199 Stimmen Vorsprung gewann. Wörner hatte öffentlich erklärt, er werde Riekert nicht stützen[404]; die Wähler Wörners scheinen dieser Empfeh-

---

[399] Schw. Kronik (1876), S. 2373 „Tübingen den 19. Okt."; vgl. auch S. 2345, 2365 und S. 2750.

[400] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Tübingen/Amt 3, errechnet auf der Grundlage der gegenüber 1868/70 leicht veränderten Wahldistriktseinteilung von 1876.

[401] Schw. Kronik (1882), S. 1856, 1883; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tübingen/Amt.

[402] Schw. Kronik (1882), S. 1899, 1955, 1984.

[403] Korrelation der Beteiligungswerte 1876b/1882: $r = 0.8313$; 1870/82 (bei 29 Gemeinden) $r = 0.3802$.

[404] Schw. Kronik (1883), S. 1.

lung aber nicht geschlossen gefolgt zu sein. In Dußlingen hatten zum Beispiel im ersten Wahlgang 269 von 425 Berechtigten abgestimmt (63,29%), 194 (45,65%) für Wörner, 46 (10,82%) für Weber und 29 für Riekert (6,82%). Bei der Stichwahl stimmten nur noch 198 (46,59%) Wahlberechtigte ab, 92 für Weber, 106 für Riekert. Wenn man eine Mobilisierbarkeit von 85–90% unterstellt, ergibt sich aus den Zahlenverhältnissen, dass etwa eine Hälfte der VP-Wähler bei der Stichwahl zu Hause geblieben sein könnte, die andere Hälfte muss abgestimmt haben. Stammten die ca. 46 zusätzlichen Stimmen für Weber von VP-Wählern, so kamen etwa 50 Stimmen für Riekert von VP-Wählern, ca. 27 von Nichtwählern[405].

Für die Landtagswahl vom 9. Januar 1889 stellte die Deutsche Partei noch einmal den nunmehr 70-jährigen Heinrich von Weber auf; er blieb ohne Gegenkandidaten[406] und wurde bei schwacher Wahlbeteiligung (54,3%) mit 53,57% der verfügbaren Stimmen gewählt, für Friedrich Payer wurden 21 Stimmen abgegeben (14 aus Schlaitdorf)[407]. Weber konnte bei dieser Wahl u.a. auf die Wähler zurückgreifen, die sieben Jahre zuvor für ihn, aber auch für seinen politisch gleichgesinnten Gegner gestimmt hatten ; es handelte sich bei ihnen eher nicht um Wähler aus den gewerbereicheren Gemeinden ($r = -0.5645$).

Heinrich von Weber starb am 17. April 1890; die Nachwahl wurde auf den 8. Oktober 1890 angesetzt. Für die Deutsche Partei kandidierte der konservative Landwirt und Hotelbesitzer Friedrich Bayha, der frühere Abgeordnete des Oberamts Leonberg, für die Volkspartei der Metzgermeister und Gemeinderat Christian Weidle[408]. Bayha gewann das Mandat mit einem Vorsprung von 331 Stimmen bei insgesamt schwacher Wahlbeteiligung (55,74%), die jedoch zwischen fast 93% (Dörnach) und 29,57% (Dettenhausen) schwankte[409]. Oberamtmann Nickel[410] erklärte das geringe Interesse der Bürger an der Wahl in einigen Gemeinden mit Geschäftsabwesenheit[411]. Als Erklärung für die Verteilung der Parteistimmen im Amt charakterisierte er die Gemeinden um die Stadt Tübingen – Lustnau, Derendingen, Hagelloch – als *stets mit demokratischen Neigungen*, die Gönninger Händler seien unverbesserlich, und die beiden Steinlachorte stünden mit der Mehrheit stets im Lager der Opposition. Derart

---

[405] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix 1 Tübingen/Amt: Die Zusammenhänge für beide sind schwach negativ.

[406] Schw. Kronik (1888), S. 2277; (1889), S. 42.

[407] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 53 Oberamt Tübingen, Bl. 155–148; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tübingen/Amt.

[408] Christian Weidle (1829–1909), Metzgermeister und Gemeinderat in Tübingen; Staatsanzeiger (1909), S. 59, Schw. Kronik Nr. 116 (1909); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 994.

[409] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 53 Oberamt Tübingen, Bl. 172; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tübingen/Amt

[410] Adolf Nickel (1857–1937), Oberamtmann von Tübingen 1889–1894, für Cannstatt 1894–1903, Stadtdirektor von Stuttgart 1903–1921; Präsident der Kreisregierung in Reutlingen 1921–24; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 136, 59.

[411] HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 53 Oberamt Tübingen, Bl. 173/170 Bericht des Oberamts vom 9. Oktober 1890 betr. die Landtagswahl; für Dettenhausen, Gönningen und Dußlingen trifft das zu, in Sickenhausen, das der Oberamtmann ebenfalls nennt, betrug die Wahlbeteiligung dagegen 69%.

klare Traditionslinien zeichnen sich zwar für einzelne Gemeinden, nicht aber für die Landtagswahlergebnisse insgesamt ab: Seit 1868 hatte die Volkspartei ja überhaupt nur einmal – nämlich 1882 – einen Kandidaten gestellt, der zum Beispiel in Lustnau lediglich 19 Stimmen (6,53%), in Gönningen 43 (8,62%) erhalten hatte[412]. Der Oberamtmann argumentierte des Weiteren auch mit der Persönlichkeit des Kandidaten und seiner beruflichen Stellung – er war in einigen Gemeinden der bedeutendste Ochsenkäufer: *Die für die Demokraten immerhin hohe Stimmenzahl darf gewiß mit Recht durch die Persönlichkeit, die Bekanntschaft und die kecke Art des Auftretens des Metzgers Weidle erklärt werden.*

Fünf Jahre später, bei der Landtagswahl vom 1. Februar 1895, stand Weidle wieder zur Wahl. Sein Gegner war nun nach Bayhas Verzicht Oberamtmann Adolf Nickel, der im Vorjahr nach Cannstatt versetzt worden war; Nickel wurde von der Deutschen Partei unterstützt. Für die SPD warb Agster um Wählerstimmen[413]. Das gestiegene Wählerinteresse[414] manifestierte sich in der höchsten durchschnittlichen Wahlbeteiligung, die in Tübingen/Amt seit 1868 erzielt worden war; und diese 78,15% wurden noch durch die Zahlen aus Gönningen gedrückt, wo wieder viele Wahlberechtigte geschäftlich unterwegs waren und nur 40,88% an der Wahl teilnahmen. Alle anderen Gemeinden überboten 76%, 14 lagen über 80% und drei sogar zwischen 92,31% und 95,24%. Die Höhe der Beteiligung an der Wahl von 1895 in den verschiedenen Gemeinden entsprach deutlich der Verteilung des politischen Interesses 1889, 1882 und 1870[415]; auf längere Sicht ist demnach also ein politisches Grundmuster – die Verteilung von Wählern und Nichtwählern – erhalten geblieben, und dies trotz des Generationswechsels unter den Wahlberechtigten. Eine hohe Wahlbeteiligung lag 1895 gewöhnlich in den Gemeinden vor, in denen der Anteil der Gewerbebetriebe und der selbstständigen Gewerbetreibenden an den Wahlberechtigten gering[416], der der selbstständigen Agrarbetriebe dagegen groß war[417]. Volkspartei und Deutsche Partei – letztere noch etwas ausgeprägter – profitierten leicht von einer hohen Wahlbeteiligung[418].

Die Eigenkorrelationen der DP-Stimmenanteile seit 1882 – durchweg mittelstark, aber immer positiv – deuten auf eine gewisse Kontinuität des Wählerverhaltens hin. Der Volkspartei fehlte dagegen eine solche Stammwählerschaft weitgehend[419], ihre Stimmenanteile lagen mit einiger Regelmäßigkeit in den Gemeinden hoch, in denen ihre Stimmenzunahme gegenüber 1890 hoch war[420]. Dass es sich bei diesen Wählern der Volkspartei eher um frühere Nichtwähler denn um Abwanderer aus der DP-

---

412 Eigenkorrelation VP 1882/1890: r = 0.5536.
413 Schw. Kronik (1895), S. 32, 49, 95, 219.
414 Siehe: Datenträger, Datensatz 2: Tübingen/Amt.
415 1895/82: r = 0.66722; 95/82Stichw: r = 0.6182; 1895/89: r = 0.6397; 1895/70: r = 0.3440.
416 r = –0.8976 bzw. r = –0.9062.
417 r = 0.6431.
418 r = 0.2829 bzw. r = 0.4847.
419 Korrelation 1895/82: r = 0.4622 und 1895/90: r = 0.2349.
420 r = 0.6432.

Wählerschaft handelte, lässt sich als schwache Tendenz feststellen[421]. Hier fehlen vor allem Daten über die Altersstruktur der Wählerschaft, die erkennen lassen würden, ob das Anwachsen der Volkspartei auf die Wahlentscheidung der jüngeren Wählergenerationen zurückzuführen ist.

Zu den Eigenarten der Wahlberechtigten in den 29 Gemeinden des Oberamts Tübingen zählt also einerseits bis 1890 ein hohes Maß an politischer Indifferenz und Abstinenz bei den Wahlen, die teilweise beruflich bedingt war. Die ganz überwiegende Mehrheit der politisch Interessierten, vage eher als agrarische Bevölkerung zu identifizieren, stimmte konservativ; örtlich begrenzt, begegnen auch demokratische Wahltraditionen. Nicht die Reichsgründungswahl vom 5. Dezember 1870, sondern erst das Ergebnis der Landtagswahl vom 1. Februar 1895 markiert eine Zäsur, indem es vermutlich dem Generationswechsel innerhalb der Wählerschaft Rechnung trägt. Markante soziale Unterschiede zwischen Wählern der Deutschen Partei und denen der Volkspartei lassen sich auf der vorliegenden Datenbasis nicht ausmachen. Es ist dies das charakteristische Bild eines agrarisch geprägten Wahlkreises im württembergischen Realteilungsgebiet, wo fast jeder Wahlberechtigte auch Grundeigentümer war, feinere Klassifikationskriterien darüber hinaus aber nicht zur Verfügung stehen.

g) Stadt Ulm

Die zweitwichtigste Stadt Württembergs sollte nach dem Wunsch des Königs und der Hofkreise im neuen Landtag durch einen regierungstreuen Abgeordneten vertreten sein; Innenminister Scheurlen bemühte sich daher, die Wiederwahl Pfeiffers zu hintertreiben. Ende Oktober 1870 hatten Oberbürgermeister Heim und Regierungsrat Kolb[422], der gerade nach Reutlingen versetzte Oberamtmann von Ulm, die bevorstehenden Landtagswahlen erörtert; Kolb hatte Heim vermutlich über seine Absicht informiert, im Amt Ulm zu kandidieren, und Heim zur Kandidatur in der Stadt Ulm gegen Pfeiffer ermuntert, was dieser aber abgelehnt hatte. Am 30. Oktober setzte Kabinettschef von Egloffstein dann Heim brieflich von *den Wünschen Sr. Königl. Majestät* in Kenntnis[423]; Heim lehnte jedoch die Kandidatur wiederum gesundheitshalber ab. Seiner Meinung nach sei es am besten, *die sog. Deutsche Partei mit ihrem Pfeiffer*

---

[421] Zusammenhang zwischen dem Stimmenzuwachs der VP und dem Stimmenanteil der DP 1895: r = –0.1809, bzw. der DP 1890: r = 0.0739.

[422] Gustav Albert (von) Kolb (1817–1876), Oberamtmann von Ulm 1866–1870, Regierungsrat bei der Kreisregierung von Reutlingen; Landtagsabgeordneter für Ulm/Amt 1870–† 4. Januar 1876; ANGERBAUER, Amtsvorsteher, S. 358; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 469.

[423] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 1 Schreiben des Oberbürgermeisters von Ulm an Kabinettschef von Egloffstein, Ulm, 1. November 1870; vgl. dazu auch: Privatschreiben von Scheurlens an den Kabinettschef, 30. Oktober (!): *Bezüglich der Wahl des Abgeordneten der Stadt Ulm gehen meine Erfahrungen übereinstimmend dahin, daß Herr Pfeiffer nur dann beseitigt werden kann, wenn Heim sich wählen läßt.*[...] *Heim schützt sein Amt und seine Gesundheit vor, indem er ablehnt. Man glaubt aber, er werde nicht beharren, wenn ihm im höchsten Auftrag gesagt würde, daß auf seinen Eintritt in die Ständekammer Wert gelegt werde. Jedenfalls möchte ich Dich ersuchen, Deinen Einfluß auf Heim sofort und energisch geltend zu machen.*

diesmal geradezu gewähren zu lassen. Bei der folgenden Wahl werde man ihn mit Leichtigkeit beseitigen. *Und das große Übel ist eben das, daß wir den Mann, welchen man als Gegenkandidaten hätte, aus den Reihen dieser Partei holen müssen. Diesmal gibt sich keiner her, sicher aber das nächste Mal.* Trotz dieser erneuten Ablehnung blieb Heims Kandidatur weiter im Gespräch[424], während dieser sich darum bemühte, den ehemaligen Abgeordneten der Stadt, Rechtsanwalt Karl Schall[425], der 1866 von der Volkspartei zur Deutschen Partei übergewechselt war, für eine Kandidatur zu gewinnen. Als eine Deputation der Ulmer Demokraten und Großdeutschen Schall die Unterstützung ihrer Parteien zusagte, stellte er sich am 13. November als Kandidat zur Verfügung. Der Plan des Oberbürgermeisters schien also aufzugehen. Am folgenden Tag erklärte sich dagegen die Parteiversammlung der DP mehrheitlich für Pfeiffers Wiederwahl[426]. Durch Vermittlung Hölders gelang es schließlich, Schall zum Verzicht zu Gunsten Pfeiffers zu bewegen; auf eine briefliche Anfrage Pfeiffers wegen der Kandidatur hatte Schall vor Beginn des Wahlkampfes Pfeiffers Ansprüche anerkannt[427].

Heim hatte mit dieser Entwicklung gerechnet und zwischenzeitlich Professor Gustav Veesenmayer für die Kandidatur gewonnen, der nun sofort als Gegner Pfeiffers präsentiert wurde[428]. Heim schrieb dem Kabinettschef, Veesenmayers Kandidatur stehe nun „unsererseits" fest; der Kandidat sei ein in Ulm allgemein beliebter, in großem Ansehen stehender Mann von gemäßigten Grundsätzen, *mit dessen Wahl wir Ehre einlegen werden*[429]. Pfeiffer in Stuttgart blieb dieser Hintergrund zunächst verborgen; er rechnete Veesenmayer zu den Großdeutschen[430] und bat Hölder am 28. November um Einwirkung, dass Veesenmayer nicht auch noch von der Regierung (!) unterstützt werde: *Nach den Besprechungen mit S*[cheurlen] *wirst Du wohl in diesem Sinne Deine Erwartungen gegen ihn aussprechen können*[431]? Der Ulmer Korrespondent der „Schwäbischen Kronik" war anscheinend besser informiert, denn er kennzeichnete am 1. Dezember Veesenmayers politische Stellung als „parteilos und für den Eintritt"[432].

---

[424] Beobachter Nr. 265, 9. November 1870.

[425] Karl Ludwig Schall (1827–1909), Rechtsanwalt in Ulm, Oberjustizprokurator, Sekretär der Ulmer Handels- und Gewerbekammer; Landtagsabgeordneter für Ulm/Stadt 1862–1868; er hatte der Fortschrittspartei und der VP angehört, 1865 den Ulmer Volksverein mit begründet, hatte sich aber 1866 der Deutschen Partei angeschlossen; Runge, Volkspartei, S. 42, Anm. 57; Schw. Kronik (1909), Nr. 379, S. 5; Nr. 382, S. 5; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 773f.

[426] Schw. Kronik (1870), S. 3235; Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 333; Beobachter Nr. 276, 22. November 1870.

[427] Schw. Kronik (1870), S. 3351 unterm 28. November; Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 317, 387, 388ff., 391.

[428] Schw. Kronik (1870), S. 3351 unterm 28. November.

[429] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 1 Schreiben des Oberbürgermeisters von Ulm an Kabinettschef von Egloffstein, Ulm, 28. November 1870.

[430] So auch „Beobachter" Nr. 285, 2. Dezember 1870.

[431] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 407 Pfeiffer an Hölder, Stuttgart, 28. November 1870.

[432] Schw. Kronik (1870), S. 3369 „Ulm den 1. Dezember".

Der Oberbürgermeister versuchte auch weiter, den Wahlausgang aus dem Hintergrund zu beeinflussen. Von den 7836 Wahlberechtigten der Stadt Ulm gehörten 3432 der Garnison an, und dieses Stimmenreservoir versuchte Heim für seinen Kandidaten zu mobilisieren. *Geht das Militär mit uns, so hoffe ich, eine glänzende Wahl zu erzielen*, so hatte er dem Kabinettschef geschrieben und ihm mitgeteilt, dass er *die kommandierenden Offiziere persönlich aufsuche* und Generalleutnant Wilhelm von Spitzemberg[433] brieflich gebeten habe, *in geeigneter Weise dem Truppenkommandanten Oberst von Burckhardt nahezulegen, wie unerwünscht die Wahl Pfeiffers wäre*[434].

Wie der Oberamtmann[435] allerdings dem Wahlergebnis entnehmen musste, stellte sich *der angerufene Succurs* [...] *beim Gegner zahlreicher ein als bei uns*[436]: Die Garnisonsangehörigen hatten in erheblich größerer Zahl für Pfeiffer als für Veesenmayer gestimmt[437]; die Deutsche Partei hatte ihren Wahlkampf auch auf die Garnison ausgerichtet[438], und die militärische Führung war anscheinend gut beraten gewesen, auf offene Parteinahme und Beeinflussung zu verzichten, wie auch der Oberamtmann nur im Rahmen des Wahlgesetzes öffentlich gegen Pfeiffer tätig werden konnte: Am Morgen der Wahl wies er die Stadtpolizei an, sich auf die Stadt angemessen zu verteilen, *da Anhaltspunkte zu der Vermutung vorliegen, daß namentlich israelitischerseits gegenüber Wahlberechtigten bei ihrem Gang zum Wahlgebäude eine unstatthafte Beeinflussung unternommen werde*[439].

Das Wahlergebnis[440] bot weitere Überraschungen. Die Wahlbeteiligung blieb insgesamt um 9%-Punkte unter dem Ergebnis vom Juli 1868; um ganze 34 Stimmen – allein 22 waren ungültig oder zersplittert – wurde das 50%-Quorum überschritten und so eine Ergänzungswahl vermieden. Während das Wählerinteresse bei den Garnisonsangehörigen immerhin 52,97% erreichte, nahm unter den zivilen Wählern nicht einmal die Hälfte (48,46%) an der Abstimmung teil. Was die Parteistimmenanteile betraf, so konnten sowohl Pfeiffer (+527) als auch Veesenmayer (+244)[441] gegenüber 1868 Stimmengewinne verbuchen; aber unter den zivilen Wählern müssen beide gegenüber 1868 relativ und sogar absolut Stimmen verloren haben[442]; ihren Stimmenzuwachs verdankten sie also allein der Garnison[443]. Nur in einem Wahlkreis mit mehr

[433] Wilhelm von Spitzemberg (1825–1888).

[434] Wie Anm. 429.

[435] Wohl ein Verwalter; Kolb muss schon versetzt gewesen sein, sonst hätte er nicht kandidieren dürfen; Karl Rampacher (1822– nach 1888) wurde erst am 9. Dezember 1870 ernannt und trat den Dienst erst im April 1871 an; ANGERBAUER, Amtsvorsteher, S. 448f.

[436] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 5 Schreiben des Oberamtmanns von Ulm an Kabinettschef von Egloffstein, Ulm, 6. Dezember 1870.

[437] 1199 zu 754 Stimmen, darunter maximal 140 Zivilisten; 30,78%:19,36%.

[438] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 782.

[439] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 780; Hervorhebungen im Original.

[440] Anhang A, S. 663.

[441] Adam hatte 1868 wohl ein anderes Wählerspektrum angesprochen; insofern hinkt der Vergleich.

[442] Eine genaue Zahl lässt sich nicht nennen, da die Stärke der Garnison für 1868 nur geschätzt werden kann.

[443] Siehe auch: SVZ Nr. 293, 10. Dezember 1870, S. 1201.

als einem Kandidaten war bei dieser Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 das Wählerinteresse noch geringer, und in keinem lag der Stimmenanteil des siegreichen Bewerbers niedriger; die Mehrheit der Ulmer Bürger hatte nicht für den Beitrittsvertrag gestimmt: Insgesamt also ein eher enttäuschendes Wahlresultat, wenn auch das Oberamt Veesenmayer als den eigentlichen Sieger darzustellen suchte, *da bei ihm die Stimmen des Kerns der Bürgerschaft* zu finden gewesen seien[444].

Hatte die Ulmer Volkspartei – sehr zum Missfallen des „Beobachters" – sich 1868 für die Unterstützung eines großdeutschen Kandidaten entschlossen, dann am 5. Dezember 1870 keinen Bewerber gestellt und die Abstimmung offensichtlich boykottiert, so trat sie seit 1876 neu formiert mit eigenen, zugkräftigen Landtagskandidaten hervor. Am 13. Dezember 1876[445] siegte der Rechtsanwalt und Gemeinderat Robert Ebner[446], der schon zehn Jahre zuvor mit Gustav Wolbach und Robert Leipheimer[447] im Ulmer Volksverein führend tätig gewesen war[448], über den Kreisgerichtsrat Richard Landerer[449], der nach Pfeiffers Verzicht von der Deutschen Partei aufgestellt worden war[450]. Am 20. Dezember 1882 wurde Ebner ohne Konkurrenz wiedergewählt. Da die Deutsche Partei Wahlenthaltung beschlossen hatte[451], machten nur 24,6% der Berechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch und stimmten 24,41% für den Kandidaten der Volkspartei[452]. Die Landtagswahl vom 9. Januar 1889 erbrachte ein ähnliches Ergebnis. Wieder blieb Ebner ohne ernsthafte Konkurrenz; die Deutsche Partei, die zunächst sogar erwogen hatte, Ebner zu unterstützen, gab ihren Anhängern schließlich die Wahl frei. Bei einer Wahlbeteiligung von 33,8% siegte Ebner mit 32,37%, für Karl Kloß (SPD) wurden 71 Stimmen abgegeben[453].

Nach Ebners Tod am 16. Januar 1894 wurde für den 7. März eine Nachwahl angesetzt, auf die der Innenminister sein besonderes Augenmerk richtete[454], da nun die Möglichkeit bestand, die achtzehnjährige Vorherrschaft der Volkspartei zu beenden.

---

[444] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 5.

[445] Siehe: Datenträger, Datensatz 2: Stadt Ulm.

[446] Robert Adolf Ebner (1831–1894), „Germania" Tübingen Jg. 1849, Rechtsanwalt und Gemeinderat in Ulm, Landtagsabgeordneter für Ulm/Stadt 1876–1893; Schw. Kronik (1894) Nr. 16, S. 126; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 154f.

[447] Robert Leipheimer (1829–1914), „Germania" Tübingen Jg. 1847, Rechtsanwalt in Ulm; 1869 im Landeskomitee der VP.

[448] RUNGE, Volkspartei, S. 42, Anm. 58.

[449] Richard Landerer (1829–1918), Kreisgerichtsrat und Vorstand des Ulmer Konsumvereins; Württ. Nekrolog (1918/19), S. 58–64.

[450] Wahlergebnis: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 8, Nr. 5 Ulm/Stadt: Wahlbeteiligung 59,2%; DP 26,83%; VP 32,21%, Mehrheiten in allen vier Distrikten; vgl. auch: Schw. Kronik (1876), S. 2373, 2525, 2533, 2593, 2645, 2665, 2689, 2706, 2738, 2749.

[451] Schw. Kronik (1882), S. 1799.

[452] Wahlergebnis: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 4, Ulm/Stadt, Bl. 3.

[453] Wahlergebnis: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 4, Nr. 7 Ulm/Stadt, Bl. 2; vgl. auch: Schw. Kronik (1888), S. 2226, 2281.

[454] HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 6, Nr. 8 Ulm/Stadt, Bl. 13 Erlass des Innenministers an den Oberamtmann von Ulm, 5. Februar 1894: Der Oberamtmann wird darin aufgefordert, etwa alle 10 Tage über die Wahlbewegung, die Kandidaten etc. zu berichten. Wahlergebnis: Bl. 26/24.

Für die Volkspartei kandidierte der Hutfabrikant und Gemeinderat Friedrich Mayser[455]. Ihm trat offiziell als parteiloser Bewerber ein weiteres Mitglied der ökonomischen und politischen Führungsschicht Ulms gegenüber, der Käsefabrikant und Käsegroßhändler Karl Engel[456], und für die SPD stand Adam Dietrich zur Wahl. Die recht geringe Wahlbeteiligung von 54,93% erklärte der Innenminister damit, dass sich *die in Ulm nicht unbedeutend vertretene antisemitische Partei*[457] [...] *der Wahl enthalten* habe[458]. Da am 7. März keiner der Kandidaten mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhielt[459], musste am 20. März eine Stichwahl zwischen Mayser und Engel entscheiden. Bei einer Wahlbeteiligung von 66,85% stimmten 2327 Wähler (39,80%) für Mayser, 1564 (26,75%) für Engel. Nach Ansicht des Innenministers hatten SPD und Antisemiten in der Stichwahl für Mayser gestimmt[460].

Die Landtagswahl vom 1. Februar 1895[461] schließlich gewann Mayser bereits im ersten Anlauf mit 1846 Stimmen (30,99%) gegen seinen Konkurrenten von der Deutschen Partei, den Apotheker und Zementfabrikanten Dr. Gustav Leube[462], für den 1206 Wähler (20,25%) stimmten. Adam Dietrich (SPD) brachte es auf 280 Stimmen (4,70%), deutlich weniger als im Jahr zuvor; viele dürften VP statt SPD gewählt haben. Für Gröber (Zentrum) stimmten nur 217 Wähler (3,64%) bei etwa 1500[463] katholischen Wahlberechtigten, von denen die Mehrzahl vermutlich nicht gewählt hat.

Das Verhalten der Ulmer Wählerschaft zwischen 1868 und 1895 ist also einerseits gekennzeichnet durch die niedrige Wahlteilnahme, die überhaupt nur einmal – bei der Stichwahl von 1894 – die 60%-Marke überschritt; andererseits legen die recht konstanten Parteistimmenanteile die Vermutung nahe, dass Deutsche Partei und Volkspartei jeweils über ein verlässliches Wählerkontingent verfügten, mit leichten Vorteilen für die DP vor der Reichsgründung und deutlichem Vorsprung für die Volkspartei seit 1876. Musste die Deutsche Partei in diesem Zeitraum eine allmähliche Erosion ihrer Wählerbasis von 31,57% auf 20,25%[464] hinnehmen, so gab die Volkspartei seit 1889

---

[455] Friedrich Mayser (1840–1907), Kommerzienrat, Direktor von Maysers Hutmanufaktur (gegr. 1800), langjähriges Gemeinderatsmitglied; Hirschfeld, Württembergs Großhandel und Großindustrie, S. 92f.; Staatsanzeiger (1907), S. 1245; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 558f.

[456] Karl Engel (1838–1908), Gemeinderat, Kirchengemeinderat; Kommerzienrat, Mitglied des Beirats der Verkehrsanstalten, 1878–1908 Mitglied der Handelskammer Ulm, 1895–1908 ihr Vorsitzender; Mosthaf, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern, Bd. 1, S. 310.

[457] Zur „Schnellpostpartei" siehe oben, S. 334, Anm. 217.

[458] HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 6, Nr. 8 Ulm/Stadt, Bl. 22/21 Bericht des Innenministers an den König betr. die Wahl eines Landtagsabgeordneten, Stuttgart, 21. März 1894.

[459] Mayser 1445 (24,72%), Engel 1397 (23,90%), Dietrich 364 (6,23%).

[460] Wie Anm. 458.

[461] HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 1, Bl. 117; Schw. Kronik (1895), S. 186, 197f.

[462] Gustav Leube (1836–1913), „Germania" Tübingen Jg. 1858, Dr., Apotheker, Zementfabrikant in Ulm (wie sein Vater); Schw. Kronik (1913), S. 569.

[463] Der katholische Bevölkerungsanteil lag 1895 bei 27,3% (HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 1, Bl. 118); von den 5956 Wahlberechtigten wären demnach bis zu 1600 katholisch.

[464] Diese Tendenz zeigt sich auch, wenn man nur die drei ausschließlich zivilen Wahldistrikte

Stimmen an die SPD, seit 1895 wohl auch an das Zentrum ab, dennoch blieb die Volkspartei stärker als die Deutsche Partei. Die Wahl vom 5. Dezember 1870 blieb insofern eine Ausnahme, als Veesenmayer seine Stimmen vermutlich aus dem gesamten konservativen Spektrum holte, auf Kosten Pfeiffers ebenso wie von bisherigen Nichtwählern, während die prinzipienfesten Demokraten eher der Abstimmung fernblieben. Ein durchgreifender Stimmungsumschwung blieb in Ulm also aus.

In einer Reihe von protestantischen Wahlkreisen fand jedoch ein deutlicher Stimmungswechsel statt, dessen Ausmaß sich am deutlichsten durch den Vergleich der beiden Wahlkreise erschließt, in denen 1868 und 1870 mit Julius Hölder und Karl Mayer die Leitfiguren der beiden liberalen Parteien sich um das Mandat bewarben.

b) Oberamt Göppingen

Unmittelbar nach der Kammerauflösung am 22. Oktober 1870[465] regte Oberamtmann Neudörffer gegenüber der Göppinger DP an, dass Hölder die Kandidatur schon jetzt öffentlich übernehmen solle, damit für ihn bei allen Anlässen gewirkt werden könne[466]. Dieses demonstrative Kooperationsangebot gegenüber dem Führer der Deutschen Partei erfolgte wohl auch in Erinnerung an den sehr knappen Wahlausgang des Jahres 1868, besiegelte den Pakt zwischen Regierung/Ministeriellen und „Preußen"; es hatte somit exemplarischen Charakter. Die Zusammenarbeit erwies sich als erfolgreich; Oberamt und Innenministerium trugen beispielsweise einer Anregung aus der Göppinger DP Rechnung, dass das katholische Rechberghausen nicht wieder Abstimmungsort sein sollte[467]. Und noch bevor Hölders Kandidatur am 16. November von einer Wählerversammlung öffentlich legitimiert wurde[468], berichtete der Göppinger Korrespondent der „Schwäbischen Kronik" bereits, Hölder werde selbstverständlich wieder als Kandidat aufgestellt[469]. Der Wahlkampf Hölders und seiner Wahlhelfer widmete den Distrikten Boll und Ebersbach besonderes Augenmerk[470], jenen also, in denen beide Konkurrenten Hölders 1868 eine starke Stellung innegehabt hatten und zwei Schultheißen[471] nach wie vor bekanntermaßen für die

---

betrachtet, und sie bestätigt sich durch die Wahl von 1900, als für den Kandidaten der DP, Oberbürgermeister Heinrich Wagner, 17,07% (Stichwahl 6,14%) stimmten; Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 863, Fasz. 5 Wahlstatistik.

[465] Extrablatt des Staatsanzeigers, 22. Oktober 1870 nachmittags; Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 241.

[466] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 243 Rosenthal an Hölder, Göppingen 24. Oktober 1870.

[467] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 251 Präzeptor Keller an Hölder, 26. Oktober 1870; Reg. Bl. Nr. 26, 5. November 1870, S. 412 „Berichtigung" zu Nr. 21 Oberamt Göppingen: Nachträglich wird bei Wahldistrikt VII Wangen an Stelle von Rechberghausen zum Abstimmort gemacht.

[468] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 343, 344.

[469] Schw. Kronik (1870), S. 3211, „Göppingen 13. November"; ähnlich: DV Nr. 268, 15. November 1870 und SVZ Nr. 276, 20. November 1870, S. 1137.

[470] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 405, 436; Schw. Kronik Nr. 281 (1870), S. 3313.

[471] Nämlich Grundler in Uhingen und Wörner in Heiningen; letzterer kandidierte dann bei der Landtagswahl von 1876 gegen Hölder.

Volkspartei wirkten; im Distrikt Ebersbach hatte Hölder selbst in der Stichwahl von 1868 nur ein verhältnismäßig schwaches Resultat erzielt[472].

Die Volkspartei im Oberamt Göppingen rechnete damit, bei der Wahl einen schweren Stand zu haben. Doch obwohl sie ihre Aussichten als „nicht günstig" beurteilte, wandte sie sich entschieden gegen eine Wahlenthaltung[473]. Nach einem geeigneten Kandidaten suchte man jedoch zunächst vergeblich[474]. Erst am 23. November konnte der „Beobachter"[475] voller Freude melden, dass Schultheiß Karl Amos von Faurndau[476] zur Kandidatur bereit sei. Amos wäre schon 1868 mit großer Mehrheit gewählt worden, es habe aber eine Ehrenpflicht gegenüber Beckh, Amos' Freund, bestanden, diesen zum Kandidaten zu machen, Amos sei jedoch kein Anhänger der Volkspartei, wie der „Beobachter" betonte. Wegen eines Gichtleidens sei er bisher nicht in den Wahlkampf eingetreten; da er im Bezirk bekannt sei, während Hölder dem Bezirk noch so fremd gegenüberstehe wie am ersten Tag, werde ein einmaliges Auftreten vor den Wählern genügen. Drei Tage später relativierte Amos diesen Artikel in einem Brief an den „Beobachter" öffentlich, indem er u.a. erklärte, dass von einer eigentlichen Kandidatur nicht die Rede sein könne[477]. Sein Wahlkampfkomitee warb dennoch weiter unverdrossen für ihn[478], auf gemäßigte, großdeutsche Wähler zielend.

Hatte Hölder im Jahre 1868 das Mandat nur knapp mit 214 Stimmen Unterschied und dank Regierungsunterstützung in der Stichwahl gegen Beckh (VP) gewonnen[479], so wuchs am 5. Dezember 1870 sein Vorsprung gleich im ersten Wahlgang auf 1444 Stimmen an; sein Ergebnis von 3091 Stimmen übertraf das der Stichwahl von 1868 noch einmal um 246; in allen sieben Wahldistrikten entschied sich die Mehrheit der Wähler (34,8–56,4%) für ihn[480]; nur der Distrikt Ebersbach (III) blieb hinter der Stichwahl von 1868 zurück; alles in allem ein Ergebnis, das *die stetige Ausbreitung des Einigungsgedankens* zu beweisen schien[481].

Für Amos wurden 1647 Stimmen abgegeben, das waren fast 1000 weniger als bei der Stichwahl und immerhin 355 weniger als bei der Hauptwahl von 1868 (5,1%-Punkte). Wenn 1870 die Wahlbeteiligung um 10,7 Punkte gegenüber der Stichwahl

---

[472] Siehe oben S. 203.

[473] Hohenstaufen Nr. 88, 3. November 1870, S. 355.

[474] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 291.

[475] Beobachter Nr. 277, 23. November 1870.

[476] Karl Amos (1814–1890), Schultheiß von 1839–1885 (frdl. Mitteilung des Stadtarchivs Göppingen); Amos hatte Beckh 1868 im Wahlkampf aktiv unterstützt: vgl. SVZ Nr. 157, 9. Juli 1868, S. 666.

[477] Beobachter Nr. 280, 26. November 1870.

[478] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 404, 428, 437.

[479] Siehe oben S. 202ff.

[480] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Göppingen 2: Die Eigenkorrelation der DP-Stimmenanteile aus der Stichwahl 1868 und Hauptwahl 1870 beträgt r = 0.8904, aus der Hauptwahl 1868 aber nur r = –0.0692; Hölder erhielt 1870 also wiederum die Stimmen der konservativeren ministeriellen Wähler aus dem agrarischen Milieu (DP/über5 ha r = 0.8490).

[481] Schw. Kronik Nr. 291, 9. Dezember 1870, S. 3447.

von 1868 zurückblieb, so ging dies ganz wesentlich zu Lasten der Volkspartei: In fünf der sieben Wahldistrikte entsprach der Rückgang des Wählerinteresses dem Stimmenverlust der VP. Diese hatte also den Teil der Wähler, der 1868 durch den außergewöhnlichen Wahlkampf schließlich zum Urnengang motiviert worden war, nicht wieder für sich mobilisieren können, wofür sicher auch der wenig intensive Wahlkampf ohne eigentlichen Kandidaten verantwortlich gewesen sein dürfte. Der Kernbestand der Wähler hatte der Volkspartei jedoch die Treue gehalten[482]. Demgemäß würdigte der Göppinger Korrespondent des „Beobachters" Amos' Resultat als *nichts weniger als ungünstig für die demokratische Partei.* Insbesondere gelte das für die Stadt Göppingen; dieser seien zwei Gemeinden mit etwa 250 Wahlberechtigten zugeteilt gewesen, die zu höchstens einem Fünftel für Amos abgestimmt hätten. Es ergebe sich damit *ein Zahlenverhältnis für die Stadt*[483], *das sich den früheren Abstimmungen daselbst würdig* [anreihe], *ihrer alten freiheitlichen Gesinnung* [entspreche] *und den Beweis* [liefere], *dass der gegenwärtige Schwindel hier nur gewisse Schichten ergriffen* [habe][484].

Ganz zu überzeugen vermag diese Darstellung nicht, denn bei einer der beiden der Stadt zugeteilten Gemeinden handelte es sich um Faurndau, wo der volksparteiliche Kandidat Schultheiß war und sich die Papierfabrik des ehemaligen Kandidaten Beckh befand; es wäre schon höchst ungewöhnlich, wenn Amos ausgerechnet hier nur so wenige Stimmen erhalten haben sollte. Richtig aber ist, dass sich die Volkspartei in Distrikt I selbst bei dieser Wahl von 1870 gegenüber der Deutschen Partei behauptet hatte (668 gegenüber 672 Stimmen) und dass nunmehr 40% der VP-Wähler (22% der DP-Wähler) aus diesem urbanen Distrikt stammten, der 26% der Wahlberechtigten umfasste; der Stimmenanteil der Volkspartei war dagegen in den ländlichen Distrikten auf durchschnittlich unter 20% abgesunken[485]. Selbst dieses Resultat enthielt jedoch auch positive Aspekte. Zwar verlor die VP gerade in ihren früheren Hochburgen Groß-Eislingen (IV) und Hohenstaufen (VI) gegenüber der Hauptwahl von 1868 acht bis neun Prozentpunkte, doch in den drei westlichen Wahldistrikten konnte sie ihren Stimmenanteil jeweils um drei bis vier Punkte steigern.

Für Hölder entschieden sich 3091 Wähler, er gewann in allen sieben Wahldistrikten die Stimmenmehrheit; in Boll (II) und Rechberghausen/Wangen (VII), seinen Hochburgen von 1868, baute er seine Stellung sogar auf 56,4% und 53,5% aus; nur in Ebersbach (III) wurden weniger Stimmen für ihn abgegeben als bei der Stichwahl von 1868. Wenn nun die Volkspartei insgesamt keine verheerende Niederlage erlitt, woher stammten dann Hölders Zugewinne von 1611 Stimmen gegenüber der Hauptwahl von 1868? Da Hölder auch von Regierung und Beamten wieder kräftig unter-

---

[482] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Göppingen 2: Die Eigenkorrelation der VP-Stimmenanteile 1868/1870 beträgt r = 0.8828 und Stichwahl 1868/1870 r = 0.8743.

[483] Nämlich 40% für Amos gegen 38% für Hölder.

[484] Beobachter Nr. 296, 15. Dezember 1870 „Göppingen 11. Dez.".

[485] Die gegenläufigen Zusammenhänge zwischen den VP-Stimmenanteilen und den „agrarischen" Variablen bleiben unverändert hoch: z.B. VP-Anteile/Selbstständige Landwirte r = –0.9390.

stützt wurde, dürfte etwa die Hälfte seiner zusätzlichen Stimmen aus dem Lager der ministeriellen Wähler stammen. Wie bei der Stichwahl zwei Jahre zuvor gab es freilich immer noch Reserve gegenüber Hölder: In Ebersbach (III), wo am 8. Juli 1868 21,5% der Stimmen für den ministeriellen Kandidaten abgegeben worden waren, blieb Hölders Stimmenzuwachs ungewöhnlich gering[486]; bei rückläufigem Wählerinteresse konnte die Volkspartei ihren Stimmenanteil hier um fast 4% steigern[487]. Hölders Stimmengewinne kamen weiterhin dadurch zu Stande, dass es ihm und seinem Wahlkampfkomitee gelang, bisherige Nichtwähler anzusprechen und zur Abstimmung zu motivieren. Besonders augenfällig wurde dies in den Distrikten Boll (II) und Hohenstaufen (VI). Hatten dort bei der Hauptwahl des Jahres 1868 nur 53,2 und 47,1% der Berechtigten abgestimmt, so waren es im Jahre 1870 68,18% und 68,75%, Zugewinne, die nur der Deutschen Partei zugute gekommen sein können, da die Anteile der Volkspartei hier um 11,5% und 8,1% abnahmen. Und schließlich rekrutierte sich etwa ¼ der hinzugewonnenen Wähler Hölders aus der Gruppe derjenigen, die 1868 Beckh gewählt hatten.

Die vorliegenden Zahlen bieten nur wenige Hinweise auf die Wählerwanderung, deren Umfang jedenfalls beträchtlich gewesen sein muss. Wenn Karl Amos in den Hochburgen der Ministeriellen/Konservativen – und nur dort – Stimmen hinzugewinnen konnte, so liegt die Vermutung nahe, dass dort ein Teil der konservativen Wähler für ihn und nicht für Hölder votiert hatte. Unterstellt man weiter, dass auch in diesen beiden Distrikten etliche frühere VP-Wähler zu Hölder umschwenkten, so würde sein Zugewinn an ministeriellen Stimmen entsprechend ansteigen; bei durchschnittlichen 6 Punkten Verlust an VP-Wählern müsste man die ministeriellen Wähler für 10%-Punkte Gewinn verantwortlich machen, das wären etwa 170 Wähler, also ca. 40% der Wähler Amos'. Über das Abstimmverhalten der katholischen Wähler in den Stimmbezirken Groß-Eislingen (IV), Hohenstaufen (VI) und Wangen (VII) schweigen sich die Quellen aus. Wenn aber, wie zu vermuten ist, dieser Teil der Wähler eher „großdeutsch" als „kleindeutsch" abstimmte, könnten theoretisch sogar alle VP-Stimmen in diesen Distrikten aus dem katholischen Bevölkerungsteil stammen[488].

Bei der Landtagswahl von 1876[489] behauptete Hölder sein Mandat im Oberamt Göppingen mit 41,4% gegen Schultheiß Wörner (VP) mit 32,3%; bei der Nachwahl von 1881 nach Hölders Ernennung zum Innenminister siegte Heinrich Krauß

---

[486] +15,4% gegenüber dem Ergebnis der Hauptwahl, das ist der zweitschlechteste Wert nach 10,7% in Distrikt I; –3,3% gegenüber der Stichwahl.

[487] Schw. Kronik Nr. 291, 9. Dezember 1870, S. 3447: In Ebersbach – nach den vorliegenden Zahlen kann nur die Gemeinde, nicht der Wahldistrikt gemeint sein – hätten 99 Wähler weniger abgestimmt als 1868.

[488] Die Korrelationen sind freilich nur schwach; ein positiver Zusammenhang mit dem Katholikenanteil zeigt sich eher für die DP.

[489] Wahlergebnis: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 20 Oberamt Göppingen.

(VP)[490] über Theodor Sixt (DP)[491]. 1882 fiel das Mandat an den Interessenvertreter der Landwirtschaft, Richard Landerer (DP)[492], der mit 52,9% über Krauß mit 36,6% triumphierte[493]; 1889 siegte Gottfried Betz (DP)[494] mit 40,3% gegen Johannes Erhardt (VP)[495], der 32,8% erreichte[496]. 1895 schließlich erhielt Johannes Hieber (DP)[497] 34,7%, Erhardt (VP) 23,9%, Adolf Gröber (Z)[498] 5,8% und Hermann Leickhardt (SPD)[499] 16,47%. In der Stichwahl unterlag Hieber mit 39,3% deutlich gegen Erhardt, der es mit Hilfe der SPD auf 47,0% brachte[500].

Die hohen Eigenkorrelationen der DP-Stimmenanteile von der Stichwahl des Sommers 1868 bis hin zur Stichwahl vom Februar 1895 lassen eine sehr große Kontinuität und Stabilität im politischen Verhalten dieser Wählergruppen erkennen, die sich, mal mehr, mal weniger stark hervortretend, mit dem agrarischen Milieu in Zusammenhang bringen lassen[501]. Eine ähnlich fest gefügte Wählerschaft, jedoch eher nicht aus dem agrarischen Bereich, stand regelmäßig hinter dem Kandidaten der Volkspartei. Diese Wahltradition nimmt ihren Anfang nicht schon im Juli 1868, sondern erst bei jenen Gruppen, die auch noch 1870 demokratisch wählten; sie schwächt

---

[490] Heinrich Krauß (1822–1885), Kunstmüller in Göppingen (laut Wahlurkunde ist er am 23. August 1831 geboren); RABERG, Biographisches Handbuch, S. 472.

[491] Theodor Sixt (1831–1902), Fabrikant in Kleineislingen; LANGEWIESCHE, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 122; MUNDORFF, Industrialisierung in Kleineislingen, S. 133; Wahlergebnis: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 20 Oberamt Göppingen; Schw. Kronik (1881), S. 2356.

[492] Richard Landerer (1847–1924), Ökonom, Inspektor, Ökonomierat; Schwäbische Lbb. VI, S. 348f.; 1881 war ihm die Kandidatur von VP und DP angeboten worden, sie hatten sich aber nicht auf eine gemeinsame Kandidatur einigen können: Schw. Kronik (1881), S. 2240; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 491f.

[493] Wahlergebnis: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Göppingen, Bl. 4.

[494] Gottfried Betz (1835–1908), 1880–88 Amtsnotar in Boll, seit 1889 Gerichtsnotar in Marbach; 1870 im Oberamt Kirchheim als Kandidat der Volkspartei im Gespräch, er erhielt dort 0,9% der verfügbaren Stimmen; Landtagsabgeordneter für Kirchheim 1877, das Mandat erlosch wegen seiner Ernennung zum Amtsnotar; Staatsanzeiger (1908), S. 639, 647; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 64.

[495] Johannes Erhardt (1831–1907), Kaufmann, Fabrikant und Gemeinderat in Göppingen; Mitglied der Handels- und Gewerbekammer Reutlingen; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 183.

[496] Wahlergebnis: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 19 Oberamt Göppingen, Bl. 652ff.

[497] Johannes Hieber (1862–1951), „Normannia" Jg. 1880; Dr. Gymnasialprofessor in Stuttgart, 1919 Kultusminister, 1920/21 Württ. Staatspräsident; Lbb. aus Schwaben u. Franken XIII, S. 375ff.; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 354ff.

[498] Adolf Gröber (1854–1919), Landrichter in Heilbronn, Begründer der württembergischen Zentrumspartei; NDB 7, S. 107f.; RABERG, Adolf Gröber, S. 403–436; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 286ff.

[499] Hermann Leickhardt (1843–1925), Schreinermeister in Stuttgart; gründete 1869 den ADAV Stuttgart; führender Stuttgarter Sozialdemokrat; SCHMIERER, Von der Arbeiterbildung, S. 159ff.

[500] Wahlergebnis: HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 20 Oberamt Göppingen, Bl. 588ff.; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Göppingen.

[501] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Göppingen 1 und Göppingen 2: Auch auf der Grundlage der 34 Gemeinden liegen die Eigenkorrelationen der DP hoch (0.8 und höher) und treten die Zusammenhänge mit den agrarischen Gemeinden deutlich hervor.

sich 1889 und erst recht 1895 erheblich ab, als Wähler an die SPD abgegeben wurden, und trat in der Stichwahl von 1895 mit den Leihstimmen von der SPD wieder deutlich hervor[502].

Während die Volkspartei erstmals wieder seit 1868 in dieser Stichwahl von 1895 das Landtagsmandat eroberte, brachte sie im Wahldistrikt I (Göppingen)[503] fast regelmäßig sichere Mehrheiten ein: 1876 lautete das Stimmenverhältnis 40,7% zu 36,5%, 1881 baute Krauß seinen Vorsprung sogar auf 45,3% gegen Sixt 24,7% aus. 1882 behauptete die VP knapp die Mehrheit mit 45,01 gegen 42,6%; 1889 blieb sie mit 34,43% Sieger über die DP 31,5%, Alfred Agster (SPD)[504] erreichte hier 11,4%. 1895 lagen DP (24,3%), VP (24,95%) und SPD (23,96%) nach dem ersten Wahlgang fast gleichauf, in der Stichwahl steigerte sich Erhardt auf 52,7%, während Hieber nur 26,9% erreichte.

Wie fest gefügt die politischen Gruppen innerhalb der Stadt waren, zeigt ein Vergleich der Wahlaufrufe für Beckh von 1868[505] und für Hölder von 1876 mit 155 Unterschriften[506]; nur vier VP-Anhänger wechselten danach zur DP über: Chr. Scheuffelen, J.G. Böhringer, Friedrich Böhringer und Karl Mauch sen.[507], der noch 1869 und 1870 dem Landeskomitee der VP angehört hatte.

Diese linksliberale Wahltradition der Stadt Göppingen aus der Zeit vor der Reichsgründung bleibt freilich verborgen, wenn man, wie Marilyn Shevin *Coetzee*[508], nur die Ergebnisse der Reichstagswahlen betrachtet. Die Landtagswahlergebnisse lassen ein Ansteigen des Wählerinteresses seit Mitte der 80er Jahre als Folge der verschärften Wahrnehmung sozialer Missstände[509] zudem nicht erkennen: Zwischen 1868 und 1895 lag die Wahlbeteiligung im Wahldistrikt Göppingen recht konstant bei 77%, 1881 mit 70,5% am niedrigsten, 1882 stieg sie einmalig auf 88,15%; bei den Stichwahlen von 1868 und 1895 wurden 85,6% und 79,8% erreicht.

Der Stimmenanteil der SPD, Gradmesser für die Erosion der politischen Macht des Liberalismus, stieg im Wahldistrikt Göppingen steil an, seit 1882 – später als bei den Reichstagswahlen – erstmals eine (!) Stimme (0,05%) für Albert Dulk[510] abgegeben worden war. 1895 entschieden sich aber im Stadtbereich doch nur 23,6% (im Wahldistrikt Göppingen 23,96%) der Berechtigten für die SPD, obwohl deren Stimmenanteil bei der Reichstagswahl von 1893 bereits bei 30,3% gelegen hatte und 1898

---

[502] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Göppingen 1 und Göppingen 2.

[503] Ab 1882 liegen die Ergebnisse für die Stadt gesondert vor; sie können um 1–2%-Punkte von denen des Wahldistrikts abweichen; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Göppingen.

[504] Alfred Agster (1858–1904), Apotheker in Gmünd; Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 1, S. 147, 154.

[505] Göppinger Wochenblatt Nr. 53, 27. Juni 1868 dazu ein Wahlplakat HStAS E 146, 1432 Fasz. 8, Bl. 224, insgesamt 106 Unterschriften, darunter die von Georg Bronnenmayer (1837–1905) als Mitglied der Weber Association.

[506] Göppinger Wochenblatt Nr. 141, 2. Dezember 1876.

[507] Karl Mauch (1814–1888), Apotheker in Göppingen.

[508] Coetzee, Erneuerung oder Niedergang, S. 121–135.

[509] Ebd., S. 131.

[510] Albert Dulk (1819–1884), Dr. phil., Schriftsteller, 48er; bis 1875 Mitglied der Volkspartei.

32,8% betrug. In der Stichwahl von 1895 traten die SPD-Wähler dann anscheinend für eben jenen Kandidaten der Volkspartei ein, der als Mitglied der wirtschaftlichen und politischen Führungsschicht der Stadt mit für die schlechten Lebensbedingungen in der Stadt verantwortlich war, und verhalfen ihm zum Sieg. Allem Anschein nach verhielten sich viele SPD-Wähler bei Reichstags- und bei Landtagswahlen unterschiedlich[511]; es widerspricht den Erwartungen, dass die innerstädtischen Missstände als Wahlmotiv für sie bei Reichstagswahlen die entscheidende Rolle gespielt haben sollten, nicht aber bei Landtagswahlen, bei denen das viel näher gelegen hätte.

i) Oberamt Besigheim

Ob Karl Mayer, der Führer der Volkspartei, im Oberamt Besigheim zur erneuten Kandidatur aufgefordert werden würde, blieb zunächst unsicher. Während einer Sitzung des Landeskomitees am 13. November 1870 besprach er sich mit den Besigheimer Vertretern[512] und gab seine Kandidatur öffentlich für den Fall bekannt, *dass durch eine demnächst abzuhaltende Wählerversammlung Aufforderung an ihn gelangt*[513], eine konsequent demokratische und mutige Erklärung, die fast in einer öffentlichen Blamage endete. Erst sechs Tage später erreichte ihn abends das erlösende Telegramm aus Lauffen, dass *Vertreter aus 14 Ortschaften des Bezirks Besigheim* ihn zur Kandidatur aufforderten[514]. Wie die „Schwäbische Volkszeitung" jedoch korrigierend hervorhob, hatte es sich nicht etwa um eine Wählerversammlung gehandelt, sondern um eine Sitzung des Bezirksvolksvereinsausschusses mit acht bis zwölf Teilnehmern[515]. Karl Mayer hatte danach also die angestrebte demokratische Legitimation seiner Kandidatur genau genommen nicht erreicht; gleichzeitig wurde aus dem Oberamt heraus versucht, Schultheiß Rettich von Löchgau als volksparteilichen Kandidaten aufzubauen[516], ein weiteres Indiz für die Mayer ungünstige Stimmung der Wählerschaft. Um so wichtiger schien ein intensiver Wahlkampf; Mayer fuhr schon am folgenden Tag nach Besigheim, um seine Wahlreise zu planen.

---

[511] Da bei Reichstagswahlen alle Reichsbürger über 25 etc., bei Landtagswahlen aber nur die württembergischen Staatsbürger stimmberechtigt waren, differierten beide Gruppen von Berechtigten um ca. 3% (RT 1893: 3078, 1898: 3650; LT 1895: 3108), dieser Unterschied könnte aber allenfalls ein Drittel der geringeren SPD-Stimmenzahl bei der Landtagswahl erklären.

[512] Das Oberamt Besigheim war 1870 im Landeskomitee der VP vertreten durch: Ökonom Kreh aus Lauffen, Drechsler Ott aus Besigheim, Müller Wilhelm Stahlecker aus Bietigheim und Schultheiß Rettich von Löchgau.

[513] Beobachter Nr. 270, 15. November 1870.

[514] Beobachter Nr. 276, 22. November 1870; so auch Neckar- und Enzbote Nr. 138, 22. November 1870, S. 552; dessen Redakteur war Gottlob Müller, der Führer der Besigheimer Demokraten und damals Schriftführer des Bezirksvolksvereins.

[515] SVZ Nr. 278, 23. November 1870, S. 1144; durch einen Druckfehler war das genannte Telegramm auf das Jahr 1670 datiert, was der „SVZ" die Möglichkeit bot zu schreiben: *Um 200 Jahre sind die Herren hinter ihrer Zeit zurück.*

[516] Neckar- und Enzbote Nr. 138, 22. November 1870, S. 552.

Am 23. November sollte sie mit einer Versammlung in Walheim[517], also vor den Toren der Oberamtsstadt, ihren Ausgang nehmen. Für den folgenden Tag war eine Wählerversammlung in Lauffen geplant; Bönnigheim, Hofen und Hohenstein, Wahldistrikt III im Jahre 1868, blieben unberührt, dort hatte Mayer bei der Landtagswahl von 1868 mit 27,7% sein mit Abstand schlechtestes Ergebnis erzielt, während der ministerielle Gegner 32,5% der verfügbaren Stimmen gewonnen hatte. 1870 schien dort ein Auftreten Mayers am Beginn seiner Kampagne wenig Erfolg versprechend. Von Lauffen ausgehend wollte Mayer dann zunächst die nordöstlichen Gemeinden Ilsfeld und Kaltenwesten, danach im Westen Freudental und Erligheim besuchen. Er wich jedoch von der geplanten Route ab; statt in Kaltenwesten aufzutreten, fuhr er über Gemmrigheim nach Löchgau und näherte sich dann über Klein- und Großingersheim, Hessigheim und Gemmrigheim zunächst Bietigheim und zum Finale der Oberamtsstadt mit weiteren Abendveranstaltungen in Erligheim und Kirchheim. Da die Abschlussversammlung in Besigheim wegen eines Feuers auf den 3. Dezember verschoben werden musste, fand sich schließlich auch noch Zeit für einen Überraschungsbesuch in Kaltenwesten, Ilsfeld[518] und Metterzimmern[519].

Während Karl Mayers Kandidatur noch ungewiss war, lief die Unterschriftenaktion der Deutschen Partei für ihren Kandidaten Karl Bälz bereits auf vollen Touren: Die demokratische Legitimation seiner Bewerbung konnte nicht angezweifelt werden. Bälz, im Jahre 1848 einer der Führer der Bietigheimer Demokraten[520], nach 1866 aber zur Deutschen Partei übergewechselt, schien als Bezirksangehöriger, 48er und erfolgreicher Unternehmer[521] eine gute Alternative zu Mayer. Als Wahlredner würde er diesem freilich nicht gewachsen sein[522]. Der Wahlkampf für Bälz lief daher zweigleisig. Einerseits sollten sich möglichst viele Wähler schon vor der Wahl öffentlich darauf festlegen, Bälz zu wählen. Der „Neckar- und Enzbote“[523] und vor allem auch die „Schwäbische Kronik“[524] veröffentlichten die Ergebnisse dieser Unterschriftenaktion und suggerierten so breite Zustimmung für Bälz. Der „Beobachter“ allerdings brandmarkte diese Aktion als *Rückfall in die Zeit der öffentlichen Stimmabgabe*[525]. In der Stadt Bönnigheim, 1868 eine Hochburg des ministeriellen Bewerbers und Interessenvertreters der Landwirtschaft, unterschrieben 126 Wähler für Bälz, nahezu ein

---

[517] In den Quellen: Wahlheim. Es wurden grundsätzlich die heute üblichen Schreibweisen der Ortsnamen verwendet.

[518] SVZ Nr. 289, 6. Dezember 1870, S. 1188.

[519] Beobachter Nr. 288, 6. Dezember 1870.

[520] Roemer, Bietigheim, S. 201.

[521] Karl Bälz (siehe oben, S. 97), Zimmermeister; als Oberamtswerkmeister war er auch für die Beamten wählbar; als Eisenbahnunternehmer war er in der Schweiz tätig gewesen und kurz vor der Wahl zurückgekehrt.

[522] SVZ Nr. 278, 23. November 1870, S. 1144: *„Herr Bälz ist* [aus der Schweiz] *zurückgekehrt.* [...] *Herr Mayer! Er wird nicht so gewandt sprechen wie Sie.*[...]

[523] Beispielsweise Nr. 138, 22. November 1870, S. 550, 552.

[524] Zwischen dem 16. und dem 30. November, S. 3241, 3247, 3277, 3297, 3321, 3327, 3351, 3357.

[525] Beobachter Nr. 282, 29. November 1870.

Viertel der Wahlberechtigten, darunter zehn Stadträte und zwei Kirchengemeinderäte. Bauern und Weingärtner waren jedoch deutlich unterrepräsentiert[526]; Bälz, so schien es, verkörperte die Interessen der Gewerbetreibenden eher als die der Weingärtner und Bauern[527].

Andererseits stilisierte Bälz' Wahlkampfkomitee es zu *einer Pflicht der deutschen Männer des Bezirks, nicht auch diesmal dem Volksverführer* [sc. Karl Mayer] *das Terrain zu überlassen*[528]. Zu Mayers öffentlich angekündigten Versammlungen in Walheim, Lauffen und Ilsfeld reisten jeweils Mitglieder des Bälzschen Komitees und weitere DP-Anhänger aus Besigheim, Bönnigheim und Stuttgart, die durch Wortmeldungen, Zwischenrufe, Unterbrechungen usw. dafür sorgten, dass diese Versammlungen in Chaos und Geschrei endeten[529]. Die „Schwäbische Volkszeitung" widmete dieser Phase von Karl Mayers Wahlkampf einen mehr als vierspaltigen (Leit-)Artikel, der den Lesern die Richtung weisende Bedeutung der Besigheimer Wahl, d.h. die sich anbahnende Niederlage der Volkspartei in der Person ihres Führers vor Augen führen sollte: *Die Toten reiten schnell*[530]. Wenn Karl Mayer hier der Lächerlichkeit preisgegeben wird, so lässt sich das noch als normales Mittel der publizistischen Auseinandersetzung ansehen. August Schricker[531], der den Artikel verfasst haben dürfte und ja auch im Wahlkampf vor Ort in Besigheim mitwirkte, ging aber weit darüber hinaus, indem er es als Leistung darstellte, Mayers Wahlauftritte vereitelt zu haben und die drei fehlgeschlagenen Versammlungen mit den aktuellen französischen Niederlagen von Weißenburg, Wörth und Sedan gleichsetzte, im Hinblick auf Sedan *nur mit dem Unterschied, dass diesmal der alte Volksführer nicht gefangen wurde*. Der politische Gegner wurde so mit Frankreich bzw. Napoleon III. gleichgesetzt und selbst zum nationalen Feind stilisiert, wie es der Wahlkampfstrategie der Deutschen Partei entsprach. Vereinzelt hatte es auch schon 1868 Versuche gegeben, Versammlungen zu stören, den politischen Gegner als Landesverräter hinzustellen und mundtot zu ma-

---

[526] Sie machten hier 36% aus, nach der Gewerbeaufnahme von 1895 [Württ. Jbb. 1896/98, Ergänzungsband II (1898), S. 4ff.] stellten die selbstständigen Landwirte immer noch 67% aller Selbstständigen.

[527] SVZ Nr. 288, 4. Dezember 1870, S. 1184: Am 29. November in Großingersheim sprach sich Bälz für eine stärkere Besteuerung von Handel und Industrie aus.

[528] SVZ Nr. 284, 30. November 1870.

[529] Beobachter Nr. 279, 25. November 1870 „Nach Wahlheim": Es werden vier Equipagen und ein Leiterwagen gezählt, wohl 20–30 Personen. Aus Bönnigheim: Stadtpfleger Eberhard, Seidenfabrikant Alois Ammann († 1892) *und die ganze übrige Noblesse*; aus Besigheim: Apotheker Hermann Villinger (1856–1923, 1874 im Landeskomitee der DP), Dr. Hettich, der 48er und Fortschrittler; Sonnenwirt Schmid; Stadtpfleger Karl Seeger, *der Veteran des Besigheimer Radicalismus*; aus Stuttgart (erst auf der zweiten Versammlung): Kaufmann Heinrich Binder, August Schricker, (1838–1912), Theologe aus Regensburg, seit Herbst 1869 Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung" und Weinhändler Julius Stücklen († 1878) sowie Friedrich Krauß (1815–1889, 48er Freischärler, Lithograph in Stuttgart); auch DV Nr. 280, 29. November 1870.

[530] SVZ Nr. 282, 27. November 1870 (Titelseite) „Die Wahl im Oberamt Besigheim". – Die Überschrift stammt aus Gottfried August Bürgers populärer Ballade „Lenore".

[531] Zum besonderen Verhältnis zwischen Karl Mayer und Schricker: Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 23.

chen[532]; letztlich waren aber meist die parlamentarischen Gepflogenheiten gewahrt worden. Unter dem Eindruck des Nationalkrieges rangierte nun aber das vermeintliche nationale Interesse vor dem Prinzip der Freiheit, vor der Einhaltung demokratischer Spielregeln.

Als Karl Mayer in Ilsfeld, seiner dritten Wahlkampfstation, erkannte, dass wiederum die Männer anwesend waren, die an den beiden Vortagen seine Wahlversammlungen gestört hatten, durchschaute er die Taktik der Deutschen Partei und zog sich in den Nachbarort Kaltenwesten zurück, wo die nächste Versammlung angesetzt war. In der richtigen Erwartung, dass seine Gegner ihm dorthin folgen würden, brach Mayer seine Wahlkampfreise nun ab und fuhr über Gemmrigheim nach Löchgau, überwacht von Anhängern der DP, deren Kandidat mittlerweile an Mayers Stelle die Wahlversammlung in Kaltenwesten hielt.

In zwei umfangreichen Artikeln wandte sich der VP-Führer nun über den „Beobachter" an die Wähler des Bezirks Besigheim[533] – ein ungenügender Ersatz freilich für sein öffentliches Auftreten; und er änderte seine Wahlkampftaktik, indem er ankündigte, er werde nur noch zweimal – in Bietigheim und in Besigheim – öffentlich reden, andere Orte werde er ohne vorherige Ankündigung besuchen. Ob geplant oder unangekündigt, auch Mayers folgende Wahlversammlungen wurden entweder vom politischen Gegner gestört[534] oder sofort durch Versammlungen der Deutschen Partei gekontert[535], so dass Mayers rhetorische Überlegenheit weitgehend neutralisiert schien.

Argumentativ und psychologisch befand sich die Volkspartei, anders als 1868, ohnehin in der Defensive. Angesichts des von Frankreich begonnenen, siegreich verlaufenden Krieges konnte die Deutsche Partei klar und einleuchtend fordern, man müsse jetzt die Gelegenheit nutzen, die lang erstrebte nationalstaatliche Einheit zu verwirklichen, sonst sei die Chance für immer versäumt. Dagegen musste die Volkspartei versuchen, dem Wähler den differenzierten Standpunkt glaubhaft zu vermitteln, dass sie zwar für die nationalstaatliche Einigung Deutschlands sei, die jetzt mögliche, von den Fürsten vereinbarte Form wegen der Defizite der Reichsverfassung aber ablehne. Die Volkspartei zielte mit dieser Argumentation, wie Mayer formulierte, auf die *wachsende Verantwortung der Wähler und ihre Pflicht, sich eine selbständige Überzeugung zu bilden*[536], also auf einen rational, auch gegen die Zeitumstände entscheidenden „mündigen" Wähler. Viele konnten sich dagegen leichter mit Bälz identifizieren, da er – wie viele hundert Württemberger – während des Wahlkampfes um seine beiden Söhne bangte, die im württembergischen Heer vor Paris kämpften und von denen ei-

---

[532] Schw. Kronik Nr. 155, 1. Juli 1868, S. 1846 „Bietigheim, den 28. Juni"; vgl. auch die Vorkommnisse in Göppingen, siehe oben: S. 197ff.

[533] Beobachter Nr. 283, 30. November 1870 und Nr. 284, 1. Dezember1870.

[534] Beobachter Nr. 284, 1. Dezember 1870 und Nr. 286, 3. Dezember 1870; SVZ Nr. 288, 4. Dezember 1870, S. 1185.

[535] SVZ Nr. 289, 6. Dezember 1870, S. 1188.

[536] Beobachter Nr. 284, 1. Dezember 1870 „An die Wähler des Bezirks Besigheim" (Schluss).

ner sogar mehrere Tage lang als tot gemeldet war[537]. Als Patriot und Vater wirkte Bälz überzeugender als Karl Mayer.

Darüber hinaus hatte der Führer der Volkspartei nicht nur die Deutsche Partei zum Gegner, sondern *alle Gutgesinnten*, wie der Oberamtmann ans Innenministerium meldete, darunter auch *sämtliche öffentlichen Diener jeder Kategorie im Bezirk* und sämtliche Ortsvorsteher mit Ausnahme des Schultheißen Rettich von Löchgau[538]. Oberamtmann Müller und das Innenministerium beeinflussten die Wahl auch schon im Vorwege durch organisatorische Veränderungen. In einem Bericht vom 27. Oktober[539] hatte der Oberamtmann die Erhöhung der Anzahl der Stimmbezirke von sechs auf sieben vorgeschlagen, die das Ministerium genehmigt hatte. Mit dieser Veränderung ging eine völlige Umgestaltung des Zuschnitts der Stimmbezirke einher, die den Wählern in Kaltenwesten und ganz besonders in Gemmrigheim weitere Wege zur Abstimmung zumuteten, ohne für die anderen Gemeinden deutliche Verbesserungen zu bringen. Wenn politisch-wahltaktische Überlegungen zu der Neuordnung des Bezirks führten, so könnten sich diese am ehesten auf Distrikt IV mit Löchgau als Abstimmungsort bezogen haben[540]: 1868 hatten hier zwei Drittel der Stimmberechtigten bei 74,7% Wahlbeteiligung für Karl Mayer entschieden, wofür u.a. der Einfluss des Löchgauer Schultheißen Rettich verantwortlich gemacht wurde. Dadurch, dass Löchgau nun dem Distrikt (I) Besigheim zugeschlagen wurde, büßte die Gemeinde an Prestige ein; man konnte zudem hoffen, dass nun weniger Druck auf die abstimmenden Wähler ausgeübt werden würde[541].

Am 5. Dezember 1870 stimmten nur noch 1137 Wähler (22,77%) für Karl Mayer und die Volkspartei, gegenüber der Wahl vom 8. Juli 1868 ein Verlust von 1280 Stimmen (25%-Punkte!). Bei etwa gleichem Wählerinteresse wie 1868 (67,25% gegenüber

---

[537] SVZ Nr. 289, 6. Dezember 1870, S. 1188.

[538] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 45/49 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Besigheim, 8. Dezember 1870; Stadtschultheiß Jung von Besigheim, der 1868 die VP aktiv unterstützt hatte, war anscheinend nicht mehr unangenehm aufgefallen. *Von besonderen, das Maß des Gewöhnlichen überschreitenden Wahlumtrieben* hatte der Oberamtmann im Übrigen nicht zu berichten.

[539] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 3, Bl. 4; Oberamtmann Müller schrieb als Begründung für seinen Antrag: *Durch diese Änderung würden die Distrikte besser arrondiert und die einzelnen Orte den Abstimmungsorten näher gerückt werden.*

[540] Die Detailergebnisse für die Gemeinden fehlen; aus ihnen würden sich weitere Hinweise ergeben.

[541] Von Amts wegen wurden damals nur die Wahlkuverts gestellt, nicht die Stimmzettel; diese wurden von den verschiedenen Kandidaten – jeweils mit ihrem Namen bedruckt – verteilt oder von den Wählern im Wahllokal geschrieben, von den Wählern dann in einem gestempelten Kuvert verschlossen und dem Wahlvorsteher übergeben (Art. 14, Wahlgesetz, Reg. Bl. Nr. 14, 6 April 1868, S. 182). Es kam häufig vor, dass Wählern auf dem Weg zum Wahllokal oder sogar noch an der Tür „falsche" Stimmzettel entrissen und „richtige" aufgenötigt wurden (z.B. DV Nr. 291, 11. Dezember 1870 „Aus dem Oberamte Neckarsulm, 9. Dez." als Vorwurf gegen einen zur Aufsicht bestellten Landjäger; in Nr. 295, 16. Dezember 1870 „Neckarsulm" von Oberamtmann Lamparter energisch dementiert). Die Wähler konnten dann freilich immer noch einen anderen Stimmzettel schreiben, woraus der anwesende Gemeindevertreter wiederum seine Schlüsse ziehen konnte.

68,8% im Jahre 1870) fielen auf Bälz 2299 Stimmen (46,04%), mehr als doppelt so viele wie auf Mayer. Die zeitgenössischen Erklärungen für diese Niederlage führten über die Feststellung kaum hinaus, dass die Bemühungen des Führers der Volkspartei und seiner Freunde *diesmal am gesunden Sinn des Volkes abgeprallt* seien[542]. Der Oberamtmann berichtete, wohl mit Blick auf die Wahl von 1868, dass es der Demokratie anfangs zwar *gelungen war, die große, nicht denkende Masse*[543] *für einige Zeit zu betören und mit sich fortzureißen*, nun aber, im Jahre 1870, habe man der Demokratie einen entscheidenden Schlag beigebracht[544]. „Die große, nicht denkende Masse" hätte also danach 1870 nicht für Mayer, sondern für Bälz gestimmt. Da aber weder die Wahlergebnisse für die einzelnen Gemeinden überliefert sind noch die Wahlresultate auf Wahldistriktsebene sich unmittelbar vergleichen lassen, erlaubt die Interpretation der Ergebnisse der Wahldistrikte nur allgemeine Erkenntnisse.

Bälz eroberte in sechs der sieben Distrikte die Stimmenmehrheit, mit 60,3% der verfügbaren Stimmen in Bönnigheim (IV), 55,35% und 57,95% in Lauffen (V) und Ilsfeld (VI), 45,2% und 49,4% in Bietigheim (II) und Erligheim (III); in Gemmrigheim (VII) war sein Anteil mit 40,3% schwächer und in Besigheim (I) unterlag er Mayer mit 22,8% gegen 40,04% sogar deutlich. In diesem Distrikt hatten Deutsche Partei und Ministerielle es im Jahre 1868 zusammen auf 243 Stimmen (20,9%) gebracht, Mayer war von 500 Männern (43,03%) gewählt worden. Die 229 Stimmen (22,8%) für Bälz und 402 VP-Stimmen (40,04%) im Jahre 1870 deuten an, dass die Zugewinne der DP und die Verluste der VP hier moderater ausfielen als in den übrigen Distrikten[545]. Nach dem Bericht des Oberamtmanns ging Mayers höhere Stimmenzahl in diesem Distrikt (402) auf Rechnung von Löchgau und Walheim; auch in der Oberamtsstadt dürfte allerdings die Zahl der VP-Wähler hoch geblieben sein. Die 1004 Wahlberechtigten dieses Wahldistrikts verteilten sich nahezu gleichmäßig auf die Stadt Besigheim und die beiden ländlichen Gemeinden[546], die Wahlbeteiligung lag hier mit 62,85% deutlich unter dem Durchschnitt des Oberamts.

Nimmt man eine hohe Wahlbeteiligung (75%) und einen hohen VP-Stimmenanteil (50%, 240 Stimmen) für Löchgau und Walheim an, so würde die DP dort auf 130 Stimmen kommen; in der Stadt Besigheim würde dann die Wahlbeteiligung bei 51% liegen, mit etwa 160 Stimmen für Mayer und 100 Stimmen für Bälz. Bei 300 VP-Stimmen in Löchgau/Walheim hätte Mayer in Besigheim immer noch 100, Bälz 160. Geht man von einer niedrigen Beteiligung (55%, 270 Wähler) in Löchgau/Walheim und ei-

---

[542] Schw. Kronik Nr. 291, 9. Dezember 1870, S. 3419; SVZ Nr. 291, 8. Dezember 1870 „Viktoria" (Front); sinngemäß auch: Beobachter Nr. 292, 10. Dezember 1870 „Aus Oberndorf".

[543] Der Korrespondent der „SVZ" Nr. 145, 25. Juni 1868, S. 614 „Aus dem Oberamt Besigheim" schreibt: Karl Mayer vereinige *bekanntlich die Sympathien sämtlicher kleiner Höfe seit lange auf sich.*

[544] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 45/49 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Besigheim, 8. Dezember 1870.

[545] Gemmrigheim und Hessigheim (ca. 420 Wahlberechtigte) wurden durch Löchgau (ca. 270 Berechtigte, überwiegend VP) ersetzt, was für den VP-Stimmenanteil keine erhebliche Veränderung bedeutet haben wird, die Stellung der DP allerdings beeinträchtigte.

[546] Aufgrund der Bevölkerungszahlen geschätzt.

nem hohen Anteil an VP-Stimmen (50%, 240 Stimmen) aus, so läge die Wahlbeteiligung in Besigheim bei 70%, mit 200 Stimmen für Bälz und 160 für Mayer. Selbst im ungünstigsten Falle würde also Mayers Stimmenanteil in der Oberamtsstadt bei 20% liegen, wahrscheinlich aber höher, denn es gibt keine Hinweise auf eine auffallend niedrige Wahlbeteiligung in der Oberamtsstadt. Insgesamt deutet sich in diesem Distrikt an, dass die ländlichen Wähler in größerer Zahl an Mayer festhielten als die städtischen[547].

Distrikt II (Bietigheim) war durch die Neueinteilung der Wahldistrikte um die Gemeinde Kleiningersheim mit etwa 85 Wahlberechtigten verkleinert worden. Von Mayers 595 Stimmen (58,5%) der Landtagswahl von 1868 verblieben ihm im Jahre 1870 nur 260 (27,9%), ein Verlust also von mindestens 210 Stimmen[548]. Oberamtmann Müller berichtete, dass die Wähler von Metterzimmern und Großingersheim für Mayer gestimmt hätten, auch hier wieder eine deutliche Trennung zwischen der Stadt und den ländlichen Gemeinden, die sich auch dadurch erklärt, dass Bietigheim der Heimatort von Mayers Mitbewerber war[549]. In Erligheim (III) und Hessigheim (VII), den beiden übrigen ländlichen Distrikten des oberen Bezirks, stimmte mit 26,4% und 25,4% ebenfalls wiederum ein recht hoher Anteil der Wahlberechtigten für Mayer; welchen Alters- und Berufsgruppen diese Männer angehörten, ist unbekannt.

Ganz anders stellte sich die Lage in den Gemeinden des unteren Bezirks dar, die den Abstimmorten Bönnigheim (IV), Lauffen (V) und Ilsfeld (VI) zugeordnet waren: Mayer brachte es hier nur auf Stimmenanteile von 9,8 bis 13,2%. In diesen drei Stimmbezirken waren 43–44% der Wahlberechtigten registriert, die 709 Stimmen, die Mayer hier gegenüber 1868 verlor, machten dagegen 55% seiner gesamten Verluste aus; Bälz hingegen gewann hier 700 Stimmen zu den Stimmen von DP und Ministeriellen des Jahres 1868 hinzu. Ob sich Mayers Wähler von 1868 allerdings in größerer Zahl der Stimme enthielten und folglich viele von Bälz' Stimmen von bisherigen Nichtwählern stammten oder ob sie in großer Zahl zu Bälz überwechselten, lässt sich nicht abschließend beurteilen. Bei einem durchschnittlichen Politisierungsgrad von 80 bis 85%[550] könnte höchstens die Hälfte der Bälzschen Zugewinne auf das Konto bisheriger Nichtwähler gehen. Für einen höheren Anteil an Überwechslern spricht jedoch vor allem die Tatsache, dass die Deutsche Partei in diesem „unteren" Teil des Oberamts Besigheim Karl Mayers Wahlkampf fast völlig vereitelt hatte; für fortschrittlichere Wähler mag es dabei den Wechsel erleichtert haben, dass Bälz ein profilierter „Linker" gewesen war, der – anders als Mayer – den „richtigen" Weg gegangen war[551].

---

[547] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationstabelle Besigheim 3: Die größeren Landwirte scheinen sich jedoch eher für Bälz entschieden zu haben.

[548] Ausgehend vom ungünstigsten Fall, dass alle Wahlberechtigten aus Kleiningersheim als VP-Stimmen abgerechnet werden.

[549] Roemer, Bietigheim, S. 218: *Bietigheim gliederte sich nicht ohne Bedenken in das neue Deutsche Reich ein*, und S. 221.

[550] Vgl. oben, S. 181.

[551] SVZ Nr. 289, 6. Dezember 1870, S. 1188: In einer Versammlung in Lauffen (am 2. Dezember) habe Friedrich Krauß, *ein Märtyrer der wahren Demokratie, den Abfall Mayers* dargelegt.

Regierung und Deutsche Partei waren sich über die Bedeutung von Mayers Niederlage einig. Die „Schwäbische Volkszeitung" feierte den doppelten Sieg des 5. Dezember gegen die Franzosen vor Paris und *die inneren Feinde Deutschlands* und schrieb: *Der Durchfall C. Mayers hat eine große prinzipielle Bedeutung, indem der Führer des süddeutschen Radikalismus (– es widerstrebt uns, den Ehrennamen der Demokratie für diese Richtung zu gebrauchen –) geschlagen wird, offenbart sich, dass es mit dem Schwindel des Südbundes, der Miliz, des heuchlerischen Republikanertums, der Französelei, des Preußenhasses, ein Ende mit Schrecken genommen hat*[552]. Oberamtmann Müller deutete das *höchsterfreuliche* Wahlergebnis als einen *entscheidenden Schlag* gegen die Demokratie, *von welchem sie sich, nachdem Karl Mayer jetzt beseitigt ist, nie wieder erholen wird*[553].

Bei den Landtagswahlen von 1876[554] und 1882[555] hatte sich die Volkspartei bereits wieder erholt: Ihr Kandidat, August Becher, siegte mit jeweils 35,9% der verfügbaren Stimmen. Karl Bälz, der gefeierte Sieger von 1870, erreichte 1876 gerade einmal 14,04%; er hatte also das gewonnene Terrain nicht nur wieder verloren, sondern war noch hinter den Stimmenanteilen von DP und Ministeriellen im Jahre 1868 zurückgeblieben[556]. Eduard Elben[557] brachte es 1882 immerhin auf 21,2% für die Deutsche Partei bzw. die Deutsch-Konservativen. 1889[558] konkurrierten vier Parteien: Für die DP erreichte Ernst Essich[559] 18,3%; Otto Schmid-Sonneck[560] gewann 8,9% für die

---

[552] SVZ Nr. 291, 8. Dezember 1870 (Frontseite) „Viktoria!"; vgl. SVZ Nr. 294, 11. Dezember 1870 (Frontseite) die fett gedruckte Einladung zur Siegesfeier in Bietigheim; vgl. auch: Schw. Kronik Nr. 291, 9. Dezember 1870, S. 3419, wo auch auf die Wirkung in den anderen deutschen Staaten abgehoben wird: *Die Bruderstämme des neuen deutschen Reiches werden aus diesem Erfolg der siegreichen Wahlschlacht erkennen, der, wie wir jetzt schon sagen dürfen, keineswegs vereinzelt steht im Lande, sondern zahlreiche ähnliche Ergebnisse aufzuweisen haben wird, dass in Württemberg nach trüber Zeit ein neuer besserer Volksgeist erwacht ist. Unsere patriotische Freude über diesen Umschwung ist eine ebenso große als berechtigte.*

[553] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 45/49 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Besigheim, 8. Dezember 1870.

[554] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 4 Oberamt Besigheim, Bericht des Oberamts vom 14. Dezember 1876 betr. die Landtagsabgeordnetenwahl; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Besigheim.

[555] HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Besigheim, Bl. 4; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Besigheim.

[556] Vgl. Schw. Kronik (1876), S. 2405, 2569, 2593, 2613, 2669, 2685, 2749, 2778, 2749: Bälz, zum Direktor in Stuttgart aufgestiegen, hatte zunächst auf die Kandidatur verzichtet; an seiner Stelle war Stadtschultheiß Lehner von Lauffen aufgetreten; zwei Wochen vor der Wahl entschied sich Bälz dann doch zu kandidieren. Becher sprach sich gegen eine rückschauende Politik aus, stellte sich auf den Boden der Tatsachen und regte die Zusammenarbeit aller Freisinnigen an, nachdem der Hauptstreitpunkt zwischen ihnen, die deutsche Frage, beseitigt sei.

[557] Eduard Elben (1825–1902), „Germania"/ „Walhalla" Jg. 1844, Redakteur des Schwäbischen Merkur in Stuttgart; Schwäbische Lbb. III (1942) S. 136–141.

[558] HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 7, Nr. 1 Besigheim, Bl. 170–169, 181–176; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Besigheim.

[559] Ernst Essich (1855–1939), Landwirt, Rittmeister, Domänepächter; verheiratet mit einer Bietigheimer Fabrikantentochter, mit Karl Bälz verschwägert; „Polen-Essich" genannt, weil er die Ansiedlung württembergischer Bauern in Posen vermittelte (HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 7,

Deutsch-Konservativen, für August Becher entschieden sich 29,8% der Wahlberechtigten, und Jakob Stern[561] brachte es auf 3,1%; in der Stichwahl siegte Becher, von der Regierung unterstützt, mit absoluter Mehrheit (50,7%) über Essich (28,8%). Der Innenminister berichtete dem König: *Becher ist längst von seiner früheren demokratischen Ideologie zurückgekehrt zu mehr realistischen Auffassungen und bildet in der Kammer der Abgeordneten ein nicht zu unterschätzendes vermittelndes Element. Es lag daher kein zureichender politischer Grund vor, diesem Manne gegenüber seinem unbedeutenden Gegner Schwierigkeiten zu bereiten*[562]. – Nach Bechers Tod musste bei der fälligen Nachwahl[563] wiederum eine Stichwahl entscheiden, die Essich, nun vom Innenminister unterstützt, mit 301 Stimmen Mehrheit gegen Friedrich Payer[564] gewann. Der Kunstmüller Christian Schmid[565] (VP) schließlich entschied die Landtagswahl von 1895[566] mit 11 Stimmen Mehrheit gegen Essich, wobei das Eintreten der SPD für die Volkspartei den Ausschlag gegeben haben dürfte.

Das Wahlverhalten eher konservativer, agrarischer Gruppen in diesem Zeitraum lässt sich beispielhaft an dem Wahldistrikt bzw. der Stadt Bönnigheim verfolgen. Bei der Landtagswahl von 1868 waren der Stimmbezirk und auch die Stadt Bönnigheim[567] mit 32,5% eine Hochburg des ministeriellen Interessenvertreters der Landwirtschaft, insbesondere des Weinbaus gewesen. 1870 ging die Agitation für Bälz speziell von Bönnigheim und Besigheim aus; bei hoher Wahlbeteiligung im Bezirk Bön-

---

Nr. 1 Besigheim, Bl. 165–160); vgl. Roemer, Bietigheim, S. 232; siehe auch das sehr negative Urteil des Oberamtmanns: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 7, Nr. 1 Besigheim, Bl. 172/171; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 185.

560 Otto Schmidt-Sonneck (1830–1899), „Normannia" Jg. 1848, Pfarrer in Zazenhausen, Redakteur der „Deutschen Reichspost" in Stuttgart.

561 Jakob Stern (1843–1911), ehemaliger Rabbiner von Buttenhausen, Schriftsteller in Stuttgart; Jeggle, Judendörfer in Württemberg, S. 128–133.

562 HStAS E 14, Bü 538 Teil II, Bericht des Innenministers betr. des Ergebnis der am 21. und 22. Januar 1889 vorgenommenen Stichwahlen zum Landtag, Stuttgart, d. 23. Januar 1889; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Besigheim.

563 HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 7, Nr. 1 Besigheim, Bl. 165–160: 1. Wahlgang: Ernst Essich (DP) 20,1%, Friedrich Payer (VP) 18,7%, Robert Klaiber [(1839–1912) „Normannia" Jg. 1859, Gutsverwalter; Oberfinanzrat in Stuttgart, im Wohltätigkeitswesen tätig (Kons.)] 5,6%, Gustav Kittler (SPD) [1849–1929, Schreinermeister, Gemeinderat in Heilbronn; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 442f.] 8,4%; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Besigheim. Das Ergebnis der Stichwahl fehlt in den Wahlakten; Friedrich Payer (Payer, Mein Lebenslauf, S. 35f.) berichtet, er sei mit 2002 (35,51%) gegen 2112 Stimmen (37,46%) unterlegen; das Wahlergebnis wurde im Neckar- und Enzboten vom 23. Oktober 1890 veröffentlicht (vom Kreisarchiv Ludwigsburg zur Verfügung gestellt), danach erhielt Payer 2031 und Essich 2332 Stimmen.

564 Friedrich Payer (1847–1931), „Roigel" Jg. 1866, Rechtsanwalt in Stuttgart; Reichstagsabgeordneter für Reutlingen, Rottenburg, Tübingen 1877–1878, 1880–1887, 1890ff.; Landtagsabgeordneter für Reutlingen/Stadt 1894–1912; Lbb. aus Schwaben und Franken XI, S. 344–367; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 648ff.

565 Christian Schmid (1845–1927), Kunstmüller und Kaufmann in Kleiningersheim; er vertrat das Oberamt Besigheim bis 1912 im Landtag; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 793.

566 HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 4 Besigheim, Bl. 802–791; 1. Wahlgang: Essich 31,3%, Schmid 29,7%, SPD 8,3%; Stichwahl: Essich 42,72%, Schmid 42,92%.

567 Schw. Kronik Nr. 157, 3. Juli 1868, S. 1689.

nigheim (73,6%) stimmten 60,3% der Wahlberechtigten für Bälz, darunter auch viele Landwirte. Deren Reserven gegenüber Bälz war dieser in seinem Wahlprogramm entgegengekommen[568]. 1876 wandten sich die Wähler enttäuscht von ihm ab – für Bälz stimmten nur noch 10,8% der Berechtigten – und übten eine regelrechte Wahlverweigerung: Die Wahlbeteiligung sank auf 30,2%. 1882[569] stimmten bei 36,2% Wahlbeteiligung 17,2% für den Kandidaten der DP. 1889, unter der Konkurrenz aus dem deutsch-konservativen Lager, waren es im ersten Wahlgang nur noch 5,1%. In der Stichwahl stimmten dann aber bereits 30,9% für den jungen Landwirt Ernst Essich, dessen Stimmenanteil sich in den folgenden Wahlen[570] kontinuierlich steigerte, so dass er in der Stichwahl 1895 65,97% der verfügbaren Stimmen erhielt. Die Stimmenanteile der Volkspartei blieben durchweg unter 20%[571]. Wenn die Wahlbeteiligung bis auf 80,99% bei der Stichwahl von 1895 anstieg, so profitierte davon nur der Kandidat der Deutschen Partei.

Über einen Zeitraum von 30 Jahren betrachtet, zeichnet sich innerhalb des Oberamts Besigheim durchgängig eine Zweiteilung ab[572]: Der an Bevölkerung und Gewerbe reichere „obere" Teil, die Wahldistrikte Besigheim (I), Bietigheim (II) und Hessigheim (VII), wählte mehrheitlich „links", während die „unteren" Bezirke Bönnigheim (IV), Lauffen (V) und Ilsfeld (VI) eher „rechts" ihre Stimmen vergaben; Erligheim (III), bis 1889 eine Hochburg der Volkspartei, stimmte seit 1890 eher konservativ. Angesichts der „linken" Wahltradition des Oberamts, die auf diesen lokalen Strukturen aufbaute, erscheint das Wahlergebnis von 1870 – der Verlust von mehr als der Hälfte der bisherigen Wähler – als durch die besonderen Umstände verursachter Sonderfall. Typischerweise entsprach die regionale Verteilung der volksparteilichen Stimmen im Jahre 1870 sehr weitgehend der Verteilung bei der Landtagswahl 1876[573], ein Indiz dafür, dass trotz der Schwankungen in der Zahl der Wähler die grundlegenden Strukturen weitgehend unverändert geblieben waren.

---

[568] Siehe oben, S. 379, Anm. 527.

[569] Für diese Wahl und die folgenden liegen die Wahlergebnisse der einzelnen Gemeinden vor; es wird deutlich, dass sich die Stadt Bönnigheim markant von den beiden anderen Gemeinden dieses Wahldistrikts unterscheidet: In Kirchheim und Hohenstein lag die Wahlbeteiligung viel höher als in Bönnigheim (1882 77% bzw. 73%), 1882 war Kirchheim fest in der Hand der DP, Hohenstein eine Hochburg Bechers (60,9%).

[570] Vgl. Datenträger, Datensatz 2: Bei der Nachwahl am 8. Oktober 1890 lag die Wahlbeteiligung bei 44,57%, 35% der verfügbaren Stimmen wurden für Essich abgegeben; bei der Stichwahl am 21. Oktober 1890 stimmten 78,83% ab, 75,09% der Wahlberechtigten stimmten für Essich.

[571] Friedrich Payer erhielt 1890 im ersten Wahlgang sogar nur 3,9% (=21 Stimmen) und in der Stichwahl noch eine Stimme weniger, Becher erreichte in der Stichwahl 1889 24,9%.

[572] Schw. Kronik (1876), S. 2389.

[573] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Besigheim 3: r = 0.9443 (hoch signifikant).

j) Oberamt Aalen

Im Wahlkreis Aalen kandidierte 1868, 1870 und darüber hinaus mit Moriz Mohl[574] einer der bekanntesten Großdeutschen, Preußengegner, Anhänger der Schutzzollpolitik und Verfechter württembergischer Eigenständigkeit. Er war Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung gewesen[575] und vertrat das Oberamt Aalen von 1849 (I. Landesversammlung) bis 1887 im württembergischen Landtag. Das bisherige Bild von Mohl ist durch die Biografie Jörg *Westermayers*[576] zurechtgerückt worden, indem er Mohls Wirken *im Dreieck zwischen Gesellschaft, Parlament und Regierung* untersucht[577]. Dem *Wahlkreis und seinem Abgeordneten* widmet *Westermayer* ein eigenes Kapitel[578], in welchem er beispielhaft die Struktur der Aalener Oberschicht herausarbeitet[579]: *Die Vorstände der Aalener Vereine* [...] *rekrutierten sich aus einer kleinen Gruppe von wenig mehr als einem Dutzend Personen. Dieser kleine Kreis organisierte nicht nur das gesellschaftliche Leben der Stadt, er steuerte auch die politischen Aktionen und bildet die Basis der politischen Parteiorganisationen 1870. Dieses bis 1870 informelle Honoratiorennetzwerk mobilisierte effizient die politische Öffentlichkeit Aalens*[580]. Zwischen dieser liberal-demokratischen Oberschicht und Mohl herrschte, wie *Westermayer* überzeugend darlegt, in den wichtigen politischen Fragen Konsens, und Mohls – wohl eher spärlichen – persönlichen Kontakte zu einigen dieser Honoratioren, die als Multiplikatoren seiner Briefe und Berichte in der Öffentlichkeit wirkten, gaben ihm Rückhalt für die Wahlkämpfe. Offen bleibt auch wegen der schlechten Quellenlage, in welchem Umfang Mohl Verbindungen zu den Landgemeinden pflegte. Waren solche Kontakte, wie anzunehmen ist, noch seltener als gegenüber den Freunden in der Oberamtsstadt, so kam der Wahlreise des Kandidaten einerseits und der politischen Stellung der dörflichen Meinungsführer – der Großbauern, Lehrer, Pfarrer, Schultheißen etc., die ihrerseits wieder öffentliche Institutionen repräsentieren konnten – besondere Bedeutung zu.

Aus Mohls Wahlschlachten zwischen 1862 und 1882 greift *Westermayer* zwei als besonders aufschlussreich heraus: die Landtagswahl von 1862 und die Zollparlamentswahl vom Frühjahr 1868. Die Wahl von 1862 stand fast ganz im Zeichen der Auseinandersetzung um die Konkordatsfrage zwischen dem Kandidaten der katholischen Geistlichkeit, der auch vom Innenminister unterstützt wurde, und Mohl mit seinen Anhängern. Hinter diesem konfessionellen Aspekt, der den Wahlkampf domi-

---

[574] Moriz Mohl (1802–1888), Obersteuerrat a.D.; vgl. Braun-Wiesbaden, Bilder aus der deutschen Kleinstaaterei. Bd. 3, S. 211–240; ADB 52 (1906), S. 430–434; Brandt, Parlamentarismus, S. 153–155, Anm. 6; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 575ff.

[575] W. Lang, Erinnerungen, Heft 6, S. 7f.: Wegen seines komischen Äußeren sei er der Spott der Frankfurter Nationalversammlung gewesen.

[576] Westermayer, Politik als Beruf; *Westermayer* ergänzt und korrigiert auch Bauer, Vorwärts ist die große Losung.

[577] Westermayer, Politik als Beruf, S. 11.

[578] Ebd., S. 262–323.

[579] Ebd., S. 280–299.

[580] Ebd., S. 308.

nierte, identifiziert *Westermayer* weitere Wahlmotive: Dankbarkeit der Aalener Bürger Mohl gegenüber für den Eisenbahnanschluss und der Bauern – nicht nur der katholischen – wegen Mohls Haltung in der Frage der Adelsentschädigungen; den Gegensatz zwischen der Bürgerschaft der ehemaligen freien Reichsstadt Aalen und den katholischen Bauerngemeinden des Umlandes; das mehrheitlich katholische Wasseralfingen wollte seinen unermüdlichen Anwalt für die Interessen der Hüttenwerke nicht verlieren. Der emotional aufgeladene Konfessionsgegensatz und der intensive Wahlkampf führten schon 1862 zu einer ganz ungewöhnlich hohen Mobilisierung der Wahlberechtigten[581]. Wie *Westermayer* weiter ausführt, beeinflussten die sich herausbildenden Parteien Mohls Wahlkämpfe seit 1868 in zunehmendem Maße. Die vier Parteien – Deutsche Partei, Volkspartei, Mohl mit seinen Freunden und die Katholiken – gingen bis 1874 ständig wechselnde Koalitionen ein, seit der Reichstagswahl von 1874 stabilisierten sich die Bündnisse, da nun Mohl, die Volkspartei und die DP gemeinsam versuchten, das Zentrum zu schlagen. Auch die Wählerschaft Mohls wechselte bis zu diesem Zeitpunkt, als der konfessionelle Gegensatz die beiden Lager endgültig teilte. – Kritisch anzumerken ist hier zunächst, dass sich das Zentrum in Württemberg erst 21 Jahre später konstituierte, dass die konfessionelle Frage bei Landtagswahlen bis 1895 eine andere Rolle spielte als bei den Reichstagswahlen. Daher scheint es sinnvoll, stärker zwischen Reichstags- und Landtagswahlen zu differenzieren. Des Weiteren bedarf auch die These von den ständig wechselnden Koalitionen einer kritischen Überprüfung.

Mohls Hauptgegner im Kampf um das Abgeordnetenmandat im Berliner Zollparlament war der Präsident der württembergischen Kammer der Standesherrn, Albert Graf von Rechberg[582], der als *katholische, seriöse und großdeutsche Alternative zu dem extremen Herrn Mohl* angepriesen wurde. Auch hier sei es also nach *Westermayer* letztlich um die Konfessionsfrage gegangen; diesmal aber habe der katholische Klerus des Oberamts Aalen nicht Rechberg, sondern Mohl unterstützt[583]. Obwohl diese Wendung des Klerus nach dem „Aalener Kulturkampf" des Jahres 1862 überraschte, bleibt *Westermayer* hier eine Begründung oder Erklärung schuldig.

Ein Wahlkampf zwischen den beiden großdeutschen Kandidaten um die *Option für oder gegen Preußen* wäre nun wenig überzeugend und wählerwirksam gewesen; die Fachkompetenz in Sachen Zoll- und Wirtschaftsfragen aber sprach eindeutig für Mohl. Das „Deutsche Volksblatt" hatte betont, dass man die Zollparlamentswahl nicht zu einer konfessionellen Angelegenheit machen wolle, aber den Katholiken

---

[581] Ebd., S. 270f.; vgl. S. 262: Die tatsächliche Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 1868–1876 – wiewohl nur entfernt vergleichbar (vgl. S. 269, Anm. 55) – lag aber doch wohl eher höher; auf die Bevölkerungsziffer von 1867 hochgerechnet, hätte die Stadt Aalen im Jahre 1868 nach dem alten Wahlrecht 700–750 Urwähler gestellt; nach dem allgemeinen Wahlrecht waren 1133 Männer stimmberechtigt und 818 stimmten ab (72,2%); 1870 waren es 1109/73,9% und 1876 1341/80,8% – allemal mehr als die Zahl der Urwähler bei 100%iger Mobilisierung.

[582] Albert Graf von Rechberg und Rothenlöwen zu Hohenrechberg (1803–1885); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 696f.

[583] Westermayer, Politik als Beruf, S. 305.

empfohlen, wenn sie zwischen zwei großdeutschen Kandidaten wählen könnten, sich für den Katholiken zu entscheiden[584]. Gegen diesen katholischen Kandidaten sprachen seine konservativ-ultramontane Linie und sein gesellschaftlicher Status. Wenn im Oberamt Aalen nur etwa 200 Wähler sich für Graf Rechberg entschieden, so beweist dies, dass die Wähler eben nicht bereit waren, die Zollparlamentswahl zu einer konfessionellen Frage zu machen. *Scheurles* Aussage, die Mehrzahl der Katholiken habe für Mohl gestimmt[585], mag angesichts der wenigen Stimmen seines Konkurrenten ebenso zutreffen wie die Meldung, dass selbst katholische Dekane und Pfarrer für Mohl gewirkt hätten[586]; das Wahlergebnis – mäßiges Wählerinteresse und weniger als die Hälfte der verfügbaren Stimmen für Mohl – scheint dadurch insgesamt wenig beeinflusst worden zu sein.

In *Westermayers* Darstellung der Landtagswahlen spielten die Katholiken als Partei erst im Dezember 1876 eine Rolle. Hinsichtlich der Wahl vom Sommer 1868 wird nur erwähnt, dass der DP-Kandidat Bäuerle in den mehrheitlich katholischen Gemeinden fast keine Stimmen erhielt. Mohls Verluste bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 in der Stadt Aalen werden zutreffend darauf zurückgeführt, dass der Konsens zwischen Mohl und seinen Wählern in den nationalpolitischen, innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen verlorengegangen war; dass Mohl dank der katholischen Gemeinden siegte, bleibt jedoch unkommentiert[587]. Die Landtagswahl von 1876 wurde, wie *Westermayer* zutreffend darlegt, durch den konfessionellen Gegensatz geprägt, und im letzten Landtagswahlkampf Mohls 1882 resignierte schließlich das Zentrum und stellte keinen Gegenkandidaten[588], obwohl Mohl zuvor bei den Reichstagswahlen fast regelmäßig geschlagen worden war. So bleibt letztlich unklar, welche Bedeutung die Konfessionsstruktur des Oberamts Aalen für den Ausgang der Landtagswahlen hatte.

Im Frühjahr 1868 war Mohl mit großer Stimmenmehrheit ins Zollparlament gewählt worden[589], wo man sich dann zunächst über ihn lustig machte[590], ein Ereignis,

---

584 Scheurle, Politischer Katholizismus, S. 201.

585 Ebd., S. 204.

586 DV 27. März 1868, nach: Scheurle, Politischer Katholizismus, S. 204; *Westermayers* Deutung (Politik als Beruf, S. 305), dass *der katholische Klerus des Oberamtes Aalen* Mohl unterstützt haben soll, scheint daher etwas überzogen.

587 Ebd., S. 314: *Der starke Rückhalt* [für Mohl] *bei den überwiegend katholischen Hüttenarbeitern in Wasseralfingen bei der dort hohen Wahlbeteiligung von 69%*, ist freilich unbewiesen; nach dem Bericht des Oberamtmanns (HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 4 und 6) stimmten 284 von 560 Wahlberechtigten für Mohl, dass es sich dabei um Arbeiter gehandelt hat und dass überhaupt viele katholische Arbeiter wahlberechtigt waren, lässt sich nur vermuten.

588 Westermayer, Politik als Beruf, S. 322f.

589 Phillips, Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1883, S. 147: Von 9718 abgegebenen Stimmen erhielt Mohl 6680; Bauer, Parteien und Wahlen, S. 243: Berechtigte 20 387, gültige Stimmen 9828, Graf von Rechberg 2292, Lang (DP) 738, Mohl 6680, sonstige 118 (davon fehlen 110 bei Phillips). Die Wahlbeteiligung (bei Phillips nicht ausgewiesen) lag danach bei 48,21%; *Westermayer* (Politik als Beruf, S. 305, Tabelle 4, auch Anm. 278) versucht, die Wahlbeteiligung der vier beteiligten Oberämter (und Ellwangen Stadt) zu schätzen , indem er die Zahl der Wahlberechtigten mit 19% der Gesamtbevölkerung annimmt; er verwendet dabei aber nur für Ellwan-

das sicherlich im Hinblick auf die Landtagswahl mit dazu beigetragen hat, Solidarität unter Mohls Wählern zu stiften. Von den Regierungsorganen[591], die Verwaltungen der Hüttenwerke eingeschlossen[592], dem „Deutschen Volksblatt"[593], der Volkspartei[594] und dem Arbeiterbildungsverein[595] unterstützt und nach einer intensiven Wahlreise[596] wurde Mohl am 8. Juli 1868 auch unter dem neuen Wahlrecht glanzvoll wieder gewählt[597]. Für die Wähler, die *sich weder der Wahl enthalten noch Herrn Mohl wählen wollten*[598], nominierte die Deutsche Partei in letzter Stunde noch den

---

gen Stadt und Amt die Zahlen vom 1. Dezember 1871 (vgl. Württ. Jbb. 1871, S. 304), für Aalen und Neresheim greift er auf die Angaben vom 3. Dezember 1867 (Württ. Jbb. 1867, S. 177) zurück; seine Bevölkerungszahl für Gaildorf ist nicht zu lokalisieren, sie liegt aber um 2844 Einwohner zu hoch. Naheliegender wäre es, von der Zahl der Berechtigten bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 auszugehen (die Wahlbeteiligung betrüge dann für Aalen 55,1%, Ellwangen 52,8%, Gaildorf 31,9%, Neresheim 59,9%). Da aber z.B. auch die Angehörigen anderer Zollvereinsstaaten abstimmen durften, wird die Zahl der Stimmberechtigten – in Aalen eher als in Neresheim – etwas höher (Differenz zur Schätzung etwa 400), die Wahlbeteiligung eher etwas geringer ausgefallen sein. (Nach *Bauers* Angaben würde das Wählerinteresse in der Stadt Aalen etwa bei 47%, in Wasseralfingen bei 62%, Mohls Stimmenanteil bei 42/58% liegen). Wenn im Übrigen der Vergleich der Parteistimmenanteile mit Zensusdaten intendiert ist, sollten die Parteistimmenanteile auf der Grundlage der verfügbaren, nicht der abgegebenen Stimmen errechnet werden, da sonst ein völlig schiefes Bild entstehen könnte.

[590] Vgl. Beobachter Nr. 166, 18. Juli 1868 (Frontseite) „Wahlen und Namen I": *In Berlin rüstete sich der Spott, um diesen Schwaben gleich beim Eintritt ins Zollparlament mit einer Kladderadatschsalve zu empfangen, aber den Witzbolden verging der Witz, als sie des Mannes Ernst und Wissen erkannten* [...].

[591] Vgl. HStAS E 14, Bü 537, Anbringen des Gesamtministeriums betr. das Ergebnis der Landtagswahlen, Stuttgart, 14. Juli 1868 Anbringen.

[592] Westermayer, Politik als Beruf, S. 309; vgl. oben, S. 147, Anm. 184.

[593] DV Nr. 157, 8. Juli 1868 „Aus dem Oberamt Aalen – aus den Wäldern, 5. Juli" und „Abtsgmünd, OA. Aalen, 5. Juli".

[594] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 15–17 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Aalen 24. Juli 1868; ein Volksverein wurde freilich erst im Februar 1870 gegründet, vgl. Runge, Volkspartei, S. 76f., Anm. 4; Westermayer, Politik als Beruf, S. 296: Die Gründung erfolgte durch den Rechtsanwalt Ruoff, den Apotheker Hugo Cloß und den Gründer und Vorstand des Arbeiterbildungsvereins Goldarbeiter Friedrich Simon (1830–1890); zu Simon: Bauer, Vorwärts ist die große Losung, S. 46f.

[595] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 248: „Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamtsbezirk Aalen und Umgegend" Nr. 78, 7. Juli 1868, S. 1: Wahlaufruf für Mohl seitens des ABV; Beobachter Nr. 160, 11. Juli 1868 „Aalen"; Bauer, Vorwärts ist die große Losung, S. 56ff., das Verhältnis zwischen Mohl und der Aalener VP/ dem ABV wird etwas einseitig dargestellt; Westermayer, Politik als Beruf, S. 309f., der ABV war natürlich nicht „die Arbeiterschaft"; wie stark der Anteil der Arbeiter unter den 560 Wahlberechtigten (Stand 1870) Wasseralfingens war, ist unbekannt; aller Erfahrung nach hatten aber nur die Bessergestellten das Wahlrecht.

[596] Staatsanzeiger Nr. 146, 21. Juni 1868, S. 1514: Mohl kündigte Wahlbesprechungen in 20 Amtsorten an (bei 19 Gemeinden). Einen eigentlichen Wahlkampf hatte es nach Ansicht des Oberamtmanns nicht gegeben (Bericht vom 20. Juli, wie Anm. 594), da ja der Gegner fehlte.

[597] Zum Wahlergebnis: Anhang A, S. 573f.; Bauer, Parteien und Wahlen, S. 250f. ist danach zu ergänzen.

[598] SVZ Nr. 159, 11. Juli 1868, S. 674.

Schultheißen von Essingen, J.B. Bäuerle, was aber den Wahlausgang nur unwesentlich beeinflusste[599].

Die Wahlbeteiligung von 63,73% nach einem Wahlkampf fast ohne Konkurrenz belegt Mohls ungebrochene Popularität. Die 456 Gegenstimmen für die Deutsche Partei konzentrierten sich ganz überwiegend auf die Oberamtsstadt (121= 10,68%) und auf den Wahldistrikt Essingen (308= 38,26%), die Heimat Bäuerles; in beiden Distrikten lag der Katholikenanteil unter 20%, während die vier übrigen Distrikte hohe katholische Mehrheiten aufwiesen[600]. Mohls Stimmenanteil[601] übertraf in fünf Wahldistrikten die absolute Stimmenmehrheit, mit „nur" 51,85% in Ober-/Unterkochen, mit 69,4% im ganz überwiegend agrarisch geprägten Distrikt Hohenstadt und 66,84% im mehr gewerblich-industriell strukturierten Wasseralfingen[602]. Im protestantischen Essingen fand der Protestant Mohl dagegen kaum Boden (116 Stimmen = 14,4%), und überraschenderweise steigerte die Konkurrenz zwischen Mohl und dem Schultheißen von Essingen das Wählerinteresse hier nicht: Es blieb mit 53,66% auf dem vorletzten Platz; fast jeder zweite Berechtigte wich hier der Entscheidung gegen einen der beiden Kandidaten aus[603]. Ansonsten scheint Mohl seine Stimmen von allen sozialen Gruppen[604], insbesondere gleichermaßen von Protestanten und Katholiken erhalten zu haben; sein hoher Stimmenanteil von 61,1% in der Oberamtsstadt dürfte auch auf die Unterstützung der dortigen Beamtenschaft zurückzuführen sein.

Der „Beobachter" würdigte Mohls Wiederwahl, indem er, auf Mohls Eigenarten hinweisend, dessen Unterstützung durch die Volkspartei rechtfertigte und ihn vor einem Bruch mit der VP warnte: *Moritz Mohl kehrt wieder, auch von denen gewählt, die sonst Schutzzöllnerei, Partikularismus und bureaukratisches Wesen bekämpfen, weil er, wenn man alles in allem nimmt, ein Mann ist von unbeugsamer Überzeugung, ein Freund des Volkes, und der Privilegierten wie der preußischen Gewaltpolitik ge-*

---

[599] Nl Hölder Fasz. XI, Stück 247 Beilage zu Nr. 78 des „Amts- und Intelligenzblattes" mit Aufruf der DP Aalen zur Wahl Bäuerles und einer Erklärung Bäuerles, dass er gegen seinen Willen vorgeschlagen worden sei; Stück 250 Schreiben von W. Haas an Hölder, Aalen, 8. Juli 1868, dass die dortige DP für Bäuerle gestimmt habe; Schw. Kronik Nr. 161, 8. Juli 1868, S. 1918 und Nr. 163, 10. Juli 1868, S. 1941; Westermayer, Politik als Beruf, S. 309, zum persönlichen Verhältnis zwischen Mohl und Bäuerle besonders, S. 268 und 279.

[600] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Aalen 2: Die Korrelation zwischen dem katholischen Bevölkerungsanteil und dem Stimmenanteil der DP beträgt für die sechs Distrikte r = –0.7188 (nicht signifikant).

[601] Westermayer, Politik als Beruf, S. 310 sieht Mohls Wahlsieg als *etwas schlechter* als bei der ZP-Wahl an, weil er sich auf die abgegebenen Stimmen bezieht; tatsächlich stimmten bei der LT-Wahl ca. 250 Wähler m e h r für Mohl als bei der ZP-Wahl!

[602] Westermayer, Politik als Beruf, S. 309f. arbeitet Mohls Eintreten für das staatliche Hüttenmonopol als das besondere *Motiv für die Wahlhilfe der Arbeiterschaft heraus*; dieses Motiv dürfte auch für andere Wähler (Gewerbetreibende/Handwerker) wichtig gewesen sein, die mittelbar von den Hüttenwerken abhingen.

[603] In der Oberamtsstadt erreichte das Wählerinteresse 72,2%, Bäuerle 10,7%, Mohl 61,1%.

[604] Sofern sie in die Wählerverzeichnisse aufgenommen waren. Gerade bei den Arbeitern dürfte dies aber oft nicht der Fall gewesen sein (siehe oben, S. 167f.); *Runges* (Volkspartei, S. 153) Überlegungen zum Wahlkreis Aalen gehen daher möglicherweise fehl, wie ohnehin die Wahldistrikte viel zu komplex zusammengesetzt waren, um solche Aussagen zu gestatten.

schworener Feind. Die Volkspartei sieht die Tage voraus, an denen er sie mit seinem ganzen Eigensinn bekämpfen wird, die Tage, wo man für oder gegen den Südbund stimmt, die Milizverfassung verlangt und über Handelspolitik verhandelt; und doch sei keinem aus der Partei der Wähler von Aalen abgemahnt von der Wahl dieses Mannes, der, wie feindlich er uns in manchen Dingen sein mag, in den wesentlichen Punkten, wo es auf dieses Landes Selbständigkeit ankommt, doch noch mehr unserer Feinde Feind ist[605].

So schien dann auch für die Wahl vom 5. Dezember 1870 der Boden für die Unterstützung Mohls durch die Volkspartei bereitet. Zusammen mit Ammermüller, Becher, Österlen, Probst und Schott gab Mohl schon am 9. November 1870 öffentlich bekannt, dass er sich *der Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen weniger als je entziehen dürfe*[606]. Der Aalener Korrespondent des „Beobachters" rechnete optimistisch mit Mohls Wiederwahl[607] und signalisierte Zustimmung zu dessen Kandidatur: Mit einem anderen Kandidaten würde man *gegenwärtig nur den Gegnern der Freiheit in die Hände schaffen.* Ferner wusste er zu melden: *Rechtskonsulent Ruoff von hier hat sich herbeigelassen, der Kandidat der Preußen-Partei zu werden. – Was man nicht alles in der Welt erleben kann und muß!*[608] Ruoff, einer der demokratischen Führer und Mitbegründer des Aalener Volksvereins im Februar 1870[609], sah sich zu einem scharfen öffentlichen Dementi genötigt[610]. Damit war der offenkundige Zweck der Korrespondenz erreicht, Ruoff zu einer öffentlichen Stellungnahme zu zwingen, nachdem er sich mit den anderen Gründungsmitgliedern des Volksvereins am 4. September 1870 für den Beitritt zum Norddeutschen Bund im Sinne der Stuttgarter Erklärung der Deutschen Partei ausgesprochen hatte. Wenn Mohl von dieser Seite im Wahlkampf dann nur wenig Unterstützung erfuhr[611], so deutete dies – jenseits des offiziellen Parteistandpunktes – auf einen Meinungswandel innerhalb der Aalener Demokraten hin.

---

605 Beobachter Nr. 166, 18. Juli 1868 (Frontseite) „Wahlen und Namen I".

606 DV Nr. 265, 11. November 1870 „Wahlsache"; gleichlautend: Schw. Kronik 11. November 1870, S. 3186; vgl. Westermayer, Politik als Beruf, S. 261: Angesichts der außerordentlichen Organisation von DP und VP wirke dieser Aufruf *als hilfloser Versuch, Anschluß an eine Entwicklung der politischen Öffentlichkeit zu gewinnen, die man von Beginn an abgelehnt hatte.* Nach dem Umschwung der öffentlichen Meinung und nach dem Beschluss der deutlich geschwächten Volkspartei, sich an der Wahl zu beteiligen (Runge, Volkspartei, S. 170ff.), musste auch von großdeutscher Seite eine öffentliche Stellungnahme erfolgen.

607 Beobachter Nr. 265, 9. November 1870 „Wahlnachrichten".

608 Beobachter Nr. 274, 19. November 1870 „Aus Aalen"; so auch DV Nr. 273, 20. November 1870.

609 Westermayer, Politik als Beruf, S. 296, bes. Anm. 231.

610 Beobachter Nr. 276, 22. November 1870: *„Es ist eine Lüge, daß ich mich herbeigelassen habe, Kandidat der Preußenpartei zu werden. R.A. Ruoff." Der Schwere der über ihn gemachten Aussage entsprechend, glaubt die Redaktion, Herrn Ruoff den unverkümmerten Ausdruck seiner Entrüstung zu schulden* [...].

611 Westermayer, Politik als Beruf, S. 311.

Ein Bundesgenosse Mohls aus der Landtagswahl von 1868 hielt ihm dagegen die Treue. Ein Korrespondent des „Deutschen Volksblattes“[612] griff Mohls Erklärung, dass er sich als Kandidat zur Verfügung stelle, lobend auf und schrieb: *Jeder im Bezirk Aalen speziell, der treu an seinem König hängt, der sein Württemberg liebt, der für das Wohl seines Nebenmenschen nicht unempfindlich ist, kann niemand anders* [...] *seine Stimme geben, als unserem bisherigen Abgeordneten „Herrn Moriz Mohl“.* [...] *Ja für ihn wollen wir einstehen, indem wir am Reellen, am Charaktervollen uns anklammern und uns ums Leben nicht vom Erfolg blenden lassen. Daß wir auch, ohne preußisch zu sein, unsere deutsche Pflicht erfüllen können, das haben unsere braven Soldaten bewiesen.* Dieser Aufruf zur Wahl Mohls aus partikularistisch-konservativen Motiven richtete sich an alle Wähler, unabhängig von der Konfession. Daneben führt der Korrespondent aber auch das konfessionelle Moment ein: Die Aalener „Preußen“ glaubten, das Landvolk damit übertölpeln zu können, dass sie sagten: „Wir bringen ihnen diesmal einen Katholiken“. Aber das werde nicht ziehen.

Elf Tage später berichtete ein Korrespondent des „Deutschen Volksblattes“, dass die Ruhe bezüglich der Wahlangelegenheit auf dem Lande nicht als Apathie aufgefasst werden dürfe, sondern eine *Wirkung des vollen Vertrauens* [sei], *das unsere Landbevölkerung immer noch in den bisherigen Abgeordneten Moriz Mohl setzt.* Das Volk fühle das Bedürfnis eines großdeutschen Abgeordneten[613]. Wie 1868 rangierte also für das „Deutsche Volksblatt“ der großdeutsche vor dem konfessionellen Aspekt, so konnte man für den Protestanten Mohl eintreten und Wähler in beiden konfessionellen Gruppen ansprechen. Offenbar fürchtete man aber, dass Mohls Wiederwahl an der Apathie der katholischen Landbevölkerung scheitern könnte. Der politische Gegner war 1870 ungleich stärker als 1868, zumal er nun mit den Ministeriellen vereint gegen Mohl kämpfte.

Als Mohl seine Wahlkampfreise durch 18 Gemeinden am 27. November begann[614], waren vier Gegenkandidaten aufgetreten, von denen zwei schnell wieder aufgaben[615]; auch die Bewerbung des Schultheißen von Unterrombach Wiedenhöfer[616] blieb letztlich bedeutungslos, wenn er auch 78 Stimmen aus seiner Heimatgemeinde auf sich zog; dass aber gleich zwei Kandidaten aus dieser Gemeinde auftraten, belegt die Unzufriedenheit der dortigen Wähler mit Mohl wie mit dessen Gegner.

In der Person des beliebten Aalener Stadtschultheißen Österlein[617] stellte die Deutsche Partei Mohl jedoch einen höchst gefährlichen Kandidaten gegenüber. Innenminister Scheurlen hatte über Friedrich Bitzer[618] bei der Führung der Deutschen

---

[612] DV Nr. 265, 11. November 1870 „Vom oberen Neckar“.

[613] DV Nr. 274, 22. November 1870 „Aus dem Oberamt Aalen, 20. November“.

[614] Schw. Kronik (1870), S. 3261 unter Berufung auf das Amtsblatt, und S. 3335.

[615] DV Nr. 285, 4. Dezember 1870 „Aus dem Bezirk Aalen, 30. Nov.“; Ziegler Gold sen. von Unterrombach und Gutsbesitzer Julius Mayer von Tannenhof bei Dewangen.

[616] Wiedenhöfer, geb. 1821, Vorname unbekannt; bis September 1875 in Unterrombach, danach in Heubach (frdl. Mitteilung des Standesamts Aalen).

[617] Christian Gustav Wilhelm Österlein (1816–1873) (frdl. Mitteilung des Standesamts Aalen).

[618] Friedrich Bitzer (1816–1885), Dr. jur., seit Jan. 1871 wirkl. Staatsrat, seit 1876 Präsident

Partei angeregt, dass in Aalen *etwas gegen Mohl unternommen* werde und der DP dabei größere Chancen eingeräumt als einem ministeriellen Bewerber[619]. Angesichts der konfessionellen Struktur der Wählerschaft des Oberamts – ca. 53% Katholiken, einer Mehrheit von höchstens 400 katholischen Wählern – setzte Scheurlen mit dieser DP-Kandidatur, anders als vom politischen Gegner erwartet, auf die Polarisierung der Wähler: Resignation und etliche Überläufer auf katholischer Seite[620], verstärkte Solidarisierung der Protestanten für das Ziel des Eintritts in das Deutsche Reich könnten vielleicht Mohls Niederlage bewirken. Da schien es ein geschickter Schachzug, den Aalener Stadtschultheißen Österlein, einen Protestanten[621], zur Kandidatur gegen Mohl gewonnen zu haben[622]. Bei ihm durfte man einen hohen Bekanntheitsgrad im ganzen Oberamt voraussetzen, er würde auch für die Beamtenschaft wählbar sein und die besten Aussichten haben, Mohl eine seiner Hochburgen, nämlich die Oberamtsstadt, abzunehmen. Österleins Affinität zur Deutschen Partei wurde heruntergespielt, sein Programm berücksichtigte auch die Interessen der Landwirte und zielte mit dem Versprechen einer volkstümlichen Verfassungsrevision auf die liberaldemokratischen Wähler[623]; zudem ging Österlein einen Schritt auf die großdeutschen Wähler zu, indem er den Wunsch äußerte, *daß auch den deutschen Provinzen Österreichs der Eintritt in den neuen deutschen Bund ermöglicht werde*[624]. Für Österlein wurde mit dem Argument geworben, anders als Mohl sei er *durch keine kompromittierenden Vorurteile, durch keine leidenschaftliche Parteinahme gehindert*, [den] *weltgeschichtlichen Moment des Jahres 1870* zu nutzen[625].

Das Kalkül des Innenministers ging – fast – auf. Gegenüber der Landtagswahl von 1868 büßte Mohl 1343 Stimmen (26,11%-Punkte, fast die Hälfte seiner Stimmen) ein und besiegte Österlein dennoch knapp mit nur 185 Stimmen Differenz. Der Schuldige für diese Niederlage war schnell ausgemacht: Schultheiß Bäuerle von Essingen, der unterlegene Zählkandidat von 1868, hatte noch in den Tagen unmittelbar vor der Wahl auf Versammlungen für Stimmenthaltung geworben; der dadurch bedingte Ver-

---

des evang. Konsortiums; Landtagsabgeordneter für Leonberg 1874–1876, für Freudenstadt 1877–1885; Schw. Kronik (1885), S. 131; Rommel, Die Landtagsabgeordneten des Oberamts Freudenstadt, S. 85; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 79f.

619 Nl Hölder, Fasz. XIV Stück 423; auch Rapp, Württemberger, S. 438f.; vgl. oben, S. 257.

620 Vgl. folgende Korrespondenz im DV Nr. 289, 9. Dezember 1870 „Aus dem Bezirk Aalen – aus den Wäldern, 5. Dezember": *Als Kuriosum, welches mehr mitleidiges Lächeln als Entrüstung hervorzurufen geeignet ist, sei hier verzeichnet, daß die in nationalvereinlichen Flugblättern, deren eine ziemliche Anzahl in unserem Bezirke verbreitet wurde, enthaltene Warnung vor den Ultramontanen für das Volk beiderlei Konfessionen von gewissen Agitatoren dahin übersetzt wurde, Mohl sei ein Freund der Pfaffen.*

621 Frdl. Auskunft des Stadtarchivs Aalen.

622 Schw. Kronik (1870), S. 3297 und 3321, Meldungen vom 23. und 25. November; Westermayer, Politik als Beruf, S. 312; zu Österlein auch S. 287, Anm. 157.

623 Ebd., S. 312.

624 DV Nr. 285, 4. Dezember 1870 „Aus dem Bezirke Aalen, 30. Nov."; kompromisslos dagegen die SVZ Nr. 283, 29. November 1870 (Frontseite) „Zu den Wahlen"; dort wird Österleins Wahlaufruf als Aufruf der DP dargestellt.

625 SVZ Nr. 280, 25. November 1870, S. 1153.

lust wurde auf 300 Stimmen geschätzt[626]. Auf den öffentlich erhobenen Vorwurf der Eifersüchtelei[627] gegenüber dem Aalener Stadtschultheißen reagierte Bäuerle mit einer umfangreichen Rechtfertigung, die die „Schwäbische Volkszeitung" in Ausschnitten veröffentlichte und kommentierte[628]. Hier zielte der Zwist dann auf das Grundproblem innerhalb der Deutschen Partei, ob die Verwirklichung des nationalpolitischen Ziels den Verzicht auf die liberalen Ziele heilige[629]: Bäuerle warf Österlein – etwas vorsichtig formuliert – eine zu konservative, regierungsfreundliche Einstellung vor, die „Schwäbische Volkszeitung" hielt dagegen, bei der Entscheidung zwischen *einem Fanatiker des Rückschritts und einem gemäßigt Liberalen* (die übliche Umschreibung für einen Konservativen) habe der Politiker die Pflicht, nach Opportunität zu entscheiden.

Oberamtmann Wittich[630] legte angesichts der knappen Niederlage Österleins besonders großen Wert darauf, dem Innenministerium das Wahlergebnis möglichst detailliert zu übermitteln. Sein Bericht vom 7. Dezember[631] enthält daher nicht nur Angaben über die Wahlbeteiligung und die Stimmenanteile der drei Kandidaten in den sechs Wahldistrikten[632], sondern auch die Wahlbeteiligung aller einzelnen Gemeinden und dazu Wittichs Einschätzung der Parteistimmenanteile in diesen Gemeinden[633]. Wenn diese Einschätzung auch nur auf den subjektiven Eindrücken des Oberamtmanns und seiner Informanten beruht, so werden sie doch die Tendenz spiegeln und ungewöhnlich tiefe Einblicke in das Wählerverhalten gestatten.

Der heiße Wahlkampf zwischen Mohl und Österlein[634] hatte einen großen Teil der Stimmberechtigten ratlos zurückgelassen: Die Wahlbeteiligung sank gegenüber 1868 um mehr als 8 Punkte auf 55,30% ab; in vier der sechs Wahldistrikte betrug der Rückgang zwischen 11 und 16,5%-Punkten. Da Mohls Verluste überall fast doppelt so hoch lagen wie die Gewinne seines Gegners, war, rein rechnerisch, ein Viertel seiner

---

[626] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 449 Fr. Majer an Hölder, 5. Dezember 1870; Friedrich Karl Majer, ein Aalener Fabrikant, kam aus der demokratischen Bewegung (vgl. Beobachter Nr. 157, 8. Juli 1868 „In Aalen").

[627] SVZ Nr. 294, 11. Dezember 1870, S. 1205.

[628] SVZ Nr. 297, 15. Dezember 1870, S. 1221.

[629] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 407f.

[630] Hermann Wittich (1826–1906), „Germania" Tübingen Jg. 1844; 1851–1866 Oberamtsaktuar in Waiblingen, 1866–1876 Oberamtmann von Aalen, von Rottenburg 1876–1894; 1887 Mohls Nachfolger als Landtagsabgeordneter für Aalen. Vgl. Schmidgall, Geschichte und Mitgliederverzeichnis, S. 89; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 589; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 1026; Geburtsjahr nach der Wahlurkunde: 1825.

[631] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 4–6 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Aalen 7. Dezember 1870 mit Beilagen.

[632] Sie stimmen bei den Wahlen von 1868 bis 1876 überein, so dass der direkte Vergleich möglich ist.

[633] Auch bei den scheinbar exakten Angaben über die Stimmenverteilung in Wahldistrikt 2, die Wittichs Bericht enthält, kann es sich nur um Schätzwerte handeln. Wenn nämlich die Stimmen in den vier Teilgemeinden gesondert ausgezählt worden wären, so wäre dies ein Verstoß gegen Artikel 16 und 17 des Wahlgesetzes gewesen, vgl. Reg. Bl. Nr. 14, 6. April 1868, S. 183f.

[634] Beobachter Nr. 291, 9. Dezember 1870 „Aalen, 6. Dezember"; Westermayer, Politik als Beruf, S. 312–313.

Wähler von 1868 ins Lager der Nichtwähler abgewandert und ein weiteres Viertel zu Österlein übergewechselt, mit erheblichen Varianzen in den einzelnen Wahldistrikten.

Die Wähler der Oberamtsstadt scheinen Mohl in großer Zahl den Rücken gekehrt zu haben und zu ihrem Stadtschultheißen übergelaufen zu sein, denn Mohls Verlust gegenüber 1868 (485 Stimmen = 43,7%-Punkte!) entspricht fast genau dem Stimmengewinn Österleins (480 Stimmen = 43,3%), und die hohe Wahlbeteiligung von 73,85% erlaubt nur einen Spielraum von etwa 9 Punkten für Wählerwanderungen[635]. Die Abwendung von Mohls politischem Programm hätte sich bei einer erheblichen Zahl von Berechtigten auch in Wahlenthaltung äußern können, dass dies nicht geschah, dürfte ganz wesentlich darauf zurückzuführen sein, dass man mit dem Stadtschultheißen ein geachtetes Mitglied der städtischen Führungsschicht für die Kandidatur gewonnen hatte; der Einfluss der Beamten[636] hatte dann wahrscheinlich ein Übriges getan, den Stimmungsumschwung zu ermöglichen. Ganz anders lagen die Verhältnisse jedoch in den fünf weiteren Wahldistrikten. Das Wählerinteresse blieb hier durchweg viel geringer als 1868, in drei Distrikten nahmen zwischen 57,2% und 52,8% an der Wahl teil, in zwei Distrikten waren es nur 43,44% und 42,65%. Die Zahlenverhältnisse erlauben in diesen Fällen die Annahme, dass die Zahl der Überläufer zu Österlein gering blieb, obwohl Mohl auch hier erhebliche Verluste hinnehmen musste[637]; und der Bericht des Oberamtmanns bestätigt diese Annahme, indem er für eine Reihe katholischer Gemeinden nur wenige oder keine Stimmen für Österlein, aber hohe Verluste für Mohl mitteilt[638].

Unter dem Gesichtspunkt der konfessionellen Struktur stellte sich das Wahlergebnis folgendermaßen dar: Die acht mehrheitlich protestantischen Gemeinden mit 2536 Wahlberechtigten[639] erzielten eine Wahlbeteiligung von 56,23%; in den 11 katholischen Gemeinden mit 2556 Berechtigten stimmten 54,38% ab. Die Hälfte der protestantischen Gemeinden blieb allerdings unter der 50%-Marke, während andererseits die Oberamtsstadt mit einer Beteiligung von 73,85% den absoluten Spitzenplatz einnahm und den Durchschnittswert nach oben verschob. Ohne die Stadt Aalen brachten es die „ländlichen" Gemeinden mit protestantischer Bevölkerungsmehrheit nur auf 42,5% Wahlbeteiligung, wobei Essingen mit 40% noch einen guten Mittelplatz

---

635 Vgl. oben, S. 181; in der Marbacher Wählerschaft (ca. 400 Männer) hatten sich ca. 84% als „mobilisierbar" gezeigt; in einer nahezu dreimal so großen Wählerschaft wie in der Stadt Aalen (1109 Berechtigte) dürfte es freilich ungleich schwieriger gewesen sein, eine so weit gehende Mobilisierung zu erreichen.

636 Beobachter Nr. 291, 9. Dezember 1870 „Aalen, 6. Dezember".

637 Im Distrikt Wasseralfingen waren beispielsweise 1149 Wahlberechtigte registriert, von ihnen waren 965 „mobilisierbar" (siehe Anm. 635); Österlein erreichte 147, Mohl 503 Stimmen; Verlust Mohls gegenüber 1868 = 257 Stimmen: Summe 907. Österlein benötigte also – theoretisch – die „verlorenen Wähler" Mohls nicht, um auf 147 eigene Wähler zu kommen.

638 Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Aalen 2: Die Korrelation zwischen dem katholischen Bevölkerungsanteil und dem Stimmenanteil der DP beträgt für die sechs Distrikte r = –0.8960.

639 Darunter waren natürlich auch einige hundert Katholiken.

einnahm. Für Österlein entschieden sich in der Oberamtsstadt 54,2% der Berechtigten (601), in den übrigen protestantischen Gemeinden ca. 26%; für Mohl wurden hier 18,7% bzw. 10,9% der verfügbaren Stimmen abgegeben. In den elf katholischen Gemeinden, von denen nur eine mit kleiner Mehrheit an Österlein ging, stimmten etwa 1100 Wähler (43%) für Mohl und für Österlein ca. 285 (11%), was annähernd dem protestantischen Bevölkerungsanteil in diesen Gemeinden entsprach.

Mohl hatte also seine Wiederwahl am 5. Dezember 1870 den katholischen Wählern zu verdanken[640]. Andererseits stammten jedoch auch seine Verluste gegenüber 1868 zu 57% aus den katholischen Distrikten (zu 36% aus der Oberamtsstadt und zu 7% aus den restlichen protestantischen Gemeinden). Seinem Gegner war es freilich auch nicht gelungen, diese Wähler für sich zu gewinnen: Österlein brachte es in den mehrheitlich katholischen Distrikten nur auf etwa 11%, die meist wohl von Protestanten stammten. In den protestantischen Gemeinden insgesamt und insbesondere in den sieben Gemeinden ohne Aalen stand Österlein zudem schlechter da als Mohl in den katholischen Gemeinden, so dass sich insgesamt drei Ursachen für Österleins Wahlniederlage andeuten:

- Es war ihm nicht gelungen, in der katholischen Wählerschaft Fuß zu fassen;
- er hatte auch in den protestantischen Gemeinden außerhalb der Oberamtsstadt – nicht nur in Essingen – zu wenig Zustimmung gefunden;
- Mohls Stimmenanteil in der Stadt Aalen (18,7%, was wiederum annähernd dem katholischen Bevölkerungsanteil von 16,8% entsprach) übertraf den Anteil Österleins in den katholischen Gemeinden.

Die Kampagne zur Wahlenthaltung, die der Schultheiß von Essingen ins Leben gerufen hatte, kann für Österleins Niederlage also allein nicht verantwortlich gemacht werden. Zwar nahmen in Essingen nur 40% der Wahlberechtigten an der Abstimmung teil, Bäuerles Erfolg blieb aber anscheinend auf Essingen beschränkt[641]. Im benachbarten Lauterburg stimmten zwei Drittel ab, und die Unterrombacher äußerten ihre Unzufriedenheit mit beiden Kandidaten, indem sie ihrem eigenen Schultheißen 24% der verfügbaren Stimmen gaben. Im Übrigen scheint die genannte Zahl von 300 Stimmen Verlust, die auf Bäuerles Konto gehen sollen, recht hoch. Um diesen Wert zu erreichen, hätten in Essingen und Unterrombach – Lauterburg hatte ja „normal"

---

[640] Beobachter Nr. 291, 9. Dezember 1870: Der Deutung des Aalener Korrespondenten des „Beobachters" *Und wir haben gesiegt!* erscheint etwas einseitig. – Vgl. auch: Rapp, Württemberger, S. 447, der Mohls Sieg auf die Treue seiner ländlichen Wähler zurückführt. – Bei der Nachwahl vom 20. September 1871 wurde Mohl in Wahlkreis 13 (Aalen, Ellwangen, Gaildorf etc.) in den Reichstag gewählt, bis 1914 war er in diesem Wahlkreis der einzige protestantische Abgeordnete. Die Wahlbeteiligung lag nur bei 25,6%! Für die Reichstagswahlen seit 1871 im Übrigen: Westermayer, Politik als Beruf, S. 315ff.; es ist sehr problematisch, Streich mit der „katholischen Partei" gleichzusetzen, vgl. etwa: Scheurle, Politischer Katholizismus, S. 251: *Streich mußte seinen Wählern versprechen, daß er nicht in die Zentrumspartei eintreten werde. So erhielt er viele Stimmen der Protestanten.*

[641] Vier Wegstunden entfernt vom Zentrum der Kampagne Bäuerles trugen Adelmannsfelden (38,52% Beteiligung und Mehrheit für Mohl) und Pommertsweiler (29,29% Beteiligung) ebenfalls zu Österleins Niederlage bei.

abgestimmt – jeweils 41% der Berechtigten zusätzlich zur Wahl gehen und geschlossen für Österlein abstimmen müssen; derart hohe Beteiligungswerte von 80% wurden bei dieser Wahl in keiner Gemeinde erreicht.

Hatte Mohl im Dezember 1870 sein Landtagsmandat dank der katholischen Wähler behalten, so wurde er sechs Jahre später, bei der Landtagswahl vom 13. Dezember 1876[642], gerade von katholischer Seite vehement bekämpft. Am 30. Oktober 1876 hatte sich in Stuttgart die „Katholische Landespartei" konstituiert, die ausdrücklich keine eigene politische Partei – wie das Zentrum – sein sollte, sondern ein Zusammenschluss der Katholiken Württembergs, *um durch richtige Wahlen* [...] *einzustehen für das Recht und die Freiheit* der Kirche. Es handele sich darum, dass die Katholiken Männer wählten, *die ein Herz haben für unsere höchsten Interessen und entschlossen sind, dieselben in Land- und Reichstagswahlen mutig zu verteidigen*[643]. Das provisorische Komitee, das diese Landesversammlung einberufen hatte und von ihr bestätigt wurde, bestand aus Rudolf Probst, Xaver Dentler, Dr. Mattes[644], Albin Moser[645] und Pfarrer Joseph Wengert[646] aus Dirgenheim, dem Redakteur des „Ipf"[647] und des „Katholischen Wochenblattes", des Organs der konservativen Katholiken[648]; mit ihm als Gegenkandidaten hatte sich Moriz Mohl nun auseinanderzusetzen.

Mohl gewann die Wahl[649] bei hoher Wahlbeteiligung von 74,37% mit ca. 400 Stimmen Vorsprung und diesmal nun überwiegend mit den Stimmen der protestantischen

---

642 Vgl. Die Wahlen in Württemberg im Dezember 1876 und Januar 1877, in: Württ. Jbb. 1876/I (1877), S. 8–29.

643 HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 10, Oberamt Rottweil, Beilage III zum Bericht des Oberamts betr. Wahlumtriebe aus Veranlassung der Abgeordnetenwahl, Rottweil, 22. November 1876: „Beschlüsse der Versammlung katholischer Wähler in Stuttgart vom 30. Oktober 1876"; vgl. Scheurle, Politischer Katholizismus, S. 261, Anhang III Aus einem Brief des Bischofs Hefele an Probst vom 13. Oktober 1877: *Wenn ich auch eine ‚katholische Fraktion oder Landespartei' als politische Partei für etwas Unglückliches gehalten habe und noch halte, und ich in hohem Grade bedaure, daß der unglückliche Ausdruck ‚katholische Landespartei' je gebraucht und namentlich bei der ersten Inauguration der zu bildenden Bewegung gebraucht wurde, so habe ich doch offen gebilligt und billige es noch, daß von uns nur solche in den Landtag gewählt werden, welche nichts von Kommunalschulen und Kulturkampf p.p. wissen wollen.* Der Plan einer katholischen Fraktion wurde fallen gelassen; die katholischen Landtagsabgeordneten schlossen sich der „Linken" oder der „Landespartei" an.

644 Wenzeslaus Mattes (1815–1886), Dr. theol., seit 1866 Stadtpfarrer in Weingarten; Landtagsabgeordneter für Waldsee 1877–1882; ADB 52, S. 231f.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 546f.

645 Albin Moser (1823–1906), Verwaltungsaktuar in Wangen, 1870 Direktor in Stuttgart; Landtagsabgeordneter für Wangen 1856/57; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 580.

646 Joseph Wengert (1835–1896), Pfarrer in Dirgenheim; Reichstagsabgeordneter für Aalen/Ellwangen etc. 1893–1896; Staatsanzeiger (1896), S. 1395.

647 Scheurle, Politischer Katholizismus, S. 216ff.: ein Blatt der ultramontan-konservativen Richtung.

648 Ebd., S. 248.

649 Wahlergebnis nach: HStAS E 150 Bü 858, Fasz. 9, Nr. 1 Oberamt Aalen, Beilage II: Für Mohl wurden 2380 Stimmen abgegeben (40,32%), für Wengert 1976 (33,47%); Albert Dulk (SPD) zog in der Stadt Aalen 9, in Wasseralfingen 7 Stimmen auf sich. Die Ergebnisse der einzelnen Gemeinden liegen leider nicht vor; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Aalen.

Wähler[650]: In den beiden mehrheitlich protestantischen Distrikten Aalen Stadt und Essingen stimmten 74,7% bzw. 64,1% für Mohl, während Wengert nur 5,3% bzw. 4,7% erreichte, was etwa um 10 Punkte unter dem katholischen Bevölkerungsanteil dieser Distrikte blieb. In den vier mehrheitlich katholischen Distrikten eroberte Wengert die Mehrheit mit teilweise ähnlich hohen Werten wie Mohl in den protestantischen Distrikten. Mohls Stimmenzahl im Distrikt Wasseralfingen überstieg jedoch die mutmaßliche Anzahl der protestantischen Wahlberechtigten erheblich; hier muss also, wie bei früheren Landtagswahlen, ein erheblicher Anteil der katholischen Wähler für Mohl gestimmt haben, während in den übrigen katholischen Distrikten die Mohl'schen Stimmen ausschließlich von den Protestanten stammen könnten. Insgesamt scheint demnach nur eine kleine Gruppe von Katholiken Mohl die Treue bewahrt zu haben[651].

Bei der Landtagswahl von 1882 stellte sich Moriz Mohl – nunmehr 80-jährig, aber *mit bewundernswerter Energie*[652] – erneut zur Wahl. Wie der Korrespondent der „Schwäbischen Kronik" schrieb, werde man Mohl wieder wählen, *allein schon aus Pietät*[653]. Mohl hatte sich mit der Reichsgründung und Preußen ausgesöhnt, seit Bismarck zur Schutzzollpolitik übergegangen war[654], und so war er nun auch für Anhänger der Deutschen Partei und für Konservative wählbar[655]. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 35,2%[656] wurde Mohl, wie erwartet, mit 1917 Stimmen (32,66%) gegen 97 Stimmen (1,65%) für Albert Dulk gewählt[657], ganz überwiegend von protestantischen Wählern: In den fünf Gemeinden mit hoher protestantischer Bevölkerungsmehrheit gaben 42,4% der Stimmberechtigten Mohl ihre Stimme, in den acht Gemeinden mit mehr als 80% katholischem Bevölkerungsanteil dagegen nur 14%[658].

Mohl hatte also über die Jahre seinen ursprünglich starken Anhang in der katholischen Wählerschaft des Oberamts Aalen Schritt für Schritt eingebüßt. Viele seiner

---

[650] Bauer, Vorwärts ist die große Losung, S. 86f. schreibt in Bezug auf die Reichstagswahl von 1877: *Wieder votierte Goldarbeiter Friedrich Simon über die Lokalpresse – übrigens wie schon 1876 im Verein mit den Fabrikanten, höheren Beamten und renommierten Geschäftsleuten der Stadt – für Moritz Mohl und die Volkspartei* [...].

[651] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Aalen 2: Die Korrelation zwischen dem katholischen Bevölkerungsanteil und dem Stimmenanteil Mohls beträgt für die 6 Wahldistrikte r = –0.9687; Anteil Katholiken/kath. Landespartei: r = 0.9414.

[652] Schw. Kronik (1882), S. 2040.

[653] Schw. Kronik (1882), S. 1788.

[654] Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 155, Anm. 28; Lahnstein, Die unvollendete Revolution, S. 198.

[655] Schw. Kronik (1882), S. 1788 „Aalen, 7.11."

[656] Vgl. Wahlgesetznovelle: Reg. Bl. (1882), S. 212f. u.a. wurden nun die Ergänzungswahlen abgeschafft.

[657] HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Bl. 3 Abschrift des Wahlprotokolls; Bericht des Oberamts vom 22. Dezember 1882; Bauer, Vorwärts ist die große Losung, S. 104f.; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Aalen.

[658] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Aalen 1 und 2: Die Korrelation zwischen dem katholischen Bevölkerungsanteil und dem Stimmenanteil der DP beträgt für die sechs Distrikte r = –0.7754 und für die 19 Gemeinden r = –0.7363.

Wähler von 1868 hatten 1870 resigniert, hatten 1876 in dem spezifisch katholischen, mild kulturkämpferischen Kandidaten einen geeigneteren Vertreter ihrer Interessen gefunden[659] und waren 1882 nicht wieder zu dem Protestanten und Kritiker der Amtskirchen Mohl zurückgekehrt. Mohl verdankte seine Wahlsiege, sein politisches Überleben entgegen den politischen Entwicklungen nicht einer starken Stammwählerschaft, nicht wechselnden Koalitionen, sondern den jeweils vorliegenden Konstellationen. Als er sich 1870 ein einziges Mal gegen einen kleindeutsch-konservativen Protestanten bewähren musste, reichten seine katholische Anhängerschaft, die dem Reichseintritt kritisch bis ablehnend gegenüberstand, und die mangelnde Geschlossenheit der protestantischen Wähler noch aus, die Stimmenmehrheit zu behalten. 1876 war es die spezifische konfessionelle Ausrichtung des Wahlkampfes, die Bindung der Mehrzahl der katholischen Wähler an die „katholische Landespartei" bzw. das Zentrum, die Mohl zum Kandidaten der Protestanten machte, der er auch 1882 blieb. Angesichts der Wirtschaftskrise passte Mohls Credo als Schutzzöllner zudem wieder in die politische Landschaft[660].

Mohl stellte sein Mandat am 10. September 1887 aus Altersgründen zur Verfügung. Neun Tage später ließ Innenminister Schmid Oberamtmann Stahl nach Stuttgart bestellen zum Bericht über die politischen Verhältnisse im Oberamt im Hinblick auf die bevorstehende Landtagsabgeordnetenwahl[661]. Das Ergebnis dieses Berichts war die Kandidatur des ehemaligen Oberamtmanns von Aalen, Hermann Wittich (Landespartei), der bei der fälligen Nachwahl am 10. November 1887 mit 2322 Stimmen über den Gutsbesitzer Julius Mayer von Pommertsweiler siegte, für den sich 1157 Wähler entschieden[662]. Erneut orientierte sich die Wählerentscheidung wesentlich auch an der konfessionellen Struktur des Wahlkreises: Von Mayers Stimmen stammten 80% aus Gemeinden mit einer hohen katholischen Bevölkerungsmehrheit[663], bei Wittichs Stimmen lag dieser Anteil bei 40%, ohne Wasseralfingen sogar nur bei 24%. Freilich kommen auch andere Wahlmotive zum Tragen, zum Beispiel, dass Mayer als Interes-

---

[659] Württ. Jbb. (1877), S. 28–29, Beilagen II und III.: Bei schärferer Betonung dieser Richtung (Zentrum) liegt die Stimmenzahl deutlich höher.

[660] Vgl. Hentschel, Prosperität und Krise, S. 365ff.; *Hentschel* setzt für 1876 *den Umschlag zur allgemeinen Wirtschaftskrise* an (S. 379); in Wasseralfingen wurden 200 Arbeiter entlassen und die Arbeitszeit gekürzt (S. 380); als Lösungsmittel wurde seit 1875 zunehmend über Schutzzoll diskutiert (S. 387, Anm. 152); speziell zur Eisenindustrie, S. 359ff. Siehe auch: Boelcke, Handbuch Baden-Württemberg, S. 229.

[661] HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Bl. 6.

[662] HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Bl. 21 Zusammenstellung des Ergebnisses der Abgeordnetenwahl (10. November 1887); siehe: Datenträger, Datensatz 2: Aalen; Bauer, Vorwärts ist die große Losung, S. 106 schreibt: *In dem Maße, wie der Stern Mohls sank, entwickelte sich der Bezirk Aalen zu einer unumstrittenen Hochburg des Zentrums.* Für die Landtagswahlen zwischen 1868 und 1889 lässt sich eine solche gegenläufige Bewegung nicht feststellen.

[663] In seiner Heimatgemeinde Pommertsweiler (Katholikenanteil 1885 = 34,47%) müssen auch viele Protestanten für ihn gestimmt haben: Bei einer Wahlbeteiligung von 79,3% hatten hier 71,4% der Berechtigten für Mayer gestimmt.

senvertreter der Landwirtschaft in erheblichem Maße Stimmen von Landwirten erhielt[664].

Bei der Landtagswahl vom 9. Januar 1889[665] blieb Wittich der einzige ernsthafte Bewerber um das Mandat, nachdem Julius Mayer die Kandidatur abgelehnt hatte[666]. Der Zählkandidat der SPD, Karl Kloß[667], zog 72 Stimmen auf sich. Bei nur 40,72% Wahlbeteiligung stammten Wittichs Stimmen je zur Hälfte aus den beiden konfessionellen Gruppen[668]: Er schien beiden Seiten genehm, repräsentierte aber nur eine Minderheit der Wahlberechtigten.

Dass aber die Konfessionszugehörigkeit der Wähler, sobald dieses Motiv im Wahlkampf angesprochen wurde, als beharrendes Strukturelement alle anderen Wahlmotive überlagerte, zeigte sich bei der Landtagswahl vom 1. Februar 1895[669], als vier Kandidaten auftraten, die die großen politischen Richtungen vertraten[670]. Das Wählerinteresse verdoppelte sich gegenüber 1889 nahezu und erreichte 78,84%, in der Stichwahl sogar 85,47%. Die Wahlentscheidung wurde letztlich durch die Konfessionsstruktur des Wahlkreises geprägt[671]. Dem Zentrum, das sich auf Landesebene erst kurz zuvor konstituiert hatte[672], gelang es auf Anhieb, die Masse der katholischen Wähler[673] für sich zu gewinnen, wenn auch die Mehrheit der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang um 100 verfehlt wurde, so dass eine Stichwahl nötig wurde. Die SPD und die beiden bürgerlichen Parteien konkurrierten miteinander um die protestantischen Wähler; in der Stichwahl zwischen den Kandidaten des Zentrum und der

---

[664] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Aalen 1: Die Korrelation zwischen dem katholischen Bevölkerungsanteil und dem Stimmenanteil Wittichs beträgt für die 19 Gemeinden r = –0.6563; bei Mayers Stimmenanteil: r = 0.6306. Die Korrelationen zwischen Mayers Stimmenanteil und den „agrarischen" Variablen sind positiv.

[665] HStAS E 150, Bü 860 Bl. 898–892 Bericht des Oberamts vom 11. Januar 1889 betr. die Vorlage des Wahlprotokolls; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Aalen ; Bauer, Vorwärts ist die große Losung, S. 107.

[666] Schw. Kronik (1888), S. 2277f.

[667] Karl Kloß (1847–1908), Schreiner in Stuttgart, 1884–1908 Vorsitzender des Deutschen Tischlerverbandes; vgl. Staatsanzeiger (1908), S. 35; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 449f.

[668] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Aalen 1: Die Korrelation zwischen dem katholischen Bevölkerungsanteil und dem Stimmenanteil Wittichs beträgt für die neunzehn Gemeinden r = –0.1304.

[669] HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Bl. 832 und Bl. 838; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Aalen.

[670] DP: Wilhelm Haas sen., Seifenfabrikant in Aalen (ca. 1832–1895); VP: Eberhard Wagner, Gasthofbesitzer in Aalen; SPD: Alfred Agster (1858–1904) Apotheker in Schwäbisch Gmünd, Schriftsteller; Zentrum: Victor Rembold (1846–1916), ab 1880 Rechtsanwalt in Schw. Hall, 1894 Mitglied des Zentrums, einer der Fraktionsführer, vgl. Württ. Nekrolog (1916), S. 46–56; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 713f.

[671] Bauer, Vorwärts ist die große Losung, S. 145–148.

[672] Vgl. Schw. Kronik (1895), S. 115 „Ravensburg 17. Jan.".

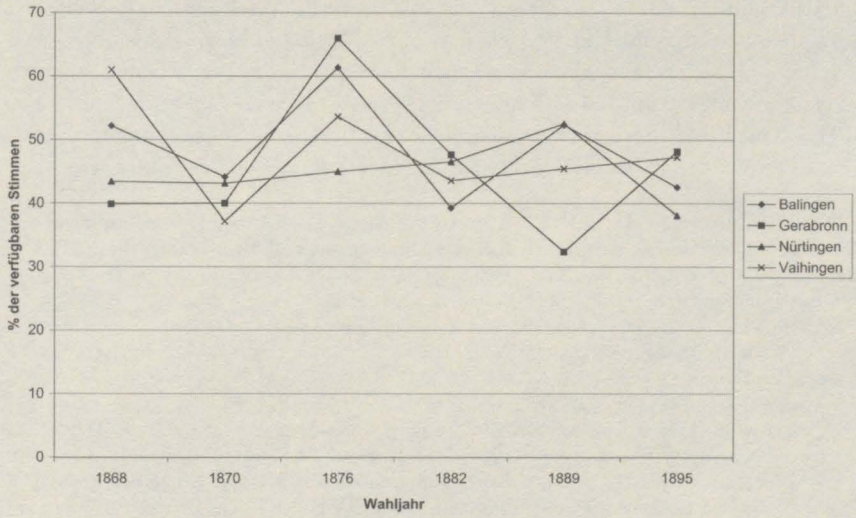
[673] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Aalen 1: Die Korrelation zwischen dem katholischen Bevölkerungsanteil und dem Stimmenanteil der Zentrumspartei beträgt für die neunzehn Gemeinden r = 0.9188, bei der Stichwahl r = 0.9394; mit der Volkspartei r = –0.7384. Die katholischen Wähler waren anscheinend hoch motiviert (Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Z-Stimmenanteil: r = 0.8264, für SPD leicht negativ, wenn auch nicht signifikant) und stimmten in beiden Wahlgängen sehr konstant (Eigenkorrelation r = 0.9960).

SPD siegte die katholische Seite mit 17 Stimmen Vorsprung[674]. Eine feste Bindung der katholischen Wähler an das Zentrum, wie *Westermayer* sie seit 1874 konstatiert, lässt sich aber bei den Landtagswahlen vor 1895 nicht erkennen.

3. „Linke" Hochburgen

Von den 70 württembergischen Landtagswahlkreisen schickten nur vier – die protestantischen Oberämter Balingen, Gerabronn, Nürtingen und Vaihingen – zwischen 1868 und 1895 regelmäßig „linke" Abgeordnete in den Landtag mit Stimmenmehrheiten, die zwischen 32 und 66% lagen.

Diagramm 13: Stimmenanteile der Wahlsieger bei den Landtagswahlen 1868 bis 1895 in vier „linken" Hochburgen



Im Längsschnitt betrachtet, fallen die Ergebnisse der Wahl vom 5. Dezember 1870 bei diesen vier Wahlkreisen weniger aus dem Rahmen als die von 1876; im Oberamt Vaihingen scheint das Ergebnis von Juli 1868 eher ungewöhnlich als das von Dezember 1870. Wie ist die besondere Entwicklung dieser Wahlkreise zu erklären? Gibt es Gemeinsamkeiten?

---

[674] Von der Zunahme der Wahlbeteiligung bei der Stichwahl profitiert die SPD nicht (r = –0.682) in dem Maße wie das Zentrum; der Zugewinn des SPD-Kandidaten in der Stichwahl speist sich sowohl aus VP-Wählern des 1. Wahlgangs (r = 0.845) als auch DP-Wählern (r = 0.775); vgl. auch: Blackbourn, Class, Religion and Local Politics, S. 193, Anm. 115.

a) Oberamt Balingen

Die ungefährdeten Siege, die der „Regent von Ebingen“[675] oder auch „Dalai Lama“ der Ebinger Volkspartei[676] bei den Landtagswahlen vom 8. Juli 1868 und 5. Dezember 1870 im Wahlkreis Balingen errang, boten Oberamtmann Ehemann[677] zweimal Gelegenheit zur Ursachenforschung, Darstellung des Wahlkampfes und seiner eigenen Rolle darin[678]. Im Juli 1868 berichtete er dem Innenministerium, er habe die Kandidatur des ministeriellen Kandidaten, des Balinger Rechtskonsulenten Nagel, kräftigst unterstützt, indem er seine Beziehungen zu den einflussreichen Männern im Oberamt habe spielen lassen; eine ähnliche Einflussnahme hätten auch die übrigen Bezirksbeamten versprochen: Der Oberamtmann deutet durch die Hervorhebung mangelnde Geschlossenheit des Beamtenapparates als eine Ursache für die Niederlage des ministeriellen Kandidaten an, der im Juli 1868 nur 827 Stimmen (12,31%) gegen Schwarz (3506 Stimmen, 52,19%) gewonnen hatte.

Den Wahlkampfstil der beiden Seiten setzt der Oberamtmann sodann scharf voneinander ab: *Die Phrasen und wohlberechneten Versprechungen* [des Louis Schwarz] *und seiner Helfershelfer* [hätten] *bei dem in dem hiesigen Bezirk (leider!) sehr überwiegenden, sittlich wie ökonomisch verkommenen Proletariat ein günstiges Auditorium* gefunden; *das Proletariat der Stadt* [sc. Ebingens] *selbst und der Umgegend* [stehe] *in den vielfachsten Graden der Abhängigkeit von den Ebinger Fabrikanten, Kaufleuten und Gewerbetreibenden*, die die Kandidatur von Schwarz unterstützten. In Ebingen[679], aber auch in Balingen habe die Volkspartei einen regelrechten Meinungsterror ausgeübt; da und dort soll es sogar zur Anwendung gesetzwidriger Mittel der Wählerbeeinflussung (Freizechen) gekommen sein. Dagegen habe die Nagel'sche Partei *ihre Agitation auf eine durchaus honette und würdige Weise* betrieben; *das würdige, gemäßigte, lediglich objektiv gehaltene Auftreten Nagels* [habe] *überall bei allen verständigen, gutgesinnten Männern den besten Eindruck gemacht.*

Eine Korrespondenz im „Staatsanzeiger“ vermittelt allerdings ein differenziertes Bild. Der Verfasser bringt zunächst politische Bedenken gegen Schwarz' Kandidatur vor, er zielt dann vor allem – „lediglich objektiv“ – ins Persönliche: Schwarz habe zwar *seit Jahren große Unerschrockenheit im öffentlichen Auftreten und eine nicht gewöhnliche Redefertigkeit* an den Tag gelegt, ihm fehlten aber die solide Bildung und die intellektuellen Voraussetzungen für das Mandat: *Der Mann, der's in Ebingen*

---

[675] DV Nr. 155, 5. Juli 1868 „Vom Schwarzwald, 1. Juli“.

[676] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 271.

[677] Johann Wilhelm Ehemann (1817–1885), Oberamtmann von Tuttlingen 1853–1866, von Balingen 1866–1884; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 229.

[678] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 20ff. Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Balingen 19. Juli 1868; E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 38/44 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Balingen, 8. Dezember 1870: Dort auch eine Übersicht mit den Detailergebnissen der Wahlen von 1868 und 1870 im Vergleich.

[679] Vgl. dazu auch: Beobachter N. 134, 11. Juni 1868 „Bezirk Balingen-Ebingen, 10. Juni“, Manchesterfabrikant Landenberger, der bisherige Abgeordnete, der den Verträgen mit Preußen zugestimmt hatte, könne es nicht mehr wagen, als Bewerber aufzutreten.

nicht zum Gemeinderat, trotz aller Anstrengungen, gebracht habe, von dem könne man nicht ohne weiteres annehmen, daß er zum Bezirksabgeordneten recht sein solle[680]. Erscheint der ministerielle Kandidat durch die stark stilisierte Darstellung des Oberamtmanns auch als moralischer Sieger, so bleibt doch insgesamt festzuhalten, dass der Wahlkampf der Volkspartei den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts offenbar erheblich besser entsprach als der der Ministeriellen. Die wichtigste Ursache für die Niederlage des ministeriellen Kandidaten sieht der Oberamtmann in der zu späten Entscheidung Nagels, die Kandidatur zu übernehmen; wegen der Kürze der Zeit habe er dann nur noch in den Hauptorten mit Ausnahme Ebingens auftreten können.

Die höchst unterschiedlichen Stimmenanteile Nagels in den Wahldistrikten werfen ein bezeichnendes Licht auf seinen Wahlkampf. In den vier östlichen Stimmbezirken um Ebingen (II) blieb er unter 5% (Durchschnitt 2,77%), in drei westlichen Bezirken stimmten zwischen 13,6% und 17,1% für ihn, und in Balingen (I) errang er mit 39,67% knapp die Stimmenmehrheit gegenüber Schwarz. Genauer gefasst, bedeutet demnach der Hinweis des Oberamtmanns, Nagel habe nur in den wichtigsten Gemeinden auftreten können, dass Nagel nur in den westlichen Distrikten Wahlkampf gemacht hatte; sein gutes Abschneiden in der Oberamtsstadt belegt ferner, dass die Kandidatur ganz überwiegend vom „Lokalpatriotismus Balingens"[681] getragen wurde. Insgesamt ergibt sich aber aus der Verteilung der Stimmen ebenfalls, dass der ministerielle und deutschparteiliche Kandidat noch nicht sein gesamtes Wählerpotenzial ausgeschöpft hatte[682].

Nach der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 konnte der Oberamtmann wiederum nur konstatieren, dass das Oberamt Balingen *seinen alten Ruf als eines demokratisch unterwühlten bewahrt* habe. Die Fehler von 1868 hatte man jedoch vermieden. Das Landeskomitee der Deutschen Partei hatte in Professor Julius Weizsäcker[683] einen Kandidaten vermittelt[684], der zwar keine persönlichen Verbindungen zum Oberamt vorweisen konnte, aber die Übernahme der Kandidatur so rechtzeitig zusagte[685], dass für ihn ein sehr intensiver Wahlkampf aufgezogen werden konnte, obgleich er selbst die ihm zugemuteten Wahlkampfauftritte in 22 Gemeinden als zu viel empfand[686]. In der überregionalen Presse[687], vor allem aber im Amtsblatt[688] wurde per-

---

[680] Staatsanzeiger Nr. 155, 2. Juli 1868, S. 1606 „Zu den Wahlen"; zum Wahlkampf insbesondere: Schw. Kronik Nr. 156, 2. Juli 1868, S. 1857 und Nr. 157, 3. Juli 1868, S. 1689.

[681] DV Nr. 155, 5. Juli 1868 „Vom Schwarzwald, 1. Juli": *Da für Herrn Nagel außer dem Balinger Lokalpatriotismus auch noch unsere ‚Preußen' und der staatsanzeigerliche Regierungsapparat sich in Bewegung setzt, so wird der Wahlkampf heftig werden.*

[682] Auch die nur mittelstarke Polarisierung der Wählerschaft (r = –0.7083) deutet in diese Richtung.

[683] Julius Weizsäcker (1828–1889), Professor der Geschichte in Tübingen.

[684] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 337, 339, 351.

[685] Schw. Kronik (1870), S. 3261 unterm 17. November; Otto Elben unterrichtete Hölder „Samstag früh" (= 20. November), dass Weizsäcker zugesagt habe (Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 351).

[686] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 394 Julius Weizsäcker an Hölder, Tübingen, 23. November

manent für Weizsäckers Wahl geworben. Um auch die öffentlichen Diener auf die Unterstützung des gemeinsamen Kandidaten von Deutscher Partei[689] und Regierung festzulegen, war man dazu übergegangen, die Namen von Weizsäckers Anhängern vor der Wahl zu veröffentlichen, so dass diejenigen, die nicht unterschrieben, bloßgestellt wurden. Aus der katholischen Gemeinde Geislingen, wo ein „Preuße" einen schweren Stand haben würde, warben so der Schultheiß, der Gemeindepfleger, der Ratsschreiber, ein Rentbeamter und zwölf weitere Bürger für Weizsäcker[690].

Weizsäcker konnte zwar seinen Stimmenanteil verglichen mit 1868 nahezu verdoppeln, trotz aller Bemühungen wurde er jedoch mit 1667 gegen 2981 Stimmen (24,84% gegen 44,43%) geschlagen. Stimmengewinne bis zu 40 Punkten standen dabei Verlusten von 3,1% bzw. 6,1%-Punkten in den Distrikten Ostdorf (VI) und Balingen (I) gegenüber. Doch auch sein Gegner musste Einbußen gegenüber 1868 hinnehmen. Wenn Schwarz etwa in seiner Heimatstadt 14%-Punkte abgingen – wenigstens ein Teil muss 1870 an die Gegenpartei gefallen sein –, so lässt sich als Erklärung die außenpolitische Situation anführen, die selbst in Ebingen, der Heimatstadt des demokratischen Bewerbers, einem so angesehenen und einflussreichen Mann wie Johann Martin Landenberger und der Deutschen Partei mehr Gehör verschaffte. Besonders fällt der Stimmenverlust von Schwarz im Wahldistrikt Winterlingen (III) ins Auge, wo 241 seiner früheren Wähler abwanderten (–36,37%-Punkte).

Wenn die Information des Oberamtmanns zutrifft, verteilten sich in der Gemeinde Winterlingen die Stimmen auf beide Bewerber gleichmäßig (je 129); gegenüber 1868 war dies schon ein Verlust für Schwarz von über hundert Stimmen, die allerdings – rechnerisch – nicht zwingend seinem Gegner unmittelbar zugefallen sein müssen. Bei Stimmengleichheit mit Weizsäcker in Winterlingen muss Schwarz in der Gemeinde Bitz regelrecht eingebrochen sein, indem sein Stimmenanteil dort auf ca. 6% sank. Da

---

1870; Weizsäcker regt darin ferner an, Friedrich Thudichums Broschüre „Klar und wahr. Zuruf an die Wähler Württembergs" auf Parteikosten drucken zu lassen. – Welche körperlichen Strapazen der Wahlkampf mit sich brachte, ist von Otto *Elben* (Lebenserinnerungen, S. 148f.) dargestellt worden.

687 SVZ Nr. 281, 26. November 1870, S. 1157; Schw. Kronik (1870), S. 3261, 3335.

688 Der Volksfreund Nr. 96, 30. November 1870, S. 381–384, besteht z. B. aus vier Seiten, die neben der Wahlbekanntmachung (S. 1, ca. 50% der Seite), Meldungen des Tages und über die Kriegslage (S. 2, ca. 5%) und Werbeanzeigen (S. 3 und 4, je 40–50%) nur noch Beiträge für Weizsäcker oder gegen Schwarz enthalten, u. a. auch einen Feldpostbrief, in dem den heimischen Republikanern die (Mit-)Schuld zugeschrieben wird, dass die Franzosen noch nicht zur Vernunft gekommen seien.

689 SVZ Nr. 137, 16. Juni 1870 (Frontseite): Im Juni 1870 war die DP im Oberamt Balingen nur durch einzelne Vertrauensmänner vertreten (Landenberger und Gemeinderat Wieland, beide aus Ebingen); im November 1870 war die DP dabei, sich im Oberamt Balingen zu organisieren (Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 271); ein Volksverein war dagegen im März 1866 gegründet worden (Runge, Volkspartei, S. 48f., Anm. 88), dagegen: Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 340.

690 Volksfreund, Nr. 96, 30. November 1870, S. 383. Wie aus einem weiteren Beitrag hervorgeht, hatte Schwarz dazu aufgerufen, Beamte namhaft zu machen, die sich unstatthaft am Wahlkampf beteiligten.

die Wahlbeteiligung in Bitz bei 83,1% lag – etwa 20 Punkte höher als 1868 –, kann es auch zu keinem umfangreichen Austausch zwischen Wählern und Nichtwählern gekommen sein, 1870 müssen sich also VP-Wähler von 1868 in großer Zahl der DP zugewandt haben. Vermutlich war es hier im Wahlkampf gelungen, die alte Rivalität zwischen Ebingen und Bitz[691] für Weizsäcker nutzbar zu machen, die 1868 durch die Rivalität zwischen Ebingen und der Oberamtsstadt überlagert worden war. Weizsäcker hätte allerdings nur gesiegt, so schrieb der Oberamtmann, *wenn die Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen worden wären, da es keinem Zweifel unterliegt, daß die auf den Unterlegenen gefallene Stimmenzahl den soliden Teil der Wähler repräsentiert, während die Wähler der siegenden Partei zum überwiegend größten Teil dem in dem hiesigen Bezirk sehr stark vertretenen, verdorbenen und um geringen Preis feilen Proletariat angehören.*

Über die Agitationsmittel des politischen Gegners hieß es: *Ein Mittel, wodurch die in dem Bezirk zahllos herumstreifenden Banden der Schwarz'schen Agnosten auf jene Masse einwirkten, war daher auch der Bildungsstufe der letzteren ganz angemessen: irrige Darstellung der politischen Lage, Verdrehung der Tagesfragen, Verdächtigung der Beamten und ihrer Wirksamkeit, unmögliche Versprechungen bezüglich der Erleichterung des Volkes wurde natürlich von Leuten solchen Schlages gern geglaubt.* Der Vorwurf der Wahlbestechung (Freizechen), den der Oberamtmann dann erhob, belegt durch schriftliche Berichte der Landjäger von Laufen und Tieringen[692], lag einer Klage vor dem Oberamtsgericht gegen Schwarz zu Grunde, die seitens der DP am 16. Dezember 1870 eingebracht wurde mit dem erklärten Ziel, die Teilnahme von Louis Schwarz an den Kammersitzungen zu verhindern, *damit der Eintritt in den Norddeutschen Bund mit möglichst großer Mehrheit erfolge*[693]. Auch von Seiten der Deutschen Partei im Oberamt Balingen wurde also der politische Kampf im Winter 1870 mit großer Erbitterung und allen verfügbaren Mitteln geführt.

Wenn nun anders als 1868 ein bloß halbherziger Wahlkampf und mangelnde Geschlossenheit der eigenen Reihen als mögliche Erklärungen für Weizsäckers deutliche Niederlage ausfallen, bleibt letztlich nur die Behauptung des Oberamtmanns, die Wähler der Deutschen und Regierungspartei repräsentierten den *soliden Teil* der Wähler und die der Volkspartei stammten *zum überwiegend größten Teil* aus dem Proletariat, das der Oberamtmann auch schon 1868 mit deutlich negativen Werturteilen bedacht hatte. Die Schwarz-Weiß-Malerei des Oberamtmanns begründet an sich

---

691 Beschreibung des Oberamts Balingen, Stuttgart 1880, S. 308ff.

692 StASig Wü 65/4 T. 2, Bü 39 Oberamt Balingen, Landtagswahlen 1870.

693 Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 500 J.M. Landenberger an Hölder, Ebingen d. 17. Dezember 1870: Um den Ständischen Ausschuss noch vor Landtagseröffnung am 19. Dezember und Legitimierung der gewählten Abgeordneten zu unterrichten, hatte der Kläger die telegrafische Benachrichtigung des Ständischen Ausschusses erreichen wollen; das Gericht hatte das aber abgelehnt; Landenberger bat nun Hölder um möglichst rasche Behandlung der Angelegenheit im Ständischen Ausschuss. – Johann Martin Landenberger (1804–1873), Manchesterfabrikant in Ebingen; Geschäftsführer der DP im Februar 1870, Landtagsabgeordneter für Balingen 1862–1868; Hirschfeld, Württembergs Großhandel und Großindustrie, S. 53f.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 490.

schon Zweifel, dass sein Urteil als sachlich zutreffend und angemessen einzuschätzen ist[694]; seine Ansicht über die Herkunft der VP-Wähler verstärkt diese Zweifel. Zugespitzt lautet die Behauptung des Oberamtmanns, von den 2981 Wählern des Louis Schwarz stammten mindestens 1700 von Lohnarbeitern. Die amtliche Statistik[695] verzeichnet am 1. Dezember 1871 für das Oberamt Balingen ca. 2700 „selbsttätige Gehilfen" gegenüber ca. 6200 „Selbstwirtschaftenden". Wenn es demnach im Oberamt ohne Zweifel ein zahlreiches Proletariat gab[696], so stellt sich doch die Frage, inwieweit es zu den Wahlberechtigten gehörte.

Am 10. Januar 1873 wurden im Oberamt Balingen 7656 landwirtschaftliche Betriebe[697] gezählt; die Anzahl der Grundeigentümer übertraf also die derjenigen, die 1868 und 1870 wahlberechtigt waren, um etwa 10%. Wahrscheinlich gehörte demnach der weitaus größte Teil der Wahlberechtigten zu den Grundeigentümern; als Grundsteuerzahler wurden diese Männer in der Regel von Amts wegen in die Wählerverzeichnisse aufgenommen. Etwa 4550 Betriebe waren nach dem Stand von 1873 größer als 1 ha; 1895[698] war ihre Anzahl auf 4366 zurückgegangen, von denen 3556 selbstständig bewirtschaftet wurden. Die Anzahl der selbstständigen Gewerbetreibenden etc. wird für 1895 mit ca. 3550 angegeben[699]; 1871 wurden im Oberamt Balingen außerhalb der Landwirtschaft ca. 4800 „Selbstwirtschaftende" (Selbstständige) gezählt. Für die Wählerstruktur in den Jahren 1868 und 1870 ergibt sich aus diesem groben Rahmen, dass im Durchschnitt etwa eine Hälfte der Wahlberechtigten des Oberamts Balingen zu den selbstständigen Landwirten gehörte und die andere zu den selbstständigen Gewerbetreibenden, von denen die meisten ebenfalls Grundeigentümer waren. Die Anzahl der eigentumslosen Lohnarbeiter unter den Wahlberechtigten kann also nur gering gewesen sein[700], erheblich kleiner jedenfalls, als es die beiden Berichte des Oberamtmanns glauben machen wollen. Was der Oberamtmann abfällig als „Proletariat" bezeichnete, waren also wahrscheinlich Klein- und Zwergbauern, die vielfach noch als kleine, selbstständige Handwerker für Verleger arbeiteten, sowie Arbeiterbauern, *in den vielfachsten Graden der Abhängigkeit von den* [...] *Fabrikanten, Kaufleuten und Gewerbetreibenden* stehend, wie der Oberamtmann 1868 formulier-

---

694 Vgl. Runge, Volkspartei, S. 173.

695 Die Bevölkerung Württembergs vom 1. Dezember 1871 nach Haupt-Berufs- und Erwerbsklassen, in: Württ. Jbb. 1876/IV (1877), S. 12f., davon waren 633 hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig; vgl. auch Beschreibung des Oberamts Balingen, Stuttgart 1880, S. 74.

696 Naujoks, Stadt und Industrialisierung, S. 165–193; für den Raum Ebingen-Tailfingen: S. 186ff.; zur Anzahl der Lohnarbeiter in der Textilindustrie zur fraglichen Zeit: S. 189.

697 Über die Verteilung des landwirtschaftlich benützten Grundbesitzes in Württemberg, Württ. Jbb. 1881/I (1881), S. 48–51.

698 Württ. Jbb. 1896/98, Ergänzungsband II (1998), S. 58ff.

699 Hauptbetriebe ca. 3700, Nebenbetriebe 975.

700 Vgl. StASig Wü 65/40 T. 1, Nr. 1 Oberamt Urach, Zollparlamentswahl, Wählerverzeichnis: Von 948 Wahlberechtigten in Metzingen (vergleichbar mit Ebingen) sind 16,24% Bauern und Weingärtner, aber nur 3,8% Fabrikarbeiter (2/3) und Tagelöhner, wenn sich auch weitere Lohnarbeiter hinter anderen Berufsbezeichnungen (Weber, Tuchmacher etc.) verbergen werden.

te, im Wesentlichen wohl jene Männer, die durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts erstmals an der Politik teilhaben konnten. Es wird noch zu prüfen sein, ob diese Wählergruppen sich tatsächlich als VP-Wähler identifizieren lassen.

Von der Quellenlage her stellt das Oberamt Balingen einen außergewöhnlichen Glücksfall dar, indem nicht nur die Wahlergebnisse der Landtagswahlen seit 1868 mindestens auf der Ebene der Wahldistrikte überliefert sind, sondern auch die der Reichstagswahlen von 1871, 1874 und 1877[701]; überdies wurden bei den Reichstagswahlen die Parteistimmen in der Regel für die einzelnen Gemeinden[702] ausgewiesen, so dass außer den acht Wahldistrikten insgesamt 26 Gemeinden als Untersuchungsgegenstand zur Verfügung stehen.

Zwischen 1868 und 1888, bei vier Landtagswahlen und sechs Reichstagswahlen, hieß der Kandidat der Volkspartei Louis Schwarz, der sich im Kampf um das Reichstagsmandat im Wahlkreis 9[703] gewöhnlich gegen Nationalliberale und Zentrumskandidaten durchsetzen musste, was ihm am Anfang seiner Karriere 1871 einmal gegen Friedrich Notter (NL) und am Ende einmal gegen Germain Burkhardt (NL) misslang[704]. Bei den Landtagswahlen blieb Schwarz nach der Niederlage Weizsäckers im Dezember 1876 und 1882 ohne eigentliche Gegenkandidaten[705].

1889 kandidierte Schwarz nicht wieder; er starb wenige Wochen später. Die Volksvereine von Balingen und Ebingen trugen nun Konrad Haußmann[706] die Kandidatur an, dem die DP den Ebinger Malzfabrikanten J. Keller entgegenstellte; 1895 trat Keller wieder gegen Haußmann an, der jedoch souverän siegte, obgleich auch die Zentrumspartei und vor allem die SPD Kandidaten ins Rennen schickten. Am 5. Dezember 1900 schließlich benötigte Haußmann für seinen Wahlsieg in der Stichwahl bereits DP-Stimmen, um sich gegen die SPD durchzusetzen[707].

Im Längsschnitt zwischen 1868 und 1895 betrachtet, deuten die Eigenkorrelationen der DP/NL/Min-Stimmenanteile nicht auf Kontinuität in diesem Lager hin; dagegen erreichen die Eigenkorrelationen der VP-Stimmenanteile für die acht Wahldis-

---

[701] StASig Wü 65/4 T. 2 Oberamt Balingen Reichstagswahl 1871, 1874, 1877 etc.; siehe auch Anhang A, S. 578ff.

[702] Die Gemeinden Stockenhausen, Margrethausen, Burgfelden und Streichen wurden mit anderen zusammengelegt.

[703] Bestehend aus den Oberämtern Balingen, Rottweil, Spaichingen und Tuttlingen.

[704] Wahlergebnisse bei Phillips, Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1883, S. 152.

[705] 1876 versuchte man vergeblich, den Schultheißen von Tieringen, Matthias Narr, für eine Kandidatur zu gewinnen, er vereinigte 334 Stimmen auf sich, 267 in seinem Heimatdistrikt (V); Oberamtspfleger Roller erhielt 196 Stimmen, 96 in seinem Heimatdistrikt Balingen (I); Wahlergebnis: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 3 Oberamt Balingen; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Balingen; Schw. Kronik (1876), S. 2477, 2706, 2777, 2749.

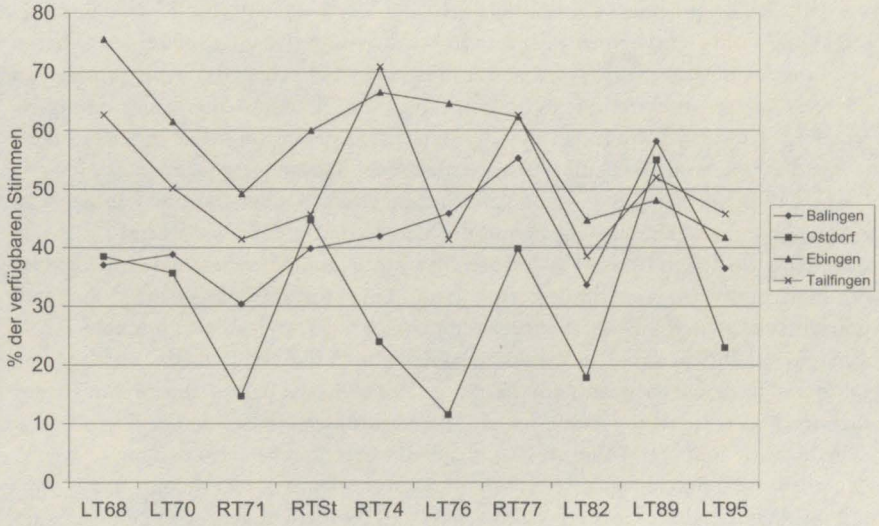
[706] Konrad Haußmann (1857–1922), Dr. jur., Rechtsanwalt in Stuttgart; Landtagsabgeordneter für Balingen 1889–1922, Reichstagsabgeordneter für Balingen, Rottweil etc. 1890–1922; NDB 8, S. 130f.; Deutsches Biographisches Jahrbuch IV, S. 90–95; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 333ff.

[707] Landtagswahlergebnisse: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Balingen, Bl. 1; Bü 860, Fasz. 5, Nr. 3) Oberamt Balingen, Bl. 853ff.; Bü 861, Fasz. 4, Nr. 3, Oberamt Balingen, Bl. 811ff.; Bü 863 Fasz. 5, Wahlstatistik; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Balingen.

trikte sowie für die 26 Gemeinden meist hohe Werte[708]. Die lokalen politischen Strukturen im Oberamt Balingen scheinen sich also über die Jahre nur wenig verändert zu haben.

Diagramm 14 veranschaulicht die Entwicklung der VP-Stimmenanteile in den demokratischen Hochburgen Ebingen (Distrikt II) und Tailfingen (Distrikt IV) einerseits und den Wahldistrikten Balingen (I) und Ostdorf (VI), wo die Volkspartei gewöhnlich ihre schlechtesten Ergebnisse einbrachte. Die Zweiteilung[709] des Oberamtes, die sich hier andeutet, entspricht in etwa der Wirtschaftsstruktur des Oberamtes Balingen: Im Nordwesten lagen die eher kleinen, stärker agrarisch ausgerichteten Gemeinden, die Gemeinden im Südosten waren dagegen eher groß und stärker gewerblich-industriell geprägt, auch hier war jedoch fast bis zur Jahrhundertwende landwirtschaftlicher Grundbesitz selbstverständlich[710].

Diagramm 14: VP-Stimmenanteile 1868 bis 1895 in den Wahldistrikten Balingen (I), Ostdorf (VI), Ebingen (II) und Tailfingen (IV)



Zwei Landtagswahlergebnisse der Volkspartei heben sich jedoch deutlich von der dargestellten Traditionslinie ab. Zum einen veränderte sich bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 durch ihre deutschlandpolitische Dimension der Ausschnitt aus dem Wählerspektrum[711], der sich für Schwarz entschied; viele linksliberale Wäh-

[708] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Balingen 1.

[709] Es sei hier noch einmal ausdrücklich auf die besondere Position der Oberamtsstadt hingewiesen, die durch den Einfluss der Beamtenschaft, die Stärke der gewerblichen Wirtschaft und die Rivalität zu Ebingen geprägt war.

[710] Beschreibung des Oberamts Balingen, Stuttgart 1880, S. 74f.

[711] Deutlich schwächere Zusammenhänge zwischen den Parteistimmenanteilen.

ler wählten am 5. Dezember „national", kehrten aber schon wenige Monate später bei der Stichwahl der Reichstagswahl vom 3. März 1871[712] wieder zu Schwarz zurück. Zum anderen markiert das Wahlergebnis von 1889[713] das Ende der 20jährigen Abgeordnetentätigkeit von Louis Schwarz und den Beginn der Ära Konrad Haußmann, der als Landtags- und ab 1890 auch als Reichstagsabgeordneter das Oberamt Balingen bzw. den Reichstagswahlkreis 9 bis zu seinem Tod am 11. Februar 1922 vertrat.

Hatte die Deutsche Partei in Balingen 1876 und 1882 vor der Machtstellung von Schwarz bereits kapituliert und 1882 ihre Anhänger erfolgreich zur Wahlenthaltung aufgerufen[714], so sah sie im Auftreten eines neuen, amtsfremden, unerfahrenen Kandidaten der Volkspartei eine gute Chance für ihren eigenen Kandidaten, den Ebinger Malzfabrikanten J. Keller. Nach heißem Wahlkampf, der 91,70% der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe motivierte, siegte Haußmann mit 52,36% gegenüber 39,03% für Keller; für Karl Kloß und die SPD entschieden sich nur 22 Wähler (0,31%). Die umfassende Mobilisierung und Polarisierung der Wähler ($r_{DP/VP} = -0.9463$ für die Wahldistrikte, $r = -0.9346$ für die 26 Gemeinden) hatten Haußmann einen Zugewinn von ca. 1000 Stimmen gegenüber 1882 gebracht, der wohl auch auf Kosten der SPD ging. – Obwohl Haußmann bei der Landtagswahl vom 1. Februar 1895 einen sicheren Sieg einfuhr, musste er doch ca. 600 Stimmen wieder abgeben, die wohl zum Teil an die SPD fielen; die Verteilung der VP-Stimmen im Oberamt näherte sich damit der früheren Struktur wieder an, wenn sich auch beispielsweise durch das erstmalige Auftreten der Zentrumspartei auf Landesebene Modifikationen ergaben.

Die Frage, ob diese Kontinuität im Stimmverhalten über die oben aufgezeigte Zweiteilung des Oberamtes hinaus aus der Sozialstruktur der Wahldistrikte oder Gemeinden zu erklären ist, lässt sich wegen der letztlich unbefriedigenden Quellenlage nur in geringen Ansätzen beantworten. Nimmt man die Verteilung der VP-Stimmen bei der Reichstagswahl von 1871 als exemplarisch an[715], so lässt sich nur eine leichte Tendenz erkennen, dass VP-Wähler aus Gemeinden mit einem niedrigen Anteil an selbstständigen Landwirten stammten, was dem früheren Befund entspricht. Nationalliberale Wähler lebten dagegen nicht in katholischen Gemeinden, sondern in solchen mit einem hohen Anteil an Grundeigentümern über 5 ha. Eindeutige Belege jedenfalls für die Behauptung des Oberamtmanns finden sich hier nicht.

Von allen sozialstrukturellen Faktoren ist die Konfessionszugehörigkeit der Wähler im Oberamt Balingen am leichtesten zu ermitteln und in ihrer Auswirkung auf das Stimmverhalten zu analysieren. In fünf Gemeinden, von denen zwei zu einem Stimmbezirk zusammengefasst waren, wohnten nahezu ausschließlich Katholiken. Seit der Reichstagswahl von 1871 bot sich ihnen auf Reichsebene die Möglichkeit, nach konfessionellem Gesichtspunkt die Zentrumspartei zu wählen; auf Landesebene trat die

---

712 Rapp, Württemberger, S. 465ff.

713 Sogar negative Korrelationen.

714 Schw. Kronik (1882), S. 1911 „Balingen, den 27. November"; die Wahlbeteiligung betrug tatsächlich nur 39,74%.

715 Hohe Korrelationen mit VP-Stimmenanteilen 1868 und 1876 (Wahldistriktsebene) sowie 1877ff. (Gemeindeebene).

Zentrumspartei jedoch erst seit 1895 mit eigenen Kandidaten hervor. Für Landtags- und Reichstagswahlen würden sich also Wahlentscheidungen nach unterschiedlichen Gesichtspunkten erwarten lassen. Weiterhin würden auch die völlig unterschiedlichen Zahlenverhältnisse zwischen Katholiken und Protestanten im Oberamt und im Reichstagswahlkreis gerade von den katholischen Wählern unterschiedliche Abstimmstrategien fordern. Während nämlich die katholischen Wähler im Oberamt Balingen nur etwa 11% der Wahlberechtigten ausmachten, gehörten sie im Reichstagswahlkreis 9 zu den etwa 48% Katholiken, so dass sie bei solidarischem Handeln unter Umständen hoffen konnten, einen katholischen Kandidaten durchzubringen oder wenigstens eine gute Verhandlungsposition für eventuelle Stichwahlen zu schaffen. Tatsächlich lassen die Wahlergebnisse meist kein solidarisches Handeln der fünf katholischen Gemeinden erkennen; die Unterschiede im politischen Verhalten der Gemeinden bei Reichstags- und Landtagswahlen scheinen geringer als die Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden.

Die Nachbargemeinden Lautlingen und Margrethausen, näher an Ebingen als an Balingen gelegen, waren bei Landtags- und Reichstagswahlen Hochburgen der Volkspartei; in den 70er Jahren fanden hier weder die Zentrumspartei noch die Nationalliberalen Resonanz bei den Wählern. 1889 erreichte Keller, der Kandidat der DP aus dem nahen Ebingen, immerhin 45,5% der verfügbaren Stimmen, und 1895 entschieden sich 55% der Wähler für die Zentrumspartei. Unterdigisheim, dessen Einwohner zu zwei Dritteln arm waren[716], stimmte bei den Reichstagswahlen von 1871 und 1874 mit großer Mehrheit für das Zentrum, bei der Stichwahl 1871 aber für die Volkspartei; 1889 wurde der heimische Kandidat der DP dem amtsfremden Demokraten vorgezogen; 1895 lagen Volkspartei und Zentrum in der Wählergunst fast gleich, 10,5% gaben aber auch der SPD ihre Stimme.

In den beiden anderen katholischen Gemeinden blieb das Wählerinteresse insgesamt deutlich geringer. Die Wahlberechtigten in Erlaheim fühlten sich in der Regel weder bei den Reichstagswahlen noch bei den Landtagswahlen von DP bzw. Nationalliberalen oder Demokraten angesprochen, eine Ausnahme bildeten die beiden neuen Kandidaten im Jahre 1889; auch die Begeisterung für die Zentrumspartei kühlte nach 1871 merklich ab. Die Wähler der Gemeinde Geislingen schließlich gaben nur 1871 zu einem kleinen Teil dem Zentrumskandidaten ihre Stimme, 1874 und 1877 ging das Zentrum hier leer aus. Bei den Landtagswahlen wurde regelmäßig die Volkspartei bevorzugt; als 1895 auch ein Zentrumskandidat auftrat, entschied sich ein Drittel der Wähler für ihn, fast ebenso viele stimmten aber auch für die Volkspartei (24,31%) und die SPD (10,2%) zusammen.

Das Stimmverhalten der katholischen Wähler im Oberamt Balingen richtete sich zwischen 1870 und 1895 also insgesamt lediglich bei einer kleinen Gruppe nach konfessionellen Gesichtspunkten. Neue Kandidaten stimulierten das Wählerinteresse meist nur vorübergehend. Wenn sich die Katholiken überhaupt an der Wahl beteiligten, bevorzugten sie im Übrigen gewöhnlich die Kandidaten der Volkspartei, und

[716] Beschreibung des Oberamts Balingen, Stuttgart 1880, S. 512ff.

Übersicht 30: Das Abstimmverhalten der katholischen Wähler im Oberamt Balingen bei Landtags- und Reichstagswahlen

Wahl/Jahr		Erlaheim	Geislingen	Lautlingen/ Margrethausen	Unterdigisheim
LT 70	Wb	20,69	49,85	81,61	77,11
LT 82	Wb	12,31	15,43	75,36	37,50
	VP	12,31	15,43	75,36	37,50
LT 89	Wb	86,23	91,57	93,30	91,25
	DP	29,71	22,75	45,54	47,50
	VP	56,52	68,82	47,77	43,75
LT 95	Wb	67,67	69,61	80,25	85,53
	DP	0	0,28	0	0
	VP	14,29	24,31	23,57	38,16
	Z	53,38	34,81	55,41	36,84
	SPD	0	10,22	1,27	10,53
RT 71	Wb	82,47	34,02	63,56	85,88
	NL	0,6	2,07	1,33	0
	VP	0	15,38	54,07	8,24
	Z	81,82	16,57	7,56	77,65
RT 71 Stichwahl	Wb	61,69	64,5	78,67	72,94
	NL	31,82	7,69	2,22	9,41
	VP	29,87	56,80	76,44	63,53
RT 74	Wb	36,49	26,67	88,61	77,27
	NL	1,35	12,00	0	1,14
	VP	3,38	14,4	88,61	5,68
	Z	31,80	0	0	70,50
RT 77	Wb	21,58	37,97	77,96	63,64
	NL	0	0,27	0,41	1,14
	VP	5,76	37,70	77,55	39,77
	Z	15,83	0	0	22,73

überraschend viele sahen 1895 auch keine grundsätzlichen Hindernisse, SPD zu wählen. Diese Orientierung vieler Wähler nach „links" könnte erklären, warum das Wählerinteresse besonders in den größeren Gemeinden gering blieb: Die Zentrumskandidaten, die zur Wahl standen, gehörten eher zu den Konservativen[717].

b) Oberamt Nürtingen

Auch das Oberamt Nürtingen reiht sich ein unter den Wahlkreisen mit einer „linken" Wahltradition, die dem Augenschein nach auf sehr stabilen und von den Umständen der einzelnen Wahlen fast unbeeinflussten Mehrheiten fußte. Die Landtagswahl vom 8. Juli 1868 ging ohne Wahlkampf vorüber, da sich die meisten politischen Gruppen im Amt einig waren, den bisherigen Abgeordneten, Gottlob Eberhardt[718], wieder zu wählen[719]. Eberhardt zählte zu den gemäßigten Großdeutschen[720]; nach 1866 galt er als *erklärter Gegner der Deutschen Partei* und hatte sich der Volkspartei angenähert[721], die ihn sich zurechnete[722] und ihn bei der Wahl unterstützte[723]; Eberhardt engagierte sich seinerseits im Oberamt Marbach bei der Agitation für Wilhelm Weith[724], da er durch seinen Wahlkampf im Oberamt Nürtingen nicht gefordert wurde. Selbst seine politischen Gegner im Oberamt zweifelten nicht an seiner Wiederwahl, da er im Bezirk über vielfache persönliche Bindungen verfüge[725] und überhaupt der populärste Mann sei[726].

---

[717] 1871: Professor Ruckgaber [Emil Ruckgaber (1828–1905), Pfarrer, Direktor des Wilhelmstifts in Tübingen]: Rapp, Württemberger, S. 463; 1874 z.B.: Johann Karl Freiherr von Ow (1814–1882); 1877 neben Zimmerle auch Cajetan Graf von Bissingen-Nippenburg (1806–1890); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 77f.

[718] Gottlob Eberhardt (1814–1889), Mühlebesitzer, Landwirt und Schultheiß in Linsenhofen; Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins; Landtagsabgeordneter für Nürtingen 1851–1870; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 154.

[719] Schw. Kronik Nr. 157, 3. Juli 1868, S. 1689; HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 354 Bericht des Oberamts betr. angebliche Wahlumtriebe, Nürtingen 23. Juli 1868.

[720] Brandt, Parlamentarismus, S. 72; auf S. 152 wird er irrtümlich zum Stadtschultheißen von Nürtingen erhoben.

[721] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 375, 339.

[722] Wahlaufruf der Volkspartei: HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 455; dagegen betont das „Anbringen" (HStAS E 14, Bü 537, Anbringen des Gesamtministeriums v. 14. Juli 1868), dass sich Eberhardt vom Programm des „Beobachters" distanziert habe.

[723] Runge, Volkspartei, S. 76, Anm. 4: Ein Volksverein wurde erst im Januar 1870 gegründet; vgl. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 375, Anm. 29: Zu den Mitgliedern gehörte auch der Nürtinger Stadtschultheiß Ferdinand Wilhelm Schmid (1829–1909); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 793.

[724] HStAS E 146, 1432, Fasz. 8, Bl. 270–274 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Marbach 8./11. August 1868.

[725] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 375.

[726] Schw. Kronik Nr. 145, 19. Juni 1868, S. 1720; Nr. 161, 8. Juli 1868, S. 1917.

Die kleine Schar der DP-Anhänger[727] wollte nicht für Eberhardt stimmen, sie sah für sich selbst keine Chance zu einer eigenen Kandidatur[728], rief aber ihre Gesinnungsgenossen schließlich dazu auf, dem Schultheißen von Beuren, Jakob Claß[729], ihre Stimme zu geben, einem *intelligenten, charakterfesten Ortsvorsteher, der sich um das örtliche und oberamtliche Gemeinwesen schon viele Verdienste erworben hat,* [...] *weil er, ohne daß man ihm den Vorwurf ‚ein Preuße zu sein' machen könnte, der Ausbildung einer deutschen Einheit günstig gestimmt ist*[730]. Der eigentliche Favorit der Deutschen Partei, der Baumwollfabrikant Heinrich Otto – der bedeutendste Industrielle im Amt –, hatte die Kandidatur nach seiner deftigen Niederlage bei der Zollparlamentswahl wenige Wochen zuvor[731], abgelehnt; in den drei Wahldistrikten des Oberamts Nürtingen, die zum vierten Wahlkreis gehörten[732], hatte sich damals jedoch die absolute Mehrheit der Stimmberechtigten (860 von 1685) für Otto und gegen Varnbüler (200 Stimmen) entschieden: Offenbar existierte mindestens in diesem Teil des Oberamts eine Wählerschaft, die sich für die Deutsche Partei mobilisieren ließ.

Das Ergebnis der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 ist im Detail nicht überliefert, so dass sich über die Stimmenverteilung im Oberamt nur einige begründete Vermutungen anstellen lassen. Als Folge des fehlenden Wahlkampfes blieb das Wählerinteresse mit 56% um fast 10%-Punkte unter der Wahlbeteiligung, wie sie bei der Zollparlamentswahl in den drei Nürtinger Wahldistrikten erreicht worden war. Für Eberhardt stimmten 2311 Wähler (43,42%), gegen ihn 627 (11,78%)[733], und zwar 338 (6,35%) für den „nationalen" Schultheißen von Beuren und 289 (5,43%) für den ministeriellen Wilhelm Metzger[734], den Schultheißen von Neckarhausen. Da solche Nebenkandidaten gewöhnlich den größten Teil ihrer Stimmen in ihren Heimatgemeinden bzw. den zugehörigen Wahldistrikten erhielten, wird der Stimmenanteil von Claß im Dis-

---

[727] Namentlich bekannt sind: Ratsschreiber J. Wintterlin, Bleichebesitzer und Gemeinderat August Maier sen., Hölders Verbindungsmann in Nürtingen, der Fabrikant Heinrich Otto, Kaufmann Nestel, Seminarprofessor Adolf Rümelin, Rektor Speidel; aus Neuffen der Fabrikant F. Gröber und aus Neckartailfingen Dr. med. Faber.

[728] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 375.

[729] Jakob Claß (1822–1888); Baun, Schultheiß Klaß; Staatsanzeiger Nr. 160, 8. Juli 1868, S. 1662 „Nürtingen, 6. Juli".

[730] Schw. Kronik Nr. 1161, 8. Juli 1868, S. 1917; Staatsanzeiger Nr. 160, 8. Juli 1868, S. 1662 „Nürtingen, 6. Juli".

[731] Er hatte in Wahlkreis 4 (bestehend aus den Oberämtern Münsingen, Kirchheim, Urach und Teilen von Blaubeuren, Geislingen, Göppingen und Nürtingen) gegen Varnbüler kandidiert; von 20 157 Wahlberechtigten hatten 13 281 (65,89%) abgestimmt, für Varnbüler 10 362 (51,41%), für Otto 2919 (14,48%); errechnet nach der Wahlakte: StASig Wü 65/40 T. 1, Oberamt Urach, Zollparlamentswahl.

[732] Vgl. Phillips, Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1883, S. 147: Es handelte sich um die neun Gemeinden Balzholz, Beuren, Erkenbrechtsweiler, Frickenhausen, Kappishäusern, Kohlberg, Linsenhofen, Neuffen, Tischhardt.

[733] Siehe unten, Anhang A, S. 637f.

[734] Wilhelm Metzger (1833–1889), Schultheiß in Neckarhausen 1865–1868; Verwaltungsaktuar und Ratsschreiber (frdl. Auskunft der Stadt Nürtingen).

trikt II (Neuffen) und von Metzger im Distrikt III (Neckartailfingen) je etwa bei 30% gelegen haben; entsprechend wäre der großdeutsche Stimmenanteil in den übrigen Distrikten höher anzusetzen.

Für die Landtagswahlen vom 5. Dezember 1870 stellte sich Eberhardt, der *Veteran der großdeutschen Partei*[735], nicht wieder zur Verfügung. Die *neuorganisierte* Deutsche Partei im Oberamt[736] hoffte wiederum auf eine Kandidatur von Heinrich Otto, der aber nur ungern auftreten wollte[737]; daher griff die DP auf Adolf Rümelin[738], Professor am Nürtinger Lehrerseminar, zurück, dessen geringer Bekanntheitsgrad im Oberamt allerdings Bedenken weckte[739]. Auf großdeutscher Seite, von der Volkspartei energisch unterstützt[740], kandidierte der Nürtinger Hospitalpfleger Friedrich Nübel[741], der die Wahl schließlich mit 2298 Stimmen (43,15%) gegen 1408 (26,44%) für Rümelin bei hoher Wahlbeteiligung (69,77%) für sich entschied.

Oberamtmann Haug[742] führte gegenüber dem Innenministerium[743] mehrere Ursachen für die Niederlage des „nationalen" Kandidaten an. Einen Grund sah er – etwas überzeichnend[744] – *in der kompakten Masse des hier bestehenden Volksvereins*; [diesem sei es] *durch alle möglichen Vorspiegelungen und Vorwände* [gelungen], *die ländliche Bevölkerung, von welcher ohnehin ein selbständiges Urteil in der deutschen Frage* [...] *nicht erwartet werden konnte*, gegen die Vereinigung Deutschlands einzunehmen mit dem Argument, beim Eintritt Württembergs in den Norddeutschen Bund werde eine unerschwingliche Militär- und Steuerlast auf das Land gewälzt. Auf die einzelnen Wahldistrikte eingehend, hob Oberamtmann Haug Nürtingen (I), Neckartailfingen (III), Frickenhausen (V) und Grötzingen (IV) als Hochburgen Nübels heraus; dort sei er gefördert worden *nicht nur von der Volkspartei, sondern auch und insbesondere in Linsenhofen von dem bisherigen Abgeordneten Eberhardt daselbst, der nach allen Richtungen hin die Wahl seines Freundes Nübel unterstützt hat und unterstützen konnte, da er von seiner bisherigen parlamentarischen Laufbahn her und als*

---

[735] Beobachter Nr. 274, 19. November 1870.

[736] So die Formulierung von Bleichebesitzer August Maier (Nl Hölder, Fasz XIV, Stück 270) am 4. November 1870; nach Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 340 existierte kein Parteiverein, sondern nur eine „organisierte Partei".

[737] Schw. Kronik (1870), S. 3181 „Nürtingen, den 9. November".

[738] Adolf Rümelin, Professor am Lehrerseminar; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 619; Rümelins Zuordnung zur VP scheint ungerechtfertigt.

[739] Schw. Kronik (1870), S. 3247 „Nürtingen, 17. November".

[740] Beobachter Nr. 274, 19. November 1870.

[741] Friedrich Nübel (1831–1883), Hospitalverwalter, Gemeinderat, Kassier der Handwerkerbank in Nürtingen; Schw. Kronik (1883), S. 317, 337; Nübel wird auch später als „Linker" eingeschätzt und daher hier nicht den eher konservativen bzw. katholischen Großdeutschen, sondern der VP zugeschlagen; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 619f.

[742] Georg Christian Wilhelm Haug (1807–1885), Oberamtmann von Münsingen 1853–1869, von Nürtingen 1869–1875; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 305.

[743] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 559ff.: Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Nürtingen 8. Dezember 1870.

[744] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 375, Anm. 29 zur Mitgliederstärke des Nürtinger Volksvereins.

Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins sich einen respektablen Ruf und Anhang zu verschaffen wußte.

In Neckartailfingen und Grötzingen waren nach den Erkenntnissen des Oberamtmanns sogar die Pfarrer für Nübel tätig; aus der Stadt Nürtingen machte der Beamte außer dem Vorsteher der Stadt, Ferdinand Wilhelm Schmid[745], auch den Oberamtspfleger Sprinkhart als eifrige Demokraten namhaft. *Dagegen hat sich der Bezirk Neuffen durch seine Abstimmung zugunsten des nationalen Kandidaten auf eine anerkennenswerte Weise ausgezeichnet, und es dürfte dieses günstige Resultat den beiden Gemeindevorstehern von Neuffen und Beuren teilweise zuzuschreiben sein, welche um der nationalen Sache willen eine große Tätigkeit und Rührigkeit von Anfang an den Tag gelegt haben.*

Nach einem kurzen Blick auf die Wahlkampfmittel der Volkspartei (Reden in Versammlungen und Flugblätter) kommt der Oberamtmann auf seinen zentralen Punkt zu sprechen: *Trotz aller dieser Agitationen und Umtriebe der Volkspartei wäre Nübel nicht Sieger geworden, wenn gleich von vornherein Fabrikant Heinrich Otto als Wahlkandidat aufgetreten wäre, der im ganzen Bezirk wohlbekannt und nach seiner Persönlichkeit und Charakterfestigkeit allgemeine Achtung und Vertrauen genießt.* Der vom Komitee der Deutschen Partei aufgestellte Kandidat sei zwar auch in seiner Persönlichkeit unangefochten, aber im Bezirk fast völlig unbekannt gewesen.

Gerade weil der Oberamtmann also insgesamt die Bedeutung einzelner herausragender Persönlichkeiten vor dem Hintergrund einer ungebildeten Landbevölkerung als wahlentscheidend ansieht, stellt sich zunächst die Frage, welche Rolle denn der höchste Beamte selbst im Vorfeld der Wahl spielte; ein geschlossener Einsatz des ihm unterstehenden Beamtenapparates, wie ihn sich der Innenminister vorstellte, war jedenfalls im Oberamt Nürtingen nicht erfolgt. Weiter wäre zu fragen, ob nicht der geringe Bekanntheitsgrad Rümelins durch einen entsprechend angelegten und intensiv geführten Wahlkampf hätte entscheidend vergrößert werden können. Dem Bericht zu Folge hatten sich nur die Schultheißen von Beuren und Neuffen, Claß und Kuhn, in dieser Weise hervorgetan, nicht aber der Oberamtmann, der eher eine beobachtende Rolle einzunehmen schien.

Rümelins hervorragendes Abschneiden im Wahldistrikt II – er erreichte hier die absolute Stimmenmehrheit, in den anderen Distrikten dagegen nur zwischen 26% und 11% – hatte sich auch schon in den beiden Wahlen des Jahres 1868 angedeutet. Was außer dem Engagement zweier Schultheißen fünf der sechs Gemeinden dieses Wahldistrikts von den übrigen Gemeinden unterschied, war die Bodennutzung: Von der gesamten Weinbaufläche des Oberamts Nürtingen (1893 waren das 217 ha[746]) konzentrierten sich zwei Drittel im Wahldistrikt Neuffen. Vermutlich bot der Wein-

[745] Ferdinand Wilhelm Schmid (1829–1896), Stadtschultheiß von Nürtingen; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 793.

[746] Württ. Jbb. 1900/I (1901), S. 167f.

bau[747] den Einwohnern dieser Gemeinden eine deutlich bessere Lebensgrundlage, als normale Ackerwirtschaft bei gleicher Fläche das konnte.

Leider lässt sich nicht mehr feststellen, ob etwa die Weingärtner als Gruppe aufgetreten sind und maßgeblich für die hohe Stimmenzahl Rümelins verantwortlich waren. Für die Tübinger Weingärtner ist derartiges politisches Engagement nachgewiesen, das allerdings vor der Reichsgründung in großdeutsch demokratische Richtung ging, u.a. weil sich die Weingärtner der „Unterstadt" gegen die großbürgerliche „Oberstadt" absetzen wollten[748]. Die Nürtinger Weingärtner, so sie denn tatsächlich für die DP stimmten, grenzten sich entsprechend gegenüber den gewöhnlichen Landwirten ab: Dies wäre ein Beispiel dafür, dass nicht die „objektive" sozio-ökonomische Situation, sondern deren jeweilige Wahrnehmung für das politische Verhalten entscheidend war. In der Konsequenz würden unter Umständen dann Aggregatanalysen nur sehr schwache Zusammenhänge aufzeigen.

Die Landtagswahl vom 13. Dezember 1876 ging fast ohne Wahlkampf vorüber. Nübel stellte sich erneut als Kandidat zur Verfügung[749]; als sein Gegner wurde von deutsch-konservativer Seite Schultheiß Klaß von Neckartenzlingen nominiert, der aber am Ende öffentlich erklärte, dass er weder kandidieren wolle noch werde. Dennoch wurden die Wähler aufgerufen, an ihm festzuhalten[750]. Die 512 Stimmen (9,34%) für ihn verhinderten eine Ergänzungswahl; Nübel siegte völlig unangefochten mit 2467 Stimmen (44,99%)[751].

Die Wanderungsbewegungen innerhalb der Wählerschaft gegenüber der Wahl von 1870 müssen jedoch beträchtlich gewesen sein. Der konservative Bewerber büßte in allen Wahldistrikten Stimmen ein, insgesamt fast 900 (17,1%-Punkte); in allen Stimmbezirken nahm ebenfalls das Wählerinteresse ab (–712 Stimmen, –14,99%-Punkte). In vier Distrikten übertrafen aber die Verluste der Konservativen den Rückgang der Wahlbeteiligung, so dass hier eine Wanderungsbewegung zu Nübel hin angenommen werden muss. Am augenfälligsten war diese Wanderung im Distrikt Neuffen (II), der DP-Hochburg von 1870: Während Klaß hier 399 Stimmen verlor, gewann Nübel 125 hinzu. Wenn er hier nicht noch Nichtwähler von 1870 mobilisiert hat – was bei dem flauen Wahlkampf von 1876 eher unwahrscheinlich ist –, dürfte er erheblichen Zuzug von DP-Wählern erhalten haben, von denen aber der weitaus größere Teil der Abstimmung fernblieb. Umgekehrt blieben die Verluste von Schultheiß Klaß in seinem Heimatdistrikt Neckartailfingen mit ca. 5%-Punkten recht gering; dafür musste Nübel hier 11%-Punkte abgeben: anscheinend ein Mobilisierungsproblem.

---

[747] Bei der Landtagswahl von 1868 hatte sich für das Amt Heilbronn ein ähnlicher Zusammenhang gezeigt; siehe oben, S. 208.

[748] Palmer, Das Recht zur Wahl, S. 155ff.

[749] Schw. Kronik (1876), S. 2561, 2665, 2769.

[750] Schw. Kronik (1882), S. 2769, 2778.

[751] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 40 Oberamt Nürtingen; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Nürtingen.

Wegen seiner angegriffenen Gesundheit verzichtete Nübel im Dezember 1882 zögernd auf die erneute Kandidatur[752]. Ins Gespräch gebracht wurde nun Stadtschultheiß Schmid von Nürtingen, der 1870 Mitglied des dortigen Volksvereins gewesen war. Die Nürtinger Korrespondenten der „Kronik" präsentierten Schmid als Kompromisskandidaten mit programmatischer Nähe zur Deutschen Partei[753]; angeblich habe er zugesagt, sich im Landtag keiner Fraktion anzuschließen[754], andererseits hieß es aber, er sei den Konservativen zu demokratisch[755]. Es scheint, als konnte sich die Deutsche Partei zu keinem klaren Kurs durchringen. Da kein Gegenkandidat auftrat und der Wahlkampf praktisch ausfiel[756], blieb das Wählerinteresse insgesamt mit 48,35% gering, es variierte aber in den einzelnen Gemeinden sehr stark zwischen 17,23% und 91,67%. Für Schmid stimmten 2428 Wähler (46,53%); auch seine Stimmenanteile schwankten erheblich zwischen 13,48% und 91,67%. Ausgesprochen niedrig waren Schmids Anteile u.a. in Beuren (13,48%) und Neuffen (25,07%), den DP-Hochburgen, niedrig aber auch in den ländlichen Gemeinden, in denen Heinrich Otto Fabriken betrieb, zum Beispiel im – konservativen – Neckartenzlingen (14,85%) oder im katholischen Unterboihingen (39,34%)[757]. Viele Anhänger der Deutschen Partei waren offenbar zu Hause geblieben; und da keine Ganggebühr mehr drohte, lag auch die Anzahl der zersplitterten Stimmen nur bei 78 (1,49%), von denen wiederum die meisten in den DP-Hochburgen anfielen[758].

Umgerechnet auf die sechs Wahldistrikte erlauben diese Wahldaten einen groben Vergleich mit den Resultaten von 1870 und 1876. Danach folgte die lokale Verteilung der „linken" Stimmen im Oberamt bei allen drei Wahlen einem ähnlichen Muster und unterschied sich deutlich von der der deutschparteilichen oder konservativen Stimmen[759]. Diese Tradition des Wählens scheint aber nach 1882 abzubrechen, denn die Korrelationen der Parteistimmenanteile – auf der Grundlage der sechs Wahldistrikte – sind für die folgenden beiden Landtagswahlen nur noch schwach.

Stadtschultheiß Schmid stellte sich für die Landtagswahl vom 9. Januar 1889 nicht wieder zur Verfügung. Eine Versammlung der Deutschen Partei nominierte daraufhin den Stuttgarter Oberregierungsrat von Riekert[760], dessen Kandidatur, wohl um

---

[752] Schw. Kronik (1882), S. 1851, 1947.

[753] Schw. Kronik (1882), S. 1947.

[754] HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 1, Bl. 109 Zusammenstellung des Ergebnisses der Landtagswahlen: Dort wird Schmid bei den „Linken" (im Unterschied zur Volkspartei) eingeordnet; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Nürtingen.

[755] Schw. Kronik (1882), S. 1967.

[756] Schw. Kronik (1882), S. 2040.

[757] Boelcke, Wege und Probleme, S. 499, 503f.

[758] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Bl. 3; zersplitterte Stimmen in Beuren 9, in Neckartenzlingen 34, in Neuffen 22; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Nürtingen.

[759] Gesonderte Berechnung der Rangkorrelationen. Da die Fallzahl so gering ist, scheint eine weitergehende Interpretation sinnlos.

[760] Gottlob Friedrich (von) Riekert (1841–1900), Oberregierungsrat in Stuttgart, später Präsident der Kreisregierung in Ludwigsburg; Reichstagsabgeordneter für Geislingen, Heidenheim, Ulm 1881–1882 (DRP): Die Wahl wird für ungültig erklärt; ab 3. März 1893 Mitglied der I. Württ. Kammer; Schw. Kronik Nr. 458 (1900), S. 5, Staatsanzeiger (1900), S. 1753; Raberg,

den amtsfremden Bewerber besser einzuführen, noch zusätzlich von einer Vertrauensmännerversammlung legitimiert wurde[761]. Die Volkspartei wollte sich zunächst der Wahl enthalten, machte dann aber den Nürtinger Werkmeister und Gemeinderat Adam Friedrich Gabler[762] zu ihrem Kandidaten. Nach intensivem Wahlkampf, in den auch Friedrich Payer eingriff[763], siegte Gabler mit 2748 Stimmen (52,55%) gegen 1604 (30,68%) bei einer Wahlbeteiligung von 83,42%[764].

Die Deutsche Partei bedauerte diese Niederlage besonders, weil ihr Kandidat durch seinen engagierten Wahlkampf *der guten Sache große Opfer an Zeit und Kraft gebracht* habe. Die DP werde sich aber nicht entmutigen lassen: *Es fällt kein Baum auf einen Streich, und in 6 Jahren wird sie wieder auf dem Plan sein*[765]. Doch für die Landtagswahl vom 1. Februar 1895 konnte die Deutsche Partei keinen Kandidaten aufbieten, wohl weil sich aus dem Oberamt niemand fand[766]. Bei schwacher Wahlbeteiligung (49,87%) siegte wiederum Gabler mit 2116 Stimmen (38,11%); für die SPD[767] votierten 494 Wähler, für Gröber, den Zählkandidaten der Zentrumspartei, 71 (1,28%)[768].

Die Wählerentscheidung zwischen Deutscher Partei und Volkspartei im Jahre 1889 scheint nur wenig durch sozialökonomische Tatbestände beeinflusst worden zu sein, denn die Korrelationen – berechnet für die 30 Gemeinden – fallen durchweg schwach aus; stärker ausgeprägt sind lediglich Verluste des DP-Kandidaten in Weinbaugemeinden. Die Volkspartei gewann 1882 und 1895 höhere Stimmenanteile eher in agrarisch als in industriell geprägten Gemeinden; die SPD dagegen 1895 eher in industriell orientierten Gemeinden[769].

Der Entscheidung der Wähler in ihren Gemeinden liegen bei diesen drei Landtagswahlen im Wesentlichen drei Verhaltensmuster zu Grunde. Erste Gruppe: In den Gemeinden Aich und Balzholz konnte die Volkspartei ihren Stimmenanzahl von Wahl zu Wahl steigern. Die scharfe Konkurrenz zwischen DP und VP im Jahre 1889 hatte der DP einen hohen Stimmenanteil eingebracht und insgesamt die Polarisierung und

---

Biographisches Handbuch, S. 726f. Nach den Wahlakten und den Presseberichten kandidierte nicht G.F. von Riekert in Tübingen/Amt gegen Heinrich von Weber, sondern der Tübinger Oberamtsbaumeister Riekert.

[761] Schw. Kronik (1888), S. 2234, 2333.

[762] Adam Friedrich Gabler (1834–1915), Bauunternehmer (Eisenbahnbau) und Gemeinderat in Nürtingen; ALLGAIER, Die Stände Württembergs, S. 34; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 235.

[763] Schw. Kronik Nr. 10, 12. Januar 1889, S. 67.

[764] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 39 Oberamt Nürtingen, Bl. 358ff.; die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 65,96% und 97,18%; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Nürtingen.

[765] Schw. Kronik Nr. 10, 12. Januar 1889, S. 67.

[766] Vgl. GAWATZ, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 142, Anm. 27 für die Wahl von 1900.

[767] Es kandidierte Max Selmayr, Buchdrucker in Stuttgart.

[768] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 40 Oberamt Nürtingen, Bl. 319ff.; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Nürtingen.

[769] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Nürtingen 1.

Mobilisierung der Wahlberechtigten vorangetrieben[770], so dass die Volkspartei 1895 auch ohne einen gefährlichen Gegenkandidaten hohe Stimmenanteile erreichte.

Übersicht 31: Parteistimmenanteile 1882–95 im Vergleich (Gruppe 1)

Gemeinde	% VP 82	% VP 89	% VP 95	% DP 89	% SPD 95
Aich	28,67	46,38	47,89	44,2	6,3
Balzholz	45,24	54,65	69,44	32,56	1,4

Eine zweite Gruppe wird durch zwölf Gemeinden gebildet, in denen die Volkspartei nach zum Teil herausragenden Ergebnissen im Dezember 1882 bei der folgenden Wahl mit Verlusten bis zu 70,39%-Punkten regelrecht abstürzte, um 1895 meist wieder deutlich an Boden zu gewinnen; drei Gemeinden bilden eine Ausnahme, da hier die Volkspartei kontinuierlich an Stimmen verlor, die aber offensichtlich der SPD zugute kamen, so dass 1895 die „linken" Stimmen insgesamt zunahmen. Die hohen Stimmenanteile für den Kandidaten der Deutschen Partei im Jahre 1889 lassen keinen Zweifel zu, dass viele seiner Wähler noch 1882 für den „linken" Kandidaten gestimmt hatten und auch 1895 den VP-Kandidaten wählten, dem sie noch 1889 so deutlich die kalte Schulter gezeigt hatten. Mit Ausnahme von Wolfschlugen[771] handelt es sich bei

Übersicht 32: Parteistimmenanteile 1882–95 im Vergleich (Gruppe 2)

Gemeinde	% VP 82	% VP 89	% VP 95	% DP 89	% SPD 95
Kleinbettlingen	74,00	13,46	31,25	71,15	4,7
Kappishäusern	91,67	21,28	53,70	44,68	1,8
Wolfschlugen	38,75	22,70	27,66	50,71	1,4
Grötzingen	61,05	23,03	26,51	46,67	6,0
Hardt	83,78	41,18	63,64	44,12	0
Erkenbrechtsweiler	56,10	42,96	44,93	33,33	2,9
Altdorf	65,93	46,34	62,22	45,12	0
Altenriet	70,15	51,43	72,00	34,29	4,0
Neckartailfingen	64,93	51,94	42,57	31,55	7,9
Oberensingen	63,25	34,62	34,11	52,31	13,2
Zizishausen	65,06	51,35	42,67	44,59	20,0
Reudern	73,95	59,69	44,53	28,68	18,75

[770] Die Wahlbeteiligung lag um 90%.

[771] 1895: 1384 Einwohner; 282 Wahlberechtigte von 1208 in dieser Gruppe.

den Gemeinden dieser Gruppe um solche, die kleiner als 1000 Einwohner waren, zur Hälfte sogar um solche unter 500 Einwohner. Angesichts der allgemeinen Krise der Landwirtschaft mögen sich die Wähler dieser meist agrarisch geprägten Gemeinden durch den neuen Bewerber der Volkspartei, einen Werkmeister und Bauunternehmer aus der Oberamtsstadt, nicht hinreichend repräsentiert gefühlt haben.

Sechzehn Gemeinden schließlich gehören der dritten Gruppe an, in der der VP-Stimmenanteil 1889 höher lag als 1882 und 1895 wieder zurückging; in vier Gemeinden würde die Summe der „linken"[772] Stimmen allerdings den VP-Anteil von 1889 übersteigen. Diese Gruppe umfasste neben der Oberamtsstadt (1091 Wahlberechtigte) fast alle Gemeinden zwischen 2000 und 1000 Einwohnern (insgesamt 1551 Wahlberechtigte) und nur neun Gemeinden unter 1000 Einwohnern, so dass in dieser Gruppe die mehr urbane Bevölkerung viel stärker vertreten war als in Gruppe 2. Von den elf Weinbau treibenden Gemeinden des Oberamts gehörten neun in diese Gruppe 3, darunter die mit den größten Anbauflächen: Beuren, Frickenhausen, Kohlberg, Linsenhofen und Neuffen. Durch mehrere Missernten seit 1874, Arbeitskräftemangel, Rebkrankheiten, unrationelle Anbaumethoden usw. befanden sich die Weinbau-

Übersicht 33: Parteistimmenanteile 1882–95 im Vergleich (Gruppe 3)

Gemeinde	% VP 82	% VP 89	% VP 95	% DP 89	% SPD 95
Neckartenzlingen	14,85	45,80	20,93	39,5	0,8
Grafenberg	45,97	48,41	17,86	25,4	8,6
Neckarhausen	33,18	53,27	23,41	31,31	7,8
Nürtingen	55,16	57,54	40,24	29,83	6,3
Oberboihingen	53,59	58,54	42,29	29,27	6,2
Beuren	13,48	65,02	45,49	7,98	5,05
Großbettlingen	62,20	66,67	64,96	13,82	0
Frickenhausen	61,75	68,06	29,91	24,07	20,9
Kohlberg	38,31	70,81	53,85	9,94	7,7
Linsenhofen	44,60	72,22	41,15	14,44	14,6
Neuffen	25,07	55,56	29,14	24,92	22,3
Unterensingen	32,48	58,9	38,07	25,15	12,5
Neuenhaus	17,95	44,19	25,15	23,26	23,9
Unterboihingen	39,34	46,03	4,08	43,65	0 [Z 48,3]
Tischardt	60,29	71,21	60,00	18,18	18,6
Raidwangen	71,43	74,65	55,42	22,54	20,5

[772] Bzw. Summe der demokratischen und ultramontanen Stimmen.

ern in einer noch tieferen Krise als die übrige Landwirtschaft[773]. In einer Hälfte dieser 16 Gemeinden hatten 1882 und wohl auch früher bereits mehr als 40% der Berechtigten für den Kandidaten der Volkspartei gestimmt; die Konkurrenz durch den DP-Kandidaten, der es auf bis zu 30% der verfügbaren Stimmen brachte, mobilisierte noch einmal zusätzliche Wähler für die Volkspartei. Vor allem aber in den traditionellen Hochburgen der Deutschen Partei, in Beuren und Neuffen, wurde der Kandidat der Deutschen Partei regelrecht abgestraft, indem dort die Stimmengewinne der Volkspartei teilweise erheblich höher lagen als die der DP: Viele Anhänger der DP stimmten hier anscheinend gezielt gegen „ihren" Bewerber, der konservativ und kaum mit dem Wahlkreis verbunden war.

Ein auffälliges Wahlverhalten zeigte die Gemeinde Unterboihingen, deren Einwohner 1895 zu etwa drei Vierteln katholisch waren[774]. 1889 stimmten hier 46,03% – 1882 waren es 39,34% gewesen – für die Volkspartei, 43,65% für die Deutsche Partei. Der konfessionelle Faktor scheint bei dieser Wahl nur eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben, denn beide Parteien konnten ihren Stimmenanteil nur durch katholische Wähler erreichen. Die Wahlentscheidung des 1. Februar 1895 wurde hingegen ganz wesentlich durch den konfessionellen Faktor bestimmt: 48,3% der Berechtigten gaben Adolf Gröber, dem Zählkandidaten der Zentrumspartei, ihre Stimme; nur 6 Wähler entschieden sich für die VP, die SPD ging leer aus. Ob diese VP-Wähler Protestanten oder Katholiken waren oder nicht: Jedenfalls muss das Interesse der Katholiken an der Wahl (mindestens 64,5%) das der Protestanten (höchstens 37,5%) erheblich übertroffen haben; das Fernbleiben der Protestanten von der Wahl könnte sogar ein Indiz dafür sein, dass sie 1889 eher konservativ gewählt hatten.

Strukturveränderungen innerhalb der Wählerschaft als Folge der schnell fortschreitenden Industrialisierung zeichnen sich im Oberamt Nürtingen erstmals im Ergebnis der Landtagswahl vom 1. Februar 1895 ab, als für die SPD 494 Stimmen abgegeben wurden. Sechs Jahre später musste Gabler, der Kandidat der Volkspartei, gegen die SPD bereits in die Stichwahl, um das Mandat zu gewinnen, und bedurfte der DP-Stimmen für den Sieg[775]. Größere Stimmenanteile von mehr als 10% für die SPD begegnen bei der Landtagswahl von 1895 vorwiegend in kleineren Gemeinden nahe der Oberamtsstadt (Zizishausen, Oberensingen, Reudern) oder in Eisenbahnnähe (Raidwangen); die Anzahl der „hauptberuflich in der Industrie beschäftigten Unselbstständigen" übertraf dort die Zahl der nebenberuflich betriebenen Landwirtschaften erheblich, so dass man als potentielle SPD-Wähler eine erhebliche Zahl von nicht bo-

[773] Borcherdt, Die Landwirtschaft in Baden und Württemberg, S. 60ff.; zeitgenössische Untersuchungen: Dehlinger, Entwicklung der Landwirtschaft, S. 73f.; Ergebnisse der Erhebungen über den Stand der Landwirtschaft in Württemberg 1895, Württ. Jbb. 1895/II (1896), S. 2–64; aus dem Oberamt Nürtingen werden die Verhältnisse in den Gemeinden Neuffen (Nr. 47) und Wolfschlugen (Nr. 48) untersucht; zwischen 1874 und 1894 stieg z. B. die Verschuldung in Neuffen um 97% und in Wolfschlugen um 36% (ebd., S. 36).

[774] 1867 hatte der katholische Bevölkerungsanteil noch 85,93% betragen; die Arbeiter in der Baumwollspinnerei, die zuzogen, waren vermutlich eher Protestanten.

[775] HStAS E 150, Bü 863, Fasz. 5 Wahlstatistik.

denständigen Arbeitern erwarten darf. Der Faktor „Standort" fließt freilich nicht mit in die Berechnung der Korrelationen ein; die statistischen Zusammenhänge zwischen dem SPD-Stimmenanteil und Variablen wie Gemeindegröße bleiben daher schwach. Die komplexe soziale Wirklichkeit in den 30 Gemeinden des Oberamts Nürtingen wird, wie es scheint, durch die überlieferten sozialstatistischen Daten insgesamt gesehen nur unzureichend erfasst.

c) Oberamt Gerabronn

Als Gottlob Friedrich Egelhaaf[776] sein Mandat mit Schreiben vom 30. Oktober 1890 niederlegte[777], hatte er das Oberamt Gerabronn seit 1843 ununterbrochen im Landtag vertreten: *Eine Art ‚Rekordhalter' unter den Abgeordneten*[778]. Zu dieser wohl einmaligen parlamentarischen Laufbahn trugen Egelhaafs Persönlichkeit und sein Sozialstatus entscheidend mit bei. Sein Sohn, Gottlob Egelhaaf, charakterisierte ihn – von Adolf *Rapp* zusammengefasst – als *lebhaft, gesprächig, in jüngeren Jahren ein glänzender Unterhalter, kein parlamentarischer Redner; in praktischen Dingen sehr erfahren; charakterfest, taktvoll, von tiefer, schöner Bescheidenheit, mit wachem Sinn für Gerechtigkeit, ein ernster Christ*[779]. Von Natur aus und durch seinen Lebensgang habe er viel Lebensart und Welterfahrung besessen[780].

Politisch zählte der alte Egelhaaf zu den Liberaldemokraten. Mit der Volkspartei teilte er die strikte Ablehnung Preußens[781], er gehörte aber weder der Volkspartei noch ihrer Landtagsfraktion an, sondern hielt zu den Gemäßigten, die mit konservativ Ausgerichteten und mit Katholiken zusammen als Großdeutsche auftraten; Rudolf Probst war ein naher Freund Egelhaafs[782]. *Im Landtag war* [Egelhaaf] *Jahrzehnte lang Mitglied des Finanzausschusses, bei allen Parteien geschätzt, wie er überhaupt hohe Achtung und großes Vertrauen genoß*[783]. Persönlichkeit, gemäßigte politische Haltung und Sachkompetenz spiegeln sich auch darin, dass er als Schultheiß von Gerabronn und Oberamtspfleger, gewählt durch die Bürger bzw. die Amtsversammlung, vom Innenministerium auch bestätigt wurde[784].

Die gesellschaftliche Stellung der Egelhaafs schätzte der Sohn folgendermaßen ein: *Wir gehörten nach ländlichen Begriffen – diese Beschränkung möchte ich nachdrücklich betonen – durch die Stellung meines Vaters als Ortsvorsteher, Finanzverwalter des Oberamts und Landtagsabgeordneter, dann durch unsern Grundbesitz, die Zahl*

[776] In von Riecke, Verfassung und Landstände, S. 57: Gottlieb Friedrich Egelhaaf.

[777] HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 17 Oberamt Gerabronn, Bl. 687; Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 1 datiert auf 1889.

[778] Brandt, Parlamentarismus, S. 780, Anm. 205.

[779] Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 2.

[780] Ebd., S. 7.

[781] Ebd., S. 9.

[782] Ebd., S. 23.

[783] Ebd., S. 2.

[784] Brandt, Parlamentarismus, S. 674: Franz Hopf dagegen, der 1854 zum Stadtschultheißen von Vaihingen gewählt wurde, wurde vom Ministerium nicht bestätigt.

der Dienstboten und den Umfang des toten und lebenden Inventars, zu dem, was man Ortsaristokratie nennen möchte[785]. Zu ergänzen wären hier die familiären Verbindungen innerhalb des Oberamts. Egelhaaf war in erster Ehe verheiratet mit der Tochter des Kameralverwalters in Rot am See[786], deren Mitgift ihm den Kauf eines etwa 20 ha großen Bauernhofs ermöglicht hatte, in zweiter Ehe mit der Tochter eines Gerabronner Gutsbesitzers und Posthalters[787]. Gottlob Friedrich Egelhaaf war also eng mit jener gesellschaftlichen Gruppe verwoben, deren Mitglieder als Höchstbesteuerte[788] zwischen 1843 und 1868 seine Wahl in den Landtag gesichert hatten: Selbstbewusste Großbauern, besser gestellte Handwerker, Kaufleute und Wirte, einig in der Ablehnung Preußens und reserviert gegenüber der württembergischen Regierung, der man mit einigem Recht[789] vorwarf, sie vernachlässige die neuwürttembergischen Gebiete[790].

Durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts stieg im Oberamt die Zahl der Stimmberechtigten von etwa 4000 nach dem alten Wahlrecht[791] auf 5427. Auch diese neuen Wähler – überwiegend vermutlich Unselbstständige – dürften wohl kaum Anlässe gesehen haben, gegen den angesehenen großdeutschen Demokraten Egelhaaf zu stimmen.

Die Quellenlage gestattet für die Landtagswahlen von 1868 und 1876 kaum mehr als allgemeine Feststellungen. Für 1868 ist lediglich das Wahlkreisergebnis überliefert. Da kein offizieller Gegner Egelhaaf das Mandat streitig machte, erreichte das Interesse der Wähler nur 52,4%; durch den inoffiziell vom Bezirksvolksverein aufgestellten Gutsbesitzer und Schultheißen von Brettheim, Johann Michael Gackstatter, wurde Egelhaaf „links" überholt; die 574 Stimmen (10,76%), die Gackstatter zufielen, halfen eine Ergänzungswahl zu verhindern, an ihnen zeigte sich aber auch, dass Egelhaafs politischer Standpunkt gemäßigter, zur Mitte hin offener war als der der Volkspartei, bei Konkurrenz aus dem konservativen Lager würden Egelhaaf diese „linken" Stimmen vermutlich jedoch zufallen. Für Egelhaaf entschieden sich 2164 Wähler (39,87%), die, wie einige Indizien vermuten lassen, auch vorher schon zu seinen Anhängern gehört hatten[792].

---

[785] Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 7.

[786] Damals Sitz der obersten Finanzbehörde des Oberamts.

[787] Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 1f.

[788] Vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 65f., der hinsichtlich der Zusammensetzung der Wahlmännergremien für die Landgemeinden ein starkes Übergewicht der Bauern konstatiert. Man sollte zusätzlich erwarten, dass die Wahlmännergremien im Realteilungsgebiet gerade auch in den kleinen Städten durchgängig anders strukturiert waren als im Anerbengebiet.

[789] Die Eisenbahnlinie zwischen Crailsheim und Bad Mergentheim, die erst 1869 eröffnet wurde, bot weniger als einem Viertel der Einwohner des Oberamts Gerabronn Eisenbahnanschluss; vgl. Württ. Jbb. 1894/III (1895), S. 12.

[790] Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 1.

[791] Ausgehend von den 13–14% der Gesamtbevölkerung, die Brandt, Parlamentarismus, S. 52 errechnet; da die Bevölkerungszahl am 3. Dezember 1867 bedingt durch den Eisenbahnbau deutlich zu hoch lag, wird hier die Bevölkerung am 3. Dezember 1862 zu Grunde gelegt.

[792] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 379: Posthalter Müller von Langenburg spricht von der *Über-*

Das Ergebnis der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 ist für die Parteistimmenanteile in den acht Wahldistrikten dokumentiert; da aber die Anzahl der Stimmberechtigten nur geschätzt[793] werden kann, bleibt einige Unsicherheit. Nach dem Zeugnis seines Sohnes musste Gottlob Friedrich Egelhaaf bei dieser Wahl erstmals ernsthaft um das Mandat kämpfen[794]. Zunächst hatte er gar nicht wieder kandidieren wollen, wie er in einer öffentlichen Erklärung versicherte; auf die vielseitig erhaltenen Aufforderungen hin sei er aber nun bereit zu kandidieren[795] – in der Entscheidungssituation vom November/Dezember 1870 durchaus mehr als nur der verbreitete Topos. Hinter Egelhaaf standen der „Beobachter" und der Bezirksvolksverein[796], der sich der Schwierigkeit der Lage bewusst war. In einer Korrespondenz aus Blaufelden hieß es kurz vor dem Wahltag u.a.: *Wir, das Häuflein der Volkspartei, das treu zur Fahne hält, haben* [...] *einen harten Stand, obwohl die vermöglichen Bauern des ganzen Bezirks (mit Ausnahme der lateinischen oder Hohenheimer) alle für uns, aber die Landbevölkerung ist nicht so zahlreich wie die der Städte. Wenn ich das Volk betrachte, wie es zur Zeit ist, dann komme ich oft so in Ärger, dass ich mir sage: diese Leute sind nicht wert, dass man einen Finger für sie regt.* [...] *Doch das sind vorübergehende Momente und man darf den Mut nicht sinken lassen, denn trotz alledem glaube ich sicherlich, daß wir unsern alten Egelhaaf durchbringen* [...][797].

Die Deutsche Partei, seit dem Frühjahr 1870 in Schrozberg und Langenburg vereinsmäßig organisiert[798], hatte bei ihrer Suche nach einem geeigneten Kandidaten zunächst an mehrere Herren aus dem Oberamt gedacht – Stadtschultheiß Kohler von Niederstetten, Schultheiß Dallinger von Schrozberg, Pfarrer Preuner von Schmalfelden oder Oberamtsrichter Dallinger aus Langenburg –, sich dann aber für den Heilbronner Oberamtsrichter Ankelen entschieden, der früher im Amt tätig gewesen und vielen Wählern daher bekannt war[799]. Durch Vermittlung Hölders[800] übernahm Ankelen die Kandidatur, unterstützt auch von der „Schwäbischen Volkszeitung", die, um den zu erwartenden Argumenten gegen Ankelens Eigenschaft als Beamter die

---

macht der Schulzen für Egelhaaf; Beobachter Nr. 287, 4. Dezember 1870: Die *vermöglichen Bauern des ganzen Bezirks* seien mit einigen Ausnahmen für die Volkspartei.

[793] Nach den beiden folgenden Wahlen. Des Weiteren lassen sich 20 ungültige Stimmen nicht zuordnen; Siehe: Anhang A, S. 602.

[794] Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 31.

[795] Beobachter Nr. 270, 15. November 1870; DV Nr. 279, 27. November 1870.

[796] „Br.", Wahlkampf im Oberamt Gerabronn vor 86 Jahren, in: Der Frankenspiegel. Sonntagsbeilage des Hohenloher Tagblatts, Jg. 8, Nr. 2, 13. Februar 1956, S. 1: Danach war der Bezirksvolksverein *konservativ* [...] *und besonders von den Bauern getragen*; Runge, Volkspartei, S. 76, Anm. 4, datiert die Gründung des Volksvereins auf den 26. April 1868; bei Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 340, ist der Verein nicht verzeichnet, auf S. 344 aber als einer der mitgliederstärksten Volksvereine bezeichnet.

[797] Beobachter Nr. 287, 4. Dezember 1870 „Wahlnachrichten".

[798] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 334, Anm. 52; im „Frankenspiegel" (wie Anm. 796) ist wohl irrtümlich von der *sogenannten sozialen Partei* die Rede.

[799] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 259, 347.

[800] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 334.

Spitze zu nehmen, darauf verwies, dass auch Egelhaaf Beamter sei, Ankelen sei jedoch als Richter durch das Gesetz in seiner völligen Unabhängigkeit gesichert[801].

Der Wahlkampf spielte sich nicht nur in der Presse ab[802]. Bis zum 1. Dezember zählte der Blaufelder Korrespondent des „Beobachters" fünf Wahlversammlungen für Egelhaaf und 12 bis 14, die Ankelen in allen größeren Orten des Oberamts gehalten habe. Ankelen werde von den Beamten und Pfarrern des Bezirks unterstützt, auch viele Schultheißen (darunter manche ehemaligen Freunde Egelhaafs) ständen ihm zur Seite[803]. Argumentativ gingen die Parteien nur wenig über das Übliche hinaus; es ist jedoch bemerkenswert, dass Egelhaaf nach der Veröffentlichung der Beitrittsverträge noch einmal öffentlich Stellung bezog und einige Schwächen der Verträge heraushob und dass er, mit der normativen Kraft des Faktischen rechnend, vor dem unbedingten Eintritt Süddeutschlands ins Reich warnte, *weil das einmal Bestehende nur so schwer wieder beseitigt wird*[804].

Der Sieg Egelhaafs fiel mit 2130 gegen 1482 Stimmen deutlich aus[805]. Dennoch konstatierte die „Schwäbische Kronik"[806] einen *erfreulichen Fortschritt der deutschen Stimmung*, besonders in den Wahldistrikten Schrozberg und Niederstetten. Der „Beobachter" dagegen führte die vielen Stimmen *aus dem Volke* für Ankelen auf den gemeinsamen Einfluss von Beamten und Geistlichen zurück: *Die vielen, die von den Gemeinden, vom Staat, den fürstlichen und edelmännischen Verwaltungen abhängen, wurden für Ankele gestimmt*[807].

Wenn die Schätzwerte für die Zahl der Wahlberechtigten keinen völlig falschen Eindruck vermitteln, lag das Wählerinteresse in den Wahldistrikten Gerabronn (I) und Langenburg (VI) für das Oberamt Gerabronn überdurchschnittlich hoch. Die Gemeinde Gerabronn[808] als Amtssitz von Oberamtmann Bacmeister[809] einerseits, Heimatgemeinde Egelhaafs und Sitz des mitgliederstarken Bezirksvolksvereins andererseits stellte naturgemäß einen Schwerpunkt der Wahlagitation dar, einen anderen die Stadt Langenburg als Sitz des Oberamtsgerichts und eines rührigen Zweigvereins der DP mit prominenten und einflussreichen Mitgliedern[810].

---

[801] SVZ Nr. 280, 25. November 1870, S. 1153.

[802] Vgl. Frankenspiegel (wie Anm. 796).

[803] Beobachter Nr. 287, 4. Dezember 1870 „Wahlnachrichten"; „Der Volksfreund", Nr. 30, 30. November 1870, S. 118f. (HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 494).

[804] Frankenspiegel (wie Anm. 796); dort werden die Positionen angemessen gekennzeichnet.

[805] Der „Frankenspiegel" führt Egelhaafs Sieg auf die Vorsicht und die konservative (!) Haltung der Hohenloher zurück.

[806] Schw. Kronik Nr. 291, 9. Dezember 1870, S. 3469.

[807] Beobachter Nr. 292, 10. Dezember 1870.

[808] Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 121: Den Status als Stadt erhielt Gerabronn erst 1885.

[809] Eduard Bacmeister (1825–1922), Oberamtsaktuar in Balingen 1858–1868; Oberamtmann von Gerabronn 1869–1873, von Sulz 1873–1879; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 158.

[810] Geschäftsführer war Posthalter Müller; zu den Mitgliedern zählten, wie im Beobachter angedeutet, Hermann Fürst von Hohenlohe-Langenburg [(1832–1913), seit 1861 Mitglied der Kammer der Standesherrn, Reichstagsabgeordneter für Crailsheim, Gerabronn etc. 1871–1881; Württ. Nekrolog (1913), S. 29–50; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 349, Anm. 6 nennt ihn u.a. als einen der Geldgeber der DP; Raberg, Biographisches Handbuch,

Wenn auch Egelhaaf gegenüber 1868 nur wenige Stimmen eingebüßt (relativ sogar Gewinne gemacht) hatte, so muss unter seinen Wählern dennoch eine erhebliche Umschichtung vonstatten gegangen sein. Da die Volkspartei 1870 für Egelhaaf agitierte, werden etwa 500[811] VP-Wähler von 1868 nun für ihn gestimmt haben, und entsprechend muss Egelhaaf Stimmen an Ankelen abgegeben haben. Die Verteilung der Parteistimmen folgte einem sehr ausgeprägten Muster. Egelhaaf siegte in fünf Wahldistrikten und lag dabei dreimal – in Gerabronn (518 gegen 17 Stimmen!), in Blaufelden und Brettheim – über der absoluten Mehrheit; sein Gegner erreichte dort nur geringe Stimmenanteile von 7 bis 11%; Ankelen siegte in drei Distrikten, in Distrikt IV (Niederstetten) sogar mit absoluter Mehrheit, während für Egelhaaf dort nur 12% der Berechtigten stimmten. Noch schlechter erging es Egelhaaf im Distrikt Schrozberg (VII), wegen der niedrigen Wahlbeteiligung blieb dort aber auch Ankelens Anteil unter 50%; Langenburg (VI) gab zwar der DP deutlich den Vorzug, aber auch Egelhaafs Anhänger machten hier immer noch etwa 30% der Berechtigten aus.

Egelhaafs Hochburgen waren also die Wahldistrikte Gerabronn, Blaufelden und Brettheim; zum (nord-)westlichen und südlichen Rand des Oberamts hin – Bartenstein (VIII) bzw. Kirchberg/Jagst (III) – nahm seine Anhängerschaft ab und erreichte in Langenburg (VI) einen Tiefstand. Die Deutsche Partei hatte dagegen ihren stärksten Rückhalt in den beiden nord-östlichen Distrikten Schrozberg (VII) und Niederstetten (IV). Die Stadt Niederstetten und die Gemeinde Schrozberg hatten im Oberamt Gerabronn die höchsten Einwohnerzahlen, ihre Schultheißen standen anscheinend der DP nahe; mit Blaufelden und Rot am See zählten sie zu den wenigen Gemeinden im Amt, die im Vorjahr Anschluss an die Eisenbahnlinie Crailsheim – Bad Mergentheim erhalten hatten. Nimmt man Gemeindegröße[812] und Eisenbahnanschluss ebenso als Indizien für „Modernität" wie bei Landwirten die Ausbildung in Hohenheim, so deutet sich an, dass die Wähler Egelhaafs eher dem „Hergebrachten", die Ankelens dagegen eher dem „Modernen" zuneigten.

Für die Landtagswahl vom 13. Dezember 1876 stellte die Deutsche Partei keinen eigenen Kandidaten gegen Egelhaaf auf[813]. Daher blieb das Wählerinteresse mit 48,15% unter dem geforderten Quorum, und es musste am 19. Dezember eine Ergänzungswahl durchgeführt werden. Für die acht Wahldistrikte ist nur das Gesamtergebnis[814] überliefert, und wie die meisten Ergebnisse von Ergänzungswahlen lässt

S. 382ff.] und Julius Freiherr von Roeder († 1917), Fürstlich Hohenlohischer Domänendirektor in Langenburg, Mitglied des Beirats der Verkehrsanstalten, Vorstand des 1. landwirtschaftlichen Gauverbandes, des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Gerabronn, der Haushaltungsschule Schrozberg, Gemeinderat in Langenburg; Schw. Nekrolog (1917), S. 177.

[811] Gackstatter (VP) hatte 1868 584 Stimmen erhalten.

[812] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Gerabronn 2: Entsprechend fand Egelhaaf seine Wähler eher in kleinen Gemeinden (r = 0.7732), Ankelen eher in größeren (r = –0.7085); da aber die Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt werden musste, sind die errechneten Werte nicht verlässlich.

[813] Schw. Kronik (1876), S. 2434.

[814] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 18 Oberamt Gerabronn, Bericht

auch dieses nur sehr beschränkte Einblicke in die Stimmung der Wähler zu. 735 Wähler (13,1%), die abstimmten, gaben ihre Stimme nicht dem offiziellen Kandidaten und drückten damit ihren Unmut aus[815]. Wenn sich insgesamt 3693 Wähler für Egelhaaf entschieden – das waren mehr, als 1870 für zwei Kandidaten nach sehr lebhaftem Wahlkampf abgegeben wurden –, so zeigt sich allein schon daran, wie sehr ein solches Ergebnis und die Stimmenverteilung in den acht Wahldistrikten aus dem Rahmen fallen. Ob die 2694 Stimmen, die am 13. Dezember abgegeben wurden, Egelhaaf galten, lässt sich nicht erkennen. Selbst wenn aber im ungünstigsten Falle alle Stimmen gegen Egelhaaf schon am 13. Dezember angefallen wären, läge sein Stimmenanteil damit kaum unter dem von 1870 und 1868; wahrscheinlich blieb also Egelhaafs Wählerschaft im Kern auch 1876 mindestens konstant. 1882 kandidierte Egelhaaf erneut[816] und wurde am 20. Dezember 1882 ohne Gegenkandidat mit 47,66% der verfügbaren Stimmen gewählt[817].

Anlässlich der Landtagswahl vom 9. Januar 1889[818] entstand im wiedererweckten Bezirksvolksverein anscheinend ein Richtungsstreit, ob man dem nunmehr fast 85-jährigen Egelhaaf noch einmal die Kandidatur anbieten oder auf einen neuen Bewerber setzen sollte. Die Mehrheit des Vereins entschied sich für die pietätvolle Lösung, Egelhaaf die Kandidatur wieder anzutragen und nur bei seinem Verzicht einen anderen aufzustellen. Die DP verzichtete darauf auf einen eigenen Bewerber. Sieben Mitglieder des Volksvereins aus Blaufelden – deren Mitgliedschaft der Bezirksvolksverein freilich leugnete – erklärten sich gegen Egelhaafs Kandidatur[819]. Wegen der Uneinigkeit unter den Demokraten sah nun die Deutsche Partei Chancen für eine eigene Kandidatur und stellte kurzfristig noch den Kaufmann und Gemeinderat Gottlob Dill aus Niederstetten auf[820]. Egelhaaf siegte überlegen mit 1856 gegen 1259 Stimmen (32,36% gegen 21,95%) – dennoch ein herber Stimmenrückgang gegenüber 1882.

Die Nachwahl vom 18. Dezember 1890, nachdem Egelhaaf sein Mandat niedergelegt hatte, und die Landtagswahl vom 1. Februar 1895 fanden im Oberamt Gerabronn unter ganz besonderen Fragestellungen statt. Gegen den ortsansässigen Kaufmann Dill für die DP kandidierte an Egelhaafs Stelle Friedrich Haußmann[821], mit 33 Jahren

---

des Oberamts vom 20. Dezember 1876 betr. die Wahl eines Abgeordneten des Bezirks für den Landtag, Beilage 1; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Gerabronn.

[815] Vgl. auch Schw. Kronik (1876), S. 2845: Stadtschultheiß Heim von Kirchberg/Jagst: 104 Stimmen, Domänendirektor von Roeder (DP): 46; Schultheiß Gackstatter von Brettheim (VP): 71; Oberamtsgeometer Gering: 291 Stimmen.

[816] Schw. Kronik (1882), S. 1676 „Aus dem Oberamt Gerabronn, d. 19. Oktober" (!).

[817] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Gerabronn, Bl. 2; die Wahlbeteiligung lag bei 49,75%; nach der Wahlrechtsreform von 1882 war keine Ergänzungswahl mehr erforderlich; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Gerabronn.

[818] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 17 Oberamt Gerabronn, Bl. 686ff.; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Gerabronn.

[819] Schw. Kronik (1888), S. 2249, 2257, 2317; (1889), S. 5.

[820] Schw. Kronik (1889), S. 58.

[821] Friedrich Haußmann (1857–1907), Dr. jur. Rechtsanwalt in Stuttgart, Sohn von Julius H.

ein junger Mann, politisch unerfahren[822], dazu noch aus Stuttgart und ohne persönliche Bindung an den Wahlkreis Gerabronn. Würden die Wähler Egelhaafs den Wechsel mitvollziehen? 1895 schließlich hieß Haußmanns Gegner auch noch Egelhaaf: Gottlob Egelhaaf[823], der konservative[824] Sohn des Oberamtspflegers, war von der Deutschen Partei in Gerabronn eingeladen worden und hatte die Kandidatur übernommen[825]. Beide Male fiel die Antwort der Wähler deutlich zu Gunsten Friedrich Haußmanns aus: 1890 mit 2022 gegen 1853 Stimmen (34,90% gegen 31,98%)[826], 1895 sogar mit 2757 gegen 1341 Stimmen (48,17% gegen 23,43%)[827].

Für die Landtagswahlen seit 1882 liegen die Wahlergebnisse auf Gemeindeebene vor; umgerechnet auf die acht Wahldistrikte lassen sie auch den Vergleich mit den Resultaten von 1870 und 1876 zu. Der sehr ausgeprägte gegenläufige Zusammenhang ($r=-0.9427$)[828] zwischen den Parteistimmenanteilen von DP und Gd/VP am 5. Dezember 1870 bestätigt noch einmal die starke Polarisierung der Wählerschaft in den Wahldistrikten bei der Reichsgründungswahl: Bei hohen Stimmenanteilen des einen Kandidaten lagen die des anderen niedrig. Die Verteilung von Egelhaafs Stimmenanteilen bei der Ergänzungswahl von 1876[829] stand in keinem erkennbaren Zusammenhang[830] mit seinen oder Ankelens Anteilen am 5. Dezember 1870: das typische Bild einer Ergänzungswahl. Dagegen zeigen sich für 1882 deutliche Parallelen[831] zur Stimmenverteilung Egelhaafs im Dezember 1870, anscheinend war er als alleiniger Kandidat aber auch für andere Gruppen wählbar, so dass insgesamt die Korrelationen nur mittelstark ausfallen. Für die Landtagswahl von 1889 – bei einer ähnlichen Kandidatenkombination wie 1870 – treten auch die strukturellen Ähnlichkeiten wieder stärker hervor[832]. Mit dem Generationswechsel bei den Kandidaten 1890 und 1895

---

und Zwillingsbruder von Conrad; Landtagsabgeordneter für Gerabronn 1890–1907; Reichstagsabgeordneter für Böblingen, Leonberg etc. 1898–1903; NDB 8, S. 130f.; SCHMIDT-BUHL, Schwäbische Volksmänner, S. 121–146; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 335f.

[822] Bei der Landtagswahl 1889 war er in Stuttgart/Amt als Kandidat deutlich abgeblitzt.

[823] Gottlob Egelhaaf (1848–1934), „Normannia" Jg. 1866, Professor in Stuttgart; Hohenheim 1921–1823; kandidierte 1878 und 1893 für den Reichstag (Wahlkreise 3 bzw. 8); Württ. Vjh. 40 (1934), S. 136–145; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 159ff.

[824] RAPP, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 18.

[825] Beobachter Nr. 6, 8. Januar 1895; Schw. Kronik (1895), S. 50, 83, 105, 124, 197, 203; vgl. auch RAPP, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 84f.

[826] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 17 Oberamt Gerabronn, Bl. 697ff.; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Gerabronn.

[827] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 18 Oberamt Gerabronn, Bl. 612ff.; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Gerabronn; auch die Landtagswahl vom 5. Dezember 1900 gewann Fr. Haußmann mit 2495 Stimmen (39,3%) gegen den Gutspächter Michael Schmidt vom BdL 1205 (18,98%): HStAS E 150, Bü 863, Fasz. 5, Wahlstatistik.

[828] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Gerabronn 2.

[829] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Gerabronn 2: VP 76b.

[830] VP76/Gd70: $r = -0.0606$; VP76/VP82: $r = 0.1170$; VP76/DP70: $r = 0.2291$. Vor allem die kleinen Landwirte scheinen 1876 nicht für Egelhaaf gestimmt zu haben.

[831] Bei Rangkorrelation: $r = 0.7381$ (5%-Niveau); bei Produkt-Moment-Korrelation: $r = 0.6334$ (nicht sign.).

[832] $VP_{70/89}$ $r = 0.8037$; $DP_{70/89}$ $r = 0.8103$.

schwächten sich die Zusammenhänge dann jedoch etwas ab[833]. – Die politische Struktur des Oberamts Gerabronn, wie sie sich in der Reichsgründungswahl manifestiert hatte, blieb also im Wesentlichen bis zum Ende des Jahrhunderts erhalten[834]. Gerade das Wahlergebnis von 1895 lässt sich jedoch nur noch eingeschränkt aus 50 Jahren linker Wahltradition erklären[835].

Betrachtet man die Einzelergebnisse der 35 Gemeinden, die seit 1882 vorliegen, so zeigt sich erwartungsgemäß, dass die Eigenkorrelationen zwischen Egelhaafs Stimmenanteilen des Jahres 1882 und denen von 1889 nur schwach sind (r = 0.5575); seine Wähler stammten bei diesen beiden Wahlen offenbar aus unterschiedlich zusammengesetzten Wählergruppen. Der Kandidatenwechsel schlägt sich bei beiden Parteien unterschiedlich in den Korrelationskoeffizienten nieder. Beim Übergang von Gottlob Friedrich Egelhaaf zu Friedrich Haußmann erreicht der Zusammenhang zwischen ihren Stimmenanteilen nur mittlere Stärke (r = 0.6460), für Haußmanns Stimmenanteile 1890 und 1895 hingegen r = 0.8676 bei einem Zugewinn an Stimmen von 735 (13,27%-Punkten). Die Wählerschaft, die Friedrich Haußmann ansprach und bei der er 1895 seinen Rückhalt fast linear ausbauen konnte, unterschied sich also in Teilen durchaus von der des alten Egelhaaf; vermutlich spielten dabei persönliche Loyalitäten ebenso eine Rolle wie der Generationswechsel in der Wählerschaft. Die Wählerschaft des DP-Kandidaten Gottlob Dill bei den Wahlen von 1889 und 1890 erscheint demgegenüber weniger stabil (r = 0.7553) als die von Dill 1890 und Gottlob Egelhaaf im Jahre 1895 (r = 0.8625); durch die Verluste von 512 Stimmen (8,55%-Punkte) gegenüber 1890 traten die konservativeren DP-Wähler anscheinend schärfer hervor, während sich die liberaleren zu Friedrich Haußmann hinwendeten. In der Stadt Niederstetten zum Beispiel, Heimatgemeinde von Gottlob Dill und DP-Hochburg, entschieden sich 1889 für Dill 217 Wähler (54,25%) und für Vater Egelhaaf 55 Wähler (13,75%); 1890 für Dill 198 Wähler (46,92%) und für Fr. Haußmann 77 Wähler (18,25%); 1895 für Egelhaaf Sohn nur noch 107 Wähler (25,00%), für Haußmann 150 (35,05%) und für Gröber (Z) 27 (6,31%).

Trotz der deutlichen und über Jahrzehnte recht stabilen lokalen Schwerpunkte für die „Linke" und die Deutsche Partei bleiben die statistischen Zusammenhänge zwischen den Wahl- und den Aggregatdaten sehr schwach; allenfalls lässt sich für Egelhaafs Stimmenanteile 1882 feststellen, dass sie bevorzugt aus kleinen Gemeinden stammten (r = 0.5014). Die Erklärung für diese Diskrepanz liegt vermutlich in der Unzulänglichkeit der Aggregatdaten. Wenn es etwa zutrifft, dass im Oberamt Gerabronn die meisten vermögenden Bauern „links" wählten – eine deutliche Parallele zu den oberschwäbischen Bauern[836] –, die „lateinischen oder Hohenheimer" Bauern, al-

[833] $VP_{70/90}$ r = 0.7580, $VP_{70/95}$ r = 0.8027; $DP_{70/90}$ r = 0.8269, $DP_{70/95}$ r = 0.7059.

[834] Zur „rückständigen" Wirtschaftsstruktur: Borcherdt, Die Landwirtschaft in Baden und Württemberg, S. 104ff.

[835] Schw. Kronik (1895), S. 229 „Aus dem Bezirk Gerabronn, 2. Februar".

[836] Beispielsweise: DV Nr. 276, 24. November 1870, „Vom Bodensee, 21. Nov.": *Auch gibt es nicht viele ‚lateinische Bauern' (in Hohenheim gebildete Landwirte), von denen die gewöhnlichen Bauern in politischen Dingen sich gerne etwa raten lassen* [...].

so die mit den moderneren Anbaumethoden, dagegen eher die Deutsche Partei, so lässt sich dieser Unterschied an den vorhandenen Daten zur Agrarstruktur nicht festmachen. Entsprechend „erklären" Urbanisierungsgrad[837], Gemeindegröße oder Eisenbahnanschluss nicht hinreichend, warum sich die Wähler der Deutschen Partei in einigen Gemeinden konzentrierten.

d) Oberamt Vaihingen

Das Oberamt Vaihingen blieb zwischen 1868 und der Jahrhundertwende *ein Denkmal schwäbischer Starrköpfigkeit*[838]. Franz Hopf, der den Bezirk seit 1849 fast ständig im Landtag repräsentiert hatte, war am 8. Juli 1868 als unangefochtener Sieger auch nach dem neuen Recht aus der Landtagswahl hervorgegangen; in keinem der sechs Wahldistrikte hatte er weniger als die absolute Mehrheit der verfügbaren Stimmen auf sich vereinigt, in den Distrikten Großsachsenheim (IV) und Horrheim (V) über 60% und in Distrikt I (Vaihingen) sogar über 70%. Sein Gegner, Gutsbesitzer Braunmüller (DP/Min), hatte demgegenüber mit 458 Stimmen (10,4%) – in keinem der Wahldistrikte mehr als 14% – allenfalls einen Achtungserfolg erreicht[839].

Am 5. Dezember 1870 fiel Hopfs Sieg dagegen recht knapp aus[840]; er bewahrte zwar in allen sechs Wahldistrikten die Stimmenmehrheit, sein Vorsprung von 2237 Stimmen im Juli 1868 war jedoch auf 334 Stimmen zusammengeschmolzen: *ein erheblicher Fortschritt zum Besseren*, wie der Oberamtmann resümierte[841]. Deutsche Partei und Regierung hatten Hopf in Friedrich Theodor Vischer einen höchst gefährlichen Gegner präsentiert[842], mit dem sich Hopf eine *überaus harte aber sachliche Auseinandersetzung*[843] lieferte. Während man Hopf von „nationaler" Seite seine Ablehnung der Kriegskredite vorhielt und Vischer sogar von Hochverrat sprach[844], lobten seine Anhänger seine Prinzipientreue und erhoben seine Wiederwahl zu einer *Ehrenschuld des Bezirks*[845]. Für Hopf, der seitens der Volkspartei von Max Hausmeister[846] begleitet wurde[847], sprach sein persönliches Verhältnis zu seinen Wählern. Vi-

---

[837] Runge, Volkspartei, S. 173: Es ist nicht so eindeutig, dass sich der geringe Anteil städtischer Bevölkerung zu Ungunsten der DP auswirkte.

[838] Isermeyer, Franz Hopf, S. 282.

[839] Siehe unten, Anhang A, S. 666; vgl. Staatsanzeiger Nr. 160, 8. Juli 1868, S. 1663: Braunmüllers erstes öffentliches Auftreten wird positiv kommentiert; auch den Parteigängern Hopfs wird Lob gezollt, weil sie die Rede Braunmüllers *mit Aufmerksamkeit und achtungsvoller Stille* anhörten.

[840] Schw. Kronik (1870), S. 3215, 3241; DV Nr. 265, 11. November 1870; SVZ Nr. 276, 22. November 1870, S. 1140f., Nr. 281, 26. November 1870, S. 1157; Beobachter Nr. 266, 10. November 1870, Nr. 270, 15. November 1870, Nr. 278, 24. November 1870, Nr. 279, 25. November, Nr. 299, 18. Dezember 1870.

[841] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 814ff. Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Vaihingen, 7. Dezember 1870.

[842] Elias, Vaihingen als Oberamtsstadt, S. 146.

[843] Isermeyer, Franz Hopf, S. 282.

[844] Rapp, Württemberger, S. 447ff.

[845] Beobachter Nr. 269, 13. November 1870.

[846] Max Hausmeister (1839–1925), Bankier und wirtschaftspolitischer Schriftsteller in Stutt-

schers Wahlkreisverbundenheit durch sporadische Verwandtenbesuche und als ehemaliger Pfarrer von Horrheim in den Jahren 1830/31 war dagegen vergleichsweise schwach, und mancher Wähler mochte dazu auch an Vischers „atheistischem Glaubensbekenntnis" Anstoß nehmen. Oberamtmann Hoser[848] hatte sich zwar im Vorwege bemüht, Vischers Kandidatur beim Dekan und den Pfarrern abzusichern[849], im „Christboten" und im „Evangelischen Sonntagsblatt" hatte sich aber Prälat Kapff[850] entschieden gegen Vischer ausgesprochen[851]. Andere Faktoren schätzte der Oberamtmann jedoch als wichtiger ein.

Neben den politischen Traditionen einzelner Gemeinden und der durchaus zwiespältigen Rolle der Meinungsführer (Pfarrer, Schultheiß, Honoratioren) hob er als wesentlichste Ursache für Hopfs Sieg dessen Wahlkampfstil heraus, der nicht auf öffentliche Versammlungen, sondern persönliche Kontaktaufnahme mit den Wählern ausgerichtet war. Noch deutlicher wurde der Vaihinger Korrespondent der „Schwäbischen Kronik", der zur Erklärung des enttäuschenden Wahlergebnisses hervorhob, dass Vischer anders als Hopf im Oberamt nicht bekannt genug gewesen sei: Vischer *war der Bevölkerung nahezu ganz fremd, und sein Beruf gestattete ihm nicht einmal, auch nur in der Hälfte der Wahlorte aufzutreten. So kam es, dass ein großer Teil der Wähler, welcher von Hopf nichts mehr wissen wollte, andrerseits Hrn. Prof. Vischer nicht wohl wählen wollte, weil sie ihn nicht kannten, sich der Abstimmung gänzlich enthielt.* Bei Benützung der von der Gegenpartei gewählten Agitationsmittel, so das Urteil in der „Kronik", wäre der Sieg unbedingt Herrn Professor Vischer geblieben[852]. Letztlich warf dieser Artikel nicht nur die Frage auf, ob der Wahlkampfstil Vischers gegen Hopf erfolgversprechend war; vielmehr richtete sich die Kritik gegen den Kandidaten selber, weil der die Kandidatur nur neben seinem Beruf betrieben hatte. Jedenfalls ist es nicht nötig, auf den schwäbischen Stammescharakter zurückzugreifen, um Hopfs Sieg zu erklären[853]; schon die Zeitgenossen sahen eine Reihe von Ursachen für die Niederlage Vischers. Um besonders die ländlichen Wähler anzusprechen, wäre vielleicht statt der Kandidatur eines auswärtigen Intellektuellen die eines einflussreichen Gutsbesitzers[854] aus dem Amt aussichtsreicher gewesen.

---

gart, führendes Mitglied im Stuttgarter Volksverein, Mitglied des Landeskomitees der VP 1869 und 1870; Schwäbischer Merkur Nr. 553 (1925), S. 5; Runge, Volkspartei, S. 70.

847 Beobachter Nr. 279, 25. November 1870; SVZ Nr. 276, 22. November 1870, S. 1140/1141 „Die Wahlen": Vischer wurde von Schricker unterstützt.

848 Hermann Hoser (1830–1913), Oberamtmann von Vaihingen 1870–1874; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 326.

849 DV Nr. 282, 1. Dezember 1870.

850 Sixt Carl Kapff (1805–1879), Führer der evangelischen Landeskirche; Schw. Kronik Nr. 227 (1879), S. 1781; ADB 15 (1882), S. 99–102; Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung, S. 248ff. und passim.

851 HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 814ff. Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Vaihingen, 7. Dezember 1870.

852 Schw. Kronik Nr. 291, 9. Dezember 1870, S. 3563.

853 Rapp, Württemberger, S. 449 nach Isolde Kurz: [...] *wenn die Schwaben jemand ihr Vertrauen ganz geschenkt hatten, hielten sie an ihm fest, solange er selber sich treu blieb.*

854 Der Oberamtmann nannte z.B. den Gutsbesitzer und Gemeinderat Gustav Sigle von

Das überlieferte Wahlergebnis ist zwar zu ungenau, um mögliche Zusammenhänge zwischen Vischers Auftreten und der Höhe seiner Stimmenanteile zu beleuchten, es bestätigt aber den Eindruck, dass viele Wähler der Abstimmung fernblieben: Trotz des lebhaften Wahlkampfes ging nämlich das Wählerinteresse im Oberamt gegenüber 1868 um 4,9%-Punkte zurück; in den einzelnen Wahldistrikten variierte die Veränderung gegenüber 1868 zwischen 12 Punkten Abnahme im Distrikt Vaihingen (I) und 3% Zunahme im Distrikt Großglattbach (III). Für Hopf entschieden sich 1102 Wähler (fast 41%!) weniger als 1868. Da die Verluste in fünf der sechs Wahldistrikte höher ausfielen als die Zugewinne Vischers gegenüber Braunmüllers Stimmenanteilen von 1868, dürfte tatsächlich ein erheblicher Teil von Hopfs ehemaligen Wählern der Abstimmung ferngeblieben sein; ein weiterer Teil muss freilich auch zu Vischer umgeschwenkt sein, denn dessen Zugewinne übertreffen den geschätzten Anteil motivierbarer Wähler: Vischers Stimmengewinne lassen sich also nicht allein durch die Mobilisierung bisheriger Nichtwähler erklären.

Doch der Stimmungswandel eines Teils der Wählerschaft blieb Episode. Bei der Landtagswahl vom 13. Dezember 1876 bestätigte die Volkspartei ihre überragende Stellung im Oberamt. Franz Hopf hatte aus Altersgründen auf die erneute Kandidatur verzichtet[855]; an seiner Stelle wurde nun mit dem ehemaligen Landtagsabgeordneten für Ludwigsburg/Amt, Gutsbesitzer, Kassier der Bezirksgewerbebank und Gemeinderat Gustav Körner, ein seit Jahren führendes Mitglied des Vaihinger Volksvereins und enger Freund Hopfs, nominiert und ohne Gegenkandidaten mit 52,42% der verfügbaren Stimmen gewählt, nachdem er vorübergehend wegen der großen Gleichgültigkeit der Wähler auf die Kandidatur verzichtet hatte[856]. Mit einem Zugewinn von 738 Stimmen hatte Körner Hopfs Einbußen von 1870 nahezu wieder aufgeholt; in vier Wahldistrikten stimmten zwischen 51 und 65% der Wahlberechtigten für ihn, in den beiden übrigen Distrikten 46,25 und 40,74%[857].

Gustav Körner starb am 23. April 1882, kurz vor dem Ende der Legislaturperiode. So wäre denn die fällige Nachwahl recht ereignislos vorübergegangen, hätte nicht der Innenminister – nunmehr Julius Hölder – darin die Chance zu einem Prestigeerfolg über die Volkspartei erblickt. Wegen der Signalwirkung für die allgemeine Landtagswahl am Jahresende und *wegen der moralischen Wertung, die ein Sieg der regierungs- und reichsfreundlich gesinnten Parteien über die Volkspartei gerade im Bezirk Vaihingen im Gefolge hätte*, wies er Oberamtmann Strobel vertraulich zu energischer und entschiedener Tätigkeit für den Regierungskandidaten Oberamtspfleger Gey-

Enzweihingen, der 1870 zur DP umgeschwenkt war und in der Landtagswahl von 1882 für die DP kandidierte.

[855] Nl Hölder, Fasz. XVII, Stück 302; Schw. Kronik (1876), S. 2569, 2657.

[856] Schw. Kronik (1876), S. 2705, 2714, 2789; wegen eines Viehmarktes konnte in einer Reihe von Gemeinden auch noch am 14. Dezember gewählt werden.

[857] Wahlergebnis: HStAS E 150 Bü 858, Fasz. 9, Nr. 59 Oberamt Vaihingen Bl. 1, Beilage 2; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Vaihingen; gegenüber 1870 war die Wahldistrikteinteilung verändert worden, indem die Gemeinde Ensingen (ca. 230 Wahlberechtigte) nicht mehr zu Vaihingen (Distrikt I), sondern zu Horrheim (Distrikt V) gehörte; ein exakter Vergleich zwischen 1870 und 1876 ist daher nicht mehr möglich.

er[858] an; vor allem sollte er auf die Schultheißen einwirken, wofür ihm Argumentationshilfen vorgegeben wurden, er sollte ferner konkurrierende Bewerbungen aus dem eigenen Lager verhindern, jeder Lauheit entgegentreten sowie über die Agitation der Volkspartei berichten[859]. Bemerkenswert an der Wortwahl dieses Erlasses ist, dass die *regierungs- und reichsfreundlichen Parteien* oder auch *die gutgesinnten Parteien* der Volkspartei gegenübergestellt werden, dass also das Feindbild der DP/Regierung von 1870 unverändert erhalten geblieben scheint. Die Art und Weise zudem, wie Innenminister Hölder hier die Beamten zum Zwecke der Wahl einsetzte, unterscheidet ihn nicht von seinen Amtsvorgängern.

Die Volkspartei hatte zunächst den Gutsbesitzer Gustav Sigle von Enzweihingen als Kandidaten gewonnen, der jedoch bald überraschend zurücktrat und wenige Monate später bei der allgemeinen Landtagswahl offiziell für die Deutsche Partei kandidierte. Man möchte hinter dieser Wandlung die Hand des Oberamtmanns vermuten. Ohne einen eigenen Kandidaten rief die Vaihinger Volkspartei ihre Anhänger nun erfolgreich zum Wahlboykott auf: Am 9. Juni 1882 machten nur 1445 Berechtigte (32,71%) von ihrem Wahlrecht Gebrauch, durchweg wahrscheinlich Stimmen für Oberamtspfleger Geyer[860].

Für die fällige Ergänzungswahl am 16. Juni 1882 gelang es der Volkspartei sehr kurzfristig, den *sehr vermöglichen*[861] Gutsbesitzer und Gemeinderat Jakob Maurer[862] für die Kandidatur zu gewinnen. Obwohl für einen Wahlkampf kaum Zeit blieb und Maurer keine Wahlreise mehr unternahm, um sich den Wählern vorzustellen, gewann er das Mandat überlegen mit 2126 (48,13%) gegen 1583 (35,84%) Stimmen. In fünf der sechs Wahldistrikte überstieg sein Stimmenanteil den seines Gegners, dreimal sogar die absolute Mehrheit; nur im Distrikt Großglattbach (III), wo 1870 auch schon Vischer sein bestes Ergebnis erreicht hatte, wurde Maurer mit 37,91% gegen 44,71% geschlagen. Der Korrespondent der „Schwäbischen Kronik" führte dieses überraschende Ergebnis auf die Verärgerung der Wähler wegen der Ganggebühr zurück und wertete es als Zeichen für die politische Unreife des Vol-

---

[858] Robert Friedrich Geyer (1820–1883), seit 1854 Oberamtspfleger in Vaihingen, Verwaltungsaktuar und Kassier der Oberamtssparkasse; er war 1862 zum Abgeordneten für das Oberamt gewählt worden, die Wahl war jedoch Ende 1863 für ungültig erklärt worden; vgl. Schw. Kronik (1882), S. 731 „Vaihingen a. E. den 14. Mai"; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 267.

[859] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 59 Oberamt Vaihingen, Bl. 10 Erlass des Innenministers vom 12. Mai 1882 „vertraulich" (Konzept).

[860] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 59 Oberamt Vaihingen, Bl. 14 Bericht des Oberamts vom 17. Juni 1882 betr. die Landtagsabgeordnetenwahl; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Vaihingen; Schw. Kronik (1882), S. 899 „Vaihingen a. E. den 9. Juni"; vgl. Schmidt-Buhl, Schwäbische Volksmänner, S. 104f., der 1225 Stimmen nennt.

[861] So der Oberamtmann in seinem Bericht vom 17. Juni 1882 (HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 59 Oberamt Vaihingen, Bl. 14), weiter heißt es, Maurer gehöre keiner Partei an und hege konservative Gesinnungen; siehe auch: Schw. Kronik (1882), S. 927.

[862] Jakob Maurer (1838–1902), Landwirt und Gemeinderat in Hochdorf, Kommandant der Feuerwehr; Landtagsabgeordneter für Vaihingen 1882–1902; 1902 Fraktionsvorstand der Volkspartei; Schmidt-Buhl, Schwäbische Volksmänner, S. 102ff.; Staatsanzeiger (1902), S. 1571; Schw. Kronik (1902), Nr. 430; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 550f.

kes[863]. Dass so viele Wähler zunächst dem Boykottaufruf der Volkspartei Folge leisteten, obwohl sie dann wahrscheinlich eine Ganggebühr würden bezahlen müssen, und sie danach in der Ergänzungswahl dem ziemlich unbekannten Kandidaten der Volkspartei ihre Stimme gaben, belegt den großen Einfluss der Volkspartei im Oberamt Vaihingen.

Nach der Wahl vom 9. Juni beklagte sich ein Einsender „vom Lande", seit den letzten Wahlen sei wieder wie 1866–1870 ein Parteihader entbrannt, der bis in die Familien gedrungen sei. Die Ideen der 1848er Demokraten seien veraltet, da man nicht mehr bevorrechteten Klassen, sondern dem ganzen Reich Opfer bringe, das von außen bedroht werde[864]. In dieser Klage über den neu entfachten Parteienstreit – verbunden mit einer allzu bekannten Argumentation gegen die Opposition – deutet sich eine weitere Ursache für den Wahlsieg Maurers an: Viele Wähler hatten sich anscheinend durch das energische Wirken der Beamten für den *wegen seines hie und da schroffen amtlichen Auftretens*[865] weniger beliebten Regierungskandidaten provoziert gefühlt. Letztlich hatte also der Innenminister selbst den Parteihader im Oberamt Vaihingen wieder entfacht, der dann auch den Zündstoff lieferte für die Landtagswahl vom 20. Dezember 1882.

Die Volkspartei setzte für den Dezember 1882 wieder auf Jakob Maurer aus Hochdorf; ihm stellte die Deutsche Partei Gustav Sigle aus der Nachbargemeinde Enzweihingen gegenüber[866], für den wie im Juni für Geyer der Beamtenapparat in Bewegung gesetzt wurde. Die erneute Zuspitzung des Wahlkampfes auf den Gegensatz von Regierung und Opposition bzw. „Herren" und „Volk"[867], personifiziert durch zwei angesehene Gutsbesitzer aus dem Amt, dazu noch aus Nachbargemeinden, ließ die Wahlbeteiligung auf 86,55% ansteigen: Der niedrigste Wert lag bei 73,39%, in 13 Gemeinden beteiligten sich zwischen 80 und 90% der Bürger an der Wahl, in sieben Gemeinden sogar mehr als 90% mit 96,00% als Spitzenwert. Die Stimmenmehrheit fiel in dreizehn von den 21 Gemeinden an die DP und Sigle, dessen Stimmenanteil in seiner Heimatgemeinde 77,8% betrug. Insgesamt siegte jedoch mit nur 37 Stimmen Vorsprung wieder Maurer[868].

Bei der Landtagswahl vom 9. Januar 1889 kandidierte Maurer erneut; er erklärte, er werde aus der Volkspartei – wohl der Fraktion – austreten und sich im Landtag den „Linken" anschließen. Die Deutsche Partei verzichtete dagegen auf einen eigenen

---

[863] Schw. Kronik (1882), S. 948 „Vaihingen a.E. d. 17. Juni".

[864] Schw. Kronik (1882), S. 908 „Vom Lande eingesendet".

[865] So die Formulierung des Innenministers in seinem Erlass vom 12. Mai (HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 59 Oberamt Vaihingen, Bl. 10).

[866] Schw. Kronik (1882), S. 1807, 1979.

[867] Schmidt-Buhl, Schwäbische Volksmänner, S. 105.

[868] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Vaihingen, Bl. 2; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Vaihingen; in Maurers Heimatgemeinde Hochdorf stimmten 88,8% der Berechtigten für ihn; die Korrelation zwischen den Stimmenanteilen von DP und VP betrug r = –0.9586, die Polarisierung der Wählerschaft war also sehr stark ausgeprägt.

Kandidaten[869]. Wegen der fehlenden Konkurrenz blieb das Wählerinteresse bei dieser Wahl mit 47,71% gering: In Enzweihingen, der Heimatgemeinde des früheren DP-Kandidaten, stimmten lediglich 23,38% der Bürger ab; in der stets „demokratisch" wählenden Oberamtsstadt gingen nur 25,86% der Berechtigten zur Wahl, und Maurer büßte hier 38,05%-Punkte gegenüber 1882 ein. Insgesamt jedoch entschieden sich 85 Wähler mehr für Maurer als noch 1882. Dem Rückgang des Wählerinteresses entsprach nämlich nur in neun Gemeinden auch ein Rückgang des VP-Stimmenanteils, in den übrigen 12 Gemeinden konnte Maurer gegenüber 1882 um bis zu 40,3%-Punkte zulegen, und zwar vorzugsweise in solchen Gemeinden, in denen 1882 der DP-Anteil hoch gelegen hatte ($r = 0.7387$): Wenigstens ein Teil der DP-Wähler von 1882 muss also 1889 zu Maurer umgeschwenkt sein, dessen Distanzierung von der Volkspartei und Öffnung zur Mitte hin ihnen die Entscheidung erleichtert haben dürfte. Maurers Wähler stammten nun vermehrt aus Gemeinden mit vielen Agrarbetrieben ($r = 0.5762$) und selbstständigen Landwirten ($r = 0.5176$), weniger aus gewerblich geprägten Gemeinden (alle entsprechenden Korrelationen sind negativ)[870].

Am 1. Februar 1895 schließlich lag das Wählerinteresse mit 80,01% wiederum hoch; in fünf Gemeinden nahmen mehr als 90% der Berechtigten an der Abstimmung teil, in sieben Gemeinden über 80%, in Enzweihingen dagegen nur 55,52%. Maurer siegte mit 713 Stimmen Vorsprung über den Kandidaten der DP, Oberamtstierarzt Koch, der immerhin in sieben Gemeinden die Mehrheit der Stimmen eroberte. Erstmals stand auch die SPD zur Wahl und erreichte 48 Stimmen (1,07%)[871].

Weder der Mobilisierungsgrad der Wähler noch die Höhe der Parteistimmenanteile lassen sich für die Landtagswahlen von 1882 und 1895 befriedigend aus der Sozialstruktur der Gemeinden bzw. der Wahlberechtigten erklären: Die Zusammenhänge zwischen den Wahlergebnissen und den Aggregatdaten bleiben durchweg niedrig, und sie sind anders ausgerichtet als 1882. Entsprechend fallen auch die Eigenkorrelationen der Parteistimmenanteile schwach aus: $DP_{82/95}$ $r = 0.4025$; $VP_{82/89}$ $r = 0.2407$; $VP_{82/95}$ $r = 0.5964$; $VP_{89/95}$ $r = -0.4339$(!)[872]. Dennoch wäre es falsch anzunehmen, dass

[869] Schw. Kronik (1888), S. 2141, 2277. Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 57 Oberamt Vaihingen, Bl. 91–86; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Vaihingen.

[870] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Vaihingen.

[871] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 4, Nr. 58 Oberamt Vaihingen, Bl. 61–56; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Vaihingen; Elias, Vaihingen als Oberamtsstadt, S. 147. – Der SPD-Kandidat war Leonhard Tauscher (1840–1914), Buchdrucker, Redakteur, Gemeinderat in Stuttgart; Landtagsabgeordneter für Cannstatt 1900–1903, 1906–1914; Schwäbischer Merkur Nr. 589 (1914), S. 594; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 922. – Vgl. auch Schmidt-Buhl, Schwäbische Volksmänner, S. 105: Bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1900 siegte Maurer mit 2167 Stimmen (46,07%) gegen den Geschäftsführer und Agitator des württembergischen Bauernbundes, Theodor Körner [(1863–1933), Verleger und Redakteur in Stuttgart; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 464ff.], für den 1240 Stimmen (26,36%) abgegeben wurden; die SPD [Hermann Mattutat (1861–1937), Drechslermeister, Arbeitersekretär; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 547f.] erhielt 56 Stimmen; Zahlenangaben nach: HStAS E 150, Bü 863, Fasz. 5, Wahlstatistik.

[872] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Vaihingen.

die Wählerschaft des Oberamts Vaihingen stark fluktuierte und sich in den politischen Entscheidungen weitgehend durch die Kandidatenpersönlichkeit leiten ließ.

Oberamtmann Hoser hatte in seiner Analyse des Wahlergebnisses vom 5. Dezember 1870 eine grobe verbale Einschätzung der politischen Ausrichtung der einzelnen Gemeinden gegeben, wobei er teilweise auch auf die politischen Traditionen eingegangen war; es hieß beispielsweise: *Die Bauern von Oberriexingen, welche früher gewöhnt waren, nach den ihnen von ihrem Stadtschultheißen Magenau*[873] *erteilten Weisungen zu stimmen, sind ihm seit Einführung der geheimen Abstimmung nicht ebenso treu geblieben.* Die Gemeinde Iptingen war danach *von jeher eisern demokratisch und unter einem demokratischen Ortsvorsteher* [Kercher] *stehend*[874]. Diese Einschätzung durch den Oberamtmann aus dem Dezember 1870 traf 1882 und auch noch 1895 für 17 der 21[875] Gemeinden zu; eklatante Abweichungen lassen sich meist durch den „Persönlichkeitsfaktor" erklären, etwa durch Maurers Heimvorteil in der Gemeinde Hochdorf (1882: 88,81%; 1895: 60,45%), wo der Oberamtmann 1870 noch eine Mehrheit für den konservativen Kandidaten konstatiert hatte; Horrheim stimmte nur 1870 für seinen ehemaligen Pfarrvikar Vischer, ansonsten demokratisch; die Wähler von Hohenhaslach unterstützten ihren früheren Pfarrer Hopf, wählten danach aber eher konservativ.

Das Oberamt Vaihingen zeichnet sich also insgesamt durch eine ausgeprägte, gut fünfzigjährige Tradition „linken" Wahlverhaltens aus, das seinen Ursprung in einzelnen Gemeinden hatte. Die verfügbaren Aggregatdaten lassen jedoch keine Abgrenzung der demokratischen von den konservativen Wählern zu.

Die Entwicklung des Oberamts *zu einem der linkesten Demokratennester des gesamten Königreichs*[876] hatte während der Revolution 1848/49 begonnen[877]; in der Reaktionszeit hatte sich bei den Bürgern durch wechselseitige Provokationen ein politisches Verhaltensmuster verfestigt, das wesentlich durch den Gegensatz Opposition-Regierung geprägt war und bei den Landtagswahlen durch die Aufstellung von Regierungskandidaten aktiviert und perpetuiert werden konnte[878]. Hopfs Auseinandersetzung mit den Kandidaten des Oberamtmanns, Braunmüller und Vischer, und Maurers Kampf gegen Geyer, den „Renegaten" Sigle und Koch überlagerten andere Wahlmotive. Rivalitäten etwa zwischen der Oberamtsstadt und den Landgemein-

---

[873] Ludwig Rudolph Magenau (1807–1872), Stadtschultheiß in Oberriexingen, Landtagsabgeordneter für Vaihingen 1854/55; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 534.

[874] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 814ff. Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Vaihingen, 7. Dezember 1870.

[875] 1895 waren es 22 Gemeinden, da Kleinglattbach, das vorher zu Ensingen gehört hatte, nun als eigenständiger Abstimmungsort gezählt wurde.

[876] ELIAS, Vaihingen als Oberamtsstadt, S. 142.

[877] Vgl. auch FEIL, Geschichte der Oberamtsstadt Vaihingen, S. 177, für Hintergründe der Landtagswahlen ansonsten unergiebig.

[878] Vgl. ELIAS, Vaihingen als Oberamtsstadt, S. 142ff. mit mehreren Beispielen; es dürfte die Vaihinger besonders in ihrem Verhalten bestärkt haben, dass es ihnen gelang, den missliebigen Oberamtmann Gottlob Friedrich Kinzelbach *regelrecht abzuschießen* (ELIAS, S. 144).

den[879] deuten sich darin an, dass nur ein Viertel der Vaihinger überhaupt abstimmte, als 1889 der Hochdorfer Gutsbesitzer Jakob Maurer konkurrenzlos zur Wahl stand; die Konkurrenz zwischen Großsachsenheim und der Oberamtsstadt, nicht zuletzt wegen des Verlaufs der Eisenbahnlinie, schlägt sich auch im gegenläufigen Stimmverhalten nieder: 1882 und 1895 stimmten 55,6% bzw. 72,57% der Großsachsenheimer gegen Maurer (Stadt Vaihingen: 61,51% bzw. 68,03% für ihn), 1889 entschieden sich 64,17% für ihn (Oberamtsstadt: 23,46% für Maurer)[880]; 19 SPD-Stimmen (25%) in der kleinen Gemeinde Untermberg am 1. Februar 1895 lassen strukturelle Veränderungen in der Wählerschaft vermuten, die sich jetzt erstmals bei einer Landtagswahl artikulierten.

Die lange Traditionslinie mit wechselnden Hauptpersonen zeigt, dass die Mehrheit der Wähler sich nicht nur einzelnen Kandidaten bzw. Abgeordneten persönlich verbunden fühlte, sondern darüber hinaus auch der Parteirichtung. Hatten schon die Wahlmänner 1849 und 1850, 1855–1861 sowie 1864–1868 den *unbeugsamen Prinzipienpolitiker*[881] Franz Hopf in die Kammer geschickt, so wurde diese Verbindung unter dem allgemeinen Wahlrecht im Juli 1868 erst recht glanzvoll, im Dezember 1870 auch gegen den allgemeinen Trend knapp bestätigt. Nach Hopfs Verzicht wurde den Wählern der Übergang zu dem neuen Kandidaten Gustav Körner gewiss dadurch erleichtert, dass Körner im Amt ansässig und dazu als führender Demokrat und enger Freund Hopfs bekannt war. Für Jakob Maurers zwanzigjährige politische Verbindung mit dem Oberamt Vaihingen dürfte dann wiederum der Druck der Regierung konstitutiv gewesen sein.

Die relativ stabilen Mehrheitsverhältnisse fanden ihre Entsprechung in einem Umfeld, das in seiner wirtschaftlichen Entwicklung durch Stagnation, ja sogar Desindustrialisierung gekennzeichnet war[882]. In seiner Randlage zwischen den entstehenden industriellen Zentren des Neckarraumes und um Karlsruhe war das Oberamt Vaihingen auch noch um 1895 ganz überwiegend agrarisch strukturiert, die Wählerschaft bodenständig: Wie in den siebziger Jahren lag auch 1895 die Zahl der Grundeigentümer wesentlich höher als die Anzahl der Wahlberechtigten, so dass nahezu jeder Bürger über 25 auch Grundeigentümer war; etwa 70% der Wahlberechtigten verfügten über 1 ha und mehr[883], mit deutlichem Schwerpunkt auf den Kleinbetrieben: eine ganz überwiegend kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Wählerschaft[884].

Die meisten – und vor allem die erfolgreichen – Landtagskandidaten entstammten wie die Mehrzahl ihrer Wähler dem heimischen und/oder agrarischen Milieu: Gustav

[879] Ebd., S. 133.

[880] Ebd., S. 147, Anm. 62.; Großsachsenheim hatte wohl 1868 Hopf unterstützt, 1870 hatten „die Gebildeten", wie der Oberamtmann berichtete, ihre politische Meinung geändert; Sersheim, die zweite Gemeinde mit Eisenbahnanschluss, wählte 1870 etwa zur Hälfte, danach mehrheitlich konservativ.

[881] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 286; Brandt, Parlamentarismus, S. 674 charakterisiert Hopf als *ersten Provokateur* der Kammer und *politischen Überzeugungstäter.*

[882] Boelcke, Die Stadt Vaihingen, S. 161.

[883] Zahlen errechnet nach den amtlichen Erhebungen von 1873 und 1895 (sie oben, S. 123).

[884] Elias, Vaihingen als Oberamtsstadt, S. 135.

Körner, Sigle und Maurer waren „Gutsbesitzer", ebenso Braunmüller, der zwar ortsfremd, aber in der Oberamtsstadt geboren war, und selbst Hopf hatte Erfahrungen als Landwirt gesammelt; Koch war der Landwirtschaft als Tierarzt verbunden; Geyer schließlich lebte schon lange im Oberamt; nur Vischer war weder mit der Landwirtschaft noch eng mit dem Oberamt verbunden und hob sich insofern von den übrigen ab.

Was also die „linke" Tradition des Wählens in diesen vier Oberämtern ausmacht, lässt sich nicht auf einen einzelnen Faktor reduzieren, der nur diesen Wahlkreisen zu eigen wäre; vielmehr treffen in ihnen jeweils verschiedene Ursachenkombinationen zusammen, die in Teilen übereinstimmen. Von der Wirtschafts- und Sozialstruktur her ähneln sich die Oberämter Balingen und Nürtingen: Beide liegen im Realteilungsgebiet und zeichnen sich durch eine frühzeitige gewerblich-industrielle Entwicklung bei Bewahrung der Bodenständigkeit aus. Auch das Oberamt Vaihingen gehört zum Realteilungsgebiet; doch aufgrund seiner ungünstigen Lage zwischen zwei Entwicklungsräumen stagniert hier die gewerbliche Entwicklung bis etwa zur Jahrhundertwende; Vaihingen gleicht insofern dem Oberamt Gerabronn, das im Anerbengebiet liegt und ebenfalls kaum Anschluss an den Industrialisierungsprozess findet. Da so unterschiedliche sozialstrukturelle Bedingungen über mehr als 30 Jahre die Basis für meist sichere „linke" Mehrheiten abgaben, können diese Bedingungen für sich allein die parteipolitischen Präferenzen der Wähler nicht erklären; es müssen vielmehr vermittelnde Faktoren vorhanden sein.

In allen vier Wahlkreisen folgt das Verhalten der Wähler in ihren Gemeinden bzw. Wahldistrikten ausgeprägten, wiederkehrenden Mustern, die sich gewöhnlich erst gegen Ende des Jahrhunderts, bedingt zum Beispiel durch Veränderungen der Wähler- und Parteienstruktur, zu modifizieren beginnen. Abweichungen von diesen Mustern sind unter besonderen Umständen möglich; beispielsweise stimmen die Wähler gewöhnlich in großer Zahl für einen Kandidaten unabhängig von dessen politischer Ausrichtung, wenn er aus ihrer Gemeinde stammt. Ob und wieweit sich diese politischen Präferenzen der Gemeinden auf sozialstrukturelle Tatbestände zurückführen lassen, ist nicht abschließend zu entscheiden, da die Quellen letztlich zu wenig aussagekräftig sind. Verschiedene Indizien deuten jedoch auf das Vorhandensein solcher Zusammenhänge hin. Die demokratischen Abgeordneten dieser vier Wahlkreise verdankten ihre Mandate demnach nicht nur den gewerblichen, bodenständigen Wählern, sondern durchaus auch den besser gestellten Landwirten.

Die vier Wahlkreise wurden zwar über viele Jahre durch zum Teil sehr dominierende Abgeordnetenpersönlichkeiten repräsentiert, und diese haben beipielsweise durch persönliche Bindungen dazu beigetragen, Kontinuität des Wählerverhaltens zu fördern; jeder dieser Wahlkreise machte jedoch auch mindestens einen Wechsel des Mandatsträgers durch, ohne dass sich die Mehrheitsverhältnisse grundlegend wandelten. Bei aller Loyalität vieler Wähler dem bisherigen Abgeordneten gegenüber, trotz enger persönlicher Bindungen richteten sich die Wähler in der Mehrzahl auf den neuen Kandidaten aus, wobei anscheinend die Parteirichtung entscheidender war als die Persönlichkeit. Zu den Faktoren, die einen Wahlsieg erleichtern konnten, gehörte

mindestens die Wahlkreisverbundenheit[885] oder die Herkunft der Bewerber aus dem Oberamt, in dem sie kandidierten, vor allem wenn sie zu den gesellschaftlich führenden Kreisen gehörten. Die Wahlsiege der Haußmann-Zwillinge in Balingen und Gerabronn zeigen aber, dass dieser Mangel durch einen engagierten, von einflussreichen Männern im Amt getragenen Wahlkampf ausgeglichen werden konnte.

Über Sieg oder Niederlage der „linken" Kandidaten entschied auch die Stärke des Gegners. Post factum wurden bei fast allen Kandidaten der Ministeriellen bzw. der Deutschen Partei Mängel aufgedeckt, was zum Beispiel den Bekanntheitsgrad der Kandidaten, den Zeitpunkt ihres Entschlusses zur Kandidatur, ihren persönlichen Einsatz oder die Intensität des Wahlkampfes betraf. In allen vier Wahlkreisen scheint zudem der Beamtenapparat, das wichtigste Wahlkampfinstrument der Regierung, nicht geschlossen und zielgerichtet für den „Regierungskandidaten" eingesetzt worden zu sein.

Das Bild schließlich, das Oberamtmann/Regierung und Bürger voneinander hatten, konnte den Wahlausgang ganz erheblich beeinflussen. Die Verachtung der Oberamtmänner von Balingen und Nürtingen für das „bestechliche Proletariat" oder die „dumme und beeinflussbare Landbevölkerung", die demokratisch wählte, beweist ihre Unfähigkeit, diese Bevölkerungsgruppen als potentielle Wähler wahrzunehmen und den Wahlkampf entsprechend auszurichten. Auf der anderen Seite konnte das Gefühl, von der Regierung etwa hinsichtlich des Eisenbahnbaus benachteiligt zu werden, die Wähler gegen den Regierungskandidaten einen, dessen Auftreten sogar, wie im Falle Vaihingens, als Provokation verstanden werden konnte, da das Verhältnis zwischen Bürgern und Regierung traditionell als Konflikt wahrgenommen wurde.

4. Die Ergänzungswahlen

In neun der 70 Wahlkreise mussten im Dezember 1870 Ergänzungswahlen angesetzt werden, nachdem am 5. Dezember weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten abgestimmt hatte. Betroffen waren drei katholische – zwei davon mit protestantischen Bewerbern der Volkspartei – und sechs protestantische Wahlkreise, in denen Kandidaten der Deutschen Partei (5) und der Ministeriellen (1) zur Wahl standen[886]. Da in diesen Wahlkreisen gewöhnlich jeweils nur ein Bewerber auftrat, dem dann die am ersten Wahltag spontan abgegebenen Stimmen ganz überwiegend galten, gewährt die Betrachtung dieser Wahlkreise unmittelbaren Einblick in die politischen Entschei-

[885] Vgl. Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 147ff., besonders S. 151, Tab. 6: Das Kriterium „Wohnsitz" liefert ein verzerrtes Bild, da ja die hohen Staatsbeamten oder die Geistlichen nicht in ihren Amtsbereichen, wo sie meist auch ansässig waren, kandidieren durften. „Wahlkreisverbundenheit" ist sehr viel umfassender und dürfte nur bei ganz wenigen Bewerbern nicht vorgelegen haben.

[886] Die Datenbasis für Ludwigsburg/Stadt, Stuttgart/Stadt und Stuttgart/Amt ist so schmal, dass auf die Detailanalyse verzichtet werden muss.

dungen der Wähler wie auch der Nichtwähler. Die Ergänzungswahlen, die den Bewerbern gewöhnlich hohe Stimmengewinne bescherten, unterlagen dann eigenen Regeln, da die säumigen Wähler durch die Ganggebühr und die persönliche Ladung unter erheblichem Druck standen.

a) Oberamt Ellwangen

Hatte es in Ellwangen/Amt bei der Nachwahl vom 14. Juli 1870, wenige Tage vor dem Ausbruch des Krieges, noch einen harten Kampf zwischen dem konservativen Katholiken Zimmerle und dem demokratischen Protestanten Retter gegeben[887], so sank das Wählerinteresse am 5. Dezember 1870 auf 29,9%, den niedrigsten Wert in ganz Württemberg. Einziger Kandidat war wiederum Friedrich Retter, dem vermutlich die 1438 abgegebenen Stimmen galten[888]. Detailergebnisse dieser Wahl sind nicht überliefert[889]; daher lässt sich nur vermuten, dass der Wählerstamm Retters ihm im Wesentlichen treu geblieben war; zwar hatte er gegenüber der Ausnahmesituation vom Juli 1870 600 Wähler verloren, verglichen mit dem Juli 1868 konnte er jedoch ein Plus von 150 Stimmen verzeichnen.

Schon am 8. November 1870 war Retter in der lokalen Presse als Kandidat vorgeschlagen worden[890]; kurz darauf hatte er angenommen[891] und somit möglichen Gegenkandidaturen den Boden entzogen. Auch der „Beobachter" legte sich für Retter ins Zeug, indem er über dessen Reise zu *den Quartieren vor Paris* berichtete, wo Retter im Auftrag des württembergischen Sanitätsvereins Liebesgaben an die Verwundeten verteilt hatte; diese Reise wurde also gezielt als Beweis patriotischer Gesinnung für Retters Wahlkampf genutzt[892]. Eine Woche später druckte der „Beobachter" auch Retters programmatische Forderung nach einer *wahrhaft föderativen freiheitlichen Gesamtverfassung* ab, die offen sein sollte für den Beitritt Österreichs[893], ein differenziertes, auf großdeutsche Wähler zielendes Gegenstück zu der bedingungslosen Anschlussforderung der Deutschen Partei. Nach der Veröffentlichung des Anschlussvertrages am 1. Dezember 1870 setzte aber anscheinend bei vielen Wählern Resignation ein, so dass diejenigen, die sich an Retters demokratischer Einstellung und seiner Konfessionszugehörigkeit am meisten störten, der Abstimmung fernblieben.

Die Ergänzungswahl am 10. Dezember motivierte weitere 42,86% der Stimmberechtigten zur Teilnahme (+2065), so dass die Wahlbeteiligung insgesamt auf 72,7% stieg – auch dies ein Platz im hinteren Feld. Typischerweise stimmten 98 Männer

---

[887] Siehe oben, S. 136ff.; bei einer Wahlbeteiligung von 68,74% hatte Zimmerle 1132 Stimmen (22,9%) bekommen, Retter 2039 (41,25%), Wohlfromm 207 (4,19%).

[888] Schw. Kronik Nr. 290, 8. Dezember 1870, S. 3411.

[889] Frdl. Mitteilung des Stadtarchivs Ellwangen.

[890] Schw. Kronik (1870), S. 3179, beruft sich auf die „Jagstzeitung".

[891] Schw. Kronik (1870), S. 3225.

[892] Beobachter Nr. 266, 10. November 1870; Schw. Kronik (1870), S. 3179, 3225.

[893] Beobachter Nr. 272, 17. November 1870 nach der „Jagstzeitung" und Nr. 273, 18. November 1870.

(2,03%) für den konservativen Zimmerle, 24 (0,5%) für den liberaleren Wohlfromm, die beiden Mitbewerber von Juli 1870; weitere 127 Stimmen waren teilweise ungültig (50) oder zersplittert[894]. Retter erhielt nun 1816 Stimmen zusätzlich (+37,69%): ein klares Votum gegen die Reichsgründung, jedoch kein Testfall für die Stärke der Volkspartei.

Bei den folgenden Landtagswahlen war der Wahlkreis Ellwangen/Amt stets eine Hochburg der konservativen, klerikal ausgerichteten Kandidaten. Am 13. Dezember 1876 siegte nach heftigem Wahlkampf[895] der Rektor des Ellwanger Gymnasiums, Franz Xaver Leonhard[896] (kath. LP), der wenige Wochen später auch als Kandidat der Zentrumspartei das Reichstagsmandat im Wahlkreis Aalen, Ellwangen etc. erringen konnte. Während Leonhard bei der Landtagswahl in allen Wahldistrikten über 60% der verfügbaren Stimmen erhielt, brachte es sein Konkurrent, Friedrich Retter, nur auf 851 (16,67%; zwischen 12 und 22%)[897]. Die Höhe des Wählerinteresses richtete sich nicht nach der Konfessionsstruktur der Wahldistrikte (r = 0.1656); auch die Verteilung der Parteistimmen stand in keinem ausgeprägten Zusammenhang mit der Konfession[898]. Leonhard fand vielmehr den meisten Wählerzuspruch in den Distrikten mit den größten landwirtschaftlichen Betrieben (r = 0.9040)[899], wo auch die Wahlbeteiligung am höchsten war[900].

Die nächsten drei Landtagswahlen gewann der Schultheiß von Dalkingen, Xaver Rathgeb[901] – 1882 ohne Gegenkandidaten (55,91%)[902], 1889 gegen den überraschend

---

[894] Fünf Stimmen fielen auf den Grafen Bismarck; HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 176 Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis.

[895] Schw. Kronik (1876), S. 2561, 2689, 2749 z. T. unter Berufung auf die „Jagst-Zeitung" – danach sei Retter als Protestant nicht geeignet, einen katholischen Bezirk zu vertreten.

[896] Franz Xaver Leonhard (1812–1882), Landtagsabgeordneter für Ellwangen/Am 1877–1882; Reichstagsabgeordneter für Aalen, Ellwangen, Gaildorf, Neresheim 1877–81; er kandidierte 1877 und 1878 auch in Reichstagswahlkreis 12; Hirth's Deutscher Parlamentsalmanach 12 (1877), S. 188; Schw. Kronik (1882), S. 1879; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 503.

[897] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 13 Oberamt Ellwangen, Bericht des Oberamts vom 18. Dezember 1876 betr. das Ergebnis der Abgeordnetenwahl, Beilage I; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Ellwangen/Amt. Gegenüber dem Juli und Dezember 1870 war die Wahldistriktseinteilung erneut leicht verändert worden (Rindelbach mit ca. 230 Berechtigten in Distrikt III statt in II), so dass es noch schwieriger wird, die Ergebnisse der einzelnen Distrikte zu vergleichen. Korrelationsmatrix Ellwangen/Amt 4 (Datenträger, Datensatz 1:) trägt diesen Veränderungen Rechnung.

[898] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Ellwangen/Amt 4: VP76/kath71 r = –0.5182; kath.LP/kath71 r = 0.4417.

[899] Bei einem hohen Anteil der Landwirte über 10 ha: r = 0.8112, über 5 ha: r = 0.7282.

[900] r = 0.8533; davon profitierte Leonhard: r = 0.7837.

[901] Xaver Rathgeb (1822–1907), Hufschmied, Ökonom, Schultheiß und Acciser in Dalkingen; Schw. Kronik (1907), Nr. 327; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 693.

[902] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Ellwangen, Bl. 2: Von 5153 Berechtigten stimmten 2912 (56,51%) ab, 2881 für Rathgeb (55,91%), 4 Stimmen für Posthalter Veit in Ellwangen (VP), 20 Stimmen zersplittert, 7 ungültig; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Ellwangen/Amt.

wieder kandidierenden Retter mit 62,66% zu 11,22%[903] Stimmen und 1895 gegen einen Konkurrenten aus dem eigenen Lager, den 20 Jahre jüngeren Schultheißen Joseph Dambacher[904] von Zöbingen[905], der ihn dann ab 1900 als Abgeordneter ablöste[906]. Hinsichtlich der Wahlteilnahme und der Entscheidung für Rathgeb lässt das Verhalten der Wahlberechtigten in den 26 Gemeinden eine deutliche Kontinuität erkennen[907]; die Konfessionszugehörigkeit der Wähler spielte 1889 eine größere Rolle noch als 1876, da sich nun die protestantischen Wähler eher für Friedrich Retter als für Rathgeb entschieden[908]. 1895 fehlte den Protestanten eine entsprechende Alternative, und sie scheinen sich teils der Stimmabgabe enthalten, teils sogar für den inoffiziellen Zentrumskandidaten entschieden zu haben[909].

Insgesamt herrschte im Oberamt Ellwangen zwischen 1868 und 1895 (–1912) eine konservative Grundstimmung vor. Nur in der Krisensituation des Juli 1870 gewann der Protestant und Demokrat Retter einmal eine deutliche Mehrheit; im Dezember 1870 bewies das spontane Votum der Wähler, wie begrenzt der Kreis der volksparteilichen Wähler tatsächlich war, und dieser Wählerkreis schmolz bei den folgenden Landtagswahlen noch weiter – überwiegend wohl auf protestantische Wähler – zusammen.

b) Oberamt Heilbronn

Obwohl 1868 drei Bewerber der politischen Hauptrichtungen zur Wahl gestanden hatten und der Wahlkampf recht lebhaft geführt worden war, hatten bei Haupt- und Stichwahl nur 56–57% der Berechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Das insgesamt geringe Wählerinteresse, das 1868 das Verhalten der Wähler im Ober-

---

[903] Wahlergebnis nach: HStAS E 150 Bü 860, Fasz. 5, Nr. 13 Oberamt Ellwangen, Bl. 755ff.: Von 4946 Berechtigten stimmten 3670 (74,20%) ab, 3099 (62,66%) für Rathgeb, 555 (11,22%) für Retter, 4 zersplittert, 12 ungültig; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Ellwangen/Amt.

[904] Joseph Dambacher (1842–1915), Schultheiß in Zöbingen, Landtagsabgeordneter für Ellwangen/Amt 1895–1912; Ellwanger Jahrbuch (1915/16), S. 95; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 126.

[905] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 13 Oberamt Ellwangen, Bl. 679ff.: Von 4866 Berechtigten stimmten 3201 (65,78%) ab, für Rathgeb (Z) 2241 (46,05%), für Dambacher (Z) 933 (19,17%); Karl Kloß (SPD) 4, 17 zersplittert, 6 ungültig; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Ellwangen/Amt.

[906] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 863, Fasz. 5 Wahlstatistik: Von 5274 Berechtigten stimmten 3269 (61,98%) ab, für Dambacher (Z) 3174 (60,18%), Karl Kloß (SPD) 4, 74 zersplittert, 17 ungültig.

[907] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Ellwangen 1: Wahlbeteiligung 1882/89: r = 0.7948; 1889/95: r = 0.7664; 1882/95: r = 0.7303; die Gemeinden mit einem großen Anteil an landwirtschaftlichen Betrieben über 5 ha scheinen dabei hervorzutreten. – Wählerschaft Rathgebs 1882/89: r = 0.6147; 1889/95: r = 0.5851.

[908] Anteil Katholiken 1890/VP89: r = –0.6389; Anteil Protestanten 1890/VP89: r = 0.6557 für die 26 Gemeinden; 1876 dagegen bei 8 Distrikten r = –0.51.

[909] Die Zusammenhänge sind allerdings sehr schwach: Prot./Wb95: r = –0.2000; Prot./Z-inoff.: r = 0.3182.

amt Heilbronn geprägt hatte[910], zeigte sich auch zwei Jahre später am 5. Dezember 1870, als es der einzige von 1868 noch verbliebene Kandidat, Schultheiß Haag von Obereisesheim, lediglich auf durchschnittlich 39,12% der Wahlberechtigten brachte; für den Gemeinschaftskandidaten von Deutscher Partei und Ministeriellen waren das nur 3,35%-Punkte mehr, als er bei der Stichwahl 1868 erzielt hatte und nur 1,8%-Punkte mehr, als DP und Ministerielle zusammen bei der Hauptwahl 1868 erreicht hatten. Selbst durch die Ergänzungswahl vom 13. Dezember 1870 stieg Haags Stimmenanteil nur auf 56,9%.

Doch dieses enttäuschende Ergebnis bedeutete keinen Rückfall in die jahrelange politische Apathie im Bezirk Heilbronn, die der Korrespondent des „Beobachters" Ende Juli 1868 beklagt hatte[911]. Vielmehr schwankte das Wählerinteresse innerhalb des Oberamts zwischen 67% und 3% und folgte dabei wiederum einem klaren Verteilungsmuster. Die Wahlbeteiligung am 5. Dezember, die annähernd dem Stimmenanteil für Haag entsprochen haben dürfte, blieb besonders niedrig in den vier Gemeinden mit hohem katholischen Bevölkerungsanteil: So machten zum Beispiel in Kirchhausen (95% Katholiken) nur 7 von 227 Wahlberechtigten (3,08%) von ihrem Wahlrecht Gebrauch, in Sontheim (74% Katholiken) 23 von 198 (11,62%)[912]. Selbst wenn es sich bei den wenigen Wählern um Katholiken gehandelt hätte, bliebe die Wahlbeteiligung dieser Gruppe äußerst schwach. In Biberach[913] (34% Katholiken; 49 von 246 Abstimmende = 19,92%) und Talheim (45% Katholiken; 48 von 233 Abstimmende = 20,60%) dürften neben der Konfessionszugehörigkeit auch noch andere Motive zum Tragen gekommen sein, denn günstigstenfalls würde das Wählerinteresse auch bei den Nicht-Katholiken nur bei 30–40% liegen.

Unter den Wahlberechtigten dieser vier Gemeinden fand der „Preuße" Haag offenbar nur wenig Resonanz; für Biberach, Sontheim und Talheim war dies um so bemerkenswerter, als dort im Sommer 1868 der ministerielle Bewerber, Waldinspektor Nickel, seine Hochburgen gehabt hatte – in Biberach gehörte Schultheiß Hoffacker zu Nickels Parteigängern; dessen Anhänger hatten aber meist schon bei der Stichwahl 1868 in größerer Zahl nicht abgestimmt und waren, wie es schien, auch 1870 nicht bereit, dem Kurswechsel der Regierung zu folgen und nun für Haag zu stimmen.

Auch bei der Ergänzungswahl am 13. Dezember blieb in diesen Gemeinden ein deutlich höherer Anteil der Berechtigten im Hause, als dem Durchschnitt des Oberamts (77,8%) entsprach[914], und der Stimmenzuwachs kam durchaus nicht nur Haag zugute: Anhänger der Volkspartei hatten für die Ergänzungswahl August Becher auf-

---

[910] Siehe oben, S. 204ff.

[911] Beobachter Nr. 172, 25. Juli 1868 „Heilbronn Amt".

[912] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 1: Für die 16 Gemeinden beträgt der Zusammenhang zwischen Katholikenanteil und der Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang r = –0.7714 und der Ergänzungswahl r = –0.8617; vgl. auch Korrelationsmatrix 2 (sechs Wahldistrikte): Trotz der geringen Fallzahl entsprechen die Koeffizienten mit r = –0.8095 und r = –0.8430 den für die Gemeinden errechneten recht gut.

[913] Siehe auch: Köhle-Hezinger, Evangelisch-Katholisch, S. 371.

[914] Biberach: 67,48%; Kirchhausen: 37,89% (!); Sontheim: 66,16%; Talheim: 69,53%.

gestellt, und ein Ökonom Rauth[915] aus Stuttgart kandidierte nun für die großdeutsch-katholische Seite. In Sontheim und Talheim stimmten zusammen 222 Wähler zusätzlich ab; im gesamten Wahldistrikt Flein (I) mit einem Drittel katholischer Wähler 339; für Haag belief sich die Zunahme jedoch nur auf 101 Stimmen, Rauth erhielt 163 Stimmen, Becher 33, auf „andere" fielen 39. Im Distrikt Großgartach (V) – durch die Katholiken in Kirchhausen waren hier zwei Fünftel der Wahlberechtigten katholisch – gingen zusätzlich 177 Berechtigte zur Wahl, davon 79 in Kirchhausen; Haag konnte einen Zuwachs von 92 Stimmen verzeichnen, für Becher stimmten 43, für Rauth 13, „andere" erhielten 27 Stimmen.

Niedrig blieb die Wahlbeteiligung auch in Neckargartach und Böckingen, den beiden Gemeinden, die 1868 eindeutig Hochburgen der Volkspartei gewesen waren[916]. Am 8. Juli 1868 war dort das Wählerinteresse mit 77,32% und 72,53% außerordentlich hoch gewesen[917]; am 5. Dezember 1870 ging in Neckargartach nur etwa ein Viertel der Berechtigten zur Wahl, in Böckingen waren es 41,11%; bei der Ergänzungswahl stieg die Beteiligung zwar auf 83,8% und 77,6%, doch der Zuwachs von 271 bzw. 251 Stimmen in den Distrikten Neckargartach (VI) und Böckingen (III) brachte für Haag nur ca. 90[918] bzw. 114 Stimmen, alle übrigen fielen an August Becher (82/55) oder „andere" (90/74). Wenn sich in Distrikt III die Wähler von Frankenbach wie im Sommer 1868 erst am zweiten Wahltag in größerer Zahl auf Haags Seite schlugen (+99 Stimmen), nachdem sie bei der Hauptwahl mehrheitlich nicht abgestimmt hatten, dann müssen die Stimmen für Becher oder „andere" bei der Ergänzungswahl ganz überwiegend aus Böckingen stammen.

Anders stellte sich die Lage in den Hochburgen der Deutschen Partei von 1868 dar. In Bonfeld, Obereisesheim, Abstatt, Großgartach und Untergruppenbach lag die Wahlbeteiligung am 5. Dezember zwischen 54% und 67% und somit deutlich über dem Durchschnitt. Die Zunahmen durch die Ergänzungswahl fielen hier insgesamt bescheidener aus (+30%-Punkte), sie kamen aber Haag zugute; im Wahldistrikt Untergruppenbach/Abstatt beispielsweise stimmten 122 Männer zusätzlich ab (+29,8%-Punkte), 89 für Haag und nur 2 für Becher. Das Wählerinteresse erreichte in Abstatt mit 89,08% und Untergruppenbach mit 94,09% die höchsten Werte im ganzen Oberamt.

Die Wählerschaft von Heilbronn/Amt zeigte also, wie es scheint, am 5. Dezember 1870 kein grundsätzlich anderes Verhalten als zwei Jahre zuvor; da aber nur Haag als Kandidat zur Verfügung stand, blieben seine Gegner der Abstimmung fern. Bei der Ergänzungswahl – unter dem Druck einer Ganggebühr – stimmten weitere 1405 Berechtigte ab, davon 48% für Haag, 28% für Becher und Rauth, der Rest für „andere".

---

[915] Weitere Angaben über ihn waren nicht zu ermitteln.

[916] Vgl. Runge, Volkspartei, S. 76, Anm. 4: In Neckargartach war im Februar 1870 ein Volksverein gegründet worden.

[917] Bei der Stichwahl ging die Wahlbeteiligung in Böckingen auf 65,06% zurück, da die Anhänger Nickels nicht mehr abstimmten.

[918] Davon wohl 25 aus seiner Heimatgemeinde Obereisesheim.

Potenzial für eine Gegenkandidatur war anscheinend vorhanden, es fehlte jedoch ein geeigneter Kandidat, um die divergierenden Gruppen zu sammeln.

Zwischen 1876 und 1895 stand der Wahlkreis Heilbronn/Amt bei Landtagswahlen dann nur noch einmal – während der Wahlperiode 1889–1894 – im Zeichen der Deutschen Partei[919]; dreimal siegten die Kandidaten der Volkspartei. Alle vier Landtagswahlen, bei denen sich die jeweils drei bis fünf Bewerber stets der liberal-konservativen oder der linksliberal-sozialdemokratischen Richtung zuordneten, wurden bei hoher Wahlbeteiligung erst in der Stichwahl entschieden. – Abgesehen von Adolf Gröbers Zählkandidatur für die Zentrumspartei im Jahre 1895 stammten von den 15 Kandidaturen nur drei (vier)[920] nicht aus den Gemeinden des Oberamts: 1882 eroberte Georg Härle das Mandat, Dr. Franz Lipp[921] unterlag 1889 in der Stichwahl, und 1895 kandidierte der Heilbronner Gastwirt Wilhelm Schäffler[922] für die SPD. Die übrigen Bewerber gehörten überwiegend den traditionellen Herrschaftseliten im Oberamt an und verkörperten die Interessen der Landwirtschaft. In dieser Kandidatenkonstellation spiegelt sich die demografische wie auch die sozio-ökonomische Entwicklung, die das Amt Heilbronn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm: Während Böckingen als Arbeiterwohngemeinde sowie Neckargartach und Sontheim als Vorortgemeinden der Stadt Heilbronn, aber auch mit eigener Gewerbetätigkeit[923] rasant wuchsen, blieb das Bevölkerungswachstum in den agrarisch strukturierten Landgemeinden erheblich zurück[924], so dass sich eine Zweiteilung in schnell wachsende industriell-städtische und stagnierende agrarisch-ländliche Gemeinden abzuzeichnen begann.

Anlässlich der nur vier Wochen auseinander liegenden Landtags- und Reichstagswahlen vom 13. Dezember 1876 und 10. Januar 1877 erschien im Königreich Württemberg die erste amtliche Veröffentlichung, die die Wahlergebnisse nicht nur doku-

---

[919] Anders: Hofmann, Von Parteien und Wahlen, S. 2.

[920] Ökonomierat Karl Mayer (1835–1918) nimmt eine Zwischenstellung ein als der wohl prominenteste Interessenvertreter der Landwirte im Oberamt; 1869 Landwirtschaftsinspektor/Verwalter der von der Zuckerfabrik Heilbronn gepachteten Gutshöfe im Amt (Bonfeld, Fürfeld); seit 1891 war er Direktor der Zuckerfabrik Heilbronn, 1872–1910 Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Heilbronn und dazu einer der führenden Agrarfunktionäre Württembergs; vgl. Württ. Nekrolog 1918/19, S. 191; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 555.

[921] Vgl. Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 460, Lipp (geb. 1855) gründete am 1. Juli 1888 die „Heilbronner Zeitung"; er war der Schwiegersohn Karl Mayers und war Redakteur des „Beobachters" gewesen (vgl. „Murrthal-Bote" Nr. 3, 5. Januar 1889, S. 11); HStAS E 14, Bü 538 Bericht des Innenministers an den König betr. das Ergebnis der am 21. und 22. Januar 1889 vorgenommenen Stichwahlen zum Landtag, Stuttgart 23. Januar 1889: Dr. Lipp – *ein schon mehr dem extremen Radikalismus zugewandter Mann von seltener hardiesse* – wurde erst am Abend des 21. die Urkunde über die Aufnahme in das württembergische Staatsbürgerrecht (er war Badenser) zugestellt, so dass er gewählt werden konnte.

[922] Wilhelm Schäffler (1856–1910), Instrumentenmacher, Rosenwirt in Heilbronn; Landtagsabgeordneter für Heilbronn/Amt 1906–1910; Schadt, Schmierer, SPD, S. 333; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 767.

[923] In Sontheim war z.B. seit Juli 1869 die Mechanische Zwirnerei Fr. Ackermann ansässig.

[924] Klagholz, Die Industrialisierung der Stadt Heilbronn, S. 33ff.

mentieren, sondern auch analysieren wollte[925]. Beim Vergleich der Landtags- und Reichstagswahlergebnisse stellte der Verfasser unerwartet starke Abweichungen im Wählerverhalten fest, die er als Indiz dafür wertete, dass noch keine *das ganze Volk durchdringende Parteibildung* erfolgt sei[926]. Diese Deutung half, das Bild vom württembergischen Parteiwesen nach 1870 zu prägen[927]; der Verfasser der Studie, die nur auf der Wahlberichterstattung im „Staatsanzeiger" und im „Schwäbischen Merkur" fußt, hatte aber schon selbst auf die eingeschränkte Gültigkeit seiner Erkenntnisse hingewiesen[928]. Für das Oberamt Heilbronn fasste er die Stimmen aller vier Landtagskandidaten zusammen und ordnete sie der Kategorie „regierungsfreundliche Mittelpartei"/ „Körperschafts- und Gemeindebeamte" zu[929]. Den wirklichen Verhältnissen im Amt Heilbronn wird diese Verallgemeinerung freilich nur höchst unzureichend gerecht. Unter den vier Männern, für die am 13. Dezember 1876 Wählerstimmen abgegeben wurden, befand sich der bisherige Abgeordnete, Schultheiß Haag von Obereisesheim, der fraglos der Deutschen Partei angehörte; Schultheiß Bartenbach[930] von Böckingen erhielt 223 Stimmen – alle aus dem Wahldistrikt Böckingen –, ohne dass er überhaupt kandidiert hätte; der Ökonom und Schultheiß Schwarz[931] von Sontheim brachte es auf 531 Stimmen (13,30%), 329 im Distrikt Flein, 121 im Distrikt Großgartach/Kirchhausen, 33 im Distrikt Bonfeld, in den übrigen Distrikten zwischen 2 und 3%. Der vierte Bewerber, der Landwirt Friedrich Reichert[932] von Frankenbach, war kein Körperschafts- oder Gemeindebeamter, sondern, nachdem die Aufstellung des Gutsbesitzers Anton Großkinsky aus Sontheim für die VP im Sande verlaufen war[933], der erklärte Kandidat der Volkspar-

---

[925] Die Wahlen in Württemberg im Dezember 1876 und Januar 1877, in: Württ. Jbb. 1876/I (1877), S. 8–29; für die Einzelergebnisse siehe: Datenträger, Datensatz 2: Heilbronn/Amt.

[926] Württ. Jbb. 1876/I (1877), S. 22.

[927] Vgl. Heger, Die DDP, S. 54: *Diese* [sc. die von 1870] *und die bis 1895 folgenden Wahlen ergaben über die Parteienkonstellation in der zweiten Kammer kein genaues Bild, da durch den Eintritt Württembergs in das Deutsche Reich einerseits die alte Parteigruppierung zerstört worden war, andererseits neue Parteien – Zentrum und Sozialdemokratie – in der Bildung begriffen waren.*

[928] Württ. Jbb. 1876/I (1877), S. 9.

[929] Württ. Jbb. 1876/I (1877), Beilage Ia „Statistik der Landtagswahlen in Württemberg im Dezember 1876"; ähnlich S. 11: *Im Schoße der Mittelpartei selbst oder zwischen Regierungs- und Mittelpartei entstandene Spaltungen veranlassten eine stärkere Wahlbeteiligung z. B. in* [...] *Heilbronn, Amt*; vgl. auch S. 10: Im Neckarkreis seien keine Stimmen für die katholische Landespartei abgegeben worden.

[930] Christian Friedrich Bartenbach (1845–1903), Schultheiß in Böckingen 1873–1887, Oberamtspfleger im Bezirk Heilbronn 1887–1903 (frdl. Mitteilung des Stadtarchivs Heilbronn).

[931] Wilhelm Schwarz (1835–1886), aus Nendingen/OA Tuttlingen, Ökonom, Schultheiß in Sontheim 1875–1885, wegen Krankheit Amtsniederlegung (frdl. Mitteilung des Stadtarchivs Heilbronn).

[932] Friedrich Reichert (1824–1907), Ökonom in Frankenbach, Schultheiß 1859–1867 und 1886ff.; zwischenzeitlich Gemeinderat; Landtagsabgeordneter für Heilbronn/Amt 1876–1882; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 706.

[933] Schw. Kronik (1876), S. 2669, 2785, 2749.

tei, obwohl sein politischer Standpunkt als erheblich konservativer eingeschätzt wurde[934].

Auf Reicherts Kandidatur antwortete das benachbarte Böckingen, indem dort zwei Drittel der Abstimmenden den Namen ihres Schultheißen, der gar nicht kandidierte, auf den Stimmzettel schrieben; erst in der Stichwahl wendeten sie sich dann Reichert zu[935]. Spielte hier die Rivalität zwischen Nachbargemeinden eine entscheidende Rolle, so überlagerten sich verschiedene Motive bei der Abstimmung zugunsten des Sontheimer Schultheißen Schwarz. Selbst Katholik galt dieser zunächst einmal als Interessenvertreter der Katholiken, denn er gewann neun Zehntel seiner 531 Stimmen in Distrikten mit einem hohen Anteil katholischer Wähler; in seinem Heimatdistrikt Flein wählten ihn 329 Männer; unter den 475 Wahlberechtigten in Sontheim und Talheim waren aber nur ca. 270 Katholiken, von denen etwa 190 (70%) abgestimmt haben mochten. Also hatte Schwarz – vorzugsweise wohl in seiner Heimatgemeinde – auch die Stimmen von Nicht-Katholiken in größerer Zahl erhalten. Zudem stammten Schwarz' Wähler aus den Wahldistrikten, die die wichtigsten Weinbaugemeinden des Oberamts Heilbronn umfassten[936], wo Haag zuvor seine Hochburgen gehabt hatte[937]. Bei der Stichwahl wandte sich dem Anschein nach nur ein kleiner Teil dieser Wähler Reichert zu (+55), etwa ebenso viele blieben der Abstimmung fern, und die große Mehrzahl entschied sich wieder für Haag[938].

Im Distrikt Großgartach mit dem katholischen Kirchhausen verlor Haag dagegen in der Stichwahl noch an Stimmen, und die Wähler von Schultheiß Schwarz entschieden sich in großer Zahl für Reichert. Insgesamt scheint jedoch Haags Aussage, Reichert sei von Volkspartei und Katholiken gewählt worden[939], so pauschal nicht zuzutreffen. Noch weniger entspricht das amtliche Deutungsmuster dem tatsächlichem Ablauf der Wahl, die sich immer mehr auf eine Entscheidung zwischen Deutscher Partei und Volkspartei zuspitzte[940] und mit dem überzeugenden Sieg Reicherts endete. Haag war dagegen aus Enttäuschung über das schlechte Wahlergebnis schon vor der Stichwahl von seiner Kandidatur zurückgetreten[941].

---

[934] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 23 Oberamt Heilbronn, Bericht des Oberamts betr. die Landtagsabgeordnetenwahl, Heilbronn, 31. Dezember 1876; Nl Hölder, Fasz. XVII, Stück 549 Haag an Hölder, Obereisesheim, 27. Januar 1877; Neckar-Zeitung Nr. 297, 19. Dezember 1882, S. 1898: Vor sechs Jahren sei Reichert noch Demokrat gewesen.

[935] Siehe auch: Schmierer, Von der Arbeiterbildung, S. 241.

[936] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 2: Der Zusammenhang zwischen Schwarz' Stimmenanteil (=min76) und der Weinbaufläche beträgt r = 0.9587, mit der Weinbaufläche je Wahlberechtigtem r = 0.9079.

[937] Siehe oben, S. 206ff.

[938] Die wirkliche Wählerwanderung dürfte durchaus größer gewesen sein; allerdings blieb der Spielraum doch eng, weil die Wahlbeteiligung hoch war.

[939] Nl Hölder, Fasz. XVII, Stück 549 Haag an Hölder, Obereisesheim, 27. Januar 1877.

[940] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 2: DP/VP in der Hauptwahl: r = –0.1799, in der Stichwahl: r = –0.8215.

[941] Wahlergebnis: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 23 Oberamt Heilbronn, Bericht des Oberamts vom 16. Dezember 1876 betr. die Wahl eines Landtagsabgeordneten und Bericht des Oberamts betr. die Landtagsabgeordnetenwahl, Heilbronn, 31. Dezember 1876; Hauptwahl

Das Auftreten Georg Härles als Kandidat der Volkspartei bei der Landtagswahl vom 20. Dezember 1882 entfachte im Amt Heilbronn einen lebhaften Wahlkampf, in dem es auch um die Frage ging, ob Härle die Interessen der ländlichen Wähler angemessen vertreten werde[942]. Gegen ihn trat Schultheiß Haag an, aber auch Reichert, der vollends ins konservative Lager übergewechselt war[943], wollte sein Abgeordnetenmandat verteidigen. Für ihn entschieden sich 789 Wähler (19,27%), für Haag 806 (19,68%); Härle kam zwar mit 1233 Stimmen (30,11%) weit vor den anderen ins Ziel, da jedoch auch er deutlich unter der Mehrheit der abgegebenen Stimmen blieb, musste eine Stichwahl stattfinden, in der sich 1446 Wähler (35,31%) für Haag, 1765 (43,10%) für Härle entschieden[944].

Für Haag war diese Kandidatur die vierte in Folge; nur einmal – am 5. Dezember 1870 – hatten ihm fast 40% der Wähler spontan im ersten Wahlgang ihre Stimme gegeben, sonst lag sein Stimmenanteil unter 26%, mit abnehmender Tendenz. In keinem dieser Wahlgänge wäre ihm also ein Sieg aus eigener Kraft möglich gewesen. 1882 stammten 70% seiner Wähler aus den sechs Gemeinden Fürfeld (IV), Ober- und Untereisesheim (VI), Horkheim und Flein (I) sowie Abstatt (II); dort und ebenso in seiner Heimatgemeinde Obereisesheim hatten seine Wähler ihm seit 1868 die Treue gehalten, während er vor allem in Großgartach und Untergruppenbach an Rückhalt verloren hatte[945].

Große Kontinuität herrschte auch in der Wählerschaft der Volkspartei vor. 1868 hatte die VP in Böckingen und Neckargartach ihre Hochburgen gehabt; nach ihrer Verweigerungshaltung vom 5. Dezember 1870 und dem Protest in der Stichwahl hatten die Anhänger der Volkspartei bald wieder Tritt gefasst und 1876 wohl auch aus taktischen Erwägungen den konservativeren Friedrich Reichert zu ihrem Kandidaten gemacht und ihren Einfluss auf Großgartach und Untergruppenbach, 1882 auch auf Flein, Sontheim und Talheim ausgedehnt. Zu den stärker gewerblich-industriell strukturierten Gemeinden waren agrarische hinzugekommen.

Wie reagierten die Wähler darauf, dass Reichert 1882 seinen politischen Standpunkt seit 1876 geändert hatte, dass er nun von der Volkspartei bekämpft wurde? Gegenüber der Wahl vom 13. Dezember 1876 betrug sein Verlust 288 Stimmen (26,7%); während er in seiner Heimatgemeinde Frankenbach und den Nachbargemeinden Biberach, Kirchhausen und Großgartach seine Position recht gut behaupten konnte,

---

3992/2676 (67,03%), Haag 893 (22,37%), Schwarz 531 (13,30%), Reichert 1077 (26,98%), Bartenbach 223 (5,59%); Stichwahl: 3992/2779 (69,61%), Haag 1011 (25,33%), Reichert 1929 (48,32%); Beilage 2: Haags Rücktrittsschreiben.

942 HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Neckarsulm, Bl. 1 Beilagen: verschiedene Exemplare der „Neckar-Zeitung", speziell zum Thema Härle und die Landwirtschaft: Nr. 274, 22. November 1882, S. 1770, Nr. 281, 30. November 1882, S. 1802; Nr. 296, 17. Dezember 1882, S. 1885f.; Nr. 297, 19. Dezember 1882, S. 1898; Nr. 298, 20. Dezember 1882, S. 1905 und 1906.

943 Neckar-Zeitung Nr. 297, 19. Dezember 1882, S. 1898 „Böckingen".

944 Gesamtergebnis beider Wahlgänge: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Heilbronn/Amt, Bl. 6.

945 Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 1: Die Korrelation zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung am 5. Dezember 1870 (~ Stimmenanteil Haags) und dem Stimmenanteil Haags am 20. Dezember 1882 beträgt r = 0.4186.

musste er in Neckargartach und Untergruppenbach empfindliche Einbußen hinnehmen[946]. Da bei gestiegener Wahlbeteiligung auch Haag meist Verluste verzeichnete, dürfte die Volkspartei Gewinner dieser Wählerwanderung gewesen sein. In der Stichwahl mussten sich Reicherts Anhänger neu orientieren. Soweit sich aus den Zahlenangaben, die ja nur das Ergebnis der Wanderung, aber nicht den Ablauf spiegeln, entnehmen lässt, blieben nur wenige Wähler, zum Beispiel in Frankenbach und Kirchhausen, der Abstimmung fern; etwa drei Fünftel entschieden sich für Härle und die Volkspartei (Frankenbach, Neckargartach), der Rest stimmte für Haag (Untergruppenbach). Diese Wanderungsbewegung hatte insgesamt eine sehr deutliche Polarisierung der Wählerschaft zur Folge[947].

Was das Abstimmverhalten der Katholiken betrifft, so sind für Biberach und Talheim keine eindeutigen Aussagen möglich; in Sontheim, mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von ca. 70%, erreichte der Stimmenanteil der Volkspartei bei Haupt- und Stichwahl 72–73%, also muss hier auch die Mehrheit der Katholiken demokratisch abgestimmt haben; im katholischen Kirchhausen fiel das Stimmenverhältnis etwa 49% zu 22% für die Volkspartei aus.

In der Arbeiterwohngemeinde Böckingen erreichte das Wählerinteresse mit nur 52,44% den niedrigsten Wert im ganzen Oberamt. Die Volkspartei war hier stark (32,55%) und baute ihre Position in der Stichwahl noch aus (43,22%), von der höheren Wahlbeteiligung in der Stichwahl scheint aber eher Haag profitiert zu haben, dessen Stimmenanteil um 16%-Punkte stieg[948].

Bei der Landtagswahl vom 9. Januar 1889 traten drei neue Kandidaten auf. Für Georg Härle, der wieder in Heilbronn/Stadt kandidierte, wurde Franz Lipp aufgestellt, der Eigentümer und Redakteur der „Heilbronner Zeitung", *dessen Kandidatur vornehmlich auch durch die Sozialdemokraten getragen wurde*[949]. Er gewann mehr Stimmen als Härle im Jahre 1882[950], mit Hochburgen in Böckingen, Frankenbach, Kirchhausen, Neckargartach und Sontheim, verfehlte die Mehrheit aber dennoch knapp. Ihm wurde zunächst der DP-nahe Schultheiß von Großgartach, Georg

---

[946] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 2: VP76/exVP82: r = 0.5019 (nicht sign.).

[947] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 1: Die Korrelation zwischen den Stimmenanteilen von DP und VP in der Wahl vom 20. Dezember 1882: r = –0.3209; in der Stichwahl: r = –0.8944. Mit der parteipolitischen Zuspitzung traten auch die Zusammenhänge zwischen den Stimmenanteilen und sozialstatistischen Zusammenhängen stärker hervor; in der Stichwahl stammten DP-Wähler eher aus Gemeinden mit einem hohen Anteil an Landwirten von 2–5 ha (r = 0.6029) und selbstständigen Landwirten (r = 0.6542), eher nicht aus solchen mit einem hohen Anteil an Agrarbetrieben unter 1 ha (r = –0.6192).

[948] Von 10,49% auf 26,94%. – In Böckingen sank der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung von 18–19% für 1868/70 auf 15–16% bei den folgenden Wahlen.

[949] HStAS E 14 Kabinettsakten IV, Bü 538 (1877–1918) Bericht des Innenministeriums an den König betr. das Ergebnis der am 21. und 22. Januar vorgenommenen Stichwahlen zum Landtag, Stuttgart, 23. Januar 1889.

[950] Bei der Hauptwahl +204, bei der Stichwahl +2.

Schott[951] gegenübergestellt[952], nachdem Güterinspektor Mayer[953] verzichtet hatte[954]. Als „Mann der Landwirtschaft" wurde dazu noch der Ökonom und Gemeinderat Gottlieb Georg Wagner[955] ebenfalls von Großgartach nominiert, der nach einigem Schwanken zustimmte[956]. Trotz des erheblichen öffentlichen Drucks – weil Stimmenzersplitterung den Sieg Lipps bedeuten konnte – blieben Schott und Wagner bei ihren Kandidaturen[957]; Wagner behielt mit 1047 Stimmen (23,81%) gegen 817 (18,58%) die Oberhand und zog in die Stichwahl gegen Lipp ein.

Thematisch ging es in diesem Wahlkampf um die Verfassungsrevision, die Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher und die Interessen der Landwirtschaft[958]; seine besondere Schärfe erhielt die publizistische Auseinandersetzung aber dadurch, dass Lipp als badischer Staatsbürger in Württemberg bei Landtagswahlen gar nicht wahlberechtigt war und ihm die Urkunde über die Aufnahme in das württembergische Bürgerrecht erst am Vorabend der Stichwahl zugestellt wurde. Lipp warf den zuständigen Behörden Verschleppung seines Antrags vor und konnte sich so als Opfer von Behördenwillkür darstellen, der Oberamtmann diesen Vorwurf durch die Zustellung der Urkunde widerlegen und Lipps Wahlkampf dennoch erheblich behindern, indem die Wähler bis zum letzten Moment im Ungewissen gelassen wurden[959]. Im Bericht des Innenministers an den König hieß es dazu: *Es wurden die äußersten Anstrengungen gemacht, gegen Dr. Lipp, dessen Kandidatur vornehmlich auch durch die Sozialdemokraten getragen wurde, alle guten Elemente zusammenzufassen, und so kam es, daß Dr. Lipp mit 1767 Stimmen dem Ökonomen Wagner, welcher 2085 Stimmen erhielt, unterlag*[960].

In der Stichwahl konnte Lipp zwar in den traditionellen Hochburgen der Volkspartei Stimmen hinzugewinnen[961], der Stimmenanteil seines Gegners verdoppelte sich jedoch. Soweit die Detailergebnisse Einblick in die Wählerwanderung gewähren,

---

[951] Wilhelm Georg Schott (1855–1910), Schultheiß und Ratsschreiber in Großgartach (frdl. Auskunft der Gemeinde Großgartach).

[952] Neckar-Zeitung, Nr. 303, 25. Dezember 1888, S. 1869, S. 1872.

[953] Siehe oben, S. 446, Anm. 920.

[954] Schw. Kronik (1888), S. 2209 „Heilbronn 10. Dez.".

[955] Gottlieb Georg Wagner (geb. 19. März 1838), Landwirt und Gemeinderat in Großgartach, DP; Allgaier, Die Stände Württembergs, S. 46; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 966.

[956] Schw. Kronik (1888), S. 2209, 2257, 2326.

[957] Schw. Kronik (1889), S. 33, 50, 58; Neckar-Zeitung Nr. 2, 3. Januar 1889, S. 8: *Von dem Patriotismus der Herren Schott und Wagner ist zu hoffen, daß dieselben das Wohl des Bezirks der eigenen Person vorangehen lassen werden.*

[958] Neckar-Zeitung Nr. 2, 3. Januar 1889, S. 8 „Thalheim, 30. Dezember".

[959] Der Murrthal-Bote, Nr. 3, 5. Januar 1889, S. 11 zitiert aus der „Heilbronner Zeitung" die Anzeige der Kreisregierung in Ludwigsburg, dass Lipp noch nicht das Bürgerrecht verliehen sei; Neckar-Zeitung, Nr. 2, 3. Januar 1889, S. 8; Schw. Kronik Nr. 10, 12. Januar 1889, S. 66.

[960] HStAS E 14 Kabinettsakten IV, Bü 538 (1877–1918) Bericht des Innenministeriums an den König betr. das Ergebnis der am 21. und 22. Januar vorgenommenen Stichwahlen zum Landtag, Stuttgart, 23. Januar 1889; das vollständige Wahlergebnis: HStAS E 150, Bü 860 Fasz. 5, Nr. 22 Heilbronn/Amt, Bl. 591–586, 599–594.

[961] Böckingen +110, Großgartach +51, Kirchhausen +34, Neckargartach +28.

stimmten die Anhänger Schotts nun in großer Zahl für den zweiten Bewerber der Deutschen Partei. Insgesamt zeigt sich an den Ergebnissen der Stichwahl wieder ein ausgeprägter gegenläufiger Zusammenhang zwischen den Stimmenanteilen von Deutscher Partei und Volkspartei ($r = -0.9845$): Die politische Grobstruktur scheint also insgesamt recht stabil. Diese Stichwahlen machen aber auch wieder deutlich, dass sich die Wähler bei Haupt- und Stichwahlen von unterschiedlichen Erwägungen leiten ließen. War nach der Stimmung im Wahlkampf und der Zahl der Kandidaten eine Stichwahl wahrscheinlich, so ging es bei der Hauptwahl zunächst darum, die Tragfähigkeit einer Kandidatur zu testen, nicht nur um den bevorzugten Bewerber für die Stichwahl zu qualifizieren, sondern auch – wenn das nicht gelang – um eine Verhandlungsposition gegenüber einem politisch verwandten Teilnehmer an der Stichwahl aufzubauen. In den Ergebnissen der Hauptwahl fanden dann Sonderinteressen viel stärker Ausdruck[962] als bei der Stichwahl, die mehr politisch bestimmt war.

Für die Deutsche Partei hatte die Wahl von 1889 eine besondere Bedeutung, weil sich die Frage stellte, ob die Wähler bereit sein würden, sich von ihrem langjährigen Vertreter im Landtag und viermaligen Kandidaten Karl Haag auf einen anderen Bewerber umzuorientieren, wie stark – mit anderen Worten – die Bindung der Wähler an die Person des Kandidaten war. Die traditionellen Hochburgen der DP – auch Obereisesheim – blieben 1889 erhalten; die Korrelationen zwischen den Stimmenanteilen der DP bei den Haupt- und Stichwahlen von 1882[963] und 1889 fallen recht hoch aus ($r = 0.715$ und $r_{Stich} = 0.7640$). Die Treue der Wähler galt anscheinend nicht nur der Person des Kandidaten, sondern auch ausgeprägt der Partei.

Am 1. Februar 1895 stellten sich fünf Kandidaten zur Wahl. Auf der liberal-konservativen Seite konkurrierte der bisherige Abgeordnete, Landwirt und Gemeinderat Wagner von Großgartach, mit dem als konservativ[964] bezeichneten Direktor der Zuckerfabrik Heilbronn, Ökonomierat Mayer, der seit vielen Jahren als Güterinspektor der Zuckerfabrik Heilbronn und Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins im Bezirk bekannt war. Auf der linken Seite bewarben sich Wilhelm Schäffler (SPD) und der Ökonom und Gemeinderat Robert Münzing[965] aus Flein (VP) um die Stimmen der Wähler. Speziell an die katholischen Wähler richtete sich die Zählkandidatur Adolf Gröbers (Zentrum). Die Katholiken machten zwar nur etwa ein Siebtel der Wahlberechtigten aus, aber in den mehrheitlich katholischen Gemeinden hatten im Jahre 1889 vier von fünf Wählern für die Volkspartei gestimmt, so dass ihr Abstimmverhalten 1895 die Wahl durchaus entscheiden konnte.

Am 1. Februar stimmten 485 Wähler (9,80%) für das Zentrum, 603 (12,18%) für die SPD, offensichtlich aus scharf abgegrenzten Milieus stammend: SPD-Wähler gab

---

[962] Daher sind die Korrelationen nur schwach.

[963] Für 1882 wird die Summe der Stimmenanteile Wagners und Schotts zu Grunde gelegt; für jeden einzelnen DP-Kandidaten sind die Zusammenhänge nur sehr schwach.

[964] HStAS E 150 Bü 861, Fasz. 1, Bl. 117.

[965] Robert Münzing (1844–1902), Landwirt und Weingärtner, Gasthausbesitzer, Gemeinderat in Flein; Landtagsabgeordneter für Heilbronn/Amt 1895 bis zu seinem Tode; Staatsanzeiger (1902), S. 1391; Schw. Kronik (1902) Nr. 367; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 594f.

es vor allem in Böckingen, Neckargartach, Frankenbach und Sontheim; die Zentrums-Wähler blieben auf die vier Gemeinden mit hohem Katholikenanteil beschränkt, doch im fast gänzlich katholischen Kirchhausen, wo ca. 66% der Berechtigten das Zentrum wählten, fielen ca. 18% der verfügbaren Stimmen auch an andere Parteien. Die drei anderen Kandidaten wandten sich als Interessenvertreter der Landwirtschaft oder als aktive Landwirte an die agrarischen Wähler. Wagner hatte dabei gegenüber dem politisch gleichgerichteten, aber ungleich populäreren Mayer am wenigsten Chancen und erreichte nur 490 Stimmen (9,9%), wobei ihm die Wähler in seiner Heimatgemeinde Großgartach, in Biberach und Obereisesheim noch am ehesten die Treue hielten. Ökonomierat Mayer (1196 Stimmen, 24,16%) erreichte seine höchsten Stimmenanteile in Bonfeld (78,78%) und Fürfeld (77,78%), wo er sich durch seine jahrzehntelange Tätigkeit auf den Gütern einen Namen gemacht hatte. Münzing (913 Stimmen, 18,44%) erhielt in seiner Heimatgemeinde Flein 247 Stimmen (78,18%), höhere Stimmenzahlen ansonsten nur in den traditionellen VP-Hochburgen Böckingen (130 Stimmen, 15,76%) und Neckargartach (192, 34,72%).

In der Stichwahl vom 14. Februar siegte Münzing dennoch mit 2109 Stimmen (42,60%) über Mayer (1987 Stimmen, 40,13%)[966]. Unerwartete Stimmengewinne für Mayer gab es im katholischen Kirchhausen (von 37 auf 218)[967], wo zuvor meist die Volkspartei dominiert hatte. Überraschende Einbußen musste Mayer dagegen in den Hochburgen Wagners hinnehmen: In Großgartach – und ähnlich in Obereisesheim – stieg Mayers Stimmenzahl zwar von 84 auf 229 an, von den 223 Wählern Wagners müssen aber wenigstens 78 in der Stichwahl gar nicht oder für Münzing gestimmt haben. Münzings gewaltige Stimmengewinne gegenüber der Hauptwahl speisten sich demnach wahrscheinlich aus vier Quellen: Der Mehrheit der SPD-Wähler, etwa einem Drittel der katholischen Wähler, etwa einem Viertel der DP-Wähler und aus zusätzlich mobilisierten Wählern, die tendenziell eher der Volkspartei zuneigten.

Insgesamt betrachtet prägten also im Wahlkreis Heilbronn/Amt lokale Traditionen das Wählerverhalten, die sich im Allgemeinen auf den sozialstrukturellen Gegensatz zwischen agrarischen und gewerblich-industriellen Gemeinden zurückführen lassen. Üblicherweise genossen Landtagskandidaten in ihren Heimatgemeinden besonders große Wählerunterstützung, die persönliche Bindung der Wähler an ihren Kandidaten war dennoch meist nicht so stark, dass sie sich nicht auf politisch ähnlich gerichtete Kandidaten umzuorientieren bereit waren. Trotz der natürlichen Veränderungen in der Struktur der Wählerschaft von Wahl zu Wahl bestand zwischen den Wählern einer Partei eine deutliche Kontinuität. Man tut freilich gut daran, zwischen einem „harten Kern" der Stammwähler und solchen Wählern zu unterscheiden, die sich lediglich von Fall zu Fall und besonders bei Stichwahlen mobilisieren ließen.

---

[966] Gesamtergebnis nach: HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 23 Heilbronn/Amt, Bl. 531ff.

[967] Eine mögliche Erklärung bietet die „Schwäbische Kronik" (1895), S. 162 „Kirchhausen, Oberamt Heilbronn": In einer Wahlversammlung der Volkspartei habe sich Rechtsanwalt Rosengart/Heilbronn (VP) für die Zulassung von Orden ausgesprochen; Kirchhausen sei katholisch – Rosengart sei Jude.

Es fragt sich nun, inwieweit sich diese Befunde durch die statistischen Zusammenhänge zwischen den Parteistimmenanteilen und sozio-ökonomischen Faktoren untermauern lassen; für die Landtagswahlen von 1889 und 1895 scheinen jedenfalls Aggregatdaten in ausreichender Menge verfügbar[968]. Danach gewann die SPD bei der Landtagswahl 1895 hohe Stimmenanteile in den protestantischen Gemeinden, in denen der Anteil der selbstständigen Landwirte, der Grundbesitzer über 1 ha etc. an den Wahlberechtigten gering, der der Zwerglandwirte unter 1 ha dagegen hoch war[969]. Die Zentrumspartei gewann ihre Wähler in Abhängigkeit vom katholischen Bevölkerungsanteil der Gemeinden[970]. Die Wählerpräferenzen für die übrigen Kandidaten lassen sich nicht so überzeugend durch diese Faktoren erklären; die Korrelationen sind durchweg schwach und scheinen von 1889 nach 1895 noch abzunehmen. Dieser Befund ist jedoch keineswegs unerwartet. Denn auf der liberal-konservativen Seite verteilten sich die Wählerstimmen auf mehrere Kandidaten und selbst die Konzentration auf einen Kandidaten in der Stichwahl erbrachte nicht immer ausgeprägtere Zusammenhänge mit der Sozialstruktur[971].

Betrachtet man die verschiedenen Kandidaten, die die Volkspartei bei den untersuchten Landtagswahlen ins Rennen schickte, so wird deutlich, dass jeder einzelne trotz der Zuordnung zur Volkspartei eigenes Profil und eigene Interessen in den Wahlkampf einbrachte und dadurch unterschiedliche Wählergruppen in unterschiedlicher Weise angesprochen wurden. Lipps Wahlkampf 1889 richtete sich nicht speziell an die ländliche Wählerschaft; seine Wähler stammten dann auch eher nicht aus agrarisch geprägten Gemeinden. Dagegen konkurrierte Münzing 1895 als Landwirt direkt – und daher zunächst ziemlich erfolglos – mit den beiden konservativeren Bewerbern um die Stimmen der agrarischen Bevölkerung[972]. Welche Gruppen der agrarischen Bevölkerung möglicherweise welchen der Bewerber favorisierten, lässt sich in der Regel schon deshalb nicht entscheiden, weil die vorliegenden Angaben über die Betriebsgrößen solche Untergruppen nicht hinreichend genau definieren: Zwei Hektar Ackerland oder zwei Hektar Weinberge – das wären völlig unterschiedliche Wirklichkeiten. Nur die Landwirte über 5 ha scheinen eine Ausnahme zu bilden;

---

[968] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 1.

[969] Vgl. SCHULTE, Struktur, S. 110: *Lediglich die SPD läßt sich eindeutig in den Kategorien der wirtschaftlichen Differenzierung der Bevölkerung beschreiben* [...].

[970] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Heilbronn/Amt 1: r = 0.9916; SPD/ Durchschnittsgröße der Agrarbetriebe: r = –0.7267; SPD/ 1–2 ha: r = –0.8622; SPD/ 2–5 ha: r = –0.8688; SPD/ über 5 ha: r = –0.7029; SPD/ unter 1ha: r = 0.9338; SPD/Agrarbetriebe: r = –0.8598; SPD/selbstständige Landwirte: r = –0.9175.

[971] 1882 (r = 0.4055/ 0.6029) und 1889 (r = 0.4544/ 0.5619) ist dies z.B. hinsichtlich der Landwirte von 2–5 ha der Fall; 1895 waren aber viele Anhänger Wagners nicht bereit, für Mayer einzutreten: DP/ Landwirte 2–5 ha: r = 0.4636: Kons/ Landwirte 2–5 ha: r = 0.0867; Stichwahl: r = 0.4463.

[972] Die Ablehnung Lipps in den Gemeinden mit hohen Anteilen an Landwirten von 2–5 ha (r = –0.6232) und über 5 ha (r = –0.4823) und die Zustimmung in Gemeinden mit hohen Anteilen von Zwergbetrieben (r = 0.7090) fallen bei Münzing 1895 deutlich schwächer aus (r = 0.1370; –0.0922; 0.0740).

Mayer erhielt signifikant höhere Stimmenanteile in Gemeinden mit einem hohen Anteil an Betrieben über 5 ha (r = 0.4792). Erst durch die klare Alternative in der Stichwahl treten die Zusammenhänge mit der Sozialstruktur dann stärker hervor[973].

c) Stadt Heilbronn

Den Landtagswahlen vom 8. Juli 1868, 5. Dezember 1870 und 13. Mai 1875 in der Stadt Heilbronn ist gemeinsam, dass jeweils nur ein Kandidat zur Wahl stand. 1868 war dies der liberale, großdeutsche Kaufmann Karl Reibel, der die Stadt seit 1866 im Landtag vertrat und im Frühjahr 1868 ins Zollparlament gewählt worden war[974]. Reibel verzichtete 1870 *aus Gesundheitsgründen*[975] auf eine weitere Kandidatur, obwohl eine hochkarätige Deputation geführt von Georg Härle ihn umzustimmen suchte. An seiner Stelle wurde der Kaufmann und Kommerzienrat Friedrich Eduard Mayer[976] gewählt, der der Deutschen Partei angehörte[977]. Bei der fälligen Nachwahl nach Mayers Tod stimmten die Wähler für den eher linksliberalen Papierfabrikanten Friedrich von Rauch[978], der sich zunächst keiner Partei zurechnete[979] und sich im Landtag der „Linken" anschloss[980].

---

[973] Durchschnittsgrößen der Agrarbetriebe: Mayer r = 0.6586/ Münzing r = –0.6034; 1–2 ha: r = 0.2999/ –0.2473; 2–5 ha: 0.4463/ –0.4282; über 5 ha: r = 0.6263/ –0.5789; unter 1 ha: r = –0.5632/ 0.5009; Agrarbetriebe: r = 0.4433/ –0.4288; selbstständige Landwirte: r = 0.4900/ – 0.4496; gewerbliche Nebenbetriebe: r = 0.5956/ –0.6002.

[974] SVZ Nr. 156, S. 662, 8. Juli 1868: Die Deutsche Partei habe nach den Erfahrungen von vor drei Monaten keinen Kandidaten gefunden, die VP verberge ihre Schwäche durch Stützung Reibels; Beobachter Nr. 158, 9. Juli 1868: Weder Regierungskandidat noch Preuße konnte gegen Reibel aufkommen; Staatsanzeiger Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1587: Empfehlung für Reibel.

[975] Beobachter Nr. 275, 20. November 1870 „Wahlnachrichten", nach der Neckarzeitung; Beobachter Nr. 269, 13. November 1870: *Seine Mitbürger aber werden ihn gleichwohl wählen, in der Hoffnung, daß er sich ihnen alsdann nicht versagen werde.* – Reibel war auch schon im Sommer 1868 krank gewesen, so dass praktisch weder ein Programm von ihm vorlag noch ein Wahlkampf geführt wurde (HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 2./3. Juli 1868; Staatsanzeiger Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1587).

[976] Friedrich Eduard Mayer (1809–1875); er betrieb bis 1866 ein Metallwarengeschäft; Vorstand und Gründer der Heilbronner Gewerbebank, der Landes-Credit-Bank und der Oberamtssparkasse; langjähriges Gemeinderatsmitglied; Mitglied der Handels- und Gewerbekammer; Reichstagsabgeordneter für Heilbronn, Besigheim etc. 1874–1875; Schw. Kronik (1875) Nr. 79; Hirth's Deutscher Parlaments-Almanach 10 (1874), S. 218; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 554.

[977] Er wurde im September 1874 ins Landeskomitee der DP gewählt.

[978] Friedrich von Rauch (1823–1890), Papierfabrikant, Mitinhaber einer der größten Industriebetriebe Heilbronns, Mitbegründer der Württ. Vereinsbank, Vorstand der Handels- und Gewerbekammer, lange Jahre in den städtischen Kollegien, Beirat der Zentralstelle für Gewerbe und Handel; Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 419; Mosthaf, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern, Bd. I, S. 170; Schw. Kronik (1890), Nr. 189; Klagholz, Industrialisierung der Stadt Heilbronn, S. 41f. und passim; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 695.

[979] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 325 Bericht des Oberamts betr. das Ergebnis der Wahl vom 13./19. Mai 1875, Heilbronn, 19. Mai 1875.

[980] Schw. Kronik Nr. 293, 10. Dezember 1876, S. 2749.

Glaubt man einem Zeitungsartikel aus der Vorbereitungsphase der Landtagswahl vom 13. Dezember 1876, so hatten sich im Mai 1875 alle Parteien im besten Interesse der Stadt Heilbronn auf von Rauch geeinigt, und das sei auch bei der kommenden Wahl noch möglich; es heißt weiter: *Die richtige Vertretung Heilbronns, eine der bedeutendsten Städte unseres engen Vaterlandes, der ersten Handelsstadt Württembergs, erheischt, abgesehen von den sonstigen erforderlichen Eigenschaften eines Abgeordneten, einen Industriellen von Bedeutung, nicht nur hinsichtlich des Umfangs seiner Beteiligung an gewerblichen Etablissements, sondern auch mit Rücksicht auf Kapazität und allgemeine Bildung, erfordert mit einem Worte einen Mann, der seine Stadt zu repräsentieren weiß*[981]. Konsens aller Parteien über die Person des zukünftigen Abgeordneten im Interesse der Stadt, vornehm abgehoben von dem kleinlichen Streit der Parteien: Das klingt nach einem vormodernen Verständnis von der Aufgabe der Wahl. Tatsächlich wollte sich die Deutsche Partei in Heilbronn mit diesem Vorstoß jedoch lediglich aus einer schwierigen Lage befreien. Nachdem von Rauch auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte, war Georg Härle, Betriebsleiter in der von Rauchschen Fabrik, für die Volkspartei als Bewerber angetreten[982]; in der Deutschen Partei[983] fand sich anscheinend kein aussichtsreicher Kandidat gegen den populären Härle[984], was in der Öffentlichkeit als Verzicht, einen Parteimann aufzustellen, präsentiert wurde[985]. Verhandlungen mit Oberbürgermeister Wüst[986] wegen der Übernahme der Kandidatur blieben zunächst in der Schwebe[987], weil der, um den Eindruck allzu großer Nähe zur DP zu vermeiden, zur Bedingung machte, dass das Wahlkampfkomitee außer Mitgliedern der Deutschen Partei auch angesehene Män-

[981] Schw. Kronik (1876), S. 2469 „Heilbronn, den 29. Oktober".

[982] Schw. Kronik (1876), S. 2405: Der Volksverein habe Härle als Kandidaten aufgestellt; vgl. auch S. 2469.

[983] Schw. Kronik (1876), S. 2417 „Heilbronn den 24. Okt." – Bericht über eine Generalversammlung der DP am 23. Oktober; Mitgliederstand 233, anwesend ca. 70; kein Beschluss über einen eigenen Kandidaten, die DP werde einem nicht nationalen Kandidaten (!) einen heißen Kampf liefern.

[984] Schw. Kronik (1876), S. 2569 „Heilbronn den 12. November".

[985] Schw. Kronik (1876), S. 2657 „Heilbronn den 24. November".

[986] Karl Wüst (1840–1884), aus einer Heilbronner Familie; Stadtschultheiß/ Oberbürgermeister in Heilbronn seit dem 15. Juni 1869, nachdem sich ca. 70% der Wahlberechtigten für ihn ausgesprochen hatten (Ernennung zum OBM 1874); Schw. Kronik (1884) 30; Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 380, 422f.; Lbb. hervorragender Heilbronner (1912), S. 19f.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 1053f.; Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 66, Anm. 4: irrtümlich als Stadtschultheiß von Ulm ausgewiesen. – Wüst trat der Landtagsfraktion der DP bei, vgl. Nl Hölder Fasz. XVII, Stück 556: Er würde am liebsten einer Partei beitreten, die zwischen der nationalliberalen und der Regierungspartei stehe.

[987] Schw. Kronik (1876), S. 2477 „Heilbronn d. 31. Okt." – auch der Name Louis Hentges wurde ins Gespräch gebracht. Louis Hentges (1818–1891), Brauereibesitzer und Löwenwirt; außerordentliches Rednertalent; Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49; er war in Heilbronn angefeindet worden, weil er von der Linken zunehmend abgerückt war; Schmolz, Weckbach, Heilbronn, S. 122; Lbb. hervorragender Heilbronner (1912), S. 49–52; Boldt, Volksvereine, S. 43, Anm. 11.

ner anderer politischer Schattierungen enthalten müsse. Wäre es gelungen, von Rauch wieder für die Kandidatur zu gewinnen, hätte das all diese Probleme gelöst.

Auch die drei vorangegangenen Wahlen waren keineswegs durch einen Parteienkonsens gekennzeichnet gewesen. Karl Reibel und Friedrich Eduard Mayer hatten sich im Vorfeld der Landtagsnachwahl vom 23. Februar 1866 erbittert bekämpft; Reibel, der am 24. März 1868 bei der Zollparlamentswahl über Adolf von Goppelt[988] gesiegt hatte[989], erhielt im Juli 1868 die Stimmen von nur 49,66% der wahlberechtigten Heilbronner[990]; sein Verzicht auf die erneute Kandidatur im Spätherbst 1870 erklärt sich auch dadurch, dass er sich erneut mit F.E. Mayer hätte auseinandersetzen müssen, jedoch unter den gegebenen Umständen nicht an einen Sieg glaubte. Unter den 18 Männern[991], die ihn um die Wiederannahme der Kandidatur baten, befand sich jedenfalls allem Anschein nach kein Anhänger der Deutschen Partei: Auch dies ein sicheres Indiz, dass ein harter, kontroverser Wahlkampf bevorstehen würde.

Hatte Reibel als gemeinsamer Kandidat von Großdeutschen und Volkspartei es im Juli 1868 auf weniger als die Hälfte der verfügbaren Wählerstimmen gebracht, so stimmten am 5. Dezember 1870 nur höchstens 39,61% der Berechtigten für Friedrich Eduard Mayer, den Kandidaten von Deutscher Partei und Regierung. Fünf Jahre später erreichte auch Friedrich von Rauch, der von Volkspartei und Deutscher Partei unterstützt wurde, am ersten Wahltag, dem 13. Mai 1875, nur 46,66% und musste in die Ergänzungswahl. Das Zusammengehen mit der Volkspartei nahm eine Gruppe innerhalb der DP um den Rechtsanwalt Carl Strauß sen.[992] zum Anlass, in Dr. Oscar Lindenmeyer[993] einen eigenen Kandidaten vorzuschlagen. Obwohl dieser öffentlich ablehnte, fielen 146 Stimmen auf ihn[994]. Es herrschte also in den führenden Kreisen

---

[988] Adolf (von) Goppelt (1800–1875), altliberal/DP, Großkaufmann in Heilbronn, Finanzminister 1848/49; Gemeinderat, Vorstand der Handels- und Gewerbekammer; Landtagsabgeordneter für Heilbronn/Stadt 1839–1848, für Ludwigsburg/Amt 1850/II, für Urach 1851–1852, für Heilbronn/Stadt 1863–1865; Reichstagsabgeordneter für Heilbronn etc. 1871–1874. Schwäbische Lbb. V (1948), S. 256–268; Mosthaf, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern, Bd. I, S. 168f.; Schmolz, Weckbach, Heilbronn, S. 122; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 279f.

[989] Das Wahlergebnis liegt nur unvollständig vor (Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 420): Von etwa 20 500 Wahlberechtigten in Wahlkreis 10 stimmten 8624 ab (davon 25 ungültig), etwa 42%; Reibel 6281 Stimmen (30,6%), Goppelt 2302 (11,2%); bei der Reichstagswahl von 1871 hatte der Wahlkreis – nunmehr 3 – einen etwas anderen Zuschnitt (statt Teile des Oberamts Maulbronn das ganze Oberamt Neckarsulm); von 22 384 Wahlberechtigten stimmten 11881 ab (davon 52 ungültig): 53,08%; Goppelt (nationalliberal) 9554 Stimmen (42,68%), Dr. Tafel (VP) 2252 (10,06%).

[990] Die Wahlbeteiligung lag bei 53,4%; vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 173, Anm. 140, der den hohen Anteil (92,9%) an den abgegebenen Stimmen herausstellt.

[991] Beobachter Nr. 275, 20. November 1870 „Wahlnachrichten"; 18 Männer sind namentlich genannt; Georg Härle, der zum Sprecher der Deputation gewählt worden war, führte als Grund für das Fehlen etlicher tüchtiger Männer die Kürze der verfügbaren Zeit an; jeder wusste natürlich, dass der Stimmungsumschwung in der Bevölkerung viel entscheidender war.

[992] Im Februar 1870 war er als Vertrauensmann der Stuttgarter Parteiführung registriert.

[993] Apotheker in Heilbronn, vgl. Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 417.

[994] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 325 Bericht des Oberamts betr. das Ergebnis der Wahl

Heilbronns erhebliche Rivalität, und keine der politischen Gruppen war zwischen 1866 und 1876 für sich allein stark genug, einen Kandidaten auf Anhieb durchzubringen; da sich 1868, 1870 und 1875 die jeweiligen Gegner nicht zum Kampf stellten, blieb das Wählerinteresse niedrig.

Nach dem Stimmungstief vom Dezember 1870, das sich in der Wahlverweigerung von 60% der Wahlberechtigten in der Hauptwahl niederschlug, hatte die Volkspartei aber bereits 1876 wieder Tritt gefasst und in Georg Härle einen aussichtsreichen eigenen Kandidaten ins Rennen geschickt. Oberbürgermeister Wüst, auf den sich Ende November eine weitere Generalversammlung der Heilbronner DP einigte, weil er gut national, wenn auch nicht DP-Mitglied sei[995], übernahm die Kandidatur, nachdem ihn eine Wählerversammlung einstimmig nominiert hatte[996]. Die Polarisierung der politischen Meinungen im Wahlkampf[997] führte zu einer Wahlbeteiligung, die mit 80,9% selbst die Ergebnisse der früheren Ergänzungswahlen übertraf; die Mehrheit der Stimmen fiel aber Wüst zu, dem 41,21% der Wahlberechtigten ihre Stimme gaben, während es Härle, von Arbeitern unterstützt[998], nur auf 34,8% brachte[999]. Worin der Erfolg Wüsts begründet lag, wird beispielhaft deutlich an einem Wahlaufruf für Wüst anlässlich der Landtagswahl vom 20. Dezember 1882[1000]; der Aufruf war unterzeichnet von den Vorständen des Singkranzes[1001], der Harmonie, des Bürgervereins, des Liederkranzes, des Veteranenvereins, des Gewerbevereins und des Arbeiterbundes[1002] sowie Mitgliedern der Deutschen und der Konservativen Partei[1003].

---

vom 13./19. Mai 1875, Heilbronn, 19. Mai 1875; am 9. Juli 1875 konstituierte sich der Parteiverein der DP mit Lindenmeyer offiziell; vgl. Nl Hölder, Fasz. XVII, Stück 77.

995 Schw. Kronik (1876), S. 2665 „Heilbronn, den 25. Nov."; Härles *unerwartete Mäßigung* wurde ebenfalls herausgestellt. – Wüst nahm im September 1880 an der Landesversammlung der DP teil; vgl. Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 41.

996 Schw. Kronik (1876), S. 2657 „Heilbronn, den 25. Nov.".

997 Schw. Kronik (1876), S. 2757 „Heilbronn, den 7. Dez.", an einer Wahlversammlung Wüsts am Vorabend sollen 1200 Menschen teilgenommen haben.

998 Schw. Kronik (1876), S. 2817 „Heilbronn den 15. Dezember".

999 HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 8, Nr. 6 Heilbronn/Stadt; der Bericht des Oberamts vom 14./15. Dezember 1876 enthält die Detailergebnisse der drei Wahldistrikte, denen die Wahlberechtigten allerdings nur nach den Anfangsbuchstaben ihrer Nachnamen zugeordnet wurden; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Stadt Heilbronn.

1000 HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 4, Bl. 4: Von 3865 haben 2036 abgestimmt (52,68%), Wüst 1965 (50,84%), Härle 26 (0,67%), Dulk 1 etc.

1001 Vorstand des Singkranzes war Rechtsanwalt Friedrich Klett († 1887) (Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 458), langjähriges Mitglied des Gemeinderats und führendes Mitglied des im August 1878 (Dürr, S. 395) gegründeten deutsch-konservativen Ortsvereins [Schw. Kronik (1879), S. 253].

1002 Ein Verein zur gegenseitigen Unterstützung, gegründet 6. Februar 1869, Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 422; Schmolz, Weckbach, Heilbronn, S. 123, der abgebildete Vortrag (Nr. 380) wurde anscheinend von dem Kaufmann und Gemeinderat Christian Herrmann gehalten, der dem Ortsverein der DP vorstand; 1870 war Chr. Herrmann der Kassier des Unterstützungsvereins gewesen; der Vereinsvorstand war aus religiösen Gründen eifriges Mitglied der DP (also wohl Pietist): Nl Hölder, Fasz. XIII, Stück 214.

1003 Schw. Kronik (1882), S. 1983 „Heilbronn 10. Dezember".

Vor dieser bürgerlichen Übermacht wich Härle nach Heilbronn/Amt aus, wo er das Mandat gewann, und die Stuttgarter Parteileitung der Volkspartei riet zu Stimmenthaltung oder einer reinen Zählkandidatur[1004].

Bei der Nachwahl vom 12. März 1884, veranlasst durch Wüsts Tod, vereinigten sich *sämtliche gemäßigten Parteien in Heilbronn*[1005] auf den Fabrikanten Adolf Feyerabend[1006], um den Kandidaten der SPD[1007], den Apotheker Theodor Lutz, zu bekämpfen, was auch gelang[1008]. Wie auch 1882 deutete die geringe Wahlbeteiligung von 53,36% darauf hin, dass die Anhänger der Volkspartei der Abstimmung überwiegend ferngeblieben waren.

Angesichts dieses ersten großen Landtagswahlerfolgs der SPD[1009] und der Niederlage Härles bei der Reichstagswahl 1887 beeilten sich der Volksverein und der demokratische Verein[1010], Härle für die Landtagswahl vom 9. Januar 1889 als Kandidaten in Stellung zu bringen. Die SPD stellte ihm Gustav Kittler[1011] entgegen, die Deutsch-Konservativen den Heilbronner Holzhändler Eugen Adelmann. Der Deutschen Partei waren die Hände gebunden, denn wenn sie einen eigenen Kandidaten aufstellte, würde sie die bürgerlichen Stimmen zersplittern und als Folge Kittler den Wahlsieg ermöglichen. Daher hob die DP am Ende sogar ihren ursprünglichen Beschluss zur Wahlenthaltung auf und riet ihren Anhängern, entweder Adelmann[1012] oder Härle zu wählen[1013]. Bei einer Wahlbeteiligung von 66,71% siegte Härle überlegen mit 2111 (42,42%) Stimmen gegen 1014 (20,37%) für Kittler und 177 (3,56%) für Adelmann[1014].

Am 1. Februar 1895 standen sogar fünf Kandidaten zur Wahl: Gegen Adolf Gröbers Zählkandidatur für das Zentrum und gegen den SPD-Kandidaten, den Schrift-

---

[1004] Schw. Kronik (1882), S. 2039 „Heilbronn 17. Dez.".

[1005] HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 4, Bl. 19 Bericht des Innenministers an den König betr. die Wahl eines Landtagsabgeordneten der Stadt Heilbronn, Stuttgart 13. März 1884; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Stadt Heilbronn.

[1006] Adolf Feyerabend (1842–1891), aus einer alten Heilbronner Patrizierfamilie, Teilhaber der Papierfabrik Gebr. Rauch, Schwiegersohn A. von Rauchs; Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 420, 467; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 204.

[1007] Einen Ortsverein gab es seit Juli 1874 (Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 432); Schmolz, Weckbach, Heilbronn, S. 123f.

[1008] HStAS E 150 Bü 859, Fasz. 4, Bl. 16, Beilage: Für Feyerabend stimmten von 4202 Berechtigten 1501 (35,72%), für Lutz 721 (17,16%).

[1009] Als weiterer kommunalpolitischer Erfolg kam Anfang 1886 die Wahl Gustav Kittlers in den Gemeinderat der Stadt Heilbronn hinzu, Schmolz, Weckbach, Heilbronn, S. 123.

[1010] Gegründet Anfang Mai 1885 nach einem Besuch Dr. Lipps; Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 452f.

[1011] Gustav Kittler (1849–1929), Schreinermeister in Heilbronn, Gemeinderat; Landtagsabgeordneter 1919–24; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 442f.

[1012] Diese Empfehlung widersprach natürlich dem formulierten Ziel und diente vermutlich der Beruhigung – der kleinen Zahl – der konservativen Parteianhänger wegen des Eintretens für die VP.

[1013] Schw. Kronik (1888), S. 2234, 2257, 2289, 2301; (1889), S. 33, 41, 58.

[1014] HStAS E 150 Bü 860, Fasz. 4, Nr. 2 Heilbronn/Stadt, Bl. 4; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Stadt Heilbronn.

steller Jakob Stern, wurde zunächst als parteiloser Vertreter der bürgerlichen Parteien der Fabrikant Gustav Hauck[1015] aufgestellt; die Volkspartei präsentierte darauf den Kaufmann und Gemeinderat Karl Betz jr.[1016] mit der Begründung, Hauck werde sich ohnehin der Deutschen Partei anschließen[1017]; Betz aber erklärte, er wolle nicht kandidieren – d.h. nicht aktiv Wahlkampf führen – jedoch das Mandat annehmen, falls er gewählt werde[1018]. Schließlich trat auch noch der konservative Oberbürgermeister Hegelmaier[1019] als Kandidat auf, dessen Dauerfehde mit den bürgerlichen Kollegien im Jahr zuvor mit einem moralischen Sieg Hegelmaiers vorläufig beendet worden war, der ihm in der Stadt durchaus auch Sympathien eingetragen hatte. Bei einer Wahlbeteiligung von 71,04% stimmten 165 Wähler (2,9%) für Gröber; die 594 Stimmen (10,46%) für die SPD bedeuteten einen Verlust von 420 Stimmen gegenüber 1889, wofür der Wechsel des Kandidaten verantwortlich gewesen sein dürfte[1020]. Für Hauck wurden 867 Stimmen (15,26%) abgegeben, er hatte bei Handwerkern und Weingärtnern wenig Anklang gefunden, die, wie es hieß, mit den Beamten für Hegelmaier votiert hätten[1021]. Betz erhielt 1036 (18,24%) und Hegelmaier 1368 (24,08%) Stimmen. Die Stichwahl am 14. Februar 1895 mobilisierte 81,43% der Berechtigten; für Hegelmaier entschieden sich 2216 Wähler (39,01%), Betz erhielt 2409 Stimmen (42,41%)[1022]. Seinen Sieg hatte er wahrscheinlich den sozialdemokratischen Wählern zu verdanken, die an der Stichwahl wohl in größerer Zahl wieder teilnahmen, wie auch Teilen der Deutschen Partei: Der Wahlausschuss für Hauck hatte zugesagt, in der Stichwahl Betz zu stützen, weil Hegelmaier nicht freisinnig sei[1023]; etliche Parteimitglieder hatten sich aber auf Hegelmaiers Seite geschlagen[1024].

[1015] Gustav Hauck (1837–1911), Tabakfabrikant, Kommerzienrat, Gemeinderat.

[1016] Karl Betz jr. (1852–1914), Landtagsabgeordneter für Heilbronn/Stadt 1895–1912; Schw. Kronik (1914) Nr. 583, S. 586; Beobachter 14. und 19. Dezember 1914; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 63f.

[1017] Schw. Kronik (1895), S. 1 „Heilbronn 1. Januar".

[1018] Schw. Kronik (1895), S. 153 „Heilbronn 23. Januar".

[1019] Paul Hegelmaier (1847–1912), „Germania" Tübingen Jg. 1865, 1884–1903 Stadtschultheiß/Oberbürgermeister in Heilbronn; Reichstagsabgeordneter für Heilbronn etc. 1898–1903; Schw. Kronik (1912), S. 195, 196; Steinhilber, Die Heilbronner Stadtvorstände, S. 3f.; Schmolz, Weckbach, Heilbronn, S. 124.

[1020] Als Kittler am 5. Dezember 1900 in seiner Heimatstadt wieder kandidierte, schnellte die Stimmenzahl für die SPD auf 1402 (20,47%) hoch.

[1021] Schw. Kronik (1895), S. 229 „Heilbronn 2. Feb.".

[1022] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 3, Nr. 2 Stadt Heilbronn, Bl. 1 und 3; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Stadt Heilbronn. Die Ergebnisse der Landtagswahl vom 5. Dezember 1900 sind zusammengestellt in: HStAS E 150, Bü 863, Fasz. 5 Wahlstatistik, die Stichwahlen vom 17./18. Dezember 1900; ebd. Bl. 831–826: Berechtigte 6849, abgegebene Stimmen 5214 (76,13%), Fabrikant Peter Bruckmann 1537 (22,44%), Carl Betz 1998 (29,17%), Gustav Kittler 1402 (20,47%), Adolf Gröber 265 (3,87%); Stichwahl Bruckmann 1710 (24,97%), Betz 3258 (47,57%); vgl. Hofmann, Von Parteien und Wahlen, S. 2; dagegen auch: Grosse, Raith, Beiträge zur Geschichte und Statistik, S. 51

[1023] Die Rechtsanwälte Strauß und Dr. Schloß – Obmann des Bürgerausschusses – standen in

Will man die Landtagswahltradition der Stadt Heilbronn über 1876 hinaus charakterisieren, so fällt weiterhin die liberale Ausrichtung der Wählerschaft ins Auge; wer aber von einer nationalliberalen Vorherrschaft bis 1889 spricht[1025], der lässt die typische liberal-konservative Struktur der Deutschen Partei außer Acht und sollte differenzierend hinzusetzen, dass hinter den Wahlsiegen Wüsts und Feyerabends eine Koalition verschiedener Wählergruppen stand und dass diese Gruppen zusammen nur einmal mehr als 50% der Wahlberechtigten ausmachten. Andererseits lassen sich die Wahlsiege der volksparteilichen Kandidaten zwischen 1889 und 1906 auch nicht ohne die Hilfe sozialdemokratischer und/oder deutschparteilicher Wähler verstehen. Deutsche Partei und Volkspartei waren überdies in Heilbronn seit 1866 vereinsmäßig organisiert; ihre führenden Mitglieder gehörten den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten der Stadt an. Insbesondere verkörpert Georg Härle in seiner Person und durch seinen Einfluss in der Turnbewegung der Stadt[1026] die demokratische Tradition vor und nach der Reichsgründung.

d) Oberamt Kirchheim

Wenn die Deutsche Partei sich bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 in Wahlkreisen um ein Mandat bewarb, das sie schon 1868 errungen hatte, so konnte sie gewöhnlich ihren Stimmenanteil selbst dann erheblich steigern, wenn das Wählerinteresse wegen fehlender politischer Konkurrenz insgesamt geringer ausfiel; Otto Elben brachte es beispielsweise im Oberamt Böblingen auf 55,57% der Stimmen bei einem Rückgang der Wahlbeteiligung um 10 Punkte auf 56,82%, für Schmid in Ehingen stimmten mit 49,58% über 6%-Punkte mehr Wähler, während die Wahlbeteiligung von 61,2 auf 50,7% sank. Solche Ergebnisse scheinen die These zu belegen, dass sich die nationale Idee auch in Württemberg durchgesetzt habe. Zu den Wahlkreisen, die hiervon abwichen, gehörte das Oberamt Kirchheim, wo der überlegene Sieger von 1868 bei der Landtagswahl von 1870 nach deutlichen Verlusten erst durch eine Ergänzungswahl das Mandat errang. Die Quellenlage[1027] erlaubt es, das Verhalten der

---

der Auseinandersetzung mit Hegelmaier an vorderster Front; beide gehörten der DP an (Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 460f.).

[1024] Schw. Kronik (1895), S. 287 „Heilbronn 11. Feb."; Beobachter Nr. 32, 7. Februar 1895, Nr. 36, 12. Februar 1895.

[1025] Hofmann, Von Parteien und Wahlen, S. 2.

[1026] Runge, Volkspartei, S. 47, Anm. 82: Er hatte 1845 in Heilbronn die Turngemeinde gegründet; Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 430: Auf dem Schwäbischen Turnfest 2.–5. August 1873 in Heilbronn hielt Härle eine politische Rede; Vorstand der Rudergesellschaft „Schwaben", die aus der Turngemeinde hervorging, war Karl Betz (Dürr, Heilbronner Chronik, I. Teil, S. 441).

[1027] Für die Landtagswahlen 1868 und 1870 ist das Wählerverzeichnis der Stadt Kirchheim u. T. überliefert (Stadtarchiv Kirchheim A 31); den Mitarbeitern des Stadtarchivs sei herzlich dafür gedankt, dass sie mir das Verzeichnis und weitere Materialien in Fotokopie zugänglich gemacht haben.

Wahlberechtigten der Oberamtsstadt vor dem Hintergrund der Vorgänge im gesamten Oberamt zu analysieren.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt Kirchheim u.T. in der Industrialisierungsphase ist durch die Arbeiten von Werner *Frasch*[1028] und vor allem Sabine *Widmer*[1029] außerordentlich gut dokumentiert. Die politischen Auseinandersetzungen der Reichsgründungszeit bleiben bei *Frasch* zwar ohne Berücksichtigung, *Widmer* versucht dann aber anhand der politischen Wahlen vor allem seit Sommer 1868 die politischen Strömungen mit den sozio-ökonomischen Entwicklungen im Oberamt und der Stadt Kirchheim in Beziehung zu setzen: *Die grundsätzlich liberale politische Einstellung der Bevölkerung im Oberamt Kirchheim, die im Zweifelsfall eher in konservative denn in demokratische Richtung hin abwich, gründete sich vor allem auf die stark agrarische Struktur dieser Gegend, die auch bei zunehmender Industrialisierung durch den weitverbreiteten Typus des „Arbeiterbauern" für radikale Elemente nur wenig Raum ließ.* Auf diese Ursache führt *Widmer* in erster Linie den *relativ geringen Anhängerkreis* der SPD zurück. Den überraschenden Sieg des Kirchheimer Kaufmanns Christian Mayer bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 erklärt *Widmer* mit seinem *engagierten, vor allem auf die Steuerpolitik ausgerichteten Wahlkampf*, durch den Mayer, ein kommunalpolitisch erfahrener Mann liberal-konservativer Ausrichtung, den Vertreter der Regierungspartei, Oberamtspfleger Hirzel, deutlich aus dem Felde geschlagen habe. Bei der Landtagswahl im Jahre 1870 erreichte Mayer erst nach einem zweiten Wahlgang mangels Gegenkandidat und aufgrund eines Boykottaufrufs der demokratischen Partei die erforderliche Wahlbeteiligung und Stimmenzahl[1030]. Zusammenhänge zwischen den sozio-ökonomischen Verhältnissen und dem Wählerverhalten werden hier allenfalls angedeutet, vor allem fehlt dieser Darstellung jedoch die nationalpolitische Dimension, die naturgemäß auch in die innerstädtischen Machtverhältnisse hineinspielte.

Wenn auch die beiden großen württembergischen Parteien dieser Zeit – die Volkspartei und die Deutsche Partei – im Oberamt und in der Stadt Kirchheim nur unzureichend organisiert waren[1031], so waren sie hier doch durch prominente und einflussreiche Anhänger präsent – die Volkspartei etwa durch den Löwenwirt Ferdinand Enßlen[1032] und vor allem durch den Kaufmann Gottlob Friedrich Groß[1033], der zwischen 1843 und 1865 wiederholt in den Bürgerausschuss oder den Gemeinderat der

---

[1028] Frasch, Kirchheim unter Teck.

[1029] Widmer, Kirchheim u.T.

[1030] Ebd., S. 152f.

[1031] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 340: Ein Parteiverein der DP wurde erst im Frühjahr 1870 gegründet; Runge, Volkspartei, S. 48f.; 76f.: Ein Volksverein existierte anscheinend nicht.

[1032] Ferdinand Enßlen, geb. 11. April 1823; er vertrat den Bezirk 1879 und 1880 im Landeskomitee; 1868 war er Obmann des Bürgerausschusses; der „Löwen" war seit 1840 das Stammlokal der Bürgergesellschaft und das wohl wichtigste *kommunalpolitische Podium* der Stadt, vgl. Teckbote, 31. August 1996.

[1033] Gottlob Friedrich Groß (1803–1883), im Landeskomitee der Volkspartei 1869 und 1870; Schw. Kronik (1883), S. 1281.

Stadt gewählt worden war[1034]; Groß, der zu den Führern der Revolution in Kirchheim gehört hatte[1035], verkörperte die demokratische Tradition der 48er[1036]. Für die Deutsche Partei wirkten öffentlich[1037] im Oberamt beispielsweise Stadtschultheiß Wächter[1038] von Owen und Wollfabrikant C.A. Leuze aus Unterlenningen[1039], in der Oberamtsstadt neben Christian Mayer der Seifensieder Gottlieb Beurlen[1040], der zwischen 1865 und 1883 ständig in den Gemeinderat gewählt wurde, Dr. med. Julius Krauß[1041] und vor allem der größte Industrielle der Stadt, Friedrich Schüle[1042].

Das Ansehen, das diese Männer in ihren Heimatgemeinden genossen, spiegelt sich auch im Ergebnis der Zollparlamentswahl[1043]: Der Kandidat der Deutschen Partei, der Nürtinger Baumwollfabrikant Heinrich Otto, gewann die Hälfte seiner 601 Stimmen im Oberamt Kirchheim in den Wahldistrikten Kirchheim (197= 19,66% der verfügbaren Stimmen) und Owen (103= 24,24%), wo er sogar seinen Gegner, den Freiherrn von Varnbüler, überflügelte. Bei dieser ersten Wahl nach allgemeinem Stimmrecht seit der Revolution war das Wählerinteresse im Oberamt Kirchheim jedoch insgesamt mit 53,86% erstaunlich gering und blieb in den Wahldistrikten Kirchheim

---

1034 Widmer, Kirchheim u.T., S. 223, Tabelle 34.

1035 Frasch, Kirchheim u.T., S. 296ff.

1036 Als Anhänger der Volkspartei ließen sich ferner ermitteln: der Rotgerber Carl Heinrich Bantle (geb. 28. Januar 1831), der Konditor August Benz (geb. 17. November 1825), der Kaufmann Edmund Groß (geb. 20. Juni 1839), der Schönfärber Theodor Schmückle (geb. 10. Juni 1833) und der Fabrikant Heinrich Breuning (geb. 22. Mai 1823), der allerdings bei beiden Wahlen abwesend war.

1037 Beurlen, Hütt, Krauß, Pantel und Weippert setzten ihre Namen unter die Resolution der DP vom August 1867 betr. die Wiederherstellung des Zollvereins; der Aufruf zur Zollparlamentswahl wurde dann aber nur von Wächter/Owen unterzeichnet; an der Stuttgarter Versammlung vom Oktober 1870 nahmen aus der Stadt Kirchheim Ficker, Kuhn, Pantel und Schüle teil.

1038 Friedrich Wilhelm Karl Wächter, geb. 26.9. 1817 in Stuttgart (frdl. Mitteilung des Pfarramts Owen), Stadtschultheiß und Ratsschreiber in Owen 1851–71 (frdl. Mitteilung des Stadtarchivs Owen); seit Spätsommer 1871 Buchhalter der Staatsschuldenkasse (StAL E 179/II Bü 3395 Bericht des OA Kirchheim vom 9. September 1871); Vorstand der DP im Oberamt Kirchheim Januar 1867 und schon früher Führer der Liberalen (Nl Hölder, Fasz. VIII, Stück 218); Mitglied im Landeskomitee der DP 1867/68; V-Mann Hölders 1868/70; siehe unten, S. 467, Anm. 1070.

1039 V-Mann Hölders im Februar 1870.

1040 Gottlieb Beurlen, geb. 4. März 1813; vgl. Widmer, Kirchheim u.T., S. 223, Tabelle 34.; sein Sohn Wilhelm Gottlieb Beurlen (1843–1924), Seifensieder, Landwirt und seit 1885 Gemeinderat in Kirchheim u.T., vertrat das Oberamt seit 1895 im Landtag (Volkspartei); Raberg, Biographisches Handbuch, S. 65.

1041 Julius Krauß (1841–1923), „Germania" Jg. 1859; er nahm an der Landesversammlung der DP 1880 teil; vgl. auch: Schriftenreihe des Stadtarchivs Kirchheim u.T. Bd. 12, S. 161f.

1042 Friedrich Schüle geb. 16. Juni 1841; sein Vater, Rudolf Schüle (1805–1886), verkörperte die konstitutionelle Tradition der 48er Revolution, vgl. Widmer, Kirchheim u.T., S. 80f.; 95ff., 133ff.; vgl. auch: Teckbote 15. Juli 1989. Weitere Anhänger der DP: Tuchmacher Friedrich Breuning (geb. 12. Juli 1811), Kaufmann Carl Ficker (geb. 21 September 1842), Flaschner Christian Paul Hütt (geb. 4. Juli 1821), Ökonom Carl Kuhn geb. 27. September 1838; (er war 1868 noch nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen), Schuhmacher Jakob Friedrich Pantel (geb. 24. Februar 1814) und Kürschner Carl Weippert (geb. 3. Dezember 1817).

1043 StASig Wü 65/40 T1 Oberamt Urach Zollparlamentswahl; siehe Anhang A, S. 663f.

Stadt (44,24%), Roßwälden (44,89%) und Owen (46,41%) noch deutlich darunter. Diese Zurückhaltung der Wähler mochte auch damit zusammenhängen, dass beide Kandidaten ortsfremd waren; die Verteilung der Stimmen im Oberamt weist jedoch eher in eine andere Richtung. Während nämlich die Höhe der Wahlbeteiligung und der Stimmenanteil der Deutschen Partei nur schwach negativ zusammenhingen (r = –0.623), ging das geringe Wählerinteresse ganz wesentlich zu Varnbülers Lasten (r = 0.843)[1044]. Weder hatte also das von Regierung und Großdeutschen aufgebaute Feindbild „Deutsche Partei" die Mobilisierung der Wahlberechtigten vorangetrieben, noch schien die Kandidatur des württembergischen Außen- und Verkehrsministers in Teilen des Oberamts Kirchheim auf große Zustimmung zu stoßen: Die Haltung des Königs gegenüber der *Pfütze der Demokratie* und die Eisenbahnfrage waren sicherlich unvergessen[1045]. Wenn andererseits in den industriell-gewerblichen Zentren der Stimmenanteil der DP deutlich höher lag als in den ländlich-agrarischen Gebieten, so ist dies gewiss nicht nur auf den Einfluss einiger Meinungsführer zurückzuführen, sondern hat vermutlich auch mit ökonomischen Interessenlagen zu tun, die über den württembergischen Raum hinauswiesen.

Bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 bewarben sich zunächst nur zwei Kandidaten um das Mandat: Die ministerielle Seite – Oberamtmann Idler und Stadtschultheiß Heim von Kirchheim[1046] – stellte den früheren Abgeordneten Oberamtspfleger Hirzel auf und warb für ihn mittels des Beamtenapparats und durch Unterschriftenaktionen. Auf Hirzels Bewerbung hin brachte sich der Weilheimer Stadtschultheiß Albert Friedrich Faber[1047] als Kandidat ins Gespräch, indem er einen öffentlichen Vortrag ankündigte[1048]. Faber galt als Großdeutscher mit demokratischer Ausrichtung[1049]; die Volkspartei distanzierte sich freilich von ihm[1050], und er fand auch im „Deutschen Volksblatt" keinerlei Unterstützung; der Innenminister schätzte ihn als *unbeliebt* und für die Regierung ungefährlich ein, da er eine Stelle suche[1051].

Anfang Juli schließlich forderte die Deutsche Partei Stadtschultheiß Wächter von Owen zu einer Kandidatur auf[1052]. Angesichts der drohenden Spaltung der liberalen Wählerschaft rechnete wohl nicht nur der Innenminister damit, dass sich der Favorit des Oberamtmanns und des Kirchheimer Stadtschultheißen gegenüber den Stadt-

---

[1044] Gesonderte Berechnung.

[1045] Frasch, Kirchheim u.T., S. 309, 320ff.

[1046] Staatsanzeiger Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1599 „Kirchheim, 29. Juni"; Nr. 155, 2. Juli 1868, S. 1608; Nr. 1558, 5. Juli 1868, S. 1642.

[1047] Albert Friedrich Faber, geb. in Weilheim 16. Mai 1824, Sohn des Amtmanns und Amtsnotars; Rechtsanwalt; Stadtschultheiß in Weilheim 1866–1878. (Der Stadtverwaltung und dem ev. Pfarramt von Weilheim sei für die Auskünfte herzlich gedankt.)

[1048] Staatsanzeiger Nr. 146, 21. Juni 1868, S. 1514 nach dem „Teckboten" Nr. 68 und Nr. 70.

[1049] Schw. Kronik (1870), S. 3287 „Kirchheim u.T. d. 21. November 1870".

[1050] SVZ Nr. 151, 2. Juli 1868 (Frontseite).

[1051] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein 2./3. Juli 1868.

[1052] Gessler an von Egloffstein 2./3. Juli 1868 (wie Anm. 1051); SVZ Nr. 151, 2. Juli 1868 (Frontseite): Wenn die Wähler Kirchheims über den Bezirk nicht hinausgehen wollten, so sollten sie sich für Wächter entscheiden.

schultheißen der beiden konkurrierenden Städte des Oberamts durchsetzen werde, auch in den politisch führenden Kreisen der Stadt Kirchheim ging die Suche nach einem geeigneten Kandidaten weiter, bis schließlich am 3. Juli überraschend[1053] Christian Mayer auftrat[1054] und Wächter verzichtete[1055]. Obschon als „Preuße" bekannt[1056], verstand sich Mayer als Kompromisskandidat, wie er Hölder nach der Wahl mitteilte[1057]; dies erklärt auch, warum er in seinem kurzen Wahlkampf auf Sachfragen abhob und offenbar die außenpolitischen Streitfragen vermied[1058].

Bei überdurchschnittlich reger Anteilnahme der Wähler (69,59%) fiel Mayers Wahlsieg deutlich aus: Etwa zwei Drittel der Abstimmenden – 44,01% der Berechtigten – entschieden sich für ihn; der Favorit des Oberamtmanns endete abgeschlagen mit 543 Stimmen (10,11%) auf dem letzten Platz. Ein Artikel in der „Schwäbischen Kronik"[1059] leitete nach der Wahl Lehren aus diesem Resultat ab. Vor allem an die Adresse von Oberamtmann Idler und Stadtschultheiß Heim gerichtet, wurde darin die Wahlkampfführung der ministeriellen Partei als *gegen alles Dekorum* kritisiert und festgestellt: *Durch die geheime Stimmgebung ist der ganze Apparat des früheren Wahlzopfs unbrauchbar geworden. Es gehörte wirklich eine große Naivität dazu, im Jahr 1868 noch einmal es mit dem ‚verbrauchten Zeug' versuchen zu wollen.* Dieses Urteil schloss gewiss auch die Person des Regierungskandidaten, den „Vater des Prügelgesetzes"[1060], mit ein. Auch die weitere Lehre, dass *die Strömung nach dem ‚einen und einigen Deutschland' ohne Hintergedanken* [...] *sichtlich zugenommen* habe, lässt sich dem *beachtenswerten* Wahlergebnis durchaus entnehmen: Schließlich entschieden sich fast viermal so viele Wähler für die DP wie noch bei der Zollparlamentswahl.

Ausmaß, Quellen und Nachhaltigkeit dieser Wanderungsbewegung der Wähler werden allerdings im Zusammenhang mit der eingehenden Analyse des Wählerverzeichnisses zu beurteilen sein[1061]. Zunächst bleibt festzuhalten, dass die Ablehnung

---

[1053] Vgl. Beiträge zur Heimatkunde des Bezirks Kirchheim u.T., N.F. 8 (2/1968), S. 12 „Landtagswahl mit Überraschungen".

[1054] Gessler an von Egloffstein 7. Juli 1868 (wie Anm. 1051); SVZ Nr. 152, 3. Juli 1868, S. 647 – indirekt wurde Wächter damit zum Verzicht aufgefordert. – Zudem trat nun noch der entlassene Kameralverwalter Gutsbesitzer Lang von der Diepoldsburg als Kandidat auf; die Anzahl der für ihn abgegebenen Stimmen war so gering, dass sie nicht gesondert ausgewiesen wurde.

[1055] SVZ Nr. 154, 5. Juli 1868, S. 654.

[1056] HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein 7. Juli 1868; Mayer hatte die Resolution der DP vom 4. August 1867 unterzeichnet und war 1867/68 Mitglied des Landeskomitees der DP.

[1057] Nl Hölder Fasz. XI, Stück 88 Brief Mayers an Hölder vom 15. Oktober 1868; vgl. Rapp, Württemberger, S. 357, Anm. 1.

[1058] Vgl. Widmer, Kirchheim u.T., S. 152f.

[1059] Nr. 167, 15. Juli 1868, S. 1985 „Kirchheim u.T. den 12. Juli"; vgl. auch Idlers Bericht an das Innenministerium HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 250 Bericht des Oberamts betr. die Art und Weise der Wahlbewegung, Kirchheim, 24. Juli 1868.

[1060] SVZ Nr. 151, 2. Juli 1868 (Frontseite) „Vom Lande. An die Wähler Kirchheims" – der Verfasser bezieht sich dabei auf den „Beobachter".

[1061] Siehe unten, S. 513ff.

des konservativen Kandidaten die liberaleren Wähler hinter Mayer einte und so seinen Wahlsieg ermöglichte. Des Weiteren war diese Wahl im Oberamt Kirchheim stark durch die Rivalität zwischen den drei Städten, durch regionale Interessen geprägt: Faber gewann 679 seiner insgesamt 760 Stimmen (89,3%) in seinem Heimatdistrikt Weilheim, in den übrigen fünf Distrikten blieb sein Stimmenanteil jeweils unter 5%. In Wächters Heimatdistrikt Owen blieb das Wählerinteresse mit 56% erheblich niedriger als in den anderen Distrikten, nachdem Wächter verzichtet hatte; jeder zweite Wahlberechtigte gab zwar Mayer seine Stimme, für den Weilheimer oder den Regierungskandidaten konnten sich aber nur wenige erwärmen.

Als es im Winter 1870 um die Neuwahl des Landtags ging, stellte sich Mayer wiederum zur Wahl, in der Presse empfohlen wegen seiner *ächt deutschen Gesinnung*[1062] und dieses Mal auch vom Oberamtmann und dem Beamtenapparat unterstützt[1063]. Stadtschultheiß Faber von Weilheim entschied sich letztlich gegen eine Kandidatur, und die Mitglieder der Volkspartei erklärten öffentlich, sie würden sich der Abstimmung enthalten, nachdem ihr Versuch, in Gottfried Betz[1064], Schultheiß und Notar in Dettingen, einen stärker liberal-demokratisch gerichteten Mann zu einer Kandidatur zu bewegen, gescheitert war[1065]. Hatte sich also auch gegenüber 1868 die Person des wichtigsten Kandidaten nicht geändert, so sprach dieser doch durch das Zusammengehen mit der Regierung einen anderen Ausschnitt aus dem Wählerspektrum an als 1868 und war daher für manchen nicht mehr wählbar. Nicht nur blieb das Wählerinteresse am 5. Dezember 1870 so gering, dass eine Ergänzungswahl durchgeführt werden musste, bezeichnenderweise nahm auch Mayers Stimmenzahl gegenüber 1868 um 140 (2,4%-Punkte) ab, für den „Beobachter" ein klares Indiz dafür, *daß das Zutrauen zu Mayer einen starken Stoß erlitten* habe[1066], jedenfalls kein Beweis für ein weiteres Fortschreiten des Einigungsgedankens im Oberamt Kirchheim.

Oberamtmann Idler berichtete dem Innenministerium von einer *unerwarteten Lauheit im ersten Wahlgang*, die er auf das Fehlen eines zweiten Bewerbers und teilweise die Wahlenthaltung der Demokraten zurückführte[1067]. Der Blick auf die Einzelergebnisse des Oberamts bestätigt diese Einschätzung im Wesentlichen, vermittelt jedoch ein differenzierteres Bild. In allen sechs Wahldistrikten[1068] lag die Wahlbeteili-

---

[1062] SVZ Nr. 280, 25. November 1870, S. 1153 unter Berufung auf die „Neckar-Zeitung"; Schw. Kronik (1870), S. 3231 „Kirchheim u.T. den 15. November".

[1063] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 365/371 Bericht des Oberamts betr. das Ergebnis der Abgeordnetenwahl, Kirchheim, 14. Dezember 1870: Sämtliche Angestellte des Bezirks hätten für die Wahl Mayers gewirkt, wenigstens sei keiner gegen dieselbe aufgetreten.

[1064] Gottfried Betz (1835–1908), 1877–1880 Amtsnotar in Murrhardt, 1880–1888 in Boll/Göppingen; Gerichtsnotar in Marbach 1880–1892, danach in Kirchheim u.T. Landtagsabgeordneter für Kirchheim 1877, für Göppingen 1889–1894. Staatsanzeiger Nr. 94 (1908), S. 639 und 647; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 64.

[1065] Nach dem Bericht des Oberamtmanns (HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 365/371) und der Schw. Kronik (1870) S. 3287, 3327; 3307; 3231 und 3383.

[1066] Beobachter Nr. 294, 13. Dezember 1870.

[1067] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 365/371.

[1068] Da für 1868 die Ergebnisse auf Gemeindeebene fehlen, muss sich der Vergleich auf die

gung niedriger als bei der Landtagswahl 1868, meist um 17–20%-Punkte, im Distrikt Weilheim sogar um 49,4%-Punkte! Doch das geringe Wählerinteresse ging nicht einfach linear zu Mayers Lasten. Gerade im Distrikt Weilheim konnte Mayer erhebliche Stimmengewinne verbuchen (+12,2%-Punkte), die ganz überwiegend von früheren Wählern des Weilheimer Stadtschultheißen stammen mussten; und leichte Gewinne für Mayer meldete auch der Wahldistrikt Zell, 1868 eine Hochburg des ministeriellen Kandidaten. Die größten Verluste von 12,85%-Punkten musste Mayer ausgerechnet im Distrikt Owen hinnehmen; dort stimmten in den beiden Wahlgängen 61 Wähler[1069] für ihren Stadtschultheißen Wächter, der ja ebenfalls der Deutschen Partei angehörte, aber gar nicht kandidierte: Offensichtlich ein Protest gegen Mayer, möglicherweise Anzeichen für Richtungskämpfe zwischen einem liberalen und einem mehr konservativen Flügel innerhalb der DP[1070], jedenfalls aber Anhaltspunkt dafür, dass ein Teil der Wählerschaft zögerte, Mayers Bündnis mit der Regierung nachzuvollziehen.

Das ungefähre Ausmaß dieser Absetzbewegung erschließt sich, wenn man unterstellt, dass Mayer bei der Landtagswahl von 1870 im Wesentlichen die Stimmen der ministeriellen Wähler von 1868 erbte[1071]. In den Distrikten Kirchheim (I) und Oberlenningen (IV) würden sich Mayers Verluste dann auf bis zu 21–23%-Punkte belaufen, in Owen (II) und Notzingen (III) auf 17–18 Punkte, in Weilheim (V) und Zell (VI) auf 10–13%-Punkte: 600–700 Wähler, die man zwar nicht alle als Anhänger der Volkspartei ansprechen darf, die aber ein stärker liberal ausgerichteter Bewerber für sich hätte gewinnen können, wie das bei der Landtagswahl 1876 tatsächlich geschah, als Betz doppelt so viele Stimmen gewann wie Mayer[1072].

Die Ergänzungswahl vom 12. Dezember 1870 bescherte Mayer dann ein erheblich besseres Ergebnis: 1300 zusätzliche Wählerstimmen ließen seinen Stimmenanteil auf

---

Distrikte beschränken; auf dieser Ebene würde sich ein deutlicher Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen den drei nördlichen und den drei südlichen Distrikten ergeben, der sich bei Berücksichtigung der Resultate der einzelnen Gemeinden als zufällig erweist.

[1069] Im ersten Wahlgang wahrscheinlich 21.

[1070] StAL E 179/II, Bü 3395 und F 176/II OA Kirchheim, Bü 23: Während der Revolution war Wächter Oberamtsaktuar in Kirchheim u.T.; wegen seiner politischen Tätigkeit im Ausschuss des Kirchheimer Volksvereins wurde er mehrfach vom Innenminister verwarnt und im Herbst 1849 nach Horb versetzt. Nach seiner Wahl zum Stadtschultheißen und Ratsschreiber von Owen im April 1851, bat Wächter um Entlassung aus dem Staatsdienst. 1853 gab es Überlegungen im Oberamt, gegen Wächter Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, weil der öffentlich Beiträge für das Schoder-Denkmal (Adolf Schoder, 1817–1852, Führer der Demokraten im Landtag und einflussreiches Mitglied der Paulskirche; s. BRANDT, Parlamentarismus, S. 157 Anm. 95) eingeworben und sich damit erneut als „Linker" geoutet hatte.

[1071] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Kirchheim 2: DP70a/Min68 r = 0.8340.

[1072] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 26 Oberamt Kirchheim, Bericht des Oberamts vom 14. Dezember 1876 betr. die Feststellung des Wahlresultats der Abgeordnetenwahl, Beilage 1: Von 5441 Berechtigten hatten 4125 abgestimmt, für Betz 2736, für Mayer 1334; siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Kirchheim 2: Betz (DP76links) profitierte dabei von einer hohen Wahlbeteiligung (r = 0.7693) und seine Wähler entsprechen sehr weitgehend den Wählern der Volkspartei von 1882 (r = 0.9412).

65,1% der verfügbaren Stimmen ansteigen[1073]; 13% der Berechtigten machten freilich ihrem Ärger über die Ganggebühr von 6 bzw. 4 kr. dadurch Luft[1074], dass sie einen anderen Namen auf den Stimmzettel schrieben.

e) Oberamt Leutkirch

Zu einer höchst ungewöhnlichen Situation führte die Wahl vom 5. Dezember 1870 im Oberamt Leutkirch: Obwohl dort Kandidaten von Deutscher Partei und Volkspartei um die Wählergunst konkurrierten, blieb das Wählerinteresse mit 48,86% so gering, dass am 12. Dezember eine Ergänzungswahl durchgeführt werden musste. Oberamtmann Lauth[1075] machte für die schwache Wahlbeteiligung die Einwirkungen der katholischen Geistlichkeit verantwortlich[1076]. Nach Gerlinde *Runge*[1077] habe die Mehrheit der Geistlichen in Leutkirch – anders als in Laupheim – zur Wahlenthaltung geraten; im katholischen Klerus seien also verschiedene Strömungen wirksam gewesen. Die tatsächlichen Motive für das Verhalten der katholischen Geistlichen im Oberamt Leutkirch erschließen sich vor dem Hintergrund der Landtagswahl vom 8. Juli 1868.

Für die Volkspartei kandidierte im Juli 1868 wie auch im Dezember 1870 der Stadtschultheiß von Wurzach, Ernst Völmle – ein Protestant. Ihn hatten 1868 die Demokraten in Leutkirch und Wurzach dem katholischen Kandidaten Bumüller gegenübergestellt und diesen durch massive Angriffe in der Öffentlichkeit zum Verzicht genötigt[1078]. In dieser ersten Phase hatten die konfessionellen Gegensätze den Wahlkampf beherrscht.

Böckeler, der ministerielle Ersatzkandidat[1079], zeigte sich den Anforderungen des Wahlkampfes physisch und psychisch nicht völlig gewachsen; ihm und seinen Helfern bescheinigte der Oberamtmann im Nachhinein beklagenswerte *Gleichgültigkeit und nachlässige Tätigkeit*[1080]. In dieser zweiten Phase des Wahlkampfes bis hin zur Abstimmung spielten religiöse Rücksichten keine ausschlaggebende Rolle mehr, Völmle dürfte jedoch kaum die Unterstützung des katholischen Klerus gewonnen haben[1081]. Die niedrige Wahlbeteiligung (55,0%) und Völmles recht geringer Stimmenanteil (31,73%) spiegeln die Reserve eines großen Teils der Wahlberechtigten gegenüber dem VP-Kandidaten.

[1073] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Kirchheim 2: DP70b/Min68: r = 0.8625.

[1074] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 365/371.

[1075] Johann Josef Lauth (1812–1874), ev., Oberamtmann von Leutkirch 1847–1874; 1871 zum Ehrenbürger der Stadt Leutkirch ernannt; Begründer der „Laut'schen Stiftung"; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 376; Vogler, Leutkirch im Allgäu, S. 153.

[1076] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 449/452 Bericht des Oberamts betr. die Abgeordnetenwahl, Leutkirch 6. Dezember 1870.

[1077] Runge, Volkspartei, S. 173.

[1078] Siehe oben, S. 128f.

[1079] Staatsanzeiger Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1588.

[1080] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 261f.

[1081] Vgl. Beobachter Nr. 168, 21. Juli 1868 „Aus Leutkirch" über die Gegner der Volkspartei; so auch: Runge, Volkspartei, S. 149.

Am 10. November 1870 meldete der „Beobachter", im Oberamt Leutkirch sei der *Sinn des Volkes unerschütterlich großdeutsch*, Völmle habe gute Aussichten[1082]; das „Deutsche Volksblatt" druckte diese Meldung nach[1083]. Die Betonung lag bei beiden Blättern auf dem gemeinsamen Nenner, dass das Volk großdeutsch sei; das möglicherweise Trennende – die Konfession Völmles und seine demokratische Einstellung – blieb unerwähnt. Eine Woche später trat die politische Konkurrenz mit der Kandidatur des Gutsbesitzers und Glasfabrikanten Albert von Schmidsfeld[1084] an die Öffentlichkeit. Dieser war katholisch und hatte das Oberamt bereits von 1862 bis 1868 im Landtag vertreten, im Sommer 1868 aber auf eine erneute Kandidatur verzichtet[1085]. In der „Schwäbischen Kronik" schrieb ein Korrespondent aus Leutkirch[1086] über von Schmidsfeld: *Gehörte* [er] *bisher auch nicht zur nationalliberalen Partei, so war er doch auch kein Preußenfeind, und ihm ist ein geeinigtes Deutschland unter Preußens Führung jetzt die notwendige Frucht des geeinten Wirkens der deutschen Heere*[1087]. Auch von dieser Seite wurde offenbar versucht, das Trennende kleinzureden. Nach der Wahl hielt sich die „Schwäbische Volkszeitung" dann nicht mehr zurück und ordnete von Schmidsfeld als „national" ein[1088].

Den Wahlberechtigten im Oberamt Leutkirch und den katholischen Geistlichen im Besonderen stellte sich also im Dezember 1870 die Wahlentscheidung folgendermaßen dar: Der eine Kandidat vertrat die großdeutsche Richtung, gehörte aber nicht der „richtigen" Konfession an und war dazu noch Demokrat, der andere Kandidat war zwar katholisch und weniger radikal, aber ein „Preuße". Neutralität war angesichts dieser Lage das Äußerste, das Völmle von der Mehrheit der Geistlichen erwarten konnte. Völmles Wähler von 1868 dürften ihm auch 1870 überwiegend treu geblieben sein; seine Stimmenzahl verringerte sich nur um 1,58%-Punkte (104 Stimmen). Dagegen erteilten die Wähler von Schmidsfeld eine deutliche Abfuhr: Nur 18,46% (758) entschieden sich für ihn; drei Viertel dieser Stimmen fielen in den Wahldistrikten Leutkirch (I) und Aichstetten (II) an[1089].

Die Ergänzungswahl am 12. Dezember ließ das Wählerinteresse um über 1000 Stimmen auf 79,86% ansteigen; von Schmidsfeld gewann 381 Stimmen (9,28%-Punkte) hinzu, für Völmle entschieden sich 873 zusätzliche Wähler (21,26%-Punkte), so dass er schließlich das Mandat mit sicherer absoluter Mehrheit gewann. Bei bei-

---

[1082] Beobachter Nr. 266, 10. November 1870.

[1083] DV Nr. 265, 11. November 1870.

[1084] Albert von Schmidsfeld (1819–1904), Gutsbesitzer und Glasfabrikant; RABERG, Biographisches Handbuch, S. 804.

[1085] Staatsanzeiger Nr. 161, 9. Juli 1868, S. 1674; DV Nr. 149, 28. Juni 1868 „Schmidsfelden, 23. Juni": Er erklärt darin, er habe immer mit den Liberalen gestimmt; nach deren Aufteilung in eine pro- und eine antipreußische Richtung habe er es mit der Regierung gehalten; er stehe der DP nahe, sei aber nach allen Seiten unabhängig.

[1086] Vermutlich Jakob Blaich (ca. 1843–1893), Ratsschreiber in Leutkirch, Verwaltungsaktuar, ab 1875 Stadtschultheiß; er war 1867 Mitglied des Landeskomitees der DP.

[1087] Schw. Kronik (1870), S. 3253 „Leutkirch, den 17. November".

[1088] SVZ Nr. 298, 16. Dezember 1870, S. 1225.

[1089] Siehe unten, Anhang A, S. 623.

den Kandidaten verstärkten die Stimmengewinne in der Ergänzungswahl die grundlegende Stimmenverteilung auf die Wahldistrikte: Beide konnten in ihren Hochburgen die höchsten Zugewinne verbuchen. Der Wahlbericht des Oberamtmanns liefert einige Ansätze zur Deutung dieses Wahlausfalls.

Während die führenden Demokraten aus der Oberamtsstadt, der Gerber Fr. Ländle[1090] und der Ökonom und Posthalter Fritz Möhrlin[1091] mit dem Wurzacher Demokraten an einem Strang zogen und Völmle auf seiner Wahlkampftour durch fast alle Gemeinden begleiteten, sei von Schmidsfeld überhaupt nur in vier Gemeinden aufgetreten, in den Wahldistrikten Rot (V) und Wurzach (VI) gar nicht[1092]: Dort stimmten insgesamt nur 13,56% und 3,09% für von Schmidsfeld[1093], Völmle erhielt dagegen in Distrikt V 71,25% und sogar 77,99% in seinem Heimatdistrikt Wurzach (VI)[1094]. Im Distrikt Berkheim (III), den der Oberamtmann nicht gesondert anführt, ergibt sich ein ganz ähnliches Bild: für von Schmidsfeld 5,80% (5. Dezember: 4,35%), für Völmle 76,99% (5. Dezember: 44,02%).

Im Distrikt Gebrazhofen (IV) blieb das Wählerinteresse demgegenüber um 20%-Punkte unter dem Gesamtdurchschnitt, nachdem sich dort auch am 5. Dezember nur ein Drittel der Wahlberechtigten zur Teilnahme an der Wahl entschlossen hatte. Es scheint, als hätten dort die Wahlberechtigten am nachhaltigsten versucht, der Entscheidung zwischen den Kandidaten auszuweichen; mehrheitlich war dann aber die Entscheidung doch für den großdeutschen Bewerber gefallen, obwohl dieser Demokrat und Protestant war. In diesem Sinne ist dann auch die folgende Deutung des Oberamtmannes zu verstehen: *Diesmal wirkten aber auch religiöse Rücksichten bei den meisten streng katholischen Wählern sehr auf die Wahl ein, zumal in hiesiger Gegend von früheren Zeiten her noch besondere Anhänglichkeit an Österreich besteht*[1095]. Gerade streng katholischen Wählern dürfte die Entscheidung zwischen von Schmidsfeld und Völmle schwer gefallen sein.

Die Wahldistrikte Leutkirch (I) und Aichstetten (II) waren die Hochburgen von Schmidsfelds. Zum Distrikt I gehörten seine Heimatgemeinde Schmidsfelden[1096] und die Oberamtsstadt mit einer mehrheitlich protestantischen Bevölkerung: Eine hohe Stimmenzahl für von Schmidsfeld überrascht dort nicht. Seine gute Position im Distrikt Aichstetten (II) könnte sich dadurch erklären, dass nahe der Oberamtsstadt der Einfluss der Beamten noch zählte, während diese ansonsten, wie der Oberamtmann

[1090] Er war 1869 und 1870 Mitglied des Landeskomitees der VP.

[1091] Fritz Möhrlin (1837–1892), seit 1866 Posthalter und Landwirt in Leutkirch, seit 1876 landwirtschaftlicher Schriftsteller; Direktor des Leutkircher Spar- und Vorschussvereins; Mitglied des Gesamtkollegiums der Zentralstelle für die Landwirtschaft; Schmidt-Buhl, Schwäbische Volksmänner, S. 90–95; Vogler, Leutkirch im Allgäu, S. 104f.

[1092] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 444/453 Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Leutkirch d. 18. Dezember 1870.

[1093] Am 5. Dezember 10,85% und 2,42%.

[1094] Am 5. Dezember 38,34% und 50,07%.

[1095] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 444/453 Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Leutkirch d. 18. Dezember 1870.

[1096] Teilgemeinde von Winterstetten.

beklagt, meist nur wenig Einfluss auf die Wählerschaft nehmen konnten. Da insgesamt also von den „Meinungsmachern" im Oberamt die Geistlichkeit sich überwiegend neutral verhielt und die Beamtenschaft nur wenig Einfluss auf die Wähler ausüben konnte, gelang es der Volkspartei, die Mehrheit der zunächst zögernden Wähler durch die Betonung des großdeutschen Standpunktes auf ihre Seite zu ziehen.

Ganz anders stellte sich Lage bei der Landtagswahl vom 13. Dezember 1876 dar. Am 30. Oktober 1876 hatte in Stuttgart eine „Versammlung katholischer Wähler" für die bevorstehenden Landtags- und Reichstagswahlen u.a. beschlossen: *Die Katholiken des Landes sollen die Wahlen für den Landtag sowohl als für den Reichstag auf unabhängige, charakterfeste und freigesinnte Männer lenken*[...]. *Die Katholiken sollen treue Söhne ihrer Kirche wählen, nicht um eine katholische Partei in der Abgeordnetenkammer zu bilden, sondern um in dieser Zeit, wo die kirchlichen Fragen zu politischen Streitfragen gemacht sind, von Männern vertreten zu sein, die sich zur Aufgabe machen, den Frieden zwischen Staat und Kirche zu erhalten, gegen jeden Angriff aber die Rechte und Interessen der Kirche entschieden zu verteidigen.* Die Stoßrichtung dieser Beschlüsse war eindeutig: *Die katholischen Wähler können keinem Nationalliberalen ihre Stimme geben, da diese Partei es ist, welcher vor allen anderen die Ausnahmegesetze gegen die katholische Kirche zur Last fallen.* Angehörige anderer Parteien, vor allem der Volkspartei, könnten gewählt werden, wenn sie gegen den Kulturkampf und für die geistliche Schulaufsicht seien; bei der Reichstagswahl sollten nur Kandidaten der Zentrumspartei gewählt werden[1097].

Im Oberamt Leutkirch wurde demgemäß der Pfarrer und Schulinspektor Karl Ferdinand Eggmann[1098] aus Frittlingen/Oberamt Spaichingen als Kandidat aufgestellt. Eggmann stammte aus Wurzach und war dort in den frühen sechziger Jahren zeitweilig als Stadtpfarrverweser tätig gewesen. Von Schmidsfeld, der *treue Verfechter der deutschen Sache*, wie er jetzt in der „Schwäbischen Kronik" tituliert wurde[1099], verzichtete auf eine Kandidatur gegen Eggmann, ebenso Völmle, für den Möhrlin einsprang[1100]. Da die Geistlichen Eggmann unterstützten, rechnete der Korrespondent der „Schwäbischen Kronik" mit dessen Sieg, der dann auch beeindruckend ausfiel: Bei einer Wahlbeteiligung von 66,79% stimmten 53,57% für Eggmann; in vier Distrikten übertraf er die absolute Mehrheit deutlich, in den beiden übrigen Distrikten wurden mehr als 46% für ihn abgegeben[1101]. Die Deutsche Partei hatte sich für neu-

[1097] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 10, Oberamt Rottweil, Beilage III zum Bericht des Oberamts betr. Wahlumtriebe aus Veranlassung der Abgeordnetenwahl, Rottweil, 22. November 1876; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Leutkirch.

[1098] Karl Ferdinand Eggmann (1827–1913); Pfarrer und Schulinspektor, ab 1880 in Riedlingen, seit 1889 in Bergatreute, Dekan, Oberkirchenrat; Landtagsabgeordneter für Leutkirch 1876–1906; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 163f.

[1099] Schw. Kronik (1876), S. 2689 „Leutkirch den 30. November"; von Schmidsfeld stellte sich bei den Reichstagswahlen von 1877, 1878 und 1881 als nationalliberaler Kandidat im Wahlkreis 14 (Leutkirch etc.) zur Verfügung und unterlag jedes Mal sehr deutlich gegen Graf Bissingen von der Zentrumspartei.

[1100] Schw. Kronik Nr. 293, 10. Dezember 1876, S. 2749.

[1101] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 30 Oberamt Leutkirch, Bericht des

tral erklärt[1102]; die 142 Stimmen, die dennoch für von Schmidsfeld abgegeben wurden, dürften von seinen treuesten Anhängern, Freunden und Verwandten stammen[1103]. Die Volkspartei mit Möhrlin brachte es auf 386 Stimmen[1104], für Völmle stimmten 33 Wähler, davon 30 wohl allein in Wurzach. Dieser „harte Kern" der Volkspartei rekrutierte sich außerhalb der Oberamtsstadt aus der katholischen Wählerschaft, Protestanten waren dort nur vereinzelt vertreten. In der Stadt Leutkirch dürfte sich die Wählerschaft nahezu paritätisch aus Protestanten und Katholiken zusammengesetzt haben[1105]; die Wahlergebnisse lassen jedoch keine Rückschlüsse auf das Stimmverhalten der beiden Gruppen im Dezember 1876 zu.

Bei den Landtagswahlen vom 20. Dezember 1882 und 9. Januar 1889[1106] wurde Eggmann konkurrenzlos wiedergewählt; die stark schwankenden Stimmenanteile – 1882 zwischen 17 und 83%; 1889 zwischen 25 und 75% – könnten aber auch signalisieren, dass die Wähler nicht überall Eggmanns christlich-konservativen Standpunkt[1107] teilten. Die Wahlbeteiligung blieb bei diesen beiden Landtagswahlen sehr gering: 1882 gaben 45,26% der Berechtigten ihre Stimme ab, 44,87% für Eggmann; 1889 stimmten 44,72% ab, 44,39% für Eggmann[1108]. Bemerkenswert niedrig war das Interesse der Wähler in der Oberamtsstadt. 1882 stimmten dort nur 19,4% ab (18,8% für Eggmann); wenn die protestantischen Wähler im Hause blieben, erreichte aber selbst im katholischen Teil der Wählerschaft das Interesse nur ca. 35%; 1889 stimmten insgesamt 27,9% ab (27,2% für Eggmann), das dürften etwa 50% der katholischen Wähler gewesen sein.

Am 1. Februar 1895 kandidierte Eggmann nicht mehr für die Landespartei, sondern für die Zentrumspartei; er gewann erneut überlegen[1109]. Erstmals trat die SPD im Oberamt mit einem Kandidaten – Georg Bronnenmayer – auf und brachte es auf 20 Stimmen (0,44%). Einen Achtungserfolg erzielte die Volkspartei mit 15,86%, die

---

Oberamts vom 17. Dezember 1876 betr. die Landtagsabgeordnetenwahl; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Leutkirch.

[1102] Schw. Kronik (1876), S. 2689 „Leutkirch den 30. November".

[1103] 102 Stimmen stammten aus Wahldistrikt I, zu dem auch seine Heimatgemeinde gehörte.

[1104] Im Oberamtsdurchschnitt 9,0%; zwischen 5,16% in Gebrazhofen und 13,3% in Berkheim.

[1105] Nach der Zählung vom 3. Dezember 1867 stellten die Protestanten etwa 56%, am 2. Dezember 1895 nur noch 43% der Gesamtbevölkerung. 1876 belief sich die Zahl der Wahlberechtigten auf ca. 530, von denen etwa 270 protestantisch waren. Die Zunahme des katholischen Bevölkerungsteils durch Zuwanderung oder hohe Geburtenraten hat sich vermutlich erst mit einigen Jahren Verspätung auf die Zusammensetzung der Wählerschaft ausgewirkt.

[1106] Wahlergebnisse nach: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Leutkirch, Bl. 2 und Bü 860, Fasz. 5, Nr. 29 Oberamt Leutkirch, Bl. 519ff.; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Leutkirch.

[1107] Schw. Kronik (1882), S. 1999 „Leutkirch, den 12. Dezember".

[1108] Vgl. Allgaier, Die Stände Württembergs, S. 33, der betont, dass Eggmann mit dem höchsten Prozentsatz der abgegebenen Stimmen (99,6%) wiedergewählt wurde.

[1109] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 30 Oberamt Leutkirch, Bl. 443ff.; bei einer Wahlbeteiligung von 73,87% stimmten 56,96% der Berechtigten für Eggmann; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Leutkirch.

den Ökonomen und Nüsslewirt Xaver Kohler aus Wurzach, einen Katholiken, ins Rennen geschickt hatte.

Beim Vergleich der Stimmenanteile Eggmanns von 1882 bis 1895 zeigt sich für die 25 Gemeinden eine deutliche Kontinuität seiner Wähler, die allerdings zwischen 1882 und 1889 deutlich stärker ausgeprägt ist (r = 0.7842) als zwischen 1889 und 1895 (r = 0.6943)[1110], da sich einerseits die Wähler von Landespartei und von Zentrumspartei unterschieden haben mögen, andererseits aber Einzelkandidaturen meist eine etwas andere Wählerschaft ansprachen als konkurrierende Kandidaten. Ihrer sozialen Herkunft nach lassen sich die Zentrumswähler in dem Sinne charakterisieren, dass sie seltener aus Gemeinden mit einem hohen Anteil an Gewerbetreibenden, öfter aus Gemeinden mit einem hohen Anteil an großen Bauernhöfen stammten[1111]. In gewerblich strukturierten Gemeinden erreichte die Volkspartei höhere Stimmenanteile[1112]. Kohler gewann seinen höchsten Stimmenanteil von 66,52% in Wurzach nicht nur, weil dies seine Heimatstadt war und weil Kohler als Katholik auch für die konfessionelle Schule eintrat[1113], sondern auch wegen der langen demokratischen Tradition dieser Stadt.

f) Oberamt Wangen

Das Oberamt Wangen schickte von 1858 bis 1894 ohne Unterbrechung den Landwirt, Schultheißen und Acciser Xaver Dentler aus Sommersried als Abgeordneten in den Landtag. Der *freundliche alte Herr mit den roten Bäcklein*[1114] oder, in anderer Sicht, der *Flügelmann der schwarzen Garde*[1115] vereinigte bei den fünf Landtagswahlen nach allgemeinem Stimmrecht, bei denen er sich seit 1868 seinen Wählern stellte, zwischen 44% und 54,96% der verfügbaren Stimmen auf sich, wobei er zweimal die absolute Stimmenmehrheit übertraf. Nichts unterstreicht Dentlers überragende Stellung jedoch mehr als die Tatsache, dass es seinen Gegnern nicht einmal gelang, einen Gegenkandidaten aufzustellen, der ihm auch nur im Entferntesten hätte gefährlich werden können. Oberamtmann Bailer[1116] fasste diesen Eindruck in seinem Bericht über die Landtagswahl von 1868 folgendermaßen zusammen: [...] *Dentler steht in solch allgemeiner Achtung und hat in seiner 10jährigen Tätigkeit als Mitglied der*

[1110] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Leutkirch.

[1111] Bezogen auf die Anzahl der Wahlberechtigten. Korrelation zwischen Z-Stimmenanteil und Anteil der gewerblichen Hauptbetriebe: r = –0.8021; Z-Stimmenanteil/Anteil der selbstständigen Gewerbebetriebe: r = –0.7797; landwirtschaftliche Betriebe über 5 ha r = 0.6151, über 10 ha r = 0. 6371.

[1112] VP/Anteil Hauptbetriebe: = 0.7321; VP/Anteil selbstständige Gewerbebetriebe: r = 0.5924.

[1113] Schw. Kronik (1895), S. 149; Beobachter Nr. 26, 31. Januar 1895.

[1114] Beobachter Nr. 129, 5. Juni 1868.

[1115] SVZ Nr. 299, 17. Dezember 1870, S. 1229.

[1116] Nonus (von) Bailer (1820–1892), kath., Oberamtmann von Riedlingen 1853–1857, von Wangen 1857–1870, von Ehingen 1870–1882, von Biberach 1882–1890; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 162.

zweiten Kammer das Vertrauen in solch hohem Grade erworben, daß bei allen von mir gelegentlich eingezogenen Erkundigungen die Stimmung der Bürgerschaft, ohne irgendwelche Beeinflussung, sich entschieden für Dentler ausgesprochen hat[1117]. Im „Beobachter" schrieb der „Handlungsreisende" über Dentler, die Regierung könne nichts einwenden gegen einen so vorzüglichen Ortsvorsteher, die Klerisei sei zufrieden mit dem guten Katholiken, der Bezirk sei zufrieden mit ihm wegen des erfolgreichen Einsatzes für die Kißlegg-Bahn und die Volkspartei könne auch mit ihm zufrieden sein, denn Dentler habe im Landtag gegen die Verträge und die Militärreform gestimmt; kurz: Dentler sei zwar nicht für die Republik, aber gegen Bismarck[1118].

Die Kehrseite der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Abgeordneten war jedoch das geringe Interesse der Bürger an der Wahl, ihre mangelhafte politische Mobilisierung. So stimmten am 8. Juli 1868 nach einem Wahlkampf ohne „Umtriebe", wie der Oberamtmann meldete, nur 50,57% der Wahlberechtigten ab – 20 über der Hälfte. Die Anhänger der Deutschen Partei in Isny hatten öffentlich erklärt, dass sie für Bernhard Schnitzer stimmen würden; eine Korrespondenz aus Isny kommentierte: *Wenn auch vorauszusehen ist, daß Schultheiß Dentler bei den bekannten politischen Ansichten, die im Oberamtsbezirk Wangen vorherrschend sind, die Mehrheit erlangt, so muß er doch erfahren, daß ein großer Teil der Wähler* ***und zwar der intelligentere****, nicht diesen Ansichten huldigt und deshalb auch bei der bevorstehenden Wahl anstatt auf die Abstimmung ganz zu verzichten, nach seiner Überzeugung den Mann seines Vertrauens wählen will. Herr Dentler richtet sich allzuviel nach den veralteten Anschauungen seiner Wähler, anstatt ihnen mit zeitgemäßen Ansichten, dem Fortschritt huldigend, voranzugehen*[1119]. Jene 85 Stimmen, die für Schnitzer in Isny abgegeben wurden, und zwei in seiner Geburtsstadt Wangen verhinderten im Jahre 1868 die Ergänzungswahl.

Auch im November/Dezember 1870 fand kein Wahlkampf statt. Zwar war anfangs eine „nationale" Kandidatur gefordert[1120] und als möglicher Kandidat der Direktor Albin Moser aus Stuttgart ins Gespräch gebracht worden[1121], der das Oberamt Wangen schon 1856/57 im Landtag vertreten hatte; auch hielt man bis zum Schluss eine überraschende Kandidatur Schnitzers oder Springers[1122] für möglich. Doch an den Wählern ging das vorbei: [...] *Im Oberamt Wangen rauscht und schwillt die Flut* [sc.

[1117] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 512 Bericht des Oberamts betr. die Wahlbewegung, Wangen, 15. Juli 1868.

[1118] Beobachter Nr. 129, 5. Juni 1868 „Bericht eines Handlungsreisenden" (I).

[1119] SVZ Nr. 155, 6. Juli 1868, S. 659.

[1120] DV Nr. 268, 15. November 1870 „Aus dem Oberamt Wangen, 12. November".

[1121] Schw. Kronik (1870), S. 3267; DV Nr. 276, 24. November 1870 „Vom schwarzen Grat, 21. Nov."; Beobachter Nr. 278, 24. November 1870.

[1122] Christian Ulrich Springer (1815–1893), der bedeutendste Fabrikant in Isny, Landtagsabgeordneter für Wangen 1851–1855; Gründungsmitglied der Deutschen Partei; Mitglied des Landeskomitees 1866, 1867ff., DP-Geschäftsführer in Isny, Vertrauensmann der DP; im Januar 1891 zum Ehrenmitglied der DP ernannt; W. Lang, Erinnerungen, Heft 10, S. 13; Greiffenhagen, Politische Kultur Isnys, S. 197ff.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 881.

der Wahlagitation] *nicht, weil der Bauer ‚Kühl bis an's Herz hinan' dem Parteitreiben zusieht und an dem Abgeordneten Dentler festhält*[1123].

Der Wangener Korrespondent des „Beobachters" erklärte die bedingte Bereitschaft zum Reichseintritt: *In unserem Allgäu ist man einer Erweiterung des Nordbundes zu einem deutschen nicht abgeneigt, wenn die Nordbunds-Verfassung Änderungen erleidet, die uns Garantien bieten, daß die Volksrechte und Freiheiten, die wir in Württemberg haben, nicht geschmälert werden und der Beutel der Steuerzahler nicht weiter in Anspruch genommen wird, als absolut nötig ist. Unsere süddeutschen Soldaten, die nicht überall dreijährige Dienstzeit haben, schlugen sich, wo sie in den Kampf kamen, nicht weniger tüchtig als die norddeutschen, ergo*[...][1124].

Dentler gab bekannt, dass er die Wahl wiederum annehmen werde[1125], und ließ unmittelbar vor der Wahl im „Argen-Boten" erkennen, dass auch an ihm *die jüngsten Ereignisse nicht ganz spurlos vorübergegangen* seien[1126]. Stets war Dentlers Wiederwahl als gesichert dargestellt worden; auch aus diesem Grund blieb das Wählerinteresse am 5. Dezember mit 46,48% so niedrig, dass am 12. Dezember eine Ergänzungswahl durchgeführt werden musste. Das „Deutsche Volksblatt" machte für die *Flauheit im Wählen* die Stadtbevölkerung verantwortlich, dagegen sei das Landvolk am zahlreichsten bei der Urne erschienen[1127]. Der Korrespondent der „Schwäbischen Volkszeitung" aus Isny verbuchte demgegenüber das Wahlergebnis als Beweis, dass Herrn Dentlers Stern am Erbleichen sei, und zeigte sich besonders überrascht vom geringen Interesse der Landbevölkerung: *Daß hier in Isny von 406 Wählern nur 19 abstimmten, geschah, weil man sich gegenseitig die Parole ‚nicht wählen' gab; kann daher nicht befremden. Es ist dies der einzige Widerstand, der einzige Widerstand, den wir in einem Bezirke, in welchem die politischen und konfessionellen Anschauungen noch sehr durcheinander irren, leisten können und wie man nun sieht, hatte er doch den Erfolg, Herrn Dentler zu zeigen, daß er auf das ihm entgegengebrachte Vertrauen nicht mehr stolz sein kann. Überraschend ist uns aber die geringe Beteiligung der ländlichen Bevölkerung. Als treuer Anhänger der nun ziemlich antiquierten* [...] *großdeutschen Richtung, als konkordatsfreundlicher Katholik und ‚häuslicher' Landwirt fand er sich stets im besten Einvernehmen mit seinen Wählern, – und nun doch diese, wie es scheint verdrossene Mattigkeit unter denselben*[1128]!

Die vorliegenden Informationen über das Wahlergebnis[1129] sprechen eher gegen die Deutung der „Schwäbischen Volkszeitung". Wenn nämlich nach einem früheren

---

[1123] DV Nr. 276, 24. November 1870 „Vom Bodensee, 21. November".

[1124] Beobachter Nr. 278, 24. November 1870 „Vom Allgäu".

[1125] DV Nr. 281, 30. November 1870 „Kißlegg, 27. November".

[1126] SVZ Nr. 294, 11. Dezember 1870, S. 1205; er stimmte am 23. Dezember 1870 für den Beitrittsvertrag.

[1127] DV Nr. 291, 11. Dezember 1870.

[1128] SVZ Nr. 295, 13. Dezember 1870, S. 1209.

[1129] Es fehlt in den Stuttgarter Wahlakten; der „Argen-Bote" Nr. 98, 7. Dezember 1870 (Frontseite) gibt den Termin der Ergänzungswahl bekannt und gibt zur Begründung nur die Zahl der abgegebenen Stimmen im ganzen Oberamt an.

Bericht derselben Zeitung[1130] im Wahldistrikt VII[1131] von 735 Berechtigten 190 (25,85%) abstimmten, in der Stadt Isny von 406 nur 19 (4,68%), so betrug die Wahlbeteiligung in den vier ländlichen Gemeinden dieses Wahldistrikts überdurchschnittliche 51,98%. Für die übrigen sechs Wahldistrikte liegen keine exakten Angaben vor[1132], in der Summe der Stimmen unterscheiden sich die Ergebnisse von 1868 und 1870 jedoch kaum: 1868 hatten in diesen sechs Distrikten 52,69% abgestimmt, davon 52,04% für Dentler, 1870 lag die Wahlbeteiligung bei 52,21%. War das Wählerinteresse im Juli 1868 in drei Distrikten unter 50% geblieben und hatte es in Dentlers Heimatdistrikt Kißlegg (IV) mit 62,29% den Spitzenwert erreicht, so wird das am 5. Dezember 1870 ganz ähnlich gewesen sein.

Anders als 1868 verhielt sich allerdings am 5. Dezember 1870 die DP in Isny mit ihren Anhängern. Sie hatte sich nämlich 1870 zum Wahlboykott entschlossen, um Dentler in die Ergänzungswahl zu zwingen und so zu demonstrieren, dass die Wähler nicht geschlossen hinter ihm standen. Gegen den Standpunkt der Redaktion der „Schwäbischen Volkszeitung", die lieber kämpfen und eigene Stärke zeigen wollte, argumentierte die DP-Isny, ein „nationaler" Kandidat wäre nicht durchzusetzen gewesen, *denn wenn es sich um einen Wahlkampf gehandelt hätte, so würde der Klerus die Trägen schon aufgerüttelt haben*[1133]; ein Wahlkampf hätte also nur die Stärke des Gegners bewiesen.

Durch die Ergänzungswahl vom 12. Dezember wurde Dentler schließlich *glänzend gewählt*, wie das „Deutsche Volksblatt" betonte[1134]. Eine Wahlbeteiligung von 94,22% in der Gemeinde Neuravensburg – Wahldistrikt II – und von 90,31% in Sommersried, Dentlers Heimatgemeinde, bestätigt diese Wertung ebenso wie ein Durchschnitt von fast 81% in den Wahldistrikten I bis VI. Der Distrikt Isny (VII) mit 40,27% und mehr noch die Stadt Isny mit 22,17% Wahlbeteiligung fallen dagegen völlig aus dem Rahmen. Dem Anschein nach hatte die Deutsche Partei in Isny ihren Wahlboykott auch in der Ergänzungswahl fortgesetzt. Als typisches Merkmal einer Ergänzungswahl drückten ferner fast 8% der Wahlberechtigten ihren Unmut dadurch aus, dass sie ungültig abstimmten (92) oder irgendeinen Namen auf den Stimmzettel schrieben (176).

Die Sonderstellung der Stadt Isny ist von Sylvia *Greiffenhagen*[1135], die die Muster der politischen Kultur Isnys untersucht, sehr überzeugend belegt worden. Die Stadt war um 1870 noch mehrheitlich protestantisch, während das Oberamt Wangen im Übrigen zu etwa 98% katholisch war; die Industrialisierung der Stadt war ungewöhnlich weit fortgeschritten; aus der reichsstädtischen Vergangenheit ist der hohe

---

[1130] SVZ Nr. 294, 11. Dezember 1870, S. 1205 „Aus dem Oberamt Wangen, 8. Dezember".

[1131] Isny, Isny Vorstadt, Großholzleute, Neutrauchburg, Rohrdorf.

[1132] SVZ Nr. 294, 11. Dezember 1870, S. 1205 „Aus dem Oberamt Wangen, 8. Dezember": *Im Wahlbezirk Christazhofen* [VI] *und in einigen andern Wahlbezirken* [haben] *kaum die Hälfte abgestimmt.*

[1133] SVZ Nr. 295, 13. Dezember 1870, S. 1209.

[1134] DV Nr. 294, 15. Dezember 1870.

[1135] Greiffenhagen, Die politische Kultur Isnys.

Partizipationsgrad der Bürger zu erklären. Konfessionelle und sozialökonomische Faktoren waren eng miteinander verwoben: *Die Isnyer Katholiken gehörten mit wenigen Ausnahmen der Unter- oder unteren Mittelschicht an. Neubürger konnten allenfalls Arbeiter, Lehrbuben und Dienstboten werden. Die angesehenen und lukrativen Arbeitsplätze blieben in den Händen der alten* [und protestantischen] *Familien. Unter den Armen der Stadt stellten die Katholiken die Mehrheit*[1136].

Wie auch in anderen oberschwäbischen Gemeinden hatten sich seit den 30er Jahren auch in Isny die konfessionellen Gegensätze verschärft. Zu den Alltagskonflikten und dem Streit um die städtischen Interessen, die auch auf die konfessionelle Ebene zurückwirkten, kamen in den 60er Jahren die deutschlandpolitischen Konflikte hinzu: *Politische Entscheidungen für oder gegen Preußen und Österreich, die Deutsche Nation, Bismarck und Kaiser Wilhelm provozierten zugleich Gegensätze zwischen evangelischen und katholischen Bürgern, die in der hoch politisierten Stadt Isny stärker durchschlugen als in anderen Orten. Das protestantische Isny wählte vornehmlich liberal, Katholiken das Zentrum; Protestanten befürworteten einen norddeutschen Bund unter preußischer Führung, Katholiken gaben einem süddeutsch geprägten Deutschen Reich unter österreichischer Führung den Vorzug; Protestanten entwickelten sich zu Nationalisten, Katholiken zu Ultramontanisten;* [...] *Der Konfessionsstreit wurde auf politischer Bühne weitergeführt, und es ist wohl kein Zufall, dass beide Lager in Isny vergleichsweise radikalen Ansichten zuneigten*[1137].

Zum Wählerverhalten als einem Aspekt von politischer Kultur schreibt Greiffenhagen: *Die Spaltung der Bürger in verschiedene Wähler-Milieus lief den sozialen Konfliktlinien entlang: Die katholische* **Vorstadt** *wählte katholisch und konservativ, also Zentrum; die* **evangelische Stadt** *wählte liberale Parteien. Isny galt von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1928 als Hochburg der liberalen Bewegung in Württemberg. (Der Isnyer Ortsverband der Demokratischen Partei war einer der drei ersten im Lande.) Wie die* **katholischen** *Einwohner von Isny-***Stadt** *abstimmten, lässt sich aus den Wahlergebnissen nicht ablesen. Auch nachdem Katholiken die Mehrheit der Einwohner stellten, hat sich bis zum Ende des Jahrhunderts in Isny-Stadt stets der liberale Kandidat durchsetzen können. Die niedrige Wahlbeteiligung lässt vermuten, dass die katholischen Einwohner von Isny-Stadt ihr Wahlrecht nicht ausübten*[1138]. Im Lichte der Landtagswahlen seit 1868 bedarf diese Interpretation freilich einiger Ergänzungen und Korrekturen. Eine gewisse Neigung zu vergleichsweise radikalen Positionen ist für die Jahre vor der Reichsgründung durchaus festzustellen. In *preußisch-Isny*[1139] konnte die Deutsche Partei im Juni 1868 40 Mitglieder vorweisen[1140], die von Christian Ulrich Springer angeführt wurden, dem bedeutendsten Industriellen der Stadt. 17 Isnyer Bürger hatten sich schon zuvor öffentlich zur Deutschen Partei bekannt, indem sie ihre Namen unter die Resolution der DP vom August 1867 gesetzt hatten.

[1136] Ebd., S. 119.
[1137] Ebd., S. 120f.
[1138] Ebd., S. 238.
[1139] Beobachter Nr. 298, 17. Dezember 1870.
[1140] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 381.

Die Landtagswahl vom 8. Juli 1868 erbrachte im Wahldistrikt VII bei 740 Wahlberechtigten eine Beteiligung von 42,57%; 85 Stimmen[1141] waren für Bernhard Schnitzer abgegeben worden, den gebürtigen Wangener und Katholiken, der nach 1866 von der linksliberal-großdeutschen zur kleindeutschen Richtung übergewechselt war[1142]; für Dentler hatten hier nur 29,73% der Wahlberechtigten votiert, das mit Abstand schlechteste Ergebnis im ganzen Oberamt. Fehlen auch exakte Angaben über das Wahlverhalten der Isnyer, so lassen sich doch wenigstens begründete Vermutungen anstellen. Die Anzahl der Wahlberechtigten in Isny betrug 1868 etwa 410, von denen ca. 240 protestantisch waren[1143]; unterstellt man für die Landgemeinden eine durchschnittliche Wahlbeteiligung (55%=b bzw. 50%=a), so ergibt sich grob folgende Aufteilung:

Übersicht 34: Stimmenverteilung im Wahldistrikt Isny bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 (Schätzung)

		Berechtigte	Wähler	Wahl-beteil.	Schnitzer	%	Dentler	%	andere	%
Distr. VII		740	315	42,57	85	11,49	220	29,73	10	2,4
Landge-meinden		330 a)	a) 165	a) 50%	0	0	a) 165	50%		
		330 b)	b) 182	b) 55%	0	0	b) 182	55%		
Stadt Isny	prot. 240 kath. 170	410 a)	150	36,6%	85	20,7 prot. 35,4	a) 55	13,4 kath. 32,4	10	2,4 prot. 4,2
	prot. 240 kath. 170	410 b)	133	32,4%	85	20,7 prot. 35,4	b) 38	9,3 kath. 22,4	10	2,4 prot. 4,2

Bei einer Wahlbeteiligung von 50% in den Landgemeinden sind dort höchstens 165, in der Stadt Isny wenigstens 55 Stimmen für Dentler angefallen; in der Stadt lag die Wahlbeteiligung dann insgesamt bei 36,6%, unter den Protestanten bei 35–40%; rechnet man mit einer Wahlbeteiligung von 55% in den Landgemeinden, ergeben sich für Isny entsprechend veränderte Werte. Wenn also das schlechte Ergebnis Dentlers in diesem Wahldistrikt überwiegend durch das Stimmverhalten nicht der ländlichen,

[1141] Die beiden Stimmen in der Oberamtsstadt stammten vermutlich von den beiden Vertrauensmännern der DP, dem Verwaltungsaktuar Ohlinger und dem Kaufmann Gustav Sommer, der 1870 der Geschäftsführer des DP-Vereins war.

[1142] Runge, Volkspartei, S. 72ff.; S. 74, Anm. 208.

[1143] Mit 17,6% liegt der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung sehr niedrig; im katholischen Bevölkerungsteil (47% der Gesamtbevölkerung) dürfte jedoch wegen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Anteil der Wahlberechtigten erheblich niedriger gewesen sein als im protestantischen Bevölkerungsteil; in Isny/Vorstadt z. B. lag der Anteil bei 16,0%.

sondern der Isnyer Wähler hervorgerufen wurde, dann muss man davon ausgehen, dass in dieser *hoch politisierten Stadt* etwa zwei Drittel der Wahlberechtigten gar nicht abgestimmt haben, möglicherweise weil ihnen keiner der Kandidaten wirklich zusagte. Unter den Stadtkatholiken dürfte die Wahlbeteiligung bei etwa 25% gelegen haben, wenn man unterstellt, dass sie Dentler ihre Stimme gaben. – Am 5. Dezember 1870 übten – wie oben dargelegt – die Isnyer DP-Anhänger erfolgreich Wahlverzicht, um durch diese gezielte politische Maßnahme Dentlers Position als schwach erscheinen zu lassen; die 19 für Dentler abgegebenen Stimmen dürften dann von Stadtkatholiken stammen.

Durch die Ergänzungswahl am 12. Dezember 1870 stieg im Wahldistrikt VII die Zahl der abgegebenen Stimmen auf 296 (40,27%), das waren aber immer noch 33,5%-Punkte weniger als im nächst schlechtesten Distrikt III (Amtzell). Isny brachte es insgesamt nur auf 90 Stimmen (22,17%); wie es scheint, war die Deutsche Partei bei dem eingeschlagenen Kurs geblieben und hatte auch die Ergänzungswahl boykottiert. Die abgegebenen Stimmen wären dann im Wesentlichen den katholischen Wählern zuzurechnen[1144]. Leider allerdings weist der amtliche Wahlbericht Dentlers Stimmenzahl in den einzelnen Distrikten nicht aus und auch die 92 ungültigen und 176 zersplitterten Stimmen sind nicht den Wahldistrikten zugeordnet. Es würde durchaus dem Ziel der DP entsprochen haben, wenn ihre Anhänger an der Ergänzungswahl teilgenommen, aber ungültig oder unsinnig gestimmt hätten. Vermutlich sind auch in Isny solche ungültigen oder verlorenen Stimmen angefallen, man wird das politische Interesse der Stadtkatholiken daher als geringer einschätzen müssen. Berücksichtigt man ferner, dass die Wahlbeteiligung in Isny Vorstadt bei 59,3% lag, so erscheint *Greiffenhagens* Beobachtung, dass sich die Katholiken in der Stadt und in der Vorstadt politisch unterschiedlich verhielten, bestätigt, wenn sich auch die Stadtkatholiken nicht völlig von den Wahlen fernhielten. – Die teilweise pietistisch beeinflussten protestantischen Wähler der Stadt stimmten 1868 und 1870 mehrheitlich nicht ab. Im Juli 1868 vermieden sie so die Entscheidung zwischen einem linksliberalen katholischen Kleindeutschen und einem gemäßigten katholischen Großdeutschen. Im Dezember 1870 übte ein Teil der protestantischen Wähler aus politischen Gründen Wahlboykott. Gerade weil die Entscheidung zwischen Preußen und Österreich bei den Isnyer Wählern auch in den konfessionellen Bereich hineinwirkte, wich die Mehrheit der Entscheidung aus.

Bei der Landtagswahl vom 13. Dezember 1876 kandidierte Dentler erneut, nachdem er noch am 20. November erklärt hatte, er wolle nicht wieder auftreten[1145]. Dentler hatte zu den Mitbegründern der „katholischen Landespartei" am 30. Oktober gehört[1146]; der Isnyer Korrespondent der „Kronik" zählte ihn aber zu den *gemäßigten Vertretern der katholischen Partei*; seine Wiederwahl sei ziemlich sicher, denn das politische Interesse der Bevölkerung sei gering, die Landbevölkerung wähle meis-

[1144] Deren Wahlbeteiligung läge dann bei ca. 56%.
[1145] Schw. Kronik (1876), S. 2738 „Isny, den 8. Dezember".
[1146] Siehe oben: S. 398.

tens klerikal gemäß dem Rat der Geistlichen und die Liberalen seien zu schwach für eine Kandidatur[1147]. Der Versuch, einen Gegenkandidaten in der Person des Papierfabrikanten Albert Gasser aus Ratzenried (Neumühle) zu gewinnen, blieb dann auch in den Anfängen stecken[1148]. In der amtlichen Wahlanalyse wird Gasser in der Rubrik „ohne bestimmte Parteistellung" geführt[1149]; das „Wochenblatt" stellte Gassers Mitgliedschaft bei der Ravensburger Handelskammer heraus, als wollte man ein „sachliches" Gegengewicht zu der konfessionell bestimmten Position Dentlers schaffen. Am Ende brachte es Gasser auf 250 Stimmen (6,79%), während Dentler mit 2024 Stimmen (54,96%) völlig unangefochten siegte. Der Wahlbericht[1150] enthält zwar die Beteiligungswerte in 21 Gemeinden[1151] und den sieben Wahldistrikten, eine Zuordnung der 11 ungültigen und 33 zersplitterten sowie der Stimmen für Gasser und Dentler wird nicht vorgenommen, so dass über die Stimmenverteilung nur grobe Aussagen möglich sind. Mit einiger Sicherheit kann man davon ausgehen, dass Gasser in seiner Heimatgemeinde Ratzenried und deren Umgebung einen großen Teil seiner Stimmen holte; die hohe Wahlbeteiligung von 73,79% im Distrikt Wangen (I) wird also zu einem erheblichen Teil durch Stimmen für Gasser verursacht worden sein.

In der Stadt Isny übten 231 von 465 Wahlberechtigten ihr Wahlrecht aus (49,68%). Den Bevölkerungsverhältnissen entsprechend[1152] dürften unter den Wahlberechtigten etwa 250 Protestanten gewesen sein. Wären alle Katholiken der Wahl ferngeblieben, hätte es unter den Protestanten einer Wahlbeteiligung von über 90% bedurft, um auf 231 Stimmen zu kommen; dies wäre an sich schon unwahrscheinlich, wird angesichts des Fehlens eines intensiven Wahlkampfes noch unwahrscheinlicher und erweist sich als unmöglich, wenn man bedenkt, dass die abgegebenen Stimmen nicht dem Katholiken Dentler, sondern ganz überwiegend Gasser[1153] gegolten haben müssten, der aber in seinem Heimatdistrikt vermutlich auch eine beträchtliche Stimmenzahl gewonnen haben wird. Wollte man dagegen annehmen, alle Protestanten hätten die Wahl boykottiert, würde die Zahl der katholischen Wahlberechtigten nicht genügen, um die 231 abgegebenen Stimmen zu erreichen. Wenn Protestanten und Katholiken an diesen 231 Stimmen Anteil hatten, so ist auch bei dieser Landtagswahl für

[1147] Schw. Kronik (1876), S. 2622 „Isny, den 19. November".

[1148] Schw. Kronik (1876), S. 2738, 2749, 2785.

[1149] Württ. Jbb. 1876/I (1877), S. 27.

[1150] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 62 Oberamt Wangen, Beilage zum Bericht des Oberamts vom 18. Dezember 1876 betr. die Landtagsabgeordnetenwahl; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Wangen.

[1151] Auch bei dieser und den folgenden Landtagswahlen wurden kleine Gemeinden mit anderen zusammengefasst; dabei gab es immer wieder Veränderungen, so dass die Anzahl der Gemeinden (in denen ab 1882 Wahlurnen standen) unterschiedlich war. Wenn ein Vergleich zwischen den Wahlergebnissen intendiert ist, sind die Werte auf 19 Gemeinden, den kleinsten gemeinsamen Nenner, umgerechnet.

[1152] Am 1. Dezember 1875 wurden 2446 Einwohner gezählt, von denen 1255 protestantisch und 1199 katholisch waren; demgemäss müsste man von 237 protestantischen Wahlberechtigten ausgehen, wegen der sozialen Verhältnisse der Katholiken (Armut) wird der protestantische Teil der Wahlberechtigten jedoch größer gewesen sein.

[1153] Gasser wäre dann der (national)liberalen Richtung zuzuordnen.

die Stadt Isny keine überwiegend liberale Ausrichtung der Wähler zu erkennen noch für die Stadtkatholiken ein verbreitetes politisches Desinteresse. Im Übrigen bietet die Verteilung der Stimmen, die für Dentler abgegeben wurden, kaum Überraschungen. Die Betonung des konfessionellen Aspekts förderte anscheinend die Mobilisierung der Wähler[1154], von denen im Durchschnitt 62,94%, in der Spitze 89,19% (in Göttlishofen) an der Wahl teilnahmen. Dentler dürfte seine besten Ergebnisse in seinem Heimatdistrikt Kißlegg (IV) und im benachbarten Christazhofen (VI) erreicht haben.

Am 20. Dezember 1882 blieb Dentler ohne Gegenkandidaten[1155]; er siegte mit 44,0% der verfügbaren Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 44, 49%[1156]. Nur in vier von den 19 Gemeinden, in denen Wahlurnen standen, lag sein Stimmenanteil über 60%; das mit Abstand schlechteste Ergebnis erreichte Dentler in Isny, das nun mit der Vorstadt zusammengefasst war: Von 509 Wahlberechtigten stimmten nur 84 ab (16,5%), bei 4 ungültigen und 8 zersplitterten Stimmen wurden nur 72 Stimmen für Dentler gezählt (14,15%). Selbst wenn man unterstellt, dass die Protestanten die Abstimmung boykottierten, ergibt sich für die Katholiken allenfalls eine Wahlbeteiligung von 25–30%.

Xaver Dentler stellte sich am 9. Januar 1889, nunmehr 74 Jahre alt, ein letztes Mal den Wählern. Wiederum wurde der Fabrikant Gasser als Gegenkandidat ins Auge gefasst und wiederum trat dieser wenige Tage später von der Kandidatur zurück[1157], so dass Dentler unangefochten gewählt wurde mit einem deutlich besseren Ergebnis als 1882[1158]: Die Wahlbeteiligung und Dentlers Stimmenanteile lagen im Mittel um 10%-Punkte höher; in acht von 21 Abstimmorten übertrafen die Parteistimmenanteile die 70%-Marke. Mit 103 Wählern bei 503 Wahlberechtigten (20,48%) bildete Isny wiederum das Schlusslicht; acht ungültige und vier zersplitterte Stimmen abgerechnet, blieben für Dentler 91 Stimmen (18,09%). Wenn von protestantischer Seite allenfalls ungültige oder zersplitterte Stimmen abgegeben wurden – Wahlbeteiligung ~5% –, so belief sich die Wahlbeteiligung auf katholischer Seite auf etwa 33%, davon etwa zwei Drittel aus der Stadt.

Die Eigenkorrelation[1159] der Stimmenanteile Dentlers bei den Wahlen von 1882 und 1889 ($r = 0.8163$) deuten auf eine recht hohe Kontinuität seiner Wähler hin, obwohl die Stimmenanteile 1889 deutlich höher lagen; diese Wähler stammten eher aus kleinen Gemeinden ($r = 0.7745$) mit einem hohen katholischen Bevölkerungsanteil

[1154] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Wangen: Der statistische Zusammenhang zwischen dem Katholikenanteil und der Wahlbeteiligung lag anders als bei den Wahlen von 1870/2, 1882, 1889 und 1895 nur bei $r = 0.3381$.

[1155] Schw. Kronik (1882), S. 1823, 1835.

[1156] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Wangen, Bl. 2; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Wangen.

[1157] Schw. Kronik (1888), S. 2234, 2249, 2258; Gassers Mitgliedschaft im Eisenbahnbeirat wurde herausgestellt.

[1158] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 59 Oberamt Wangen, Bl. 71ff.; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Wangen.

[1159] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Wangen.

(r = 0.8132) und einem hohen Anteil an großen landwirtschaftlichen Betrieben[1160], jedoch eher nicht aus solchen Gemeinden, in denen selbstständige Gewerbetreibende und Inhaber gewerblicher Hauptbetriebe einen hohen Anteil an den Wahlberechtigten ausmachten (r = –0.8521 bzw. r = –0.8720).

Im Hinblick auf die Kandidaten vollzog die Landtagswahl vom 1. Februar 1895 den Generationswechsel: Erstmals trat die SPD mit einem eigenen Kandidaten an, und zwar mit Georg Bronnenmayer[1161], Jahrgang 1837. Für die neu gegründete Zentrumspartei kandidierte der Oberamtstierarzt Max Dentler[1162], Jahrgang 1841; der Volksverein Wangen legte Max Dentler vier Fragen zu seiner politischen Haltung beispielsweise im Hinblick auf die Verfassungsrevision vor. Da die Antwort unbefriedigend ausfiel, entschloss sich die Volkspartei, Konrad Haußmann, Jahrgang 1857, als Zählkandidaten aufzustellen[1163]. Erwartungsgemäß siegte der Zentrumskandidat mit 58,65% der verfügbaren Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 65,98%; für die Volkspartei wurden 218 Stimmen (5,56%) abgegeben, 33 (0,84%) für die SPD, 28 davon in der Oberamtsstadt[1164]. Haußmann erreichte seine besten Ergebnisse in Kißlegg, Neuravensburg, der Oberamtsstadt und Isny; die Städte Wangen und Isny erbrachten umgekehrt für Max Dentler und das Zentrum die schlechtesten Resultate; ansonsten lag der Stimmenanteil Max Dentlers in der Hälfte der 20 Gemeinden über 70%.

Zwischen den Wählern Xaver Dentlers und Max Dentlers bestand eine deutliche Kontinuität[1165]; ihrer sozialen Herkunft nach stammten die Zentrumswähler eher aus kleinen Gemeinden (r = 0.8381) mit einem hohen Anteil selbstständiger Landwirte (r = 0.8686), die Betriebe über 5 ha bewirtschafteten (r = 0.8563); sie stammten eher nicht aus Gemeinden mit einem hohen Anteil selbstständiger Gewerbetreibender (r = –0.8726) im Hauptberuf (r = –0.8588); dort war die Volkspartei stark (r = 0.7112 bzw. 0.7017).

Was schließlich das Stimmverhalten der Isnyer betrifft, so lag dort auch 1895 die Wahlbeteiligung nur bei 41,26%, das waren fast 25 Punkte unter dem Oberamtsdurchschnitt. Für das Zentrum waren 148 Stimmen (29,08%) abgegeben worden, das entsprach etwa 55% der wahlberechtigten Katholiken in der Stadt Isny und der Vor-

---

[1160] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Wangen: für Bauernhöfe über 5 ha r = 0.7967, über 10 ha r = 0.7668.

[1161] Georg Bronnenmayer (1837–1905), Leinenweber, später Kaufmann, Gastwirt und Gemeinderat in Göppingen; Mitbegründer der württembergischen SDAP; HStAS E 150, Bü 2043, Bl. 597 Bericht der Stadtdirektion Stuttgart betr. eine gestern stattgehabte Wählerversammlung, Stuttgart, 23. Juni 1884; Schmierer, Von der Arbeiterbildung, S. 88ff.; Schadt, Schmierer, SPD, S. 349.

[1162] Max Dentler (geb. 22. Dezember 1841), Neffe von Xaver Dentler, Oberamtstierarzt; Landtagsabgeordneter für Wangen 1895–1900; Rössger, Statistik der Landtagswahlen, S. 24; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 136

[1163] Schw. Kronik (1895), S. 186, 211, 216; Beobachter, Nr. 27, 1. Februar 1895.

[1164] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 61 Oberamt Wangen, Bl. 17ff.; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Wangen.

[1165] Gegenüber 1882: r = 0.7434; gegenüber 1889: r = 0.8403.

stadt[1166]. 48 Isnyer (9,43%) hatten Haußmann ihre Stimme gegeben, etwa 20% der protestantischen Wähler.

Bei den Landtagswahlen zwischen 1868 und 1895 im Oberamt Wangen ist also insgesamt eine ausgeprägte liberale Wahltradition der Protestanten Isnys nicht festzustellen: Die protestantischen Wähler fanden meist keinen geeigneten Kandidaten vor und blieben in der Mehrheit der Abstimmung selbst dann fern, wenn ein liberaler Kandidat auftrat. Es kann auch keine Rede davon sein, dass die Stadtkatholiken ihr Stimmrecht nicht ausübten, wenn auch das Wählerinteresse unter ihnen, ähnlich wie in der Vorstadt, oft nur schwach ausgeprägt war.

5. Die Stichwahlen

a) Oberamt Crailsheim

Bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 trafen im Oberamt Crailsheim auch wieder die beiden Kandidaten aufeinander, die schon 1864 um das Mandat gekämpft hatten und zwischen denen am 8. Juli 1868 nur 80 Stimmen gelegen hatten: Der zweimalige Wahlsieger Otto Sarwey (ministeriell), der mittlerweile zum Obertribunalrat aufgestiegen war, und der Gröninger Schullehrer Andreas Abelein (VP). Dieser wurde schon am 10. November von einer Bürgerversammlung in Crailsheim als Kandidat nominiert. Zwei Tage später erklärte sich auch der Crailsheimer Rechtsanwalt Kopp (DP)[1167] zur Übernahme einer Kandidatur[1168] bereit; ein dritter Bewerber, der ehemalige Amtsnotar Schmidt[1169] von Jagstheim, der zwei Jahre zuvor im Wahlkampf noch für Sarwey eingetreten war[1170] und vom „Deutschen Volksblatt"[1171] daher zu Recht der „Beamtenpartei" zugerechnet wurde, begann bereits am 13. November mit seiner Wahlreise[1172], wohl ein vergeblicher Versuch, Sarweys Auftreten zu verhindern[1173]. Die Crailsheimer DP, seit Anfang des Jahres als Verein organisiert[1174], hatte

---

[1166] Dort dürfte die Zahl der Wahlberechtigten bei 55–60 gelegen haben, von denen etwa 35 abgestimmt haben mögen.

[1167] Friedrich Kopp (1817–1873), Rechtsanwalt in Crailsheim, Landtagsabgeordneter für Crailsheim 1848–1849; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 470f.

[1168] Amts- und Intelligenzblatt vom 12. November 1870, S. 246.

[1169] Vgl. Beobachter Nr. 274, 19. November 1870 „Wahlnachrichten": 1868 war Schmidt noch im Oberamt Crailsheim, dann wurde er zunächst nach Gaildorf, darauf nach Vaihingen versetzt; nähere Angaben über ihn ließen sich nicht ermitteln.

[1170] Amts- und Intelligenzblatt, 7. Juli 1868, S. 325: ein halbseitiger Artikel Schmidts zu Sarweys Gunsten.

[1171] Deutsches Volksblatt Nr. 270, 17. November 1870 „Crailsheim, 16. November"; dagegen: Schw. Kronik (1870), S. 3351 „Crailsheim den 28. November": Schmidts Programm sei unklar, vielleicht großdeutsch.

[1172] Beobachter Nr. 274, 19. November 1870 „Wahlnachrichten".

[1173] Schw. Kronik (1870), S. 3241 unterm 16. November wird gemeldet, dass Sarwey zur Kandidatur eingeladen worden sei.

[1174] Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 340.

zunächst versucht, den Obertribunalrat von Weber für eine Kandidatur zu gewinnen[1175]; nach dessen Ablehnung wollte sie aber auch nicht für Kopp eintreten[1176], vielmehr unterstützte sie Sarwey, wofür sie von der Volkspartei scharf angegriffen wurde[1177].

Ministerielle und Volkspartei hatten Lehren aus ihren Fehlern bei der Landtagswahl 1868 gezogen. Im Juni/Juli 1868 war Abeleins Kandidatur vom Volksverein der Oberamtsstadt nicht unterstützt worden, was die Partei wahrscheinlich den Wahlsieg gekostet hatte. Im November 1870 strich der Korrespondent des „Beobachters" heraus, dass Abeleins Kandidatur im Namen des Volksvereins festgestellt worden sei und fuhr fort: *Frühere Uneinigkeiten zwischen Stadt und Land bestehen daher diesmal nicht und der damalige Ruf: ‚Einen Schulmeister kann man nicht brauchen' ist glücklicher Weise verstummt*[1178]. Auf der ministeriellen Seite hatte Oberamtmann Schweizer[1179] im September 1868 scharfe Kritik an Sarweys Wahlkampf geübt: *Der Fehler, welcher von Dr. Sarwey und seiner Partei begangen wurde und der darin bestand, daß er seine Wahlreise im Bezirk zu schnell machte und beendigte zu einer Zeit, wo noch 4–5 Tage zur Tätigkeit unmittelbar vor dem Wahltermin übrig blieben, wurde von seinen Gegnern gut ausgenützt, und diese Zeit von ihnen hauptsächlich zu offenem Auftreten, vielfach sogar zum Hausiergehen, benützt*[1180].

Für 1870 lassen die Quellen dagegen auf einen erbitterten Wahlkampf bis zum Ende schließen[1181]. Abeleins Chancen standen zunächst besser als die seiner Gegner. Da die Stimmenzersplitterung im „nationalen" Lager der Volkspartei nützte, wurden Kopp und Schmidt zum Verzicht gedrängt[1182]; Kopp endete schließlich[1183] völlig isoliert mit 39 Wählerstimmen, während Schmidt seine Kandidatur erfolgreich beibehielt und trotzig verkündete, er werde *siegen oder unterliegen*[1184]. Dafür wurde er im Wochenblatt der Stadt *als Schwindler und Ignorant gehandelt*[1185]. Auch der Crails-

---

[1175] Nl Hölder, Fasz. XIV, Nr. 261; DV Nr. 270, 17. November 1870 „Crailsheim, 16. November".

[1176] Schw. Kronik (1870), S. 3351 „Crailsheim den 28. November": Kopps Kandidatur sei ohne Sympathie.

[1177] Beobachter Nr. 276, 22. November 1870, Nr. 280, 26. November 1870 „Wahlnachrichten"; DV Nr. 279, 27. November 1870; SVZ Nr. 276, 20. November 1870.

[1178] Beobachter Nr. 274, 19. November 1870 „Wahlnachrichten".

[1179] Josef Schweizer (1820 – nach 1882), kath., 1858–1861 Sekretär an der Kreisregierung Ellwangen; Oberamtmann von Crailsheim 1861–1873, von Mergentheim 1873–1882; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 522.

[1180] HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 8, Bl. 51–54 Bericht des Oberamts betr. die Wahlumtriebe, 28. September 1868; vgl. auch Brandt, Parlamentarismus, S. 166.

[1181] Beispielsweise: Beobachter Nr. 291, 9. Dezember 1870 „Wahlnachrichten".

[1182] Schw. Kronik (1870), S. 3351 „Crailsheim den 28. November".

[1183] Vgl. „Amts- und Intelligenzblatt", 3. Dezember 1870, S. 584f.: Kopp erklärt, dass er u.a. aus gesundheitlichen Gründen keine Wahlreise machen könne; weiter rufen „einige Wähler" in sehr nationalistischen Tönen zur Wahl Kopps auf.

[1184] DV Nr. 273, 20. November 1870 „Crailsheim, 18. November".

[1185] Beobachter, Nr. 276, 22. November 1870; Amts- und Intelligenzblatt, 3. Dezember 1870, S. 585.

heimer Korrespondent des „Beobachters" war wenig wählerisch in der Wahl der Mittel, indem er einem der *diensteifrigsten Schmuser* unterstellte, dieser sei *durch einen gewichtigen Abgeordneten* [sc. Sarwey] *vom Militär* weggekommen[1186]. Die Deutsche Partei griff ebenfalls zu einem *perfiden Mittel* und deutete die Möglichkeit an, dass die Regierung Sarwey im Falle seiner Wahl Urlaub bewilligen werde, nicht aber Schmidt oder Abelein, deren Wahl also vergeblich sein werde. Der „Beobachter" münzte dies in ein Argument für die Wahl Abeleins um, die Crailsheimer Wähler – ebenso wie die Regierung – würden damit vor dem ganzen Land einen höchst dankenswerten Beweis ihrer wahren Gesinnung erbringen – dann hätten sie nicht vergebens gewählt[1187].

Am 5. Dezember 1870 erreichte keiner der Kandidaten mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen[1188]. Der „Beobachter" höhnte: *1115 Stimmen, das wäre also das Resultat, welches der Hochdruck der Bureaukratie aus unserer etwa 5000 Mann zählenden Wählerschaft mit den exorbitantesten Anstrengungen herausgepreßt hat*[1189]. Abelein hatte es freilich auch nur auf 1014 Stimmen gebracht, fast ein Drittel weniger als 1868 (–13,2%-Punkte); und für Schmidt waren 703 Wählerstimmen angefallen.

Jeder der drei Kandidaten erreichte seine höchsten Stimmenanteile in je zwei Wahldistrikten. Abeleins Hochburgen, in denen er über die Hälfte seines Stimmenanteils holte, waren die nordwestlichen bzw. nördlichen Distrikte Roßfeld (III) und Satteldorf (IV), der Heimatdistrikt Abeleins. Schmidt holte 65% seiner Stimmen in den südlichen Distrikten Honhardt (II) und Stimpfach (V); dort war er bis 1868 dienstlich tätig gewesen, und auf diese Distrikte hatte er seinen Wahlkampf hauptsächlich konzentriert[1190]; in den übrigen fünf Distrikten blieb sein Stimmenanteil zwischen 2,8% und 12,8%. Sarweys Hochburgen waren die Oberamtsstadt (mit Ingersheim, Distrikt I), wo sich der Einfluss der Beamten besonders bemerkbar machte, und der östliche Distrikt Waldtann (VI), die zusammen 53% seiner Stimmen ausmachten. Für Sarwey war der Stimmenverlust gegenüber 1868 im Distrikt Honhardt (II) besonders ärgerlich; mit den übrigen Distrikten – außer mit Satteldorf – konnte er bei einem Anteil von 20–23% der verfügbaren Stimmen durchaus zufrieden sein. Das Verhalten der Wähler im Distrikt Wildenstein (VII) fiel deutlich aus dem Rahmen. Dort blieb das Wählerinteresse mit nur 39,15% um 30%-Punkte unter dem Durchschnitt der übrigen Stimmbezirke und sogar um 34,6%-Punkte hinter dem des Nachbardistrikts Stimpfach (V) zurück, der wie Wildenstein einen erheblichen Katholikenanteil von 33–38% aufwies. 56% derjenigen, die in Wildenstein überhaupt von ihrem Stimm-

[1186] Beobachter Nr. 287, 4. Dezember 1870 „Wahlnachrichten"; weiter heißt es: *Indeß bekommen wir die Wutausbrüche unserer Gegner fleißig im Wochenblatt zu kosten, welches zu verklecksen sogar ganz winzige, kaum dem Haselstock entlaufene Schreiberlein ihr armseliges bisschen Gehirn anstrengen, um dem Herrn Staatsrat den diesmal sehr dornenvollen Pfad zu ebnen, und dafür im gesegneten Angedenken zu bleiben.*

[1187] Beobachter, Nr. 280, 26. November 1870 „Wahlnachrichten".

[1188] Siehe unten, Anhang A, S. 592.

[1189] Beobachter Nr. 291, 9. Dezember 1870 „Wahlnachrichten".

[1190] Beobachter Nr. 271, 19. November 1870 „Wahlnachrichten".

recht Gebrauch machten, entschieden sich für Sarwey, 25% für Schmidt, der kleine Rest für Abelein.

Für die Stichwahl am 19. Dezember rechneten sich Ministerielle und Volkspartei gleichermaßen gute Siegeschancen aus. Die VP scheint sich jetzt verstärkt um die katholischen Wähler bemüht zu haben[1191], die sich wahrscheinlich am 5. Dezember in beträchtlicher Zahl der Wahl enthalten hatten. Beide Parteien versuchten ferner, die Wähler Schmidts auf ihre Seite zu ziehen. So betonte ein „Wort in Frieden für jedermann"[1192] die programmatische Nähe zwischen Schmidt und Abelein; ein „Aufruf an die Wähler des Bezirks"[1193] hielt dagegen: *Aber wir müssen soviel aus dem Ergebnisse des 5. Dezember feststellen, daß* ***dieses Mal eine bedeutende Mehrheit*** *sich auf den alten, seitherigen Abgeordneten vereinigt haben würde, wenn, wie es jetzt doch wieder gekommen ist, von vornherein allein zwischen „Sarwey und Abelein" die Wahl gewesen wäre*[1194]. Von den Schmidtschen Wählern hieß es jedoch, sie hätten sich für Stimmenthaltung entschieden.

Eine Kontroverse zwischen dem regierungstreuen „Amts- und Intelligenz-Blatt" und dem „Beobachter" beleuchtet diese Endphase des neu entflammten Wahlkampfes. Ein Anhänger Sarweys hatte in einer Extrabeilage des „Amtsblattes" unter anderem behauptet, Karl Mayer habe seine Fühler über das ganze Land erstreckt und fast in jedem Städtchen und Dörfchen einen kleinen Mayer geschaffen; diese kleinen Mayer und ihre Anhängsel seien samt ihrem großen Mayer mitschuldig am Kriege, denn die Franzosen hätten nicht so leicht angefangen, wenn sie nicht auf die Neutralität Süddeutschlands, was diese Mayer ja alle wollten, gesetzt hätten. Als Beweis für das Buhlen des „Beobachters" mit Frankreich wurde aus einem Artikel Ludwig Pfaus[1195] vom Januar 1870 zitiert. Der „Beobachter" warf dem Verfasser des Artikels voller Empörung *geistige Falschmünzerei* vor und forderte Sarwey auf, sich von derartigen Verfahrensweisen seiner Anhänger zu distanzieren[1196]; Abelein selbst hatte schon Anfang Dezember versucht, allen Zweifeln an seiner nationalen Einstellung entgegen zu treten[1197].

[1191] Amts- und Intelligenzblatt, 29. Dezember 1870, S. 625f.: In einem „Eingesendet" vom 26. Dezember wird der Volkspartei vorgeworfen, dass die fanatischen Anhänger dieser Partei *sogar die Gewissen ängstlicher Katholiken im Abstimmungsbezirk ‚Wildenstein' und ‚Stimpfach' beunruhigten*; im „Beobachter" Nr. 287, 4. Dezember 1870 „Wahlnachrichten" heißt es (zur Wahl am 5. Dezember): *Sogar ein Schwarzrock predigt seinen Bauern, zwar nicht von der Kanzel, sondern vom Wirtstisch, in welcher Art von Begeisterung ist nicht genau bekannt; jeder der den Schulmeister wähle sei ein ‚Hundsfott'*[...].

[1192] Amts- und Intelligenzblatt für das Oberamt Crailsheim, 17. Dezember 1870, S. 609f.

[1193] Amts- und Intelligenzblatt, 17. Dezember 1870, S. 610.

[1194] Fettdruck wie im Original.

[1195] Ludwig Pfau (1821–94), Dichter, 1848er, Mitredakteur des „Beobachters"; Schmidt-Buhl, Schwäbische Volksmänner, S. 19–26, Runge, Volkspartei, S. 29; Brandt, Parlamentarismus, S. 716f., Anm. 398.

[1196] Beobachter Nr. 301, 21. Dezember 1870 „Wahlnachrichten", dort ist der Artikel aus dem Amtsblatt ebenfalls abgedruckt.

[1197] Amts- und Intelligenzblatt, 3. Dezember 1870, S. 584.

Das Ergebnis der Stichwahl vom 19. Dezember 1870 – Sarwey siegte mit 270 Stimmen Vorsprung – ließ die Crailsheimer staunen *über die geheimnisvollen Tiefen des allgemeinen Stimmrechts, in welche kein Senkblei zu dringen vermag.* In den Wochen zuvor seien *alle Wähler von beiden Parteien so bearbeitet und ausgekundet* [worden], *daß beide eine Wahrscheinlichkeitsrechnung anstellen konnten, in welcher sie nahezu übereinstimmten.* Vor allem konnte sich die Volkspartei die unerwartet hohe Wahlbeteiligung – 3300 statt der erwarteten 2900–3000 Abstimmenden – nicht erklären, die alle Vorausberechnungen der Stimmenanteile zunichte gemacht habe[1198].

Zwei Tage später folgte ein weiterer Artikel „Zur Crailsheimer Wahl"[1199], der sich auch mit den Ursachen der Niederlage befasste. Gegenüber einer Korrespondenz in der „Schwäbischen Kronik" hob er heraus, dass Abelein nicht nur in Gröningen, Tiefenbach und Jagstheim, woher er stamme und wo er angestellt sei oder gewesen sei[1200], hohe Stimmenanteile bekommen habe, sondern auch in *den besten Bauerndörfern, wie Triensbach, Ellrichshausen, Satteldorf, Rossfeld, Altenmünster*[1201], *Onolzheim und Oberspeltach.* Orte wie Waldtann und Goldbach seien geistlichem Zuspruch gefolgt und hätten der Volkspartei den Rücken gekehrt; Honhardt und Gründelhardt hätten ein Gewohnheitsrecht, mit der Reaktion zu gehen; mit 206 Stimmen in der Stadt Crailsheim – gemeint ist aber der Stimmbezirk, zu dem auch Altenmünster gehörte, wo Abelein viele Stimmen erhalten hatte – könne derjenige zufrieden sein, der die Verhältnisse in der Stadt Crailsheim – „Haaraffenheim" – kenne und wisse, welchen Einfluss dort einerseits Beamte und Protzen, andererseits das Vetterlespiel und das Mäzenatentum hätten; fraglich sei auch, ob alle Mitglieder der Volkspartei ihren Kandidaten gestützt und gewählt hätten.

Hatte dem Korrespondenten des „Beobachters" in seinem Artikel vom 19. Dezember wegen des Wahlergebnisses noch der Verstand stillgestanden, so wurde nun *dem einfachen Bürger im ersten Augenblick der Überraschung* der Gedanke unterstellt: *Wenn das Stimmenfälschen bei der Vortrefflichkeit der Einrichtungen und Menschen nicht unmöglich wäre, so müßte man daran glauben.* Dieses Urteil sei zwar unbegründet, die Regierung möge aber aus diesem Misstrauen die Lehre ziehen, dass es in Zukunft besser sein dürfte, die Wahlkommission nicht bloß aus fanatischen Anhängern des Regierungskandidaten zu bilden. Die Antwort[1202] aus den Reihen der Crailsheimer DP veränderte die Verdächtigungen der Volkspartei zu einer Waffe ge-

---

[1198] Beobachter Nr. 303, 23. Dezember 1870 „Aus Crailsheim, den 19. Dezember".

[1199] Beobachter Nr. 305, 25. Dezember 1870 „Wahlnachrichten". Zur Crailsheimer Wahl.

[1200] Vgl. Amts- und Intelligenzblatt, 29. Dezember 1870, S. 625f.: *Die Niederlage* [Abeleins] *erscheint umso größer, wenn man weiß, daß der Abstimmungsbezirk Satteldorf seine Stimmen fast insgesammt deshalb auf ihn vereinigt hat, weil man dort teils in ihm den vortrefflichen Volksschullehrer schätzt, den man der seiner Obhut anvertrauten Kinder wegen die Stimme nicht versagen wollte, teils, weil dort sein Geburtsort sich befindet, in welchem man das Kind des Ortes nicht fallen ließ; dagegen will Niemand, bis auf einige, sehr wenige Schreier etwas von der Volkspartei*[...].

[1201] Teilgemeinde von Ingersheim.

[1202] Amts- und Intelligenzblatt, 29. Dezember 1870, S. 625f. „Eingesendet. Noch ein Wort über die Wahl nach derselben" (26. Dezember 1870).

gen die VP; die DP wies die *ehrenkränkenden Angriffe* auf die Wahlkommission zurück, *der man vorzuwerfen die Stirn gehabt hat, daß man ihr eine Stimmenfälschung zutraue, daß sie bloß bei den bestehenden soliden Einrichtungen nicht möglich sei.* Man hatte also die Aussage, die Menschen seien vortrefflich, als ironisch interpretiert und der Aussage gegenübergestellt, dass die Einrichtungen vortrefflich seien; für die Volkspartei erschien aber auch die Einrichtung „Wahlkommission" durchaus nicht als „vortrefflich", da sie einseitig zusammengesetzt worden war; auch die zweite Aussage wäre also als Ironie zu verstehen.

Die DP warf nun ihrerseits der VP vor, *daß sie in ‚namenlosen' Briefen Angriffe der gemeinsten Art gegen die Anhänger Sarweys schleuderten, diesen selbst in gleicher Weise verdächtigten und sogar die Gewissen ängstlicher Katholiken* [...] *beunruhigten.* Die Wut und das Jammergeschrei der Volkspartei beweise, wie groß die Niederlage sei: *Diese Menschen begreifen nicht, wie es ihre Parteianhänger in der Kammer – das neue ‚Siebengestirn' – tun, daß sie eben auch ihr Schicksal endlich erreicht hat und daß sie, um nicht ganz vergessen zu werden, möglichst Frieden halten, nach denjenigen Berührungspunkten suchen müssen, die sie auf der Bahn wahrer Freiheit, wahren Fortschritts und wahrer, vaterländischer Gesinnung mit der Gegenpartei besitzen.* An der Polemik beider Seiten lässt sich ablesen, wie tief die Emotionen gingen, wie tief daher auch die Gräben zwischen den Parteien waren und wie schwierig es in Zukunft sein würde, solche Berührungspunkte zwischen den liberalen Richtungen auszumachen. Der Versuch der Volkspartei gar, Zweifel daran zu wecken, dass das Crailsheimer Wahlergebnis regelgerecht zustande gekommen sei, grenzt schon an Realitätsverlust, zumal das Wahlergebnis selbst eine andere Interpretation näher legt.

Die These der Volkspartei, dass die unerwartet hohe Wahlbeteiligung in der Stichwahl zu Gunsten der Gegenpartei gewirkt habe, geht fehl. Zusammenhänge zwischen der Zunahme der Wahlbeteiligung und der Zunahme von Abeleins und Sarweys Stimmenanteilen sind gleichermaßen schwach und positiv[1203]: Keine der beiden Parteien profitierte demgemäß einseitig von der Zunahme des Wählerinteresses.

Das Verhalten der 703 Schmidtschen Wähler bei der Stichwahl war der Schlüssel für den Wahlausgang, dessen waren sich beide Parteien vor dem Wahltag bewusst. Nach den Informationen der Volkspartei beabsichtigten die „Schmidtschen", sich der Abstimmung zu enthalten; das Wahlergebnis insgesamt schließt die Möglichkeit nicht aus, dass sie diese Ankündigung wahr machten: Wenn etwa 3980 der 4679 Wahlberechtigten (85%) „mobilisierbar" waren, konnte die Zahl von 3297 Abstimmenden annähernd auch ohne die 703 Wähler Schmidts erreicht werden. Das wirkliche Verhalten dieser Wähler in den Hochburgen Schmidts verweist solche Überlegungen allerdings in den Bereich der Theorie. Im Distrikt Honhardt (II) hätten – bei 85%er Mobilisierbarkeit – nur 258 Wähler zur Verfügung gestanden, wenn Schmidts Anhänger im Hause geblieben wären, tatsächlich aber stimmten 449 ab; selbst unter sehr ungünstigen Voraussetzungen müssen also mindestens zwei Drittel des Schmidt-

[1203] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Crailsheim 2: r = 0.4492 bzw. r = 0.5513 (statistisch nicht signifikant).

schen Anhangs in der Stichwahl abgestimmt haben. Ähnlich lagen die Verhältnisse im Wahldistrikt Stimpfach (V), wo wenigstens die Hälfte der Wähler Schmidts bei der Stichwahl von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben muss. In den übrigen Wahldistrikten waren Schmidts Stimmenanteile so klein, dass sie das Ergebnis der Stichwahl nicht so auffallend beeinflussen konnten; wenn Sarwey und Abelein dort in erheblichem Umfang Stimmen hinzugewannen, so müssen diese ohnehin überwiegend von Nichtwählern stammen. Besonders deutlich wurde dies in den Wahldistrikten Waldtann (VI) und Wildenstein (VII), wo das Wählerinteresse um 16,7 bzw. 23,8% anstieg, Schmidts Stimmenanteile aber nur 8,43% bzw. 9,79% ausmachten.

Wenn also mindestens ein großer Teil der Wähler Schmidts – trotz gegenteiliger Ankündigung – an der Stichwahl teilnahm, so bleibt zu klären, für welchen der beiden Kandidaten diese Männer sich entschieden. Die Zunahme der Stimmenanteile Abeleins hängt nur recht schwach mit der Höhe der Schmidtschen Stimmenanteile zusammen[1204]; dagegen steigt Sarweys Stimmenanteil regelmäßig dort an, wo Schmidts Stimmenanteile hoch gewesen waren[1205]. Von den 661 Wählerstimmen, die Sarwey in der Stichwahl hinzugewann, könnten dann – grob geschätzt – etwa 500 aus dem Lager Schmidts stammen; umgekehrt würden Abeleins Zugewinne ganz überwiegend auf das Konto solcher Wähler gehen, die am 5. Dezember nicht abgestimmt hatten.

Durch den zusätzlichen Mobilisierungsschub der Stichwahl erreichte Abelein fast genau seine Stimmenzahl vom Juli 1868 wieder. Die anfängliche Zurückhaltung seiner Wähler passt durchaus in die politische Landschaft des Winters 1870 ebenso wie die Rückwanderung der Schmidtschen Wähler zu Sarwey, für den sie in ihrer Mehrheit 1868 gestimmt hatten. Am Wahldistrikt Honhardt (II) wird dies beispielhaft deutlich: 1868 die Hochburg Sarweys, stimmten dort am 5. Dezember 1870 307 Wähler für Schmidt, nur 98 für Sarwey und 17 für Abelein; in der Stichwahl entschieden sich bei leicht gestiegener Wahlbeteiligung 336 für Sarwey und 113 für Abelein. Als Schwerpunkte der Wähler Abeleins kristallisierten sich in der Stichwahl die Wahldistrikte Satteldorf (IV), Roßfeld (III) und Stimpfach (V)[1206] heraus, als eher konservativ die Distrikte Honhardt (II)[1207], Crailsheim (I), Waldtann (VI) und Wildenstein (VII). Diese Zweiteilung des Oberamts änderte sich bei den folgenden Landtagswahlen nur unwesentlich.

Für die Landtagswahl vom 13. Dezember 1876 stellte sich Sarwey nicht wieder als Kandidat zur Verfügung[1208]. Nach längerem Zögern fand sich der Crailsheimer Stadtschultheiß Leonhard Sachs[1209] an dessen Stelle zu kandidieren bereit[1210]. Um

---

[1204] r = 0.5500, nicht signifikant.

[1205] r = 0.8854, hoch signifikant.

[1206] Hier war Sarweys Anteil nur geringfügig niedriger.

[1207] Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868 „Aus Crailsheim": *Den Ausschlag für Sarwey gaben übrigens die Orte Honhardt und Stimpfach.*

[1208] Schw. Kronik Nr. 293, 10. Dezember 1876, S. 2749.

[1209] Leonhard Sachs (1843–1899), seit 1867 Stadtschultheiß von Crailsheim, seit 1875 auch Oberamtspfleger, auch immatrikulierter Notar; Landtagsabgeordneter für das Oberamt Crails-

dem zu erwartenden Argument, der Schultheiß gehöre aufs Rathaus, die Spitze zu nehmen, erklärte Sachs öffentlich, er werde im Falle seiner Wahl die Kosten für die Stellvertretung seines Amtes selber tragen, sodass der Stadt keine Mehrkosten entstehen würden[1211]. Diese Erklärung entsprach vor allem aber auch seinem Wahlprogramm, in dem er sich unter anderem dafür einsetzte, die Finanzlage der Kommunen zu verbessern, die durch neue Gesetze finanziell stark belastet würden. Betont reichstreu, wollte Sachs ferner die bewährten württembergischen Einrichtungen dennoch erhalten wissen; für die Gesetzgebung Württembergs forderte er *freisinnigen Fortschritt*, unter anderem *eine umfassende Verfassungsreform, insbesondere durchgreifende Veränderungen in der Zusammensetzung der Landesvertretung*, sowie Selbstverwaltung und Besteuerungsrechte der Kommunen[1212]. So liberal seien die politischen Grundsätze von Sachs, urteilte der Crailsheimer Korrespondent der „Schwäbischen Kronik", dass es für die Volkspartei keinen Grund gebe, einen Gegenkandidaten aufzustellen[1213]. Eine Erklärung von 17 Anhängern der Volkspartei aus fünf Gemeinden des Oberamts bezog sich auf diese Formulierung und legte demgegenüber dar, dass eine *Anfrage bei sogenannten Liberalen* und *eine solche bei entschieden freisinnigen Männern hiesiger Stadt ohne Erfolg gewesen sei;* da viele Mitbürger Sachs' Kandidatur entschieden missbilligten, habe man erwogen, Abelein, der inzwischen nach Creglingen/Oberamt Mergentheim versetzt worden war[1214], erneut um die Kandidatur im Oberamt Crailsheim zu bitten; eine Parteiversammlung in Niederstetten habe das beschlossen, auf vielfaches Drängen habe Abelein schließlich zugesagt, sofern nicht noch im Amt ein Kandidat gefunden werde[1215].

Die genannte Wählerversammlung hatte am 28. oder 29. Oktober 1876 stattgefunden, bemerkenswerterweise im benachbarten Oberamt Gerabronn; teilgenommen hatten Anhänger der Volkspartei aus den vier Oberämtern Crailsheim, Gerabronn, Künzelsau und Mergentheim, die zusammen den 12. Reichstagswahlkreis bildeten, um ihren gemeinsamen Kandidaten für die Reichstagswahl zu bestimmen[1216] und die

---

heim 1876–1899; Schw. Kronik (1899), S. 1721, 1749; Staatsanzeiger (1899), S. 1345; Allgaier, Die Stände Württembergs, S. 42; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 751f.

[1210] Schw. Kronik (1876), S. 2373, 2525, 2541.

[1211] Fränkischer Grenzbote, 18. November 1876, S. 570

[1212] Fränkischer Grenzbote, 16. November 1876, S. 567; das Programm datiert vom 14. November.

[1213] Schw. Kronik (1876), S. 2541 „Crailsheim, den 7. November".

[1214] LKAS A 26 Bü 150, in Bitzers Bericht von 1881 über Abelein heißt es dazu: *Im Jahr 1876 kam Abelein in Disziplinaruntersuchung wegen Beleidigung des Pfarrers Betz von Gröningen und wurde durch Erkenntnis der Oberschulbehörde vom 26. April des genannten Jahres mit einem Verweis bestraft. Gleichzeitig wurde ausgesprochen, daß er auf eine andere Stelle gleichen Gehalts zu versetzen sei, da er mit Pfarrer Betz nicht mehr zusammenwirken könne. Im Juni 1876 wurde sodann seine Versetzung nach Creglingen ausgeführt.* Abeleins Landtagskandidatur 1876 wird in dem Bericht übergangen; 1881 erfolgte eine weitere Untersuchung gegen Abelein, weil er anlässlich der Reichstagswahl in einer Wahlversammlung Karl Mayers den Vorsitz übernommen hatte.

[1215] Fränkischer Grenzbote, 11. November 1876, S. 558.

[1216] Das war Friedrich Retter.

Aufstellung der Landtagskandidaten zu koordinieren[1217]. Diese Wählerversammlung ist ein Beleg dafür, dass sich die Volkspartei auch organisatorisch auf die neuen Verhältnisse einzustellen begonnen hatte[1218].

Von guten Freunden und Gesinnungsgenossen gebeten, übernahm Abelein am Ende die Kandidatur *aus Rücksicht für die bedrängte politische Partei*[1219], der er mit Überzeugung und Opfermut angehöre. Er kündigte ferner an, dass er sich *mit weitläufiger Bewerbung nicht einlassen und die sonst üblichen Wahlreisen nicht machen* [könne, sich] *vielmehr* [...] *darauf beschränken* [müsse], *einmal in einer größeren Wählerversammlung* [...] *aufzutreten*[1220]. Diese Zurückhaltung war nach allen seinen Erfahrungen nur zu berechtigt. Kurz vor der Wahl wurde Abelein die Information zugespielt, dass der Oberamtmann von Crailsheim, Constantin Renz[1221], beim Ortsschulinspektor von Creglingen angefragt hatte, *ob und welche Urlaubsverwilligungen Abelein gegeben worden seien*, da Abelein angeblich an mehreren Werktagen den Bezirk Crailsheim bereisen wollte. Abelein hatte diese Information in einer Wahlversammlung gegen Sachs verwendet, und der Oberamtmann hatte dem Innenministerium indigniert berichtet, er sei bei seiner Anfrage natürlich von der Annahme ausgegangen, dass das Amtsgeheimnis gewahrt bleibe[1222].

Außer Sachs und Abelein trat noch ein dritter Bewerber auf, der Kaufmann L. Humpfer aus Ellrichshausen, der vermutlich den Konservativen zuzurechnen war. Obwohl er seine Kandidatur bis zum Ende tapfer aufrecht erhielt[1223], entschieden sich für ihn nur 34 Wähler, davon 27 in seiner Heimatgemeinde Ellrichshausen.

Die Abstimmung am 13. Dezember 1876 brachte einen triumphalen Sieg für Sachs, der bei hoher Wahlbeteiligung von 73,54% zwei Drittel der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen konnte[1224]. In sechs der sieben Stimmbezirke übertraf sein Anteil

---

[1217] Fränkischer Grenzbote Nr. 131, 2. November 1876 (Frontseite).

[1218] Vgl. Simon, Die württembergischen Demokraten, S. 22: Erst die Landesversammlung der VP von 1885 beauftragte die Volksvereine, sich zu Bezirksvolksvereinen zusammenzuschließen, die wiederum miteinander in den Reichstagswahlkreisen in Verbindung treten sollten.

[1219] Ein Indiz für die bedrängte Lage der Crailsheimer Volkspartei könnte die Beobachtung sein, dass von den 17 Unterzeichnern des Wahlaufrufs der Partei von 1876 nur drei auch schon 1870 vertreten waren; möglicherweise hatte nach 1870 ein Neuaufbau stattfinden müssen.

[1220] Fränkischer Grenzbote, 16. November 1876, S. 567; diese Darstellung wurde von gegnerischer Seite in Frage gestellt, indem kolportiert wurde, dass sich Abelein während der letzten Herbstvakanz drei Wochen im Bezirk aufgehalten habe, um Wahlumtriebe zu machen; Abelein wies das im „Fränkischen Grenzboten" vom 18. November zurück.

[1221] Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 122.

[1222] HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 10, Oberamt Crailsheim, Bericht des Oberamts betr. die Landtagsabgeordnetenwahl, Crailsheim, den 11. Dezember 1876; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Crailsheim.

[1223] Fränkischer Grenzbote, 11. November 1876, S. 558: Humpfer kündigt Wahlveranstaltungen in vier Gemeinden des Wahldistrikts VI an; die „Schw. Kronik" (1876), S. 2770, meldet unterm 10. Dezember 1876, dass Humpfer nicht zurückgetreten sei; im „Fränkischen Grenzboten" Nr. 148, 12. Dezember 1876 folgt auf der Frontseite ein der „Deutschen Reichspost" entnommener und eingesandter Artikel über die Ziele der Deutsch-Konservativen.

[1224] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 11 Oberamt Crailsheim, Bericht

an den verfügbaren Stimmen die 40%-Marke, in den Distrikten Wildenstein (VII), Crailsheim (I) und Honhardt (II) sogar deutlich die 50%-Marke. Selbst in Abeleins Hochburg Satteldorf (IV), wo Sarwey 1870 selbst in der Stichwahl nur 6,18% hatte verbuchen können, erreichte Sachs 22,28%.

Für Abelein stimmten 1226 Wähler (23,78%), das waren 212 mehr als am 5. Dezember 1870, aber 280 weniger als bei der Stichwahl: Insgesamt ein Ergebnis, mit dem er zufrieden sein konnte. Bitter waren allerdings seine Verluste ausgerechnet im Wahldistrikt Satteldorf (IV), wo er gegenüber 1870 133 bzw. 138 Stimmen verlor, vermutlich war dies eine Folge seiner Versetzung nach Creglingen. Dennoch blieben Abeleins Anhänger dort in der Mehrheit und ihr persönliches Engagement ging so weit, dass *wegen seitens der Abelein'schen Partei drohenden Angriffen zweimal die Hilfe der dem Wahlkommissär zur Verfügung gestellten Landjäger in Anspruch genommen werden mußte*[1225]. Auch im Wahldistrikt Wildenstein (VII) büßte Abelein Stimmen ein, und zwar 21 gegenüber dem 5. Dezember und 154 gegenüber der Stichwahl. Sachs erzielte dort hingegen, wie der Oberamtmann betonte, ein außerordentlich positives Ergebnis: Die 498 Stimmen (58,59%), die er dort gewann, lagen um 227 über der Summe der Stimmen beider konservativer Bewerber von 1870 und um 162 über Sarweys Stichwahlergebnis. Für diesen Erfolg machte der Oberamtmann *das Zusammenwirken der geistlichen und weltlichen Ortsvorsteher* verantwortlich, während er Abeleins schlechtes Abschneiden auf das *unverschämte, freche Benehmen* Abeleins zurückführte, der bei Wahlkampfauftritten in Unterdeufstetten und Wildenstein den katholischen bzw. evangelischen Geistlichen persönlich angegriffen habe. Dennoch erhielt Abelein gerade in Wildenstein die meisten seiner wenigen Stimmen in diesem Distrikt.

Besonderes Augenmerk widmete der Oberamtmann wieder dem politischen Verhalten der Schullehrer, die auch schon 1868 und 1870 maßgeblich für Abelein gewirkt hatten. Der ausführliche Wahlbericht des Oberamtmanns enthält ansonsten für die einzelnen Gemeinden nur wenige exakte Zahlenangaben und ist daher in seinem Aussagewert auf die Erkenntnis beschränkt, dass Sachs in zehn, Abelein in neun der 26 Gemeinden die Mehrheit hinter sich brachte. Darüber hinaus bestätigen die Bemerkungen des Oberamtmanns bei einigen Gemeinden das Fortbestehen von Wahltraditionen: Honhardt stimmte *in gewohnter Weise für den Regierungskandidaten*, Jagstheim *wie früher, aber nicht so geschlossen* für Abelein.

Der Eindruck, den der Bericht des Oberamtmanns vermittelt, wird durch die genaue Betrachtung der Wahlergebnisse untermauert. Danach blieben die Wahldistrikte Roßfeld (III), Satteldorf (IV) und Stimpfach (V) Hochburgen der Volkspartei; die Verteilung der Abeleinschen Stimmen auf die Wahldistrikte im Dezember 1876 entsprach sehr weitgehend der vom 5. Dezember 1870 und noch deutlich ausgeprägter

---

des Oberamts vom 15. Dezember 1876 betr. die Landtagsabgeordnetenwahl vom 13. Dezember; auch: Fränkischer Grenzbote, 19. Dezember 1876, wo auch die Stimmen Humpfers gesondert ausgewiesen sind; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Crailsheim.

[1225] Bericht des Oberamtmanns vom 15. Dezember 1876 (wie vorherige Anmerkung).

der der Stichwahl 1870[1226]. Sachs' Stimmenanteile von 1876 korrelieren hoch positiv (r = 0.9053) mit den Stimmenanteilen, die Sarwey 1870 in der Stichwahl erreichte; Sarweys Anhänger waren also überwiegend zu Sachs übergewechselt, zudem müssen sich die mehr als 720 Stimmen, die Sachs gegenüber der Stichwahl hinzugewonnen hatte, recht gleichmäßig auf die Wahldistrikte verteilen: Sie belegen das große Ansehen, das Sachs im ganzen Oberamt genoss. Wenn der Zusammenhang zwischen Sachs' Stimmenverteilung und dem Ergebnis vom 5. Dezember 1870 erheblich schwächer ausfällt[1227], so kann man daraus erkennen, dass Sachs' Wählerschaft auch die früheren Anhänger Schmidts mit einschloss. Das gegenüber dem 5. Dezember 1870 gestiegene Wählerinteresse kam Sachs anscheinend eher zugute als Abelein[1228], daher ist anzunehmen, dass Sachs nun auch die Stimmen von vielen früheren Nichtwählern erhielt, wie dies das Beispiel des Distrikts Wildenstein (VII) belegt[1229]. In den Hochburgen der Volkspartei müssen aber auch zahlreiche Wähler Abeleins zu Sachs abgewandert sein, dessen persönliches Ansehen und liberales Programm durchaus auch für Wähler der linken Mitte attraktiv sein konnten.

Bei der Landtagswahl vom 20. Dezember 1882 gehörte das Oberamt Crailsheim zu den wenigen, die sich durch einen äußerst lebhaften Wahlkampf auszeichneten, den sich hier der Vertreter der „Ordnungsparteien", Stadtschultheiß Sachs, und Friedrich Payer von der Volkspartei lieferten. Von einer Überführung des Wahlkampfes von der sachlichen auf die personelle Ebene konnte hier keine Rede sein, wiewohl auch in die Auseinandersetzung zwischen Sachs und Payer die Thematik „Einheimischer gegen Auswärtigen" hineinspielte[1230]. Sachs' erneute Kandidatur war von langer Hand vorbereitet worden. Schon anlässlich seiner Rechenschaftsberichte vor den Wählern im Spätsommer 1882 war er zur Wiederwahl empfohlen worden[1231]. Am 19. Oktober sprach sich schließlich eine Versammlung von angeblich 900 Wählern in Crailsheim für Sachs' Kandidatur aus, es fehlte auch nicht der Hinweis, dass selbst aus der Volkspartei viele für ihn seien[1232].

Die Crailsheimer Volkspartei entfaltete erst drei Wochen später eine sichtbare Tätigkeit, nachdem sie sich vermutlich auf die vergebliche Suche nach einem geeigneten Kandidaten aus dem Oberamt gemacht hatte. Am Ende trug eine Delegation Friedrich Payer die Kandidatur an, die dieser übernahm[1233], worauf sich ein heftiger Wahlkampf entspann mit Unterschriftenaktionen für Sachs[1234] und zahlreichen Wahl-

---

[1226] r = 0.7958 (5%-Niveau); r = 0.8612 (1%-Niveau).

[1227] r = 0.6257, nicht signifikant.

[1228] Zunahme Wahlbeteiligung – DP76: r = 0.6453; ZuWb – VP76: r = 0.7329 (nicht signifikant); gegenüber der Stichwahl entsprechend: r = 0.3677; r = 0.004.

[1229] Am 5. Dezember 1870: Wahlbeteiligung 39,15%, 6,96% VP, Rest Schmidt und Sarwey; am 13. Dezember 1876: Wahlbeteiligung 63,18%, für die VP 4,47%, Rest Sachs.

[1230] Schw. Kronik (1882), S. 2007.

[1231] Ebd., S. 1091, 1223.

[1232] Ebd., S. 1676.

[1233] Ebd., S. 1823, 1851.

[1234] Ebd., S. 1891, 1911, 1931.

kampfauftritten[1235]. Eine Korrespondenz in der „Schwäbischen Kronik" resümierte: *Crailsheim 20. Dezember. Das war eine Wahl, wie wir noch keine erlebt haben! so haben heute die ältesten Bürger der Stadt Crailsheim ausgerufen. Und in der Tat waren vom frühen Morgen an die ehrenwertesten und geachtetsten Bürger in Tätigkeit, um ihrem Stadtvorstand eine Genugtuung zu verschaffen. Mit welchen Mitteln die Gegenpartei kämpfte, mag die einzige Tatsache beweisen, daß am Vorabend des Wahltags mittelst Extraboten in den größeren Gemeinden die Nachricht verbreitet wurde, Sachs sei von der Kandidatur zurückgetreten*[1236]. Entsprechend lag das Wählerinteresse mit 77,68% noch einmal deutlich höher als 1876; es schwankte zwischen 94,58% in Waldtann (zwei weitere Gemeinden lagen ebenfalls über 90%, neun über 80%) und nur 53,52% im katholischen Unterdeufstetten (und fünf weiteren Gemeinden zwischen 50 und 60%)[1237]. Für Sachs entschieden sich fast gleich viele Wähler wie 1876[1238]; Payer konnte sogar 443 Stimmen (7,18%-Punkte) hinzugewinnen, an der grundlegenden Verteilung der VP-Stimmen im Oberamt änderte dies freilich wenig: Die Distrikte Roßfeld und Satteldorf blieben VP- Hochburgen, in Stimpfach war das Stärkeverhältnis der beiden Parteien nahezu ausgeglichen[1239]. Die Verteilung der DP-Stimmen entsprach zwar weitgehend der in der Stichwahl von 1870 (r = 0.8471); gegenüber 1876 war der Zusammenhang aber merklich schwächer[1240], da anscheinend viele Wähler zur Volkspartei zurückgewandert waren, so hatte Payer beispielsweise im Distrikt Wildenstein (VII) 133 Stimmen hinzugewonnen, in Roßfeld (III) 70, im Distrikt Crailsheim (I) 149, in der Stadt Crailsheim allein etwa 130!

Bei den Landtagswahlen vom 8. Januar 1889 und 1. Februar 1895 stellte die Volkspartei keinen offiziellen Kandidaten gegen Sachs auf; in der „Schwäbischen Kronik" hieß es dazu im Rückblick: [...] *Unser bisheriger Abgeordneter, Stadtschultheiß Sachs, hat durch seine unabhängige Haltung, sein kräftiges Eintreten für die Interessen des Volks und durch seine bei jeder Gelegenheit an den Tag gelegte bürgerfreundliche Gesinnung das Vertrauen des ganzen Bezirks und die Wertschätzung aller Kreise und Parteien in einem Grade erworben, daß an eine aussichtsvolle Gegenkandidatur nicht gedacht werden konnte*[1241]. Obwohl Sachs im Januar 1889 mit nahezu derselben Stimmenzahl[1242] gewählt wurde wie 1876 und 1882, hatte sich seine Wählerschaft

---

[1235] Schw. Kronik (1882), S. 1955, 1979, 1984, 1987.

[1236] Schw. Kronik, Nr. 302, 22. Dezember 1882, S. 2060.

[1237] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5, Oberamt Crailsheim, Bl. 2; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Crailsheim.

[1238] 2509 = 7 mehr als 1876; 46,55% gegen 48,54% im Jahre 1876.

[1239] Eigenkorrelation der VP-Stimmen 1876/5. Dezember 1870: r = 0.7890; 1876/Stichwahl 1870: r = 0.8610; 1882/1870: r = 0.8224; 1882/1870st: r = 0.8600; 1882/1876: r = 0.7421; Korrelation DP/VP 1882 für die sieben Distrikte: r = –0.9004, für die 26 Gemeinden: r = –0.8502.

[1240] r = 0.6411, nicht signifikant.

[1241] Schw. Kronik Nr. 29, 4. Februar 1895, S. 234.

[1242] 2513 Stimmen = 48,74%; Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 10 Oberamt Crailsheim, Bl. 778ff.

doch erheblich verändert[1243]. Verantwortlich dafür war nicht nur die niedrige Wahlbeteiligung von 54,2%. Gegenüber 1882 konnte Sachs gerade in den drei Wahldistrikten Stimmen hinzugewinnen, in denen zuvor die Volkspartei stark gewesen war; erhebliche Verluste musste er dagegen in den Distrikten VI und VII hinnehmen, teilweise vermutlich durch die hier recht hohen Stimmenanteile des Gutsbesitzers Michael Schoger (VP) aus Marktlustenau, dessen Kandidatur freilich ebenso wenig ernst genommen wurde wie die des Schlossers Friedrich Popp aus Jagstheim, der dort die Volkspartei führte[1244].

Am 1. Februar 1895 konkurrierten mit Sachs nur die Zählkandidaten von SPD und Zentrum, Karl Kloß und Adolf Gröber[1245]. Die SPD erreichte bei ihrem ersten Auftreten bei Landtagswahlen im Oberamt 73 Stimmen (1,39%), davon in Crailsheim 13 (1,24%), in Ingersheim 19 (7,82%) und in Jagstheim 32 (12,55%). Für Gröber entschieden sich 121 Wähler (2,3%), bei ca. 570 katholischen Wahlberechtigten waren das nur etwa 20%. Der Wahlsieger hieß wiederum Sachs, der bei niedriger Wahlbeteiligung von 57,81% die überwältigende Stimmenmehrheit (2803; 53,39%) erreichte. Die Stimmenverteilung im Amt entsprach weitgehend der von 1889[1246], Sachs' Wählerschaft schloss also wiederum einen Teil der früheren VP-Wähler ein.

Leonhard Sachs starb am 23. Juli 1899, daher wurde eine Nachwahl angesetzt, die am 25. Oktober stattfand. Fünf Parteien schickten ihre Kandidaten ins Rennen, SPD und Zentrumspartei freilich nur die Zählkandidaten von 1895. Ihren ganz besonderen Reiz erhielt diese Wahl aus der Gegnerschaft von Deutscher Partei und Bauernbund[1247]. Dieser hatte am 23. September 1899 die Kandidatur des Gutsbesitzers Ernst Berroth[1248] aus Jagstheim noch einmal ausdrücklich bestätigt[1249]; die Deutsche Partei setzte dagegen auf den Landwirtschaftsinspektor Dr. Johann Wacker[1250] aus Leonberg, der aus Gröningen stammte; auch die Volkspartei stellte im Übrigen einen Vertreter der Landwirtschaft auf, den Schultheißen und Landwirt Eberhard Herrmann aus Jagstheim. Diese Kandidatenkonstellation führte zwar in Gemeinden mit einem hohen Anteil an Landwirten über 5 ha zu einer höheren Wahlbeteiligung als in gewerblich geprägten Gemeinden[1251], insgesamt blieb aber das Wählerinteresse mit

---

[1243] Eigenkorrelation der DP-Stimmen 1889/1876: r = 0.3126; 1889/Wahldistrikte 1882: r = 0.3215; 1889/Gemeinden 1882: r = 0.3761.

[1244] Schw. Kronik (1889), S. 46; Schoger erhielt 234 Stimmen (4,54%), davon 134 in seinem Heimatbezirk, 78 in seiner Heimatgemeinde; 14 Wähler entschieden sich in Jagstheim für Popp.

[1245] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 11 Oberamt Crailsheim, Bl. 699ff.; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Crailsheim.

[1246] Eigenkorrelation der DP-Stimmenanteile 1895/1889 für die 7 Wahldistrikte: r = 0.8582; für die 26 Gemeinden: r = 0.6684.

[1247] Eine knappe Charakterisierung bei Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 96–99.

[1248] Ernst Berroth (1841–1911), Gutsbesitzer in Jagstheim; Landtagsabgeordneter für Crailsheim seit 1899; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 61.

[1249] Schwäbische Tagwacht, Nr. 224, 26. September 1899, S. 3.

[1250] Johann Wacker (1868–1934); Landwirtschaftsinspektor und Vorstand der Landwirtschaftlichen Winterschule in Leonberg; 1898 Promotion (Leipzig); 1907–1933 Professor in Hohenheim; Klein, Die akademischen Lehrer, S. 128f.

[1251] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Crailsheim 1 bzw. 2.

65,05% niedrig[1252]. Ausgeprägtes Desinteresse zeigten die Wähler im mehrheitlich katholischen Unterdeufstetten, wo nur 30% abstimmten, davon ein Drittel für den Zentrumskandidaten; im paritätischen Matzenbach stimmten 43,39%, 14,8% für das Zentrum; in allen anderen Gemeinden lag die Wahlbeteiligung über 50%, in fünf Gemeinden sogar über 80%. SPD und Zentrumspartei gewannen wieder nur marginale Stimmenanteile[1253]; Volkspartei (1162) und Bauernbund (1142) lagen fast gleichauf, während der Kandidat der DP mit 745 Stimmen abgeschlagen endete. Da keiner der Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hatte, musste die Stichwahl zwischen Berroth und Herrmann am 6. November 1899 die Entscheidung bringen. Dabei würde nicht nur das Stimmverhalten der DP-Wähler den Ausschlag geben[1254], sondern auch das der Zentrums-Wähler und vor allem auch das derjenigen, die am 25. Oktober nicht gewählt hatten. Berroth gewann das Mandat am Ende mit einem Vorsprung von 56 Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von nunmehr 73,24%[1255].

Von der Zunahme des Wählerinteresses (+427; 8,19%-Punkte) profitierte keine Seite eindeutig[1256]. Berroth gewann einen Teil seiner zusätzlichen Stimmen überraschenderweise in Gemeinden mit einem hohen Anteil an Zentrumswählern ($r = 0.8234$)[1257]. Bezieht sich dieser Zusammenhang zunächst lediglich auf die Gebietseinheiten, so lässt etwa das Einzelergebnis der Gemeinde Stimpfach, die zu 94% katholisch war, keinen Zweifel, dass dort die Katholiken dem Bauernbund ihre Stimme gegeben hatten: Bei 78% Wahlbeteiligung in der Hauptwahl hatten 70% das Zentrum gewählt, Wacker hatte eine Stimme erhalten, Berroth zwei und Herrmann neun; in der Stichwahl – Wahlbeteiligung 86% – fielen 15 Stimmen an die VP, 114 an den Bauernbund.

Die Zunahme der Volkspartei speiste sich teilweise aus den Gemeinden, die einen hohen Anteil an SPD-Wählern aufwiesen ($r = 0.8841$), und solchen mit vielen DP-Wählern ($r = 0.6141$), wie sich beispielhaft am Einzelergebnis der Stadt Crailsheim ablesen lässt. Berroth konnte dort seinen Stimmenanteil von 1,88% auf 5,89% in der Stichwahl steigern; 22,86% hatten in der Hauptwahl der DP ihre Stimme gegeben, 25,18% der VP und 4,02% der SPD. Bei einem Anstieg der Wahlbeteiligung um 84 Stimmen auf 64,46% wurden in der Stichwahl 58,57% für die VP gezählt. Geht man von 85% mobilisierbaren Wahlberechtigten aus[1258], so ergibt sich, dass wenigstens

---

[1252] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 862, Fasz. 8, Nachwahlen, Oberamt Crailsheim, Bl. 433f.; ab Bl. 40 Zeitungsartikel über die Crailsheimer Landtagswahl; siehe: Datenträger, Datensatz 2: Crailsheim.

[1253] SPD: 65 Stimmen, 1,25%; Zentrum: 276 Stimmen, 5,29%.

[1254] HStAS E 150, Bü 862, Fasz. 8, Nachwahlen, Oberamt Crailsheim, Bl. 426 Bericht an den König betr. die Wahl eines Landtagsabgeordneten, Stuttgart d. 26. Oktober 1899.

[1255] Berroth: 1938 Stimmen, 37,15% (Zunahme: +796 Stimmen); Herrmann: 1882 Stimmen, 36,08% (Zunahme: +720 Stimmen).

[1256] BdL: $r = 0.1370$; VP: $r = 0.0160$.

[1257] Die Korrelation, berechnet für die 12 Gemeinden, für die Wertepaare vorliegen, beträgt $r = 0.9252$; die Korrelation zwischen Berroths Stimmengewinn und dem katholischen Bevölkerungsanteil fällt erheblich schwächer aus ($r = 0.4404$).

[1258] 1882 hatte die Wahlbeteiligung in der Stadt Crailsheim 83,47% betragen, als Sachs und

ein Teil der DP-Wähler in der Stichwahl zum Kandidaten der VP übergewechselt sein muss. Allerdings verfolgten die DP-Wähler insgesamt keine klare Linie. In Gröningen hatten sich zum Beispiel bei einer Wahlbeteiligung von 83,33% in der Hauptwahl 47,22% für die DP entschieden, 32,87% für die VP und nur 2,78% für den Bauernbund; die Stichwahl brachte bei etwas geringerer Wahlbeteiligung (–6,48%-Punkte) 28,7% für den Bauernbund (Zugewinn 25,9%-Punkte) und 48,15% für die Volkspartei (+15,3%-Punkte); bei beiden dürfte sich Zunahme überwiegend aus DP-Wählern gespeist haben.

17 Jahre waren im Oberamt Crailsheim vergangen, seit sich das letzte Mal ein Kandidat der Volkspartei um das Landtagsmandat beworben hatte; dennoch hatte sich die Verteilung der VP-Stimmen auf die Distrikte und Gemeinden nicht grundlegend geändert: Auch 1899 waren die Wahldistrikte III, IV und V die demokratischen Hochburgen, zusätzlich hatte sich – wohl nach Sachs' Tod – die Stellung der Volkspartei in der Oberamtsstadt deutlich verstärkt: insgesamt also eine auffällige Kontinuität lokaler politischer Strukturen.

Für die Wählerschaft der Deutschen Partei ist eine solche ausgeprägte Kontinuität nicht zu erkennen. Eine dominierende Persönlichkeit wie Stadtschultheiß Sachs, der auch hohe Mehrheiten erreichte, wenn er konkurrenzlos auftrat, vereinigte offenbar bei den verschiedenen Wahlen ein breites Wählerspektrum hinter sich, das vom konservativen bis weit in des liberale Lager reichen konnte, je nachdem, ob und wo andere Kandidaten mit ihm konkurrierten. Einen festen Kern von DP-Wählern wird es dennoch gegeben haben. Für die Gemeinde Honhardt[1259] beispielsweise lässt sich eine konservative Ausrichtung seit 1868 verfolgen[1260]; der Stimmenanteil für Sachs lag 1882 bei 70,23%, 1889 bei 62,91%, 1895 bei 62,50%; 1899 war in Honhardt der Crailsheimer Obmann des Bauernbundes, Brehm, beheimatet, Berroth erhielt dort 57,37% und in der Stichwahl sogar 70,51% der verfügbaren Stimmen.

Zusammenhänge zwischen den Wahlergebnissen und sozialstrukturellen Faktoren sind auch für das Oberamt Crailsheim überwiegend nur schwach ausgeprägt. Die kaum überwundene Krise der Landwirtschaft[1261] spiegelt sich einerseits darin, dass drei Vertreter der Landwirtschaft gestützt auf konkurrierende Parteien als Kandidaten auftraten und andererseits in einer deutlich höheren Wahlbeteiligung der Gemeinden mit einem hohen Anteil an selbstständigen Landwirten ($r = 0.6436$), vor allem solchen über 5 ha ($r = 0.7091$). Die „Tagwacht"[1262] hatte vor der Wahl die Frage

---

Payer sich einen heftigen Wahlkampf lieferten; der Wahlkampf der drei Landwirte im Jahre 1899 wird die Crailsheimer deutlich weniger mobilisiert haben.

[1259] Vgl. Württ. Jbb. 1895/II (1896) Ergebnisse der Erhebungen über den Stand der Landwirtschaft in Württemberg 1895, S. 36f.: Honhardt gehörte zu den untersuchten Gemeinden (Nr. 70); die Verschuldung der Landwirte war dort zwischen 1874 und 1894 um 96% gestiegen, Honhardt stand damit im Jagstkreis (Durchschnitt 35%) an fünfter Stelle.

[1260] Für 1868ff.: siehe oben, S. 485, 487.

[1261] Borcherdt, Die Landwirtschaft in Baden und Württemberg, S. 128f.

[1262] Schwäbische Tagwacht, Nr. 229, 2. Oktober 1899, S. 3.

gestellt, welcher dieser drei Bauern mehr Bauern fangen würde; die Antwort fiel nicht sehr überraschend aus: Wo selbstständige Landwirte, speziell solche über 5 ha einen hohen Anteil der Wahlberechtigten ausmachten, lag der Stimmenanteil des Bauernbundes hoch (r = 0.6871 bzw. 0.7266); da sich dieser Zusammenhang in der Stichwahl noch etwas stärker ausprägte (r = 0.8037 bzw. 0.8310), gleichzeitig aber die Zunahme der Bauernbundstimmen nur sehr schwach (r = 0.3711 bzw. 0.3842) mit diesen Variablen zusammenhängt, waren es vermutlich die Zentrumswähler, die diese Wirkung hervorriefen. Die Höhe der Stimmenanteile der Volkspartei wird nur in geringem Maße durch die sozialstrukturellen Variablen „erklärt"; die Zunahme der VP-Stimmen von der Haupt- zur Stichwahl speiste sich dagegen recht ausgeprägt aus Gemein-

Übersicht 35: Wahlergebnisse in drei katholischen Gemeinden des Oberamts Crailsheim 1870–1899

		1870	1870 St	1876	1882	1889	1895	1899	1899 St
Wahlbeteil. Oberamt		61,7	70,46	73,54	77,68	54,20	57,81	65,05	73,24
Matzenbach	Wb	niedrig	rel.niedr.	rel.niedr.	68,27	32,10	52,72	43,39	42,86
	Min/DP	Schmidt		Major. DP	31,25	32,10	29,12	6,35	
	VP				37,02			13,76	8,99
	Z						23,63	14,81	
	Bauernbund							8,47	33,86
Unterdeufst.	Wb	niedrig	rel.niedr.	rel.niedr.	53,25	35,0	37,25	30,0	31,36
	Min/DP			Major. DP	43,66	35,0	23,53	11,36	
	VP				9,86			5,91	23,18
	Z						13,73	11,82	
	Bauernbund							0,0	8,18
	SPD							0,91	
Stimpfach	Wb				84,62	58,30	43,40	78,00	86,00
	Min/DP	Schmidt		Major. DP	60,26	58,30	33,96	0,67	
	VP				23,72		8,18	6,00	10,00
	Z							70,00	
	Bauernbund							1,33	76,00

den mit vielen gewerblichen Wählern und eher nicht aus den Gemeinden mit einem hohen Anteil selbstständiger Landwirte[1263].

Seit der Gründung der Zentrumspartei auf Landesebene war auch das Stimmverhalten der Katholiken im Oberamt Crailsheim teilweise durch ihre Konfessionszugehörigkeit geprägt: War der katholische Bevölkerungsanteil hoch, so erreichte auch der Kandidat des Zentrums oft hohe Stimmenanteile ($r = 0.5271$ für die Gemeinden und $r = 0.5855$ für die Distrikte). Gleichzeitig lag jedoch in den Gemeinden mit einem hohen Katholikenanteil die Wahlbeteiligung meist niedrig, so dass sich wahrscheinlich ein großer Teil der Wahlberechtigten dort überhaupt von der Politik fernhielt. Ein Blick auf die Wähler in den drei Gemeinden mit dem höchsten Katholikenanteil rundet das Bild ab (Übersicht 35). Es handelt sich dabei um die Gemeinden Matzenbach und Unterdeufstetten – beide zwischen 1867 und 1895 mit stark rückläufiger Bevölkerung und sinkendem Katholikenanteil – sowie die Gemeinde Stimpfach mit leicht steigender Bevölkerungszahl und stabilem Katholikenanteil von 94%[1264].

In diesen drei Gemeinden beeinflusste die Konfessionszugehörigkeit das Stimmverhalten der Wähler viel weniger, als man erwarten würde. Am 1. Februar 1895 – und bei zwei der Gemeinden sogar noch 1899 – blieb der Anteil der für die Zentrumspartei abgegebenen Stimmen ganz erheblich unter dem Katholikenanteil an den Wahlberechtigten. Das Wählerinteresse lag mit wenigen Ausnahmen unter dem Durchschnitt des Oberamts; meist wird der Deutschen Partei der Vorzug vor der Volkspartei gegeben; und die durchweg eher konservative Ausrichtung zeigt sich auch darin, dass die Zentrumswähler in der Stichwahl von 1899 den Bauernbund wählten.

b) Oberamt Oberndorf

Am 5. Dezember 1870 trat im Oberamt Oberndorf der seltene Fall[1265] ein, dass beide Kandidaten die genau gleiche Zahl gültiger Stimmen auf sich vereinigten. Bei der ersten Stimmenauszählung hatte noch der Kandidat der Volkspartei eine Stimme Vorsprung vor dem ministeriellen Bewerber gehabt, eine zweite Stimmenauszählung hatte dann aber einen Gleichstand ergeben[1266]. Das Mandat fiel nun jedoch keineswegs im Losverfahren an den Vertreter der Volkspartei[1267].

Damit eine gültige Wahl zustande kam, musste nicht nur mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten – gültig oder ungültig – abgestimmt haben[1268], gewählt war nur der

[1263] Korrelation der VP-Anteile mit dem Anteil der selbstständigen Gewerbetreibenden: $r = 0.7895$; gewerbl. Hauptbetriebe: $r = 0.7243$; selbstst. Agrarbetriebe: $r = -0.8287$.

[1264] Matzenbach: 918→650; Anteil Katholiken: 58%→45%; Unterdeufstetten: 1030→778; 75%→69%; Stimpfach: 763→799.

[1265] Auch im Oberamt Saulgau trat dieser Fall ein; nachdem bei beiden Kandidaten die ungenau bezeichneten Stimmen abgezogen waren, verblieben je 1645 Stimmen; die Wahl wurde angefochten und wiederholt; SVZ Nr. 293, 10. Dezember 1870, S 1201.

[1266] DV Nr. 289, 9. Dezember 1870 „Oberndorf, 7. Dezember"; vom „Beobachter" Nr. 292, 10. Dezember 1870 „Oberndorf, 19. Dezember".

[1267] Runge, Volkspartei, S. 175.

[1268] Regierungsblatt für das Königreich Württemberg Nr. 14, 6. April 1868, S. 176ff.; Nr. 17, 13. Mai 1868, S. 196.

Kandidat, der die absolute Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte; weiter hieß es in Artikel 12 des Verfassungsgesetzes vom 26. März 1868: *Hat der Gewählte die Wahl nicht angenommen, oder keiner der Kandidaten mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten, so ist eine neue Wahl anzuordnen. In dem letzteren Fall ist nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche bei der ersten Wahl die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los*[1269]. Artikel 19 des Ausführungsgesetzes stellte noch einmal klar: *Hat die Wahl* [...] *zu keinem Erfolg geführt, so hat der Oberamtmann unverweilt eine neue Wahl anzuordnen*[1270].

Da im Wahlkreis Oberndorf von den 4157 Wahlberechtigten 2509 (60,36%) abgestimmt hatten, fand also keine Ergänzungswahl statt. Von den 2509 abgegebenen Stimmen waren 2503 gültig; eine Stimme wurde in Schramberg (Distrikt VI) für einen Dritten abgegeben[1271] und beide Hauptkandidaten brachten es je auf 1251 Stimmen, das waren 49,98% der abgegebenen gültigen Stimmen. Nachdem also die Wahl ohne Ergebnis geblieben war, musste eine „neue Wahl" im Sinne des Artikel 12 – eine engere oder Stichwahl – angesetzt werden. Das Losverfahren hätte nur Anwendung gefunden, um bei Stimmengleichheit der Kandidaten die beiden Teilnehmer an der Stichwahl zu ermitteln.

Für die Volkspartei dürfte das Wahlergebnis vom 5. Dezember 1870 recht überraschend, wenn nicht enttäuschend und ernüchternd gewesen sein. Ihr Kandidat, der Oberndorfer Rechtsanwalt Augustin Gutheinz, hatte am 8. Juli 1868 gegen den ministeriellen Kandidaten, den Rottweiler Postmeister Friedrich Franz Platz aus Hardthausen, sicher gesiegt, obwohl der – unterstützt von einem Teil seiner Familienangehörigen, dem Oberamtmann und auch der Deutschen Partei[1272] – ihm als Katholik und Oberamtsangehöriger durchaus hätte gefährlich werden können; Platz hatte allerdings, nach dem Urteil von Oberamtmann Schubart, den Fehler gemacht, in mehreren Hauptorten (Oberndorf, Aichhalden, Lauterbach, Schramberg, Alpirsbach) nicht aufzutreten[1273].

[1269] Reg. Bl. Nr. 14, 6. April 1868, S. 177f.

[1270] Ebd., S. 184.

[1271] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 584ff. Bericht des Oberamts vom 7. Dezember 1870 betr. das Wahlergebnis.

[1272] Nl Hölder Fasz. XI, Stück 279 Karl Scholder an Hölder, 25. Juni 1868; da Platz nach Meinung des Oberamtmanns entschieden antipreußisch war, ist es schon erstaunlich, dass sich die DP zu seiner Unterstützung entschloss. In der „SVZ" (Nr. 150, 1. Juli 1868, S. 638) erschien eine Korrespondenz „Aus dem Oberamt Oberndorf" (wohl aus Schramberg oder Alpirsbach), in der der fehlende Eisenbahnanschluss kritisiert wurde: *Es kommt diese ungerechte Zurücksetzung einer systematischen Tötung unserer Industrie sehr nahe.* – Der Alpirsbacher Fabrikant Karl Scholder hatte sich anlässlich der Zollparlamentswahl für die DP exponiert, war im Frühjahr 1870 ihr Geschäftsführer in Alpirsbach, im Juli 1876 ihr Vertrauensmann und nahm an der Landesversammlung vom September 1880 teil.

[1273] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 365ff. Bericht des Oberamts betr. die Umtriebe bei der Abgeordnetenwahl, Oberndorf 2. August 1868.

Im November 1870 hatte Gutheinz den Wahlkampf zunächst allein bestritten[1274], bis Oberamtmann Schubart wiederum für einen ministeriellen Gegenkandidaten sorgte. Nach den energischen Steuerungsmaßnahmen Schubarts im Juni/Juli 1868 scheint die Vermutung des „Beobachters" durchaus den Tatsachen zu entsprechen, dass der Oberamtmann die Ortsvorsteher schriftlich aufgefordert habe, den von ihm vorgesehenen Kandidaten zur Kandidatur einzuladen[1275]. Regierungsrat August Maier, der Kandidat, den der Oberamtmann hatte gewinnen können, war im Oberamt noch bei vielen Wählern bekannt, denn er war dort von 1852 bis 1858 Oberamtmann gewesen. *Angesichts der Haltung der Regierung*, wie Rechtsanwalt Landerer[1276] aus Oberndorf schrieb[1277], wurde Maier auch durch die Deutsche Partei im Oberamt unterstützt; die Begründung konnte nicht völlig überzeugen, da die DP den Regierungskandidaten auch 1868 unter anderen Bedingungen gestützt hatte. Vor allem würde sich noch erweisen müssen, wie sich die katholischen Wähler dem Protestanten Maier gegenüber verhalten würden.

Trotz des recht lebhaften Wahlkampfes[1278] verloren beide Kandidaten am 5. Dezember 1870 gegenüber dem 8. Juli 1868 deutlich an Stimmen[1279]: Für Maier entschieden sich 151 Wähler (2,81%-Punkte) weniger als für Platz, den ministeriellen Kandidaten[1280] von 1868, und Gutheinz gingen per Saldo 307 Stimmen (~6,5%-Punkte) verloren; bei beiden Kandidaten verbargen sich dahinter einschneidende Veränderungen. Für Gutheinz schwankten die Abweichungen gegenüber 1868 zwischen einem Minus von 28,14%-Punkten im Wahldistrikt Alpirsbach (II) und einer Zunahme von 22,47%-Punkten im Distrikt Waldmössingen (VIII). Umgekehrt konnte Maier in Distrikt II 34,38%-Punkte hinzugewinnen, in Waldmössingen verlor er dagegen 50,25%-Punkte! Dieser Distrikt war 1868 die Hochburg von Platz gewesen, auf den 78,36% der verfügbaren Stimmen gefallen waren; in der Gemeinde Waldmössingen hatte Schultheiß Jauch zu Platz' Förderern gehört, und Wähler von Winzeln hatten Platz als Kandidaten vorgeschlagen. Mit 83,82% Wahlbeteiligung hatte der Distrikt am 8. Juli 1868 hinsichtlich der Mobilisierbarkeit der Wahlberechtigten an der Obergrenze gelegen; am 5. Dezember 1870 ging das Wählerinteresse um 27,78%-Punkte zurück. Da angesichts dieser hohen Wahlbeteiligung nicht mit einem nennenswerten Austausch aus der Gruppe der Nichtwähler von 1868 zu rechnen ist, muss man annehmen, dass etwa 22% der Wahlberechtigten von Platz direkt zu Gutheinz übergelaufen sind; in den drei fast rein katholischen Gemeinden des Distrikts Waldmössingen herrschte anscheinend so große Abneigung gegen Regierungsrat

[1274] Schw. Kronik (1870), S. 3241.

[1275] Beobachter Nr. 281, 27. November 1870 „Wahlnachrichten".

[1276] Gottlob Friedrich Landerer (1807–1879), „Feuerreiter" Jg. 1827, „Concordia" Jg. 1827; Rechtsanwalt; seit August 1867 für die DP tätig.

[1277] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 296.

[1278] Beobachter, Nr. 275, 20. November 1870; SVZ Nr. 279, 24. November 1870, S. 1149; Schw. Kronik (1870), S. 3307, 3343.

[1279] Siehe unten: Anhang A, S. 638ff.

[1280] DV Nr. 155, 5. Juli 1868 „Aus dem Oberamtsbezirk Oberndorf": Platz sei der Kandidat der ländlichen Bevölkerung, Gutheinz der der Städter.

Maier, den Beamten und Protestanten, dass nur 56,04% abstimmten und diese sich nun zu fast gleichen Teilen für Maier und Gutheinz entschieden.

Im Wahldistrikt II stieg des Wählerinteresse gegenüber 1868 um 6,26%-Punkte an. In den sechs Gemeinden dieses Wahldistrikts lag der katholische Bevölkerungsanteil unter 2%; von den 520 Wahlberechtigten werden also nur 5–10 katholisch gewesen sein. Hatten sich dort 1868 bei zwei katholischen und antipreußischen Kandidaten ca. 48% der Wahlberechtigten für den Demokraten und nur 20% für den Konservativen entschieden, so stimmten am 5. Dezember 1870 58% für den protestantischen, konservativen Vertreter der Regierungspolitik und nur 20% für den katholischen Demokraten. Den Ausschlag scheint in diesen beiden Distrikten die Konfessionszugehörigkeit gegeben zu haben. Anders lagen die Verhältnisse im Wahldistrikt Fluorn (IV). Am 1. Dezember 1871 lag unter den 3589 Einwohnern in den sechs Gemeinden der Katholikenanteil bei 19,14%; 95% von ihnen wohnten in der Gemeinde Hochmössingen. Die Zahl der wahlberechtigten Katholiken dürfte in diesem Distrikt bei 135 gelegen haben. Während der Stimmenanteil von Gutheinz 1868 und 1870 nahezu unverändert blieb (15,36%/ 16,21%), gingen die Wahlbeteiligung (–10,64%-Punkte) und der Stimmenanteil des ministeriellen Bewerbers (–11,49%-Punkte) deutlich zurück: Ein erheblicher Teil wohl der protestantischen Wähler zeigte sich reserviert gegenüber Maier. In den übrigen fünf Wahldistrikten – alle mit hohen katholischen Mehrheiten – bewegten sich die Gewinne und Verluste Maiers in einem sehr viel engeren Rahmen (von +8,1 bis –5,5%-Punkten); Gutheinz verzeichnete dort hingegen durchgehend Verluste zwischen 5,5 und 15,7%-Punkten. Die Wahlbeteiligung blieb in drei Distrikten deutlich unter 50%; in Sulgen (VII) traf dies beide Kandidaten, in Aichhalden (III) und Lauterbach (V) ging es einseitig zu Lasten des volksparteilichen Kandidaten.

Trotz dieser Verschiebungen im Einzelnen veränderte sich die Grundtendenz jedoch nicht: Während die Konfession bei der Wahlentscheidung des Juli 1868 im Oberamt Oberndorf nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte[1281], gewann der protestantische ministerielle Bewerber am 5. Dezember 1870 seine höchsten Stimmenanteile in den Wahldistrikten mit einem geringen Katholikenanteil und umgekehrt ($r = -0.9461$); der Zusammenhang zwischen dem Katholikenanteil und dem Stimmenanteil des katholischen VP-Kandidaten blieb dagegen recht schwach[1282] – auch dies ein Indiz dafür, dass viele Katholiken ratlos, wenn nicht resigniert am 5. Dezember zu Hause blieben.

Für die Stichwahl am 17. Dezember 1870 erneuerten und verstärkten beide Seiten die Agitation[1283] mit dem Erfolg, dass das Wählerinteresse um fast 20%-Punkte anstieg. Da durch das Gesamtergebnis des 5. Dezember sichergestellt war, dass der Beitrittsvertrag mit der nötigen Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden würde, standen die Wähler bei der Abstimmung am 17. Dezember nicht mehr unter taktischen

---

[1281] $r_{Min} = -0.2652$; $r_{VP} = 0.2604$.

[1282] $r = 0.6447$ (nicht signifikant).

[1283] SVZ Nr. 299, 17. Dezember 1870, S. 1228f.

Zwängen. Maier konnte 230 Stimmen (5,5%-Punkte) hinzugewinnen, Gutheinz aber 618 (14,9%-Punkte). Überdurchschnittlich hohe Stimmengewinne von 11,54%-Punkten und 19,13%-Punkten verzeichnete Maier in den beiden protestantischen Wahldistrikten Alpirsbach und Fluorn, während sich ein leichter Verlust von 1,6 bis 3,4%-Punkten in drei Distrikten und ein geringer Gewinn von 1,5 bis 5,5%-Punkten in den restlichen drei Distrikten nahezu ausglichen. Gutheinz büßte im protestantischen Distrikt Alpirsbach sogar Stimmen ein (–3,1%-Punkte), im mehrheitlich protestantischen Fluorn blieb sein Stimmenzuwachs mit 6,5%-Punkten moderat, verglichen mit den überwiegend städtisch-industriellen Distrikten Oberndorf (I) und Schramberg (VI), wo die VP um 11,3 und 14,8%-Punkten zulegte; in den übrigen vier Distrikten lagen Gutheinz' Gewinne deutlich über 20 Punkten, in Aichhalden (III) erreichten sie sogar 32,1%-Punkte!

Die Stichwahl hatte also vor allem die katholischen Wähler aus ihrer Resignation gerissen, nicht zuletzt weil anscheinend die katholischen Geistlichen nun für Gutheinz eingetreten waren[1284]; der Katholikenanteil korrelierte für die Stichwahl deutlich mit den Stimmenanteilen von Gutheinz (r = 0.9377). Hatte die Volkspartei am 5. Dezember eher in größeren Gemeinden ihre Wähler gewonnen (r = –0.8370), so schwächte sich dieser Zusammenhang am 17. Dezember etwas ab. 1868 hatte die Volkspartei in Gemeinden mit relativ großen landwirtschaftlichen Betrieben nur wenig Resonanz gefunden (r = –0.9418); am 5. Dezember 1870 schwächte sich dieser Zusammenhang ab (r = –0.8433), am 17. Dezember war er nur noch insignifikant (r = –0.4654). Demgemäß war die Volkspartei anscheinend auch für die Gruppe der größeren katholischen Bauern wählbar geworden, die 1868 wohl eher für den konservativen Platz gestimmt hatten[1285].

Der „Beobachter" urteilte über dieses Wahlergebnis: *Die starke Beteiligung bei der Nachwahl scheint uns ein sprechender Beweis für die von allen Seiten bestätigte Tatsache, daß das schwäbische Volk über den Gesamt-Ausfall der Wahlen bereits ernstlich nachzudenken beginnt*[1286]. Eine solche These entspricht diesem Wahlergebnis nicht; vielmehr bestätigt es auch im Kleinen den Bodenverlust der Volkspartei in der protestantischen Wählerschaft und die Verlagerung ihrer Schwerpunkte in den katholischen Bevölkerungsteil. Die Wahlentscheidung über die Lösung der nationalen Frage im Sinne Preußens hatte den demokratischen Kandidaten letztlich zum Vertreter auch der katholischen Interessen gemacht, in der gemeinsamen Opposition gegen den protestantischen Regierungskandidaten[1287]. Möglicherweise hatte Oberamt-

[1284] In der Wahlakte findet sich eine Beschwerde über das Verhalten eines Pfarrers.

[1285] DV Nr. 155, 5. Juli 1868 „Aus dem Oberamtsbezirk Oberndorf": Platz sei der Kandidat der ländlichen Bevölkerung, Gutheinz habe seinen Anhang vor allem in den beiden Städten und Alpirsbach.

[1286] Beobachter Nr. 301, 21. Dezember 1870 „Oberndorf, 19. Dezember".

[1287] Die Korrelation zwischen dem Katholikenanteil und dem Stimmenanteil des ministeriellen Bewerbers beträgt für den ersten Wahlgang r = –0.9496, für die Stichwahl r = –0.9461; die Ablehnung des protestantischen Kandidaten war also deutlich stärker ausgeprägt als die Hinwendung zu dem katholischen Demokraten.

mann Schubart die Bedeutung des konfessionellen Faktors bei seiner Kandidatenwahl unterschätzt, und es hätte daher ein liberaler Katholik, wie ihn die Deutsche Partei ins Auge gefasst hatte[1288], bessere Siegeschancen gehabt. Es blieb jedoch abzuwarten, wie dauerhaft die Verbindung zwischen Volkspartei und Katholiken bei künftigen Landtagswahlen sein würde.

Für die Landtagswahl vom 13. Dezember 1876 wurde Gutheinz erneut als Kandidat der Volkspartei aufgestellt. Schon vier Wochen vor dem Wahltermin wurde auch sein Gegner benannt: Baurat Karl August Leibbrand[1289] aus Stuttgart, der vorher einmal Straßenbauinspektor in Oberndorf gewesen war[1290]. Eine besonders enge Bindung an das Oberamt hatte sich vor allem dadurch ergeben, dass er seit 1867 mit der Tochter des Herausgebers des „Schwarzwälder Boten" in Oberndorf verheiratet war. Leibbrands Nominierung ging allerdings besonders von Schramberg aus[1291], so dass sich schon durch die Kandidatenauswahl die Rivalität zwischen Oberndorf und Schramberg manifestierte. Leibbrand war – wie er auf einer Wahlversammlung in Schramberg ausführte – nicht nur von den Nationalliberalen, sondern auch von anderen Parteien gerufen worden[1292]; unter Hinweis auf sein Programm schloss er sich im Landtag nicht der Deutschen Partei, sondern der ministeriellen Mittelpartei an[1293]. Zwischen den beiden Parteien entbrannte der heftigste Wahlkampf, den das Oberamt bis dahin erlebt hatte[1294], was sich im Durchschnittswert der Wahlbeteiligung (76,02%), aber noch deutlicher in den Detailergebnissen niederschlug: In vier der 27 Gemeinden nahmen mehr als 90%, in zehn Gemeinden über 80% der Wahlberechtigten an der Abstimmung teil; nur sieben Gemeinden blieben unter 60%[1295]. Die Verteilung der Wahlbeteiligungswerte auf die Wahldistrikte entsprach im Groben der des 5. Dezember 1870 ($r = 0.7801$)[1296].

Für Gutheinz stimmten 1292 Wähler (27,41%), das waren in absoluten Zahlen geringfügig mehr als am 5. Dezember 1870; die Verteilung auf die Wahldistrikte hatte sich jedoch erheblich verändert: Hohen Gewinnen in Oberndorf (I) (+23,2%-Punkte) und einer leichten Zunahme im protestantischen Alpirsbach (II) (+1,26%) sowie in Waldmössingen (VIII) (+5,8%) standen empfindliche Einbußen vor allem in Schramberg (VI) (–37,3%-Punkte) und Lauterbach (V) (–25,17%) gegenüber; Aich-

[1288] Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 296.

[1289] Karl August Leibbrand (1839–1898), Baurat in Stuttgart; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 498f.

[1290] Schw. Kronik (1876), S. 2569 „Oberndorf, den 12. November".

[1291] Ebd., S. 2677; auch 1868 waren die Schramberger Fabrikanten schon für den Regierungskandidaten gewonnen worden (HStAS E 14, Kabinettsakten IV, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 7. Juli 1868).

[1292] Schw. Kronik (1876), S. 2713 „Schramberg, den 3. Dezember".

[1293] Nl Hölder, Fasz. XVII, Stück 558.

[1294] Schw. Kronik (1876), S. 2706, 2713, 2750, 2861.

[1295] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 41 Oberamt Oberndorf, Bericht des Oberamts vom 16. Dezember 1876 betr. das Ergebnis der Abgeordnetenwahl, Beilage; siehe: Datenträger, Datensatz: Oberndorf.

[1296] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Oberndorf 2.

halden (III) (–15,8%), Sulgen (VII) (–9,3%) und Fluorn (IV) (–8,03%) schlossen sich an.

2281 Wähler (48,4%) – fast 1000 mehr als für Gutheinz – stimmten jedoch für Leibbrand. Verglichen mit Maiers Wahlergebnis vom 5. Dezember 1870 verzeichnete Leibbrand in den Distrikten I und II geringe Verluste, in VIII und IV Gewinne von 2,15% und 16,61%, in den übrigen vier Distrikten erdrutschartige Wanderungsgewinne zu seinen Gunsten: in Aichhalden (III) 34,64%-Punkte, in Sulgen (VII) 35,76% und in Schramberg (VI) sogar 50,66%-Punkte! Während Leibbrand in sechs der acht Wahldistrikte die absolute Stimmenmehrheit erreichte, hatte Gutheinz nur noch als seine Hochburg den Distrikt Oberndorf (I) und in Waldmössingen (VIII) eine schwache Mehrheit hinter sich; in den beiden protestantischen Distrikten Alpirsbach (II) und Fluorn (IV) unterstützten ihn 20,7% und 24,2% der Wahlberechtigten; ihr Votum dürfte ganz gezielt dem Demokraten gegolten haben.

Unabhängig von der Konfessionszugehörigkeit[1297] wies das Oberamt Oberndorf also eine ausgeprägte Zweiteilung auf mit den Städten Oberndorf und Schramberg als Pole. Die Abwendung Schrambergs und der umliegenden Distrikte von Gutheinz – nachdem er dort im Sommer 1868 65,17% und 1870 im ersten Wahlgang 49,43% und 64,20% in der Stichwahl erhalten hatte, waren es 1876 nur noch 12,13% der verfügbaren Stimmen – dürfte u.a. zusammenhängen mit dem dringenden Bedürfnis der Schramberger Wirtschaftskreise nach einem Eisenbahnanschluss[1298], den die Oberamtsstadt schon im Oktober 1867 erhalten hatte[1299]. Durch die Wahl eines der Regierung nahe stehenden Abgeordneten, der überdies ein bekannter Brückenbauer war, hoffte man vermutlich, die Eisenbahnwünsche eher verwirklichen zu können als durch die Wahl eines Oppositionellen[1300]. Der (Teil-) Erfolg gab den Schrambergern Recht: Durch das Eisenbahngesetz vom 25. August 1879 wurde u.a. der Bahnbau von Freudenstadt nach Schiltach in Angriff genommen; die Zweigbahn von Schiltach nach Schramberg wurde allerdings erst durch das Eisenbahngesetz vom 24. Mai 1887 projektiert[1301] und am 9. Oktober 1892 in Betrieb genommen[1302].

Anlässlich der Landtagswahl vom 20. Dezember 1882 übernahm Leibbrand die Kandidatur wiederum, nachdem ihn zahlreiche Wähler darum gebeten hatten[1303]. Auch die Deutsch-Konservativen unterstützten ihn[1304]. Da Gutheinz im benachbarten Rottweil antrat, wo er gegen den ministeriellen Johann Ott[1305], einen konservativen Katholiken unterlag, blieb Leibbrand alleiniger Kandidat, und das Wählerinte-

---

[1297] Für Leibbrands Stimmenanteile: r = –0.2134; für die Anteile von Gutheinz: r = –0.0773.

[1298] Siehe z.B. SVZ Nr. 150, 1. Juli 1868, S. 638.

[1299] Beschreibung des Oberamts Oberndorf, Stuttgart 1868 (Nachdruck 1969), S. 121.

[1300] Vgl. auch: Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 233, besonders auch Anm. 11.

[1301] Morlock, Staatseisenbahnen, S. 220f.

[1302] Württ. Jbb. 1892 (1892) Chronik.

[1303] Schw. Kronik (1882), S. 1911 „Schramberg, den 27. November".

[1304] Ebd., S. 1788 „Dornhan, den 7. November".

[1305] Johann Nepomuk Ott (1838–1888), Rektor des Gymnasiums in Rottweil; Landtagsabgeordneter für Rottweil 1882–88; Schw. Kronik (1889), S. 46; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 635f.

resse erreichte nur 56,12%[1306]. Verluste musste Leibbrand in fünf Distrikten hinnehmen, sie erreichten in Schramberg (VI) 14,79%-Punkte, in Lauterbach (V) 19,85%-Punkte und in Sulgen (VII) sogar 22,88 Punkte; Gewinne erzielte er in Fluorn (V) (5,04%-Punkte), in Waldmössingen (VIII) (22,44 Punkte) und in Oberndorf (I) sogar 22,88%-Punkte: In den früheren VP-Hochburgen konnte Leibbrand also Stimmen hinzugewinnen, die nach Lage der Dinge vorher wenigstens zum Teil Gutheinz gegolten haben dürften. In seinen eigenen Hochburgen von 1876 hatte Leibbrand dagegen erhebliche Einbußen zu verzeichnen, zum Teil wohl, weil die katholischen Wähler keinen besonderen Anlass sahen, für den Protestanten Leibbrand zu stimmen, teilweise aber auch aus Enttäuschung, dass der Eisenbahnanschluss doch noch auf sich warten lassen würde, wenn auch ein erster Schritt getan war.

Für die Landtagswahl vom 9. Januar 1889 wurde Leibbrand erneut als Kandidat gewonnen[1307]. Bis wenige Tage vor dem Wahltermin deutete alles auf einen sicheren Sieg ohne Konkurrenz hin. Dann wurde jedoch der Kaufmann Eugen Lempperle aus Epfendorf vorgeschlagen, der der Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins war und der Volkspartei zugerechnet wurde[1308]. Obwohl Lempperle die Kandidatur ablehnte, veranlasste seine Nominierung die Anhänger Leibbrands zu verstärkter Agitation; als ein noch *bedenklicherer Gegner* wurde der Sozialdemokrat Theodor Lutz eingeschätzt, für den am 8. und 9. Januar 1889 noch Flugblätter verteilt wurden. In der Folge stieg die Wahlbeteiligung gegenüber 1882 um 11,24%-Punkte auf 67,36%, und Leibbrands Stimmenzahl erreichte fast wieder den Wert von 1882, jedoch mit deutlich veränderten Schwerpunkten dadurch, dass sich 472 Wähler für Lempperle und 226 für die SPD und Lutz entschieden[1309].

Von den SPD-Stimmen fielen 71% (160) allein in Schramberg an; der dortige Korrespondent der „Schwäbischen Kronik" erblickte darin nicht in erster Linie Stimmen von Arbeitern – im benachbarten Lauterbach, wo ebenfalls eine starke Arbeiterbevölkerung wohne, seien nur vier Stimmen an die SPD gegangen –; vielmehr hätten viele Volksparteiler lieber SPD als Leibbrand gewählt, sie hätten damit weniger den Kandidaten als vielmehr die hinter ihm stehende nationale Partei treffen wollen[1310]. Leibbrand musste vor allem in der Umgebung von Lempperles Heimatgemeinde Epfendorf erhebliche Verluste hinnehmen: in Waldmössingen 62,77%-Punkte, in Beffendorf 34,49%, in Seedorf 43,01%, in Epfendorf selbst 19,44 Punkte; insgesamt fielen in den Distrikten Waldmössingen (VIII) und Aichhalden (III) die höchsten Verluste an, während Alpirsbach (II) und Lauterbach (V) die höchsten Gewinne aufwiesen, die insgesamt eher nicht aus katholischen Gemeinden stammten ($r = -0.5778$).

Am 27. Juni 1891 wurde Leibbrand zum Direktor der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau ernannt. Daher musste er sich einer Neuwahl stellen, die am

---

[1306] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5 Oberamt Oberndorf, Bl. 3; siehe: Datenträger, Datensatz: Oberndorf.

[1307] Schw. Kronik (1888), S. 2277, 2296.

[1308] Schw. Kronik (1889), S. 34, 50.

[1309] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 40 Oberamt Oberndorf, Bl. 330ff.

[1310] Schw. Kronik, Nr. 10, 12. Januar 1889, S. 67.

3. November 1891 durchgeführt wurde[1311]. Gegen Leibbrand kandidierten dieses Mal für die Volkspartei der Stuttgarter Buchhändler Julius Galler[1312], ein Katholik, und Jakob Stern für die SPD. Bei wiederum gestiegener Wahlbeteiligung (76,81%) – am niedrigsten in Aichhalden (50,58%), aber zehnmal über 80% und dreimal über 90% – siegte Leibbrand noch einmal sicher mit 2384 Stimmen (48,33%), nur 63 weniger als 1889. Galler brachte es auf 1294 Stimmen (26,23%); für die SPD stimmten 96 Wähler, 70 von ihnen in Schramberg.

Gallers 1294 Stimmen entsprachen in etwa der Anzahl, die für die Volkspartei im ersten Wahlgang 1870 und 1876 abgegeben worden war. In sechs Wahldistrikten entschieden sich 22,3 bis 28,3% der Wahlberechtigten für Galler, in Sulgen (VII) nur 18,12%, dafür aber 42,40% im protestantischen Distrikt II, und zwar vor allem die Wähler in den kleineren Gemeinden. Dennoch wäre es falsch, die Wähler der Volkspartei überwiegend unter den Protestanten zu suchen und dies auf die Gegnerschaft der Zentrumspartei zurückzuführen[1313]. Drei Viertel von Gallers Wählern stammten aus mehrheitlich katholischen Gemeinden, und weder seine Stimmenanteile in den 25 Gemeinden[1314] noch die Leibbrands korrelieren signifikant mit dem Katholikenanteil[1315].

Bezogen auf die 25 Gemeinden, in denen Wahlurnen standen, unterschieden sich Leibbrands Wähler des Jahres 1891 beträchtlich von denen, die ihn 1882 und 1889 gewählt hatten[1316], da er unterschiedliche Wählergruppen ansprach, je nachdem ob und von welcher Seite ihm Konkurrenz gemacht wurde. So kehrten beispielsweise die Waldmössinger 1891 zu ihm zurück, nachdem sie zwei Jahre zuvor in großer Zahl für Lempperle gestimmt hatten, und was Leibbrand 1889 in Alpirsbach an Stimmen hinzugewonnen hatte, gab er 1891 wieder ab.

Bei der Landtagswahl vom 1. Februar 1895 trat im Oberamt Oberndorf erstmals ein Kandidat der Zentrumspartei auf. Da der Anteil der Katholiken im Amt bei zwei Dritteln lag, konnte eine solche Kandidatur nicht überraschen und war nach dem Be-

---

[1311] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 40 Oberamt Oberndorf, Bl. 346ff.; siehe: Datenträger, Datensatz: Oberndorf.

[1312] Julius Galler (1844–1905), katholisch, in Meßkirch (Baden) geboren, seit 1867 in Stuttgart; 1890 erste, vergebliche Reichstagskandidatur, 1893–1898 Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis 8 (Freudenstadt, Horb, Oberndorf, Sulz); 1895 vergebliche Landtagskandidatur im Wahlkreis Freudenstadt, 1900–1905 Landtagsabgeordneter für das Oberamt Freudenstadt; wegen ständiger Angriffe der Zentrumspresse auf seine Person trat Galler nach 1893 aus der katholischen Kirche aus; Schmidt-Buhl, Schwäbische Volksmänner, S. 114ff.; Schw. Kronik (1905), Nr. 325, S. 6; Staatsanzeiger (1905), S. 1141; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 243.

[1313] Schmidt-Buhl, Schwäbische Volksmänner, S. 114ff.: Galler unterlag gegen Deutsche Partei und Zentrum.

[1314] Für 1882, 1889 und 1891 sind die Detailergebnisse von 25 Gemeinden überliefert; Ehlenbogen gehört zu Alpirsbach, Sulgau zu Sulgen. 1876 und 1895 sind die Ergebnisse dieser beiden Gemeinden gesondert ausgewiesen. Als gemeinsame Berechnungsgrundlage werden 25 Gemeinden berücksichtigt.

[1315] $r_{VP} = -0.0786$; $r_{Min} = 0.0336$.

[1316] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Oberndorf 1: Eigenkorrelation der Parteistimmenanteile: $r = 0.5085$ und $r = 0.4616$.

richt von Oberamtmann Schwend[1317] von langer Hand vorbereitet worden durch die Gründung eines katholischen Volksvereins[1318]. Die Kandidatur übernahm der erst dreißigjährige Redakteur des „Deutschen Volksblattes" in Stuttgart, Joseph Eckard[1319], nachdem zuvor, wie der Oberamtmann berichtete, *der Protestant von Leibbrand auf die Anfrage, ob er offen dem Zentrum beitreten werde, eine verneinende Antwort gegeben haben soll.* Durch diese provozierende Anfrage machte das Zentrum unmissverständlich klar, dass Leibbrand nicht mehr auf Unterstützung von katholischer Seite rechnen konnte; er kandidierte daher im Oberamt Urach[1320].

Deutsche Partei und Volkspartei sahen nur dann eine Möglichkeit, den Zentrumskandidaten zu besiegen, wenn sie sich auf einen Kandidaten einigten. Sie fanden ihn in Julius Diefenbach[1321], der 1890 aus dem Staatsdienst ausgeschieden war, ein welterfahrener Maschineningenieur und Mitglied der Zentralstelle für Gewerbe und Handel und der Kommission der gewerblichen Fortbildungsschulen in Württemberg. Er war württembergischer Kommissär bei der Pariser Weltausstellung gewesen und Reichskommissär bei den Weltausstellungen in Wien und Philadelphia. Auch als Sozialpolitiker hatte er sich nicht nur als Landesfabrikinspektor einen Namen gemacht: 1868 gehörte er zu den Begründern des Vereins zur Fürsorge für Fabrikarbeiterinnen und 1876 des Württembergischen Dampfkessel-Revisions-Vereins. 1877 wurde er vom Wahlkreis 10 in den Reichstag gewählt; in seiner Parteistellung zunächst nur als Gegner der Ultramontanen bezeichnet, schloss er sich im Reichstag der DRP an[1322]. Auf der kommunalpolitischen Ebene arbeitete er von 1893 bis 1897 im Bürgerausschuss der Stadt Stuttgart mit. Persönlich stand er führenden Kreisen der Volkspartei nahe: Er war ein enger Freund Georg Ehnis[1323], war seit 1866 verheiratet mit einer Tochter von Rudolf Beckh und der Schwiegervater von Friedrich Haußmann. – Als Konzession an die Deutsche Partei erklärte Diefenbach 1895, dass er sich, sollte er gewählt werden, nicht der VP-Fraktion, sondern den „Linken" anschließen werde[1324].

[1317] Otto Schwend, Oberamtmann in Oberndorf 1889–1905; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 119.

[1318] HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Bl. 310 Bericht des Oberamts betr. die Landtagsabgeordnetenwahl, Oberndorf, 18. Februar 1895.

[1319] Joseph Eckard (1865–1906), Pfarrer; Redakteur; Staatsanzeiger (1906), S. 1918; Schw. Kronik (1906), Nr. 563; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 155f.

[1320] Vgl. Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 233, Anm. 11.

[1321] Julius Diefenbach (1835–1917), Oberregierungsrat; Reichstagsabgeordneter für Wahlkreis 10 (Gmünd, Göppingen, Schorndorf, Welzheim) 1877–1878; Staatsanzeiger (1917), Nr. 97; Schw. Kronik (1917), Nr. 187; Württ. Nekrolog (1917), S. 79–81; Hirth's Deutscher Parlamentsalmanach 12 (1877), S. 143.

[1322] Württ. Jbb. 1876/I (1877), S. 29; Schwarz, MdR, S. 296; Phillips, Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1883, S. 152.

[1323] Georg Ehni (1828–1904), Kaufmann, Kommerzienrat, Gemeinderat in Stuttgart; 1882 und 1889 Landtagskandidat Stuttgart/Stadt; Reichstagsabgeordneter 1893–1898; Schmidt-Buhl, Schwäbische Volksmänner, S. 106–113; Lbb. aus Schwaben und Franken XVII, S. 90.

[1324] Schw. Kronik (1895), S. 91, 124, 137; Beobachter, Nr. 15 (18. Januar 1895), Nr. 18 (22. Januar 1895); in Diefenbachs Wahlkomitee spielte Augustin Gutheinz eine führende Rolle.

Die SPD stellte Eckard und Diefenbach in Karl Hildenbrand[1325] einen eigenen Kandidaten gegenüber, obwohl dies möglicherweise den Sieg des Zentrumskandidaten bedeuten konnte.

Nach einem lebhaften Wahlkampf erreichte die Wahlbeteiligung in den 27 Gemeinden am 1. Februar 1895 im Mittel 84,94%; unter 60% lag nur die kleine Gemeinde Ehlenbogen, vier Gemeinden übertrafen die 90%-Marke, 20 Gemeinden bewegten sich zwischen 80 und 90%, zwei zwischen 70 und 80%[1326]. Für Diefenbach stimmten 1856 Wähler (35,69%), Hildenbrand erhielt 479 Stimmen (9,21%), Eckard brachte es auf 2056 Stimmen (39,54%), er blieb aber um 144 Stimmen unter der absoluten Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen, so dass eine Stichwahl zwischen ihm und Diefenbach die Entscheidung bringen musste. Am 14. Februar gewann Eckard das Mandat mit nur 49 Stimmen Vorsprung[1327]. Die Wahlbeteiligung von 93,42% – der niedrigste Wert lag bei 84,44% – deutet auf einen äußerst mobilisierenden Wahlkampf, in den sich nach dem Bericht des Oberamtmanns ganz besonders auch die katholische Geistlichkeit *mit dem ganzen Gewicht ihres seelsorgerischen Einflusses* eingeschaltet und damit den Sieg der Zentrumspartei sichergestellt habe[1328].

Aufgrund der Konstituierung der Zentrumspartei auf Landesebene scheint es selbstverständlich, dass die Wahlentscheidung im Oberamt Oberndorf 1895 durch die Konfessionszugehörigkeit der Wähler bestimmt wurde: In den 15 Gemeinden mit einem Katholikenanteil von 80% und mehr erreichte das Zentrum am 1. Februar 1895 91,7% seiner Stimmen, in den 10 Gemeinden mit weniger als 20% Katholiken dagegen nur 0,73%; den Rest in den beiden annähernd paritätischen Gemeinden Sulgau (40% Katholiken) und Oberndorf (60% Katholiken); je höher der Katholikenanteil, um so höher liegt meistens auch der Stimmenanteil der Zentrumspartei ($r = 0.8247$). Allerdings: Diefenbach, der liberale Kandidat, gewann in den zehn protestantischen Gemeinden nur 42,9%, in den beiden paritätischen Gemeinden 20,53% seiner Stimmen; für die SPD lagen die entsprechenden Werte sogar nur bei 16,7% und

---

[1325] Karl Hildenbrand (1864–1935), Schriftsetzer, Redakteur, Kaufmann; Landtagsabgeordneter für Stuttgart/Amt 1900–1903, 1906–1912; Reichstagsabgeordneter für Stuttgart/Stadt und Amt 1903ff.; Osterroth, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. 1, S. 131; Schadt, Schmierer, SPD, S. 332; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 357f.

[1326] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 41 Oberamt Oberndorf, Bl. 302ff. und 308ff. für die beiden Wahlgänge; siehe: Datenträger, Datensatz: Oberndorf. – Bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1900 traten DP und VP mit eigenen Kandidaten gegen Eckard (Z) und die SPD an: Arthur Junghans (1852–1920, Fabrikant in Schramberg) von der DP erhielt 1063 Stimmen (17,73%) und Wilhelm Harttmann (geb. 8. Januar 1859, Wirt in Oberndorf; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 326) von der VP 1390 Stimmen (23,19%); Zentrum 1883 Stimmen (31,41%), SPD 620 Stimmen (10,34%); Wahlbeteiligung 82,92%. In der Stichwahl am 17. Dezember 1900 stimmten 87,29% ab; 3080 Stimmen (51,38%) wurden für Harttmann abgegeben, 2153 (35,91%) für Eckard. Bei dieser Wahl müssen zahlreiche Katholiken für die VP gestimmt haben; der Zentrumspartei war es anscheinend nicht gelungen, ihre Anhänger voll zu mobilisieren. – Alle Zahlenangaben nach HStAS E 150, Bü 863, Fasz. 5, Wahlstatistik.

[1327] 2397:2446 Stimmen.

[1328] HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Bl. 310; es wurde daher erwogen, die Wahl wegen unzulässiger Beeinflussung der Wähler anzufechten.

12,3%! Die SPD hatte danach 71% ihrer Stimmen aus den mehrheitlich katholischen Gemeinden geholt, Diefenbach immerhin 36% – zusammen fast 1000 Wählerstimmen.

In den 15 katholischen Gemeinden belief sich die Zahl der wahlberechtigten Bürger auf 3467, von denen etwa 3100 katholisch gewesen sein dürften; selbst wenn alle wahlberechtigten Protestanten für Diefenbach gestimmt hätten, müssten sich dennoch mindestens 600 Katholiken „gegen" ihre Konfession für den liberalen oder sogar sozialdemokratischen[1329] Kandidaten entschieden haben. Die Ablehnung der Zentrumspartei seitens der Protestanten war also viel stärker ausgeprägt als die Ablehnung des liberalen oder sozialdemokratischen Kandidaten seitens der Katholiken. Wie aber würden sich die SPD-Wähler in der Stichwahl am 14. Februar verhalten?

Da in allen Gemeinden die Wahlbeteiligung anstieg – in 22 Gemeinden auf über 90%, in fünf über 84% –, wird höchstens ein kleiner Teil der SPD-Wähler bei der Stichwahl zu Hause geblieben sein. Erwartungsgemäß fiel die Zunahme der Stimmen Diefenbachs gewöhnlich in den Gemeinden hoch aus, in denen zuvor die SPD hohe Stimmenanteile gewonnen hatte ($r = 0.7202$); weniger stark ausgeprägt ($r = 0.5047$) gilt dieser Zusammenhang aber auch für die Stimmenanteile des Zentrums. SPD-Wähler stützten in der Stichwahl nicht nur den liberalen Kandidaten, man muss vielmehr annehmen, dass in katholischen Gemeinden SPD-Wähler sich in der Stichwahl auch für den Zentrumskandidaten entschieden. In der Gemeinde Hochmössingen beispielsweise, die zu 97,8% katholisch war, befanden sich unter den 161 Wahlberechtigten höchstens fünf Protestanten; am 1. Februar 1895 stimmten 140 Wähler (86,96%) ab, 31 (19,25%) für Diefenbach, 66 (40,99%) für Eckard und 43 (26,71%) für die SPD. In der Stichwahl stieg die Wahlbeteiligung auf 149 (92,55%); Diefenbach erhielt nun 46 Stimmen (28,57%), Eckard 99 (61,49%). Unterstellt man eine gewisse Stabilität bei den Wählern Diefenbachs und Eckards, so müssen sich ihre Stimmengewinne in der Stichwahl ganz überwiegend aus den SPD-Wählern rekrutieren. Eine Wählerwanderung von der SPD zum Zentrum in katholischen Gemeinden schlägt sich auch darin nieder, dass der statistische Zusammenhang zwischen dem Zentrumsstimmenanteil und dem katholischen Bevölkerungsanteil in der Stichwahl auf $r = 0.8945$ gegenüber der Hauptwahl ansteigt.

Zusammenhänge zwischen den Wahlergebnissen und der Sozialstruktur über den konfessionellen Faktor hinaus sind nur schwach ausgeprägt: Liberale Wähler finden sich eher in Gemeinden mit stärker entwickelter gewerblicher Wirtschaft, Zentrumswähler eher nicht[1330]. Für den dominierenden Einfluss der Konfessionszugehörigkeit spricht auch, dass die Zusammenhänge zunehmen, wenn die Variable „Katholikenanteil" konstant gehalten wird[1331]. Eine Differenzierung zwischen Anhängern der

[1329] Die Korrelation zwischen dem Katholikenanteil und dem SPD-Stimmenanteil beträgt nur $r = 0.1114$.

[1330] Siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Oberndorf 1.

[1331] Die Partialkorrelationen sind nicht wiedergegeben; sie betragen z.B. für die VP-Stimmenanteile in den beiden Wahlgängen und die Anzahl der selbstständigen Gewerbetreibenden $r = 0.2319$ und $r = 0.4357$, für die Anzahl der selbstständigen Landwirte $r = -0.2458$ und $r =$

Volkspartei und der Deutschen Partei ist hier vollends nicht zu erwarten, da beide sich auf einen Kandidaten geeinigt hatten.

Überblickt man die Landtagswahlen im Oberamt Oberndorf zwischen 1868 und 1895, so manifestierte sich der *ausgeprägte demokratische Geist*, von dem Oberamtmann Schubart 1868 berichtete[1332], nur in den Wahlsiegen von 1868 und 1870. Die Demokraten und ihre Anhänger unter den katholischen und protestantischen Wählern waren allerdings für sich allein nicht zahlreich genug; sie konnten das Mandat nur gewinnen, wenn es ihnen wie etwa in der Stichwahl 1870 über die katholischen Geistlichen gelang, die Mehrheit der katholischen Wähler für sich zu mobilisieren. Seit 1876 war das nicht mehr der Fall. Die Kandidatur Leibbrands, des Protestanten und gemäßigten Vertreters der ministeriellen Landespartei, entschärfte das konfessionelle Streitpotential, indem sie den Wählern beider Konfessionen die Möglichkeit bot, sich den materiellen Interessen des Oberamts zuzuwenden. Solange die Geistlichkeit und die Regierung diesen Kurs glaubhaft verfolgten, solange die konfessionellen Konfliktpunkte nicht durch entsprechende Kandidaten thematisiert wurden, siegte Leibbrand über die oppositionellen Demokraten.

Die Gründung der Zentrumspartei auf Landesebene führte den konfessionellen Gesichtspunkt wieder in die Politik ein. In der neuen politischen Konstellation waren die Wähler aufgefordert, sich für oder gegen die Zentrumspartei zu entscheiden. Liberale und Sozialdemokraten fanden 1895 auch in der Stichwahl noch nicht zu einer gemeinsamen Haltung, so dass der Kandidat der Zentrumspartei knapp siegte. Im Dezember 1900 war das anders. Einerseits vermochte die Zentrumspartei die katholischen Wähler nicht so weitgehend zu mobilisieren wie 1895, andererseits war die Geschlossenheit ihrer Gegner größer, so dass der Kandidat der VP, Wilhelm Harttmann, in der Stichwahl mit der Unterstützung von Deutscher Partei, Sozialdemokraten und vielen Katholiken siegte.

−0.4936; entsprechend für die Stimmenanteile des Zentrums r = −0.4111 und r = −0.4374 bzw. r = 0.4875 und r = 0.4822.

[1332] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 365ff.

III. Die Ebene der Individualdaten: Die Wählerverzeichnisse der Oberamtsstädte Kirchheim u.T., Marbach und Urach

1. Kirchheim u.T.

Sabine *Widmer* arbeitet in ihrer Studie über die Stadt Kirchheim u.T. das Spannungsverhältnis zwischen der demografischen und der industriellen Entwicklung[1] einerseits und der Mentalität der politischen Führungsschicht andererseits heraus: Die Zusammensetzung der bürgerlichen Kollegien habe *eher retardierend* gewirkt, da diese durch Handwerker und Kaufleute dominiert gewesen seien, die gegenüber Neuerungen Skepsis gezeigt hätten; *die industrielle Perspektive der Stadtentwicklung wurde oft mit Verzögerung berücksichtigt*[2].

Die Frage, wie sich diese widersprüchlichen sozio-ökonomischen Entwicklungen in der Struktur der Kirchheimer Wählerschaft niederschlugen und möglicherweise deren politisches Verhalten beeinflussten, berührt gleichzeitig wiederum das methodische Problem, ob und wie genau Angaben über die Gesamtbevölkerung auch die „Teilmenge" Wahlberechtigte charakterisieren. Was zunächst die demografische Entwicklung betrifft, so findet das Wachstum der Stadt Kirchheim von 5515 Einwohnern am 3. Dezember 1867 auf 5863 am 1. Dezember 1871[3] keine Entsprechung in der Entwicklung der Anzahl der Wahlberechtigten: Am 8. Juli 1868 waren 970 Männer wahlberechtigt, am 5. Dezember 1870 nur 952. Der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung sank damit nicht nur von 17,56% auf 16,24%, diese Werte lagen auch ganz erheblich unter denen der anderen Gemeinden des Oberamts Kirchheim, in denen durchschnittlich 20,83% und 20,88% der Bevölkerung wahlberechtigt waren; umgerechnet auf die Oberamtsstadt hätte demgemäß die Zahl der Wahlberechtigten in der Stadt bei 1150 bzw. 1210 liegen müssen.

Inwiefern bietet das Wählerverzeichnis der Stadt Kirchheim u.T.[4] Anhaltspunkte, diese Abweichung zu erklären? Es finden sich darin für die Landtagswahlen von 1868 und 1870 die Namen, Berufe, Geburtsdaten, Anschriften – gelegentlich auch zusätzliche Bemerkungen – von 1094 Männern. Am 8. Juli 1868 standen 1069 von ihnen im wahlfähigen Alter, wahlberechtigt waren allerdings nur 970. Zehn dieser 99 Männer waren vom Wahlrecht ausgeschlossen worden, weil sie Armenunterstützung erhiel-

---

[1] Widmer, Kirchheim u.T., S. 106f., S. 141.

[2] Ebd., S. 151f.

[3] Ebd., S. 191, Tabelle 2.

[4] Stadtarchiv Kirchheim u.T. Akte A 31; den Mitarbeitern des Stadtarchivs sei herzlich für ihre großzügige Unterstützung gedankt.

ten, vier hatten die bürgerlichen Ehrenrechte verloren und einer sah einem Gantverfahren entgegen; bei den übrigen wird kein Grund angegeben, warum sie nicht wählen durften, es dürfte sich bei ihnen jedoch teils um Männer gehandelt haben, die sich 1868 nicht um die Aufnahme ins Wählerverzeichnis bemüht hatten, teils um Zuwanderer, die 1868 noch nicht oder noch nicht dauerhaft in Kirchheim ansässig waren, denn 72 von ihnen stimmten dann im Dezember 1870 ab. Wenn gemäß dem Wahlprotokoll[5] 20 Männer am 8. Juli von der Wahlurne zurückgewiesen wurden, weil sie nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen waren, so stammten sie vermutlich aus dieser Gruppe.

Am 5. Dezember 1870 belief sich laut Wählerverzeichnis die Zahl der wahlfähigen Männer auf 995, von denen 952 wahlberechtigt waren. Gegenüber 1868 hatte sich die Zusammensetzung der Wählerschaft quantitativ erheblich verändert: 65 Männer waren zwischenzeitlich gestorben und 35 waren umgezogen[6], sieben hatten die bürgerlichen Ehrenrechte verloren oder erhielten öffentliche Unterstützung und acht waren „ausmarschiert". Andererseits waren 20 Jungwähler und 77 „Neuwähler" hinzugekommen, die jedoch zu mehr als der Hälfte aus alteingesessenen Kirchheimer Familien stammten. Trotz der zahlenmäßigen Veränderungen war also insgesamt betrachtet die Struktur der Wählerschaft der Stadt Kirchheim zwischen 1868 und 1870 weitgehend gleich geblieben. Für beide Landtagswahlen bleibt aber eine erhebliche Differenz zwischen der Anzahl der Wahlberechtigten und der – geschätzten – Anzahl der Wahlfähigen.

Diejenigen, die nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurden, lassen sich nur indirekt erschließen. Vergleicht man die Altersstruktur der erwachsenen Bevölkerung des Oberamts Kirchheim mit der der Wählerschaft, so fallen ein deutlicher Fehlbestand bei den jüngeren Wählern und eine Verschiebung der Struktur zu den älteren Wählern hin ins Auge. Dieser Fehlbestand könnte in der Wirklichkeit durchaus noch ausgeprägter ausgefallen sein, als es der Bezug auf den Oberamtsdurchschnitt nahe legt, da die Oberamtsstadt als Wanderungsziel vermutlich einen höheren Anteil von Bewohnern im produktiven Alter aufwies als die ländlichen Gemeinden mit Wanderungsverlusten.

Den Berufsangaben im Wählerverzeichnis zufolge gehörten in der Stadt Kirchheim 1868 nur 23 Berechtigte zu den Lohnarbeitern[7], 1870 gar nur 22. In der fraglichen Zeit existierten in der Stadt 12–14 Fabriken; die vier größten beschäftigten 1862 zusammen 150 Arbeiter[8]. Selbst wenn viele dieser Arbeiter aus dem Umland einpendelten und/oder sie das Wahlalter noch nicht erreicht hatten oder sich viele hinter anderen Berufsbezeichnungen verbergen, so scheinen die Lohnarbeiter doch im Wählerverzeichnis unterrepräsentiert zu sein.

---

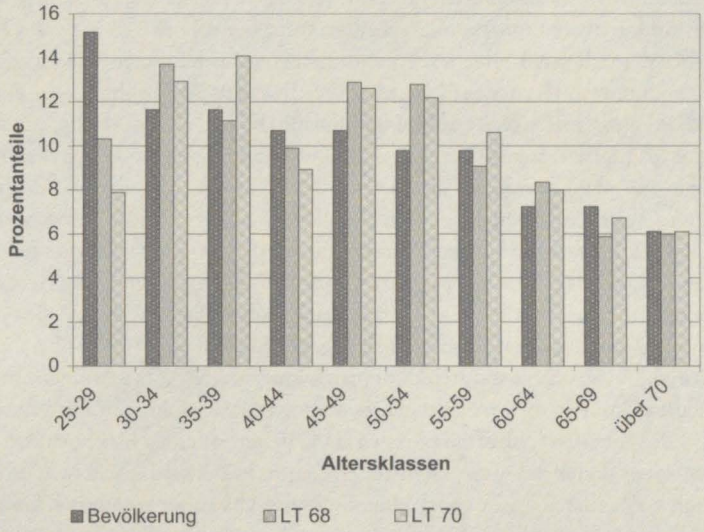
[5] Stadtarchiv Kirchheim u.T. Akte A 31.

[6] Nur zwei waren nach Amerika ausgewandert.

[7] 1868 waren dies sechs Fabrikarbeiter, 16 Tagelöhner, ein Mann ist als Fabrikarbeiter und Tagelöhner bezeichnet; 1870 waren es sechs Fabrikarbeiter und 16 Tagelöhner.

[8] Widmer, Kirchheim u.T., S. 89ff. – Hoyler: 5 Arbeiter (S. 90), Helfferich: 15 Arbeiter (S. 92), Kolb & Schüle: 100 Arbeiter (S. 97), Faber: 27 Arbeiter (S. 100).

Diagramm 15: Altersstruktur der Gesamtbevölkerung über 25 Jahre (3.12. 1867) und der Wahlberechtigten 1868 und 1870 in Kirchheim u.T.



Diese Annahme wird durch eine weitere Überlegung gestützt. Von Amts wegen wurde in das Wählerverzeichnis aufgenommen, wer direkte Steuern zum Beispiel auf Grund und Boden entrichtete. Die wichtigste Voraussetzung für die Aufnahme in die Wählerliste auf Antrag war, dass man sich nicht nur vorübergehend, etwa aufgrund eines zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisses, in der Stadt aufhielt. Beide Bestimmungen engten die Möglichkeiten der Zuwanderer ein, als Wahlberechtigte zugelassen zu werden. Die Stadt Kirchheim gehörte zum Realteilungsgebiet; die amtliche Statistik verzeichnete noch im Jahre 1895 956 landwirtschaftliche Betriebe[9], fast jeder Wahlberechtigte dürfte also auch zu den Grundeigentümern gehört haben. Die Zugewanderten, die einen erheblichen Teil der Stadtbevölkerung ausmachten[10], jedoch in der Regel kein Grundstück besessen haben dürften und/oder sich nicht dauerhaft in der Stadt niedergelassen hatten, werden daher im Wählerverzeichnis unterrepräsentiert sein. Wer also 1868 und 1870 zu den Wahlberechtigten zählte, dürfte schon aufgrund der Auswahlprinzipien politisch eher konservativ-bodenständig als radikal gedacht und gehandelt haben[11]; allerdings wird bei vielen auch die Erinnerung an die Revolution von 1848 wach geblieben sein.

Die Quellenlage gestattet es, das Wahlverhalten der Kirchheimer im Rahmen ihrer Wohnbezirke zu betrachten, da das Wählerverzeichnis die Wohnanschriften der

[9] Württ. Jbb 1896/98, Ergänzungsband II (1898), S.216f.

[10] Für 1867 verzeichnet die amtliche Statistik, dass 22% der Einwohner in einer anderen Gemeinde heimatberechtigt sind.

[11] Widmer, Kirchheim u.T., S.152.

Wahlberechtigten in einer Form enthält, die die unmittelbare Zuordnung zu den Stadtteilen erlaubt. Kirchheim u.T. wurde im Jahre 1842 in sechs Distrikte mit den Buchstaben A–F unterteilt, in denen dann jeweils die Gebäude durchnummeriert wurden[12]. Major Ernst von Werthes[13] wohnte beispielsweise in „F 42", der Messerschmied Friedrich Erhardt, der während der Revolution eine bedeutende Rolle gespielt hatte[14], in „A 114" oder der Bleichknecht Christian Friedrich Ziegler, geb. 14. 6. 1834, in „B 66¾", nahe der Helfferichschen Bleiche (B 76). In dieser Distrikteinteilung spiegelt sich die Entwicklungsgeschichte der Stadt, und insofern weisen die Distrikte eine eigene sozio-ökonomische Physiognomie auf, die sich in der Wählerstruktur wiederfindet. Kirchheim war hinsichtlich der Berufsstruktur der Wahlberechtigten[15] auch 1868 noch in erster Linie eine Handwerkerstadt[16], freilich mit erheblichen Unterschieden zwischen den Stadtbezirken: Dem sehr ausgeprägten Handwerkeranteil im Stadtkern („A" und auch „B") stand der nur halb so hohe Anteil in der Jesinger Vorstadt („F") und auf dem Herdfeld („E") gegenüber.

Der Anteil der Wahlberechtigten mit einem agrarischen Hauptberuf[17] blieb im Innenstadtbereich unter 5%, erreichte in der unteren Vorstadt („D") 24%, auf dem Herdfeld („E") aber 54%. Für die Bauern und Weingärtner als Gruppe dürften sich schon von daher in den einzelnen Stadtteilen unterschiedliche Lebensverhältnisse ergeben haben, die sich auch in unterschiedlichem Wahlverhalten ausgedrückt haben werden. Nicht im Innenstadtbereich, sondern in den Distrikten „F" und „C" stellten die Inhaber öffentlicher Ämter ihren höchsten Anteil. Während aber in „C" – in unmittelbarer Umgebung des Bahnhofs – eher Personal von Post und Eisenbahn wohnte und nur Oberamtsarzt von Hauff[18] und zwei pensionierte Offiziere[19] aus dem Rahmen fielen, konzentrierten sich in „F" vorwiegend mittlere und hohe Staatsbeamte und die Spitzen der städtischen Verwaltung. Beide Distrikte hoben sich schließlich auch noch durch den hohen Anteil an Unternehmern und Freiberuflern von den übrigen ab.

Einzelne Beispiele[20] deuten darauf hin, dass von den Nachbarschaften und Hausgemeinschaften politische Einflüsse ausgegangen sein könnten. In „F 1" und „F 2"

---

[12] Stadtarchiv Kirchheim B 47, Nr. 471: A: die Stadt, B: die obere Vorstadt, C: die Ötlinger Vorstadt, D: die untere Vorstadt, E: das Herdfeld, F: die Jesinger Vorstadt.

[13] Geb. 6. Mai 1794; vgl. Frasch, Kirchheim u.T., S. 299.

[14] 26. Oktober 1815–15. Juli 1868; vgl. Frasch, Kirchheim u.T., S. 299.

[15] Gemäß den Angaben im Wählerverzeichnis; der Anteil lag bei 58%.

[16] Widmer, Kirchheim u.T., S. 89.

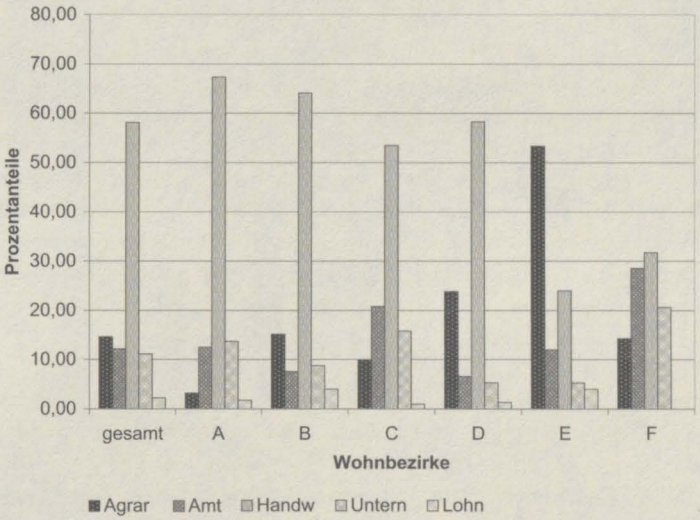
[17] Gemäß den Angaben im Wählerverzeichnis; der tatsächliche Anteil hauptberuflicher Landwirte und Weingärtner muss erheblich höher gelegen haben.

[18] Gottlieb Christian (von) Hauff, geb. 18. Oktober 1802 wohnte in „C 36".

[19] Carl von Bär, Oberstleutnant a.D., geb. 28. Oktober 1787, C 60; Albrecht Friedrich von Faulhaber, Oberstleutnant a.D., geb. 17. April 1797, C 62.

[20] Der Plan der Stadt Kirchheim von 1895 (Stadtarchiv P-A 13) verzeichnet auch die Lage der Gebäude nach der Distriktseinteilung von 1842 und bildete die Grundlage für den Versuch, das Wahlverhalten der Kirchheimer unter stadtgeografischen Gesichtspunkten zu untersuchen. Stichproben ließen freilich befürchten, dass Aufwand und Ertrag in einem eklatanten Missverhältnis stehen würden; Aussicht auf Erfolg hätte eine solche Untersuchung ferner nur anhand des Originals des Stadtplans, die Fotokopie, die mir vorlag, ist zu häufig unleserlich.

Diagramm 16: Die Berufsstruktur der Wahlberechtigten 1868 in den einzelnen Stadtbezirken Kirchheims



zum Beispiel wohnten Kameralverwalter Ziegler[21], Kameralsamtsbuchhalter Hafner[22] und Kameralamtsdiener Bauer[23] – alle drei machten regelmäßig von ihrem Wahlrecht Gebrauch. In „F 42" lebten Sonnenwirt Wilhelm Ehninger[24], der Kaufmann, Gemeinderat (ab 1869) und spätere DP-Landtagsabgeordnete Christian Wilhelm Ehninger[25], Major von Werthes, und wohl nach dessen Tod Major Sigel[26] sowie Dr. Krauß[27], einer der führenden DP-Anhänger der Stadt. Ein reger Meinungsaustausch zwischen diesen Herren dürfte unvermeidlich gewesen sein.

Charakteristische Unterschiede zwischen den Stadtbezirken zeigten sich auch hinsichtlich der Altersstruktur der Wahlberechtigten, die sich bei der Landtagswahl von 1870 gegenüber 1868 insgesamt zu den Älteren hin verschob, weil weniger junge

[21] Johannes Ziegler, geb. 6. November 1807.

[22] Ernst Hafner, geb. 19. August 1839, für 1870 als „weggezogen" vermerkt.

[23] Jacob Bauer, geb. 18. November 1818, „F 2".

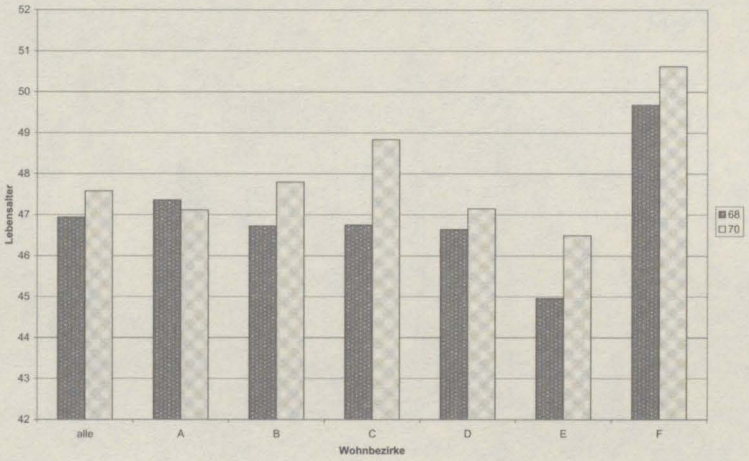
[24] Wilhelm Ehninger, geb. 23. Mai 1822; dessen Vater Friedrich hatte anscheinend auch das „Lamm" (C 101) gekauft, das 1868/70 Carl Ehninger gehörte (geb. 26. Dezember 1825); vgl. auch „Teckbote", 24. August 1996.

[25] Christian Wilhelm Ehninger (1818–1896) Kaufmann; er gründete 1845 sein eigenes Geschäft, war Obmann des Bürgerausschusses, 1869–1893 Gemeinderatsmitglied; er wurde 1882 gegen einen ortsfremden VP-Kandidaten und 1889 konkurrenzlos zum Landtagsabgeordneten gewählt; vgl. Allgaier, Die Stände Württembergs, S. 33; Widmer, Kirchheim u. T., S. 223; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 165. 1868 stimmte Ehninger nicht ab, 1870 erst bei der Ergänzungswahl; er scheint somit jedenfalls nicht zu den Anhängern Mayers zu gehören.

[26] Major Ferdinand Sigel, geb. 27. September 1818; er war 1868 noch nicht wahlberechtigt.

[27] Sein späteres Haus in der Jesinger Straße 3 befand sich in unmittelbarer Nähe.

Diagramm 17: Der Altersdurchschnitt aller Wahlberechtigten der Stadt Kirchheim 1868 und 1870 in den Stadtbezirken

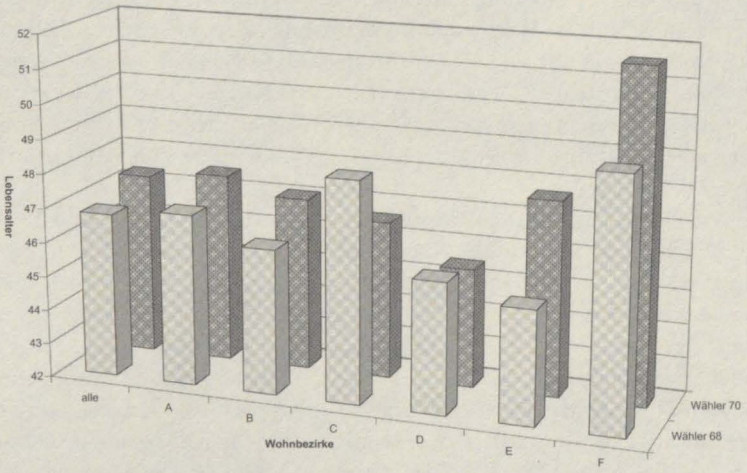


Männer als Wahlberechtigte nachrückten – u.a. auch eine Folge der Rekrutierungen. Diese Entwicklung betraf vor allem die Distrikte „C" und „E"; sie mag sich in „C" – dem Standort von Kolb & Schüle – durch verstärkte Abwanderung/geringere Zuwanderung aufgrund saisonaler (Winter) und konjunktureller Einflüsse (Krieg) erklären; auf dem landwirtschaftlich geprägten Herdfeld könnten ungünstige Zukunftsaussichten zu einer stärkeren Migration beigetragen haben. Im Innenstadtbereich nahm das Durchschnittsalter der Wahlberechtigten dagegen sogar geringfügig ab; hier scheint insgesamt die demografische und soziale Stabilität größer, vielleicht auch die Tradition politischer Teilhabe gefestigter, so dass die nachrückenden Jahrgänge intensiver einbezogen wurden. Trotz dieser Verschiebungen zwischen 1868 und 1870 blieb das sehr niedrige Durchschnittsalter der Wahlberechtigten in „E" und das überaus hohe in „F" erhalten.

Das folgende Diagramm veranschaulicht das mittlere Alter derjenigen Kirchheimer, die bei den beiden Landtagswahlen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten, jeweils in ihren Stadtdistrikten. 1868 müssen danach in den Distrikten „C" und „F" bevorzugt ältere Wähler abgestimmt haben, in den Distrikten „B", vor allem aber in „D" und „E" jüngere. 1870 lagen dagegen „C" und „D" unter dem Mittel, „E" und „F" darüber. Wenigstens in den Distrikten „C" und „E" muss also zwischen 1868 und 1870 unter dem Aspekt des Alters eine erhebliche Umschichtung der Abstimmenden stattgefunden haben. Da diese Veränderungen gegenläufig waren und sich gegenseitig weitgehend aufhoben, treten sie auf einer höheren Aggregationsebene nicht in Erscheinung.

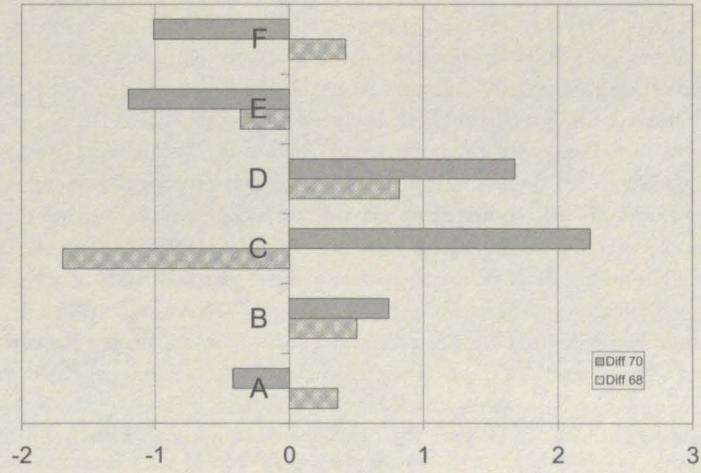
Das Ausmaß dieser Veränderungen zeigt sich, wenn man die jeweiligen Abweichungen vom Durchschnittsalter der Wahlberechtigten in den einzelnen Stadtdistrikten berücksichtigt; negative Werte bedeuten dabei, dass die Abstimmenden im Mittel

Diagramm 18: Altersdurchschnitt der Abstimmenden 1868/70 in den Wohnbezirken der Stadt Kirchheim u.T.



älter sind als der Durchschnitt der Wahlberechtigten, positive Werte, dass die Wähler jünger sind als die Wahlberechtigten:

Diagramm 19: Abweichungen zwischen dem Durchschnittsalter der Wahlberechtigten und dem der Abstimmenden 1868 und 1870 in den Distrikten der Stadt Kirchheim u.T.



Bei allen Unterschieden zwischen den Wohndistrikten zeichnet sich hier für die Landtagswahl 1870 eine Zweiteilung der Wählerschaft Kirchheims ab: Im Stadtkern („A"), auf dem agrarisch strukturierten Herdfeld („E") und in der Jesinger Vorstadt

(„F") mit ihrem hohen Anteil an Beamten und Unternehmern/Freiberuflern überwogen die älteren Wähler; verglichen mit 1868 dürften in „A" und „F" jüngere Wähler in größerer Zahl der Abstimmung ferngeblieben sein. Die drei übrigen, stärker industriell geprägten Stadtbezirke bieten das Gegenbild. Hier überwogen die jüngeren Wähler, wobei sich in „B" und „D" die Tendenz von 1868 noch erheblich verstärkte. In der Ötlinger Vorstadt („C") muss es zu einem markanten Umschlag des Stimmverhaltens gekommen sein: Während 1868 ältere Wähler sich deutlich stärker an der Wahl beteiligten als die jüngeren, blieben sie 1870 in großer Zahl der Abstimmung fern.

Die Kandidatenkonstellation bei den Landtagswahlen von 1868 und 1870 lässt Rückschlüsse darauf zu, welchem Kandidaten die Wähler wahrscheinlich ihre Stimme gegeben haben; ansatzweise kann so der Versuch unternommen werden, die Wähler der verschiedenen Parteien zu beschreiben und voneinander abzugrenzen. Der Kandidat der Deutschen Partei bei beiden Landtagswahlen, der Kirchheimer Kaufmann Christian Mayer, war am 8. Juli 1868 nach eigenen Angaben auch von vielen Anhängern der Volkspartei gewählt worden in der Absicht, die Wahl des sehr konservativen ministeriellen Bewerbers zu verhindern. Für den 5. Dezember 1870 proklamierte die Kirchheimer Volkspartei dagegen den Boykott der Abstimmung, unter anderem weil Mayer nun mit der ministeriellen Seite zusammenarbeitete[28].

Die geringe Wahlbeteiligung am 5. Dezember 1870 bestätigte den Erfolg dieses Boykottaufrufs. Vor diesem Hintergrund liegt die Vermutung nahe, dass es sich bei denen, die – wie oben dargelegt – 1870 nicht abstimmten, um Anhänger der Volkspartei handelte; man würde diese also unter dem Aspekt des Lebensalters in den „traditionell" strukturierten Distrikten unter den jüngeren Wahlberechtigten, in den stärker industriell ausgerichteten Distrikten vorwiegend unter den älteren Wählern antreffen.

Wie unterschiedlich stark die einzelnen Berufsgruppen für den Rückgang der Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 gegenüber 1868 verantwortlich waren, veranschaulicht das folgende Diagramm 20.

In der kleinen Gruppe der Lohnarbeiter[29] nahm die Wahlbeteiligung gegenüber 1868 zu; da Mayer im Dezember 1870 der einzige Bewerber war, werden sie also in der Regel für Mayer, d.h. konservativ gestimmt haben[30]. Die Wähler aus den agrarischen Berufen zeigten insgesamt ein recht stabiles Abstimmverhalten; geringen Verlusten in „B" und „E" standen sogar Gewinne in „C" gegenüber. Im Stadtkern wandten sich die Bauern allerdings verstärkt von Mayer ab[31]. Wer ein öffentliches Amt versah, stimmte in der Regel für den konservativen Kandidaten; Verluste gegenüber 1868

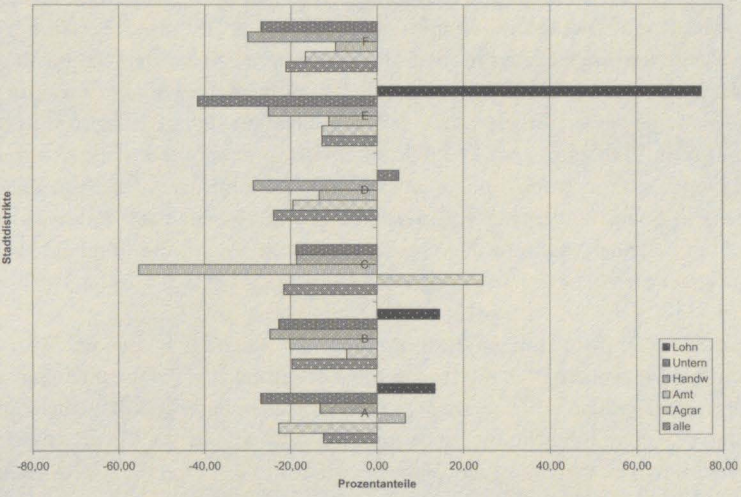
[28] Zu den Einzelheiten, siehe oben, S. 461ff.

[29] Wegen der geringen Anzahl ergeben geringe Veränderungen natürlich hohe Prozentwerte; wichtig ist hier aber nicht in erster Linie die Höhe der Werte, sondern die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung zunimmt; sinngemäß gilt dies auch für alle anderen Berufsgruppen mit Ausnahme der Handwerker.

[30] Vgl. Widmer, Kirchheim u.T., S. 152.

[31] Siehe oben, S. 516 und unten, S. 521.

Diagramm 20: Zu-/Abnahme der Wahlbeteiligung am 5. Dezember 1870 gegenüber dem 8. Juli 1868 in der Stadt Kirchheim u.T. nach Berufsgruppen und Stadtdistrikten



fielen daher gering aus, im Stadtkern stimmten 1870 sogar mehr Beamte ab als noch 1868, und das hieß: Sie stimmten für Mayer. Die Angehörigen dieser Gruppe, die in der Ötlinger Vorstadt wohnten, wichen von dieser Regel jedoch auffallend ab und blieben der Wahl fern; es handelte sich bei ihnen, wie schon im Zusammenhang mit dem Durchschnittsalter dargelegt, ganz überwiegend um Post- und Bahnpersonal, städtische Angestellte und mittlere bis kleine Beamte. Unter den Unternehmern/Freiberuflern und den Handwerkern schließlich ging der Anteil derjenigen, die 1870 nicht abstimmten, am stärksten zurück, geringfügig nur im Stadtkern bei den Handwerkern – bei den Unternehmern in „D" zeigt sich sogar eine leichte Zunahme –, ansonsten aber waren durchweg erhebliche Verluste zu verzeichnen.

Das verfügbare Material liefert also durchaus Indizien dafür, dass sich die Wähler Mayers unter anderem nach sozio-ökonomischen Kriterien beschreiben und gegenüber Wählergruppen abgrenzen lassen, deren Präferenz eher einem liberalen oder demokratischen Kandidaten gegolten haben mag. Die Trennschärfe dieser Kriterien ist freilich gering: Die Berufsangaben im Wählerverzeichnis liefern nur ein verzerrtes Abbild der sozialen Wirklichkeit. Dem Wählerverzeichnis vom Juli 1868 zufolge entstammten 144 Wahlberechtigte agrarischen Berufen, aber noch 1895 zählte die amtliche Statistik auf dem Stadtgebiet 259 selbstständige und 220 unselbstständige Landwirte, von der Zahl der landwirtschaftlichen Grundstücke her betrachtet, wird noch fast jeder wahlberechtigte Kirchheimer bodenverbunden gewesen sein.

Auch die Grenzen zwischen Handwerk und Industrie waren fließend und nach den Berufsbezeichnungen nicht zu bestimmen, die obendrein auch nur selten erken-

nen ließen, ob etwa ein Handwerker selbstständig war oder nicht. Zwischen den Schüles oder den Fabers und beispielsweise dem Weingärtner und Tagelöhner Johann Georg Beißer[32], dessen Einkommen aus der Landwirtschaft offenbar nicht ausreichte, um eine Familie zu ernähren, existierten fraglos erhebliche soziale Unterschiede; diese werden jedoch durch die Berufsangaben allenfalls ansatzweise erfasst[33].

Was das Kriterium Lebensalter betrifft, so scheint das Alter der Wahlberechtigten je nach sozialem Umfeld mit unterschiedlichen politischen Verhaltensweisen innerhalb einer Gruppe von Wählern in Zusammenhang zu stehen, es hatte Einfluss auf das politische Verhalten, gestattet aber anscheinend keine verlässliche Abgrenzung verschiedener politischer Gruppen voneinander. Um Einflüsse dieser Variablen nach Möglichkeit gering zu halten, wendet sich die Betrachtung den 885 Wahlberechtigten zu, die bei beiden Landtagswahlen stimmberechtigt waren; die Frage ist also nach dem politischen Verhalten identischer Altersgruppen bei den Landtagswahlen von 1868 und 1870.

Für die Wahlentscheidungen dieser Männer gilt zunächst Folgendes: Wer im Juli 1868 und im Dezember 1870 gleichermaßen abstimmte, wird wahrscheinlich zu den Anhängern der ministeriellen Seite oder der Deutschen Partei gehört haben. Diejenigen, die 1868 nicht abgestimmt hatten und am 5. Dezember 1870 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, gaben Mayer ihre Stimme. Unter den 228 Männern[34] schließlich, die anders als 1868 am 5. Dezember 1870 nicht abstimmten, befanden sich, wie oben dargelegt, wahrscheinlich sehr viele ehemalige Wähler und Anhänger der Volkspartei; sie beschränkten sich allerdings nicht auf diesen Kreis: Schon 1868 muss Mayers Unterstützung in der Volkspartei umstritten gewesen sein, denn prinzipientreue Demokraten, so Rotgerber Bantle oder Vater und Sohn Groß, hatten bereits 1868 nicht von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

Das folgende Diagramm bietet zunächst einen Überblick, wie sich die Wahlberechtigten vom 8. Juli 1868 am 5. Dezember 1870 verhielten. Etwa zwei Drittel der Berechtigten waren in ihrem Wahlverhalten festgelegt – 46% entschieden sich für die ministeriell-deutschparteiliche Richtung; 19% nahmen an beiden Abstimmungen nicht teil, eine Entscheidung, die auch politisch motiviert sein konnte. Der vergleichsweise geringe Mobilisierungsgrad der Wählerschaft von 81% ist sicherlich auch auf das Fehlen eines geeigneten Kandidaten und den Wahlboykott der Volkspartei zurückzuführen. Ferner wird auch an der Kirchheimer Wählerschaft deutlich, dass das allgemeine politische Interesse stark vom Lebensalter abhing: Die Jungen und die Alten machten gewöhnlich weniger von ihrem Stimmrecht Gebrauch, während bei den Etablierten mittleren Alters überwiegend größeres Interesse an der Wahl herrschte. Wenn das Wählerinteresse bei den Senioren am 5. Dezember 1870 stärker abnahm als 1868, so dürfte dazu auch die einfache Tatsache beigetragen haben, dass diese Männer

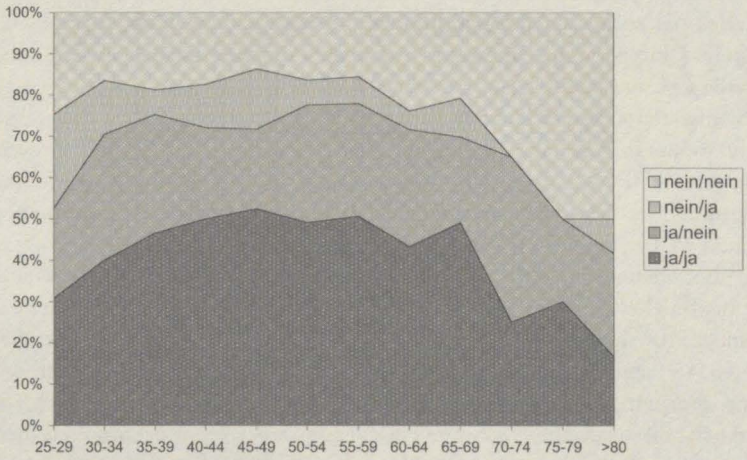
[32] Geb. 23. Oktober 1815.

[33] Anhand der umfangreichen Steuerlisten der Stadt könnte versucht werden, die Wahlberechtigten ihrer wirtschaftlichen Lage entsprechend zu klassifizieren.

[34] 18 von ihnen, darunter Carl Ficker (DP) und Heinrich Breuning (VP), sind im Wählerverzeichnis als „abwesend" gekennzeichnet; bei ihnen dürften politische Motive meist ausscheiden.

im Dezember 1870 durchschnittlich 2 Jahre und 5 Monate älter waren als 1868 und eher wegen Krankheiten oder Gebrechlichkeit nicht wählen konnten.

Diagramm 21: Kontinuität und Wandel im Stimmverhalten der Wähler Kirchheims 1868/70 in den verschiedenen Altersklassen [N= 855]



395 Wahlberechtigte (46,2%) nahmen an beiden Landtagswahlen teil. Wähler jünger als 35 und älter als 70 Jahre waren in dieser Gruppe am schwächsten vertreten; dagegen fällt der hohe Anteil der Geburtsjahrgänge 1799/1803 auf. Die Berufsstruktur dieser Wähler weicht meist nur wenig vom Durchschnitt aller 855 Berechtigten ab; Handwerker und Unternehmer[35] sind leicht unterrepräsentiert, Beamte dagegen deutlich überrepräsentiert. Mit Oberamtmann Idler und Stadtschultheiß Heim finden sich unter den Beamten die Spitzen der ministeriellen Gruppe; dazu auch Stadtpfleger und Bankier Carl A. Jacob[36], Ratsschreiber Immanuel Heim[37] Kameralverwalter Johannes Ziegler[38], Amtsnotar Christian Wilhelm Bihler[39], Gerichtsnotar, Hofrat Eberhardt Preu[40] und neun Lehrer aller Kategorien.

Zu den treuen Wählern des ministeriellen Kandidaten bzw. der Deutschen Partei gehörten aus der Gruppe der Unternehmer und Selbstständigen zehn Wirte und Bierbrauer, Apotheker, Ärzte, Kaufleute, Bauunternehmer und Fabrikanten, darunter

[35] Als Restkategorie sind darin auch Freiberufler, Privatiers und hohe Angestellte erfasst.

[36] Carl A. Jacob, geb. 22. Dezember 1817; vgl. Frasch, Kirchheim u.T., S. 320ff.: Jacob gehörte wie Schüle, Carl Faber, Oberamtmann Idler, Stadtschultheiß Heim dem Eisenbahnkomitee an, das letztlich den Bau der Kirchheimer Privatbahn durchsetzte.

[37] Immanuel Heim, geb. 21. Oktober 1815.

[38] Johannes Ziegler, geb. 6. November 1807.

[39] Christian Wilhelm Bihler, geb. 14. März 1819

[40] Eberhardt Preu, geb. 1. Mai 1799.

auch die Spitzen der DP: Dr. Julius Krauß, die beiden Schüle; Bleichebesitzer Carl Helfferich[41] und Orgelbauer Franz Kaim[42]. Aus der Gruppe der 233 Handwerker, die 1868 und 1870 für Mayer bzw. den ministeriellen Bewerber stimmten, seien hier noch die DP-Mitglieder Flaschner Hütt, Schuhmacher Pantel, Kürschner Weippert und Tuchmacher Breuning erwähnt.

Über die vielfältigen Gründe für die Nichtteilnahme an den Wahlen geben in einigen Fällen die zusätzlichen Bemerkungen im Wählerverzeichnis Auskunft. 21 der 163 Nichtwähler sind als „abwesend" markiert, zehnmal handelt es sich dabei um Selbstständige, die anscheinend geschäftlich unterwegs waren. Das hohe Alter – 22 der Nichtwähler waren 70 Jahre und älter – erklärt in mehreren Fällen wahrscheinlich die Nichtteilnahme, denn der Anteil der über 70-jährigen liegt unter den Nichtwählern mit 13,5% mehr als doppelt so hoch wie unter allen Wahlberechtigten. Während ferner die entschiedenen Demokraten auf die Teilnahme an den Abstimmungen verzichteten, weil sie keinen geeigneten Kandidaten vorfanden, blieben die beiden Bewerber der Abstimmung fern, weil sie sich nicht offen selbst wählen wollten; Hirzel, der ministerielle Kandidat von 1868, stimmte auch 1870 nicht ab, denn er mochte wohl nicht für seinen Konkurrenten von 1868 eintreten. Berücksichtigt man alle diese Faktoren, so scheinen die Wahlberechtigten aus dem agrarischen Bereich und die Lohnarbeiter unter den Nichtwählern am deutlichsten überrepräsentiert.

Wer sich von den Wahlberechtigten des 8. Juli 1868 am 5. Dezember 1870 zusätzlich zur Stimmabgabe – d.h. zur Wahl Mayers – entschloss, der gehörte ganz überwiegend zu den jüngeren Wählern: 44% waren jünger als 40 Jahre, 70% jünger als 50. Handwerker und Unternehmer waren in dieser Gruppe deutlich unterrepräsentiert, dagegen Landwirte und Beamte überproportional stark vertreten. – Abgesehen von 15 Wahlberechtigten, die als „abwesend" im Wählerverzeichnis vermerkt sind, blieben am 5. Dezember 1870 213 Wahlberechtigte, die sich am 8. Juli 1868 an der Wahl beteiligt hatten, der Abstimmung fern; alle Altersklassen waren an dieser Boykottbewegung in erheblichem Maße beteiligt.

Hinsichtlich der Berufsstruktur lag die Anzahl der Landwirte unter ihnen ebenso unter dem Durchschnitt wie die Zahl der Amtsinhaber, von denen ohnehin ein Viertel älter als 70 war und die meisten nur untergeordnete Aufgaben (Nachtwächter) versahen. Insofern findet auch der Bericht des Oberamtmanns seine Bestätigung, dass von den Angestellten des Bezirks wenigstens keiner gegen die Wahl Mayers aufgetreten sei[43]. In der Gruppe der Unternehmer und Selbstständigen stellten die Brauer und Wirte (41%) den größten Anteil, unter ihnen befand sich auch Löwenwirt Enßlen; der einzige Fabrikant in dieser Gruppe war Heinrich Schickhardt[44]; unter den vier Kaufleuten findet sich überraschenderweise auch Eugen Faber[45], der Mayer politisch

[41] Carl Helfferich, geb. 13. Juli 1831.

[42] Franz Kaim, geb. 9. Juli 1822.

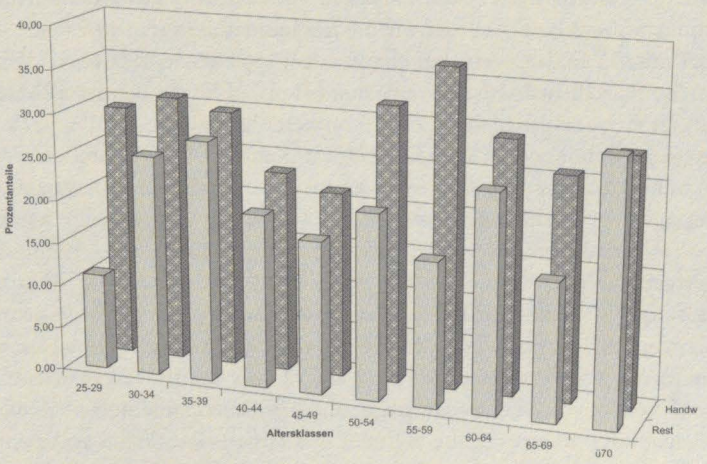
[43] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 365/371 Berichts des Oberamts betr. das Ergebnis der Abgeordnetenwahl, Kirchheim 14. Dezember 1870.

[44] Heinrich Schickhardt, geb. 11. Juni 1818.

[45] Eugen Faber (28. April 1843 – 29. August 1903), Sohn von Carl Faber; Kaufmann und Fa-

nahe gestanden haben dürfte, ihm aber 1877 als Kandidat entgegentrat. Mit ihm demonstrierten auch andere führende Persönlichkeiten der Stadt Distanz zu Mayer, so der Kaufmann und Gemeinderat Georg Woertz[46]. Zwei Drittel dieser „Wechsler" machten die Handwerker aus, die in der gesamten Wählerschaft nur mit 58% vertreten waren. Nach den Altersgruppen aufgeschlüsselt, heben sich die Gruppe der Wähler jünger als 35 Jahre und vor allem die Geburtsjahrgänge 1818 und älter von den übrigen ab: die 48er. So bestätigen sich die Hinweise, dass Mayers Wähler bevorzugt aus bestimmten Alters- und Berufsgruppen stammten, seine Gegner eher aus anderen Gruppierungen. – In der politischen und ökonomischen Führungsschicht der Stadt existierten erhebliche Differenzen; diese artikulierten sich 1868 und 1870 jedoch nicht parteipolitisch, zum Beispiel durch die Gründung konkurrierender Parteivereine oder die Aufstellung mehrerer Kandidaten aus diesen Reihen, vielleicht weil Oberamtmann Idler, *ein Bürokrat und Regierungsmann der härtesten Sorte*[47], eine gewisse Solidarität stiftete, die den offenen Austrag der Konflikte verhinderte.

Diagramm 22: Die Altersstruktur der „Wechselwähler" (ja/nein) 1868/1870 (ohne Abwesende)



brikant in Kirchheim und Stuttgart; Landtagsabgeordneter für Kirchheim 1877–1882; Faber hatte 1868 erfolgreich seine Aufnahme in das Wählerverzeichnis beantragt. Schw. Kronik Nr. 304 (1903); Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 58 und 64; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 188.

[46] Georg Woertz, geb. 12. Februar 1827. Von den Gemeinderäten blieben der Abstimmung auch fern: Schuhmacher Wilhelm Baumann (geb.24. Februar 1830), Metzger Carl Groß (geb. 27. Februar 1817) und Seifensieder Gottlieb Beurlen(!), der sich anscheinend mit Mayers konservativer Ausrichtung nicht anfreunden konnte.

[47] Brandt, Parlamentarismus, S. 170.

Auf liberal-demokratischer Seite wurde im Juni/Juli 1868 wahrscheinlich die Chance vertan, durch Präsentation eines attraktiven Kandidaten die Initiative zu ergreifen und eine weit umfassendere Mobilisierung der Wähler zu erreichen als wenige Monate zuvor bei der Zollparlamentswahl. Als dann überraschend der liberal-konservative Christian Mayer kandidierte, waren diesen Männern die Hände gebunden angesichts der drohenden Gefahr, dass der erzkonservative Hirzel bei Stimmenzersplitterung im liberalen Lager die Wahl gewinnen könnte. Wer aus dem liberalen Lager nicht für Mayer als dem kleineren Übel stimmen mochte, konnte nur der Wahl fernbleiben. Hier – und nicht erst unter dem Eindruck der Ereignisse von 1870 – setzte in der Stadt Kirchheim eine linksliberale Tradition der Verweigerung bei Landtagswahlen ein, die mit einer charakteristischen Ausnahme erst 1895 durchbrochen wurde.

Trotz der besonderen nationalpolitischen Tragweite der Wahl und trotz – oder bei vielen auch gerade wegen – der Unterstützung Mayers durch die Ministeriellen stimmte am 5. Dezember 1870 nur jeder zweite Kirchheimer für Mayer, nachdem es den Linksliberalen nicht gelungen war, einen eigenen Kandidaten zu gewinnen. Das „linke" Wählerpotential, das sich am 5. Dezember 1870 durch Verweigerung manifestierte, wurde durch die Kandidatenkonstellation bei der Landtagswahl vom 13. Dezember 1876 deutlich stärker mobilisiert, als die Wähler zwischen Mayer und dem liberaleren Johannes Betz – 1870 der Wunschkandidat der Linksliberalen[48] – zu entscheiden hatten[49]. In der Stadt stieg die Wahlbeteiligung auf 68,3% an[50], im ganzen Wahldistrikt Kirchheim entschieden sich 441 Wähler (29,56%) für Mayer, 567 (38,00%) für Betz. Selbst wenn alle 441 Stimmen Mayers in der Stadt angefallen wären, hätte er gegenüber dem 5. Dezember 1870 immer noch 70 Stimmen (14%-Punkte) eingebüßt; tatsächlich dürften seine Verluste deutlich höher ausgefallen sein, so dass ihm aus dem Stadtbereich etwa 340 (30–32% der verfügbaren), aus den drei Landgemeinden 100 Stimmen zugeflossen sein mögen. Der Reichsgründungsbonus schien aufgebraucht.

Als Betz im Juli 1877 zum Amtsnotar in Murrhardt ernannt wurde, erlosch sein Landtagsmandat. Bei der fälligen Nachwahl stellte sich Christian Mayer wieder zur Wahl; gegen ihn kandidierte nun Eugen Faber. In der politischen Ausrichtung ähnlich liberal-konservativ verkörperten diese beiden Kandidaten unterschiedliche Generationen von Politikern, die alte Welt des städtischen Kaufmanns und die moderne des Fabrikanten, vielleicht auch noch im Bewusstsein der Älteren den alteingesesse-

---

[48] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 365/371 Bericht des Oberamts betr. Das Ergebnis der Abgeordnetenwahl, Kirchheim 14. Dezember 1870; Schw. Kronik (1870), S. 3307.

[49] Vgl. die Berichterstattung in der „Schw. Kronik" (1876), S. 2425, 2525, 2549, 2569, 2622, 2633, 2749.

[50] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 26 Oberamt Kirchheim, Bericht des Oberamts vom 14. Dezember 1876 betr. die Feststellung des Resultats der Abgeordnetenwahl, Beilage 1; die Wahlbeteiligung liegt für alle Gemeinden vor, die Parteistimmen nur für die Wahldistrikte. – In den drei Landgemeinden des Wahldistrikts Kirchheim erreichte das Wählerinteresse 69,71%; für die etwas größere Zurückhaltung der städtischen Wähler spielte vermutlich auch eine Rolle, dass Betz ortsfremd (aus Dettingen) war.

nen Kirchheimer gegenüber dem Zugewanderten[51] – doch jeden zweiten wahlberechtigten Kirchheimer ließ diese mehr persönliche Rivalität unberührt: In der Stadt stimmten von 1106 nur 551 Wähler (49,7%) ab, Mayers Stimmenanteil sank im neu formierten Stimmbezirk Kirchheim auf 20% (278 Stimmen)[52].

Am 20. Dezember 1882 stellte sich mit Christian Wilhelm Ehninger ein weiteres liberal-konservatives Mitglied der Kirchheimer Eliten zur Wahl. Ihm wurde aus Bissingen der Wundarzt und Gemeinderat Kuhn entgegengestellt, der – obschon Kandidat der Volkspartei – von den Kirchheimer Demokraten abgelehnt wurde und aus der Stadt nur 12 Stimmen erhielt. Ehninger brachte es dort auf 470 Stimmen (42,42% der verfügbaren) bei 44,6% Wahlbeteiligung[53].

Bei der Landtagswahl vom 9. Januar 1889 wurde Ehninger schließlich konkurrenzlos wiedergewählt[54]. Von den Konservativen und der Deutschen Partei gestützt, wie die „Schwäbische Kronik" eine Woche vor der Wahl meldete[55], brachte er es allerdings in der Stadt nur auf 319 Stimmen (26,39%) bei einer Wahlbeteiligung von 27,6%! Die Ursache für dieses überaus schlechte Abschneiden sieht Sabine *Widmer*, die im Übrigen nur das etwas günstigere Ergebnis des gesamten Oberamts zitiert, in der *Weigerung Ehningers, sich klar einer Parteirichtung anzuschließen*[56]. Tatsächlich hatte die „Schwäbische Kronik" gemeldet, Ehninger werde im nächsten Landtag der Deutschen Partei – also ihrer Fraktion – beitreten[57], während sich Ehninger auch die Option offen halten wollte, sich der Landespartei anzuschließen[58]. Sein Zögern hatte freilich der Unterstützung durch Konservative und Deutsche Partei keinen Abbruch getan; und wenn er angekündigt hatte, er wolle sich nicht parteipolitisch festlegen, sondern nach seiner eigenen Überzeugung entscheiden, so griff er lediglich auf einen Topos zurück, den gerade die der Regierung nahestehenden Bewerber gewöhnlich verwendeten, um sich den Wählern als unabhängig zu empfehlen. Die 319 Wählerstimmen Ehningers lagen zudem durchaus noch in dem Rahmen von 250 bis 510 Stimmen, in dem sich ein einzelner liberal-konservativer Bewerber in der Stadt Kirchheim zwischen 1870 und 1889 zu bewegen pflegte.

Charakteristisch für die Stadt ist dann – genau genommen – nicht *eine liberale politische Einstellung* [...], *die im Zweifelsfall eher in konservative denn in demokratische Richtung hin abwich*[59], denn bei den Landtagswahlen von 1868 bis 1889 stellte sich eine solche Alternative meist nicht; regelmäßig wurden vielmehr liberal-konservative

---

[51] Widmer, Kirchheim u.T., S. 97.

[52] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 26 Oberamt Kirchheim, Bericht des Oberamts vom 6. Oktober 1877 betr. das Ergebnis der Abgeordnetenwahl, Beilage; siehe Datenträger, Datensatz 1: Korrelationsmatrix Kirchheim 3.

[53] Zuordnung der Kandidaten nach: HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 1, Bl. 109 Zusammenstellung des Ergebnisses der Landtagswahlen; Ergebnis: Fasz. 5, Oberamt Kirchheim, Bl. 2.

[54] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 5, Nr. 25 Oberamt Kirchheim, Bl. 563ff.

[55] Schw. Kronik (1889), S. 17 „Kirchheim u.T. 2. Jan."

[56] Widmer, Kirchheim u.T., S. 152.

[57] Schw. Kronik (1888), S. 2302 „Kirchheim 21. Dezember".

[58] HStAS E 150, Bü 860, Fasz. 1, Bl. 38 Zusammenstellung der Wahlergebnisse.

[59] Widmer, Kirchheim u.T., S. 152.

Kandidaten von einer liberal-konservativen Wählergruppe gewählt, die selbst dann weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten umfasste, wenn sich, wie bei der Nachwahl von 1877, zwei Kandidaten gleicher Richtung um das Mandat bewarben. Boten sich den Wählern hingegen deutliche politische Alternativen – so 1868 und 1876 –, wurden weitere Teile der Wahlberechtigten angesprochen und die Wahl lief eben nicht in die konservative, sondern in die liberalere Richtung.

Auch der Ausfall der Landtagswahl vom 1. Februar 1895 kommt in diesem Lichte nicht so überraschend. Nach fast 50 Jahren kandidierte mit dem Seifensieder Wilhelm Beurlen erstmals wieder ein angesehener Kirchheimer Bürger demokratischer Ausrichtung. Sein Hauptgegner auf konservativer Seite war der offiziell parteilose Kirchheimer Stadtschultheiß Kröner[60], neben dem der Kirchheimer Kaufmann Carl Theodor Ehninger[61], der anscheinend in die Fußstapfen seines Onkels treten wollte, keine Chancen hatte und es in der Stadt nur auf 31 Stimmen (2,3%) brachte. Auf der linken Seite hatte sich Beurlen gegen Louis Schlegel[62] (SPD) zu behaupten, was ihm überzeugend gelang[63]: Gegenüber 145 SPD-Stimmen (10,86%) fielen im Stadtbereich 558 (41,80%) auf Beurlen; für Kröner entschieden sich 399 Wähler (29,89%). Das reichhaltige Kandidatenangebot mit den Hauptakteuren aus der politischen Elite der Stadt motivierte dort 86,0% der Wahlberechtigten – im übrigen Oberamt nur 73,61% – zur Abstimmung; der konservative Stimmenanteil (insgesamt 430 = 32,3%) bewegte sich trotz der motivierenden Konkurrenz von links auch jetzt im gewohnten Rahmen des konservativen Wählerpotenzials. Beurlen siegte 1900 erneut, wenn auch erst in der Stichwahl und mit den Stimmen der SPD; er hatte aber auch ohne sie die Mehrheit der Wählerstimmen hinter sich und vertrat das Oberamt bis 1912 im Landtag. Zwischen SPD und Konservativen fand also 1895 ein starkes linksliberales Wählerpotenzial Artikulationsmöglichkeiten, das vorher meist brach gelegen hatte.

2. Marbach

Das Wählerverzeichnis der Stadt Marbach[64] umfasst die Landtagswahlen von 1868 in Haupt- und Stichwahl, die von 1870, 1876 sowie die Nachwahl vom 22. Dezember 1881 und listet 702 Wahlberechtigte auf. Während dieser fast 14 Jahre zwischen 1868 und 1881 veränderte sich die Marbacher Wählerschaft personell ganz erheblich: Von 456 Wahlberechtigten des Jahres 1881 waren weniger als die Hälfte (47,6%) schon 1868 in der Wählerliste verzeichnet, 255 (55,9%) hatten 1870 noch über den Beitritt zum Deutschen Reich abstimmen können. Hinzugekommen waren seit 1870 142

[60] Ernst Michael Kröner, geb. 5. Februar 1842 (frdl. Mitteilung des Stadtarchivs Kirchheim).

[61] Carl Theodor Ehninger (21. April 1848 – 13. Oktober 1910), Kaufmann und Gemeinderat in Kirchheim (frdl. Mitteilung des Stadtarchivs Kirchheim).

[62] Aus Sachsen; geb. 30. Oktober 1858; Gastwirt und Gemeinderat in Esslingen, wo er 1895 ebenfalls kandidierte und in der Stichwahl unterlag.

[63] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 861, Fasz. 4, Nr. 26 Oberamt Kirchheim, Bl. 497ff.

[64] Stadtarchiv Marbach A 37, siehe oben, S. 179.

Erstwähler (31%), weitere 21% waren Neubürger oder verspätet in das Wählerverzeichnis aufgenommen worden. Demgegenüber blieb die berufliche Zusammensetzung der Marbacher Wählerschaft – soweit sie sich aus den Angaben im Wählerverzeichnis erschließt – weitgehend stabil: Zwar stieg der Anteil der Unternehmer/Freiberufler von 8,4% auf 10,7% an, der der Lohnarbeiter von 3,3% auf 4,7%, während der Anteil aller Landwirte (31%)/Weingärtner (23%), Handwerker (46,1) und Beamten (11%) leicht sank, da aber die tatsächliche Anzahl der wahlberechtigten Landwirte, Handwerker oder Beamten sogar anstieg, ist es fraglich, ob den Zeitgenossen die leichten Verschiebungen überhaupt bewusst wurden.

Nach den Angaben der Gemeindestatistik gab es 1895 in der Stadt Marbach noch 403 landwirtschaftliche Betriebe, davon 177 größer als 1 ha, 33 größer als 5 ha; von insgesamt etwa 400 Selbstständigen waren 190 in der Landwirtschaft tätig, 207 unselbstständige Landwirte kamen hinzu[65]. Über die Marbacher Wahlberechtigten lässt sich daraus für die Jahre 1868 bis 1881 zusätzlich entnehmen, dass fast jeder über landwirtschaftlichen Besitz verfügt haben muss, den etwa jeder zweite nebenberuflich bewirtschaftete und dass ferner der ganz überwiegende Teil derselben selbstständig gewesen sein muss: Es war eine auch 1881 meist noch bodenständige und kleingewerblich strukturierte Wählerschaft.

Wie das Beispiel der Landtagswahl vom Juli 1868 mit ihren beiden Wahlgängen gezeigt hatte[66], zeichnete sich diese Wählerschaft durch einen vergleichsweise hohen Mobilisierungsgrad von fast 85% aus: Bei Haupt- und Stichwahl erreichte die Wahlbeteiligung jeweils 72–73%; 60,9% der Berechtigten stimmten in beiden Wahlgängen ab, 15,4% blieben der Wahl fern; je 12% nahmen nur an einem Wahlgang teil. Da die Parteistimmenanteile nur für das ganze Oberamt, nicht aber für die einzelnen Wahldistrikte überliefert sind, bleibt die politische Grundstimmung in der Stadt im Dunkeln. Auch die Reaktion der Wahlberechtigten auf die veränderte Kandidatenkonstellation in Haupt- und Stichwahl bietet nur grobe Hinweise, wie bei verschiedenen Wählergruppen der Entscheidungsprozess abgelaufen sein mag.

Nachdem am 8./9. Juli 1868 drei großdeutsch-demokratische Bewerber unterschiedlicher Couleur mit dem Industriellen Eugen Müller, der von der Deutschen Partei und dem Oberamtmann unterstützt wurde, konkurriert hatten, blieben in der Stichwahl nur noch zwei von ihnen übrig: Für die Volkspartei Wilhelm Weith, der Esslinger Polizeikommissär, und der gemäßigtere Schultheiß von Oberstenfeld, Adam Pantle, der nun auch vom Oberamtmann gestützt wurde. Die Zuspitzung auf die Alternative für oder gegen Weith und die Volkspartei in der Stichwahl mobilisierte weitere 12% der Wahlberechtigten, unter ihnen auch das prominente VP-Mitglied Friedrich Cleß[67], nachdem fast dieselbe Anzahl Wähler – wohl nach dem Ausschei-

---

[65] Württ Jbb. 1896/98, Ergänzungsband II (1898), S. 29–31.

[66] Siehe oben, S. 176ff.

[67] Friedrich Cleß (1. April 1808–9. Dezember 1870), Zimmermeister, Oberamtswerkmeister, Feuerschauer; 1865 Mitglied der Handels- und Gewerbekammer; 1869 und 1870 im Landeskomitee der Volkspartei; vgl. auch Beobachter Nr. 296, 15. Dezember 1870 „Ein Schriftstück von Friedrich Cleß von Marbach".

den ihres Kandidaten – an der Stichwahl nicht mehr teilnahm, darunter einige Beamte, prominente Mitglieder der Deutschen Partei, verhältnismäßig viele Weingärtner, aber nur wenige Handwerker. Am Ende siegte Weith, im Oberamt mit über 400 Stimmen (7,8%-Punkten) Vorsprung; ob sich die städtischen Wähler jedoch für Weith entschieden oder mit Oberamtmann Klett für Pantle stimmten, ist danach nicht zu entscheiden. – Somit fehlt aber auch der wichtigste Bezugspunkt für die Analyse und Bewertung des Wahlergebnisses vom 5. Dezember 1870 etwa bei der Frage nach einem Meinungsumschwung in der Wählerschaft. Ersatzweise wird daher im Folgenden das Verhalten der Marbacher bei der Dezemberwahl 1870 mit dem der übrigen Gemeinden des Oberamts verglichen.

Für die Landtagswahl am 5. Dezember 1870 gestaltete sich die Kandidatensuche auf beiden Seiten schwierig. Wilhelm Weith entschied sich *aus persönlichen Gründen* gegen die neuerliche Bewerbung[68]; Tafel, der danach angesprochen wurde, zog die Kandidatur in Esslingen[69] vor, und Schwaderer schließlich, der zunächst zugesagt hatte[70], verzichtete Ende November auf seine Kandidatur[71]. Als Gegner des Beitritts zum Deutschen Reich[72] trat kurzfristig noch der Schultheiß von Großaspach, Oberamt Backnang, Emil Gock[73] auf; er fand freilich nicht die Unterstützung der Volkspartei und konnte nur noch regional Stimmen gewinnen. Auch auf der Seite der Deutschen Partei und der Ministeriellen war man zunächst um einen Kandidaten verlegen; man rechnete mit erheblichem Widerstand seitens der Opposition und forderte daher ausdrücklich, dass der Kandidat ein guter Redner sein müsse. Im Gespräch waren u.a. Oberfinanzrat Zeller, der aus Kleinbottwar stammte, und Dekan Merz[74]; man hoffte aber auch, Eugen Müller wieder zu einer Kandidatur bewegen zu können, was letztlich durch Vermittlung des Landeskomitees der Deutschen Partei auch gelang[75].

Das Wählerinteresse von nur 52,81% blieb nach einem ruhig verlaufenen Wahlkampf[76] deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Im Wahlergebnis spiegelte sich auch die Unentschlossenheit und Ratlosigkeit der Opposition. Viele Wahlberechtigte waren daher der Abstimmung fern geblieben: Oberamtmann Klett führte namentlich die Demokraten in Steinheim (Wahlbeteiligung 35,37%), Großbottwar (38,53%)

---

[68] Beobachter Nr. 270, 15. November 1870.

[69] Beobachter Nr. 275, 20. November 1870.

[70] Schw. Kronik (1870), S. 3307 „Marbach den 24. November" und S. 3323.

[71] Schw. Kronik (1870), S. 3335 (28. November).

[72] Beobachter Nr. 290, 8. Dezember 1870.

[73] Emil Gock (1829–1911) in Mundelsheim/OA Marbach geboren, 1855–69 Schultheiß von Höpfigheim/OA Marbach, 1869–1878 Schultheiß von Großaspach und – aushilfsweise – Verwaltungsaktuar im benachbarten Kleinaspach und Allmersbach/OA Marbach; ab 1878 Stadtschultheiß, Ratsschreiber und Verwaltungsaktuar in Backnang; Landtagsabgeordneter (DP!) für Backnang 1889–1994; ein Bruder war Schultheiß von Mundelsheim; Allgaier, Die Stände Württembergs, S. 34; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 273.

[74] Georg Heinrich Friedrich Merz, geb. 8. August 1816; bis März 1869 Dekan in Marbach.

[75] Nl Hölder, Fasz XIV, Stück 275, 281.

[76] Beobachter Nr. 290, 8. Dezember 1870 „Wahlnachrichten. Marbach, 5. Dez."

und Pleidelsheim (9,68%) an[77], darüber hinaus unterschritt das Wählerinteresse jedoch auch in sieben weiteren Gemeinden[78] die 50%-Marke, darunter mehrere nordöstliche Gemeinden entlang der Bottwar, im Jahre 1868 die Hauptstützpunkte Pantles. In den Gemeinden, in denen Gock beruflich als Verwaltungsaktuar tätig war und wo seine Familie für ihn wirkte, fielen ihm erhebliche Stimmenanteile zu[79]; hier ließ die Konkurrenz zwischen den Bewerbern das Interesse der Wähler erheblich ansteigen, so dass – ironischerweise – durch diese oppositionellen Stimmen das Quorum von 50% überschritten und eine Ergänzungswahl vermieden wurde. Müller gewann die Wahl mit einem Stimmenanteil von 43,83%. Die „Schwäbische Volkszeitung" rechnete das Oberamt Marbach daher triumphierend zu den Bezirken, *welche den antinationalen Mächten verfallen schienen* und in denen *die deutsche Partei mit Glanz* gesiegt habe[80] – Wahlkampfberichte über Marbach fehlen ansonsten, wohl um die Opposition nicht unnötig zu provozieren. Angesichts der Verdreifachung der Stimmen gegenüber 1868 gab es an Müllers Sieg nichts zu deuteln; der Glanz jedoch fehlte.

Der Marbacher Korrespondent des „Beobachters" suchte vergeblich nach schlüssigen Erklärungen für die Niederlage, die er in erster Linie Oberamtmann Klett und den Beamten anlastete: Die ganze Beamtenschaft, alle Pfarrer, Schulmeister, Jäger etc. hätten sich zum Wählen eingefunden; mancher Wähler habe *unserem verehrten Oberamtmann Klett zulieb, der so fein zu regieren versteht*, ein Auge zugedrückt. Auch die Pietisten, *die sich sonst nie bei öffentlichen Angelegenheiten beteiligen*, hätten schon an Müllers sonntäglichen *Wahlbetstunden* teilgenommen und für ihn gestimmt[81]. Im Übrigen sei es keine richtige Volkswahl gewesen, denn nirgends sei Teilnahme oder Begeisterung des Volkes zu spüren gewesen. Das Wahlergebnis ließ aber dennoch Zweifel am demokratischen Selbstverständnis des Korrespondenten aufkommen und begründete Pessimismus: *Wenn das Volk* [...] *es so haben will, oder nicht besser zu machen weiß, so sei es.* Die Folgen würden nicht ausbleiben.

Das Wählerverhalten, das der Korrespondent im Oberamt Marbach beobachtete, entsprach dem Verhalten vieler Württemberger in anderen Oberämtern: Das Zusammenwirken von Ministeriellen und Deutscher Partei stiftete in der Ausnahmesituation von 1870 auch unter vielen Wahlberechtigten eine „nationale Sammlungsbewegung". Im Oberamt Marbach umfasste diese weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten, sie verdankte ihren Sieg zunächst einmal der Lähmung des politischen Gegners, der den Wählern keinen überzeugenden Kandidaten anbieten konnte. Etwa ein

[77] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 482f. Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Marbach, 7. Dezember 1870.

[78] In Höpfigheim, wo Gock bis 1869 Schultheiß gewesen war, stimmten nur 38,46% der Berechtigten ab.

[79] So der Bericht des Oberamtmanns (wie Anm. 77).

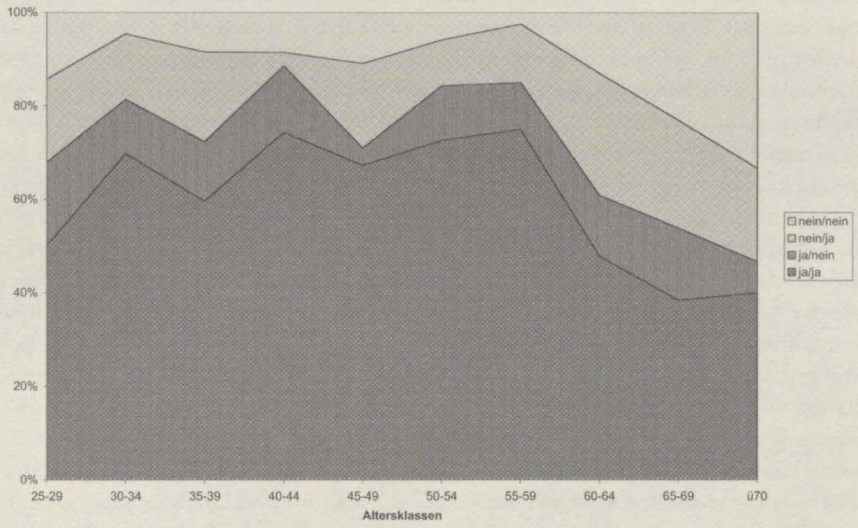
[80] SVZ Nr. 297, 15. Dezember 1870 (Frontseite) „Das Ergebnis der Wahlen II".

[81] Da Müller mit Chevalier in brieflichem Kontakt stand (Nl Hölder Fasz. XIV, Stück 281), ist das möglich. – Lorenz Friedrich Chevalier (1810–1889), Kaufmann, Reichstagsabgeordneter 1871–1877; LEHMANN, Pietismus und weltliche Ordnung, S. 246ff. und passim; MOSTHAF, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern, S. 167f.

Viertel der Berechtigten zog sich daher zunächst aus der Politik zurück, und 8% stellten bei ihrer Wahlentscheidung wieder regionale Gesichtspunkte in den Vordergrund, die auch schon am 8./9. Juli 1868 die Abstimmung mitgeprägt hatten.

Was aber für das Oberamt Marbach insgesamt galt, stellte sich für die Stadt Marbach anscheinend völlig anders dar. Am 5. Dezember 1870 stimmten hier nämlich 305 von 397 (76,83%) Wahlberechtigten ab; und da im Wahldistrikt Marbach nur insgesamt 15 Stimmen für den Gegenkandidaten abgegeben wurden, müssen nahezu alle Wähler in der Oberamtsstadt ihre Stimme Eugen Müller gegeben haben.

Diagramm 23: Das Stimmverhalten der Wahlberechtigten 1868 und 1870 [N=349]



Die Kontinuität im Wahlverhalten dieser Männer war anscheinend groß. Von den 349 Wahlberechtigten, die in den Wählerverzeichnissen von 1868 und 1870 übereinstimmten, machten am 5. Dezember 1870 277 (79,37%) von ihrem Wahlrecht Gebrauch (1868/1 = 75,01%); 34 (9,74%) blieben beiden Wahlen fern. Unter den 48 Neuwählern lag das Interesse dagegen nur bei 58,33%. 38 Berechtigte (10,89%), die bei der Wahl vom 8./9. Juli 1868 ihre Stimme abgegeben hatten, stimmten im Dezember 1870 nicht ab: Unter diesen wenigen Männern darf man u.a. auch überzeugte Anhänger der Volkspartei vermuten. Aus der Gruppe derjenigen, die bei der Hauptwahl 1868 nicht abgestimmt hatten, machten am 5. Dezember 1870 53 (61%) von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Wer angesichts des dreifachen Angebots an „linken" Kandidaten nicht wählte und sich 1868 auch nicht, dagegen aber im Dezember 1870 sehr wohl für Eugen Müller entscheiden konnte, der dürfte dem konservativen Lager angehört haben und unter dem Eindruck der Ereignisse von 1870 dem Kurs der Regierung gefolgt sein. Wenn es sich also bei diesen um ministerielle Wähler handelte, so

haben wahrscheinlich die 34 von ihnen, die ihre Stimme bei der Stichwahl 1868 abgaben, gegen Weith und die Volkspartei gestimmt.

Fast zwei Drittel der Wahlberechtigten stimmten also in der Stadt Marbach 1868 und 1870 gleichermaßen ab, obwohl sich die Kandidatenkonstellation so stark verändert und praktisch auf den ministeriellen und deutschparteilichen Bewerber reduziert hatte; andererseits zeigte im Dezember 1870 nur eine kleine Wählergruppe die Verweigerungshaltung, die für so viele Demokraten in anderen Gemeinden des Oberamts Marbach charakteristisch war. Wahrscheinlich war daher die Grundstimmung des überwiegenden Teils der Wahlberechtigten Marbachs 1868 wie 1870 konservativ; 1868 stimmte die Mehrheit der Marbacher in der Stichwahl vermutlich gegen Weith, und einen umfassenden Stimmungswandel unter dem Eindruck der politischen Ereignisse von 1870 wird es daher wahrscheinlich nicht gegeben haben. Die Ergebnisse der folgenden Landtagswahlen stehen im Einklang mit dieser Folgerung.

Nachdem Eugen Müller in das Oberamt Kirchheim umgezogen war und nicht wieder kandidierte, bewarben sich für die Landtagswahl vom 13. Dezember 1876 zwei ortsfremde konservative Bewerber um das Mandat: Für die neu gegründete deutschkonservative Partei[82] trat Gutsbesitzer Braunmüller[83] von Waldeck/Oberamt Göppingen mit dem Versprechen auf, sich insbesondere für die Interessen der Landwirtschaft einzusetzen[84]. Gegen ihn kandidierte für die ministerielle „Mittelpartei" Theodor Weizsäcker[85], Oberfinanzrat bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, von dem man sich die Förderung der Marbacher Eisenbahnwünsche erhofft haben mag[86]. Wenn Braunmüller auch in vier der sieben Wahldistrikte die Stimmenmehrheit erringen konnte, siegte Weizsäcker doch überlegen dank seines Vorsprungs von über 1250 Stimmen in den Distrikten Beilstein und Großbottwar; im Distrikt Marbach waren die Wähler geteilt: 28,8% entschieden sich für Weizsäcker, 33% für Braunmüller[87].

Als sich aber am 22. Dezember 1881 Weizsäcker nach seiner Beförderung zum Regierungsrat erneut dem Wählervotum stellen musste, trat mit dem eben 39jährigen Hermann Stockmayer[88], Gutspächter von Lichtenberg/Gemeinde Oberstenfeld,

---

[82] Gründungsaufruf: Schwäbischer Merkur Nr. 166, 15. Juli 1876, S. 725; Gründung der Partei in Württemberg: Schw. Kronik (1876), S. 2129 „Stuttgart den 20. September"; Apotheker Rieckher war in Marbach einer der Protagonisten der Partei.

[83] Er war schon 1868 als Interessenvertreter der Landwirtschaft aufgetreten, hatte versucht, in Göppingen zu kandidieren, war dann aber wegen Hölder nach Vaihingen ausgewichen, siehe oben, S. 196, Anm. 477.

[84] Schw. Kronik (1876) S. 2685 „Marbach, 29. Nov.".

[85] Theodor Max Ludwig (von) Weizsäcker (1830–1911), „Roigel" Jg. 1849; später Präsident der Generaldirektion der Posten und Telegraphen; Stellvertretender Württ. Bevollmächtigter zum Bundesrat 1883–1886; am 17. Juni 1890 ernannt zum Mitglied der Kammer der Standesherren; Schw. Kronik (1911) Nr. 197; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 1003f.

[86] Die Bahnstrecke Backnang-Bietigheim, die den Bahnanschluss brachte, wurde am 8. Dezember 1879 eröffnet.

[87] Wahlergebnis nach: HStAS E 150 Bü 858, Fasz. 9, Nr. 32 Oberamt Marbach, Bericht des Oberamts vom 15. Dezember 1876 betr. die Landtagsabgeordnetenwahl, Beilage 1.

[88] Hermann Stockmayer (1842–1906), Ökonomierat, 1863–1875 Gutsverwalter etc. in Ober-

erstmals wieder ein Mitglied der Volkspartei als Kandidat auf. Er gewann die Wahl[89] überlegen mit 2009 Stimmen (37,5%) gegen 1217 (22,7%) und Mehrheiten in allen Stimmbezirken; im Oberamt wie in der Stadt Marbach sank das Wählerinteresse jedoch um 6,5%-Punkte bzw. 12,7%-Punkte. Weizsäcker büßte 45% seiner Stimmen von 1876 ein, die weitaus meisten in seinen bisherigen Hochburgen Großbottwar (–362 Stimmen, –55,5%) und Beilstein (–462; –67%), dem Heimatdistrikt Stockmayers; im Wahldistrikt Mundelsheim –34,3% (–105 Stimmen), in Kleinaspach –20,1% (–18 Stimmen), im Distrikt Marbach –20,1% (–63 Stimmen, leichte Stimmengewinne (+86 Stimmen) dagegen im Distrikt Kirchberg, der einstigen Hochburg Braunmüllers. Insgesamt scheint Weizsäcker, unabhängig von der Höhe der Wahlbeteiligung (r = 0.035), jedoch ein recht stabiler Wählerstamm erhalten geblieben zu sein[90]. Stockmayer profitierte hingegen deutlich von einer hohen Wahlbeteiligung (r = 0.844). Ob er auf demokratische Wahltraditionen etwa in Großbottwar, Steinheim oder Pleidelsheim[91] zurückgreifen konnte, wird sich anhand des vorliegenden Materials nicht endgültig entscheiden lassen; es wird allerdings zu prüfen sein, ob Stockmayer Wähler bestimmter Altersstufen besonders ansprach.

Überblickt man das Abstimmverhalten der Marbacher bei allen Landtagswahlen zwischen 1868 und 1881 nach Altersklassen, so folgt es anscheinend dem allgemeinen Trend, dass das politische Interesse der jüngeren und der älteren Wähler geringer ist als das der übrigen. Einige charakteristische Ausnahmen stechen freilich ins Auge: Bei der Hauptwahl von 1868 fällt die Zurückhaltung der Wahlberechtigten ab 60 Jahre auf; diese Altersgruppen machten 1870 und vor allem 1876 ungewöhnlich zahlreich von ihrem Wahlrecht Gebrauch, während das politische Interesse der Wahlberechtigten zwischen 25 und 34 Jahren von Wahl zu Wahl abnahm. Der Rückgang der Wahlbeteiligung bei der Nachwahl vom Dezember 1881 traf alle Altersgruppen, die jüngeren aber anscheinend weniger als die älteren. Welche Verschiebungen innerhalb der Wählerschaft sich hinter diesen Zahlen tatsächlich verbargen, erschließt sich erst, wenn man verfolgt, wie sich die einzelnen Stimmberechtigten von Wahl zu Wahl angesichts unterschiedlicher Kandidatenkonstellationen entschieden. Da die Zusammensetzung der Wählerschaft sich aufgrund natürlicher Abläufe und Wanderungsbewegungen ständig veränderte, kann der Vergleich nicht auf alle Wahlberechtigten in

---

schlesien und Posen; seit 1875 Gutspächter in Lichtenberg; war 1878 bei der Reichstagswahl gegen Varnbüler unterlegen; 1879 und 1880 im Landeskomitee der Volkspartei; Landtagsabgeordneter für Marbach 1881–1906; seit 1889 war das Verhältnis zur VP anscheinend getrübt, vgl. Neckar-Zeitung Nr. 305, 29. Dezember 1888, S. 1880; Schw. Kronik (1895), S. 1 und S. 105; Beobachter Nr. 13, 16. Januar 1895; Allgaier, Die Stände Württembergs, S. 45; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 902f.

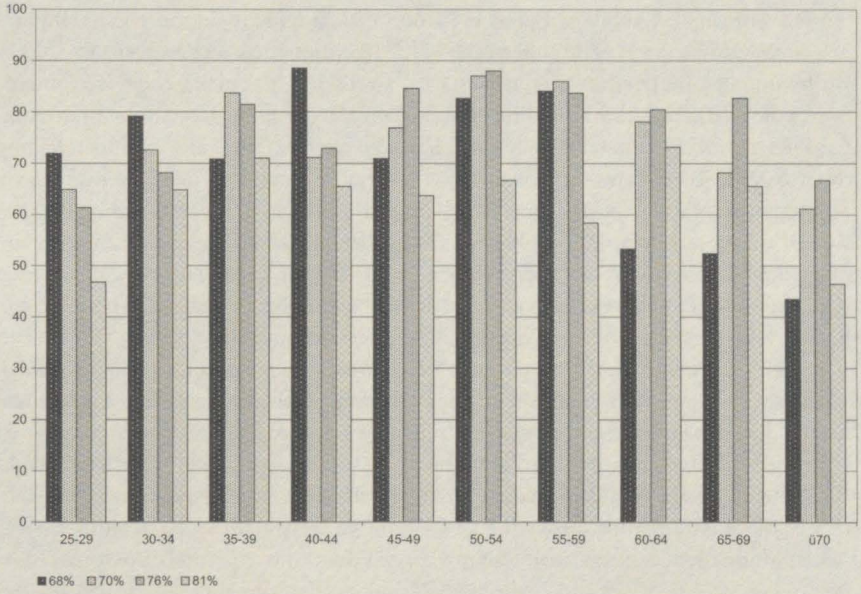
[89] Wahlergebnis nach: HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Nr. 32 Oberamt Marbach, Bericht des Oberamts vom 27. Dezember 1881 betr. die Landtagsabgeordnetenwahl, Beilage; leider fehlen hier die Ergebnisse der Gemeinden.

[90] Der statistische Zusammenhang zwischen seinen Stimmenanteilen 1876 und 1881 beträgt r = 0.783 (nicht signifikant).

[91] Diese Gemeinden hatte Oberamtmann Klett 1870 in seinem Wahlbericht genannt (HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 482f.).

verschiedenen Wählerverzeichnissen abzielen, sondern immer nur auf die Wahlberechtigten, die in diesen Verzeichnissen übereinstimmen.

Diagramm 24: Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 1868–81 nach Altersklassen in der Stadt Marbach



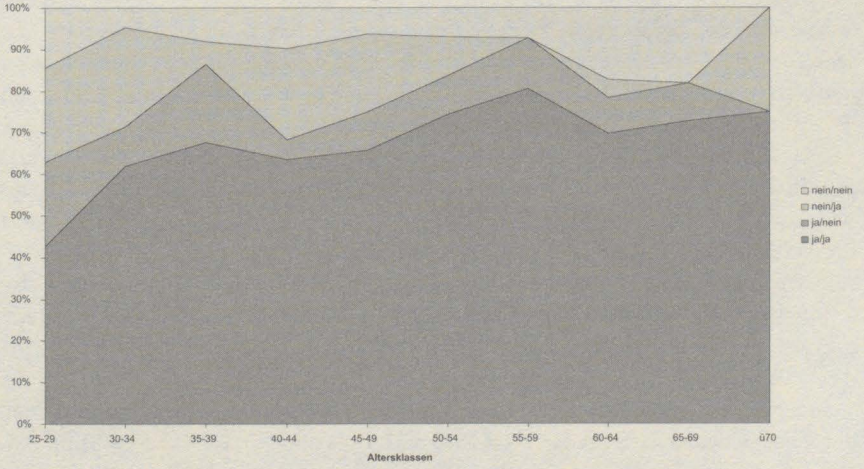
Am 13. Dezember 1876, waren beispielweise aus der Wählerliste des Jahres 1868 noch 267 Marbacher wahlberechtigt, die übrigen waren verstorben oder weggezogen. Das Wählerinteresse lag in dieser Gruppe mit 81,65% um 5,6%-Punkte über dem Gesamtergebnis der Stadt und um fast 15 Punkte über dem des ganzen Oberamtes. Bei der Nachwahl vom 22. Dezember 1881 schließlich bestand diese Gruppe noch aus 217 Männern, von denen 66,06% abstimmten gegenüber 63,38% in der ganzen Stadt und 60,38% im Oberamt. Diese Wählergruppe zeichnete also nach wie vor ein hoher Mobilisierungsgrad aus. Ihr Gewicht innerhalb der gesamten Wählerschaft Marbachs war jedoch im Abnehmen begriffen. Stellten sie 1876 noch 60% aller Wähler, so war ihr Anteil 1881 bereits auf 48% gesunken: in Bezug auf das Jahr 1868 war der Generationswechsel in der Marbacher Wählerschaft im Dezember 1881 quantitativ also schon weit fortgeschritten. Wenn Stockmayer als Kandidat die neue Politikergeneration repräsentierte, so ist zu fragen, ob er auch von den jungen Wählern gewählt wurde.

In den beiden folgenden Diagrammen ist dargestellt, wie viele Wahlberechtigte in den verschiedenen Altersklassen von 1870 nach 1876 und von 1876 nach 1881 ihr Abstimmverhalten jeweils änderten bzw. beibehielten. Unberücksichtigt bleiben für 1870/76 89 Männer, die nach 1870 verstarben, fortzogen oder aus anderen Gründen

vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, und 139 Neu- und Jungwähler; in der ersteren Gruppe hatte die Wahlbeteiligung 1870 bei 74,16% gelegen; die Neuwähler übten zu 67,6% das Wahlrecht aus, die 78 Erstwähler allein zu 64,1%.

Unter den 308 Marbachern, die in den Wählerverzeichnissen von 1870 und 1876 übereinstimmten, war der Anteil der Nichtwähler mit 9% so niedrig, dass man mehrheitlich natürliche Gründe wie Abwesenheit oder Krankheit für die Nichtwahl unterstellen kann[92]. Zwei Drittel der 308 Wahlberechtigten stimmten 1870 für Eugen Müller und den Beitritt zum Deutschen Reich und 1876 für einen der beiden konservativen Kandidaten; die Wähler jünger als 50 Jahre bewiesen dabei aber deutlich mehr Zurückhaltung (Wahlbeteiligung 60,8%) als die älteren (75,4%). Die Nichtwähler von 1870, die 1876 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten und, da Alternativen fehlten, konservativ gewählt haben müssen, gehörten zu 85% den jüngeren Altersklassen an; sie waren zur Hälfte Handwerker, darunter auch Meister, zu 25% Landwirte und Weingärtner. Unter den Wählern von 1870, die 1876 nicht abstimmten, lag der Anteil der Handwerker bei 44% und der der Landwirte bei 35%; die Unterschiede sind insgesamt nur wenig aussagekräftig. Für liberal-demokratische Wähler, die sich 1870 vielleicht ausnahmsweise der nationalen Sammlungsbewegung anschlossen, wäre die Konstellation konservativer Bewerber im Dezember 1876 ein guter Anlass zur Rückbesinnung gewesen; die Marbacher „Altwähler" jedoch übten zu über 80% ihr Stimmrecht aus und wählten damit konservativ, in noch größerer Zahl als 1870. Die Verluste an Müllerschen Stimmen betreffen die jüngeren Wähler etwas stärker (11,8%-Punkte) als die älteren (9,8%-Punkte), sie fallen insgesamt aber niedrig aus: In Marbach dominierte also auch 1876 die konservative Grundstimmung.

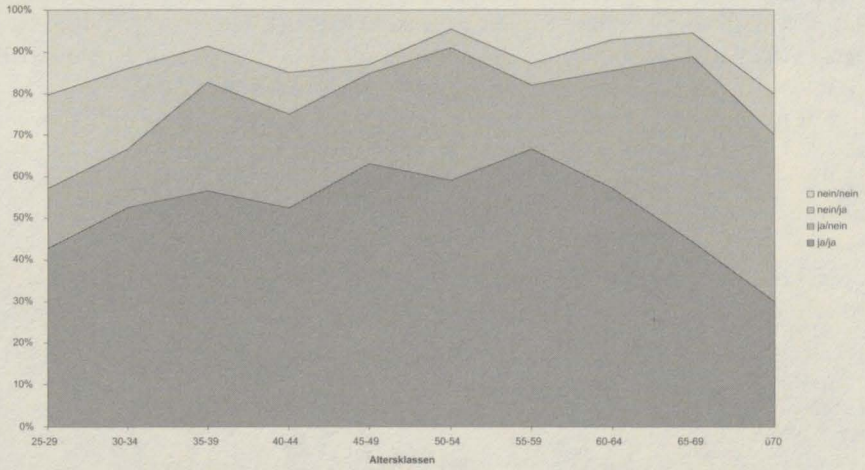
Diagramm 25: Kontinuität/Diskontinuität im Abstimmverhalten der Marbacher 1870–1876 [N= 308]



92 Vgl. Würzburger, „Partei der Nichtwähler", S. 210.

An der Nachwahl vom 22. Dezember 1881 konnten 355 Männer teilnehmen, die auch schon 1876 wahlberechtigt gewesen waren. Ausgeschieden waren seit 1876 92 Wahlberechtigte, von denen 73,9% abgestimmt hatten; unter den 47 Jungwählern des Jahres 1881 übten nur 46,8% das Wahlrecht aus, die übrigen Neuwähler brachten es auf 66,7%.

Diagramm 26: Kontinuität/Diskontinuität im Abstimmverhalten der Marbacher 1876–1881 [N= 355]



Größer als bei den früheren Wahlen war der Anteil der Marbacher, die weder 1876 noch 1881 ihr Stimmrecht ausübten (12,7%), wenn sich auch in dieser Gruppe zu großen Teilen die Männer fanden, die gar nicht oder nur unter besonderen Bedingungen mobilisierbar waren: So hatten der Bauer Gottfried Vogel[93] oder der Pflästerer Jakob Finck[94] noch an keiner Wahl teilgenommen, die Weingärtner Johannes Reißer[95] und Wilhelm Chr. Walcker[96] hatten ihr Wahlrecht nur bei der Stichwahl 1868 und im Dezember 1870 ausgeübt, zwei andere Weingärtner sogar ausschließlich bei der Stichwahl 1868 abgestimmt. 54,4% nahmen an beiden Wahlen teil, die Wähler über 50 Jahre etwas zahlreicher als die jüngeren, aber durchschnittlich um 12%-Punkte weniger als 1870/76.

Ein Drittel der Wahlberechtigten änderte 1876/81 das Abstimmverhalten; das waren deutlich mehr als bei früheren Wahlen. Mit 10,7% vergleichsweise gering war der Anteil der Nichtwähler von 1876, die 1881 ihr Stimmrecht wahrnahmen. Vom Abstimmverhalten her könnten sich unter den wenigen älteren Männern in dieser Grup-

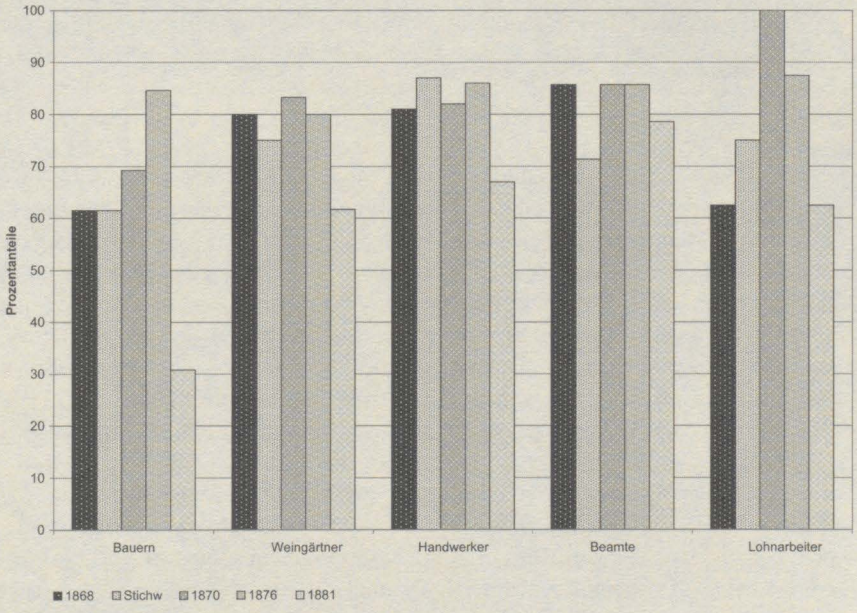
[93] Gottfried Vogel, geb. 16. November 1830.
[94] Jakob Fink, geb. 15. September 1828.
[95] Johannes Reißer, geb. 11. Juli 1806.
[96] Wilhelm Christian Walcker, geb. 18. Mai 1835.

pe auch einige Demokraten von 1868 befunden haben: Der Zeugschmied Friedrich Aufrecht[97] oder der fast 72jährige Weingärtner Friedrich Kohler[98] stimmten 1868 in beiden Wahlgängen ab, danach erst wieder 1881, als erneut ein Kandidat der Volkspartei antrat.

Die Verluste gegenüber 1876 von 22,2% trafen die älteren Wähler deutlich stärker (28,2%) als die jüngeren (19,3%). Was die Berufszugehörigkeit dieser Männer angeht, so fällt auch der hohe Anteil (37%) an Landwirten auf, die 1876 offenbar deutsch-konservativ gewählt hatten. In dieser Gruppe fanden sich aber auch prominente Mitglieder der Deutschen Partei[99], die nicht für Weizsäcker stimmen wollten. Angesichts der Verluste Weizsäckers gegenüber 1876, die im Distrikt Marbach immerhin 20% ausmachten, dürfte sich diese Umschichtung innerhalb der Abstimmenden zu den jüngeren Wählern hin insgesamt eher zu Stockmayers Vorteil ausgewirkt haben.

Das folgende Diagramm stellt noch einmal für die verschiedenen Berufsgruppen dar, wie sich das Abstimmverhalten der Wahlberechtigten, die an allen vier Landtagswahlen teilnehmen konnten, unter dem Einfluss der verschiedenen Kandidatenkonstellationen änderte.

Diagramm 27: Die Wahlbeteiligung 1868–1881 in den Berufsgruppen [Alterskohorte; N= 217]



[97] Friedrich Aufrecht, geb. 18. Mai 1824.

[98] Friedrich Kohler, geb. 26. Dezember 1809.

[99] Bei Oberamtspfleger Gustav Föhr (1800–1883) und Stadtschultheiß a.D. Klein könnte das hohe Alter den Ausschlag gegeben haben, anders wohl bei Dr. Hermann Föhr.

Diese Marbacher Stammwähler – jeweils zwischen 55 und 47% aller Wahlberechtigten – zeichneten sich durchweg durch einen hohen Mobilisierungsgrad aus, wobei die Wahlbeteiligung 1870 und 1876, als ausschließlich konservative Kandidaten zur Wahl standen, die von 1868 meist überstieg. Vollends wird hier auch die Sonderstellung der Wahl von 1881 sichtbar. Die Kombination Mittelpartei gegen Volkspartei ließ das Wählerinteresse in allen Berufsgruppen absinken, recht wenig unter den Beamten, die vermutlich Weizsäcker treu blieben, überaus deutlich jedoch bei den Bauern und Lohnarbeitern, als deren Interessenvertreter der Landwirt und Demokrat Stockmayer galt. Bei der Entscheidung zwischen dem deutsch-konservativen Landwirt Braunmüller und dem „linken" Landwirt Stockmayer – beide Male in Konkurrenz zu Weizsäcker – stimmte die weitaus größere Zahl der Bauern konservativ.

Die Sonderstellung der Wahl von 1881 lässt sich auch am Alter der Abstimmenden ablesen. Während 1868 bis 1876 das Durchschnittsalter der Abstimmenden immer höher gelegen hatte als das der Nicht-Abstimmenden, war das 1881 umgekehrt (55,55:58,47): Vor allem ältere Wähler versagten sich also, wie schon oben gezeigt, im Jahre 1881 die Wahlteilnahme.

Stockmayer vertrat das Oberamt Marbach bis 1906 im Landtag, nachdem er – bei zunehmender Distanz zwischen ihm und der Volkspartei[100] – die Wahlen jeweils sicher gewonnen hatte. Für gewöhnlich wurde er dabei auch von Wählern aus dem liberal-konservativen Milieu unterstützt, außer diese fanden einen eigenen Kandidaten, wie das 1882 der Fall war, als der Ökonom und Adlerwirt Christian Hermann aus Ottmarsheim gegen Stockmayer antrat. Die Wähler von Ottmarsheim hatten 1870 zu etwa 66% für Eugen Müller gestimmt; 75% hatten sich 1876 für die beiden konservativen Kandidaten entschieden; 1882 erhielt Hermann 73,4%, Stockmayer 5,2%; 1889 stimmten 73,8% für Stockmayer, 1895 waren es 56,3% und 5,1% für die SPD. Ähnlich verhielten sich die Wähler in Burgstall, einer weiteren liberal-konservativen Hochburg: In Eugen Müllers Heimatgemeinde hatten 1870 64% der Wahlberechtigten für ihn gestimmt, 1876 gaben 55% ihre Stimme den beiden konservativen Bewerbern, 1882 erhielt Hermann 73,4%, Stockmayer 5,2%; 1889 lag Stockmayers Stimmenanteil bei 73,8%, 1895 bei 56,3%. Insgesamt sprach Stockmayer bei diesen drei Landtagswahlen so unterschiedliche Segmente der Wählerschaft an, dass sich nur schwache Zusammenhänge zwischen seinen Stimmenanteilen ergeben; dieser Befund schließt freilich nicht die Existenz einer stabilen Stammwählerschaft aus.

Die Wähler der Stadt Marbach bewiesen aber auch jetzt ihre konservative Grundhaltung. Stockmayers Anteil blieb selbst dann unter 33% der verfügbaren Stimmen,

[100] Schw. Kronik (1888), S. 2249 „Vom Bezirk Marbach 14. Dezember": Die VP habe einen eigenen Kandidaten gegen Stockmayer aufgestellt; Neckar-Zeitung Nr. 305, 29. Dezember 1888, S. 1880: Stockmayer sei gegenüber 1882 bedeutend nach rechts gerückt; er habe aber auch schon damals angedeutet, dass er seine eigene Meinung gegen seine Partei vertreten werde; Schw. Kronik (1895), S. 1 „Marbach 1. Jan.": Die Bezirksversammlung der VP berate über einen eigenen Kandidaten gegen Stockmayer; Schw. Kronik (1895), S. 105 „Großbottwar, 16. Jan.": Stockmayer habe sich von der VP distanziert; Beobachter Nr. 13, 16. Januar 1895: Stockmayer habe das Programm der VP vertreten und sich von der DP distanziert.

als ihm bei der Landtagswahl 1889 ein SPD-Kandidat gegenübertrat, der verstärkt die Ängste bürgerlicher Wähler wecken konnte. In der direkten Auseinandersetzung mit einem liberal-konservativen Bewerber wurde Stockmayer dagegen nur von jedem vierten Marbacher gewählt. 1889 und 1895 blieb zudem die konservative Mehrheit der Wahlberechtigten der Abstimmung fern[101].

3. Urach

Das Wählerverzeichnis der Stadt Urach[102] enthält die Namen und persönlichen Daten von 969 Männern, die bei den Landtagswahlen der Jahre 1868, 1870 und 1876 wahlberechtigt waren. Aus dem Geschäftsgang heraus entstanden und jeweils für die anstehende Wahl aktualisiert, setzt das Verzeichnis der Auswertung freilich Widerstände entgegen. Der Ortswechsel oder das Ableben eines Wahlberechtigten wurde nämlich gewöhnlich ohne Datumsangabe vermerkt, und bei der Aufnahme in das Verzeichnis wurde in der Regel einmalig das Lebensalter, nicht aber das Geburtsdatum des Berechtigten erfasst; allein von diesen Angaben aus ließe sich heute nicht mehr entscheiden, ob etwa ein 26-jähriger, der bei keiner Wahl seine Stimme abgegeben hat und als „fortgezogen" markiert ist, im Jahre 1868, 1870 oder erst 1876 wahlberechtigt wurde, bei welcher dieser Wahlen er 26 Lebensjahre erreicht hatte und wann er fortgezogen ist. Trotz dieser Probleme lassen sich die Einträge den drei Wahlen recht verlässlich zuordnen. Bei der Vorbereitung für die Wahl von 1876 wurde das Verzeichnis, auch in der Fotokopie deutlich zu unterscheiden, von anderer Hand vervollständigt[103], so dass sich die Zweifelsfälle letztlich auf wenige in den Jahren 1868 und 1870 reduzieren. Vor allem aber erlaubt das Wählerverzeichnis, das im Frühjahr 1868 für die Zollparlamentswahl im Oberamt Urach angelegt wurde[104], eine gute

---

[101] Wahlergebnis 1882: Wahlberechtigte 5384, abgegebene Stimmen: 3666, Stockmayer 1963; Hermann 1690; Stadt Marbach: 447/265; Stockmayer 112; Hermann 152 (HStAS E 150, Bü 859, Fasz. 5 Oberamt Marbach, Bl. 4); Wahlergebnis 1889: 5323/3222; Stockmayer 3012, Stern 107; ungültig 81; Stadt Marbach: 434/186; Stockmayer 141, Stern 12, ungültig 30 (HStAS E 150, Bü 860 Fasz. 5 Nr. 31 Oberamt Marbach, Bl. 500ff.); Wahlergebnis 1895: 5425/3113; Stockmayer 2694, Glaser 343 ungültig 41; Stadt Marbach: 448/196; Stockmayer 127, Glaser 50; ung. 13 (HStAS E 150, Bü 861 Fasz. 4, Nr. 32 Oberamt Marbach, Bl. 423ff.); siehe: Datenträger, Datensatz Kirchheim. – Menrad Glaser (1853–1896) Schriftsetzer und Gemeinderat in Cannstatt, Landtagsabgeordneter für Cannstatt 1895–1896; Staatsanzeiger (1896), S. 1191; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 268.

[102] Stadtarchiv Bad Urach, Akte 1034 F, S. 1–172; obwohl das Stadtarchiv Bad Urach unbesetzt ist, hat mir Herr Kurdirektor Röhm freundlicherweise eine Fotokopie des Verzeichnisses zur Verfügung gestellt. Ihm und seinen Mitarbeitern sei sehr herzlich gedankt.

[103] Nach dem Tode des Uracher Stadtschultheißen Christoph von Selöw (ca. 1808–1875) wurde der bisherige Ratsschreiber Karl Friedrich Seubert (ca. 1823–1895) zum Stadtschultheißen gewählt; allem Anschein nach gehörte nun die handschriftliche Aktualisierung der Wählerliste nicht mehr zu Seuberts Aufgaben, wenn er auch der städtischen Kommission vorstand, die die Vervollständigung überwachte.

[104] StASig Wü 65/40 T 1, Nr. 1 Oberamt Urach, Zollparlamentswahl.

Kontrolle und Vervollständigung der Wählerliste, die das Oberamt wenige Monate später für die Landtagswahl anlegen ließ. Zusammengenommen gewähren diese vier Verzeichnisse einen außergewöhnlich umfassenden Einblick in die Uracher Wählerstruktur und deren Veränderungen.

Hinsichtlich der Berufsstruktur unterschied sich die Uracher Wählerschaft von den anderen betrachteten Beispielen scheinbar ganz erheblich, da hier die Anzahl der agrarisch geprägten Wähler bei allen vier Wahlen verschwindend gering war: Von allen erfassten Wahlberechtigten gehörten nur 33 dem Agrarsektor zu, allein 19 von ihnen waren auf dem Gestüt beschäftigt. Bei der Zollparlamentswahl und der Landtagswahl von 1868 machten die agrarischen Berufe nur 3,5% der Wahlberechtigten aus, 1870 und 1876 nur noch 1,8% bzw. 1,9%, ein Rückgang, für den vor allem die wohl kriegsbedingte Abwanderung vieler Gestütsknechte verantwortlich war. Die amtliche Gemeindestatistik führt freilich für 1895 immer noch 45 selbstständige und 69 unselbstständige Landwirte an; von den 452 Agrarbetrieben der Stadt Urach waren 17 größer als 5 ha und 107 lagen zwischen 1 und 5 ha[105]. Zwei Drittel der Uracher Wählerschaft waren also nach wie vor in der Landwirtschaft verwurzelt, sie waren jedoch insgesamt viel stärker gewerblich orientiert als etwa die Wählerschaft Marbachs oder Leonbergs. Da also die vorliegenden Berufsangaben keine kontrastierende Zuordnung größerer Wählergruppen zum agrarischen oder gewerblichen Sektor gestatten, sind die Möglichkeiten, das politische Verhalten der Uracher und ihre soziale Struktur in Beziehung zu setzen, von vornherein sehr beschränkt.

Die Altersstruktur der Uracher Wähler (Diagramm 28) entsprach in wichtigen Aspekten der der übrigen Wahldistrikte, für die die Details bekannt sind.

Die Gruppe der 25–29jährigen – bei den beiden Wahlen von 1868 dazu noch die der 30–39jährigen – war unter den Wahlberechtigten deutlich geringer repräsentiert, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach: Unter diesen jungen Männern, so hatte sich an den anderen Wählerverzeichnissen bereits gezeigt, war u.a. die Mobilität am höchsten; selbst wenn sie politisch interessiert waren, blieben viele an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert, da sie an ihrem Aufenthaltsort nur in das Wählerverzeichnis aufgenommen werden konnten, sofern sie sich dort nicht nur vorübergehend aufhielten. Die erheblichen Veränderungen in der Altersstruktur der jeweils Wahlberechtigten deuten ferner auf eine Fluktuation hin, deren Ausmaß und Ursachen sich anhand der Uracher Wählerverzeichnisse über vier Wahlen hin verfolgen lassen.

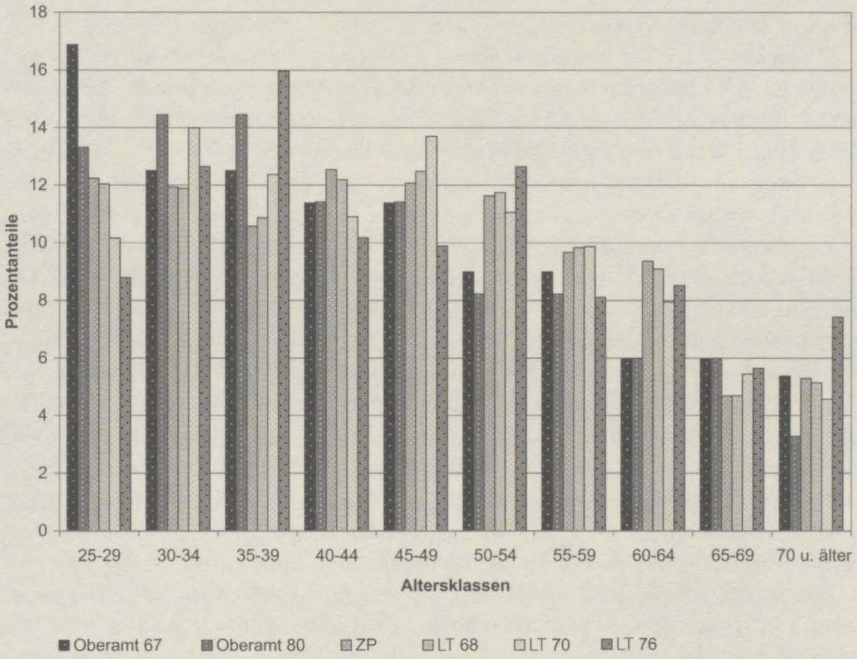
Die offizielle Zahl der Wahlberechtigten der Stadt Urach wird für die Wahl von 1876 mit 727 angegeben[106]; 1868 und 1870 waren wahrscheinlich 681 bzw. 679 Männer stimmberechtigt. An der Zollparlamentswahl konnten dagegen nur 662[107] Ura-

[105] Württ. Jbb. 1896/98, Ergänzungsband II (1898), S. 125 und 127.

[106] Stadtarchiv Bad Urach, Akte 1034 F, S. 172.

[107] Offiziell wurden 664 Wahlberechtigte angegeben; im Wählerverzeichnis wurden jedoch die Nummern 402 und 403, hinter denen kein Name steht, ausgestrichen, ohne dass dann die fortlaufende Nummerierung angepasst wurde.

Diagramm 28: Der Altersaufbau der Bevölkerung über 25 Jahre (1867/1880) im Oberamt Urach und der Wahlberechtigten der Stadt Urach 1868 bis 1876



cher teilnehmen, deutlich weniger, als nach dem durchschnittlichen Verhältnis der Wahlberechtigten zur Gesamtbevölkerung zu erwarten gewesen wäre[108]. Die tatsächliche Fluktuation innerhalb der Wählerschaft lag obendrein noch einmal deutlich höher: Die Eintragungen für beide Wählerverzeichnisse des Jahres 1868 stimmen nur bei 616 Wahlberechtigten überein; bei den Landtagswahlen von 1870 und 1876 machten die neuen Wähler 15% bzw. 24% aller Wahlberechtigten aus. Von den Wahlberechtigten des Jahres 1876 waren 61% auch schon bei der Zollparlamentswahl als Wähler registriert gewesen; 39% waren seither als Neuwähler hinzugekommen.

In den Quellen deuten sich mehrere Ursachen für diese Fluktuation an. Was zunächst die beiden Wahlen des Jahres 1868 betrifft, so tauchten 46 Wahlberechtigte vom 24. März 1868 im Verzeichnis für den 8. Juli 1868 nicht mehr auf; drei von ihnen waren noch vor dem Termin der Zollparlamentswahl gestorben, der Tagelöhner Georg Boßler, 31, und Schulmeister Andreas Gottlieb Grammer, 41 Jahre[109], verstarben zwischen Zollparlaments- und Landtagswahl; der Weber Ludwig Kemppel, 31 Jahre,

[108] Im Oberamt Urach machten die Wahlberechtigten 20,9% der Gesamtbevölkerung aus; für die Stadt Urach wären dies 703 Berechtigte.

[109] Nr. 56 und Nr. 150 im ZP-Wählerverzeichnis.

war „beim Militär". Elf dieser Männer ließen sich erst zu den Landtagswahlen von 1870, weitere sechs erst 1876 (5) in die Wählerliste aufnehmen, wie etwa der Steuerwachtmeister Ludwig Belser, bei der Zollparlamentswahl 37 Jahre alt[110], im Verzeichnis der Landtagswahlen mit dem Lebensalter 39 Jahre vermerkt, also wurde er erst 1870 registriert. Für die übrigen 29 Wahlberechtigten fehlen direkte Hinweise, warum sie an der Landtagswahl von 1868 nicht mehr teilnehmen konnten, bei Landjägern und Lehrern darf man jedoch unterstellen, dass sie versetzt wurden; das durchweg geringe Lebensalter der Angehörigen dieser Gruppe – von 29 waren 20 jünger als 35 Jahre – lässt Abwanderung aus beruflichen Gründen oder geringes politisches Interesse vermuten.

Sodann wurden die Namen von 66 Männern aus dem Wählerverzeichnis für die Zollparlamentswahl wieder getilgt, weil diese Männer andernorts wahlberechtigt waren[111]; von ihnen ließen sich 13 bei den folgenden Landtagswahlen in das Verzeichnis aufnehmen[112]. Vom Lebensalter her handelte es sich bei diesen 66 ganz überwiegend um jüngere Männer: 54 (82%) waren jünger als 40, 42 (64%) sogar jünger als 35; Knechte (darunter vor allem Bleichknechte), Fabrikarbeiter und Tagelöhner stellten ein Drittel, fast den gesamten Rest machten zugewanderte Handwerker aus.

Andererseits führte die Wählerliste für die Landtagswahl vom 8. Juli 1868 65 Männer an, die nicht auch schon für die Zollparlamentswahl registriert worden waren; allenfalls in vier Fällen könnte dabei das zwischenzeitlich erreichte Wahlalter verantwortlich gewesen sein. Das Durchschnittsalter dieser Gruppe liegt etwas höher[113], und ihrer sozialen Herkunft nach lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: Knechte, Diener, Fabrikarbeiter und Handwerker – solche Männer, die sich zwar nicht nur vorübergehend in der Stadt Urach aufhielten, die jedoch die Aufnahme in die Wählerlisten beantragen mussten, weil sie keine direkten Steuern zahlten, des Weiteren aber 15 öffentliche Diener, Bauern, Fabrikanten, Privatiers, Buchhalter, Uhrenmacher, Wirte: Männer, die als Steuerzahler von Amts wegen in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurden.

Die Gesamtzahl der wahlfähigen Männer der Stadt Urach dürfte demgemäß in der ersten Hälfte des Jahres 1868 bei 800 gelegen haben, von denen zunächst bis zu 17% vom Wahlrecht ausgeschlossen blieben. Dieser Befund entspricht sowohl den Verhältnissen im übrigen Oberamt[114] wie denen in anderen Oberämtern[115]. Der Vergleich der beiden Wählerverzeichnisse des Jahres 1868 belegt, dass die wahlfähigen Männer seitens der Behörden zunehmend besser erfasst wurden[116]; besonders an den

[110] Nr. 31 im ZP-Wählerverzeichnis.

[111] Ein weiterer Mann wurde gestrichen, weil er in Urach keinen festen Wohnsitz hatte.

[112] Fünf im Jahre 1868, einer 1870, sieben 1876.

[113] 63,4% unter 40 Jahre, 53,7% unter 35.

[114] Nach der Volkszählung vom 3. Dezember 1867 waren im Oberamt Urach 13 057 Männer und Frauen älter als 25 Jahre alt; auf 100 Männer über 14 Jahre kamen 105,5 Frauen, 1868 dürften also etwa 6400 Männer älter als 25 Jahre gewesen sein; die offizielle Anzahl der Wahlberechtigten betrug bei der Zollparlamentswahl 5639, bei der Landtagswahl vom 8. Juli 1868 5642.

[115] Siehe oben, S. 211ff.

[116] Die nachträgliche Aufnahme in die Wählerverzeichnisse beantragten 1868 nur drei Män-

Landtagswahlen von 1868 wurde aber auch ein gestiegenes Interesse an der Aufnahme in das Verzeichnis gerade bei denjenigen deutlich, die bisher vom Wahlrecht ausgeschlossen gewesen waren. Wer sich um die Registrierung als Wahlberechtigter zunächst einmal bemühen musste, bewies dadurch sein politisches Interesse; ob er das Wahlrecht dann nutzte, war eine andere Frage. Auch hier zeigt sich wieder, dass die Höhe der Wahlbeteiligung offenbar nicht in jedem Fall einen verlässlichen Maßstab für den Politisierungsgrad einer Wählerschaft liefert.

Aufgrund des größeren zeitlichen Abstandes zeigte sich bei den Landtagswahlen von 1870 und 1876 eine noch größere Fluktuation der Wählerschaft. 104 Wahlberechtigte (15%) von 1868 fehlten im Verzeichnis von 1870; 53 von ihnen sind als verstorben gekennzeichnet, sechs waren beim Militär, 43 waren seit dem Juli 1868 fortgezogen. 70% von ihnen waren jünger als 40 Jahre, unter ihnen 11 Handwerker, 8 Gestütsknechte, 7 öffentlich Bedienstete. 1876 fehlten im Wählerverzeichnis 128 Wahlberechtigte von 1870; 63 waren verstorben, 52 fortgezogen, diese wiederum überwiegend Männer unter 40; 20 Handwerker, 12 Fabrikarbeiter, Knechte und Tagelöhner, dazu 13 öffentliche Diener.

Unter den 102 Neuwählern von 1870 stellten diejenigen, die erstmals das Wahlalter erreichten, nur 13 (12,7%); sechs Jahre später waren von 173 Neuwählern 80 (46,2%) 30 Jahre und jünger, hatten also seit 1870 das Wahlalter erreicht; möglicherweise war das politische Interesse der Jungwähler mittlerweile angestiegen. Bei den Zuwanderern handelte es sich beide Male zu etwa 70% um Männer unter 40; etwa zur Hälfte Handwerker, 20% Fabrikarbeiter, Knechte, Tagelöhner, 16% öffentliche Diener.

Die Struktur der Wahlberechtigten der Stadt Urach veränderte sich also zwischen dem Frühjahr 1868 und dem Dezember 1876 erheblich, so dass von den 727 Wahlberechtigten des Dezember 1876 nur noch 446 (61,3%) auch schon bei der Zollparlamentswahl vom März 1868 als Wähler registriert waren, 470 (64,6%) bei der Landtagswahl vom Juli 1868 und 551 (75,8%) bei der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870. Verantwortlich für diese Fluktuation sind nicht nur die biologischen Ursachen, sondern mindestens zur Hälfte Ab- und Zuwanderung. Die Mobilität war am größten bei den Wahlberechtigten unter 40 Jahren; es handelte sich ganz überwiegend um Handwerker und Arbeiter, dazu aber auch um einen hohen Anteil öffentlich Bediensteter. Es fragt sich, ob sich im Abstimmverhalten Unterschiede zwischen den Zugewanderten und den Alteingesessenen zeigen.

Die Wahlbeteiligung der Stadt Urach betrug bei der Zollparlamentswahl 73,7%, bei der Landtagswahl von 1868 68,4%, im Jahre 1870 72,2% und 1876 54,6%, womit der Durchschnitt des ganzen Oberamts jeweils überboten wurde[117]. Dagegen nah-

---

ner. Ein Antragsteller konnte weder Heimatschein noch Wanderbuch vorlegen, sein Antrag wurde daher zurückgewiesen; die beiden übrigen Männer wurden aufgenommen. 1870 wurden wiederum zwei Männer auf ihren Antrag hin nachträglich aufgenommen. 1876 wurde kein Antrag gestellt. Vgl. Stadtarchiv Bad Urach, Akte 1034 F, S. 169ff.

[117] Wahlbeteiligung im Oberamt bei der Zollparlamentswahl: 62,49%, bei der Landtagswahl 1868: 65,70%; 1870: 69,14%; 1876: 46,1%; durch die Ergänzungswahl stieg die Wahlbeteiligung im ganzen Oberamt auf 84,8%, in der Stadt Urach auf 87,34%.

men von den 65 Neuwählern des Juli 1868 nur 20% an der Abstimmung teil, und nur einer der vier Jungwähler stimmte ab. Im Dezember 1870 belief sich die Anzahl der Neuwähler auf 102, darunter 13, die 1868 das Wahlalter noch nicht erreicht hatten. 44 Wahlberechtigte (43,1%) machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch; von den Jungwählern stimmten 6 (46,2%) ab. Elf Neuwähler waren schon im Wählerverzeichnis der Zollparlamentswahl vertreten gewesen, aus dieser Gruppe stimmten nun 72,7% ab. In der Restgruppe, wohl überwiegend Zuwanderer, erreichte die Wahlbeteiligung nur 38,5%.

Für die Landtagswahl vom Dezember 1876 wurden 173 Männer neu in das Wählerverzeichnis aufgenommen, von denen 80 vom Alter her zum ersten Mal an einer Landtagswahl teilnehmen konnten und 57,5% abstimmten. Bei den drei jüngeren Jahrgängen dieser Gruppe lag die Wahlbeteiligung dabei um 10 Punkte unter der der drei älteren Jahrgänge[118]. Ob es sich allerdings bei diesen Neuwählern um alteingesessene Uracher handelte oder um Zuwanderer, ist nach dem Wählerverzeichnis nicht zuverlässig zu entscheiden. Unter den 93 Neuwählern, die 31 Jahre und älter waren, befanden sich 14, die schon in der Zollparlamentswählerliste erfasst waren[119]; wenn diese Männer seither in Urach gewohnt hatten, ohne sich schon vorher als wahlberechtigt registrieren zu lassen, so drückt sich darin ein ausgeprägtes Desinteresse am politischen Leben aus, das sich wiederum auch in der geringen Wahlbeteiligung dieser Gruppe (21%) spiegelt. Von den restlichen Männern, bei denen es sich überwiegend um Zuwanderer gehandelt haben dürfte, stimmten 40 (50,6%) ab.

Eine besonders auffällige Häufung bestimmter Berufe scheint es unter den Neuwählern dagegen nicht gegeben zu haben. Zwar stellten die einfachen Arbeiter – Bleichknechte, Knechte, Fabrikarbeiter und Tagelöhner – fast ein Drittel der Nichtwähler über 31 Jahre, gerade bei den Fabrikarbeitern und Tagelöhnern dieser Altersgruppen lag die Wahlbeteiligung jedoch bei 75% und mehr. Wenn alle sieben Bleichknechte und Knechte der Abstimmung ferngeblieben waren, so dürfte dafür am ehesten ihr Arbeitgeber, Bleichebesitzer Philipp Dreßler, verantwortlich gewesen sein. Insgesamt bestätigt sich hier die Beobachtung, dass der Wahleifer der Jungwähler gering war. Die vorliegenden Indizien sprechen gleichfalls dafür, dass auch die Zuwanderer, weitgehend unabhängig von ihrem Beruf, noch wenig Anteil am politischen Leben ihrer neuen Heimatgemeinde nahmen.

Demgegenüber erreichte das Wählerinteresse unter den „Alteingesessenen" – d.h. denjenigen, die an jeweils aufeinanderfolgenden Wahlen im Wählerverzeichnis vertreten waren – Werte zwischen 55% und 88%, mit erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Wahlen. In allen Altersklassen blieb beispielsweise die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl von 1868 unter den Werten der Zollparlamentswahl: Man könnte daher durchaus von einer gewissen Wahlmüdigkeit sprechen, bei der In-

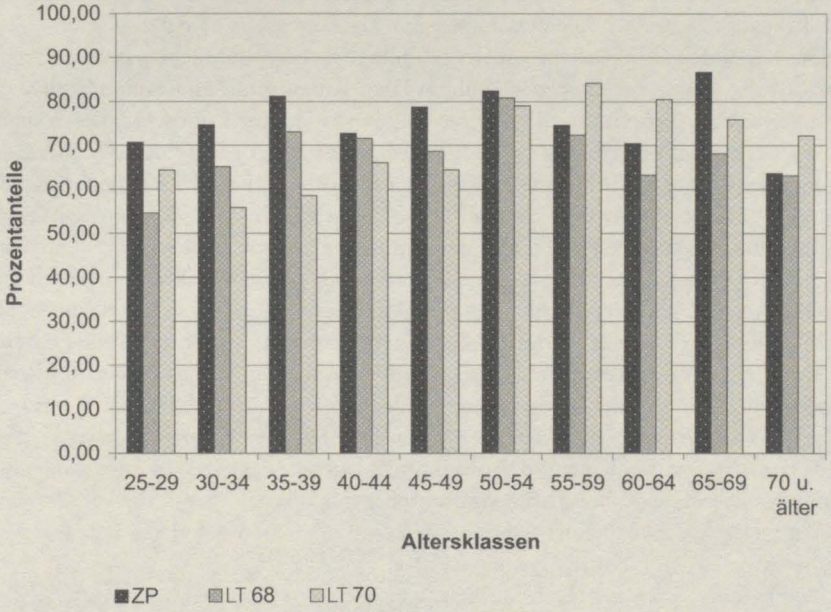
[118] Bei den 25–27jährigen: zwischen 44,4% und 58,6%, Durchschnitt 52,5%; bei den 28–30jährigen zwischen 58,8% und 70%, Durchschnitt 62,5%.

[119] Sieben als Wahlberechtigte, sieben als „andernorts wahlberechtigt".

terpretation sind aber auch die politischen Alternativen zu berücksichtigen, die sich den Wählern jeweils boten.

Wodurch zeichnete sich also das politische Verhalten der alteingesessenen Wahlberechtigten bei den drei Wahlen von 1868 und 1870 aus? Zunächst fällt die hohe Wahlbeteiligung dieser Wählergruppe bei der Zollparlamentswahl ins Auge: In der Klasse der Wähler über 70 Jahre blieb das Interesse mit 64% am niedrigsten, wozu altersabhängig Krankheit und Gebrechlichkeit ganz erheblich beigetragen haben werden; in weiteren sechs Altersklassen stimmten 70–80% der Berechtigten ab, in drei Klassen sogar mehr als 80%. Politisch bedeutete dieses Abstimmverhalten ein überwältigendes Votum für den Selbstständigkeitskurs der württembergischen Regierung, deren prominentester Vertreter, Freiherr von Varnbüler, in Urach zur Wahl stand gegen

Diagramm 29: Die Wahlbeteiligung der „Alteingesessenen" 1868–1870



den Nürtinger Baumwollfabrikanten Heinrich Otto[120], den die Deutsche Partei ins Rennen geschickt hatte. Im Wahldistrikt Urach – bestehend aus der Stadt Urach und der Gemeinde Hülben[121] – stimmten von 827 Berechtigten 638 ab (77,15%)[122], 578

[120] Heinrich Otto (1820–1906); er war seit Februar 1870 Vertrauensmann der Deutschen Partei; Schwäbische Lbb. II, S. 367; Hirschfeld, Württembergs Großhandel und Großindustrie, S. 44–46.

[121] Bei den folgenden Landtagswahlen gehörte zum Wahldistrikt Urach außerdem noch die Gemeinde Grabenstetten (216 Wahlberechtigte), die bei der Zollparlamentswahl zusammen mit Hengen (106 Wahlberechtigte) einen eigenen Wahldistrikt bildete, in dem die Wahlbeteiligung

(69,9%) entschieden sich für den Minister, 58 (7,0%) für den Fabrikanten; und selbst wenn alle Stimmen für den Kandidaten der Deutschen Partei aus der Stadt Urach stammten, läge Varnbülers Stimmenanteil dort immer noch bei 64% der Wahlberechtigten.

Wenige Monate später bei der Landtagswahl, die in allen Altersklassen auf geringeres Wählerinteresse stieß, lautete die Alternative, für den liberalen Großdeutschen Professor Karl Fricker von Tübingen zu stimmen oder für den beliebten Uracher Seminarprofessor Eduard Adam[123], der kurzfristig noch von der Deutschen Partei aufgestellt worden war, nachdem Gustav Zeller[124] die Kandidatur ausgeschlagen hatte[125]. Umgerechnet auf diesen Zuschnitt des Wahldistrikts Urach hätte Varnbüler bei der Zollparlamentswahl etwa 720 Wählerstimmen erhalten, Fricker brachte es nun auf 425 (40,4%); Heinrich Otto hatte für die Deutsche Partei im Frühjahr vielleicht 65 Stimmen gewonnen; Adam erreichte 297 (28,2%). Es wird zu prüfen sein, inwieweit die Nichtwähler der Zollparlamentswahl zu diesen Umschichtungen beigetragen haben.

Die Landtagswahl vom Dezember 1870 führte zu einer deutlichen altersmäßigen Aufspaltung der alteingesessenen Wähler: Die Männer unter 50 beteiligten sich zu 55–66% an der Abstimmung, die Älteren dagegen zwischen 72 und 84%. Die Wähler hatten sich zu entscheiden zwischen dem bisherigen Abgeordneten Fricker, der den bedingungslosen Eintritt Württembergs in das Deutsche Reich ablehnte, und dem Stuttgarter Staatsanwalt Dr. Friedrich Georg Lenz[126], der seit 1870 der Deutschen Partei vorstand, nun auch von der Regierung tatkräftig unterstützt wurde[127] und dem als Sohn der Stadt Urach eine einflussreiche Familie zur Seite stand. Fricker verlor über 70% seiner früheren Wähler (–300 = –28,2 Punkte), für ihn stimmten nur noch 125 Wähler (12,2%). Lenz verdoppelte die DP-Stimmen gegenüber 1868 und erreichte 669 Stimmen (65,3%); das waren aber immer noch weniger, als bei der Zollparlamentswahl für Varnbüler abgegeben worden waren.

68,63% erreichte; 63,35% der Berechtigten entschieden sich für Varnbüler, 4,04% (13 Stimmen) für Otto. – Alle Wahlergebnisse nach der Wahlakte, in StASig Wü 65/40 T 1, Nr. 1 Oberamt Urach, Zollparlamentswahl.

[122] In der Gemeinde Hülben stimmten 150 von 162 Berechtigten ab (92,6%).

[123] Vgl. Rapp, Lebenserinnerungen von Gottlob Egelhaaf, S. 8f.: Egelhaaf hielt Adam für *geistlos und unfähig*, Adam war in Urach aber sehr beliebt (vgl. oben, S. 282); vgl. auch: Staatsanzeiger Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1600 und Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1621, wo Adam als ministerieller Kandidat gehandelt wird.

[124] Gustav Zeller (1812–1884), Dr., Oberfinanzrat in Stuttgart; 1848er Demokrat; Landtagsabgeordneter für Herrenberg 1848/49 u. 1. Landesversammlung, für Stuttgart/Stadt 1864–1868. W. Lang, Erinnerungen, Heft 6, S. 4; Schw. Kronik (1884), S. 19; Jahreshefte des Vereins für vaterländische Naturkunde 41 (1884), S. 30ff.; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 1061.

[125] Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 320.

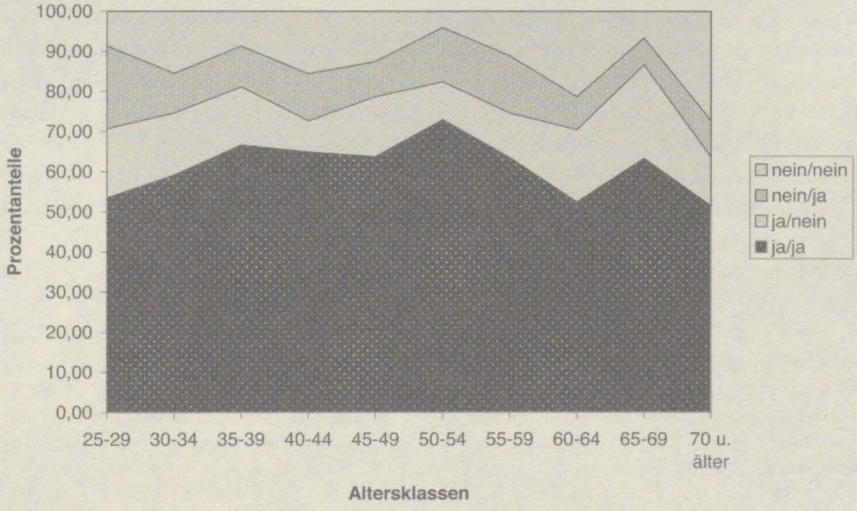
[126] Vgl. S. 282 Anm. 230; Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 274: Wie Rechtsanwalt Seeger Julius Hölder berichtete, war auch Adam wieder als Kandidat im Gespräch.

[127] HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 807/813 Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Urach, 8. Dezember 1870; Deutsches Volksblatt Nr. 265, 11. November 1870 „Stuttgart, 10. Nov."; Schw. Kronik (1870), S. 3211 „Urach, den 11. Nov.".

Während die demokratische Partei in Urach und Metzingen[128], auf die sich Fricker hauptsächlich gestützt hatte, die Niederlage mit *Druck von oben* zu erklären suchte, argumentierte Oberamtmann Osiander[129], dass *die Wähler der gegenwärtig überall so starke nationale Gedanke der Einigung Deutschlands* [...] *bei der Abstimmung hauptsächlich geleitet* habe[130]. Welche Bedeutung diese Wahlmotive tatsächlich hatten, lässt sich abschätzen, wenn man das Abstimmverhalten der Berechtigten bei den aufeinander folgenden Wahlen miteinander vergleicht[131].

Wie in den Diagrammen 30 und 31 dargestellt, blieb der Mobilisierungsgrad derjenigen, die bei der Zollparlamentswahl stimmberechtigt gewesen waren, auch bei den Landtagswahlen von 1868 und 1870 außerordentlich hoch; denn der Anteil der Wahlberechtigten, die jeweils den beiden Wahlen fernblieben, machte hinsichtlich der Landtagswahl 1868 nur 12,7%, bezüglich der Wahl von 1870 sogar nur 8,4% aus. Im Juli 1868 waren die Wähler über 50 Jahre dabei anteilmäßig etwas stärker (13% zu 12,4%) vertreten als die Jüngeren[132]; im Dezember 1870 änderte sich dies dann jedoch

Diagramm 30: Das Abstimmverhalten der Stimmberechtigten der Zollparlamentswahl und der Landtagswahl 1868 [N=616]



[128] Vgl. Beobachter Nr. 139, 17. Juni 1868 „In Urach": Fricker habe *die seit Jahren gezogene Mainlinie zwischen Metzingen und Urach* überbrückt.

[129] Philipp Osiander (1803–1876), Verweser von Urach 1844–45, Oberamtmann von Blaubeuren 1845–1856; von Urach 1856–1871; Landtagsabgeordneter für Kirchheim 1839–1843; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 434.

[130] HStAS E 150 Bü 857, Fasz.6, Bl. 807/813 Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Urach, 8. Dezember 1870.

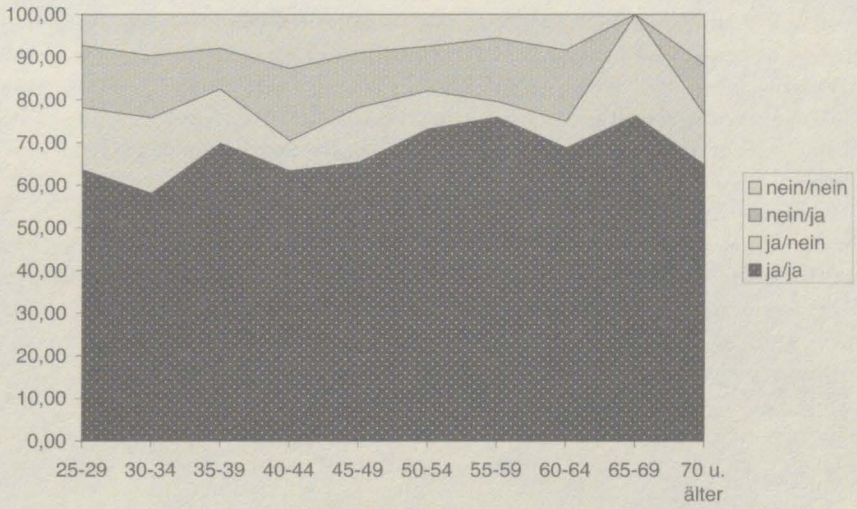
[131] Dabei werden zwangsläufig jeweils unterschiedliche Teilgruppen der Wählerschaft betrachtet.

[132] Es muss dahingestellt bleiben, ob die anscheinend besonders starke Mobilisierung einiger

sehr deutlich zugunsten der Älteren (6,8% zu 9,4%), die durch die Abstimmung über den Reichseintritt Württembergs anscheinend stärker mobilisiert wurden als die Jüngeren.

Der Anteil der Wahlberechtigten, die an der Zollparlamentswahl wie an der Landtagswahl von 1868 teilnahmen, erreichte 62%; die einzelnen Altersklassen wichen von diesem Mittelwert in der typischen Weise ab, dass die jüngsten und ältesten Altersklassen darunter blieben, die „mittleren", in erster Linie die 48er, darüber.

Diagramm 31: Das Abstimmverhalten der Stimmberechtigten der Zollparlamentswahl und der Landtagswahl 1870 [N=536]



Zwei Jahre später lag der Anteil der Abstimmenden um 5%-Punkte höher mit ausgeprägter Abhängigkeit vom Lebensalter: Während es der jüngere Teil der Wählerschaft auf 64,1% Wahlbeteiligung brachte, wählten von den Männern über 50 Jahre 72,5%. Hier bestätigt sich, dass sich die älteren Bürger stärker als die jüngeren durch die besondere politische Situation des Dezember 1870 zu einer Stellungnahme aufgefordert fühlten; ein schlüssiger Beweis für die These des Oberamtmanns ist dies freilich noch nicht, da unter den älteren Wählern die Anhänger der großdeutschen Richtung besonders zahlreich vertreten gewesen sein könnten.

Die „Wechsler" – die Wahlberechtigten, die jeweils nur bei einer von zwei Wahlen abstimmten – machten 1868/1870 etwa 25% aus mit deutlich höheren Anteilen unter den Wählern, die jünger als 35 Jahre alt waren. Der leichte Rückgang der Wahlbeteili-

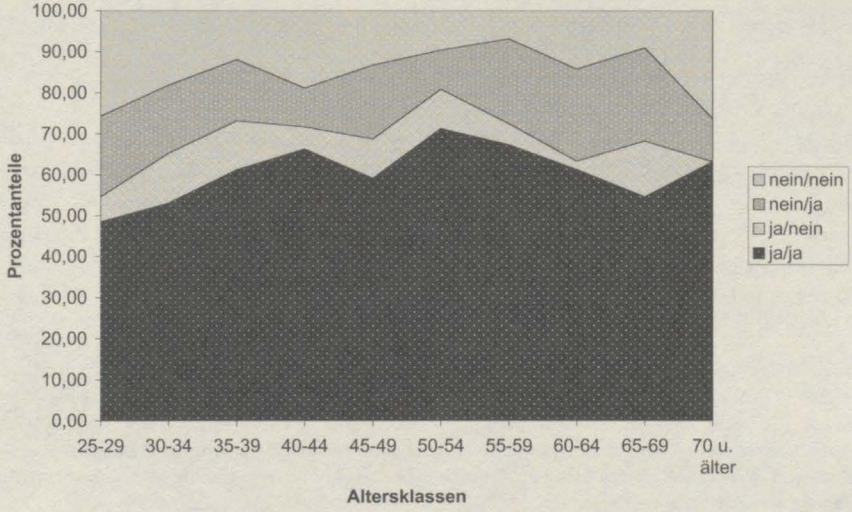
---

Altersklassen – etwa der Geburtsjahrgänge 1814ff. oder der um die Jahrhundertwende Geborenen – mit den besonderen politischen Erfahrungen dieser Männer schlüssig in Zusammenhang gebracht werden kann.

gung bei der Landtagswahl vom Juli 1868 gegenüber der Zollparlamentswahl erklärt sich jedenfalls für die vorliegende Wählergruppe daraus, dass sich vor allem viele Wahlberechtigte über 60 Jahre nicht mehr zur Abstimmung entschließen konnten. Es mag sich bei ihnen in erster Linie um bisherige Anhänger der Regierungspolitik und speziell des Freiherrn von Varnbüler gehandelt haben, die im Sommer 1868 ihre Stimme nicht dem liberalen Großdeutschen Professor Fricker geben mochten, nachdem die Interessen von Regierung und Großdeutschen divergierten. Wer sich hingegen bei der Landtagswahl von 1868 erstmals zur Stimmabgabe entschloss, der dürfte am ehesten dem Lager des Uracher Kandidaten Adam angehört haben.

Die Landtagswahl vom Dezember 1870 bewirkte bei 13% der Berechtigten, die bei der Zollparlamentswahl nicht abgestimmt hatten, eine Mobilisierung; dieser Zuwachs an Wählern dürfte dem gemeinsamen Kandidaten von Deutscher Partei und Regierung zugute gekommen sein und dessen überwältigenden Wahlsieg teilweise erklären. Wenn sich gleichzeitig 11% der Wahlberechtigten entschieden, im Dezember 1870 nicht wieder abzustimmen, so dürfte es sich bei ihnen um frühere großdeutsche Wähler gehandelt haben, die nun die kleindeutsche Reichsgründung nicht befürworten mochten und einen Sieg Frickers für aussichtslos hielten. Drei Viertel dieser Männer gehörten den Altersklassen unter 50 Jahre an. Damit scheint sich die Vermutung zu bestätigen, dass unter den älteren Wählern die Auseinandersetzung über den Reichseintritt Württembergs heftiger geführt wurde als unter den jüngeren, dass Fricker mithin die größten Stimmenverluste unter den jüngeren Wählern zu beklagen hatte, während viele der älteren Wähler noch ungebrochen an der großdeutschen Idee festhielten.

Diagramm 32: Das Abstimmverhalten der Stimmberechtigten der Landtagswahlen von 1868 und 1870 [N=577]

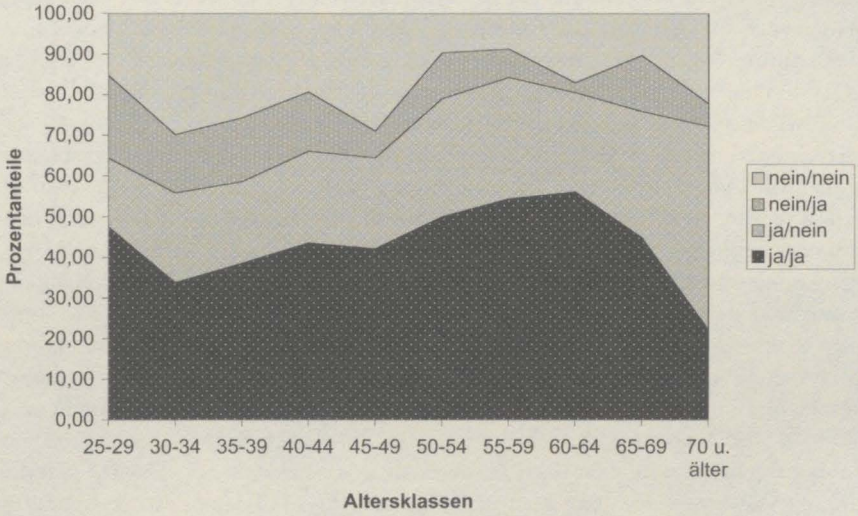


Für das Abstimmverhalten der Wahlberechtigten der Landtagswahlen von 1868 und 1870 zeigt sich ein ganz ähnlicher Befund. Zwar lag der Anteil derer, die sich an beiden Wahlen nicht beteiligten, mit 15,1% deutlich höher als im Vergleich zur Zollparlamentswahl, über die alterstypischen Verhaltensweisen der jungen Wähler und der Senioren hinaus war diese Zurückhaltung aber wiederum unter den Jüngeren (17,4%) deutlich stärker ausgeprägt als unter den Wahlberechtigten über 50 Jahre (11,3%). Die Gruppe der „Wechsler" machte ähnlich wie zuvor etwa ein Viertel der Berechtigten aus. Der Mobilisierungseffekt der Reichsgründungswahl veranlasste zwei Drittel von ihnen – mehr ältere als jüngere Männer –, sich 1870 an der Abstimmung zu beteiligen: Diese zusätzlichen Wähler dürften zu etwa einem Drittel für den Stimmenzuwachs der Deutschen Partei (+370 Stimmen) verantwortlich sein. Dagegen könnten sich aus der Anzahl der Wähler von 1868, die im Jahre 1870 nicht abstimmten – ganz überwiegend jüngere Männer –, die Verluste Frickers (–300 Stimmen) nur zu einem kleinen Teil erklären; seine Wähler von 1868 dürften also in ihrer Mehrheit direkt zum politischen Konkurrenten übergelaufen sein. Von der Landtagswahl des Sommers 1868 aus betrachtet, würde es sich anbieten, diesen Stimmungswandel, wie Oberamtmann Osiander dies tat, auf das Anwachsen des Nationalgefühls zurückzuführen; vom Ergebnis der Zollparlamentswahl her scheinen sich die Stimmengewinne von Lenz zu einem sehr erheblichen Teil daraus zu erklären, dass die regierungstreuen Wähler ihm nun ihre Stimme gaben.

Das Bild wird vervollständigt durch einen Blick auf die Landtagswahl vom 13. Dezember 1876. Da Lenz nun als einziger Kandidat auftrat, sank das Wählerinteresse im Mittel des ganzen Oberamts auf 44,4%, so dass am 20. Dezember eine Ergänzungswahl durchgeführt werden musste, deren Resultat dann freilich nicht die politischen Präferenzen, sondern die Unzufriedenheit der Wähler mit der Ganggebühr spiegelte[133]. Schon im ersten Wahlgang war jedoch deutlich geworden, dass Lenz sein Ergebnis von 1870 nur knapp – um weniger als 300 Stimmen – unterbieten würde. In der Stadt Urach nahm die Anzahl der im ersten Wahlgang abgegebenen Stimmen mit 398 gegenüber 488 im Dezember 1870 deutlich ab; da Lenz 1876 ohne Konkurrenz kandidierte, dürften die 398 Stimmen bis auf wenige Ausnahmen tatsächlich ihm gegolten haben, während von den 488 bei der Wahl von 1870 abgegebenen Stimmen bis zu 125 dem großdeutschen Bewerber zuzurechnen waren. 1876 hatte Lenz seine Position al-

[133] Am 13. Dezember stimmten 2565 von 5775 Berechtigten ab, dazu am 20. Dezember 2308, insgesamt also 4873 (84,8%); Lenz erhielt aber nur 3785 Stimmen (65,54%). Oberamtmann Gustav Adolph Bockshammer (1824–1882; Oberamtmann von Spaichingen 1867–1872, von Urach 1872–1882; Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 189f.) berichtete dem Innenministerium: *Aus Obigem ist ersichtlich, daß bei der Ergänzungswahl dem Kandidaten Lenz weit mehr Stimmen verlorengingen als bei der ersten Wahl, was nicht sowohl daher rührt, daß etwa am 2. Wahltag auch Persönlichkeiten wählten, welche mit der politischen Haltung des Kandidaten nicht einverstanden sind, sondern vielmehr daher, daß die Vorladung zur Wahl und die zu bezahlende Ganggebühr eine Mißstimmung unter den Wählern hervorbrachte, welche der Wahlkandidat büßen mußte.* HStAS E 150, Bü 858, Fasz. 9, Oberamt Urach, Bericht des Oberamts betr. die Wahl eines Landtagsabgeordneten, Urach, 22. Dezember 1876.

Diagramm 33: Das Abstimmverhalten der Stimmberechtigten der Landtagswahlen von 1870 und 1876/1 [N=551]



so ganz überwiegend behauptet, wenn auch nur durch das Votum von 93 Neuwählern.

Unter den 551 Wahlberechtigten, die in den beiden Wahlen von 1870 und 1876 stimmberechtigt waren[134], machte der Anteil derer, die sich von beiden Abstimmungen fernhielten, 19,8% aus – 24,4% bei den jüngeren Wählern, 12,1% bei den älteren. Soweit diese Männer wahlberechtigt gewesen waren, hatten sie auch schon im Frühjahr und Sommer des Jahres 1868 wenig Interesse an einer Stimmabgabe gezeigt: An der Zollparlamentswahl hatten sich 40,6% (26 von 64) beteiligt, an der Landtagswahl sogar nur 29,5% (23 von 78). 36% der Wahlberechtigten änderten von der Reichsgründungswahl 1870 zur Landtagswahl 1876 ihr Abstimmverhalten. Wer sich anders noch als im Dezember 1870 an der Abstimmung des 13. Dezember 1870 beteiligte, entschied sich für Lenz; das waren 11,8% der Wahlberechtigten und dreimal so viele jüngere wie ältere Wähler. Von diesen 65 Wählern waren 31 (47,7%) schon bei der Zollparlamentswahl, 43 (66,2%) bei der Landtagswahl vom Juli 1868 stimmberechtigt gewesen und hatten 26 bzw. 22 tatsächlich abgestimmt, und zwar nach Lage der Dinge wahrscheinlich nicht für die Deutsche Partei, sondern für Varnbüler bzw. Fricker. Wichen sie 1870 dann der Entscheidung für oder gegen den Reichseintritt aus, so scheinen sie sich 1876 mit den neuen Gegebenheiten ausgesöhnt zu haben.

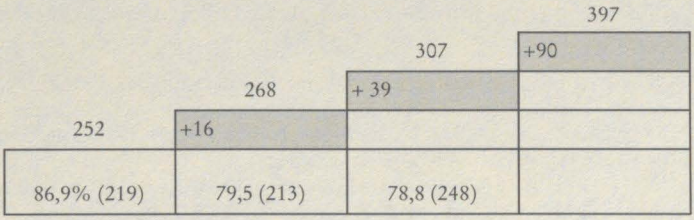
[134] Hier beschränkt sich die Untersuchung darauf, das Verhalten der Wähler von 1870/76 darzustellen; die Betrachtung der Wähler von Zollparlament/1876 und Landtagswahl 1868/1876 bietet keine grundsätzlich anderen oder weiterführenden Erkenntnisse.

Die 135 Wahlberechtigten, die am 13. Dezember 1876 nicht wieder abstimmten, gehörten 1870 anteilsmäßig überwiegend zu den älteren Altersklassen (30% zu 21%), so dass sich ihre geringes Interesse sechs Jahre später auch dadurch erklärt. An der Zollparlamentswahl hatten sich diese „Wechsler" noch zu 77,6% beteiligt (97 von 125), an der Landtagswahl von 1868 zu 68,5% (85 von 124); hatten sie bei der Zollparlamentswahl dem Regierungskandidaten ihre Stimme gegeben und sich bei den Landtagswahlen von 1868 und 1870 eher für Fricker als für Lenz entschieden, so fanden sie 1876 keinen geeigneten Kandidaten mehr vor[135]. Zu dieser Wählergruppe gehörten schließlich auch jene 39 von 72 Männern, die zwischen 1868 und 1876 stimmberechtigt waren, aber nur unter dem Eindruck der besonderen politischen Situation des Jahres 1870 einmalig ihr Wahlrecht nutzten[136].

Zusammengenommen dürften also die Gewinne und Verluste an Wählern für Lenz und die Deutsche Partei am 13. Dezember 1876 sich annähernd ausgeglichen, vielleicht eine gewisse Verjüngung seiner Wählerschaft bewirkt haben. Der deutliche Rückgang des Wählerinteresses ist darauf zurückzuführen, dass die großdeutschen Wähler von 1870, deren Interessen 1876 nicht durch einen eigenen Kandidaten artikuliert wurden, in ihrer Mehrheit nicht zum politischen Gegner überliefen, sondern der Abstimmung fern blieben. Wahrscheinlich handelte es sich bei diesen Wählern eher um ältere als um jüngere Männer.

Die Stammwähler von Lenz, jene 44% der Wahlberechtigten, die 1870 und am 13. Dezember 1876 von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten und 1876 Lenz wählten, gehörten den Jahrgängen 1820 und älter auffallend häufiger an als den jüngeren Altersklassen; der scharfe Abfall der Kurve markiert zum Teil den Tribut des Alters bei denen, die im Jahre 1870 schon über 65 Jahre alt und 1876 noch weitere sechs Jahre älter waren. Von 1876 aus lässt sich die Zusammensetzung und politische Herkunft dieser Stammwählerschaft bis ins Frühjahr 1868 hinein zurückverfolgen, wie dies in Schaubild 2 illustriert wird.

Schaubild 2: Die Zusammensetzung der Stammwähler der Deutschen Partei in der Stadt Urach 1868–1876



	ZP 68	LT 68	LT 70	LT 76/1
Distrikt:	max. 70	max. 297	max. 669	max. 567
Stadt:	~50	~200	~390	~390

[135] Beim Ergänzungswahltermin stimmten 73% ab, vermutlich in großer Zahl gegen Lenz.
[136] Beim Ergänzungswahltermin stimmten 75% ab.

Die Anzahl der Stimmen für Kandidaten der Deutschen Partei in der Stadt Urach stieg in diesem Zeitraum von etwa 50 bei der Zollparlamentswahl, über ca. 200 bei der Landtagswahl von 1868, auf je ca. 390 bei den Landtagswahlen vom 5. Dezember 1870 und 13. Dezember 1876[137]. Ein Drittel der DP-Wähler des 13. Dezember 1876 gehörte zu den Neuwählern, zwei Drittel waren schon seit dem Frühjahr 1868 in den Wählerverzeichnissen vertreten und hatten meist überdurchschnittlich lebhaft an den Wahlen teilgenommen. Wenn, was wahrscheinlich erscheint, die 50 Stimmen, die bei den Zollparlamentswahlen in der Stadt Urach für den Kandidaten der Deutschen Partei abgegeben wurden, aus dem Kreis dieser Wähler stammten, so müssen die übrigen sich im Frühjahr 1868 für den Regierungskandidaten Varnbüler entschieden haben. Die Stimmengewinne der Deutschen Partei bei der Landtagswahl 1868 erklären sich dann vermutlich dadurch, dass diese Wähler bereits umgeschwenkt waren, nicht zuletzt auch deswegen, weil ihnen dieser Schritt durch mehrere Artikel im „Staatsanzeiger"[138] und die Person des Kandidaten Adam erleichtert worden war. Diese Wähler werden im Dezember 1870 auch für Staatsanwalt Lenz, den gemeinsamen Kandidaten von Deutscher Partei und Regierung, gestimmt haben; die zusätzlichen 140 Stimmen, die Lenz erhielt, rekrutierten sich aus der Gruppe der bisherigen Nichtwähler (25%), aus den Neuwählern (20%) und aus ehemaligen großdeutschen Wählern, die bei der Zollparlamentswahl allerdings für Varnbüler gestimmt hatten (55%) und nun dem Kurs der Regierung folgten.

Dieses Abstimmverhalten lässt sich – trotz des Wahlgeheimnisses mit einiger Wahrscheinlichkeit – beispielsweise an der Person von Oberamtmann Osiander illustrieren. Er machte von seinem Stimmrecht bei allen drei Wahlen von 1868 und 1870 Gebrauch[139], wessen Namen er dabei jeweils auf seinen Stimmzettel schrieb, darauf lassen die Quellen wenigstens begründete Vermutungen zu. In seinem Bericht über die Landtagswahl 1868 an das Innenministerium distanzierte er sich von der Deutschen Partei als der *sogenannten Preußenpartei* und charakterisierte gleichzeitig Karl Fricker als *Mann des gemäßigten Fortschritts und als entschiedenen Feind der unsinnigen, unpraktischen und gemeinschädlichen beobachterlichen Grundsätze und Ideen*[140]. Im November 1870 stellte Osiander den Staatsanwalt Lenz der Amtsversammlung vor und erhob ihn damit, nach Meinung des „Deutschen Volksblattes"[141] zum

[137] Geschätzt; die Anzahl der im Wahldistrikt Urach für die DP abgegebenen Stimmen bildet dabei die Obergrenze.

[138] Staatsanzeiger Nr. 153, 30. Juni 1868, S. 1538; Nr. 154, 1. Juli 1868, S. 1600 und am deutlichsten Nr. 156, 3. Juli 1868, S. 1621.

[139] Er wurde 1871 pensioniert und verstarb am 18. August 1876 in Cannstatt, noch vor dem Wahltermin 1876, vgl. Angerbauer, Amtsvorsteher, S. 434.

[140] HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 500f. Bericht des Oberamts betr. die Umtriebe der sog. Volkspartei, Urach, 16. Juli 1868; vgl. auch HStAS E 14, Bü 537, Bl. 8 Gessler an von Egloffstein, 2./3. Juli 1868: Fricker sei nur zuverlässig, wenn Schäffle nicht gewählt werde; Adam gehöre nicht der DP an; 7. Juli 1868: Ohne Schäffle sei Fricker ein konservativer Mann; Anbringen, 14. Juli 1868: Fricker sei *mehr konservativ* und in seinem Wahlkampf von den Regierungsorganen unterstützt worden; vgl. dagegen die drei Artikel im „Staatsanzeiger".

[141] DV Nr. 265, 11. November 1870 „Stuttgart, 10. Nov.".

offiziellen Kandidaten; den deutlichen Sieg von Lenz wertete Osiander als *erfreulich*[142]. Demnach dürfte er seine Stimme bei der Zollparlamentswahl dem Regierungskandidaten Varnbüler gegeben haben, bei der Landtagswahl 1868 Fricker, bei der Landtagswahl 1870 Lenz, dem Regierungskurs folgend.

Die Mitglieder der Deutschen Partei in Urach[143] um Rechtsanwalt Hermann Seeger[144] – Kaufmann Carl Lenz[145]; der Bruder des Uracher Stadtschultheißen, Goldarbeiter Friedrich von Selöw[146]; der Fabrikant und Kaufmann Hermann Pichler[147]; der Kaufmann und Gemeinderat Johannes Gseller[148], Gerbermeister Friedrich Kuhn[149], Bäcker Jacob Beck[150], Bortenmacher Carl August Fischer[151] und Werkmeister Gottlieb Streich[152] – hatten sich schon sehr frühzeitig exponiert, indem sie die Resolution der Deutschen Partei vom 4. August 1867 und den Aufruf der Partei zur Zollparlamentswahl unterzeichnet hatten. Dass ihre Stimmen bei allen vier Wahlen dem jeweiligen DP-Kandidaten galten, kann keinem Zweifel unterliegen.

Die Volkspartei Urachs war im Landeskomitee in den Jahren 1869 und 1870 durch den „Fabrikanten Deusch" vertreten, bei dem es sich vermutlich um den Rotgerber Julius Deusch[153] handelte. Wenn dieser bei allen vier Wahlen abstimmte, so dürfte er sich bei der Zollparlamentswahl im Frühjahr 1868 für Varnbüler, im Sommer 1868 und bei der Reichsgründungswahl 1870 prinzipientreu für Fricker entschieden haben; am 13. Dezember 1876 gehörte seine Stimme vermutlich zu den wenigen „zersplitterten" Stimmen, die gegen Lenz abgegeben wurden.

Die Wählerwanderung in der Stadt Urach lässt sich also zusammengenommen angemessener verstehen, wenn man nicht, indem man lediglich die beiden Landtagswahlen von 1868 und 1870 betrachtet, von einer „Erdrutschwahl", einem plötzlichen,

---

142 HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 807/813 Bericht des Oberamts betr. das Wahlergebnis, Urach, 8. Dezember 1870.

143 Eine feste Organisation gaben sie sich ähnlich wie die Anhänger der Volkspartei in Urach erst Anfang 1870: vgl. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 340, Runge, Volkspartei, S. 76.

144 Hermann Seeger (1831–1883), später Oberlandesgerichtssekretär in Stuttgart; z.B. September 1867 Mitglied des Landeskomitees der DP; Schw. Kronik (1883), S. 573, vgl. auch: Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 157, Anm. 37.

145 Carl Lenz geb. 1832/33, Bruder von Staatsanwalt Lenz; bis 1880 aktiv in der Uracher DP tätig und eher zu den Liberalen zählend.

146 Friedrich von Selöw, geb. etwa 1834.

147 Hermann Pichler, geb. etwa 1836; bis in die 80er Jahre in der Partei aktiv; vgl. auch Hirschfeld, Württembergs Großhandel und Großindustrie, S. 35f.

148 Johannes Gseller, geb. ca. 1808, † 1869/70.

149 Friedrich Kuhn, geb. etwa 1820.

150 Jakob Beck, geb. etwa 1818.

151 Carl August Fischer, geb. etwa 1821.

152 Gottlieb Streich, geb. etwa 1827. Die drei Rotgerber Christoph Friedrich Wenz, geb. ca. 1804, Wilhelm August Wenz, geb. ca. 1816, und Friedrich Wenz jun., geb. ca. 1831, gehörten ebenfalls in diesen Kreis, schienen aber weniger engagiert.

153 Julius Deusch, geb. ca. 1822; vgl. Brandt, Parlamentarismus, S. 134 und 143 zu dem Uracher Landwirt und Stadtrat Johann Philipp Deusch – hier scheint sich gleichsam eine oppositionelle Familientradition anzudeuten.

grundlegenden Meinungsumschwung von großdeutsch zu kleindeutsch unter dem Eindruck des Krieges ausgeht; vielmehr vollzog sich die Wanderungsbewegung in mehreren Stufen. Die Wählerschaft des Freiherrn von Varnbüler bei der Zollparlamentswahl war sehr heterogen zusammengesetzt: Unter dem gemeinsamen Band des Antipreußentums waren Großdeutsche und Partikularisten von konservativer bis zu demokratischer Prägung vereint. Bei der Landtagswahl vom Sommer 1868 hatten sich die politischen Koordinaten verschoben, und daher fehlten dieses gemeinsame Band und ein entsprechender Kandidat. Die Regierung stellte nun verstärkt Selbstbehauptung nach innen und nach außen in den Mittelpunkt ihrer Politik und geriet somit in eine Frontstellung gegen die großdeutschen Demokraten und insbesondere gegen die Volkspartei, die ihrerseits den Kampf gegen die Regierung Varnbüler aufgenommen hatten, während die konservativen Großdeutschen der Regierung zuneigten und diese sich der DP gegenüber zu öffnen begann. Wenn sich die Wähler dann zwischen einem Großdeutschen und einem Nicht-Großdeutschen zu entscheiden hatten, so konnte für viele ministerielle Wähler auch der letztere in Frage kommen, wenn, wie im Falle von Eduard Adam, der Kandidat attraktiv genug war. Hilfreich war dabei, dass die Uracher Anhänger der Deutschen Partei in der nationalen Frage vorsichtig taktierten[154], was viele liberal-konservative Wähler honorierten. Ministerielle Wähler, die der Regierungspolitik strikt folgten, setzten sich von beiden Uracher Kandidaten ab und blieben der Abstimmung fern; andere folgten auch den Großdeutschen – von den Konservativen bis zu den Demokraten – und stimmten für den großdeutsch-liberalen Fricker.

In der Wahl vom Dezember 1870 präsentierten sich Regierung und Deutsche Partei gemeinsam als Vorkämpfer der nationalen Einheit; eher noch als die DP galt die Regierung dabei als Sachwalterin württembergischer Interessen. Hinter ihrem gemeinsamen Kandidaten, dem Staatsanwalt Lenz, sammelten sich im Wesentlichen die ehemaligen ministeriellen Wähler vom Frühjahr 1868. Viele Großdeutsche, besonders jüngere Wähler, hatten resigniert, doch der harte Kern der großdeutschen Demokraten hielt an Fricker fest, wenn auch ihr politisches Konzept, dass durch die neue Reichsverfassung die erstrebte Freiheit nicht verwirklicht werde und sie daher diese Form der Einheit ablehnten, den Wählern in der gegebenen außenpolitischen

[154] Nl Hölder Fasz. XI, Stück 387: H. Seeger an Hölder, 6. Juni 1868: *Wir halten es nicht für geraten, von Partei wegen einen Kandidaten aufzustellen, weil ein solcher nach Lage der Sache keine Aussicht auf Erfolg hätte und seine Aufstellung nur den Gegenkandidaten in die Hand arbeiten würde. Im übrigen sind wir für die Beteiligung an der Wahl und wollen den Kandidaten, und wäre es auch der Regierungskandidat, unterstützen, der mit allgemeiner Bildung und Charakterfestigkeit eine politische Gesinnung verbindet, die der unsrigen sich nähert oder nicht diametral entgegengesetzt ist.* Vgl. auch Schw. Kronik Nr. 156, 2. Juli 1868, S. 1857: Über Eduard Adam heißt es dort: *Seine gewinnende Persönlichkeit, seine Bekanntschaft mit den lokalen Verhältnissen, seine versöhnliche, gemäßigte Auffassung der deutschen Frage, ebenso fern von Überstürzung wie von unfruchtbarer Verneinung, stellen den besten Erfolg seiner Kandidatur in Aussicht.* Oder Nr. 157, 3. Juli 1868, S. 1689: *Prof. Adam gehört unseres Wissens keiner bestimmten politischen Partei an; der Wahlaufruf zu seinen Gunsten ist unterzeichnet von Mitgliedern verschiedener Parteien.*

Situation nur schwer zu vermitteln war. Die Auseinandersetzung um den richtigen Weg zum Nationalstaat sprach die älteren Wähler mehr an als die jüngeren, und diese älteren Wählern hielten Lenz auch 1876 die Treue, während sich die Wähler Frickers zunächst nicht an der Abstimmung beteiligten.

Angesichts der vorwiegend gewerblichen Struktur Urachs erlauben die Berufsangaben in den Wählerverzeichnissen meist keine Einteilung der Wahlberechtigten nach sozio-ökonomischen Merkmalen wie Selbstständigkeit/Unselbstständigkeit etc. Ausgenommen sind davon die „öffentlichen Diener", all jene, die ein öffentliches Amt bekleideten, und die „Lohnarbeiter"[155] Der Wahleifer der „öffentlichen Diener" übertraf am 13. Dezember 1876 mit 79,7% (63 von 79) den Durchschnitt des Oberamts von 44,4% ganz erheblich, Indiz dafür, dass sie fest hinter dem Kandidaten Lenz standen[156]. Erwartungsgemäß hatten sich diese Wähler auch an den vorangegangenen Wahlen sehr rege beteiligt[157], besonders eindrucksvoll am 5. Dezember 1870, als nationaler Impetus und offizielle Regierungspolitik in dieselbe Richtung wiesen. Unter den Lohnarbeitern nahm dagegen das politische Interesse seit der Zollparlamentswahl, als die Wahlbeteiligung 64,5% erreichte, zunehmend ab, über 51,3% und 50% bei den Landtagswahlen von 1868 und 1870, auf 25% am 13. Dezember 1876. Das zunehmende Desinteresse zeigte sich auch bei denen, die bei allen vier Wahlen stimmberechtigt waren[158], es ließe sich also nicht mit der hohen Mobilität und demzufolge Bindungslosigkeit dieser Wählergruppe erklären.

Zur Teilnahme an der Ergänzungswahl am 20. Dezember 1876 wurden die säumigen Wähler durch persönliche Ladung und Zahlung einer Ganggebühr angehalten. Von 2308 Wählern, die im Oberamt Urach zusätzlich abstimmten, entschieden sich 1284 für Lenz, 1024 Stimmen zersplitterten sich. Zusammen mit den 64 zersplitterten Stimmen vom 13. Dezember wurden diese in der Öffentlichkeit als Stimmen für die SPD interpretiert. Ein zeitgenössischer Vergleich der Ergebnisse der Landtagswahl 1876 und der Reichstagswahl 1877[159] stellte zwar ein Anwachsen der SPD fest, der Verfasser warnte jedoch davor, die Bedeutung der SPD in Württemberg nach den Wahlergebnissen zu überschätzen: Ihre Wähler stammten bei Reichstagswahlen nicht nur von Württembergern, sondern auch von Reichsbürgern, und bei Stichwahlen würden auch die Anhänger anderer Parteien dem SPD-Kandidaten ihre Stimme geben. Man gewinne durch die 1775 SPD-Stimmen im V. Reichstagswahlkreis[160] *Aufklärung über den mutmaßlichen Charakter der 1088 zersplitterten Stimmen bei der*

[155] Fabrikarbeiter, Tagelöhner, Knechte. Es muss dahingestellt bleiben, ob z.B. zwischen Fabrikarbeitern und Tagelöhnern ein qualitativ bedeutsamer Unterschied bestand; ferner ist auch der Übergang zwischen Handwerksgesellen und Fabrikarbeitern fließend.

[156] Unter den 16 Männern, die nicht abstimmten, befanden sich allein sechs Lehrer aller Stufen; die Zahlen sind freilich zu klein für eine schlüssige Interpretation.

[157] ZP: 73,1%; LT68: 79,5%; LT70: 82,5%.

[158] ZP: 70,6%; LT68: 64,7%; LT70: 58,8%; LT76: 23,5%.

[159] Die Wahlen in Württemberg im Dezember 1876 und Januar 1877, in: Württ. Jbb. 1876/I (1877) S. 8–29 – die erste offizielle Wahlanalyse.

[160] Esslingen, Kirchheim, Nürtingen, Urach.

Landtagswahl in Urach[161]. Wenn damit angedeutet werden soll, dass nur ein Teil der 1088 zersplitterten Stimmen von SPD-Wählern stammten, so ist dem nur beizupflichten. Die Namen der Männer, für die „zersplitterte" Stimmen abgegeben wurden, sind in den Wahlakten nicht genannt, so dass nicht einmal die Möglichkeit zu prüfen besteht, ob sie überhaupt mit der SPD in Zusammenhang zu bringen waren.

Während in den Wahldistrikten Metzingen, Böhringen oder Mittelstadt etwa ein Drittel der Stimmen sich zersplitterten, lag ihre Zahl im Wahldistrikt Urach am 13. Dezember bei 11, am 20. Dezember bei 54 (insgesamt 5,9%); dies wäre auch die Obergrenze für die Stadt Urach, wo bei der Ergänzungswahl insgesamt noch 238 Wähler abstimmten. Dass die Wähler bei einer Ergänzungswahl ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gaben, war so ungewöhnlich nicht; in Urach mag dabei auch manche Stimme auf SPD-Mitglieder gefallen sein; die Mehrzahl dieser Protestwähler dürfte freilich der Vorgeschichte entsprechend eher aus dem Kreis ehemaliger großdeutscher Demokraten stammen[162].

Bei der Reichstagswahl von 1874 entschieden sich im Oberamt Urach nur 183 Wähler für die SPD, und als die SPD dort bei der Landtagswahl 1895 erstmals mit Max Selmayr[163] einen eigenen Kandidaten ins Rennen schickte, erhielt dieser in Konkurrenz zu Friedrich Henning[164] von der Volkspartei und Leibbrand[165] (DP/LP) nur 101 Stimmen (1,64%), 50 davon im Wahldistrikt Urach, 31 in Metzingen[166].

---

[161] Württ. Jbb. 1876/I (1877), S. 22.

[162] Widmer, Kirchheim u.T., S. 153.

[163] Max Selmayr, Buchdrucker in Stuttgart, vgl. Rössger, Statistik der Landtagswahlen, S. 15.

[164] Friedrich Henning (1853–1914), Maschinenfabrikant in Metzingen, Landtagsabgeordneter für Urach 1895–1906, 1911–1912; Schw. Kronik Nr. 136 (1914); Beobachter 21. März 1914; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 342f.

[165] Karl August Leibbrand (1839–1898), seit 1893 Präsident der Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau; Landtagsabgeordneter für Oberndorf 1877–1894; Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog 3 (1898), S. 198f., Schw. Kronik (1898), S. 591f.; Staatsanzeiger 14. März 1898, S. 439; Raberg, Biographisches Handbuch, S. 498f.

[166] HStAS E 150 Bü 861, Fasz. 4, Nr. 57 Oberamt Urach, Bl. 71–66.

IV. Ergebnisse und Ausblick

Sieg auf der ganzen Linie – nicht nur für Württemberg, sondern für Deutschland, verkündete die „Schwäbische Volkszeitung" in ihrer Bilanz der Landtagswahl vom 5. Dezember 1870[1]. Tatsächlich fanden in der Reichsgründungswahl erhebliche Umschichtungen innerhalb der württembergischen Wählerschaft statt: Die Verluste von Großdeutschen und Volkspartei gegenüber der Wahl vom 8. Juli 1868 betrugen ca. 56 000 Stimmen, die Gewinne von Ministeriellen und Deutscher Partei etwa 60 000. Theoretisch aber war die Anzahl der „mobilisierbaren Nichtwähler" so groß, dass die Gewinne von Ministeriellen und Deutscher Partei ausschließlich aus dieser Gruppe stammen konnten. Aus den Einzeluntersuchungen[2] ergibt sich, dass wirklich ein erheblicher Teil der großdeutschen Wähler von 1868 sich an der Reichsgründungswahl nicht beteiligte. Entsprechend stammte ein Teil des Stimmenzuwachses der DP und der Ministeriellen von Neuwählern und solchen Männern, die 1868 nicht abgestimmt hatten. Ein anderer Teil der großdeutsch-demokratischen Wähler von 1868 wechselte 1870 unter dem Eindruck der Ereignisse vorübergehend die Loyalität, kehrte aber teilweise schon 1876 ins demokratische Lager zurück. So relativiert sich die Vorstellung, dass die Reichsgründungswahl einen Sieg auf der ganzen Linie bedeutet habe[3].

Wer also nach den Ursachen für den Meinungsumschwung des Jahres 1870 fragt, findet einen recht differenzierten Tatbestand vor: Unter dem Eindruck der drohenden Gefahr von außen fand nur in einem Teil der Wahlbevölkerung die radikale und endgültige Wende vom Großdeutschen zum Kleindeutschen statt, wie sie sich etwa besonders markant am Beispiel der Abgeordneten Heß oder Streich zeigt[4]. Über die Emotionen hinaus, die der Krieg entfachte, verlief der Übergang, wie sich exemplarisch zeigen ließ[5], besonders bei älteren und konservativ gerichteten Wählern beider Konfessionen in mehreren Schritten, die ihnen durch die – vorübergehende – Anlehnung an die Regierung und die Regierungskandidaten erleichtert wurden. Etliche Großdeutsche, August Becher und Moriz Mohl können hier als Beispiele dienen, kamen erst spät, manche auch gar nicht auf dem Boden des Deutschen Reiches an.

Für die Beurteilung der Stärke des Umschwungs kommt ein weiterer Punkt hinzu. Den Vergleichsmaßstab für das Ausmaß des Sieges liefert das Ergebnis der Landtags-

---

[1] SVZ Nr. 297, 15. Dezember 1870 „Das Ergebnis der Wahlen. II" (Frontseite).

[2] Vgl. auch schon Teil 2, Kap. I, 5 Die Konfessionsstruktur und die Schwerpunkte der Parteien.

[3] Hunt, The People's Party in Württemberg, S. 27: Er führt die Niederlage der VP von 1870 auf *a great switch in the voters' allegiance* zurück.

[4] Rapp, Württemberger, S. 456f.

[5] Siehe Teil 2, Kap. III, 3 Urach.

wahl von 1868; doch auch diese fand unter außergewöhnlichen Umständen statt. Sie war zwar die erste Wahl nach dem neuen Wahlrecht seit der Revolution, aber gewiss keine „normale" Wahl[6]. So stellt sie für die Bewertung der Reichsgründungswahl nur einen verzerrenden Maßstab zur Verfügung.

Bei der Kandidatenaufstellung im November/Dezember 1870 trafen Innenminister und Führung der Deutschen Partei zwar sehr weitgehende Absprachen; der Einfluss der DP-Parteizentrale blieb aber dennoch begrenzt; wie Volkspartei und Großdeutsche griff die DP auf „die Alten" zurück, d.h. auf langjährige Vorkämpfer der kleindeutschen Lösung, die in ihren Heimatgemeinden und Oberämtern Ansehen genossen. Akuter Kandidatenmangel herrschte dagegen bei Volkspartei und Großdeutschen, die der Not gehorchend besser als 1868 zusammenarbeiteten. Karl Mayer, der Spitzenkandidat der Volkspartei, führte im Oberamt Besigheim einen engagierten Wahlkampf durch[7]; sein Vorbild inspirierte die Partei aber nur wenig. Das Pflichtgefühl und die persönliche Initiative einzelner Männer konnten überwiegend in katholischen Wahlkreisen die vorherrschende Resignation überwinden. Die Stuttgarter Parteizentrale vermochte hingegen insgesamt nur wenig Einfluss auszuüben.

Das Verfahren der Kandidatenaufstellung seitens der Ministeriellen lässt erkennen, dass als eine Lehre aus den Erfahrungen der Regierung mit dem allgemeinen Wahlrecht der Beamtenapparat mit seinen Möglichkeiten der Wählerbeeinflussung bei der Landtagswahl vom Dezember 1870 noch gezielter für die Interessen der Regierung eingesetzt wurde als bei den früheren Wahlen und dass namentlich der Kandidatenauswahl dabei eine vorentscheidende Bedeutung zukam. Das langfristig angelegte Konzept der Regierung, ihre Macht aus dem Landtag heraus abzusichern und zu verbreitern, auch junge „hungrige" Männer einzubeziehen und mit ihnen prestigeträchtige Wahlkreise wie Stuttgart/Stadt zu besetzen, wies schon bei den Landtagswahlen vom Dezember 1870 der öffentlich demonstrierten Zusammenarbeit mit der Deutschen Partei lediglich den Rang eines taktischen Bündnisses zu.

Die Interessen von Regierung und Deutscher Partei stimmten nur teilweise überein: Auf beiden Seiten ging es gleichermaßen darum, den Beitrittsvertrag über die parlamentarischen Hürden zu heben. Doch auch danach würde Politik gemacht und würden politische Entscheidungen durchgesetzt werden müssen, etwa was die Stellung Württembergs im neuen Reich oder was die nötigen Reformen in Württemberg selbst betraf – politische Entscheidungsfragen, die die Regierung und Teile der Deutschen Partei auf unterschiedlichen Seiten finden konnten. Für die Regierung mochte es darum in der damaligen Situation vor allem auch im Hinblick auf die preußenfeindlichen Hofkreise vorteilhaft erscheinen, wenn öffentlich der Eindruck entstand, dass sie von der Deutschen Partei getrieben wurde. Längerfristig würde sie allerdings wieder auf die Konservativen auch außerhalb der DP – etwa die Ultramontanen – angewiesen sein, um parlamentarische Mehrheiten zu erreichen. Darum erschien es ratsam, solche Kandidaten wenigstens nicht zu bekämpfen. Dem öffentlichen gepfleg-

[6] Siehe Teil 1, Kap. I, 4 Wahlprogramme und Strategien.
[7] Siehe Teil 2, Kap. II, 2i Oberamt Besigheim.

ten Anschein entgegen herrschte zwischen Regierung und Deutscher Partei also latent eine Konkurrenzsituation, und nach ihren Erfahrungen seit 1866 hatte die Deutsche Partei auch allen Grund zu tiefem Misstrauen gegenüber der Regierung. Die Planungen der Parteiführung wiesen jedoch kaum über die Phase des unmittelbaren Beitritts zum Deutschen Reich hinaus; längerfristige Perspektiven, etwa die Zusammenfassung der liberalen Kräfte, um im neuen Reich verstärkt für Freiheitsrechte zu kämpfen, fehlten weitgehend; sie wären ein Sprengsatz für die Deutsche Partei als konservative Sammlungsbewegung gewesen.

In den Quellen über die Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 gibt es keine Hinweise darauf, dass die Führung der Deutschen Partei, die durch Innenminister Scheurlen vertrauliche Informationen über den Stand der Vertragsverhandlungen erhielt[8], das Spiel des Innenministers durchschaute. Anlässlich der Landtagswahl von 1876 berichtete Max Römer[9] dann von zwei Beispielen, dass die Regierung gegen die Deutsche Partei gearbeitet habe[10] und Karl August Fetzer meinte, er werde in Maulbronn nicht wieder gewählt werden, weil große Teile der Beamtenschaft mit Hochdruck gegen ihn arbeiteten[11]. Hölder urteilte nachträglich über Innenminister Sick: *Sick hat bei diesen Wahlen nicht loyal gegen uns gehandelt. Er suchte vor denselben durch mich ein Zusammengehen der Regierung mit der Deutschen Partei, wobei wir von der selbstverständlichen Voraussetzung ausgingen, dass gegenseitig der Besitzstand geachtet werden solle. Gleichwohl traten die Regierungsorgane in einer Reihe von Bezirken gegen unsere bisherigen Abgeordneten auf* [...] *und beseitigten dadurch eine Reihe treuer Anhänger*[12]. Im Kern hatte sich aber auch schon dessen Amtsvorgänger Scheurlen die Unterstützung der Führung der Deutschen Partei gesichert, indem er sie ins Vertrauen zog, jedoch gleichzeitig insgeheim seine eigenen Ziele auch gegen die DP verfolgte.

Typische Kandidatenkonstellationen ergaben sich, wie schon 1868, aus der jeweiligen Perspektive der Wahlkreise durch die Herkunft der Kandidaten: „von auswärts" (Stuttgart – sonstige) – „aus der Oberamtsstadt" (Oberamtmann – bürgerliche Eliten) – „aus dem Amt" (mit der Oberamtsstadt rivalisierende Stadt – Landgemeinden). Versuchte etwa der Oberamtmann, einen auswärtigen Kandidaten, etwa einen ehemaligen im Amt tätigen Beamten, über die Amtsversammlung in den Landgemeinden mehrheitsfähig zu machen, so eröffneten sich den bürgerlichen Eliten vielfältige Optionen, die von Stützung des Oberamtmanns über Boykott der Wahl bis zu Kompromisskandidaturen reichten.

Der Wahlkampf spitzte sich aufgrund des Kriegsverlaufs und der Entscheidung der württembergischen Regierung zum Beitritt immer deutlicher auf die Alternative „Annehmen oder Ablehnen" des Beitrittsvertrages zu. Diese Entwicklung entsprach

---

[8] Rapp, Württemberger, S. 437f.

[9] Max Römer (1836–81), Rechtsanwalt in Stuttgart, Leutnant a.D., Halbbruder von Robert Römer.

[10] Nl Hölder, Fasz. XVII, Stück 225a.

[11] Nl Hölder, Fasz. XVII, Stück 374.

[12] Langewiesche, Das Tagebuch Julius Hölders, S. 64.

dem taktischen Ziel der Deutschen Partei, den Wahlkampf auf eben diese Alternative zu fokussieren und dadurch andere Themen auszuklammern. Aber: Die Öffentlichkeit war erst nach dem 20. November darüber informiert – der „Beobachter" druckte am 24. November eine entsprechende Meldung aus dem „Staatsanzeiger" ab[13] –, dass die Minister Mittnacht und Suckow zur Vertragsunterzeichnung nach Berlin abgereist seien. Am 27. November meldete der „Staatsanzeiger" die erfolgte Unterzeichnung, und ab 30. November wurden die Vertragsinhalte veröffentlicht. Nun erst konnte der eigentlich geplante Wahlkampf beginnen. Die Führung der Volkspartei hatte jedoch schon vorher klar Stellung gegen den Beitritt bezogen und sich dadurch jedes Spielraums beraubt. In dem Konflikt zwischen Nationalgefühl und Prinzipientreue hatte letztere überwogen. Doch nicht überall in der VP dominierte so dogmatisches Verhalten, auch ein Teil der Großdeutschen reagierte flexibler; es fiel ihnen aber schwer, den Wählern einen differenzierten Standpunkt glaubhaft zu vermitteln. Sie appellierten an den Verstand, während die DP sich an die Gefühle der Wähler wandte. Anders als 1868 sahen sich die Demokraten und Großdeutschen in der Defensive; ihre Rückzugslinien wurden durch die Ereignisse immer wieder überrollt.

Schon eine Woche nach der Reichsgründungswahl versuchten Mitglieder des Rottweiler Volksvereins einen Neuanfang und gründeten einen „deutsch-demokratischen Verein", da der bisherige Zweck des Volksvereins durch die Ereignisse überholt sei. Sie formulierten als ihre Aufgabe, *daß nunmehr der Kampf für die Freiheit des neuen deutschen Bundes durch eine aus allen deutschen Stämmen geeinigte demokratische Partei aufzunehmen sei.* Obschon im „Beobachter"[14] veröffentlicht, konnte diese Initiative den Verfall der Volkspartei[15] nicht aufhalten. Während sich die Dogmatiker in der Partei resigniert aus dem politischen Leben zurückzogen, suchten viele Großdeutsche für sich allein früher oder später nach Möglichkeiten zur Mitarbeit im neuen Reich[16].

Die 1870 verwendeten Wahlkampfmittel unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen, die auch schon 1868 eingesetzt wurden, das Schwergewicht verlagerte sich aber: Die Deutsche Partei diffamierte den politischen Konkurrenten, den man mit dem außenpolitischen Feind gleichsetzte, als „Vaterlandsverräter" oder „undeutsch" und machte dieses Feindbild, das Teil ihrer Ideologie war, zu einem zentralen Mittel ihres Wahlkampfes. Längerfristig trug es dazu bei, die Versöhnung vieler Demokraten mit den neuen Verhältnissen und eine Zusammenarbeit zwischen den liberalen

---

[13] Beobachter Nr. 278, 24. November 1870 (letzte Seite).

[14] Beobachter Nr. 297, 16. Dezember 1870, übernommen aus der „Schwarzwälder Bürgerzeitung".

[15] Vgl. Beobachter Nr. 6, 9. Januar 1880, S. 3f.: In seinem Bericht über den „Beobachter" auf der Landesversammlung der VP stellt Haußmann heraus, dass von den 3600 Abonnenten des Blattes am 1. Juli 1870 sechs Monate später nur noch weniger als 1800 übrig waren: ein sicheres Indiz für den Verfall der Partei.

[16] Vgl. die motivierte Abstimmung von 14 Abgeordneten, dass sie *nach Annahme der Reichsverfassung auf den Boden derselben zu stellen und auf demselben für eine Verbesserung ihrer Mängel im Geist der Freiheit zu wirken entschlossen* seien (Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten, 23. Dezember 1870, S. 39ff.).

Richtungen zu behindern. Die Ministeriellen traten ebenfalls für den Beitrittsvertrag ein, sie stellten sich den Wählern als Sachwalter der „berechtigten württembergischen Eigeninteressen" dar; die Partikularisten mutierten zu Föderalisten. Mit ihren Kandidaten zielten sie ferner auf die besonderen Wünsche solcher Oberämter wie Backnang oder Künzelsau, die sich bisher vernachlässigt gefühlt hatten.

Hatte es 1868 noch vereinzelte, meist konservative Stimmen gegeben, die in Ansätzen eine traditionale, konsensuale Einstellung zur Wahl erkennen lassen, so konnte sich im Dezember 1870 wohl niemand dem Eindruck entziehen, dass es bei der Stimmabgabe um einander ausschließende Wege ging. Angesichts von Krieg und Beitrittsvertrag waren sich die Wähler dieser Alternativen auch dann bewusst, wenn sie es in ihrem Wahlkreis mit nur einem Kandidaten zu tun hatten, für bzw. gegen den sie sich ja ebenfalls entscheiden mussten. Zahlreiche Beispiele zeigen, wie erbittert sich auch die Wähler über den richtigen Weg auseinandersetzten. Klagen über die „Widrigkeiten eines Wahlkampfes" belegen solche Auseinandersetzungen. In späteren Jahren versuchte sich immer wieder einmal ein Kandidat als würdigster Repräsentant aller wichtigen gesellschaftlichen Kräfte eines Wahlkreises darzustellen oder wurde als solcher präsentiert: Dieses Argument sollte gewöhnlich lediglich dem taktischen Zweck dienen, gegnerische Kandidaturen zu verhindern[17].

Auch im Hinblick auf die Wahlbeteiligung handelte es sich bei der Wahl vom 5. Dezember 1870 schon im Ansatz um eine „moderne" Wahl. Wie bereits 1868[18] begegnen Beispiele ostentativen Abstimmens für chancenlose Kandidaten, aber auch demonstrativen Boykottierens von Wahlen: Beides widerspricht dem Kosten-Nutzen-Denken. Versuchte man 1868, eine hohe Wahlbeteiligung verbunden mit einem sehr hohen Stimmenanteil des Wahlsiegers als dessen besondere Legitimation durch das Volk darzustellen[19], so erhielt eine Wahlbeteiligung von 96% am 5. Dezember 1870 in der Stadt Geislingen den Rang einer Leistung für das Vaterland[20]. In beiden Fällen wird die Höhe der Wahlbeteiligung „politisiert".

Das Interesse der Wähler hing deutlich von der Anzahl der Kandidaten ab: War eine Gruppe nicht durch einen Kandidaten repräsentiert, so verzichtete ein großer Teil dieser Gruppe auf die Stimmabgabe. Dieser Befund lässt sich als Indiz für recht festgefügte Wählerstrukturen interpretieren. Kandidaten, die ohne Konkurrenten blieben, mobilisierten gewöhnlich einen anderen – viel breiteren – Ausschnitt aus dem Wählerspektrum, als wenn sie sich gegen einen Mitbewerber abgrenzen mussten. Verschiedene Kandidaten einer Partei konnten – in einem gewissen Rahmen – ebenfalls unterschiedliche Wählergruppen ansprechen. Dieser Befund kann weit reichende Konsequenzen für Aggregatanalysen haben und unterstreicht die Notwendigkeit, eine solche Analyse auf jene Wahlkreise zu beschränken, in denen sich den Wählern vergleichbare Alternativen boten.

---

[17] Beispielsweise Teil 2, Kap. II, 4c Heilbronn/Stadt.

[18] Vgl. Teil 1, Kap. I, 3b Wahlkampf und Wahlkultur.

[19] Beobachter Nr. 168, 21. Juli 1868 „Aus Horb": Es handelte sich dabei um das Ergebnis der Ergänzungswahl!

[20] SVZ Nr. 294, 11. Dezember 1870, S. 1209 „Geislingen, 8. Dezember".

Die Analyse der Wählerverzeichnisse legt es nahe, nicht nur zwischen „Wählern" und „Nichtwählern" zu unterscheiden, sondern feiner zu differenzieren und beide jeweils drei Teilgruppen zuzuordnen:

Die Wähler:

- Die „Führungsebene": Honoratioren, ökonomische, soziale, politische Eliten; zum Beispiel um den Oberamtmann einerseits und Wahlvereine/Parteivereine der bürgerlichen Eliten andererseits; oft handelte es sich dabei um die traditionelle Führungsschicht der Städte, deren Mitglieder nicht selten zu den Trägern der 48er Revolution gehört hatten; daher dominierte in ihrem politischen Denken oft noch der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition. Diese Führungsschichten nahmen maßgeblich Einfluss auf die Kandidatenkür. Eine sozialstrukturelle Differenzierung der bürgerlichen Eliten nach Parteienpräferenz ist aufgrund der vorhandenen Aggregatdaten wohl kaum möglich und auch nicht zu erwarten. Konkurrierende Kandidaturen zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb dieser Eliten waren oft geprägt durch den Gegensatz zwischen Oberamtmann und den bürgerlichen Eliten; eine offene Austragung parteipolitischer Gegensätze durch konkurrierende Kandidaten aus den bürgerlichen Eliten war eher selten; häufig einigte man sich auf Kompromisskandidaten; ein abweichender politischer Standpunkt äußerte sich oft durch Wahlboykott. Wenn Konflikte ausgetragen wurden, handelte es sich meist um personalisierte Auseinandersetzungen zwischen Vertretern (Familien!) ähnlicher politischer Ausrichtung. Eine Grundregel scheint zu sein: Die Gemeinsamkeiten des alltäglichen Zusammenlebens (wirtschaftliche Interessen) sollten durch die Wahlkämpfe oder den Wahlausgang möglichst nicht zerstört werden.
- Die „Stammwähler": Jene Wähler, die „ihrem" Kandidaten stets die Treue hielten, die für ihn stimmten, wenn er kandidierte (vereinzelt auch, wenn er nicht kandidierte), der Wahl überwiegend fernblieben, wenn er nicht auftrat, die seinen Empfehlungen für die Stichwahl folgten, sogar politische Richtungswechsel mitvollzogen. Wie die Analyse der Wählerverzeichnisse zeigt, konnten solche „Stammwählerschaften" über viele Jahre sehr stabil sein. Die persönliche Bindung zwischen Wählern und Kandidaten war wichtig, ging aber in eine Bindung der Wähler an eine Parteirichtung über, wie sich bei Kandidatenwechsel zeigte.
- Die „Gelegenheitswähler": Sie waren nur unter besonderen Umständen zur Wahlteilnahme zu motivieren. Solche Umstände können sein: ein besonders intensiv geführter, stark emotionalisierter Wahlkampf oder eine außenpolitische Situation wie im Dezember 1870. Eine feste Kandidaten-/Parteibindung ist hier nicht zu erwarten. Der sozialen Herkunft nach handelte es sich eher um „einfache" Männer.

Die Nichtwähler:

- Die „Entschuldigten": zum Beispiel wegen Krankheit, Altersgebrechlichkeit, Reisetätigkeit aus beruflichen Gründen.
- Die „politischen" Nichtwähler: jene, die wegen Fehlens eines geeigneten Kandidaten der Wahl fernblieben oder Wahlboykott aus politischen Motiven ausübten.
- Ständige Nichtwähler: wohl mangels politischen Interesses.

Eine solche Differenzierung der Wählerschaft ließ sich anhand der Wählerverzeichnisse für eine begrenzte Anzahl der Wahlberechtigten durchführen[21]. Bei der Betrachtung von statistischen Zusammenhängen zwischen Parteistimmenanteilen und sozialstrukturellen Variablen bleiben solche Differenzierungen naturgemäß unberücksichtigt, so dass sich schon durch Verhaltensänderungen der „Gelegenheitswähler" von einer Wahl zur anderen erhebliche Abweichungen der Korrelationskoeffizienten ergeben können, während die „Stammwählerschaft" für sich genommen tatsächlich konstant und sozialstrukturell recht eindeutig definierbar gewesen sein könnte[22].

Die Konfessionszugehörigkeit der Wahlberechtigten spielt für deren Entscheidung über die Stimmabgabe am 5. Dezember 1870 eine andere Rolle als 1868. Im direkten Vergleich von katholischen und protestantischen Wählern sind nach wie vor markante Unterschiede erkennbar; insgesamt erscheint das Verhalten der Wähler aber als Folge der Entscheidungssituation von 1870 komplexer als 1868. Dennoch bleibt die Konfessionszugehörigkeit der Faktor, der die Wahlbeteiligung am stärksten beeinflusste; er beschränkte sich nicht nur auf den Gegensatz evangelisch-katholisch, sondern schloss zusätzlich die Pole „jüdisch" und „pietistisch" mit ein. Insgesamt bestätigt sich damit auch für das Königreich Württemberg, dass die konfessionelle *die wirkungsmächtigste traditionelle Konfliktlinie des deutschen Parteiensystems* war[23].

Der Kandidaturverzicht von Großdeutschen und Volkspartei in vielen protestantischen Wahlkreisen und der Wahlboykott ihrer dortigen Stammwählerschaft verursachten die Verlagerung der großdeutsch-demokratischen Schwerpunkte in den katholischen Landesteil. Wenn aber Großdeutsche und Anhänger der VP im protestantischen Landesteil kandidierten, erreichten sie meist recht achtbare Ergebnisse. Aufgrund des Kandidatenmangels blieb das Wählerpotential anscheinend teilweise ungenutzt.

Die Konfessionszugehörigkeit hatte in katholischen und paritätischen Wahlkreisen für die Wahlentscheidung einen anderen Stellenwert als in protestantischen Wahlkreisen. Die Kandidaten der verschiedenen Parteien sprachen in katholischen und nicht katholischen Wahlkreisen jeweils unterschiedliche Wählergruppen an: In altwürttembergischen Wahlkreisen traten vereinzelt pietistische Kandidaten auf; die DP sah sich zu deren Unterstützung gezwungen, war sich aber bewusst, dass ein solcher Kandidat Wähler abschrecken würde[24]. – Hofkreise und Teile der Regierung versuchten wiederum, zunächst die Kandidatur des jüdischen Bankiers Pfeiffer und dann seinen Wahlsieg in Ulm, der zweitwichtigsten Stadt des Landes, zu hintertreiben[25]. – Katholische Diaspora-Gemeinden verhielten sich uneinheitlich, sie stimmten

[21] Siehe z.B. Teil 2, Kap. III, 2. Marbach.

[22] Bei hohen Fallzahlen werden diese Effekte schwächer, aber auch die Korrelationskoeffizienten.

[23] Kühne, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur, S. 523.

[24] Siehe oben Teil 2, Kap. I, 5 Die Konfessionsstruktur und die Schwerpunkte der Parteien.

[25] Siehe oben Teil 2, Kap. II, 2g Stadt Ulm.

meist aber gegen die DP. Die Wahlentscheidungen entsprechen hier durchweg über die Jahre den sozialstrukturellen Gegebenheiten (agrarisch; gewerblich-industriell); durch besondere Umstände einzelner Wahlen sind Abweichungen möglich. In katholischen Wahlkreisen herrschte gewöhnlich eine katholische Solidarität vor, die es Außenstehenden, Protestanten, „Preußen" schwer machte, Fuß zu fassen; protestantischen Kandidaten aus dem Oberamt gelang der Wahlsieg nur unter besonderen Umständen und nach Ergänzungswahlen.

Innerhalb der Wahlkreise lassen sich verschiedene Machtpole oder Interessengruppen ausmachen (Kirche – Beamte – reiche Bauern – Städte); die „linke Wahltradition" in Oberschwaben, getragen von den selbstbewussten Großbauern, konnte sich nur dann behaupten, wenn mehrere dieser Gruppen zusammenwirkten[26]. In den paritätischen Wahlkreisen war die Konfessionszugehörigkeit meist Instrument des politischen Kampfes und trieb die Polarisierung voran; dazu konnte der Gegensatz zwischen Oberamtsstadt und Oberamt (Geschichte, Sozialstruktur) und der zwischen „links" und „rechts" kommen.

Die Wählerwanderung seit der Zollparlamentswahl 1868 ließ sich exemplarisch an einem Wählerverzeichnis aufzeigen[27]: Mit dem Zulauf für die Deutsche Partei aus dem ministeriell-konservativen Lager schwanden ihre Gemeinsamkeiten mit den Linksliberalen; großdeutsche Wähler, die eher zu den Älteren gehörten, gaben ihre Stimme eher ministeriellen Kandidaten (als Sachwaltern württembergischer Interessen) denn „Preußen"; jüngere Wähler zeigten dagegen eine ausgeprägtere Neigung, zu „preußischen" Kandidaten überzuwechseln. Deutsche Partei und Volkspartei bezogen ihre Stimmen verstärkt aus Mittel- und Kleinstädten – die DP dabei tendenziell eher aus den größeren –, ministerielle und großdeutsche Bewerber eher aus dem dörflichen Bereich. Die Wählerschaft der Deutschen Partei war und blieb gerade auch nach 1870 sehr heterogen zusammengesetzt und ist daher wohl bei den vorliegenden Quellen in der Gesamtheit nicht sozialstrukturell zu definieren; hohe Eigenkorrelationen der Parteistimmenanteile in einzelnen Wahlkreisen deuten jedoch auf eine recht stabile (Stamm-)Wählerschaft hin; Wahltraditionen waren aber anscheinend schwächer ausgeprägt als bei der VP, die stärker an die 48er-Tradition anknüpfen konnte.

Für den Versuch, die Wähler der Deutschen Partei und der Volkspartei voneinander abzugrenzen, zeichnen sich nach dieser Analyse mehrere Problemkreise ab, warum – über den an einzelnen Fällen konstatierten Mangel an geeigneten Quellen hinaus – nur Ansätze zu Antworten möglich scheinen. Zunächst: In der Entwicklung des württembergischen Parteiensystems zwischen 1864 und der Jahrhundertwende gelten die Jahre 1870 und 1895 gemeinhin als Zäsuren: Die Landtagswahl vom 5. Dezember 1870 markiert das Ende des alten Parteiensystems; das neue, differenzierte System[28] brach sich mit dem Auftreten der SPD, der Gründung der Zentrumspartei auf

[26] Siehe z.B. Teil 2, Kap. II, 2a Oberamt Tettnang.
[27] Siehe oben Teil 2, Kap. III, 3 Urach.
[28] Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 116ff.

Landesebene und der Ausbreitung des Bauernbundes Bahn – Parteien, die auf sozialstrukturell abgegrenzte Gruppen und „milieus" zielten und diese auch erreichten. Deutsche Partei und Volkspartei suchten demgegenüber nicht spezielle soziale Gruppen anzusprechen, sondern das ganze „Volk", sie gerieten somit gegenüber den neuen Parteien und Interessengruppen ins Hintertreffen.

Hier wird jedoch mit zweierlei Maß gemessen. Dass Zentrumswähler in aller Regel Katholiken waren (dass aber umgekehrt nicht alle Katholiken die Zentrumspartei wählten), wird gewöhnlich als ausreichend zu ihrer Charakterisierung hingenommen; nach Entscheidungsgründen der Wähler zwischen einem liberalen und einem konservativen Zentrumskandidaten wird allerdings nur höchst selten gefragt. Auf derselben Stufe der Verallgemeinerung lassen sich die Wähler der Deutschen Partei seit ihrer Gründung in der Regel als Protestanten nachweisen. Von ihrem Selbstverständnis her sind Sammlungsparteien – konfessionell motivierte wie die Zentrumspartei oder nationalpolitisch motivierte wie DP oder auch Großdeutsche – gruppenübergreifend angelegt; ihre Wähler werden sich daher in ihrer Gesamtheit unterhalb des für die Sammlungsbewegung konstitutiven Merkmals nur ausnahmsweise als Angehörige konkreter sozialer Gruppen identifizieren lassen, die nicht auch andere Parteien wählten.

Die Volkspartei richtete sich zwar prinzipiell an alle Wähler und hielt sogar eine Interessenvertretung einzelner Gruppen – beispielweise der Bauern oder der Arbeiter – für undemokratisch und gemeinschaftsschädlich, sie erreichte tatsächlich aber nur bestimmte Wählergruppen. Wie die Einzelanalysen[29] gezeigt haben, konnten sich diese in den verschiedenen Oberämtern durchaus unterschiedlich zusammensetzen, so dass sich insgesamt kein einheitliches Bild der VP-Wähler ergibt; höchstes Misstrauen wäre sogar angesagt, wenn beispielsweise eine hohe positive Korrelation zwischen VP-Stimmenanteil und Landwirten der Klasse 1–2 ha vorläge, da diese formale Kategorie zum Beispiel für Weingärtner im Realteilungsgebiet eine völlig andere soziale Wirklichkeit beschreibt als für Landwirte im Anerbengebiet. – Nach der Reichsgründung ordneten sich die Mandatsträger der Volkspartei meist der Fraktion der „Linken" zu, die sich auch als „Sammlungspartei" interpretieren ließe, zusammengehalten etwa durch das Misstrauen gegenüber der Regierung. Wählerbefragungen, die über solche politischen Haltungen und Einstellungen Aufschluss geben könnten, fehlen naturgemäß für das 19. Jahrhundert; das Beispiel des Oberamts Vaihingen[30] zeigt aber anschaulich, dass eine solche quellenmäßig belegte Einstellung der Bürger gegenüber der Regierung zur Erklärung des Wählerverhaltens durchaus beitragen kann.

Die Abgrenzung der DP- von der VP-Wählerschaft stellt sich schließlich auch deswegen als schwierig dar, weil die jeweiligen Wählergruppen je nach Kandidatenkonstellation variierten: Der Kampf zwischen DP- und SPD-Kandidaten mobilisierte andere Wähler als die Konkurrenz zwischen DP- und VP-Bewerbern oder solchen der

[29] Siehe oben Teil 2, Kap. II, 3 „Linke" Hochburgen.
[30] Siehe oben Teil 2, Kap. II, 3d Oberamt Vaihingen.

Großdeutsch-Konservativen und der Volkspartei. Insbesondere Einzelkandidaturen deckten einen viel breiteren Bereich des Wählerspektrums ab als konkurrierende Bewerber. Die Wählerschaften der einzelnen Parteien überschnitten sich gleichsam in den Randbereichen, so dass es sinnvoll wäre, zwischen Stammwählern und Gelegenheitswählern, zwischen Eliten und Gefolge zu differenzieren, wie das anhand der Wählerverzeichnisse punktuell möglich war[31]. Des Weiteren konnten verschiedene Kandidaten einer Partei durchaus unterschiedliche Flügel oder Interessengruppen ihrer Partei repräsentieren und daher unterschiedliche Wählergruppen ansprechen. Parteien, die wie etwa die Deutsche Partei ihr Profil änderten, indem sie die nationale Zielsetzung in den Mittelpunkt stellten, öffneten sich neuen Wählergruppen. Ebenso konnten Wahlabsprachen, die nur einzelne Wahlkreise betrafen und durchaus nicht immer quellenmäßig belegt sind, den sozialen Einzugsbereich eines Kandidaten vorübergehend verändern. Und schließlich ist die Rolle der lokalen Wahltraditionen zu berücksichtigen. Zahlreiche Indizien deuten darauf hin, dass sie zwar mit den sozialstrukturellen Gegebenheiten verknüpft sind, dass sie sich aber von diesen Gegebenheiten zeitweise gleichsam ablösen können. Kleine Gemeinden – drei Viertel aller Gemeinden des Königreichs Württemberg hatten 1875 weniger als 1000 Einwohner, hier lebten etwa 40% der Bevölkerung, weitere 25% in Gemeinden kleiner als 2000 Einwohner[32] – bieten beste Voraussetzungen dafür, dass sich gelernte politische Verhaltensweisen verfestigen und „vererben": Generell haben in kleinen sozialen Einheiten Meinungsführer großen Einfluss und herrscht für den Einzelnen erheblicher Anpassungsdruck, politische Haltungen werden verstärkt über persönliche Beziehungen innerhalb der Gruppe vermittelt; Einflüsse von außen können ein Gemeinschaftsgefühl stiften; der Akt des Wählens wird zum Kollektiverlebnis, zu einem „Feiertag". Die Wiederanpassung an die gewandelten Gegebenheiten erfolgt beispielsweise durch einschneidende politische Ereignisse und/oder Generationswechsel bei den Wählern oder neue Kandidaten.

Als Folge der Reichsgründung brachen in Württemberg die Ansätze zu einem „modernen" Parteiensystem ab; mit der Konstituierung der „katholischen Landespartei" und der Abspaltung der Deutsch-Konservativen von der DP im Jahre 1876 wurde zwar vorübergehend einer stärker konfessionell geprägten Politik Raum gegeben, diese versandete aber schnell, da kein Interesse an einem Kulturkampf nach preußischem Muster bestand. So fehlte die Konkurrenzsituation, die Impulse zur Erneuerung der liberalen Parteien hätte hervorbringen können. Mit dem Zerfall der Parteiorganisationen von Volkspartei und Deutscher Partei[33] nahmen die Honoratio-

[31] Vgl. oben Teil 2, Kap. III, 1 Kirchheim u.T.

[32] Württ. Jbb. 1875/I (1876), S. 238f.

[33] Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 86ff.; Nl Hölder, Fasz. XVII, Stück 15 für Blaubeuren; Stück 374 Fetzer schreibt an Hölder, 2. Dezember 1876: *Die Deutsche Partei geht aus dem Leim oder ist bereits aus dem Leim gegangen* [...].; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 423f.; Payer, Vor 50 Jahren, S. 46; Payer, Mein Lebenslauf, S. 9f.; Simon, Die württembergischen Demokraten, S. 12; Krauss, Die schwäbische Demokratie, S. 459ff.; Henning, Liberalismus und Demokratie, S. 67; Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, S. 423.

renkandidaturen wieder zu, während die Wahlkampforganisation der Regierung – der Beamtenapparat – erhalten blieb und zugunsten der Deutschen Partei wirkte, vor allem nachdem diese „Regierungspartei" geworden war.

Auf eine vertrauliche preußische Anfrage hielt der württembergische Innenminister dem Staatsministerium im Mai 1879 Vortrag über die Rolle der württembergischen Regierung bei Landtagswahlen; darin hieß es: *Die Regierung ist* [...] *gesetzlich nicht gehindert, ihren betreffenden Wünschen* [sc. bezüglich des Ausgangs von Landtagswahlen] *Ausdruck zu geben, und sie hat dies von jeher in vertraulicher Weise ihren Beamten gegenüber in der Weise getan, dass entweder die Vorstände der Kreisregierungen und durch diese die Bezirksbeamten (Oberamtleute) oder letztere unmittelbar im Wege vertraulicher Schreiben über die Intentionen der Staatsregierung verständigt und dieselben veranlasst wurden, die Herbeiführung des den Wünschen der Regierung entsprechenden Ergebnisses mit allen gesetzlichen Mitteln zu befördern. Welche Mittel dies seien, blieb dem Takt und der Loyalität der betreffenden Beamten überlassen; doch wurde denselben die Entfaltung einer agitatorischen Tätigkeit oder die Ausübung eines in amtlicher Form geltend zu machenden Einflusses in der Regel ausdrücklich von der Regierung untersagt. Die hauptsächlichste Form der Ausübung des Einflusses der Oberamtleute besteht in mündlicher Besprechung mit den Ortsvorstehern sowie anderen einflußreichen, der Regierung ergebenen Persönlichkeiten und in dem Auftrag an dieselben, über die Stimmung der ihnen näherstehenden Wähler sich fortlaufend zu unterrichten, deren Zusammenwirken anzuregen, auch über den Gang der Agitation der Gegenkandidaten jeweilig zu berichten. Diese Form der Ausübung des Regierungseinflusses wurde ständischerseits noch niemals als Grund zur Versagung der Legitimation für den gewählten regierungsfreundlichen Kandidaten von der Majorität der Abgeordnetenkammer angenommen.* [...] *Außer der vertraulichen Verständigung der Oberamtsleute über die Intentionen und Wünsche der Regierung sind namentlich in solchen Fällen, wenn es sich um Ausübung eines Einflusses gegen die Wahl eines der Regierung besonders feindlich gesinnten Kandidaten handelte, auch vertrauliche Schreiben an die Post- und Eisenbahnbeamten, sowie an die Geistlichen und die Finanzbeamten seitens der vorgesetzten Behörden mit der Aufforderung erlassen worden, ihren Einfluss für den der Regierung erwünschten Kandidaten geltend zu machen. Offizieller oder offiziöser Veröffentlichungen der Wünsche der Staatsregierung in der Presse haben sich übrigens die Beamten, welchen die Meinung der Regierung über eine bestimmte Kandidatur kundgegeben war, stets enthalten, und ein solches Vorgehen hätte auch die Grenze des denselben erteilten Auftrags überschritten.* [...] *Die württembergische Staatsregierung hält an ihrem Recht, vor der Wahl ihre Wünsche bezüglich des Ausfalls derselben kundzutun, unbedingt fest. Sie hat hierzu umso mehr Anlass, als es in Württemberg erfahrungsgemäß eine große Anzahl Wähler gibt, welche, obgleich sie in keiner von der Regierung abhängigen Stellung sich befinden, im Vertrauen auf die Regierung von der Wahlfreiheit von vornherein dahin Gebrauch machen wollen, dass sie dem der Regierung genehmen Kandidaten ihre Stimme geben. Von diesem Teil der Wählerschaft würde es geradezu als ein Versäumnis der Regierung angesehen werden, wenn er von den Beamten*

oder den Vertrauenspersonen derselben nicht erfahren könnte, welche Kandidaturen ihr genehm sind[34]. Proteste der Volkspartei – und vor 1870 auch der Deutschen Partei – gegen die offenen und heimlichen Eingriffe staatlicher Stellen in die Freiheit der Wahl verhallten meist ungehört. Selbst im Frühjahr 1870, als die Abgeordnetenkammer über die Wahlanfechtungen zu entscheiden hatte, war die Kammermehrheit noch bereit, Regierung und Beamtenschaft als „Partei" hinzunehmen und gewähren zu lassen[35].

Obwohl die Organisation der Volkspartei nach der Reichsgründungswahl verfiel, überdauerten demokratische Wahltraditionen, die oft von vor 1868 datieren, auf lokaler Ebene und häufig an einzelne Persönlichkeiten gebunden[36], wie das am Beispiel der vier „linken" Hochburgen aufgezeigt wurde. Wenn sich zugkräftige Kandidaten fanden, ließen sich diese Traditionen erhalten. Die Parteiführung war durch die Ablehnung der neuen Verhältnisse gelähmt und weitgehend handlungsunfähig, bis mit Friedrich Payer und den Haußmann-Zwillingen eine neue Führungsriege herangewachsen war.

Der Generationswechsel als Voraussetzung für eine politische Umstrukturierung[37] fand jedoch nicht nur in den Parteiführungen statt, sondern vor allem auch unter den Wahlberechtigten. In Bezug auf die Wahljahre 1868/70 war der Generationswechsel innerhalb der Wählerschaft um 1889 abgeschlossen, d.h. weniger als die Hälfte der nun Wahlberechtigten hatte schon in der Reichsgründungszeit politisch mitbestimmen können.

---

[34] HStAS E 130a, Bü 183 Einwirkungsmöglichkeiten staatlicher Stellen bei Landtagskandidaturen. Innenministerium an Staatsministerium, Stuttgart 25. Mai 1879 (vorgetragen im K. Staatsministerium am 24. Mai 1879); vgl. auch Gawatz, Wahlkämpfe in Württemberg, S. 72ff.

[35] Verhandlungen der Württembergischen Kammer der Abgeordneten in den Jahren 1868 und 1870. Protokolle, Stuttgart 1868–70, S. 225–241; Karl Mayer: *Alle die schlimmen Umstände, die Regierungskandidaturen zu begleiten pflegen, finden sich und gipfeln in dieser Wahl* (S. 229ff.); der Antrag Niethammers auf Beanstandung der Wahl wurde mit 49:30 Stimmen abgelehnt.

[36] SVZ Nr. 297, 15. Dezember 1870, S. 1219 (Frontseite) „Das Ergebnis der Wahlen. II.": *Nur lokale Bedingungen, die in Württemberg von größerer Tragweite sind als sonst, und die zähe Treue des Volkes, die an der Personenfrage klebt*, seien die Ursachen für den verbliebenen Rest oppositioneller Stimmen.

[37] Simon, Die württembergischen Demokraten, S. 55.

Anhang

A. Die Ergebnisse der Landtagswahlen von 1868 und 1870 in den einzelnen Wahlkreisen, Wahldistrikten und Gemeinden

(einschließlich der Nachwahlen und einiger Zollparlaments- und Reichstagswahlergebnisse)

kursiv = Schätzwerte oder darauf fußend

01. Oberamt Aalen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 963–962, Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868, Deutsches Volksblatt Nr. 160, 11. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Bäuerle (DP)	%	Mohl (Gd)	%
1. Aalen[1]	1133	818	72,20	121	10,68	692	61,08
2. Abtsgmünd	868	509	58,64	4	0,46	503	57,95
3. Essingen	805	432	53,66	308	38,26	116	14,41
4. Unterkochen	569	296	52,02	0	0	295	51,85
5. Wasseralfingen	1137	777	68,34	16	1,41	760	66,84
6. Hohenstadt	605	429	70,91	7	1,16	420	69,42
Gesamtergebnis	**5117**	**3261**	**63,73**	**456**	**8,91**	**2786**	**54,45**

[1] Wahldistrikteinteilung wie 1870.

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 4–6; Schw. Kronik, 8. Dezember 1870.

	Berechtigte	Wähler	%	Österlein (DP)	%	Mohl (Gd)	%	andere	%
1. Aalen	**1109**	**819**	**73,85**	**601**	**54,19**	**207**	**18,67**		
2. Abtsgmünd	**877**	**381**	**43,44**	**93**	**10,6**	**280**	**31,93**		
Abtsgmünd	260	134	51,54	*40*	*15,38*	*94*	*13,85*		
Adelmannsfelden	283	109	38,52	*23*	*8,13*	*86*	*30,39*		
Dewangen	194	97	50,00	*15*	*7,73*	*74*	*38,14*		
Pommertsweiler	140	41	29,29	*15*	*10,71*	*26*	*18,57*		
4. Essingen	**830**	**354**	**42,65**	**254**	**30,6**	**18**	**2,17**	**78**	**9,40**
Essingen	400	160	40,00	*139*	*34,8*	*0*	*0*	*18*	*4,5*
Lauterburg	110	73	66,36	*70*	*63,6*	*0*	*0*		
Unterrombach	320	121	37,81	*43*	*13,4*	*18*	*5,6*	*60*	*18,8*
5. Oberkochen	**517**	**273**	**52,80**	**47**	**9,09**	**221**	**42,75**		
Oberkochen	229	139	60,70	*47*	*20,5*	*92*	*40,2*		
Unterkochen	288	134	46,53	*0*	*0*	*134*	*46,5*		
6. Wasseralfingen	**1149**	**657**	**57,18**	**147**	**12,79**	**503**	**43,78**		
Fachsenfeld	196	68	34,69	*27*	*13,8*	*41*	*20,9*		
Hofen	149	67	44,97	*20*	*29,8*	*47*	*31,5*		
Hüttlingen	244	138	56,56	*0*	*0*	*138*	*56,6*		
Wasseralfingen	560	384	68,57	*100*	*17,9*	*284*	*50,7*		
3. Hohenstadt	**610**	**332**	**54,43**	**116**	**19,02**	**214**	**35,08**		
Heuchlingen	137	80	58,39	*0*	*0*	*80*	*58,4*		
Hohenstadt	152	68	44,74	*43*	*28,3*	*25*	*16,4*		
Laubach	106	55	51,89	*40*	*37,7*	*15*	*14,2*		
Neubronn	68	48	70,59	*33*	*48,5*	*13*	*19,1*		
Schechingen	147	81	55,10	*0*	*0*	*81*	*55,1*		
Gesamtergebnis	**5092**	**2816**	**55,30**	**1258**	**24,71**	**1443**	**28,34**	**78**	**1,53**

kursiv = Schätzungen nach den Angaben des Oberamtmanns

02. Oberamt Backnang

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868.

	Berechtigte[2]	Wähler	%	M. Metzger (DP)	%	Nägele (VP)	%
1. Backnang[3]	*1495*	831	*55,59*	412	*27,56*	419	*28,03*
2. Hohenweiler[4]	*564*	314	*55,67*	204	*36,17*	110	*19,50*
3. Murrhardt[5]	*964*	680	*70,54*	7	*0,73*	673	*69,81*
4. Sulzbach[6]	*1519*	808	*53,19*	68	*4,48*	663	*43,65*
5. Unterweissach[7]	*791*	516	*65,23*	270	*34,13*	246	*31,10*
Gesamtergebnis	**5333**	**3180**	**59,63**	**961**	**18,02**	**2111**	**39,58**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 32.

	Berechtigte	Wähler	%	Dillenius (Min)	%	Nägele (dem)	%
1. Backnang	1511	1275	84,4	1093	72,3	177	11,7
2. Hohenweiler	571	357	62,5	249	43,6	105	18,4
3. Murrhardt	977	726	74,3	120	12,3	598	61,2
4. Sulzbach	1540	896	58,2	669	43,4	222	14,5
5. Unterweissach	800	534	66,8	343	42,9	188	23,50
Gesamtergebnis	**5399**	**3788**	**70,2**	**2474**	**45,8**	**1290**	**23,9**

c) Landtagsnachwahl vom 10. Februar 1876

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 12–13.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	Dillenius (Min)	%
1. Backnang	**1269**	**679**	**53,51**	**679**	**53,5**
Backnang	966	496	51,35		
Heiningen	53	39	73,58		
Steinbach	105	60	57,14		
Strümpfelbach	47	42	89,36		
Waldrems/Maubach	106	42	39,62		

[2] Schätzung auf der Grundlage der Angaben für 1870.

[3] Backnang, Maubach, Heiningen, Großaspach, Steinbach, Rietenau, Strümpfelbach, Waldrems.

[4] Ebersberg, Lippoldsweiler, Althütte, Sechselberg.

[5] Murrhardt, Fornsbach.

[6] Sulzach, Jux, Spiegelberg, Reichenberg, Oppenweiler, Graab, Großerlach, Neufürstenhütte.

[7] Unterweissach, Allmersbach, Bruch, Cottenweiler, Heutensbach, Oberbrüden, Oberweissach, Unterbrüden.

2. Großaspach	**386**	**200**	**51,81**	**182**	**47,2**
Großaspach	279	155	55,56		
Rietenau	107	45	42,06		
3. Großerlach	**343**	**175**	**51,02**	**174**	**50,7**
Grab	124	17	13,71		
Großerlach	159	119	74,84		
Neufürstenhütte	60	39	65		
4. Murrhardt	**1009**	**614**	**60,85**	**612**	**60,7**
Fornsbach	138	79	57,25		
Murrhardt	871	535	61,42		
5. Hohnweiler	**584**	**260**	**44,52**	**256**	**43,8**
Althütte	189	61	32,28		
Ebersberg	68	42	61,76		
Lippoldsweiler	166	124	74,7		
Sechselberg	161	33	20,5		
6. Spiegelberg	**329**	**186**	**56,53**	**180**	**54,7**
Jux	104	48	46,15		
Spiegelberg	225	48	21,33		
7. Sulzbach	**867**	**521**	**60,09**	**521**	**60,1**
Oppenweiler	129	66	51,16		
Reichenberg	208	85	40,87		
Sulzbach	530	370	74		
8. Unterweissach	**806**	**415**	**51,49**	**407**	**50,50**
Allmersbach	127	42	33,07		
Bruch	56	26	46,43		
Cottenweiler	58	27	46,55		
Heutensbach	57	42	73,68		
Oberbrüden	182	78	42,86		
Oberweissach	81	29	35,8		
Unterbrüden	69	31	44,93		
Unterweissach	176	140	79,55		
Gesamtergebnis	**5593**	**3050**	**54,53**	**3011**	**53,8**
1868: I = (I+II 76)[8]	1655	879	53,11	861	52
1868: II = (V 76)	584	260	44,52	256	43,8
1868: III = (IV 76)	1009	614	60,85	612	60,7
1868: IV = (III+VI+VII 76)	1539	882	57,31	875	56,9
1868: V = (VIII 76)	806	415	51,49	407	50,50

[8] Werte umgerechnet auf die Wahldistrikteinteilung von 1868.

03. Oberamt Balingen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 39, Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868; StASig Wü 65/4 T 2, Bü 39, Landtagswahl 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Nagel (Min)	%	L. Schwarz (VP)	%	Sonstige
1. Balingen[9]	978	751	76,79	388	39,7	362	37	1
2. Ebingen	957	744	77,74	16	1,67	723	75,5	5
3. Winterlingen	662	399	60,27	12	1,82	383	57,9	4
4. Tailfingen	1093	742	67,89	52	4,76	685	62,7	5
5. Oberdigisheim	553	322	58,23	80	14,5	242	43,8	
6. Ostdorf	912	475	52,08	124	13,6	351	38,5	
7. Lautlingen	750	372	49,60	16	2,13	356	47,5	
8. Dürrwangen	813	545	67,04	139	17,1	404	49,7	2
Gesamtergebnis	**6718**	**4350**	**64,75**	**827**	**12,3**	**3506**	**52,2**	**17**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 39; StASig Wü 65/4 T 2, Bü 39, Landtagswahl 1870.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	Weizsäcker (DP)	%	L. Schwarz (VP)	%	zerspl. u. ung.
1. Balingen	**1001**	**726**	**72,53**	**336**	**33,57**	**389**	**38,86**	**1**
Balingen	634	513	80,91					
Endingen	121	67	55,37					
Erzingen	120	54	45,00					
Heselwangen	126	92	73,02					
2. Ebingen	**953**	**806**	**84,58**	**219**	**22,98**	**586**	**61,49**	**1**
3. Winterlingen	**661**	**435**	**65,81**	**293**	**44,33**	**142**	**21,48**	
Bitz	213	177	83,10					
Winterlingen	448	258	57,59					
4. Tailfingen	**1104**	**777**	**70,38**	**219**	**19,84**	**554**	**50,18**	**5**
Onstmettingen	474	305	64,35					
Tailfingen	434	323	74,42					
Truchtelfingen	196	149	76,02					
5. Oberdigisheim	**547**	**388**	**70,93**	**123**	**22,49**	**265**	**48,45**	
Hossingen	94	68	72,34					
Oberdigisheim	177	119	67,23					
Tieringen	193	137	70,98					
Unterdigisheim	83	64	77,11					
6. Ostdorf	**883**	**409**	**46,32**	**93**	**10,53**	**315**	**35,67**	**1**
Engstlatt	180	95	52,78					
Erlaheim	145	30	20,69					
Geislingen	329	164	49,85					
Ostdorf	229	120	52,40					

[9] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.

7. Lautlingen	**756**	**493**	**65,21**	**175**	**23,15**	**318**	**42,06**	
Burgfelden	54	38	70,37					
Lautlingen	175	138	78,86					
Margrethausen	58	44	75,86					
Meßstetten	275	144	52,36					
Pfeffingen	194	135	69,59					
8. Dürrwangen	**805**	**603**	**74,91**	**209**	**25,96**	**392**	**48,70**	**2**
Dürrwangen	109	90	82,57					
Frommern	154	104	67,53					
Laufen	161	128	79,50					
Stockenhausen	40	37	92,50					
Streichen	64	43	67,19					
Weilheim/ Waldstetten	108	78	72,22					
Zillhausen	116	85	73,28					
Gesamtergebnis	**6710**	**4637**	**69,11**	**1667**	**24,84**	**2961**	**44,13**	**10**

c) Reichstagswahl vom 3. März 1871

Q.: StASig Wü 65/4 T 2, Bü 39, Reichstagswahl 1871.

Gemeinden	Berechtigte	davon kath	Wähler	%	Notter (NL)	%	Schwarz, L. (VP)	%	Ruckgaber (Z)	%	andere
1. Balingen	**1014**	**28**	**601**	**59,27**	**290**	**28,60**	**308**	**30,37**	**3**	**0,30**	**0**
Balingen	646	25	367	56,81	200	30,96	164	25,39	3	0,46	0
Endingen	119	1	81	68,07	21	17,65	60	50,42	0	0,00	0
Erzingen	120	2	73	60,83	58	48,33	15	12,50	0	0,00	0
Heselwangen	129	0	80	62,02	11	8,53	69	53,49	0	0,00	0
2. Ebingen	**1004**	**14**	**647**	**64,44**	**148**	**14,74**	**499**	**49,70**	**0**	**0,00**	**0**
Ebingen 1	535	6	320	59,81	89	16,64	231	43,18	0	0,00	0
Ebingen 2	469	8	327	69,72	59	12,58	268	57,14	0	0,00	0
3. Winterlingen	**660**	**2**	**363**	**55,00**	**150**	**22,73**	**213**	**32,27**	**0**	**0,00**	**0**
Bitz	215	1	151	70,23	113	52,56	38	17,67	0	0,00	0
Winterlingen	445	1	212	47,64	37	8,31	175	39,33	0	0,00	0
4. Tailfingen	**1124**	**1**	**670**	**59,61**	**206**	**18,33**	**464**	**41,28**	**0**	**0,00**	**0**
Onstmettingen	485	1	283	58,35	118	24,33	165	34,02	0	0,00	0
Tailfingen	445	0	243	54,61	47	10,56	196	44,04	0	0,00	0
Trochtelfingen	194	0	144	74,23	41	21,13	103	53,09	0	0,00	0
5. Oberdigisheim	**544**	**88**	**380**	**69,85**	**183**	**33,64**	**129**	**23,71**	**66**	**12,13**	**2**
Hossingen	94	0	64	68,09	17	18,09	46	48,94	0	0,00	1
Oberdigisheim	176	4	100	56,82	70	39,77	30	17,05	0	0,00	0
Tieringen	189	0	143	75,66	96	50,79	46	24,34	0	0,00	1
Unterdigisheim	85	84	73	85,88	0	0,00	7	8,24	66	77,65	0

6. Ostdorf	**905**	**491**	**389**	**42,98**	**73**	**8,07**	**133**	**14,70**	**182**	**20,11**	**1**
Engstlatt	174	1	89	51,15	46	26,44	42	24,14	0	0,00	1
Erlaheim	154	154	127	82,47	1	0,65	0	0,00	126	81,82	0
Geislingen	338	335	115	34,02	7	2,07	52	15,38	56	16,57	0
Ostdorf	239	1	58	24,27	19	7,95	39	16,32	0	0,00	0
7. Lautlingen	**753**	**223**	**502**	**66,67**	**210**	**27,89**	**274**	**36,39**	**17**	**2,26**	
Lautlingen	225	221	143	63,56	3	1,33	123	54,67	17	7,56	0
[Margrethausen]	[57]	[56]	0								
Meßstetten	275	0	188	68,36	163	59,27	24	8,73	0	0,00	1
Pfeffingen	253	2	171	67,59	44	17,39	127	50,20	0	0,00	0
[Burgfelden]	[54]	[0]	0								
8. Dürrwangen	**814**	**3**	**563**	**69,16**	**230**	**28,26**	**331**	**40,66**	**0**	**0,00**	**2**
Dürrwangen	156	1	128	82,05	16	10,26	111	71,15	0	0,00	1
[Stockenhausen]	[41]		0								
Frommern	153	0	89	58,17	62	40,52	26	16,99	0	0,00	1
Laufen	158	1	100	63,29	3	1,90	97	61,39	0	0,00	0
Weilheim	164	0	111	67,68	84	51,22	27	16,46	0	0,00	0
[Waldstetten]	[55]										
Zillhausen	183	1	135	73,77	65	35,52	70	38,25	0	0,00	0
[Streichen]	[63]	[1]									
Gesamtergebnis	**6818**	**850**	**4115**	**60,35**	**1490**	**21,85**	**2351**	**34,48**	**268**	**3,93**	**6**
Wahlkreisergebnis	**22018**		**11710**	**53,18**	**4729**	**21,48**	**3841**	**17,44**	**3113**	**14,14**	**14**

d) Stichwahl vom 20. März 1871

Q.: StASig Wü 65/4 T 2, Bü 39, Reichstagswahl 1871.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	Notter (NL)	%	Schwarz, L. (VP)	%
1. Balingen	**1014**	**784**	**77,32**	**380**	**37,48**	**404**	**39,84**
Balingen	646	511	79,10	291	45,05	220	34,06
Endingen	119	86	72,27	13	10,92	73	61,34
Erzingen	120	90	75,00	54	45,00	36	30,00
Heselwangen	129	97	75,19	22	17,05	75	58,14
2. Ebingen	**1004**	**789**	**78,59**	**187**	**18,63**	**602**	**59,96**
Ebingen 1	535	405	75,70	105	19,63	300	56,07
Ebingen 2	469	384	81,88	82	17,48	302	64,39
3. Winterlingen	**660**	**503**	**76,21**	**303**	**45,91**	**200**	**30,30**
Bitz	215	194	90,23	182	84,65	12	5,58
Winterlingen	445	309	69,44	121	27,19	188	42,25
4. Tailfingen	**1124**	**863**	**76,78**	**350**	**31,14**	**513**	**45,64**
Onstmettingen	485	365	75,26	168	34,64	197	40,62
Tailfingen	445	347	77,98	90	20,22	257	57,75
Trochtelfingen	194	151	77,84	92	47,42	59	30,41

5. Oberdigisheim	**544**	**399**	**73,35**	**262**	**48,16**	**137**	**25,18**
Hossingen	94	66	70,21	34	36,17	32	34,04
Oberdigisheim	176	128	72,73	106	60,23	22	12,50
Tieringen	189	143	75,66	114	60,32	29	15,34
Unterdigisheim	85	62	72,94	8	9,41	54	63,53
6. Ostdorf	**905**	**560**	**61,88**	**155**	**17,13**	**405**	**44,75**
Engstlatt	174	127	72,99	44	25,29	83	47,70
Erlaheim	154	95	61,69	49	31,82	46	29,87
Geislingen	338	218	64,50	26	7,69	192	56,80
Ostdorf	239	120	50,21	36	15,06	84	35,15
7. Lautlingen	**753**	**598**	**79,42**	**252**	**33,47**	**346**	**45,95**
Lautlingen	225	177	78,67	5	2,22	172	76,44
[Margrethausen]	[57]	0					
Meßstetten	275	214	77,82	172	62,55	42	15,27
Pfeffingen	253	207	81,82	75	29,64	132	52,17
[Burgfelden]	[54]	0					
8. Dürrwangen	**814**	**655**	**80,47**		**0,00**		**0,00**
Dürrwangen	156	138	88,46	14	8,97	124	79,49
[Stockenhausen]	[41]	0					
Frommern	153	105	68,63	53	34,64	52	33,99
Laufen	158	123	77,85	32	20,25	91	57,59
Weilheim	164	135	82,32	70	42,68	65	39,63
[Waldstetten]	[55]	0					
Zillhausen	183	154	84,15	85	46,45	69	37,70
[Streichen]	[63]						
Gesamtergebnis	**6818**	**5151**	**75,55**	**2143**	**31,43**	**3008**	**44,12**
Wahlkreisergebnis	**22018**	**13769**	**62,54**	**7591**	**34,48**	**6159**	**27,97**

e) Reichstagswahl vom 10. Januar 1874

Q.: StASig Wü 65/4 T 2, Reichstagswahl 1874.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	Eberbach (NL)	%	Schwarz, L. (VP)	%	v. Ow (DRP kath)	%
1. Balingen	**1041**	**703**	**67,53**	**267**	**25,65**	**434**	**41,69**	**0**	**0**
Balingen	681	464	68,14	183	26,87	280	41,12	0	0
Endingen	126	78	61,90	17	13,49	61	48,41	0	0
Erzingen	114	74	64,91	53	46,49	21	18,42	0	0
Heselwangen	120	87	72,50	14	11,67	72	60,00	0	0
2. Ebingen	**1062**	**820**	**77,21**	**110**	**10,36**	**706**	**66,48**	**0**	**0**
Ebingen 1	559	423	75,67	59	10,55	364	65,12	0	0
Ebingen 2	503	397	78,93	51	10,14	342	67,99	0	0
3. Winterlingen	**668**	**477**	**71,41**	**82**	**12,28**	**394**	**58,98**	**0**	**0**
Bitz	223	203	91,03	51	22,87	151	67,71	0	0
Winterlingen	445	274	61,57	31	6,97	243	54,61	0	0

4. Tailfingen	**1178**	**890**	**75,55**	**54**	**4,58**	**835**	**70,88**	**1**	**0,08**
Onstmettingen	500	373	74,60	19	3,80	354	70,80	0	0
Tailfingen	482	351	72,82	28	5,81	322	66,80	1	0,21
Trochtelfingen	196	166	84,69	7	3,57	159	81,12	0	0
5. Oberdigisheim	**522**	**379**	**72,61**	**102**	**19,54**	**215**	**41,19**	**63**	**12,1**
Hossingen	93	65	69,89	4	4,30	61	65,59	1	1,08
Oberdigisheim	146	124	84,93	50	34,25	74	50,68	0	0
Tieringen	195	122	62,56	47	24,10	75	38,46	0	0
Unterdigisheim	88	68	77,27	1	1,14	5	5,68	62	70,5
6. Ostdorf	**952**	**364**	**38,24**	**87**	**9,14**	**228**	**23,95**	**74**	**7,77**
Engstlatt	181	126	69,61	32	17,68	94	51,93	0	0
Erlaheim	148	54	36,49	2	1,35	5	3,38	47	31,8
Geislingen	375	100	26,67	45	12,00	54	14,40	0	0
Ostdorf	248	84	33,87	8	3,23	75	30,24	0	0
7. Lautlingen	**762**	**593**	**77,82**	**84**	**11,02**	**508**	**66,67**	**0**	**0**
Lautlingen [Margrethausen]	237 [61]	210	88,61	0	0,00	210	88,61	0	0
Meßstetten	275	173	62,91	59	21,45	113	41,09	0	0
Pfeffingen [Burgfelden]	250 [50]	210	84,00	25	10,00	185	74,00	0	0
8. Dürrwangen	**861**	**665**	**77,24**	**102**	**11,85**	**562**	**65,27**	**1**	**0,12**
Dürrwangen [Stockenhausen]	160 [39]	144	90,00	4	2,50	140	87,50	0	0
Frommern	164	111	67,68	20	12,20	91	55,49	0	0
Laufen	181	142	78,45	32	17,68	110	60,77	0	0
Weilheim [Waldstetten]	179 [58]	123	68,72	35	19,55	88	49,16	0	0
Zillhausen [Streichen]	177 [66]	145	81,92	11	6,21	133	75,14	1	0,56
Gesamtergebnis	**7046**	**4091**	**58,06**	**888**	**12,60**	**3981**	**56,50**	**113**	**1,6**
Wahlkreisergebnis	**22709**	**13866**	**61,06**	**3934**	**17,32**	**9253**	**40,75**	**640**	**2,82**

f) Reichstagswahl vom 10. Januar 1877

Q.: StASig Wü 65/4 T 2, Reichstagswahl 1877.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	Völter (NL)	%	L. Schwarz (VP)	%	v. Bissingen/ Zimmerle (Z)
1. Balingen	**1085**	**626**	**57,70**	**24**	**2,21**	**600**	**55,30**	**0**
Balingen	706	358	50,71	23	3,26	333	47,17	0
Endingen	126	82	65,08	1	0,79	81	64,29	0
Erzingen	114	72	63,16	0	0,00	72	63,16	0
Heselwangen	139	114	82,01	0	0,00	114	82,01	0
2. Ebingen	**1096**	**718**	**65,51**	**35**	**3,19**	**683**	**62,32**	**0**
Ebingen 1	568	359	63,20	22	3,87	337	59,33	0
Ebingen 2	528	359	67,99	13	2,46	346	65,53	0
3. Winterlingen	**680**	**415**	**61,03**	**30**	**4,41**	**373**	**54,85**	**0**
Bitz	220	167	75,91	30	13,64	125	56,82	0
Winterlingen	460	248	53,91	0	0,00	248	53,91	0

4. Tailfingen	**1145**	**776**	**67,77**	**39**	**3,41**	**717**	**62,62**	**0**
Onstmettingen	478	342	71,55	2	0,42	333	69,67	0
Tailfingen	476	301	63,24	34	7,14	255	53,57	0
Trochtelfingen	191	133	69,63	3	1,57	129	67,54	0
5. Oberdigisheim	**538**	**339**	**63,01**	**2**	**0,37**	**244**	**45,35**	**20**
Hossingen	93	76	81,72	0	0,00	75	80,65	0
Oberdigisheim	157	106	67,52	0	0,00	98	62,42	0
Tieringen	200	101	50,50	1	0,50	36	18,00	0
Unterdigisheim	88	56	63,64	1	1,14	35	39,77	20
6. Ostdorf	**953**	**412**	**43,23**	**2**	**0,21**	**380**	**39,87**	**22**
Engstlatt	191	132	69,11	0	0,00	132	69,11	0
Erlaheim	139	30	21,58	0	0,00	8	5,76	22
Geislingen	374	142	37,97	1	0,27	141	37,70	0
Ostdorf	249	108	43,37	1	0,40	99	39,76	0
7. Lautlingen	**767**	**469**	**61,15**	**13**	**1,69**	**454**	**59,19**	**0**
Lautlingen [Margrethausen]	245	191	77,96	1	0,41	190	77,55	0
Meßstetten	265	132	49,81	10	3,77	121	45,66	0
Pfeffingen [Burgfelden]	257	146	56,81	2	0,78	143	55,64	0
8. Dürrwangen	**870**	**602**	**69,20**	**10**	**1,15**	**589**	**67,70**	**0**
Dürrwangen [Stockenhausen]	158	134	84,81	0	0,00	134	84,81	0
Frommern	165	109	66,06	8	4,85	101	61,21	0
Laufen	176	104	59,09	1	0,57	103	58,52	0
Weilheim [Waldstetten]	182	107	58,79	0	0,00	104	57,14	0
Zillhausen [Streichen]	189	148	78,31	1	0,53	147	77,78	0
Gesamtergebnis	**7134**	**4357**	**61,07**	**155**	**2,17**	**4040**	**56,63**	**42**
Wahlkreisergebnis	**23238**	**12603**	**54,23**	**1942**	**8,36**	**9583**	**41,24**	**825**[10]

[10] Graf von Bissingen 571 Stimmen.

04. Oberamt Besigheim

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868; Neckar- und Enzbote Nr. 80, 11. Juli 1868, S. 320.

	Berechtigte	Wähler	%	Hölder (DP)	%	Single (Min)	%	K. Mayer (VP)	%
1. Besigheim[11]	1162	743	63,94	64	5,51	179	15,40	500	43,03
2. Bietigheim[12]	1017	728	71,58	46	4,52	87	8,55	595	58,51
3. Bönnigheim[13]	628	413	65,76	29	4,62	204	32,48	174	27,71
4. Löchgau[14]	550	411	74,73	9	1,64	36	6,55	366	66,55
5. Ilsfeld[15]	763	489	64,09	23	3,01	89	11,66	377	49,41
6. Lauffen[16]	945	621	65,71	42	4,44	174	18,41	405	42,86
Gesamtergebnis	**5062**	**3404**	**67,3**	**213**	**4,21**	**774**	**15,3**	**2417**	**47,75**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 45/49; Schw. Kronik, 8. Dezember 1870; Schw. Volkszeitung Nr. 293, 10. Dezember 1870, S. 1201; Beobachter Nr. 290, 8. Dezember 1870; Neckar- und Enzbote, 8. Dezember 1870, S. 580.

	Berechtigte	Wähler	%	Bälz (DP)	%	K. Mayer (VP)	%
1. Besigheim[17]	1004	631	62,9	229	22,8	402	40,0
2. Bietigheim[18]	933	682	73,1	422	45,2	260	27,9
3. Erligheim[19]	356	270	75,8	176	49,4	94	26,4
4. Bönnigheim[20]	809	595	73,6	488	60,3	107	13,2
5. Lauffen[21]	916	597	65,2	507	55,4	90	9,8
6. Ilsfeld[22]	459	316	68,9	266	58,0	50	10,9
7. Hessigheim[23]	523	344	65,8	211	40,3	133	25,4
Gesamtergebnis	**4994**	**3436**	**68,8**	**2299**	**46,0**	**1137**	**22,8**

[11] Besigheim, Gemmrigheim, Hessigheim, Walheim.
[12] Bietigheim, Metterzimmern, Großingersheim, Kleiningersheim.
[13] Bönnigheim, Hofen, Hohenstein.
[14] Löchgau, Erligheim, Freudental.
[15] Ilsfeld, Schozach, Neckarwestheim (Kaltenwesten).
[16] Lauffen, Kirchheim.
[17] Besigheim, Löchgau, Walheim.
[18] Bietigheim, Großingersheim, Metterzimmern.
[19] Erligheim, Freudental, Hofen.
[20] Bönnigheim, Hohenstein, Kirchheim.
[21] Lauffen, Neckarwestheim (Kaltenwesten).
[22] Ilsfeld, Schozach.
[23] Hessigheim, Kleiningersheim, Gemmrigheim.

05. Oberamt Biberach

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Biberacher Amts- und Intelligenzblatt, 10. Juli 1868, S. 448; Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 233.

	Berechtigte	Wähler	%	Hölder (DP)	%	Probst (Gd)	%
1. Biberach[24]	1772	1178	66,5	478	27	*684*[25]	38,6
2. Ochsenhausen[26]	996	502	50,4			*502*	50,4
3. Altheim[27]	948	548	57,8			*548*	57,81
4. Mittelbuch[28]	824	492	59,7			*492*	59,71
5. Erolzheim[29]	728	445	61,1			*445*	61,13
6. Stafflangen[30]	583	261	44,8			*261*	44,77
7. Laupertshausen[31]	416	317	76,2			*317*	76,2
Gesamtergebnis	**6339**	**3735**	**58,9**	**478**	**7,54**	**3249**	**51,25**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 54/55; Schw. Volkszeitung Nr. 293, 10. Dezember 1870, S. 1201.

	Berechtigte	Wähler	%	Imhof (DP)	%	Probst (Gd)	%
1. Biberach[32]	1875	1216	64,9	723	38,6	493	26,29
2. Ochsenhausen	916	570	62,2	26	2,84	542	59,17
3. Altheim	898	568	63,3	20	2,23	524	58,39
4. Mittelbuch	713	395	55,4	12	1,68	380	53,3
5. Erolzheim	802	294	36,7	27	3,37	265	33,04
6. Stafflangen	533	325	61	67	12,6	257	48,22
7. Laupertshausen	417	286	68,6	15	3,6	269	64,51
Gesamtergebnis	**6152**	**3832**	**62,3**	**912**	**14,8**	**2930**	**47,63**

[24] Biberach, Bergerhausen, Birkenhard, Mittelbiberach, Reute, Rißegg, Warthausen.

[25] Die Einzelergebnisse sind nicht ausgewiesen.

[26] Ochsenhausen, Erlenmoos, Hürbel, Reinstetten.

[27] Altheim, Alberweiler, Aufhofen, Ingerkingen, Langenschemmern, Obersulmetingen, Schemmerberg, Untersulmetingen, Volkersheim.

[28] Mittelbuch, Bellamont, Fischbach, Füramoos, Ringschnait, Rottum, Steinhausen, Ummendorf.

[29] Erolzheim, Gutenzell, Kirchberg, Unterdettingen.

[30] Stafflangen, Ahlen, Aßmannshardt, Attenweiler, Grodt, Muttensweiler, Oberdorf.

[31] Laupertshausen, Äpfingen, Höfen, Maselheim, Mettenberg.

[32] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

06. Oberamt Blaubeuren

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Ulmer Schnellpost Nr. 162, 14. Juli 1868, S. 646.

	Berechtigte	Wähler	%	Rüdinger (Min)	%	Nüßle (VP)	%
1. Blaubeuren[33]	1200[34]	923	76,92	275	22,92	645	53,75
2. Merklingen	*564*[35]	326	*57,80*	112	*19,86*	214	*37,94*
3. Temmenhausen	*743*	525	*70,66*	43	*5,79*	482	*64,87*
4. Herrlingen	*489*	274	*56,03*	55	*11,25*	216	*44,17*
5. Ringingen	*334*	192	*57,49*	96	*28,74*	96	*28,74*
6. Schelklingen	*344*	245	*71,22*	150	*43,60*	95	*27,62*
Gesamtergebnis	**3689**	**2485**	**67,36**	**731**	**19,82**	**1748**	**47,38**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 69–72.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	Auch (DP)	%	Nüßle (dem)	%
1. Blaubeuren	**1234**	**960**	**77,8**	**850**	**68,88**	**108**	**8,75**
Blaubeuren	407	335	82,31				
Asch	118	76	64,41				
Beiningen	37	30	81,08				
Berghülen m. Treffensbuch	142	114	80,28				
Bühlenhausen m. Weiler	47	37	78,72				
Gerhausen	135	95	70,37				
Seißen m. Wennenden	129	104	80,62				
Sonderbuch	56	46	82,14				
Suppingen	108	78	72,22				
Weiler	55	45	81,82				
2. Merklingen	**543**	**458**	**84,35**	**458**	**84,35**	0	0
Machtolsheim	142	131	92,25				
Nellingen m. Aichen	229	167	72,93				
Merklingen m. Widderstall	172	160	93,02				
3. Temmenhausen	**739**	**506**	**68,47**	**337**	**45,6**	**169**	**22,87**
Bermaringen	185	148	80,00				
Bollingen m. Böttingen	82	42	51,22				
Dornstadt	99	42	42,42				
Scharenstetten m. Radelstetten	150	117	78,00				
Tomerdingen	154	99	64,29				
Temmenhausen	69	58	84,06				

[33] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.

[34] Auskunft des Stadtarchivs Blaubeuren.

[35] Anzahl der Wahlberechtigten für die Distrikte 2.–6. geschätzt aufgrund der Angaben für 1870.

4. Herrlingen	**469**	**207**	**44,14**	**121**	**25,8**	**83**	**17,7**
Arnegg	74	24	32,43				
Ermingen m. Schaffelkingen	53	25	47,17				
Klingenstein	59	27	45,76				
Markbronn m. Dietingen	70	33	47,14				
Wippingen	85	36	42,35				
Herrlingen m. Weidach	128	62	48,44				
5. Ringingen	**313**	**188**	**60,06**	**135**	**43,13**	**53**	**16,93**
Eggingen	85	35	41,18				
Pappelau m. Erstetten	100	67	67,00				
Ringingen	128	86	67,19				
6. Schelklingen	**338**	**222**	**65,68**	**84**	**24,85**	**138**	**40,83**
Hausen	64	50	78,13				
Schmiechen	75	46	61,33				
Schelklingen m. Urspring	199	126	63,32				
Gesamtergebnis	**3634**	**2541**	**69,92**	**1985**	**54,62**	**551**	**15,16**

c) Landtagsnachwahl vom 3. März 1875

Q.: Schw. Kronik 1875, S. 557.

Berechtigte	Wähler	%	v. Sick (LP)	%	zerspl.
3809	2197	57,67	2135	56,05	36

07. Oberamt Böblingen

0) Zollparlamentswahl vom 24. März 1868

Q.: StASig Wü 65/22 T 1, Oberamt Neuenbürg.

	Berechtigte	Wähler	%	Dörtenbach (Min)	%	O. Elben (DP)	%	andere
1. Böblingen	1418	1149	81,03	61	4,30	1081	76,23	7
2. Sindelfingen	1436	1012	70,47	386	26,88	622	43,31	4
3. Aidlingen	1298	895	68,95	133	10,25	757	58,32	5
4. Holzgerlingen	1058	631	59,64	252	23,82	370	34,97	1
Gesamtergebnis	**5210**	**3687**	**70,77**	**832**	**15,97**	**2830**	**54,32**	**17**

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 911; Schw. Kronik 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	O. Elben (DP)	%	Schott (Gd)	%
1. Böblingen	730	615	84,25	581	79,59	27	3,70
2. Sindelfingen	613	424	69,17	210	34,26	206	33,61
3. Weil i. Schönbuch[36]	900	618	68,67	384	42,67	207	23,00
4. Holzgerlingen[37]	502	306	60,96	252	50,20	50	9,96
5. Aidlingen[38]	781	579	74,14	452	57,87	126	16,13
6. Darmsheim[39]	699	409	58,51	210	30,04	96	13,73
7. Magstadt[40]	924	588	63,64	516	55,84	61	6,60
Gesamtergebnis	**5260**	**3540**	**67,30**	**2605**	**49,52**	**773**	**14,70**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 78; StAL F 157, Bü 243, Oberamt Böblingen, Landtagswahlen. Allgemeines 1819–1895.

	Berechtigte	Wähler	%	O. Elben (DP)	%
1. Böblingen[41]	710	566	79,72	566	79,72
2. Sindelfingen	886	482	54,40	480	54,18
3. Weil i. Schönbuch	665	348	52,33	303	45,56
4. Holzgerlingen	610	340	55,74	340	55,74
5. Aidlingen	779	417	53,53	409	52,50
6. Darmsheim	499	314	62,93	314	62,93
7. Magstadt	974	444	45,59	435	44,66
Gesamtergebnis	**5123**	**2911**	**56,82**	**2847**	**55,57**

[36] Weil im Schönbuch, Breitenstein, Neuweiler.
[37] Holzgerlingen, Schönaich, Altdorf.
[38] Aidlingen, Deufringen, Dätzingen, Schaffhausen.
[39] Darmsheim, Dagersheim.
[40] Magstadt, Maichingen.
[41] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

08. Oberamt Brackenheim

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 3, Bl. 8; Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Schneider (Min)	%	Stoll (VP)	%	Winter (Gd)	%
1. Brackenheim	1150	*736*[42]	*64,00*	383	33,30	91	7,91	262	22,78
2. Güglingen	953	*724*	75,97	610	64,01	112	11,75	2	0,21
3. Schwaigern	1065	*679*	63,76	316	29,67	122	11,46	241	22,63
4. Zaberfeld	597	*454*	76,05	241	40,37	203	34,00	10	1,68
5. Nordheim	591	*385*	65,14	150	25,38	205	34,69	30	5,08
6. Kleingartach	326	*264*	80,98	133	40,80	131	40,18	0	0,00
Gesamtergebnis	**4681**	3252	69,47	1833	39,2	864	18,5	545	11,6

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 80ff.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	Schneider (Min)	%
1. Brackenheim[43]	**1146**	**549**	**47,91**	**510**	**44,50**
Brackenheim	299	159	53,18		
Botenheim	158	89	56,33		
Cleebronn	237	91	38,40		
Dürrenzimmern	144	55	38,19		
Frauenzimmern	111	48	43,24		
Haberschlacht	114	84	73,68		
Meimsheim	192	71	36,98		
2. Güglingen	**957**	**632**	**66,04**	**617**	**64,47**
Eibensbach	67	50	74,63		
Güglingen	284	210	73,94		
Ochsenbach	136	111	81,62		
Pfaffenhofen	197	142	72,08		
Stockheim	121	36	29,75		
3. Schwaigern	**1079**	**601**	**55,70**	**596**	**55,24**
Hausen b. M.	218	47	21,56		
Massenbach	156	88	56,41		
Neipperg	95	77	81,05		
Schwaigern	393	288	73,28		
Spielberg	41	35	85,37		
Stetten a. H.	217	101	46,54		
4. Zaberfeld	**615**	**387**	**62,93**	**371**	**60,33**
Häfnerhaslach	117	98	83,76		
Leonbronn	85	54	63,53		
Michelbach	67	37	55,22		

[42] 10 zersplitterte Stimmen lassen sich nicht zuordnen.
[43] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

Ochsenberg	110	61	55,45		
Weiler	77	61	79,22		
Zaberfeld	159	76	47,80		
5. Nordheim	**574**	**255**	**44,43**	**222**	**38,68**
Hausen a. d. Z.	190	25	13,16		
Klingenberg	71	25	35,21		
Nordhausen	80	47	58,75		
Nordheim	233	158	67,81		
6. Kleingartach	**317**	**189**	**59,62**	**154**	**48,58**
Kleingartach	189	135	71,43		
Niederhofen	128	54	42,19		
Gesamtergebnis	**4688**	**2602**	**55,50**	**2470**	**52,69**

09. Oberamt Calw

0) Zollparlamentswahl vom 24. März 1868

Q.: StASig Wü 65/22 T 1, Oberamt Neuenbürg.

	Berechtigte	Wähler	%	Dörtenbach (Min)	%	O. Elben (DP)	%	andere
1. Calw	1431	1184	82,74	1119	78,20	60	4,19	5
2. Gechingen	1003	809	80,66	788	78,56	20	1,99	1
3. Liebenzell	797	607	76,16	605	75,91	2	0,25	0
4. Neubulach	539	447	82,93	423	78,48	24	4,45	0
5. Neuweiler	520	402	77,31	374	71,92	27	5,19	1
6. Oberreichenbach	514	372	72,37	366	71,21	5	0,97	1
Gesamtergebnis	**4804**	**3821**	**79,54**	**3675**	**76,50**	**138**	**2,87**	**8**

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Beobachter Nr. 165, 17. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Stälin (Min)	%	Georgii (VP)	%
1. Calw[44]	*1615*	1324	*81,98*	549	*33,99*	775	*47,99*
2. Gechingen[45]	*1031*	828	*80,31*	279	*27,06*	549	*53,25*
3. Liebenzell[46]	*340*	239	*70,29*	128	*37,65*	111	*32,65*
4. Neubulach[47]	*528*	424	*80,30*	196	*37,12*	228	*43,18*
5. Möttlingen[48]	*570*	427	*74,91*	166	*29,12*	261	*45,79*
6. Altburg[49]	*515*	400	*77,67*	145	*28,16*	255	*49,51*

[44] Calw, Hirsau, Sommenhardt, Stammheim, Zavelstein.
[45] Gechingen, Althengstett, Dachtel, Deckenpfronn, Ostelsheim.
[46] Liebenzell, Dennjächt, Ernstmühl, Unterreichenbach.
[47] Neubulach, Altbulach, Holzbronn, Liebelsberg, Oberhaugstett, Teinach.
[48] Möttlingen, Monakam, Neuhengstett, Ottenbronn, Simmozheim, Unterhaugstett.
[49] Altburg, Emberg, Oberkollbach, Oberreichenbach, Speßhardt, Rötenbach, Würzbach.

7. Breitenberg[50]	*320*	221	*69,06*	131	*40,94*	90	*28,13*
8. Zwerenberg[51]	*265*	193	*72,83*	159	*60,00*	34	*12,83*
Gesamtergebnis	**5184**	**4065**	**78,41**	**1753**	**33,82**	**2303**	**44,43**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 88/92.

	Berechtigte	Wähler	%	Schuldt (Min/DP)	%	Wagner (VP)	%
1. Calw[52]	*1362*	1131	*83,04*	737	*54,11*	394	*28,93*
2. Gechingen	*1031*	644	*62,46*	405	*39,28*	237	*22,99*
3. Liebenzell	*335*	204	*60,90*	141	*42,09*	62	*18,51*
4. Neubulach	*522*	399	*76,44*	327	*62,64*	70	*13,41*
5. Möttlingen	*565*	346	*61,24*	249	*44,07*	96	*16,99*
6. Altburg	*510*	339	*66,47*	253	*49,61*	85	*16,67*
7. Breitenberg	*313*	236	*75,40*	156	*49,84*	80	*25,56*
8. Zwerenberg	*261*	207	*79,31*	203	*77,78*	4	*1,53*
Gesamtergebnis	**4894**	**3444**	**70,37**	**2471**	**50,49**	**966**	**19,74**

10. Oberamt Cannstatt

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 139; Extra-Beilage zum Staatsanzeiger, 9. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Mäulen (DP)	%	Lemppenau (DP/Min)	%
Gesamtergebnis	**5443**	**3336**	**61,3**	**433**	**7,96**	**2673**	**49,1**

b) Landtagswahl vom 30. Juli/6. August 1870

Q.: Schw. Kronik Nr. 188, 11. August 1870, S. 2479.

	Berechtigte	Wähler 1.Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	F. Weber (DP)	%	Mäulen (DP)	%
1. Cannstatt	*1915*[53]	646	*33,7*	1324	*69,14*	1232	64,33	72	3,76
2. Fellbach[54]	*834*			683	*81,89*	520	62,35	130	15,59

[50] Oberkollwangen, Agenbach, Breitenberg, Neuweiler, Schmieh.

[51] Zwerenberg, Aichhalden, Bergorte, Hornberg, Martinsmoos.

[52] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

[53] Vgl. Schw. Kronik Nr. 180, 2. August 1870 „mehr als 1900 Wahlberechtigte"; die übrigen Werte geschätzt aufgrund der Zahlen von 1876 ohne die Oberamtsstadt.

[54] Fellbach, Rommelshausen.

3. Untertürkheim[55]	*977*			934	*95,60*	263	26,92	651	66,63
4. Hedelfingen[56]	*842*			605	*71,85*	405	48,10	160	19,00
5. Stetten[57]	*534*			401	*75,09*	289	54,12	65	12,17
6. Schmiden[58]	*832*			678	*81,49*	493	59,25	181	21,75
Gesamtergebnis	**5934**	**2121**	**35,74**	**4625**	**77,94**	**3202**	**54**	**1259**	**21,22**

c) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 113/114.

	Berechtigte	Wähler	%	F. Weber (DP)	%
1. Cannstatt	1888	1094	57,94	1079	57,15
2. Fellbach[59]	*845*	613	*72,54*	603	*71,36*
3. Untertürkheim	*901*	573	*63,60*	553	*61,38*
4. Hedelfingen	*970*	544	*56,08*	520	*53,61*
5. Stetten	*457*	311	*68,05*	307	*67,18*
6. Schmiden	*757*	530	*70,01*	521	*68,82*
Gesamtergebnis	**5818**	**3665**	**62,99**	**3583**	**61,58**

d) Landtagswahl vom 10. März 1875

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 94ff.; Schw. Kronik 1875, S. 533.

	Berechtigte	Wähler	%	G. Elben (DP)	%	Sting (VP)	%
1. Cannstatt	2782	1582	56,87	490	17,61	1085	39,00
2. Fellbach[60]	*910*	647	*71,10*	460	*50,55*	187	*20,55*
3. Untertürkheim	*1006*	862	*85,69*	182	*18,09*	680	*67,59*
4. Hedelfingen	*1083*	492	*45,43*	335	*30,93*	157	*14,50*
5. Stetten	478	349	*73,01*	287	*60,04*	60	*12,55*
6. Schmiden	*909*	587	*64,58*	185	*20,35*	402	*44,22*
Gesamtergebnis	**7168**	**4529**	**63,18**	**2443**	**34,08**	**2063**	**28,78**

[55] Untertürkheim, Wangen, Rotenberg.
[56] Hedelfingen, Obertürkheim, Uhlbach, Rohracker, Sillenbuch.
[57] Stetten, Schanbach.
[58] Schmiden, Öffingen, Hofen, Mühlhausen, Münster, Zazenhausen.
[59] Einteilung der Wahldistrikte wie vorher; Zahl der Wahlberechtigten (kursiv) geschätzt.
[60] Einteilung der Wahldistrikte wie vorher; Zahl der Wahlberechtigten (kursiv) geschätzt.

11. Oberamt Crailsheim

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Staatsanzeiger Nr. 163, 11. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Sarwey (Min)	%	Abelein (VP)	%
Gesamtergebnis	**4604**	**3218**	**70**	**1635**	**35,5**	**1555**	**33,8**

b) Landtagswahl vom 5.Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 160/162; Amts- und Intelligenzblatt, 22. Dezember 1870.

	Berechtigte	Wähler	%	Kopp (DP)	%	Schmidt (Min)	%	Sarwey (Min)	%	Abelein (VP)	%
1. Crailsheim[61]	871	609	69,92	21	2,41	31	3,56	370	42,48	181	20,78
2. Honhardt[62]	665	424	63,76	1	0,15	307	46,17	98	14,74	17	2,56
3. Roßfeld[63]	446	329	73,77	14	3,14	57	12,78	104	23,32	150	33,63
4. Satteldorf[64]	599	415	69,28	0	0,00	17	2,84	24	4,01	373	62,27
5. Stimpfach[65]	560	413	73,75	0	0,00	150	26,79	115	20,54	146	26,07
6. Waldtann[66]	688	365	53,05	2	0,29	58	8,43	216	31,40	88	12,79
7. Wildenstein[67]	848	332	39,15	1	0,12	83	9,79	188	22,17	59	6,96
Gesamtergebnis	**4679**	**2887**	**61,70**	**39**	**0,83**	**703**	**15,02**	**1115**	**23,83**	**1014**	**21,67**

c) Ergebnis der Stichwahl vom 19. Dezember 1870:

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 156/165; Amts- und Intelligenzblatt, 22. Dezember 1870.

	Berechtigte	Wähler	%	Sarwey (Min)	%	Abelein (VP)	%
1. Crailsheim	871	640	73,48	428	49,14	208	23,88
2. Honhardt	665	449	67,52	336	50,53	113	16,99
3. Roßfeld	446	336	75,34	119	26,68	217	48,65
4. Satteldorf	599	418	69,78	37	6,18	378	63,11
5. Stimpfach	560	440	78,57	213	38,04	225	40,18
6. Waldtann	688	480	69,77	307	44,62	173	25,15
7. Wildenstein	848	534	62,97	336	39,62	192	22,64
Gesamtergebnis	**4679**	**3297**	**70,46**	**1776**	**37,96**	**1506**	**32,19**

[61] Crailsheim, Ingersheim.
[62] Honhardt, Gründelhardt, Oberspeltach.
[63] Roßfeld, Onolzheim, Tiefenbach, Triensbach.
[64] Satteldorf, Ellrichshausen, Gröningen.
[65] Stimpfach, Jagstheim, Rechenberg, Weipertshofen.
[66] Waldtann, Goldbach, Leukershausen, Markt Lustenau, Mariä Kappel, Westgartshausen.
[67] Wildenstein, Lautenbach, Matzenbach, Unterdeufstetten.

12. Oberamt Ehingen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Volksfreund für Oberschwaben,10. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	K.J. Schmid (DP)	%	Wiest (Gd)	%
1. Ehingen	*914*[68]	510	55,90	258	*28,23*	252	*27,57*
3. Munderkingen	*954*	818	85,74	814	*85,32*	4	*0,42*
2. Griesingen	*751*	473	62,98	226	*30,09*	247	*32,89*
4. Oberdischingen	*834*	400	47,96	284	*34,05*	116	*13,91*
5. Weilersteußlingen	*623*	334	53,61	241	*38,68*	93	*14,93*
6. Oberstadion	*597*	340	56,95	190	*31,83*	150	*25,13*
7. Obermarchtal	*650*	371	57,08	260	*40,00*	111	*17,08*
Gesamtergebnis	**5323**	**3257**	**61,2**	**2273**	**42,7**	**973**	**18,3**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 167.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	K.J. Schmid (DP)	%
1. Ehingen	**1033**	**412**	**39,9**	**400**	**38,72**
Allmendingen	176	37	21,0	37	21,02
Berkach	32	8	25,0	8	25,00
Dettingen	54	23	42,6	23	42,59
Herbertshofen	35	15	42,9	15	42,86
Heufelden	36	21	58,3	21	58,33
Ehingen	700	308	44,0	308	44,00
2. Munderkingen	**904**	**729**	**80,6**	**727**	**80,42**
Emerkingen	128	74	57,8	74	57,81
Rottenacker	286	240	83,9	240	83,92
Munderkingen	490	415	84,7	415	84,69
3. Griesingen	**711**	**351**	**49,4**	**345**	**48,52**
Altbierlingen	49	17	34,7	17	34,69
Berg	53	19	35,8	19	35,85
Kirchbierlingen	88	18	20,5	18	20,45
Nasgenstadt	51	30	58,8	30	58,82
Öpfingen	131	53	40,5	53	40,46
Rißtissen	148	57	38,5	57	38,51
Schaiblishausen	48	31	64,6	31	64,58
Griesingen	143	126	88,1	126	88,11
4. Oberdischingen	**790**	**335**	**42,4**	**334**	**42,28**
Altheim	73	13	17,8	13	17,81

[68] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Zahlen von 1870; Einteilung der Wahldistrikte wie 1870, aber Allmendingen in Distrikt 5 und Reihenfolge der Distrikte 2 und 3 vertauscht.

Bach	52	33	63,5	33	63,46
Donaurieden	64	10	15,6	10	15,63
Erbach	251	46	18,3	46	18,33
Ersingen	65	38	58,5	38	58,46
Gamerschwang	42	18	42,9	18	42,86
Niederhofen	64	37	57,8	37	57,81
Oberdischingen	179	140	78,2	140	78,21
5. Weilersteußlingen	**423**	**233**	**55,1**	**229**	**54,14**
Altsteußlingen	88	50	56,8	50	56,82
Dächingen	76	17	22,4	17	22,37
Ennahofen	48	40	83,3	40	83,33
Frankenhofen	44	23	52,3	23	52,27
Granheim	63	13	20,6	13	20,63
Grötzingen	43	39	90,7	39	90,70
Sondernach	18	14	77,8	14	77,78
Weilersteußlingen	43	37	86,0	37	86,05
6. Oberstadion	**565**	**216**	**38,2**	**194**	**34,34**
Gundsheim	64	23	35,9	23	35,94
Hundersingen	49	30	61,2	30	61,22
Moosbeuren	70	8	11,4	8	11,43
Mundeldingen	64	18	28,1	18	28,13
Oggelsbeuren	104	6	5,8	6	5,77
Rupertshofen	52	21	40,4	21	40,38
Unterstadion	87	67	77,0	67	77,01
Oberstadion	75	43	57,3	43	57,33
7. Obermarchtal	**616**	**279**	**45,3**	**271**	**43,99**
Kirchen	133	38	28,6	38	28,57
Lauterach	94	54	57,4	54	57,45
Mundingen	58	36	62,1	36	62,07
Rechtenstein	56	33	58,9	33	58,93
Untermarchtal	97	54	55,7	54	55,67
Obermarchtal	178	64	36,0	64	35,96
Gesamtergebnis	**5042**	**2555**	**50,7**	**2500**	**49,58**

13. Oberamt Ellwangen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Deutsches Volksblatt Nr. 161, 12. Juli 1868; Jagstzeitung Nr. 81, 11. Juli 1868.

	Berechtigte[69]	Wähler	%	Retter (VP)	%	Zimmerle (Gdkons)	%
1. Bühlerzell[70]	*461*	262	*56,83*	133	*28,85*	127	*27,55*
2. Ellenberg[71]	*591*	275	*46,53*	128	*21,66*	145	*24,53*

[69] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt auf der Grundlage der Angaben für 1882.
[70] Bühlerzell, Bühlertann.
[71] Ellenberg, Stödtlen, Wört.

3. Jagstzell[72]	*815*	466	*57,18*	169	*20,74*	297	*36,44*
4. Lauchheim[73]	*581*	358	*61,62*	218	*37,52*	138	*23,75*
5. Neuler[74]	*766*	468	*61,10*	163	*21,28*	303	*39,56*
6. Röhlingen[75]	*510*	336	*65,88*	176	*34,51*	160	*31,37*
7. Unterschneidheim[76]	*716*	366	*51,12*	171	*23,88*	193	*26,96*
8. Zipplingen[77]	*302*	228	*75,50*	129	*42,72*	97	*32,12*
Gesamtergebnis	**4742**	**2759**	**58,18**	**1287**	**27,14**	**1466**	**30,92**

b) Landtagswahl vom 14. Juli 1870

Q.: Beobachter Nr. 165, 19. Juli 1870.

	Berechtigte[78]	Wähler	%	Wohlfromm (Gdlib)	%	Retter (VP)	%	Zimmerle (Gdkons)	%
1. Bühlerzell[79]	*501*	300	*59,88*	11	*2,20*	173	*34,53*	116	*23,15*
2. Ellenberg[80]	*835*	499	*59,76*	4	*0,48*	251	*30,06*	244	*29,22*
3. Rosenberg[81]	*633*	407	*64,30*	1	*0,16*	210	*33,18*	196	*30,96*
4. Lauchheim	*602*	463	*76,91*	16	*2,66*	364	*60,47*	83	*13,79*
5. Neuler[82]	*680*	495	*72,79*	26	*3,82*	337	*49,56*	132	*19,41*
6. Röhlingen[83]	*640*	439	*68,59*	121	*18,91*	238	*37,19*	80	*12,50*
7. Unterschneidheim	*739*	523	*70,77*	22	*2,98*	316	*42,76*	185	*25,03*
8. Zipplingen	*313*	252	*80,51*	6	*1,92*	150	*47,92*	96	*30,67*
Gesamtergebnis	**4943**	**3398**	**68,74**	**207**	**4,19**	**2039**	**41,25**	**1132**	**22,90**

c) Landtagswahl vom 5./10. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 176.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Wohlfromm (Gdlib)	%	Retter (VP)	%	Zimmerle (Gdkons)	%
4814	**1438**	**29,9**	**3503**	**72,8**	**24**	**0,5**	**3254**	**67,6**	**98**	**2,04**

[72] Jagstzell, Rindelbach, Rosenberg.
[73] Lauchheim, Lippach, Westhausen.
[74] Neuler, Dalkingen, Schrezheim, Schwabsberg.
[75] Röhlingen, Pfahlheim.
[76] Unterschneidheim, Nordhausen, Tannhausen, Walxheim, Zöbingen.
[77] Zipplingen, Benzenzimmern, Geislingen, Unterwilflingen.
[78] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt auf der Grundlage der Angaben für 1882.
[79] Die Wahldistrikte 1, 4, 7 und 8 stimmen mit denen von 1868 überein.
[80] Ellenberg, Rindelbach, Stödtlen, Wört.
[81] Jagstzell, Rosenberg.
[82] Neuler, Schrezheim, Schwabsberg.
[83] Röhlingen, Dalkingen, Pfahlheim.

14. Ellwangen/Stadt

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 6, Bl. 29/32; Jagstzeitung Nr. 81, 11. Juli 1868.

Berechtigte	Wähler	%	Bayrhammer (Gd)	%
678	**464**	**68,4**	**436**	**64,31**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 172; Jagstzeitung Nr. 145, 8. Dezember 1870, S. 581.

Berechtigte	Wähler	%	H. Bucher (DP)	%	Bayrhammer (Gd)	%
687	**437**	**63,6**	**69**	**10,0**	**361**	**52,55**

15. Oberamt Esslingen

a) Landtagswahl vom 8./9.und 15. Juli 1868

Q.: Beobachter Nr. 166, 18. Juli 1868; Esslinger Zeitung, 11. Juli 1868, S. 187 und 18. Juli 1868, S. 211.

	Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Wolff (Min)	%	Deffner (VP)	%
1. Esslingen	2884	1335	46,3	2347	81,38	64	2,22	2113	74,40
2. Altbach[84]	662	251	37,9	534	80,66	41	6,19	435	65,7
3. Köngen[85]	672	226	33,6	504	75,00	18	2,68	441	65,6
4. Nellingen[86]	394	161	40,9	334	84,77	39	9,90	285	72,3
5. Neuhausen[87]	853	332	38,9	502	58,85	26	3,05	463	54,3
6. Plochingen[88]	876	340	38,8	762	86,99	92	10,50	578	66
Gesamtergebnis[89]	**6340**	**2645**	**41,7**	**4983**	**78,60**	**280**	**4,42**	**4315**	**68,1**

[84] Altbach, Aichschieß, Hegensberg, Oberesslingen, Zell.

[85] Köngen, Wendlingen.

[86] Nellingen, Berkheim.

[87] Neuhausen, Denkendorf.

[88] Plochingen, Deizisau, Pfauhausen, Steinbach.

[89] Die Anzahl der leeren Stimmzettel (DP-Wähler) betrug in der Reihenfolge der Distrikte: 102 (3,54%), 10 (1.51%), 8 (1,19%), 7 (1,78%), 8 (0,94%), 51 (5,82%); insgesamt 186 (2,93%).

b) Landtagswahl vom 5./6. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 180; Beobachter Nr. 292, 10. Dezember 1870; Deutsches Volksblatt Nr. 289, 9. Dezember 1870.

	Berechtigte	Wähler	%	Wolff (Min)	%	Tafel (VP)	%
1. Esslingen[90]	3078	2081	67,61	1129	36,68	939	30,51
2. Altbach	630	515	81,75	342	54,29	170	26,98
3. Köngen	683	468	68,52	355	51,98	107	15,67
4. Denkendorf[91]	694	548	78,96	345	49,71	203	29,25
5. Neuhausen[92]	545	395	72,48	20	3,67	375	68,81
6. Plochingen	818	657	80,32	409	50,00	247	30,20
Gesamtergebnis	**6448**	**4664**	**72,33**	**2600**	**40,32**	**2041**	**31,65**

16. Oberamt Freudenstadt

a) Landtagswahl vom 8./14. Juli 1868

Q.: Extra-Beilage zum Staatsanzeiger, 9. Juli 1868; HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 6, Bl. 681.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Walther (DP)	%	Hegel (VP)	%
5031	**2300**	**45,7**	**4366**	**86,8**	**3123**	**62,1**	**1115**	**22,1**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 185; Der Grenzer Nr. 144, 8. Dezember 1870, S. 579.

	Berechtigte[93]	Wähler	%	Walther (DP)	%	Hegel (VP)	%
1. Freudenstadt	*987*	535	*54,20*	477	*48,33*		
2. Baiersbronn	*905*	473	*52,27*	467	*51,60*		
3. Röt[94]	*470*	314	*66,81*	307	*65,32*		
4. Grüntal[95]	*521*	190	*36,47*	182	*34,93*		
5. Göttelfingen[96]	*295*	292	*98,98*	284	*96,27*		

[90] Einteilung der Wahldistrikte 1, 2, 3 und 6 wie 1868.

[91] Denkendorf, Nellingen, Berkheim.

[92] Neuhausen.

[93] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Werte für 1882.

[94] Röt, Reichenbach, Heselbach, Hutzenbach, Schwarzenberg.

[95] Grüntal, Aach, Dietersweiler, Hallwangen, Wittlensweiler, Obermusbach, Untermusbach.

[96] Göttelfingen, Besenfeld, Hochdorf, Igelsberg, Erzgrube.

6. Pfalzgrafenweiler[97]	*567*	462	*81,48*	412	*72,66*			
7. Dornstetten[98]	*598*	516	*86,29*	436	*72,91*	64		*10,70*
8. Loßburg[99]	*503*	400	*79,52*	283	*56,26*			
Gesamtergebnis	**4846**	**3182**	**65,66**	**2848**	**58,77**	**65**		**1,34**

17. Oberamt Gaildorf

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Kausler (DP)	%	Lanzberg (VP)	%	Schließmann (VP)	%	Combe (Gd)	%
1. Gaildorf[100]	656	*382*[101]	58,23	289	44,05	64	9,76	23	3,51	6	0,91
2. Eutendorf[102]	442	*226*	51,13	93	21,04	93	21,04	40	9,05	0	0,00
3. Mittelfischach[103]	612	*358*	58,50	124	20,26	178	29,08	56	9,15	0	0,00
4. Laufen[104]	579	*296*	51,12	206	35,58	61	10,54	29	5,01	0	0,00
5. Eschach[105]	698	*385*	55,16	27	3,87	231	33,09	32	4,58	95	13,61
6. Gschwend[106]	615	*395*	64,23	143	23,25	10	1,63	13	2,11	229	37,24
7. Oberrot[107]	626	*385*	61,50	13	2,08	4	0,64	368	58,79	0	0,00
Gesamtergebnis	**4228**	**2437**	**57,64**	**895**	**21,2**	**641**	**15,2**	**561**	**13,3**	**330**	**7,81**

b) Stichwahl vom 21. Juli 1868

Q.: Der Kocherbote Nr. 83, 25. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Kausler (DP)	%	Lanzberg (VP)	%
1. Gaildorf	656	395	60,21	185	28,20	208	31,71
2. Eutendorf	442	259	58,60	68	15,38	191	43,21
3. Mittelfischach	612	398	65,03	126	20,59	267	43,63
4. Laufen	579	369	63,73	250	43,18	118	20,38

[97] Pfalzgrafenweiler, Herzogsweiler, Durrweiler, Cresbach, Wernersberg, Grömbach, Edelweiler. – In Pfalzgrafenweiler stimmten 84 Wähler für Forstmeister Neudörffer (DP), den ehemaligen Revierförster.

[98] Dornstetten, Neuneck, Glatten, Böffingen, Oberiflingen, Unteriflingen, Schopfloch, Tumlingen, Untermusbach.

[99] Loßburg, Rodt, Schömberg, Reinerzau, Wittendorf, Lombach.

[100] Gaildorf, Unterrot, Fichtenberg (Vichberg).

[101] 10 ungültige/zersplitterte Stimmen lassen sich nicht zuordnen.

[102] Eutendorf, Michelbach, Ödendorf.

[103] Mittelfischach, Geifertshofen, Oberfischach, Obersontheim.

[104] Laufen, Sulzbach, Untergröningen.

[105] Eschach, Frickenhofen, Obergröningen, Ruppertshofen.

[106] Gschwend, Altersberg, Vordersteinenberg.

[107] Oberrot, Hausen, Hütten.

5. Eschach	698	402	57,59	118	16,91	284	40,69
6. Gschwend	615	349	56,75	161	26,18	188	30,57
7. Oberrot	626	289	46,17	39	6,23	245	39,14
Gesamtergebnis	**4228**	**2461**	**58,21**	**947**	**22,40**	**1501**	**35,50**

c) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 203.

	Berechtigte	Wähler	%	Scheurlen (Min)	%	Schließ-mann (VP)	%	Abt (Gd)	%
1. Gaildorf[108]	678	389	57,37	380	56,05	8	1,18	0	0
2. Eutendorf	429	240	55,94	226	52,68	6	1,40	0	0
3. Mittelfischach	619	302	48,79	258	41,68	11	1,78	31	5,01
4. Laufen	582	390	67,01	262	45,02	0	0,00	128	21,99
5. Eschach	711	416	58,51	393	55,27	1	0,14	18	2,53
6. Gschwend	627	467	74,48	407	64,91	0	0,00	0	0,00
7. Oberrot	608	282	46,38	146	24,01	131	21,55	2	0,33
Gesamtergebnis	**4254**	**2486**	**58,4**	**2132**	**50,12**	**157**	**3,69**	**179**	**4,21**

d) Landtagsnachwahl vom 16./22. Mai 1872

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 191.

	Berechtigte	Wähler[109]	%	M. Kern (DP)	%	Schließmann (VP)	%
1. Gaildorf	709	620	87,45	594	83,78	7	0,99
2. Eutendorf[110]	427	349	81,73	333	77,99	4	0,94
3. Mittelfischach[111]	622	505	81,19	428	68,81	6	0,96
4. Laufen	603	419	69,49	409	67,83	1	0,17
5. Eschach	716	529	73,88	523	73,04	0	0,00
6. Gschwend	634	483	76,18	410	64,67	30	4,73
7. Oberrot	613	478	77,98	302	49,27	132	21,53
Gesamtergebnis	**4324**	**3383**	**78,2**	**2999**	**69,36**	**180**	**4,16**

[108] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

[109] Ergebnis der Ergänzungswahl; am 16. Mai hatte weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten abgestimmt.

[110] Eutendorf, Michelbach.

[111] Mittelfischach, Geifertshofen, Oberfischach, Obersontheim, Ödendorf; Distrikte ansonsten wie 1868.

18. Oberamt Geislingen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Deutsches Volksblatt Nr. 161, 12. Juli 1868; Ulmer Schnellpost Nr. 162, 14. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	R. Römer (DP)	%	Zeh (Min)	%	J. Bucher (Gd)	%
1. Geislingen[112]	834	719	86,21	675	80,94	42	5,04	2	0,24
2. Kuchen[113]	927	747	80,58	693	74,76	46	4,96	3	0,32
3. Donzdorf[114]	839	665	79,26	150	17,88	23	2,74	479	57,09
4. Eybach[115]	504	414	82,14	313	62,10	5	0,99	96	19,05
5. Böhmenkirch[116]	664	504	75,90	41	6,17	2	0,30	461	69,43
6. Überkingen[117]	585	422	72,14	387	66,15	35	5,98	0	0,00
7. Deggingen[118]	777	314	40,41	12	1,54	1	0,13	301	38,74
8. Wiesensteig[119]	782	510	65,22	1	0,13	15	1,92	494	63,17
Gesamtergebnis	**5911**	**4282**	**72,44**	**2272**	**38,44**	**169**	**2,86**	**1836**	**31,06**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.:HStAS E 150, Bü 657, Fasz. 6, Bl. 257/258.

	Berechtigte	Wähler	%	R. Römer (DP)	%	J. Bucher (Gd)	%
1. Geislingen	*780*[120]	726	*93,1*	722	*92,6*	3	*0,4*
2. Kuchen	931[121]	857	92,05	855	*91,84*	2	*0,21*
3. Donzdorf	*852*[122]	648	*76,1*	214	*25,1*	432	*50,7*
4. Eybach	507	443	87,38	373	*73,57*	70	*13,81*
5. Böhmenkirch	*678*	540	*79,6*	61	*9,0*	479	*70,7*
6. Überkingen	600	516	86,00	516	*86,00*	0	*0,00*
7. Deggingen	*776*	565	*72,8*	63	*8,1*	502	*64,7*
8. Wiesensteig	*781*	634	*81,2*	23	*2,9*	611	*78,2*
Gesamtergebnis	**5905**	**4979**	**84,32**	**2877**	**48,72**	**2099**	**35,55**

[112] Geislingen, Weiler, Amstetten.

[113] Kuchen, Altenstadt, Giengen.

[114] Donzdorf, Nenningen, Großsüßen, Kleinsüßen.

[115] Eybach, Bräunisheim, Hofstett-Emerbuch, Schalkstetten, Schnittlingen, Stetten, Waldhausen, Stubersheim.

[116] Böhmenkirch, Weißenstein, Treffelhausen, Steinenkirch.

[117] Überkingen, Aufhausen, Türkheim, Oppingen, Hausen, Unterböhringen.

[118] Deggingen, Ditzenbach, Gosbach, Reichenbach.

[119] Wiesensteig, Drackenstein, Mühlhausen, Hohenstadt, Westerheim.

[120] Geschätzt aufgrund der Angaben des Oberamtmanns: HStA Stuttgart E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 257f.

[121] Angaben für die Distrikte Kuchen, Überkingen und Eybach nach „Schwäbische Volkszeitung" Nr. 295, 13. Dezember 1870, S. 1209 „Geislingen, 8. Dezbr."; die Wahlbeteiligung für die Stadt wird dort mit 96% angegeben.

[122] Angaben für die Distrikte Donzdorf, Böhmenkirch, Deggingen und Wiesensteig geschätzt aufgrund der Zahlen für 1868.

c) Landtagswahl vom 8. Januar 1872

Q.: Schw. Kronik 1872, S. 197; HStAS E 150, Bü 858, Nr. 17, Oberamt Geislingen, Anlage zum Bericht des Oberamts vom 14. Dezember 1876 betr. die Wahl des Kreisgerichtsrats Hohl zum Landtagsabgeordneten.

	Berechtigte[123]	Wähler	%	Gaupp (DP)	%	Hohl (kons)	%
1. Geislingen[124]	*959*	847	*88,32*	*727*	*75,81*	120	*12,51*
2. Kuchen[125]	*932*	845	*90,67*	833	*89,38*	12	*1,29*
3. Donzdorf[126]	*839*	736	*87,72*	186	*22,17*	550	*65,55*
4. Stubersheim[127]	*514*	434	*84,44*	429	*83,46*	5	*0,97*
5. Böhmenkirch[128]	*684*	624	*91,23*	49	*7,16*	575	*84,06*
6. Überkingen[129]	*577*	508	*88,04*	469	*81,28*	39	*6,76*
7. Deggingen[130]	*811*	730	*90,01*	5	*0,62*	725	*89,40*
8. Wiesensteig[131]	*795*	717	*90,19*	2	*0,25*	715	*89,94*
Gesamtergebnis	**6111**	**5441**	**89,04**	**2700**	**44,18**	**2740**	**44,84**

19. Oberamt Gerabronn

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Extra-Beilage zum Staatsanzeiger, 9. Juli 1868.

Berechtigte	Wähler	%	Egelhaaf (Gd)	%	Gackstatter (VP)	%
5427	**2844**	**52,4**	**2164**	**39,9**	**584**	**10,8**

[123] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben von 1882.
[124] Geislingen, Eybach, Stötten.
[125] Wie 1868.
[126] Donzdorf, Nenningen, Großsüßen, Kleinsüßen, Schnittlingen.
[127] Stubersheim, Weiler, Amstetten, Oppingen, Bräunisheim, Schalkstetten, Hofstett-Emerbuch, Waldhausen.
[128] Wie 1868.
[129] Überkingen, Aufhausen, Türkheim, Hausen, Unterböhringen.
[130] Wie 1868.
[131] Wie 1868.

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 271/272; Der Frankenspiegel Jg. 8, Nr. 2, 13. Februar 1956.

	Berechtigte	Wähler[132]	%	Ankelen (DP)	%	Egelhaaf (Gd)	%
1. Gerabronn[133]	*665*	536	*80,60*	17	*2,56*	518	*77,89*
2. Blaufelden[134]	*1051*	667	*63,46*	106	*10,09*	558	*53,09*
3. Kirchberg[135]	*708*	458	*64,69*	212	*29,94*	246	*34,75*
4. Niederstetten[136]	*710*	495	*69,72*	423	*59,58*	86	*12,11*
5. Brettheim[137]	*562*	346	*61,58*	24	*4,27*	321	*57,12*
6. Langenburg[138]	*623*	479	*76,89*	288	*46,23*	187	*30,02*
7. Schrozberg[139]	*601*	349	*58,06*	284	*47,25*	64	*10,65*
8. Bartenstein[140]	*403*	279	*69,23*	128	*31,76*	150	*37,22*
Gesamtergebnis	**5323**	**3629**	**68,18**	**1482**	**27,84**	**2130**	**40,02**

20. Oberamt Gmünd

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Deutsches Volksblatt Nr. 162, 14. Juli 1868; Rems-Zeitung Nr. 131, 10. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Karle (Gdkons)	%	Streich (Gdlib)	%
1. Gmünd	1671	1125	67,3	415	24,84	690	41,29
2. Leinzell[141]	809	533	65,88	203	25,09	326	40,30
3. Durlangen[142]	543	320	58,93	237	43,65	82	15,10
4. Heubach[143]	792	523	66,04	213	26,89	308	38,89
5. Rechberg[144]	637	384	60,28	330	51,81	53	8,32
6. Waldstetten[145]	579	460	79,45	436	75,30	24	4,15
7. Mögglingen[146]	393	295	75,06	132	33,59	162	41,22
Gesamtergebnis	5424	3640	67,1	1966	36,3	1646	30,4

[132] 20 ungültige Stimmen lassen sich nicht zuordnen.
[133] Gerabronn, Amlishagen, Beimbach, Dünzbach, Michelbach a. d. H.
[134] Blaufelden, Hengstfeld, Rot am See, Wellhausen, Wiesenbach, Wittenweiler.
[135] Kirchberg, Gaggstadt, Hornberg, Lendsiedel, Ruppertshofen.
[136] Niederstetten, Oberstetten, Spielbach, Wildentierbach.
[137] Brettheim, Gammesfeld, Hausen, Michelbach a. d. L., Reubach.
[138] Langenburg, Bächlingen, Obersteinach, Raboldshausen.
[139] Schrozberg, Leuzendorf, Schmalfelden.
[140] Bartenstein, Herrentierbach, Riedbach.
[141] Leinzell, Täferrot, Göggingen, Herlikofen, Iggingen.
[142] Durlangen, Mutlangen, Lindach, Spraitbach.
[143] Heubach, Oberböbingen, Bartholomä, Bargau.
[144] Rechberg, Reichenbach, Straßdorf, Winzingen, Wißgoldingen.
[145] Waldstetten, Weiler, Degenfeld, Oberbettringen.
[146] Mögglingen, Lautern, Unterböbingen.

b) Landtagsnachwahl vom 18. Dezember 1869

Q.: Rems-Zeitung Nr. 250, 22. Dezember 1869; Beobachter Nr. 298, 22. Dezember 1869.

	Berechtigte	Wähler	%	Hahn (Min)	%	Forster (VP)	%	Wiest (Gd)	%
1. Gmünd	1738	1046	60,18	335	19,28	506	29,11	186	10,70
2. Leinzell	832	476	57,21	50	6,01	272	32,69	148	17,79
3. Durlangen	542	249	45,94	24	4,43	43	7,93	181	33,39
4. Heubach	812	480	59,11	8	0,99	254	31,28	216	26,60
5. Rechberg[147]	457	333	72,87	9	1,97	20	4,38	304	66,52
6. Waldstetten[148]	786	535	68,07	51	6,49	87	11,07	396	50,38
7. Mögglingen	401	294	73,32	6	1,50	8	2,00	275	68,58
Gesamtergebnis	**5568**	**3413**	**61,30**	**483**	**8,67**	**1190**	**21,37**	**1706**	**30,64**

c) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 277/285.

	Berechtigte	Wähler	%	Streich (lib)[149]	%	Wiest (Gd)	%
1. Gmünd[150]	1736	970	55,88	755	43,49	208	11,98
2. Leinzell	789	400	50,70	285	36,12	115	14,58
3. Durlangen	535	296	55,33	94	17,57	202	37,76
4. Heubach	799	467	58,45	418	52,32	48	6,01
5. Rechberg	631	346	54,83	40	6,34	305	48,34
6. Waldstetten	563	378	67,14	64	11,37	313	55,60
7. Mögglingen	407	291	71,50	102	25,06	188	46,19
Gesamtergebnis	**5460**	**3148**	**57,66**	**1758**	**32,20**	**1379**	**25,26**

[147] Rechberg, Reichenbach, Winzingen, Wißgoldingen.

[148] Waldstetten, Weiler, Degenfeld, Oberbettringen, Straßdorf.

[149] Streich tritt nunmehr für den Beitrittsvertrag ein.

[150] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

21. Oberamt Göppingen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Beobachter Nr. 164, 16. Juli 1868; Extrablatt des Göppinger Wochenblatts, 10. Juli 1878; Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 193.

	Berechtigte[151]	Wähler	%	Hölder (DP)	%	Haußmann (Min)	%	Beckh (VP)	%
1. Göppingen[152]	*1780*	1336	*75,06*	481	*27,02*	66	*3,71*	782	*43,93*
2. Boll[153]	*1301*	692	*53,19*	212	*16,30*	177	*13,60*	300	*23,06*
3. Ebersbach[154]	*930*	565	*60,75*	181	*19,46*	200	*21,51*	182	*19,57*
4. Großeislingen[155]	*1083*	647	*59,74*	191	*17,64*	127	*11,73*	326	*30,10*
5. Hattenhofen[156]	*788*	451	*57,23*	161	*20,43*	171	*21,70*	116	*14,72*
6. Hohenstaufen[157]	*420*	198	*47,14*	33	*7,86*	30	*7,14*	133	*31,67*
7. Rechberghausen[158]	*613*	439	*71,62*	221	*36,05*	53	*8,65*	163	*26,59*
Gesamtergebnis	**6915**	**4328**	**62,59**	**1480**	**21,40**	**824**	**11,91**	**2002**	**28,95**

b) Stichwahl vom 25. Juli 1868

Q.: Der Hohenstaufen Nr. 61, 31. Juli 1868; Beobachter Nr. 178, 1. August 1868; Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 188.

	Berechtigte	Wähler	%	Hölder (DP)	%	Beckh (VP)	%
1. Göppingen	*1780*	1524	*85,62*	645	*36,24*	876	*49,21*
2. Boll	*1301*	964	*74,10*	587	*45,12*	375	*28,82*
3. Ebersbach	*930*	645	*69,35*	355	*38,17*	287	*30,86*
4. Großeislingen	*1083*	881	*81,35*	430	*39,70*	449	*41,46*
5. Hattenhofen	*788*	596	*75,63*	352	*44,67*	242	*30,71*
6. Hohenstaufen	*420*	366	*87,14*	168	*40,00*	195	*46,43*
7. Rechberghausen	*613*	517	*84,34*	308	*50,24*	207	*33,77*
Gesamtergebnis	**6915**	**5493**	**79,44**	**2845**	**41,14**	**2631**	**38,05**

[151] Anzahl der Stimmberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1870.

[152] Göppingen, Faurndau, Jebenhausen.

[153] Boll, Auendorf, Betzgenried, Dürnau, Eschenbach, Gammelshausen, Gruibingen, Heiningen.

[154] Ebersbach, Bünzwangen, Holzhausen, Uhingen, Reichenbach.

[155] Großeislingen, Holzheim, Kleineislingen, Salach, Schlat.

[156] Hattenhofen, Albershausen, Schlierbach, Sparwiesen.

[157] Hohenstaufen, Maitis, Ottenbach.

[158] Rechberghausen, Wangen, Bartenbach, Bierenbach, Börtlingen, Oberwälden.

c) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 286f.; Göppinger Wochenblatt Nr. 113, 8. Dezember 1870; Nl Hölder, Fasz. XIV, Stück 467, 472.

	Berechtigte	Wähler	%	Hölder (DP)	%	Amos (VP)	%
1. Göppingen[159]	1780	1343	75,45	672	37,75	668	37,53
2. Boll	1301	887	68,18	734	56,42	150	11,53
3. Ebersbach	930	543	58,39	324	34,84	219	23,55
4. Großeislingen	1083	708	65,37	477	44,04	229	21,14
5. Hattenhofen	788	513	65,10	370	46,95	143	18,15
6. Hohenstaufen	416	286	68,75	187	44,95	98	23,56
7. Wangen	611	468	76,60	327	53,52	140	22,91
Gesamtergebnis	**6909**	**4748**	**68,72**	**3091**	**44,74**	**1647**	**23,84**

22. Oberamt Hall

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 560; Beobachter Nr. 164, 16. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Happold (DP)	%	Österlen (VP)	%
1. Hall[160]	1314	1066	81,13	151	11,49	909	69,18
2. Hessental	327	203	62,1	56	17,1	145	44,3
3. Michelfeld	639	371	58,1	145	22,7	223	34,9
4. Untermünkheim	723	436	60,3	269	37,2	162	22,4
5. Geislingen	215	151	70,2	67	31,2	84	39,1
6. Uttenhofen	424	293	69,1	203	47,9	91	21,5
7. Sulzdorf	628	380	60,5	94	15	281	44,8
8. Ilshofen	709	533	75,2	378	53,3	153	21,6
Gesamtergebnis	**4979**	**3433**	**68,95**	**1362**	**27,35**	**2048**	**41,13**

[159] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868; in Distrikt 7 erfolgt die Abstimmung in Wangen.
[160] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 298/299.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	Bockshammer (DP)	%	Österlen (dem)	%
1. Hall	**1212**	**1005**	**82,9**	**386**	**31,9**	**607**	**50,1**
2. Hessental	**333**	**199**	**59,8**	**68**	**20,4**	**127**	**38,1**
Hessental	110	82	74,6				
Steinbach	179	88	49,2				
Weckrieden	44	29	65,9				
3. Michelfeld	**575**	**290**	**50,4**	**101**	**17,6**	**182**	**31,7**
Bibersfeld	188	90	47,9				
Bubenorbis	159	69	43,4				
Michelfeld	228	131	57,5				
4. Untermünkheim	**672**	**391**	**58,2**	**212**	**31,6**	**162**	**24,1**
Eltershofen	64	33	51,6				
Enslingen	121	83	68,6				
Gailenkirchen	161	63	39,1				
Gelbingen	64	43	67,2				
Übrigshausen	78	41	52,6				
Untermünkheim	184	128	69,6				
5. Geislingen	**219**	**143**	**65,3**	**85**	**38,8**	**58**	**26,5**
Arnsdorf	56	32	57,1				
Geislingen	117	85	72,7				
Orlach	46	26	56,5				
6. Uttenhofen	**417**	**291**	**69,8**	**143**	**34,3**	**143**	**34,3**
Rieden	142	84	59,2				
Uttenhofen	162	119	73,5				
Westheim	113	88	77,9				
7. Sulzdorf	**636**	**366**	**57,6**	**126**	**19,8**	**227**	**35,7**
Sulzdorf	144	122	84,7				
Tüngental	143	96	67,1				
Untersontheim	135	31	23				
Vellberg	214	117	54,7				
8. Ilshofen	**711**	**472**	**66,4**	**263**	**37**	**205**	**28,8**
Eckartshausen/ Allmerspann	80	37	46,3				
Großaltdorf	133	107	80,5				
Ilshofen	161	128	79,5				
Unteraspach	114	70	61,4				
Wolpertshausen	223	130	58,3				
Gesamtergebnis	**4775**	**3157**	**66,1**	**1384**	**29**	**1711**	**35,8**

23. Oberamt Heidenheim

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q: Der Grenzbote, 11. Juli 1868.

	Berechtigte[161]	Wähler	%	Fink (DP)	%	Gräslen (VP)	%	Ammermüller (VP)	%
1. Heidenheim[162]	*1104*	857	*77,63*	201	*18,21*	8	*0,72*	648	*58,7*
2. Gerstetten[163]	*1085*	569	*52,44*	495	*45,62*	4	*0,37*	70	*6,45*
3. Giengen[164]	*988*	597	*60,43*	154	*15,59*	2	*0,2*	441	*44,64*
4. Herbrechtingen[165]	*1030*	515	*50,00*	207	*20,1*	2	*0,19*	293	*28,45*
5. Königsbronn[166]	*520*	391	*75,19*	48	*9,23*	105	*20,19*	238	*45,77*
6. Schnaitheim[167]	*822*	523	*63,63*	64	*7,79*	15	*1,82*	444	*54,01*
7. Sontheim[168]	*693*	400	*57,72*	127	*18,33*	7[169]	*1,01*	198	*28,57*
8. Steinheim[170]	*728*	497	*68,27*	297	*40,8*	3	*0,41*	197	*27,06*
Gesamtergebnis	**6965**	**4390**	**63,03**	**1593**	**22,87**	**146**	**2,1**	**2529**	**36,31**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 304; Der Grenzbote Nr. 147, 8. Dezember 1870.

	Berechtigte	Wähler	%	Fink (DP)	%	Ammermüller (dem)	%
1. Heidenheim[171]	1104	910	82,43	429	38,86	476	43,12
2. Gerstetten	1085	717	66,08	654	60,28	57	5,25
3. Giengen	988	586	59,31	389	39,37	184	18,62
4. Herbrechtingen	1030	610	59,22	422	40,97	183	17,77
5. Königsbronn	520	358	68,85	157	30,19	200	38,46
6. Schnaitheim	822	564	68,61	286	34,79	273	33,21
7. Sontheim	693	416	60,03	321	46,32	89	12,84
8. Steinheim	728	553	75,96	412	56,59	137	18,82
Gesamtergebnis	**6970**	**4714**	**67,6**	**3070**	**44,1**	**1599**	**22,94**

[161] Anzahl der Wahlberechtigten wie 1870.
[162] Heidenheim, Mergelstetten.
[163] Gerstetten, Gussenstadt, Heldenfingen, Heuchlingen.
[164] Giengen, Hermaringen, Hohenmemmingen, Oggenhausen, Sachsenhausen.
[165] Herbrechtingen, Bolheim, Dettingen, Hausen, Hürben.
[166] Königsbronn, Itzelberg, Ochsenberg, Zang.
[167] Schnaitheim, Fleinheim, Nattheim.
[168] Sontheim a. d. B., Bergenweiler, Brenz, Burgberg.
[169] Weitere 68 Stimmen wurden hier für Karl „Mayer" abgegeben.
[170] Steinheim, Söhnstetten.
[171] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

24. Oberamt Heilbronn

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 8, Bl. 235/236.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Haag (DP)	%	Nickel (Min)	%	Bachmann (VP)	VP
1. Flein	**870**	**491**	**56,44**	**270**	**31,03**	**165**	**18,97**	**56**	**6,44**
Horkheim	129								
Sontheim	217								
Talheim	250								
Flein	274								
2. Untergruppenbach	**449**	**214**	**47,66**	**180**	**40,09**	**34**	**7,57**	**0**	**0**
Abstatt	198	102	51,52						
Untergruppenbach	251	112	44,62						
3. Böckingen	**637**	**376**	**59,03**	**83**	**13,03**	**73**	**11,46**	**220**	**34,54**
Frankenbach	222	75	33,78						
Böckingen	415	301	72,53						
4. Bonfeld	**581**	**287**	**49,4**	**104**	**17,9**	**170**	**29,26**	**13**	**2,24**
Biberach	250	115	46,0						
Fürfeld	128	42	32,81						
Bonfeld	203	130	64,04						
5. Großgartach	**599**	**333**	**55,59**	**216**	**36,06**	**20**	**3,34**	**97**	**16,19**
Kirchhausen	239								
Großgartach	360								
6. Neckargartach	**638**	**445**	**69,75**	**126**	**19,75**	**41**	**6,43**	**271**	**42,48**
Obereisesheim	176	113	64,2						
Untereisesheim	96	49	51,04						
Neckargartach	366	283	77,32						
Gesamtergebnis	**3774**	**2146**	**56,86**	**979**	**25,94**	**430**	**11,39**	**657**	**17,41**

b) Stichwahl vom 21. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 8, Bl. 235/236; Beobachter Nr. 191, 18. August 1868.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Haag (DP)	%	Bachmann (VP)	%
1. Flein	**870**	**516**	**59,31**	**357**	**41,03**	**157**	**18,05**
Horkheim	129						
Sontheim	217						
Talheim	250						
Flein	274						
2. Untergruppenbach	**449**	**295**	**65,7**	**265**	**59,02**	**28**	**6,24**
Abstatt	198	126	63,64				
Untergruppenbach	251	169	67,33				
3. Böckingen	**637**	**414**	**64,99**	**170**	**26,69**	**241**	**37,83**
Frankenbach	222	144	64,86				
Böckingen	415	270	65,06				

4. Bonfeld	**581**	**169**	**29,09**	**151**	**25,99**	**14**	**2,41**
Biberach	250	21	8,4				
Fürfeld	128	42	32,81				
Bonfeld	203	106	52,22				
5. Großgartach	**599**	**268**	**44,74**	**241**	**40,23**	**27**	**4,51**
Kirchhausen	239	20	8,37				
Großgartach	360	248	68,89				
6. Neckargartach	**638**	**488**	**76,49**	**166**	**26,02**	**321**	**50,31**
Obereisesheim	176						
Untereisesheim	96						
Neckargartach	366						
Gesamtergebnis	**3774**	**2150**	**56,97**	**1350**	**35,77**	**788**	**20,88**

c) Landtagswahl vom 5./9. Dezember 1870
Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 329.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Haag (DP)	%	Becher (VP)	%	Rauth (Gd)	%	andere	%
1. Flein	**827**	**274**	**33,13**	**613**	**74,12**	**375**	**45,34**	**33**	**3,99**	**163**	**19,71**	**39**	**4,72**
Horkheim	125	53	42,4	95	76								
Sontheim	198	23	11,62	131	66,16								
Talheim	233	48	20,6	162	69,53								
Flein	271	150	55,35	225	83,03								
2. Untergruppenbach	**411**	**222**	**54,01**	**378**	**91,97**	**344**	**83,7**	**2**	**0,49**	**0**	**0**	**31**	**7,54**
Abstatt	174	94	54,02	155	89,08								
Untergruppenbach	237	128	54,01	223	94,09								
3. Böckingen	**628**	**252**	**40,13**	**503**	**80,1**	**366**	**58,28**	**55**	**8,76**	**0**	**0**	**74**	**11,78**
Frankenbach	212	81	38,21	180	84,91								
Böckingen	416	171	41,11	323	77,64								
4. Bonfeld	**580**	**241**	**41,55**	**451**	**77,76**	**365**	**62,93**	**4**	**0,69**	**0**	**0**	**78**	**13,45**
Biberach	246	49	19,92	166	67,48								
Fürfeld	132	73	55,3	111	84,09								
Bonfeld	202	119	58,91	174	86,14								
5. Großgartach	**562**	**201**	**35,77**	**378**	**67,26**	**293**	**52,14**	**43**	**7,65**	**13**	**2,31**	**27**	**4,8**
Kirchhausen	227	7	3,08	86	37,89								
Großgartach	335	194	57,91	292	87,16								
6. Neckargartach	**622**	**231**	**37,14**	**502**	**80,71**	**322**	**51,77**	**82**	**13,18**	**0**	**0**	**90**	**14,47**
Obereisesheim	167	112	67,07	137	82,04								
Untereisesheim	97	28	28,87	65	67,01								
Neckargartach	358	91	25,42	300	83,8								
Gesamtergebnis	**3630**	**1420**	**39,12**	**2825**	**77,82**	**2065**	**56,89**	**219**	**6,03**	**176**	**4,85**	**339**	**9,34**

25. Heilbronn/Stadt

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 6, Bl. 60.

Berechtigte	Wähler	%	Reibel (Gd)	%
3123	**1669**	**53,44**	**1551**	**49,66**

b) Landtagswahl vom 5./9. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 324.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.	%	Fr. E. Mayer (DP)	%	Reibel (Gd)	%	Becher (dem)	%
2994	**1186**	**39,61**	**2371**	**79,19**	**1962**	**65,53**	**55**	**1,84**	**36**	**1,26**

c) Landtagswahl vom 13./19. Mai 1875

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 311/312.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	v. Rauch (ohne)	%	Lindenmayer (DP)	%	v. Rauch (ohne)	%	andere	%	ungültig	%
3453	**1611**	**46,66**	**2524**	**73,1**	**1962**	**56,82**	**146**	**4,23**	**103**[172]	**2,98**	**142**	**4,11**	**178**	**5,15**

[172] Stimmzettel ohne nähere Bezeichnung (Vorname).

26. Oberamt Herrenberg

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Extra-Beilage zum Staatsanzeiger, 9. Juli 1868.

Berechtigte	Wähler	%	Wächter (DP)	%	Renschler (VP)	%
4615	**2596**	**56,3**	**383**	**8,3**	**2176**	**47,2**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150 Bü 857, Fasz. 6, Bl. 352–354.

	Berechtigte	Wähler	%	O. Wächter (DP)	%	Renschler (VP)	%
1. Herrenberg[173]	1105	629	56,92	347	31,40	279	25,25
2. Altingen	619	286	46,20	130	21,00	155	25,04
3. Bondorf	672	341	50,74	160	23,81	175	26,04
4. Entringen	737	411	55,77	259	35,14	149	20,22
5. Gärtringen	734	414	56,40	325	44,28	88	11,99
6. Unterjettingen	527	342	64,90	123	23,34	217	41,18
Gesamtergebnis	**4394**	**2423**	**55,14**	**1344**	**30,59**	**1063**	**24,19**

c) Landtagswahl vom 8. Februar 1872

Q.: HStAS E 150 Bü 857, Fasz. 6, Bl. 340.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Morlock (Min)	%	Renschler (VP)	%
1. Herrenberg	**1132**	**658**	**58,13**	**568**	**50,18**	**90**	**7,95**
Herrenberg	412	367	89,08				
Affstätt	70						
Gültstein	177						
Haslach	83						
Hildrizhausen	190						
Kuppingen	200						
2. Altingen	**639**	**349**	**54,62**	**251**	**39,28**	**99**	**15,49**
Altingen	190						
Kayh	108						
Mönchberg	84						
Oberndorf	143						
Reusten	114						
3. Bondorf	**690**	**313**	**45,36**	**142**	**20,58**	**172**	**24,93**
Bondorf	289						
Mötzingen	187						
Nebringen	80						
Tailfingen	135						

[173] Einteilung der Wahldistrikte wie 1872.

4. Entringen	**767**	**382**	**49,80**	**319**	**41,59**	**63**	**8,21**
Breitenholz	125						
Entringen	225						
Pfäffingen	67						
Poltringen	126						
Unterjesingen	224						
5. Gärtringen	**763**	**408**	**53,47**	**385**	**50,46**	**21**	**2,75**
Gärtringen	283						
Nufringen	227						
Oberjesingen	151						
Rohrau	102						
6. Unterjettingen	**538**	**310**	**57,62**	**55**	**10,22**	**255**	**47,40**
Oberjettingen	158						
Öschelbronn	159						
Unterjettingen	221						
Gesamtergebnis	**4529**	**2420**	**53,43**	**1720**	**37,98**	**700**	**15,46**

27. Oberamt Horb

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Horber Chronik Nr. 81, 10. Juli 1868, S. 331.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Heiler (DP)	%	Erath (VP)	%
1. Horb	**1156**	**631**	**54,58**						
Horb	374	262	70,05						
Bildechingen	145	113	77,93						
Ihlingen	24	17	70,83						
Isenburg	51	15	29,41						
Mühlen	126	74	58,73						
Nordstetten	225	104	46,22						
Rexingen	211	46	21,80						
2. Eutingen	**1167**	**477**	**40,87**						
Baisingen	136	59	43,38						
Eutingen	254	88	34,65						
Göttelfingen	77	20	25,97						
Gündringen	108	21	19,44						
Hochdorf	144	7	4,86						
Rohrdorf	94	69	73,40						
Vollmaringen	132	66	50,00						
Weitingen	222	147	66,22						
3. Salzstetten	**728**	**307**	**42,17**						
Altheim	202	58	28,71						
Bittelbronn	67	40	59,70						
Grünmettstetten	147	84	57,14						
Lützenhardt	100	22	22,00						
Salzstetten	212	103	48,58						

4. Mühringen	**397**	**206**	**51,89**						
Ahldorf	143	50	34,97						
Mühringen	148	85	57,43						
Wiesenstetten	106	71	66,98						
5. Bierlingen	**638**	**404**	**63,32**						
Bieringen	109	75	68,81						
Bierlingen	178	122	68,54						
Börstingen	96	61	63,54						
Felldorf	84	51	60,71						
Sulzau	41	12	29,27						
Wachendorf	130	83	63,85						
Gesamtergebnis	**4086**	**2025**	**49,6**	**3365**	**82,4**	**74**	**1,8**	**3110**	**76,13**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 361ff.; StASig Wü 65/13, Bd. 1, Bü 16, Oberamt Horb, Wahlen der Abgeordneten 1868ff.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Schweizer (DP)	%	Erath (VP)	%
1. Horb	**1122**	**780**	**69,52**	**115**	**10,25**	**660**	**58,82**
Horb	362						
Bildechingen	139						
Ihlingen	23						
Isenburg	51						
Mühlen	116						
Nordstetten	231						
Rexingen	200						
2. Eutingen	**1156**	**631**	**54,58**	**247**	**21,37**	**319**	**27,60**
Baisingen	137						
Eutingen	257						
Göttelfingen	66						
Gündringen	110						
Hochdorf	144						
Rohrdorf	91						
Vollmaringen	127						
Weitingen	224						
3. Salzstetten	**710**	**437**	**61,55**	**19**	**2,68**	**416**	**58,59**
Altheim	199						
Bittelbronn	64						
Grünmettstetten	145						
Lützenhardt	98						
Salzstetten	202						
4. Mühringen	**390**	**264**	**67,69**	**29**	**7,44**	**234**	**60,00**
Ahldorf	138						
Mühringen	151						
Wiesenstetten	101						

5. Bierlingen	**604**	**453**	**75,00**	**53**	**8,77**	**398**	**65,89**
Bieringen	104						
Bierlingen	161						
Börstingen	88						
Felldorf	90						
Sulzau	39						
Wachendorf	122						
Gesamtergebnis	**3980**	**2565**	**64,5**	**463**[174]	**11,6**	**2087**[175]	**52,4**

28. Oberamt Kirchheim

0) Zollparlamentswahl vom 24. März 1868

Q.: StASig Wü 65/40 T 1, Oberamt Urach, Zollparlamentswahl.

	Berechtigte	Wähler	%	H. Otto (DP)	%	v. Varnbüler (Min)	%
1. Kirchheim u. T.	1002	465	46,41	197	19,66	265	26,45
2. Bissingen	366	176	48,09	27	7,38	148	40,44
3. Dettingen	421	214	50,83	18	4,28	191	45,37
4. Neidlingen	324	190	58,64	27	8,33	163	50,31
5. Notzingen	241	171	70,95	42	17,43	128	53,11
6. Oberlenningen	479	307	64,09	30	6,26	276	57,62
7. Ötlingen	234	129	55,13	27	11,54	100	42,74
8. Schmiden	452	260	57,52	27	5,97	233	51,55
9. Owen	425	188	44,24	103	24,24	85	20,0
10. Roßwälden	401	180	44,89	41	10,22	139	34,66
11. Schopfloch	230	175	76,09	29	12,61	146	63,48
12. Weilheim	661	358	54,16	32	4,84	326	49,32
13. Zell	288	162	56,25	1	0,35	161	55,9
Gesamtergebnis	**5524**	**2975**	**53,86**	**601**	**10,88**	**2361**	**42,74**

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Nl Hölder, Fasz. XI, Stück 211; Stadtarchiv Kirchheim, Akte A 31.

	Berechtigte	Wähler	%	Chr. Mayer (DP/VP)	%	Hirzel (Min)	%	Faber (Gd)	%
Kirchheim[176]	**1384**	**977**	**70,59**	**715**	**51,66**	**250**	**18,06**	**3**	**0,22**
Kirchheim	970	695	71,65						
Jesingen	*181*[177]	127	*70,17*						
Lindorf	*71*	45	*63,38*						
Ötlingen	*162*	110	*67,90*						

[174] Davon 53 Stimmen ungültig wegen unvollständiger Namensangabe.
[175] Davon 398 Stimmen ungültig wegen unvollständiger Namensangabe.
[176] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.
[177] Schätzwerte aufgrund der Angaben für 1870.

2. Owen	1140	*646*	*56,67*	566	*49,65*	46	*4,04*	34	*2,98*
3. Notzingen	*596*	*426*	*71,48*	366	*61,41*	50	*8,39*	10	*1,68*
4. Oberlenningen	*598*	*390*	*65,22*	301	*50,33*	79	*13,21*	10	*1,67*
5. Weilheim	*1051*	*842*	*80,11*	138	*13,13*	25	*2,38*	679	*64,61*
6. Zell	*512*	*355*	*69,34*	238	*46,48*	93	*18,16*	24	*4,69*
Gesamtergebnis	5281	3675	69,59	2324	44,01	543	10,11	760	14,39

b) Landtagswahl vom 5./12. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 366.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Chr. Mayer (Min/DP) 1. Wg.	%	Mayer ges.	%	Faber/ Betz (Gd/lib-dem)	%
1. Kirchheim	**1369**	**686**	**50,1**	**1133**	**82,8**	**670**	**48,9**	**1058**	**77,3**	**10**	**0,73**
Kirchheim	952	511	53,7	784	82,4						
Jesingen	181	66	36,5	144	79,6						
Lindorf	72	31	43,1	61	84,7						
Ötlingen	164	78	47,6	144	87,8						
2. Owen	**1131**	**437**	**38,6**	**802**	**70,9**	**416**	**36,8**	**681**	**60,2**	**21**	**1,86**
Bissingen m. Hinterberg	281	117	41,6	203	72,2						
Brucken	91	42	46,2	73	80,2						
Dettingen	380	135	35,5	249	65,5						
Nabern	89	40	44,9	54	60,7						
Owen	290	103	35,5	223	76,9						
3. Notzingen	**594**	**309**	**52**	**470**	**79,1**	**305**	**51,4**	**441**	**74,2**	**0**	**0**
Hochdorf	193	76	39,4	154	79,8						
Notzingen m. Wellingen	210	161	76,7	193	91,9						
Roßwälden m. Sulzach, Weiler	191	72	37,7	123	64,4						
4. Oberlenningen	**596**	**272**	**45,6**	**446**	**74,8**	**262**	**44**	**408**	**68,5**	**8**	**1,34**
Gutenberg m. Kerbstein	120	60	50	96	80						
Oberlenningen	157	100	63,7	144	91,7						
Schlattstall	31	15	48,4	21	67,7						
Schopfloch m. Torfgrube	142	34	23,9	67	47,2						
Unterlenningen u.a.	146	63	43,2	118	80,8						
5. Weilheim	**1044**	**320**	**30,7**	**857**	**82,1**	**264**	**25,3**	**458**	**43,9**	**293**[178]	**28,1**
Hepsisau	107	60	56,1	86	80,4						
Neidlingen	191	52	27,2	139	72,8						
Ochsenwang m. Raudeck	73	54	74	64	87,7						
Weilheim u.a.	673	154	22,9	568	84,4						

[178] davon 283 für Faber.

6. Zell	**511**	**267**	**52,3**	**407**	**79,7**	**267**	**52,3**	**375**	**73,4**	**9**	**1,76**
Holzmaden	107	68	63,6	92	86						
Ohmden	140	86	61,4	98	70						
Zell u.a.	264	113	42,8	217	82,2						
Gesamtergebnis	**5245**	**2291**	**43,7**	**4115**	**78,5**	**2184**	**41,6**	**3415**	**65,1**	**341**[179]	**6,5**

29. Oberamt Künzelsau

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 485; Extra-Beilage zum Staatsanzeiger 9. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Speidel (Min)	%	Becher (VP)	%
Gesamtergebnis	**5388**[180]	**3570**	**66,3**	**1331**	**24,7**	**2220**	**41,2**
Döttingen[181]	628	400	63,7	182	29	209	33,3

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 384ff.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	Scheurlen (Min)	%	Becher (dem)	%
1. Künzelsau	**747**	**500**	**66,93**	**122**	**16,33**	**375**	**50,20**
Künzelsau	491	333	67,82				
Amrichshausen	43	20	46,51				
Garnberg	61	46	75,41				
Morsbach	70	36	51,43				
Nitzenhausen	41	30	73,17				
Steinbach	41	35	85,37				
2. Braunsbach	**604**	**328**	**54,30**	**216**	**35,76**	**112**	**18,54**
Braunsbach	173	110	63,58				
Döttingen	74	34	45,95				
Jungholzhausen	83	49	59,04				
Kocherstetten	124	65	52,42				
Laßbach	80	24	30,00				
Steinkirchen	70	46	65,71				
3. Dörzbach	**691**	**486**	**70,33**	**370**	**53,55**	**116**	**16,79**
Ailringen	120	90	75,00				
Dörzbach	229	173	75,55				
Hohebach	152	83	54,61				
Laibach	46	36	78,26				
Meßbach	40	23	57,50				
Oberginsbach	55	46	83,64				

[179] 300 Stimmen gingen an weitere Personen, darunter 61 an Stadtschultheiß Wächter (DP) von Owen in seinem Heimatdistrikt.

[180] Anzahl der Wahlberechtigten laut „Staatsanzeiger" 5700.

[181] Einteilung des Distrikts wie 1870, Abstimmungsort Döttingen statt Braunsbach.

Unterginsbach	49	35	71,43				
4. Ingelfingen	**771**	**545**	**70,69**	**519**	**67,32**	**25**	**3,24**
Belsenberg	77	60	77,92				
Criesbach	92	60	65,22				
Dörrenzimmern	121	104	85,95				
Hermuthausen	45	23	51,11				
Ingelfingen	300	252	84,00				
Nagelsberg	102	25	24,51				
Weldingsfelden	34	21	61,76				
5. Marlach	**484**	**316**	**65,29**	**122**	**25,21**	**193**	**39,88**
Altkrautheim	58	37	63,79				
Diebach	39	29	74,36				
Eberstal	72	57	79,17				
Marlach	116	78	67,24				
Sindeldorf	64	42	65,63				
Westernhausen	135	73	54,07				
6. Mulfingen	**778**	**421**	**54,11**	**205**	**26,35**	**212**	**27,25**
Buchenbach u.a.	151	95	62,91				
Eberbach	66	23	34,85				
Ettenhausen u.a.	85	47	55,29				
Hollenbach	109	62	56,88				
Jagstberg	94	54	57,45				
Mulfingen	152	94	61,84				
Simprechtshausen	57	25	43,86				
Zaisenhausen	64	21	32,81				
7. Niedernhall	**461**	**362**	**78,52**	**358**	**77,66**	**3**	**0,65**
Crispenhofen	71	43	60,56				
Niedernhall	331	270	81,57				
Weißbach	59	49	83,05				
8. Schöntal	**741**	**440**	**59,38**	**256**	**34,55**	**183**	**24,70**
Aschhausen	57	32	56,14				
Berlichingen	215	147	68,37				
Bieringen m. Waltersberg	168	91	54,17				
Muthof	45	16	35,56				
Oberkessach	198	104	52,53				
Schöntal	58	50	86,21				
Gesamtergebnis	**5277**	**3398**	**64,39**	**2168**	**41,08**	**1219**	**23,10**

c) Landtagswahl vom 16. Januar 1871

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 375/376.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	R. Bucher (Min)	%	Becher (dem)	%
1. Künzelsau	**749**	**533**	**71,16**	**87**	**11,62**	**444**	**59,28**
Künzelsau	490	393	80,20				
Amrichshausen	43	22	51,16				
Garnberg	61	47	77,05				
Morsbach	71	17	23,94				
Nitzenhausen	41	21	51,22				
Steinbach	43	33	76,74				

2. Braunsbach	**598**	**313**	**52,34**	**122**	**20,40**	**183**	**30,60**
Braunsbach	172	97	56,40				
Döttingen	73	34	46,58				
Jungholzhausen	81	39	48,15				
Kocherstetten	123	88	71,54				
Laßbach	80	15	18,75				
Steinkirchen	69	40	57,97				
3. Dörzbach	**705**	**474**	**67,23**	**383**	**54,33**	**87**	**12,34**
Ailringen	124	92	74,19				
Dörzbach	238	168	70,59				
Hohebach	152	79	51,97				
Laibach	46	43	93,48				
Meßbach	40	19	47,50				
Oberginsbach	56	42	75,00				
Unterginsbach	79	31	39,24				
4. Ingelfingen	**772**	**570**	**73,83**	**521**	**67,49**	**46**	**5,96**
Belsenberg	77	63	81,82				
Criesbach	92	84	91,30				
Dörrenzimmern	121	91	75,21				
Hermuthausen	45	37	82,22				
Ingelfingen	301	243	80,73				
Nagelsberg	102	33	32,35				
Weldingsfelden	34	19	55,88				
5. Marlach	**491**	**350**	**71,28**	**200**	**40,73**	**148**	**30,14**
Altkrautheim	60	38	63,33				
Diebach	40	26	65,00				
Eberstal	71	52	73,24				
Marlach	121	90	74,38				
Sindeldorf	64	52	81,25				
Westernhausen	135	92	68,15				
6. Mulfingen	**790**	**517**	**65,44**	**212**	**26,84**	**302**	**38,23**
Buchenbach u.a.	151	89	58,94				
Eberbach	63	28	44,44				
Ettenhausen u.a.	86	49	56,98				
Hollenbach	109	67	61,47				
Jagstberg	97	74	76,29				
Mulfingen	151	130	86,09				
Simprechtshausen	59	47	79,66				
Zaisenhausen	74	33	44,59				
7. Niedernhall	**458**	**386**	**84,28**	**378**	**82,53**	**6**	**1,31**
Crispenhofen	71	53	74,65				
Niedernhall	329	299	90,88				
Weißbach	58	34	58,62				
8. Schöntal	**742**	**404**	**54,45**	**230**	**31,00**	**171**	**23,05**
Aschhausen	57	31	54,39				
Berlichingen	214	140	65,42				
Bieringen m. Waltersberg	168	72	42,86				
Muthof	45	12	26,67				
Oberkessach	198	101	51,01				
Schöntal	60	48	80,00				
Gesamtergebnis	**5302**	**3547**	**66,90**	**2133**	**40,23**	**1387**	**26,16**

30. Oberamt Laupheim

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Deutsches Volksblatt Nr. 161, 12. Juli 1868; Ulmer Schnellpost Nr. 160, 11. Juli 1868, S. 638.

	Berechtigte	Wähler	%	Boscher (Min)	%	Vollmer (VP)	%
1. Laupheim[182]	*1197*	951	*79,45*	264	*22,06*	687	*57,39*
2. Dietenheim[183]	*710*	369	*51,97*	234	*32,96*	135	*19,01*
3. Hüttisheim[184]	*950*	549	*57,79*	169	*17,79*	380	*40,00*
4. Mietingen[185]	*743*	444	*59,76*	40	*5,38*	404	*54,37*
5. Schwendi[186]	*798*	510	*63,91*	153	*19,17*	357	*44,74*
6. Wiblingen[187]	*797*	435	*54,58*	152	*19,07*	283	*35,51*
Gesamtergebnis	**5195**	**3264**	**62,83**	**1012**	**19,48**	**2226**	**42,85**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: Beobachter Nr. 292, 10. Dezember 1870; Schw. Volkszeitung Nr. 293, 10. Dezember 1870, S. 1201; Deutsches Volksblatt Nr. 290, 10. Dezember 1870; Ulmer Schnellpost, Nr. 287, 8. Dezember 1870.

	Berechtigte	Wähler	%	Stetter (Min)	%	Vollmer (VP)	%
1. Laupheim	1189	807	67,87	422	35,49	385	32,38
2. Dietenheim	704	349	49,57	231	32,81	118	16,76
3. Hüttisheim	942	580	61,57	258	27,39	322	34,18
4. Mietingen	737	366	49,66	94	12,75	272	36,91
5. Schwendi	791	404	51,07	191	24,15	213	26,93
6. Wiblingen	790	502	63,54	302	38,23	200	25,32
Gesamtergebnis	**5153**	**3028**	**58,76**	**1498**	**29,07**	**1510**	**29,30**

[182] Laupheim, Achstetten, Bronnen, Brühl, Burgrieden.

[183] Dietenheim, Illerrieden, Oberbalzheim, Regglisweiler, Sinningen, Unterbalzheim, Wangen.

[184] Hüttisheim, Bihlafingen, Dellmensingen, Dorndorf, Oberholzheim, Stetten, Steinberg, Schnürpflingen, Weinstetten.

[185] Mietingen, Baltringen, Baustetten, Bußmannshausen, Schönebürg, Sulmingen, Walpertshofen.

[186] Schwendi, Großschaffhausen, Orsenhausen, Rot, Süßen, Wain.

[187] Wiblingen, Altheim, Donaustetten, Gögglingen, Oberkirchberg, Unterkirchberg, Unterweiler.

c) Landtagswahl vom 20./26. September 1871

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 393f.; Schw. Kronik 1871, S. 2961.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Zier (DP)	%	Stetter (Min)	%	Vollmer (VP)	%
5161	2389	46,3	4439	86,01	466	9,03	1891	36,6	2548	49,3

31. Oberamt Leonberg

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: StAL F 179, Bü 229 und 230, Wählerliste des Oberamts Leonberg 1868; Glems- und Filderbote Nr. 81, 14. Juli 1868, S. 328.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Bayha (DP)	%	Diefenbach (VP)	%
1. Leonberg	**1065**	**584**	**54,8**	**501**	**47**	**82**	**7,7**
Eltingen	343	200	58,31				
Gebersheim	88	70	79,55				
Höfingen	199	111	55,78				
Leonberg	435	203	46,67				
2. Renningen	**1008**	**606**	**60,1**	**580**	**57,5**	**24**	**2,38**
Malmsheim	203	113	55,67				
Rutesheim	285	168	58,95				
Warmbronn	130	72	55,38				
Renningen	390	253	64,87				
3. Hemmingen	**801**	**626**	**78,2**	**455**	**56,80**	**153**	**19,1**
Heimerdingen	195	131	67,18				
Münchingen	292	243	83,22				
Schöckingen	94	76	83,22				
Hemmingen	220	176	80,00				
4. Ditzingen	**1172**	**659**	**56,2**	**572**	**48,8**	**79**	**6,74**
Gerlingen	369	216	58,54				
Hirschlanden	82	61	74,40				
Korntal	112	61	54,50				
Weil im Dorf	363	137	37,74				
Ditzingen	246	186	75,60				
5. Weil der Stadt	**695**	**597**	**85,9**	**348**	**50,1**	**244**	**35,1**
Merklingen	285	240	84,21				
Münklingen	90	77	85,56				
Weil der Stadt	320	280	87,50				
6. Heimsheim	**603**	**428**	**71**	**387**	**64,2**	**88**	**14,6**
Flacht	176	104	59,09				
Hausen	68	40	58,82				
Perouse	84	50	59,52				
Heimsheim	275	240	85,09				
7. Mönsheim	**502**	**382**	**76,1**	**359**	**71,5**	**21**	**4,18**
Friolzheim	144	96	66,67				

Wimsheim	141	119	84,40				
Mönsheim	217	167	76,96				
Gesamtergebnis	**5846**	**3882**	**66,40**	**3152**	**53,9**	**691**	**11,8**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 440/443; Schw. Volkszeitung Nr. 294, 11. Dezember 1870, S. 1205.

	Berechtigte[188]	Wähler	%	Daur (piet./DP)	%	Sting (Gd/VP)	%
1. Leonberg[189]	*1048*	554	*52,86*	456	*43,51*	98	*9,35*
2. Renningen	*983*	478	*48,63*	446	*45,37*	32	*3,26*
3. Hemmingen	*791*	536	*67,76*	443	*56,01*	93	*11,76*
4. Ditzingen	*1142*	734	*64,27*	707	*61,91*	27	*2,36*
5. Weil der Stadt	*691*	367	*53,11*	58	*8,39*	318	*46,02*
6. Heimsheim	*605*	294	*48,60*	218	*36,03*	76	*12,56*
7. Mönsheim	*506*	227	*44,86*	104	*20,55*	123	*24,31*
Gesamtergebnis	5766	3209	55,65	2432	42,18	767	13,30

c) Landtagswahl vom 30. März/4. April 1874

Q.: Glems- und Filderbote, 9. April 1874, S. 168; Schw. Kronik 1874, S. 765; HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 431.

	Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Bitzer (DP)	%	Stotz (VP)	%
1. Leonberg	1070	**176**	**16,45**	**766**	**71,59**	**318**	**29,72**		
Leonberg	448	74	16,52						
Eltingen	334	50	14,97						
Gebersheim	92	19	20,65						
Höfingen[190]	196	33	16,84						
2. Renningen	*1055*[191]			794	*75,26*	487	*46,16*		
3. Münchingen[192]	*830*			481	*57,95*	390	*46,99*		
4. Ditzingen	*1145*			906	*79,13*	633	*55,28*		
5. Weil der Stadt	*717*			419	*58,44*	133	*18,55*		
6. Heimsheim	*590*			445	*75,42*	273	*46,27*		
7. Mönsheim	*550*			373	*67,82*	80	*14,55*		
Gesamtergebnis[193]	**5957**			**4701**	**78,92**	**2314**	**38,85**	**454**	**7,62**

[188] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt auf der Grundlage der Angaben für 1868.

[189] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

[190] Wahrscheinliches Ergebnis; der Korrespondent der „Schwäbischen Kronik" hat augenscheinlich die Zeilen vertauscht.

[191] Anzahl der Wahlberechtigten (kursiv) geschätzt auf der Grundlage der Angaben für 1868

[192] Abstimmungsort statt Hemmingen; Einteilung der Wahldistrikte wie 1868 und 1870.

[193] 520 Stimmen waren ungültig; zwischen 52 und 205 Stimmen wurden für sieben andere Männer abgegeben.

32. Oberamt Leutkirch

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Staatsanzeiger Nr. 163, 11. Juli 1868, S. 1695.

Berechtigte	Wähler	%	Böckeler (Gdkons)	%	Völmle (VP)	%
4230	**2327**	**55,01**	**954**	**22,6**	**1342**	**31,7**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 445; Beobachter Nr. 298, 17. Dezember 1870; Deutsches Volksblatt Nr. 295, 16. Dezember 1870.

	Berechtigte	Wähler	%	Schmidsfeld (DP)	%	Völmle (VP)	%
1. Leutkirch	1185	673	56,79	437	36,88	233	19,66
2. Aichstetten	451	191	42,35	143	31,71	47	10,42
3. Berkheim	552	267	48,37	24	4,35	243	44,02
4. Gebrazhofen	620	206	33,23	*76*	12,26	*130*	20,97
5. Rot	553	275	49,73	60	10,85	212	38,34
6. Wurzach	745	394	52,89	18	2,42	373	50,07
Gesamtergebnis	**4106**	**2006**	**48,86**	**758**	**18,46**	**1238**	**30,15**

c) Ergänzungswahl vom 12. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 445; Beobachter Nr. 298, 17. Dezember 1870; Deutsches Volksblatt Nr. 295, 16. Dezember 1870.

	Berechtigte	Wähler	%	Schmidsfeld	%	Völmle	%
1. Leutkirch[194]	1185	1015	85,65	640	54,01	362	30,55
2. Aichstetten[195]	451	356	78,94	233	51,66	117	25,94
3. Berkheim[196]	552	459	83,15	32	5,80	425	76,99
4. Gebrazhofen[197]	620	368	59,35	136	21,94	232	37,42
5. Rot[198]	553	472	85,35	75	13,56	394	71,25
6. Wurzach[199]	745	609	81,74	23	3,09	581	77,99
Gesamtergebnis	**4106**	**3279**	**79,86**	**1139**	**27,74**	**2111**	**51,41**

[194] Leutkirch, Friesenhofen, Hofs, Reichenhofen, Winterstetten, Wuchzenhofen.
[195] Aichstetten, Altmannshofen, Mooshausen.
[196] Berkheim, Kirchdorf, Oberopfingen, Tannheim.
[197] Gebrazhofen, Waltershofen, Herlazhofen.
[198] Rot a. d. Rot, Ellwangen, Haslach, Spindelwag.
[199] Wurzach, Diepoldshofen., Gospoldshofen, Hauerz, Seibranz.

33. Oberamt Ludwigsburg

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868.

	Berechtigte[200]	Wähler	%	Groß (Min)	%	G. Körner (VP)	%
1. Asperg[201]	*973*	*797*	*81,91*	290	*29,80*	507	*52,11*
2. Beihingen	*548*	254	*46,35*	70	*12,77*	184	*33,58*
3. Margröningen	*1029*	709	*68,90*	200	*19,44*	509	*49,47*
4. Neckarweihingen	*566*	414	*73,14*	371	*65,55*	43	*7,60*
5. Oßweil	*572*	336	*58,74*	70	*12,24*	266	*46,50*
6. Kornwestheim	*336*	244	*72,62*	147	*43,75*	97	*28,87*
7. Zuffenhausen	*613*	374	*61,01*	173	*28,22*	201	*32,79*
Gesamtergebnis	4637	3170	68,36	1321	28,49	1807	38,97

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 474.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Paulus (DP)	%	Groß (Min)	%
1. Asperg	**967**	**407**	**42,09**	**246**	**25,44**	**151**	**15,62**
Asperg	342	183	53,51				
Bissingen	270	37	13,7				
Eglosheim	135	105	77,78				
Tamm	220	82	37,27				
2. Beihingen	**548**	**272**	**49,64**	**239**	**43,61**	**28**	**5,11**
Beihingen	157	103	65,61				
Benningen	177	77	43,5				
Geisingen	94	44	46,81				
Heutingsheim	120	48	40,00				
3. Markgröningen	**1029**	**632**	**61,42**	**552**	**53,64**	**76**	**7,39**
Markgröningen	487	279	57,29				
Möglingen	232	140	60,34				
Schwieberdingen	310	213	68,71				
4. Neckarweihingen	**566**	**309**	**54,59**	**90**	**15,9**	**219**	**38,69**
Hoheneck	122	67	54,92				
Neckarweihingen	198	131	66,16				
Poppenweiler	246	111	45,12				
5. Oßweil	**572**	**334**	**58,39**	**207**	**36,19**	**124**	**21,68**
Aldingen	176	87	49,43				
Neckargröningen	93	72	77,42				
Oßweil	303	175	57,76				

[200] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1870.

[201] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.

6. Kornwestheim	**336**	**219**	**65,18**	**94**	**27,98**	**125**	**37,2**
Kornwestheim	258	180	69,77				
Pflugfelden	78	39	50,00				
7. Zuffenhausen	**613**	**337**	**54,98**	**234**	**38,17**	**102**	**16,64**
Stammheim	170	55	32,35				
Zuffenhausen	443	282	63,66				
Gesamtergebnis	**4631**	**2510**	**54,2**	**1662**	**35,89**	**825**	**17,81**

34. Ludwigsburg/Stadt

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 6, Bl. 13; Extra-Beilage zum Staatsanzeiger, 9. Juli 1868.

Berechtigte	Wähler	%	V. Körner (DP)	%	Baumgärtner (Min)	%
1922	**1416**	**73,67**	**884**	**45,99**	**508**	**26,43**

b) Landtagswahl vom 5./12. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 469, 466.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	V. Körner (DP)	%
1875	**872**	**46,51**	**1324**	**70,61**	**1180**	**62,93**

c) Landtagsnachwahl vom 25. Mai 1871

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 469, 466.

Berechtigte	Wähler	%	Baumgärtner (Min)	%
1913	**1046**	**54,68**	**856**	**44,75**

35. Oberamt Marbach

a) Landtagswahl vom 8./9. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 415; Staatsanzeiger Nr. 165, 14. Dezember 1868, S. 1713; Stadtarchiv Marbach A 37.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Müller (DP)	%	Pantle (Gd)	%	Schwaderer (Gd)	%	Weith (VP)	%
1. Marbach	**1027**										
Marbach	400	290	76,83								
Erdmannshausen	207										
Murr	184										
Steinheim	236										
Gesamtergebnis	**5449**	**3759**	**69,00**	**752**	**13,8**	**764**	**14,0**	**714**	**13,1**	**1468**	**26,9**

b) Stichwahl vom 24. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 420/409ff.; Stadtarchiv Marbach A 37.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Pantle (Gd/Min)	%	Weith (VP)	%
1. Marbach	**1027**						
Marbach	400	291	72,75				
Erdmannshausen	207						
Murr	184						
Steinheim	236						
Gesamtergebnis	**5449**	**3726**	**68,4**	**1574**	**28,9**	**2001**	**36,7**

c) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 482/483.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	E. Müller (DP)	%	Gock (dem)	%
1. Marbach	**1003**	**597**	**59,52**	**574**	**57,23**	**15**	**1,50**
Marbach	397	305	76,83				
Erdmannshausen	200	120	60,00				
Murr	177	91	51,41				
Steinheim	229	81	35,37				
2. Beilstein	**1068**	**538**	**50,37**	**498**	**46,63**	**11**	**1,03**
Auenstein	190	62	32,63				
Beilstein	290	202	69,66				
Gronau	189	92	48,68				
Oberstenfeld	270	100	37,04				
Schmidhausen	129	82	63,57				
3. Großbottwar	**890**	**414**	**46,52**	**359**	**40,34**	**54**	**6,07**
Großbottwar	475	183	38,53				

Hof u. Lembach	71	58	81,69				
Kleinbottwar	148	72	48,65				
Winzerhausen	196	101	51,53				
4. Kirchberg a. d. M.	**998**	**567**	**56,81**	**552**	**55,31**	**7**	**0,70**
Affalterbach	223	123	55,16				
Burgstall	95	61	64,21				
Erbstetten	109	67	61,47				
Kirchberg a. d. M.	271	151	55,72				
Rielingshausen	182	113	62,09				
Weiler z. Stein	118	52	44,07				
5. Kleinaspach	**388**	**252**	**64,95**	**99**	**25,52**	**151**	**38,92**
Allmersbach	86	59	68,60				
Kleinaspach	237	179	75,53				
Nassach	65	14	21,54				
6. Mundelsheim	**891**	**398**	**44,67**	**214**	**24,02**	**183**	**20,54**
Mundelsheim	333	211	63,36				
Ottmarsheim	141	98	69,50				
Höpfigheim	169	65	38,46				
Pleidelsheim	248	24	9,68				
Gesamtergebnis	**5238**	**2766**	**52,81**	**2296**	**43,83**	**421**	**8,04**

36. Oberamt Maulbronn

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868[202]

Q.: Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868.

	Berechtigte[203]	Wähler	%	Fetzer (DP)	%	Habermaß (VP)	%	Bareiß (VP)	%
1. Maulbronn[204]	*922*	543	*58,89*	175	*18,98*	0	0	368	*39,91*
2. Knittlingen[205]	*572*	425	*74,30*	171	*29,90*	0	0	254	*44,41*
3. Derdingen[206]	*586*	410	*69,97*	170	*29,01*	0	0	240	*40,96*
4. Dürrmenz-M.[207]	*1003*	659	*65,70*	103	*10,27*	0	0	556	*55,43*
5. Wiernsheim[208]	*588*	404	*68,71*	81	*13,78*	0	0	323	*54,93*
6. Illingen[209]	*810*	637	*78,64*	53	*6,54*	158	19,5	426	*52,59*
Gesamtergebnis	**4481**	**3086**	**68,87**	**753**	**16,8**	**158**	**3,53**	**2167**	**48,36**

[202] Vgl. HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 391: Bareiß legte sein Mandat mit Schreiben vom 3. Juli 1870 wegen Gant nieder; eine Nachwahl wurde nicht mehr durchgeführt.

[203] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Daten von 1876.

[204] Maulbronn, Zaisersweiher, Ölbronn, Schmie, Freudenstein, Diefenbach.

[205] Knittlingen, Kleinvillars.

[206] Derdingen, Sternenfels.

[207] Dürrmenz-Mühlacker, Enzberg, Schönenberg, Ötisheim.

[208] Wiernsheim, Pinache, Wurmberg, Serres.

[209] Illingen, Lomersheim, Lienzingen, Schützingen, Gündelbach.

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 5, Bl. 487/490[210].

	Berechtigte[211]	Wähler	%	Fetzer (DP)	%	W. Seeger (VP)	%
1. Maulbronn[212]	*654*			158	*24,16*		
2. Knittlingen[213]	*892*			486	*54,48*		
3. Dürrmenz-M.[214]	*899*			392	*43,60*		
4. Ötisheim[215]	*670*			266	*39,70*		
5. Zaisersweiher[216]	*708*			201	*28,39*		
6. Wiernsheim[217]	*542*			271	*50,00*		
Gesamtergebnis	**4365**	**2252**	**51,6**	**1774**	**40,64**	**452**	**10,4**

37. Oberamt Mergentheim

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 356–353; E 150, Bü 857, Fasz. 3, Bl. 34.

	Berechtigte	Wähler	%	v. Mittnacht (Min)	%	Pflüger (VP)	%
1. Mergentheim[218]	1422	1209	85,02	1115	78,41	94	6,61
2. Bernsfelden[219]	205	178	86,83	178	86,83	0	0
3. Creglingen[220]	950	600	63,16	287	30,21	313	32,95
4. Laudenbach[221]	604	337	55,79	273	45,2	63	10,43
5. Markelsheim[222]	511	421	82,39	421	82,39	0	0
6. Oberrimbach[223]	386	245	63,47	102	26,42	143	37,05
7. Wachbach[224]	574	370	64,46	293	51,05	77	13,41
8. Weikersheim[225]	840	534	63,57	104	12,38	430	51,19
Gesamtergebnis	**5492**	**3894**	**70,9**	**2773**	**50,49**	**1120**	**20,39**

[210] Der Oberamtmann weist darauf hin, dass die Stimmzettel der einzelnen Gemeinden zusammengeworfen wurden.

[211] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben von 1882.

[212] Maulbronn, Freudenstein, Lienzingen, Schmie.

[213] Knittlingen, Derdingen, Kleinvillars.

[214] Dürrmenz-Mühlacker, Illingen, Lomersheim.

[215] Ötisheim, Enzberg, Ölbronn, Schönenberg.

[216] Zaisersweiher, Diefenbach, Gündelbach, Schützingen, Sternenfels.

[217] Wiernsheim, Pinache, Serres, Wurmberg.

[218] Mergentheim, Althausen, Deubach, Edelfingen, Igersheim, Löffelstelzen, Neunkirchen, Stuppach.

[219] Bernsfelden, Harthausen, Neuses, Simmringen.

[220] Creglingen, Archshofen, Craintal, Frauental, Freudenbach, Münster, Niederrimbach, Reinsbronn, Waldmannshofen.

[221] Laudenbach, Hagen, Honsbronn, Neubronn, Pfizingen, Vorbachzimmern, Wermutshausen.

[222] Markelsheim, Apfelbach, Herrenzimmern, Rüsselhausen.

[223] Oberrimbach, Blumweiler, Finsterlohr, Rinderfeld, Schmerbach.

[224] Wachbach, Adolzhausen, Hachtel, Herbsthausen, Rengershausen, Rot.

[225] Weikersheim, Elpersheim, Nassau, Queckbronn, Schäftersheim.

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 492.

	Berechtigte[226]	Wähler	%	v. Mittnacht (Min)	%
1. Mergentheim[227]	*1412*	952	*67,42*	948	*67,14*
2. Bernsfelden	*205*	80	*39,02*	76	*37,07*
3. Creglingen	*820*	306	*37,32*	304	*37,07*
4. Laudenbach	*605*	308	*50,91*	307	*50,74*
5. Markelsheim	*515*	264	*51,26*	202	*39,22*
6. Oberrimbach	*375*	186	*49,6*	183	*48,8*
7. Wachbach	*571*	327	*57,27*	327	*57,27*
8. Weikersheim	*825*	303	*36,73*	302	*36,61*
Gesamtergebnis	5328	2726	51,16	2709	50,84

38. Oberamt Münsingen

0) Zollparlamentswahl vom 24. März 1868

Q.: StASig Wü 65/40 T 1, Oberamt Urach, Zollparlamentswahl.

Wahldistrikte	Berechtigte	Wähler	%	H. Otto (DP)	%	v. Varnbüler (Min)	%
1. Münsingen	627	398	63,48	44	7,02	354	56,46
2. Bernloch	257	196	76,26	5	1,95	190	73,93
3. Buttenhausen	390	345	88,46	146	37,44	134	34,36
4. Dapfen	238	161	67,65	8	3,36	153	64,29
5. Ennabeuren	319	222	69,59	26	8,15	196	61,44
6. Feldstetten	210	133	63,33	2	0,95	131	62,38
7. Gomadingen	176	148	84,09	0	0,00	148	84,09
8. Hayingen	429	303	70,63	6	1,40	297	69,23
9. Oberstetten	221	163	73,76	0	0,00	161	72,85
10. Justingen	279	250	89,61	0	0,00	250	89,61
11. Böttingen	228	180	78,95	0	0,00	180	78,95
12. Laichingen	556	310	55,76	8	1,44	302	54,32
13. Mehrstetten	335	267	79,70	39	11,64	228	68,06
14. Pfronstetten	323	148	45,82	10	3,10	138	42,72
15. Zwiefalten	387	289	74,68	1	0,26	283	73,13
Gesamtergebnis	**4975**	**3513**	**70,61**	**295**	**5,93**	**3145**	**63,22**

[226] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1868.

[227] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 347; Staatsanzeiger Nr. 164, 12. Juli 1868, S. 1705.

Berechtigte	Wähler	%	Idler (Min)	%	Geiger (VP)	%
4900	3535	72,1	1315	26,8	2217	45,2

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 504/505.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Bosler (DP)	%	Geiger (VP)	%
1. Münsingen	**1165**	**945**	**81,12**				
Münsingen	349	299	85,67				
Auingen	146	125	85,62				
Böttingen	117	94	80,34				
Bremelau	69	52	75,36				
Dottingen	116	95	81,90				
Gomadingen	145	105	72,41				
Mehrstetten	196	152	77,55				
Steingebronn	27	23	85,19				
2. Bernloch	**440**	**356**	**80,91**				
Bernloch	111	87	78,38				
Kohlstetten	74	65	87,84				
Meidelstetten	70	65	92,86				
Oberstetten	91	58	63,74				
Ödenwaldstetten	94	81	86,17				
3. Buttenhausen	**691**	**555**	**80,32**				
Apfelstetten	68	59	86,76				
Bichishausen	32	30	93,75				
Buttenhausen	152	114	75,00				
Dapfen	138	121	87,68				
Eglingen	82	62	75,61				
Ehestetten	67	45	67,16				
Gundelfingen	68	49	72,06				
Hundersingen	84	74	88,10				
4. Hayingen	**408**	**264**	**64,71**				
Anhausen	54	36	66,67				
Emeringen	47	40	85,11				
Erbstetten	49	20	40,82				
Hayingen	143	93	65,03				
Indelhausen	31	18	58,06				
Münzdorf	36	19	52,78				
Sonderbuch	48	38	79,17				
5. Justingen	**449**	**308**	**68,60**				
Gundershofen	53	42	79,25				
Hütten	63	55	87,30				

Ingstetten	95	49	51,58				
Justingen	136	101	74,26				
Magolsheim	102	61	59,80				
6. Laichingen	**1043**	**757**	**72,58**				
Ennabeuren	191	107	56,02				
Feldstetten	209	152	72,73				
Laichingen	506	392	77,47				
Sontheim	137	106	77,37				
7. Pfronstetten	**275**	**175**	**63,64**				
Aichelau	62	36	58,06				
Aichstetten	45	37	82,22				
Pfronstetten	65	52	80,00				
Tigerfeld	54	32	59,26				
Wilfingen	49	18	36,73				
8. Zwiefalten	**329**	**203**	**61,70**				
Baach	75	35	46,67				
Gauingen	54	42	77,78				
Geißingen	31	17	54,84				
Goßenzugen	31	27	87,10				
Huldstetten	33	13	39,39				
Zwiefalten	105	69	65,71				
Gesamtergebnis	**4800**	**3563**	**74,23**	**2182**	**45,5**	**1375**	**28,7**

39. Oberamt Nagold

0) Zollparlamentswahl vom 24. März 1868

Q.: StASig Wü 65/22 T 1 Oberamt Neuenbürg.

	Berechtigte	Wähler	%	Dörtenbach (Min)	%	O. Elben (DP)	%	andere
1. Nagold	1230	880	71,54	691	56,18	188	15,28	1
2. Altensteig	1294	732	56,57	655	50,62	75	5,80	5
3. Haiterbach	1052	736	69,96	669	63,59	67	6,37	0
4. Wildberg	1073	770	71,76	722	67,29	45	4,19	3
5. Simmersfeld	307	184	59,93	156	50,81	28	9,12	0
Gesamtergebnis	**4956**	**3302**	**66,63**	**2893**	**58,37**	**403**	**8,13**	**9**

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Deutsches Volksblatt Nr. 162, 14. Juli 1868.

	Berechtigte[228]	Wähler	%	Silber (DP)	%	Geigle (Min)	%
1. Nagold[229]	*1236*	817	*66,10*	*77*	*6,23*	740	*59,87*
2. Haiterbach[230]	*889*	517	*58,16*	194	*21,82*	323	*36,33*
3. Walddorf[231]	*590*	472	*80,00*	223	*37,80*	249	*42,20*
4. Altensteig-Stadt[232]	*744*	410	*55,11*	339	*45,56*	71	*9,54*
5. Simmersfeld[233]	*327*	167	*51,07*	144	*44,04*	23	*7,03*
6. Wildberg[234]	*1119*	744	*66,49*	45	*4,02*	699	*62,47*
Gesamtergebnis	**4905**	**3151**	**64,24**	**1022**	**20,84**	**2104**	**42,90**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 529.

	Berechtigte	Wähler	%	Geigle (Min)	%	Stein (Gd)	%
1. Nagold[235]	1206	586	48,59	566	46,93	8	0,66
2. Haiterbach[236]	874	478	54,69	417	47,71	4	0,46
3. Walddorf[237]	588	337	57,31	332	56,46	1	0,17
4. Altensteig-Stadt[238]	724	411	56,77	141	19,48	251	34,67
5. Simmersfeld[239]	307	148	48,21	106	34,53	40	13,03
6. Wildberg[240]	1089	767	70,43	682	62,63	9	0,83
Gesamtergebnis	**4788**	**2727**	**56,95**	**2244**	**46,87**	**313**	**6,54**

[228] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1870 und 1882.

[229] Nagold, Iselshausen, Rohrdorf, Emmingen, Mindersbach, Pfrondorf, Rotfelden.

[230] Haiterbach, Unterschwandorf, Beihingen, Bösingen, Schietingen, Untertalheim, Obertalheim.

[231] Walddorf, Ebhausen, Egenhausen, Spielberg, Oberschwandorf.

[232] Altensteig-Stadt, Altensteig-Dorf, Überberg, Garrweiler, Berneck, Gaugenwald, Warth, Ebershardt.

[233] Simmersfeld, Beuren, Ettmannsweiler, Fünfbronn, Enztal.

[234] Wildberg, Effringen, Gültlingen, Schönbronn, Sulz, Wenden.

[235] Nagold, Ebhausen, Iselshausen, Rohrdorf, Emmingen, Mindersbach, Pfrondorf.

[236] Wie 1868.

[237] Walddorf, Egenhausen, Spielberg, Oberschwandorf.

[238] Wie 1868.

[239] Wie 1868.

[240] Wildberg, Effringen, Gültlingen, Rotfelden, Schönbronn, Sulz, Wenden.

c) Landtagsnachwahl vom 1. Juli 1872
Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 517.

Berechtigte	Wähler	%	Richter (Min)	%
5024	**3664**	**72,9**	**2018**	**40,2**

40. Oberamt Neckarsulm

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868
Q.: Staatsanzeiger, Nr. 163, 11. Juli 1868, S. 1695.

Berechtigte	Wähler	%	Schwandner (Min)	%	J.P. Vogt (VP)	%
5586	4101	73,4	2186	39,1	1906	34,1

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870
Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 539–542.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Schwandner (Min/DP)	%	Elsäßer (VP)	%
1. Neckarsulm	**1253**	**649**	**51,8**	**203**	**16,20**	**443**	**35,36**
Neckarsulm	498	309	62,05	128	25,70	181	36,35
Binswangen	128	54	42,19	18	14,06	36	28,13
Dahenfeld	108	43	39,81	21	19,44	22	20,37
Erlenbach	207	97	46,86	32	15,46	65	31,40
Ödheim	312	146	46,79	24	7,69	122	39,10
2. Kochendorf	**736**	**556**	**75,54**	**205**	**27,85**	**350**	**47,55**
Hagenbach	56	44	78,57	22	39,29	22	39,29
Jagstfeld	166	122	73,49	31	18,67	91	54,82
Kochendorf	288	235	81,6	59	20,49	176	61,11
Offenau	142	106	74,65	80	56,34	26	18,31
Untergriesheim	84	49	58,33	10	11,90	39	46,43
3. Gundelsheim	**737**	**423**	**57,39**	**178**	**24,15**	**245**	**33,24**
Bachenau	72	30	41,67	22	30,56	8	11,11
Böttingen	54	31	57,41	24	44,44	6	11,11
Duttenberg	108	55	50,93	46	42,59	9	8,33
Gundelsheim	212	177	83,49	22	10,38	155	73,11
Höchstberg	105	31	29,52	16	15,24	15	14,29
Obergriesheim	86	61	70,93	15	17,44	46	53,49
Tiefenbach	100	38	38	28	28,00	10	10,00
4. Neuenstadt a. K.	**661**	**462**	**69,89**	**207**	**31,32**	**253**	**38,28**
Bürg	43	31	72,09	7	16,28	24	55,81
Cleversulzbach	135	98	72,59	25	18,52	73	54,07
Degmarn	82	40	48,78	5	6,10	35	42,68
Kochertürn	114	91	79,82	15	13,16	76	66,67
Neuenstadt	287	202	70,38	151	52,61	51	17,77

5. Kochersteinsfeld	**690**	**476**	**68,99**	**300**	**43,48**	**175**	**25,36**
Brettach	225	140	62,22	10	4,44	130	57,78
Gochsen	147	94	63,95	82	55,78	12	8,16
Kochersteinsfeld	155	131	84,52	121	78,06	10	6,45
Lampoldshausen	163	111	68,1	95	58,28	16	9,82
6. Möckmühl	**930**	**574**	**61,72**	**401**	**43,12**	**173**	**18,60**
Bittelbronn	46	32	69,57	27	58,70	5	10,87
Möckmühl	375	275	73,33	247	65,87	28	7,47
Roigheim	180	94	52,22	23	12,78	71	39,44
Siglingen	202	118	58,42	65	32,18	53	26,24
Züttlingen	127	55	43,31	22	17,32	23	18,11
7. Widdern	**531**	**366**	**68,93**	**295**	**55,56**	**65**	**12,24**
Jagsthausen	178	106	59,55	80	44,94	26	14,61
Olnhausen	83	46	55,42	15	18,07	31	37,35
Widdern	270	214	79,26	201	74,44	13	4,81
Gesamtergebnis	**5538**	**3505**	**63,29**	**1789**	**32,30**	**1704**	**30,77**

41. Oberamt Neresheim

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 322.

Berechtigte	Wähler	%	Ruf (VP)	%
4490	**2309**	**51,43**	**2304**	**51,31**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 546/549.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Ruf (VP)	%
1. Neresheim	**930**	**639**	**68,71**	**639**	**68,71**
Neresheim	224	175	78,13	175	78,13
Neresheim Schloß	21	13	61,90	13	61,90
Auernheim	95	72	75,79	72	75,79
Dorfmerkingen	164	91	55,49	91	55,49
Großkuchen	130	92	70,77	92	70,77
Kösingen	84	60	71,43	60	71,43
Ohmenheim	147	93	63,27	93	63,27
Schweindorf	65	43	66,15	43	66,15
2. Bopfingen	**898**	**387**	**43,10**	**387**	**43,10**
Bopfingen	309	127	41,10	127	41,10
Flochberg	83	55	66,27	55	66,27
Schloßberg	88	46	52,27	46	52,27
Trochtelfingen	210	89	42,38	89	42,38
Unterriffingen	86	36	41,86	36	41,86
Utzmemmingen	122	34	27,87	34	27,87

3. Dischingen	**790**	**419**	**53,04**	**419**	**53,04**
Ballmertshofen	81	38	46,91	38	46,91
Demmingen	100	72	72,00	72	72,00
Dischingen	197	89	45,18	89	45,18
Trugenhofen	45	32	71,11	32	71,11
Dunstelkingen	107	56	52,34	56	52,34
Eglingen	149	45	30,20	45	30,20
Frickingen	111	87	78,38	87	78,38
4. Kirchheim	**506**	**233**	**46,05**	**233**	**46,05**
Dirgenheim	40	22	55,00	22	55,00
Goldburghausen	80	49	61,25	49	61,25
Kerkingen	128	73	57,03	73	57,03
Kirchheim	160	67	41,88	67	41,88
Pflaumloch	98	22	22,45	22	22,45
5. Oberdorf	**663**	**355**	**53,54**	**355**	**53,54**
Aufhausen	168	85	50,60	85	50,60
Baldern	133	74	55,64	74	55,64
Oberdorf	251	146	58,17	146	58,17
Röttingen	111	50	45,05	50	45,05
6. Waldhausen	**555**	**242**	**43,60**	**242**	**43,60**
Ebnat	203	106	52,22	106	52,22
Elchingen	132	55	41,67	55	41,67
Hülen	76	15	19,74	15	19,74
Waldhausen	144	66	45,83	66	45,83
Gesamtergebnis	4342	2275	52,40	2271	52,30

42. Oberamt Neuenbürg

0) Zollparlamentswahl vom 24. März 1868

Q.: StASig Wü 65/22 T 1, Oberamt Neuenbürg.

	Berech-tigte	Wähler	%	Dörtenbach (Min)	%	O. Elben (DP)	%	andere
1. Conweiler	558	345	61,83	139	24,91	206	36,92	0
2. Gräfenhausen	720	325	45,14	143	19,86	182	25,28	0
3. Grunbach	338	175	51,78	142	42,01	33	9,76	0
4. Herrenalb	821	681	82,95	623	75,88	58	7,07	0
5. Neuenbürg	662	491	74,17	77	11,63	412	62,24	2
6. Schömberg	553	362	65,46	344	62,21	18	3,26	0
7. Wildbad	867	572	65,97	304	35,06	268	30,91	0
Gesamtergebnis	**4519**	**2951**	**65,30**	**1772**	**39,21**	**1177**	**26,05**	**2**

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: StASig Wü 65/22 T 1, Oberamt Neuenbürg.

	Berechtigte	Wähler	%	Beutter (Min)	%	Cavallo (Gd)	%
1. Neuenbürg[241]	720	461	64,03	31	4,31	430	59,72
2. Conweiler	575	332	57,74	218	37,91	114	19,83
3. Gräfenhausen	735	247	33,61	191	25,99	56	7,62
4. Grunbach	338	137	40,53	98	28,99	34	10,06
5. Herrenalb	823	498	60,51	480	58,32	18	2,19
6. Schömberg	548	323	58,94	177	32,30	146	26,64
7. Wildbad	933	626	67,10	9	0,96	617	66,13
Gesamtergebnis	**4672**	**2624**	**56,16**	**1204**	**25,77**	**1415**	**30,29**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 551f.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Leo (DP)	%	Beutter (Min)	%
1. Neuenbürg	**673**	**530**	**78,75**	**467**	**69,39**	**63**	**9,36**
Arnbach	97	65	67,01				
Höfen	104	92	88,46				
Waldrennach	79	55	69,62				
Neuenbürg	393	318	80,92				
2. Conweiler	**567**	**450**	**79,37**	**182**	**32,10**	**265**	**46,74**
Dennach	62	48	77,42				
Feldrennach	207	165	79,71				
Schwann	141	110	78,01				
Conweiler	157	127	80,89				
3. Gräfenhausen	**744**	**331**	**44,49**	**181**	**24,33**	**150**	**20,16**
Birkenfeld	244	47	19,26				
Oberniebelsbach	51	29	56,86				
Unterniebelsbach	34	7	20,59				
Ottenhausen	148	42	28,38				
Gräfenhausen	267	206	77,15				
4. Grunbach	**323**	**205**	**63,47**	**12**	**3,72**	**193**	**59,75**
Engelsbrand	103	45	43,69				
Kapfenhardt	55	34	61,82				
Salmbach	58	48	82,76				
Grunbach	107	78	72,90				
5. Herrenalb	**805**	**664**	**82,48**	**20**	**2,48**	**643**	**79,88**
Bernbach	97	80	82,47				
Dobel	161	130	80,75				
Loffenau	259	187	72,20				

[241] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.

Neusatz	61	53	86,89				
Rotensohl	74	68	91,89				
Herrenalb	153	146	95,42				
6. Schömberg	**512**	**309**	**60,35**	**27**	**5,27**	**282**	**55,08**
Beinberg	42	17	40,48				
Bieselsberg	55	33	60,00				
Igelsloch	29	16	55,17				
Langenbrand	95	68	71,58				
Maisenbach	69	49	71,01				
Oberlengenhardt	45	25	55,56				
Schwarzenberg	47	20	42,55				
Unterlengenhardt	35	24	68,57				
Schömberg	95	57	60,00				
7. Wildbad	**934**	**610**	**65,31**	**523**	**56,00**	**84**	**8,99**
Calmbach	318	167	52,52				
Enzklösterle	53	33	62,26				
Wildbad	563	410	72,82				
Gesamtergebnis	**4558**	**3099**	**67,99**	**1412**	**30,98**	**1680**	**36,86**

43. Oberamt Nürtingen

0) Zollparlamentswahl vom 24. März 1868

Q.: StASig Wü 65/40 T 1, Oberamt Urach.

Wahldistrikte	Berechtigte	Wähler	%	H. Otto (DP)	%	v. Varnbüler (Min)	%	andere
1. Neuffen	624	438	70,19	356	57,05	82	13,14	
2. Beuren	532	358	67,29	340	63,91	17	3,20	
3. Frickenhausen	529	265	50,01	164	31,00	101	19,09	
Ergebnis OA	**1685**	**1061**	**62,97**	**860**	**51,04**	**200**	**11,87**	
Gesamtergebnis	**20157**	**13281**	**65,89**	**2919**	**14,48**	**10362**	**51,41**	

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Staatsanzeiger Nr. 163, 11. Juli 1868, S. 1696; Nürtinger Wochenblatt, 11. Juli 1868, S. 316.

Berechtigte	Wähler	%	Claß (DP)	%	W. Metzger (Min)	%	Eberhardt (Gd)	%
5322	**2982**	**56**	**338**	**6,4**	**289**	**5,4**	**2311**	**43,4**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 559–561.

	Berechtigte[242]	Wähler	%	Rümelin (DP)	%	Nübel (VP)	%
1. Nürtingen[243]	*1184*	879	*74,24*	222	*18,75*	655	*55,32*
2. Neuffen[244]	*1071*	776	*72,46*	581	*54,25*	194	*18,11*
3. Neckartailfingen[245]	*856*	652	*76,17*	225	*26,29*	425	*49,65*
4. Grötzingen[246]	*799*	471	*58,95*	145	*18,15*	324	*40,55*
5. Frickenhausen[247]	*785*	526	*67,01*	88	*11,21*	436	*55,54*
6. Oberboihingen[248]	*631*	411	*65,13*	147	*23,30*	264	*41,84*
Gesamtergebnis	**5326**	**3716**	**69,77**	**1408**	**26,44**	**2298**	**43,15**

44. Oberamt Oberndorf

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 296/293; Deutsches Volksblatt Nr. 160, 11. Juli 1868; Schwarzwälder Bote Nr. 159, 11. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Platz (Min)	%	Gutheinz (VP)	%
1. Oberndorf[249]	975	697	71,49	234	24,00	462	47,38
2. Alpirsbach	532	378	71,05	125	23,50	253	47,56
3. Aichhalden	234	108	46,15	38	16,24	70	29,91
4. Fluorn	638	467	73,20	368	57,68	98	15,36
5. Lauterbach	326	172	52,76	8	2,45	164	50,31
6. Schramberg	600	486	81,00	93	15,50	391	65,17
7. Sulgen	406	195	48,03	105	25,86	90	22,17
8. Waldmössingen	550	461	83,82	431	78,36	30	5,45
Gesamtergebnis	**4261**	**2964**	**69,6**	**1402**	**32,9**	**1558**	**36,56**

[242] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1876.

[243] Nürtingen, Hardt, Oberensingen Zizishausen.

[244] Neuffen, Balzholz, Beuren, Erkenbrechtsweiler, Kappishäusern, Kohlberg.

[245] Neckartailfingen, Altdorf, Altenriet, Kleinbettlingen, Neckarhausen, Neckartenzlingen, Raidwangen.

[246] Grötzingen, Aich, Neuenhaus, Wolfschlugen.

[247] Frickenhausen, Grafenberg, Großbettlingen, Linsenhofen, Tischardt.

[248] Oberboihingen, Reudern, Unterboihingen, Unterensingen.

[249] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870
Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 584ff.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	A. Maier (Min)	%	Gutheinz (VP)	%
1. Oberndorf	**910**	**571**	**62,75**	**211**	**23,19**	**359**	**39,45**
Altoberndorf	94						
Beffendorf	93						
Bochingen	147						
Epfendorf	191						
Harthausen	61						
Oberndorf	324						
2. Alpirsbach	**520**	**402**	**77,31**	**301**	**57,88**	**101**	**19,42**
Alpirsbach	226						
Betzweiler	74						
Ehlenbogen	26						
Reutin	42						
Rötenbach	105						
24 Höfe	47						
3. Aichhalden	**249**	**110**	**44,18**	**52**	**20,88**	**58**	**23,29**
4. Fluorn	**617**	**386**	**62,56**	**285**	**46,19**	**100**	**16,21**
Bach u. Altenberg	42						
Fluorn	169						
Hochmössingen	130						
Peterzell	74						
Römlinsdorf	62						
Röthenberg	140						
5. Lauterbach	**314**	**150**	**47,77**	**33**	**10,51**	**117**	**37,26**
6. Schramberg	**609**	**440**	**72,25**	**137**	**22,50**	**301**	**49,43**
7. Sulgen	**408**	**153**	**37,50**	**83**	**20,34**	**68**	**16,67**
Hardt	87						
Mariazell	112						
Sulgau	51						
Sulgen	158						
8. Waldmössingen	**530**	**297**	**56,04**	**149**	**28,11**	**148**	**27,92**
Seedorf	177						
Winzeln	180						
Waldmössingen	173						
Gesamtergebnis	**4157**	**2509**	**60,36**	**1251**	**30,09**	**1251**	**30,09**

c) Stichwahl vom 17. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 568–571.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	A. Maier (Min)	%	Gutheinz (VP)	%
1. Oberndorf	**910**	**723**	**79,45**	**261**	**28,68**	**462**	**50,77**
Altoberndorf	94						
Beffendorf	93						
Bochingen	147						
Epfendorf	191						
Harthausen	61						
Oberndorf	324						
2. Alpirsbach	**520**	**446**	**85,77**	**361**	**69,42**	**85**	**16,35**
Alpirsbach	226						
Betzweiler	74						
Ehlenbogen	26						
Reutin	42						
Rötenbach	105						
24 Höfe	47						
3. Aichhalden	**249**	**185**	**74,30**	**47**	**18,88**	**138**	**55,42**
4. Fluorn	**617**	**544**	**88,17**	**403**	**65,32**	**140**	**22,69**
Bach u. Altenberg	42						
Fluorn	169						
Hochmössingen	130						
Peterzell	74						
Römlinsdorf	62						
Röthenberg	140						
5. Lauterbach	**314**	**230**	**73,25**	**28**	**8,92**	**202**	**64,33**
6. Schramberg	**609**	**537**	**88,18**	**146**	**23,97**	**391**	**64,20**
7. Sulgen	**408**	**249**	**61,03**	**69**	**16,91**	**180**	**44,12**
Hardt	87						
Mariazell	112						
Sulgau	51						
Sulgen	158						
8. Waldmössingen	**530**	**437**	**82,45**	**166**	**31,32**	**271**	**51,13**
Seedorf	177						
Winzeln	180						
Waldmössingen	173						
Gesamtergebnis	**4157**	**3350**	**80,59**	**1481**	**35,63**	**1869**	**44,96**

45. Oberamt Öhringen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Staatsanzeiger Nr. 164, 12. Juli 1868, S. 1705.

Berechtigte	Wähler	%	Möricke (DP)	%	Kurz (Min)	%	Kirchdörffer (VP)	%
5889	**3377**	**57,3**	**1819**	**30,9**	**580**	**9,9**	**977**	**16,6**

b) Landtagsnachwahl vom 29. Oktober 1869

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 277/276.

	Berechtigte	Wähler	%	F. Weber (DP)	%	Neuffer (VP)	%
1. Öhringen[250]	1258	804	63,91	340	27,03	459	36,49
2. Pfedelbach[251]	701	357	50,93	47	6,70	308	43,94
3. Neuenstein[252]	747	464	62,12	141	18,88	322	43,11
4. Sindringen[253]	755	381	50,46	76	10,07	304	40,26
5. Forchtenberg[254]	495	285	57,58	258	52,12	25	5,05
6. Untersteinbach[255]	521	278	53,36	162	31,09	114	21,88
7. Kupferzell[256]	777	472	60,75	334	42,99	134	17,25
8. Waldenburg[257]	622	363	58,36	269	43,25	92	14,79
Gesamtergebnis	**5876**	**3404**	**57,93**	**1627**	**27,69**	**1758**	**29,92**

c) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 590–593; Hohenloher Bote Nr. 146, 10. Dezember 1870, S. 628.

	Berechtigte	Wähler	%	W. Schall (DP)	%	Neuffer (VP)	%
1. Öhringen[258]	1256	779	62,02	684	54,46	91	7,25
2. Forchtenberg[259]	591	342	57,87	259	43,82	80	13,54

[250] Öhringen, Baumerlenbach, Büttelbronn, Langenbeutingen, Möglingen, Ohrnberg, Schwöllbronn, Westernbach.

[251] Pfedelbach, Adolzfurt, Oberohrn, Verrenberg, Windischenbach.

[252] Neuenstein, Cappel, Eckartsweiler, Eschelbach, Kleinhirschbach, Obereppach, Obersöllbach.

[253] Sindringen, Ernsbach, Zweiflingen.

[254] Forchtenberg, Kirchensall, Neureut, Orendelsall, Wohlmuthausen.

[255] Untersteinbach, Geißelhardt, Harsberg, Michelbach.

[256] Kupferzell, Eschental, Feßbach, Gaisbach, Goggenbach, Westernach.

[257] Waldenburg, Gnadental, Kesselfeld, Mangoldsall, Obersteinbach.

[258] Öhringen, Adolzfurt, Büttelbronn, Cappel, Eckartsweiler, Michelbach, Oberohrn, Westernbach, Windischenbach.

[259] Forchtenberg, Kirchensall, Neureut, Orendelsall, Wohlmuthausen.

3. Kupferzell[260]	955	476	49,84	433	45,34	38	3,98
4. Langenbeutingen[261]	581	297	51,12	272	46,82	23	3,96
5. Neuenstein[262]	853	472	55,33	391	45,84	79	9,26
6. Pfedelbach[263]	497	228	45,88	220	44,27	7	1,41
7. Sindringen[264]	479	312	65,14	311	64,93	1	0,21
8. Waldenburg[265]	538	326	60,59	324	60,22	2	0,37
Gesamtergebnis	**5750**	**3232**	**56,21**	**2894**	**50,33**	**321**	**5,58**

46. Oberamt Ravensburg

a) Landtagswahl vom 8./13. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 239; Ulmer Schnellpost Nr. 160, 11. Juli 1868, S. 638; Deutsches Volksblatt Nr. 165, 17. Juli 1868.

	Berech-tigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Zöppritz (DP)	%	Lupberger (Gd)	%
1. Ravensburg	1174	500	42,6	956	81,43	214	18,23	658	56,05
2. Blitzenreute[266]	672			444	66,07	12	1,79	423	62,95
3. Hasenweiler[267]	280			227	81,07	23	8,21	203	72,50
4. Weingarten[268]	1148	309	26,9	721	62,80	101	8,80	590	51,39
5. Weißenau[269]	402			306	76,12	4	1,00	288	71,64
6. Vogt	307			238	77,52	1	0,33	212	69,06
7. Waldburg[270]	783			418	53,38	12	1,53	392	50,06
8. Zogenweiler[271]	458			404	88,21	8	1,75	387	84,50
Gesamtergebnis	**5224**	**1878**	**36**	**3714**	**71,09**	**375**	**7,18**	**3149**	**60,28**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 598f.

	Berech-tigte	Wähler	%	Khuen (Min)	%	Lupberger (Gd)	%
1. Ravensburg[272]	1381	878	63,58	734	53,15	142	10,28
2. Blitzenreute[273]	500	249	49,80	88	17,60	161	32,20

[260] Kupferzell, Eschental, Feßbach, Gaisbach, Goggenbach, Mangoldsall, Westernach.
[261] Langenbeutingen, Baumerlenbach, Möglingen, Ohrnberg, Schwöllbronn, Verrenberg.
[262] Neuenstein, Eschelbach, Kleinhirschbach, Obereppach, Obersöllbach.
[263] Pfedelbach, Geißelhardt, Harsberg, Untersteinbach.
[264] Sindringen, Ernsbach, Zweiflingen.
[265] Waldenburg, Gnadental, Kesselfeld, Obersteinbach.
[266] Blitzenreute, Berg, Fronhausen, Wolpertswende.
[267] Hasenweiler, Eschenhausen, Wilhelmsdorf, Zußdorf.
[268] Weingarten, Baienfurt, Baindt, Schlier.
[269] Eschach, Taldorf.
[270] Waldburg, Bodnegg, Grünkraut.
[271] Zogenweiler, Kappel, Schmalegg, Wolketsweiler.
[272] Wahldistrikte 1, 3, 5, 6 und 8 wie 1868.
[273] Blitzenreute, Fronhausen, Wolpertswende

3. Hasenweiler	279	189	67,74	84	30,11	145	51,97
4. Weingarten[274]	1461	781	53,46	588	40,25	191	13,07
5. Weißenau	592	262	44,26	31	5,24	231	39,02
6. Vogt	291	123	42,27	87	29,90	36	12,37
7. Waldburg[275]	772	343	44,43	85	11,01	257	33,29
8. Zogenweiler	412	307	74,51	51	12,38	264	64,08
Gesamtergebnis	**5688**	**3181**	**55,92**	**1748**	**30,73**	**1427**	**25,09**

47. Oberamt Reutlingen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868; Deutsches Volksblatt Nr. 160, 11. Juli 1868; Reutlinger Oberamtsblatt 1868, S. 346; Schw. Kronik 1868; StASig Wü 65/27 T 1, Oberamt Reutlingen, Zollparlamentswahl.

	Berechtigte[276]	Wähler	%	Rehm (DP/Min)	%	Aickelin (VP)	%
1. Eningen	*865*	348	*40,23*	119	*13,76*	229	*26,47*
2. Pfullingen	1111	839	*75,52*	790	*71,11*	49	*4,41*
Oberhausen	116						
Unterhausen	176						
Pfullingen	819						
3. Betzingen	756	404	*53,44*	149	*19,71*	255	*33,73*
Ohmenhausen	241						
Wannweil	162						
Betzingen	353						
4. Gomaringen	471	230	*48,83*	147	*31,21*	83	*17,62*
Bronnweiler	47						
Stockach	43						
Gomaringen/Hinterweiler	381						
5. Kleinengstingen	528	381	*72,16*	226	*42,80*	155	*29,36*
Großengstingen	164						
Holzelfingen	120						
Honau	98						
Kleinengstingen	146						
6. Undingen	808	497	*61,51*	116	*14,36*	381	*47,15*
Erpfingen	180						
Genkingen	216						
Willmandingen	164						
Undingen	248						
7. Mägerkingen	269	201	*74,72*	69	*25,65*	132	*49,07*
Bronnen/Mariaberg	44						
Hausen a. d. L.	103						
Mägerkingen	122						
Gesamtergebnis	**4809**	**2920**	**60,72**	**1616**	**33,60**	**1284**	**26,70**

[274] Weingarten, Baienfurt, Baindt, Berg.

[275] Waldburg, Bodnegg, Grünkraut, Schlier.

[276] Anzahl der Wahlberechtigten wie bei der Zollparlamentswahl 1868; die Anzahl der Wahlberechtigten betrug 1818, 9 wurden bei Eningen abgezogen.

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 604f.; Reutlinger Oberamtsblatt 1870, S. 624.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Rehm (DP)	%	W. Römer (Gd/VP)	%
1. Eningen	**822**	**329**	**40**	**303**	**36,9**	**24**	**2,92**
2. Pfullingen	**1123**	**900**	**80,14**	**884**	**78,72**	**16**	**1,42**
Oberhausen	119						
Unterhausen	171						
Pfullingen	833						
3. Betzingen	**730**	**340**	**46,58**	**125**	**17,12**	**215**	**29,45**
Ohmenhausen	222						
Wannweil	153						
Betzingen	355						
4. Gomaringen	**460**	**229**	**49,78**	**146**	**31,74**	**83**	**18,04**
Bronnweiler	43						
Stockach	52						
Gomaringen	365						
5. Kleinengstingen	**546**	**419**	**76,74**	**285**	**52,20**	**133**	**24,36**
Großengstingen	163						
Holzelfingen	129						
Honau	97						
Kleinengstingen	157						
6. Undingen	**800**	**456**	**57,00**	**174**	**21,75**	**282**	**35,25**
Erpfingen	175						
Genkingen	226						
Willmandingen	154						
Undingen	245						
7. Mägerkingen	**275**	**187**	**68,00**	**92**	**33,45**	**95**	**34,55**
Bronnen	48						
Hausen a. d. L.	89						
Mägerkingen	138						
Gesamtergebnis	**4756**	**2860**	**60,13**	**2009**	**42,24**	**848**	**17,83**

48. Reutlingen/Stadt

a) Landtagswahl vom 8./13. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 6, Bl. 64.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Ankelen (DP)	%	Stumpp (VP)	%
2439	**1110**	**45,51**	**1870**	**76,67**	**298**	**12,22**	**1556**	**63,8**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 601; Reutlinger Oberamtsblatt 1870, S. 624.

Berechtigte	Wähler	%	H. Finckh (DP)	%	Stumpp (VP)	%
2444	**1499**	**61,3**	**772**	**31,6**	**720**	**29,5**

49. Oberamt Riedlingen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Staatsanzeiger Nr. 163, 11. Juli 1868, S. 1696.

Berechtigte	Wähler	%	Bockmayer (Min)	%	Knittel (Gd)	%
5301	**2885**	**54,42**	**1394**	**26,3**	**1475**	**27,82**

b) Landtagswahl vom 20. Februar 1869

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 208.

Berechtigte	Wähler	%	Bockmayer (Min)	%	Knittel (Gd)	%
5476[277]	**3963**	**72,37**	**1984**	**36,23**	**1976**	**36,08**

c) Landtagswahl vom 18. Dezember 1869

Q.: Beobachter Nr. 298, 22. Dezember 1869; Schw. Kronik Nr. 305, 25. Dezember 1869, S. 3949.

	Berechtigte	Wähler	%	Schimpf (DP)	%	Wolbach (VP)	%
1. Riedlingen[278]	1007	593	58,9				
2. Buchau[279]	1037	558	53,9				
3. Dietelhofen[280]	391	246	62,9				
4. Ertingen[281]	913	490	53,7				
5. Heiligkreuztal[282]	932	537	57,6				

[277] Vgl. HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 205: Die Anzahl der Wahlberechtigten ist stark erhöht durch eine große Zahl von Eisenbahnarbeitern.

[278] Riedlingen, Bechingen, Daugendorf, Göffingen, Heudorf, Unlingen, Zell, Zwiefaltendorf.

[279] Buchau, Dürnau, Kanzach, Kappel, Oggelshausen, Tiefenbach.

[280] Dietelhofen, Dietershausen, Dieterskirch, Hausen, Mähringen, Oberwachingen, Reutlingendorf, Uigendorf, Unterwachingen.

[281] Ertingen, Dürmentingen, Erisdorf, Marbach, Neufra.

[282] Heiligkreuztal, Altheim, Andelfingen, Beuren, Binzwangen, Egelfingen, Emerfeld, Hundersingen, Waldhausen, Wilflingen.

6. Pflummern[283]	465	264	56,8				
7. Uttenweiler[284]	792	530	66,9				
Gesamtergebnis	**5537**	**3218**	**58,2**	**1285**	**23,2**	**1923**	**34,8**

d) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 609/613.

	Berechtigte[285]	Wähler	%	Rath (Min)	%	Wolbach (VP)	%
1. Riedlingen[286]	*987*	564	*57,14*	368	*37,28*	195	*19,76*
2. Buchau	*1007*	542	*53,82*	298	*29,59*	243	*24,13*
3. Dietelhofen	*391*	305	*78,01*	129	*32,99*	75	*19,18*
4. Ertingen	*873*	381	*43,64*	247	*28,29*	134	*15,35*
5. Heiligkreuztal	*878*	410	*46,70*	175	*19,93*	234	*26,65*
6. Pflummern	*460*	256	*55,65*	237	*51,52*	19	*4,13*
7. Uttenweiler	*764*	456	*59,69*	180	*23,56*	276	*36,13*
Gesamtergebnis	**5360**	**2818**	**52,57**	**1634**	**30,49**	**1176**	**21,94**

50. Oberamt Rottenburg

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432, Fasz. 8, Bl. 417f.; Neckarbote, 14. Juli 1868, S. 327.

	Berechtigte	Wähler	%	G. Vogt (Min)	%	Holzherr (Gd)	%
1. Rottenburg[287]	1186	913	76,98	67	5,65	842	70,99
2. Ergenzingen[288]	899	642	71,41	432	48,05	206	22,91
3. Hirrlingen[289]	1055	477	45,21	165	15,64	311	29,48
4. Mössingen	985	632	64,16	630	63,96	1	0,10
5. Ofterdingen[290]	993	532	53,58	527	53,07	5	0,50
6. Wurmlingen	749	458	61,15	128	17,09	326	43,52
Gesamtergebnis	**5867**	**3654**	**62,28**	**1949**	**33,22**	**1691**	**28,82**

[283] Pflummern, Dürrenwaldstetten, Friedingen, Grieningen, Ittenhausen, Mörsingen, Upflamör.

[284] Uttenweiler, Alleshausen, Betzenweiler, Hailtingen, Offingen, Sauggart, Seekirch.

[285] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1869.

[286] Einteilung der Wahldistrikte wie 1869.

[287] Einteilung der Wahldistrikte 1,4 und 6 wie 1870.

[288] Wie 1870, jedoch ohne Hemmendorf.

[289] Hirrlingen, Dettingen, Frommenhausen, Hemmendorf, Niedernau, Obernau, Schwalldorf, Weiler,

[290] Ofterdingen, Belsen, Bodelshausen.

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 616.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	G. Vogt (Min/DP)	%
1. Rottenburg	**1149**	**347**	**30,2**	**266**	**23,15**
2. Ergenzingen	**848**	**528**	**62,26**	**470**	**55,42**
Eckenweiler	35	28	80		
Hailfingen	140	43	30,71		
Hemmendorf	115	15	13,04		
Nellingsheim	57	25	43,86		
Remmingsheim	131	106	80,92		
Seebronn	132	57	43,18		
Wolfenhausen	72	47	65,28		
Ergenzingen	281	222	79		
3. Hirrlingen	**869**	**445**	**51,21**	**439**	**50,52**
Frommenhausen	98	52	53,06		
Niedernau	96	28	29,17		
Obernau	90	11	12,22		
Schwalldorf	131	92	70,23		
Weiler	87	22	25,29		
Hirrlingen	252	225	89,29		
4. Mössingen	**947**	**756**	**79,83**	**753**	**79,51**
Oeschingen	206	158	76,7		
Talheim	226	146	64,6		
Mössingen	515	452	87,77		
5. Ofterdingen	**562**	**398**	**70,82**	**397**	**70,64**
Ofterdingen	341	290	85,04		
Belsen	221	108	48,87		
6. Wurmlingen	**705**	**354**	**50,21**	**342**	**48,51**
Bühl	97	42	43,3		
Hirschau	158	88	55,7		
Kiebingen	135	34	25,19		
Wendelsheim	138	94	68,12		
Wurmlingen	177	95	53,67		
7. Bodelshausen	**590**	**411**	**69,66**	**409**	**69,32**
Dettingen	189	60	31,75		
Bodelshausen	401	351	87,53		
Gesamtergebnis	**5670**	**3239**	**57,13**	**3076**	**54,25**
1. Rottenburg[291]	1149	347	30,2	266	23,15
2. Ergenzingen	733	513	69,99	~455	~62,1
3. Hirrlingen	1173	520	44,33	~514	43,8
4. Mössingen	947	756	79,83	753	79,51
5. Ofterdingen	963	749	77,78	~748	77,7
6. Wurmlingen	705	353	50,07	353	48,51

[291] Ergebnis umgerechnet auf die Wahldistrikteinteilung von 1868.

51. Oberamt Rottweil

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Deutsches Volksblatt Nr. 162, 14. Juli 1868; Schwarzwälder Bürgerzeitung Nr. 81, 12. Juli 1868.

	Berechtigte[292]	Wähler	%	Burkhardt (DP)	%	Hirt (Gd)	%	Bürk (VP)	%
1. Rottweil[293]	*1269*	547	*43,10*	256	*20,17*	48	*3,78*	243	*19,15*
2. Deißlingen[294]	*722*	341	*47,23*	43	*5,96*	0	*0,00*	298	*41,27*
3. Dietingen[295]	*719*	346	*48,12*	92	*12,80*	93	*12,93*	161	*22,39*
4. Schömberg[296]	*918*	515	*56,10*	140	*15,25*	32	*3,49*	343	*37,36*
5. Dunningen[297]	*925*	410	*44,32*	37	*4,00*	164	*17,73*	209	*22,59*
6. Schwenningen	*915*	796	*86,99*	8	*0,87*	5	*0,55*	783	*85,57*
7. Zepfenhan[298]	*635*	263	*41,42*	46	*7,24*	15	*2,36*	202	*31,81*
Gesamtergebnis	**6103**	**3229**	**52,91**	**622**	**10,19**	**357**	**5,85**	**2239**	**36,69**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 618/623; Beobachter Nr. 293, 11. Dezember 1870; Schwarzwälder Bürgerzeitung Nr. 145, 9. Dezember 1870.

	Berechtigte[299]	Wähler	%	Boscher (DP/Min)	%	Bürk (VP)	%
1. Rottweil[300]	*1224*	828	*67,65*	716	*58,50*	110	*8,99*
2. Deißlingen	*697*	403	*57,82*	123	*17,65*	278	*39,89*
3. Dietingen	*693*	357	*51,52*	226	*32,61*	129	*18,61*
4. Schömberg	*886*	465	*52,48*	145	*16,37*	318	*35,89*
5. Dunningen	*892*	432	*48,43*	217	*24,33*	215	*24,10*
6. Schwenningen	*883*	686	*77,69*	230	*26,05*	454	*51,42*
7. Zepfenhan	*615*	390	*63,41*	158	*25,69*	220	*35,77*
Gesamtergebnis	**5890**	**3547**	**60,22**	**1810**	**30,73**	**1724**	**29,27**

[292] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1882.
[293] Rottweil, Hausen o. R., Zimmern o. R.
[294] Deißlingen, Lauffen, Bühlingen,
[295] Dietingen, Böhringen, Gößlingen, Irslingen, Villingendorf, Täbingen.
[296] Schömberg, Dotternhausen, Dormettingen, Hausen a. T., Roßwangen, Dautmergen.
[297] Dunningen, Bösingen, Flötzlingen, Herrenzimmern, Lackendorf, Locherhof, Stetten o. R.
[298] Zepfenhan, Feckenhausen, Neukrich, Wellendingen, Zimmern u. d. B., Göllsdorf.
[299] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1882.
[300] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

c) Landtagsnachwahl vom 9./16. Oktober 1876

Q.: Schw. Kronik 1876, S. 2297, 2345, 2365; Schwarzwälder Bürgerzeitung Nr. 117, 11. Oktober 1876 und Nr. 120, 18. Oktober 1876.

	Berechtigte[301]	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Boscher (DP)	%	andere[302]	%
1. Rottweil[303]	*1262*	576	*45,64*	1085	*85,97*	1005	*79,64*		
2. Deißlingen	*718*	284	*39,55*	630	*87,74*				
3. Dietingen	*716*	197	*27,51*	553	*77,23*				
4. Schömberg	*912*	83	*9,10*	433	*47,48*				
5. Dunningen	*920*	238	*25,87*	714	*77,61*				
6. Schwenningen	*961*	124	*12,90*	740	*77,00*				
7. Zepfenhan	*632*	134	*21,20*	503	*79,59*				
Gesamtergebnis	**6121**	**1636**	**26,73**	**4658**	**76,1**	**3644**	**59,53**	**1214**	**19,8**

52. Oberamt Saulgau

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Deutsches Volksblatt Nr. 161, 12. Juli 1868; Der Oberländer, 11. Juli 1868.

	Berechtigte[304]	Wähler	%	Schlierholz (Min)	%	Küble (VP)	%
1. Saulgau[305]	*931*	703	*75,51*	433	*46,51*	270	*29,00*
2. Mengen[306]	*1011*	730	*72,21*	508	*50,25*	220	*21,76*
3. Hohentengen[307]	*698*	451	*64,61*	82	*11,75*	368	*52,72*
4. Herbertingen[308]	*580*	485	*83,62*	182	*31,38*	303	*52,24*
5. Musbach[309]	*499*	374	*74,95*	38	*7,62*	336	*67,33*
6. Altshausen[310]	*839*	798	*95,11*	88	*10,49*	710	*84,62*
7. Königseggwald[311]	*478*	385	*80,54*	97	*20,29*	288	*60,25*
Gesamtergebnis	**5036**	**3925**	**77,94**	**1428**	**28,36**	**2496**	**49,56**

[301] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1882.

[302] Als „zersplittert" ausgewiesen.

[303] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

[304] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1870.

[305] Saulgau, Haid, Hochberg, Bolstern, Bondorf, Braunenweiler.

[306] Mengen, Blochingen, Ennetach, Heudorf, Scheer.

[307] Hohentengen, Beizkofen, Bremen, Eichen, Enzkofen, Friedberg, Günzkofen, Ölkofen, Ursendorf, Völlkofen, Wolfartsweiler.

[308] Herbertingen, Fulgenstadt, Großtissen, Mieterkingen, Moosheim.

[309] Musbach, Allmannsweiler, Bierstetten, Ebersbach, Geigelbach, Lampertsweiler, Reichenbach, Renhardsweiler.

[310] Altshausen, Blönried, Boms, Ebenweiler, Eichstegen, Unterwaldhausen.

[311] Königseggwald, Fleischwangen, Guggenhausen, Hoßkirch, Hüttenreute, Jettkofen, Laubbach, Pfrungen, Riedhausen.

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 663; Deutsches Volksblatt Nr. 290, 10. Dezember 1870.

	Berechtigte	Wähler	%	Pischl (DP)	%	Küble (VP)	%
1. Saulgau[312]	888	755	85,02	684	77,03	71	8,00
2. Mengen	966	529	54,76	218	22,57	311	32,19
3. Hohentengen	667	442	66,27	176	26,39	266	39,88
4. Herbertingen	554	402	72,56	304	54,87	98	17,69
5. Musbach	476	275	57,77	117	24,58	158	33,19
6. Altshausen	801	548	68,41	30	3,75	515	64,29
7. Königseggwald	456	360	78,95	119	26,10	240	52,63
Gesamtergebnis	**4808**	**3311**	**68,86**	**1648**	**34,28**	**1659**	**34,50**

c) Landtagsnachwahl vom 20./25. September 1871

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 629, 626.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Mesmer	%
4925	**2271**	**46,1**	**4147**	**84,2**	**3171**	**64,4**

53. Oberamt Schorndorf

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Staatsanzeiger Nr. 163, 11. Juli 1868, S. 1696.

Berechtigte	Wähler	%	Duvernoy (DP)	%	Hofacker (Min)	%	C.C. Kern (Gd)	%
5097	**3544**	**69,5**	**554**	**10,87**	**1947**	**38,2**	**1040**	**21,4**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 677.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Hofacker (Min)	%	C.C. Kern (Gd)	%
1. Schorndorf	**1631**	**893**	**54,75**	***814***[313]	**49,91**	**60**	**3,7**
Adelberg	153	74	48,37				
Oberberken	98	44	44,90				
Schornbach u.a.	172	111	64,53				
Weiler	153	92	60,13				

[312] Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

[313] Stimmenverteilung geschätzt.

Winterbach u.a.	369	178	48,24				
Schorndorf	686	394	57,43				
2. Haubersbronn	**714**	**438**	**61,34**	*438*	**61,34**		
Asperglen	100	63	63,00				
Buhlbronn	70	50	71,43				
Miedelsbach	85	50	58,82				
Steinenberg u.a.	175	93	53,14				
Vorderweißbuch u.a.	107	61	57,01				
Haubersbronn	177	121	68,36				
3. Thomashardt	**549**	**277**	**50,46**	*275*	**50,09**		
Baiereck	82	37	45,12				
Baltmannsweiler	140	60	42,86				
Hegenlohe	63	38	60,32				
Hohengehren	122	31	25,41				
Schlichten	63	42	66,67				
Thomashardt	79	69	87,34				
4. Beutelsbach	**764**	**536**	**70,16**	*536*	**70,16**		
Aichelberg	122	63	51,64				
Schnait	355	227	63,94				
Beutelsbach	287	246	85,71				
5. Geradstetten	**825**	**511**	**61,94**	*510*	**61,82**		
Grunbach	222	74	33,33				
Hebsack	109	65	59,63				
Hößlinswart	93	68	73,12				
Rohrbronn	62	51	82,26				
Geradstetten	339	253	74,63				
6. Oberurbach	**531**	**330**	**62,15**	*330*	**62,15**		
Unterurbach	175	107	61,14				
Oberurbach	356	223	62,64				
Gesamtergebnis	**5014**	**2985**	**59,53**	**2903**	**57,9**	**62**	**1,2**

54. Oberamt Spaichingen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Heuberger Bote, Extrablatt 10. Juli 1868.

	Berechtigte[314]	Wähler 1. Wg.	%	Bühler (Min)	%	Vayhinger (Gd)	%	Steidle (VP)	%
1. Spaichingen[315]	*841*	580	*68,97*	371	*44,11*	188	*22,35*	8	*0,95*
2. Aldingen	*957*	522	*54,55*	268	*28,00*	68	*7,11*	184	*19,23*
3. Wehingen[316]	*1091*	439	*40,24*	157	*14,39*	280	*25,66*	0	*0*
4. Egesheim[317]	*685*	361	*52,70*	43	*6,28*	317	*46,28*	1	*0,15*
5. Böttingen	*523*	215	*41,11*	71	*13,58*	138	*26,39*	1	*0,19*
Gesamtergebnis	**4097**	**2117**	**51,67**	**910**	**22,21**	**991**	**24,16**	**194**	**4,74**

b) Stichwahl vom 21. Juli 1868

Q.: Staatsanzeiger Nr. 174, 24. Juli 1868, S. 1806.

Berechtigte	Wähler	%	Bühler (Min)	%	Vayhinger (Gd)	%
4097	2548	62,19	1219	29,77	1322	32,27

c) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 672.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Bühler (Min)	%	Häring (VP)	%	Vayhinger (Gd)	%
1. Spaichingen	**821**	**535**	**65,16**	**363**	**44,21**	**165**	**20,10**	**3**	**0,37**
Balgheim	95	58	61,05						
Dürbheim	169	109	64,50						
Spaichingen	557	368	66,07						
2. Aldingen	**935**	**540**	**57,75**	**265**	**28,34**	**272**	**29,09**	**2**	**0,21**
Aixheim	160	112	70,00						
Denkingen	227	133	58,59						
Frittlingen	204	88	43,14						
Aldingen	344	207	60,17						
3. Wehingen	**546**	**278**	**50,92**	**127**	**23,26**	**132**	**24,18**	**14**	**2,56**
Gosheim	136	78	57,35						
Reichenbach	102	55	53,92						
Wehingen	308	145	47,08						
4. Deilingen	**621**	**300**	**48,31**	**259**	**41,71**	**40**	**6,44**	**1**	**0,16**
Ratshausen	132	27	20,45						
Schörzingen	153	49	32,03						
Weilen	61	31	50,82						
Deilingen	275	193	70,18						

[314] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben von 1870.
[315] Einteilung der Wahldistrikte 1, 2 und 5 wie 1870 (Nr. 1, 2 und 6).
[316] Wehingen, Gosheim, Deilingen, Ratshausen, Schörzingen, Weilen.
[317] Egesheim, Nusplingen, Obernheim, Reichenbach.

5. Egesheim	**566**	**324**	**57,24**	**255**	**45,05**	**43**	**7,60**	**26**	**4,59**
Nusplingen	223	107	47,98						
Obernheim	233	136	58,37						
Egesheim	110	81	73,64						
6. Böttingen	**511**	**241**	**47,16**	**156**	**30,53**	**71**	**13,89**	**14**	**2,74**
Bubsheim	163	47	28,83						
Königsheim	82	21	25,61						
Mahlstetten	134	75	55,97						
Böttingen	132	98	74,24						
Gesamtergebnis	4000	**2218**	**55,45**	**1425**	**35,63**	**723**	**18,08**	**65**	**1,63**

55. Oberamt Stuttgart

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Schw. Kronik 1868.

Berechtigte	Wähler	%	Flammer (Min)	%	Wiedemann (VP)	%
6384	**3328**	**52,1**	**1610**	**25,2**	**1709**	**26,8**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 717.

	Berech-tigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg. wahl	%	Müller G. (DP)	%	Wiedemann (VP)	%	Kick (Min)	%
1. Bernhausen[318]	927	479	51,67	706	76,16						
2. Feuerbach[319]	1164	346	29,73	813	69,85						
3. Echterdingen[320]	1031	457	44,33	814	78,95						
4. Kemnat[321]	597	268	44,89	462	77,39						
5. Möhringen[322]	1322	629	47,58	1106	83,66						
6. Plieningen[323]	643	254	39,5	524	81,49						
7. Waldenbuch[324]	604	312	51,66	492	81,46						
Gesamtergebnis	**6288**	**2745**	**43,65**	**4917**	**78,2**	**3973**	**63,18**	**322**	**5,12**	**528**	**8,4**

[318] Bernhausen, Bonlanden, Harthausen, Obersielmingen, Untersielmingen.
[319] Feuerbach, Bothnang, Gaisburg.
[320] Echterdingen, Leinfelden, Mußberg, Plattenhardt, Stetten.
[321] Kemnat, Heumaden, Ruit, Scharnhausen.
[322] Möhringen, Degerloch, Kaltental, Rohr, Vaihingen.
[323] Plieningen, Birkach.
[324] Waldenbuch, Steinenbronn.

c) Landtagsnachwahl vom 10. Februar 1876
Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 703.

Berechtigte	Wähler	%	Zipperlen (LP)	%
7090	4151	58,55	4123	58,15

56. Stuttgart/Stadt

a) Landtagswahl vom 8./9. Juli 1868
Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 6, Bl. 2.

Berechtigte	Wähler	%	G. Müller (DP)	%	Sick (Min)	%	Schott (Gd)	%
12214	7061	57,8	1487	12,17	4403	36,05	1150	9,42

b) Landtagswahl vom 5./6. und 11. Dezember 1870
Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 700f.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	G. Müller (DP)	%	Sick (Min)	%	C. Mayer (VP)	%
12798[325]	5742	44,87	9205	71,98	32	0,25	8696	75,68	30	0,23

c) Landtagsnachwahl vom 10./11. und 16. Oktober 1872
Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 684f.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	O. Wächter (DP)	%	Niethammer (VP)	%
16842			11455	68,01	5611	33,32	5371	31,89

[325] Nach dem Bericht des Stadtdirektors vom 7. Dezember 1870 (HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 701) betrug die Anzahl der Wahlberechtigten am 5./6. Dezember 1870 sogar 12808, bei der Ergänzungswahl waren es dann 12798.

57. Oberamt Sulz

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: StASig Wü 65/34 T 1, Oberamt Sulz, Bü 1; Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868; Schwarzwälder Bote Nr. 160, 12. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Schoffer (Min)	%	Pfäfflin (VP)	%
1. Sulz	**958**	**705**	**73,59**	**150**	**15,66**	**553**	**57,72**
Sulz	374	314	83,96				
Aistaig	106	58	54,72				
Boll	77	52	67,53				
Holzhausen	82	64	78,05				
Mühlheim	96	61	63,54				
Renfrizhausen	104	64	61,54				
Sigmarswangen	119	92	77,31				
2. Bettenhausen	**364**	**245**	**67,31**	**83**	**22,80**	**161**	**44,23**
Bettenhausen	45	30	66,67				
Dürrenmettstetten	72	47	65,28				
Fürnsal	43	37	86,05				
Hopfau-Neunthausen	108	83	76,85				
Leinstetten	96	48	50,00				
3. Dornhan	**635**	**363**	**57,17**	**33**	**5,20**	**330**	**51,97**
Busenweiler	30						
Dornhan	295						
Marschalkenzimmern	126						
Sterneck	46						
Wälde	63						
Weiden	68						
4. Leidringen	**394**	**194**	**49,24**	**24**	**6,09**	**169**	**42,89**
Leidringen	212						
Rotenzimmern	62						
Trichtingen	120						
5. Rosenfeld	**690**	**292**	**42,32**	**179**	**25,94**	**113**	**16,38**
Bickelsberg	114						
Binsdorf	192						
Brittheim	62						
Isingen	98						
Rosenfeld	222						
6. Vöhringen	**566**	**396**	**69,96**	**135**	**23,85**	**259**	**45,76**
Bergfelden	180	126	70,00				
Vöhringen	285	200	70,18				
Wittershausen	101	70	69,31				
Gesamtergebnis	**3607**	**2195**	**60,85**	**604**	**16,75**	**1585**	**43,94**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: StASig Wü 65/34 T 1, Oberamt Sulz, Bü 1; Schwarzwälder Bote 1870, S. 1234.

	Berechtigte	Wähler	%	T. Vogt (DP)	%	Pfäfflin (dem.)	%
1. Sulz	**877**	**577**	**65,79**	**283**	**32,27**	**291**	**33,18**
Sulz	351	263	74,93				
Aistaig	95	33	34,74				
Boll	79	51	64,56				
Holzhausen	78	59	75,64				
Mühlheim	93	59	63,44				
Renfrizhausen	104	79	75,96				
Weiden	77	32	41,56				
2. Hopfau-Neunthausen	**352**	**229**	**65,06**	**185**	**52,56**	**43**	**12,22**
Bettenhausen	41	26	63,41				
Dürrenmettstetten	73	60	82,19				
Fürnsal	42	36	85,71				
Hopfau-Neunthausen	104	82	78,85				
Leinstetten	92	25	27,17				
3. Dornhan	**543**	**254**	**46,78**	**178**	**32,78**	**75**	**13,81**
Busenweiler	32	16	50,00				
Dornhan	283	140	49,47				
Marschalkenzimmern	120	65	54,17				
Sterneck	43	18	41,86				
Wälde	65	15	23,08				
4. Leidringen	**382**	**224**	**58,64**	**157**	**41,10**	**67**	**17,54**
Leidringen	202						
Rotenzimmern	60						
Trichtingen	120						
5. Rosenfeld	**504**	**314**	**62,30**	**304**	**60,32**	**10**	**1,98**
Bickelsberg	109						
Brittheim	61						
Isingen	99						
Rosenfeld	235						
6. Vöhringen	**663**	**369**	**55,66**	**193**	**29,11**	**175**	**26,40**
Bergfelden	180						
Sigmarswangen	116						
Vöhringen	263						
Wittershausen	104						
7. Binsdorf	**184**	**148**	**80,43**	**146**	**79,35**	**2**	**1,09**
Gesamtergebnis	**3505**	**2115**	**60,3**	**1446**	**41,3**	**663**	**18,9**

58. Oberamt Tettnang

a) Landtagswahl vom 8./15. Juli 1868

Q.: Staatsanzeiger Nr. 163, 11. Juli 1868, S. 1696[326] und Nr. 169, 18. Juli 1868, S. 1755; HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Bl. 91.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Rahmer (DP)	%	v. Malchus (Min)	%	Alois Maier (Gd)	%
3768	**1265**	**33,6**	**2850**	**75,6**	**216**	**5,7**	**151**	**4,01**	**2382**	**63,2**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 729f.

	Berechtigte	Wähler	%	Rahmer (DP)	%	Alois Maier (Gd)	%
1. Tettnang[327]	880	565	64,20	132	15,00	430	48,86
2. Friedrichshafen[328]	772	454	58,81	148	19,17	304	39,38
3. Neukirch[329]	489	254	51,94	92	18,81	162	33,13
4. Hirschlatt[330]	508	248	48,82	85	16,73	161	31,69
5. Hemigkofen[331]	533	430	80,68	23	4,32	405	75,98
6. Langenargen[332]	437	233	53,32	29	6,64	203	46,45
Gesamtergebnis	**3619**	**2181**	**60,27**	**509**	**14,06**	**1665**	**46,01**

59. Oberamt Tübingen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 6, Bl. 10; Tübinger Chronik Nr. 133, 11. Juli 1868, S. 611.

Gemeinden	Berechtigte[333]	Wähler	%	Weber H. (DP)	%	Hörner (Min)	%	Hoch	%	Wucherer	%
1. Walddorf[334]	*928*	518	*55,82*	89	*9,59*	408	*43,97*	0	*0,00*	14	*1,51*
2. Pliezhausen	*519*	321	*61,85*	32	*6,17*	285	*54,91*	0	*0,00*	1	*0,19*
3. Mähringen	*625*	356	*56,96*	117	*18,72*	188	*30,08*	0	*0,00*	40	*6,40*
4. Lustnau	*829*	504	*60,80*	77	*9,29*	317	*38,24*	0	*0,00*	102	*12,30*
5. Kirchentellinsfurt	*529*	313	*59,17*	48	*9,07*	262	*49,53*	2	*0,38*	1	*0,19*

[326] Anzahl der Wahlberechtigten dort 3774 in Nr. 169 3768.
[327] Tettnang, Obereisenbach, Liebenau, Tannau, Untermeckenbeuren.
[328] Friedrichshafen, Schnetzenhausen, Berg.
[329] Neukirch, Flunau, Schomburg.
[330] Hirschlatt, Ailingen, Ettenkirch, Oberteuringen.
[331] Hemigkofen, Nonnenbach, Laimnau, Langnau.
[332] Langenargen, Oberdorf, Erisdorf.
[333] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1870.
[334] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.

6. Dußlingen	*861*	514	*59,70*	467	*54,24*	42	*4,88*	1	*0,12*	4	*0,46*
7. Gönningen	*530*	301	*56,8*	8	*1,51*	2	*0,38*	291	*54,91*	0	*0*
Gesamtergebnis	**4821**	**2827**	**58,64**	**838**	**17,38**	**1504**	**31,20**	**294**	**6,10**	**162**	**3,36**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870
Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 761f.

Gemeinden	Berechtigte	Wähler	%	H. Weber (DP)	%	Hörner (Min)	%
1. Walddorf	**924**	**511**	**55,30**	**212**	**22,94**	**296**	**32,03**
Dettenhausen	193	40	20,73				
Gniebel	105	70	66,67				
Häßlach	105	67	63,81				
Rübgarten	93	68	73,12				
Schlaitdorf	171	57	33,33				
Waldorf	257	208	80,93				
2. Pliezhausen	**507**	**309**	**60,95**	**32**	**6,31**	**276**	**54,44**
Dörnach	54	28	51,85				
Ofterdingen	89	52	58,43				
Pliezhausen	246	187	76,02				
Rommelsbach	118	42	35,59				
3. Mähringen	**617**	**370**	**59,97**	**161**	**26,09**	**208**	**33,71**
Jettenburg	81	46	56,79				
Immenhausen	82	66	80,49				
Kusterdingen	209	66	31,58				
Mähringen	130	116	89,23				
Wankheim	115	76	66,09				
4. Lustnau	**819**	**513**	**62,64**	**186**	**22,71**	**326**	**39,80**
Bebenhausen	37	26	70,27				
Derendingen	140	74	52,86				
Hagelloch	121	56	46,28				
Lustnau	263	215	81,75				
Pfrondorf	163	85	52,15				
Weilheim	95	56	58,95				
5. Kirchentellinsfurt	**524**	**321**	**61,26**	**78**	**14,89**	**242**	**46,18**
Altenburg	83	38	45,78				
Degerschlacht	67	24	35,82				
Kirchentellinsfurt	285	202	70,88				
Sickenhausen	89	57	64,04				
6. Dußlingen	**855**	**516**	**60,35**	**289**	**33,80**	**226**	**26,43**
Dußlingen	507	356	70,22				
Kilchberg	65	47	72,31				
Nehren	283	113	39,93				
7. Gönningen	**524**	**160**	**30,53**	**88**	**16,79**	**71**	**13,55**
Gesamtergebnis	**4770**	**2698**	**56,56**	**1046**	**21,93**	**1645**	**34,49**

60. Tübingen/Stadt

a) Landtagswahl vom 8./9. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 6, Bl. 10.

Berechtigte	Wähler	%	Fr. Weber (DP)	%	Schott (dem)	%
1474	**1173**	**79,58**	**420**	**28,5**	**749**	**50,81**

b) Landtagswahl vom 5./6. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 761f.

Berechtigte	Wähler	%	Palmer (DP)	%	Schott (dem)	%
1498	**1159**	**33,4**	**797**	**53,2**	**359**	**23,97**

c) Landtagswahl vom 16./17. und 22. Oktober 1872

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 745ff.

Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Stein (DP)	%	Reichmann (VP)	%
1523	**700**	**45,96**	**1294**	**84,96**	**721**	**47,3**	**492**	**32,3**

d) Landtagswahl vom 10./11. März 1875

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 734ff.

Berechtigte	Wähler	%	Geß (DP)	%	Dorn (dem)	%
1604	**1418**	**88,4**	**621**	**38,7**	**792**	**49,38**

61. Oberamt Tuttlingen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Gränzbote Nr. 82, 12. Juli 1868.

	Berech-tigte	Wähler	%	Dinkel-acker (DP)	%	J.K. Schall (Min)	%	Villinger (VP)	%	Storz (Gd)	%
1. Tuttlingen	1339	1172	87,53	42	3,14	15	1,12	98	7,32	1013	75,65
2. Trossingen	*724*	352	*48,62*	2	0,28	72	*9,94*	125	*17,27*	153	*21,13*
3. Tuningen	*575*	334	*58,09*			74	*12,87*	172	*29,91*	87	*15,13*
4. Mühlheim	*707*	431	*60,96*			11	*1,56*	336	*47,52*	83	*11,74*
5. Fridingen	*605*	338	*55,87*	2	0,33	20	*3,31*	150	*24,79*	161	*26,61*
6. Seitingen	*559*	306	*54,74*			10	*1,79*	195	*34,88*	100	*17,89*
7. Wurmlingen	*495*	359	*72,53*			44	*8,89*	206	*41,62*	109	*22,02*
Gesamtergebnis	**5004**	**3292**	**65,79**	**46**	**0,9**	**246**	**4,92**	**1287**	**25,72**	**1706**	**34,09**

b) Landtagswahl vom 5./6. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 772ff.

Gemeinde	Berech-tigte	Wähler	%	Storz (DP)	%	Villinger (VP)	%
1. Tuttlingen	1449	1263	87,16	1164	80,33	96	6,63
2. Trossingen	**718**	**363**	**50,56**	**265**	**36,91**	**97**	**13,51**
Mühlhausen	52	35	67,3	*0*	0,0	32	61,5
Schura	113	60	53,1	*60*	53,1	0	0,0
Weigheim	91	34	37,4	*0*	0,0	33	36,3
Trossingen	462	234	50,7	*202*	43,7	32	6,9
3. Tuningen	**569**	**255**	**44,82**	**177**	**31,11**	**74**	**13,01**
Talheim	235	61	26,0	*61*	26,0	0	0,0
Tuningen	334	194	58,1	*116*	34,7	74	22,2
4. Mühlheim	**701**	**465**	**66,33**	**27**	**3,85**	**438**	**62,48**
Kolbingen	139	65	46,8	*13*	9,4	52	37,4
Nendingen	231	169	73,2	*0*	0,0	169	73,2
Renquishausen	91	50	55,0	*0*	0,0	50	55,0
Stetten	87	66	75,9	*0*	0,0	66	75,9
Mühlheim	153	115	75,2	*14*	9,2	101	66,0
5. Fridingen	**599**	**418**	**69,78**	**205**	**34,22**	**213**	**35,56**
Irrendorf	114	53	46,5	*0*	0,0	53	46,5
Neuhausen	265	204	77,0	*203*	76,6	0	0,0
Fridingen	220	161	73,2	*1*	0,5	160	72,7
6. Seitingen	**553**	**353**	**63,83**	**47**	**8,50**	**306**	**55,33**
Durchhausen	108	76	70,4	*0*	0,0	76	70,4
Gunningen	89	58	65,2	*0*	0,0	58	65,2
Hausen o. V.	134	48	35,8	*47*	35,1	1	0,7
Oberflacht	93	65	69, 9	*0*	0,0	65	69,9
Seitingen	129	106	82,2	*0*	0,0	106	82,2

7. Wurmlingen	**490**	**410**	**83,67**	**134**	**27,35**	**274**	**55,92**
Rietheim	151	123	81,5	*120*	79,5	3	2,0
Weilheim	87	65	74,7	*0*	0,0	65	74,7
Wurmlingen	252	222	88,1	*14*	5,6	206	81,7
Gesamtergebnis	**5079**	**3527**	**69,44**	**2019**	**39,75**	**1498**	**29,49**

62. Oberamt Ulm

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Beobachter Nr. 162, 14. Juli 1868; Ulmer Tagblatt Nr. 161, 12. Juli 1868, S. 668.

	Berechtigte[335]	Wähler	%	Horn (Min)	%	Wolbach (VP)	%
1. Langenau[336]	*773*	370	*47,87*	203	26,26	166	21,47
2. Nerenstetten	*514*	350	*68,09*	186	36,19	171	33,27
3. Niederstotzingen	*695*	351	*50,50*	154	22,16	197	28,35
4. Weidenstetten	*551*	382	*69,33*	351	63,70	31	5,63
5. Beimerstetten	*495*	319	*64,44*	82	16,57	236	47,68
6. Lonsee	*475*	351	*73,89*	266	56,00	84	17,68
7. Söflingen	*845*	463	*54,79*	170	20,12	292	34,56
Gesamtergebnis	**4348**	**2594**	**59,66**	**1412**	**32,47**	**1177**	**27,07**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 803f.; Ulmer Schnellpost Nr. 286, 7. Dezember 1870, S. 1148.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Kolb (Min)	%	Honold (VP)	%
1. Langenau	**763**	**500**	**65,53**	**229**	**30**	**271**	**35,5**
2. Nerenstetten	**494**	**353**	**71,46**	**146**	**29,55**	**206**	**41,70**
Albeck	100	76	76,00				
Ballendorf	96	54	56,25				
Börslingen	27	20	74,07				
Göttingen	76	54	71,05				
Öllingen	75	48	64,00				
Setzingen	75	59	78,67				
Nerenstetten	45	42	93,33				
3. Niederstotzingen	**678**	**479**	**70,65**	**347**	**51,18**	**131**	**19,32**
Asselfingen	101	75	74,26				
Bissingen	83	81	97,59				
Oberstotzingen	89	51	57,30				
Rammingen	102	51	50,00				

[335] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1870.

[336] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870; bei Distrikt 4 anderer Abstimmungsort.

Stetten	75	46	61,33				
Niederstotzingen	228	205	89,91				
4. Altheim	**531**	**397**	**74,76**	**356**	**67,04**	**41**	**7,72**
Holzkirch	56	35	62,50				
Neenstetten	94	69	73,40				
Weidenstetten	147	97	65,99				
Altheim	234	196	83,76				
5. Beimerstetten	**479**	**300**	**62,63**	**194**	**40,50**	**105**	**21,92**
Bernstadt	163	87	53,37				
Breitingen	32	27	84,38				
Hörvelsingen	75	56	74,67				
Jungingen	120	67	55,83				
Beimerstetten	89	63	70,79				
6. Lonsee	**456**	**340**	**74,56**	**299**	**65,57**	**40**	**8,77**
Ettlenschieß	56	52	92,86				
Holzhausen	58	44	75,86				
Luizhausen	42	31	73,81				
Reutti	36	28	77,78				
Urspring	68	58	85,29				
Westerstetten	125	67	53,60				
Lonsee	71	60	84,51				
7. Söflingen	**834**	**447**	**53,60**	**209**	**25,06**	**236**	**28,30**
Ehrenstein	58	29	50,00				
Einsingen	91	58	63,74				
Grimmelfingen	55	38	69,09				
Lehr	45	27	60,00				
Mähringen	56	36	64,29				
Söflingen	529	259	48,96				
Gesamtergebnis	**4235**	**2816**	**66,49**	**1780**	**42,03**	**1030**	**24,32**

c) Landtagsnachwahl vom 28. Februar 1876

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 792.

	Berechtigte[337]	Wähler	%	Haug (DP)	%	O. Schott (kathLP)	%
1. Langenau[338]	*835*	681	*81,56*	649	*77,72*	25	2,99
2. Nerenstetten	*495*	325	*65,66*	276	*55,76*	49	9,9
3. Niederstotzingen	*710*	494	*69,58*	121	*17,04*	365	51,41
4. Altheim	*540*	385	*71,30*	142	*26,30*	243	45
5. Beimerstetten	*490*	275	*56,12*	119	*24,29*	154	31,43
6. Lonsee	*474*	349	*73,63*	189	*39,87*	160	33,76
7. Söflingen	*807*	450	*55,76*	14	*1,73*	429	53,16
Gesamtergebnis	**4351**	**2959**	**68,01**	**1510**	**34,70**	**1425**	**32,8**

[337] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben von Dezember 1876.
[338] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.

63. Ulm/Stadt

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 6, Bl. 56, Schwäbische Volkszeitung Nr. 166, 19. Juli 1868, S. 702; Ulmer Tagblatt Nr. 161, 12. Juli 1868, S. 668.

	Berechtigte	Wähler	%	Pfeiffer (DP)	%	Ph. L. Adam (Gd/VP)	%
1. Münsterbauhütte	*1149*[339]	662	57,6	329	*25,76*	333	*26,1*
2. Rathaus	*1471*	746	50,7	416	*26,56*	360	*23,0*
3. Markthalle	*1150*	661	57,5	338	*28,6*	323	*27,3*
4. Theatersaal	*1491*	1060	71,1	598	*46,0*	462	*35,5*
Gesamtergebnis	**5324**	**3167**	**59,6**	**1681**	**31,57**	**1478**	**27,76**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 781; Ulmer Tagblatt Nr. 288, 8. Dezember 1870, S. 1212.

	Berechtigte	Wähler	%	Pfeiffer (DP)	%	Veesenmayer (Min)	%
1. Münsterbauhütte[340]	1251	608	48,60	284	22,70	322	25,74
2. Rathaus	1531	776	50,69	405	26,45	368	24,04
3. Markthalle	1159	610	52,63	320	27,61	278	23,99
4. Theatersaal	463	140	30,24				
Garnisonsangehörige	3432	1818	52,97	1199	30,78	754	19,36
Gesamtergebnis	**7836**	**3952**	**50,43**	**2208**	**28,18**	**1722**	**21,98**

64. Oberamt Urach

a) Zollparlamentswahl vom 24. März 1868

Q.: StASig Wü 65/40 T 1, Oberamt Urach, Zollparlamentswahl.

	Berechtigte	Wähler	%	H. Otto (DP)	%	v. Varnbüler (Min)	%
1. Urach	**827**	**638**	**77,15**	**58**	**7,01**	**578**	**69,89**
Stadt Urach	665[341]	488	73,38				
Hülben	162	150	92,59				

[339] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Zahlen von 1870.

[340] Die Zuteilung der Wahlberechtigten zu den Abstimmlokalen erfolgte nach den Anfangsbuchstaben der Nachnamen (1. A-G, 2. H-M, 3. N-S, 4. T-Z); in 4. stimmten auch die Garnisonsangehörigen. Die Parteistimmenanteile in Distrikt 4 beziehen sich auf die Garnison und die zivilen Wähler.

[341] Nach dem Wählerverzeichnis tatsächlich 662 Wahlberechtigte.

2. Metzingen	**948**	**493**	**52**	**279**	**29,43**	**213**	**22,47**
3. Dettingen	**575**	**232**	**40,35**	**142**	**24,70**	**90**	**15,65**
4. Neuhausen	**413**	**219**	**53,03**	**78**	**18,89**	**140**	**33,9**
Neuhausen	273						
Glems	140						
5. Bempflingen	**303**	**271**	**89,44**	**129**	**42,57**	**142**	**46,86**
Bempflingen	145						
Riederich	158						
6. Mittelstadt	**426**	**203**	**47,65**	**46**	**10,80**	**157**	**36,85**
Mittelstadt	208						
Reicheneck	36						
Sondelfingen	182						
7. Grabenstetten	**322**	**221**	**68,63**	**13**	**4,04**	**204**	**63,35**
Grabenstetten	216						
Hengen	106						
8. Böhringen	**580**	**333**	**57,41**	**8**	**1,38**	**322**	**55,52**
Böhringen	215						
Donnstetten	183						
Zainingen	182						
9. Seeburg	**552**	**331**	**59,96**	**28**	**5,07**	**303**	**54,89**
Seeburg	76						
Gruorn	127						
Rietheim	74						
Trailfingen	138						
Wittlingen	137						
10. Würtingen	**315**	**258**	**81,9**	**54**	**17,14**	**202**	**64,13**
Würtingen	209						
Bleichstetten	58						
Ohnastetten	48						
11. Upfingen	**161**	**138**	**85,71**	**4**	**2,48**	**134**	**83,23**
Upfingen	119						
Sirchingen	42						
12. Gächingen	**217**	**187**	**86,18**	**15**	**6,91**	**172**	**79,26**
Gächingen	139						
Lonsingen	78						
Gesamtergebnis	**5639**	**3524**	**62,49**	**854**	**15,14**	**2657**	**47,12**

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 63; Reutlinger Oberamtsblatt 1868, S. 346; StASig Wü 65/40 T 1, Oberamt Urach, Zollparlamentswahl.

	Berechtigte[342]	Wähler[343]	%	E. Adam (DP)	%	Fricker (Gd)	%
1. Urach[344]	1043	722	69,22	297	28,48	425	40,75
2. Metzingen[345]	*1224*	772	*63,07*	116	*9,48*	656	*53,59*
3. Dettingen[346]	715	343	47,97	223	31,19	120	16,78
4. Böhringen[347]	686	420	61,22	82	11,95	338	49,27
5. Seeburg[348]	552	384	69,57	174	31,52	210	38,04
6. Upfingen[349]	693	589	84,99	187	26,98	402	58,01
7. Mittelstadt[350]	729	462	63,37	10	1,37	452	62,00
Gesamtergebnis	**5642**	**3707**	**65,70**	**1089**	**19,30**	**2606**	**46,19**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 807/813; Reutlinger Oberamtsblatt 1870, S. 624.

	Berechtigte	Wähler	%	Lenz (DP/Min)	%	Fricker (Gd)	%
1. Urach[351]	1025	795	77,56	669	65,27	125	12,2
2. Metzingen	1224	732	59,8	449	36,68	282	23,04
3. Dettingen	697	491	70,44	480	68,87	11	1,58
4. Böhringen	668	461	69,01	246	36,83	214	32,04
5. Seeburg	547	399	72,94	313	57,22	86	15,72
6. Upfingen	684	560	81,87	484	70,76	75	10,96
7. Mittelstadt	719	406	56,47	195	27,12	211	29,35
Gesamtergebnis	**5564**	**3847**	**69,1**	**2836**	**51,0**	**1004**	**18,0**

342 Anzahl der Wahlberechtigten wie bei der Zollparlamentswahl 1868; Metzingen +3.
343 15 ungültige und zersplitterte Stimmen lassen sich nicht zuordnen.
344 Urach, Grabenstetten, Hülben.
345 Metzingen, Neuhausen.
346 Dettingen, Glems.
347 Böhringen, Donnstetten, Hengen, Zainingen.
348 Seeburg, Gruorn, Rietheim, Trailfingen, Wittlingen.
349 Upfingen, Bleichstetten, Gächingen, Lonsingen, Ohnastetten, Sirchingen, Würtingen.
350 Mittelstadt, Bempflingen, Reicheneck, Riederich, Sondelfingen.
351 Einteilung der Wahldistrikte wie 1868.

65. Oberamt Vaihingen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 55; Die Landpost Nr. 81, 11. Juli 1868.

	Berechtigte[352]	Wähler	%	Braunmüller (Min/DP)	%	Hopf (VP)	%
1. Vaihingen[353]	*805*	680	84,47	111	*13,79*	567	*70,43*
2. Enzweihingen	*724*	502	69,34	78	*10,77*	423	*58,43*
3. Großglattbach	*672*	450	66,96	79	*11,76*	370	*55,06*
4. Großsachsenheim	*704*	499	70,88	37	*5,26*	460	*65,34*
5. Horrheim	*721*	504	69,90	50	*6,93*	453	*62,83*
6. Nußdorf	*793*	522	65,83	103	*12,99*	422	*53,22*
Gesamtergebnis	**4419**	**3162**	**71,6**	**458**	**10,4**	**2695**	**61,0**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 814ff.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Vischer (DP)	%	Hopf (dem)	%
1. Vaihingen	**781**	**569**	**72,86**	**237**	**30,35**	**332**	**42,51**
Vaihingen	550	404	73,45				
Ensingen	231	165	71,43				
2. Enzweihingen	**703**	**455**	**64,72**	**202**	**28,73**	**250**	**35,56**
Enzweihingen	319	211	66,14				
Hochdorf	123	83	67,48				
Oberriexingen	185	100	54,05				
Rieth	76	51	67,11				
3. Großglattbach	**652**	**459**	**70,40**	**226**	**34,66**	**233**	**35,74**
Großglattbach	172	131	76,16				
Iptingen	161	107	66,46				
Mühlhausen	171	101	59,06				
Roßwaag	148	120	81,08				
4. Großsachsenheim	**683**	**476**	**69,69**	**200**	**29,28**	**266**	**38,95**
Großsachsenheim	263	215	81,75				
Kleinsachsenheim	173	122	70,52				
Untermberg	84	56	66,67				
Unterriexingen	163	83	50,92				
5. Horrheim	**699**	**456**[354]	**65,24**	**208**	**29,76**	**247**	**35,34**
Hohenhaslach	252						
Horrheim	246						
Sersheim	201						

[352] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1870.

[353] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.

[354] Die Anzahl der Abstimmenden wurde in diesem Distrikt für die Gemeinden nicht ermittelt.

6. Nußdorf	770	447	58,05	172	22,34	265	34,42
Aurich	123	74	60,16				
Eberdingen	157	56	35,67				
Nußdorf	230	176	76,52				
Weissach	260	136	52,31				
Gesamtergebnis	**4288**	**2862**	**66,74**	**1259**	**29,36**	**1593**	**37,15**

66. Oberamt Waiblingen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: StAL F 210/I, Bü 6, Oberamt Waiblingen, Landtagswahlen 1848–68; Beobachter Nr. 164, 16. Juli 1868.

	Berechtigte[355]	Wähler	%	Ritter (Min)	%	Heß (VP)	%	Keefer (Gd)	%
1. Waiblingen[356]	*1127*	845	74,98	143	*12,69*	696	*61,76*	6	*0,53*
2. Endersbach[357]	*1221*	753	61,67	141	*11,55*	586	*47,99*	26	*2,13*
3. Bittenfeld[358]	*919*	739	80,41	22	*2,39*	408	*44,40*	309	*33,62*
4. Winnenden[359]	977	745	76,25	461	47,19	210	21,49	74	7,57
5. Oppelsbohm[360]	773	548	70,89	334	43,21	170	21,99	44	5,69
Gesamtergebnis	**5017**	**3667**	**73,09**	**1101**	**21,95**	**2070**	**41,26**	**459**	**9,15**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 825ff.

	Berechtigte	Wähler	%	Heß (DP)	%	Simon (Min)	%	Binz (VP)	%
1. Waiblingen[361]	900	541	60,11	500	55,56	41	4,56		
2. Endersbach[362]	800	419	52,38	113	14,13	306	38,25		
3. Bittenfeld[363]	937	537	57,31	162	17,29	375	40,02		
4. Winnenden[364]	946	468	49,47	31	3,28	387	40,91	50	5,29

[355] In den Wahldistrikten 1., 2. und 3. wurde die Anzahl der Stimmberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben von 1882.

[356] Waiblingen, Beinstein, Hegnach, Neustadt.

[357] Endersbach, Großheppach, Korb, Kleinheppach, Strümpfelbach.

[358] Bittenfeld, Hochberg, Hochdorf, Hohenacker, Neckarrems, Schwaikheim.

[359] Winnenden, Breuningsweiler, Hanweiler, Herdmannsweiler, Leutensbach, Nellmersbach.

[360] Oppelsbohm, Baach, Birkmannsweiler, Bretzenacker, Buoch, Bürg, Höfen, Ödernhardt, Öschelbronn, Reichenbach, Rettersburg, Steinach.

[361] Waiblingen, Hegnach, Neustadt.

[362] Endersbach, Großheppach, Beinstein, Strümpfelbach.

[363] Wie 1868.

[364] Winnenden, Breuningsweiler, Herdmannsweiler, Leutensbach, Nellmersbach.

5. Oppelsbohm[365]	700	392	56,00	54	7,71	337	48,14		
6. Korb[366]	520	283	54,42	186	35,77	96	18,46		
Gesamtergebnis	**4803**	**2613**	**54,40**	**1046**	**21,78**	**1492**	**31,06**	**53**	**1,1**

67. Oberamt Waldsee

a) Landtagswahl vom 8./21. Juli 1868

Q.: Beobachter Nr. 169, 22. Juli 1868; Wochen-Blatt Nr. 57, 17. Juli 1868, S. 274.

	Berechtigte[367]	Wähler	%	Golther (DP)	%	Sauter (Gd)	%	Uhl (VP)	%
1. Waldsee[368]	*893*	591	*66,18*	165	*18,48*	195	*21,84*	231	*25,87*
2. Aulendorf[369]	*582*	415	*71,31*	72	*12,37*	60	*10,31*	282	*48,45*
3. Schussenried[370]	*855*	519	*60,70*	147	*17,19*	215	*25,15*	157	*18,36*
4. Eberhardzell[371]	*573*	370	*64,57*	27	*4,71*	170	*29,67*	173	*30,19*
5. Unterschwarzach[372]	*501*	338	*67,47*	46	*9,18*	71	*14,17*	221	*44,11*
6. Wolfegg[373]	*577*	323	*55,98*	157	*27,21*	124	*21,49*	42	*7,28*
7. Bergatreute[374]	*621*	348	*56,04*	50	*8,05*	51	*8,21*	246	*39,61*
Gesamtergebnis	**4602**	**2911**	**63,26**	**664**	**14,43**	**886**	**19,25**	**1352**	**29,38**

b) Stichwahl vom 21. Juli 1868

Q.: HstAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz. 5, Bl. 33.

Berechtigte	Wähler	%	Sauter (Gd)	%	Uhl	%
4602	**2653**	**57,65**	**764**	**16,6**	**1822**	**39,59**

[365] Oppelsbohm, Baach, Birkmannsweiler, Bretzenacker, Bürg, Höfen, Ödernhardt, Öschelbronn, Reichenbach, Rettersburg, Steinach.

[366] Korb, Kleinheppach, Buoch, Hanweiler.

[367] Anzahl der Wahlberechtigten geschätzt aufgrund der Angaben für 1876.

[368] Waldsee, Michelwinnaden, Haisterkirch, Steinach.

[369] Aulendorf, Otterswang, Schindelbach, Tannhausen.

[370] Schussenried, Ingoldingen, Steinhausen, Unteressendorf, Winterstettendorf, Winterstettenstadt.

[371] Eberhardzell, Hochdorf, Mühlhausen, Oberessendorf, Schweinhausen, Hummertsried.

[372] Unterschwarzach, Dietmanns, Haidgau, Ziegelbach.

[373] Wolfegg, Arnach, Eintürnen.

[374] Bergatreute, Gaisbeuren, Reute, Unterurbach.

c) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: Beobachter Nr. 295, 14. Dezember 1870; Wochen-Blatt Nr. 142, 6. Dezember 1870, S. 475.

	Berechtigte	Wähler	%	Golther (DP)	%	Uhl (VP)	%
1. Waldsee[375]	1226	884	72,10	345	28,14	537	43,80
2. Aulendorf[376]	586	439	74,91	152	25,94	287	48,98
3. Schussenried[377]	904	624	69,03	231	25,55	389	43,03
4. Eberhardzell[378]	582	400	68,73	80	13,75	319	54,81
5. Unterschwarzach[379]	551	315	57,17	70	12,70	244	44,28
6. Wolfegg[380]	794	435	54,79	267	33,63	169	21,28
Gesamtergebnis	**4643**	**3097**	**66,70**	**1145**	**24,7**	**1945**	**41,9**

68. Oberamt Wangen

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: Der Argen-Bote Nr. 56, 11. Juli 1868, S. 219.

	Berechtigte	Wähler	%	Schnitzer (DP)	%	Dentler (Gd)	%
1. Wangen[381]	934	411	44,00	2	0,21	404	43,25
2. Neuravensburg	180	103	57,22	0	0,00	99	55,00
3. Amtzell	272	139	51,10	0	0,00	139	51,10
4. Kißlegg	619	385	62,20	0	0,00	381	61,55
5. Eglofs	218	93	42,66	0	0,00	93	42,66
6. Christazhofen	565	338	59,82	0	0,00	335	59,29
7. Isny	740	315	42,57	85	11,49	220	29,73
Gesamtergebnis	**3528**	**1784**	**50,6**	**87**	**2,47**	**1671**	**47,4**

[375] Waldsee, Gaisbeuren, Haisterkirch, Reute, Steinach, Unterurbach.

[376] Wie 1868.

[377] Schussenried, Ingoldingen, Michelwinnaden, Steinhausen, Unteressendorf, Winterstettendorf, Winterstettenstadt.

[378] Eberhardzell, Hochdorf, Mühlhausen, Oberessendorf, Schweinhausen.

[379] Unterschwarzach, Dietmanns, Haidgau, Hummertsried, Ziegelbach.

[380] Wolfegg, Arnach, Bergatreute, Eintürnen.

[381] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.

b) Landtagswahl vom 5./12. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 834; Schwäbische Volkszeitung Nr. 294, 11. Dezember 1870, S. 1205.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler 1. Wg.	%	Wähler Erg.wahl	%	Dentler (Gd)	%
1. Wangen	**890**			**698**	**78,43**	*698*	**78,43**
Deuchelried	126			111	88,10		
Leupolz/Praßberg	125			84	67,20		
Niederwangen	123			110	89,43		
Ratzenried	112			78	69,64		
Wangen	404			315	77,97		
2. Neuravensburg	**173**			**163**	**94,22**	*163*	**94,22**
3. Amtzell	**255**			**188**	**92,16**	*188*	**92,16**
Amtzell	204			188	92,16		
Eggenreute	51						
4. Kißlegg	**616**			**530**	**86,04**	*530*	**86,04**
Immenried	100			79	79,00		
Sommersried	227			205	90,31		
Kißlegg	132			114	86,36		
Emmelhofen	84			68	80,95		
Wiggenreute	73			64	87,67		
5. Eglofs	**212**			**163**	**76,89**	*163*	**76,89**
6. Christazhofen	**499**		**~50%**	**400**	**80,16**	*400*	**80,16**
Beuren	106			77	72,64		
Eisenharz	142			111	78,17		
Göttlishofen	85			73	85,88		
Siggen	32			27	84,38		
Christazhofen	134			112	83,58		
7. Isny	**735**	**190**	**25,9**	**296**	**40,27**	*296*	**40,27**
Großholzleute	94			53	56,38		
Leupolz	54			32	59,26		
Neutrauchburg	100			63	63,00		
Rohrdorf	81			58	71,60		
Isny	406	19	4,68	90	22,17		
Vorstadt	54			32	59,26		
Gesamtergebnis	**3380**	**1571**	**46,5**	**2438**[382]	**72,13**	**2170**	**64,2**

[382] 92 ungültige und 176 zersplitterte Stimmen lassen sich den Distrikten nicht zuordnen.

69. Oberamt Weinsberg

a) Landtagswahl vom 8./9. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz.5, Bl. 12.

Berechtigte	Wähler	%	Seyffer (Min)	%	Niethammer (VP)	%
4807	**3099**	**64,5**	**1432**	**29,8**	**1602**	**33,3**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 838.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Mühlhäuser (DP)	%	Niethammer (VP)	%
1. Weinsberg	**318**	**187**	**58,81**	**162**	**50,94**	**124**	**38,99**
2. Willsbach	**211**	**168**	**79,62**	**85**	**40,28**	**82**	**38,86**
3. Löwenstein	**583**	**322**	**55,23**	**220**	**37,74**	**100**	**17,15**
Löwenstein	296	209	70,61				
Neulautern	100	65	65,00				
Unterheinriet	211	105	49,76				
Wüstenrot	298	113	37,92				
4. Sülzbach	**905**	**492**	**54,36**	**315**	**34,81**	**161**	**17,79**
Dimbach	73	34	46,58				
Ellhofen	146	86	58,90				
Grantschen	57	31	54,39				
Steinsfeld	137	79	57,66				
Sülzbach	91	84	92,31				
Wimmental	75	62	82,67				
5. Mainhardt	**886**	**438**	**49,44**	**420**	**47,40**	**16**	**1,81**
Ammertsweiler	90	56	62,22				
Finsterrot	78	15	19,23				
Maienfels	258	106	41,09				
Mainhardt	296	196	66,22				
Neuhütten	164	65	39,63				
6. Affaltrach	**579**	**376**	**64,94**	**244**	**42,14**	**127**	**21,93**
Affaltrach	162	106	65,43				
Eichelberg	77	47	61,04				
Eschenau	193	84	43,52				
Hößlinsülz	77	42	54,55				
Weiler	74	43	58,11				
7. Waldbach	**745**	**403**	**54,09**	**367**	**49,26**	**35**	**4,70**
Bitzfeld	129	71	55,04				
Bretzfeld	88	49	55,68				
Geddelsbach	71	39	54,93				
Rapbach	74	46	62,16				
Scheppach	92	44	47,83				

Unterheimbach	152	45	29,61				
Waldbach	139	109	78,42				
8. Eberstadt	**211**	**168**	**79,62**	**85**	**40,28**	**82**	**38,86**
Eberstadt	211	128	60,66				
Gellmersbach	76	53	69,74				
Hölzern	49	39	79,59				
Schwabbach	94	64	68,09				
Siebeneich	41	26	63,41				
Gesamtergebnis	**4758**	**2796**	**58,76**	**2064**	**43,38**	**704**	**14,80**

70. Oberamt Welzheim

a) Landtagswahl vom 8. Juli 1868

Q.: HStAS E 146, Bü 1432 (alt), Fasz.5, Bl. 5 und Fasz. 8, Bl. 529f.; Beobachter Nr. 161, 12. Juli 1868.

	Berechtigte	Wähler	%	Friz (DP/Min)	%	Tafel (VP)	%
1. Welzheim[383]	*803*[384]	455[385]	56,66	343	*42,71*	112	*13,95*
2. Alfdorf	*540*	385	71,30	376	*69,63*	9	*1,67*
3. Kaisersbach	*537*	307	57,17	226	*42,09*	81	*15,08*
4. Lorch	*716*	398	55,59	71	*9,92*	327	*45,67*
5. Plüderhausen	*611*	336	54,99	34	*5,56*	302	*49,43*
6. Rudersberg	*680*	389	57,21	295	*43,88*	94	*13,82*
Gesamtergebnis	**3887**	**2297**	**59,1**	**1345**	**34,6**	**925**	**23,8**

b) Landtagswahl vom 5. Dezember 1870

Q.: HStAS E 150, Bü 857, Fasz. 6, Bl. 847f.

Gemeinde	Berechtigte	Wähler	%	Friz (DP)	%	Tafel (VP)	%
1. Welzheim	**790**	**317**	**40,13**	**311**	**39,37**	**2**	**0,25**
Pfahlbronn	284	121	42,61				
Welzheim	506	196	38,74				
2. Alfdorf	**537**	**355**	**66,11**	**354**	**65,92**	**0**	**0,00**
Großdeinbach	214	88	41,12				
Alfdorf	323	267	82,66				
3. Kaisersbach	**531**	**299**	**56,31**	**298**	**56,12**	**0**	**0,00**
Kirchenkirnberg	172	76	44,19				
Kaisersbach	359	223	62,12				

[383] Einteilung der Wahldistrikte wie 1870.

[384] Geschätzt nach den Werten für 1870.

[385] 5 ungültige und 22 zersplitterte Stimmen lassen sich den Distrikten nicht zuordnen.

4. Lorch	708	316	44,63	300	42,37	4	0,56
Wäschenbeuren	274	45	16,42				
Lorch	434	271	62,44				
5. Plüderhausen	604	354	58,61	349	57,78	0	0,00
Waldhausen	277	154	55,60				
Plüderhausen	327	200	61,16				
6. Rudersberg	672	407	60,57	388	57,74	2	0,30
Unterschlechtbach	230	130	56,52				
Rudersberg	442	277	62,67				
Gesamtergebnis	3842	2048	53,31	2000	52,06	8	0,21

B. Personenregister

fett = Haupteintrag; kursiv = in Anmerkung
Weitere Angaben zu den Kandidaten und Abgeordneten seit 1876 finden sich auf dem Datenträger.

Abelein, Andreas *27*, 28, 51, 55, *60*, 274, 284, 483, 486, 489, 490, 492, 592
Abt, Ökonom 244, *246*, 599
Adam, Eduard 249, ***282***, 547, 550, 554, 556, 665
Adam, Philipp Ludwig *99*, *102*, 142, 143, 145, 663
Adelmann, Eugen 459
Agster, Alfred 346, 356, 365, *376*, 401
Aichele, Carl 55
Aickelin, Hans 19, *326*, 643
Albrecht, Friedrich **9**
Ammann, Alois *379*
Ammermüller, Friedrich *73*, *99*, *101*, *241*, 275, 349, 351, 392, 607
Amos, Karl 372, 605
Ankelen, Georg 16, *26*, 173, 175, 198, 250, 277, 425, 602, 644
Auch, Friedrich **250**, *279*, **585**
Aufrecht, Friedrich **538**
Autenrieth, Münsingen *70*

Bachmann, Samuel *204*, 205, 206, 208, 210, 277, 608
Bacmeister, Eduard **426**
Bälz, Karl *97*, 378, *384*, 583
Bär, Carl von *516*
Bätzner, Wilhelm **361**
Bäuerle, J. Balthas *97*, 389, 391, 394, 573
Bailer, Nonus **473**
Bantle, Carl *463*, 522
Bantleon, Nikolaus **356**
Bantlin, Louis *174*
Bareiß, Louis *45*, 58, 100, *198*, 627
Bartenbach, Christian Friedrich **447**
Barth, Adam *183*
Bauer, Jacob **517**
Baumann, Hermann Carl **49**
Baumann, Wilhelm *525*
Baumgärtner, Friedrich *80*, 277, 279, 625
Baur, Dr. med. *323*
Baur, Heinrich Ludwig **316**
Baur, Pfarrer 136
Baur, Stadtschultheiß Böhmenkirch *324*
Bayha, Friedrich *15*, 16, 22, *37*, *40*, *47*, 68, *146*, 225, *227*, 228, 229, 230, 231, 250, 281, 364, 621
Bayrhammer, Leonhard 57, *71*, 77, *103*, *114*, *146*, 275, 286, 596
Becher, August *38*, 49, 57, *71*, *73*, 147, *240*, 241, 255, 275, 283, 384, 392, 444, 445, 559, 610, 611, 617, 618
Beck, Jacob **555**
Beckh, Rudolf 59, 61, *71*, *196*, 199, 203, 204, 372, *376*, 508, 604
Beißer, Johann Georg **522**
Belser, Ludwig 543
Bendel, Alois *185*, 187
Benz, August *463*
Benz, Julius *60*
Berger, OA Tettnang *311*
Berroth, Ernst **495**
Betz, Gottfried 243, *375*, *466*, **616**
Betz, Johannes *198*, 526
Betz, Karl *461*
Betz, Karl jr. **460**
Betz, Oberamtsrichter 348
Betz, Pfarrer und Bezirksschulinspektor 27
Beurlen, Gottlieb **463**, 525
Beurlen, Wilhelm *463*, 528
Beutel, Anton *312*, 318
Beutter, Erhard *138*, 359, 636
Bickle, Ernst *231*
Bihler, Chr. W. **523**

Billich, Georg Friedrich Karl **193**
Binder, Heinrich 379
Binz, Karl August 248, 667
Bismarck, Otto Fürst von 136
Bissingen-Nippenburg, Cajetan Graf von *413*, *471*, 581
Bitzer, Friedrich ***393***, 622
Blaich, Jakob ***469***
Bloedt, Alois 317
Bockmayer, Oswald ***31***, *75*, 349, 645
Bockshammer, Gustav Adolf **253**, 551, 606
Böckeler, Maximilian *22*, 58, ***129***, 468, 623
Bögel, Schultheiß Böttingen *153*
Böhringer, Friedrich 199, *376*
Böhringer, Gutspächter 321, 323
Böhringer, J.G. 199, *376*
Boller, Friedrich Karl ***319***, 322, 323
Bonz, Ernst *112*
Boscher, Anton von *29*, ***59***, 620, 648, 649
Bosler, Jakob ***279***, 630
Boßler, Georg 542
Braunmüller, Karl Adam 16, ***25***, *37*, 69, *196*, 431, 439, 533, 539, 666
Brehm, Crailsheim 497
Breuning, Friedrich *463*, 524
Breuning, Heinrich *463*, *522*
Brinz, Alois von **88**
Bronnenmayer, Georg *376*, 472, ***482***
Bruckmann, Peter *460*
Bucher, Hermann 244, ***283***
Bucher, Joseph 26, ***101***, 103, 107, 286, 322, 323, 325, 328, 600
Bucher, Rudolf ***283***, 618
Buck, Michael ***313***
Bueble, Kaspar **308**, 310
Bühler, Leodegar ***32***, 127, 190, 253, 652
Bürger, Ferdinand **30**, **34**
Bürger, Gottfried August *379*
Bürger, Karl 202
Bürk, Johannes ***133***, 272, 289, 648
Buhl, Carl ***192***, **254**
Bumüller, Johann 128, 129, 257, 468
Burckhardt, Oberst **368**
Burkhardt, Germain 16, *37*, ***133***, 134, 408, 648

Camerer, Karl Adolf *338*, 343
Cammerer, Ernst *173*, ***176***
Cavallo, Peter Paul ***102***, ***138***, 139, 286, 636
Chevalier, Lorenz Friedrich ***531***
Claß, Jakob 18, **414**, 416, 637
Cleß, Friedrich ***183***, 529
Cloß, Hugo 390
Combe, Louis **193**
Combe, Pierre *16*, ***193***, 194, 195, 598

Daiber, Oberreallehrer *29*
Dallinger, Oberamtsrichter 425
Dallinger, Schultheiß Schrozberg 425
Dambacher, Joseph **443**
Daniel, Adolf **53**
Daser, Franz **45**
Daur, Johannes 224, ***229***, *245*, 251, 281, 622
Deffner, Karl Christian Ulrich **166**
Deffner, Karl Ludwig 57, *71*, *146*, ***159***, 164, 165, 168, 169, 170, 171, 176, 273, 289, 596
Dehlinger, Wilhelm *177*
Delbrück, Rudolf ***260***
Demmler, Oberkonsistorialrat 27
Dentler, Max **482**
Dentler, Xaver 57, 62, *71*, *103*, ***114***, 286, 398, 473, 474, 475, 476, 478, 479, 481, 669, 670
Deusch, Johann Philipp *555*
Deusch, Julius **555**
Diefenbach, Julius **508**
Diefenbach, Theodor ***226***, 228, 229, 231, 621
Dietrich, Adam **334**, 356, 370
Dietzsch, Friedrich ***33***
Dill, Gottlob 428, 430
Dillenius, Friedrich **253**, 266, 575
Dinkelacker, Friedrich **337**, 660
Dörtenbach, Georg Martin ***139***, ***226***, 586, 589, 631, 635
Dorn, Karl 659
Dreßler, Philipp 545
Dulk, Albert **376**, *398*, 399
Duvernoy, Gustav 16, ***99***, ***113***, ***140***, 179, 277, 650

Eberbach, Regierungsrat 580
Eberhard, Stadtpfleger Bönnigheim *379*
Eberhardt, Gottlob 57, *73*, ***99***, *177*, 286, 413, 414, 415, 637
Ebner, Robert **369**
Eckard, Joseph **508**, 509
Egelhaaf, Gottlob 247, 277, 423, **429**
Egelhaaf, Gottlob Friedrich 16, *71*, *72*, ***80***, 100, *116*, 241, 250, 275, 286, 423, 430, 601, 602
Egger, Karl 310
Egger, Theophil *310*
Eggmann, Karl Ferdinand ***254***, 471, 473

Egloffstein, August Freiherr von 46, 281, 366
Ehemann, Johann Wilhelm 62, **403**
Ehmhardt, Papierfabrikant 352
Ehni, Georg **508**
Ehninger, Carl *517*
Ehninger, Carl Theodor **528**
Ehninger, Christian Wilhelm **517**, 527
Ehninger, Friedrich *517*
Ehninger, Theodor **346**
Ehninger, Wilhelm **517**
Elben, Eduard **337**, *384*
Elben, Gustav 591
Elben, Otto 56, 57, *110*, 139, *226*, 262, 404, 461, 586, 587, 589, 631, 635
Elsäßer, Christian Ludwig **241**, *284*, 633
Elwert, Ludwig Philipp **58**
Engel, Karl **370**
Engel, Stadtpfleger Waldsee *187*
Enßlen, Ferdinand **462**, 524
Erath, Wilhelm *38*, *71*, *73*, *146*, *159*, 160, *241*, 613, 614
Erhardt, Friedrich **516**
Erhardt, Johannes *375*
Essich, Ernst **384**

Faber, Albert Friedrich *74*, 241, 243, **464**, 466, 615, 616
Faber, Dr.med. *414*
Faber, Eugen 44, **524**, 526
Faulhaber, Albrecht von *516*
Fetzer, Karl August 18, **249**, 561, 627, 628
Feucht, G. 199
Feuerlein, Emil *224*
Feuerstein, Dominikus *318*
Feyerabend, Adolf **459**, 461
Ficker, Carl *463*, *522*
Finck, Jakob **537**
Finckh, Carl Friedrich *26*, *174*
Finckh, Heinrich *26*, 173, 174, 248, 645
Fink, Friedrich 20, 249, **349**, 351, 352, 607
Fink, Stadtschultheiß Böblingen *112*
Fischer, Carl August **555**
Flammer, Christian Heinrich *69*, 359, 653
Föhr, Gustav *538*
Föhr, Hermann 181, 538
Forster, Eduard *21*, *113*, 141, 603
Frank, Stadtschultheiß Sindelfingen *112*
Freisleben, Karl *196*, *319*, *350*, 352
Fricker, Karl 88, *99*, *103*, 286, 547, 554, 665
Frisch, Schultheiß Unterheimbach 30
Friz, Jakob *68*, *103*, *279*, 672

Gabler, Adam Friedrich **419**, 422
Gackstatter, Johann Michael *16*, *100*, 424, *428*, 601
Gärttner, Eduard von 250, 308, 309
Galler, Julius **507**
Gasser, Albert 480, 481
Gasteyger, Albrecht *231*
Gasteyger, Gottlieb Friedrich *227*, 229, 231, 250, *289*
Gaupp, Friedrich Ludwig *330*, 601
Geiger, Johann Christian *39*, 46, *73*, 95, *153*, *279*, 289, 630
Geigle, Christoph *28*, *50*, *51*, *69*, 632
Georgii, Emil *289*, 589
Georgii, Theodor *159*
Gering, Oberamtsgeometer *428*
Geß, Friedrich **362**, 659
Gessler, Ernst 46, *70*, 73, 130, 134, *140*, 143, 194, 199
Gessler, Schultheiß Hirschlatt *309*
Geyer, Robert Friedrich **434**, 435
Glaser, Menrad *540*
Glocker, Wilhelm *183*
Gock, Emil *183*, 242, **530**, 626
Gold, Unterrombach *393*
Golther, Karl August *76*, *163*, *184*, 188, 189, 249, 312, 317, 668, 669
Goppelt, Adolf **457**
Gräslen, Karl Heinrich 20, *70*, **350**, 351, 607
Grammer, Andreas Gottlieb 542
Gramont, franz. Außenminister 136
Grathwohl, Wilhelm *173*
Griesinger, Albert Julius von *310*
Grimm, Friedrich **26**
Grimm, Stadtschultheiß Spaichingen *253*
Gröber, Adolf 358, *375*, 419, 422, 430, 446, 452, 459, 495
Gröber, F. *414*
Grözinger, Theodor **188**
Groß, Carl *525*
Groß, Christian *39*, 249, 284, 359, 624
Groß, Edmund *463*, 522
Groß, Gottlob 522
Groß, Gottlob Friedrich **462**
Großkinsky, Anton *205*, 447
Grünzweig, Carl 171
Grundler, Uhingen *371*
Gseller, Johannes **555**
Gußmann, Arzt 68, *113*
Gutheinz, Augustin *73*, *125*, *189*, *241*, 284, 289, 500, 504, 505, *508*, 638, 639, 640
Gutmann, Josef 199

Haag, Karl *204*, 205, 206, 208, 210, 444, 445, 447, 449, 452, 608, 609, 610
Haas, Wilhelm 391, *401*
Habermaß, Friedrich *100*, 627
Häberle, Andreas *171*
Hähnle, Hans **354**, 356
Häring, A. *16*, 33, 101, 191, 243, 652
Härle, Georg *208*, 446, 449, 450, 455, 456, 457, 461
Hafner, Ernst **517**
Hagmaier, Jakob 334
Hahn, Carl *21*, 603
Happold, Eduard *37*, 57, 605
Hart, Peter Paul *312*, 318
Hartmann, Xaver **257**
Hartranft, Chr. H. *112*
Harttmann, Wilhelm *509*, 511
Hauck, Gustav **460**
Haueisen, Louis *231*
Hauff, Gottlieb Christian von **516**
Haug, Georg Christian Wilhelm **46, 415**
Haug, Johann Friedrich 662
Hausmeister, Max **431**
Haußmann, Friedrich **428**, 430, 508, 570
Haußmann, Julius *73*, 194, *196*, 226, 258
Haußmann, Konrad **408**, 482, 570
Haußmann, Paul *196*, 199, 201, 204, 604
Hefele, Karl Josef von *398*
Hegel, Christoph 16, *160*, 243, 289, 597
Hegelmaier, Paul **460**
Heiden, Leopold *166*
Heiler, Heinrich *38*, 613
Heim, Immanuel **523**
Heim, Johann Georg *40*, 464, 465, 523
Heim, Karl *142*, 256, 281, 366
Heim, Stadtschultheiß Kirchberg/J. *428*
Helfferich, Carl **524**
Hengstler, Schultheiß 190
Henning, Friedrich **558**
Hentges, Louis *456*
Hepp, Pfarrer 248
Hermann, Christian 539
Hermann, Fr. 199
Herrmann, Christian *208*, *458*
Herrmann, Eberhard 495
Heß, Hermann *37*, *73*, 240, 241, *249*, 279, 282, 359, 559, 667
Hettich, Dr. *379*
Hetzel, Professor *129*
Hieber, Johannes *375*
Hildenbrand, Karl **509**
Hiller, Jakob *166*
Hirt, Anton *47*, *58*, *132*, 133, 648
Hirzel, Franz *40*, **462**, 464, 524, 526, 615
Hoch, Jakob *38*, *79*, 361, 657
Hochberger, August *202*
Hölder, Julius *17*, 21, 25, 59, 61, 64, 68, 69, *78*, 96, 97, 107, 110, 118, 165, *196*, 199, 201, 202, 204, 250, 252, 260, 268, 359, 367, 371, 425, 433, 583, 584, 604, 605
Hörner, Karl 59, *79*, 251, 255, 359, 657, 658
Hofacker, August 141, 252, 650
Hoffacker, Schultheiß Biberach *205*, 444
Hofmeister, A. *101*
Hohenlohe-Langenburg, Hermann Fürst von *426*
Hohl, Karl *322*, 330, 331, 332, 334, 335, 601
Holzhäuser, Johann Friedrich **250**
Holzherr, Gustav *101*, 103
Holzherr, Michael *101*, 646
Honold, Georg Gottlob **241**, 661
Hopf, Franz *69*, *71*, *73*, *99*, 113, *146*, 197, *241*, *247*, 254, 431, 433, 438, 666
Hoppe, Ernst Felix **88**
Horn, Gustav von *37*, 71, 661
Hornstein, Baron von 257
Hosch, Schultheiß Calmbach *139*
Hoser, Hermann **432**, 437
Hütt, Christian *463*, 524
Humpfer, L. 491

Idler, Heinrich *39*, 46, *56*, 95, *152*, 464, 465, 523, 525, 630
Imhof, Johann Friedrich 584

Jacob, Carl A. **523**
Jauch, Schultheiß Waldmössingen 501
Jeitteles, Daniel *166*
Joaß, Georg *349*
Junge, August 348
Junghans, Arthur *509*

Kaim, Franz **524**
Kapff, Sixt Carl *225*, **432**
Karle, Albert *79*, *102*, 602
Kaufmann, Max 199
Kausler, Friedrich *192*, 193, 194, 195, 598
Keefer, Johann David *16*, 667
Kegelen, Heinrich Friedrich Karl 52, *69*, *97*
Keller, J. 408, 410, 411
Keller, Karl Gottlieb *198*
Kemppel, Ludwig 542
Kempter, Christian Gottlieb *227*
Kercher, Schultheiß Iptingen 437

Kern, Carl Cuno *103*, *140*, *141*, 241, 242, 650
Kern, Maximilian *169*, 599
Kern, Robert **178**
Kerner, Justinus *34*
Kerner, Theobald **34**
Kessler, Emil *171*
Khuen, Albert *162*, **248**, *277*, 642
Kick, Wilhelm **240**, **242**, 653
Kiderlen, Karl Adrian *163*
Kimmich, Oberamtsgeometer 250
Kinzelbach, Gottlob Friedrich *437*
Kirchdörffer, Karl 641
Kirn, Karl von **31**
Kissel, August *112*
Kittler, Gustav *385*, **459**
Klaiber, Robert *385*
Klaß, Neckartenzlingen 417
Kleemann, Hans *334*
Klein, Carl Chr. L. *183*, *538*
Kleinknecht, Eberhard 26, *198*, 201, 202
Kleinknecht, Hermann *192*
Klemm, Präzeptor *177*
Klett, Adolph 69, *178*, *182*, 184, 530
Klett, Friedrich *458*
Kloß, Karl **401**, 410, 495
Knapp, Wilhelm *26*, *174*, 175
Knittel, Josef Anton 16, *21*, *72*, 645
Knosp, Rudolph **56**
Koch, Hugo 436
Koch, Lehrer *153*
König, Freiherr von 70, *187*
Körner, Gustav *39*, *73*, 284, 289, 433, 438, 524
Körner, Theodor *436*
Körner, Viktor *73*, *80*, 249, 279, 625
Kohler, Friedrich **538**
Kohler, Stadtschultheiß Niederstetten 425
Kohler, Xaver 473
Kohlhund, Theodor 318
Kolb, Gustav 252, 256, **366**, 661
Kopp, Friedrich 244, **483** 592
Krauß, Friedrich *199*, *379*, 383
Krauß, Heinrich *374*
Krauß, Julius **463**, 517, 524
Krauß, Paul *98*
Kreh, Ökonom *377*
Kröner, Ernst Michael **528**
Küble, Friedrich 58, 65, *73*, *131*, *241*, 649, 650
Kuhn, Carl *463*
Kuhn, Friedrich **555**
Kuhn, Schultheiß Neuffen 416
Kuhn, Wundarzt **527**
Kupferschmid, Anton *33*, 189
Kurz, Ernst *16*, 641

Ländle, Fr. 470
Lammfromm, Hermann *88*
Landenberger, Johann Martin *403*, 405, *406*
Landerer, Gottlob Friedrich **501**
Landerer, Heinrich *201*
Landerer, Richard **369**, *375*
Lang, Carl *46*
Lang, Louis *349*, 352
Langbein, Joh. 198
Lanzberg, Karl 99, *192*, 193, 194, 195, *289*, 598, 599
Lautenschlager, Ernst Karl **250**
Lauth, Johann **468**
Lehner, Stadtschultheiß Lauffen *384*
Leibbrand, Karl August 504, 505, 506, 507, 511, **558**
Leickhardt, Hermann *375*
Leipheimer, Robert **369**
Lemppenau, Johann Ludwig 16, 30, 52, *68*, 69, *78*, *97*, 590
Lempperle, Eugen 506
Lenz, Carl **555**
Lenz, Friedrich Georg *201*, 243, 249, 253, *282*, **547**, 551, 554, 556, 665
Leo, Eduard *138*, *139*, 247, **359**, 636
Leonhard, Franz Xaver **442**
Leube, Gustav **370**
Leuze, C.A. 463
Liebherr, Karl 310
Linden, Graf von *132*
Lindenberger, Sigmund *228*
Lindenmayer, Christian Heinrich *160*
Lindenmeyer, Oscar **457**, 611
Linderich, Karl 198
Linsenmann, Kameralverwalter *50*, 55
Lipp, Franz Anton **446**, 450, 454, *459*
Locher, Georg **311**
Löwenstein, Rechtskonsulent *135*
Loos, Neuenbürg *139*
Lupberger, Konrad 70, *71*, *103*, 114, *159*, 162, 163, 277, 286, 642
Lutz, Neuenbürg *139*
Lutz, Theodor *346*, 459, 506
Luz, Karl *353*, **354**, 357

Mack, Joseph Martin *185*, 188
Mack, Professor *281*
Mäulen, Karl *16*, *78*, *98*, 242, 250, *277*, *590*

Magenau, Ludwig **437**
Magirus, Kaufmann *143*
Maier, Alois *71*, *103*, 114, *159*, 275, 286, 305, 657
Maier, August 243, **284**, 501, 639, 640
Maier, August sen. *414*
Majer, Friedrich *395*
Malchus, Carl Freiherr von *16*, *160*, 657
Mandry, Gustav **88**
Mangold, Fabrikant *177*
Mattes, Wenzeslaus **317**, **398**
Mattutat, Hermann *436*
Mauch, Karl sen. *376*
Maurer, Jakob **434**, 435, 436, 437, 438
Mayer, Carl 60, 560, *570*
Mayer, Christian 16, 51, 56, *99*, *112*, 281, 462, 463, 465, 467, 520, 521, 525, 526, 615, 616
Mayer, D. 242
Mayer, Friedrich Eduard 247, **455**, 457, 611
Mayer, Julius *393*, 400
Mayer, Karl *23*, *34*, 51, 57, 73, 97, 166, *186*, 202, 208, 209, 226, 259, 272, 277, 289, 354, 371, 377, 583, 654
Mayer, Karl Ökonomierat **446**, 451, 452
Mayr, Bernhard 306
Mayser, Friedrich **370**
Mederle, Stadtschultheiß Riedlingen 255, 258
Meebold, Fabrikant *356*
Merkel, Johannes *166*, 171
Merkt, Wehingen 33
Merz, Georg **530**
Mesmer, Joseph 650
Metzger, Michael 16, **63**, 575
Metzger, Wilhelm 16, **414**, 637
Meurer, Karl Christian **204**
Michaelis, Adolph **88**
Miettinger, Stadtschultheiß Friedrichshafen 309
Miller, Thaddä **257**
Mittnacht, Hermann Freiherr von 57, 59, *124*, 146, 252, 261, 265, 266, 269, 308, 322, 628, 629
Möhrlin, Fritz **470**, 471
Möricke, Otto 20, **48**, 641
Mohl, Moriz *38*, 68, *71*, 73, 97, 101, 102, *103*, 114, 125, *127*, 146, *182*, 257, 275, 286, **387**, 388, 392, 393, 559, 573, 574
Mohring, Christian 334
Morent, Dekan **309**
Morlock, Georg 612
Moser, Albin **398**, 474
Mosthaf, Oberamtmann **309**
Mühlhäuser, Johannes **250**, 671
Müller, Eugen 58, 69, 113, *177*, 178, 182, 183, 529, 530, 532, 539, 626
Müller, Gottlob 26, 308, *377*
Müller, Gustav 60, *182*, *197*, 250, 251, *277*, 653, 654
Müller, Posthalter *424*, *426*
Müller, Reallehrer *198*
Müller, Schultheiß Mühlhausen **340**, 342
Müller, Stadtschultheiß Laupheim 248
Müller, Wilhelm *88*
Münzing, Robert **452**, 454
Munding, Stadtschultheiß Tettnang 309, 310

Nägele, Ferdinand *36*, *38*, 63, *71*, *73*, *241*, 246, 253, 575
Nagel, Friedrich *32*, 403, 404, 577
Nagel, Philipp 171
Narr, Matthias *408*
Necker, Pfarrer 346
Neher, Rechtskonsulent 185, *186*, 187
Neidlein, Konrad *130*, *132*
Nestel, Kaufmann *414*
Neudörffer, Oberamtmann *201*, 243
Neuffer, Albert *264*, 641
Neumayer, Schultheiß Eybach 322
Neurath, Konstantin Freiherr von *159*
Nick, Theodor **250**
Nickel, Adolf **364**, 365
Nickel, Christian Bernhard *39*, *47*, 58, *205*, 206, 209, 210, 444, 608
Niethammer, Hermann *23*, **34**, 38, 48, 65, 250, 264, 289, *570*, 654, 671
Notter, Friedrich **250**, 408, 578, 579
Nübel, Friedrich **241**, *415*, **417**, 418, 638
Nüßle, Karl 58, *73*, *147*, *241*, 275, *279*, 286, 585

Österlein, Christian Gustav Wilhelm *394*, 574
Österlen, August *23*, *38*, 50, 54, 57, *71*, *73*, *241*, 275, 392, 605, 606
Offterdinger, Franz *226*, 228, 229
Ohlinger, Verwaltungsaktuar *478*
Osiander, Philipp **548**, 550, 554
Ott, Drechsler *377*
Ott, Eduard *161*
Ott, Johann **505**

Otto, Heinrich *319*, 414, 415, 418, 463, **546**, 615, 629, 637, 663
Ow, Johann Karl Freiherr von *413*, 580

Palmer, Christian 659
Pantel, Jakob *463*, 524
Pantle, Adam 16, *36*, *176*, 178, 179, 183, 529, 531, 626
Pantle, Johannes **250**
Paulus, Philipp 249, ***284***, **359**, 624
Payer, Friedrich *88*, 334, 356, 364, **385**, 419, 493, 570
Pfäfflin, Friedrich Wilhelm *71*, *99*, 241, 655, 656
Pfau, Ludwig **486**
Pfeiffer, Eduard *40*, 142, 143, 145, *187*, 202, 251, 256, 281, 366, 371, 663
Pfeilsticker, Felix *88*, 360
Pfitzenmaier, F., Schultheiß Erbstetten *178*
Pflüger, Georg 20, 277, 286, 628
Pichler, Hermann **555**
Pischl, Joseph *130*, 247, *279*, 650
Planck, Adolph *178*
Platz, Friedrich Franz 30, 58, *125*, 500, 501, 638
Popp, Friedrich 495
Preu, Eberhardt **523**
Preuner, Pfarrer 425
Probst, Rudolf *38*, 71, *72*, *78*, *79*, *101*, 102, 131, 185, 187, 258, 275, 286, 319, 392, 398, 423, 584
Proß, Schultheiß Jebenhausen *201*

Raff, Ferdinand *29*, *177*
Rahmer, Jakob *16*, *96*, *160*, 305, 306, 309, 311, 657
Ramm, Johann Friedrich 68, ***229***, 251, 281
Ramminger, Lehrer *29*
Rampacher, Karl *368*
Rast, Fabrikant 309
Rath, Andreas 252, 255, ***257***, ***646***
Rathgeb, Xaver **442**
Rau, Kameralverwalter 135
Rauch, Friedrich von **455**, 611
Rauth, Ökonom 242, *246*, 445, 610
Rechberg, Albert Graf von 388
Rehm, Johannes *68*, *103*, 249, *279*, 643, 644
Reibel, Karl *38*, *71*, *99*, 241, 242, 277, 286, 455, 457, 611
Reichert, Friedrich **447**, 449
Reichmann, Gemeinderat 659
Reißer, Johannes **537**
Rembold, Victor *401*
Renner, Andreas **55**
Renschler, Georg *73*, 273, 612
Renz, Constantin **491**
Retter, Friedrich *21*, *28*, 37, 51, *79*, 115, *134*, 137, *241*, 286, 289, 355, 441, 443, 490, 594, 595
Rettich, Schultheiß Löchgau *377*, 381
Reyscher, Ludwig *29*
Richter, Johannes 633
Richter, Karl *178*
Rieckher, Theodor *178*, *533*
Riekert, Gottlob Friedrich von **418**
Riekert, Oberamtsbaumeister 363
Ritter, Eugen *113*, 667
Röcker, Friedrich *227*
Roeder, Julius Freiherr von ***427***, *428*
Rödinger, Johann Friedrich *225*
Römer, Friedrich *321*
Römer, Max **561**
Römer, Robert 26, 88, 97, *101*, 107, 110, 118, 146, 319, 321, 323, 325, 326, 330, 331, 336, 600
Römer, Wilhelm 241, 243, *246*, ***286***, 644
Roller, Oberamtspfleger *408*
Rosengart, Rechtsanwalt *453*
Rosenthal, D. *198*
Roth, Gottl. 198
Ruckgaber, Emil *413*, 578
Rüdinger, Friedrich 19, *56*, **58**, 585
Rümelin, Adolf *414*, **415**, 638
Ruepprecht, Ludwig von *305*
Ruf, Joseph Laurentius 49, *71*, *146*, 241, 275, 286, 634
Ruoff, Aalen *390*, **392**
Ruoff, Johann Jakob **62**
Ruthardt, Carl Wilhelm *227*

Sachs, Leonhard **489**, 493, 494, 497
Sarwey, Otto 22, 27, 283, 284, 483, 489, 592
Saurer, Rechtskonsulent *190*
Sauter, Benedikt *70*, 148, 184, 187, *188*, 189, 315, 668
Schad, Julius Friedrich Walter **342**, 344
Schäfer, Simon 352
Schäffle, Albert *79*, 88, 113, 187, 360
Schäffler, Wilhelm **446**, 452
Schall, Johann Konrad *22*, *104*, **126**, 337, 341, 660
Schall, Karl **367**
Schall, Wilhelm 641
Scheuffelen, Chr. 199, *376*

Scheurlen, Karl 32, 52, *67*, 240, 252, 261, 266, 281, 283, 359, 366, 393, 599, 617
Schickhardt, Heinrich **524**
Schilling, Gustav *227*
Schimpf, Gottlieb Friedrich *21*, 645
Schippert, Gottlob Friedrich Bernhard **173**
Schlegel, Louis **528**
Schlierholz, Joseph *130*, 308, 309, 311, 649
Schließmann, Georg 99, *193*, 194, 598, 599
Schloß, Rechtsanwalt *460*
Schmid, Christian **385**
Schmid, Ferdinand Wilhelm *413*, 416, 418
Schmid, Friedrichshafen 311
Schmid, Munderkingen *40*, 55, 58, *96*, 110, 279, 400, 461, 593
Schmid, Sonnenwirt 25, *379*
Schmidsfeld, Albert von *129*, 469, 471, 623
Schmid-Sonneck, Otto **384**
Schmidt, Dr. *96*
Schmidt, Gerichtsnotar **284**, 483, 486, 489, 592
Schmidt, Michael *429*
Schmidt, Rudolf *334*
Schmückle, C.D. **63**
Schmückle, Theodor *463*
Schneider, Georg *22*, *35*, 252, 588
Schnitzer, Bernhard 64, *96*, 474, 478, 669
Schoder, Adolf *467*
Schöninger, Max *225*
Schoffer, Heinrich 19, **249**, 655
Schoger, Michael 495
Scholder, Karl *500*
Schott, Georg **451**
Schott, Otto 662
Schott, Sigmund 21, *72*, *99*, *102*, *106*, 159, *275*, 277, 286, 392, 587, 654, 659
Schreiber, Joseph *183*
Schricker, August 379, 432
Schubart, Wilhelm 30, **252**, 500
Schüle, Friedrich **463**
Schüle, Karl Gottlieb **283**
Schüle, Rudolf *463*, 524
Schuldt, Christian Friedrich *61*, 590
Schuler, Louis 199
Schuler, Pfarrer *314*
Schwaderer, Christian Ludwig *16*, *176*, 178, 182, 530, 626
Schwandner, Friedrich *178*, 181, 253
Schwandner, Ludwig *76*, 284, 633
Schwarz, Alfons *334*
Schwarz, Carl *342*
Schwarz, Louis **31**, *35*, *36*, 146, *241*, 289, *346*, 403, 406, 407, 577, 578, 579, 580, 581
Schwarz, Wilhelm **447**
Schweizer, Josef *27*, *28*, **484**
Schweizer, Peter *162*, 243, 247, 250, 614
Schwend, Otto **508**
Seeger, Carl *25*, 97
Seeger, Hermann **555**
Seeger, Hermann Prof. **88**
Seeger, Karl *379*
Seeger, Wilhelm **241**, 628
Selmayr, Max *419*, **558**
Selöw, Christoph von *540*
Selöw, Friedrich von **555**
Seubert, Karl Friedrich *540*
Seyffer, Friedrich 30, **38**, *68*, 671
Sick, Heinrich *22*, 60, 279, 283, 341, 561, 586, 654
Sigel, Ferdinand **517**
Sigel, Robert *178*, 181
Sigle, Gustav *432*, 434, 435
Silber, Friedrich Karl 19, **50**, 632
Simon, Friedrich *390*
Simon, Gebhard *248*, **359**, 667
Single, Christian *23*, *70*, 583
Sixt, Julius *227*
Sixt, Theodor *375*
Soden, Theodor von *166*
Sommer, Gustav *478*
Speidel, Julius *37*, 50, 617
Speidel, Rektor *414*
Speiser, Wilhelm *198*
Spitzemberg, Wilhelm von **368**
Springer, Christian Ulrich **474**, 477
Sprinkhart, Oberamtspfleger 416
Stälin, Julius 19, **64**, 589
Stahl, Heinrich 400
Stahlecker, Wilhelm *377*
Steidle, Zephyrin *16*, *29*, *32*, 101, 191, 253, 652
Stein, Friedrich August 632, 633, 659
Stein, Wilhelm 243, 632
Stern, Jakob **385**, 460, 507, *540*
Stetter, Konstantin 620, 621
Steudel, Kaufmann 171
Stierlen, Kaufmann 171
Stifel, Friedrich 317
Sting, Johann Georg *225*, *289*, 591, 622
Stitz, G. jun. 171
Stockmayer, Hermann **533**, 539
Stoll, Otto *35*, *202*, 204, 588

Storz, Christian *22*, 103, 126, 241, 249, *279*, 337, 341, 346, 660
Storz, Johannes **346**, 348
Stotz, Friedrich *225*, 622
Straub, Daniel *321*
Straub, Schultheiß Steinheim *351*
Strauß, Carl sen. **457**
Strauß, Rechtsanwalt *460*
Streich, Gottlieb **555**
Streich, Karl *79*, *102*, *114*, 241, 279, *397*, 559, 602, 603
Strobel, Karl 433
Studenmund, Jonathan *166*
Stücklen, Julius *379*
Stücklen, Löwenstein 68, *113*, 250
Stumpp, Georg *173*, 175, 289, 644, 645
Suckow, Albert Freiherr von **265**, 269
Süßkind, Theodor Freiherr von *70*

Tafel, Gottlob *23*, *71*, 273, 277, *457*, 530, 597, 672
Tauscher, Leonhard *436*
Teufel, Georg **346**
Theurer, Karl Friedrich *227*
Thudichum, Friedrich 52, **88**, 405
Tritschler, Theodor *98*
Troll, Johann **30**

Uhl, Johannes *29*, 48, 184, *186*, 187, 188, *241*, *272*, 289, 311, 668, 669

Varnbüler, Karl Freiherr von 68, *70*, 79, 229, *319*, 414, 463, 546, 550, 554, 615, 629, 637, 663
Vayhinger, Wilhelm *33*, *38*, *71*, *72*, 103, 127, 189, 191, 241, 243, 256, 652
Veesenmayer, Gustav **281**, 367, 371, 663
Villinger, Hermann *379*
Villinger, Johannes *22*, *126*, 337, 338, 341, 342, 660
Vischer, Friedrich Theodor **254**, 431, 666
Völmle, Ernst *73*, *128*, 130, *241*, 289, 468, 470, 471, 623
Völter, Heinrich 581
Vogel, August Ludwig *35*
Vogel, Gottfried **537**, 683
Vogt, Georg 18, 31, 253, 646, 647
Vogt, Johann Peter 633
Vogt, Tobias **249**, 656
Vollmer, Wilhelm *27*, *241*, 248, 620, 621
Vosseler, Johann Martin **344**, 347

Wacker, Johann **495**
Wächter, Fr. Wilhelm Karl *277*, *463*, 464, 466, 467
Wächter, Oskar 18, 243, 251, *283*, 612, 654
Waggershauser, J. 308
Wagner, Christian 171
Wagner, Eberhard *401*
Wagner, Gottlieb Georg **451**, 452
Wagner, Gustav Friedrich **241**, 248, 590
Wagner, Heinrich *371*
Walcker, Wilhelm **537**
Walter, Adolf *132*
Walther, Wilhelm *159*, 251, 597
Weber, Ferdinand **50**
Weber, Franz von *21*, *98*, 484, 590, 591, 641, 659
Weber, Heinrich von *79*, *99*, 251, 255, 359, 361, 362, 363, 364, 657, 658
Weidle, Christian **364**
Weinland, Hohenwittlingen 249
Weippert, Carl *463*, 524
Weishaar, Karl *359*
Weiß, Carl sen. 171
Weitbrecht, Wilhelm *166*
Weith, Wilhelm *29*, 57, *102*, *176*, 178, 179, 182, 183, 289, 413, 529, 530, 626
Weizsäcker, Carl **88**
Weizsäcker, Julius 52, **88**, **404**, 577
Weizsäcker, Theodor **533**, 539
Wengert, Joseph **398**
Wenz, Christoph Friedrich *555*
Wenz, Friedrich jun. *555*
Wenz, Wilhelm August *555*
Wernle, Georg Christian 63, 344
Werthes, Ernst von **516**, **517**
Wessinger, Stadtschultheiß Neuenbürg *139*
Wetzler, Paul *163*, 306
Wiedemann, Wilhelm 18, **56**, 289, 653
Wiedenhöfer, Schultheiß Unterrombach 244, **393**
Wiederhold, Kuno Freiherr von *169*
Wieland, Ebingen *405*
Wiest, Alois *21*, *55*, *71*, *96*, *132*, 277, 286, 593, 603
Windrath, Fabrikant *356*
Winter, Friedrich Ludwig *353*
Winter, Karl Gottlieb 588
Winter, Oberamtsarzt *253*
Winter, Robert 242
Wintterlin, J. *414*
Wirth, Friedrich **306**
Wittich, Hermann *395*, 400

Wörner, Rechtsanwalt 363
Wörner, Schultheiß Heiningen *371*, *374*
Woertz, Georg **525**
Wohlfromm, Franz Josef *137*, *138*, 244, 442, 595
Wolbach, Johann Philipp Gustav *21*, *71*, *103*, 257, 289, 369, 645, 646, 661
Wolf, Schultheiß Flein *205*
Wolf, Schultheiß Talheim 341
Wolff, Christoph Anton *166*, 172, 277, 596, 597
Wucherer, Kaufmann *79*, 361, 657
Wüst, Karl **456**, 458, 461

Zais, Eberhard Friedrich *70*
Zeh, Jakob Friedrich *39*, *70*, *104*, 322, 600
Zeller, Gustav 530, **547**
Zengerle, Max Hermann **306**
Ziegler, Christian Friedrich **516**
Ziegler, Johannes 517, **523**
Ziegler, Schuster 209
Zier, Kaufmann 621
Zimmerle, Franz Joseph *21*, *79*, 102, 115, *134*, 137, 241, 244, 277, *413*, 441, 442, 594, 595
Zipperlen, Wilhelm 654
Zöppritz, Georg *16*, *37*, *70*, *159*, *162*, 163, 642
Zöppritz, Karl *352*

Eine Veröffentlichung
der Kommission
für geschichtliche Landeskunde
in Baden-Württemberg

ISBN 3-17-018495-4